VOL. # 28

R9

VOL. # 28

R9

VOL. # 28

R9

Donnerstag, den 1. Juli 1943

bis

Sonntag, den 4. Juli 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs

im Reich.

IV/6

Montag, den 5.Juli 1943

7^{52} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia .

Anschliessend Fahrt nach Kressendorf.

10^{00} Eintreffen des Reichsstatthalters Gauleiters Forster.

13^{20} Mittagessen in Haus Kressendorf.

15^{10} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs mit Gauleiter Forster nach Krakau.

Dortselbst Besuch des Instituts für Deutsche Ostarbeit.

20^{15} Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements im Türkenzelt unter Leitung des Kapellmeisters Rudolf Erb.

Zur Aufführung gelangen:

Ouverture zu Figaros Hochzeit v.Mozart
Oxford-Symphonie von Haydn
je ein Satz aus der zweiten und siebten Sinfonie von Ludwig van Beethoven.

21^{20} Abendessen im Kaminsaal der Burg.

Fahrt des Herrn Generalgouverneurs mit Gauleiter Forster nach Kressendorf.

(Übernachtung im Haus Kressendorf)

IV/6

Krakau

Dienstag, den 6.Juli 1943

11^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{15} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger.

11^{25} Besprechung mit Oberbereichsleiter Eisenlohr.

11^{35} Bankdirigent Dr. Paersch legt dem Herrn Generalgouverneur einen Erlass+) des Staatssekretärs Dr.Bühler betreffend die Einführung der Zusatzversicherung im Generalgouvernement vor. Nach diesem Erlass ist die Emissionsbank als Stockbank dafür zu benennen.

12^{00} Besprechung mit dem Präsidenten der Hauptabteilung Gesundheitswesen Professor Dr.Teitge.

Präsident Dr.Teitge erbittet eine Entscheidung des Herrn Generalgouverneurs darüber welche Abteilung in der Frage der Seuchenbekämpfung zuständig sein soll.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, dass diese Frage demnächst einer Besprechung unterzogen werden soll, an der teilnehmen sollen: der Präsident der Hauptabteilung Innere Verwaltung, Gouverneur Dr. Losacker, Präsident Dr. Teitge mit Referenten, der Leiter der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge und gegebenenfalls Vertreter anderer interessierter Stellen.

Professor Dr.Teitge weist weiter darauf hin, dass die Übertragung des gesamten zivilen

---

+) vgl. Schreiben des Bankdirigenten Dr.Paersch vom 6.7.1943 - GG K 3333 - .

6. Juli 1943

Krankentransportwesens auf das Rote Kreuz im Generalgouvernement noch nicht habe durchgeführt werden können, da sich Präsident Dr. Losacker einer Regelung in dieser Frage widersetze, der sie nicht als kriegswichtig ansehe. Der Herr Generalgouverneur ordnet an, dass auch diese Frage bei der Besprechung behandelt werden soll. - Die Frage des Weiterbestehens des Polnischen Roten Kreuzes soll in dieser Besprechung ebenfalls erörtert werden.

Professor Dr.Teitge teilt sodann dem Herrn Generalgouverneur mit, dass in der laufenden Woche eine Ärztetagung in Krakau stattfindet, und bittet den Herrn Generalgouverneur, aus diesem Anlass die Ärzte zu empfangen und vor ihnen zu sprechen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, am Freitag, den 9.Juli mittag 12 Uhr die Ärzte auf der Burg zu empfangen.

Ferner berichtet Professor Dr. Teitge, dass er nach Übereinkommen mit dem Präsidenten der Hauptabteilung Arbeit Dr.Struwe die einheitliche Regelung des Ärzteeinsatzes im Generalgouvernement übernommen habe.

17^{00} T e e mit Gauleiter Forster.

18^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs mit Gauleiter Forster nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
im Haus Kressendorf)

IV/6

Krakau

Mittwoch, den 7.Juli 1943

9^{40} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

9^{45} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

10^{00} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

Hauptabschnittsleiter Stahl legt dem Herrn Generalgouverneur das Programm der für den Parteitag des Arbeitsbereichs Generalgouvernement in Aussicht genommenen Veranstaltungen vor. - Der Herr Generalgouverneur stimmt den von Hauptabschnittsleiter Stahl gemachten Vorschlägen zu.

Hauptabschnittsleiter Stahl berichtet sodann dem Herrn Generalgouverneur über seine Reise nach Prag und teilt mit, dass Staatssekretär Frank demnächst zum Besuch nach Krakau kommen will.

Ferner berichtet Hauptabschnittsleiter Stahl über seine Teilnahme an der Beerdigung des Oberdienstleiters Schmidt-Holland.

11^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. Losacker und Ministerialrat Dr. Weh.

Staatssekretär Dr. Boepple teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, dass Reichskabinettsrat Killy mit den Mitgliedern des Killy-Ausschusses demnächst ins Generalgouvernement kommen werde.

7.7.1943

Der Herr Generalgouverneur erteilt Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Dr.Losacker nähere Weisungen für die Verhandlungen mit dem Killy-Ausschuss.

Auf Vortrag des Staatssekretärs Dr.Boepple beraumt der Herr Generalgouverneur eine Besprechung für Donnerstag, den 8.Juli mit Staatssekretär Krüger, Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Losacker und Ministerialrat Dr. Weh an, in der die Fragen des Judeneigentums, der Umsiedlung und andere Probleme behandelt werden sollen.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird die Frage erörtert, in welcher Form die Karpathenölgesellschaft weiter bestehen soll. In diesem Zusammenhang wendet sich der Herr Generalgouverneur mit Entschiedenheit dagegen, dass die Erdölbetriebe des Generalgouvernements etwa einer privatkapitalistischen anonymen Gesellschaft zur Ausbeutung überantwortet werden sollen. Es könne höchstens die Schaffung einer Betriebsgesellschaft in Frage kommen.

12^{00} Besprechung mit Stadthauptmann Dr.Krämer.

Der Herr Generalgouverneur spricht Stadthauptmann Dr. Krämer zunächst seine Anerkennung für den schleunigen Ausbau der Strasse an der Burg aus.

Stadthauptmann Dr. Krämer berichtet sodann über seine Arbeit im Bereiche der Stadtverwaltung und kann mitteilen, dass es ihm nach anfänglichen Schwierigkeiten gelungen

sei, alle etwa bestehenden Differenzen mit anderen Dienststellen zu beseitigen.

Im Hinblick auf die am 1.September 1943 eintretende Neuregelung der Verpflegung der fremdvölkischen Bevölkerung ordnet der Herr Generalgouverneur an, dass noch im Monat Juli eine Besprechung der Ernährungssituation der fremdvölkischen Bevölkerung im Generalgouvernement stattfinden soll.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann seinem Wunsche Ausdruck, dass mehr als bisher das Kulturleben der Stadt Krakau in den Vordergrund gerückt werden müsse. Die Stadt Krakau müsse als solche als Zentrum des Kulturlebens in Theater, Musik usw. in Erscheinung treten. Vielleicht werde es auch möglich sein, das alte Theater der Stadt Krakau wieder seinem ursprünglichen Zweck zuzuführen und dort für Deutsche, gegebenenfalls auch für Polen Vorführungen zu veranstalten. Diesem Theater müsste dann der Charakter einer Volksbühne gegeben werden.

Weiter will der Herr Generalgouverneur in Krakau mittelalterliche Musik aus der Zeit vor Bach besonders gepflegt wissen und weist Stadthauptmann Dr. Krämer an, sich in dieser Frage mit Professor Walter Bader, dem Musikreferenten in der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht, in Verbindung zu setzen.

Stadthauptmann Dr. Krämer nimmt dann zu dem von Gouverneur Dr. Wendler und ihm herausgegebenen Erlass über die zur Verfügungstellung von Wohnraum Stellung und weist in diesem Zu-

sammenhang auf den zur Zeit bestehenden grossen Wohnraummangel hin, der sich für die Reichsdeutschen äusserst fühlbar mache. Gegen die in Aussicht genommene Regelung könnten irgendwelche Bedenken nicht geltend gemacht werden. Er hoffe, dass auf diesem Wege bis zum Beginn des Winters 4000 Zimmer freigemacht werden können. Darüber hinaus werde die Stadtverwaltung bemüht sein, Personen, die sich unbefugt im Generalgouvernement bezw. in Krakau aufhielten, durch Entzug der Lebensmittelkarten den Aufenthalt unmöglich zu machen. Hier werde in Zukunft eine ganz scharfe Kontrolle durchgeführt werden.

12^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Ministerialrats Radtke und des Oberregierungsrats Dr. Walter den Oberzollrat Tachmina und überreicht ihm aus Anlass seines 50jährigen Dienstjubiläums mit Worten der Anerkennung für die von ihm geleistete vorbildliche Arbeit sein Bild mit eigenhändiger Widmung.

12^{30} Pressechef Gassner stellt dem Herrn Generalgouverneur den Schriftleiter Dr. Tobias als Nachfolger des Schriftleiters Hirche von der Krakauer Zeitung vor.

12^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Präsidenten Ohlenbusch und des Referenten für Truppenbetreuung in der Hauptabteilung Propaganda Pyttlik den SS-Sturmbannführer Gadischke.

Sturmbannführer Gadischke verliest ein an den Herrn Generalgouverneur gerichtetes Dankschreiben des Kommandeurs der SS-Kavallerie-Division, General-

7.7.1943

majors der Waffen-SS Fegelein, das folgenden Wortlaut hat:

Hochverehrter Herr Generalgouverneur!

Für die Zuteilung von Betreuungsmitteln über Ihr Amt Propaganda für die SS-Kavallerie-Division bitte ich, mich gehorsamst im Namen aller Führer, Unterführer und Männer bedanken zu dürfen.

SS-Sturmbannführer Gadischke hat den Auftrag, Ihnen , sehr verehrter Herr Generalgouverneur, den Dank unserer Soldaten persönlich zu übermitteln.

Die SS-Kavallerie, deren Heimatgebiet ja das Generalgouvernement ist und die hoffentlich nach dem Kriege ihre Garnisonen dort beziehen wird, erkennt in solchem Gedenken die Verbundenheit zwischen ihrer Heimat und der Truppe ganz besonders an.

Die Division ist im Augenblick in einem- durch das Sumpfgelände mit viel Urwald und Sand bedingten - ziemlich schwierigen Einsatz. Die Verluste sind erträglich, und wir haben denselben Schwung und denselben Geist wie zu Beginn dieses Krieges.

Ich darf Ihnen, sehr verehrter Herr Generalgouverneur, noch einmal versichern, dass wir uns ganz besonders darüber freuen, dass Sie uns nicht vergessen haben!

Der Herr Generalgouverneur erwidert auf die Verlesung dieses Schreibens mit folgenden Worten: Herr Sturmbannführer! Ich danke Ihnen vielmals für die liebenswürdige Übermittlung des Schreibens des Herrn Generalmajors Fegelein. Ich darf Sie bitten, Herrn Generalmajor Fegelein und allen Männern der SS-Kavallerie-Division meine und aller Deutschen des Generalgouvernements herzlichste Grüsse zu über-

6

7.7.1943

bringen und ihnen zu sagen, dass wir auch in Zukunft auf die Männer der SS-Kavallerie, deren Heimatgebiet ja das Generalgouvernement ist, stolz sein werden. Wir alle hoffen, dass wir nach siegreich beendetem Kriege die Männer der SS-Kavallerie-Division in ihre Friedensgarnision hier einziehen sehen. Was weiterhin noch geschehen kann, um die Verbundenheit zwischen uns und unserer SS-Kavallerie-Division zum Ausdruck zu bringen, wird geschen; dessen können sie gewiss sein. Ich selber werde mit Präsident Ohlenbusch gemeinsam immer bemüht sein, nach wie vor gute Kameradschaft mit den Männern der SS-Kavallerie-Division zu halten.

13^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Präsidenten der Hauptabteilung Wirtschaft Ministerialdirigenten Dr. Emmerich den aus seinem Amt scheidenden bisherigen Leiter der Abteilung Wirtschaft im Distrikt Warschau Generaldirektor Schlosser und spricht ihm seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete vorbildliche Arbeit aus.

13^{20} M i t t a g e s s e n .

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

X/6

Donnerstag, den 8.7.1943

Krakau

11[00] Besprechung mit Gouverneur Dr. Wendler - Lublin.

11[35] Besprechung mit k.Gouverneur und Präsident Dr. Losacker und Ministerialrat Dr.Weh.

11[45] Besprechung mit dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen SS-Obergruppenführer Krüger, Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. Losacker, Ministerialrat Dr.Weh und Regierungsdirektor Rosendahl .

Gegenstand der Besprechung ist zunächst der von Ministerialrat Dr.Weh eingebrachte Entwurf einer vom Staatssekretär der Regierung und vom Staatssekretär für das Sicherheitswesen gemeinsam zu unterzeichnenden

Verwaltungsanordnung über die Distrikts-, Kreis- und Ortspolizeibehörden im Generalgouvernement.

Nach einer von allen gewünschten Abänderung, derzufolge im Text anstatt " im Einvernehmen" die Worte "nach vorheriger Kenntnisnahme des Staatsekretärs der Regierung" zu setzen sind, erteilt der Herr Generalgouverneur Ministerialrat Dr. Weh die Ermächtigung für den abwesenden Staatssekretär Dr. Bühler die Unterschrift zu geben.

Die Entwürfe einer

Vierten Durchführungsvorschrift zur Verordnung vom 8.Mai 1940 über die Berufung der Amtsträger und die Dienstenweisung von Beamten, Angestellten und Arbeitern im Generalgouvernement und

8.7.1943

Verwaltungsanordnung Nr. 6 zur Verordnung über die Einheit der Verwaltung vom 1.12.1940 (Änderung der Gliederung der Behörden der Kreishauptleute)

finden die Billigung des Herrn Generalgouverneurs und werden vom Staatssekretär der Regierung und vom Staatssekretär für das Sicherheitswesen gemeinsam unterzeichnet werden.

Der Herr Generalgouverneur ersucht dann Staatssekretär Krüger, die Frage des Judeneigentums und des organisatorischen Aufbaus der Dienststelle des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums mit Reichsführer SS Himmler zu besprechen, damit anschliessend eine Besprechung mit den Dienststellen der Regierung des Generalgouvernements zwecks Erlangung einer einheitlichen Behandlung dieser Fragen stattfinden könne.

Staatssekretär Krüger berichtet sodann über den polizeilichen Grosseinsatz im Distrikt Lublin. Die Aktion werde in einigen Tagen abgeschlossen sein, und man hoffe, dass dann im Distrikt Lublin die Erfassung der Ernte und die davon abhängige Ernährungssicherheit gewährleistet sei. Der grosse Biljorejer Wald sei durchgekämmt und die Randgebiete evakuiert worden.

Reichsführer SS Himmler habe ihm für die drei oberen Distrikte Warschau, Radom und Lublin je ein Polizeiregiment zur Verstärkung der dortigen Kräfte zugesagt.

Der Herr Generalgouverneur erklärt bei dieser Gelegenheit, dass er auch für dieses Jahr einen Ernteausnahmezustand schaffen werde.

Staatssekretär Krüger berichtet zum Schluss, dass es der Polizei gelungen sei, des Leiters der

8.7.1943

polnischen Widerstandsbewegung, eines früheren polnischen Generals in Warschau habhaft zu werden. Die Folge davon sei, dass die Tätigkeit der Widerstandsbewegung zur Zeit in einem ausgesprochenen Lähmungszustand sich befinde. Viel trage dazu auch der Tod Generals Sikorskis bei.

11^{55} Besprechung mit Staatssekretär Krüger.

12^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Dr. Losacker.

13^{00} F r ü h s t ü c k

16^{30} Teeempfang für Präsident Emmerich und 6 Leiter der Abteilungen Wirtschaft der Distrikte. Anwesend sind noch Staatssekretär Dr. Boepple und Schriftleiter Krafft.

18^{45} Besprechung mit den Architekten von Palezieux und Korinthenberg über den Kanzleineubau auf der Burg.

20^{30} Kinovorführung: "Das andere Ich" und die Wochenschau des Generalgouvernements.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg in Krakau)

Krakau

Freitag, den 9.Juli 1943

8^{30} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger.

10^{20} Besprechung mit Regierungsrat Dr. Götz, Referent im Statistischen Amt, in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Regierungsrat Dr. Götz legt dem Herrn Generalgouverneur die neuesten Ergebnisse der Volkszählung vor. Er bemerkt dazu, dass in den erfassten Zahlen auch die Militärpersonen enthalten seien. Es frage sich, ob sich die statistiche Erfassung der Einwohnerzahl des Generalgouvernements auch für eine weitere amtliche Behandlung der Ergebnisse der Volkszählung auf diese Militärpersonen ausdehnen soll. Es handle sich insgesamt um etwa 60 000 Soldaten, die seinerzeit angesichts der Tatsache, dass sie über 2 Monate im Generalgouvernement anwesend gewesen seien, als bodenständig bezeichnet worden seien. Die Leitung des Statistischen Amtes würde es unter Umständen als politisch zweckmässig ansehen, auch die Zahl der im Generalgouvernement anwesenden Militärpersonen für eine amtliche Statistik mit zu erfassen. Rechne man die Militärpersonen nicht mit, dann würde sich für die deutsche Bevölkerung eine Zahl von etwa 240 000 Menschen insgesamt ergeben. - Weiter wirft Regierungsrat Dr. Götz die Frage auf, ob die Zahlen gemeindeweise veröffentlicht werden sollen.

Regierungsrat Dr. Götz überreicht hierauf dem Herrn Generalgouverneur ein Exemplar der auf Grund der Volkszählung aufgestellten Statistik.

9.7.1943

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Auffassung dahin Ausdruck, dass man mit Veröffentlichungen des Ergebnisses der Volkszählung vom 10.Mai 1943 vorläufig zurückhaltend sein müsse. Er werde jedoch das ihm zur Verfügung gestellte Exemplar unverzüglich als geheime Reichssache dem Chef der Reichskanzlei Reichsminister Dr. Lammers übersenden. Er lege vor allem Wert darauf, dass die Bekanntgabe der Statistischen Erhebungen aufgrund der Volkszählungen erst zu einem Zeitpunkt erfolge, in welchem eine solche Veröffentlichung nicht den Bedenken gewisser politischer Gefahren unterliegen.

Ein in Vorbereitung befindliches Gemeindeverzeichnis soll nach dem Wunsche des Herrn Generalgouverneurs gewissermassen als Beitrag des Statistischen Amtes zum vierjährigen Gründungstag des Generalgouvernements der Öffentlichkeit übergeben werden. Weiter ordnet der Herr Generalgouverneur an, dass fortan die Distrikte in der Reihenfolge des deutschen Alphabets bezeichnet werden sollen.

Regierungsrat Dr. Götz überreicht sodann dem Herrn Generalgouverneur eine Ausarbeitung über die vorläufigen Ergebnisse der Bodennutzung und der Anbauerhebungen. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass 181 Gemeinden ihre Gemeindehäuser mit den diesbezüglichen Akten bei Bandenüberfällen verloren hätten.

Auf eine Frage des Regierungsrats Dr.Götz erwidert der Herr Generalgouverneur, dass gemäss einer Weisung des Führers Zahlen aus dem General-

9.7.1943

nur
gouvernement durch Behörden des Generalgouvernements veröffentlicht werden dürften, und dass eine Zuständigkeit des Statistischen Reichsamts in dieser Beziehung nicht bestehe. Mit etwaigen Anfragen habe sich das Statistische Reichsamt lediglich an ihn, den Generalgouverneur, zu wenden. Nur der Führer habe zu bestimmen, welchen Dienststellen von Staat, Partei und Wehrmacht im Reich die Zahlen zur Verfügung gestellt werden sollten.

10^{45} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

10^{50} Besprechung mit Präsident Gerteis in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Präsident Gerteis berichtet dem Herrn Generalgouverneur von Besprechungen, die er mit massgebenden Persönlichkeiten des Reichsverkehrsministerium über die Neuorganisation der Ostbahn gehabt hat. Der Organisationsleiter habe seine Bereitwilligkeit erklärt, eine Befriedungsaktion durchzuführen. Man sei über die Stellung der Ostbahndirektionspräsidenten in Verhandlungen eingetreten, und auf der Grundlage von Entwürfen, die ihm innerdienstlich zugeleitet worden seien, hätten sich Verhandlungsmöglichkeiten ergeben. Man sei übereingekommen, für die Zuständigkeit der Generaldirektion der Ostbahn gewisse Festlegungen zu treffen. Die bei den Verhandlungen gefundene Grundlage sei wenigstens einigermassen befriedigend. Festgelegt sei unter anderem worden, dass die Vertretung der Ostbahn gegenüber allen zentralen Stellen des Reiches allein bei der Generaldirektion der Ostbahn liege. Er, Präsident Gerteis, habe sich die gesamten Verhandlungen mit ausländischen Staaten über den Grenzverkehr vorbehalten. Gegen

die Absicht, die finanzielle Selbständigkeit der Ostbahn insofern einzuschränken, alls sich das Reichsverkehrsministerium vorbehalten hätte, die Zuteilung der Mittel an die Direktionen unmittelbar durchzuführen, habe er Widerspruch eingelegt. Die volle finanzielle Selbständigkeit des Generalgouvernements in Fragen der Ostbahn sei dann auch wieder hergestellt worden. Im übrigen sei er als Beauftragter des Generalgouverneurs voll berechtigt, über die finanziellen Mittel zu verfügen. Ferner verbleibe der Kraftwagenverkehr im Generalgouvernement als selbständige Einrichtung bei der Generaldirektion. - Längere Debatten hätten über die Verkehrslenkung stattgefunden. Auch hier sei es ihm gelungen, seinen Standpunkt durchzusetzen, wobei er habe feststellen müssen, dass die Konstruktion der Regierung des Generalgouvernements an manchen Berliner Zentralstellen offenbar noch völlig unbekannt sei. Was Grossplanungen oder etwa die Frage der Industrieveralgerung angehe, so lägen alle Rechts - und Hoheitsentscheidungen nach wie vor in Krakau, ebenso die Bearbeitung der allgemeinen Personalangelegenheiten der Reichsdeutschen, der Volksdeutschen und der Nichtdeutschen. In allen diesen Fragen habe er ein Weisungsrecht gegenüber den Direktionen erkämpft.

Der Herr Generalgouverneur spricht dem Präsidenten Gerteis seinen Dank und seine Anerkennung dafür aus, dass er die Interessen der Ostbahn bezw. des Generalgouvernements in dieser vorbildlichen Weise vertreten habe. Er habe seinerzeit dem Staatssekretär Dr. Ing. Ganzenmüller gegenüber mit aller Entschiedenheit den gleichen Standpunkt vertreten. Es sei ihm damals gelungen, trotz der krisenhaften Zustände des Generalgouvernements auf dem Gebiete der Ostbahn, sich den Organisations-

plänen, die Staatssekretär Dr. Ganzenmüller gehabt habe, entgegen zu stellen. Im übrigen sei er, wenn die andere Seite sich entgegenkommend zeige, ebenfalls grundsätzlich zu jedem Entgegenkommen bereit, müsse allerdings bei allen solchen Verhandlungen stets die Gegenseitigkeit verlangen. Er sei jedoch der Auffassung, dass die Möglichkeit eines Ausgleichs sehr wohl bestehe.

Anschliessend gibt Präsident Gerteis dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über die Gestaltung der Einnahmen bei der Ostbahn. Danach sei die Bilanz sehr gut, man habe Rückstellungen für Kriegsschädenvergütung vornehmen und zum ersten Mal auch die gesetzlich vorgesehenen Ausgleichsreserve mit 45 Millionen Zloty dotieren können. Das Jahr 1943 lasse sich ebenfalls gut an, und man werde voraussichtlich auf eine Einnahme von 2 Milliarden kommen und so in diesem Jahre einen echten Überschuss haben. Mit einer wesentlichen Erhöhung der Verkehrssteuer werde die Ostbahn einen erheblichen finanziellen Beitrag zur Finanzverwaltung des Generalgouvernements leisten können.

11[2o] Amtseinführung des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD SS-Oberführers Bierkamp in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple, des Präsidenten Dr. Losacker und des Ministerialrats Dr. Weh.

Vorbehaltlich der Überreichung der Bestallungsurkunde gibt der Herr Generalgouverneur die Erklärung ab, dass SS-Oberführer Bierkamp in seiner Eigenschaft als Befehlshaber der Sicherheitspolizei gleichzeitig zum Mitglied der Regierung des Generalgouvernements ernannt werde.

Der Herr Generalgouverneur umreisst dann die

6

9.7.1943

Aufgaben, die dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei im Generalgouvernement gestellt sind. Er als Generalgouverneur lege vor allem den grössten Wert darauf, dass sich der oberste Chef der Sicherheitspolizei als Organ des Deutschen Reiches und des Generalgouvernements fühle. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, als ob sich der SD in einer sonderpolitischen Führungstätigkeit unabhängig oder völlig ausserhalb des Entwicklungslebens des Generalgouvernements bewege. Er könne als Generalgouverneur auf die Dauer die Verantwortung nur tragen, wenn seine Autorität gerade von dem Chef der Geheimen Staatspolizei getragen würde. Wenn SS-Oberführer Bierkamp in die Regierung des Generalgouvernements aufgenommen werde, so um deswillen, damit vor allem der Kontakt zwischen den Dienststellen der Sicherheitspolizei und den Organen der Regierung aufrecht erhalten bleibe. Er kenne die Aufgaben der Sicherheitspolizei und sei sich dessen bewusst, dass sie nicht justizmässig gebunden sein können. Andererseits könne man im Generalgouvernement zur Zeit keine andere Politik treiben als diejenige, die darauf gerichtet sei, die Kraft des Volkes im Dienste des Sieges nutzbar zu machen. Alles, was dazu diene, die Ruhe der fremdvölkischen Bevölkerung im Dienste des Reiches arbeitsmässig aufrecht zu erhalten, sei von Nutzen, alles, was die Ruhe durch gewaltsame Eingriffe störe, sei schädlich. Die Partisanen wüssten zwar genau, was sie wollten; aber interessant sei die Feststellung, dass es ihnen doch nicht geglückt sei, mit ihrer Tätigkeit in Gestalt von Zersetzung und Sabotage eine grössere Unruhe hervorzurufen. Das zeige zum Beispiel die Tatsache, dass nach

wie vor etwa 140 000 fremdvölkische Arbeiter und Angestellte im Dienste der Ostbahn ständen. Wenn diese Massen in Unruhe kämen oder gar zum Streik griffen, so hätte das deutsche Volk den grössten Schaden davon. Ihm komme es weder auf Polenfreundschaft noch Polenfeindschaft an, sondern nur darauf, die polnische Arbeitskraft im Dienste des deutschen Volkes auszuwerten. Er könne es nicht ändern, dass im Generalgouvernement 12 Millionen Polen lebten, die man unmöglich sämtlich ausrotten könne. Die fremdvölkische Bevölkerung müsse deshalb auch einigermassen zureichend ernährt werden. Er habe über alle diese Dinge auch mit SS-Oberführer Kaltenbrunner gesprochen, und auch ihm gegenüber dargelegt, dass vor allem für die Aufrechterhaltung der Ruhe und der Arbeitskraft der Bevölkerung gesorgt werden müsse.

Eingriffe der Geheimen Staatspolizei in Gestalt der Verhaftung von Funktionären polnischer oder ukrainischer Volkszugehörigkeit dürften im Einzelfall nur bei kriminellen Dingen möglich sein, und das massenweise Wegholen von Polen, die im Dienste von Behörden ständen, wünsche er in Zukunft grundsätzlich vermieden zu sehen. Er müsse deshalb die Forderung erheben, dass ihm über die Ergebnisse der Arbeit der Sicherheitspolizei Bericht erstattet werde; denn er brauche eine Berichterstattung, die ihn entsprechend ins Bilde setze. Er habe gestern dem Staatssekretär Krüger mitgeteilt, dass er an seine Loyalität glauben wolle, wenn dieser Schluss aus seinem künftigen Verhalten gezogen werden könne. Staatssekretär Krüger habe ihm versprochen, in diesem Sinne treu und loyal die Arbeit weiterführen zu wollen. Er sehe es als entscheidend an, dass das vertrauenvollste Zusammenarbeiten zwischen den

9.7.1943

Behörden der Regierung und der Polizei bestehe. Er habe dem Reichsführer SS gegenüber zum Ausdruck gebracht, dass er im Generalgouvernement einen einheitlichen Staat sehe, der als solcher ein Instrument für das Reich sei und dass er sich mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln gegen Angriffe auf diese Einheitlichkeit zur Wehr setzen werde, weil sonst die Möglichkeit der Tragung einer einheitlichen Verantwortung nicht mehr bestehe.. Daher sei auch im Sicherheitserlass des Führers über die Einführung des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen angeordnet, dass Befehle, die für das polizeiliche Geschehen im Lande vom Reichsführer SS gegeben würden, im Generalgouvernement nur im Einverständnis mit dem Generalgouverneur vollzogen werden dürfen.

SS-Oberführer Bierkamp erklärt, er habe von der Berliner Zentrale den ausdrücklichen Befehl erhalten, mit dem Generalgouverneur und der Regierung des Generalgouvernements aufs engste zusammen zu arbeiten, und werde dem Befehl Folge leisten. Ebenso habe er den Befehl erhalten, vertrauensvoll mit dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen zusammenzuarbeiten, da die Berliner Zentrale auf dem Standpunkt stehe, dass eine enge Zusammenarbeit aller politischen Stellen im Reich wie im Generalgouvernement unbedingt erforderlich sei. In diesem Sinne werde er seine Aufgabe auffassen und durchführen.

9.7.1943

11^{45} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Boepple, Präsident Dr. Losacker und Ministerialrat Dr.Weh.

Der Herr Generalgouverneur gibt den Herren Kenntnis von dem Inhalt der Besprechung, die er mit Präsident Gerteis gehabt hat.

Weiter berichtet der Herr Generalgouverneur von dem Ergebnis der Volkszählung auf Grund der Ausarbeitung des Statistischen Amtes. Danach hat das Generalgouvernement zur Zeit 14,8 Millionen Einwohner, davon Reichsdeutsche und Volksdeutsche einschliesslich 60 000 Mann Militär und Polizei 306 000, Polen 10,2 Millionen, Ukrainer 3,9 Millionen, Juden 203 000. Der Prozentsatz der Deutschen betrage 2 %, der Polen 69%, der Ukrainer 26%, der Juden 1,4%. Der Distrikt Krakau zähle eine Bevölkerung von 3,4 Millionen, der Distrikt Lublin von 2,1 Millionen, der Distrikt Radom von 2,3 Millionen, der Distrikt Warschau von 2,6 Millionen, der Distrikt Galizien von 4,2 Millionen. Weiter teilt der Herr Generalgouverneur mit, dass in einer ganzen Reihe von Gemeinden als Folge von Bandenüberfällen statistisches Material und sonstige Unterlagen zum Beispiel über Bodennutzung, Anbaufläche, Viehzählung usw. vernichtet worden seien

9.7.1943

Ministerialrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1) einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die polnische Gerichtsbarkeit im Generalgouvernement

2) einer Verordnung zur Änderung der Bahnpolizeiordnung für die Ostbahn

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

11[50] Besprechung mit Pressechef Gassner.

9.7.1943

12[15] Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr.Boepple, des Präsidenten Dr. Losacker und des Pressechefs Gassner den Präsidenten der Hauptabteilung Gesundheitswesen Professor Dr.Teitge und 50 Ärzte des Distrikts Krakau sowie eine Anzahl Ärzte der Wehrmacht, die zur Zeit als Anlass einer ärztlichen Tagung in Krakau anwesend sind.

Der Empfang findet im Königssaal der Burg zu Krakau statt.

P räsident Professor Dr.Teitge dankt dem Herrn Generalgouverneur für das grosse Wohlwollen, das er stets dem Gesundheitswesen gewidmet habe. Es sei bekannt, dass das Gesundheitswesen gerade im Generalgouvernement besondere Aufgaben zu lösen habe. Das hänge vor allem mit den unhygienischen Bedingungen des Generalgouvernements zusammen, die unvergleichlich viel schlechter seien, als im westlichen Europa. Im Generalgouvernement herrschten viele Seuchen, die man in Deutschland nicht oder kaum kenne, die aber gerade für die Deutschen besonders gefährlich seien. Der Gesundheitsführung im Generalgouvernement sei es gelungen, das Fleckfieber soweit einzudämmen, dass es für die Deutschen seine grössten Gefahren verloren habe. Aber es gäbe daneben andere Seuchen, wie Typhus und Ruhr, die weitere Gefahren für die Deutschen mit sich brächten. Er danke dem Herrn Generalgouverneur besonders dafür, dass er in Erkenntnis dieser Tatsachen die Abteilung Gesundheitswesen zur Hauptabteilung erhoben habe.

9.7.1943

Er gebe das Versprechen ab, dass die Ärzte des Generalgouvernements in stetem Gehorsam zu dem Generalgouverneur als dem berufenen Vertreter des Führers zu arbeiten gewillt seien, bereit, sich mit ihrer ganzen Kraft dafür einzusetzen, dass der Raum des Generalgouvernements hygienisch einwandfrei werde.

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das Wort zu folgender AnSprache:

Ich danke Ihnen, Herr Präsident Dr.Teitge, und allen Angehörigen des Gesundheitswesens des Generalgouvernements für ihren Besuch auf der Burg. Es ist mir eine grosse Freude, dass Sie nunmehr auch in diesem alten Krönungssaal der Krakeuer Burg sich eingefunden haben, um von mir den Dank für die wirklich grossartige, vorbildliche und, wie ich auch sagen kann, medizinalgeschichtliche einmalige Leistung zu empfangen, die die deutschen Ärzte in diesem Raum in den vergangenen Jahren vollführt haben.

Als ich im Jahre 1939 kurz nach der Beendigung des Feldzuges die Führung dieses Gebietes übernahm, sah es vor allem auf dem Gebiet, das Ihnen anvertraut ist, auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, geradezu katastrophal aus. Nicht das, was bereits da war, war furchterregend, sondern schlimmer war das, was von hier drohte. Alle für die europäische Auffassung von medizinal-politischer Betreuung eines Volkes gegebenen Voraussetzungen fehlten vollkommen; überall gab es die völligste Verwahrlosung. Es fehlte an jeder wirklich durchorganisierten, durch das ganze Land weithin verzweigten Ordnung der Lebensbedingungen und der Beachtung sanitärer Vorschriften. Die paar sensa-

tionell aufgebauschten Krankenhäuser, die hier isoliert aufragten, deuteten wohl an, dass eine medizinal-politische Änderung auf diesem Gebiete im Laufe der allenfallsigen Weiterentwicklung der polnischen Republick erstanden war, aber das fiel völlig aus dem Rahmen und war gerade wegen der Isoliertheit dieser seltenen Krankenhäuser ein besonderer Merkpunkt, an dem man erkennen konnte, wie es sonst im Lande aussah. Ich erinnere nur daran, welche Zustände auf dem Gebiete der Lebensmittelüberwachung, der Trinkwasserversorgung, der Wohnungsverhältnisse usw. bestanden. Das waren geradezu Seuchenherde ganz furchtbarer Art.

Dazu kam, dass 3,5 Millionen Juden im Lande herumgeisterten, dass das Gros der Bevölkerung unter hygienischen Bedingungen lebte, die geradezu grauenerregend waren. Aber neben diesen Zuständen, die wir vorfanden, ergab sich eine ganze düstere Wolke von Gefahren, die drohte. Die Seuchen des Ostens sollten wieder ihren Einzug halten wie immer, wenn Europa einmal das Osttor aufgeschlagen hatte. Dann kam nicht nur der Segen und die Erweiterung des Lebensbereiches mit den glückstrahlenden Früchten des Sieges, sondern es kam damit auch der toddrohende Schaden des Ostens in Gestalt der Seuchen.

Ein ganz grosses Ruhmesblatt der deutschen Ärzte ist es daher, dass sie mit diesen Gefahren radikal fertig geworden sind. Es erfüllt mich geradezu Ergriffenheit vor der Leistung des deutschen Arztes in diesem Raum. Wenn ich an die Gefahren denke, die sich aus dem Fleckfieber für das ganze deutsche Volk ergeben, und wenn ich feststellen kann, dass es Ihnen gelungen ist, diese Gefhr zu bannen, dann ist das ein stolzes Zeichen für die Leistungskraft des deutschen Ärztetums.

9.7.1943

Ich muss sagen, dass ich glücklich bin, Sie heute begrüssen zu können. Das Generalgouvernement, als ganz merkwürdiges und eigenartiges Staatsgebilde im Sinne eines Nebenlandes des Deutschen Reiches aufgerichtet, hat diesem nun auch staatskonstruktiv Ausdruck verliehen, in-dem es als erstes innerhalb des grossdeutschen Machtbereiches eine völlig gleichberechtigte Hauptinstanz ministeriellen Charakters für das Gesundheitswesen geschaffen hat. Die Hauptabteilung Gesundheitswesen, die unter Ihrer bewährten Führung, Herr Präsident Professor Dr. Teitge, steht, hat sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens schon das Ansehen einer vollwertigen Regierungsinstanz erworben. Ich kann nur versprechen, dass ich alles tun will, um den Ärzten auch innerhalb des Staatsaufbaues die Verwaltungsheimstätte zu geben, die ihnen schon längst gebührt hat. Ich hoffe, dass eine ähnliche Entwicklung im Reiche bald folgen wird.

Dieses erste- man kann ruhig sagen - Gesundheitsministerium, wenn wir auch diesen Ausdruck nicht verwenden, ist durchaus Neuland. Diese Hauptabteilung Gesundheitswesen wird sich auch gerade mit wichtigen Fragen zu beschäftigen haben. Uns Ärzten in diesem Raume fehlt vor allem eine Klarlegung des grossen Problemes des Nachwuchses der fremdvölkischen Ärzte. Wir können in diesem Raum und möchten in diesem engen Rahmen von Persönlichkeiten, die alle über eine grosse Verantwortung verfügen, keine Germanisierungs- und gewaltsame Deutschtumspolitik treiben. Meine Aufgabe in diesem Lande, in welchem nur knapp 1,5 % der Gesamtbevölkerung Deutsche sind, ist die, die Arbeitspotenz dieses Volkes so stark wie nur möglich in den Dienst des Sieges unseres Volkes zu stellen. Das führt zu den ungeheuren Schwierigkeiten, die mit den politi-

9.7.1943

schen Führungsaufgaben in diesem Raum zusammenhängen. Daraus ergibt sich aber auch die Notwendigkeit, dass wir die Bevölkerung in zunehmendem Masse pfleglich zu behandeln haben, um ihre Arbeitskraft sicherzustellen. Denn jeder europäische Mensch, ganz gleich, welchen Volkes er ist, ist heute mit immer grösserer Wichtigkeit ein Punkt in der Entwicklung unseres Sieges. Es ist sehr einfach, ein Volk, sagen wir einmal, auszurotten oder in seinen Lebensbedingungen so herabzudrücken, dass es ausstirbt. Es gibt Beispiele in der Geschichte, die zeigen, dass eine solche Ausrottung durch Jahrzehnte oder Jahrhunderte möglich ist. Die harte und grausame Vernichtung der indianischen Bevölkerung von Südamerika nach der Besetzung durch die Spanier ist ein solches Beispiel. Aber wir würden uns sehr schaden, wenn wir diese Prozedur etwa auf die polnische Bevölkerung übertragen wollten. Wenn Sie sich einmal den Ostbahnbetrieb ansehen und sich dabei überlegen, dass über die Strecken der Ostbahn 3/5 des Gesamtverkehrs zwischen Heimat und Osten laufen, wenn Sie weiter bedenken, dass von den 148 000 Beamten und Angestellten der Ostbahn nur 9000 Deutsche und über 130 000 Polen sind, so können Sie ermessen, welche Bedeutung dieses Wort von der pfleglichen Behandlung der fremdvölkischen Bevölkerung in diesem Raum in dem Augenblick der Präzision der Kriegsituation erlangt.

Es ist daher nicht Polenfreundschaft, wenn ich mich immer und immer wieder bemühe, diese pflegliche Behandlung der Bevölkerung auch bei den Reichsstellen durchzusetzen, sondern es ist einfach die eiskalte Erkenntnis, dass man im Kriege nur den Sieg wollen darf, sonst nichts, und dass alle anderen Fragen nach dem Siege gelöst werden können. Mitten

hinein in die pflegliche Behandlung gehört die Sicherstellung der Ernährung.der Bevölkerung dieses Raumes. Ich habe nicht nachgelassen und werde auch nicht nachlassen, diesen meinen Willen durchzusetzen. Zum 1.September dieses Jahres wird eine einigermassen ausreichende Verpflegung der fremdvölkischen Bevölkerung sichergestellt werden. Die Vorarbeiten dafür werden Tag und Nacht getroffen. Ich werde dafür sorgen, dass vom 1.September ds.Js. an wirklich die Möglich/keit besteht, der Bevölkerung auch eine gewisse Lebenssicherheit zu schaffen. Auf diesem Wege kommen wir aus manchem heraus, was heute gefahrdrohend vor uns aufsteigt; ich erinnere nur an das Schreckbild der Tuberkulose, das in diesem Lande sich zeigt.

Im Zusammenhang mit der pfleglichen Behandlung der fremdvölkischen Bevölkerung in unserem Sinne und Interesse ist natürlich auch die Frage des fremdvölkischen Ärztenachwuchses von grösster Bedeutung. Ich werde auch hier alles tun, um im deutschen Interesse die Betreuung der fremdvölkischen Ärzteschaft soweit wie nur möglich zu fördern und zu steigern. Es ist auch nicht ganz unangebracht, wenn ich in diesem Zusammenhang dankbar feststelle, dass sich auch die polnischen und ukrainischen Ärzte doch in grossem Umfange dieser Gemeinschaftsarbeit im Dienste der allgemeinen Gesundheitsführung dieses Raumes nicht nur nicht verschlossen, sondern teilweise sehr aktiv und verdient mitgearbeitet haben.

Meine Herren Ärzte, seien Sie überzeugt, dass ich gerade Ihren Beruf mit grösster Interessiertheit zu fördern gedenke. Ihr Beruf ist dem meinigen sehr verwandt. Denn alles, was wir auch an Staatsführungsaufgaben tun können, gleicht dem Volke gegenüber den grossen Aufgaben des Arztes, der auch die Prophylaxe mit der Heilung kombiniert. Was der

9.7.1943

Nationalsozialismus Adolf Hitlers dem deutschen Volke politisch gegeben hat, lässt sich in allen seinen Massnahmen unter diese beiden Leitgedanken bringen, ob Sie nun an die Rassenfragen denken oder an die Gesundung aller anderen öffentlichen Bereiche, die der Nationalsozialismus herbeigeführt hat.

In diesem Zusammenhang müssen wir sagen, dass gerade, was die Gesundung Europas angeht, die Beseitigung des jüdischen Elements eine wahre Erlösung bedeutet. Wenn diese Aufgabe von unserer Generation gelöst wurde, wenn wir diese Hauptbazillenträger im allgemeinen wie auch im politischen Sinne aus unserem Gemeinschaftsleben abgeschoben haben, dann liegt darin eine ganz grosse Vorbedingung für die Wiederherstellung gesunder Lebensverhältnisse der Völker Europas.

Meine Herren Ärzte, seien Sie überzeugt, dass ich tun werde, was in meiner Macht liegt, um Ihre Arbeit zu unterstützen. Ich danke Ihnen wirklich, dass Sie den Weg zu mir auf die Burg gefunden haben. Mögen Sie mit Ihrer Arbeit im Generalgouvernement volle persönliche Befriedigung finden, möge über die Schwierigkeiten dieser Zeit hinweg der Sieg unserer deutschen Waffen auch ein Sieg der deutschen Ärzteschaft sein! Dass insbesondere die grosse einheitliche Interessiertheit am Gesundsein der Menschen die Ärzte des Zivilstandes mit den Ärzten der Wehrmacht aller Kategorien verbunden hat, das freut mich ganz besonders und zeigt, dass über die Uniform hinweg die soziale Funktion des einzelnen Volksgenossen doch eine Macht besitzt, die uns einheitlich zusammenführt zum Dienste am Werke des Führers und seines Reiches.

Herr Professor Dr. Teitge, seien Sie in

9.7.1943

diesem Sinne verpflichtet und bedankt!

Präsident Professor Dr.Teitge dankt dem Herrn Generalgouverneur namens seiner Mitarbeiter und der anderen anwesenden Ärzte für diese Worte. Die Ärzteschaft des Generalgouvernements werde ihren Dank dadurch abstatten, dass sie sich mit aller Macht dafür einsetzen werde, das Land, das dem Herrn Generalgouverneur unterstellt sei, nach Möglichkeit zu sanieren und für Deutsche wohnbar zu machen.

Mit dem von Präsident Professor Dr.Teitge ausgebrachten Sieg - Heil auf dem Führer wird die Sitzung geschlossen.

12[45] Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger und Referenten von Palézieux.

9.7.1943

16[15] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. Emmerich, Präsident Dr. Losacker und Ministerialrat Dr. Weh.

Präsident Dr. Emmerich berichtet dem Herrn Generalgouverneur, dass Generaldirektor Pleiger von Reichsmarschall Göring zum Beauftragten für die besetzten Gebiete einschliesslich des Generalgouvernements ernannt worden sei. Dieser Auftrag beziehe sich vor allem auf das Problem der Kohlenförderung, das für den gesamten grossdeutschen Raum unter eine einheitliche Steuerung kommen solle. Weiter sei eine Reichsvereinigung unter Leitung des Generaldirektors Dr. Röchling gegründet worden. Dr. Röchling sei zum Reichsbeauftragten für Eisen in den besetzten Gebieten ernannt worden. Es handle sich hier um wirtschaftspolitische Massnahmen, die sich staatsstruktionell nicht auswirkten. Immerhin ergebe sich aus der Ernennung der Herren Pleiger und Röchling ein Weisungsrecht. Zwar blieben die Bewirtschaftungsstellen für Eisen und Kohle im Generalgouvernement wie bisher bestehen, wenn sich aber das Verfahren auf andere Warengebiete ausdehnen sollte, auf denen das Generalgouvernement mehr Erzeuger sei, dann könnte es sich unter Umständen auf dem Wege über den Vierjahresplan für das Generalgouvernement ungünstig auswirken.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich gegen eine solche Einflussnahme von Seiten des Reiches. Bisher sei ihm noch kein entsprechender Erlass vorgelegt worden. Sollten sich Schwierigkeiten ergeben, so würde er sofort Protest

einlegen. Er erwarte, dass ihm Präsident Dr. Emmerich von einer solchen Anordnung sofort Kenntnis geben werde.

Präsident Dr.Emmerich berichtet dann von Verhandlungen, die er mit Präsident Kehrl im Reichswirtschaftsministerium gehabt hat. In diesen Verhandlungen habe Präsident Kehrl den Standpunkt vertreten, dass die gesamte zentrale Planung stärker ausgebaut werden müsse und in sie auch die Randgebiete einzubeziehen seien. Er, Präsident Emmerich, habe demgegenüber auf den Charakter des Generalgouvernements als eines östlichen Gebietes hingewiesen und geltend gemacht, dass es im Generalgouvernement anders als in den Niederlanden und im Westen eine Ernteerfassungproduktion und keine pro-Kopf-Verteilung gebe, weshalb es auch unzweckmässig sei, festzustellen, dass alle Anordnungen der Reichsstellen im Generalgouvernement gälten. Präsident Kehrl habe es als notwendig bezeichnet, dass den Bewirtschaftungsstellen im Generalgouvernement Weisung gegeben werde, sich an die Reichsrichtlinien zu halten. Die Besprechung sei im durchaus freundschaftlichen Geist vor sich gegangen. Präsident Kehrl habe dann einen Beauftragten ins Generalsgouvernement geschickt, der die Aufgabe gehabt habe, die Tätigkeit der Bewirtschaftungsstellen zu prüfen. Dieser Beauftragte habe seinem Erstaunen darüber Ausdruck gegeben, mit wie wenigen Menschen die Aufgaben gemeistert würden; nach seiner Meinung werde es sich nicht vermeiden lassen, mehr als bisher Polen und Ukrainer einzustellen, weil sonst die zusätzlichen Aufgaben der Bewirtschaftung nicht erfüllt werden könnten. Er,Präsident Emmerich, habe darauf seinen Bewirtschaftungsstellen zunächst die Weisung gegeben, sich an die

9.7.1943

Richtlinien des Reiches anzulehnen und mit dem Reichsbeauftragten Fühlung zu nehmen. Es sei ja auch selbstverständlich, dass sich die Bewirtschaftungsstelle in den grossen Rahmen der Reichsplanung einfügen müsste. Er habe diese interne Weisung mit Staatssekretär Dr. Bühler besprochen. Dieser habe gegen eine Wendung Bedenken erhoben, und er habe deshalb Präsident Kehrl eröffnen müssen, dass die Abrede nicht ganz im Sinne der Regierung des Generalgouvernements liege. Präsident Kehrl habe jedoch geglaubt, bereits genügend Entgegenkommen gezeigt zu haben. Er, Präsident Emmerich, habe dann dem Staatssekretär Dr.Bühler den Vorschlag gemacht, dass der Herr Generalgouverneur, um die Angelegenheit völlig nach eigenem Recht des Generalgouvernements zu regeln, in Form eines Erlasses der Hauptabteilung Wirtschaft eine Weisung gebe, sodass dann der Eingriff des Reiches vollständig abgewehrt werden könnte.

Präsident Dr. Emmerich legt dem Herrn Generalgouverneur den von Präsident Kehrl ausgearbeiteten Entwurf vor, gegen dessen Fassung der Herr Generalgouverneur Einspruch erhebt.

Der Herr Generalgouverneur ermächtigt Präsident Dr. Emmerich, als Präsident der Hauptabteilung Wirtschaft zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Präsident Emmerich solle dem Präsidenten Kehrl eröffnen, dass er von dem Herrn Generalgouverneur angewiesen worden sei, alles das, was er wolle, praktisch zu tun. Ihm als dem Generalgouverneur komme es hier nicht so sehr auf das materielle als vielmehr auf das formale an, und er müsse vor allem Wert darauf legen, dass er als Generalgouverneur die einheitliche Verantwortung für alles in der Hand habe.

4b

9.7.1943

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird noch zu der Tatsache Stellung genommen, dass für den Bereich der gesamten Wirtschaftsverwaltung von Präsident Dr. Emmerich 40 Kräfte verlangt werden.

Präsident Dr. Losacker betont in diesem Zusammenhang, dass er dem Herrn Generalgouverneur dafür verantwortlich sei, dass die Dienststellen zunächst einmal hinsichtlich der Einstellung von neuem Personal grösste Zurückhaltung üben. Diese Verantwortung bestehe auch wiederum für den Sonderauftrag des Führers. Der Hereinnahme von 40 weiteren männlichen Kräften könne er nicht ohne weiteres zustimmen, da sofort andere Dienststellen mit Berufungen kommen würden.

Präsident Dr. Emmerich bemerkt, dass er diese Forderung für die gesamte Wirtschaftsverwaltung einschliesslich der Distrikte Warschau und Radom gestellt und diese Frage auch mit dem Personalamt erörtert habe.

Präsident Dr. Losacker will sich mit der Einstellung dieser 40 Angestellten einverstanden erklären, wenn in jedem Einzelfall eine besondere Begründung für die Notwendigkeit der Einstellung gegeben wird.

Der Herr Generalgouverneur gibt dieser Regelung seine Zustimmung mit der ausdrücklichen Feststellung, dass in jedem einzelnen Falle über die Kriegswichtigkeit der betreffenden Position verhandelt wird.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau)

Krakau

Sonnabend, den 1o.Juli 1943

1o[00] Besprechung mit Oberbaurat Hofer und Architekten von Palézieux.

1o[45] Besprechung mit Oberst Fischer.

11[00] Besprechung mit Präsident Naumann in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple und Ministerialrat Dr. Weh.

Präsident Naumann berichtet eingangs von der in Berlin stattgefundenen Ernährungskonferenz fast aller europäischen Länder. In dieser Sitzung seien die Leistungen des Generalgouvernements im abgelaufenen Ernährungswirtschaftsjahr von maßgebender deutscher Seite voll anerkannt und in den Vordergrund gerückt worden. Zum erstenmal seien damit die Anstrengungen des Generalgouvernements, dem Reich auf dem Ernährungssektor zu helfen, in ihrem ganzen Umfange richtig gewürdigt worden. Das Generalgouvernement habe sein ihm vom Reich auferlegtes Soll von 76o ooo Tonnen bis auf 2o ooo to abgeliefert, die man für Zwecke der Rüstungsarbeiter in großer Notlage abgezweigt habe. Für weitere 9o ooo zurückbehaltene Tonnen Getreide habe das Generalgouvernement ein Mehr an Zucker, Fleisch usw. geliefert.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß diese vollbrachte Leistung das Ansehen des Generalgouvernements im Reich stark gehoben habe und daß das Generalgouvernement damit zu einem der wichtigsten Leistungsfaktoren für die Kriegswirtschaft des Reiches geworden sei.

E

10.7.1943

Präsident Naumann fährt dann fort, daß in der Nachmittagssitzung der Konferenz, die unter dem Vorsitz von Ministerialdirektor Moritz, der die gesamten Versorgungsfragen im Reich lenke, stattgefunden habe, über die Erfordernisse des neuen Ernährungswirtschaftsjahres 1943/44 gesprochen worden sei. Die Gesamtforderung des Reiches an das Generalgouvernement auf dem Getreidesektor beliefe sich auf 550 000 to. Er habe demgegenüber den neuen Versorgungsplan des Generalgouvernements entwickelt, demzufolge im Generalgouvernement für die Versorgung der Bevölkerung auf der Basis der Warthegausätze 1 012 000 to benötigt würden. Er habe dargelegt, daß bisher die Bevölkerung des Generalgouvernements nicht einmal das Existenzminimum an Ernährungsgütern habe beziehen können und daß man jetzt, sollte eine Katastrophe vermieden werden, unbedingt die Einführung der geplanten Lebensmittelsätze bewerkstelligen müsse. Davon hänge die Gewährleistung der Sicherheit im Lande weitgehend ab; diese wiederum sei die Voraussetzung für eine Bergung und Erfassung der Ernte, auf die man für die Stärkung des deutschen Kriegspotentials unbedingt angewiesen sei.

Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft hoffe, 1,4 Mill. to Getreide erfassen zu können; wenn man dieses Ziel erreiche, könnten dem Reich 388 000 to zur Verfügung gestellt werden. Weiter sei das Generalgouvernement bereit, jede weiterhin erfaßte, über das Soll von 1,4 Mill. hinausgehende Tonne an das Reich abzuliefern.

Der Herr Generalgouverneur ersucht in diesem Zusammenhang Präsident Naumann, ihm einen offiziellen Bericht zuzuleiten, in dem die einzelnen Versorgersparten und die für sie gewährten Lebensmittelsätze

und die dafür benötigten Gesamtmengen dargelegt seien.

Präsident Naumann gibt dann davon Kenntnis, daß ihm Ministerialdirektor Moritz erklärt habe, daß ein Erlaß des Reichsmarschalls im Kommen sei, demzufolge Rationssatzerhöhungen in den besetzten Gebieten nur nach vorheriger Genehmigung durchgeführt werden dürften. Demgegenüber habe er in Berlin erklärt, daß die Regierung des Generalgouvernements auf Befehl des Generalgouverneurs am 1.September ds.Jrs. die neuen Rationssätze einführen müsse; diese Maßnahme sei im Interesse des Reiches unbedingt notwendig.

Eine Einigung mit Ministerialdirektor Moritz sei nicht erzielt worden, da dieser erklärt habe, erst Staatssekretär Backe Vortrag halten zu müssen. Er, Präsident Naumann, beabsichtige nun, an Staatssekretär Backe ein Schreiben zu richten, in dem die Notwendigkeit einer Einführung der neuen Sätze im Generalgouvernement und die Höhe der beabsichtigten neuen Sätze dargelegt seien. Dieses Schreiben werde er die nächsten Tage dem Herrn Generalgouverneur zur Kenntnisnahme unterbreiten.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich gegen die Absichten der Berliner Stellen. Bei der Einführung der von der Regierung des Generalgouvernements für notwendig erachteten Rationssätze könne nicht von einer Erhöhung die Rede sein, sondern von der erstmaligen Gewährung von Existenzminimumsätzen. Gewähre man der Bevölkerung des Generalgouvernements diese Sätze nicht, dann werde die Sicherheitslage im Generalgouvernement so schlecht, daß an ein Arbeiten der deutschen Verwaltung im Interesse des Reiches nicht mehr zu denken sei; in diesem Falle müßte dann das Reich auf sämtliche Lieferungen verzichten.

Er gebe daher Präsident Naumann erneut den amtlichen Befehl, alle Vorbereitungen zur Einführung der neuen Rationssätze ab 1.September 1943 zu treffen. Er ersuche Präsident Naumann auch, sich zwecks Erleichterung und guten technischen Durchführung der Verteilung mit den Stadthauptleuten zu beraten. Die Verteilung müsse so vorbereitet werden, daß ab 1.September alle Versorgungsberechtigten auf Grund ihrer Karten die ihnen zustehenden Lebensmittel in allen Läden einkaufen könnten.

Präsident Naumann erklärt dazu, daß die Vorbereitungen bereits seit 14 Tagen im Gange seien.

Gelinge es, 1,6 Millionen Tonnen zu erfassen, dann könnten trotz Einführung dieser Neuregelung die Forderungen des Reiches in Höhe von 55o ooo to in vollem Umfange befriedigt werden. Die Forderungen des Reiches auf den anderen Landwirtschaftssektoren könnten fast alle erfüllt werden.

Präsident Naumann legt dann dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf eines Erlasses zur Verkündung des Ernteausnahmezustandes 1943/44 vor. Der Ernteausnahmezustand habe sich im vergangenen Jahr bewährt und man wolle wieder die gleichen Mittel einsetzen.

Er habe in Berlin die neuen Prämienmarken gezeigt und damit unter den Fachleuten großes Aufsehen erregt. Die Marken würden in Wien gedruckt und könnten nicht leicht gefälscht werden.

Dem Wunsche, die Wehrmacht in die einzelnen Befehlsstäbe mit hinein zu nehmen, wolle er nicht entsprechen. Der Befehlsstab bestehe wie im Vorjahr aus dem Staatssekretär der Regierung, dem Staatssekretär

für das Sicherheitswesen und dem Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft. Vorsitzender sei der Staatssekretär der Regierung, in den Distrikten der Gouverneur.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet den Entwurf.

Präsident Naumann überreicht dann dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht über die Arbeit der Landwirtschaftlichen Zentralstelle.

Der Herr Generalgouverneur weist auf Klagen von verschiedenen Seiten über die Arbeit der Landwirtschaftlichen Zentralstelle hin und will einmal eine Besprechung über alle damit zusammenhängenden Fragen ansetzen. Er erklärt sich bereit, in der kommenden Woche die maßgebenden Männer der Landwirtschaftlichen Zentralstelle zu empfangen.

Präsident Naumann führt dazu aus, daß die Landwirtschaftliche Zentralstelle die gesamte Warenbewegung im Generalgouvernement - Erfassung und Verteilung - in den Händen habe und sich zum größten Unternehmen des Generalgouvernements entwickelt habe. Sie sei eine Einrichtung, um die das Generalgouvernement von vielen europäischen Ländern beneidet werde.

Präsident Naumann bittet dann den Herrn Generalgouverneur, für die Fremdvölkischen eine Art Erntetag zu veranstalten. Er solle eine Abordnung von Ukrainern und Polen auf der Burg empfangen, die unter ~~der~~ seiner Führung dem Generalgouverneur Erntegaben überbringen würden.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden.

lo.7.1943

Die Besprechung wendet sich zum Schluß der Frage der Schaffung von Staatsdomänen zu. Der Herr Generalgouverneur äußert sich grundsätzlich dahin, daß einige größere Betriebe unbedingt zu Staatsdomänen gemacht werden müßten.

Staatssekretär Dr. Boepple bringt neben der bereits bestehenden Staatsdomäne Gumniska die Okocim-Brauereien und Präsident Naumann Jagielnica zum Vorschlag.

19^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf)

Kressendorf

Sonntag, den 11.Juli 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Kressendorf-Krakau

Montag, den 12.Juli 1943

19[30] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Krakau

20[00] S e r e n a d e im Gotischen Hof des Instituts für Deutsche Ostarbeit.

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung auf der Burg.)

Krakau

Dienstag, den 13.Juli 1943

1o^oo Besprechung mit Referenten von Palézieux.

11^1o Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. Losacker und Ministerialrat Dr. Weh.

Staatssekretär Dr. Boepple teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß die Mitglieder des Killy-Ausschusses in Krakau eingetroffen seien und er bereits die Verhandlungen mit ihnen aufgenommen habe, die bisher im besten Einvernehmen verlaufen seien.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, die Mitglieder des Killy-Ausschusses am 17.Juli im Königssaal der Burg zu empfangen.

Staatssekretär Dr. Boepple berichtet dann dem Herrn Generalgouverneur, daß einige Kompanien des Polizeihilfsdienstes für eine Dauer von etwa 3 Wochen eingezogen worden seien. Befremden müsse die Tatsache erregen, daß die Mannschaften mit der Durchführung einer Ausweiskontrolle an den Ausfallstraßen Krakaus beauftragt seien.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden gegen diese Art des Einsatzes des Polizeihilfsdienstes. Der Polizeidienst solle nach dem ursprünglichen Plan bei Katastrophen und besonderen Ereignissen eingesetzt werden, sei aber nicht als reguläre Polizeitruppe gedacht, die den üblichen Dienst der Polizei zu übernehmen hätte. Es gehe unter keinen Umständen an, daß der Befehlshaber der Ordnungspolizei bzw. der SS- und Polizeiführer des Distrikts Krakau Maßnahmen träfen, die von höchst ungünstigen Folgen für die Verwaltung sein müßten. Auch Polizeioberst Padua habe keinerlei Befugnis, ohne seine, des Generalgouverneurs, bzw. des Staatssekretärs Genehmigung über den Kopf der Verwaltung hinweg einen solchen Einsatz des Polizeihilfsdienstes zu verfügen.

13.7.1943

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple, folgende Fragen zu klären:

1. Wer hat den Befehl zum Einsatz des Polizeihilfsdienstes gegeben?
2. Was wird mit dem Einsatz bezweckt?
3. Welche Voraussetzungen sind gegeben, damit das Funktionieren der Verwaltung gewährleistet ist?
4. Warum ist der Befehl erteilt worden, ohne daß vorher die Verwaltungsstellen um Rat gefragt worden sind?

Weiter verfügt der Herr Generalgouverneur, daß die der Verwaltung angehörenden Männer der beiden zum Einsatz bestimmten Kompanien sofort wieder für ihren Verwaltungsdienst freigegeben werden, daß ferner ohne seine, des Generalgouverneurs, Genehmigung solche Einsätze nicht mehr durchgeführt werden.

Im Anschluß an die Besprechung legt Ministerialrat Dr. Weh dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Jugenddienst im Generalgouvernement

vor, den der Herr Generalgouverneur unterzeichnet.

11[45] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Mühlmann.

Gegenstand der Besprechung ist die Übernahme der Kunstgegenstände der ersten, zweiten und dritten Wahl in das Gewahrsam der Burg.

Der Herr Generalgouverneur gibt Staatssekretär Dr. Mühlmann Kenntnis von einem Bericht des Architekten von Palézieux vom 23.Juni 1943. Darin sei u.a.

gesagt: In dem abschließenden Bericht vom 5.Januar 1943 über die Nachforschungen nach dem Verbleib der fehlenden Kunstgegenstände sei der Vorschlag gemacht worden, sämtliche Kunstgegenstände der ersten, zweiten und dritten Wahl auf die Burg zu bringen. In dem Erlaß des Herrn Generalgouverneurs vom 17.April 1943 sei Architekt von Palézieux vom Herrn Generalgouverneur persönlich beauftragt worden, seinen Vorschlag sofort durchzuführen, darüber hinaus den Verbleib der noch fehlenden Kunstgegenstände festzustellen, die durch Staatssekretär Dr. Mühlmann gesichergestellten Kunstschätze zu sichten und auf ihre Vollständigkeit zu prüfen. Inzwischen sei die erste, zweite und dritte Wahl, soweit sie sich in Krakau befunden habe, zum größten Teil auf die Burg gebracht und hier aufgestellt worden.

Es heißt dann in dem Bericht weiter:

> Die Nachforschungen über den Verbleib der Kunstgegenstände gestalteten sich äußerst schwierig, da fast überall chaotische Zustände herrschten. Der größte Teil der ersten und zweiten Wahl lagerte in den Kellern der Staatsbibliothek, während die dritte Wahl in ihrer Gesamtheit den Architekten Koettgen & Horstmann zu Einrichtungszwecken zur Verfügung gestellt worden war. Die bei Beginn der Arbeit aufgestellten Fehllisten enthielten allein vom Schloß Łazienki nicht weniger als 296 Kunstgegenstände, von denen zum überwiegenden Teil der Aufbewahrungsort inzwischen festgestellt werden konnte. Abgesehen von der ersten Wahl,

gesagt: In dem abschließenden Bericht vom 5.Januar 1943 über die Nachforschungen nach dem Verbleib der fehlenden Kunstgegenstände sei der Vorschlag gemacht worden, sämtliche Kunstgegenstände der ersten, zweiten und dritten Wahl auf die Burg zu bringen. In dem Erlaß des Herrn Generalgouverneurs vom 17.April 1943 sei Architekt von Palézieux vom Herrn Generalgouverneur persönlich beauftragt worden, seinen Vorschlag sofort durchzuführen, darüber hinaus den Verbleib der noch fehlenden Kunstgegenstände festzustellen, die durch Staatssekretär Dr. Mühlmann gesichergestellten Kunstschätze zu sichten und auf ihre Vollständigkeit zu prüfen. Inzwischen sei die erste, zweite und dritte Wahl, soweit sie sich in Krakau befunden habe, zum größten Teil auf die Burg gebracht und hier aufgestellt worden.

Es heißt dann in dem Bericht weiter:

> Die Nachforschungen über den Verbleib der Kunstgegenstände gestalteten sich äußerst schwierig, da fast überall chaotische Zustände herrschten. Der größte Teil der ersten und zweiten Wahl lagerte in den Kellern der Staatsbibliothek, während die dritte Wahl in ihrer Gesamtheit den Architekten Koettgen & Horstmann zu Einrichtungszwecken zur Verfügung gestellt worden war. Die bei Beginn der Arbeit aufgestellten Fehllisten enthielten allein von Schloß Łazienki nicht weniger als 296 Kunstgegenstände, von denen zum überwiegenden Teil der Aufbewahrungsort inzwischen festgestellt werden konnte. Abgesehen von der ersten Wahl,

13.7.1943

die in einem Buch festgelegt wurde, waren über den Verbleib einiger Gegenstände der zweiten Wahl sowie über die gesamte dritte Wahl keine Unterlagen vorhanden. Selbst der Katalog der ersten Wahl weist Unstimmigkeiten auf, da dort Gegenstände, die in die erste Wahl gehören, nicht verzeichnet sind.

Das Chaos, das in der Verteilung der Wahlen, Verbleib und Inventarisierung der Gegenstände herrschte, wurde noch von der Aufbewahrung dieser drei Wahlen übertroffen. Der größte Teil der ersten, zweiten und dritten Wahl lagerte in den Kellern der Staatsbibliothek, nicht so, wie es ihrem Werte entsprach. Beim Betreten des Kellers, in dem der größte Teil der ersten und zweiten Wahl, untermischt von Teilen der dritten Wahl, lagerte, schlug einem ein feuchter, modriger Geruch entgegen, da weder Fenster noch sonstige Lüftungsmöglichkeiten vorhanden waren. Die Millionenwerte der ersten und zweiten Wahl wurden hinter einer gewöhnlichen Kellertür, die noch dazu häufig unverschlossen war, aufbewahrt. Zwischen altem Gerümpel, gefüllten Kartoffelkisten, Papierresten und sonstigem Schmutz lagen zum Teil wertvollste Ölgemälde unverpackt am Boden, zum Teil standen sie ungerahmt, mit den Malflächen aneinander gelehnt, herum. Der größte Teil der Gegenstände war in Kisten und Verschläge verpackt, wahllos übereinander getürmt. In einer Ecke des Raumes standen auf einem Tisch Tassen, Teller, Kaffeekannen usw. eines modernen Geschirrs, von dem ein beträchtlicher Teil zerbrochen am Boden lag. In einem Bretterverschlag stehen noch jetzt auf Regalen

13.7.1943

Porzellanfiguren, Vasen, silberne Leuchter, Holzplastiken, Fayencen usw., die fast alle aus dem Königlichen Schloß, dem Nationalmuseum und dem Lazienki in Warschau stammen. Der größte Teil der Gegenstände ist mehr oder weniger beschädigt, da sie seit über 3 Jahren in diesem verschmutzten, luft- und lichtlosen Keller herumliegen.

Der Bericht schließt mit der Feststellung, daß die aus der Staatsbibliothek übernommenen Kunstschätze jetzt in den zur Unterbringung bestimmten und von Staatssekretär Dr. Boepple sowie Staatssekretär Dr. Mühlmann für gut befundenen Räumen des Schlosses untergebracht seien.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem großen Befremden über diese Zustände Ausdruck und stellt an Staatssekretär Dr. Mühlmann die Frage, ob ihm diese Zustände bekannt gewesen seien.

Staatssekretär Dr. Mühlmann erwidert, daß seinerzeit eine Kontrolle durch das Oberste Rechnungsprüfungsamt des Generalgouvernements stattgefunden habe und in dessen Bericht keine Beanstandungen gemacht worden seien.

Der Herr Generalgouverneur gibt demgegenüber seiner Auffassung Ausdruck, daß man einen solchen Zustand nicht durch Rechtfertigungsberichte aus der Welt schaffen könne. Jedenfalls müsse jetzt Klarheit in die Dinge gebracht werden. Die Berufung des Staatssekretärs Dr. Mühlmann auf seine Arbeit beim Reichsmarschall Göring könne für ihn nicht maßgebend sein. Auch für die Kunstschätze des Generalgouvernements sei allein der Generalgouverneur befehlsberechtigt, da er allein die Verantwortung trage. Die Kunstgegenstände seien von ihm, dem Generalgouverneur, seinerzeit im Namen

13.7.1943

des Führers übernommen worden, und er könne einen von Reichsmarschall Göring erteilten Auftrag nicht als zu Recht bestehend anerkennen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Dr. Mühlmann, daß er nicht Angestellter des Generalgouvernements sei, sondern vom Herrn Generalgouverneur lediglich einen Sonderauftrag als Leiter des Amtes für die Pflege alter Kunst erhalten habe, sich allerdings als solcher nach wie vor für die Dinge verantwortlich fühle.

12[00] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. Losacker, Ministerialrat Dr. Weh, Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger, Dr. Zülch und Referenten von Palézieux, sowie Staatssekretär Dr. Mühlmann.

Der Herr Generalgouverneur stellt zunächst fest, daß durch die Verordnung vom 26.Oktober 1939 die Verwaltungszuständigkeit des Generalgouverneurs auf dem Gebiet der Betreuung der Kunstschätze begründet worden sei. Auf Grund dieser Verordnung seien damals die gesamten Kunstschätze für das Generalgouvernement beschlagnahmt worden.

Staatssekretär Dr. Mühlmann weist darauf hin, daß nach einem Führererlaß sämtliche beschlagnahmten Kunstwerke hoher Qualität, die aus den besetzten Gebieten stammen, für den Führer zu reservieren und der Führer allein darüber zu entscheiden habe.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt demgegenüber, daß er selbstverständlich dem Führer sowie so unterstehe. Was mit dem Eigentum des Generalgouvernements nicht nur auf dem Gebiete der Kunst, sondern auch auf den Gebieten der Eisenbahn, der Häuser, Straßen usw. geschehe, darüber entscheide selbstverständlich auch der Führer.

13.7.1943

Ministerialrat Dr. Weh weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Staatssekretär Dr. Mühlmann seinerzeit zum Leiter des Amtes für die Pflege alter Kunst ernannt worden sei. Dieses Amt sei ursprünglich ein selbständiges Amt im Staatssekretariat der Regierung gewesen wie etwa das Amt für Gesetzgebung. Es sei dann auf Grund der Vorschläge des Präsidenten Dr. Losacker im Zuge der Verwaltungsvereinfachung zum 1.April 1943 in die Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht eingegliedert worden und bestehe, wenn auch nicht als selbständiges Amt, unter der Leitung des Staatssekretärs Dr. Mühlmann weiter.

Der Herr Generalgouverneur geht dann auf den Gegenstand der Besprechung ein und teilt zunächst mit, daß der Leiter des Amtes für die Pflege alter Kunst einen Bericht erstattet habe, der auch vom Obersten Rechnungsprüfungsamt des Generalgouvernements nachgeprüft worden sei.

Dazu teilt Staatssekretär Dr. Mühlmann ergänzend mit, daß das Oberste Rechnungsprüfungsamt des Generalgouvernements in längerer Arbeit jede Einzelheit nachgeprüft habe. Dieser Bericht sei ebenso positiv, wie der andere Bericht, der von Architekt von Palézieux erstattet worden sei, negativ sei. Der Bericht des Obersten Rechnungsprüfungsamtes sei vor allem darauf gerichtet, die Vollständigkeit der Gegenstände nachzuweisen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Dr. Zülch, daß das Oberste Rechnungsprüfungsamt in Stichproben eine Prüfung der Zahl der vorhandenen Kunstgegenstände vorgenommen habe.

13.7.1943

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß ihm dieser Prüfungsbericht demnächst vorgelegt wird.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Dr. Mühlmann, daß im Amte für die Pflege alter Kunst zur Zeit noch zwei Angestellte beschäftigt seien, deren Tätigkeit keinen großen Umfang habe. Er selber sei an dem Weiterbestehen dieses Amtes nicht interessiert. Im übrigen habe er Reichsmarschall Göring gebeten, ihn von seiner Vollmacht zu entheben,und bitte den Herrn Generalgouverneur,dasselbe auch hinsichtlich seiner Stellung als Leiter des Amtes für die Pflege alter Kunst zu tun.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, Staatssekretär Dr. Mühlmann von diesem Auftrag zu entheben. Die Formalitäten müßten im einzelnen festgelegt werden, auch müsse festgestellt werden, auf wen dann die Verantwortung übergehe. Eine Übernahme durch eine andere Persönlichkeit könne allerdings nur nach Klärung des gesamten Sachverhalts erfolgen. Im Beisein des Staatssekretärs Dr. Mühlmann müßte dann festgestellt werden, daß das Amt für die Pflege alter Kunst aufgehoben, die Leitung niedergelegt und kommissarisch von dem Präsidenten der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht als unmittelbarem Vorgesetzten dieses Amtes übernommen werde. Mit der Übergabe der Geschäfte könnte gegebenenfalls Prof. Kudelich beauftragt werden.

Staatssekretär Dr. Mühlmann will seinen freiwilligen Rücktritt von seiner bisherigen Funktion von dem Ablauf einer Übergangszeit abhängig machen, da er ja noch, solange die Sichtung und Übergabe dauere, die Verantwortung trage.

13.7.1943

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er den Rücktritt des Staatssekretärs Dr. Mühlmann von seinem Amte annehme, und setzt den Zeitpunkt auf den 1.September 1943 fest.

Staatssekretär Dr. Mühlmann bittet den Herrn Generalgouverneur, den Termin auf den 1.Oktober 1943 festzusetzen. Er bemerkt weiter, daß er über die Sachlage dem Reichsmarschall Göring Bericht erstatten werde.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich dann auf Vorschlag des Staatssekretärs Dr. Mühlmann damit einverstanden, daß dieser bis zur endgültigen Übergabe von Dr. Kudelich, dem Direktor des Museums in Troppau, vertreten wird.

Der Herr Generalgouverneur trifft nunmehr folgende Verfügung:

1. Dem Ersuchen des Staatssekretärs Dr.Mühlmann um Enthebung von seiner Funktion als Leiter des Amtes für die Pflege alter Kunst wird stattgegeben.

2. Als Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verfügung wird der 1.Oktober 1943 in Aussicht genommen.

3. Mit sofortiger Wirkung wird durch den Vertreter des Staatssekretärs Dr. Mühlmann, den Direktor Dr. Kudelich, in Verbindung mit einem Beauftragten der Regierung des Generalgouvernements die Übernahme der Kunstschätze nochmals überprüft und werden die Gegenstände aufgenommen, damit am 1.Oktober 1943 eine reibungslose Übernahme erfolgen kann.

13.7.1943

4. Mit dem 1.Oktober 1943 wird das Amt für die Pflege alter Kunst aufgelöst und seine Zuständigkeit auf die Hauptabteilung Unterricht und Wissenschaft bzw. die Museumsverwaltung übertragen.

5. Staatssekretär Dr. Boepple wird beauftragt, mit den beteiligten Persönlichkeiten weitere notwendig werdende Verhandlungen zu führen.

6. Staatssekretär Dr. Boepple wird beauftragt, auf Grund der heutigen Besprechung die Fühlung mit den beiden in Betracht kommenden Dienststellen aufzunehmen, damit alles geschehen kann, um die Feststellung der Kunstschätze zu ermöglichen. Eine Wegnahme oder Beseitigung von Kunstschätzen aus dem Burgbereich findet nicht statt.

15[40] Besprechung mit Präsident Naumann.

Präsident Naumann legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf eines Schreibens an Staatssekretär Backe vor. In diesem Schreiben wird auf die vom Generalgouvernement getätigten Lieferungen an das Reich Bezug genommen und darauf hingewiesen, daß von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft in der Regierung des Generalgouvernements alle Voraussetzungen geschaffen worden seien, um trotz der schwierigen Verhältnisse die Erfüllungen der Reichsleistungen auch weiterhin zu gewährleisten. Als weitere Voraussetzung für die Ermöglichung dieser Leistungen sei, wie in dem Entwurf des Schreibens dargelegt wird, eine völlige Änderung der Verpflegungssätze für die nichtdeutsche Bevölkerung ab 1.September 1943 in Aussicht genommen. Im übrigen wird in dem Schreiben

13.7.1943

auf die allgemeine politische und Sicherheitslage, ferner auf die Folgen der Umsiedlung und anderer Aktionen Bezug genommen und dann eine genaue Aufstellung darüber gegeben, wie und in welchem Umfange die einzelnen Nahrungsmittel in Gestalt von Brot, Fleisch, Fett usw. an die Nichtdeutschen verteilt werden sollen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich unter Vornahme einiger Änderungen mit dem Inhalt des Schreibens einverstanden und stellt dabei ausdrücklich fest, daß es unter allen Umständen bei der von ihm für den 1.September 1943 eintretenden Änderung der Verpflegungssätze der nichtdeutschen Bevölkerung des Generalgouvernements verbleibe.

Präsident Naumann verweist dann auf die seinerzeit von dem Herrn Generalgouverneur getroffene Anordnung, nach welcher Umsiedlungen nur nach gründlicher Vorbereitung und im Einvernehmen mit den Dienststellen der Verwaltung vorgenommen werden dürften. In einem Telefongespräch habe ihm nun heute der Leiter der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft im Distrikt Lublin Dr. Claus mitgeteilt, daß nach Angabe des Vertreters des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums im Süden des Distrikts Lublin, und zwar in den Kreisen Bilgoraj, Zamosc und Teilen der Kreise Hrubieschow und Rostow wieder große Umsiedlungen im Gange seien, in deren Rahmen etwa 2oo ooo Menschen in Bewegung gesetzt würden. Aus dem Kreise Bilgoraj seien angeblich 25 ooo Menschen herausgeholt worden, die voraussichtlich als Arbeitskräfte ins Reich gebracht werden sollten. Im Kreise Zamosc sollten Volksdeutsche aus Kroatien und Litzmannstadt angesiedelt werden. Die Aktion solle mit Ende der laufenden Woche beendet sein. Die Polen aus dem Kreise Zamosc kämen nach Bilgoraj, eine erhebliche Anzahl sei

13.7.1943

allerdings schon geflohen. Die Polizeitruppen seien mittlerweile bis auf drei Einheiten abgezogen worden.

Der Herr Generalgouverneur weist demgegenüber darauf hin, daß nach einer Erklärung des Gouverneurs Dr. Wendler diese Umsiedlungsaktion völlig im Rahmen dessen gehalten sei, was er, der Generalgouverneur, mit dem Reichsführer SS vereinbart habe.

Der Herr Generalgouverneur verfügt im Anschluß an die Mitteilungen des Präsidenten Naumann die Absendung folgenden Fernschreibens an den Gouverneur des Distrikts Lublin:

> Ich ersuche um sofortigen Bericht über die Lage der von Abteilungsleiter Dr. Claus heute mitgeteilten riesigen Umsiedlungsaktion, die zwangsweise in diesen Tagen in den Kreisen Bilgoraj, Zamosc, Hrubieschow und Krassnik vorgenommen worden sein sollen. Ich bitte vor allem um Mitteilung, wer die Weisung zu dieser Umsiedlung gegeben hat und ob diese Umsiedlung wirklich im Sinne meiner Besprechung mit dem Reichsführer SS Himmler im vollsten Einvernehmen mit Ihren Verwaltungsstellen nach sorgfältiger Einzelvorbereitung vorgenommen worden ist.

Präsident Naumann fügt seinem Bericht ergänzend hinzu, daß Abteilungsleiter Dr. Claus unter allen Umständen eine zweite Polizei-Großaktion vermieden sehen wolle; denn der Schaden, der durch die Polizei angerichtet worden sei, habe in diesem Falle größte Ausmaße angenommen.

Der Herr Generalgouverneur gibt in diesem Zusammenhang seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß der bisherige SS- und Polizeiführer Globocnik nunmehr aus seinem Amte ausscheidet. Es sei zu hoffen, daß sein

13.7.1943

Nachfolger eine völlig anders geartete Politik treiben werde.

Präsident Naumann teilt dann dem Herrn Generalgouverneur mit, daß das landwirtschaftliche Gut Potok-Zloty im Kreise Radomsko, Distrikt Radom, auf Grund einer Verfügung des Staatssekretärs Krüger beschlagnahmt worden sei.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß die Beschlagnahmeverfügung des Staatssekretärs Krüger vom 16.Juni mit sofortiger Wirkung aufgehoben und auf Grund dieser Beschlagnahmeverfügung bereits vorgenommene Durchführungsaktionen einzustellen bzw. rückgängig zu machen seien. Für die Zukunft dürften solche Güterbeschlagnahmen nur mit seiner vorherigen persönlichen Einwilligung durchgeführt werden.

16^{30} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl und Oberbereichsleiter Bodo Stahr.

Gegenstand der Besprechung ist der für den nächsten Tag vorgesehene Empfang des Oberbefehlsleiters Friedrichs.

17^{00} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch, Referent Jänicke und Dr. Löffler.

Präsident Ohlenbusch berichtet dem Herrn Generalgouverneur von den für die Gründung der Kulturvereinigung des Generalgouvernements getroffenen Vorbereitungen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit den von Präsident Ohlenbusch in dieser Frage gemachten Vorschlägen einverstanden und beauftragt Präsident Ohlenbusch, eine Satzung ausarbeiten zu lassen und diese ihm dann vorzulegen.

13.7.1943

Einer Anregung des Präsidenten Ohlenbusch folgend verfügt der Herr Generalgouverneur die Absendung eines Schreibens an Hauptabschnittsleiter Stahl, in welchem darauf hingewiesen wird, daß zur Zeit die Eröffnung des NS.-Kulturwerkes im Generalgouvernement nicht möglich sei, da gegenwärtig noch keine Vereine beständen, die von diesem Volkskulturwerk zusammengefaßt werden könnten.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann zu dem Programm der Veranstaltungen anläßlich des Parteitages des Arbeitsbereiches Stellung genommen. Der Herr Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden, daß eine Kunstausstellung in den Tagen der Parteitagveranstaltungen eröffnet wird und im Anschluß daran gegebenenfalls eine Kulturwoche des Generalgouvernements stattfindet.

Mit dem Vorschlage der Schaffung eines Dichterpreises für das Generalgouvernement erklärt sich der Herr Generalgouverneur einverstanden. Auch der Vorschlag der Verleihung eines Musikpreises findet die Billigung des Herrn Generalgouverneurs.

Der Herr Generalgouverneur gibt sodann seinem Wunsche Ausdruck, daß "Das Generalgouvernement" zu einer deutschen Kulturzeitschrift ausgestattet wird und die erste Nummer dieser Zeitschrift aus Anlaß der Gründung der Kulturvereinigung unabhängig vom Parteitag erscheinen solle. Die Leitung dieser Zeitschrift müßte dann in den Händen der Hauptabteilung Volksaufklärung und Propaganda liegen, der Titel der Zeitschrift würde lauten: "Das Generalgouvernement, Blätter für Deutsche Kultur im Weichselraum, herausgegeben von der Hauptabteilung Propaganda".

13.7.1943

Weiter verfügt der Herr Generalgouverneur, daß der Gründungsakt der Kulturvereinigung des Generalgouvernements am 23.Juli auf der Burg zu Krakau in feierlichem Rahmen stattfinden soll.

Auf Vorschlag des Präsidenten Ohlenbusch richtet sodann der Herr Generalgouverneur folgendes Schreiben an Hauptabschnittsleiter Stahl:

> In der Angelegenheit Dr. Löffler hat der Leiter des Personalamtes des Arbeitsbereiches eine mir völlig unverständliche Stellungnahme aufrecht erhalten, indem er entgegen dem Schreiben des Gauleiters Mutschmann vom 18.März 1943 die den Herrn Dr. Löffler ablehnende Einstellung nicht geändert hat. Ich bitte Sie, dem Pg. Seifert folgende Verfügung des Leiters des Arbeitsbereichs bekannt zu geben:
>
> 1. Ich stelle fest, daß Gauleiter Mutschmann am 18.März 1943 der Landesregierung Sachsen mitgeteilt hat, daß die am 16.Februar 1942 über den Pg. Dr. Löffler gegebene schlechte Beurteilung aufgehoben ist.
>
> 2. Demzufolge hebe ich hiermit die gegen Dr. Löffler vom Personalamt der Regierung zum 3o. September ds.Jrs. ausgesprochene Kündigung auf Antrag des Präsidenten der Hauptabteilung Volksaufklärung und Propaganda auf. Ich weise das Personalamt des Arbeitsbereiches Generalgouvernement an, diese Entscheidung zu den Akten zu nehmen und die Angelegenheit für erledigt zu erklären.

13.7.1943

IX/9 18^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Botschaftsrat Schaumburg.

Einleitend gibt der Herr Generalgouverneur Botschaftsrat Dr. Schaumburg einen Überblick über die allgemeine Lage im Generalgouvernement. Er weist darauf hin, daß das Interesse am Generalgouvernement im Steigen begriffen sei und daß in der kommenden Zeit auch einige ausländische Gäste dem Generalgouvernement einen Besuch abstatten wollten.

Botschaftsrat Dr. Schaumburg erklärt, daß er auf Grund von Berichten über die Lage vom Auswärtigen Amt zur Unterstützung des Generalgouverneurs nach Krakau berufen worden sei. Er wolle zu diesem Zweck seinen Kontakt mit dem Herrn Generalgouverneur möglichst eng gestalten.

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes wolle er das Einverständnis des Herrn Generalgouverneurs mit der Abberufung des Grafen di Fossombrone aus Krakau herbeiführen. Die Voraussetzungen dafür seien vom Auswärtigen Amt in Berlin bereits geschaffen worden. Die Tätigkeit des Grafen Fossombrone im Generalgouvernement habe viele belastende Momente ergeben, so daß ein weiteres Verbleiben des Grafen Fossombrone in Krakau nicht mehr möglich sei. Die Italienische Botschaft in Berlin sei mit seiner Abberufung auch einverstanden, wolle allerdings an seiner Stelle einen Konsul nach Krakau entsenden.

Der Herr Generalgouverneur ist mit der Abberufung des Grafen di Fossombrone unter der Voraussetzung einverstanden, daß dieselbe auf diplomatischem Wege in diskreter Form vor sich gehe. Konsulate wolle er grundsätzlich im Generalgouvernement nicht erreichtet sehen.

13.7.1943

Jeglicher diplomatische Verkehr solle über das Auswärtige Amt in Berlin abgewickelt werden. Um das Interesse der ausländischen Diplomaten am Generalgouvernement zu befriedigen, sei er gern bereit, im Benehmen mit dem Auswärtigen Amt ausländische Gäste im Generalgouvernement zu empfangen. Alle diese Besuche müßten von Botschaftsrat Dr. Schaumburg vorbereitet werden. Mit dem Antrag von Botschaftsrat Dr. Schaumburg, die Wohnung des Grafen Fossombrone im Palais Pomorski beziehen zu dürfen, ist der Herr Generalgouverneur einverstanden. Der Chef der Kanzlei erhält den Auftrag, von dieser Entscheidung den Stadthauptmann von Krakau zu verständigen.

Zum Schluß werden noch die für die nächste Zeit in Aussicht stehenden Besuche des ungarischen und des slowakischen Gesandten in Berlin erörtert, für die der Herr Generalgouverneur Botschaftsrat Dr.Schaumburg die notwendigen Vorbereitungen zu treffen bittet.

IV/9 18^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Mühlmann.

Staatssekretär Dr. Mühlmann bittet den Herrn Generalgouverneur, für den zur Zeit im Wehrmachtsdienst stehenden Architekt Koettgen beim OKW einen Urlaub für die Abwicklung der Geschäfte, soweit sie für die Feststellung von Kunstgegenständen notwendig ist, erwirken zu wollen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, ein entsprechendes Fernschreiben an das OKW gehen zu lassen.

Staatssekretär Dr. Mühlmann teilt dann dem Herrn Generalgouverneur, daß er zusammen mit Architekt von Palézieux die Burgräumlichkeiten besichtigt habe, in denen die Kunstschätze erster, zweiter und dritter Wahl untergebracht seien. Er könne feststellen, daß

13.7.1943

die Kunstschätze dort in musterhafter Ordnung gelagert seien.

Dem darauf erscheinenden Architekten von Palézieux eröffnet der Herr Generalgouverneur, daß Staatssekretär Mühlmann soeben die Unterbringung der Kunstschätze als mustergültig bezeichnet habe. Damit dürften wohl die bisher bestehenden Differenzen beseitigt sein, und man könne der weiteren Entwicklung in Ruhe entgegen sehen. Im übrigen bleibe es bei der Entscheidung des Führers. Von den Kunstgegenständen werde an niemanden etwas herausgegeben, es sei denn auf besondere schriftliche Verfügung hin. Was noch fehle, darüber müßten in den nächsten Wochen Feststellungen getroffen werden. Voraussetzung für das Gelingen dieser Feststellung sei ein freundschaftlich-kameradschaftliches Zusammenarbeiten. Man müsse sich darüber klar sein, welch' große Verantwortung man angesichts der zu betreuenden Millionenwerte zu tragen habe, und daß der Name des Generalgouverneurs wie aller anderen Beteiligten mit de dem Verbleib dieser Kunstschätze auf immer verbunden sei. Deshalb sei es unbedingt notwendig, daß sich die an diesen Dingen beteiligten Persönlichkeiten über ein Arbeitsprogramm einigten. Die Hauptarbeit werde nach dem Ausscheiden des Herrn Ernst in den Händen des Direktors Dr. Kudelich und des Architekten von Palézieux liegen, die sich wieder mit dem Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs bzw. seinem Stellvertreter ins Benehmen zu setzen hätten. Darüber müsse ihm dann zu gegebener Zeit ein Bericht vorgelegt werden, und aus diesem Bericht müsse hervorgehen, was völlig verschwunden, was verschenkt worden oder nicht mehr erreichbar sei.

13.7.1943

Abschließend gibt der Herr Generalgouverneur seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß nunmehr eine Einigung zustande gekommen sei, und spricht dem Architekten von Palézieux, der sich hier als Fachmann in bester Weise bewährt habe, seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete vorbildliche Arbeit aus.

20^{00} Vorführung des anläßlich des 25-jährigen Jubiläums gedrehten Farbenfilms der Ufa "Münchhausen".

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.)

Krakau

Mittwoch, den 14.Juli 1943

10^{30} Besprechung mit Präsident Naumann.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Naumann, ihm in einem besonderen Schreiben Einzelangaben über den Verlauf der jüngsten Polizei-Großaktion im Distrikt Lublin zu machen.

Präsident Naumann wird in dieser Angelegenheit Berichte seiner Verbindungsleute anfordern.

11^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberbefehlsleiter Friedrichs und Dienstleiter Walkenhorst von der Parteikanzlei-München.

Der Herr Generalgouverneur gibt eingangs einen allgemeinen Überblick über die Lage im Generalgouvernement und teilt insbesondere die Ergebnisse der letzten Volkszählung im Generalgouvernement mit. Er weist darauf hin, daß die Partei im Generalgouvernement mit einer Zahl von 24o ooo ständig anwesenden Deutschen rechnen könne.

Dann hat Oberbefehlsleiter Friedrichs als Vertreter des Reichsleiters Bormann mit dem Herrn Generalgouverneur eine eingehende Besprechung über die Regelung von Parteiangelegenheiten.

Nach Darlegung der Geschichte und Aufgaben des Generalgouvernements betont der Herr Generalgouverneur, daß er über die Parteiorganisation des Generalgouvernements erst persönlich mit Reichsleiter Bormann sprechen müsse, bevor endgültige Entschlüsse gefaßt werden können.

Oberbefehlsleiter Friedrichswill für diese Besprechung zwischen dem Herrn Generalgouverneur und Reichsleiter Bormann möglichst bald einen Termin ansetzen.

14.7.1943

Im einzelnen wird eine Einigung etwa auf folgender Grundlage skizziert:

1. Es werden etwa 7 Kreisstandorte des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP an den Orten und in den Kreisen gebildet, die die größte Zahl von Deutschen im Generalgouvernement aufweisen. Die in Betracht kommenden 7 Kreisstandortführer werden von Reichsleiter Bormann dem Herrn Generalgouverneur vorgeschlagen und sollen hauptamtliche Parteifunktionäre werden. Sie unterstehen dem für ihren Kreis zuständigen Distriktsstandortsführern.

2. In der Angelegenheit des Stellvertretenden Leiters des Arbeitsbereichs Schalk, der zur Zeit an der Front steht, erklärt der Herr Generalgouverneur mit Nachdruck, daß er an Pg. Schalk um seiner Verdienste am Aufbau der Parteiarbeit im Generalgouvernement willen kameradschaftlich festzuhalten gedenke und auf keinen Fall zulassen werde, daß Pg. Schalk einfach auf Grund der bis jetzt gegen den Generalgouverneur und dessen Einrichtungen getriebenen Hetze abgesägt wird. Diese Hetzperiode muß nunmehr endgültig vorüber sein, und es darf keine Möglichkeit geben, sie wieder aufzunehmen. Demnach muß auch dem Pg. Schalk volle Genugtuung werden. Ohne eine Regelung dieser Angelegenheit, der auch Pg. Schalk seine volle Zustimmung gibt, ist die Durchsetzung eines anders gearteten Regimes in der Partei unmöglich.

14.7.1943

3. In der Frage der Personalunion bei der Leitung des Arbeitsbereiches und den Distrikten weist der Herr Generalgouverneur mit Nachdruck darauf hin, daß diese Personalunion eine absolut unabdingbare Notwendigkeit ist; denn der Kampf, den der Generalgouverneur unter den schwierigsten Umständen im Namen des Führers und des Reiches zu führen hat, ist so außerordentlich groß, daß alle Autorität - auch die parteigenössische - in seiner und in der Hand seiner wichtigsten Mitarbeiter bleiben muß.

Im übrigen ist davon völlig unabhängig das Parteileben im Generalgouvernement im besten Gang und in voller Entwicklung. Eine Lösung könnte nach Erledigung des zu Punkt 2 Gesagten nur in der Form denkbar sein, daß ein Nachfolger für Pg. Schalk als neuer stellvertretender Leiter des Arbeitsbereiches in hauptamtlicher Funktion dem Herrn Generalgouverneur von der Partei vorgeschlagen wird. Ob aus dieser vorläufigen Berufung des stellvertretenden Leiters im Laufe der Zeit einmal die Stellung eines eigenen Leiters des Arbeitsbereiches wird, muß der Generalgouverneur von den Umständen abhängig machen, die die künftige Entwicklung mit sich bringt. Im übrigen ist die Lage des Generalgouvernements so ausserordentlich schwierig und dabei die Entwicklung in diesem Land für das Deutsche Reich so ungemein wichtig, daß Experimente auf keinen Fall gemacht werden können.

14.7.1943

Der Herr Generalgouverneur weist dann darauf hin, welche verheerenden Folgen die Einrichtung des Staatssekretariats für das Sicherheitswesen für die Autorität des Generalgouvernements gehabt habe. Es habe sich eine eigene Polizei- und SS-Regierung gegen den Generalgouverneur zu bilden versucht, die nur mit Aufwand äußerster Energie im letzten Augenblick habe niedergeschlagen werden können.

In diesem Zusammenhang verweist der Herr Generalgouverneur auf das wahrscheinlich im Verordnungsblatt des Generalgouvernements vom 15.Juli erscheinende Übereinkommen zwischen den Staatssekretären Dr. Bühler u. Krüger und bezeichnet es als großen Sieg der Staatsidee über aufrührerisches Intrigantentum.

Des weiteren erklärt der Herr Generalgouverneur, daß er zu jeder Aussprache mit Reichsleiter Bormann bereit sei und nach wie vor alles tun werde, um das Parteileben im Generalgouvernement, an dem er das größte Interesse habe, zu fördern und weiter zu entwickeln.

Oberbefehlsleiter Friedrichs erklärt, daß dem Reichsleiter Bormann nichts ferner läge, als irgendwie in den Verdacht zu kommen, daß er die geringste Animosität gegen den Herrn Generalgouverneur habe. Er könne vielmehr darauf hinweisen, daß Reichsleiter Bormann und auch er persönlich sich gerade in den letzten Monaten der Krise völlig zurückgehalten hätten und dass es nunmehr, da die Krise überwunden sei, naheliege, durch eine Besprechung mit Reichsleiter Bormann alles, was auf dem Parteisektor noch unklar sei, zu bereinigen.

14.7.1943

Oberbefehlsleiter Friedrichs dankt zum Schluß dem Herrn Generalgouverneur für den ihm bereiteten Empfang und bittet ihn, überzeugt zu sein, daß er seinerseits alles tun wolle, um die Bereinigung des Verhältnisses der Parteikanzlei zum Generalgouvernement in jeder Weise herbeizuführen.

13^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

13^{15} F r ü h s t ü c k .

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
auf der Burg)

Krakau

Donnerstag, den 15.Juli 1943

12^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Beauftragten der Italienischen Botschaft in Berlin Fossombrone in Gegenwart des Botschaftsrats Dr. Schumburg.

15^{45} Besprechung mit Pressechef Gassner.

15^{50} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Ministerialrat Dr. Weh.

Staatssekretär Dr. Boepple legt dem Herrn Generalgouverneur einige Schriftstücke zur Unterschrift vor.

Ministerialrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Verordnung zum Schutze der Ernteerfassung und zur Ernährungssicherung im Wirtschaftsjahr 1943/44
2. einer Verordnung über die Errichtung der Bewirtschaftungsstelle für Mineralöle im Generalgouvernement

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

Ministerialrat Dr. Weh gibt dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von einem Schreiben des Reichsministers und Chefs der Reichskanzlei Dr. Lammers betr. die

Verordnung zur Rechtsangleichung zwischen dem Reich und dem Generalgouvernement auf dem Gebiet des Patent- und Gebrauchsmusterrechtes vom 1.Juni 1943.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß die Hauptabteilung Justiz vorerst von diesen Vorschriften keinen Gebrauch macht, und zwar mit der Begründung, daß ihm dieser Vorgang völlig unbekannt sei.

15.7.1943

16^{00} Abschlußsitzung des vom Herrn Generalgouverneur eingesetzten Wirtschaftsausschusses des Generalgouvernements im Königssaal.

(Teilnehmer s. Anwesenheitsliste)

Präsident Dr. Emmerich berichtet dem Herrn Generalgouverneur von den Beratungen, die der Wirtschaftsausschuß in seiner Sitzung am Vormittag gepflogen hat.

Das Problem der Sanierung der gewerblichen Wirtschaft des Generalgouvernements zerfalle in je einen Beitrag der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft. Präsident Naumann habe den neuen Ernährungsplan des Generalgouvernements mitgeteilt, der ab 1.September für die fremdvölkische städtische Bevölkerung und die im deutschen Interesse arbeitenden Menschen des Generalgouvernements die Warthegausätze einführe und damit eine ausreichende Ernährung sicherstelle.

Die gewerbliche Wirtschaft habe die Aufgabe, die Arbeiter so zu stellen, daß sie mit ihrem legalen Lohn unter Anlegung strengster Maßstäbe neben den Lebensmitteln die täglichen Artikel zu normalen Preisen kaufen könne für ihren Bedarf. Gelinge das, dann sei auch der Unternehmer nicht in die Zwangslage versetzt, nach Auswegen zu suchen, die ungesetzlich seien, z.B. in der Form, daß er einen Teil seiner Produktion dem Schleichhandel zuführe.

Auf dem gewerblichen Gebiet habe man nun Vorkehrungen getroffen in der Form, daß dem Arbeiter die notwendige Bekleidung und auch Hausstandsartikel zur Verfügung gestellt werden könnten. Der gewerbliche Sektor habe sich verpflichtet, im Rahmen des

15.7.1943

Möglichen über die Rüstungsindustrie hinaus auch den in den übrigen Industrien arbeitenden Menschen Waren zuzuführen. Über die Maßnahmen auf diesem Gebiet hätten die Vertreter der Bewirtschaftungsstellen für Spinnstoffe, Lederwaren und Eisen gesprochen.

Auf dem Spinnstoffgebiet habe man einen Plan aufgestellt, der sich aus der Eigenerzeugung des Generalgouvernements und dem Reichsbeitrag zusammensetze. Die Gesamterzeugung werde nach dem Beispiel des Reiches in Punkten gewertet. Dem Generalgouvernement stünden für insgesamt 23o Millionen Punkte Waren zur Verfügung. Von diesen 23o Millionen Punkten würden für Prämienzwecke der Ernteerfassung vorerst loo Millionen Punkte abgezweigt. Die restlichen 13o Mill. Punkte verteilten sich auf Rüstungsbetriebe, A- und B-Betriebe, Wehrmachtsbetriebsstellen und auf die übrigen gewerblichen Sektoren.

Eine schlagartige pro-Kopf-Zuteilung lasse sich nicht durchführen. Man werde bei dem bisher üblichen Verfahren bleiben, indem man von den 13o Mill.Punkten nach einer gerechten Verteilungsliste den einzelnen Betriebsführern zu einem Stichtag eine gewisse Menge Waren zur Verfügung stelle. Diesem sei es dann überlassen, diese Waren an Stellen besonders großen Notstandes oder als Belohnung für besonders gute Leistungen zu verwenden.

Auf den Einwurf des Herrn Generalgouverneurs, ob nicht wie auf dem Ernährungssektor auch auf dem gewerblichen Sektor ab 1.September eine größere Aktion möglich sei, erklärt der Leiter d. Bewirtschaftungsstelle für Spinnstoffe, daß man für diesen Termin Waren für 3o Millionen Punkte zur Verfügung stellen könne, ohne die loo Mill. Punkte der Landwirtschaft zu gefährden.

15.7.1943

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Genugtuung über diese Zusage Ausdruck und weist darauf hin, daß es psekychologisch von ungeheuerer Bedeutung sei, wenn zugleich mit der Einführung der neuen Rationssätze auch eine größere Aktion auf dem Gebiete der Spinnstoffverteilung gestartet werden könne.

Der Leiter der Hauptabteilung Arbeit/Präsident Struve bezeichnet es als ungeheuer eindrucksvoll, wenn die deutsche Verwaltung erklären könne, daß ab 1.September die Ernährung des Kreises der Bevölkerung gesichert sei, der im europäischen Sinne arbeite; ausserdem könne man dann noch darauf verweisen, daß sofort Waren für 3o Millionen Punkte zur Verfügung gestellt würden und daß im Generalgouvernement ein Auflageprogramm gestartet sei, mit dem man das Ziel verfolge, in fortschreitendem Maße Artikel des täglichen Bedarfes herzustellen und der im europäischen Sinne tätigen Bevölkerung zuzuleiten.

Geschäftsführer Burghardt will auf dem Gebiete der Zuteilung von gewerblichen Erzeugnissen auch das Handwerk und den Handel nicht vergessen sehen.

Der Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Leder Reitz kann für eine zusätzliche Versorgung mit Schuhwerk nichts zusagen. Auf dem Ledergebiet lebe man von der Hand in den Mund, da die Rohstoffe aus der Landwirtschaft kämen. Man werde die Versorgung auf der bisherigen Basis weiterführen, die den Verhältnissen und der Versorgung im Reich gleichwertig sei. Die im deutschen Interesse arbeitenden Polen seien im Winter ausreichend mit Schuhwerk versorgt.

15.7.1943

Präsident Naumann berichtet sodann von der katastrophalen Lage der Landwirtschaft auf dem Gebiete der Eisenversorgung; man sei nicht mehr in der Lage, genügend Hufeisen herzustellen, von Wagenbeschlägen ganz zu schweigen. Die geringen Zuteilungsmengen würden für die Herstellung von Pflugscharen und zur Erstellung unerläßlicher Bauten benötigt.

Der Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Eisen und Stahl Pikler erklärt dazu, daß anläßlich der Zusammenlegungsaktion von Betrieben einige Tausend Tonnen Eisen frei geworden wären, von denen man der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft abgeben könne.

Der Herr Generalgouverneur setzt sich für eine bevorzugte Eisenzuteilung an die Landwirtschaft ein.

Des weiteren will er die Herstellung von Töpfen, Strohschuhen und Schuhen aus Holzgeflecht im verstärkten Maße durchgeführt sehen, ebenso eine Steigerung der Keramikerzeugung und der Erzeugung von Bedarfsartikeln für Küche und Haus.

Zur Frage der Verteilung erklärt Präsident Dr. Emmerich noch, daß eine genaue Liste der Betriebe und der Fertigungen bestehe; auf Grund dieser Liste fände die Verteilung an die einzelnen Betriebe statt.

Der Herr Generalgouverneur ordnet dann für Dienstag, den 3.August, 16 Uhr im Großen Sitzungssaal der Regierung eine Wirtschaftsführer-Tagung an, in der die Ergebnisse der Beratungen des Wirtschaftsausschusses bekannt gegeben werden sollen.

16^{4o} T e e - Empfang für die Wirtschaftsführer.

18^{4o} Besprechung mit Pressechef Gassner.

(Übernachtung auf der Burg.)

Anwesenheitsliste

für die Wirtschaftsausschuß - Besprechung

am 15.Juli 1943 16 Uhr

im Königssaal der Burg zu Krakau

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
Koppe	Leiter u. Referent	Wirtschaftsgruppe Papier u. Waren verarb.
[illegible]	[illegible]	[illegible]
Pfeiffer	Leiter	Ges. f. Leder u. Pelze
Koch	Min. R.	H. Stellv. d. G.
[illegible]	Präsident	Hauptabteilg Chef
Altmann	Präsident	Hauptamt E. u. L.
Fischböck	Hauptabteilungsleiter	Reichsmin. Speer. stellv. Min.
Dr. Stahr.	Bereichsleiter	NSDAP.
Bühler	OKH	H. A. Wirtsch.

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Hartung	Direktor	Handelsgesell[schaft] deutscher Kauf[leute]
Dr Weber	Geschäftsführer	Gruppe Baltische in der Ha[upt]- Gewerbliche Wirtschaft e. V.
Dr. Ahr	Min Rat	Amt für Gesetzg[ebung]
Dr Klar	Leiter.	Verwaltungsstelle für Häfen und Was[serstraßen]
Dr Schreiber	OKR	H. A. Ernährung
Dr. Boesele		

Krakau

Freitag, den 16.Juli 1943

11[30] Besprechung mit Präsident Gerteis in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Gegenstand der Besprechung ist ein an den Generalgouverneur gerichtetes Schreiben des Reichsverkehrsministers Dr. Dorpmüller, betr. die Regelung der Verwaltungszuständigkeit der Generaldirektion der Ostbahn. Diesem Schreiben ist der Entwurf einer Verordnung über die Errichtung einer Hauptabteilung "Verkehr" in der Regierung des Generalgouvernements beigefügt.

Präsident Gerteis erklärt, daß, soweit die Zuständigkeit der Generaldirektion in Frage komme, die in dem Schreiben gemachten Vorschläge von ihm akzeptiert worden seien. Der Text der Verordnung über die Errichtung der Hauptabteilung "Verkehr" müßte noch einige Änderungen erfahren. Im übrigen könne er zu seiner großen Genugtuung feststellen, daß nunmehr eine kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen Reichsverkehrsministerium und Generaldirektion der Ostbahn gewährleistet sei.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß auf Grund des in dem Schreiben enthaltenen Zuständigkeitskatalogs die Generaldirektion der Ostbahn als solche anerkannt und ihrem Präsidenten ein Weisungsrecht und eine Anordnungsbefugnis zugestanden worden seien. Er könne sich deshalb mit dieser Neuregelung der Verwaltungszuständigkeit einverstanden erklären, müsse sich allerdings dagegen verwahren, daß diese Neuregelung der Zuständigkeit erst nach Bildung der Hauptabteilung "Verkehr" in Kraft trete.

16.7.1943

Der Herr Generalgouverneur beauftragt sodann Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Gerteis, gemeinsam einen Entwurf über eine Anordnung betr. diese Zuständigkeit auszuarbeiten und ihm baldmöglichst vorzulegen. Präsident Gerteis wird von dem Herrn Generalgouverneur beauftragt, ihm einen Vorschlag zur Abänderung der Eisenbahn-Verkehrsordnung zu unterbreiten. Ferner werden Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Gerteis beauftragt, ein Antwortschreiben auf das Schreiben des Reichsverkehrsministers Dr. Dorpmüller zu verfassen und ihm baldmöglichst vorzulegen.

Der Herr Generalgouverneur legt dann in weiteren Ausführungen dar, daß es jetzt darauf ankomme, die Stellung des Präsidenten der Generaldirektion der Ostbahn nach Möglichkeit zu stärken. Die Repräsentanz aller Eisenbahnangelegenheiten müsse fürderhin beim Präsidenten der Generaldirektion liegen. Auch die Gouverneure hätten sich stets in allen Eisenbahnangelegenheiten an den Präsidenten der Generaldirektion der Ostbahn zu wenden, umso mehr, als sich die Ostbahndirektionen über verschiedene Distrikte erstreckten. Wenn die Neuregelung durchgeführt sei, sei er bereit, die drei Präsidenten der Ostbahndirektionen zu empfangen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Gerteis, daß sich das Vermögen der Ostbahn zur Zeit auf 6,5 Milliarden Zloty belaufe.

Präsident Gerteis berichtet dann noch über die gegenwärtige Lage des Verkehrs in Galizien. Die Strecken seien wiederholt von Banden angegriffen worden, die u.a. drei Brücken gesprengt hätten. Sie

seien jetzt von den Hauptlinien abgedrängt und trieben sich im Bereiche der Südoststrecken herum. Zur Zeit verursachten sie jedoch keine größeren Schäden, die Züge würden abgenommen, und die Hauptlinie über Tarnopol sei wieder frei.

12^{00} Besprechung mit Bankdirektor Dr. Paersch in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Der Herr Generalgouverneur gibt Bankdirigent Dr. Paersch von dem Inhalt eines an den Generalgouverneur gerichteten Briefes des Reichsministers der Finanzen Kenntnis, in welchem u.a. auf die Währungssituation im Generalgouvernement eingegangen wird.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Bankdirigent Dr. Paersch, zu diesem Schreiben des Reichsfinanzministers vom 1o.Juli 1943 Stellung zu nehmen und ihm nötigenfalls den Entwurf eines Antwortschreibens vorzulegen.

12^{3o} Besprechung mit Regierungsrat Arnold in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Der Herr Generalgouverneur gibt Regierungsrat Arnold als Vertreter des Präsidenten Ohlenbusch Kenntnis von einem an den Generalgouverneur gerichteten Schreiben des Reichsministers Dr. Goebbels, betr. den Film "Ordnung schafft Brot". In diesem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß das Filmvorhaben, wie eine Besichtigung gezeigt habe, nicht so angelegt werden sei, um ein Publikum, das dem Stoff zunächst indifferent gegenüberstehe, zu beeindrucken; es fehle ihm die unvermeidbare Spannung sowie Tempo und Schwung, und der erwartete Erfolg werde mit der vorliegenden Fassung nicht erwirkt werden. Die Notwendigkeit, über

16.7.1943

die Aufbauarbeit im Generalgouvernement zu berichten, werde eingesehen, und man sei gern bereit, dem Generalgouvernement bei diesen Bemühungen behilflich zu sein. Reichsminister Dr. Goebbels wolle daher gern seinen Mitarbeiter Kaufmann zur Verfügung stellen, um die Wünsche des Generalgouvernements durch eine leistungsfähige Filmfirma in geeigneter Weise zu verwirklichen.

Der Herr Generalgouverneur richtet ein Schreiben an Präsident Ohlenbusch, in welchem er ihn bittet, ihm ein geeignetes Antwortschreiben an Reichsminister Dr. Goebbels vorzuschlagen, des weiteren ersucht er Regierungsrat Arnold, dem Präsidenten Ohlenbusch mitzuteilen, er möge den genannten Mitarbeiter Kaufmann baldmöglichst nach Krakau zu einer Besprechung einladen.

12^{35} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

12^{40} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl und SA.-Oberführer Peltz.

SA.-Oberführer Peltz berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß gestern bei einem Überfall auf eine marschierende SA.-Kolonne in Warschau 3 Männer schwerverletzt und mehrere leichtverletzt worden seien.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt SA.-Oberführer Peltz, sich nach dem Befinden der Verletzten zu erkundigen, ihnen jegliche Fürsorge zuteil werden zu lassen und seine herzlichen Grüße zu übermitteln.

16.7.1943

SA.-Oberführer Peltz wirft dann die Frage auf, ob in den Tagen der Parteitagsveranstaltungen SA.-Männer zum Polizeihilfsdienst herangezogen werden dürften.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden dagegen, daß in diesen Tagen ein solcher Einsatz erfolgt. Überhaupt könne es sich beim Einsatz des Polizeihilfsdienstes gemäß seiner Weisung grundsätzlich nur um Sonderfälle handeln. Im Übrigen erkenne er das Verdienst der SA. im Generalgouvernement voll an und werde es beim Parteitag in jeder Weise herausstellen.

Im weiteren Verlauf wird dann zu den Veranstaltungen aus Anlaß des Parteitages Stellung genommen, in Sonderheit auch zu der Frage, in welcher Weise die SA. im Rahmen dieser Veranstaltung mitwirken soll.

Der Herr Generalgouverneur beraumt eine abschliessende Besprechung des Programms für die Veranstaltungen aus Anlaß des Parteitages auf Donnerstag, den 22.Juli 1943, nachmittag 4 Uhr auf der Burg an.

Im Anschluß an diese Besprechung umreißt der Herr Generalgouverneur die Pflichten und den Aufgabenkreis der Partei im Generalgouvernement. Er führt dabei aus, daß seines Erachtens die Wirkung der Partei nicht dadurch gefördert werde, daß sie im staatlichen Sektor auftrete. Sie könne immer nur durch sich selbst wirken. Es sei immer sein Bestreben gewesen, diesen für die Partei nützlichen Gedanken in den Vordergrund zu rücken. Je mehr die Autarkie des Generalgouvernements zunehme, umso wichtiger sei es, daß die Partei das Bewußtsein von ihrer eigentlichen Aufgabe habe.

16.7.1943

Die Partei müsse als weltanschauliche Hüterin des heiligen Grals unabhängig von dem jeweiligen staatlichen Wirken sein. Er würde als Parteimann niemals die Verantwortung eines Beamten übernommen haben, hätte auch niemals den Vorschlag gemacht, für die Einberufung der Beamten die Partei in Bewegung zu setzen. Es sei ein Unding, daß die Parteikanzlei als verlängerter Arm der Reichszentrale auftreten und auf der anderen Seite doch Partei sein wolle. Sie müsse unabhängig von den Geschehnissen im Staat sein. Wenn man die Kraft des Glaubens wirklich besitze, dann erkenne man, daß die Partei etwas Ewiges, der Staat etwas Vergängliches sei. Die Partei sei die Volksseele der Nation. Die Partei solle nicht innerhalb, sondern außerhalb des Staates eine Kontrolle führen und müsse stets auf Seiten des Volkes sein; denn sie sei keine staatliche Einrichtung zur Beherrschung des Volkes.

13^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Ministerialrats Dr. Weh die Leiter der Abteilung III der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft und die leitenden Angestellten der Landwirtschaftlichen Zentralstelle im Königssaal der Burg. Sie werden dem Herrn Generalgouverneur von Hauptabteilungspräsidenten Naumann vorgestellt.

Präsident Naumann richtet an den Herrn Generalgouverneur folgende Worte:

Am Ende des vierten Kriegswirtschaftsjahres ist es einem Teil meiner Mitarbeiter aus verschiedensten

16.7.1943

Gebieten der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft eine große Freude und Ehre, von Ihnen, Herr Generalgouverneur, auf der Burg zu Krakau empfangen zu werden.

Hinter uns liegt ein Jahr schärfster Arbeit und höchster Kraftanspannung. Dank der Waffen, die Sie uns in Form des Ernteausnahmezustandes und mehrerer anderer Verordnungen im vorigen Jahre gegeben haben, dank der guten Unterstützung, die wir von sämtlichen anderen Dienststellen der Regierung des Generalgouvernements erfahren haben, ist das vierte Kriegswirtschaftsjahr als ein Erfolg für die Ernährung und Landwirtschaft des Generalgouvernements zu verbuchen. Wir konnten die Leistung und die Erfassung der wichtigsten Produkte außerordentlich steigern. Einige wenige Zahlen können das eindeutig erweisen. Auf dem Gebiete der Getreidewirtschaft stiegen die Erfassungserfolge vom Jahre 1940 mit 385 000 to auf 685 000 to im Jahre 1941. Aus der Ernte des Jahres 1942 konnten 1,239 Mill.Tonnen erfaßt werden. Auch auf anderen Sektoren wie auf dem Gebiet der Kartoffelwirtschaft, der Zuckerwirtschaft, der Fleisch- und Fettwirtschaft und aller übrigen Wirtschaftszweige sind ähnliche, zum Teil noch höhere prozentuale Steigerungen der Erfassung zu melden.

Ich benutze nun die Gelegenheit des heutigen Empfanges auf der Burg zu Krakau, um Ihnen, Herr Generalgouverneur, zu überreichen:

1. den Geschäftsbericht der Landwirtschaftlicher Zentralstelle für das Jahr 1941/42

2 .einen Leistungs- und Entwicklungsbericht der Liegenschaftshauptverwaltung.

16.7.1943

Ich darf dazu ergänzend bemerken:

Die Landwirtschaftliche Zentralstelle, auf Vorschlag meines Amtsvorgängers Landesbauernführers Körner von Ihnen im Januar 1940 verordnet, hat sich aus kleinsten Anfängen zu dem größten Unternehmen des Generalgouvernements entwickelt. Beim Studium des Geschäftsberichtes werden Sie sehen, wie die Ansätze auf einer Seite der Bilanz gestiegen sind: nämlich im Jahre 1941/42 auf insgesamt 1 Milliarde 91 Millionen Zloty. Der diesjährige Bericht wird ein weiteres Steigen dieser Zahl bringen.

Auch die Liegenschaftshauptverwaltung ist von Ihnen im Januar 1940 verordnet worden und hat sich im Laufe der Jahre zu einem sehr umfangreichen achtunggebietenden Teil der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft entwickelt. Der unmittelbaren Bewirtschaftung der Liegenschaftshauptverwaltung unterstehen heute 2 300 Großbetriebe mit einer Gesamtfläche von 800 000 Hektar, die zum größten Teil landwirtschaftlich genutzt ist. Daneben sind Tausende und Zehntausende von landwirtschaftlichen Klein- und Kleinstbetrieben verpachtet, die zum Teil aus jüdischem Vermögen, zum Teil aus anderem herrenlosen Vermögen stammen. Auch diese Abteilung ist ganz neu im Generalgouvernement eingeführt, wie übrigens auch die Landwirtschaftliche Zentralstelle eine einzigartige Schöpfung des Agrarsektors ganz Europas darstellt.

Wir stehen nunmehr vor einer neuen Kraftanstrengung, vor der Erfassung der Ernte 1943. Wir kennen die Schwierigkeiten, die sich uns sowohl auf dem Gebiete der Sicherheit wie auch auf anderen wichtigen Gebieten entgegenstellen. Trotzdem werden wir genauso wie im vorigen Jahre unsere ganze Kraft einsetzen, um die noch höher gesteckten Ziele der Erfassung der Ernte 1943 zu erreichen.

16.7.1943

Herr Generalgouverneur, Sie haben uns wieder hervorragende Waffen in die Hand gegeben: Sie haben uns den Ernteausnahmezustand gegeben und uns erlaubt, die Prämienaktion in dieser für Europa erstmaligen Form weiter durchzuführen. Wir glauben, daß wir mit diesen beiden Instrumenten und mit der in großem Umfange zu erwartenden Hilfe der anderen Dienststellen des Generalgouvernements wieder Großes erreichen werden; wir glauben, daß wir am Ende des fünften Kriegswirtschaftsjahres für die Wirtschaft des Generalgouvernements und auch für die Wirtschaft des Großdeutschen Reiches wie für den Endsieg einen entscheidenden Beitrag geleistet haben werden.

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das Wort zu folgender Ansprache:

Herr Präsident! Meine Herren! Ich habe die Gelegenheit sehr gern wahrgenommen, Sie heute auf der Burg persönlich zu empfangen und Ihnen meinen Dank und meine Anerkennung zum Ausdruck zu bringen. Sowohl die Liegenschaftshauptverwaltung wie die Landwirtschaftliche Zentralstelle haben wirklich vorbildliche Arbeit geleistet. Es liegt mir ob, Ihnen mit dem Dank und der Anerkennung auch mein persönliches Vertrauen darauf zum Ausdruck zu bringen, daß, wenn die bisherigen Methoden weiter sauber angewendet werden, auch die künftige Entwicklung vorbildlich sein wird.

Ihnen, Herr Präsident, und Ihren Mitarbeitern habe ich schon einmal im allgemeinen Teil der Hauptabteilung beim Abschluß der Ernte 1942 meinen Dank für den wirklich einzigartigen Einsatz der deutschen nationalsozialistischen Bauernführer in diesem Bereich zum Ausdruck gebracht. Wie Sie wissen, wie es sich auch im Reich herumgesprochen hat und selbst bei

amtlichen Stellen des Reiches nicht mehr länger verschwiegen werden kann, ist die Leistung des Generalgouvernements auf dem Gebiet der Nahrungsproduktion im Interesse des Deutschen Reiches so außerordentlich, daß sie zweifellos die Note 1 verdient, die sie auch bekommen hat. Das ist für Sie, Herr Präsident Naumann, und alle Ihre Mitarbeiter ein stolzes Zeichen. In diesem Zeichen der Leistung allein besteht der Sinn des Lebens, nicht so sehr in der Anerkennung dergestalt, daß nun alle von vornherein mit Glück und Zustimmung auf die Leistung des Einzelnen schauen. Leider sind ja in der Welt Neid und Mißgunst viel häufiger als Anerkennung und freudige Zustimmung. Doch dürfen sich Männer von Nichts zurückschrecken lassen, wenn es sich um Pflichterfüllung im Dienste von Führer und Reich für die Größe unseres Reiches handelt. Das haben Sie und Ihre Mitarbeiter in besonders vorbildlicher Weise bewiesen. Ich freue mich daher, Ihnen in diesem stolzen Saal der Burg zu Krakau meinen Dank und meine Anerkennung aussprechen zu können.

Die Landwirtschaftliche Zentralstelle wird sich, wie ich aus dem Jahresbericht werde erkennen können, in Umsätzen bewegen, die darauf schließen lassen, daß sie tatsächlich eine der größten Unternehmungen des Generalgouvernements darstellt. Ich glaube, dies prägt sich nicht so sehr im ziffernmäßig Erkenntlichen aus als vielmehr in der Durchsetzung eines organisatorischen und führungsmäßigen Prinzips, das hier seine sieghafte Vollendung erfährt.

Das Gleiche ist für die Liegenschaftshauptverwaltung festzustellen, eine zweite Schöfpung völlig origineller Art. Diese beiden Organisationen stehen auch

16.7.1943

künftig unter meinem besonderen Schutz. Sie, Herr Präsident Naumann, können überzeugt sein, daß ich alles tun werde, um Ihnen auch für die kommende Arbeit zu helfen. Die loyale Zusammenarbeit, die Sie und Ihre Mitarbeiter mit allen Dienststellen der Regierung des Generalgouvernements gezeigt haben, wird auch jene Schwierigkeiten überwinden, die sich nunmehr aus Bereichen über uns stürzen, für die wir eine Verantwortung nicht tragen. Mögen sich die Schwierigkeiten, die die Durchführung der Befriedungsaktion im südlichen Teil des Generalgouvernements mit sich gebracht hat, nicht allzu sehr auf die Ernteergebnisse auswirken!

Ich weiß, daß angesichts der völligen Wiederherstellung der Staatsautorität auch für die Struktur der Regierung ein Ordnungsfaktor geschaffen werden wird, der Ihnen in Zukunft die Arbeit erleichtert. Die Autorität des Generalgouvernements und seiner Regierung ist das Fundament der Arbeit in diesem Raum. Diese Autorität ist nicht ein leeres Wortspiel oder irgendwie eine Dokumentierung der Gelassenheit des Reiches solchen Dingen gegenüber, sondern die schwerste Belastung, die deutschen Männern auferlegt werden kann. Wir haben insgesamt - Sie nicht minder als ich - aus dem völligen Nichts, aus dem Chaos, das wir übernommen haben, im Laufe weniger Jahre ein vorbildliches organisches Ganzes aufgerichtet, das uns bis jetzt noch niemand nachgemacht hat. Die Leistungen des Generalgouvernements sind einzigartig. Innerhalb dieser Leistungen stehen Sie, Herr Präsident Naumann, Ihr bewährter Amtsvorgänger Landesbauernführer Körner und die Mitarbeiter in Ihrer Zentrale und draußen in den Distrikten mit an erster Stelle.

16.7.1943

Ich will diesen Anlaß heute gern und freudig benutzen, um Ihnen meinen Dank und meine Anerkennung auszusprechen. Ich wünsche, daß von Ihnen bis zu dem letzten Amtsträger der landwirtschaftlichen Führung im Generalgouvernement das Bewußtsein ausstrahlt, daß ich, meine Regierung und alle Staats- und Parteiorganisationen des Generalgouvernements restlos mit Ihnen Ihre Arbeit als gemeinsame größte Aufgabe ansehen. Für diese Arbeit, insbesondere für die Einbringung und Sicherung der Ernte 1943 wünsche ich Ihnen alles das Beste. Was ich tun konnte, um Ihnen zu helfen, habe ich getan und werde ich weiter tun. Ich erwarte, daß Sie wie bisher das Ihrige tun.

13^{30} M i t t a g e s s e n .

17^{00} T e e - Empfang. Als Gäste sind geladen Beauftragter der Italienischen Botschaft in Berlin Fossombrone, Botschaftssekretär Graf Nichetti und Sonderwirtschaftsbevollmächtigter der Ital. Botschaft Baron Schmidt.

(Übernachtung auf der Burg.)

F30

Krakau

Samstag, den 17.Juli 1943

10^{50} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

11^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Wille und Ministerialrat Dr.Weh.

Gegenstand der Besprechung ist die vom Reichsministerium der Justiz erlassene Verordnung über die Rechtsangleichung zwischen dem Reich und dem Generalgouvernement auf dem Gebiete des Patent- und Gebrauchsmusterrechts vom 1.Juni 1943.

Präsident Wille erläutert den Werdegang dieser Verordnung. Er führt aus, daß im November 1941 ein Schreiben über die Vereinheitlichung des europäischen Patentrechtes ergangen sei, in welchem darauf hingewiesen werde, daß das Patentrecht im großdeutschen Machtbereich einheitlich unter das Reichspatentamt gestellt werden müsse. Dieses Schreiben habe offenbar auch auf die Verhältnisse im Generalgouvernement Bezug nehmen wollen. Er, Präsident Wille, habe dann mit Präsident Dr. Emmerich und dem Leiter des Patentamtes in Warschau verhandelt. Er habe darauf eine Einladung zu einer Sitzung im Auswärtigen Amt für den zweiten Januar erhalten, in welcher die Frage der Vereinheitlichung des Patentrechtes des Reiches mit dem Generalgouvernement behandelt werden sollte. Damals habe er betont, daß er zunächst keine Erklärungen abgeben könne und daß im übrigen gewisse Erwägungen, besonders die staatsrechtliche Struktur des Generalgouvernements gegen die geplante Änderung sprächen. Von seiten des Reichswirtschaftsministeriums sei zunächst das Einverständnis mit dieser Auffassung erklärt worden, während das Auswärtige Amt und das Reichsjustizministerium vom Rechtsstandpunkt eine solche Vereinheitlichung sehr begrüßt hätten. Auch die Wehrmacht habe keine Bedenken geäußert. Er habe dann Staatssekretär Dr. Bühler über die Sachlage Vortra

17.7.1943

gehalten. Staatssekretär Dr. Bühler sei zunächst entgegenkommender dem Reich gegenüber gewesen als er, Präsident Wille, habe allerdings einen Unterschied zwischen deutschen und nichtdeutschen Anmeldungen machen wollen. Später habe dann der Herr Generalgouverneur entschieden, daß nach den Vorschlägen des Präsidenten Wille verfahren werden, man also erklären sollte, daß man sich der Neuregelung nicht anschliesse. Schließlich habe der Gesandte Albrecht als Vertreter des Unterstaatssekretärs Gauß von der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes an den Gesandten von Wühlisch geschrieben. Gesandter von Wühlisch und er, Präsident Wille, hätten dann einen Brief an das Auswärtige Amt geschrieben, der völlig im Sinne des Generalgouvernements gehalten gewesen sei. Auf diesen Brief habe zunächst das Auswärtige Amt nichts veranlaßt, dann aber im Juli des vorigen Jahres zu einer großen Tagung in Weimar eingeladen, auf der die Vereinheitlichung des europäischen Patentrechtes besprochen werden sollte. Auf seinen Vortrag habe mit ihm auch Staatssekretär Dr. Boepple die Kriegswichtigkeit dieser Angelegenheit bezweifelt. Auf dieser Tagung in Weimar habe sich dann ergeben, daß die Slowakei, die früher in Prag ein Patentamt gehabt habe, jetzt wieder ein eigenes Patentamt errichten wolle, wogegen sich das Reich gewendet habe. Von seiten der Slowakei sei demgegenüber darauf hingewiesen worden, daß es in den besetzten Gebieten und auch im Generalgouvernement eigene Patentämter gebe. Dieser Tatbestand habe dem Auswärtigen Amt Veranlassung gegeben, die Frage aufzurollen. In der Tagung selbst habe die Frage aber nur eine untergeordnete Rolle gespielt.

17.7.1943

Es sei beschlossen worden, daß eine Denkschrift, hervorgegangen aus der Arbeit der Akademie für Deutsches Recht, gedruckt und allen Teilnehmern der Tagung zur Stellungnahme übermittelt werden sollte. Die für das Generalgouvernement wichtige Frage sei dadurch nicht berührt worden, und tatsächlich habe sich auch das Auswärtige Amt seither jeden weiteren Schrittes auf diesem Gebiet enthalten.

Er habe dann in einer Rücksprache mit dem zuständigen Geheimrat des Auswärtigen Amtes, zu dessen Ressort offenbar die Vereinheitlichung des europäischen Patentrechts gehöre, festgestellt, daß ihm von dem, was sich in der Zwischenzeit ereignet hatte, nichts bekannt sei.

Eine Änderung der Sachlage sei nun durch ein Schreiben eingetreten, das die Reichsgruppe Industrie unter dem 17.Dezember 1942 an die Regierung des Generalgouvernements gerichtet habe und in welchem geltend gemacht worden sei, es sei für die Reichsgruppe Industrie nicht mehr tragbar, daß im Generalgouvernement ein besonderes Patentrecht bestehe. Während er, Präsident Wille, im vorhergehenden Stadium immer den Standpunkt vertreten habe, daß gar kein Anlaß bestehe, an dem Patentamt Warschau zu rütteln, habe er diesen Standpunkt Anfang 1943 nicht mehr aufrecht erhalten können. Vom 1.Oktober 1942 an sei nämlich in den eingegliederten Ostgebieten das deutsche Patentrecht in viel größerem Umfange in Geltung als im Generalgouvernement, wo noch auf die alten Belange Rücksicht genommen werde. Es ergebe sich das Bild, daß das Reichspatentrecht in den eingegliederten Ostgebieten, in Elsaß-Lothringen, Luxemburg in Gesetzen vereinheitlicht sei. Das Generalgouvernement sei gewissermaßen dazwischen eine Insel mit eigenem Patentrecht gewesen, was vor allem auch für die Anwendung der polnischen Sprache gelte. Insofern sei also das Generalgouvernement ein Fremdkörper, und es habe sich gefragt, ob

dieser Fremdkörper noch aufrecht erhalten bleiben könne. Das habe die Hauptabteilung Justiz nicht für möglich gehalten. Angesichts der zunehmenden Verlagerung von Industrien sei das Generalgouvernement ein außerordentlich wichtiges Gebiet für die gesamte Rüstungsindustrie geworden, und infolgedessen bestehe in erhöhtem Maße, daß die Patente der deutschen Industrie, die auch im Generalgouvernement Geltung haben müßten, auch dort angemeldet würden. Hinzugekommen seien die Ereignisse der letzten Zeit mit der Durchführung des totalen Krieges, angesichts dessen jede Arbeitskraft voll ausgenutzt werden müsse. Weiter ergebe sich aus einer Statistik, daß in den drei Jahren des Bestehens die Neuanmeldungen beim Patentamt in Warschau zu mindestens 75, manchmal sogar 80 % von Reichsdeutschen erfolgte.

Er habe dann dem Staatssekretär Dr. Bühler eingehend Vortrag über die Sachlage gehalten. Staatssekretär Dr. Bühler habe sich zunächst völlig ablehnend verhalten und ihn ermächtigt, ein Schreiben an das Reichsjustizministerium zu richten, des Inhalts, daß sich die Regierung des Generalgouvernements mit der vom Reichsjustizministerium vorgeschlagenen Fassung der Verordnung nicht einverstanden erklären könne. Darauf habe der zuständige Referent im Reichsjustizministerium zurückgeschrieben, daß sich plötzlich der Dreierausschuß - Reichsminister Dr. Lammers, Reichsleiter Bormann, Generalfeldmarschall Keitel - mit der Angelegenheit befaßt habe, die in seinem Auftrage von Staatssekretär Mussehl bearbeitet würde. Dann habe auf seinen Vorschlag Staatssekretär Dr. Bühler Staatssekretär Mussehl gebeten, dafür zu sorgen, daß nichts veröffentlicht würde, bevor die Gegenäußerung der Regierung des Generalgouvernements vorliege.

17.7.1943

Er, Präsident Wille, habe gegen den Verordnungsentwurf fünf Beanstandungen gemacht, denen auch Rechnung getragen worden sei. Sachlich könne man also vom Standpunkt des Generalgouvernements mit der Verordnung völlig einverstanden sein. Vom Reichsjustizministerium sei sodann die Frage aufgeworfen worden, von welcher Stelle aus die Verordnung zu erlassen sei. Von seiten der Hauptabteilung Justiz sei in formeller Hinsicht darauf verwiesen worden, daß übereinstimmende gegenseitige Verordnungsentwürfe aufgestellt werden müßten. Darauf sei am 16.April 1943 ein Schreiben des Reichsjustizministeriums bei Staatssekretär Dr. Bühler eingegangen, in welchem gesagt sei, daß die Verordnung in ihrer praktischen Anwendung Schwierigkeiten böte, da der Reichsjustizminister nur für das Reich, der Generalgouverneur nur für das Generalgouvernement Recht setzen könne; manche Vorschriften griffen ineinander über, daher sei eine territoriale Trennung schwierig, und es seien immer große Überlegungen erforderlich,ob man sagen solle: auf Grund des Paragraphen der Reichsverordnung - oder: auf Grund des Paragraphen der Verordnung des Generalgouvernements. Wenn das auch formalistisch klinge, so liessen sich doch diese Bedenken nicht ganz von der Hand weisen. Deshalb habe der Reichsjustizminister an Reichsminister Dr. Lammers ein Schreiben gerichtet, in welchem darauf hingewiesen worden sei, daß eine einheitliche Verordnung erlassen und eine Stelle errichtet werden müsse, die sowohl für das Reich wie für das Generalgouvernement Recht setzen könne.

Endlich habe sich General von Unruh in die Bearbeitung dieser Angelegenheit eingeschaltet, und zwar offenbar auf Betreiben des Reichsministers Speer, der geltend gemacht habe, daß durch die Neuregelung gegebenenfalls eine gewaltige Mehrarbeit entstünde,

17.7.1943

Andernfalls aber Tausende von Leuten für die Wehrmacht freigestellt werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur spricht Präsident Wille seine Anerkennung dafür aus, daß er den Standpunkt des Generalgouvernements in dieser vorbildlichen Weise vertreten habe. Was notwendig gewesen sei, habe Präsident Wille durchgesetzt und so die Interessen des Generalgouvernements gewahrt. Er bitte allerdings, dafür Sorge zu tragen, daß ihm künftig durch Übersendung eines Durchschlags rechtzeitig Mitteilung von solchen Dingen gemacht werde, damit auch er sich einschalten könne.

Abschließend trifft der Herr Generalgouverneur folgende Anordnung:

1. Die grundlegende Verordnung des Reiches wird nicht im Verordnungsblatt des Generalgouvernements abgedruckt, sondern es wird auf sie nur allgemein Bezug genommen, und zwar etwa mit folgendem Wortlaut: Auf Grund der Verordnung des Reiches und der dazu erlassenen Ausführungsbestimmung werden folgende Ausführungsbestimmungen der Regierung des Generalgouvernements, Hauptabteilung Justiz, verkündet ...

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Wille, daß die bis zum 31.Juli 1943 angemeldeten Patente vom Patentamt in Warschau weiterbearbeitet würden. Das Patentamt in Warschau bleibe noch bestehen und habe noch für 3 Jahre Arbeit in dem jetzigen Umfange. Insofern bleibe also das Patentamt Warschau in gewisser Form bis auf weiteres noch

17.7.1943

aufrecht erhalten.

Der Herr Generalgouverneur verfügt weiter, daß im Wirtschaftsteil der Krakauer Zeitung ein Artikel über die Frage des Patentrechts im Generalgouvernement im Zusammenhang mit der durch die Verordnung herbeigeführtenNeuregelung veröffentlicht wird.

Von der Absendung eines Schreibens an Reichsminister Dr. Lammers als Antwort auf das Schreiben vom lo.Juli 1943+) sieht der Herr Generalgouverneur a/b.

Präsident Wille teilt sodann dem Herrn Generalgouverneur mit, daß ihm auf dem Wege über den Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs Dr. Meidinger Kenntnis davon geworden sei, daß ein Staatsanwalt Kehlig von der Staatsanwaltschaft Radom an den Herrn Generalgouverneur Vorschläge für eine Neuordnung der Rechtspflege im Generalgouvernement eingereicht habe. Staatsanwalt Kehlig habe übrigens auch dem Reichsjustizministerium eine Denkschrift zur Vereinfachung der deutschen Rechtspflege überreicht. Staatsanwalt Kehlig habe dann aus irgendwelchen Gründen, die ihm unbekannt seien, der Vermutung Ausdruck gegeben, daß er, Präsident Wille, seine Beförderung zum Oberstaatsanwalt zurückgestellt habe, weil zur Zeit ein Ehescheidungsprozeß des Staatsanwalt Kehlig laufe. Staatsanwalt Kehlig sei übrigens von Radom nach Lublin versetzt worden, weil er in Lublin nicht mehr möglich gewesen sei.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Wille, ein Antwortschreiben an Staatsanwalt Kehlig zu entwerfen, mit dessen Übermittlung an Staatsanwalt Kehlig Dr. Meidinger beauftragt werden soll.

+) S.Seite 733

17.7.1943

Präsident Wille gibt weiter dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis davon, daß er für den Monat September eine Arbeitsbesprechung der Obergerichtspräsidenten vorgesehen habe. - Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, die Präsidenten zu empfangen, will den Termin jedoch nicht vor dem 12.September festgesetzt wissen.

Präsident Wille berichtet sodann über die Tätigkeit der Gnadenkommission und bemerkt, daß die letzte Vollsitzung im April stattgefunden habe. Weitere Termine hätten ausfallen müssen, da zumeist SS-Obergr.-Führer Krüger an den Sitzungen nicht habe teilnehmen können.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß die Gnadenkommission in Zukunft auch in Abwesenheit des SS-Obergruppenführers Krüger tage, da es sich bei ihr um ein Beratungsorgan für die Regierung handle.

Präsident Wille geht noch kurz auf die Fleckfieberbekämpfung in den Gefängnissen ein. Was der Leiter der Abteilung Gesundheitswesen im Distrikt Radom vorgebracht habe, stütze sich auf Äußerungen des Professors Dr. Kudicke. Diese seien ihm bereits durch den Präsidenten der Hauptabteilung Gesundheitswesen bekanntgegeben worden. Er stehe übrigens mit Prof.-Dr. Teidtge in ständiger Verbindung. Seine Nachforschungen hätten ergeben, daß in Radom selbst in baulicher Hinsicht noch etwas zu ändern sei. Auch in einer anderen Anstalt seien die Zustände noch nicht zufriedenstellend. Daß sich die Herstellung der erforderlichen Einrichtungen für die Entlausung usw. noch nicht in allen Anstalten habe durchführen lassen, sei zum größten Teil auf den Widerstand des Präsidenten Bauder zurückzuführen.

17.7.1943

12^{00} Besprechung mit Ministerialrat Dr. Weh in Gegenwart von Staatssekretär Dr. Boepple.

Ministerialrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf eines Schreibens an den Reichsminister und Chef der Reichskanzlei Dr. Lammers betr. die Neuorganisation der polizeilichen Angelegenheiten im Generalgouvernement vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet den Entwurf und richtet gleichzeitig ein Schreiben desselben Inhalts an Reichsführer SS Himmler. In diesem Schreiben bringt er zum Ausdruck, daß er die Neuregelung außerordentlich begrüße, da sie auch von großem Vorteil für die Erfüllung der polizeilichen Aufgaben im Generalgouvernement sein werde.

12^{30} Besprechung mit Bankdirigent Dr. Paersch.

Bankdirigent Dr. Paersch teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß er nach Prüfung des Sachverhalts keine Veranlassung sehe, auf das Schreiben des Reichsministers der Finanzen+) eine Antwort ergehen zu lassen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden.

13^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt die Mitglieder des Killy-Ausschusses in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple, des Präsidenten Naumann, des Präsidenten Dr. Struve, des Bankdirigenten Dr.Paersch des Präsidenten Wille, des Präsidenten Losacker, des Obersten Fischer, des Ministerialrats Dr. Radtke, des Ministerialrats Rhetz, des Ministerialrats Dr. Schulte-Wissermann, des Ministerialrats Dr.Weh, des Reg.Rats Frhr von Medem.

+) S.Seite 720

Anwesenheitsliste

für die Empfang des Killy-Ausschusses

am 17.Juli 1943

im [illegible] auf der Burg zu Krakau

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Killy	Reichsrat[illegible]	Reichskanzlei
Grimm	Oberst	OKW
Heinemann	Ministerialdirig.	GBA.
[illegible]k	Amtsrat	OKW
[illegible]. Hoppe	Oberregierungsrat	GBA.
[illegible]mann	Reg. Ob. Insp.	OKW
Vogts	Amtsrat	RFSS
Franke	Hauptabteilungsleiter	Sonderbeauftragter - Ausland
Feiny	Reg. Rat	Reichskanzlei
Doctuke	Min-Dirig	RFSS

17.7.1943

13^{10} M i t t a g e s s e n . Teilnehmer sind die Mitglieder des Killy-Ausschusses und die vorgenannten Herren.

15^{00} Besprechung mit Architekt Korinthenberg.

18^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

21^{40} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

22^{20} Ankunft auf der Burg.

24^{00} Fahrt zum Hauptbahnhof Krakau.

Spala

Sonntag, den 18.Juli 1943

2^{30} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs mit Begleitung im Salonwagen vom Hauptbahnhof Krakau.

$1o^{00}$ Ankunft im Bahnhof S p a l a .

Der Herr Generalgouverneur und seine Begleitung werden am Bahnhof durch Major Kamps und Oberleutnant von Perbandt empfangen.

Anschließend Fahrt mit PKW zum Schloß. Dort wird der Herr Generalgouverneur durch den stellvertretenden Chef des Generalstabes Oberstleutnant Roedenbeck und den Wehrkreisbefehlshaber General d.Infanterie Haenicke empfangen.

$1o^{45}$ Der Wehrkreisbefehlshaber General d.Infanterie Haenicke begrüßt den Herrn Generalgouverneur im Kasinosaal mit einer Ansprache, an die sich folgende Vorträge anschließen:

1. Oberstleutnant i.G. Roedenbeck:
   Unterrichtung über die militärische Lage.
2. Oberstleutnant v.Bernstorff:
   Wehrgeistige Führung am Ende des 4.Kriegsjahres.
3. Generalmajor v. Heygendorff:
   Aufstellung und Einsatz der Turkvölk.-Verbände.

13^{00} M i t t a g e s s e n im Geweihsaal.

16^{00} Vorführungen der "Georgischen Spielgruppe" im Kameradschaftsheim A.

Hier wird dem Herrn Generalgouverneur ein in Georgien gebräuchliches Musikinstrument namens Tschonguro überreicht.

18.7.1943

18^{30} Rückfahrt zum Salonwagen.

19^{30} A b e n d e s s e n im Geweihsaal mit anschließendem kameradschaftlichen Zusammensein.

23^{00} Abfahrt zum Salonwagen und Zusammensein des Herrn Generalgouverneurs mit den Reiseteilnehmern im Salonwagen des Präsidenten Gerteis.

Rückfahrt nach K r a k a u.

Krakau

Montag, den 19.Juli 1943

11^{35} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs im Hauptbahnhof Krakau.

11^{40} Ankunft auf der Burg.

16^{00} Fahrt nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf)

Krakau

Dienstag, den 2o.Juli 1943

$1o^{oo}$ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

$1o^{5o}$ Der Herr Generalgouverneur empfängt den Bevollmächtigten Dr. Heuber, der ihm über seine Dienststelle und seine Arbeiten in Berlin Bericht erstattet.

11^{35} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

11^{4o} Besprechung mit Staatssekretär Krüger in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Präsidenten Dr. Losacker.

Staatssekretär Krüger berichtet dem Herrn Generalgouverneur über den Einsatz der Polizei, SS und der Wehrmacht im Kampf gegen die Partisanen in Galizien. Diese durchziehen nach der Schilderung des Staatssekretärs Krüger in einer Gruppe von annähernd 2 ooo Mann, aus der Ukraine vorbrechend, das Land über den Dnestr hinweg in der Richtung Stanislau nach Süden. Die Gruppe ist umzingelt und wird in den nächsten Tagen liquidiert werden. Eine Gefahr für das Schicksal des Landes besteht nach Meldung des Staatssekretärs Krüger nicht mehr.

Der Herr Generalgouverneur genehmigt Staatssekretär Krüger einen 3-wöchigen Urlaub. Gleichzeitig beauftragt er ihn, den Generalleutnant der Polizei Becker mit seiner Vertretung zu betrauen und ihn in ausführlicher Weise über die laufenden Vorgänge und dienstlichen Geschäfte zu informieren.

12^{o5} Besprechung mit Präsident Dr. Emmerich, Präsident Dr. Losacker und Ministerialrat Dr. Weh in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

2 o.7.1943

Präsident Dr. Emmerich gibt dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von einem Schreiben des Reichsministers Speer, in welchem der Genugtuung darüber Ausdruck gegeben wird, daß ab 1.September 1943 eine allgemeine Neuregelung der Verpflegung der fremdvölkischen Bevölkerung im Generalgouvernement eintreten soll.

Präsident Dr. Emmerich verweist dann darauf, daß im Reich eine Verordnung vom November 1942 bestehe, die das Verhältnis der Verteidigungskommissare zur Wirtschaftsverwaltung regele. Die Dienststelle für Reichsverteidigungsangelegenheiten sei Anfang 1940 errichtet und mit ihrer Leitung damals Oberregierungsrat Dr. Schepers beauftragt worden. An seiner Stelle sei nach der Einberufung des Oberregierungsrats Dr. Schepers zum Wehrdienst Präsident Dr. Losacker zum Chefreferenten des Generalgouverneurs in dieser Frage ernannt worden. Die genannte Verordnung vom November 1942 sehe die Errichtung eines Verteidigungsausschusses, der unter dem Vorsitz des Generalgouverneurs tagen würde, und eines Kriegswirtschaftsstabes vor. Der Kriegswirtschaftsstab sei das Gegenstück zur Rüstungskommission. Es frage sich nun, wie die Regelung des Reiches übernommen werden könne, ohne daß der Generalgouverneur in dieser seiner Stellung einer Reichsregelung unterläge.

Der Herr Generalgouverneur hat kein Bedenken dagegen, sich als Reichsverteidigungskommissar für die in Betracht kommenden Angelegenheiten dem Reich zu unterstellen.

Präsident Dr. Emmerich legt darauf dem Herrn Generalgouverneur einen ersten Entwurf für eine Verordnung zur Regelung der Stellung des Generalgouverneurs als eines Organs des Ministerrats für die Reichsverteidigung und zur Errichtung eines Kriegswirtschaftsstabes vor.

20.7.1943

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Ministerialrat Dr. Weh, diesen Entwurf so auszuarbeiten, daß er Staatssekretär Stuckart vorgelegt werden könne, den er darüber noch gehört zu wissen wünsche. Weiter ersucht der Herr Generalgouverneur Ministerialrat Dr.Weh, die Urkunde über die Institution des Reichsverteidigungskommissars für das Generalgouvernement herauszugeben. - Präsident Dr. Emmerich wird von dem Herrn Generalgouverneur beauftragt, den Entwurf mit den zuständigen Stellen in Berlin nochmals zu besprechen.

Präsident Dr. Emmerich legt dann dem Herrn Generalgouverneur einen Entwurf vor, der sich mit der Industrieverlagerung und der Metallbewirtschaftung im Generalgouvernement befaßt. Auch dieser Entwurf findet vorbehaltlich etwa notwendiger Änderungen die Billigung des Herrn Generalgouverneurs.

Im weiteren Verlauf der Besprechung macht der Herr Generalgouverneur davon Mitteilung, daß sich S.A.-Oberführer Peltz bereit erklärt habe, geschlossene S.A.-Einheiten für den Polizeihilfsdienst einzusetzen. Demnach würden also von den Polizeihilfsdienst-Kompanien die S.A.-Männer, soweit sie nicht Angehörige der Regierung seien, für diesen Einsatz in Frage kommen. Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Dr. Losacker, sich in dieser Frage mit S.A.-Oberführer Peltz ins Benehmen zu setzen.

Die Besprechung wendet sich dann kurz der Frage des Sonderdienstes zu. Hier gibt der Herr Generalgouverneur seiner entschiedenen Auffassung Ausdruck, daß der Sonderdienst wieder ausschließlich als Organ der Regierung und Verwaltung des Generalgouvernements zu fungieren habe.

20.7.1943

Der Herr Generalgouverneur verfügt des weiteren, daß Veröffentlichungen über den Ausbau des Bauwesens im Generalgouvernement oder die Einrichtung von technischen Ämtern der vorherigen Genehmigung durch Ministerialrat Dr. Weh bedürfen, da solche Veröffentlichungen vor allem im Wirtschaftsteil der Krakauer Zeitung zu Unstimmigkeiten führen könnten.

Abschließend wird zu der am Donnerstag, dem 22. Juli stattfindenden Regierungssitzung und dem Besuch des Staatssekretärs Stuckart Stellung genommen. Auf die Tagesordnung der Regierungssitzung wird der Gegenstand gesetzt: Allgemeine Aussprache über dienstliche Angelegenheiten.

12^{35} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl und S.A.-Oberführer Peltz in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Präsidenten Dr. Losacker.

Hauptabschnittsleiter Stahl und S.A.-Oberführer Peltz legen dem Herrn Generalgouverneur das Programm für die Veranstaltungen aus Anlaß des Parteitages vor und berichten ihm über einige parteiorganisatorische Fragen.

12^{50} Besprechung mit Pressechef Gassner.

13^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Pressechefs Gassner und des Chefs der Kanzlei des Generalgouverneurs Dr. Meidinger den Hauptschriftleiter des Hamburger Tageblattes Baumann und den Wirtschaftsschriftleiter Dr. Geigenmüller vom Hamburger Fremdenblatt.

20.7.1943

Der Herr Generalgouverneur gibt den beiden Vertretern der Hamburger Presse eine eingehende Schilderung des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens im Generalgouvernement. Er gedenkt dabei vor allem der Leistungen, die das Generalgouvernement bisher in großem Umfange besonders auf dem Gebiete der Zuführung von Lebensmitteln und der Arbeitervermittlung für das Reich getätigt hat. Besondere Anerkennung zdlt er dabei der deutschen Presse, die bisher für die Belange des Generalgouvernements großes Verständnis gezeigt und ihm eine großzügige Berichterstattung gewidmet habe.

16[lo] Besprechung mit Präsident Ohlenbusch, Referent Jänicke und Assessor Dohmann.

Präsident Ohlenbusch legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf einer

Satzung für die Kulturvereinigung des Generalgouvernements

vor. Der Satzungsentwurf findet im allgemeinen die Billigung des Herrn Generalgouverneurs, der allerdings noch einige kleine Änderungen an ihm vorgenommen wissen will.

Gegenstand der Besprechung ist weiter die Gestaltung der Gründungsfeier der Kulturvereinigung am 23.Juli 1943.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Ohlenbusch, dem Hauptabschnittsleiter Stahl seinen Wunsch zu übermitteln, daß der Untertitel "Zeitschrift für Kultur und Politik", der der Parteimonatsschrift "Vorfeld" gegeben ist, fürderhin nicht mehr verwendet werde. Bei dem "Vorfeld" handle es sich um eine Zeitschrift, die sich zu der "Deutschen Wacht" genau so verhalte wie die Zeitschrift "Das Generalgouvernement"

zur Krakauer Zeitung. Das "Vorfeld" dürfe nur den Untertitel haben: "Monatsschrift des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP", während "Das Generalgouvernement" eine Kulturzeitschrift werden solle.

Präsident Ohlenbusch gibt dem Herrn Generalgouverneur abschließend einen Überblick über die kulturellen und künstlerischen Veranstaltungen aus Anlaß des Parteitages.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.)

749

Krakau

Mittwoch, den 21.Juli 1943

$1o^{3o}$ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Gouverneur Dr. Losacker und Ministerialrat Dr. Weh.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Befremden Ausdruck über die Veröffentlichung in der Krakauer Zeitung vom heutigen Tage unter der Rubrik "Amtliche Bekanntmachungen" betr. Bauverbot und Ausnahmeverfahren im Generalgouvernement. Er trifft die Entscheidung, daß in Zukunft für alle gesetzlichen Veröffentlichungen in der Krakauer Zeitung der Leiter des Amtes für Gesetzgebung Ministerialrat Dr. Weh verantwortlich ist. Alle Bekanntmachungen, insbesondere alle, die von der Hauptabteilung Bauwesen ausgehen, sind ihm vor Veröffentlichung vorzulegen und von ihm zu gehehmigen.

Zu der anschließenden Aussprache über ein Fernschreiben des Staatssekretärs Reinhardt betr. Aufheburg des Ost-Freibetrags wird Ministerialrat Rogge zugezogen.

Der Herr Generalgouverneur stellt zunächst fest, daß er das Fernschreiben des Staatssekretärs Reinhardt vom 2o.Juli 1943 betr. die Aufhebung des sogenannten Ost-Steuerfreibetrags am heutigen Tage um 9^{3o} übernommen hat.

Ministerialrat Rogge führt dazu aus, daß anläßlich der Eingliederung der Ostgebiete eine Verordnung des Reiches über die sogenannte Oststeuerhilfe ergangen sei. Diese sehe für alle in den Ostgebieten lebenden und eingesetzten Deutschen Steuervergünstigungen in Form eines Freibetrages bis zu RM 3 ooo,-- und der Befreiung vom Kriegssteuerbeitrag vor. Analog dieser Regelung habe man auch im Generalgouvernement für die hier tätigen Deutschen die gleiche Regelung

einführen können. Dieser Freibetrag habe zuerst RM 4 2oo,-- betragen und sei ab 1.Juli 1943 auf ebenfalls RM 3 ooo,-- festgesetzt. Diese Einkommenshöhe sei auch im Ostland und in der Ukraine steuerfrei.

Der Ausfall im Steueraufkommen infolge Befreiung von der Zahlung des Kriegszuschlages falle nicht groß ins Gewicht, jedoch wirke sich der Freibetrag stark aus.

Für die im Generalgouvernement weilenden Wehrmachtsangehörigen gelte diese Regelung nicht; die Wehrmacht fühle sich daher benachteiligt, und Generalfeldmarschall Keitel fordere aus diesem Grunde die Aufhebung des Freibetrages.

Präsident Senkowsky sei der Meinung, daß Generalfeldmarschall Keitel mit seiner Forderung beim Führer durchdringen werde. Er habe keine Bedenken, diesem Wunsche Keitels nachzukommen, wenn die Vorschläge, die die Hauptabteilung Finanzen wegen der Generalgouvernementszulage, Trennungsentschädigung und Trennungsgeldern/in Berlin angenommen würden./ gemacht habe,

Der Herr Generalgouverneur betont, daß in der Frage der Aufhebung des Oststeuerfreibetrages nicht das Reichsfinanzministerium, sondern einzig und allein die Regierung des Generalgouvernements zuständig sei. Er verfügt die Absendung folgender zwei Fernschreiben:

1. Herrn Staatssekretär Reihhardt, Berlin, Reichsfinanzministerium.

   Generalgouverneur Dr. Frank hat Ihr Fernschreiben in der Angelegenheit Ostfreibetrag erhalten und mich angewiesen, zuständigkeitshalber die Verhandlungen in dieser Angelegenheit direkt mit dem Oberkommando der Wehrmacht aufzunehmen. Über das Ergebnis dieser Verhandlungen werde ich Sie verständigen.

   Heil Hitler! Dr. Boepple, Staatssekretär.

21.7.1943

2. Generalfeldmarschall Keitel, Berlin, Oberkommando der Wehrmacht.

Zuständigkeitshalber hat Staatssekretär Reinhardt Ihr Fernschreiben an ihn wegen Aufhebung der Oststeuervergünstigungen an die Regierung des Generalgouvernements, Hauptabteilung Finanzen weitergeleitet. Ich habe die sofortige Überprüfung der Möglichkeiten der ungewöhnlich schweren und einschneidenden Wirkungen Ihres Forderns der Regierung des Generalgouvernements, Hauptabteilung Finanzen, aufgegeben und werde Sie über das Ergebnis unterichten.

Heil Hitler! Ihr Frank, Generalgouverneur.

Staatssekretär Dr. Boepple erhält vom Herrn Generalgouverneur den Auftrag, in Verbindung mit der Hauptabteilung Finanzen ein Antwortschreiben vorzubereiten und dem Herrn Generalgouverneur am kommenden Sonnabend vorzulegen.

Gouverneur Dr. Losacker berichtet sodann von Besprechungen mit Staatssekretär Krüger vom Vortage und über Fragen, die Themen für eine Besprechung mit Staatssekretär Stuckart am nächsten Tage sein werden.

12^{50} Besprechung mit Oberst Fischer.

Krakau

Donnerstag, den 22.Juli 1943

$1o^{oo}$ Einweisung des Organisationsstabes für die Parteitag-Veranstaltungen.

Hauptabschnittsleiter Stahl stellt dem Herrn Generalgouverneur die Mitglieder des Organisationsstabes vor und bittet den Herrn Generalgouverneur gleichzeitig um dessen Bestätigung. Im Anschluß daran gibt Hauptabschnittsleiter Stahl einen Überblick über die organisatorische Aufbauarbeit des Arbeitsbereiches in den vergangenen Jahren. Ferner legt er dem Herrn Generalgouverneur das Programm der Parteitag-Veranstaltungen vor.

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das Wort zu folgender Ansprache:

Parteigenossen! Für die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei ist es eine ganz ungewöhnlich schwere Aufgabe, die deutsche Führung dieses Raumes weltanschaulich weiter zu stabilisieren und auszubauen. Ich möchte Ihnen, Parteigenosse Stahl, und allen Mitarbeitern des Vorbereitungsstabes des Parteitages 1943 der NSDAP. im Generalgouvernement danken. Ich nenne ihn Parteitag des Kampfes. Wir stehen ja mitten in einem der grandiosesten weltgeschichtlichen Vorgänge: die Sowjetunion brandet erneut mit ungeheuren Massen aus dem Osten an die Bastion Europa heran, die zur Zeit in allererster Linie, ja fast ausschließlich von deutschen Männern gehalten wird. Diese Bastion Europa ist der Ausdruck dafür, daß der Kampf, den wir einmal als Nationalsozialisten in Deutschland um die Macht geführt haben, nunmehr auf der Weltebene gegen den gleichen Gegner zu führen ist. Daher wird dieser Parteitag des Kampfes 1943 hier in Krakau zu einem stolzen Markstein der deutschen Führungsbewußtheit und des deutschen Verantwortungswillens für die höchsten

Güter der europäischen Kultur werden.

Getreu den uns vom Führer mit auf den Weg gegebenen Weisungen, in diesem Raum des Weichseltals Ordnung, Sicherheit und Aufbau sowie höchste Dienstleistung für das Deutsche Reich, das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht sicherzustellen, wird auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in diesem großen Arbeitszusammenhang ihrer Aufgabe entsprechen.

Das Programm ist von mir genehmigt. Ich billige es, daß wir in jeder Form versuchen, die deutschen Menschen in diesem Lande immer mehr aufzurütteln und sie mit dem Bewußtsein zu erfüllen, daß wir nicht um eines persönlichen Profits hier sind, sondern um einer gemeinsamen kameradschaftlich im Dienste des Führers zu erfüllenden Kriegswichtigsten Aufgabe willen.

Dieser Parteitag soll zum Ausdruck bringen, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei gewillt und entschlossen ist, auch in diesem Raum jenen Typ deutschen Kämpfertums durchzuhalten, der allein die Gewähr gibt, daß er den ungeheuren Anspannungen dieser Zeit und dessen, was noch kommen wird, gerecht zu werden vermag. Denn wenn der Führer mit Recht sagt, daß das deutsche Volk niemals wieder einen November 1918 erleben wird, dann nur, weil hinter der einzigartig heroisch kämpfenden deutschen Wehrmacht in der Front der deutschen Heimat die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei mit ihrer Gesamtorganisation, mit ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden steht. Gerade, was Schwierigkeiten bieten können, ist uns vom Schicksal in diesem Raum zuteil geworden, und der Aufbau der NSDAP hat nur in unausgesetztem steten Ringen mit diesen Schwierigkeiten stattfinden können. Was es heißt, Tausende und Abertausende von deutschen Männern und Frauen, die hier teils zusammengebündelt, teils aber auch vollkommen isoliert leben, immer wieder

22.7.1943

auf das Ideal des Führers auszurichten, immer wieder emporzureißen über jeden Opfertod und jedes Grab, das wir für irgendeinen schaufeln müssen, der aus unserer Reihe gefallen ist, das wissen Sie.

Mit Stolz erfüllt es uns, daß wir mitten im Kriege der wichtigen Aufgabe entsprechen können, mit aller Macht und dem Ausdruck der unzerstörbaren Größe unseres Führers und unseres herrlichen deutschen Reiches in Krakau, der Hauptstadt dieses Raumes, feierlich zu einem Parteitag aufzurufen. Dieser Parteitag ist kriegswichtig. Er ist eine der großen Aufgaben, die ich mir hier gestellt habe, mit einer Handvoll deutschher Männer und Frauen eine Millionenmasse fremden Volkstums im Dienste des Führers und Europas in Ordnung und Arbeit zu halten. Dieser Parteitag ist daher höchste Pflichterfüllung der Parteigenossen und Parteigenossinnen, und ich rufe zur aktivsten Teilnahme am Parteitag unserer Bewegung in Krakau 1943 auf. Gedenken wir dabei auch immer wieder des Führers! Seien Sie, meine Kameraden in der Parteiorganisation, dafür bedankt, daß Sie sich diesem Vorbild immer so treu und brav verschworen halten. Er, der einsam die Geschicke unseres Volkes lenkt, der durch Tag und Nacht den Atem nur leben läßt für Deutschland und Europa, der vom Schicksal ausersehen ist, in den stürmischen Schlußepochen dieser Weltauseinandersetzung unsere Fahne dem ewigen Herrgott entgegen zu halten, - dieser Mann Adolf Hitler hat auch die NSDAP im Generalgouvernement mit seiner Seele und seinem Geist erfüllt. An ihm richten wir uns auf, und mit ihm werden wir in die deutsche Zukunft marschieren.

22.7.1943

Daß die Partei, daß der Staat und die Wehrmacht an diesem Parteitag 1943 teilnehmen, habe ich zu meiner großen Freude vernommen. Indem ich Ihnen nochmals noch meinen Dank ausspreche und die von Ihnen mir vorgeschlagenen Pläne und Richtlinien billige, beauftrage ich Sie, Pg. Stahl, und die Herrn des Organisationsstabes, die abschließenden Vorbereitungen für diesen Parteitag zu treffen. Möge der sieghafte Geist unserer Bewegung, der uns nunmehr in 24 Jahren beseelt, auch über diesem Parteitag schweben - das ist mein Wunsch!

11^{05} R e g i e r u n g s s i t z u n g im Königssaal der Burg zu Krakau.

(Protokoll s. Beiakten)

13^{20} M i t t a g e s s e n .

15^{00} Vortrag des Staatssekretärs im Reichsministerium des Inneren Stuckart über

Vordringliche Verwaltungsprobleme des Reiches, unter besonderer Berücksichtigung der Lage in den luftgefährdeten Gebieten.

16^{30} T e e - Empfang für Staatssekretär Stuckart.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.)

Freitag, den 23.Juli 1943

12^{00} Feierlicher Akt aus Anlaß der Gründung der Kulturvereinigung des Generalgouvernements.

Die Feier wird eingeleitet durch das von Mitgliedern der Philharmonie des Generalgouvernements unter Leitung des stellvertretenden Chefdirigenten Erb zu Gehör gebrachte Air aus der Suite II von Johann Sebastian Bach.

Präsident Ohlenbusch begrüßt darauf den Herrn Generalgouverneur und die zu der Feier erschienenen Ehrengäste aus Staat, Partei und Wehrmacht. Er geht dann kurz auf den Werdegang der Gründung der Kulturvereinigung ein und gedenkt dabei insbesondere der starken Initiative und steten Förderung, die der Herr Generalgouverneur dem Gedanken der Kulturvereinigung immer entgegengebracht hat. Mit der Schaffung der Kulturvereinigung solle, so betont Präsident Ohlenbusch, die Möglichkeit einer gesteigerten Aktivierung aller kulturschaffenden Kreise des Generalgouvernements gegeben werden. Die Vereinigung solle dazu beitragen, die Pläne des Generalgouverneurs zur Ausgestaltung des Kulturlebens im Generalgouvernement zu verwirklichen.

Referent Jänicke bringt sodann die Satzung der Kulturvereinigung des Generalgouvernements zur Verlesung.

Dann ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Meine Herren und Damen! Herr Präsident Ohlenbusch!

Ich danke Ihnen und Ihren Mitarbeitern, insbesondere dem Kulturreferenten Jänicke, für die Mitteilung und Meldung, die Sie mir eben erstattet haben.

23.7.1943

Die Gründung der Kulturvereinigung des Generalgouvernements ist zweifellos eine organisatorisch weitreichende Tat. An der interessierten Teilnahme der heute hier in diesem Festsaal der alten Burg zu Krakau Versammelten können wir alle ermessen, wie sehr diese Gründung einem allgemeinen Bedürfnis entspricht. Es ist gar kein Zweifel, daß unser Bekenntnis zur Kultur genau so gut eine Kriegsangelegenheit ist wie das Bekenntnis zur Notwendigkeit der Waffen. Wir Deutschen sind unter der Führung Adolf Hitlers in diesen entscheidungsvollen schweren Konflikt mit den plutokratisch-jüdisch-bolschewistischen Weltmächten eingetreten und haben uns nicht gescheut, unser ganzes Hab und Gut, unser Leben, unsere Sicherheit, unsere ganze nationale Potenz dem ewigen Schicksal als Opfer im Dienste der Kultur Europas anzubieten. Wir haben es übernommen, den Kampf zu führen, der Europa ohnedies vorbestimmt war. Auf die einfachste Formel gebracht ist der Sinn dieses Kampfes der: soll es in der Welt nur ein Leben des merkantilen lächerlichen Amerikanismus, plutokratismus, des terrorristisch zusammengepeitschten Massenorganismus des Bolschewismus geben, oder soll nicht doch am Ende aus dem zweitausendjährigen Ringen des europäischen Menschentums eine Kulturstärke erwachsen sein, die sich nun mit dem letzten energischen Aufwuchten gegen diese Zerstörungstendenzen zur Wehr setzt?

Gerade in diesem ungewöhnlich tragischen Zeitpunkt, da an der Ostfront in kaum mehr abmessbarer Wucht der geballte Massenangriff der bolschewistischen Unterwelt gegen Europa anbrandet, in einem Augenblick, da auf Sizilien die Heere Roosevelts und Churchills versuchen, in die engsten Kulturbereiche Europas einzudringen, zur gleichen Stunde, da die Flugzeuge dieser

23.7.1943

Massenverbrecher die heilige Stadt Rom in Schutt und Asche legen, da der Papst an den zerstörten Ruinen einer der großen Kirchen Roms steht, zur gleichen Stunde, da der Dom zu Köln in Asche sank und die Städte unseres Westbereiches Nacht um Nacht, Tag um Tag den zerstörenden verbrecherischen Massenorganismen ausgeliefert sind, in diesem gleichen Augenblick bekennen wir Deutsche uns in feierlichem Aufblick mit der Gewalt eines Gebetes aus der tiefsten Wahrhaftigkeitsempfindung heraus zur Kultur Europas, zur Kultur unseres Volkes.

Auf dieser Burg mag es schon eine Fülle von Festlichkeiten gegeben haben, die uns unsere Staatspflichten auferlegt haben. Eine so schöne Stunde wie diese aber gibt es selten. Denn nunmehr wird aus der Sehnsucht nach Kultur hier die erste große schöpferische Organisation geschaffen. Ihnen, Parteigenosse Ohlenbusch, und Ihren Mitarbeitern gebührt unser aller Dank für Ihre Initiative. Wir können nur sagen, daß wir alles tun wollen, um Ihre Aufgabe und die Aufgabe der Kultuvereinigung zu unterstützen.

Ich freue mich, daß sich einhellig alle Deutschen kulturinteressierten Männer und Frauen des Generalgouvernements zu dieser Vereinigung bekennen, daß Staat, Partei und Wehrmacht, gleichmäßig vertreten mit allen anderen Schichten der deutschen Bevölkerung dieses Raumes, an diesem Kulturgeschehen Anteil nehmen.

Freilich, organisierte Kultur wäre an sich ein Widerspruch. Wir können nicht die Kultur organisieren, sondern wir können nur eine Organisation zum Schutze einer nach Eigengesetzen aus dem deutschen Empfinden aufsteigenden kulturschöpferischen Tat schaffen.

23.7.1943

Es ist vielleicht nicht uninteressant, sich in diesem Augenblick daran zu erinnern, daß Kultur und Kolonie nach dem ethymologischen Gesetz den gleichen altlateinischen Sprachstamm besitzen. Das ist für uns beachtlich; denn so, wie die Kolonie nicht eben gedacht werden kann als reine Ausweitung merkantiler Strebungen, so kann auch die Kultur selbstverständlich niemals Trägerin merkantiler Strebungen sein.

Für uns aber lautet die Aufgabe: der herrlichste Repräsentant unseres deutschen Wesens ist nicht die Waffen von Eisen, die dem Führer gezwungen in die Hand gegeben wurde. Der Krieg ist kein Endzweck, und die materielle Waffe ist nicht der Sinn des Lebens. Der Führer hat es herrlich genug gesagt, daß der Krieg nur den Zweck hat, die Kultur wieder neu in Gang zu bringen. Das ist aber auch der Sinn unseres kolonialen Wirkens in diesem Raum. Gibt es einen ergreifenderen Sendboten unseres deutschen Wesens als die deutsche Musik? Was ist nicht in diesem Raum alles an deutscher Kultur geschaffen worden? Wieoft haben wir uns darüber unterhalten! Wir vergeben hier den Veit-Stoß-Preis, wir feiern hier Kopernikus und andere, um die erlauchten Namen der deutschen Geistesgeschichte in diesem Raum immer wieder neu in unser Bewußtsein einzuprägen, nicht nur aus reiner Erinnerung daran, sondern jeder einzelne Name tritt schwer wuchtend an uns heran mit einem Appell an unsere eigene kulturelle und schöpferische Kraft.

Daher ist es auch ein Zeichen, gerade für diese deutsche Kraft, daß wir nun hier auf der Burg zu Krakau die Stärke haben, uns zur Kultur zu bekennen. Es ist nicht wahr, daß das kulturelle,schöpferische Potential unseres Volkes oder Europas am Ende ist. Wir bekennen uns nicht zu der Lehre vom Untergang des Abendlandes. Wir wissen, daß, geführt durch das wiedererstarkte deutsche Volk, dieses Europa einer neuen Kulturblüte

entgegen gehen wird. Man kann das Gesetz vom Werden und Vergehen der Natur unmöglich auf die Kultur anwenden; denn nicht aus den Zellsubstanzen materieller Art und ihrer Erschöpfung kommen die kulturellen Potenzen, sondern aus dem stets unerklärbar bleibenden Urgrund göttlichen Wollens in dieser Welt. Und jene Kulturbereitschaft muß dem ewigen Herrgott aus einem Volk entgegenflammen, auf dass er sein Saatkorn der schöpferischen Genialität in die Völker senken läßt. Dann werden Kulturen nie untergehen, sondern immer wieder sich aufrichtend neu erstehen.

Das ist unser nationalsozialistischer Glaube, und er gibt diesem Krieg auch den entscheidenden Sinn: wir wollen nicht dem jüdisch-barbarischen Materialismus zum Opfer werden, wir wollen uns nicht dem Terror Moskaus beugen, wir wollen nicht als eine Kommerzialkolonie Englands untergehen, sondern wir tragen das Bewußtsein in uns, daß diesem deutsch geführten Krieg die Sendung wird, im Namen Gottes die Kultur Europas mit der Kraft unserer Rasse zu retten und schöpferisch neu aufzurichten.

Und in diesem starken und stolzen Bekenntnis leuchtet auch der Stern dieser Stunde. Adolf Hitler hat, lange bevor er den Krieg, der ihm aufgezwungen wurde, beginnen mußte, das Haus der Deutschen Kunst gebaut. Das hat vor ihm noch kein Staatsmann getan. So, wie er damals in der Hauptstadt der Bewegung dieses Haus der Deutschen Kunst errichtete, so wird auch am Ende seines Werkes nicht der Krieg, sondern wieder die deutsche Kultur stehen. Der Krieg ist dem Führer nur eine Unterbrechung des kulturschöpferischen Wirkens seiner Persönlichkeit und seiner Bewegung für das deutsche Volk.

23.7.1943

Dabei denken wir immer an Europa. Die Kulturvereinigung wird es sehr wohl auch zu ihren Aufgaben rechnen können, die Kultur des fremden Volkstums in diesem Raum, der Polen, der Ukrainer, der Goralen und anderer Völker der Pflege entgegen zu führen, die mit dem Gesamtinteresse Europas notwendig verbunden ist. Wir können nicht der deutschen Kultur dienen, die Kultur der Völker dieses Raumes unterdrücken wollen. Und daher ist diese Kulturvereinigung ein auf weite Sicht gedachtes kulturelles Unternehmen, an dem alle Menschen dieses Raumes ein Interesse haben.

Es obliegt mir, nunmehr vor allem den deutschen Kulturschaffenden dieses Raumes zu danken, die in den vergangenen Jahren den deutschen Menschen in diesem Raum immer wieder deutsche Kultur vermittelt, die uns unsere deutschen Denker und Meister nahegerückt, die unseren Verwundeten und den Kameraden von der Wehrmacht wie unseren Beamten und Angestellten und den deutschen schaffenden Menschen dieses Raumes immer wieder die Verbindung mit unserer seelischen Heimat deutscher Kultur gebracht haben, immer wieder auch in der Tradition jener Sendung deutscher kultureller Kraft, die uns ohne weiteres sagen läßt, daß die Kultur hier im Osten durch die Jahrhunderte hindurch dort endet, wo der deutsche Einfluß endet, wenn es auch nur zarte Zonen waren, die bis in den fernen Ostraum hineindrangen. Dort, wo deutsche Kultur in Erscheinung trat, leuchtet sie heute noch, in Dokumenten uns ergreifend.

So möge denn über dieser Kulturvereinigung des Generalgouvernements das starke Schicksal eines gesunden Kriegskindes walten: im Kriege geboren, dem Frieden bestimmt, im Siege gekrönt.

Zwei Fundamente hat jede Kultur: Freiheit und Glauben. Ohne diese beiden gibt es keine wahre Kultur.

23.7.1943

denn nichts wirkt verderblicher für die echte Kultur als ihre Verfälschung, als ihre Zerrbilder, als ihre käuflichen Irrwahns-Imitatoren. Wahre Freiheit und wahrer Glaube - Freiheit der persönlichen Bekenntnis-kraft! Wer Sklave ist und Knecht, taugt nicht für die Kultur. Der freie Mann ist es, die freie Persönlichkeit, und diese Freiheit kulturellen Schaffens sei uns aufgegeben! Alle Unterdrückung eigengesetzlich kultureller Entwicklung ist vom Übel und der Kultur schädlich. Alle großen Kunst- und Meisterwerke der geistigen Weltgeschichte waren fast immer geistige Revolutionen. Es war das sich bekennen zu einem Gesetz, das in ihnen liegt, ob es Michelangelo oder Richard Wagner war. Es war der Beginn eines Neues in sich tragenden Weltimpulses, der nach oben und nach außen drängte. Diese Freiheit, die für den Staat völlig ungefährlich ist, die Freiheit der echten schöpferischen Persönlichkeit zu fördern, soll eine Aufgabe dieser Kulturvereinigung sein.

Aber auch der Glaube gehört dazu. Die großen mittelalterlichen Werke waren vom Glauben getragen. Wir können heute den Glauben in seiner lächerlichen Verengung als konfessioneller geistiger Bedingtheit in keiner Weise mehr anerkennen. Es gibt heute allerdings einen Glauben, der unendlich viel tiefer wurzelt; aber er muß da sein. Auch er gehört in die Kultur, dieser Glaube an Gott, dieser Glaube an ein urelementares allem vorangehendes, alles überlebendes Wesen, von dem aus das Beste in der Welt ebenso kommt wie das Schrecklichste zur Prüfung des Guten, - der Glaube auch an einen hohen Sinn des Lebens auf dieser Welt: dieser deutsche Idealismus, diese Ideenlehre, daß das Dasein des Einzelnen auf dieser Welt nicht ein mattes Hinflimmern in irgendeiner egozentrischen Enge bedeutet, sondern

23.7.1943

daß nur das Leben Sinn hat und sich weiten kann, das sich angesichts Gottes einem höchsten Ziel verschreibt, von dem wir Nationalsozialisten wissen, daß dieses höchste Ziel des Einzelnen nur sein Volk sein kann. Dieser Glaube an das Höchste, das Reinste, das Schönste selbst in einer Zeit, wenn alles grau in grau sich malt, dieser optimistische Glaube an die hehre Größe des Menschengeschlechts ob seiner Verstricktheit in die Milliarden Lichtjahre zählende Unbegrenztheit des Raumes der Unendlichkeit ist es, den wir haben müssen. Und mit diesem Glauben geht einher auch noch das Gesetz der Ethik der Volksgemeinschaft.

Ich gebe dieser Kulturvereinigung auch noch folgendes mit auf den Weg: ihre Aufgabe soll nicht nur der Dienst an den Geisteswerken, nicht nur der Dienst am Künstler und am Geistigen sein, sie soll nicht nur dazu dienen, Feierstunden zu vermitteln, Werke zu ermöglichen und die Kultur im allgemeinen Begriffe fortzuführen, sondern ich erwarte mir von dieser Kulturvereinigung in Ergänzung zum erziehlichen Wirken des Staates, der Wehrmacht und der Partei in diesem Raum eine sittliche Durchdringung des deutschen Lebens. Ich erwarte mir von ihr jenen Appell, daß der Einzelne in diesem Raum, ob Mann oder Frau, sein Leben nach der großen Opferzeit ausrichtet und Sitte und Sittlichkeit des deutschen völkischen Bewußtseins in zunehmendem Maße zum Ausdruck kultureller Empfindung macht. Nicht dieses libertinische, nihilistische Kulturideal des Genießers soll heute dem Gründungsakt vorausleuchten, nicht das bequemen Spießermotiv, die Meisterwerke unserer Großen in möglichster schöner Vollkommenheit zur eigenen Freude zu hören, zu vernehmen und zu sehen, sondern der Appell muß lauten, sich selber durch eine Durchsittlichung der großen Zeit des großen Deutschen Reiches als großer deutscher Charaktermensch anzugleichen und einzufügen.

23.7.1943

Möge so aus Freiheit, Glauben und Sitte nach dem Vorbild unseres Führers die Kulturvereinigung blühen, möge sie ein stolzes Zeichen der Kraft der deutschen Führung dieses Raumes sein, und seien alle Deutschen aufgerufen, sich dieser Kulturvereinigung einzureihen!

(Lebhafter Beifall)

Mit einer Mozart-Phantasie findet die Feier ihren Ausklang.

13^{20} M i t t a g e s s e n .

15^{15} Besprechung mit Gebietsführer Dr. Schlünder von der Reichsjugendführung in Gegenwart von Hauptabschnittsleiter Stahl und Bannführer Förschle.

Im Zusammenhang mit der Erörterung der Parteitagsveranstaltungen weist der Herr Generalgouverneur besonders darauf hin, daß der Anmarschweg der Hitlerjugend zu den verschiedenen Veranstaltungen möglichst kurz gehalten werden müsse, damit die nötige Sicherung gewährleistet sei.

Gebietsführer Dr. Schlünder berichtet sodann von seiner Arbeit auf dem Gebiete der Leibeserziehung und Wehrertüchtigung. Bis heute seien im Reich 22o Lager für die großdeutsche und germanische Jugend geschaffen worden. Zur Zeit sei er damit beschäftigt, in Zakopane einen geeigneten Platz für ein solches Lager auszukundschaften.

Trotz mannigfacher Widerstände zeitige die Arbeit der Hitlerjugend auf dem Gebiete der weltanschaulichen Schulung der germanischen Jugend bereits große Erfolge. Heute meldeten sich bereits nichtorganisierte Jungen aus Holland zur Teilnahme an solchen Lagergemeinschaften.

23.7.1943

Der Herr Generalgouverneur regt hierbei an, im Generalgouvernement ein Lager mit germanischen Jungen zu belegen, damit diese aus eigener Anschauung die Unterschiede der Menschan und der Lebensführung zwischen Deutschland und dem Generalgouvernement studieren könnten.

Bannführer Förschle weist dann darauf hin, daß die HJ sich in die Wehrertüchtigung der ukrainischen Jugend einschalten wolle. In einer ersten Besprechung mit Gouverneur Dr. Wächter habe man dessen Zustimmung erhalten können.

Demgegenüber weist der Herr Generalgouverneur darauf hin, daß vom deutschen Standpunkt gar kein Interesse daran bestehen könne, den Ukrainern ausschließlich Ehrendienst mit der Waffe tun zu lassen. Der Führer sehe diesen Bestrebungen mit großer Skepsis entgegen. Das Reich benötige 35 ooo Arbeiter für den Bergbau, und ein Reservoir hierfür sei Galizien. Dort aber würde sich für den freiwilligen Arbeitseinsatz im Reich niemand melden, so daß er in dem Hineindrängen der Ukrainer in die SS-Division Galizien nur ein Wegkommen vom Arbeitseinsatz im Reich erblicken müsse. Die Ukrainer sollten aber Untergebene des Deutschen Reiches bleiben und nicht Verbündete werden. Er halte auch das Hineingreifen von Parteiinstanzen in fremdvölkische Dinge für nicht gut.

Er schlage daher vor, auf dem Wege über die Parteikanzlei diese Frage dem Führer zu einer grundsätzlichen Entscheidung vorzulegen.

Gebietsführer Dr. Schlünder verspricht, diese Einstellung des Herrn Generalgouverneurs der Reichsjugendführung bekannt zu geben. Eine Vertagung der Pläne auf diesem Gebiet bis zum nächsten Frühjahr spiele auch keine Rolle.

23.7.1943

16[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Leiter des Polnischen Hauptausschusses Graf Ronikier, den stellvertretenden Leiter Direktor Seyfried in Gegenwart der Gouverneure Dr. Losacker und Dr. Wendler, des Landesoberverwaltungsrats Weyrauch und des stellvertretenden Leiters der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge Türk.

Der Herr Generalgouverneur erklärt eingangs, daß er von den schweren Ereignissen in den Distrikten Lublin und Galizien gehört habe und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es das letzte Mal sein möge, wo Schwierigkeiten aufträten. Dieser Kriegszustand müsse einmal abgebaut werden; er habe dafür im Distrikt Lublin Gouverneur Dr. Wendler, einen sehr einsichtigen Mann eingesetzt.

Gouverneur Dr.Losacker habe ihm mitgeteilt, daß Graf Ronikier an ihn wegen der Lubliner Aktion ein Schreiben gerichtet habe. Diesen Anlaß wolle er zu einer grundsätzlichen Aussprache benützen.

Graf Ronikier überreicht dann folgende Notiz:

Die derzeit auf einem Teil des Gebietes des Generalgouvernements (dem Distrikt Lublin) im Gange stehende Aktion der Pazifikation, welche mit einer Umsiedlungsaktion verbunden ist - obwohl vor einigen Monaten von maßgebenden Stellen erklärt wurde, die Umsiedlungsaktion sei bereits beendet - zwingt den Polnischen Hauptausschuß aus dem Grunde, weil sie ganze Massen von neuen Fürsorgebedürftigen schafft, folgende Punkte zu unterbreiten, deren volle Berücksichtigung zur Erfüllung der satzungsmäßigen Aufgaben desselben unerläßlich sind:

1. Die Einstellung der Aktion in der Form, in welcher sie jetzt durchgeführt wird, und die Einstellung der damit verbundenen Umsiedlungsaktion.

23.7.1943

2. Die Übergabe der ganzen Fürsorge für die durch die behördlichen Maßnahmen Betroffenen, besonders auch in den Sammel-, Durchgangs- und anderen Lagern, sowie hauptsächlich auch der Fürsorge für die betroffenen Kinder an den Polnischen Hauptausschuß sowie seine Fürsorgestellen.

3. Die Gewährung völliger Bewegungsfreiheit für die mit diesen Aufgaben betrauten Fürsorgestellen des Polnischen Hauptausschusses sowie deren Angestellte, die Erteilung denselben jeglicher Hilfe von seiten der behördlichen Dienststellen sowie die Zuweisung seitens der Regierung der nötigen Geldmittel sowie der erforderlichen Mittel in Natur für die durch die Aktion Betroffenen.

Graf Ronikier weist auf die schwierige Arbeit des Polnischen Hauptausschusses hin. Die neue Aktion im Distrikt Lublin bringe einen solchen Kreis von Hilfsbedürftigen mit sich, daß sie den Herrn Generalgouverneur um Hilfe bitten müßten.

Der Herr Generalgouverneur erklärt seine Bereitschaft zu dieser Hilfe. Der Zeitpunkt sei gekommen, an dem von dem bisherigen sehr scharfen Kurs einmal abgegangen werden solle. Er könne für sich und für seine Regierung in Anspruch nehmen, daß er im Reich seit Jahren für eine Änderung dieses Kurses tätig sei. Das sei aber furchtbar schwer, denn im Reich herrsche die Meinung vor, daß die Polen Todfeinde Deutschlands seien. Man berufe sich dort auf die Erfahrungen, die die deutsche Volksgruppe im früheren Polen habe manhen müssen.

23.7.1943

Die deutsche Verwaltung des Generalgouvernements habe nun das polnische Volk eingehend studiert und kennengelernt. Sie wolle nun einen neuen Versuch machen. In seiner heutigen Ansprache bei der Gründung der Kulturvereinigung des Generalgouvernements habe er es bereits als eine deutsche Pflicht bezeichnet, die Kultur der Polen zu schützen.

Bekanntlich gebe es militante Menschen; als ein solcher habe sich im Distrikt Lublin der SS- und Polizeiführer Globocnik erwiesen. Er sei abberufen worden, und an seine Stelle trete ein sehr ruhiger Mann. Er habe auch den neuen Gouverneur Dr. Wendler gebeten, die schweren Verhältnisse in Lublin zu erleichtern und festzustellen, was abgeändert und korrigiert werden könne. Gouverneur Dr. Wendler habe von ihm den Auftrag, die Herren des Polnischen Hilfsausschusses an Ort und Stelle zu empfangen und darüber zu beraten.

Die Sicherheit im Generalgouvernement habe leider sehr zu wünschen übrig gelassen. Eine große Anzahl von Deutschen sei erschossen worden und täglich kämen neue Verlustmeldungen. Auch ihm schicke die sogenannte polnische Widerstandsbewegung ständig Todesurteile zu. In jüngster Zeit seien auch sogenannte Partisanen aus dem Osten ins Generalgouvernement eingebrochen. Durch alle diese Vorfälle habe sich der deutschen Behörden eine ungeheure Nervosität bemächtigt und diese erkläre viele scharfe Maßnahmen von deutscher Seite.

Trotz alle dem habe die deutsche Verwaltung einen großen Schritt vor: er habe durchgesetzt, daß ab 1.September 1943 die Ernährung des polnischen Volkes auf eine ausreichende Basis gestellt werde. Ab diesem Zeitpunkt werde im Generalgouvernement kein arbeitender Mensch mehr hungern müssen.

23.7.1943

Der Herr Generalgouverneur erteilt in diesem Zusammenhang Gouverneur Dr. Losacker die Ermächtigung, eine Unterredung des Grafen Ronikier bei Präsident Naumann vorzubereiten, in der dieser von den neuen Maßnahmen eingehend unterrichtet werden soll.

Graf Ronikier gibt seiner Freude über diese Mitteilung Ausdruck und bezeichnet diese Maßnahme als ein Zeugnis dafür, daß der Herr Generalgouverneur dem polnischen Volk helfen wolle.

Der Herr Generalgouverneur erklärt ferner, daß in Kombinierung mit dem, was in Zukunft geschehe, auch eine Korrigierung des bereits Geschehenen stattfinden solle. Leider könne er die toten Deutschen nicht mehr zum Leben erwecken. Ihre Zahl betrage z.B. in den letzten Monaten 36. Er wisse, daß die loyale Bevölkerung daran keine Schuld trage. Nunmehr sei im Generalgouvernement eine absolut einheitliche Führung sichergestellt, der bisherige Doppelkurs verschwunden. Seit dem 15. Juli fungiere der Gouverneur auch als Distriktspolizeibehörde, so daß die Durchführung aller Maßnahmen einheitlich bei der Verantwortung der Regierung des Generalgouvernements liege.

Graf Ronikier bezeichnet diese Neuregelung als für die polnischen Belange ungeheuer wichtig.

Der Herr Generalgouverneur spricht dann von seinen Bemühungen für das polnische Volk, die so weit gingen, daß die deutsche Verwaltung des Generalgouvernements als zu polenfreundlich bezeichnet werde. Er verweist auf die großen Leiden aller Völker Europas und hier insbesondere auf die des deutschen Volkes; das polnischeVolk stünde also nicht allein.

Er nehme seinen Hilferuf entgegen,und Graf Ronikie müsse billigerweise zugeben, daß sich z.B. in der Behandlung der im Reich arbeitenden eine Millionen Polen doch manches geändert habe.

23.7.1943

Graf Ronikier gibt zu, daß diese Behandlung in der letzten Zeit erheblich besser geworden sei und daß ihm nur selten Klagen bekannt würden.

Der Herr Generalgouverneur verweist demgegenüber auf die ungeheuren Leiden der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Das deutsche Volk werde vom Schicksal auch sehr arg gerüttelt, nicht nur die Polen; der Herrgott schaue auf alle Völker. Die Dinge hier im Lande würden sich zum Guten wenden, das sei seine feste Überzeugung; er bedauere ebenso wie Graf Ronikier die Vorfälle im Distrikt Lublin aufs ärgste. Diese Vorfälle widersprächen deutlich den Befehlen, die er und Reichsführer SS Himmler gegeben hätten und sie seien nur auf Grund örtlicher Nervosität zu erklären. Die deutsche Verwaltung habe das größte Interesse, daß das Land ruhig bleibe. Es müsse als Wahnsinn bezeichnet werden, in der Erntezeit Dörfer zu evakuieren.

Er werde mit Gouverneur Dr. Wendler und dem neuen SS- und Polizeiführer alles tun, um hier zu korrigieren und zu helfen. Auf der anderen Seite müsse er aber darauf hinweisen, daß die psychologische Situation der deutschen Verwaltung äußerst schwierig sei, wenn von der Widerstandsbewegung ständig Deutsche ermordet, wenn in den Dörfern den Banden Unterschlupf gewährt und ständig Waffen gefunden würden. Er müsse daher an Graf Ronikier den Appell richten, hier der deutschen Verwaltung durch Aufklärung der Bevölkerung zu helfen vielleicht durch Aufforderung an die Pfarrer, sich dafür zur Verfügung zu stellen. Sie sollten die Bevölkerung vor einem Einlassen mit Banditen warnen, damit sie diesen keinen Unterschlupf und keine Unterstützung zu teil werden lasse.

23.7.1943

Graf Ronikier verspricht, in diesem Sinne die Arbeit des Polnischen Hauptausschusses zu lenken. Notwendig dafür sei aber auch die Überzeugung, daß die deutsche Verwaltung für die wichtigsten Angelegenheiten Verständnis habe. Die heutigen Worte des Herrn Generalgouverneurs gäben ihm den Mut, seine Arbeit hoffnungsvoll weiterzuführen, um in diesem Lande Ruhe zu schaffen.

Der Herr Generalgouverneur führt weiter aus, daß er als Deutscher und alter Nationalsozialist im Reich viel für die polnischen Belange getan habe. Das Zustandekommen der Verordnung vom 15.Juli habe ihm 2 Jahre Kampf gekostet. Er fasse seine Aufgabe als Europäer auf. Loyalerweise müsse er die Arbeit der Hunderttausende polnischer Menschen anerkennen. Er habe auch das Vertrauen, daß er seinen Kurs weiter einhalten könne, und glaube nicht, daß sich die Tätigkeit der Widerstandsbewegung verstärken werde. Im Laufe der Jahre müsse man zu einem vernünftigen gegenseitigen Verhältnis gelangen. Schritt um Schritt werde er den Polen entgegenkommen, er müsse dies aber als Deutscher verantworten können und das Gefühl haben, daß diese Entwicklung nicht gegen sein Vaterland, gegen das schwerringende Deutsche Reich gehe. So werde er nach der Einführung der neuen Rationssätze in Krakau auch ein polnisches Theater eröffnen. Wenn Deutschland den Krieg irgendwie verlieren würde, würde das auch ein entsetzliches Unglück für Polen bedeuten, denn die nach Polen hereinbrechenden Bolschewisten würden hier schrecklich hausen.

Graf Ronikier erinnert hier an eine Notiz vom 22.11.194o, in der er den Bolschewismus als gemeinsames Unglück der beiden Völker bezeichnete und die Notwendigkeit einer gemeinsamen Verteidigung herausstellte.

23.7.1943

Der Herr Generalgouverneur dankt in diesem Zusammenhang Graf Ronikier und dem Polnischen Hauptausschuß für die stets gezeigte Hilfe und betont nochmals, daß die deutsche Verwaltung alles tun werde, was sie vom deutschen Standpunkt aus verantworten könne, um den Polen zu helfen. In Sachen der Lubliner Aktion erteile er den Gouverneuren Dr. Losacker und Dr.Wendler seine volle Ermächtigung, im Benehmen mit dem Polnischen Hauptausschuss alle möglichen Korrekturen vorzunehmen.

Auf Antrag des Gouverneurs Dr. Losacker und Vorschlag des Landesoberverwaltungsrats Weyrauch stellt der Herr Generalgouverneur dem Polnischen Hauptausschuß den Betrag von 2 Millionen Zloty zur Verfügung. Die Verfügungsberechtigung erteilt er Graf Ronikier im Benehmen mit den Gouverneuren Dr. Losacker und Dr. Wendler. Als weiteren Schritt der deutschen Verwaltung kündigt er eine Änderung des deutschen Kurses an. Hier gelte als erste Maßnahme die Einführung der neuen Rationssätze ab 1.September. Sie werde - davon sei er überzeugt - eine große Erleichterung bringen. Vielleicht könne auch dem Polnischen Hauptausschuß die Arbeit mit zusätzlichen Lebensmittellieferungen für seine Lager erleichtert werden. Als äußerer Ausdruck dieser neuen Befriedungsaktion werde auf der Burg eine große Erntedankfeier mit polnischen Bauern stattfinden. Die deutsche Verwaltung werde trotz der ungeheuren Schwierigkeiten psychologischer Art alles in ihrer Macht Stehende tun,um das gegenseitige Vertrauen zu stärken.

Auf der anderen Seite seien die Zeiten ernst. Vom Ausland her käme Welle um Welle in dieses Land, die aufwühle und hetze. Daher sei eine Voraussetzung für den großen Frieden, daß die deutsche Verwaltung die Überzeugung haben müsse, daß möglichst alles von polnischer Seite geschehe, um aufklärend zu wirken und

die Einflüsse von negativer Seite nicht zu stark werden zu lassen. Der Polnische Hauptausschuß müsse eine seiner Hauptaufgaben darin sehen, die Bevölkerung vor dem Anschluß an die Widerstandsbewegung und dem Besitz von Waffen zu warnen.

Graf Ronikier weist noch darauf hin, daß den Energien der patriotischen Jugendlichen infolge des Fehlens von Schulen kein natürlicher Auspuff gegeben sei. Der Polnische Hauptausschuß werde in den ihm vorgeschriebenen Grenzen legal arbeiten. Er bitte um Gerechtigkeit von deutscher Seite. Als vordringliches Problem betrachte er ein Entgegenkommen auf dem Gebiete des polnischen Schulwesens.

Der Herr Generalgouverneur verweist darauf, daß ein Schritt nach dem anderen folgen werde; das hänge aber von den Erfahrungen ab, die man auf deutscher Seite beim Beschreiten der neuen Linie sammeln werde. Der Kontakt sei gegeben, und wenn Graf Ronikier wieder eine Aussprache wünsche, stehe er jederzeit zur Verfügung. Die Zeiten würden ernst und noch ernster, und man müsse einen vernünftigen Ausgleich finden.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Krakau

Sonnabend, den 24.Juli 1943

10^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. Senkowsky, Ministerialrat Dr. Weh, Ministerialrat Rogge.

Gegenstand der Besprechung ist die Abfassung eines Fernschreibens an Generalfeldmarschall Keitel, in dem die Gründe für den ablehnenden Standpunkt des Generalgouverneurs in der Frage der Aufhebung des Oststeuerfreibetrages angeführt werden.

Das Fernschreiben gelangt am gleichen Tage zur Absendung.

Präsident Senkowsky übergibt dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht über die schwerwiegenden Folgen der jüngsten Polizeiaktion im Distrikt Lublin auf dem Gebiete des Tabakbaues.

Der Herr Generalgouverneur leitet diesen Bericht dem Reichsführer SS Himmler zu und ersucht um ein grundsätzliches Verbot weiterer Aussiedlungen.

10^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. Senkowsky und Bankdirigent Paersch über die Finanzlage des Generalgouvernements.

11^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Bankdirigent Dr. Paersch.

12^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple den aus seinem Amt scheidenden bisherigen Chef des Amtes des Distrikts Lublin Oberregierungsrat Dr. Engler, der zu einer anderen Verwendung ins Reich abberufen worden ist. Unter Überreichung seines Bildes spricht der Herr Generalgouverneur Oberregierungsrat Dr. Engler seinen Dank und seine Anerkennung für die langjährigen treuen

24.7.1943

Dienste aus, die er für Führer und Reich im Generalgouvernement geleistet hat, und wünscht ihm für seine Zukunft alles das Beste.

Oberregierungsrat Dr. Engler dankt dem Herrn Generalgouverneur für die ihm gewidmete Abschiedsgabe und betont, daß die Zeit, während welcher er am Aufbau der Verwaltung des Generalgouvernements habe mitwirken dürfen, vielleicht die schönste Zeit seines Berufslebens gewesen sei. Er erinnert dabei an eine Ansprache, die der Herr Generalgouverneur am 8.November 1939 vor den neuernannten Kreishauptmännern der Distrikte gehalten habe. In dieser Ansprache habe der Herr Generalgouverneur den Kreishauptmännern Weisungen darüber gegeben, wie sie zu arbeiten hätten. Damals habe der Herr Generalgouverneur den Kreishauptmännern volle Freiheit des Handelns gegeben.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt dazu, daß der Kampf, den er führe, nicht nur dem Deutschen Reich, sondern auch den deutschen Beamten gelte. Er habe sich stets gegen das Wort vom sogenannten Bürokraten, den man vielfach verächtlich machen wolle, mit Entschiedenheit gewendet.

Der Herr Generalgouverneur entläßt Oberregierungsrat Dr. Engler mit seinen besten Wünschen.

30
14 Pg. Kobusch legt dem Herrn Generalgouverneur die Abberufungsurkunde des SS- und Polizeiführers Globocnik als Distriktsstandortführer in Lublin und die Ernennung des Gouverneurs Dr. Wendler zum Nachfolger vor.

Der Herr Generalgouverneur setzt beide Urkunden ab 1.August 1943 mit seiner Unterschrift in Kraft.

24.7.1943

15^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

21^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Trzebinia und Weiterfahrt nach München.

Sonntag, den 25.Juli 1943

bis

Sonntag, den 1. August 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Krakau

Montag, den 2.August 1943

8^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.

9^{45} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{00} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

10^{55} Besprechung mit Pressechef Gassner.

11^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Gouverneur Dr. Losacker und Ministerialrat Dr. Weh.

11^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple SS-Obergruppenführer von dem Bach, der als Sonderbevollmächtigter des Reichsführers SS Himmler die Ergebnisse der Sicherheits- und Umsiedlungsaktionen im Generalgouvernement mit dem Generalgouverneur bespricht.

Der Herr Generalgouverneur gibt dabei seiner ungeheuren Enttäuschung Ausdruck über die Ergebnisse, die die bisherigen Sicherheitsaktionen gezeitigt haben. Er weist darauf hin, daß die Umsiedlungssituation im Distrikt Lublin einer Katastrophe gleicht und betont, daß es völlig unmöglich ist, die bisher gehandhabte Methode weiter inne zu halten. Er verlangt die sofortige Abstellung dieser Zustände.

SS-Obergruppenführer von dem Bach sagt unter Billigung der Meinung des Herrn Generalgouverneurs, daß diese ganzen Sicherheitsaktionen nicht geklappt hätten, Abhilfe im weitesten Umfange zu und übermittelt auch den ausdrücklichen Wunsch des Reichsführers SS Himmler, daß diese Fragen in persönlicher Aussprache und im vollen Einvernehmen zwischen der Regierung des Generalgouvernements und den Polizei- und Sicherheitsorganen geklärt

werden sollen.

Im Anschluß daran findet eine grundsätzliche Besprechung statt, zu der Gouverneur Dr. Losacker und Ministerialrat Dr. Weh sowie General Becker und SS-Oberführer Bierkamp zugezogen werden.

Dr. Losacker trägt anhand von Einzelberichten der Kreishauptleute der von den Aktionen betroffenenGebiete die Erfahrungen negativster Art vor, die ihm aus diesen Gebieten übermittelt wurden.

Der Herr Generalgouverneur faßt die Ergebnisse der eingehenden Aussprache wie folgt zusammen:

1. Polizeiliche Großaktionen sollen künftig im Generalgouvernement weder unter dem Thema Bandenbekämpfung noch unter dem Thema Umsiedlung stattfinden.

2. Als einziges sich wirklich bewährt habendes System der Sicherheitsgarantie insbesondere im Hinblick auf die dringende Frage der Ernteeinbringung wird die möglichst dichtmaschige Dislocierung von kleinen Polizeistationen in die Ablieferungsdörfer erkannt.

3. General Becker erklärt, daß, sobald die Großaktion im Distrikt Galizien, die durch den Einbruch der militärisch geführten sogenannten Kolback-Bande ausgelöst wurde, abgeschlossen ist, diese Dislocierung im weitesten Umfange auch in den Distrikten Galizien und Lublin durchgeführt wird. In den Distrikten Krakau, Warschau und Radom sei sie bereits im vollen Durchorganisiertwerden.

4. Die Angelegenheit Lublin soll sobald wie möglich zum Abschluß gebracht werden. Der Herr Generalgouverneur betont, daß er es für zweckmäßig halte, daß der SS- und Polizeiführer Globocnik seinen Posten unverzüglich an seinen

2.8.1943

Nachfolger abtrete, damit auch in diesem Punkt eine Bereinigung der polizeilichen Befehlssituation im Distrikt Lublin eintrete.

Der Herr Generalgouverneur ersucht SS-Obergruppenführer von dem Bach, am gleichen Nachmittag die Ergebnisse der Besprechung mit den beteiligten Herren nochmals eingehend zu erörtern. SS-Obergruppenführer von dem Bach erklärt sich gern dazu bereit.

Im Anschluß daran werden Präsident Naumann als Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, Rittmeister von Palleske als Beauftragter für die Kautschukgewinnung und Oberregierungsrat Schulz von den Monopolen zugezogen, die die bereits stattgefundenen Aussprachen noch mit Berichten aus ihren Arbeitsgebieten ergänzten. Infolge der polizeilichen Maßnahmen im Distrikt Lublin befinde sich der Tabakanbau in wesentlichen Bereichen in vollster Gefährdung, so daß die Tabakpflanzer unverzüglich zurückgegeben werden müßten. Das gleiche gelte auch für die Sicherheit in den Koxagys-Versuchsfeldern Galiziens, die ebenfalls ungeheuer gefährdet seien.

Zusammenfassend erklärt der Herr Generalgouverneur, daß er, je schwieriger die Situation im Generalgouvernement würde, desto entschiedener seine Politik der Heranziehung der loyalen Bevölkerung dieses Raumes zur Mitarbeit an den Reichsaufgaben aufrecht erhalten werde, dies umso mehr, da diese Politik vom Führer in jeder Weise gedeckt werde.

13^{30} M i t t a g e s s e n .

2.8.1943

17[15] E m p f a n g von 3o Reichsrednern im Königssaal. Anwesend sind noch Staatssekretär Dr. Boeppel, Hauptabschnittsleiter Stahl, Präsident Ohlenbusch, Ministerialrat Dr. Weh und Pressechef Gassner.

Der Herr Generalgouverneur richtet an die Reichsredner folgende Ansprache:

Für mich bedeutet es eine große Freude, Vertreter der einzelnen Gaue unseres großen deutschen Vaterlandes in diesem stolzen Saal der alten Burg zu Krakau begrüßen zu können. Sie haben heute eine Fülle von Vorträgen angehört und Gelegenheit gehabt, unser Generalgouvernement kennenzulernen.

Im Augenblick, in dem sich die Nervenkampagne gegen unser großdeutsches Vaterland mit aller Wucht erhebt, ist eine der entscheidensten Aufgaben der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, die Haltung unseres Volkes, die allein die Brücke zum Siege ist, durchzuhalten. Sie müssen sich darüber klar sein, welch' ein Unsegen in diesem Augenblick verbreitet werden könnte, wenn wie im Jahre 1918 die Rosa Luxemburgs und die Liebknechts im Lande wühlen könnten, wenn bei diesen alle Nervenkraft in Anspruch nehmenden Schicksalsschlägen die Duckmäuser, die Defätisten, die Nihilisten und die Zerstörer unseres inneren kraftvollen Bewußtseins am Werke sein dürften. Was könnte dann binnen kurzem aus unserem Volk gemacht werden! Gerade wir von der Partei müssen uns darüber klar sein, daß, wenn es überhaupt eine historische Bewährungsprobe für unsere Bewegung gegeben hat, sie jetzt beginnt und daß sie bis jetzt überhaupt noch nicht da war. Bis jetzt haben wir nur die große leuchtende Siegesbahn erlebt; für Hunderttausende war es ja vorteilhaft, sich

zu unserer siegreichen Bewegung zu bekennen. Jetzt beginnt der Marsch durch die Nacht zum Licht.

In diesem Augenblick ist nun ein Ereignis eingetreten, daß selbstverständlich auch für unsere Parteigeschichte von äußerster Bedeutung ist, nämlich der Sturz Benito Mussolinis und die Auflösung der Faschistischen Partei. Daß zu all' dem anderen, was über unsere unglücklichen Städte hereinbraust, was sich über dem Westen und dem Norden unseres Reiches und in einer ganzen Reihe anderer blühender deutscher Siedlungen ereignet, die jetzt unter diesen furchtbaren Terrorangriffen zerstört werden, was die Invasion der Engländer und Amerikaner auf Sizilien und der unglaublich wichtige Angriff der Sowjetrussen an Kraftanstrengungen erfordert, noch der Sturz Benito Mussolinis erfolgt, ist eine der gewaltigsten Proben, die uns gesinnungsmäßig auferlegt sind. Das heißt, daß jetzt, da der deutsche Soldat den Kampf allein zu führen hat, auch der politische deutsche Soldat den Kampf allein führen muß. Gerade ich, der ich mit dem Duce durch die Jahre hindurch sehr gut stand und der ich - wie Sie wissen - im Jahre 1936 die ersten Schritte der Annäherung zwischen dem Nationalsozialismus und dem Faschismus eingeleitet habe, die dann mit der Krönung des gegenseitigen Bündnisses ihren größten Erfolg hatten, kann Ihnen sagen, daß ich es persönlich für unsere Partei als einen Vorteil ansehe, daß dieses mehr oder weniger schwächliche Gebilde an unserer Seite verschwunden ist. Heute stehen die Fronten klar: hier das Hakenkreuz und dort der Jude.

Seien Sie überzeugt, daß nunmehr Ungeheures auf der Partei lastet, denn jetzt gehen die Neider durch das Land und erklären, der erste ist gestürzt, nun folgt der andere, ihr werdet genau so aufgelöst. Diesen Leuten muß man sagen, wir waren vor den Faschisten da und wir haben sie auch überlebt. Und, meine Parteigenossen, wer weiß, ob in Italien nicht eine Entwicklung

kommt, die das heute nach außenhin Unterbrochene wieder in unserer Richtung fortsetzen wird. Die Ereignisse in Italien sind aber trotzdem für uns in der Weltfront ein Schlag, für die Juden aber ist es ein Erfolg, daß der einzige nennenswerte Partner - Mussolini ist ein Genie und einer der größten Männer des Abendlandes - gestürzt werden konnte.

Für uns im Generalgouvernement ist die Tatsache außerordentlich wichtig, daß die Position dieses Landes infolge der Entwicklung der Kriegs- und Weltlage aus einem Randgebilde mehr oder weniger zu dem Herzstück wird. Daß wir ein Herzstück werden, prägt sich bereits in vielem aus: der gesamte Verkehr zwischen dem Reich und dem Osten geht zu vier Fünftel über das Generalgouvernement. Warschau ist die größte Etappenstadt der Weltgeschichte. Unser Land ist geopolitisch eingereiht in die Kraftfelder zwischen Nord, Ost, Süd und West.

Daß es uns geglückt ist mit knapp eineinhalb Prozent deutschen Anteils an der Bevölkerung eine deutsche Führung durchzuhalten, ist nationalsozialistisch. Ich betone dies besonders, denn wir sind hier weder eine Dependance der Berliner Reichsstellen noch sind wir eine Dependance des Oberkommandos der Wehrmacht. Wir sind hier ein völlig eigenes Gebilde, das ich als völlig originär aufgebaut habe, wobei der Führer als Pate über diesem Werk stand und es durch die Nervenkrisis durchgehalten hat. Das Generalgouvernement hat sich als Einheitsstaat gebildet und als Nebenland des Großdeutschen Reiches völlig autark entwickelt. Ich kann mit Stolz sagen, daß die wenigen hiesigen Parteigenossen eine eigenartige Position ausüben. Die Feststellung, daß das Generalgouvernement im vorigen Jahr dem Reich 76o 000 to Getreide zur Verfügung gestellt hat, erfüllt uns mit Stolz. Diese Leistung steht tatsächlich einzig da. Wenn Sie weiter bedenken, daß wir

in der Arbeiterablieferung an das Reich auch an der Spitze stehen und in allen anderen Funktionen immer mehr in den Blickpunkt rücken, daß wir z.B. bei der Industrieverlagerung das große Aufnahmebecken werden, erkennen Sie die Wichtigkeit des Generalgouvernements. Der Osten wird in Zukunft nicht das agrarmäßige Arbeiterreservoir des industrialisierten Westens sein, sondern binnen kurzem eines der größten Industriegebiete. Es werden Firmen wie Krupp, Henschel, Opel, MAN hier hereinkommen und große Werke entstehen. Die NSDAP des Reiches soll daher auf das Generalgouvernement schauen und mit an dieser Arbeit ihren Anteil nehmen.

Unsere schweren Sorgen sollen Ihnen nicht verheimlicht werden. Die schwerste Sorge ist mir, daß ich überhaupt nicht spüre, daß in den Zentralen mancher großen Reichsverwaltungen eine Vorstellung von dem besteht, was Adolf Hitler mit dem deutschen Weltreich im Osten will. Wir haben ständig die kleinsten Herrschgesichtspunkte zu bekämpfen, um arbeiten zu können.

Ein weiteres ist die weltpolitische Schwierigkeit, daß die Unruhe des Ostens auch nach dem Generalgouvernement gebracht werden könnte. Sie kennen meinen persönlichen Standpunkt genau, so daß ich ihn hier nicht ausführlich darzulegen brauche. Ich huldige einer Anschauung, die die Autorität des Reiches und die Potenz der Macht des Staates mit dem Recht kombiniert. Seit 2o Jahren führe ich diesen Kampf, zuerst im Dienste der Bewegung; ich weiß, daß eines der Hauptprobleme, mit denen wir innerpolitisch fertig werden müssen, die Befriedigung des altgermanischen Rechtsbewutßseins unseres Volkes ist. Autorität ist nicht identisch mit Gewalt. Die Gewalt ist das kleine ABC; jenseits der Gewalt beginnt erst die Staatsführungskunst.

2.8.1943

In diesem Raum sind wirklich positive Ergebnisse nur zu erzielen, indem wir uns zunächst sagen: im Krieg gilt nur eines, nämlich der Sieg. Was dem Siege dient, ist richtig, was ihn erschwert, ist falsch, ganz gleich, mit welch' hohlem Pathos es sich ankündigt. Wenn ich in diesem Raum mit knapp 3 ooo Mann mit 16 Millionen Fremdvölkischer etwas fertig bringen muß, dann muß ich mich auf das hier lebende Volk und seine Kraft stützen, dann darf ich dieses Volk nicht vernichten wollen. Es ist wahnsinnig, wenn in diesem Land mit Sensen gemäht wird. Ich sage: wenn gemäht wird, dann nicht die Köpfe, sondern die Felder. Was nach dem Sieg mit diesem Volk geschieht, ist jetzt gleichgültig, aber was jetzt geschieht, ist wichtig. Es ist daher klar, daß die reinen Terrormethoden, die Kollektivjustiz falsch sind und einfach einen Stoß gegen den Sieg bedeuten. Denn gerät dieses Land in Aufruhr, dann können wir nicht wie mancher Großsprecher einfach sagen: der deutsche Herrenmensch wird auch damit fertig. Hier stehen ein paar Deutsche einer Masse gegenüber. Ich trage die Verantwortung, daß mit 15o ooo polnischen Eisenbahnern der Transport im Lande aufrecht erhalten wird. Mir hilft es nichts, wenn einer sagt, die Polen müssen ausgerottet werden, sie sind falsch und sie müssen weg. Ich bin heute auf den schmierigsten Polacken, der mir die Züge an die Ostfront fährt, angewiesen. Die Dinge sehen in der Praxis anders aus als in der Theorie. Wir wissen alle, daß dieses Land einmal deutsch wird, daß wir die Polacken hier nicht dulden werden. Aber dazu kommt die Zeit, wenn wir den Krieg gewonnen haben. Jetzt siedeln zu wollen und das Land dadurch in Aufruhr zu bringen, ist unmöglich.

2.8.1943

Was ich Ihnen jetzt sagte, habe ich ununterbrochen gelehrt und es hat zweieinhalb Jahre gedauert, bis ich mich durchgesetzt habe. Die Folgen spüren wir jetzt durch das Hereinbrechen von großen Unsicherheitsfaktoren. Nun zeigt sich, was ich prophezeit habe, daß nämlich unsere staatliche Autorität zu klein ist, um fertig zu werden. Wenn man Gewaltpolitik wie die Sowjetrussen mit Terror und Ausrottung machen will - gut - dann aber muß eine Bedingung erfüllt sein. Dann muß ich sagen, schickt mir wie die Sowjetrussen statt 2oo Tschekisten 2oo deutsche Polizisten in jedes Dorf; Gewaltpolitik aber propagieren und in einzelnen Exempeln zu treiben und dann die Polizei aus dem Lande zu ziehen, ist Wahnsinn. So ist es möglich, daß hier durch das Land eine sowjetrussische Bande unter einem General Kolback schon 4 Wochen zieht und hoffentlich gelingt es, sie in dieser Woche zu schnappen. Ein solches Ereignis ist aber in diesem Land für die deutsche Autorität schädlicher als alles, was Sie sich denken können. So wirkt sich die bisherige falsche Politik immer wieder aus. Ich bin aber der Meinung, daß dies zu bereinigen ist und wir werden mit diesen Dingen fertig werden. Aber es kostet eine unheimliche Kraft, in einem Status zu verharren, wenn man genau sieht, daß der falsche Weg mit Gewalt durchgesetzt werden soll. Seit meiner persönlichen Aussprache mit Reichsführer SS Himmler sind diese Dinge programmatisch bereinigt, persönlich werden sie bereinigt werden. Sie gelten aber für die Vergangenheit und sind eine heilsame Lehre für die Zukunft.

Das Generalgouvernement ist gerüstet für seine Aufgaben. Ich habe auch die fremdvölkische Bevölkerung auf eine einigermaßen anständige Ernährungsbasis gesetzt und die sogenannten Warthegausätze eingeführt und

hoffe, daß es dadurch möglich ist, die Hunderttausende des fremden Volkstums, die uns unter den schwierigsten Umständen bisher die Treue gehalten haben, bei der Stange zu halten. Ich werde dafür sorgen, daß die einheitliche Führung dieses Raumes mit dem ganzen Gewicht der Autorität des Führers durchgehalten wird.

Für Sie ist es auch notwendig, daß Sie in diesem Raum nicht nur unser Parteiprogramm studieren, sondern auch die weltpolitischen Notwendigkeiten, die uns die Zeit aufgibt und von denen wir abhängig sind. Heute ist es so, daß dieses Gebilde das einzige straff organisierte Land innerhalb des großdeutschen Machtbereiches ist. Das stelle ich nicht allein fest, sondern das hat Staatssekretär Stuckart vom Reichsinnenministerium vor einigen Tagen in Krakau festgestellt und das hat mir auch Reichsführer SS Himmler gesagt. Diese Tatsache ist für uns, die wir hier leben, eine starke Domäne. So soll auch für die Bewegung im Reich - der kommende Parteitag in Krakau wird dazu beitragen - die Parole ausstrahlen, daß hier das Neue ersteht und daß das deutsche Volk absolut nicht am Ende ist. Ich habe vor einigen Tagen im Reich einen Leitartikel mit der Überschrift gelesen: "Den Mut nicht sinken lassen!" oder in einer anderen Zeitung einen solchen mit der Überschrift: "Den Kopf hoch!" Ich nehme an, daß das der Ausdruck irgendeiner falsch verstandenen Parole ist. Demgegenüber sage ich Ihnen: es ist gar kein Problem, daß wir den Krieg gewinnen werden. Ich sage das aus der Erwägung heraus, daß die Sowjetrussen nach den jetzigen schweren erfolglosen Angriffen der schwersten inneren und vor allem Ernährungskrisis gegenüber stehen werden. Ich bin felsenfest davon überzeugt, daß die Sowjetunion darunter zusammenbrechen wird und daß dann ein gewaltiger Rückschlag kommt. Die Tatsache, daß die Engländer und Amerikaner auf Sizilien mit ihrer gewaltigen Übermacht

gegenüber dem kleinen Grüppchen deutscher Soldaten nichts erreichen, zeigt den kämpferischen Höchstwert der deutschen Soldaten, der zu den größten Hoffnungen für die Zukunft berechtigt. Das schlimmste Problem stellen nur die Terrorangriffe auf unsere Städte dar. Sie sind eine echte und ganz schwere Sorge. Sie zu vertuschen, kann nicht geschehen und sie stellen einfach das furchtbare Opfer dar, das dem deutschen Volk auferlegt ist.

Wir schauen in das deutsche Land mit dem Gefühl, daß wir in seinem Interesse hier eine Heimat aufzubauen beginnen. Dies ist die Aufgabe der NSDap. Ich will hier keine Schieber und Spießer und ich hoffe, daß es gelingt, auch die letzten dieser Burschen hier noch zu beseitigen. Ich muß Ihnen schon sagen, daß ich manchmal den Eindruck habe, daß uns aus den amtlichen Ministerien mit amtlichen Zertifikaten versehene Generaldirektoren und mancherlei Volks hereingeschickt werden, die unter dem Deckmantel großer kriegsnotweniger Geschäfte genau so schieberische Privateigentumsgeschäfte machen wollen wie manche Kleinen. Gerade im Zusammenhang mit dem Komplex der Erdölwerke in Galizien habe ich Erfahrungen gesammelt, die geradezu grauenhaft zeigen, wieviel plutokratisches Zeugs wir in Deutschland zu dulden haben. Hier liegt eine große Aufgabe und ich sage, der Staat steht über der Wirtschaft. Ich lasse mir da nicht mit großen Namen imponieren. Diesen Raum haben deutsche Soldaten mit dem Einsatz ihres Blutes erobert, dieser Raum wird von mir gehalten, treuhänderisch verwaltet und eines Tages den deutschen Soldaten zur Verfügung gestellt, wenn sie heimkehren können. Dieser mein Grundsatz gilt auch für Gesellschaften und mögen sie noch so großkotzig tun.

gegenüber dem kleinen Grüppchen deutscher Soldaten nichts erreichen, zeigt den kämpferischen Höchstwert der deutschen Soldaten, der zu den größten Hoffnungen für die Zukunft berechtigt. Das schlimmste Problem stellen nur die Terrorangriffe auf unsere Städte dar. Sie sind eine echte und ganz schwere Sorge. Sie zu vertuschen, kann nicht geschehen und sie stellen einfach das furchtbare Opfer dar, das dem deutschen Volk auferlegt ist.

Wir schauen in das deutsche Land mit dem Gefühl, daß wir in seinem Interesse hier eine Heimat aufzubauen beginnen. Dies ist die Aufgabe der NSDap. Ich will hier keine Schieber und Spießer und ich hoffe, daß es gelingt, auch die letzten dieser Burschen hier noch zu beseitigen. Ich muß Ihnen schon sagen, daß ich manchmal den Eindruck habe, daß uns aus den amtlichen Ministerien mit amtlichen Zertifikaten versehene Generaldirektoren und mancherlei Volks hereingeschickt werden, die unter dem Deckmantel großer kriegsnotweniger Geschäfte genau so schieberische Privateigentumsgeschäfte machen wollen wie manche Kleinen. Gerade im Zusammenhang mit dem Komplex der Erdölwerke in Galizien habe ich Erfahrungen gesammelt, die geradezu grauenhaft zeigen, wieviel plutokratisches Zeugs wir in Deutschland zu dulden haben. Hier liegt eine große Aufgabe und ich sage, der Staat steht über der Wirtschaft. Ich lasse mir da nicht mit großen Namen imponieren. Diesen Raum haben deutsche Soldaten mit dem Einsatz ihres Blutes erobert, dieser Raum wird von mir gehalten, treuhänderisch verwaltet und eines Tages den deutschen Soldaten zur Verfügung gestellt, wenn sie heimkehren können. Dieser mein Grundsatz gilt auch für Gesellschaften und mögen sie noch so großkotzig tun.

2.8.1943

Seien Sie überzeugt, meine Parteigenossen, daß es jetzt eine Bewährungsprobe unserer Bewegung gilt und gerade das Ereignis Italien muß Ihnen zeigen, wie verpflichtet wir sind, die wir die große germanische Bewegung gegenüber dem Judentum darstellen, den Kampf durchzuhalten. Wenn heute so mancher Spießer nach Italien schaut, so wird er auch entdecken, daß es nicht so einfach ist, den Faschismus zu beseitigen. Man wird sich dort nicht sagen können, jetzt haben wir wieder die alten Zustände, denn dort kommt nicht der König oder der alte Badoglio; hinter ihnen stehen die wirksamen Kräfte, die bereits versuchen, den Kommunismus ins Land zu bringen. Der Papst wird noch von ganz anderen Mächten umbrandet sein und er wird vielleicht einmal den Faschismus auf den Knien herbeisehnen.

Bei uns stehen die Dinge ganz klar. Einem, der sagt, was mag mit der NSDAP werden, können wir erwidern: die NSDAP wird den Juden bestimmt überleben. Hier haben wir mit dreieinhalb Millionen Juden begonnen, von ihnen sind nur noch wenige Arbeitskompanien vorhanden, alles andere ist - sagen wir einmal - ausgewandert.

Seien Sie überzeugt, meine Parteigenossen, und gehen Sie an Ihre Arbeit ins Reich zurück, denken Sie dabei an die Burg in Krakau, an diesen Saal, von dem aus die polnischen Könige durch Jahrhunderte hindurch ihre antideutsche Politik geführt haben. Von hier aus kann man weit ins Land sehen, das einmal ein Stück deutscher Heimat und nationalsozialistisches Gebiet werden wird.

(Großer Beifall)

Ein Reiseteilnehmer dankt dem Herrn Generalgouverneur für seine Worte.

18^{00} T e e - Empfang.

(Übernachtung auf der Burg)

IX/6

Krakau

Dienstag, den 3.August 1943

11[00] Besprechung mit Gouverneur Dr. Losacker

11[15] Besprechung mit Staatssekretär Boepple, Gouverneur Dr.Losacker, Präsident Emmerich und Ministerialrat Dr. Weh.

Ablauf

Gegenstand der Besprechung ist zunächst der der für den gleichen Nachmittag vorgesehenen Wirtschaftsführertagung.

Ministerialrat Dr.Weh legt dann einen Entwurf einer

Verordnung über die Organe des Reichsverteidigungskommissars für das Generalgouvernement.

Der Entwurf wird gemeinsam durchgesprochen und nach einigen Abänderungen durch den Herrn Generalgouverneur unterzeichnet.

Der letzte Punkt der Besprechung ist die Frage der Abschliessung eines Pachtvertrages mit der Karpathenöl-Gesellschaft durch die Regierung des Generalgouvernements.

Nach eingehender Aussprache verfügt der Herr Generalgouverneur folgendes:

1. Ich hebe hiermit das Verbot der Regierung des Generalgouvernements an den Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft, einen Pachtvertrag mit der Karpathenöl-A.G. abzuschliessen, auf.
2. Ich beauftrage den Präsidenten der Hauptabteilung Wirtschaft mit der Vorlage eines Pachtvertragsentwurfs mit der Karpathenöl-

Aktiengesellschaft unter Berücksichtigung aller bekannten Umstände (Feindkommissare, Regressansprüche, Ertragssteigerung der Erdölproduktion usw.)

3. Die Genehmigung des endgültigen Pachtvertrages behalte ich mir persönlich vor.

12^{10} Bankdirigent Paersch berichtet anhand von Statistiken und Tabellen über sein Arbeitsgebiet.

15^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Regierungsgebäude.

IV/9 16^{00} W i r t s c h a f t s t a g u n g im Großen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes.

Nach Eröffnung der Sitzung weist Staatssekretär Dr. Boepple einleitend darauf hin, daß vor 2 Monaten eine Tagung der Wirtschaftsführer stattgefunden habe. Damals habe der Herr Generalgouverneur die Absicht gehabt, vor den Wirtschaftsführern auf der Burg zu Krakau grundsätzliche Ausführungen zu machen. Im Anschluß an die Sitzung, die vor 2 Monaten stattgefunden habe, habe der Herr Generalgouverneur einen Ausschuß für die Versorgung der nichtdeutschen arbeitenden Bevölkerung des Generalgouvernements konstituiert, der inzwischen seine Arbeiten aufgenommen habe.

Die wesentlichen Ergebnisse der Arbeit dieses Ausschusses werden dann von den Präsidenten Dr. Emmerich, Naumann und Struve den Wirtschaftsführern mitgeteilt.

3.8.1943

Am Schlusse der Tagung ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Ich habe am 1. Juni die Sitzung, zu der wir uns damals vereinigt hatten, unterbrochen, weil ich den Eindruck hatte, daß es sehr unbefriedigend wäre, wenn als Ergebnis dieser Sitzung nur Planungen ins Land hinausgetragen würden. Ich habe damals aus der von mir sehr ernst genommenen Diskussion und dem Vortrag sehr ernster Gesichtspunkte eine so eindringliche Bestätigung unserer schon viele Monate vorher erwachsenen Beobachtungen entnommen, daß ich mich veranlaßt sah, diesen Ausschuß zusammen zu rufen, dessen Ergebnisse Ihnen heute im wesentlichen vorgetragen wurden.

Demnach möchte ich zunächst feststellen: Vom Standpunkt der Regierung des Generalgouvernements aus werden auf dem Gebiet der allgemeinen Lebensmittelversorgung der Gesamtbevölkerung des Generalgouvernements, auf dem Gebiete der Textilversorgung, der Schuhversorgung und der Versorgung mit täglichen Gebrauchsgütern aller Art ab 1.September 1943 so wesentlich neue Momente eintreten, daß meiner Auffassung nach angesichts der gesamten europäischen Situation, insbesondere auch der stets bedrohlicher ansteigenden Notsituation unseres eigenen deutschen Vaterlandes diese Regelung die stabile Grundlage für die kommende Entwicklung abgeben wird.

Sie können daher die heutige Sitzung durchaus mit dem beruhigenden,festen Bewußtsein verlassen, daß alle die Nöte und Sorgen, die Sie selber bisher in einem gewissen - sagen wir einmal - wilden Verfahren auszukämpfen hatten, in gemeinsamer Arbeit der staatlichen Dienststellen und der Dienststellen der Wirtschaft mit den

wirtschaftlichen Betrieben werden gelöst werden. Insbesondere möchte ich darauf hinweisen, daß diese Lösung dem Gesamtstatus der Bevölkerung des Generalgouvernements ergreift, daß wir allerdings in der Abstufung der Zuteilung dieser Gegenstände jenen Anreiz sichergestellt haben, der darin liegt, daß der im deutschen Interesse Arbeitende in jedem Fall mit seiner Familie besser gestellt wird als der in diesem Interesse nicht Arbeitende.

(Lebhafter Beifall)

Dieser Anreiz wird hauptsächlich, wie wir glauben und das vielleicht auch aus der psychologischen Erkenntnis des hiesigen Volkstums bestätigt finden, die Atmosphäre der Werbung für die Arbeit in deutschen Werken und im Deutschen Interesse in die Familien selbst übertragen; denn nunmehr wird die Hausfrau, werden die Mutter, die Schwester, die Tochter selber dafür sorgen, daß der in erster Linie für die gesamte Versorgungslage der Familie Maßgebliche in den deutschen Betrieb eintritt und damit die Gesamtversorgung aufbessert.

Ich habe keinen Zweifel, daß das, was hier besprochen wird, im wesentlichen geheim bleibt. Daher will ich Ihnen auch ganz offen die Zahl der Textilpunkte nennen. Ab 1.September 1943 werden 3o Millionen Textilpunkte im Gesamtrahmen des Textilversorgungsprogramms verteilt.

Lassen Sie mich am Schluß dieser Wirtschaftsführertagung, die sich infolge der Unterbrechung über 2 Monate hinweg erstreckte, einiges Ernsthafte von dem übermitteln, was mich als Chef dieses Landes in diesem Augenblick besonders bewegt.

Wir müssen bei unserem Gebiet immer wieder daran denken, daß das Fünf-Stadium der Entwicklung von eroberten Gebieten in ihren Beziehungen zu dem erobernden

3.8.1943

Land sich auch bei uns in vollem Umfange bemerkbar gemacht hat. Wenn Sie einmal die Kolonialgeschichte aller großen Weltreiche, die Geschichte der croberten Gebiete durch die Jahrhunderte hindurch ganz allgemein durchschauen, so werden Sie in fünf Stadien die Entwicklung vor allem der wirtschaftlichen Beziehungen von Mutterland zu neuem Gebiet feststellen können, vorausgesetzt, daß diese Eroberung auf militärischem Gebiet vor sich ging. Das erste Stadium ist die rein militärische, noch unter dem Einfluß der Kampfhandlungen mittelbar, äußerstenfalls gleich nachher stattfindenden Periode der Besitznahme. Das zweite Stadium ist dann die diese Besitznahmeperiode ablösende Beutezeit, wie ich sie nenne. Das dritte Stadium ist die Erkenntnis der Heimat, was man alles aus diesem neuen Land herausholen kann, mit der damit zusammenhängenden in jedem Fall bei allen Völkern, auch bei uns eintretenden psychologischen Reaktion der Heimat, daß man aus diesem plötzlich so überreich mit angeblich so unerschöpflichen Rohstoffen versehenen Gebiet durch Überforderungen herausholen kann, was nur irgend möglich ist. Das vierte Stadium ist der plötzlich mit Schrecken festgestellte Erkenntniszustand, daß dieses durch Überforderungen maßloser Art ausgeschöpfte Gebiet einer Schonungsperiode bedarf, die letzten Endes durch eine Normalisierung der Beziehungen abgelöst wird, die dann über weitere Zeiträume hinwegläuft.

Dieses fünffache Stadium der Entwicklung werden Sie bei den Spaniern, Engländern, Franzosen und auch bei den Deutschen feststellen. Das ist ein naturnotwendiger Vorgang und scheint überhaupt in den rationalen Status dieser Entwicklungen zu gehören. Wir haben die erste Periode in vollem Umfange hier miterlebt: die Zeit der militärischen Kampfhandlungen, die Wegnahme dessen, was man gerade brauchte, die Zerstörung dessen, was für Kriegshandlungen notwendig war usw..

3.8.1943

Die zweite Periode, die Beuteperiode, hat schätzungsweise bis in das Frühjahr des Jahres 194o hinein gedauert. Ich weiß nicht, ob Ihnen allen bekannt ist, wie sehr die Erwartungen aus diesem damals noch als besetzt geltenden Gebiet Generalgouvernement mir gegenüber zum Ausdruck gebracht wurden. Um Ihnen nur einiges davon in die Erinnerung zurückzurufen, möchte ich auf einige ganz markante Gesichtspunkte hinweisen. Im November und Dezember 1939, im Januar und Februar 194o wurde mir auferlegt, dieses Land völlig seiner Maschinen zu entkleiden, alle Fabrikbetriebe auszuschrotten, die allenfalls vorhandenen zweiten Gleise der Eisenbahn abzumontieren, die über eine Leitung hinausgehenden Telefon- und Telegraphenleitungen abzumontieren und dafür zu sorgen, daß die Telefonapparate nur noch für deutsche Dienststellen allein zur Verfügung stehen, daß der Straßenbahnbetrieb restlos eingestellt und der Eisenbahnbetrieb auf die Notwendigkeiten des deutschen Verkehrs allein zugespitzt wird. Daß unter solchen und weitesten Umfanges in die Tat umgesetzten programmatischen Gesichtspunkten diesem Lande eine Wunde geschlagen wurde, die wir heute noch nicht überwunden haben, ist klar. Damals zogen die Abmontierungskolonnen des Generals Bührmann durch das Land und holten weg, was sie irgendwie wegholen konnten. Schon nach wenigen Wochen konnten wir hier im Lande erkennen, daß es so nicht weitergehen darf. Etwa im Januar, Februar oder März 194o ist es mir geglückt, allerdings nur auf Grund des persönlichen Einschreitens des Führers selber, diesem Wahnsinn ein Ende zu bereiten.

Immerhin kam dann sofort die dritte Periode, und in dieser Periode standen wir etwa bis zum Beginn dieses Jahres. Ich nenne sie die Überforderungsperiode. Es kam der Druck auf das Generalgouvernement: wie in allen anderen besetzten Gebieten sah man im Generalgouvernement

einfach nichts anderes als den Ausweg für alle Nöte, die irgendwie in der Heimat auftreten sollten. Diese jedem vernünftigen Wirtschaftsprogramm zuwiederlaufende Überforderungstendenz mußten wir zunächst hinnehmen, sollte nicht gegen uns der Vorwurf erhoben werden, daß wir gegen das Reichsinteresse verstießen, daß wir irgendwelche Ansinnen von Reichszentralen nicht erfüllen würden. Dabei wurde immer wieder der berühmte Gesichtspunkt der Polenfreundlichkeit und der übersteigerten Schonung der an sich doch auszurottenden fremdvölkischen Bevölkerung in den Vordergrund gerückt, der Gesichtspunkt schonungslosen Vorgehens, das man mit aller Gewalt durchsetzen solle, - und wie alle die billigen Schlagworte lauteten.

Ich wünsche nun, daß diese Überforderungsperiode aber auch Ihnen, meine Herren, in einigen wenigen markanten Beispielen klargemacht werden soll. Man hat aus dem Generalgouvernement im Jahre 1942/43 74o ooo to Getreide im Reichsinteresse entnommen. Wir haben uns zu dieser geradezu jedes vorstellbare Maß überschreitenden Forderung damals bekannt. Ich sagte mir: ich bekomme erstens sonst keine Ruhe vor dem Reich, und zweitens kann ich niemals einen positiven Ansatz gewinnen, wenn mir immer wieder entgegengehalten werden könnte, daß das Generalgouvernement nicht bis an die absolut äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit gegangen ist. Allerdings habe ich damals zu dieser Überforderung und den damit zusammenhängenden Gesichtspunkten den maßgebenden Reichsinstanzen in einer eingehenden Denkschrift schon im September vorigen Jahres dargetan, daß, wenn ich diese Forderungen erfülle, ich spätestens im März 1943 vom Reich Maschinengewehre gebrauche, weil unter dem Einfluß dieses Hungerexports das Volk hier einfach aufgewiegelt wird.

3.8.1943

Diese Überforderungspolitik wurde in allen Sektoren fortgesetzt. Man verlangte von mir einen Wehrbetrag von 3 Milliarden Zloty. Ich soll die gesamte Wehrmacht im Lande aus den eigenen Mitteln dieses Staates bezahlen. Man verlangt von mir Arbeiterkontingente, die jedes vorstellbare Maß überschreiten. Wir haben bereits 1,3 Mill. Arbeiter ins Reich abgeliefert. Weitere 5o ooo für Bergbau geeignete Arbeiter sollen wir noch in diesem Jahre ins Reich schicken. Darüber hinaus wurde erst vor wenigen Tagen wieder der dringende Appell vom Reich an uns gerichtet, wir sollen zwei Jahrgänge der gesamten Bevölkerung, Männer und Frauen, nämlich die Jahrgänge 1922/23, sofort mit Gewalt einziehen und als Arbeiter und Arbeiterinnen ins Reich abführen.

Meine Herren, ich könnte Ihnen viele Beispiele von der Überforderung und von der merkwürdigen Erwartung bringen, daß alles das, was im Reich nicht mehr aus eigener Kraft geschafft werden oder aus anderen Gebieten nicht geholt werden kann, ohne weiteres im Generalgouvernement möglich werde. Diese Anschauung führte eben zu dem, was ich das vierte Stadium nenne, was ich einfach schlechterdings nenne eine gewisse ganz kurzfristige Schonung dieses Gebietes, auf daß es sich einigermaßen wieder erholen kann, und daß es überhaupt erst einmal zu dem kommt, was ich als fünftes nannte, nämlich zur Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Reich und dem Generalgouvernement.

Meine Herren, Sie müssen sich einmal klar machen, daß demnach Ihre Existenz als Wirtschaftsrepräsentanten in diesem Lande ursprünglich nach den Planungen für dieses Gebiet gar nicht vorgesehen war. Damals sagte man: das Generalgouvernement soll der Misthaufen sein, auf dem wir die Polacken aus dem Reich ablagern - der Ausdruck wurde wortwörtlich gebraucht -, es soll einfach etwas Brot und Getreide liefern, im übrigen aber

hauptsächlich Arbeiter und Arbeiter und Arbeiter. Dann kam die berühmte Theorie von dem Preisgefälle und dem Lohngefälle im Osten, alles Dinge, die wir in ihrer Unmöglichkeit längst erkannt haben.

Wenn ich Ihnen das heute so ganz offen darlege, so geschieht es, weil ich nun zum erstenmal auch weiß, daß in den maßgeblichen Reichszentralen, mit denen wir zu tun haben, insbesondere in den letzten Wochen und vor allem auf Grund einer ganz eingehenden Besprechung, die mit dem Führer zu haben ich die Ehre hatte, eine Wandlung eintreten wird. Freilich ist diese Wandlung zum besseren, insbesondere etwa die Durchsetzung der neuen Nahrungsrichtlinien für die Bevölkerung von der furchtbaren Belastung getragen, daß neue Forderungen auf völlig unerwarteten Gebieten aus der Notlage des Reiches heraus an uns herangetreten sind und herangetragen werden. Ich erinnere nur daran, daß das große Problem der Industrieverlagerung in das Generalgouvernement uns in den nächsten Wochen und Monaten außerordentlich beschäftigen wird. Allgemein gesagt kommt es immer wieder darauf an, ob man eine Kuh melken oder schlachten will. Diese wichtige Frage muß immer wieder ausgetragen werden. Jeder legt sie sich nach seinem gusto aus. Die einen sagen: was geht uns irgendwie schon eine Zukunft des Generalgouvernements an, + wir brauchen jetzt das und das. Ich habe auf meinem Tisch schon Fernschreiben mit den dringendsten Ersuchen gehagelt bekommen, sofort, unverzüglich, wenn irgend möglich, 15o ooo Pferde mit vollen Gespannen und den Wagen sofort an die Ukraine zu liefern. Solche Blitzforderungen kommen. Am Anfang bin ich bei solchen Fernschreiben immer noch ein bißchen zusammengezuckt; jetzt berühren sie mich nicht mehr; denn ich weiß, daß man mit Patienten milde umgehen muß.

(Heiterkeit)

3.8.1943

Meine Herren, was Sie in Ihren einzelnen Betrieben durchgemacht, das haben auch der Generalgouverneur und seine Regierung für das ganze Land durchgemacht. Selbstverständlich lagert über alledem, was ich einen periodischen Aufbau nennen möchte, ein Moment, mit dem niemand rechnen konnte, nämlich die ungewöhnlich lange Dauer des Krieges und vor allem die ungeheure Erschwerung der kriegswirtschaftlichen Faktoren auf allen Gebieten. Freilich ist das Generalgouvernement dabei notwendigerweise eine geschlossene Einheit. Sie kennen den von mir immer wieder vertretenen Grundsatz der Einheit von Führung und Verwaltung in diesem Raum. Ich werde in Zukunft an diesem Grundsatz mit umso größerer Wucht festhalten müssen, als die Gegensätzlichkeit der Auffassungen der einzelnen Reichszentralen in Forderungen und Planungen oft ein kaum mehr vorstellbares Maß erreicht. Wir müssen daher die Geschlossenheit dieser Maschine Generalgouvernement, die im Dienste des Reiches und des Sieges steht, unter allen Umständen erhalten, schon deshalb, weil diese Selbständigkeit ja für das Reich die einzige Entlastung darstellt. Denn es wäre für das Reich unendlich viel schwieriger, dieses Gebiet so, wie das jetzt geschieht, in den Dienst des Kampfes zu stellen, wenn wir Reichsgau wären. So aber tragen wir die eigene Verantwortung für Währung, Staat, Verwaltung, Führung, Nahrung, Kleidung und müssen uns daher auch in dieser Einheit weiterhin bewähren. Sie, meine Herren Wirtschaftsführer und Vertreter der Wirtschaft, werden ja nun aus der heutigen Sitzung - ich hoffe es wenigstens, - mit dem Empfinden gehen, daß die Tagung, die wir jetzt abgehalten haben, von großem Nutzen war. Für mich war sie deshalb von Nutzen, weil sie mir persönlich doch den Eindruck vermittelt hat, daß in Ihnen Männer hier im Generalgouvernement vorhanden sind, auf deren Anwesenheit, Wirken

und auch

3.8.1943

Sicherheit die Regierung des Generalgouvernements ihr ganzes Augenmerk und alle ihre fördernde Aufmerksamkeit zu lenken hat. Ich werde Ihnen in Zukunft in jeder nur erdenklichen Weise beistehen, und Sie können sich darauf verlassen, daß auch für mich die Fortsetzung der Normalisierungstendenz in den Beziehungen zwischen Reich und Generalgouvernement eine hohe Aufgabe bedeutet.

Wir haben vor allem die Vorstellung zu bekämpfen, daß wir Kolonie sind. Wir sind keine Kolonie, wir sind auch kein besetztes Gebiet. Dieser letztere Ausdruck wird ja vor allem immer wieder angewendet. Wir sind es nicht mehr; denn seit dem 1.Juli 194o ist das Generalgouvernement kraft Entscheidung des Führers ein eigenes Gebilde unter dem Titel "Nebenland des Großdeutschen Reiches". Daraus ergibt sich, daß hier alle Tendenzen bekämpft werden müssen, die, auf die Dauer gesehen, die wirtschaftliche Kraft dieses Gebietes zum Nachteil des Reiches stören. Ich betone: auf die Dauer gesehen -; denn so, wie die Dinge im Osten, Westen, Norden und Süden liegen, rückt das Generalgouvernement immer mehr in die Position eines Herzstückes der großdeutschen Macht auf. Wir sind dazu berufen, ein stolzes und starkes Zentralgebilde des großdeutschen Lebens und der Macht des Führers zu sein. Daher kann und darf unter keinen Umständen mit einer Fortsetzung früherer Tendenzen aus der Besitznahmeperiode, aus der Beutezeit, aus der Überforderungsperiode die Gesundhaltung dieses Gebietes gestört werden. Dazu gehört, wie Sie wissen, auch, daß die Exekutivorgane des Staates Generalgouvernement so vorgehen, daß ihr Handeln mit dem Willen und dem Notwendigkeiten dieses Raumes in Einklang gebracht wird. Auf Grund meiner Rücksprache mit dem Reichsführer SS Himmler sind nunmehr die wesentlichen Voraussetzungen dafür geschaffen. Die Polizei und SS in diesem Lande wird keine andere Tendenz

kennen als jene, die Arbeit der Regierung zu unterstützen und zu fördern. Was bei andersartigem Verhalten herauskommt, sieht man an den Vorgängen im Distrikt Lublin, wo durch meines Erachtens völlig unzulängliche Maßnahmen in Gestalt einer plötzlichen Aussiedlung von Tausenden von Menschen eine gewaltige Unruhe hineingetragen wurde.

(Lebhafter Beifall)

Im Zusammenhang damit muß der Notwendigkeit Rechnung getragen werden, daß die Autorität der Regierung dieses Raumes von jedermann vertreten wird. Meine persönliche Rücksprache, die ich gestern mit dem Sonderbeauftragten des Reichsführers SS Himmler Herrn von dem Bach-Zelewski hatte, wird zur Folge haben, daß diese Maßnahme sofort zurückgenommen wird. Alles, was hier geschehen kann, wird geschehen, vor allem mit Hilfe des neuberufenen SS- und Polizeiführers im Distrikt Lublin, der jetzt unverzüglich dieses schwere Erbe antreten wird.

Sie können sich daher auch dieser Regierungsinstanzen bedienen. Sie sollen Vertrauen zur Führung dieses Raumes haben. Mancher ist hier mit den gesamten Vorurteilen aus der Verleumdungsepoche des Generalgouvernements hereingekommen. Damals sagte man: in diesem Land herrscht Korruption, herrscht wilder Rummel, herrscht Gewinnstreben usw.. Das hat sich dann binnen kurzem gewandelt; man hat erkannt, daß hier eine Handvoll deutscher Männer einen furchtbaren Kampf unter der schwersten Aufgabe führen, die der Führer in diesem Kriege gestellt hat. Daher ist auch die Autorität dieses Raumes nicht durch Sprüche und Liedersingen zu beweisen, sondern sie ist nur durch die einzig dastehende Leistung beweisbar, die dieser Raum bis jetzt schon im Dienste des Reiches erbracht hat. Wir wollen sehen, was andere Gebiete leisten. Ich kann nur feststellen, daß die Realpolitik, wie ich sie treibe, daß vor allem mein unermüdliches Bemühen von Erfolg gekrönt ist, mit dem Irrwahn aufzuräumen, als könne man mitten in einem furchtbaren Kriegsgeschehen durch unmenschliche Behandlung unterworfener Völker diese Völker gegen uns aufwühlen, statt

kennen als jene, die Arbeit der Regierung zu unterstützen und zu fördern. Was bei andersartigem Verhalten herauskommt, sieht man an den Vorgängen im Distrikt Lublin, wo durch meines Erachtens völlig unzulängliche Maßnahmen in Gestalt einer plötzlichen Aussiedlung von Tausenden von Menschen eine gewaltige Unruhe hineingetragen wurde.

(Lebhafter Beifall)

Im Zusammenhang damit muß der Notwendigkeit Rechnung getragen werden, daß die Autorität der Regierung dieses Raumes von jedermann vertreten wird. Meine persönliche Rücksprache, die ich gestern mit dem Sonderbeauftragten des Reichsführers SS Himmler Herrn von dem Bach-Zelewski hatte, wird zur Folge haben, daß diese Maßnahme sofort zurückgenommen wird. Alles, was hier geschehen kann, wird geschehen, vor allem mit Hilfe des neuberufenen SS- und Polizeiführers im Distrikt Lublin, der jetzt unverzüglich dieses schwere Erbe antreten wird.

Sie können sich daher auch dieser Regierungsinstanzen bedienen. Sie sollen Vertrauen zur Führung dieses Raumes haben. Mancher ist hier mit den gesamten Vorurteilen aus der Verleumdungsepoche des Generalgouvernements hereingekommen. Damals sagte man: in diesem Land herrscht Korruption, herrscht wilder Rummel, herrscht Gewinnstreben usw.. Das hat sich dann binnen kurzem gewandelt; man hat erkannt, daß hier eine Handvoll deutscher Männer einen furchtbaren Kampf unter der schwersten Aufgabe führen, die der Führer in diesem Kriege gestellt hat. Daher ist auch die Autorität dieses Raumes nicht durch Sprüche und Liedersingen zu beweisen, sondern sie ist nur durch die einzig dastehende Leistung beweisbar, die dieser Raum bis jetzt schon im Dienste des Reiches erbracht hat. Wir wollen sehen, was andere Gebiete leisten. Ich kann nur feststellen, daß die Realpolitik, wie ich sie treibe, daß vor allem mein unermüdliches Bemühen von Erfolg gekrönt ist, mit dem Irrwahn aufzuräumen, als könne man mitten in einem furchtbaren Kriegsgeschehen durch unmenschliche Behandlung unterworfener Völker diese Völker gegen uns aufwühlen, statt

sie loyal in unseren Dienst zu stellen. Ich freue mich, daß das Steuer jetzt herumgeworfen wird.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens dieses Raumes gilt der Grundsatz, daß er keinen eigenen Zweck hat, sondern ausschließlich dazu bestimmt ist, dem Reich zu dienen. Dieser Raum wird zweitens gerade auf Grund seiner Zweckbestimmung mit eigenen Vollmachten geführt. Ein wildes, blindes Hineinregieren in diesen Raum kann von keiner Stelle geduldet werden. Ich unterstehe nur dem Führer, und wir sind somit als Generalgouvernement des Führers eigenstes Land. Wo irgendwie Vollmachten erteilt werden, die das Generalgouvernement miteinbeziehen, besagt das nichts anderes, als daß das Generalgouvernement auf diesem Gebiet mit seinen Behörden mit besonderem Nachdruck der betreffenden Reichsinstanz zur gemeinsamen einvernehmlichen Arbeit auf diesem besonderen Vollmachtsektor sich verpflichtet fühlt. Eine Weisung von Dienststellen außerhalb des Generalgouvernements an Dienststellen im Generalgouvernement gibt es nicht.

Das Ziel der Wirtschaft in diesem Raum ist daher die Aufrechterhaltung der Nutzkraft des Gebietes in allen Sektoren, - Aufrechterhaltung der Nutzkraft, nicht momentane Ausbeutung, nicht vorübergehendes Gewinnhaschen, sondern ein klares sich darauf Einrichten, daß der Krieg nicht nächsten Monat zu Ende geht, vielleicht auch im nächsten Jahre noch nicht beendet ist, daß wir uns daher für viele Jahre auf die schwersten Bedingungen einzustellen haben.

Damit im Zusammenhang steht die Intensivierung der Daueranlagen dieses Gebietes. Man kann hier nicht bloß erscheinen, schnell wirtschaftliche Gewinne einstreichen wollen,um dann wieder zu verschwinden, sondern, wer hier erscheint, muß sich, nach den notwendigen Regelungen, Verordnungen und Gesetzen sich richtend, auf eine Dauerexistenz in diesem Lande einstellen.

3.8.1943

Weiter muß dafür gesorgt werden, daß die loyale Behandlung der loyalen, anständigen in unserem Gebiet unter Hungerbedingungen bis jetzt arbeitenden Bevölkerung, ohne die wir in diesem Raum wirtschaftlich wie staatlich in jedem Augenblick verloren wären, auch dazu führt, die kommende europäische Führung des Großdeutschen Reiches auch für die Polen als ein erstrebenswertes Ziel erscheinen zu lassen. Dazu gehört, daß diese Bevölkerung in ihrer Gesundheit, Nahrung, Kleidung, aber auch in gewissen Ausstrahlungen ihrer völkischen Kultur den Schutz findet, der sich mit dem deutschen Interesse vereinbaren läßt. Weiter hat unter der Sicherung des Staatsapparates dieses Nebenlandes für die Rechtsordnung und vor allem auch für die Währung alles zu geschehen.

Diese Form der allgemeinen äußeren Umstände verträgt sich nun auf keinen Fall mit einem - sagen wir einmal - Wirtschaftsdenken früherer Perioden. Ich verlange von Ihnen, daß Sie den Sieg des Reiches in jedem Fall mit Leidenschaft höherstellen als den Gewinn Ihres Betriebes. Manchmal wird im Reich die Meinung vertreten, daß man im Osten angesichts des Warenmangels, angesichts der billigen Art der Behandlung der arbeitenden Bevölkerung und angesichts des Rückstandes der sozialen Betreuung usw. oft auf mühelosere Weise zu Gewinnen kommen könne, als dieses im Reich der Fall ist. Dieses Land gehört aber in erster Linie dem ganzen deutschen Volk, das es durch Hingabe seiner besten Söhne erobert hat. Ich werde daher auch als Nationalsozialist überalle da, wo ich solche Rückstände aus früheren plutokratischen oder kommerziell übersteigerten Erwägungen, aus Aktien-, Kursdifferenz-Politiken und ähnlichem wittere, gegen jeden Konzern genau so auftreten; denn der Staat steht über der Wirtschaft, und die Ordnung und die Sicherheit dieses Gebietes bedeuten mehr als

alles wirtschaftliche Geschehen. Die Wirtschaft würde ja ohnedies zusammenbrechen, wenn Deutschland je den Krieg verlieren sollte. Ich weiß, daß hier das stolze Bemühen herrscht, diesen Grundsätzen zu entsprechen.

Ich erwarte mir daher von den Wirtschaftsführern eine Wirtschaftskameradschaft, eine Kameradschaft unter Ihnen, die sich nicht nach irgendwelchen Konkurrenzgründen aufspaltet, sondern die lediglich von dem kameradschaftlichen Bewußtsein gemeinsamer Leistung im Dienste unseres Führers und seines Reiches getragen wird. Die Initiative, die Planung, die Gesamtordnung der Wirtschaft können in diesem Raume nicht aus Eigenem bestimmt werden; sie gehen von den gigantischen Bedürfnissen unseres Reiches, unseres Vaterlandes aus. Was dieser Eigenraum zu seinem Leben und zur Aufrechterhaltung dessen, was ich vorhin die Nutzkraft nannte, braucht, das haben wir erkämpft und werden wir in zunehmendem Maße im Interesse des Reiches weiter erkämpfen.

Ich bitte Sie, meine Herren, sich immer dessen bewußt zu sein, daß Sie genau so wie die Soldaten an der Front die schwere Aufgabe haben, mit dem Einsatz Ihrer Person sich in den Dienst der großen Sache zu stellen.

Vor allem möchte ich Sie aber dringendst bitten, meine Herren Wirtschaftsführer, nachdem nunmehr die Regierung des Generalgouvernements alles irgendwie nur Erdenkliche getan und vorbereitet hat, um den auch von Ihnen mir vorgetragenen Wünschen zu entsprechen, daß Sie selber nun bei sich zur möglichsten Einhaltung der Grundsätze einer sauberen Betriebsführung dadurch beitragen, daß Sie jede Form von zusätzlichen Zuwendungen einstellen. Ich selber werde für die staatlichen Betriebe einschließlich der Monopolverwaltung rücksichtslos darauf dringen, daß gerade die staatlichen Betriebe hier vorbildlich sind.

(Lebhafter Beifall)

3.8.1943

Meine Herren, Sie können sich darauf verlassen, daß das Generalgouvernement, als Einrichtung nun im vierten Jahr stehend, sich auch Ihrer Leistung mit Dank und Anerkennung stets erinnert. Ich brauche es nicht nochmals zu betonen, möchte aber diesen Dank Ihnen allen, Ihren Mitarbeitern, allen Arbeitern, auch den polnischen, ukrainischen und sonstigen Arbeitern aussprechen. Der Dank gebührt Ihnen; denn Sie haben unter den denkbar schwierigsten Umständen die Leistungen vollbracht, die es allein ermöglichten, das Gebiet wirtschaftlich in den Dienst des Reiches zu stellen.

Lassen Sie mich zum Schluß noch etwas Ernstes sagen. Das großdeutsche Vaterland hat in diesem Krieg schon schwere Stunden erlebt. Wiederum lagert über unsrm Volk schwere Sorge. Zwar zeigt sich der großartige Heldenmut unserer Soldaten in vollem sieghaftem Durchstehen aller Angriffe, - und was es bedeutet, daß der deutsche Soldat es fertiggebracht hat, gegen Hunderte von massierten Divisionen der Sowjetunion, die mit dem modernsten Kriegsmaterial überreich ausgestattet sind, so zu bestehen wie unsere Ostfront, das wird einmal die Kriegsgeschichte lehren. Es ist ein stolzes und herrliches Gefühl, ein Deutscher dieser Zeit zu sein. Das politische Geschehen im Weltenraum, gekennzeichnet in diesem Augenblick durch den Sturz Mussolinis, verpflichtet uns Deutsche, insbesondere uns in den neuen Gebieten, die wir nur wenige sind und Millionen eines Fremdvolkes gegenüberstehen, zu umso härterer und geschlossenerer Treue zum Führer und seinen kämpfenden Heeren. Aber im Reich - das wissen Sie selber - schreitet die Not unserer durch die maßlosen Terrorangriffe bombardierten Städte fort. In dem Augenblick, in dem wir hier zusammensitzen, durcheilen Tausende und Abertausende deutscher Menschen mit ihren Familien und dem letzten zusammengerafften Hab und Gut die deutschen Strecken und Straßen. Wie Sie wissen, hat der Gauleiter von Berlin Dr. Goebbels vorgestern die Evakuierung Berlins von Frauen und Kindern

verfügt. Sie erkennen daraus, mit welch' ungeheurem Ernst die gegenwärtige Lage angesehen werden muß, einem Ernst, der allerdings in sich das Bewußtsein trägt, daß ihm der Sieg wird. Wir werden den Kampf gegen die Sowjetunion bestehen, den Kampf auch gegen den Terror der Juden in der Welt; denn wir haben die große geschlossene völkische Kraft in weltgeschichtlich einmaliger Weise organisiert. Wenn jemals die Bedeutung einer politischen Bewegung klargelegt wurde, dann in diesem Augenblick: was die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei für die Geschlossenheit der inneren Front unseres Volkes bedeutet, wird in diesen Tagen klar. Stelle sich jeder Gegner einmal vor, was jetzt aus dem deutschen Volk werden würde, wenn es wiederum in die Hände jüdischer Politikaster und marxistisch-kommunistischer Bandenführer fiele wie damals im November 1918.

Ungebrochen in seinem Siegesglauben geht uns der Führer voran. Er hat die wichtige Institution der Reichsverteidigungskommissare geschaffen. Da die Not der Zeit zwingt, daß sich auch das Generalgouvernement in diesem Kriegsgeschehen immer mehr auf die völlige Organisierung und Durchformung seiner Kräfte besinnt, habe ich auf Grund meiner Berufung zum Reichsverteidigungskommissar des Generalgouvernements mit Wirkung ab heute den Verteidigungsausschuß und den Kriegswirtschaftsstab des Generalgouvernements gebildet, und zwar in entsprechender Anwendung der vor wenigen Tagen im Reich vollzogenen letzten Ausführungsbestimmungen über die Bildung des Kriegswirtschaftsstabes, der unter meiner persönlichen Führung in meiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar stehen wird; diesem Kriegswirtschaftsstab werden die maßgeblichen Stellen

des

Generalgouvernements auf dem Gebiete der Wirtschaft, der Verwaltung usw. angehören. Aus dieser Einrichtung mögen Sie erkennen, wie sehr wir nunmehr darauf bedacht sein werden, jede irgendwie von den Kriegsnotwendigkeiten abweichende Wirtschaftstendenz in diesem Raum zu fassen und damit die Schlagkraft der Wirtschaft des Generalgouvernements im Dienste des Krieges zu erhöhen. Ich habe nicht nur als Generalgouverneur, sondern auch als Reichsverteidigungskommissar diese Pflicht dem Führer gegenüber übernommen. Er hat mir die Generalvollmacht für diesen Raum erteilt. Sie, meine Herren Wirtschaftsführer und Wirtschaftsträger dieses Raumes, seien von mir kameradschaftlich aufgerufen, sich diesem großen Werke so wie bisher verschrieben zu halten. Kehren Sie in Ihre Betriebe zurück, führen Sie sie so wie bisher und sorgen Sie dafür, daß die neu ergriffenen Maßnahmen Ihre Belegschaft mit neuer Kraft erfüllen. Halten Sie den engsten Kontakt mit den Dienststellen der Regierung. Dann werden wir gemeinsam das Generalgouvernement zur höchsten Form der Fortsetzung der Leistung im Dienste des Führers und des Sieges bringen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Mit dem von Staatssekretär Dr. Boepple auf den Führer ausgebrachten Sieg-Heil wird die Sitzung geschlossen.

17^{35} Schluß der Wirtschaftsführertagung.

3.8.1943

17[40] Besprechung mit Generaldirektor Große von der Karpaten-Öl-AG. in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Präsidenten Dr. Emmerich.

18[00] Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Generalleutnant der Polizei Becker im Dienstgebäude des B.d.O..

18[30] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

19[00] Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

Dortselbst hat der Herr Generalgouverneur Besprechungen mit Präsident Bauder und dem Generalsekretär der Internationalen Rechtskammer Dr. Pfeiffer.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf)

IX/6 Mittwoch, den 4.8.1943 Krakau

11[00] Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11[45] Der Herr Generalgouverneur empfängt Professor Kubijowitsch in Anwesenheit des Gouverneurs Dr. Losacker, des Leiters der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge Weyrauch und des Pressechefs Gassner.

Professor Kubijowitsch berichtet, dass die Kolbakbande im Distrikt Galizien grosse Unruhe ausgelöst habe und dass durch ihr unbehindertes Umherziehen die deutsche Verwaltung einen starken Autoritätsverlust bei der Bevölkerung erlitten habe. In den Gemeinden und Orten, die die Kolbakbande durchzogen habe, seien von ihm ukrainische Versammlungen abgehalten und die Bevölkerung von ihm einigermassen beruhigt worden.

Im Distrikt Lublin würden die Polen viele Ukrainer, die anlässlich der letzten Polizeiaktion in die von den Polen evakuierten Siedlungsgebiete gelegt worden seien, aus Verärgerung über die deutschen Massnahmen umbringen. Man solle daher diese Ukrainer wieder herausnehmen und in geschlossenen ukrainischen Siedlungsgebieten unterbringen, da nur so die Sicherheit für diese Ukrainer gewährleistet sei.

im Kreis Hrubieschow habe die begonnene Aussiedlung von ukrainischen Sammelgemeinden zwecks Unterbringung von volksdeutschen Siedlern grosse Beunruhigung hervorgerufen. Die noch nicht ausgesiedelten ukrainischen Bauern weigerten sich, zu arbeiten und die Ernte einzubringen, da sie ihre baldige Aussiedlung befürchteten.

4.8.1943

Professor Kubijowitsch ging dann auf die Verhältnisse in Wolhynien und im Reichskommissariat Ukraine ein. Dort herrschten katastrophale Verhältnisse und die Bevölkerung sei weitgehend gegen die deutsche Verwaltung eingestellt, weil man ihr weggenommen habe, was ihr unter der Bolschewikenherrschaft Positives belassen worden sei. Die deutsche Verwaltung habe ihr zum Beispiel das ganze bolschewistische Schulwesen, das an sich gut gewesen sei, weggenommen. Die Bevölkerung habe keine Möglichkeit einer schulischen Ausbildung, da keinerlei Schulen existierten. Ausserdem habe man sie tatsächlich wie Vieh behandelt. Die dort eingesetzten Deutschen stellten schlechtestes Menschenmaterial dar und diese Tatsache würde auf die Bevölkerung sehr ungünstig wirken. Die Agrarreform des Reichsministers Rosenberg sei eine Angelegenheit, die nur auf dem Papier stehe, in Wirklichkeit würden die Kolchose der Bolschewiken von den Deutschen fortgesetzt.

Im Generalkommissariat Weissruthenien lägen die Verhältnisse weitaus günstiger, weil dort die Bevölkerung die Möglichkeit voller kultureller Betätigung wie zum Beispiel Schulen, ukrainische Vereine, Jugendorganisationen usw. habe.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, dass das System der polizeilichen Stützpunkte für das Generalgouvernement als das richtige erkannt worden sei und die Dislocierung der Polizeikräfte auf das ganze Land durchgeführt werde. Er habe auch erreicht, dass polizeiliche Grossaktionen nicht mehr durchgeführt würden, da sie nur Fehlschläge brächten. Die Befehlsgewalt über die Polizei liege nunmehr in den Händen der Regierung, und es sei die Gewähr dafür gegeben,

4.8.1943

dass polizeiliche Willküraktionen nicht mehr stattfänden. Präsident Losacker möge Professor Kubijowitsch bereits jetzt die neuen ab 1.September in Kraft tretenden Rationssätze bekanntgeben.

Professor Kubijowitsch habe mit dem ukrainischen Hilfsausschuss grossartig gearbeitet und er gedenke in Dankbarkeit der Leistungen. Wenn die Kolbakangelegenheit erledigt, die Lubliner Angelegenheit einigermassen bereinigt und die Aufteilung der Polizei auf das Land durchgeführt seien, dann könne man von einer grossen Bereinigung sprechen. Gouverneur Dr.Wächter und Gouverneur Dr.Wendler hätten grosses Verständnis für die ukrainischen Belange.

Dr.Wendler käme am nächsten Tage nach Krakau, und es würde sich dann Gelegenheit geben, in Anwesenheit des Professors Kubijowitsch die Lubliner Wünsche zu besprechen und Wege für ihre Erfüllung zu suchen.

Für den Oktober dieses Jahres plane er die Abhaltung eines grossen ukrainischen Erntefestes auf der Burg. Ebenso werde er zum vierten Jahrestag des Generalgouvernements erstmalig Vertreter der Ukraine zur Festsitzung laden lassen.

Professor Kubijowitsch möge seine Landsleute immer wieder darauf hinweisen, dass man im vierten Kriegsjahr stehe und dass auch das deutsche Volk furchtbare Opfer bringen müsse.

11[30] Der Herr Generalgouverneur bespricht mit Staatssekretär Dr. Boepple, Gouverneur Dr. Losacker und Ministerialrat Dr.Weh laufende Regierungsgeschäfte.

4.8.1943

11[45] Der Herr Generalgouverneur empfängt in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple Präsident Dr. Eißfeldt und höhere Forstbeamte der Hauptabteilung Forsten sowie die Leiter der Abteilung Forsten in den Distrikten im Königssaal der Burg.

Präsident Dr. Eißfeldt spricht eingangs dem Herrn Generalgouverneur seinen Dank für den Empfang seiner ersten Mitarbeiter aus und erstattet anschliessend Bericht über die derzeitigen Lage.

Die Waldfläche des Generalgouvernements betrage 3 Millionen Hektar, die Zahl der in der Holz- und Forstwirtschaft tätigen polnischen und ukrainischen Beamten betrage lo ooo, die der Arbeiter 8o ooo. Mit insgesamt 2oo Deutschen Forstbeamten und Angestellten werde der Betrieb aufrecht erhalten. Daneben seien noch 7oo Sägewerke zu betreuen. Die Haltung der nichtdeutschen Beamten und Angestellten könne er als äußerst loyal bezeichnen. In den Fachschulen in Lemberg würde Nachwuchs herangebildet. Der Haushalt zeige sich nicht so günstig, wie man das erwarten könnte, da die Holzpreise im Gegensatz zu anderen Artikeln sehr niedrig lägen.

Die Forstwirtschaft werde vom Krieg am meisten betroffen und es müsse auch im Generalgouvernement an den Beständen Raubbau getrieben werden. Die Kulturen habe man im normalen Umfange durchführen können, während eine zusätzliche Aufforstung nicht in Angriff genommen werden könne. Zur Zeit sei vielleicht nur ein fünfzigjähriger Umtrieb möglich, während das Normale ein einhundertjähriger wäre. Die Nebennutzung, wie Harz-, Torf- und Kohlengewinnung sei gut entwickelt. In der Verbesserung der Waldwege könne man während des Krieges wenig tun, jedoch seien mehrere Waldbahnen ausgebaut und verlängert worden.

4.8.1943

Große Sorgen bereiteten die Arbeiter- und Transportfragen und über ihnen stünde das große Gespenst der Sicherheitslage. Der im Holzbeschaffungsplan 1942/43 vorgesehene Einschlag sei zu 91 % erledigt, während die Abfuhr erst zu 5o % durchgeführt sei. Im weiteren Osten liege die Holzwirtschaft weitgehend still. Die kriegsmäßige Regelung auf dem Gebiete der Jagd werde weiter beibehalten, so daß vorerst Verpachtungen nicht in Frage kämen. Der Hasenbestand könne als sehr günstig, der der Rehböcke als gut bezeichnet werden. Auch lebten noch ca. 5o bis 6o Bären, deren Abschuß verboten sei. Naturschutz und forstliche Planung seien kriegsmäßig beschränkt. Das Forstschutzkommando habe sich hervorragend bewährt und sei hauptsächlich als Werkschutz eingesetzt. Seine Zahl sei aber zu gering. Immerhin habe man mit ihm die Abfuhr des Holzes einigermaßen in Gang halten können. Zum Werkschutz würden jetzt auch mehrere bewährte Nichtdeutsche herangezogen.

Die Forstverwaltung werde auch in Zukunft alles tun, um die in sie gesetzten Erwartungen, die infolge des Krieges äußerst hoch gestellt seien, zu erfüllen, und er danke dem Herrn Generalgouverneur und der Regierung des Generalgouvernements für die jederzeit hervorragende Unterstützung.

Oberlandforstmeister Mann berichtet anschließend über die Holzwirtschaft. Im Jahre 1943 müßten für die Ostbahn 1,3 Millionen Schwellen geliefert werden.

Getreidelagerschuppen für die Hauptabteilung E. u. L. würden sehr viel Holz beanspruchen. Auch in den weiteren Osten müsse das Generalgouvernement Holz zur Erstellung von Lokomotivschuppen, Wasserständern usw. liefern. Innerhalb von 8 Tagen habe man einmal nach

dem Operationsgebiet zur Überwindung der Schlammperiode lo ooo schwere Schwellen liefern müssen. Brückenbauten am Dnjepr, Donez und am Don seien mit Holz aus dem Generalgouvernement erstellt worden. Ein großes Panjewagen-Programm sehe die Fertigung von 38o ooo Stück für die Wehrmacht vor. Weiter würden eine Menge finnischer Hütten für die Truppe geliefert. Die gesamte Produktion des Generalgouvernements an Sperrholz sei dafür von der Wehrmacht beschlagnahmt. Die Anforderungen für die Herstellung von Heeresgerät, Unterkunftsgerät, Munitionspackgefäße usw. gingen ins unermeßliche. Das Generalgouvernement liefere auch Eichenstarkholz für die U-Boot-Bunker, für die ital. Flugzeugindustrie Worochtaholz (etwa 6- bis 8 ooo cbm).

Bei der sog. Kupferaktion habe man allein in diesem Jahr 8o ooo Stück großer Masten zur Verfügung stellen müssen, dazu eine Menge Zwischen- und Nebenmasten. Die großen Verbandsleitungen im Generalgouvernement hätten alle auf Doppelholzmasten verlegt werden müssen. Seit 1939 liefere man auch durchschnittlich 75o ooo Festmeter Grubenholz nach Oberschlesien. Weiter würden am Rande des Generalgouvernements im Reichsgebiet liegende Papierfabriken mit Papierholz versorgt, auch etwa loo ooo Festmeter. Die großen Werke im Generalgouvernement benötigten jährlich 45oooo Festmeter Faserholz.

Zu diesen rein holzmäßigen Verwendungszwecken träten nach der Parole des Führers "Die flüssigen Kraftstoffe für die Wehrmacht, die festen für zivile Zwecke" noch andere aus der Kriegswirtschaft nicht mehr weg zu denkende. Im Generalgouvernement liefen bereits 2 ooo Generatoren, und ihre Versorgung mit Holz bereite größte Schwierigkeiten.

4.8.1943

Die Weiterverarbeitung von Holzzellulose zu Pulver und Spinnstoffen spiele ebenfalls eine große Rolle. Neuerdings liefe ein Projekt der Holzverzukkerung zu Futtermelasse. Seit neuestem müsse das Generalgouvernement auch sämtliche Holzstoffe für seine Gerbung selbst aufbringen. Nur mit Hilfe des Holzbeschaffungsplanes 1942/43 sei es gelungen, die vielen Anforderungen zu erfüllen.

Der Holzabfuhr stünden aber ungeheure Schwierigkeiten im Wege. Ein großer Teil der Pferde werde von der Wehrmacht laufend eingezogen. Die motorisierte Abfuhr sei nur auf guten Wegen möglich und auf Langstrecken rationell. Trotzdem habe man es mit Hilfe eines mit Unterstützung der Monopole und der Hauptabteilung Wirtschaft eingerichteten Prämiensystems fertig gebracht, bis jetzt 65 % des Einschlages aus dem Wald an die Werke heranzuschaffen. Zusätzlich habe man von dem Rückstand der Vorjahre in Höhe von 2,5 Mill. Festmetern noch weitere 2 Mill. abfahren können.

Gerade auf dem holzwirtschaftlichen Sektor sei die Sicherheitslage ein sehr schwerwiegendes Moment. Zur Zeit seien etwa 60 Großbetriebe total zerstört. Für die noch im Betrieb befindlichen Sägewerke stelle sich der vorhandenem Schutz als ungenügend dar, so daß mit einem noch größerem Ausfall gerechnet werden müsse. In Lublin sei von den Partisanen ein großer Teil von Flugzeugkiefern verbrannt worden. Jetzt müsse man eine große Menge Schwelbuchen aus den Karpaten liefern, deren Einschlag an eine gewisse Jahreszeit gebunden sei. - Er müsse auch des anerkennenswerten Einsatzes der deutschen Forstleute gedenken.

4.8.1943

Oberforstmeister Elste-Radom berichtet über den Distrikt Radom. Der Distrikt Radom sei mit 550 000 Hektar neben dem Distrikt Galizien der waldreichste des Generalgouvernements. Die Hälfte davon liege in den Händen des Staates. Der Privatwald sei schon vor dem Kriege von seinen Besitzern so stark beansprucht worden, daß Altholzbestände kaum vorhanden seien.

Aus den 42 % Staatswald werde die Umlage an Nadelstammholz mit 7o % befriedigt. Die Bewaldung des Distriktes sei von dem Idealzustand - ein Drittel Wald und zwei Drittel Feld - erheblich entfernt. Inrechnungtragung dieser Tatsache gehe man schon jetzt daran, in gemeinsamer Arbeit mit der Hauptabteilung E.u.L. alle Gebiete auszuscheiden, die sich für forstliche Nutzung besser eigneten als für die landwirtschaftliche. Nach dem Krieg werde man dann sofort mit den Aufforstungsarbeiten beginnen.

Die dem Distrikt auferlegte Holzumlage betrage etwa 9oo ooo Festmeter Rundholz und 3oo ooo Festmeter Brennholz. Mit der Erarbeitung dieser Menge seien 3o ooo Arbeiter beschäftigt, in der Weiterverarbeitung ständen weitere 1o ooo. Im Distrikt gäbe es 11o Sägewerke, davon 5 große staatliche Betriebe und 28 andere holzwirtschaftliche Betriebe, in denen das Holz für die unmittelbaren Front-und Kriegsbedürfnisse verarbeitet würde. 4o deutsche Kräfte hätten die Leitung. Keines der anderen Gebiete liefere mehr Holz als das Generalgouvernement.

Nach dem Stand vom 1.Juli betrage der Einschlag im Distrikt 95 % und die Abfuhr 81 %. Das Nachhinken in der Abfuhr liege im ständigen Rückgang der Arbeiterzahl, im Rückgang des Pferdebestandes, in der trostlosen Ernährungslage der Arbeiter und nicht zuletzt in der allgemeinen Unsicherheit. Bei Berücksichtigung aller dieser Schwierigkeiten müsse die bisherige Leistung als sehr befriedigend angesehen werden.

4.8.1943

Diese Leistung habe nur erzielt werden können mit einem wirklich ausserordentlichen Einsatz besonders der deutschen Holzbeamten und Forstwirtschaftler, die weitab auf einsamsten Posten ihre Tätigkeit ausüben müssen. Die Lage der nichtdeutschen Forstbeamten und Forstarbeiter sei äusserst schwer: seit mehr als einem Jahr müssten sie in ständiger Furcht vor den Banditen leben und arbeiten, fast die letzte Kuh sei ihnen aus dem Stall geholt und von deutscher Seite verlange man von ihnen noch aktive Beteiligung an der Banditenbekämpfung. Trotz alledem hätten sie - und das gelte für die überwiegende Mehrheit - loyal an der Erfüllung mitgearbeitet. Sie verdienten täglich, die Basis 1:2 zugrundegelegt, 4 bis 6 Zloty. Seine Ernährung und die seiner Familie seien damit unmöglich, da er seinen Lebensunterhalt zum grössten Teil auf dem Schleichhandelswege decken müsse.

Befriedigende Ergebnisse könne er über die Nebennutzungen berichten, besonders auf dem Gebiete der Harzgewinnung. Im Distrikt Radom liege vielleicht die grösste Harzdestillationsanlage Europas und hier betrage die gewonnene Harzmenge trotz aller Schwierigkeiten - Vertreibung der Arbeiter durch Banditen, Verbrennung beachtlicher Mengen von Rohharz durch Banditen - 14 % mehr als die des Vorjahres. Es wäre eine Lust, mit den polnischen Kräften auf Grund der erlassenen vorzüglichen Anordnungen zu arbeiten, wenn alle diese Zerstörungen und Schwierigkeiten nicht wären.

Zwei Voraussetzungen seien vor allem notwendig, wenn man die Arbeit im bisherigen Umfange aufrecht erhalten wolle: das Erste sei eine ausreichende Ernährung der Arbeiters und seiner Familie. Bis jetzt müsse ein Arbeiter 2 bis 3 Tage in der Woche von der Arbeit fernbleiben, um auf illegalen Wege seinen und seiner Familie Unterhalt sicherzustellen.

4.8.1943

Das Zweite sei eine Besserung der allgemeinen Sicherheit die sich heute auf dem forstlichen Sektor folgendermassen beurteilen lasse. Trotz einer polizeilichen Verstärkung sei im Distrikt Radom während der letzten 6 bis 8 Wochen keine Besserung eingetreten, im Gegenteil, es mache sich eine Verschlechterung in Gestalt von Übergriffen in den bisher verschont gebliebenen westlichen Gebieten bemerkbar. Die Polizei könne zwar Erfolge durch die Erschiessung von Banditen melden, aber für jeden Erschossenen würden zwei neue auftreten. Im Distrikt Radom hätten 900 Überfälle stattgefunden, bei denen 32 Forstbeamte getötet und 28 Verletzungen erlitten. Wenn man diese Zahl auf die im Distrikt vorhandenen 1100 Hegereien und Förstereien umrechne, so seien etwa 80 % aller forstlichen Dienstgehöfte ausgeraubt und ausgeplündert worden und dabei wertvollstes Aktenmaterial verloren gegangen. Ein tatkräftiges Durchgreifen der polnischen Forstbeamten im Walde sei unmöglich, da diese binnen kurzem dafür die Quittung in Form von Anschlägen auf ihr Leben erhalten würden. 32 Sägewerke und holzwirtschaftliche Betriebe seien durch Brand oder Beschädigung ausser Betrieb gesetzt worden. In den meisten Fällen scheitere ihre Wiederinstandsetzung und Wiederinbetriebnahme an dem Fehlen des notwendigen Polizeischutzes, da sie ja dann stark bewacht werden müssten.

Immer wieder kämen auch Verhaftungen von polnischen Forstbeamten und Holzwirtschaftlern vor, ohne dass die deutsche Forstverwaltung davon verständigt würde. Eine Auskunft über das Warum und Weshalb gelinge nie; die verhaftende Stelle frage auch nie an, was der Verhaftete bisher im deutschen Interesse geleistet habe. Er könne sich denken, dass eine vierjährige positive Arbeit in deutschen Diensten bei

einer vielleicht geringfügigen Verfehlung Berücksichtigung finden müsse; aber darum kümmere sich niemand. Die Lage müsse als wesentlich verschlechtert bezeichnet werden.

Man stehe im letzten Viertel des Holzbeschaffungsplanes 1942/43 . Wenn nicht besondere Umstände eintreten, hoffe man, im Distrikt Lublin die auferlegten Leistungen erfüllen zu können. Für das neue Forstwirtschaftsjahr, das am 1.Oktober beginne, könnten die Vorzeichen als nicht günstig angesehen werden. Es sei aber ganz klar, dass sich die deutschen Männer sowie bisher wieder restlos einsetzen würden. Soweit die polnischen Kräfte, auf deren Mitarbeit man nicht verzichten könne und die an sich auch mitarbeiten wollten, noch mitarbeiten könnten, werde im wesentlichen von der Erfüllung der vorner genannten Punkte abhängen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, wie es mit der Holzlage im Reich bestellt sei, erklärt Präsident Eißfeldt, dass der Einschlag mit Hilfe der zur Verfügung stehenden Kriegsgefangenen als einigermassen gut zu bezeichnen sei, während in der Abfuhr die gleichen Schwierigkeiten wie im Generalgouvernement vorhanden seien. Ein Plus habe das Reich aber darin dem Generalgouvernement voraus, und zwar die Sicherheit in den Wäldern.- Die Auflage des Reiches an das Generalgouvernement habe bisher keine Erhöhung erfahren. Zusatzlieferungen, die der Holzwirtschaft des Generalgouvernements durch die geplante Industrieverlagerung entstehen würden, müssten vom Ablieferungskontingent an das Reich abgesetzt werden.

9a

4.8.1943

Zum Schluss der kurzen Berichterstattung über die Lage auf dem Gebiete der Holz- und Forstwirtschaft des Generalgouvernements spricht der Herr Generalgouverneur Präsident Eißfeldt und seinen Mitarbeitern seinen ganz besonderen Dank und seine besondere Anerkennung für die wirklich hervorragende jahrelange Leistung aus, die sie im Dienste des Führers und des Reiches auf dem gesamten Gebiet der Holz- und Forstwirtschaft vollbracht haben. Es sei weiss Gott ein Wunder, wenn man die Zahl der Lieferungen höre und auf der anderen Seite die unermesslichen Schwierigkeiten vernehme, was hier geleistet worden sei, wenn man weiter bedenke, dass die Zahl der Deutschen in der Forstwirtschaft kaum 1/1000 der Beschäftigten betrage. Diese Leistung sei geradezu staunenswert und erfreue sich, dass das Generalgouvernement auch auf diesem Gebiet an der Spitze der Leistungen aller besetzten Gebiete liege. Die Leistung der deutschen Forstbeamten im Generalgouvernement müsse damit als eines der Fundamente des Ansehens des Generalgouvernements im Reich angesehen werden.

Mit diesem Dank und dieser Anerkennung verbinde er auch seinen Dank an die vielen polnischen Hilfspersonen. Er freue sich ganz besonders, dass gerade diese Kreise mit besonderer Loyalität ihre Pflicht erfüllten. Das Gelöbnis weiterer getreuester Pflichterfüllung nehme er mit grosser Dankbarkeit entgegen. In trauriger Wehmut gedenke er der gefallenen Kameraden in den Reihen der Forstbeamten und Forstarbeiter. Der Forstmann im Generalgouvernement stehe auf einem der einsamsten Posten und sei daher auch einer der tapfersten Pioniere der deutschen Arbeit in diesem Raum. Alle seien einsam auf sich gestellt und

10 a

4.8.1943

müssten, um ihrer Pflicht nachzukommen, in die tiefsten Schlupfwinkel des Raumes eindringen und seien damit grossen Gefahren ausgesetzt.

Zu den geäusserten Sorgen und Nöten glaube er doch viel Beruhigendes sagen zu können. Zwar würden angesichts der sehr schwierigen Weltlage in den kommenden Monaten die Schwierigkeiten noch ansteigen, aber im weiteren Ablauf der Ereignisse - und man stünde hier ganz zweifellos vor gewaltigen Durchbrüchen - würden die Polen doch eines Tages erkennen, dass der Krieg nicht die Entwicklung nehme, die die englische Propaganda in die Welt posaune. Entscheidend seien sicher auch die positiven Dinge.

Im Jahre 1939 habe die deutsche Verwaltung hier ein vollkommenes Chaos übernommen, ein völlig zerstörtes Land, eine zerstörte Verwaltung und ein zerstörtes Volk. In den nun vergangenen 4 Jahren sei nun ein Aufbau vollzogen worden, der allein es ermöglicht habe, dieses Gebiet in seiner Nutzkraft zu intensivieren und seine Leistungspotenz völlig in den Dienst des Reiches zu stellen. Wenn man bedenke, dass das Generalgouvernement im vorigen Jahr mit der Lieferung von 760 000 Tonnen Getreide an das Reich eine Rekordleistung von grösster Einmaligkeit vollbracht habe, dass es bis jetzt 1,3 Millionen Arbeiter der stets offenen arbeitspolitischen Wunde des Reiches zur Verfügung gestellt habe, dass die Transportleistung dieses Gebietes für die Ostfront fast ohne wesentliche Sabotage durchgeführt werden könne, dass es geglückt sei, Hunderttausende einheimischer Kräfte in den Dienst der Rüstungsindustrie zu stellen, so überrasche nicht, dass das Generalgouvernement nun auf Grund dieser Leistungen nach Überwindung der Hetzkampagne, die jetzt völlig umgeschlagen sei, im Reich immer mehr zu

lla

4.8.1943

Wort komme.

Er wolle auch in diesem vertraulichen Kreise Einiges über den polizeilichen Betrieb in diesem Lande sagen. Allen Anwesenden sei seine Anschauung vom Staat sicher bekannt. Auf Grund der Generalvollmacht des Führers habe er sich bemüht, unter allen Umständen eine einheitliche Führung dieses Raumes sicherzustellen. Die Führung der SS und Polizei habe hiergegen ganz ostentativ und systematisch vom Anfang an verstossen. Sie habe diese seine Einstellung nicht anerkennen wollen und er habe deshalb im Generalgouvernement einen lang andauernden Kampf zwischen Staatsautorität und Staat im Staate ausfechten müssen. Vom Reich habe er dabei keinerlei Unterstützung erfahren. Es sei für ihn und für alle Mitglieder der Regierung schwer gewesen, auf der einen Seite positiv aufzubauen und auf der anderen Seite miterleben zu müssen, wie völlig negativ jedes loyale Ansatzmomment der fruchtbaren Arbeit dieses Raumes durch sinnlose Gewaltaktionen zerstört worden sei. Am 9.Mai ds.Js. habe er darüber mit dem Führer eine eingehende Aussprache gehabt und daraufhin habe eine sensationelle Entwicklung begonnen. Die Zweigleisigkeit der deutschen Führung in diesem Raum sei schon so weit gegangen, dass nur noch die Frage offen geblieben sei, ob von einer einheitlichen Führung dieses Raumes geredet werden könne oder ob sich der Generalgouverneur zurückziehe und diesen Raum allein der Polizei überlasse. Dieser Kampf sei zu seinen Gunsten entschieden und ebenso hätten sich seine Anschauungen über die gesamte Behandlung der Fremdvölker durchgesetzt. Die Meinung, dass man ein Volk gleichzeitig totschlagen und in den Dienst des Krieges stellen könne, sei Wahnsinn, sei aber mit

Methode durchgeführt worden. Hier habe mitgeholfen, dass die Gesamtentwicklung in diesem Raum gezeigt habe, dass der hier von der Regierung immer wieder vertretene Kurs der entschlossenen loyalen Zusammenarbeit mit der loyalen Bevölkerung nicht zu jenen sensationellen Ergebnissen negativster Art geführt habe, wie sie in den anderen Gebieten, in denen sich der Gewaltkurs restlos durchgesetzt habe, eingetreten seien. Die Wahrheit habe in diesem Falle einen triumphierenden Sieg davongetragen. Die Leistungsergebnisse des bisher Erreichten hätten das Generalgouvernement in allen Bereichen relativ und in vielen Bereichen absolut an die Spitze der Gesamtleistung des seit 1939 zum Altreich geschlagenen Gebietes geführt.

Es müsse auch die Forstbeamten mit grosser Genugtuung erfüllen, dass sich dadurch die absolute Richtigkeit der Methode des Generalgouvernements bewiesen habe. Er habe mit Reichsführer SS Himmler alle Probleme auf polizeilichem Gebiet mit rücksichtsloser Offenheit besprochen. Er habe erklärt,"Gewaltpolitik in Ehren, treiben Sie Gewaltpolitik, aber dann setzen Sie in jedes Dorf 200 bewaffnete Männer, wie das die Sowjets bei ihrer Gewaltpolitik machen". Hier aber Gewaltpolitik treiben, die Polen ausrotten wollen, verfolgen, schikanieren, massenweise nach Auschwitz abführen und das Land sicherungsmässig entblössen, das heisst den Deutschen morden in diesem Raum. Und das sei auch eingetreten.

Leider habe man im Reich oft nicht die richtige Vorstellung von dem, was die deutschen Forstbeamten hier in den einsamen Waldungen leisten müssten. Er wisse es aber und auch der Führer wisse es und auch der Reichsforstmeister wisse es.

4.8.1943

Er werde darum alles in seiner Kraft stehende tun, um sie in ihrer schweren Arbeit zu unterstützen. Die Fragen Sicherheit, Benachrichtigung bei Verhaftungen, Information darüber würden durch das neue Polizeisystem restlos geklärt und Präsident Eißfeldt möge sich deswegen mit dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD ins Benehmen setzen.

Der SS-und Polizeiführer in Lublin Globocnik würde jetzt unter dem Druck seiner Argumente von Reichsführer SS abberufen und ein ruhiger Mann werde seine Stelle einnehmen. Er sei in Zukunft nicht mehr gewillt, auf diesem Gebiete nachzugeben und habe mit Reichsführer SS Himmler die Voraussetzungen für eine Besserung der Verhältnisse geschaffen. Das Nebeneinander, ja Gegeneinander zwischen Regierung und Polizei werde völlig abgebaut, äusserer Ausdruck dafür sei die Verordnung, die am 15.Juli im Verordnungsblatt erschienen sei. Die Sicherheit dieses Gebietes werde demnach nicht mehr mit polizeilichen Gewaltaktionen zu gewährleisten versucht, die Aktion in Lublin werde die letzte Grossaktion gewesen sein. Er habe erst am Tage vorher mit dem Vertreter des Reichsführers SS, SS-Obergruppenführer von dem Bach vereinbart, dass künftig von polizeilichen Grossaktionen jeder Art Abstand genommen werde, dass dafür eine völlige Dislocierung der Polizeikräfte bis hinunter in kleine Stützpunkte eingeführt werde. Auf diese Weise werde dann überall die deutsche Staatsautorität in Erscheinung treten. Auch die Wehrmacht sei aufgerufen, mitzuwirken, und zweifellos werde es im Laufe der Zeit gelingen, das Sicherheitselement wieder in die Hand zu bekommen. Zur Zeit stelle ein amtlicher sowjetrussischer General Kolbak mit einer grossen Bande unsere Polizei-

14 a

4.8.1943

divisionen in Galizien vor schwerste Aufgaben. Nach seiner Liquidierung werde die Dislocierung der Polizeikräfte in beschleunigten Masse durchgeführt, die völlige Einstellung des polizeilichen Gewaltkurses vorgenommen, die sinnlosen Verhaftungswellen der sogenannten Kollektivjustiz nicht mehr vorgenommen. So hoffe man dann, das Land wieder voll in die Hand zu bekommen.

In Anbetracht der Situation im Reich, wo deutsche Menschen ungeheuer viel zu erdulden haben, dürfe man aber bei Betrachtung der Dinge im Generalgouvernement auch nicht wehleidig werden. Die Polen würden das deutsche Volk vielleicht noch schlimmer behandelt haben.

Auf dem Gebiete der Ernährung sei es gelungen, für die nichtdeutsche Bevölkerung dieses Raumes ab 1.September ds.Js. neue Sätze einzuführen. Er habe beim Reich einigermassen Verständnis für die unbedingte Notwendigkeit dieser Neuregelung gefunden. Präsident Eißfeldt möge die neuen Rationssätze bereits jetzt seinen Herren bekanntgeben. Sie bedeuteten eine erhebliche Besserung der Lebensverhältnisse der fremden Bevölkerung und seien seines Erachtens geeignet, zu einer grossen Bereinigung der Gesamtsituation zu führen. Durch eine Staffelung der einzelnen Rationssätze habe man auch einen gewissen Anreiz geschaffen, dass die Polen willig in deutsche Dienste träten. Die Nichtdeutschen in der Holz- und Forstwirtschaft würden für sich und ihre Familien mit dem erzielten Lohn auch das notwendige an Lebensmitteln kaufen können.

Er wünsche den Forstbeamten für die Fortsetzung ihrer Arbeit das Beste und verspreche, alles zu tun, was in seiner Macht stehe, um ihnen zu helfen.

4.8.1943

13^{15} Besprechung mit SS-Oberführer Bierkamp, Präsident Ohlenbusch, Hauptabschnittsleiter Stahl und den Bereichsleitern Ollesch und Kobusch.

SS-Oberführer Bierkamp meldet die Tatsache, dass an den Grenzübergängen des Generalgouvernements immer mehr Bombengeschädigte aus Hamburg und Evakuierte aus Berlin einträfen, die ins Generalgouvernement weiterfahren wollten. Er habe nun mit einem Fernschreiben in Berlin folgende Vorschläge unterbreitet: das Generalgouvernement werde diejenigen, die hier Verwandte oder Bekannte hätten und eine Unterkunft finden könnten, in sein Gebiet einreisen lassen. Ferngehalten werden müssten diejenigen, die wahllos hereinströmten.

Er werde an die sieben Grenzübergänge des Generalgouvernements Beamte der Sicherheitspolizei schicken, die, ohne bürokratisch zu sein, die Papiere der Flüchtlinge prüfen würden und gleichzeitig die Feststellungen über den Tätigkeitsort der Verwandten oder Bekannten dieser Flüchtlinge treffen würden. Auf Grund der vorhandenen Papiere und der mündlichen Angaben würde von ihnen eine Bescheinigung ausgestellt, die dann die Unterlage für spätere genaue Überprüfungen abgeben sollte. Zur Vermeidung von aufregenden Szenen an der Grenze - die entstehen könnten, wenn Leute zurückgewiesen werden müssten - müsse dort eine Betreuung durch die Partei einsetzen und vor allem Lebensmittel bereit gestellt werden. Für alle diese Aufgaben würden von ihm vernünftige Beamte ausgesucht.

Der Herr Generalgouverneur müsse sich mit den Gauleitern der Grenzgaue in Verbindung setzen, um zu vermeiden, dass die von der Einreise ins General-

gouvernement ausgeschlossenen Personen auch in den Grenzgauen ohne Aufnahme blieben und an die Patengaue weitergeschickt würden. Des weiteren müssten die Zollgrenzbeamten und die Ostbahndirektionen Anweisungen erhalten. Auch die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge müsse zwecks Ergreifung von Betreuungsmassnahmen für die ins Generalgouvernement Einreisenden herangezogen werden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, dass es die Pflicht des Generalgouvernements sei, die Obdachlosen und die Evakuierten äusserst menschlich und grosszügig zu behandeln. Trotzdem aber müsse man Schritte ergreifen, um das Hereinströmen unsauberer Elemente in das Generalgouvernement zu verhindern. Wichtig dabei sei, dass die Massnahmen unter einer einheitlichen Führung stünden und in gemeinsamer Arbeit und im besten Einvernehmen vonstatten gingen. Er rufe daher alle Beteiligten zu engster Zusammenarbeit auf, um dieses Problems Herr zu werden.

Parteigenosse Ollesch berichtet, dass die Partei an den Grenzbahnhöfen bereits für diese Zwecke einen Bahnhofsdienst organisiert habe. Nunmehr müsse das Generalgouvernement auch, wie das im Reich der Fall sei, eine Verordnung über "Räumungsunterhalt" erlassen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Pg.Ollesch, sofort in Verbindung mit dem Amt für Gesetzgebung eine solche Verordnung zu entwerfen und ihm vorzulegen. Auf Antrag des SS-Oberführers Bierkamp spricht er sich auch für eine Betreuung derjenigen aus, die an den Grenzbahnhöfen wieder zurückgewiesen werden müssten. Das wilde Hereinfluten von Menschenmassen könne nicht verantwortet werden.

4.8.1943

SS-Oberführer Bierkamp weist darauf hin, dass man die Arbeiter der zerschlagenen Ölraffinerien in Hamburg gut bei der Karpathenöl-A.G. einsetzen könne, wenn man dort noch beschäftigte Juden aussiedle.

Pg.Ollesch hält die Errichtung von Baracken für unerlässlich notwendig und will sich im Auftrage des Herrn Generalgouverneurs sofort mit Präsident Bauder in Verbindung setzen. Ebenso wird er beauftragt, sich zwecks Zurverfügungstellung von Lebensmitteln und Textilien mit den massgeblichen Stellen zu beraten.

Der Herr Generalgouverneur fasst abschliessend zusammen: Das Generalgouvernement dürfe in dieser Angelegenheit keinen unmenschlichen Eindruck erwecken und müsse wie auf den anderen Gebieten auch hier vorbildliche Betreuungsmassnahmen einleiten. Auch die Wehrmacht werde mithelfen müssen. Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei schicke an die sämtlichen an der Grenze zwischen Reich und Generalgouvernement liegenden Stationen Sonderbeamte, die dort im unbürokratisch einfachen Verfahren Ausweise für die Einreise in das Generalgouvernement ausstellen würden. An der Grenze werde die Partei Verpflegsstationen einrichten sowohl für die ins Generalgouvernement Einreisenden und die ins Reich Zurückkehrenden. Innerhalb des Generalgouvernements würden nur Leute mit der Einreisegenehmigung des SD betreut. Die Ostbahn müsse von allen Massnahmen unterrichtet werden, damit sie Verständnis für Zugverspätungen usw. zeige. An den grössen Bahnhöfen im Reich müssten Anschläge gemacht werden, in denen die Bedingungen für eine Einreisegenehmigung ins Generalgouvernement

4.8.1943

(bereits dort befindliche Verwandte und Bekannte) dargelegt seien. Die Überprüfung der provisorischen Ausweise werde dann im Laufe der Zeit in aller Ruhe stattfinden müssen.-

Hauptabschnittsleiter Stahl bringt bei dieser Besprechung den Vorschlag zur Kenntnis, die am Parteitag vorgesehene Grosskundgebung aus Sicherheitsgründen zeitlich vor den Vorbeimarsch auf dem Adolf-Hitler-Platz zu verlegen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden und spricht sich dafür aus, alle Veranstaltungen möglichst überschaubar zu legen, damit alles Menschenmögliche getan werden könne, um die Sicherheit der Teilnehmer zu gewährleisten.

13^{15} M i t t a g e s s e n.

Anwesenheitsliste

für die Arbeitsbesprechung (Forstliche Angelegenheiten)

am 4.August 1943

im Königssaal der Burg zu Krakau

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Dr. Boepple		
Gmeiner	Oberstm.	Abt Forsten
Herbst	Forstmeister	Abt. Forsten Lublin
Leibbrand	Landforstmeister	Abt. Forsten Radom
Mann	Oberlandforstmeister	Hauptabt. Forsten
Lorenz	Landforstmeister	Kommandeur der Forstschutzkommando Gen. HA Forsten
Zwirner	Inspekteur	
Spielhagen	Oberforstmeister	HA. Forsten
Essen	" "	Forstbetriebsleitung Radom
Bunk	" "	Abt. Forsten Lemberg
Zimmer	" "	" " Krakau

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Fischer	Feldwebel	HA Forst

4.8.1943

15^{15} Besprechung mit Regierungsdirektor Dr. Albert, Korvettenkapitän Dr. Stahl vom Stabe des Reichsführers SS Himmler und Rittmeister von Palleske in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Regierungsdirektor Dr. Albert berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß von seiten des Vierjahresplans Anfang Juli 1943 die Forderung einer Erhöhung der Anbaufläche für Koxagys von 5 ooo ha im Jahre 1943 auf 25 ooo ha gestellt worden sei. Die Größe der Anbaufläche sei für 1943 auf 5 ooo ha vereinbart worden. Der Anbau sei auch erfolgt, habe aber zum erheblichen Teil infolge mangels an Arbeitskräften kein gutes Ergebnis erbracht. Die 5 ooo ha Anbaufläche seien auf verschiedene Liegenschaftsbetriebe verteilt worden. Er habe nun dem Rittmeister von Palleske bereits am 3o. Juni, also noch vor dem Eingehen der Forderung des Vierjahresplans mitteilen müssen, daß im Jahre 1944 nicht mehr als 7 5oo ha insgesamt mit Koxagys angebaut werden könnten. Die Festlegung der Fläche von 7 5oo ha ergebe sich aus der Anbauplanung für 1944. Die Anbauplanung lasse sich nicht beliebig gestalten, sondern hier spielten manche Momente eine Rolle. Die Fruchtfolge in den einzelnen Betrieben lasse es z.B. nicht zu, bestimmte Sonderkontingente von Kulturen in größerem Maßstab anzubauen. Er habe auch Rittmeister von Palleske gegenüber auf die Notwendigkeit hingewiesen, Dünger für diese Sonderleistung bereitzustellen. Er habe nun eine eingehende Besprechung mit Korvettenkapitän Dr. Stahl über diese Frage gehabt und sich außerstande gesehen, dem Wunsche auf Erweiterung der Anbaufläche für Koxagys auf insgesamt 22 ooo ha zu entsprechen, und habe nur den Anbau einer Fläche von 2 5oo ha plus den bisherigen 5 ooo ha für 1944 zusagen können. Diese 2 5oo ha

müßten auf kleinere Betriebe verteilt werden, weil die Aufnahmefähigkeit der größeren polnischen Betriebe schon erschöpft sei. Im übrigen müsse man jetzt dazu übergehen, anstelle der zum Teil angewendeten Untersaat - Vermischung von Koxagys mit Gerste - zur Reinsaat überzugehen. Daraus ergebe sich, daß das Generalgouvernement 7 5oo ha Ackerland ausschließlich für diesen Zweck zur Verfügung stellen müsse.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Korvettenkapitän Dr. Stahl, daß vom Reichswirtschaftsministerium eine Erweiterung der Anbaufläche für Koxagys als unbedingt notwendig angesehen werde, vor allem deshalb, weil die Industrie auf diesen Zusatz für die Verarbeitung des Kautschuks nicht verzichten könne. Der Herr Generalgouverneur verweist demgegenüber auf die großen Belastungen, die dem Generalgouvernement nach wie vor ohne Rücksicht auf seine Leistungsfähigkeit auferlegt würden. Nun sollten wieder 7 5oo ha fruchtbarsten Landes zur Verfügung gestellt werden, ohne daß deswegen das dem Generalgouvernement auferlegte Kontingent eine Minderung erfahre. Dazu kämen die mancherlei anderen Schwierigkeiten, mit denen man im Generalgouvernement zu kämpfen habe. Hier spiele vor allem die Sicherheitsfrage eine ausschlaggebende Rolle, die für den fruchtbaren Distrikt Lublin von besonderer Bedeutung sei. Jedenfalls könne das, was dem Generalgouvernement an Getreideproduktion verlorengehe, nicht einseitig vom Generalgouvernement getragen werden. Er müsse deshalb verlangen, daß dasjenige, was dem Reich zur Verfügung gestellt werde, dem Generalgouvernement in Anrechnung gebracht werde.

4.8.1943

Regierungsdirektor Dr. Albert führt weiter aus, daß die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft auch noch andere Sorgen bewegten. So brauche man für die Pflege des Koxagys, eine Hackfrucht, Hackgeräte, für deren Herstellung etwa 3o to Eisen benötigt würden, die das Generalgouvernement nicht liefern könne. Das gleiche gelte für die Beschaffung von Düngemitteln, vor allem von Phosphorsäure. Weiter müsse für die Herstellung von Glashäusern zur Aufziehung der jungen Pflanzen Sorge getragen werden. Alles das seien Fragen, von deren Lösung die von ihm gegebene Zusage auch noch abhär ge. Das Generalgouvernement könne sich ja auch nicht restlos der letzten Möglichkeiten entäußern, die ihm für andere Produktionszweige gegeben seien.

Rittmeister von Palleske weist darauf hin, daß im Jahre 1943 2oo to Superphosphate, 8oo to hochwertiges Kali und 45o to Stickstoff vom Reich geliefert worden seien.

Regierungsdirektor Dr. Albert erklärt, daß die Hauptabteilung E.u.L. gegenüber der Forderung einer Anbaufläche von 2o ooo ha, an der das Reich nach Aussage des Korvettenkapitäns Dr. Stahl festhalten zu müssen glaube, nach reiflicher Prüfung der Lage nur 7 5oo ha zur Verfügung stellen könne. Angesichts der Notwendigkeit einer systematischen Arbeit im Generalgouvernement und angesichts dessen, daß jeder Betrieb mit den großen Forderungen in Einklang gebracht werden müsse, seien bereits genaue Planungen für das Anbauprogramm des Jahres 1944 gemacht worden.

Abschließend weist der Herr Generalgouverneur nochmals auf die großen Schwierigkeiten hin, mit denen das Generalgouvernement auf allen wirtschaftlichen Gebieten zu kämpfen habe, und ersucht Regierungsdirektor Dr. Albert, zusammen mit Korvettenkapitän Dr.Stahl

4.8.1943

und Rittmeister von Palleske das in Frage stehende Problem einer nochmaligen gründlichen Prüfung zu unterziehen.

17^{00} Besprechung mit Präsident Dr. Losacker.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Krakau

Donnerstag, den 5.August 1943

8^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Rabka. In der Begleitung des Herrn Generalgouverneurs befindet sich Hauptbannführer Förschle.

9^{15} Ankunft in R a b k a .

Dort besichtigt der Herr Generalgouverneur 2 Hitlerjugend-Lager, ein Lager der Oberklasse einer Mädchenschule aus Kuxhaven und ein Lager des Jungvolkes.

Weiter besichtigt der Herr Generalgouverneur das Baugelände der projektierten K.L.V.-Großsiedlung für 4 ooo Kinder.

Auf der Kurparkwiese bringen Angehörige des Jungvolkes Ausschnitte aus dem Lagerleben, Gesänge, Tänze und Kampfspiele zur Aufführung.

Der Herr Generalgouverneur richtet am Schluß der Besichtigung eine Ansprache an das Jungvolk, in der er darauf hinweist, daß auch die Kinder in der heutigen Zeit schon Opfer bringen müßten und ein schweres Schicksal auf ihnen liege. Wie dem aber auch sei und welche Nöte und Sorgen noch kommen würden, für das deutsche Volk gelte es jetzt unter allen Umständen durchzuhalten. Für die Kinder werde im Generalgouvernement gut gesorgt werden, wie das das Beispiel dieses Lagers zeige. Das Generalgouvernement könne dankbar dafür sein, daß die Jugend in die rauhe Arbeit des Tages den Sonnenstrahl des Lachens und der Fröhlichkeit hineingebracht habe. Er wünsche den Kindern, daß sie baldmöglichst erholt und neu gestärkt in die Heimatstädte zurückkehren könnten, wenn der Friede gekommen sei.

5.8.1943

11[30] Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Krakau.

12[45] Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

12[50] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Dr. Losacker.

Der Herr Generalgouverneur berichtet von den Eindrücken, die er bei dem Besuch zweier Hitlerjugend-Lager in Rabka gewonnen hat.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekrekretär Dr. Boepple, dem neuernannten Wehrmachtskommandanten der Stadt Krakau Generalleutnant Oppenländer zu eröffnen, daß der Titel "Kommandant der Festung Krakau" von ihm nicht gebraucht werden könne, da die Stadt Krakau keine Festung sei.

15[15] Besprechung mit Dr. Boepple, Dr. Wendler, Dr. Losacker und Oberlandesverwaltungsrat Weirauch.

In dieser Besprechung wird zunächst zu der Abberufung des bisherigen SS- und Polizeiführers Generalleutnants der Polizei Globocnik Stellung genommen.

Gouverneur Dr. Wendler teilt mit, daß er vor kurzem einen Brief an Reichsführer SS Himmler gerichtet habe, dessen Inhalt sich ungefähr mit dem ersten Teil des vom Herrn Generalgouverneur an Reichsführer SS Himmler gesandten Fernschreibens decke. In diesem Brief habe er den Reichsführer SS gebeten, für eine baldmöglichste Beseitigung des Zwischenstadiums Sorge zu tragen.

Mit einer Ablösung des SS- und Polizeiführers Globocnik sei für Ende August 1943 zu rechnen. Eine Verzögerung sei dadurch eingetreten, daß SS- und Polizeiführer Globocnik zum persönlichen Vortrag zum Reichsführer SS befohlen worden sei. Aus einer Rücksprache,

die er mit Generalleutnant der Polizei Globocnik gehabt habe, könne er schließen, daß diese Frage nunmehr endgültig geregelt sei.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zu den Anträgen Stellung genommen, die Professor Kubijowitsch als Leiter des Ukrainischen Hauptausschusses gestellt hat.

Der Herr Generalgouverneur empfängt dann in Anwesenheit der zuvor genannten Herren Professor Kubijowitsch und überreicht ihm mit Worten des Dankes und der Anerkennung für die von ihm geleistete Arbeit sein Bild mit eigenhändiger Widmung.

In der anschließenden Besprechung werden die von Prof. Kubijowitsch vorgebrachten Wünsche und Anträge behandelt.

1. Die ukrainischen Bauern, welche man in den gefährdeten Waldgebieten angesiedelt hat, sollen sofort ausgesiedelt und vorläufig in den südlichen Teilen der Kreise Bilgoraj und Zamosc sowie in Hrubieschow untergebracht werden und dann später neue Ansiedlungsplätze erhalten.

Dazu erklärt Prof. Kubijowitsch, daß er mit seinem Vertreter, dem amtlichen Beauftragten für den Distrikt Lublin Dr. Holejko über diese Frage gesprochen und von ihm eingehenden Bericht über die Verhältnisse erhalten habe.

Gouverneur Dr. Wendler glaubt, sofortige Hilfe in Aussicht stellen zu können. Es werde dafür gesorgt werden, daß die Polen und Ukrainer nicht untereinander gemischt dort blieben. Die Ukrainer würden wieder aus diesem Gebiet herausgenommen und in irgendeiner

5.8.1943

Form an andere Plätze gebracht werden, so vielleicht nach Hrubieschow, wo sie Verwandte hätten. Sie könnten dann gleichzeitig diesen Verwandten bei der Ernteeinbringung helfen.

Prof. Kubijowitsch erklärt sich mit dieser Lösung der Frage einverstanden.

2. Finanzielle Hilfe für die Umsiedler im Betrage von 3oo ooo Zloty.

Die Auszahlung einer Summe von Zloty 3oo ooo,-- für die Umsiedler wird von dem Herrn Generalgouverneur genehmigt, der gleichzeitig Präsident Dr. Losacker beauftragt, sich dieserhalb mit der Hauptabteilung Finanzen in Verbindung zu setzen.

3. Sicherungsmaßnahmen für die Bevölkerung: Verstärkung der ukrainischen Polizei, sofortige Bildung eines bewaffneten ukrainischen Ortsschutzes, Aufstellung einiger stärkerer ukrainischer Polizeikompanien mit ukrainischen Offizieren und Unteroffizieren.

Hierzu bemerkt Prof. Kubijowitsch, daß die ukrainische Hilfspolizei unbedingt so verstärkt werden müssen, daß sie der Bevölkerung einen sicheren Schutz gewähren könne.

Gouverneur Dr. Wendler weist darauf hin, daß für den ganzen Distrikt Lublin ukrainische Polizei möglichst in die ukrainischen Gebiete gelegt werde. Es sei aber zur Zeit nicht möglich, Bataillone zu formieren, weil man jetzt zum erstenmal ein Sicherheitsnetz über jede Gemeinde legen müsse. In jede Sammelgemeinde würden 2c, 22 sogar 33 Mann gelegt. Dazu kämen dann Wehrmachtstruppen, die dem Distrikt Lublin zugesagt seien. Für die ukrainische Polizei bestehe

keine polnische Führung, sondern die deutsche Führung sei überall gewährleistet. Für die Ausbildung von Unterführern sei Sorge getragen und zu diesem Zweck liefen bereits Kurse. Den von Prof. Kubijowitsch vorgebrachten Wünschen werde man soweit wie möglich entgegenkommen, insbesondere werde dafür Sorge getragen, daß die Ukrainer für Aufgaben nicht verwendet würden, für die sie sich nicht verpflichtet hätten. Er werde sich dafür einsetzen, daß die Freiwilligkeit wieder hergestellt werde und derjenige, der ausscheiden wolle, die Möglichkeit des Ausscheidens habe. - Für die Bewaffnung der Ortswacht habe er auch über die Partei eine Anforderung auf Lieferung von looo Karabinern an die Polizei gerichtet. Es sei zu hoffen, daß 7oo bis 8oo Leute bewaffnet werden könnten. Besonders für die Kreise Cholm und Hrubieschow werde größter Wert darauf gelegt, daß die Ortswacht auch die notwendigen Waffen besitze, weil man dort mit Angriffen rechnen müsse.

4. Aufstellung einer Liste der ukrainischen Häftlinge, die sich in dem Konzentrationslager Majdanyk bei Lublin befinden.

Dazu bemerkt Prof. Kubijowitsch, daß es sich hauptsächlich um Häftlinge aus Galizien handle, die bei der Aktion gegen asoziale Elemente verhaftet worden seien und von denen die meisten heute noch in Haft säßen, während die aus dem Distrikt Lublin stammenden Inhaftierten fast sämtlich freigelassen worden seien.

Gouverneur Dr. Wendler erklärt sich bereit, dafür zu sorgen, daß grundlos vorgenommene Festsetzungen aufgehoben würden. Es sei seine Absicht, hier so großzügig wie nur möglich vorzugehen.

5.8.1943

Der Herr Generalgouverneur hält in dieser Frage eine Zusammenarbeit der beiden Gouverneure Dr. Wendler und Dr. Wächter für notwendig und beauftragt Präsident Dr. Losacker die erforderlichen Vorkehrungen für eine Regelung dieser Frage zu treffen.

Präsident Dr. Losacker erklärt sich bereit, diese Liste im Benehmen mit Amtschef Bauer und dem Kommandeur der Sicherheitspolizei des Distrikts Galizien durchzusehen und dann dem Gouverneur Dr. Wendler darüber Bericht zu erstatten.

5. Austausch der ukrainischen und polnischen Bevölkerung nach den Plänen des Prof. Kubijowitsch.

Gouverneur Dr. Wendler führt aus, daß die Aus- und Umsiedlung nunmehr im allgemeinen beendet sei. Er habe darüber eine verbindliche Erklärung abgeben können und werde dafür sorgen, daß auch die Woits davon verständigt würden. Auf Grund der veränderten Sachlage werde nun mehr und mehr Ruhe in die Bevölkerung kommen.

Prof. Kubijowitsch bemerkt, daß es sich hier um eine interne Angelegenheit des Distrikts Lublin handle und daß es hauptsächlich darauf ankommen, die Ukrainer aus gewissen Bezirken des Distrikts Lublin, in denen sie besonders gefährdet seien, herauszubringen.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß hier eine Sonderaktion in Frage komme, die erst in der Zukunft durchgeführt werden könne. Die Frage müsse gegebenfalls in einer Sitzung in Lublin unter Zuziehung der beteiligten Instanzen behandelt werden.

Abschließend bittet der Herr Generalgouverneur Prof. Kubijowitsch, aus der Art der Erledigung der von ihm gestellten Anträge erkennen zu wollen, wie sehr die Regierung bemüht sei, dem ukrainischen Hauptausschuß in loyalster Weise zu helfen. Andererseits

5.8.1943

müßten aber auch die Ukrainer bei ihren Nöten und Sorgen und der Behandlung aller solcher Fragen immer daran denken, was das deutsche Volk jetzt durchzumachen habe.

18[30] Der Herr Generalgouverneur besichtigt in Begleitung des Chefs der Kanzlei Dr. Meidinger, des Professors Bader, des Referenten von Palézieux und des Architekten Korinthenberg den Neubau der Kanzlei.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.)

IX/6

Krakau

Freitag, den 6.August 1943

10^{00} Besprechung mit Präsident Dr. Losacker.

10^{25} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Boepple und Präsident Dr. Losacker.

10^{35} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. Losacker, Präsident Struwe und Regierungsdirektor Dr.Schmidt.

Präsident Dr. Losacker stellt Regierungsdirektor Dr. Schmidt als seinen Vertreter während seines heute beginnenden Urlaubes vor.

Präsident Struwe berichtet dann über den Stand der Verhandlungen mit dem Reich wegen der von dort geforderten geschlossenen Einziehung eines Jahrganges und seiner Verbringung zum Arbeitseinsatz ins Reich. Auf ein diesbezügliches Fernschreiben vom 24.7. habe er in einem Antwortfernschreiben vom 28.7. die Unmöglichkeit der Erfüllung dieser Forderung entwickelt. Seitdem habe er vom Reich ausser einigen telefonischen Anrufen noch keine weitere Stellungnahme erhalten.

Der Herr Generalgouverneur stimmt dem Antwortfernschreiben des Präsidenten Struwe vollinhaltlich zu und erklärt, dass es unmöglich sei, aus dem Generalgouvernement stückweise die Faktoren herauszubrechen, auf denen die erfolgreiche Arbeit des Generalgouvernements für das Reich beruhe. Er erteilt Präsident Struwe die Weisung, vorerst einmal die sachliche Antwort auf sein Fernschreiben abzuwarten.

Präsident Struwe führt weiter aus, dass von den 50 000 Arbeitern, deren Gestellung für den Bergbaueinsatz im Reich das Generalgouvernement

6.August 1943

übernommen habe, bereits 14 000 ausgemustert seien. Entgegen der Absprache habe die Werbung für die SS-Division Galizien vor Aufbringung der 50 000 Arbeiter eingesetzt, sodass dadurch eine grosse Erschwerung der Anwerbung eingetreten sei. Er habe mit Rücksicht auf die Ernteerfassung den einzelnen Kreisen die Auflage an der Gestellung von Arbeitskräften so niedrig bemessen, dass sie absolut erfüllt werden könnten. Jeder Kreis müsse täglich durchschnittlich 5 Kräfte bereitstellen. Zwecks Hinweisung der Gouverneure auf die unbedingt notwendige Einhaltung dieser Auflage habe er ein Fernschreiben entworfen, das er den Herrn Generalgouverneur zu unterzeichnen bitte.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet das Fernschreiben.

11^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Boepple, Präsident Dr. Losacker und Regierungsdirektor Dr. Schmidt.

11^{25} Besprechung mit Pressechef Gassner.

12^{15} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Hauptabschnittsleiter Stahl.

Präsident Ohlenbusch berichtet dem Herrn Generalgouverneur, dass wegen der Bombengeschädigten im Anschluss an die Besprechung auf der Burg beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD SS-Oberführer Bierkamp eine weitere Besprechung stattgefunden habe. SS.-Oberführer Bierkamp habe dort im Einvernehmen mit der Partei den einzelnen Hauptabteilungen ihre Aufgaben in dieser Angelegenheit zugewiesen.

6.8.1943

Hauptabschnittsleiter Stahl führt aus, daß SD und NSV ihre Tätigkeit an den Grenzübergangsstellen bereits aufgenommen haben.

12^{30} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl und Ministerialrat Dr. Weh.

Hauptabschnittsleiter Stahl erklärt, daß Staatssekretär Klopfer von der Parteikanzlei in München an den Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP. einen Verbindungsmann abgestellt habe, über den er/in die Gesetzgebungsarbeit des Generalgouvernements eingeschaltet werden wolle. /unmittelbar

Der Herr Generalgouverneur trifft für diesen Komplex folgende Entscheidung:

1. Die NSDAP., die schon bisher sämtliche wichtigen Verordnungsentwürfe im Umlaufverfahren zugestellt erhält, wird genau wie die anderen Dienststellen des Generalgouvernements an der Gesetzgebung des Generalgouvernements beteiligt.

2. In Fällen, in denen sofort gehandelt werden muß und ein Umlaufverfahren daher nicht durchführbar ist, kann naturgemäß auch die Partei nicht gehört werden. In solchen Fällen wird nur das Amt für Gesetzgebung zur Vorbereitung des Entwurfes und der Entscheidung des Generalgouverneurs tätig.

3. Zur Sicherstellung der immer schwieriger werdenden Führung des Generalgouvernements können im allgemeinen Umlaufverfahren höchstens 4 Wochen für die abschließende sachliche Äusserung einer angegangenen Stelle bewilligt werden. In der Bitte um Verlängerung der Frist

kann eine abschließende sachliche Stellungnahme nicht erblickt werden. Es muß in solchen Fällen gewärtigt werden, daß die Verordnung gleichwohl unterschrieben wird.

Dieser Grundsatz gilt entsprechend, wenn die Umlauffrist infolge besonderer Gründe kürzer als 4 Wochen gehalten werden muß.

Ministerialrat Dr. Weh weist darauf hin, daß er dem neuen Verbindungsmann der Parteikanzlei Parteigenossen Wegener empfohlen habe, die Gesetzentwürfe, die im Umlaufverfahren kämen, mit Fernschreiben nach München zu leiten und die Stellungnahme der Parteikanzlei dazu ebenfalls im Wege des Fernschreibens zu erbitten. Dadurch könne viel Zeit gespart werden und die Parteikanzlei jederzeit ihre Stellungnahme rechtzeitig beibringen.

Der Herr Generalgouverneur betont, daß nur der Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP beteiligt werde, nicht aber die Parteikanzlei als solche. Wenn der Arbeitsbereich von sich aus im Einzelfalle mit der Parteikanzlei in Verbindung treten wolle, bestünden dagegen keine Bedenken; die Umlauffrist müsse jedoch unter allen Umständen eingehalten werden.

12^{40} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

15^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Krakau

Sonnabend, den 7.August 1943

und

Sonntag, den 8. August 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

Krakau

Montag, den 9.August 1943

11^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

12^{00} Besprechung mit Generalleutnant der Polizei Becker.

Generalleutnant Becker macht dem Herrn Generalgouverneur Meldung von seiner Abberufung nach Berlin.

12^{05} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Regierungsdirektor Schmidt und Ministerialrat Dr. Weh.

Staatssekretär Dr. Boepple berichtet dem Herrn Generalgouverneur von einem Überfall auf das Gefängnis in Jaslo am 5.August 1943. In der Nacht vom Sonnabend, dem 7.August bis Sonntag, dem 8.August seien 51 politische und 2o sonstige Strafgefangene bzw. Untersuchungsgefangene aus dem Gefängnis Jaslo durch Banditen befreit worden. In Verfolg einer sofortigen Aktion seien lo Gefangene wieder ergriffen worden.

In Anwesenheit des inzwischen erschienenen Inspekteurs des Sonderdienstes Dr. Hammerle wird das Programm für den Aufmarsch des Sonderdienstes im Burghof am lo. August 1943 besprochen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit der Durchführung dieses Programms einverstanden.

Inspekteur Dr. Hammerle geht im weiteren Verlauf der Besprechung auf die Aufgaben des Sonderdienstes ein. Er weist darauf hin, daß der Sonderdienst seinerzeit als Einrichtung der Verwaltung geschaffen worden sei. Im Verlauf der letzten Monate habe man leider in der Mittel- und Unterinstanz den Sonderdienst teilweise den Organen der Polizei unterstellt, wodurch gewisse Schwierigkeiten für den Einsatz entstanden seien. Deshalb habe sich der Erlaß einer Verwaltungsanordnung als notwendig erwiesen, nach welcher für den Sonderdienst die Vereinbarung des Herrn Generalgouverneurs

mit Reichsführer SS maßgebend sei. Demnach solle der Sonderdienst als Einrichtung der Verwaltung betrachtet werden. Lediglich als Ganzes insbesondere im Hinblick auf die Rekrutierung der Mannschaften sei er dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen unterstellt, der aber immer im Auftrage des Generalgouverneurs handle. Der Entwurf dieser Verwaltungsanordnung sei dem Befehlshaber der Ordnungspolizei zur Kenntnis gebracht worden, dessen Stellungnahme noch nicht vorliege. Eine nochmalige eingehende Prüfung dieser Verwaltungsanordnung unter Zuziehung des Befehlshabers der Ordnungspolizei werde notwendig sein.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Inspekteur Dr. Hammerle, unverzüglich den Termin für diese Besprechung anzuberaumen.

12^2o Der Herr Generalgouverneur empfängt den Kreishauptmann in Jaslo Dr. Gentz in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Ministerialrats Dr. Weh.

Kreishauptmann Dr. Gentz überreicht dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht über den Überfall auf das Gefängnis in Jaslo am 5.August 1943.

Weiter gibt Kreishauptmann Dr. Gentz dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von einem Vorfall in seinem Kreise, bei dem fünf Familienangehörige eines Polen aus Anlaß einer gegen Banden geführten Großaktion erschossen worden sind. An die Schilderung dieses Vorfalls knüpft Kreishauptmann Dr. Gentz die Bemerkung, daß er als Kreishauptmann die politische Verantwortung für die Führung des Kreises nicht tragen könne, wenn sich weiterhin solche Vorfälle ereignen würden. Kreishauptmann Dr. Gentz kann im übrigen die Erklärung abgeben, daß die Stimmung der Bevölkerung im Kreise Jaslo im allgemeinen durchaus zufriedenstellend sei,

und daß sich aller Wahrscheinlichkeit nach die ab 1. September 1943 eintretende Neuregelung der Ernährung der arbeitenden Schichten sehr gut auswirken werde.

Auf die Beschwerde des Kreishauptmanns Dr. Gentz, daß er auf dem Bausektor noch immer mit mancherlei Schwierigkeiten zu kämpfen habe, weist der Herr Generalgouverneur darauf hin, daß sich Präsident Bauder nunmehr bereit erklärt habe, eine neue großzügige Ordnung herbeizuführen. Dem Wunsche des Kreishauptmanns Dr. Gentz nach Schaffung von Stellen für Stadtbautechniker und Straßenmeistern bzw. Straßeningenieuren will der Herr Generalgouverneur willfahren und beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple, für die Durchführung einer solchen Regelung im Einvernehmen mit Präsident Bauder Sorge zu tragen.

12[4o] Fortsetzung der Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Regierungsdirektor Schmidt und Ministerialrat Dr. Weh.

Der Herr Generalgouverneur weist auf die Notwendigkeit einer Dislocierung der Polizeikräfte hin und beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple, im Einvernehmen mit Generalleutnant Becker und Präsident Dr. Losacker einen Plan dafür auszuarbeiten und ihm baldmöglichst vorzulegen. Diese Dislocierung müsse sich vor allem auf die gefährdeten Gebiete beziehen, die jetzt angesichts des Ernteausnahmezustandes von besonderer Wichtigkeit seien. Er wünsche eine genaue Aufstellung dafür zu erhalten, wieviel Polizei und Wehrmacht tatsächlich schon in den Dörfern Dienst tue. Bis auf weiteres müsse die Durchführung von polizeilichen Großaktionen unterbleiben, da jetzt das Sofortprogramm der Sicherung der Ernte im Vordergrund stehe.

9.8.1943

Ebenso dürften unter keinen Umständen weitere Aus- oder Umsiedlungen stattfinden. Auf allen diesen Gebieten müsse in systematischer Kleinarbeit auf das Ziel einer Bereinigung der Verhältnisse hingearbeitet werden. Wie auch immer die Tätigkeit der Polizei gestaltet sein möge, die wahre Autorität liege nur beim Generalgouverneur, bei den Gouverneuren und den Kreishauptmännern. Ähnliche Grundsätze müßten übrigens auch für den Bausektor Geltung gewinnen. Hier sei es ihm auf Grund einer längeren Besprechung gelungen, den Präsidenten Bauder von der Richtigkeit seiner Erwägungen zu überzeugen. Vor allem müßten aber die Kreishauptmänner die Gewißheit haben, daß sie gerade in dieser wichtigen Frage die völlige Unterstützung der Regierung des Generalgouvernements hätten.

12^{55} Besprechung mit Pressechef Gassner.

13^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple, des Präsidenten Ohlenbusch, des Pressechefs Gassner und des Hauptschriftleiters Fenske den Hauptschriftleiter Olbricht.

Der Herr Generalgouverneur überreicht dem Hauptschriftleiter Olbricht mit Worten des Dankes und der Anerkennung für die von ihm geleistete vorbildliche Arbeit sein Bild mit eigenhändiger Widmung.

Der Herr Generalgouverneur legt in der anschliessenden Besprechung seine Gedanken über Wesen und Aufgaben der Journalistik und der Presse dar.

13^{15} M i t t a g e s s e n .

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Krakau

Dienstag, den 1o. August 1943

9^{30} Der ehemalige Adjutant des Herrn Generalgouverneurs SS-Hauptsturmführer Pfaffenroth meldet sich von seinem Fronteinsatz zurück und übernimmt seine frühere Tätigkeit wieder.

11^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt den bisherigen Beauftragten der Italienischen Botschaft in Berlin di Fossombrone.

11^{4o} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Regierungsdirektor Schmidt, Ministerialrat Dr. Weh und Rechtsrat Dr. Hammerle.

Dr. Hammerle legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf einer Verwaltungsanordnung zur Verordnung über die Einrichtung eines Sonderdienstes vor.

Regierungsdirektor Schmidt berichtet dann von der im Gange befindlichen Dislocierung der Polizei im Generalgouvernement. Daneben würden 12- bis 15 ooo Mann Wehrmacht in Zug- oder Halbzugstärke in das Land gelegt. Die einzelnen Stützpunkte würden zur Zeit festgelegt, und Ende der Woche könne er eine Karte der einzelnen Stationen vorlegen.

12^{15} Im Königssaal der Burg empfängt der Herr Generalgouverneur in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple, des Generalleutnants der Polizei Becker, des Generalleutnants Oppenländer, des Generalmajors Grünwald, des Hauptabschnittsleiters Stahl, des Oberstleutnants Baron von Dazur, des Pressechefs Gassner und von Vertretern der Wehrmacht und Polizei eine Abordnung von Führern des Sonderdienstes aus den Distrikten.

Nachdem der Inspekteur des Sonderdienstes Rechtsrat Dr. Hammerle einen Bericht über den Werdegang, die bisherige Arbeit und Leistung und die künftigen Aufgaben des Sonderdienstes gegeben hat, ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

10.8.1943

Ich habe schon von Generalleutnant Becker in seiner Eigenschaft als Stellvertreter des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen einen Bericht über den Sonderdienst erhalten. Ich danke Ihnen, Herr Inspekteur des Sonderdienstes, für den heute von Ihnen gegebenen Bericht. Ich werde gleich nachher Gelegenheit haben, auf unserem Burghof zu den Männern und Ausbildern des Sonderdienstes zu sprechen.

Ich möchte hier in diesem engeren Rahmen insbesondere allen beteiligten Einrichtungen und Organisationen, die sich des Sonderdienstes angenommen haben, meinen Dank sagen, unserer Polizei, der SS, aber auch unserer Wehrmacht ebenso wie Staat und Partei. Sie alle haben an der merkwürdigen einmaligen Einrichtung des Sonderdienstes Anteil genommen, die so, wie das Generalgouvernement selbst etwas Einmaliges in der bisherigen Verwaltungsgeschichte darstellt, eine persönliche, an die Sitze der Kreis- und Stadthauptmänner gebundene Unterstützungstruppe verwaltungstechnischer Art ist, die dem Kreis- und Stadthauptmann unmittelbar untersteht und von ihm zu Aufgaben verwaltungstechnischer Art verwendet wird.

Der Sonderdienst ist weder eine Imitation der Wehrmacht noch der Polizei, weder Hilfssoldatentum noch Hilfspolizei, sondern er ist ein völlig eigenes aus den Bedürfnissen des Ostens herausgewachsenes Instrument zur Stabilisierung, vor allem zur dauernden evidenten Sicherung der Autorität des Kreis- und Stadthauptmanns. Wie die Verwaltung des Generalgouvernements von mir in einigermaßen origineller Weise aufgebaut wurde, so war damals meine Überlegung: diesen Männern draußen muß irgendein Instrument gegeben werden, das angesichts der ungeheueren auf unserer deutschen Polizei lastenden Aufgaben, die es immer wieder notwendig machen, daß

größere Polizeiformationen zusammengezogen oder, wie es sich in Galizien zeigt, plötzlich vom Lande weggezogen werden, ihnenunter allen Umständen ein Grüppchen beläßt, das den Kreishauptmann und seine Behörde hält. Dieser Gedanke von mir hat sich in der Tat als viel nützlicher herausgestellt, als ich damals annahm. Die Schwierigkeiten wuchsen und mit ihnen wuchs auch das Bedürfnis des Landes nach der Schaffung des Sonderdienstes. Ich muß schon sagen: ich könnte mir heute die Verwaltung dieses Landes ohne den Sonderdienst gar nicht mehr denken.

Ich freue mich, daß sich die Einrichtung des Sonderdienstes allgemein durchgesetzt hat und daß wir die verschiedenen Fragen, die immer wieder auftauchen und die da lauten: wohin gehört der Sonderdienst, was ist er, womit ist er vergleichbar? - bereinigt haben. Der Sonderdienst darf nicht mehr sein wollen, als er ist: keine Paradetruppe, kein Sonderhausregiment des Generalgouverneurs, keine Staatsschutztruppe oder nationale Miliz. Der Sonderdienst ist einfach ein aus der Praxis und den Bedürfnissen dieses Landes hervorgegangenes verwaltungstechnisches Instrument, das allerdings die einheitliche Ausrichtung, Ausrüstung und Erziehung braucht. Denn wir Deutsche sind nun einmal so, daß wir uns eine solche Einrichtung nicht in einem wilden Schlendrian denken können, sondern nur entstanden aus einer einheitlichen präzisen soldatischen Auffassung heraus. Der Ausdruck "Sonderdienst" wurde von mir gewählt, um eine Art militante Angleichung des Begriffes an das soldatische Empfinden herzustellen. Und in diesem Sinne wird der Sonderdienst als Hilfstruppe der Verwaltung betrachtet.

Ich muß allen Anwesenden, vor allem den Herrn der Polizei und Wehrmacht dafür danken, daß sie dieses Instrument so förderlich entwickelt haben. Ich hoffe,

daß auch in Zukunft diese Entwicklung weitergehen wird. Die Zeiten werden nicht einfacher werden, wir werden noch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Umso notwendiger wird es sein, den völlig isoliert lebenden totalen Repräsentanten der deutschen Verwaltung, den Stadt- und Kreishauptmännern dauernd eine solche Schutzorganisation zur Verfügung zu stellen.

Dem Herrn Generalgouverneur werden darauf die Führer des Sonderdienstes vorgestellt.

12^{30} Besichtigung des Ausbildungsbataillons Krakau des Sonderdienstes auf dem Burghof durch den Herrn Generalgouverneur.

Nach Abschreiten der Front und Meldung durch den Inspekteur des Sonderdienstes Dr. Hammerle richtet der Herr Generalgouverneur folgende Ansprache an die Führer und Männer:

Männer des Sonderdienstes! Ich habe Euch heute auf den Hof dieser alten deutschen Burg zu Krakau befohlen, um Euch vor Eurem dienstlichen Einsatz im Generalgouvernement ins Auge zu sehen. Eure Ausbildung ist abgeschlossen. Euch und Euren Ausbildern gebührt mein Dank und meine Anerkennung. Ihr habt Euch zu diesem großen Dienst für Führer und Reich im Generalgouvernement verpflichtet, um der deutschen Führung und Verwaltung in diesem Raum eine unentbehrliche dienstliche Schutzorganisation zu geben. Das ist Dienst wie anderer Dienst auch. Ihr habt Euch mit der Waffe in der Hand und unter Einsatz Eurer ganzen Kraft, Eures Lebens und Eurer Gesundheit für die Aufrechterhaltung und das Funktionieren der Verwaltung zu verbürgen. Darauf seid Ihr vereidigt, und dazu rufe ich Euch jetzt auf. Ich danke Euch, daß Ihr meinem Rufe Folge geleistet habt.

10.8.1943

Der Sonderdienst ist Ehrendienst, und eigenartig wie alles hier im Generalgouvernement ist Euer Dasein. Ihr seid als Sondereinrichtung geschaffen und habt Euch in 3 Jahren Eures Bestehens schon die Berechtigung erworben, mit in erster Linie da genannt zu werden, wo es sich um die Aufgaben des Schutzes dieses Raumes handelt. Ihr seid als deutsche Männer dieses Raumes in diese Sonderposition eingetreten. Ihr habt hier deutsche soldatische Haltung gelernt im Aufblick zu der großen soldatischen Tradition unseres Volkes. Ihr seid mit der Garant dafür, daß die Fahne des Führers und Reiches in diesem Raum nie mehr niedergeholt werden wird. Dieses Land ist und bleibt deutsch geführt und deutsch bestimmt bis in alle Zukunft. Dieses Land ist ja auch Eure Heimat. Um Euch zu befreien hat der Führer diesen Raum dem Großdeutschen Reich eingefügt. Ihr als die volksdeutschen Söhne dieses Raumes seid auch berufen, der deutschen Führung hier zu dienen. Es ist ein Ehrendienst, und in diesem Dienst sind Kameraden aus Euren Reihen gefallen. - Wir gedenken der Toten. -

Ich danke dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen SS-Obergruppenführer Krüger und seinem Stellvertreter Generalleutnant Becker, daß sie in meinem Auftrag den Sonderdienst so wertvoll gefördert haben; ich danke auch dem Inspekteur des Sonderdienstes für seine ausgezeichnete treue Haltung, darüber hinaus aber danke ich auch allen Stellen der Wehrmacht und Polizei dafür, daß sie den Sonderdienst so gehütet und gefördert haben. Es ist mein Wunsch, den Sonderdienst mehr und mehr zu einem stolzen Instrument der deutschen Führung dieses Raumes zu entwickeln.

<u>1o.8.1943</u>

Kameraden, wenn Ihr ins Land hinausgeht, so seid Zeugen dafür, daß diese Zeit der Anfang der größten Zeit unseres deutschen Volkes ist. Traget den Führer im Herzen, dann seid Ihr wahrhaft auf dem richtigen Wege.

Anschließend spricht Generalleutnant <u>Becker</u> dem Herrn Generalgouverneur seinen Dank dafür aus, daß er dem Sonderdienst stets ein großes Interesse entgegengebracht habe. Die Männer des Sonderdienstes seien in den vergangenen Jahren sorgfältig ausgebildet und erzogen worden. Für diese Ausbildung danke er dem Inspekteur des Sonderdienstes, den Offizieren und Unteroffizieren. Die Grundlagen für einen praktischen Einsatz seien nunmehr gelegt, und er könne der Erwartung Ausdruck geben, daß sich die Männer des Sonderdienstes nunmehr auch in der Praxis bewähren würden, in der sie den Kreis- und Stadthauptmännern für die Erfüllung ihrer wichtigen Verwaltungsaufgaben zur Verfügung ständen. Er grüße die Männer des Sonderdienstes und hege die Hoffnung, daß sie ein Hort des Deutschtums in diesem Raum sein mögen.

Mit der Führungehrung und einem Vorbeimarsch der Kompanien schließt der Appell.

13^{00} M i t t a g e s s e n .

10.8.1943

15^{15} Präsident Lauxmann legt dem Herrn Generalgouverneur die aus Anlaß des Tages der NSDAP. im Generalgouvernement erscheinende Prägebriefmarke mit der Aufschrift "Großdeutsches Reich Generalgouvernement" vor.

15^{30} Besprechung mit Ministerialrat Plodeck.

16^{00} Der Herr Generalgouverneur übergibt ein Exemplar der Prägebriefmarke dem Hauptschriftleiter Stöppler mit der Bitte um bildliche Veröffentlichung und erläuternden Text in der Krakauer Zeitung.

16^{10} Der Herr Generalgouverneur bespricht mit Hauptabschnittsleiter Stahl, Hauptbannführer Förschle, SA.-Oberführer Peltz in Gegenwart des Chefs der Kanzlei des Generalgouverneurs Ersten StaatsanwaltsDr. Meidinger die einzelnen Veranstaltungen des Parteitreffens im Generalgouvernement.

17^{00} Der Herr Generalgouverneur begibt sich in Begleitung des Hauptabschnittsleiters Stahl und des Hauptbannführers Förschle zwecks Besichtigung des HJ.-Lagers zum Jordan-Park.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Krakau

Mittwoch, den 11. August 1943

8^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Flugplatz.

Besuch des Luftgaues VIII, Besichtigung des Fluggeländes und der Werft, Teilnahme an Vorträgen.
Anschließend Mittagessen.

13^{45} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf)

Krakau

Donnerstag, den 12.August 1943

16^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

16^{45} Besprechung mit Pressechef Gassner.

16^{55} Besprechung mit Referenten von Palézieux.

17^{10} Besprechung mit Hauptabschnitteleiter Stahl, Präsident Ohlenbusch und Pressechef Gassner.

Gegenstand der Besprechung ist der Ablauf der einzelnen Veranstaltungen am Tag der NSDAP. im Generalgouvernement.

Parteigenosse Stahl berichtet, daß die Einweihung des Hauses der Jugend vom Programm abgesetzt sei, da der SD die Sicherheit der Einweihungsteilnehmer nicht gewährleisten zu können glaube.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß unter keinen Umständen eine Veranstaltung vom vorbereiteten Programm abgesetzt werden dürfe und daß die Einweihung im einfachen Rahmen stattfinden müsse.

18^{15} Besprechung mit Staatssekretär Bühler und Staatssekretär Boepple und Ministerialrat Dr. Weh über die allgemeine Lage und Übergabe der Regierungsgeschäfte an Staatssekretär Dr. Bühler durch den Herrn Generalgouverneur.

18^{50} Besprechung mit Bankdirigent Dr. Paersch.

19^{30} A b e n d e s s e n .

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Krakau

Freitag, den 13.August 1943

9[co] Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl und Pressechef Gassner.

9[25] Begrüßung des Reichsjugendführers Axmann.

9[30] F a h n e n w e i h e der HJ. im Burghof durch den Reichsjugendführer in Anwesenheit des Herrn Generalgouverneurs und führender Vertreter aus Staat, Partei und Wehrmacht.

1o[30] Verkündung des Jugendschutzgesetzes in Anwesenheit von HJ.-Führern und B.d.M.-Führerinnen des Generalgouvernements im Königssaal der Burg.

Der Herr Generalgouverneur ergreift hierbei das Wort zu folgender Ansprache:

Reichsjugendführer! Es ist mir eine große Freude, Sie im Namen der Deutschen des Generalgouvernements begrüßen zu können und Ihnen unser aller herzlichen Dank dafür zum Ausdruck zu bringen, daß Sie heute aus Anlaß des Tages der Partei 1943 im Generalgouvernement erschienen sind.

Dieser Tag der Partei hat eine große - ich möchte fast sagen - historische Bedeutung, zeigt er doch in einem Augenblick der deutschen Geschichte, in dem zur Durchsetzung der Freiheitsidee der Nation und Bewegung von uns allen der äußerste Einsatz gefordert wird, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei wahrhaft das Führungsinstrument des Großdeutschen Reiches ist. Wir wollen gerade in diesem fremdvölkischen Raum zeigen, daß die Bewegung des Führers ungebrochen und unbeugbar ihren Schicksalsweg fortsetzt. Ihr persönliches Erscheinen erfüllt daher nicht nur die Ihnen entgegenflammenden Herzen unserer Jungen und Mädel mit großer Begeisterung, sondern auch uns, die wir

13.8.1943

die verantwortlichen Führer für das Gesamtgeschehen in diesem Raume sind. Es erfüllt uns auch mit großer Freude, daß die Reichsinstanzen an dem Geschehen in diesem Raum innigen Anteil nehmen.

Mein Dank aber gilt Ihnen, Reichsjugendführer, für Ihr unermüdliches,vorbildliches und kämpferisches Wirken im Dienste der deutschen Jugend. Wir beide haben schon zusammengearbeitet in der schönen Zeit, in der uns große Planungen beschäftigten und in der wir in der Akademie für Deutsches Recht die Grundsätze des deutschen Jugendlebens ausarbeiteten.

Heute ist es mir eine besondere Freude, Ihnen, Reichsjugendführer, davon Kenntnis zu geben, daß ich mit Wirkung von heute eine Schutzverordnung für die deutsche Jugend im Generalgouvernement unterzeichnet habe, deren Inhalt auch Sie persönlich und Ihre Mitarbeiter sicher mit großer Freude erfüllen wird.
In dieser Schutzverordnung für die deutsche Jugend ist es uns geglückt, alle maßgeblichen und weitgesteckten Absichten der Reichsjugendführung auf dem Gebiete der Jugendbetreuung in einem vorbildlichen Gesetzeswerk zu vereinen. Die Schutzverordnung für die deutsche Jugend im Generalgouvernement teilt das Leben der Jugend in die schönen Abschnitte der Kindheit und Jugendzeit ein und überträgt jedem dieser Altersabschnitte eine eigene Schutzzone. Im Vordergrund steht nicht so sehr der Schutz, sondern ein schützendes Behüten der Jugend im Leistungsvertrag.

Sie, Reichsjugendführer,wissen, daß die Jugend des Generalgouvernements in die Gesamtleistung des Deutschtums dieses Raumes eingereiht ist, und ich kann Ihnen als Generalgouverneur bestätigen, daß Sie auf die Jugend des Generalgouvernements stolz sein können. Was diese Reichs- und volksdeutsche Jugend geleistet hat, was sie in stetem Einsatz draußen in den einsam

gelegenen und rings umbrandeten Siedlungen an Einsatz zu geben hat, reiht sich würdig den Leiden und Nöten und der Lebensopferbereitschaft unseres deutschen Volkes im Reich an. Für mich ist daher der heutige Tag, an dem ich Ihnen diese Verordnung übergebe, auch ein stolzes Zeichen des Dankes, den ich der deutschen Jugend dieses Raumes abstatte. Seien Sie, Reichsjugendführer Axmann, überzeugt, daß ich persönlich, und alle meine Regierungs- und Staatsstellen sowie meine Parteidienststellen in der Pflege und Förderung der deutschen Jugend dieses Raumes nicht eine uns offiziell auferlegte Pflicht sehen, sondern die aus dem Herzen aufsteigende Bewußtheit, daß die Jugend dieses Raumes die einzige Gewähr für die dauernde Innehabung dieses Raumes darstellt. Ich habe mir angesichts des bedeutsamen Charakters dieser Verordnung erlaubt, Ihnen ein Exemplar in besonderer Ausführung fertigen zu lassen, und bitte Sie, dieses Exemplar zur Erinnerung an das Generalgouvernement zu übernehmen.

Reichsjugendführer Pg. Axmann erwidert mit folgenden Worten:

Herr Generalgouverneur! Ich möchte Ihnen aufs tiefste danken für Ihre herzlichen Worte der Begrüssung. Ich darf mit diesem Dank meine Versicherung verbinden, daß mich in den Osten und besonders in das Generalgouvernement nicht nur das Gebot der Pflicht führt, sondern auch vor allem der Drang meines Herzens. Ich glaube sagen zu dürfen, daß wir in den vergangenen Jahren bemüht gewesen sind, die gesamte deutsche Jugend innerlich auf diesen Raum so auszurichten, daß man heute davon sprechen kann, daß der Ostraum wieder zu einem geistigen Besitz der deutschen Jugend geworden ist. Ich bin glücklich, erleben zu können, daß die Jugendarbeit im Generalgouvernement durch Sie

persönlich die aktivste Förderung erfährt; ich weiß aus meiner vergangenen Arbeit unter Ihnen, wie sehr Ihnen die Fragen der Jugend, ihre Erziehung am Herzen liegen. Für mich bedeutet der heutige Tag insofern einen Feiertag, da ich erlebe, daß das Jugendschutzgesetz, das damals in der Akademie für Deutsches Recht ausgearbeitet worden ist, auch im Generalgouvernement Gesetz geworden ist. Ich bin auch besonders froh darüber, weil das Jugendschutzgesetz im Generalgouvernement in einigen Bestimmungen noch weitergeht als im Reich. Wir freuen uns alle darüber, daß durch das Jugendschutzgesetz des Generalgouvernements nicht nur der 3-wöchige Urlaub reichsgesetzlich geregelt ist, sondern daß darüber hinaus der werktätigen Jugend für die Teilnahme an Wehrertüchtigungslagern nochmals 3 Wochen zur Verfügung stehen. Es kann somit behauptet werden, daß dieses Gesetz zur Zeit das modernste Jugendschutzgesetz in der Welt ist. Nicht zuletzt erblicken wir in ihm den Ausdruck der Kraft und der Stärke des Reiches im vierten Kriegsjahr. Alle, die sich mit den sozialen Fragen in anderen Ländern beschäftigt haben, wissen, daß auf dem Gebiete sozialistischer Leistung für die deutsche Jugend nirgendwo Gleichwertiges getan wurde. Mit meinem Dank für die Verkündung des Jugendschutzgesetzes darf ich auch meinen Dank für die Gesamtförderung der Arbeit der HJ. an Sie, Herr Generalgouverneur, verbinden. Ich weiß, daß Ihr Bekenntnis zur Jugend niemals nur Worte waren, daß dieses Bekenntnis seinen Ausdruck in der Tat und in Ihrem Handeln gefunden hat.

Der Herr Generalgouverneur überreicht dann in Anerkennung der Verdienste um die Jugendarbeit im Generalgouvernement der B.d.M.-Führerin Fischer und Hauptbannführer Förschle sein Bild.

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zu den Tuchhallen in Krakau.

13.8.1943

11^{00} E r ö f f n u n g der Ausstellung "Westmärkische Künstler im Generalgouvernement" in den Tuchhallen.

Nach einer von einem Streichquartett zu Gehör gebrachten musikalischen Einleitung begrüßt Präsident Ohlenbusch den Herrn Generalgouverneur und die erschienenen Ehrengäste von Staat, Partei und Wehrmacht. Er gibt dann einen kurzen Überblick über Entstehung und Wesen der Ausstellung.

Darauf gibt Hauptabschnittsleiter Stahl im Auftrage des Leiters des Arbeitsbereiches Generalgouvernement Generalgouverneurs Dr. Frank die Anordnung über die Stiftung des Kulturpreises des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP. bekannt.

Generalgouverneur Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement Dr. Frank ergreift sodann das Wort zu folgender Ansprache:

Meine Damen und Herren! Es ist ein besonders schöner Augenblick, der uns im Rahmen der diesjährigen Parteiveranstaltungen hier vereint. Nicht nur, daß westmärkische Kunst, also Künstler aus der Rheinpfalz, dem Saarland und aus Elsaß-Lothringen - diese drei bekanntlich heute parteiorganisatorisch unter dem Begriff "Westmark" zusammengefaßt - hier erscheinen und ihre Bilder zeigen, es liegt auch über der ganzen heutigen Veranstaltung die Schlußfuge eines weitgespannten weltgeschichtlichen und auch kunstgeschichtlichen Wogens.

Daß es gerade dieser Raum des Generalgouvernements insbesondere in seinen Distrikten Galizien, Krakau und Lublin ist, der westmärkischen Bauern und Bürgern vor annähernd zweihundert Jahren eine Heimat gab, ist für uns Deutsche an sich schon ein starker Halt in diesem Land. Man stelle sich einmal die damalige weltgeschichtliche und europageschichtliche Situation vor:

13.8.1943

ein Deutsches Reich von irgendwie nennenswerter internationaler, staatlicher und machtpolitischer Potenz existierte damals nicht. Die deutschen Menschen kamen aus den Räumen ihrer eigenen Fürstentümer, Herzogtümer, Kurfürstentümer; sie waren dem Rufe ausländischer Fürsten und Herrscher gefolgt, ein Land mit Arbeit und Zukunftskraft zu erfüllen. Und so zogen sie den aus dem blühenden Land zwischen Rhein, Saar und Mosel in diesen Ostraum und erfüllten ihn mit dem Samenkorn deutscher Leistung und deutscher Kraft. Sie brachen nicht unter dem Empfinden zusammen, daß hinter ihnen die Heimat staats- oder gar wehrpolitisch ihnen keinen Schutz gewähren konnte, sondern sie breiteten innerhalb eines fremden Volkstums unter dem Ringen mit fremden staatlichen Organisationen ihre Leistungswucht aus.

Ein selten schöner Augenblick ist es, daß nun die künstlerischen Söhne des gleichen deutschen Volksstammes der Rheinfranken, die sich dort in diesem Wetterwinkel Europas nördlich des Elsaß fanden, hier herein kamen, um an der Stätte ihrer Vorfahren die Gebiete künstlerisch zu erfassen, die von diesen mit Einsatz ihres Blutes und ihrer Kraft geformt worden waren.

Schon ein erster Blick über das, was heute die Wände schmückt, zeigt, wie sich die farbige, lachende, sonnige Strahlkraft des deutschen Rheins in dieses Land breitet, wie hier lichtvoll dargestellt wird, was in dieser Landschaft und in ihrem Dienste nach Licht drängt.

Ich bin glücklich, daß dieses Bogengespannte heute gelöst ist und daß nunmehr Blut zu Blut geformt, in einem und demselben Machtbereich ein mittlerweile staatlich aufgestiegenes Großdeutsches Reich seinem Platz finden kann. Wieviele Grenzen und Zollstationen

mußten nicht jene armen pfälzischen Bauern durchziehen, unter wievielen Räuberanfällen litten sie nicht! Heute ist es wieder der gleiche Sturm, den diese Bauern zu bestehen haben, wenn die Banditen durch den galizischen Wald ziehen. Immer wieder ist es der gleiche Kampf um die Scholle, der aber auch mit derselben Wucht ausgetragen wird.

Wenn so dieser zeitliche Bogen gespannt ist, der uns hier im Osten mit der Westmark verbindet, so ist damit auch die Zukunftsaufgabe des Deutschtums in diesem Raum erneut vor Augen gestellt. Es ist eine der schönsten Aufgaben, die sich hier die Bewegung in allen ihren Bereichen, die sich die Regierung des Landes und der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums gestellt haben, in diesem Raum die Wurzeln deutscher Art wieder aufzurichten und dem Deutschtum zurückzugewinnen. Leider ist ja gerade infolge des Schwachwerdens unseres Reiches in vergangenen Jahrhunderten diese pfälzische Siedlung, die da und dort isoliert aufgebaut war, von der fremden Volksflut erst umspült und dann in den giftigen Bereich einer allmählichen Vernichtung einbezogen worden. Gewissermassen im letzten Augenblick gelang es Adolf Hitler, dieses Volksdeutschtum westmärkischer Herkunft im Generalgouvernement durch Einrichtung unseres Staates zu retten.

So führt der Blick in die Vergangenheit im stolzen Gefühl der Sicherheit, er gewährt aber auch die Gewißheit einer nunmehr unzerstörbaren Zukunft des deutschen Lebens und der deutschen Siedlung in diesem Raum.

Dieses Land verlangt die Farbigkeit. Es ist kein Zufall, daß in der Geschichte der ästhetischen Grundgesetze dem deutschen Charakter das Lineare mehr zuerkannt ist, während dem Slawen mehr das Farbige und Malerische eignet. Vielleicht ist dieser Charakterunterschied auch ein Ausdruck der geschichtlichen

13.8.1943

Entwicklung: bei uns die klare Aufstiegslinie, die nunmehr in der Kulmination des Großdeutschen Reiches ihren starken Ausdruck findet, in der slawischen Welt das immer von Farbpunkt zu Farbpunkt wellenartig hin und her Wogende. Daher ist es selten eindrucksvoll, daß sich diese Farbigkeit unserer rheinischen Landschaft innerhalb des linearen, etwa niedersächsischen Grundcharakters mit dieser Landschaft und diesem Volkstum im Raume kunstgesetzlich durchaus paaren läßt.

Ich glaube, daß es gerade unsere westmärkischen Künstler damit auch verdienen, daß wir Deutschen im Generalgouvernement sie mit besonderem Vorzug betreuen und daß dieser Charaktervorgang von uns auch plastisch unterstützt werden soll.

Die Ausstellung, die wir heute eröffnen, ist bis jetzt die farbig lebensvollste und entspricht meines Erachtens der Buntheit unseres Raumes durchaus. Für uns Deutsche in diesem Raum liegt daher in der Verbindung mit der Westmark eine weitere Wurzelschlagung der Gewißheit unserer Arbeit.

Indem ich die Künstler aus der Westmark begrüße und ihnen für ihren Einsatz danke, indem ich allen Dienststellen des Staates, der Wehrmacht und der Partei wie des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums meinen Dank dafür sage, daß sie diese Ausstellung ermöglicht haben, wird mir gleichzeitig die große Freude zuteil, die Namen der ersten Preisträger[+] des Kulturpreises der NSDAP., Arbeitsbereich Generalgouvernement, bekanntzugeben.

Generalgouverneur Dr. Frank verkündet hierauf die Preisträger und schließt seine Ausführungen mit folgenden Worten:

[+] s.Krakauer Zeitung v.14.August 1943

13.8.1943

Mögen die Preisträger das Gefühl mit nach Hause nehmen, daß sich das Generalgouvernement und die Deutschen des Generalgouvernements ihnen als den Gebenden verbunden fühlen. Ich eröffne die Ausstellung mit dem Wunsche, daß die Deutschen des Generalgouvernements an ihr innigen Anteil nehmen.

(Lebhafter Beifall)

Mit der Führerehrung findet der feierliche Akt seinen Abschluß.

Der Herr Generalgouverneur besichtigt dann die ausgestellten Werke.

12^{00} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

12^{25} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hause der NSDAP.

14^{00} Rückkehr des Herrn Generalgouverneurs auf die Burg.

14^{50} Der Herr Generalgouverneur begibt sich in Begleitung des Reichsjugendführers zum Hause der Jugend in der Präsidiumstraße zwecks Einweihung und Übergabe des Hauses an den Reichsjugendführer.

Nach Vortrag eines Musikstückes ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Reichsjugendführer! Ich habe die große Freude, Ihnen,Pg. Axmann, das Haus der deutschen Jugend in Krakau im Namen der Deutschen des Generalgouvernements, im Namen der Regierung des Generalgouvernements und im Namen aller Parteistellen zu übergeben. Es freut uns ganz besonders, daß Sie persönlich aus Anlaß der Übergabe des Hauses hier anwesend sind.

13.8.1943

Das Haus der Jugend in Krakau hat eine hohe und edle Zweckbestimmung, soll es doch eine vorbildliche Heimstätte deutschen Jugendlebens an der führenden Stelle des Generalgouvernements sein. Es soll in der Hauptstadt des Generalgouvernements allen Repräsentanten des großen nationalsozialistischen Hitlerjugendwerkes und auch den Angehörigen der großen Organisationen hier eine Stätte für Zusammenkünfte sein. Es ist eine Perle in schöner Lage, mit den Mitteln des Krieges einfach und zweckmäßig erstellt, kein Luxusbau, sondern ein aus den Notwendigkeiten und Erfahrungen der bisherigen Entwicklung des Jugendlebens im Generalgouvernement als kriegswichtig anerkanntes Bauwerk.

Ich bitte Sie, Reichsjugendführer, das Haus in Ihre Obhut zu übernehmen und und es als ein Zeichen anzusehen, daß der Hitlerjugend in dankbarer Anerkennung ihres großen Wirkens in diesem Raum und für die großen Verdienste gewährt wird, die sich alle jugendlichen Deutschen in diesem Raum um den Aufbau dieses Nebenlandes und der Bewegung erworben haben.

Sie wissen, Reichsjugendführer, daß im Generalgouvernement viele tausend Kinder unseres Volkes weilen, die aus den luftgefährdeten Gebieten unseres Vaterlandes stammen, und ich möchte Ihnen an dieser Stelle die Erklärung abgeben, daß alle mir unterstehenden Dienststellen des Generalgouvernements, des Staates und der Partei ihre hohe Ehre dareinsetzen, diesen Kindern, diesen Jungen und Mädeln unseres Volkes eine Heimstätte fürsorglicher Umhegtheit zu gewähren, um damit auch unsere Dankbarkeit der Heimat gegenüber zu beweisen und ein Stück Heimataufbau im Osten durch Einseelung der Jugend in diesem Raum vollziehen zu können.

Ich habe auch die große Freude, Ihnen folgende Ankündigung machen zu können: die Regierung des

13.8.1943

Generalgouvernements hat sich entschlossen, eine eigene HJ.-Stadt - so kann man fast sagen - in Rabka zu errichten. Alle Dienststellen, insbesondere auch das Technische Zentralamt in der Regierung des Generalgouvernements haben sich zusammengetan, um diesen Bau, der eminent kriegswichtig ist und in seiner Totalität weit über 8 ooo Jugendlichen nicht nur eine Heimstätte, sondern auch eine Schulungs- und Gesundungsstätte sein soll, zu errichten. Die materiellen und finanziellen Mittel für den Bau stehen zur Verfügung, und am Montag nächster Woche wird die Arbeit begonnen werden. Damit wird im Generalgouvernement die erste HJ.-Stadt ausschließlich aus der Tradition der HJ. heraus, aus der Not dieser Zeit mit leuchtender Siegesgewißheit der unsterblichen Zukunft unseres Volkes errichtet.

Seien Sie, Reichsjugendführer, nochmals aus vollem Herzen bedankt und überzeugt, daß die Deutschen dieses Raumes getreu ihrer nationalsozialistischen Verpflichtung dem Führer, dem Reich, der Bewegung und unserem Volk gegenüber alles tun werden, um auch Ihnen in Ihrer schweren und verantwortungsvollen Führungsaufgabe der deutschen Jugend mit allen Mitteln zu helfen.

Reichsjugendführer Axmann übernimmt mit Worten des Dankes das Haus der Jugend und gelobt im Namen der Hitlerjugend des Generalgouvernements weitere getreueste Pflichterfüllung.

Anschließend wird das Haus der Jugend besichtigt.

13.8.1943

16^{00} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs auf die Burg.

18^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater.

19^{00} Aufführung des Schauspiels "John Gabriel Borckmann" von Henrik Ibsen unter Mitwirkung von Staatsschauspieler Paul Wegener und seinem Ensemble.

Anschließend Rückfahrt auf die Burg und Empfang des Paul Wegener-Ensemble.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Krakau

Sonnabend, den 14.August 1943

10^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Hauptdienstleiter Sündermann und Pressechef Gassner.

10^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt SS-Brigadeführer Cerff, Präsident Ohlenbusch und Pg. Kobusch.

11^{00} Der Herr Generalgouverneur begibt sich in Begleitung der vorgenannten Persönlichkeiten zur Parteiführertagung ins Haus Urania.

Nach der Rede des Pg. Sündermann ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Parteigenossen! Ich danke zunächst in unser aller Namen den Parteigenossen Cerff, Studentkowsky und Sündermann für ihre Ausführungen, die sie auf dieser Parteiführertagung als Vertreter des Reiches gemacht haben.

Dieser Parteitag der NSDAP. des Generalgouvernements ist für uns, meine Parteigenossen, eine stolze Bewährungsprobe. Vor einigen Wochen war die Situation so, daß man sich fragen konnte, ob im Rahmen des jetzt so unmittelbar auf den Nerven brennenden Geschehens des Krieges und der Politik Platz für eine Parteitagung ist. Man konnte sich sagen: wozu sollen denn die Fahnen schwingen und Marschmusik in den Straßen ertönen, wenn jeder heute das Empfinden in sich trägt, daß Deutschland durch einen tiefen Graben des Krieges und der Not zu gehen hat und daß jeder, ob Mann ob Frau angestrengtest tätig ist. Wozu brauchen wir da noch eine Zusammenkunft, um uns über Selbstverständlichkeit zu unterhalten. Diese Frage konnte gestellt werden und wurde gestellt. Dazu kamen noch Transportschwierigkeiten und die Sicherheitssituation des Landes. Wir waren uns aber darüber klar geworden, daß,

wenn etwas besonders kriegswichtig ist, dies das Bekentnis der alten Parteigenossen zu Adolf Hitler und zu seinem Werk ist und daß es nicht dabei angängig ist, Transport- oder Sicherheitsfragen in den Vordergrund zu rücken.

(Langer Beifall)

Wir Nationalsozialisten haben nie gefeiert, wenn wir zusammenkamen, sondern wir haben gearbeitet von früh bis spät auch da, wo wir uns im Feiergewande der Bewegung versammelten.

Es besteht kein Zweifel, daß dieser Parteitag gerade in Krakau, gerade hier im Herzen des Ostens in diesem Augenblick eine ungeheuere Bedeutung für unsere Arbeit besitzt. Die kleinen Knirpse haben ja schon Morgenluft gewittert, die ganz lächerlichen Urwaldraben, diese Knäckebrotfresser und alten Dörrfleischknacker sind schon dagewesen, haben schon wieder gewartet und geblaubt, nun ist Mussolini gestürzt und nach ihm kommt jetzt die NSDAP. daran. Ich aber sage: gerade weil wir jetzt allein in der Welt sind, sind wir so stark wie der ewige Herrgott selbst.

(Langer Beifall)

Man täuscht sich, wenn man diese Bewegung, die ich persönlich seit ihren Uranfängen kenne, seit dem Juni 1919, da ich neben dem Gefreiten Adolf Hitler in der Universität in München saß, für eine Art nur so nach außen zu vorübergehendem Zwecke zusammengeholte Gemeinschaft hält. Wir sind der Ausdruck dafür, daß das deutsche Volk, komme was kommen will, am Leben bleiben wird und wir sind zugleich auch der Ausdruck dafür, daß das Deutsche Reich unsterblich ist.

Aus diesen Überlegungen heraus habe ich unseren Parteitag veranstaltet. Ich möchte Ihnen, den Parteiführern im Generalgouvernement, all' den braven unermüdlichen Amtswaltern und Amtswalterinnen unserer

14.8.1943

Bewegung, der Partei, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände aus übervollem Herzen Dank sagen für Ihr unermüdlich tapferes, unter ungeheueren Schwierigkeiten sich immer wieder bewährendes Arbeiten. Was wäre aus diesem Land und was wäre aus der Handvoll Deutscher in diesem Raum, was aus den Notwendigkeiten und den Möglichkeiten dieses Gebietes geworden, wenn wir nicht Ihre treue Arbeit gehabt und gespürt hätten.

Die Arbeit der Partei wird durch diesen jetzt veranstalteten Tag einen neuen Auftrieb bekommen. Wir haben die Parteiarbeit hier begonnen, gestützt auf die Urprinzipien der Bewegung. Wir waren nicht irgendwie hineingestellt in eine Tradition voll interner Schwierigkeiten. Von Anfang an stellte ich für die Bewegung hier einige fundamentale Grundsätze auf. Der erste Grundsatz war die absolut einheitliche Zusammenballung aller nationalsozialistischer Energien auf ein Ziel,und zwar ideologisch wie auch organisatorisch: ideologisch insofern, als es für uns in diesem Raum keine andere deutsche weltanschauliche Tradition gibt als die nationalsozialistische; denn wir haben im Jahre 1939 in dieses Land gebracht die Weltanschauung des Nationalsozialisten und nicht irgendeine der sich von früher her leider da und dort im Altreich fortschleppenden früheren Anschauungen. Auf organisatorischem Gebiet haben wir erklärt: der einzige Wert, der hier parteigenössisch wichtig ist, ist der, Nationalsozialist zu sein und dann erst Angehöriger einer Gliederung oder eines angeschlossenen Verbandes. Diese Einstellung hat kein Werturteil über die Gliederungen zur Folge gehabt. Jeder weiß, daß, da wir nur eine Handvoll Deutscher in diesem Raume sind und unter dieser Handvoll Deutscher nur eine Gruppe Nationalsozialisten, eine Spaltung unserer Arbeit unvermeidlich gewesen wäre, wenn wir hier die Organisationen der doch schon an sich stabil gewordenen großen Verbände

des Reiches von vornherein hier eingeführt hätten. Es hat sich gezeigt, daß der Begriff Arbeitsbereich der NSDAP. auch von anderen Teilen Europas übernommen wurde; es gibt heute Arbeitsbereiche in Holland, im Osten usw.. Diese Tatsache zeigt wiederum, daß wir auf dem richtigen Wege waren und sind, es zeigt aber auch wiederum, daß wir uns auch weiterhin bemühen müssen, die führenden zu bleiben.

Die Leistung des Generalgouvernements ist dank auch Eurer Arbeit eine nunmehr restlos anerkannte. Ich will hier nur zwei Zahlen nennen: wir haben im vorigen Jahr 76o ooo to Brotgetreide an das Reich abgeliefert und damit allein fast 7o % des Gesamtgetreides gestellt, das aus dem übrigen besetzten Osten ins Reich kam. Wir haben bald eineinhalb Millionen Arbeiter in das Reich abgestellt und wir bezahlen dem Reich 3 Milliarden Zloty Wehrbeitrag. Darüber hinaus vollführen wir in diesem Land unausgesetzt in jeder Form Leistungen für das Reich. Auf all' dies hinweisen zu können, ist auch ein Stolz der NSDAP dieses Raumes.

Es ist ganz klar, daß uns noch besonders schwere Aufgaben bevorstehen. Mit der zunehmenden Schwierigkeit der Aufrechterhaltung der industriellen Betriebe im Reich in den luftgefährdeten Gebieten werden in den kommenden Monaten wichtigste Industrien in diesen Raum hineingelegt. Mit diesen Werken wird nicht nur eine Strukturwandlung des Gebietes eintreten, sondern es werden viele Tausende von Deutschen, Betriebsführer, Werkmeister, Arbeiter usw. in dieses Land kommen, die von vornherein für die Partei in diesem Raum wichtiger Zuwachs sind. Die Industrieverlagerung ins Generalgouvernement bedeutet aber auch ein immer weiter in den Mittelpunkt des Geschehens Rücken. Wir werden

zu einem Herzstück, das nach Osten, nach Süden und Westen gleich weit entfernt ist. Die Partei muß angesichts dieser Entwicklung daher mit dem Abschluß dieses Parteitages völlig auf Draht sein und ich bin fest überzeugt, daß es Ihnen, Parteigenossen, auch gelingen wird. Wenn man wie gestern unsere Hitlerjugend und B.d.M.-Mädels gesehen hat, wie sie durch die Straßen zogen und auf die Burg marschierten, kann auch uns auch einmal das Herz im Leibe lachen.

Wir haben wirklich in diesen Jahren etwas aufgebaut. An diesem Aufbau soll sich auch die Heimat erfreuen, und unsere Heimatbewegung soll wissen, daß wir Nationalsozialisten hier, mag auch dieser oder jener Fehler gemacht haben, im großen gesehen eine historische Leistung vollführt haben.

(Langer Beifall)

Man hört da und dort soviel von Stimmung: sie sei schlecht, es würde an der Partei kritisiert usw. - oder: warum redet der Führer nicht - da kann ich nur sagen: sorgen wir im Generalgouvernement auf jeden Fall dafür, daß von uns aus ins Reich hineinstrahlt der gehärtetste Wille zur Durchsetzung des Siegeswillens Adolf Hitlers und unseres deutschen Volkes.

(Stürmischer Beifall)

Denn wir sind das große Kriegskind, das Generalgouvernement ist des Führers und seiner deutschen Nation ureigenstes Gebilde. Wir sind sein Eigen, mit seinem Willen wurden wir geschaffen. In unserer Geschichte gibt es nur ihn! So können Sie auch verstehen, daß ich sehr stolz bin, daß ich es fertiggebracht habe, die erste deutsche Briefmarke mit der Aufschrift "Großdeutsches Reich - Generalgouvernement" hier erscheinen zu lassen.

14.8.1943

Wir wollen zeigen, daß für uns Stimmungsprobleme nicht existieren. Uns über Stimmung Gedanken zu machen, bleibt uns gar keine Zeit, weil wir viel zu viel für den Führer und unser Volk zu tun haben. Hier kann auch die Stimmung nicht schlecht sein, weil wir lauter kraftvolle Burschen sind. Ich brauche mir nur Eure Dickschädel anzusehen, so kann ich mir denken, wie jeder draußen unter den Polacken herumwirtschaftet. Das ist auch notwendig und ich habe nichts dagegen. Miesmacher kann ich nicht gebrauchen.

Wir sind auf dem richtigen Weg. Wenn einer fragt: warum spricht denn der Führer nicht, so sage ich: der Führer spricht nicht mit Worten, sondern er spricht mit den Geschützen an der Ostfront, er spricht nicht, indem er wie wir die Zunge in Bewegung setzt, sondern er spricht mit deutschen Divisionen. Den Führer wollen wir so hochstellen, daß er nicht nach unseren Maßen gemessen wird; denn vor ihm und seiner Größe ist das Größte, was wir tun, Zwergwerk. Nach uns wird niemand mehr fragen, während sein Name durch die Jahrtausende leuchtet. Daher soll man sich hüten, seinen Namen so billig in die eigenen Betrachtungen einzubeziehen. Wenn wir hier in Krakau stehen, dann doch nur deshalb, weil es einen Adolf Hitler gibt.

Unser Werk, meine Parteigenossen, ist, Ihr wißt es, ungeheuer kriegswichtig. Darum Kopf hoch, Herz hoch, den Marschtritt klar und Härte gezeigt in allem, wo es nottut! Im übrigen aber mit der ganzen schöpferischen Geistelgelöstheit und seelischen Glaubensdurchdrungenheit weitermarschiert!

(Langanhaltender stürmischer Beifall)

14.8.1943

12^{05} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

12^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt Distriktsstandortführer Globocnik.

13^{00} M i t t a g e s s e n .

15^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt im Königssaal der Burg 14 S.A.-Führer der S.A. im Generalgouvernement.

In einer kurzen Ansprache spricht er den S.A.-Führern für die geleistete Aufbauarbeit seinen Dank und seine Anerkennung aus und weist auf die große Bedeutung der S.A.-Arbeit im Generalgouvernement hin.

16^{00} Weihe von 25 S.A.-Fahnen im Burghof.

Nach Abschreiten der angetretenen Formationen ergreift S.A.-Obergruppenführer Generalgouverneur Dr. Frank das Wort zu folgender Weiherede:

Kameraden der S.A.! Im Rahmen des Tages der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Arbeitsbereich Generalgouvernement seid Ihr hier zu einer feierlichen Stunde auf die alte Burg zu Krakau gekommen In diesem schönen alten Hof werden nun die alten Kampfsymbole unserer nationalsozialistischen Bewegung geweiht werden. Unser oberster S.A.-Führer Adolf Hitler hat seine Weihe in diese Symbole miteingebaut, denn sein Geist, sein Arbeiten, sein Werk, sein Opfergang für Deutschland hat seit dem Jahre 1919 das stürmische Symbol seelisch-geistiger Haltung geformt, das in die Geschichte des Deutschtums als SA.-Geist eingehen wird.

14.8.1943

Tausende und Abertausende deutscher Männer haben der Kampfparole des Führers folgend nunmehr seit 24 Jahren über alle Schwierigkeiten und gegenüber allen Feindseligkeiten dieses flammende Symbol der S.A.-Standarten und S.A.-Fahnen gehalten, getragen und mit dem Einsatz ihres Lebens verteidigt. Seid Euch dessen bewußt, Ihr S.A.-Männer des Generalgouvernements, daß Ihr hier die stolze Tradition echten nationalsozialistischen Kämpfertums übernehmt. Diese Fahne ist nicht nur ein Stück Tuch, sondern ein Stück des lebendigen deutschen Herzens. Es flattern in ihm nicht nur der Wind und der Stumr, es ist in ihm auch der Herzschlag unserer Nation. Es strahlt an ihm nicht nur die Farbe, sondern vor allem der durch nichts zu besiegende Glaube.

Adolf Hitler, seine Bewegung, sein nationalsozialistisches Großdeutsches Reich und seine großdeutsche Wehrmacht werden den Sieg über den Juden davon - tragen.

Wenn in diesem Augenblick im Osten die Bolschewiken gegen unsere Wehrmacht anrennen, so ist das derselbe Feind, den unsere S.A. im engsten Verein mit den anderen Gliederungen der NSDAP. der S.A., der SS, dem NSKK und dem NSFK jahrzehntelang siegreich bekämpft hat.

Ihr, meine S.A.-Männer, seid von mir in Verpflichtung genommen im Namen des Führers und seiner Bewegung; von Euch erwarte ich, daß Ihr genau so wie die S.A. im alten Kampf des Reiches hier im Generalgouvernement die Vorkämpfer unerbittlichster nationalsozialistischer Grundhaltung seid. Die S.A. ist die Sturmhand des kämpfenden Deutschtums des Generalgouvernements. Ihr müßt überall an der Spitze sein, wo es um den Kampf und die Durchsetzung unserer Reichs- und Bewegungsparolen geht. Eure Haltung insgesamt wie die jedes Einzelnen von Euch muß die einer absoluten Bewährung sein. Auf Euch rechne ich in schwerer Stunde,

14.8.1943

auf Euch schaue ich, wenn ich der S.A. gedenkend mich mit den Sorgen dieses Raumes beschäftige, als einem beruhigenden Faktor, der notfalls mit äußerster Autoritätsgewährleistung den Befehlen des Führers, des Reiches, der Regierung und der Partei zur Durchsetzung verhilft.

Es ist nicht die Stunde, weich zu werden, launisch zu sein oder egoistisch. Wir sind hier für eine große Gemeinschaftsaufgabe im Osten zusammen verschworen. Der Führer hat uns in diesen Raum gestellt, auf daß wir so wie dereinst im Kampf des Reiches diesen Raum dem Deutschtum für alle Zukunft sicherstellen.

S.A.-Männer, S.A.-Kameraden! Eine tiefe Bewegung ergreift mich und uns alle, wenn wir derer gedenken, die unter dem Symbol dieser S.A.-Fahne für den Führer gefallen sind und wenn wir der Tausenden gedenken, die als S.A.-Männer in der Wehrmacht des Großdeutschen Reiches Dienst tun, wenn wir all' derer uns nacheifernd erinnern, die das, was wir sooft geschworen haben, mit der Tat besiegelt haben. Lieber sterben als nachgeben! Wenn der Sturm aufsteigt und die Sorgen am Horizont erscheinen, dann steht die S.A. in der vordersten Linie der Führerverbundenheit.

Und so will ich die Weihe Eurer Fahnen vornehmen. Der Geist Horst Wessels, der Geist der Vorkämpfer des Führers, die aus der Ewigkeit auf uns herabblicken, möge in diese Fahnen überströmen und diese Eure Symbole mögen dem Lande, den Deutschen und allen anderen Bewohnern zeigen, daß unsterblich wie Horst Wessel die S.A. ist.

Ich danke Euch für Euren Einsatz und erwarte, daß die S.A. des Generalgouvernements stärker und stärker wird, daß sie wachsen möge, daß sie sich aufgerichtet zeigt, allen Stimmungen entgegentritt und

daß sie somit das wird, wozu ich Euch berufen habe: die Sturmgarde des kämpfenden Deutschtums des Generalgouvernements.

Der Gruß an den Führer und die Lieder der Nation beenden die Feier.

IV/9 16^{50} Empfang reichsdeutscher Schriftleiter. Anwesend sind u.a. stellvertretender Reichspressechef Sündermann und Pressechef Gassner sowie Hauptschriftleiter Stöppler und mehrere Schriftleiter der Krakauer Zeitung.

Im Anschluß an den Empfang wird im Kasino der Burg der Tee gereicht. - Der Herr General gouverneur ergreift während des Tees das Wort zu einer kurzen Ansprache, in der er den auswärtigen Schriftleitern einen kurzen Überblick über den Werdegang und die Verhältnisse des Generalgouvernements gibt, auch auf die Schwierigkeiten hinweist, mit denen die Regierung des Generalgouvernements in den vergangenen Jahren zu kämpfen hatte.

19^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hause Urania.

14.8.1943

20^{00} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs vor dem Hause Urania. - Der Herr Generalgouverneur schreitet die Front der vor dem Hause aufgestellten Ehrenformationen der S.A. und der Politischen Leiter ab und begibt sich sodann in das Haus. Dort wird er von Hauptabschnittsleiter Stahl begrüßt.

Die

Generalmitgliederversammlung
des Arbeitsbereiches General-
gouvernement der N.S.D.A.P.

wird durch den Einmarsch der Standarte und der Fahnen eingeleitet. Das Musikkorps der Luftwaffe bringt darauf die Rienzi-Ouvertüre von Richard Wagner zu Gehör.

Hauptabschnittsleiter Stahl eröffnet dann die Generalmitgliederversammlung und erinnert daran, daß vor drei Jahren Generalgouverneur Dr. Frank im Auftrage des Führers die Parteiorganisation im Generalgouvernement gegründet habe. Aus allen Standorten und Städten des Generalgouvernements seien die Vertreter der Parteigenossenschaft heute an dieser Stätte erschienen, und ihnen solle jetzt die Parole für das kommende Jahr gegeben werden. In den vergangenen drei Jahren habe jeder Parteigenosse sein bestes getan, und ohne den Einfluß der Partei sei nichts im Generalgouvernement geschehen. Man könne wohl mit Fug und Recht sagen, daß die Partei aus dem Generalgouvernement nicht mehr weg zu denken sei.

14.8.1943

Generalgouverneur Reichsleiter Dr. Frank ergreift nunmehr das Wort. Er führt aus:

Deutsche Männer und Frauen! Als wir das letzte Mal im August 1942 unsere Mitgliederversammlung abhielten, waren wir inmitten g roßer kriegerischer Ereignisse. Heute liegt ein Jahr des schwersten Kampfes, ein einzigartiger sorgendurchtobter Ausschnitt aus dem Weltkriegsgeschehen hinter uns. Es leuchten die Namen von schweren unvergleichlichen Kampfestaten unserer Wehrmacht in diesem Jahre auf. Von Stalingrad bis Tunis erstreckte sich die furchtbare Linie entsetzensvollster kriegerischer Auseinandersetzungen mit Feinden im Weltformat. Aber in diesen umsorgten Monaten, Wochen, Tagen und Stunden formte sich auch jenes einzigartig ernste und entschlossen-geschlossene Gesicht, das die deutsche Nation heute trägt.

Die Fahnen flattern im Sturmwind der Zeit; sie flattern froh und siegesgewiß und zukunftssicher. Aber sie deuten auf den Sturm, der über unser Volk in einer grandiosen Erfülltheit gekommen ist, mit Schrecken, Herzeleid, mit Sorgen, Hunger und Tränen. Es ist eine Zeit, in der das Tiefste unseres deutschen Wesens aufgerüttelt wird.

Dieweilen wir uns hier in dem alten deutschen Krakau zur Feier der Bewegung versammeln, toben ringsum die kampfdurchtosten Fronten. Männer leben und sterben in die Nacht, und die Feinde kommen, aus Tausenden von Rohren kommt der Tod über die Leiber unserer Soldaten. In die Wogen des Atlantik wühlen sich die Unterseeboote hinein. In einem entsetzlich schweren Kampf in der Luft tobt die Vernichtung. Stätten deutscher Gesittung, Art und Größe werden uns in terroristischen Angriffen verbrecherischer Luftgangster zerdonnert, Städte, in denen sich die deutsche

14.8.1943

Kultur feierlich zusammenpflegte, um die Blüte unseres Geistes höherzustellen als die Niederung derer, die sie heute zerstören können.

Seien wir uns daher zu Beginn dieser heutigen Stunde des Todernstes der Zeit bewußt! Wir sind nicht zusammengekommen, um uns in müden Parolen aufzurichten. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, die stolze Künderin der großen Mission unseres Volkes, ist heute die Lehrerin für das große Geschehen dieser Zeit. Fürwahr, seit unserer letzten Mitgliederversammlung im Jahre 1942 ist dieses ernste Antlitz aus der Mitte unserer Nation emporgestiegen und schaut uns prüfend und wägend an. Nur ganz großen einmaligen Volksschicksalen ist das bestimmt, was auch uns als Volk nunmehr gekommen ist.

Für uns Nationalsozialisten dieses Raumes ist es daher auch klar, daß alle unsere Arbeit, all' unser Mühen, Sinnen und Planen auf diesen nunmehr total gewordenen Krieg eingestellt zu sein hat. Die Zeit billiger Worte wird über uns nicht kommen; sie war nie da. Wir sind nicht in diesem Raum, um vergänglichen Gewinnen nachzustreben oder um uns hier sicher zu fühlen; wir sind hier genau so in Gefahr und bedroht wie ganz Deutschland. Daher heißt es, die Herzen zusammennehmen und die Sterne prägen.

Der totale Krieg formt das Schicksal in einem Maße, wie das noch nie in der Geschichte eines Volkes der Fall war. Wir haben ein Gesicht, das jedem von uns in das Herz strahlt, das uns ernst wägt und uns immer wieder mit dem mahnenden Blick eines Jahrtausend anschaut, das Antlitz unseres Führers. Seine ernsten tiefen Augen leuchten über ein Jahrtausend hinweg.

14.8.1943

Wenn ich diese ernsten Worte an den Anfang des heutigen Abends stellte, dann tue ich es, weil wir dem Schicksal, das uns bestimmt ist, auch gewachsen sein werden.

(Beifall)

Wir haben nichts zu vertuschen. Bei allem Ernst und aller Sorge ist aber auch schon dafür gearbeitet worden, daß wir die Sorgen bestehen werden. Was in diesen letzten Wochen und Monaten die Soldaten der deutschen Ostfront, die Soldaten Siziliens geleistet haben, ist das größte Ruhmesblatt deutschen Soldatentums

(Lebhafter Beifall)

5oo Divisionen asiatischer, bolschewistischer Mordbanditen branden unausgesetzt, mit allen Waffen versehen, an die Front unserer Soldaten heran, und diese Front steht. Das ist der Dank der Front an Dich, Heimat, das Du stark geblieben bist. Diese Front ist die Front unseres Volkes, sie ist die Front des nationalsozialistischen Reiches, sie ist aber auch die Front aller anständigen Menschen der Welt gegenüber Juda und der Weltplutokratie.

(Lebhafter Beifall)

Und wir werden an dieser Front nicht müde werden, niemals wird diese Front versagen.

Was die wenigen deutschen Soldaten auf Sizilien geleistet haben, grenzt an das Übermenschliche. Wie hat man sich's in England und Amerika vorgestellt, daß man glaubte, hier so einen kleinen Sprung auf eine kleine Insel machen zu können, und was haben diese Männer geleistet, die dort die deutschen Soldatenehre vertreten!

14.8.1943

Und dann: was leistet die Heimat! Noch vor einem Jahr konnten wir nicht ahnen, welche Schrecken, welche gigantischen Übermaße an menschlichem Leid unserem Volk bestimmt sein sollen. Denken Sie an die Tausende und Hunderttausende blühender deutscher Menschen, Männer, Frauen und Kinder, die sozusagen in einem Augenblick hilfslos unter einem Bombenhagel und Feuerregen ihr Alles zerstört sehen: sich, ihr Leben, alles, was sie sich in Jahrzehnten mühevollen Werkes aufgebaut und fleißig erspart hatten, was sie sich sammelten, mühevoll, in treuer Tradtion zu ihrer Familie, - alles dahin. Heimatlos sind sie auf die Straße gestellt, mit Brandnarben, ohne Kleider, und ringsum Berge von Schutt und Zerstörung, die Flammen, der Feuertod flüssigen Asphalts und Phosphors! Dieses deutsche Menschentum verläßt die Ruinen, hat den Trotz im Angesicht und sagt: wenn uns die Verbrecher auch das Letzte nehmen, Deutschland wird leben.

(Stürmischer Beifall)

Und dann ziehen sie los, und dann ist Deutschland eine einzige Hilfsorganisation. Unsere Partei hat ihre Organisation in den Dienst dieser verfolgten unschuldigen Opfer des jüdischen Hasses gegen unsere Kultur gestellt. Es kann kein Zweifel sein, daß aus dieser Woge von Haß und Terror und Mord ein Gebet aufsteigt: England, Du wirst es büßen, Du wirst es zahlen!

(Lebhafter Beifall)

Und dann kommt die Nachricht, daß sich in Italien der Wechsel eines Regimes vollzogen hat, daß die faschistische Partei plötzlich aufgelöst wird. Und wiederum glaubt der Jude in der Welt, triumphieren zu können. Der Faschismus in Italien ist nicht tot.

14.8.1943

Im übrigen ändert das nichts daran, daß Adolf Hitler und seine Bewegung den Kampf gegen Judas siegreicher denn je fortsetzen werden.

(Lebhafter Beifall)

Wir stehen in diesem Ringen entschlossener denn je; ganz gleichgültig, wie einer jemals zu unserer Bewegung stand, - wir wissen: wer gegen Adolf Hitler ist, der müßte notwendigerweise für den Juden sein, wer gegen unsere Bewegung ist, der müßte für die Niederlage Deutschlands sein, wer gegen unsere Fahnen ist, der müßte auf die Fahne Moskaus schwören. Etwas anderes gibt es nicht; denn für uns ist es die höchste Ehre, daß Adolf Hitler von den Todfeinden unseres Volkes auch tödlich gehaßt wird.

Volksgenossinnen und Volksgenossen! Die Bewegung dieses Raumes ist sich dieser Faktoren bewußt. Ich habe Ihnen zu Beginn dieses Abends diese Probleme deshalb ganz offen gesagt, weil sie erklärlicherweise jeden Deutschen heute beschäftigen. Nach vier Jahren schwersten Krieges denkt jeder über den Krieg nach. Aber ich weiß, daß die Deutschen dieses Raumes nur den Ehrgeiz kennen, innerhalb der Opfer- und Kampfgemeinschaft unseres Volkes mit an der Spitze zu marschieren. Ihr, meine Deutschen des Generalgouvernements, seid der Front im Osten nahe und wißt, welche Opfer sie bringt. Ihr wißt, wie sie kämpft, sich müht, wie unsere Soldaten sterben und ihre Wunden heimbringen. Wir sind daher in dieser Bewegung auch versammelt zum Kriegsdienst; denn die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat von Anfang an keine andere Aufgabe gehabt, als diesen Raum und diese Menschen in den Dienst des deutschen Volkes zu stellen.

14.8.1943

Wir können auf ein Jahr Arbeit unter allen diesen Erschwernissen zurückblicken. Ich möchte allen Parteigenossinnen und Parteigenossen dafür danken, daß sie im abgelaufenen Jahr die Parteiarbeit wieder mit so unsagbarem Fleiß und Eifer vorwärtsgetrieben haben. Was wir heute hier an Fahnen und Kampfzeichen unserer Bewegung sehen, ist wiederum Ausdruck für die wachsende Kraft der Bewegung dieses Raumes. Wir sind in vollem Marsch, und niemand wird diesem Marsch Einhalt gebieten. Wir fürchten uns vor dem Fremdvölkischen dieses Raumes nicht nur nicht, sondern wir wissen, daß, wenn irgendwie gegen die deutsche Aufbauarbeit dieses Raumes Widerstand geleistet werden sollte, nicht die Deutschen, sondern die Polen das Land verließen und daß jeder Terror gegen uns nicht deutsche, das sondern das polnische Leben hier enden lassen würde. Ich bin daher nach wie vor entschlossen, den Weg der Deutschwerdung dieses Raumes mit aller Energie vorwärts zu treiben.

(Beifall)

Die Parteigenossinnen und Parteigenossen müssen im Rahmen der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben und Arbeitsnotwendigkeiten dieses Gebietes an dieser Aufgabe besonders interessiert sein.

Gestern machte mir die Jugend unserer Bewegung auf der Burg zu Krakau die schöne eindrucksvolle Freude ihrer Fahnenweihe. Als wir diese Tausende von deutschen Knaben und Mädchen aus unserem Generalgouvernement mit ihren leuchtenden Augen und ihren glühenden deutschen Gemütern vor uns sahen, da war uns allen so recht klar geworden, daß nunmehr nach so vielen Jahren eines entsetzlichen Ringens mit den Dingen und Menschen dieses Land anfängt, den deutschen Menschen eine Heimat

zu werden, eine Heimat, die sich in ihrer Schönheit und ihrer Arbeitsentwicklung zeigt, die emporsteigt und mit ihren Leistungen für das großdeutsche Vaterland in jeder Form vorbildlich ist.

Die Partei steht hier an erster führender Stelle und es war daher nicht mehr als Dankesschuld, die ich als Generalgouverneur der Partei abstatte, daß ich den Festtag der Partei bestimmt habe zur Herausgabe der ersten symbolischen Postmarke im gesamten Großdeutschen Reich, auf der zum erstenmal statt: "Deutsches Reich" steht: "Großdeutsches Reich - Generalgouvernement".

(Beifall)

Dieses Symbol bedeutet eine Parole, und die Parole heißt: wir sind uns immer mehr dieses großen einmaligen Reiches bewußt, zu dessen Gedeih' und Nutz' wir allein in unserem Land zu arbeiten haben. Dieses Großdeutsche Reich ist das persönliche Werk eines Mannes: Adolf Hitlers -, und wir können nicht oft und eindringlich genug sagen, daß mit dieses Mannes Werk "Großdeutschland" für uns die Verpflichtung verbunden ist, dieses Reich zu halten und ihm immer mehr zu dienen. Das "Generalgouvernement hat mit der ersten Marke "Großdeutsches Reich" dem Deutschen Reich selbst eine Linie der Entwicklung gegeben. Hoffen wir, daß wir bald im Deutschen Reich auch die Marke haben "Großdeutsches Reich". Wir sind entschlossen, immer die "Großdeutschesten" zu sein, die es gibt. Wir kennen hier nicht den Unterschied der Stämme. Ob Bayern, Sachsen, Friesen oder Rheinländer, Ostpreußen, Franken, Pfälzer, Württemberger, Thüringer, Schlesier, Brandenburger, Schleswig-Holsteiner, - was immer die deutsche Heimat an ihren besten Männern und Frauen hierher schickt, wir schmelzen sie zu einer einheitlichen

14.8.1943

großdeutschen Schicksalsgemeinschaft zusammen. Welche Aufgabe für die Bewegung! Was sie im letzten Jahr auf dem Gebiet der Zusammenfügung der deutschen Menschen getan hat, ist zwar kriegsbedingt, aber in jeder Weise doch Erfolg verheißend.

Generalgouverneur Reichsleiter Dr. Frank erstattet darauf einen Leistungsbericht. Er erwähnt dabei insbesondere die zahlreichen Versammlungen, Feiern, Filmveranstaltungen, Muskaufführungen, gedenkt vor allem der vorbildlichen Truppenbetreuung, in deren Rahmen unzählige Bücher, Illustrierte Zeitungen, Rundfunkapparate usw. verteilt wurden. Besondere Anerkennung zollt er dem Fraueneinsatz, der hauptsächlich der Verwundetenbetreuung gegolten habe, und hebt die Leistungen der Parteiorganisation auf dem Gebiete der Arbeits- und Sozialpolitik wie im Rahmen des Berufserziehungswerkes hervor. Er fährt dann fort:

Die von mir gegebenen Zahlen beleuchten eine wirklich große und unbestrittene Leistung, und auch hierfür möchte ich allen Amtswaltern und Amtswalterinnen des Arbeitsbereiches meinen herzlichen Dank sagen.

Wir Nationalsozialisten haben jetzt die Aufgabe, das zu halten, was mit dem Schlagwort "Innere Front" bezeichnet wird. Diese deutsche Front ist im Inneren wie im Äuseren,mit Waffen wie mit Menschen der Heimat, ein großes Ganzes geworden. In Hamburg wie an der Front fallen die Menschen für Deutschlands Größe.

Auch wir im Generalgouvernement haben eine Reihe von traurigen Ereignissen erlebt, die wertvollste deutsche Männer und Frauen aus unserer Mitte gerissen haben. Es sind viele Hunderte Deutscher der Verwaltung, des Staates, der Polizei und der Partei unter

den Mordanschlägen eines feindseligen organisierten Untermenschentums für ihr Volk und Vaterland gefallen. Diese deutschen Menschen sind genau so wie die Soldaten, die in vorderster Front stehen, zu nennen. Es ist kein Zweifel, daß einmal unter den großen Opfern der heutigen Zeit auch diesen Opfern unserer inneren Front ein würdiges Gedenken zuteil werden wird.

In den kommenden Monaten werden uns die Fragen der Menschenführung beschäftigen. Es darf in keiner Weise sein - und wir müssen uns auf das schärfste dagegen wenden,- daß, während die Soldaten an der Front bluten, in der Heimat am Krieg unlauter verdient werden kann. Wenn dieses ekelhafte Zeug von miserablen Volksgemeinschaftsdeserteuren selbst in dieser Notzeit nur an den persönlichen Vorteil und Profit denkt und darin sein Lebensziel sieht, so müssen wir dafür sorgen, daß dieser Ungeist, der im Weltkrieg 1914 bis 1918 zu den ekelhaften Erscheinungen des Kriegsgewinnlers geführt hat, jetzt nicht irgendwie wieder ersteht.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben hier im Lande überall unsere scharfen Augen. Ich möchte immer wieder betonen, daß ich auch in Zukunft jedes Urteil auf diesem Gebiet vollstrecken lassen werde. Wir werden dafür sorgen, daß der Soldat, daß der kämpfende und arbeitende deutsche Mensch in der Heimat davor geschützt ist: wenn er alles opfert, darf nicht ein anderer an seinem Opfer schmutzige Verdienste einheimsen können. Das ist eine der Aufgaben der Bewegung. Sie muß lauter vor dem Volke stehen, sie hat die Gewissensrichtung zu geben, sie hat das große seelische Steuer in der Hand, mit dem sie den strauchelnden Helden und den deutschen Menschen der inneren Front immer wieder zur Würde der geschichtlichen Aufgabe lenkt.

14.8.1943

Es ist auch ein überflüssiges Beginnen, wenn man versuchen wollte, sich in dieses Land hereinzudrängen, um sich vor Pflichten zu drücken, die man in der Heimat nicht zu erfüllen gedenkt. Ich spreche es hier ganz offen aus: wenn meine Kommissionen in den nächsten Wochen jemanden feststellen, der unangemeldet und sogar unter Übergehung der Ernährungsbehörden dieses Raumes versucht, hier sich vor Pflichterfüllungen im Reiche zu drücken, so werde ich ihn als Deserteur unverzüglich der geeigneten Strafe entgegenführen.

(Beifall)

Es soll niemand glauben, daß er uns auf die Dauer entwischt. Wenn dies der einzige Dienst ist, den wir in der Heimat der kämpfenden Front leisten können, dann ist er doch entscheidend. Wenn man glaubt, hier im Generalgouvernement irgendwie anders leben zu sollen, als das die Heimat vorschreibt, so habe ich dafür kein Verständnis. Wir kennen die Notwendigkeiten dieses Raumes. In zunehmendem Maße wird von mir nun eine völlige Gleichschaltung der Lebensbedingungen in diesem Raum mit denen der Heimat stattfinden. Es ist unmöglich, daß in den kommenden Notmonaten des Kampfes in diesem Raum anders gelebt wird als in der Heimat. Ich würde sehr bitten, daß Sie, meine Parteigenossen und Parteigenossinnen, die allerdings wenigen beklagenswerten Ausnahmen rücksichtslos zur Tilgung bringen. Ich betone das deshalb, weil ich weiß, daß das weitüberragende Gros der deutschen Bevölkerung dieses Raumes in jeder Weise pflichtbewußt und opferbereit seinen Dienst für Deutschland erfüllt. Haltung und Glauben, Führung und Kampf gehören zusammen.

14.8.1943

Wir haben in dieser Aufgabe der Menschenführung in der Partei bisher alles getan, was denkbar ist.

Die zweite Aufgabe ist die der Menschenbetreuung, der Betreuung der Deutschen, die nun vielleicht aus bombengeschädigten Gebieten aus dem Reich zu uns kommen. Sie liebevoll aufzunehmen, sie wieder mutig aufzurichten, zum Leben und auch zur Arbeit zu führen, ist eine der schönsten Aufgaben, die die Bewegung in diesem Raume hat. Wenn ich an die Tausenden und Abertausenden von deutschen Kindern denke, die wir aus den bombengeschädigten Gebieten des Reiches bei uns aufgenommen haben, wenn ich sie mir immer wieder vor Augen führe, wie sie lächeln und glücklich in diesem Raum eine neue Heimat bekommen haben, so kann die Partei stolz auf diese Gemeinschaftsaufgabe hinweisen.

Die dritte Aufgabe ist die Betreuung der deutschen Kultur in diesem Raum. Ich glaube, wir können alle mit dem deutschen Kulturleben im Generalgouvernement außerordentlich zufrieden sein. Was sich hier in Musik und Theater, in Veranstaltungen künstlerischer Art auf allen Gebieten entwickelt hat, führte zu einer weiteren Verstärkung der Heimatbeziehungen des Deutschen zu unserem Raum. Die deutsche Kultur hat sich hier in den früheren Jahrhunderten eine gewaltige und eindrucksvolle Heimstätte geschaffen. Der Name "Veit Stoß" leuchtet auf und ist uns Mahnung und stolzer Zeuge dafür, daß nicht das Wirtschaftliche einem Volk den Weg ins Freie und in die Größte gibt, sondern die Bewährung der größten künstlerischen und schöpferischen Genialität. Ihm in allen Formen nachzuspüren und nachzueifern, ist unsere Aufgabe. Der Kulturpreis der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, der gestern zum erstenmal verliehen wurde, soll Zeuge dafür sein, welche Bedeutung unsere Bewegung diesem Gebiet beimißt. Es ist auch ein grosses Glück für uns, daß wir dank dem persönlichen Ent-

14.8.1943

gegenkommen des Führers unser Staatstheaterorchester behalten können und daß wiederum dank dem Entgegenkommen des Führers die weitere Entwicklung unseres Kulturlebens allenfalls durch Hereinnahme größerer deutscher Filme aus dem Reich eine ungeheure Steigerung erfahren wird.

Eine weitere Aufgabe der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist die Fortführung jener sozialistischen Maßnahmen, die wir für die deutschen Werktätigen in unserem Bereich durchzuführen haben. Ihe habe gestern dem Reichsjugendführer das Schutzgesetz für die deutsche Jugend im Generalgouvernement übergeben. Diese Verordnung ist vorbildlich und bringt der deutschen schaffenden Jugend des Generalgouvernements eine Lebenssicherung, wie sie zur Zeit in diesem Ausmaß noch nirgendwo besteht. Diese Gabe des Staates Generalgouvernement an die Partei ist auch ein Beweis dafür, wie sehr sich die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterbewegung des volksdeutschen Schicksals in diesem Raum angenommen hat. Dieser Sozialismus der Tat wird sich aber noch weiterhin in der Fürsorge, der Regelung des Wohungswesens, des Ernährungsproblems, der Marktversorgung usw. in jeder Weise zeigen. Ich habe auch den neuen Stadthauptmann von Krakau besonders darauf aufmerksam gemacht, welche gesundheitlichen Schäden einzutreten drohen, wenn die Qualitätsverbesserung des Kraakauer Brotes noch länger auf sich warten läßt.

(Beifall)

Wir haben dafür zu sorgen, daß alle diese Nöte des Einzellebens mehr und mehr verschwinden. Aber, Parteigenossen und Parteigenossinnen, denken Sie auch immer daran, mit welch' unsagbaren Schwierigkeiten die

14.8.1943

deutsche Arbeit in diesem Raum, in dem wir zu 99 % auf die Arbeit fremden Volkstums angewiesen sind, zu kämpfen hat. Das ist keine einfache Sache, und jeder, der in diesem Raum an einer führenden Stelle steht, jeder, der hier eine Verantwortung zu tragen hat, weiß, was es heißt, polnischen Schlendrian nach und nach wieder ins Reine zu bringen.

In diese sozialistische Aufgabe gehört weiter der unerbittliche Kampf, den die Partei um die Sicherung aller Lebenswerte des deutschen Volkstums führt. Auch die Bereitwilligkeit unserer nationalsozialistischen Gliederungen, die als S.A.,S.S. oder Polizeidienst für die Sicherheit dieses Landes eintreten, gehört hierher. Der Deutsche soll bis weithin an die Grenze unseres Raumes mehr denn je erkennen, daß hier niemand ungestraft gefährdet werden kann. Dies ist umso schwieriger, als es die allgemeinen Anforderungen an die Sicherheitsexekutive des Reiches unter Umständen fast unmöglich machen, diesen Sicherheitsfaktor immer sogleich im Augenblick restlos einzusetzen. Ich werde glücklich sein an dem Tag, an dem ich weiß, daß in gemeinsamer Arbeit aller Sicherheitsfaktoren, unter treuer Mitwirkung der Wehrmacht und der Polizei die Sicherheit dieses Raumes und die Sicherheit der deutschen Menschen hier wieder restlos hergestellt ist. Schwere Opfer haben uns diese Männer hier gebracht, und es ist gut, wenn wir auch darüber ganz offen sprechen. Wenn draußen im Lande ein einsamer deutscher Mensch unter Tausenden von Polen arbeitet, so verdient er eine besondere Anerkennnung. Es ist nicht an dem, daß die Städte nicht gesichert wären; aber schier unmöglich ist es, zu jedem Förster, zu jedem Kreishauptmann, in jede Dienststelle auf dem Lande, auf jedes Gut, auf dem ein deutscher Mensch

arbeitet, in jede Mühle und jede Fabrik eine solchen Sicherheitsschutz zu legen, daß ein Angriff auf Leben und Gut aussichtslos wäre. Jedoch werden sich die Sicherheitsfaktoren in zunehmendem Maße auch auf das Land verteilen und in jeden Winkel des Raumes kommen, in dem die Sicherheit notorisch immer wieder gestört wird. Sie wird durch die Polizei in dislozierten und aufgeteilten Einzelstationen gewährt werden. Die Polizei übernimmt im engsten Einvernehmen mit der Wehrmacht diese Aufgabe, und wir werden dann künftig nicht mehr zu polizeilichen Großeinsätzen zu greifen brauchen, weil die Polizei in kleinen Abteilungen überall im Lande dauernd sichtbar und aktiv vorhanden sein wird.

(Beifall)

Diese Aufteilung der Polizei wird die Lösung des Sicherheitsproblems bringen. Daß gerade unsere deutsche Polizei in diesem Kampf sich so unendlich bewährt hat, zeigt die Zahl vieler hunderter Gefallener, zeigen die Opfer, die sie und mit ihr die Gendarmerie in diesem Kampf für die Sicherheit unseres Raumes gebracht haben.

Weiter wird es Aufgabe der Bewegung sein, mit dem deutschen Leben aus Glauben, Menschenführung und Betreuung, aus Treue, aus Bekenntnis zur deutschen Kultur und aus deutscher Tatkraft dieses Gebiet immer mehr zu des Führers ureigenstem Land zu machen.

Der Krieg hemmt nun alle diese Pläne, wo er irgend kann. Was wir trotzdem in diesen vier Jahren aufgebaut haben, hat sich im Dienste Deutschlands bewährt. Mit einer Zahl von vielen Hunderttausenden von Tonnen Brotgetreide hat das Generalgouvernement dem Reich seinen Dank abgestattet. Sie wissen, daß daraus große Schwierigkeiten für die Ernährung entstanden sind.

14.8.1943

Ich habe nun zum 1. September dieses Jahres eine allgemeine Regelung der Lebensmittelzuteilung auch für die Fremdvölkischen im Interesse der Arbeitskraft dieser Werktätigen für Deutschland, im Interesse auch der Beseitigung des völlig korrupten Schwarzhandels, der allüberall in diesem Land getrieben wurde, eingeführt. Es ist unmöglich, daß sich solche Zustände dauernd aufrecht erhalten lassen. Wenn aber ab 1. September die Ernährung der fremdvölkischen Bevölkerung auch restlos sichergestellt sein wird, dann werde ich mit allen Mitteln den illegalen Schleich und Schwarzhandel dieses Landes ausrotten. Ich werde es auch verstehen, unsere Polizei so einzusetzen, daß mir dabei keiner durch allzu weite Maschen entschlüpfen kann.

Nehmen Sie noch eine Parole mit! Es ist ein Wort und heißt: Stärke! Was ich jetzt von den Deutschen dieses Raumes verlangen muß, was ich von allen Männern und Frauen dieses Raumes geradezu als äusserste grundgesetzliche Haltung in allen Dingen des Lebens verlange, ist Stärke. Ich brauche jetzt, um den Aufgaben gewachsen zu sein, die vor uns liegen, Eure Stärke. Ich kann sie nicht hier im Land haben, die Weichen, die Duckmäuser, die feinen Redner, die käuflich süßlichen Defätisten, die Witzbolde und die Kritikaster! Ich kann sie hier nicht brauchen, und wenn ich sie erwische, wehe ihnen! Ich brauche Euch starke Männer und starkbewußte Frauen. Wir stehen nicht im Jahre 1943 deshalb, um nun weich zu werden. Denn nicht dieses Jahr wäre verloren, nicht wir, unsere Generation, sondern ein Jahrtausend wäre verloren, wenn Ihr jetzt schwach würdet. Denkt daran!

14.8.1943

Ich brauche Eure Stärke. Wenn Ihr schwach werdet, dann geht in die Lazarette und schaut Euch unsere Verwundeten an, wie die mit ihren Schmerzen im Streckverband daliegen, blaß und bleich, das Grauen der Front in ihren Herzen, aber das Leuchten des Siegeswillens in ihren Augen! Werdet nicht mürbe unter den Terrorangriffen, unter den Gerüchten, unter dem Geschwätz, ist es doch immer wieder dieselbe schmutzige Flut, mit der der Feind von rückwärts unsere Front zerbrechen will. Ich brauche Eure Stärke, und deswegen wird die Arbeit der Bewegung in diesem Jahr gefördert und gehämmert. Man wird uns hören, denn die Partei wird marschieren. Nicht die Partei trägt das Kainszeichen im Gesicht, und der Führer hat sein Volk noch nie verlassen. Er leuchtet über uns, in dieser Zeit ist niemand groß genug, sich auch nur mit ihm zu messen.

Ich brauche Eure Stärke. Ihr müßt jetzt in den kommenden Monaten und Wochen aus dem Generalgouvernement einen glühenden Block der Geschlossenheit schmieden. Ihr deutschen Männer und Frauen - ich bitte jeden einzelnen von Euch, schaue jedem ins Auge, greife jedem ans Herz - von Euch muß das Gebet aufflammen: Deutschland muß siegen, Deutschland muß leben!

Und wenn Ihr schwach werdet, geht an die Gräber der Gefallenen und neigt Euch! Wenn Ihr schwach seid, dann habt den Mut, den Gräbern Euch zu zeigen! Wenn Ihr schwach werdet, dann denkt daran, daß der Todfeind Deutschlands sich freut über Eure Schwäche, weil er die Hoffnung hat, wieder einen gewonnen zu haben, der Deutschland verraten könnte.

Ich brauche Eure Stärke, der Führer braucht unser aller Stärke. Und wenn er schweigt und nicht spricht, dann weiß er, warum er schweigt; denn für ihn sprechen

die Waffen der deutschen Soldaten an den Fronten. Laßt Euch nicht aus dieser starken Schicksalsverbundenheit reißen und von ihr trennen. Ein Jahrtausend der Zukunft liegt vor uns, Generationen deutscher Menschen warten auf den Raum, den wir ihnen geben. Die Front kämpft, auf daß diese Zukunft komme. Die Toten mahnen uns, die noch nicht Geborenen erheben uns, und der ewige Herrgott soll wissen, daß unsere Herzen ein einziges flammendes Gebet sind: Herr! Laß Adolf Hitler siegen!

(Anhaltender stürmischer Beifall)

Hauptabschnittsleiter Stahl dankt Generalgouverneur Reichsleiter Dr. Frank für seine Worte und gibt bekannt, daß vom Führer folgendes Telegramm eingegangen ist:

An Herrn Generalgouverneur Dr. Hans Frank, Krakau.

Ich danke Ihnen für das mir namens der Deutschen im Generalgouvernement anläßlich des Tages der NSDAP in Krakau ausgesprochene Gelöbnis treuer Gefolgschaft. Ich bin überzeugt, daß mit den übrigen Volksgenossen auch die Deutschen im Generalgouvernement in dem Kampf um die Erringung und Sicherung der europäischen Freiheit ihre ganze Kraft einsetzen werden; denn der Endsieg wird so oder so unser sein.

Adolf Hitler

(Stürmischer Beifall)

14.8.1943

Mit dem von Hauptabschnittsleiter Stahl ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer und den Liedern der Nation findet die Generalmitgliederversammlung ihren Abschluß.

21^{25} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

22^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Parteihaus und Teilnahme am Kameradschaftsabend der Blutordens- und Ehrenzeichenträger der Partei.

Anschließend Rückfahrt auf die Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Krakau

Sonntag, den 15.August 1943

11^{00} Großkundgebung der NSDAP. Arbeitsbereich Generalgouvernement auf dem Adolf-Hitler-Platz.

Nach dem Einmarsch der Standarte Horst Wessel und der Fahnen spricht der stellvertretende Leiter des Arbeitsbereichs Generalgouvernement V.i.A. Hauptabschnittsleiter Stahl:

lo ooo Deutsche sind auf dem Adolf-Hitler-Platz in Krakau zu einer Schluß- und Großkundgebung zusammengekommen, um ein Bekenntnis zum Führer und zum Großdeutschen Reich abzulegen. In Arbeitstagungen, Feierstunden und Appellen hat die Führerschaft der Partei des Generalgouvernements sich von Ihnen, Herr Generalgouverneur, für das kommende Kampfjahr die Parole geben lassen. Jetzt stehen hier als Sinnbild des gesamten Deutschtums im Generalgouvernement die Gliederungen der Partei und das gesamte Krakauer deutsche Volk, um von Ihnen, Herr Generalgouverneur, die Siegparole zu empfangen, die uns gestern der Führer durch ein Telegramm übersandt hat. Ich bitte Sie, Herr Generalgouverneur, zu der versammelten deutschen Bürgerschaft Krakaus zu sprechen.

Dann spricht der Herr Generalgouverneur:

Es ist dies die erste öffentliche Kundgebung des deutschen Krakaus seit Bestehen des Generalgouvernements. In diesem festlichen Augenblick bekennt sich das Deutschtum dieses durch den heldenmütigen Einsatz der großdeutschen Wehrmacht im Jahre 1939 dem Deutschen Reich angefügten Raumes mit besonderer Dankbarkeit und treuer glühender Hingabe zum Führer. In Adolf Hitler sehen wir den Wiedererwecker des deutschen Lebens dieses Weichselraumes, das - vor vielen Jahrhunderten durch großartige Pionierleistungen unserer Vorfahren begründet,in der Kampfepoche schwerer

15.8.1943

Volkstumskrise zurückgedrängt - durch Adolf Hitler nunmehr endgültig von diesem Raume wieder Besitz ergriffen hat. Niemals werden über diese Stadt, über den Raum des Generalgouvernements die deutschen Fahnen niedergeholt werden. Dieses Land bleibt deutsch in alle Ewigkeit.

Die Zeiten großartiger Kulturleistungen schauen auf uns herab. Dieser alte Platz der alten deutschen Stadt Krakau ist umragt und durchzogen wie der ganze Weichselraum von den unzerstörbaren Zeugen aus Kunst und Kultur. Sie blicken auf uns mahnend und festigend herab. Sie sind für uns die Zeugen, daß deutsche Menschen allüberall, wo sie ihr Werk einer sauberen geistig-seelischen Ausgerichtetheit beginnen, große unvergängliche Werke zu schaffen vermögen. Heute ist dieser Platz glücklich, daß, wie es seine Baumeister vor vielen Jahrhunderten in ihren kühnsten Träumen kaum zu denken gewagt hatten, die Vertreter des ganzen großen deutschen Volkes auf ihm versammelt sind. Es ist das stolze Bild des deutschen Volkes in Waffen, unserer Soldaten des Heeres, der Luftwaffe, der Waffen-SS, unserer S.A.-Kameraden, unserer Beamten, der Deutschen aller Dienststellen des Staates, unserer Parteigenossen und der deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen, die wir hier stehen. Wir alle sind hier auf diesem Platz, um zu bekennen, daß wir mit Adolf Hitler dem Endsieg unseres Volkes über Juda und alle Vernichter unseres Reiches gläubig entgegentreten wollen. Wir werden durch keine Drohung, durch keine Not und durch keine Sorge jemals weich werden. Das Geschlecht, das Adolf Hitler geformt hat, ist unbesiegbar, weil es stark, gläubig und treu ist.

15.8.1943

Dieser Kampf ist uns vom ewigen Herrgott geschickt, um die größten Eigenschaften des deutschen Charakters sich bewähren zu lassen. Dieser Kampf kostet Opfer: die Deutschen im Generalgouvernement haben schon Hunderte verloren in diesem Volkstumsringen; sie sind alle in der gleichen Ehrenhalle des Pantheon unseres Volkes ewige Zeugen der Unvergänglichkeit unserer Nation, der Größe unserer soldatischen und volksgenössischen Entschlossenheit. Wir gedenken in treuer Ergriffenheit und Dankbarkeit aller Toten dieses großen Ringens unseres Volkes.-

Der Tag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei hat den Kampfgeist der Deutschen dieses Raumes aufs neue gezeigt. Wie das Reich und wie die Wehrmacht, so ist auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei unzerstörbar. Entschlossenheit flammt in unseren Herzen, und wir können nur den ewigen Herrgott bitten: Herrgott! belohne das Opfer,unseres Volkes und gib uns endlich Freiheit, Größe und Sieg und bewahre uns den Führer!

(Langanhaltender Beifall)

Parteigenosse Stahl:

Führer, Dein Befehl lautet: So oder so, wir werden den Endsieg an unsere Fahnen heften. Führer, wir grüßen Dich! Sieg-Heil! Sieg-Heil! Sieg-Heil!

13^{00} Der Herr Generalgouverneur nimmt mit dem Wehrkreisbefehlshaber im Generalgouvernement General der Infanterie Haenike und General der Flieger Sommé den Vorbeimarsch von Ehrenformationen aus Heer, Luftwaffe, Waffen-SS und der Gliederungen der Partei ab.

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs auf die Burg.

15.8.1943

17^{30} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Pressechef Gassner.

18^{15} Besprechung mit Gouverneur Dr. Losacker.

18^{45} Empfang der Sieger und Siegerinnen des diesjährigen Leistungswettkampfes der HJ. im Generalgouvernement in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler sowie Führern und Führerinnen der HJ. des Generalgouvernements.

Der Herr Generalgouverneur spricht zu den Jungen und Mädels folgende Worte:

Euch, deutsche Jugend dieses Raumes, danke ich von ganzem Herzen für diese schönen und so zukunftsweisenden Erfolge. Es ist eine große Tat, die Ihr vollführt habt, wie Ihr mitten in der schwersten Zeit unseres Vaterlandes Euren idealen Glauben desSports so deutlich zum Ausdruck gebracht habt. Die Leistungen, die mir berichtet wurden, sind hervorragend, und ich glaube, daß damit die Jugend des Generalgouvernements in eine sehr schöne Position der gesamtsportlichen Wertung der deutschen Jugend eingetreten ist. Ihr habt damit dem Deutschtum in diesem Raum einen großen Dienst erwiesen, denn in diesen sportlichen Leistungen steckt eine der Kräfte, mit denen das Deutschtum hier die Zukunft sichern wird.

Ihr könnt Euren Kopf hochhalten, alle Eure Kameraden auch, die mit ihren Leistungen nicht an die erste Stelle kamen, aber sich ebenfalls eingesetzt haben. Ihr habt dem Führer und seinem Reich einen großen Dienst erwiesen; dafür danke ich Euch ganz besonders. Ihnen, Parteigenosse Förschle, allen Ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen spreche ich meine Anerkennung für das Verhalten der Jugend in diesen Tagen des Parteitages aus. Vom ersten Tag bis zum jetzigen

15.8.1943

Abschluß war der Geist der Jugend mitbestimmend und in allen Veranstaltungen gab sie uns die Gewißheit, daß das Werk, das wir hier begründen, unzerstörbar ist.

Ich habe diese Stunde mit Absicht in den festlichsten Saal, den es im Generalgouvernement gibt, gelegt. Ihr sollt das Erlebnis in die Heimat mitnehmen, dasswir in diesem Raum im Namen des Führers und des großdeutschen Volkes weilen, und daß jeder von Euch berufen ist, sich in diesem Raume die höchsten Ziele zu setzen. Denn wir sind ein Staat und ein Volk, in dem nicht die Abstammung, Geld oder Vermögen das Entscheidende sind, sondern die Leistungen. Jeder von Euch kann zu den höchsten Positionen unserer Gemeinschaft aufsteigen. Vor Euch liegt das große Reich, das vom Führer mit seinen Soldaten erkämpft wird; Euch wird man einmal die Fahne des Reiches übergeben, und Ihr müßt sie mit gleicher Entschiedenheit weitertragen. Denkt in Eurem Wirken und in Eurem Arbeiten immer daran, daß diese Burg ein Symbol für die Größe der Ziele ist, die sich Adolf Hitler gestellt hat und die er uns übergeben hat. In Eurem jungen Bewußtsein soll die Erinnerung an diese Stunde leuchten und Euch sagen, daß Ihr es durch Eure Leistung schon so weit gebracht habt: auf dieser Burg seid Ihr schon einmal im Namen des Führers empfangen worden. Ihr müßt Euch vornehmen, daß es in Eurem Leben so weitergehen soll, dann wird es richtig werden. Ich wünsche, daß Ihr Eure Arbeit, ganz gleich,welchen Beruf Ihr Euch erwählt, in Pflichterfüllung, mit Opfersinn, Gemeinschaftsgeist und Kameradschaftspflicht erfüllt, die Euch vom Reichsjugendführer, von Euren Jugendführern, von Eurer Schule und aus den allgemeinen Programmpunkten unserer Bewegung gelehrt werden.

15.8.1943

Wir können im Generalgouvernement auf diesen Tag der Partei stolz sein. Er hat dem Deutschtum und der Arbeit des Führers einen großen Auftrieb gegeben. Und Ihr seid daran in erster Linie beteiligt.

Anschließend läßt sich der Herr Generalgouverneur von Hauptbannführer Förschle einzeln die im Türkenzelt versammelten Sieger und Siegerinnen vorstellen.

19^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Mogilska-Theater zwecks Teilnahme an einer aus Anlaß des Parteitages im Generalgouvernement von K.d.F. durchgeführten Sonderveranstaltung für die Verwundeten.

IV/9 21^{00} In Anwesenheit des Herrn Generalgouverneurs, der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple sowie zahlreicher Mitglieder der Regierung, ferner von Vertretern aus Staat, Wehrmacht und Partei gelangt im Hofe der Burg zu Krakau die

IX. Symphonie von Ludwig van Beethoven

zur Aufführung. Geleitet wird die Aufführung von Generalmusikdirektor Professor Fritz Luberich.

Mitwirkende sind:

Das Orchester des Oberschlesischen Landestheaters Beuthen

die Vereinigten Chöre des Meisterschen Gesangvereins Kattowitz, des Städtischen Chors Gleiwitz und des Männergesangvereins Kattowitz.

Ferner:

Die Solisten Margot Köchlin (Sopran), Kammersängerin Gertrud Freimuth (Alt), Kammersänger Erich Enderlein (Tenor) und Kammersänger Rudolf Watzke (Baß).

15.8.1943

22^{30} A b e n d e s s e n

(Übernachtung auf der Burg)

Krakau

Montag, den 16.August 1943

10^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Gebäude des Wehrkreiskommandos.

11^{00} Aus Anlaß der Übersiedlung des Wehrkreiskommandos Generalgouvernement nach Krakau findet vor dem neuen Wehrkreisgebäude die Befehlsübernahme durch General der Infanterie Haenike in Form einer Flaggenhissung statt.

14^{30} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch, Ministerialrat von Streit, Regierungsrat Arnold, Kulturreferent Jänicke, Regierungsbaumeister Stahl und den Referenten Dr. Noglik und Kormann.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage, unter welchen Voraussetzungen das Haus Hauptstraße Ecke Basteistraße, das ursprünglich als Italienische Gast- und Gesellschaftsstätte gedacht war, der Kulturvereinigung zur Verfügung gestellt und entsprechend ihrer Zweckbestimmung ausgebaut werden soll.

In einer längeren Aussprache werden die Pläne für den Ausbau des Hauses erläutert.

Präsident Ohlenbusch weist darauf hin, daß nach den bisherigen Besprechungen der Übergabe des Hauses an die Kulturvereinigung durch die Stadtverwaltung Krakau keine Schwierigkeiten im Wege ständen, da auch die außenpolitische Frage bereits geklärt sei.

Regierungsbaumeister Stahl gibt einen Überblick über den gegenwärtigen baulichen Zustand des Hauses und erläutert im einzelnen, welche baulichen Veränderungen noch vorgenommen werden müßten.

16.8.1943

Abschließend trifft der Herr Generalgouverneur folgende Verfügung:

1. Das Haus Hauptstraße Ecke Basteistraße wird der Kulturvereinigung zur Verwaltung übergeben.
2. Die Geschäftsstelle der Kulturvereinigung wird unverzüglich, soweit es der baul:che Zustand des Hauses gestattet, in diesem Hause untergebracht.
3. Über die Frage der Beschaffung der notwendigen finanziellen Mittel sind unverzüglich Verhandlungen mit Ministerialrat von Streit aufzunehmen.
4. Präsident Ohlenbusch wird beauftragt, für die Beschaffung der notwendigen Einrichtungsgegenstände und Möbel gegebenenfalls im Wege freiwilliger Spenden Sorge zu tragen.
5. Das am Westring gelegene für Zwecke des Fascio bestimmt gewesenen Gebäudes soll als Gästehaus der Regierung des Generalgouvernements zur Verfügung gestellt werden.

16^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Krakau

Dienstag, den 17.August 1943

15^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

15^{05} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Dr. Boepple.

15^{10} Besprechung mit Präsident Senkowsky, Oberregierungsrat von Streit in Anwesenheit der beiden Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple und des Ministerialrats Dr. Weh.

Nach einer kurzen Erörterung der einzelnen Titel des Haushaltsplanes 1943/44 erfolgt die Unterzeichnung durch den Herrn Generalgouverneur. Vorher wird auf seinen Wunsch hin der Zusatz aufgenommen: "Über die Ausgaben auf dem Bausektor ergeht eine besondere Regelung". Dazu erklärt der Herr Generalgouverneur, daß er sich mit dem jetzigen Zustand auf dem Bausektor nicht zufrieden geben könne und daß zur Zeit Verhandlungen auf diesem Gebiete im Gange seien.

Als Zweites unterzeichnet der Herr Generalgouverneur einen Erlaß, durch den sämtliche Verwaltungen aufgefordert werden, den Haushalt 1944/45 vorzubereiten und zu einem bestimmten Termin Voranschläge einzubringen.

15^{50} Bankdirigent Paersch legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe zweier Schreiben an den Befehlshaber im Luftgau VIII und den Staatssekretär für das Sicherheitswesen vor, mit denen die Ergreifung von Maßnahmen für einen zweimal im Monat auf dem Luftwege Warschau-Krakau durchzuführenden Geldtransport bzw. eine starke polizeiliche Sicherung der Transporte von der Staatsdruckerei Warschau nach dem Flughafen Warschau erbeten wird.

17.8.1943

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die beiden Schreiben.

16^{00} Besprechung mit Präsident Struve.

16^{05} Präsident Naumann berichtet dem Herrn Generalgouverneur über den derzeitigen Stand der Ernteerfassungsaktion.

16^{15} Besprechung mit Generalmajor Grünwald.

16^{30} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

Der Herr Generalgouverneur bittet sämtliche Herren zu einem T é e .

17^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt den zur Zeit im Wehrdienst stehenden Oberregierungsrat Dr. Schepers, den früheren Leiter der Abteilung Raumordnung.

Oberregierungsrat Dr. Schepers teilt mit, daß ihm Staatssekretär Muhs in einer Besprechung erklärt habe, daß der Führer dahin entschieden habe, daß die Abteilungen Raumordnung angesichts der Kriegswichtigkeit ihrer Aufgaben wieder als selbständige Behörden in Funktion treten sollten. Staatssekretär Muhs werde auf Grund dieser Führerentscheidung an den Herrn Generalgouverneur mit der Bitte herantreten, seine das selbständige Funktionieren der Abteilung Raumordnung in der Regierung des Generalgouvernements

17.8.1943

aufhebende Verordnung wieder zurückzunehmen und das selbständige Funktionieren einer Abteilung Raumordnung im Staatssekretariat der Regierung dieser Führeräußerung entsprechend wieder in Gang zu setzen. Zum Leiter dieser Abteilung solle wieder Oberregierungsrat Dr. Schepers bestellt werden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß auch er damit einverstanden sei, daß Dr. Schepers infolge seiner hervorragenden Bewährung die Position des Leiters der Abteilung Raumordnung in der Regierung des Generalgouvernements wieder erhält.

Dr. Schepers teilt weiter mit, daß Staatssekretär Muhs über diese beiden Punkte in absehbarer Zeit dem Herrn Generalgouverneur schriftlich seine Wünsche und Stellungnahme übermitteln werde.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß, wenn das Schreiben Staatssekretärs Muhs während der Zeit seiner Abwesenheit eintreffe, Staatssekretär Dr.Bühler von dem Inhalt dieses Protokolls mit der Maßgabe verständigt wird, die Abteilung Raumordnung wieder in Tätigkeit zu setzen und Oberregierungsrat Dr.Schepers unter Wiederberufung als Leiter der Abteilung bei der Wehrmacht unverzüglich dafür zu reklamieren.

19^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

21^{28} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia ins Reich.

Mittwoch, den 18. August 1943

bis

Dienstag, den 31. August 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs
im Reich.

END of
VOL. # 28
R9

END of
VOL. # 28
R9

VOL. #29

R.9

Mittwoch, den 1. September 1943

bis

Freitag, den 1o. September 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs

im Reich.

Sonnabend, den 11.September 1943

18[lo] Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.

Anschließend Fahrt nach Haus Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Sonntag, den 12.September 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

11^{00} Vor dem Hause Kressendorf wird dem Herrn Generalgouverneur von einer Abordnung der Gutsarbeiter die Erntekrone überreicht.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Montag, den 13.September 1943

9^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

11^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, zu der später Staatssekretär Dr. Boepple hinzugezogen wird.

11^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. Losacker und Ministerialrat Dr. Weh.

Gegenstand der Besprechung ist zunächst die Frage der erneuten Einziehung von Beamten und Angestellten zur Wehrmacht.

Dazu bemerkt Präsident Dr.Losacker, daß nach einer ihm gewordenen Mitteilung der jetzt für diese Frage zuständige General Olbrecht eine Weisung an den Wehrkreisbefehlshaber im Generalgouvernement erlassen habe, nach welcher die Verwaltung hinsichtlich der Einziehung von Beamten und Angestellten nach Möglichkeit zu schonen sei. Zudem sei jetzt die Möglichkeit eines Einspruches gegeben, der aufschiebende Wirkung habe.

Der Herr Generalgouverneur glaubt danach feststellen zu können, daß einer uneingeschränkten Einziehung von Beamten und Angestellten jedenfalls ein Riegel vorgeschoben sei.

Präsident Dr. Losacker berichtet dann dem Herrn Generalgouverneur von seinem Besuche der landwirtschaftlichen Ausstellung, die zur Zeit in Tarnow stattfindet, und empfiehlt dem Herrn Generalgouverneur eine Besichtigung dieser Ausstellung.

13.9.1943

Weiter führt Präsident Dr. Losacker aus, daß die Ernteerfassung bisher recht gute Ergebnisse zeige. In vielen Gemeinden sei schon das bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt geforderte Soll übertroffen, in manchen Gemeinden seien sogar schon loo % des Kontingents abgeliefert worden. Es sei mit Sicherheit zu erwarten, daß noch große Mengen in nächster Zeit erfaßt würden. Leider seien im Kreise Miechow von Banditen 9 ooo dz Getreide verbrannt worden.

In diesem Zusammenhang wird kurz zur Sicherheitslage Stellung genommen. Staatssekretär Dr. Bühler kann dabei feststellen, daß sich die Polizei selber nicht gegen die Einrichtung von Stützpunkten sträube. Die Durchführung dieser Maßnahme stoße allerdings noch auf gewisse Schwierigkeiten, da starke Kräfte der Polizei in Galizien konzentriert gewesen seien.

Präsident Dr. Losacker berichtet, daß die Kolpak-Banden zwar im allgemeinen aufgesplittert seien, andererseits aber Teilbanden noch weiterhin ihr Unwesen trieben und schwieriger zu fassen seien. Gleichwohl gehe die Hereinbringung der Ernte besser vor sich, als man erwartet habe. Die Bauern seien zum größten Teil sehr konservativ und durchweg antibolschewistisch.- Vorzüglich bewährt habe sich das neue Markensystem, das den Bauern gegenüber dem bisherigen Prämiensystem manche Vorteile bringe.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Dr. Bühler, daß sich im Distrikt Lublin die Verhältnisse im Hinblick auf die Sicherheitslage wesentlich gebessert hätten. Im übrigen habe sich auch die Wehrmacht um die Sicherheit der Gebiete sehr bemüht, wenngleich zuzugeben sei, daß die Stützpunkte noch stärker mit militärischen Kräften besetzt werden könnten. Im allgemeinen könne wohl gesagt werden, daß die Einrichtung eines Netzes von

13.9.1943

Stützpunkten, verteilt auf das ganze Generalgouvernement, sich sehr gut bewährt habe.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob sich das neue Verfahren der Versorgung der Polen mit Lebensmitteln eingespielt habe, kann von Staatssekretär Dr. Bühler im allgemeinen bejaht werden. Als weitere Folge dieser Maßnahme könne auch eine bessere Ablieferung seitens der bäuerlichen Bevölkerung beobachtet werden.

Der Herr Generalgouverneur glaubt danach feststellen zu können, daß das von ihm seinerzeit gegebene Versprechen eingelöst worden sei.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Dr. Losacker, daß das Verhältnis zur Polizei neuen Prüfungen unterliegen werde. Er habe mit Generalleutnant der Polizei Dr. Kaltenbrunner eine längere Besprechung gehabt und dabei den Eindruck gewonnen, daß es der Polizei, besonders der Sicherheitspolizei und vielleicht auch dem Reichsführer SS leid tue, einige Zugeständnisse gemacht zu haben. Man wolle offenbar von der Verordnung vom 8.Juli wieder wegkommen, und zwar vielleicht nicht nur hinsichtlich der Frage der Sicherheit, sondern weil die Verordnung, wenn sie illegal ausgelegt würde, eine völlige Änderung der Polizeibefugnisse und der Stellung der Polizei überhaupt zur Folge haben müsse.

Der Herr Generalgouverneur legt nochmals seine Stellungnahme gegenüber der Polizei dar und betont, daß er nicht gewillt sei, von seinem bisher eingenommenen Standpunkt abzuweichen.

13.9.1943

12[00] Besprechung mit Präsident Dr. Emmerich in Gegenwart der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple.

Präsident Dr. Emmerich gibt dem Herrn Generalgouverneur eine Schilderung der in Hamburg infolge der Bombenangriffe eingetretenen Lage.

Sodann legt Präsident Dr. Emmerich dem Herrn Generalgouverneur die Tagesordnung für die Sitzung des Kriegswirtschaftsstabes vor.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit dieser Tagesordnung einverstanden und beraumt die Sitzung auf den 2o.September an.

Es wird sodann kurz zu dem Erlaß des Führers über die Errichtung eines Produktionsministeriums Stellung genommen. - Der Herr Generalgouverneur stellt dazu fest, daß in dem Erlaß nicht gesagt sei, daß er auch im Generalgouvernement Geltung habe. Infolgedessen könne man im Generalgouvernement zunächst eine abwartende Stellung einnehmen.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt, daß allerdings zu diesem Erlaß die Herausgabe eines Ausführungserlasses angekündigt sei, nach welchem die Wirkung des Erlasses auf sämtliche besetzten Gebiete ausgedehnt werden solle. Gegen diese Ausdehnung habe er Protest erhoben.

Präsident Dr. Emmerich betont, daß auf Grund des Erlasses die Rechtslage sich so gestalten werde, daß abgesehen von der Regelung an der Spitze die Betriebe der Urproduktion - für das Generalgouvernement würden Kohle und Erdöle in Betracht kommen - im wesentlichen auf den Bereich der Rüstungsinspektion übergehen und diese dann zu B-Betrieben erklärt würden.

Der Herr Generalgouverneur behält sich eine Entscheidung in dieser Frage vor.

13.9.1943

12^{30} Besprechung mit Pressechef Gassner.

16^{00} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

17^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Kammergerichtsrat Leutnant d.R. Dr. Keith.

(Übernachtung auf der Burg)

Krakau

Dienstag, den 14.September 1943

10^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Krüger, Befehlshaber der Ordnungspolizei Generalmajor Grünwald und Befehlshaber der Sicherheitspolizei SS-Oberführer Dr. Bierkamp.

Staatssekretär Krüger erstattet zunächst einen Bericht über die Polizeiaktion in Galizien gegen die sogenannte Kolpak-Bande. Er meldet, daß es, wenn auch die Bande nunmehr durch den Einsatz der Polizeikräfte völlig zersprengt sei, noch nicht gelungen sei, den Führer Kolpak persönlich zu fangen.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Krüger, ihm einen zusammenhängenden schriftlichen Bericht über die Kämpfe in Galizien möglichst bald zuzuleiten.

Anschließend findet eine allgemeine Besprechung der Sicherheits- und Polizeisituation im Generalgouvernement statt, bei der im wesentlichen folgende Gesichtspunkte in den Vordergrund gestellt werden:

1. Die Zahl der deutschen Ordnungspolizei im Generalgouvernement beträgt zur Zeit etwa lo ooo Mann, ist also viel zu gering, um auch nur annähernd den ordnungspolizeilichen Notwendigkeiten des Raumes zu genügen. Generalmajor Grünwald regt an, daß die Wehrmacht mehr als bisher zur Dislocierung der Sicherheitskräfte herbeigezogen werden solle.

2. Generalmajor Grünwald bittet, dafür zu sorgen, daß die Kräfte der polnischen Ordnungspolizei sobald als möglich die gleichen Ernährungssätze für sich und ihre Familien erhalten sollen, wie sie die deutschen Polizeibeamten haben.

Der Herr Generalgouverneur gibt seine Genehmigung dazu und beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler, für die Regelung dieser Angelegenheit Sorge zu tragen.

14.9.1943

3. SS-Oberführer Dr.Bierkamp berichtet über die Stimmung der polnischen Bevölkerung und über die Situation der polnischen Widerstandsbewegung. Er betrachte die Lage zwar als ernst, wenn auch nicht unmittelbar gefahrdrohend. Immerhin werde die Widerstandsbewegung, wie er ausführt, immer straffer organisiert, mit Waffen versehen und erhalte angesichts der allgemeinen Ereignisse, insbesondere infolge der Kapitulation Italiens, die in Warschau geradezu Freudenkundgebungen der polnischen Bevölkerung hervorgerufen habe, weiteren Auftrieb. Mit einem Abklingen dieser deutschfeindlichen Entwicklung sei nicht zu rechnen. Er habe aber überall da, wo es nur irgendwie möglich wäre, seine Vertrauensmänner eingeschaltet, so daß er durchaus über die Entwicklung auf dem laufenden gehalten werde.

4. Ein kurzer Hinweis auf die Frage der Aufnahme von Bombengeschädigten aus dem Reich ins Generalgouvernement veranlaßt den Herrn Generalgouverneur, für die Behandlung dieses Sonderkomplexes eine eigene Sitzung anzusetzen, deren Termin noch bestimmt werden wird.

Bei den Teilnehmern der Besprechung besteht im allgemeinen volles Einverständnis darüber, daß sich die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Polizei im ganzen Generalgouvernement in erfreulicherweise vollziehe. - Der Herr Generalgouverneur spricht den Vertretern der Polizei seinen Dank und seine Anerkennung für das hervorragende dienstliche Verhalten der Polizeikräfte aus.

14.9.1943

11[00] Besprechung mit Botschaftsrat Dr. Schumburg.

Botschaftsrat Dr. Schomburg teilt dem Herrn Generalgouverneur zunächst mit, daß Gesandter von Dörnberg und ein Vertreter der ungarischen Regierung dem Herrn Generalgouverneur demnächst einen Besuch abzustatten beabsichtigen. Weiter berichtet er, daß er über das Anlaufen der neuen Lebensmittelversorgung der polnischen Bevölkerung überall nur Gutes gehört habe; schon jetzt zeigten sich gewisse erfreuliche Wirkungen, die sich mit Beginn des Monats Oktober noch steigern würden. Er habe über diese Frage auch dem Auswärtigen Amt Bericht erstattet.

Botschaftsrat Dr. Schomburg geht dann auf die Frage ein, wie die im Reich anwesenden Italiener behandelt werden sollen. Er habe vom Auswärtigen Amt die Weisung erhalten, den bisher unter dem Namen "Graf di Fossombrone" im Generalgouvernement bzw. in Krakau tätigen Beauftragten der Italienischen Botschaft zu "konfinieren". Diese Weisung habe die Bedeutung, daß Fossombrone seine Wohnung nicht verlassen dürfe und von einem Polizeibeamten überwacht werde. Er habe gestern Abend die weitere Weisung erhalten, Fossombrone mit seiner Familie und den noch in Krakau anwesenden Angehörigen seiner Dienststelle sobald als möglich nach Berlin transportieren zu lassen. Weiter schlägt Botschaftsrat Dr. Schomburg vor, daß der Herr Generalgouverneur bzw. die Stadtverwaltung Krakau über das bisher im Besitz des Fascio befindliche Haus nach Belieben verfüge.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Botschaftsrat Dr. Schomburg, daß Fossombrone unter den der Stellung eines Diplomaten angemessenen Formen und Bedingungen mit seiner Familie ins Reich abtransportiert werde. Die Vorbereitungen für diesen Abtransport seien bereits getroffen.

14.9.1943

Der Herr Generalgouverneur ersucht Botschaftsrat Dr. Schomburg, unverzüglich in Verhandlungen mit Staatssekretär Dr. Bühler über die Begleichung etwaiger - allerdings nicht privater Verbindlichkeiten - einzutreten.

Abschließend stellt der Herr Generalgouverneur zu diesem Thema fest, daß bis auf weiteres angesichts der zur Zeit in Italien herrschenden Verhältnisse eine diplomatische Vertretung Italiens im Generalgouvernement unmöglich sei. Gegen eine Wiederaufnahme der Tätigkeit des Italienischen Fascio im Generalgouvernements hat der Herr Generalgouverneur keine Einwendungen zu erheben.

Der Herr Generalgouverneur genehmigt, daß Botschaftsrat Dr.Schomburg die ihm bisher provisorisch überlassenen Wohnräume endgültig in Besitz nimmt.

11^{25} Besprechung mit Oberbaurat Hofer.

11^{30} Besprechung mit Regierungsrat Frhr von Medem.

Regierungsrat Frhr von Medem gibt dem Herrn Generalgouverneur zunächst einen kurzen Bericht über die Personallage der Verwaltung im Generalgouvernement. Die Verwaltung zähle zur Zeit ungefähr 5 ooo Beamte und Angestellte davon etwa 1 8oo Beamte und etwas über 3 ooo Angestellte. Dazu kämen noch 3- bis 4 ooo weibliche Kräfte. Die Personallage sei so angespannt, daß man Abgaben an die Wehrmacht im größeren Umfange nicht mehr tätigen könne. Darüber sei auch bereits mit dem Wehrkreisbefehlshaber verhandelt worden. Der Generalbevollmächtigte für die Reichsverteidigung General Olbrecht habe sich im allgemeinen den von Seiten der Verwaltung geltend gemachten Bedenken nicht verschlossen. Gleichwohl seien noch 15o Mann zur Verfügung

14.9.1943

gestellt worden.

Der Herr Generalgouverneur weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß den Reichsverteidigungskommissaren das Recht zur Einlegung eines Einspruches gegen Einziehungen zustehe, der aufschiebende Wirkung habe, und ermächtigt Regierungsrat Frhr von Medem, sich Anforderungen der Wehrmacht gegenüber auf die Eigenschaft des Generalgouverneurs als Reichsverteidigungskommissar zu berufen.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann noch kurz zur Frage der Beförderung des Staatssekretärs Dr. Bühler, des Kammergerichtsrats Dr.Keith und des Assessors Schulz Stellung genommen.

15^{35} Besprechung mit Fahrdienstleiter Schulze in Gegenwart des Chefs der Kanzlei des Generalgouverneurs Ersten Staatsanwalts Dr.Meidinger.

15^{40} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

15^{55} Besprechung mit Pressechef Gassner.

16^{00} In Gegenwart des Hauptabschnittsleiters Stahl hat der Herr Generalgouverneur Besprechungen:

1. mit Hauptbannführer Förschle
2. mit SA.-Oberführer Peltz
3. mit Ministerialrat Dresler-Andres
4. mit Frauenschaftsführerin Fräulein Aldinger
5. mit Bereichsleiter Seifert.

14.9.1943

1. Nach Vortrag des Hauptbannführers Förschle verfügt der Herr Generalgouverneur die Absendung folgenden Fernschreibens an Gauleiter Mutschmann-Sachsen:

Ich beziehe mich auf die letztjährige Unterbringung volksdeutscher Jugendlicher aus dem Generalgouvernement zur Stärkung des deutschen Volkstums und bitte Sie, auch in diesem Jahr die Unterbringung von 1 5oo Jugendlichen zu gestatten. Die völkische Gefährdung unserer volksdeutschen Jugendlichen macht die Verschickung ins Reich trotz der augenblicklichen Verhältnisse unbedingt erforderlich. Ich bin jederzeit bereit, zum Austausch eine größere Anzahl sächsischer Jugendlicher im Generalgouvernement vorbildlich unterzubringen. Wie Bannführer Grosse mitteilt, stehen die zur Zeit erforderlichen Quartiere für 6oo Jugendliche zur Verfügung. Ich werde Sie morgen zwecks Übereinkunft in dieser Frage anrufen.

2. Mit SA.-Oberführer Peltz werden Angelegenheiten der S.A. und der S.A.-Wehrbereitschaften besprochen.

3. Die Besprechung mit Ministerialrat Dresler-Andres hat die Frage seiner Verwendung im Arbeitsbereich Generalgouvernement zum Gegenstand.

Hauptabschnittsleiter Stahl gibt einen kurzen Überblick über die bisherige Verwendung des Ministerialrats Dresler-Andres im Generalgouvernement und teilt dabei mit, daß sich die Parteikanzlei damit einverstanden erklärt habe, daß Dresler-Andres im Arbeitsbereich Generalgouvernement eingesetzt würde.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden dagegen, daß die Parteikanzlei Einfluß auf die Frage nehmen wolle, wer im Arbeitsbereich eingesetzt werden solle. Er lehne diese Einflußnahme der Parteikanzlei

grundsätzlich ab und ersuche Hauptabschnittsleiter Stahl, ihm geeignete Vorschläge für die Verwendung des Ministerialrats Dresler-Andres zu machen.

Die von Hauptabschnittsleiter Stahl dem Herrn Generalgouverneur sodann gemachten Vorschläge für die Verwendung des Ministerialrats Dresler-Andres im Arbeitsbereich Generalgouvernement finden die Billigung des Herrn Generalgouverneurs.

4. Frauenschaftsführerin Fräulein Aldinger berichtet dem Herrn Generalgouverneur von einer Tagung ihrer Mitarbeiterinnen in den Distrikten. Auf dieser Tagung habe sich herausgestellt, daß mit Ausnahme des Distrikts Lublin nirgendwo Maßnahmen für einen Schutz der Frauen bei Überfällen oder sonstigen alarmierenden Ereignissen getroffen seien. Die Frage, was in solchen Fällen mit den Frauen und Kindern zu geschehen habe, müsse einmal einer gründlichen Prüfung unterzogen werden.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Hauptabschnittsleiter Stahl, unverzüglich Schreiben an sämtliche Distriktschefs zu richten, in denen auf diese Verhältnisse hingewiesen wird. Der Herr Generalgouverneur erklärt sich auf Vorschlag des Hauptabschnittsleiters Stahl damit einverstanden, daß die Partei im Rahmen der notwendig werdenden Arbeit auf diesem Gebiet eingeschaltet werde. Selbstverständlich müßten alle in dieser Beziehung zu ergreifenden Maßnahmen streng geheim gehalten werden.

14.9.1943

5. In der Besprechung mit Bereichsleiter Seifert gibt dieser zunächst eine kurze Schilderung seiner Tätigkeit im Generalgouvernement.

Im weiteren Verlauf der Besprechung geht der Herr Generalgouverneur auf verschiedene Personalangelegenheiten ein, in denen Bereichsleiter Seifert auf Grund von ihm gewordenen Mitteilungen anderer Stellen eine für die Betreffenden ungünstige Berichterstattung an die Parteikanzlei geleitet habe. Es handle sich hier vor allem um die Fälle Dr. Coblitz, Dr. Keith, Jänecke, Löffler und Dr. Graf.

Diese Fälle werden dann im einzelnen besprochen. Dabei betont Hauptabschnittsleiter Stahl, daß die Berichte ohne sein Einverständnis von Bereichsleiter Seifert an die Parteikanzlei gesandt worden seien.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Befremden über diese Art der Amtsführung des Pg. Seifert Ausdruck.

Der Herr Generalgouverneur hat dann mit Bereichsleiter Seifert eine Unterredung unter vier Augen, zu der später wieder Hauptabschnittsleiter Stahl zugezogen wird.

18^{30} Der Herr Generalgouverneur besichtigt den Neubau der Kanzlei. In seiner Begleitung befinden sich Erster Staatsanwalt Dr. Meidinger, Oberbaurat Hofer, Referent von Palézieux und Architekt Korinthenberg.

19^{30} A b e n d e s s e n .

14.9.1943

20^{35} F i l m - Vorführung im Großen Saal der Burg.

Zur Aufführung gelangen eine Wochenschau und der Film "Tonelli".

(Übernachtung auf der Burg)

Krakau

Mittwoch, den 15.September 1943

10^{30} Besprechung mit Präsident Lauxmann.

11^{00} Präsident Naumann berichtet dem Herrn Generalgouverneur von dem reibungslosen Anlaufen der neuen Lebensmittelversorgung für die polnische Bevölkerung ab 1.September 1943 und ihrer günstigen Auswirkung. Ab 1.Oktober würde auch die Zusatzversorgung der Familienangehörigen nach einer Neueinteilung in die einzelnen Versorgungskategorien, die jeweils von den Hauptabteilungen vorbereitet würde, stattfinden.

In einem kurzen Zwischenbericht gibt Präsident Naumann dann dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von der gut funktionierenden Ernteerfassung. Trotz einer 25 %igen Erhöhung der Umlagen habe man mit dem Stichtag des 1o. Septembers bereits 436 ooo to erfaßt gegenüber 375 ooo to am gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Der Distrikt Warschau stehe mit 52 % vor Radom an der Spitze. Der Kreis Zamosc versage vollständig. Auffallend sei die Tatsache, daß sogenannte banditenverseuchte Kreise im Vergleich zu den Kreisen mit vorwiegend volksdeutschen Siedlern bereits hervorragend abgeliefert hätten.

Der Abtransport des Getreides ins Reich verursachte in jüngster Zeit einige Schwierigkeiten, da gewisse Gebiete des Reiches für die Aufnahme gesperrt worden seien. Man bemühe sich zur Zeit, 12o geplante Holzhallen zwecks Lagerung des Getreides schnellstens fertigzustellen. Auch die Notläger müßten herangezogen werden und er verhandle mit der Polizei und Wehrmacht wegen einer zusätzlichen Bewachung derselben.

15.9.1943

Im großen und ganzen verlaufe die Aktion aber günstiger als man erwartet habe. Nach Abschluß werde er dem Herrn Generalgouverneur einen eingehenden Bericht vorlegen.

Die Hauptabteilung stecke bereits in den Vorbereitungen für die Erzeugungsschlacht des Jahres 1944. Er werde dem Herrn Generalgouverneur demnächst einen entsprechenden Erlaß zur Unterschrift vorlegen.

11[30] Präsident Gerteis berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Betriebslage bei der Ostbahn, die man als zufriedenstellend bezeichnen könne. Schwierigkeiten gäbe es nur in der Wagengestellung. Durch Verhandlungen habe er erreicht, daß die Ernte so ziemlich abtransportiert werden könne.

In Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium sei die Beteiligung der Ostbahn an den Kosten der gesamten Bauvorhaben von 2,8 Milliarden auf 25 % festgesetzt worden. Der Anteil der Ostbahn sei bereits bis auf 4oo Millionen bezahlt.

In den nächsten Tagen werde er nach Abschluß aller Verhandlungen dem Herrn Generalgouverneur das Eisenbahngesetz des Generalgouvernements vorlegen.

Der Herr Generalgouverneur spricht Präsident Gerteis für seine Haltung in der Krisis der Ostbahnorganisation Dank und Anerkennung aus.

12[2o] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

15.9.1943

12[30] Der Herr Generalgouverneur empfängt im Königssaal in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler die Obergerichtspräsidenten des Generalgouvernements, die unter Führung des Präsidenten der Hauptabteilung Justiz Ministerialrats Wille erschienen sind.

Nach Vorstellung der leitenden Männer der Justiz des Generalgouvernements durch Ministerialrat Wille hält der Herr Generalgouverneur folgende Ansprache:

Herr Präsident Wille, meine Herren!

Sie können sich vorstellen, daß Ihr Besuch auf der Burg bei mir eine besondere Freude auslöst, bin ich doch einer aus Ihren Reihen. Ich freue mich, Ihnen, Herr Präsident Wille, Dank und Anerkennung dafür zum Ausdruck bringen zu können, daß Sie das Justizleben im Generalgouvernement so schön in Gang gebracht, so würdig aufgebaut und - ich möchte fast sagen - so sieghaft für den Rechtsgedanken durchgesetzt haben.

Die Schwierigkeiten, die sich dieser ersten deutschen Justiz in einem fremdvölkischen Raum gestellt haben, waren enorm. Sie waren deshalb so groß, weil wir hier in ein Experimentierfeld kamen, in dem zum erstenmal im Verlaufe dieses Krieges die Fragen auftauchten, wie wird einerseits der deutsche Mensch in diesem Raum justizmäßig zu betreuen sein und wie wird andererseits die deutsche Justizpolitik, das deutsche Rechtsüberwachungs- und Kontrollorgan der Regierung sich in die fremdvölkische Justiz einzureihen haben. Auf diesen beiden Gebieten hat Ihre Arbeit, Herr Präsident, und die aller Ihrer Kameraden sowohl in der Hauptabteilung wie draußen in den Distrikten wirklich Vorbildliches geschaffen. Ich verweise nur darauf, daß das gesamte

15.9.1943

damals sogleich anfallende Arbeitspensum von einer ganz kleinen Zahl auserwählter Männer und Frauen des Justizdienstes bewältigt werden mußte und auch bewältigt wurde. Mit meinem Dank will ich auch die Zusicherung verbinden, daß ich Ihnen auch fernerhin ein stets aufgeschlossener Chef bleiben werde und daß ich an dem Grundsatz festhalte, daß die Justizführung und der Justizdienst im Generalgouvernement ein nicht wegdenkbarer primärer Bestandteil des Staatslebens dieses Nebenlandes Generalgouvernement des Großdeutschen Reiches bleiben wird.

Im wesentlichen sind es drei Komplexe von Schwierigkeiten, die heute auf der Justiz lasten. Die erste Schwierigkeit hier im Generalgouvernement ist die Frage: wie kann man dem deutschen Volksgenossen hier im Raum trotz der Notwendigkeiten des Krieges eine sein Vertrauen verdienende Rechtssprechung sicherstellen! Ich will vor Ihnen nicht meine Anschauungen über die Rechtsidee des Nationalsozialismus darlegen; Sie wissen, wie ich dazu stehe, und Sie wissen auch, was ich in diesem Kampf persönlich ununterbrochen eingesetzt habe. Ich habe den Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund und die Akademie für Deutsches Recht gegründet, ich habe in München das Haus des Deutschen Rechts aufgebaut und ich habe vom ersten Tag der Bewegung an in grundsätzlichen litarischen Publikationen versucht, das nationalsozialistische Rechtsideal, wie es im Punkt 19 des Parteiprogramms niedergelegt ist, in die Tat umzusetzen. Im wesentlichen wünsche ich - und dies ist nicht nur mein Wunsch, sondern im gewissen Sinne ein dienstlicher Auftrag an Sie -, daß der deutsche Volksgenosse und die deutsche Volksgenossin im Generalgouvernement absolut das Empfinden haben, daß unabhängige Richter ohne jeden Einfluß irgendeiner staatlichen

oder sonstigen Dienststelle auf Grund des alten germanischen Rechtsideals Recht sprechen, wonach niemand verurteilt werden kann, es sei denn, daß man ihn gehört, ihm Verteidigung und einwandfrei objektive Darlegung seiner Rechtanschauung zu einem konkreten Fall gewährleistet hat.

Dieses Fundament "audiatur et altera pars" ist für mich in diesem Nebenland umso wichtiger, als durch die Entwicklung der Kriegsnotwendigkeiten der Kampf zwischen Machtsicherung und Rechtssicherung in zunehmenden Maße im Interesse der Machtsicherung einen gewissen Vorrang des Exekutivelementes des Staates gegenüber dem rechtsprechenden Element erlangt hat. Das Ideal muß trotz der kriegsbedingten Notwendigkeiten erhalten bleiben. Ich möchte dieses mit umso größerem Nachdruck betonen, da ich mit echtem warmen Empfinden die Schwierigkeiten dieser Rechtssicherungsvorgänge verfolge und weiß, welche Vorurteile gegen diese immer wieder formell angesehene Rechtssicherungsarbeit des unabhängigen Richters herrschen. Dabei ist meine Verantwortung auf diesem Gebiet ja eine ausschließliche, da ich nur dem Führer unterstehe und von ihm immer wieder Vollmachten in allen politischen und staatskonstruktiven Vorgängen erhalte. Mir ist es ein großes Bedürfnis, an Sie, meine Herren, undan die deutschen Richter dieses Raumes zu appellieren, das Rechtsideal unseres Volkes in jedem einzelnen Rechtssprechungsakt hochzuhalten. Und ich freue mich, aus den Reihen unserer deutschen Volksgenossen ständig die Bestätigung zu erhalten, daß die deutschen Richter des Generalgouvernements in dieser Beziehung vorbildliche Arbeit leisten. Ich kann für mich und die Dienststellen der Regierung wohl in Anspruch nehmen, daß wir uns jeden Eingriffes in die Rechtssprechungsakte unserer unabhängigen Richter enthalten. Sie können überzeugt sein, daß ich da, wo

15.9.1943

Versuche dazu gemacht werden, ich die echte germanisch bedingte unabhängige Rechtssprechung jedermann gegenüber zu verteidigen entschlossen bin.

Die Schwierigkeiten, die sich überall zeigen, um dem germanischen Rechtsideal unseres Volkes zu entsprechen, sind im weiten Umfange ideologisch bedingt. Die Gewalt ist immer willkürlich, das Recht aber wächst aus den ewigen Quellen unseres volksgenössischen Gemeinschaftsbewußtseins. Gerade ich jedoch, der ich vom Führer als Präsident der Internationalen Rechtskammer eingesetzt wurde, weiß, daß der Führer für die Zeit nach diesem Krieg dem Rechtsideal weiten Raum einräumen wird. Zu dieser ersten Schwierigkeit kann ich Ihnen also mitteilen, daß ich nicht wünsche, daß irgendeine staatliche Dienststelle sich in Ihre Justizbelange einmengt. Der deutsche Volksgenosse hier im Raum soll die Gewißheit haben, daß im Generalgouvernement nach alter deutscher Rechtssitte von unabhängigen Richtern Recht gesprochen wird.

Die zweite Schwierigkeit des Justizlebens dieses Raumes ist eine echt raumbedingte. Sie kommt daher, daß auf Grund des prozentualen Verhältnisses zwischen deutscher und fremdvölkischer Bevölkerung ein allerdings nur zahlenmäßig gesehener geringerer Spielraum zur Verfügung steht. Hier muß ich feststellen, daß unser Prinzip, soweit wie irgend möglich die fremdvölkischen Justizbelange durch fremdvölkische Faktoren unter unserer Aufsicht erledigen zu lassen, richtig war. Unsere Linie liegt hier im richtigen Schnittpunkt der Aufteilung dieser beiden Zonen. Ich möchte an dieser Stelle den von Ihnen überwachten und kontrollierten fremdvölkischen Rechtsorganen meine Anerkennung übermitteln und feststellen, daß sie unter oft schwierigsten Umständen die Rechtsbedürfnisse der fremdvölkischen

15.9.1943

Bevölkerung so befriedigt haben, daß die deutsche Führung dieses Raumes daran nicht nur keinen Anstoß nehmen kann, sondern sie weiterhin in diesem gewissen Selbständigkeitsrahmen ungefährdet belassen wird.

Die dritte Schwierigkeit ist die rein kriegsbedingte. Wir müssen davon ausgehen, daß wir uns durch nichts davon abbringen lassen dürfen, daß das Generalgouvernement ein dauernder Bestandteil des Großdeutschen Reiches sein wird. Unter diesem Aspekt gesehen sind die Schwierigkeiten der Sicherheit der Justiz und ihrer Gefängnisse, des Mangels an Personal von uns unter dem Gesichtswinkel des Krieges der Lösung entgegenzuführen. Ich glaube, daß wir für unseren gesamten Beamtennachwuchs zu einer eigenen Schulung hier im Raume übergehen müssen - ich habe das heute Morgen mit Staatssekretär Dr.Bühler besprochen -, denn das Reich ist außerstande, uns auf diesem Gebiet weiter zu helfen. Die Schwierigkeiten, aus dem Reich eine Auffrischung unseres Personalbestandes zu erhalten, steigen an. Ich glaube, daß im Gesamtrahmen der autarken eigenständigen Heranbildung eines Nachwuchses auch die Justiz neue Wege beschreiten wird, und daß sie wie die anderen Staaten aus Kriegsversehrten, Volksdeutschen oder aus von der privaten Sphäre aus kommenden Leuten ihren Nachwuchs sicherstellen muß. Eine großzügige Schulung wird dabei ins Leben zu rufen sein und wir sind daran, die Grundsätze und die Verwirklichung dieser Schulung in die Tat umzusetzen. Ich habe das Vertrauen, daß auch die Justiz in vollem Umfange daran teilnimmt.

Es obliegt mir, der Justizverwaltung und auch dem Reichsjustizminister für die großzügige Unterstützung zu danken, die ich im Laufe der Jahre durch zur Verfügung Stellung von Beamten erhalten habe. Sie werden mir Recht geben, wenn ich sage, daß ohne dieses dauernde kameradschaftliche Verständnis für unsere Belange unsere

15.9.1943

Aufbauarbeit überhaupt nicht möglich gewesen wäre. Ich werde nicht verfehlen, aus Anlaß unserer heutigen Zusammenkunft diesen Dank auch in anderer Form zum Ausdruck zu bringen.

Die Sicherheitslage dieses Raumes ist unabhängig von den Faktoren, die wir beherrschen, sie kommt von außen, eine Verantwortung dafür trifft uns nicht. Sie hängt in ihrer Gefährdung mit dem Widerwillen mancher Kreise der Bevölkerung gegen die deutsche Herrschaft zusammen und daß man unter allen Umständen versucht, das deutsche Leben durch fremdländische feindliche Propaganda und von Widerstandskreisen her zu stören. Die Verstärkung der Polizeikräfte und der Einsatz von Wehrmacht werden aber dazu beitragen, die Sicherheitslage ständig zu verbessern.

Ich fasse meinen Dank an Sie in den Dank an alle zusammen für die pflichttreue Mitarbeit und hege die bestimmte Erwartung, daß Sie in Befolgung dieser Grundsätze für Führer und Reich die Justiz im Generalgouvernement handhaben.

Ministerialrat Wille dankt dem Herrn Generalgouverneur für seine Worte und verspricht weiterhin treue Mitarbeit.

13^{00} F r ü h s t ü c k .

16^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Präsidenten Dr. Emmerich den Leiter der Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft Dr. Frhr von Gregory zur Verabschiedung und den neuen Leiter Dr. von Braunmühl zur Einführung.

15.9.1943

17^{00} Der Herr Generalgouverneur fährt in Begleitung des Chefs der Kanzlei Dr.Meidinger, des Referenten von Palézieux nach Haus Warthenberg.

18^{00} Rückfahrt auf die Burg.

19^{00} Der Herr Generalgouverneur besucht die Aufführung der Oper "Fidelio" von Ludwig van Beethoven.

Anschließend Rückfahrt auf die Burg.

(Übernachtung auf der Burg.)

Krakau

Donnerstag, den 16.September 1943

12[lo] Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Präsidenten Dr. Emmerich den Rüstungsinspekteur Generalleutnant Schindler, Rüstungsobmann Direktor Dr. Richter (Stalowa-Wola) und Oberingenieur Kobold.

Generalleutnant Schindler überbringt dem Herrn Generalgouverneur eine Einladung zu einer Betriebsführertagung, die am Freitag, dem 17.Sept. 1943 im Institut für Deutsche Ostarbeit stattfindet und bittet ihn, auf dieser Tagung zu den Betriebsführern zu sprechen.

Der Herr Generalgouverneur nimmt die Einladung an und erklärt sich bereit, vor den Betriebsführern einige Ausführungen zu machen.

Anschließend findet eine Besprechung über verschiedene die Lage der Rüstungsindustrie und der Industrie im allgemeinen betreffende Fragen statt. Dabei geht Generalleutnant Schindler u.a. auch auf die Industrieverlagerung ein und bezeichnet die Errichtung einer Zentralstelle für die Regelung dieser Frage als unbedingt notwendig.

Präsident Dr. Emmerich teilt in diesem Zusammenhang mit, daß für die Textilindustrie des Generalgouvernements eine Änderung insofern zu erwarten sei, als nunmehr die Lieferungen von Litzmannstadt für das Generalgouvernement ausfallen sollten und daher das Generalgouvernement darauf angewiesen sein werde, sich selbst zu versorgen.

Der Herr Generalgouverneur will diese und andere Fragen der Besprechung ~~in~~ einer besonderen Sitzung, deren Termin noch festgelegt wird, vorbehalten wissen.

16.9.1943

12^{30} Auf Einladung des Stadtkommandanten von Krakau Generalleutnant Oppenländer wohnt der Herr Generalgouverneur dem ersten Aufziehen der Stadthauptwache vor der Stadtkommandantur Adolf-Hitler-Platz 2o bei. Anwesend sind u.a. Ehrengästen Wehrkreisbefehlshaber General der Infanterie Haenike, Staatssekretär Dr. Bühler, Gouverneur Dr. Losacker und Stadthauptmann Dr. Krämer.

19^{30} Auf Einladung des Wehrkreisbefehlshabers General der Infanterie Haenike nimmt der Herr Generalgouverneur an einem Abendessen im Offizierskasino teil.

Im Anschluß an das Abendessen hält Admiral Prentzel einen Vortrag über

Tagesfragen der Seestrategie.

23^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.)

Krakau

Freitag, den 17.September 1943

9^{00} Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs an der Betriebsführertagung der Rüstungsindustrie des Generalgouvernements im Ostinstitut. Anwesend sind auch die beiden Staatssekretäre und verschiedene Hauptabteilungsleiter der Regierung.

Der Chef der Rüstungsinspektion Generalleutnant Schindler begrüßt im Namen aller Anwesenden den Herrn Generalgouverneur. Im Saale seien alle Männer anwesend die im Herbst 1939 mit der Truppe in diesem Lande eingezogen seien und alles das geschaffen hätten, was man als Rüstung bezeichne.

In der gestrigen Sitzung hätten sich Betriebsführer und die Männer, die in der Rüstung die Lenkungsaufgaben inne hätten, über die Dinge ausgesprochen, die einem Höchstmaß an Produktion hinderlich seien. Der heutige Tag sei einer Aussprache mit den Vertretern der Regierung vorbehalten.

Zwei Faktoren bedrückten zur Zeit die Produktion in starkem Maße. Der eine davon bestehe in der zunehmenden Unsicherheit des Landes. Eine produktive Arbeit sei schwer, wenn die Sicherheit der Straße nicht gewährleistet sei, wenn Betriebsführer erschossen würden, wenn mit einer raffinierten Systematik das moralische Gefüge aus der polnischen Arbeiterschaft herausgeschossen werde und wenn Polen, die für die deutschen Belange loyal arbeiteten, umgelegt würden. Das gefährlichste an allem liege in der Infiltration der Betriebe; denn das Banditenwesen dringe in steigendem Maße in die Betriebe und Familien ein. Jedermann, der für deutsche Interessen getreulich arbeiten wolle, stehe in Lebensgefahr. Heute gebe es keinen Vorarbeiter, der es wagen könne, einen Polen zur Arbeit anzuhalten.

17.9.1943

Bei dieser Sachlage lasse sich eine fruchtbare Arbeit nicht mehr ermöglichen. Ein kleines Gegengewicht stelle die jüngst vorgenommene Verbesserung der Verpflegung dar,und die Rüstungsleute könnten dem Herrn Generalgouverneur für diese Hilfe nicht genug dankbar sein. Bis jetzt sei es gelungen, zwischen Hunger auf der einen und der Bedrohung durch die Banden auf der anderen Seite ungefähr das Gleichgewicht zu halten. In den letzten Wochen jedoch habe der Einfluß der Banditen in den Betrieben ungeheuer zugenommen. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, diesem Gesichtspunkt sein besonderes Augenmerk zuzuwenden, denn eine Abänderung dieses Zustandes müsse unbedingt erfolgen. Der zweite Faktor der Sorge liege in den Löhnen. Augenblicklich sei es so, daß der gering besoldete Arbeiter seinen Lohn nach der Lohnskala 1939 bekomme. Die offiziellen Preise der Lebensmittel seien aber auf ein Vielfaches gestiegen. Der gering bezahlte Arbeiter könne sich also die Lebensmittel und Textilien, die er auf Grund der Zuteilung erhalte, nicht alle kaufen. Notwendigerweise müsse daher eine Anpassung der Löhne an die erhöhten offiziellen Preise erfolgen. Daneben könne aber mit den bewirtschafteten und zugeteilten Gütern der Lebensstandard des einzelnen Arbeiters nicht gedeckt werden,und er müsse daher Vieles im Schleichhandel kaufen. Hier müsse die Regierung einen Weg finden, der es dem polnischen Arbeiter ermögliche, sein Leben legal zu fristen.

17.9.1943

Anschließend ruft Generalleutnant Schindler verschiedene Betriebsführer auf, die eine Schilderung der praktischen Auswirkungen dieser beiden Schwierigkeiten geben und die vor allem darauf hinweisen, daß auf Grund dieser Situation die Produktion der Betriebe während der letzten Wochen in ständigem Absinken begriffen sei.

Der Herr Generalgouverneur läßt verschiedene Regierungsmitglieder zu den aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen.

Generalleutnant Schindler hält es für unbedingt nötig, daß für die Bewachung der Rüstungsbetriebe etwa zwei bis drei Divisionen in das Generalgouvernement verlegt werden müßten und bittet den Herrn Generalgouverneur dafür um tatkräftige Unterstützung bei Generalfeldmarschall Keitel. Im anderen Falle könne man die Aufrechterhaltung der heutigen Produktion nicht garantieren, geschweige denn die Aufgaben, die in der Zukunft gestellt würden, nur annähernd erreichen. Die Die Rüstungsbetriebe des Generalgouvernements beschäftigten 13o ooo fremdvölkische Arbeiter und nur 17oo bis 18oo deutsche Menschen. Die Zahl der Deutschen, von denen die Hälfte im Büro arbeite, sei selbst nur für Aufsichtszwecke zu gering und man müsse dahin arbeiten, mehr Deutsche, und zwar qualitativ einwandfreie ins Land zu bringen.

Dann werden noch kurz die auf der Tagesordnung der Sitzung des Vortages gestandenen Fragen des Schleichhandels, der Ernährung und der Arbeitseinsatzlage gestreift.

17.9.1943

Der Herr Generalgouverneur spricht Generalleutnant Schindler für die Tagung seinen Dank aus, die ihm Gelegenheit gebe, Generalleutnant Schindler, seinen Mitarbeitern in der Führung der Rüstungswirtschaft des Generalgouvernements und allen Wirtschaftsführern auf diesem Gebiet den Dank des Generalgouvernements, des Führers und des Reiches für die großartige Leistung zum Ausdruck zu bringen. Er wolle heute nicht langatmige Ausführungen machen, da das heutige Gremium, in dem sich die ersten Fachleute des Tageskampfes befänden nicht geeignet sei, über die Tagesprobleme mit weiten Hoffnungsaspekten hinweg zu leuchten. Man befinde sich in einer Sitzung von Männern, die wirklich mit dem Einsatz ihrer ganzen Person Tag für Tag den ungeheuren Schwierigkeiten des täglichen Lebensablaufes entgegensähen.

Er habe sich der Methode der nüchternen Betrachtung der Dinge dieses Raumes verschrieben. Als die Wirtschaftsführer des Generalgouvernements vor einigen Monaten zusammengekommen seien, habe er auch damals auf große Ausführungen verzichtet und nur erklärt: "ich werde einen Ausschuß zusammenberufen, mit dem ich nüchtern und sachlich die Erfüllung der vorgebrachten Wünsche auf dem Gebiete der Ernährung und der Textilien ausarbeiten und durchführen werde". Das sei auch geschehen und die Verhältnisse auf diesem Gebiete hätten eine wesentliche Entspannung erfahren. In Anwendung dieser Methode erkläre er heute, daß er am kommenden Montag in seiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar des Generalgouvernements eine Sitzung des Kriegswirtschaftsstabes einberufen habe, in der er die heute in den Vordergrund gerückten Fragen

17.9.1943

mit allen zuständigen Instanzen und lösen werde, und besprechen zwar Sicherheit der Betriebe, Probleme der Ernährung, Lohn- und Preispolitik, Schleichhandel, Arbeitseinsatzlage und das Problem "Deutsche ins Generalgouvernement"; andere Themen würden noch dazu kommen. Vertreter der Polizei und Wehrmacht seien dabei anwesend,und er werde versuchen, auch unmittelbare Repräsentanten des Oberkommandos der Wehrmacht beizuziehen. Er verspreche, daß er in den von den Rüstungswirtschaftlern angeschnittenen und auf den Nägeln brennenden Fragen in jeder Weise helfen werde. Er sei entschlossen, sozusagen in Permanenz solange zu tagen, bis man zu einer draußen in der Praxis verspürten Lösung kommen werde. Er bitte Generalleutnant Schindler dafür Sorge zu tragen, daß die Herren, die hier referiert hätten, sich bereithielten und dann ihre Ausführungen wiederholten.

Die Situation des Generalgouvernements habe sich seit der Übernahme des Gebietes durch die deutsche Verwaltung grundlegend geändert. Im Jahre 1939 sei erklärt worden, daß sämtliche Industrie aus dem Generalgouvernement herausgenommen werden müsse und man habe ein halbes oder eindreiviertel Jahr nichts anderes getan, als alles aus dem Land hinauszuschleppen. Dann sei der Umschwung gekommen und in zunehmendem Maße sei dann das Generalgouvernement eines der wichtigsten Reservoire auch der Rüstungspotenz des Reiches geworden. Diese Entwicklung schreite immer weiter fort. Er sei fest überzeugt, daß im Fortschreiten des Krieges über den deutschen Raum noch starke Zerstörungen kämen und daß auch im Fortschreiten der Entwicklung im Osten die Bedeutung des Generalgouvernements im Zusammenhang mit dem Gebiete von Oberschlesien und des Protektorats

17.9.1943

mit allen zuständigen Instanzen besprechen und lösen werde, und zwar Sicherheit der Betriebe, Probleme der Ernährung, Lohn- und Preispolitik, Schleichhandel, Arbeitseinsatzlage und das Problem "Deutsche ins Generalgouvernement"; andere Themen würden noch dazu kommen. Vertreter der Polizei und Wehrmacht seien dabei anwesend,und er werde versuchen, auch unmittelbare Repräsentanten des Oberkommandos der Wehrmacht beizuziehen. Er verspreche, daß er in den von den Rüstungswirtschaftlern angeschnittenen und auf den Nägeln brennenden Fragen in jeder Weise helfen werde. Er sei entschlossen, sozusagen in Permanenz solange zu tagen, bis man zu einer draußen in der Praxis verspürten Lösung kommen werde. Er bitte Generalleutnant Schindler dafür Sorge zu tragen, daß die Herren, die hier referiert hätten, sich bereithielten und dann ihre Ausführungen wiederholten.

Die Situation des Generalgouvernements habe sich seit der Übernahme des Gebietes durch die deutsche Verwaltung grundlegend geändert. Im Jahre 1939 sei erklärt worden, daß sämtliche Industrie aus dem Generalgouvernement herausgenommen werden müsse und man habe ein halbes oder eindreiviertel Jahr nichts anderes getan, als alles aus dem Land hinauszuschleppen. Dann sei der Umschwung gekommen und in zunehmendem Maße sei dann das Generalgouvernement eines der wichtigsten Reservoire auch der Rüstungspotenz des Reiches geworden. Diese Entwicklung schreite immer weiter fort. Er sei fest überzeugt, daß im Fortschreiten des Krieges über den deutschen Raum noch starke Zerstörungen kämen und daß auch im Fortschreiten der Entwicklung im Osten die Bedeutung des Generalgouvernements im Zusammenhang mit dem Gebiete von Oberschlesien und des Protektorats

die eines Herzstückes des Gebietes des Großdeutschen Reiches werde. Damit erstehe eine völlig neue Betrachtung des Generalgouvernements, denn aus dem, was man früher Misthaufen genannt hätte, auf den man nur Juden und Polen abschieben könne, werde jetzt eines der empfindlichsten und betreuungsbedürftigsten Gebiete des großdeutschen Raumes. Jetzt müsse sich die politische und psychologische Einstellung der Reichsführungszentralen zum Generalgouvernement wesentlich ändern. Die Anschauung, daß man von uns alles verlangen könne, uns aber nichts zu geben brauche, daß das Generalgouvernement nur ein auszubeutendes Land sei, müsse verschwinden. Auch die Meinung, daß wir im Generalgouvernement keine Sicherheit brauchten, daß lo ooo Mann Polizei genug seien, und die Meinung der Wehrmacht, daß hier Garnisonen unnötig seien, müßten geändert werden. Und dies alles werde sich ändern. Die Rüstungswirtschaftler könnten überzeugt sein, daß er den Kampf, den sie im kleinen führen müßten, ständig für die Totalität dieses Raumes geführt habe.

Auf der anderen Seite nähmen die Schwierigkeiten der Reichsinstanzen ständig zu. Das Reich könne nicht alle unsere Wünsche erfüllen. Wir müßten im Generalgouvernement das Empfinden haben, daß in diesem abgeschlossenen eigenen Land ein Teil des Schicksals der großdeutschen Industrie nur autark aus diesem Raum gelöst werden könne. Und die großen Aufgaben, die hier gestellt seien, könnten nur durch Zusammenarbeit, nicht aber durch Entgegenarbeit geleistet werden. Er wisse um die Leistungen der Rüstungsindustrie des Generalgouvernements und er kenne die Nöte und Sorgen jedes Einzelnen. Was ihm heute berichtet worden sei, bedeute für ihn außerordentliches Material. Er spreche den

17.9.1943

Wunsch aus, daß ihm solche Dinge wie Überfälle usw. nicht nur in offiziellen Sitzungen vorgetragen würden, sondern über Generalleutnant Schindler ständig berichtet würden.

Sie dürften sich nicht als schutzlos betrachten. Er werde sich für sie einsetzen und dafür sorgen, daß sich entsprechend der Strukturwandlung des Generalgouvernements auch die Wandlung der Behandlung des Generalgouvernements durch das Reich ändern werde. Am Führer, der die Leistungen des Generalgouvernements und die Arbeit der deutschen Männer des Generalgouvernements hochschätze, habe man einen starken Rückhalt.

Viele Schwierigkeiten in diesem Raum seien erst entstanden aus Faktoren, für die das Generalgouvernement keine Schuld treffe. Die eigentliche staatliche Apparatur des Generalgouvernements sei eben eine Notstruktur des Krieges, mit der man ein fanatisch erzogenes Volk regieren müsse. Gesteigert würden die Schwierigkeiten durch die Entwicklung des Krieges, durch die Nervosität unseres Volkes in der Heimat und durch den dauernden Abzug von Kräften für die Wehrmacht. Tausende der aktivsten und fähigsten Leute habe in den letzten Monaten die Wehrmacht eingezogen, da die Ersatzlage dazu zwinge. Erst jetzt wieder sollte das Generalgouvernement 1 2oo Beamte an die Wehrmacht abgeben. Wenn man alle diese Faktoren zusammennehme, so müsse man es als ein Wunder bezeichnen, daß das Generalgouvernement solche Leistungen aufbringen könne. Das gelte auch für die Rüstungswirtschaft. Wenn man die Schwierigkeiten dieses Raumes bedenke, werde die Leistung der Rüstungswirtschaft erst im richtigen Licht erscheinen. Sie stelle etwas Einzigartiges dar. Wenn einmal die Geschichte dieses Raumes geschrieben werde, dann werde

auch das Wirken Generalleutnants Schindler und seiner Männer als eines der großartigsten Kapitel der deutschen Leistung in diesem Raum dargestellt werden müssen.

Er danke nochmals von ganzem Herzen und verspreche, daß das hier Vorgetragene nicht nur in einer feierlichen Zusammenkunft zu Gehör gebracht worden sei, sondern ihm ins Herz gedrungen sei. Am Montag Vormittag werde die Sitzung des Wirtschaftsgremiums stattfinden und im Anschluß daran hoffe er, den Rüstungswirtschaftlern entscheidend helfen zu können. Im Reich bestehe grundsätzliche Geneigtheit, dem Generalgouvernement zu helfen; er habe dies beim Kampf um die Durchsetzung der Ernährungsrationen für die Polen und auch aus anderen Anzeichen gemerkt. Alle in der Rüstungswirtschaft tätigen Deutschen könnten stolz sein, denn sie ständen an einem der schwierigsten Punkte dieses einzigartigen Freiheitskampfes des deutschen Volkes, durch den der Führer den Deutschen Sieg und Freiheit erkämpfe.

11^{30} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs auf die Burg.

13^{10} M i t t a g e s s e n .

15^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler.

16^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Befehlshaber der Sicherheitspolizei Dr. Bierkamp und läßt sich von ihm unter Hinweis auf die in der Tagung der Betriebsführer der Rüstungswirtschaft gemachten Ausführungen Bericht über die Sicherheitslage erstatten.

17^{10} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Krakau-Radom

Sonnabend, den 18.September 1943

11^{50} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

14^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Kammergerichtsrat Dr. Keith.

14^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hauptbahnhof Krakau.

14^{30} Abfahrt des Sonderzuges nach Radom.

19^{40} Ankunft des Sonderzuges in Radom.

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Distriktsgebäude.

A b e n d e s s e n im Hause des Gouverneurs Kundt.

23^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Bahnhof Radom.

(Übernachtung im Sonderzuge)

Sonntag, den 19.September 1943

5^{42} Abfahrt des Sonderzuges von Radom.

8^{50} Ankunft des Sonderzuges in Tomaschow.

9^{30} Der Herr Generalgouverneur verläßt mit seiner Begleitung den Sonderzug und wird auf dem Bahnhof durch Kreishauptmann Regierungsdirektor Dr. Glehn begrüßt. Dann schreitet der Herr Generalgouverneur die Front der vor dem Bahnhof aufgestellten Ehrenformationen der S.A., der Politischen Leiter und der HJ. aus Tomaschow ab.

10^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs mit seiner Begleitung vor dem Parteihaus. Dort werden dem Herrn Generalgouverneur die Mitglieder der Distriktsstandortführung und der Kreisstandortführungen von Tomaschow, Petrikau und Radomsko vorgestellt.

Im Parteihaus hat der Herr Generalgouverneur informatorische Besprechungen mit der Amtswalterschaft.

11^{00} Vorbeizug der Fahnen und Gliederungen der NSDAP. am Parteihaus zum Sportstadion.

12^{05} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs im Sportstadion zur Erntedank-Großkundgebung.

950

19.9.1943

12[lo] Beginn der Erntedank-Großkundgebung,

Dem Herrn Generalgouverneur werden die angetretenen Formationen durch S.A.-Standartenführer Heitmann gemeldet.

Nach dem Fahneneinmarsch wird die Kundgebung durch Distriktstandortführer Gouverneur Kundt eröffnet.

Dem Herrn Generalgouverneur wird darauf die Erntekrone überreicht.

19.9.1943.

Der Herr Generalgouverneur ergreift dann das Wort zu folgender Ansprache:

Deutsche Männer, deutsche Frauen! Deutsche Jungen und Mädchen! Kameraden der Wehrmacht! Der heutige Tag ist zugleich ein Beginn und ein Abschluss: der Beginn einer ganz grossen Deutschtumsbewusstheit im Generalgouvernement und der Abschluss einer bewunderungswürdigen Aufbauarbeit deutschen Lebens in diesem Raum. Auf dem Boden, den unter Einsatz ihres besten Blutes die deutsche Wehrmacht im heroischen Kampfe in wenigen Tagen unter völliger Zerschmetterung des polnischen Pseudostaates dem deutschen Volke eroberte und auf dem seit 1939 die siegreichen Fahnen und Standarten des nationalsozialistischen Reiches Adolf Hitlers wehen, auf diesem Boden befindet sich durch die Jahrhunderte hindurch fest eingesiedelt eine stolze Zahl deutscher Bauern und Bäuerinnen, deutscher Bürger und auch deutscher Siedlungen. Wir sind daher in dieses Land nicht als Eroberer gekommen, sondern als der grosse Hauptstrom unserer durch viele Jahrhunderte hindurch sich bereits erstreckenden Verbindung der deutschen Wanderung nach dem Ostraum.

Ich freue mich ganz besonders, an dem heutigen Tage Euch, Ihr deutschen Bauern und Bäuerinnen der Kreise Tomaschow und Petrikau, darüber hinaus aber allen deutschen Bauern und Bäuerinnen der 5 Distriktedes Generalgouvernements den Dank des Führers, des Reiches und aller Deutschen für diese treue, kriegswichtige und unter selbstlosem Einsatz aller Kräfte am Erntesegen durchgeführte Arbeit aussprechen zu können.

Wir haben diese Arbeit in diesem Raum unter den schwierigsten Kriegsbedingungen übernommen, und es bedurfte des innigsten kameradschaftlichen Zusammenschlusses aller deutschen Menschen ohne Ansehen der Person, des Standes und Berufes, um dieses Werk zu meistern. Aber die Krone der Ernte ist letzten Endes dem Fleissigen, dem Braven, dem Guten, dem Harten in der Welt noch nie vorenthalten worden.

So schauen wir von dieser Feier empor zu dem grossen deutschen Geschehen dieser Zeit. Ihnen, Parteigenosse Kundt, habe ich diesen Distrikt anvertraut, weil Sie selber aus dem deutschen Volkstumskampf der früheren Tschechoslowakei kommend, mit den Fragen der Siedlungsdeutschen besonders vertraut sind. Ich danke Ihnen für die Aufbauarbeit, die Sie in Verbindung mit allen Dienststellen des Staates, der Partei, des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, der Wehrmanht usw. getätigt haben. Euch, Ihr deutschen Männer dieses Raumes, sei aber als Dank für Eure Leistung in diesem Augenblick das feierliche Gelöbnis dargebracht, daß die Härte des unbesiegbaren deutschen Schwertes ebenso wie die bedingungslose Siegfestigkeit der nationalsozialistischen Führung Adolf Hitlers in alle Zukunft hinein Euch das Leben in diesem Raum sicherstellen wird.

(Lebhafter Beifall)

Ich habe daher alle Veranlassung, Euch meinen besonderen Dank und meine besondere Anerkennung auszusprechen. Ich bitte Euch, mit mir Euch besonders herzlich derer zu erinneren, die im Volkstumskampf der letzten Monate die Opfer verbrecherischer Elemente geworden sind. Ich spreche es hier im Namen des Reiches aus: solche Mord- und Banditenüberfälle auf deutsches Leben in diesem Raum gefährden nicht das Deutschtum, sondern letzten Endes nur das Element, aus dem sie kommen. Wir sind gewillt, mit allen Machtmitteln die Sicherheit des deutschen Lebens in diesem Raum in alle Zukunft hinein zu gewährleisten. Die im Kampfe Gefallenen sind den großen Kriegsopfern dieser Zeit gleichzustellen; denn sie sind genau so, für unser deutsches Volk kämpfend, gefallen wie die Soldaten an der Front oder die friedlichen Bürger unserer deutschen Städte, die unter den sadistischen Terrorangriffen der britisch-amerikanischen Bomber zusammenbrechen.

19.9.1943

So weitet sich von hier aus der Blick. Ein grosser Segen ist die herrliche Ernte. Daß Sie, Parteigenosse Naumann, Sie, Parteigenosse Albert, und Sie alle, die Sie sich an führender Stelle um das landwirtschaftliche Geschehen in diesem Raume bekümmert haben, die Ihnen gestellte Aufgabe so großzügig und weitschauend einer Lösung entgegengeführt haben, sei Ihnen besonders gedankt. Das Generalgouvernement ist dank der Arbeit der Landwirtschaftsführung dieses Raumes, dank der Unterstützung aller staatlichen und Parteidienststellen, aber auch der Wehrmacht, zu einem der führenden landwirtschaftlichen Reservoire des großdeutschen Raumes geworden.

In Anerkennung dieser hervorragenden Arbeit und unter dem Eindruck dieser herrlichen Feierstunde, zu der wir uns hier versammelt haben, möchte ich bekanntgeben, daß ein Leistungspreis der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei für deutsche Dorfgemeinschaften im Generalgouvernement gestiftet worden ist. Der Preis wird alljährlich zum Reichserntedankfest, erstmalig am 3.Oktober ds.Jrs., durch mich an je eine deutsche Dorfgemeinschaft in den fünf Distrikten des Generalgouvernements verliehen. Die Bestimmung der Preisträger erfolgt durch den zuständigen Distriktsstandortsführer der NSDAP. auf Vorschlag des Leiters des Arbeitsgebietes "Landvolk" im Distriktsstandort. Der Preis wird verliehen für die beste kulturelle und wirtschaftliche Gemeinschaftsleistung einer deutschen Dorfgemeinschaft im Distrikt. Der Wert und die Art des Preises werden für jeden Distrikt auf Vorschlag des Leiters des Arbeitsgebietes "Landvolk" im Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP. alljährlich für jeden Distrikt gesondert festgesetzt.

19.9.1943

Dieser Leistungspreis für deutsche Dorfgemeinschaften ist etwas Erstmaliges in der Geschichte der deutschen Landwirtschaft, er bedeutet daher eine besondere Auszeichnung des deutschen Landvolkes in diesem Raum.

So kann der Führer aber auch siegen, nur so, weil er dieses Volk der Deutschen allüberall an seiner Seite weiß. Auch die heutige Kundgebung ist daher bestimmt, dem innersten Verlangen Ausdruck zu geben, in dieser schweren Zeit des großen Ringens um die deutsche Freiheit dem Führer das Gelöbnis der Treue zu übermitteln.

Die größte Zeit in der deutschen Geschichte ist angebrochen. Deutsche Männer und Frauen haben unter den schwierigsten Verhältnissen versucht, Euch in diesem Raum Euer deutsches Leben aufzubauen. Wie oft habt Ihr da nicht Euer sehnsüchtiges Flehen zum Himmel geschickt, daß wieder als Frucht des Endsieges ein starkes deutsches Reich erstehen möge, das niemand in der Welt anzugreifen wagt. Wie schnell aber haben wir 1918 dadurch, daß wir den gleisnerischen Versprechungen des vereinten Weltjudentums geglaubt haben, nicht nur das deutsche Volk des Reiches, sondern auch das deutsche Volkstum auf der ganzen Erde dem verlorenen Schicksal der Verführung preisgegeben. Während man sich damals so liberal, so freiheitliebend und volksfürsorgerisch gebärdete, schwang man damals die Peitsche der Knechtschaft, der Ausbeutung, der Versklavung über dem deutschen Volk. Die Juden kamen ins Reich, mit ihnen entartete unsere Kultur und wurden unsere Sitten zerstört. Sie eigneten sich unseren Grund und Boden an, verjagten den deutschen Bauern, den deutschen Geschäftsmann von seinem Boden und seinem Geschäft. Wenn damals Adolf Hitler nicht mit seiner nationalsozialistischen Bewegung gekommen wäre, dann wäre das deutsche Volk heute völlig dem Verderben preisgegeben.

Man muß sich das

19.9.1943

immer wieder vor Augen halten, man muß immer wieder an die Zeiten der Zerstörtheit, der Schwäche, der Ohnmacht, der Zerrissenheit unseres Volkes und Reiches denken, um zu ermessen, was es bedeutet, daß heute sieghaft unter der ewigen Sonne auf früher polnischem Staatsterritorium die Flagge des großen Reiches Adolf Hitlers weht. X

X Es ist klar, daß dieser Krieg eine Notwendigkeit war. Der Krieg ist nicht gekommen, weil Adolf Hitler und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Deutschland waren, - der Krieg wäre in jedem Fall gekommen, wenn irgendwann einmal das deutsche Volk gewagt hätte, sich gegen die Schandbedingungen von Versailles aufzubäumen. Aber deshalb, weil Adolf Hitler, seine Partei und seine Wehrmacht in Deutschland entstanden, konnte das deutsche Volk diesen an sich notwendigen Krieg sieghaft bestehen. X

X In dieser Zeit größter geschichtlicher Ereignisse müssen wir uns daher auch immer fanatischer und entschlossener um die Fahne des Führers scharen. Die Heimatfront darf nicht nach anderen Gesetzen in die Front des Krieges treten. Auch hier gilt nur das Gebot: bedingungslose Treue zum Führer, Gehorsam zum Reich und Hingabe an den Sieg mit der letzten Kraft. X

Vor kurzer Zeit führte eine verräterische Regierung Italien dem Zusammenbruch entgegen. Das Königreich hat unter den schmählichsten überhaupt jemals in der Weltgeschichte verzeichneten Bedingungen einen sogenannten Waffenstillstand abgeschlossen. Deutsche Männer und Frauen, es ist Euch bekannt, wie der Führer darauf reagiert hat. Nicht nur, daß Rom und Italien, von starken deutschen Truppen besetzt, fest in der Hand des Deutschen Reiches sind, - durch einen sensationellen tapferen Einsatz deutscher Männer wurde auch der treue

große Freund Adolf Hitlers und unseres Reiches Mussolini den Judenklauen im letzten Augenblick entrissen.

(Lebhafter Beifall)

Wir können auf diese Männer stolz sein und dürfen wohl feststellen, daß ein Reich, das zu solchen Gegenschlägen ausholt, nicht besiegt werden kann.

(Erneuter lebhafter Beifall)

Wir haben daher allen Anlaß, voll gläubigsten Vertrauens in die sieghafte Zukunft zu schauen. Das Judengift der feindlichen Propaganda wird immer wieder da und dort hineinzuschleichen versuchen; da und dort werden miesmacherische Tendenzen leise schleichend spürbar; aber das deutsche Volk ist diesmal entschlossen, seine sieghafte Freiheit durchzusetzen.

(Lebhafter Beifall)

Diesmal wird es unseren Gegnern nicht gelingen, und daher sei es kühn gesagt, wie es auch kühn durchgesetzt werden wird: die deutsche Front des Krieges wird weder von den Bolschewiken noch von den Angelsachsen jemals durchbrochen oder zerstört werden können, - niemals!

(Lebhafter Beifall)

Was jetzt im Osten vor sich geht, ist nichts anderes als der Beginn des Zusammenbruchs Sowjetrußlands. Es ist nur erklärbar aus den verzweifelten katastrophalen Bedingungen der Sowjetunion, hinter denen drohend der Hunger steht, daß sie derzeit unter Einsatz ihrer letzten Kräfte wie wahnsinnig in unser Feuer rennt. Die Verluste, die die Bolschewiken in den letzten Monaten davon getragen haben, übersteigen so jedes vorstellbare Maß, daß garkein Zweifel darüber bestehen kann: bei kommenden deutschen Gegenschlägen wird dieses verbrecherische Institut der Erde, genannt Sowjetunion, zusammenbrechen.

(Lebhafter Beifall)

19.9.1943

Wenn jetzt da und dort feindliche Flieger ihre Terrorangriffe gegen unsere deutschen Städte richten, so können wir nur sagen: das wird einmal zurückgezahlt werden, und der Deutsche wird seinen Haß gegen England einmal in die Tat umzusetzen vermögen. Und was schließlich auch anderswo in der Welt geschehen möge, - wir können sieghaft warten. Das deutsche Volk hat den größten Mann dieser Zeit an seiner Spitze, es hat die stolzeste und tapferste Wehrmacht der Welt zu seinem Schutz, es trägt aber auch die geschlossenste und zukunftssicherste Weltanschauung des Nationalsozialismus in seinem Herzen. Es hat die tapferste und fleißigste Bevölkerung auf seinem Boden, und es hat auf Grund von 2ooo Jahren ehrlichster Arbeit ein ewiges Recht vor Gott dem Allmächtigen auf eigene Freiheit und Führung Europas. Auf diesen Fundamenten voll unzerstörbarer granitener Härte erheben und errichten wir das Gebäude der deutschen Zukunft.

Ihr deutschen Jungen und Mädchen, ihr deutschen Soldaten der Wehrmacht, ihr Männer der SS und Polizei, der S.A., des NSKK. des NSFK., der Partei ihr alle, deutsche Männer und Frauen seid aufgerufen: lassen wir diese Kundgebung in dem Schwur aufflammen: Herrgott, laß den Führer siegen!

(Anhaltender stürmischer Beifall)

Gouverneur Kundt dankt dem Herrn Generalgouverneur namens der Deutschen des Distrikts für diese Worte und spricht dem Herrn Generalgouverneur vor allem seinen besonderen Dank für die Stiftung des Leistungspreises aus.

Mit dem von Gouverneur Kundt ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer und den Liedern der Nation findet die Feier ihren Abschluß.

19.9.1943

14^{00} Gemeinsames Mittagessen mit geladenen Gästen im Saale der Kreishauptmannschaft Tomaschow.

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Litzmannstadt. In der Begleitung des Herrn Generalgouverneurs befinden sich Staatssekretär Dr. Bühler, Gouverneur Kundt und Hauptabschnittsleiter Stahl.

$2o^{3o}$ A b e n d e s s e n im Gouverneurs Kundt.

(Übernachtung im Sonderzuge)

Montag, den 2o.September 1943

4^{17} Abfahrt des Sonderzuges von Radom.

9^{45} Ankunft des Sonderzuges auf dem Hauptbahnhof Krakau.

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

12^{35} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Staatssekretär Dr. Boepplé.

13^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr.Boepple sowie des Hauptabteilungspräsidenten Eichholz und des Direktors der Staatsbibliothek Dr. Abb den Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit Dr. Koblitz und überreicht ihm die Bestallungsurkunde über seine Ernennung zum Oberregierungsrat.

13^{15} M i t t a g e s s e n .

16^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt im Königssaal der Burg in Gegenwart des Pressechefs Gassner Kulturschriftleiter der Reichspresse, die zu einer informatorischen Reise durch die fünf Distrikte ins Generalgouvernement gekommen sind. Regierungsrat Schmidt vom Reichspropagandaministerium stellt dem Herrn Generalgouverneur die Schriftleiter vor.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann den Kulturschriftleitern ein anschauliches Bild von den staatlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnissen des Generalgouvernements.

20.9.1943

17[10] T e e - Empfang

19[00] K o n z e r t des Orchesters des Staatstheaters unter Leitung des japanischen Grafen Hidemaru Konoye.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Krakau

Dienstag, den 21.September 1943

11^{45} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

12^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Präsident Dr. Emmerich und Ministerialrat Dr. Weh.

Präsident Dr. Emmerich legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf einer Tagesordnung für die Sitzung des Kriegswirtschaftsstabes und des Verteidigungsausschusses, die am 22. September 1943 stattfindet vor.

Die Tagesordnung und die Teilnehmerliste für diese Sitzung werden von dem Herrn Generalgouverneur genehmigt.

12^{25} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Hauptabteilungspräsidenten Naumann den Ministerialdirektor im Reichsernährungsministerium Dr. Moritz.

In der anschließenden Besprechung gibt der Herr Generalgouverneur dem Ministerialdirektor Dr.Moritz einen eingehenden Überblick über die Verhältnisse im Generalgouvernement besonders im Hinblick auf die ernährungspolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Er weist vor allem darauf hin, welche Bedeutung das Generalgouvernement als Nebenland des Deutschen Reiches in den gegenwärtigen Zeiten hat. Diese Bedeutung, so führt der Herr Generalgouverneur aus, werde angesichts der Ereignisse im Osten von Tag zu Tag grösser.

Ministerialdirektor Dr. Moritz legt u.a. die Schwierigkeiten dar, mit denen man im Reich vor allem hinsichtlich der Beschaffung von Lagerräumen zu kämpfen habe, und umreißt die Aufgaben, die dem Reichsernährungsministerium gerade auf diesem Gebiete in

21.9.1943

letzter Zeit auferlegt worden sind. Er erklärt sich ferner bereit, die Wünsche des Herrn Generalgouverneurs nach einer großzügigen Unterstützung der Bekämpfung des Banditen- und Partisanenunwesens bei den maßgebenden Instanzen des Reiches mit allem Nachdruck vorzutragen.

13^{1o} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

13^{2o} M i t t a g e s s e n zu Ehren des japanischen Grafen Hidemaru Konoye.

15^{05} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Mühlmann und Referenten von Palézieux in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Gegenstand der Besprechung ist zunächst die Frage, in welcher Weise und an welchem Ort die Kunstschätze des Generalgouvernements untergebracht werden sollen.

Referent von Palézieux gibt der Meinung Ausdruck, daß die sämtlichen Kunstschätze auf die Burg zu Krakau gebracht werden müßten, wie es bisher schon mit einer größeren Anzahl von Kunstgegenständen der 1., 2., 3. Wahl geschehen sei. Ein Teil der Kunstgegenstände 1. Wahl befänden sich zur Zeit noch im alten Nationalmuseum zu Warschau.

Staatssekretär Dr. Mühlmann weist darauf hin, daß ein weiterer Teil dieser Kunstschätze im Schloß Wilanow untergebracht sei und ebenfalls von dort weggebracht werden müßte, da keine genügende Gewähr für einen Schutz gegen Bombenschaden gegeben sei.

21.9.1943

Der Herr Generalgouverneur legt größtes Gewicht darauf, daß die Kunstschätze bombensicher untergebracht werden, und beauftragt Referenten von Palézieux, ein Sachverständigengutachten über die Bombensicherheit der für die Aufbewahrung auf der Burg zu Krakau bestimmten Räume einzuholen.

Staatssekretär Dr. Mühlmann weist dann darauf hin, daß er zwar dem Herrn Generalgouverneur seine Vollmacht zurückgegeben habe, dem Reichsmarschall gegenüber aber nach wie vor verantwortlich bleibe.

Demgegenüber betont der Herr Generalgouverneur, daß ihn nur die Kunstschätze des Generalgouvernements etwas angehen. Diese Kunstschätze des Generalgouvernements seien Staatseigentum des Generalgouvernements. Sie seien vom Staat beschlagnahmt und würden hier verwahrt für Zwecke, die im Kriege nicht feststellbar seien. Wenn einige Kunstschätze sich noch außerhalb des Generalgouvernements befänden, so müsse ein Verzeichnis aufgestellt werden, in welchem diese Tatsache Erwähnung finde.

Der Auffassung des Herrn Generalgouverneurs, daß es unter den Beteiligten nunmehr eigentlich keine Streitpunkte mehr gebe, widerspricht Staatssekretär Dr. Mühlmann mit dem Hinweis, daß für ihn gleichwohl noch Streitpunkte grundsätzlicher Art bestänben, zum mindesten über gewisse Dinge ein großes Mißverständnis herrsche. Selbstverständlich bestehe hinsichtlich der Übergabe bzw. Überstellung von Kunstgegenständen auf die Burg kein Zweifel mehr, aber hinsichtlich der

21.9.1943

Der Herr Generalgouverneur legt größtes Gewicht darauf, daß die Kunstschätze bombensicher untergebracht werden, und beauftragt Referenten von Palézieux, ein Sachverständigengutachten über die Bombensicherheit der für die Aufbewahrung auf der Burg zu Krakau bestimmten Räume einzuholen.

Staatssekretär Dr. Mühlmann weist dann darauf hin, daß er zwar dem Herrn Generalgouverneur seine Vollmacht zurückgegeben habe, dem Reichsmarschall gegenüber aber nach wie vor verantwortlich bleibe.

Demgegenüber betont der Herr Generalgouverneur, daß ihn nur die Kunstschätze des Generalgouvernements etwas angehen. Diese Kunstschätze des Generalgouvernements seien Staatseigentum des Generalgouvernements. Sie seien vom Staat beschlagnahmt und würden hier verwahrt für Zwecke, die im Kriege nicht feststellbar seien. Wenn einige Kunstschätze sich noch außerhalb des Generalgouvernements befänden, so müsse ein Verzeichnis aufgestellt werden, in welchem diese Tatsache Erwähnung finde.

Der Auffassung des Herrn Generalgouverneurs, daß es unter den Beteiligten nunmehr eigentlich keine Streitpunkte mehr gebe, widerspricht Staatssekretär Dr. Mühlmann mit dem Hinweis, daß für ihn gleichwohl noch Streitpunkte grundsätzlicher Art beständen, zum mindesten über gewisse Dinge ein großes Mißverständnis herrsche. Selbstverständlich bestehe hinsichtlich der Übergabe bzw. Überstellung von Kunstgegenständen auf die Burg kein Zweifel mehr, aber hinsichtlich der

21.9.1943

Übergabe dieser Gegenstände aus seiner Verantwortung in die des Herrn Generalgouverneurs müsse er, Staatssekretär Dr.Mühlmann, erst durch den Reichsmarschall von seiner Vollmacht entbunden werden.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt demgegenüber, daß ihn diese Dinge nicht berührten, da die in Betracht kommenden Kunstgegenstände auf Grund einer Verordnung in das Eigentum des Staates Generalgouvernement übergegangen seien. Was etwa noch zweifelhaft sei, wie z.B. das Eigentum an der Sammlung Czartoryski, müsse geklärt werden.

Staatssekretär Dr.Mühlmann teilt mit, daß er den Reichsmarschall um Klärung seiner persönlichen Zuständigkeit ersucht und der Reichsmarschall ihm mitgeteilt habe, daß er über die Frage mit dem Führer gesprochen habe. Das Ergebnis sei dann der Auftrag an ihn, Staatssekretär Dr.Mühlmann, gewesen.

Der Herr Generalgouverneur betont, daß ihm der Führer seine Vollmachten einschließlich der uneingeschränkten Verfügungsgewalt über das staatliche und sonstige Eigentum des Generalgouvernements total bestätigt habe. Wenn es darüber noch einen Zweifel geben könnte, so sei dieser durch die Verordnung vom 15.Juli über das Verhältnis von Polizei und Verwaltung endgültig beseitigt worden. In seiner Eigenschaft als Generalgouverneur unterstehe er ausschließlich dem Führer. Alle anderen Vollmachten, die der seinigen entgegenständen, seien zurückgenommen worden. Er sei zudem Beauftragter des Reichsmarschalls für die Zwecke des Vierjahresplans und überdies auch Reichsverteidigungskommissar. Über die in Rede stehenden

21.9.1943

Dinge könne es also jetzt keinen Zweifel mehr geben, wo ein einheitlicher Staatsfiskus im Generalgouvernement vorhanden sei, der in sich geschlossen das ganze überhaupt vorhandene öffentliche Eigentum in Händen habe. Es gebe nicht einmal Wehrmachtseigentum oder Eigentum der Luftwaffe, sondern nur Eigentum des Staates Generalgouvernement, das von den verschiedenen Dienststellen verwaltet werde. Das hänge vor allem damit zusammen, daß das Generalgouvernement wirtschaftlich vollkommen auf sich allein angewiesen sei. Insofern bestehe zwischen dem Generalgouvernement und allen anderen besetzten Ländern ein großer Unterschied. Die zahlreichen für die besetzten Gebiete gegebenen Bestimmungen hätten im Generalgouvernement keine Geltung. Diese Regelung habe sich durchaus bewährt und sei in einer Zeit umso wichtiger, da gerade der Reichsmarschall das größte Gewicht darauf lege, daß die von ihm betreuten wissenschaftlichen Institute im Generalgouvernement aufgebaut würden. Auf diesem Wege werde auch das Institut für Deutsche Ostarbeit eines der größten wissenschaftlichen Institute des Reiches werden. Was die Kunstgegenstände angehe, so gehörten sie offiziell dem Deutschen Reich.

Staatssekretär Dr. Mühlmann weist darauf hin, daß sich die Übergabe bzw. der Abtransport der in Warschau befindlichen Kunstgegenstände verzögert habe. Die endgültige Abwicklung dieser Dinge werde bis zum 1.Oktober ds.Jrs. nicht möglich sein, umso weniger, da er selbstverständlich zu seiner Entlastung Stück für Stück übergeben müsse.

21.9.1943

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit einer angemessenen weiteren Hinausschiebung des Übergabetermins einverstanden, legt allerdings größtes Gewicht darauf, daß nunmehr unter den Beteiligten völliges Einverständnis herrsche. Im übrigen gibt der Herr Generalgouverneur seiner Anerkennung darüber Ausdruck, daß es möglich gewesen sei, aus den Wirrnissen des Jahres 1939 eine große Anzahl von Kunstgegenständen zu retten.

Staatssekretär Dr. Mühlmann spricht die Bitte aus, daß man nicht ganz vergessen möge, was er für die Sicherstellung der Kunstgegenstände geleistet habe.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß die Gesamtübergabe der Kunstgegenstände in die Verwaltung der Kanzlei des Generalgouverneurs zum 1. Dezember 1943 in einem feierlichen Rahmen erfolgt. Damit könne auch ein abschließender Bericht über die Leistungen der Dienststelle des Staatssekretärs Dr. Mühlmann verbunden werden, und er würde dann als Generalgouverneur zu dieser Übergabe kurz Stellung nehmen.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple und Referenten von Palézieux, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit Präsident Bauder für die Sicherstellung und den notwendigen Ausbau der für die Aufnahme der Kunstgegenstände in Aussicht genommenen Räume Sorge zu tragen. Er stellt ferner fest, daß die Zuständigkeit des Staatssekretärs Dr. Mühlmann bezw. seines wissenschaftlichen Mitarbeiters Prof. Dr. Kudlich bis zum Abschluß der Übergabe aufrecht erhalten bleibt.

(Übernachtung auf der Burg)

Krakau

Mittwoch, den 22.September 1943

1o[30] Tagung des Kriegswirtschaftsstabes und des Verteidigungsausschusses im Königssaal der Burg.

Beratungsgegenstände:

1. Die Verstärkung der Sicherheit für die Kriegsproduktion im Generalgouvernement
2. Fragen der Arbeitsordnung und der Arbeitsversorgung.

(Protokoll s.Beiakten)

Vor, während und nach der Tagung hat der Herr Generalgouverneur Besprechungen mit dem General der Polizei SS-Obergruppenführer von dem Bach-Zelewski.

(Übernachtung auf der Burg)

Krakau

Donnerstag, den 23.September 1943

10^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Dr. Wächter.

12^{00} Ministerialrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Verordnung über die Geltung der Fernsprechordnung im Generalgouvernement
2. einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Recht der Deutschstämmigen
3. einer Verordnung zur Vereinfachung des Steuerverfahrens, des Steuerstrafrechts und des Steuerstrafverfahrens
4. einer Verordnung über die Änderung der Zahlungstermine bei der Grundsteuer und beim Kriegszuschlag zur Grundsteuer
5. einer Verordnung über die Einführung der zweiten Verordnung betrf. die Entschädigung von Kriegssachschäden im Distrikt Galizien und in den neuen Teilen der Kreishauptmannschaften Jaroslau, Krosno, Przemysl und Sanok

vor. Die Verordnungsentwürfe werden von dem Herrn Generalgouverneur unterzeichnet.

12^{10} Besprechung mit Präsident Dr.Senkowsky, Stadthauptmann Dr. Krämer und Architekt Vanoni in Gegenwart der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple.

Präsident Dr. Senkowsky legt dem Herrn Generalgouverneur die Pläne für einen Hotelbau vor, der unter Benutzung des Skelettbaues im Westring errichtet werden soll.

23.9.1943

Stadthauptmann Dr. Krämer teilt mit, daß Präsident Bauder angesichts der Schwierigkeiten, die sich der Errichtung eines Hotelbaues in der heutigen Zeit entgegenstellten, und besonders im Hinblick auf die Einstellung des Reichsministers Speer zu solchen Bauplänen die Durchführung dieses Bauvorhabens nicht unterstützen zu können glaube. Präsident Bauder schlage deshalb im Einvernehmen mit dem Rüstungsbeauftragten Kobold vor, diesen Bau für die Zwecke eines Bürohauses zur Verfügung zu stellen.

Der Herr Generalgouverneur genehmigt die vorgelegten Pläne und ordnet an, daß Besprechungen mit Präsident Bauder über die Frage dieses Baues aufgenommen werden sollten, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob der Bau den Zwecken eines Hotels oder eines Bürohauses zu dienen habe.

Im weiteren Verlauf der Besprechung berichtet dann Stadthauptmann Dr. Krämer von einer zur Bekämpfung des Schleichhandels in Krakau durchgeführten polizeilichen Großaktion.

Gegenstand der Besprechung ist ferner die Frage, ob den Mitgliedern des Staatstheaters ein eigenes Kasino zur Verfügung gestellt werden soll.

Der Herr Generalgouverneur hält es für dringend geboten, daß den Angehörigen des Staatstheaters entsprechende Räume zur Verfügung gestellt würden. Da das Staatskasino weitere Gäste nicht mehr aufnehmen könne, müsse irgendwie Ausweg geschaffen werden. Gegen die Zurverfügungstellung der neueingerichteten Räume der "Arkadia" erhebe Präsident Dr. Senkowsky Einspruch.

23.9.1943

Der inzwischen erschienene Intendant Stampe macht den Vorschlag, daß den Künstlern nach wie vor im Distriktskasino Krakau die Möglichkeit gegeben werde, ihre Mahlzeiten einzunehmen und dort zu weilen. Allerdings müßte dafür Sorge getragen werden, daß ihnen auch nach Theaterschluß die Möglichkeit gegeben werde, eine Abendmahlzeit einzunehmen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden und beauftragt Staatssekretär Dr.Bühler, unverzüglich in Verhandlungen mit dem Gouverneur des Distrikts Krakau über diese Frage einzutreten.

Abschließend beauftragt der Herr Generalgouverneur Staatssekretär Dr. Boepple, die Frage der Regelung des Gehalts des Intendanten Stampe mit Präsident Dr.Senkowsky zu besprechen.

12^{40} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr.Bühler Generalleutnant Altrichter, der mit seinem Adjutanten Hauptmann von Ponikau erschienen ist.

16^{05} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch, Hauptabschnittsleiter Stahl und Parteirichter Brodmann.

23.9.1943

16[35] Der Herr Generalgouverneur empfängt im Großen Saal (Türkenzelt) der Burg zu Krakau 3o Sportler und Sportlerinnen aus den Distrikten des Generalgouvernements, die ihm von dem Sportbeauftragten SS-Hauptsturmführer Oppitz vorgestellt werden.

Nach einem von Sportbeauftragten Oppitz erstatteten eingehenden Bericht über die Leistungen auf dem Arbeitsgebiet "Körperliche Ertüchtigung" und die Entwicklung des sportlichen Lebens im Generalgouvernement ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Lieber Kamerad Oppitz! Meine lieben Sportler und Sportlerinnen! Ich habe mit großer Freude alle die Monate hindurch die Entwicklung des Sports im Generalgouvernement beobachtet und habe einen echten Stolz über die würdigen Leistungen empfunden, die auf allen Gebieten von den Männern und Frauen des Sportlebens im Genralgouvernement vollführt worden sind. Auch Sie haben mir damit in meiner so schweren Aufgabe einen ganz großen Dienst erwiesen. Sie haben darüber hinaus in der Gesamthaltung der Deutschen dieses Raumes eine bedeutende Position eingenommen und auch in der Steigerung des Ansehens der Ostarbeit überhaupt, damit wieder in der Steigerung des Ansehens der Ostprinzipien dem ganzen deutschen Volk einen Dienst geleistet. Ich habe aus Ihrem Bericht, Kamerad Oppitz, zu meiner Genugtuung entnommen, daß Sie diese Entwicklung, die sich so sieghaft, schön und beglückend durchgesetzt hat auch für die Zukunft glauben gewährleisten zu können. Sollte das der Fall sein, so würde das natürlich in den kommenden zweifellos noch mit reichen Sorgen erfüllten Wochen und Monaten eine ganz besondere Freude für mich und die Deutschen dieses Raumes sein.

23.9.1943

Der Sport steht heute in der Vollendung vor uns, wie sie uns der Krieg ermöglicht. Aber er steht auch so stark und in sich charakterlich, organisatorisch und persönlich gefestigt da, daß man wohl sagen kann: auf dem Gebiete des Sports hat sich die nationalsozialistische Ideenwelt in alle Zukunft unseres Volkes hinein in dem Bewußtsein unserer Nation verankert. Heute ist der Sport dank des Durchbruches der großen nationalsozialistischen Idee, die im Sport mit Recht eines der wichtigsten Gemeinschaftsereignisse eines Volkes sieht, zum Allgemeingut der Nation in einem Maße geworden, das man früher gar nicht für möglich gehalten hat. Es ist meine klare Absicht gewesen, Sie, die Sie für den Sport als Organisation und Leistung im Generalgouvernement sich an so hervorragender Stelle befinden, auf dieser Burg zu Krakau die ganze Bedeutung spüren zu lassen, die auch ich und die maßgebende Führung dieses Raumes in dieser Arbeit sehen. Sie sind von mir vollkommen in die große Leistungszone eingereiht, die heute Staat, Wirtschaft, Partei, Wehrmacht auch in diesem Raume zu erfüllen haben.

Was immer Sie hier an Stimmungshaltung, an Charakterprägung, an Erziehung und vorbildlicher Haltung leisten, das sei mit aller Wucht betont. Denn im Sport haben justament die Eigenschaften ihre Geltung, die heute unserem schwerkämpfenden Volk von der Front vorgelebt und von der Heimat nachgelebt werden müssen.

Man darf im Sport keine Spielerei, kein Tändeln, keinen Luxus, vor allem nichts sehen, was nur Schaulust oder Theatralik bedeuten könnte. Der Sport ist eine ernsthafte Lebensbedingung unserer Nation geworden. Ohne diese dauernde, gesunde, frische, elastische und energiegehallte Haltung unserer Nation werden wir den Stürmen der Zukunft nicht entgegentreten können.

23.9.1943

Es strahlt daher von Ihrer Tätigkeit nicht nur in diesem Land, sondern für das ganze Sportleben überhaupt gerade jetzt im Kriege ein so siegsicherer Zukunftsglaube aus, daß ich schlechterdings sagen kann: das Sportleben im Generalgouvernement kann in seiner Wichtigkeit für sich einen der ersten Plätze beanspruchen.

Ich danke Ihnen, Kamerad Oppitz, und Ihren Mitarbeitern hier an der Zentrale wie in den Distrikten dafür, daß Sie unter all' den Schwierigkeiten des Krieges Ihre Arbeit so vorbildlich geleistet haben, als dieses Sportleben im Rahmen der Bewegung in Gang gebracht wurde. Aber ich danke auch jedem Einzelnen der deutschen Sportler und Sportlerinnen, ganz gleich, auf welchem Gebiet sie sich sportlich betätigt haben, ganz gleich auch schließlich, ob sie trotz allen Mühens nicht überall auf die ersten Plätze gekommen sind, - ich danke Euch allen dafür, daß Ihr Euch dafür eingesetzt habt. Die heutige Veranstaltung, das heutige Zusammensein mit Euch, vielleicht auch die Erfüllung der Wünsche, die Sie mir ausgesprochen haben, deren Erledigung ich persönlich mir als kleine Gegenleistung an Euch angelegen sein lassen werde, mögen unsere Hoffnung bestärken, daß uns auch in Zukunft diese Leistungen befriedigen werden.

Ich brauche nicht zu sagen, daß das, was ich vorhin von den charakterlichen, erzieherischen und Erhaltungswerten des Sportes sagte, tatsächlich heute Allgemeingut werden muß. Die im Sport geübte Beherrschung der Leidenschaften, diese knapp-präzise Haltung muß jeder in sich heranziehen und entwickeln. Dies ist heute die notwendige Voraussetzung auch für das Durchhalten unserer Nation; genau so, wie jeder Einzelne von Euch, wenn er die Höchstleistung erstrebt, alles,

was er an geistigen, seelischen und körperlichen Kräften besitzt, einsetzen muß, um gerade im Augenblick der Entscheidung in Höchstform zu sein, - denn darauf kommt es an - genau so muß unser Volk sich in diesem einzigartigen und für Jahrtausende der Zukunft entscheidungsgeballten Augenblick in der Höchstform der Leistung befinden.

Und so sehen Sie denn, daß man aus jedem einzelnen echt sportlichen Vorgang immer die große Parallele ziehen kann. Die Geschichte zeigt es, daß die Völker, die da davon ausgingen, daß der Sport kein Luxus, nichts Überflüssiges, sondern ein Lebenselement der Gemeinschaftshaltung und der Individualerziehung ist, gegen die verweichlichten Völker den Schicksalskampf bestanden haben. Es war ein typisches Irrbild unserer körperlichen Erziehung, die wir, die Älteren, noch durchgemacht haben, daß man diese körperlichen Vorgänge des Sports schon allein durch die Bezeichnung "körperlich" degradierte und sie aus dem Erziehungswerk der Schule völlig beiseiteschob. Heute hat sich das Bild geändert, und wir im Generalgouvernement können stolz auf das sein, was hier wenige deutsche Männer und Frauen geleistet haben. Ich kann nur wünschen, daß das Wort, daß jeder Deutsche im Generalgouvernement ein Sportler sein soll, zur Wirklichkeit werden möge. Soweit es die Ungunst der Zeit erlaubt, haben wir ja auch in den militanten Verbänden eine starke Reserve zur Verfügung. Neben unseren allgemeinen Sportlern spreche ich daher den Mitgliedern der Sportgemeinschaften, der Wehrmacht, der Polizei, der SS und allen anderen Verbänden meinen besonderen Dank dafür aus, daß sie das Sportleben so würdig und wertvoll unterstützen. Daß man aber die

23.9.1943

Jugend ganz besonders für den Sportgedanken begeistert, erfüllt mich mit großer Freude und Genugtuung. Hier liegt ja unsere Zukunft; denn es handelt sich um Menschen, die dem großen gewaltigen Schicksal zu entsprechen haben, das auf unserem deutschen Volke liegt.

Es ist eine schöne stolze und frohe Stunde, die Sie mir auf der Burg bereiten, und ich betrachte es als eine große Freude, daß Sie zu mir gekommen sind. Ich habe in diesen herrlichen Räumen meine schweren Sorgen. Es ist nicht leicht, in dieser Zeit, umbrandet von den Nöten gewaltiger Ereignisse, mit einer Handvoll deutscher Männer und Frauen ein Millionenvolk von Feinden in Schach zu halten. Was mir dabei aber der Sport hilft, wenn er unsere Deutschen immer wieder aufrichtet, sie von den Niederungen des Zweifels fernhält und sie immer wieder aus den Düsternissen der Stimmungsvergiftung herausreißt, ist gar nicht abzuschätzen.

Die deutsche Führung dieses Raumes und der deutsche Sport schließen heute eine große Gemeinsamkeit. Ich brauche Euch; helft mir weiter, und ich werde tun, was ich kann, um Euch zu helfen. Dann werdet Ihr das Ansehen des Mannes ehren, der mich noch kurz vor seinem Tode besucht hat, unseres unvergeßlichen Parteigenossen von Tschammer und Osten, des Reichssportführers, der diesen großen Geist in das deutsche Sportleben gebracht hat, dessen Zeugen und Träger und fruchtbare Verwirklicher Ihr seid. Ich danke Euch vielmals. Ihr habt mir eine große Freude bereitet.

23.9.1943

17[10] T e e - Empfang.

23[36] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Warschau.

Freitag, den 24.September 1943

bis

Sonntag, den 26.September 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Warschau.

Krakau

Montag, den 27.September 1943

9lo Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11lo Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler, zu der später Staatssekretär Dr.Boepple hinzugezogen wird.

Staatssekretär Dr.Bühler berichtet dem Herrn Generalgouverneur zunächst über die Ergebnisse der Ernteerfassung.

Der Herr Generalgouverneur teilt sodann mit, daß infolge des Ausscheidens des bisherigen Gouverneurs Dr. Losacker aus seinen Stellungen als Gouverneur und Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung eine Neubesetzung dieser Posten notwendig geworden sei. Er beabsichtige, den Gouverneur Kundt zum Gouverneur des Distrikts Krakau, den Bevollmächtigten Dr. Heuber zum Gouverneur des Distrikts Radom und den bisherigen Amtschef des Distrikts Radom Dr. Egen zum kommissarischen Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung zu ernennen.

11³o Besprechung mit den Staatssekretären Dr.Bühler und Dr. Boepple, Gouverneur Kundt und Bevollmächtigtem Dr. Heuber.

Der Herr Generalgouverneur teilt mit, daß der bisherige Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung Dr. Losacker zum 1o. Oktober infolge seiner Einziehung zur Waffen-SS aus seinen Ämtern ausscheide. Ihm sei von Staatssekretär Dr. Bühler der Vorschlag gemacht worden, den Gouverneur Kundt-Radom zum Gouverneur des Distrikts Krakau, den Bevollmächtigten Dr.Heuber zum Gouverneur des Distrikts Radom und den bisherigen Amtschef Dr. Egen-Radom zum kommissarischen Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung zu ernennen.

27.9.1943

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklären Gouverneur Kundt und Bevollmächtigter Dr.Heuber ihre Bereitwilligkeit zur Übernahme dieser Posten.

In diesem Zusammenhang weist Gouverneur Kundt darauf hin, daß er seinerzeit bei seiner Ernennung zum Gouverneur des Distrikts Radom auf die Feststellung Wert gelegt habe, daß er Unterstaatssekretär der Regierung bleibe und diesen Titel zu führen berechtigt sei, solange er als Beamter im Generalgouvernement Dienst tue.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt dazu, daß diese Frage im Einvernehmen mit Staatssekretär Dr.Bühler geregelt werden müsse. Für ihn, den Generalgouverneur, könne nur die Stellung des Gouverneurs in Betracht kommen.

Abschließend trifft der Herr Generalgouverneur folgende Verfügung:

1. Der bisherige Gouverneur des Distrikts Radom Kundt wird zum Gouverneur des Distrikts Krakau ernannt.

2. Der bisherige Bevollmächtigte des Generalgouverneurs in Berlin Dr. Heuber wird zum Gouverneur des Distrikts Radom ernannt.

3. Der bisherige Amtschef beim Distrikt Radom Dr. Egen wird zum kommissarischen Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung in der Regierung des Generalgouvernements ernannt.

4. Falls Dr. Egen die Leitung der Hauptabteilung Innere Verwaltung nicht übernehmen könnte oder sollte, wird Gouverneur Kundt zum kommissarischen Leiter dieser Hauptabteilung ernannt.

27.9.1943

5. Zum Amtschef des Distrikts Radom soll gegebenenfalls der bisherige Stadthauptmann von Kielce S.A.-Standartenführer Drechsel ernannt werden.

11[45] Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple den Kapitän der Legion Speer, Major d.Res. Voß.

Kapitän Voß, der zuletzt mit seiner Legion in Kiew eingesetzt war, bittet den Herrn Generalgouverneur, seiner Formation eine Unterkunft im Generalgouvernement zu gewähren. Ihm ständen 6o Lastkraftwagen und 3 ooo Arbeitskräfte zur Verfügung, die im Generalgouvernement zum Einsatz gelangen könnten.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple, in einer Besprechung mit Kapitän Voß die Möglichkeiten der Verwendung der Legion im Generalgouvernement einer Prüfung zu unterziehen und ihm dann über das Ergebnis der Besprechung Bericht zu erstatten.

12[30] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD. SS-Obersturmbannführer Dr. Großkopf zur Verabschiedung.

Der Herr Generalgouverneur spricht SS-Obersturmbannführer Dr. Großkopf seinen Dank und seine Anerkennung für die Verdienste aus, die er sich um das Generalgouvernement erworben hat.

27.9.1943

Diesem Dank will der Herr Generalgouverneur durch ein an Dr. Großkopf gerichtetes persönliches Schreiben noch besonderen Ausdruck geben. Er ordnet weiter an, daß ein Bild des Generalgouverneurs mit eigenhändiger Widmung und ein Buch über das Generalgouvernement, ebenfalls mit eigenhändiger Widmung, an die Adresse des SS-Obersturmbannführers Dr. Großkopf, Graz, Parkring 4, gesendet werden.

27.9.1943

16[00] Besprechung im Königssaal der Burg.

Gegenstand der Besprechung ist die

Sicherheitslage im Generalgouvernement.

(Teilnehmerliste s.Anlage)

Einleitend führt Generalmajor der Pol. Grünwald aus, daß es jetzt gelte, mit möglichst geringen Kräften eine möglichste starke Sicherung des Landes herbeizuführen. Bei diesem Plan sei man auf den Gedanken gekommen, die Polizeikräfte zu dislocieren und auf Stützpunkte zu verteilen. Die Stützpunkte seien in Stärke von 1 : lo bis 1 : 3o Mann über das Land verteilt, von ihnen würden Streifen unternommen, damit der Schutz der Ernteeinbringung gewährleistet werden könne. Das Stützpunktsystem sei durch Kräfte der Wehrmacht ergänzt worden. Die Wehrmachtstützpunkte hätten zumeist eine Stärke von 1 : 3o, in einzelnen Gegenden seien sie geringer.

Der Erfolg der Einrichtung dieses Stützpunktsystems sei darin zu erblicken, daß garade diejenigen Bezirke wie Radom, Lublin und Warschau, in denen das Bandenunwesen besonders herrsche, in der Getreideablieferung und der Erfüllung ihrer Kontingente vorbildlich seien. Auch in Kreisen, in denen die Bandenbekämpfung bisher noch stark hemmend gewirkt habe, sei sehr gut abgeliefert worden.

Es sei richtig, daß sich die Überfälle an und für sich vermehrt hätten. Das sei darin begründet, daß jede Meldung von Absetzbewegungen an der Ostfront eine Wirkung auf die Bevölkerung habe.

Interessant sei eine Aufstellung über Gewalttaten, Überfälle und Brandstiftungen in der Zeit vom 21. Sept. bis 26.Sept.1943, gegenübergestellt der Zahl von Überfällen oder Brandstiftungen im gleichen Zeitraum des

27.9.1943

Jahres 1942. Im Jahre 1943 seien es in der genannten Woche in Warschau 11 Brände und Brandstiftungen gewesen, im Jahre 1942 1o, in Radom 5 gegenüber 2o im Jahre 1942, in Lublin 14 gegenüber 21 im Jahre 42. Erhöht habe sich gleichwohl die Gesamtzahl der Gewalttaten und das Auftreten der Banditen. Die Gesamtzahl der Gewalttaten, die in dieser Woche verübt worden seien, betrage in allen fünf Distrikten 1338 gegen 231 im vorigen Jahre. Daraus sei ohne weiteres eine gewisse Verschlechterung der Lage zu erkennen. Man dürfe diese Gewalttaten gewiß nicht unterschätzen, solle sie aber auch nicht überschätzen. Denn vielfach handle es sich um gewöhnliche Plünderungen oder Raubüberfälle, die nichts weiter mit großen politischen Fragen zu tun hätten.

In der Zeit von 194o bis 1943, berechnet auf den Stichtag des 31. August, seien insgesamt 41 ooo Täter und Helfer der Banden festgenommen oder vernichtet worden.

Was den Einsatz der Polizeikräfte angehe, so könne man sie nicht restlos in die einzelnen Stützpunkte aufteilen, sondern müsse gewisse Reserven behalten, um im geeigneten Augenblick auch eine größere Formation zum Einsatz zu bringen. Im vergangenen Jahre habe der Einsatz der Polizeikräfte immerhin wenigstens einigermaßen eine Befriedung herbeigeführt.

Generalmajor Haseloff bemerkt, daß die Wehrmacht zunächst mit Beginn der Ernte in sehr großem Umfange eine ähnliche Organisation geschaffen habe, wie sie eben geschildert worden sei. Seit Beginn der Ernte seien in neuen Stützpunkten etwa 4 5oo Mann im allgemeinen in der Stärke von 1 : 3o eingesetzt worden, die beweglich gehalten würden und auch die Nachbarorte durch Streifen beherrschten. Man gehe unter die Zahl von 1:3o

ungern herunter, weil die Mannschaften, die zumeist Rekruten seien, überwacht werden müßten. Daneben bestänen die alten Stützpunkte schon seit anderthalb Jahren aus der Zeit des Beginns der Unruhen auf dem Lande und im Bereich der großen Güter. Dafür seien vielfach aus den Lazaretten entlassene genesende Soldaten, die noch nicht an die Ersatztruppenteile abgegeben worden seien, eingesetzt und in sogenannten Genesenden-Stützpunkten in die großen Liegenschaften gelegt, wo sie schon durch ihre Anwesenheit und auch durch Bestteifung der Gegend einen gewissen Schutz bildeten. Darüber hinaus würden Truppenteile zu Großaktionen, die im Auftrage des Generals der Polizei Kräger durchgeführt würden, eingesetzt. Zwei Regimenter hätten schon bei der Großaktion im Kreise Bilgoraj mitgewirkt; ein Teil von ihnen sei dann auch wieder in die Standorte zurückgegangen. Ein Regiment habe sich an der Bekämpfung der Kolpak-Banden beteiligt, sei in Galizien geblieben und stehe dort auch zum Schutze der Ernteeinbringung bereit. Weil in Galizien ständig mit dem Auftraten größerer Banden zu rechnen sei, sei man dort nie unter Kmpaniestärke heruntergegangen. In Galizien sei daher auch das Stützpunktsystem nicht so durchgeführt wie im gesamten Generalgouvernement.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Gouverneur Kundt, daß Stützpunkte im Westen des Distrikts Radom, besonders in Teilen der Kreishauptmannschaft Radomsko, in den Kreishauptmannschaften Petrikau und Tomaschow, wo die Volksdeutschen besonders bedroht seien, nicht eingerichtet seien. Das sei wohl darauf zurückzuführen, daß die für die Stützpunktbildung im Distrikt Radom zugesagten Verstärkungen für die Bekämpfung der Kolpakbanden hätten eingesetzt werden müssen.

27.9.1943

SS-Oberführer Bierkamp bestätigt, daß sich die Zahl der Überfälle gegen früher etwas erhöht habe. Wesentlich sei aber vor allem die Tatsache, daß jetzt ein besseres Zusammenarbeiten der Widerstandsbewegung mit den Banden zu beobachten sei. Früher seien mehr einzelne Überfälle verübt worden, heute verfolgten die Widerstandsbewegung bzw. die Banden einen ganz bestimmten Weg: sie vernichteten z.B. Dreschmaschinen und besonders Molkereien. Man habe einen Befehl, der von England ausgehe, aufgefangen, nach welchem nur die landwirtschaftlichen Maschinen, nicht aber die Getreidevorräte vernichtet werden sollten. Weiter seien vielfach polnische Rüstungsarbeiter erschossen worden, auch jeder Pole, der mit der Abwehrstelle oder mit der Sicherheitspolizei zusammenarbeite, werde überfallen oder erschossen. In erhöhtem Maße würden auch Überfälle auf Deutsche gemacht. Eine Zusammenstellung der in den Monaten April bis September auf Deutsche verübten Überfälle zeige ein ständiges Ansteigen dieser Gewalttaten. Dadurch werde der Mut der Deutschen, insbesondere der Frauen und der nicht im Besitz von Waffen befindlichen Bevölkerung stark herabgedrückt. Das habe wieder Rückwirkungen auf die Widerstandsbewegung und die Festigung der Stimmung bei den Polen. Den Polen müsse daher mit aller Energie klar gemacht werden, daß die Deutschen die Herren im Lande seien und jeder, der sich an der deutschen Führung vergreife, daran zugrunde gehe.

Zu dem von der Widerstandsbewegung und den Banden durchgeführten System gehörten auch die Überfälle auf Gefängnisse. Dabei gingen die Banden z.B. so vor, daß sie die Dienststelle einer Stadt unter Feuer hielten und in der Zwischenzeit das Gefängnis überfielen.

27.9.1943

Ein Ausbau der Gefängnisse zum Zwecke der Herbeiführung einer größeren Sicherheit sei von Präsident Bauder abgelehnt worden. Vor allem müsse dafür gesorgt werden, daß die politischen Häftlinge in der Gewalt der Sicherheitspolizei blieben. Die Justizgefängnisse böten keine genügende Sicherheit, weil sie in der Hauptsache von Polen überwacht würden. Auch aus diesem Grunde sei ein Ausbau der Gefängnisse unbedingt notwendig. - Vielfach würden Gefangene, die man von kleinen Ortschaften bringe, wieder befreit, da man solchen Gefangenentransporten kein größeres Schutzkommando mitgeben könne. Eine Hilfe sei nur auf dem Wege möglich, daß Personen, die festgenommen und nach ihrer Vernehmung der Tat überführt worden seien, sofort an Ort und Stelle erschossen würden. Dieses Vorgehen müsse auch propagandistisch untermauert werden. In den Gebieten, in denen zahlreiche Bandenüberfälle vorkämen, müsse öffentlich bekannt gemacht werden, daß von den überführten Tätern soundsoviele erschossen worden seien.

Der Herr Generalgouverneur spricht sich zwar dagegen aus, daß unter Umständen Personen wahllos erschossen würden, ist aber andererseits der Auffassung, daß nunmehr angesichts der überhandnehmenden Frechheit der Polen strenge Exempel statuiert werden müßten. Die von SS-Oberführer Bierkamp vorgeschlagenen Maßnahmen müßten noch im einzelnen besprochen werden, fänden jedoch im allgemeinen seine Zustimmung.

SS-Oberführer Bierkamp hält weiter ein scharfes Vorgehen gegen Industriearbeiter für geboten, die ihre Mitarbeiter aufforderten, die Arbeit im Betriebe zu sabotieren. Auch solche Leute müßten sofort an Ort und Stelle erledigt werden, wie überhaupt nunmehr gegen

27.9.1943

alle Gesetzesbrecher mit den schärfsten Mitteln eingeschritten werden müsse. Das gelte vor allem auch für den Kampf gegen den Schleichhandel, der immer noch mit einer Frechheit auftrete, die sich eine Besatzungsmacht unter keinen Umständen gefallen lassen sollte.

Der Herr Generalgouverneur weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß endgültig ab 1.Oktober 1943 die Neuregelung der Ernährung der polnischen Bevölkerung durchgeführt werde. Spätestens 14 Tage nach diesem Zeitpunkt müsse ein verschärfter Kampf gegen den Schleichhandel einsetzen. In allen Zeitungen müßten von der Hauptabteilung Propaganda im Einvernehmen mit sämtlichen Dienststellen ausgearbeitete Aufsätze erscheinen, in denen auf diese Entwicklung hingewiesen werde.

SS-Oberführer Bierkamp weist dann darauf hin, daß die Landstraßen mehr als bisher gesichert werden müßten. Der Sicherheitspolizei zugegangene Meldungen besagten, daß die gesamten Waffentransporte der Widerstandsbewegung entweder in Panjewagen oder in der letzten Zeit sogar in mit Wehrmachtkennzeichen versehenen Fahrzeugen vor sich ginge. Daher müsse eine verstärkte Kontrolle der Landstraße einsetzen. Auch jeder Wagen der Wehrmacht und der Polizei müsse auf seinen Inhalt durchgesehen werden können; denn die Banditen hätten vielfach gefälschte Papiere und trügen Wehrmachts- oder Polizeiuniform.

Generalmajor Haseloff hält eine Prüfung der vorgeschlagenen Maßnahmen für notwendig. Bei dem Anhalten von Lastkraftwagen der Wehrmacht müsse nicht nur eine Kontrolle durchgeführt werden, sondern auch eine Aussprache mit dem Fahrpersonal möglich sein. Es kämen jetzt zahlreiche Fahrzeuge von Truppenteilen aus dem Osten ins Generalgouvernement, die natürlich keinen Fahrbefehl hätten.

27.9.1943

Der Herr Generalgouverneur ist der Ansicht, daß, da Wehrmachtsfahrzeuge nur von Angehörigen der Wehrmacht kontrolliert werden könnten, aus Wehrmachts- und Polizeimannschaften kombinierte Streifen für diesen Dienst eingesetzt werden müßten. Dann könne sich auch leicht ein gewisses Verfahren der Vernehmung herausbilden.

SS-Oberführer Bierkamp geht dann auf die Verhältnisse in der Stadt Warschau ein. In Warschau hielten sich etwa 25 ooo ehemalige polnische Offiziere verborgen, ferner noch ungefähr 2o- bis 3o ooo Juden und zahlreiche Personen, die sich nicht für Arbeit melden wollten und auf seiten der Widerstandsbewegung mehr oder minder aktiv gegen die deutsche Führung arbeiteten. Gegen diese Elemente, die zumeist wohl die Urheber der Gewalttaten seien, müsse mit allen Mitteln vorgegangen werden. Deshalb sei beabsichtigt, in Warschau eine große Razzia durchzuführen. Ob man dafür der Unterstützung der Wehrmacht bedürfe, sei noch nicht zu übersehen. Aber diese Unterstützung wäre schon deshalb zu begrüßen, weil sich in Warschau eine große Anzahl von Deserteuren, die natürlich sämtlich der Widerstandsbewegung in die Hände fielen. Die Masse aller dieser Elemente müsse in einem Gesamteinsatz erfaßt werden. Selbstverständlich seien zu diesem Zweck harte Maßnahmen erforderlich, damit die polnische Bevölkerung merke, daß die deutsche Führung nunmehr wirklich scharf zugreife. Daß man auf Widerstand stoßen werde, sei selbstverständlich. Wer in Warschau unangemeldet lebe und sich nicht genügend ausweisen könne, müsse erschossen werden; denn wer sich in Warschau verborgen halte, sei ohne besonderen Beweis als Angehöriger einer Terrorgruppe anzusehen. Diese acharfen Maßnahmen müßten

27.9.1943

angesichts der Tatsache, daß fast an jedem Tag ein oder mehrere deutsche Soldaten auf der Straße erschossen würden, unbedingt durchgeführt werden.

Im übrigen sei er grundsätzlich gegen jede Sühnemaßnahme, selbst wenn ein Attentat geschehen sei. Es gebe aber Fälle, in denen man schließlich doch zu solchen Maßnahmen schreiten müsse, und das scheine ihm jetzt in Warschau der Fall zu sein. Er habe deshalb vor, soundsoviele Personen, die der nationalen oder kommunistischen Widerstandsbewegung angehörten, namentlich zu benennen und öffentlich bekanntzugeben, daß sie beim nächsten Attentat erschossen würden. Über die Möglichkeit der Durchführung einer solchen Maßnahme wolle er noch einmal mit der Berliner Zentrale sprechen, um sich zu g vergewissern, ob sie auch dort für richtig befunden werde. Gegebenenfalls müßte dann das von ihm geplante Verfahren bis zum letzten durchgeführt werden.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß solche entscheidende Maßnahmen nunmehr unerläßlich seien, verlangt aber, daß das grundsätzlich für diese Maßnahmen in allen Distrikten aufzustellende Regulativ vorher von ihm genehmigt werde. Entsprechend dem Führererlaß müßten nach Einholung eines Gutachtens der Berliner Zentrale die Maßnahmen auf Grund des Protokolls einer Besprechung zwischen Staatssekretär Dr.Bühler und SS-Oberführer Bierkamp ergriffen werden. Er bitte auch SS-Oberführer Bierkamp, dem Staatssekretär Dr.Bühler und vielleicht dem Gouverneur Dr.Fischer vertrauensvoll Auskunft über alles zu geben, was geschehen sei.

Die Besprechung wendet sich dann noch einmal der Frage der Dislocierung zu.

27.9.1943

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, warum die Waffen-SS an dieser Maßnahme nicht teilnehme, erwidert SS-Oberführer Bierkamp, daß es sich bei den Mannschaften der Waffen-SS im Generalgouvernement zumeist um Letten handle, die noch in der Ausbildung begriffen seien und für eine solche Aufgabe noch nicht eingesetzt werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur wirft dann die Frage auf, ob etwa nach Vollendung der Erntemaßnahmen das Schwergewicht der Dislocierung in die Industriegegenden verlagert werden könnte. Vielleicht wäre es möglich, gewisse Teile der Stützpunkte für den Schutz von Industriewerken zu verwenden.

Da Gouverneur Kundt eine solche Maßnahme als sehr zweckmäßig bezeichnet, beauftragt der Herr Generalgouverneur Staatssekretär Dr. Bühler, im Einvernehmen mit Generalleutnant Schindler feststellen zu lassen, welche Rüstungs- und Industriewerke um besonderen Schutz bäten.

Staatssekretär Dr. Bühler hält es für möglich, einzelne Werke besonders dicht mit einem Stützpunktsystem zu umgeben. Es müsse dann aber geprüft werden, ob es möglich sei, das Stützpunktsystem als ganzes beizubehalten bzw. auszubauen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Generalmajor Grünwald, dieser Frage sein besonderes Augenmerk zu widmen. Die Vertreter der Rüstungsindustrie hätten in der letzten Sitzung besonders um Schutz gebeten, und deshalb müsse nun festgestellt werden, welche Gegenden vor allem bedroht seien. Im Hinblick auf die

von SS-Oberführer Bierkamp vorgeschlagenen Maßnahmen werde es sich in den nächsten Wochen zeigen, ob und wie die Gegenseite darauf reagiere, ob die Kurve der Überfälle sinke oder ansteige. Für beide Fälle müsse man gerüstet sein.

Oberst der Flieger Heyna weist darauf hin, daß der Luftgau auch schon eine Art von Stützpunktsystem eingerichtet habe, und zwar in Gestalt der rd. 2oo Flugwachen, die außerhalb der Städte auf dem Lande gewöhnlich in einer Stärke von 3 bis 5 Mann stationiert seien, im Geheralgouvernement zumeist in einer Stärke von lo bis 12 Mann. Vor zehn Tagen sei zum erstenmal ein Überfall auf eine solche Flugwache verübt worden. Die Flugwachen lägen schon seit zwei Jahren im Lande, ihr Standort sei der Widerstandsbewegung bekannt. Sollten eines Tages mehrere solcher Wachen mit Erfolg überfallen werden, so könnte das übele Folgen für den Flugwachtdienst haben. Man wäre dann nicht mehr in der Lage, den Gegner so festzustellen, daß die Industrie vor allem die oberschlesische Industrie mit ihren grossen Werken,gewarnt werden könnte.

Generalmajor Haseloff bemerkt, daß der polnische Baudienst nach Auffassung der Wehrmachtdienststellen die gegebene Zelle für die Widerstandsbewegung sei. Der Baudienst bestehe aus jungen kräftigen Leuten, die gut disziplíniert seien. Es bedürfe eigentlich zur Aufstellung einer Truppe nur noch eines kleinen Anstoßes Für den Fall von Krisen müsse deshalb dafür Sorge getragen werden, daß die Angehörigen des Baudienstes sofort festgesetzt würden.

27.9.1943

SS-Oberführer Bierkamp wirft die Frage auf, ob es nicht möglich wäre, den polnischen Baudienst mit dem holländischen, flämischen oder irgendeinem anderen Baudienst auszutauschen.

Der Herr Generalgouverneur gibt zu bedenken, daß der Baudienst eine Einrichtung sei, die in außerordentlichem Maße in Anspruch genommen werde. Man werde vorläufig etwas Gleichwertiges nicht bekommen und müsse eben gewisse Dinge in Kauf nehmen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert SS-Oberführer Bierkamp, daß im Falle eines Aufstandes mit der polnischen Polizei kaum zu rechnen sei.

Gouverneur Kundt weist auf die Tatsache hin, daß die Baudienstpflichtigen vielfach von Banditen überfallen und dann zwangsweise nach Hause geschickt würden. 7o % der Leute seien aber freiwillig in die Baudienstlager wieder zurückgekehrt.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß man dem Baudienst in Bezug auf seine Zuverlässigkeit eine erhöhte Aufmerksamkeit werde zuwenden müssen; andererseits sei zu bedenken, daß man sich angesichts des Mangels an geeigneten Kräften in einer gewissen Zwangslage befinde.

Oberst Heyna weist dann noch darauf hin, daß einige Fliegerformationen, so eine fliegertechnische Schule, eine Artillerieschule, ins Generalgouvernement verlegt würden, die mit ihren Mannschaften auch für eine Erhöhung des Schutzes in Betracht kämen.

27.9.1943

Gouverneur Kundt will der Bildung deutscher Viertel eine erhöhte Aufmerksamkeit seitens der zuständigen Stellen zugewendet wissen.

SS-Oberführer Bierkamp hält es auch angesichts des Umstandes, daß die Widerstandsbewegung beabsichtige, bei großen Luftangriffen die Deutschen in den Städten zu überfallen, für unbedingt notwendig, daß möglichst alle Deutschen zusammengesiedelt würden und die polnische Bevölkerung aus bestimmten Gebieten entfernt werde.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt, daß man mit der Schaffung deutscher Viertel schon gut vorangekommen sei. Leider stehe einer befriedigenden Lösung dieser Frage die Tatsache entgegen, daß ein erheblicher Teil der zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten für Deutsche nicht gebrauchsfähig seien, es auch an den für die Herstellung dieser Räume erforderlichen Baustoffen fehle.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß diese Frage heute nicht gelöst werden könne und weitere Besprechungen darüber stattzufinden hätten.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert SS-Oberführer Bierkamp, daß von der Sicherheitspolizei Waffenscheine an alle Reichsdeutschen gegeben würden, an Volksdeutsche dann, wenn sie auf ihre Zuverlässigkeit überprüft seien, an Frauen nur, wenn es unbedingt benötigt werde.

27.9.1943

Oberst Heyna teilt mit, daß im Bereiche des Luftgaukommandos VIII auch die männlichen Gefolgschaftsmitglieder im Waffendienst ausgebildet würden, ebenso wie die Luftnachrichtenhelferinnen.

Der Herr Generalgouverneur faßt das Ergebnis der Besprechung zusammen und stellt fest, daß man sich über die wesentlichen Fragen der Sicherheit einig geworden sei.

1. Unter der verantwortlichen Leitung des Generalmajors Grünwald soll das Stützpunktsystem aufrechterhalten und ausgebaut werden.
2. Über die von SS-Oberführer Bierkamp angekündigten und vorgeschlagenen Maßnahmen soll ein Übereinkommen mit Staatssekretär Dr. Bühler getroffen werden.
3. Die Rüstungswerke sollen, soweit es notwendig ist, einen besonderen Schutz erhalten.
4. Die Fragen eines weiteren Ausbaues der deutschen Viertel wird einer besonderen Besprechung vorbehalten.

A n l a g e

Anwesenheitsliste

für die Besprechung der Sicherheitslage

am 27.9.1943 16^{00}

im Königssaal der Burg zu Krakau

N a m e	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Fischer		
Wagner	Oberst i. G. Chef d. Ogruppe.	Lg Ostoo VIII
Wagner	Oberstleutn.	Lg. Ostoo VIII
Riecke	Gen. Mjr	" "
Leist	Gen. Major d. Pol	H. Pol.
Bracht	Gruppenführer	B. d. S.
Fischer	Gruppenführer	Kraków
Schmid	Direktor.	Hauptabt. für Verw.
Klopfer	Gen. Reg.	Reichsk. Ostl.
Dr. Boepple		

27.9.1943

19[25] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hause "Urania".

19[30] K o n z e r t der Philharmonie des Generalgouvernements.

Unter Leitung des Chefdirigenten Hindemith gelangen zur Aufführung:

1. Vorspiel zu der Oper "Die Meistersinger" von Richard Wagner
2. Klavierkonzert C-moll von Ludwig van Beethoven
   Solistin: Frau von Sauer-Moralis
3. IV. Symphonie von Brahms.

21[55] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Kressendorf

Dienstag, den 28.September 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

17^{40} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Krakau.

18^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

19^{30} Kammermusikabend des Assmann-Quartetts im Rathaussaal.

(Übernachtung auf der Burg)

Krakau

Mittwoch, den 29.September 1943

10[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt Gauleiter Bracht, der in Begleitung des Landeshauptmanns Kate und des Oberbürgermeisters Dr. Thiessler-Kattowitz erschienen ist.

Im Anschluß an den Empfang hat der Herr Generalgouverneur eine Besprechung mit Gauleiter Bracht, zu der Staatssekretär Dr. Bühler und Hauptabschnittsleiter Stahl zugezogen werden.

11[20] Besprechung mit Gauleiter Bracht, den Staatssekretären Dr. Bühler und Dr. Boepple, Oberbürgermeister Dr. Thiessler, Hauptabschnittsleiter Stahl, Ministerialrat Plodeck und Bürgermeister Kratz.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage der Eigentumsverhältnisse der Herrschaft Saybusch.

Gauleiter Bracht führt einleitend aus: Die Herrschaft Saybusch liege zum weitaus größten Teil im Gau Oberschlesien. Sie sei zunächst von der Haupttreuhandstelle verwaltet worden. Dann sei die kommissarische Verwaltung aufgehoben worden. Er habe erfahren, daß der gesamte Wald- und Forstbesitz in die Reichsforstverwaltung überführt, aus der Brauerei eine Aktiengesellschaft gemacht werden sollte und das Reichsernährungsministerium die landwirtschaftlichen Objekte sich habe einverleiben wollen. Er habe sich deshalb direkt an den Führer gewendet. Der Führer habe dahin entschieden, daß der gesamte Besitz der Herrschaft Saybusch ungeteilt, kosten- und entschädigungslos dem Provinzialverband Oberschlesien übereignet würde. Er stehe nun auf dem Standpunkt, daß gewisse Betriebe, die zu Zeiten des Erzherzogs Karl-Albrecht, des letzten Besitzers der Herrschaft, zu ihr gehörten, entsprechend dem Wortlaut des Führererlasses eigentumsmäßig auf den Provinzialverband übergegangen seien.

29.9.1943

Vor dem Führererlaß seien bestimmte Abmachungen zwischen dem Provinzialverband Oberschlesien und der Treuhandstelle Ost getroffen worden, die besagten, daß das was von Besitzteilen im Generalgouvernement liege, für das aber der eigentliche Besitzurgrund im Reich bestehe, dem Provinzialverband verbleibe, während umgekehrt das, wofür der Besitzurgrund im Generalgouvernement liege, dem Reich zu überlassen sei.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Bürgermeister Kratz, daß es sich bei den im Generalgouvernement liegenden Teilen um keine besonders hohen Werte handelt. Es seien die Niederlage der Saybuscher Brauerei, die 5 Saybuscher Gaststätten, von denen 4 in Krakau und eine in Warschau betrieben würden, und etwa 9oo ha Land bzw. Wald.

Der Herr Generalgouverneur ist der Ansicht, daß, wenn der Provinzialverband Eigentümer der Forsten werden wolle, er sich auch mit der Forstverwaltung des Generalgouvernements auseinandersetzen müsse.- Für das Generalgouvernement sei zunächst nicht die Frage wichtig, wer Eigentümer sei, sondern die Frage, ob der Führer wünsche, daß sich sein Erlaß auch auf die Restbestände der Herrschaft Saybusch im Generalgouvernement erstrecke. Über diese Frage sei nur deshalb eine abweichende Meinung vorhanden, weil selbstverständlich der Gauleiter von Oberschlesien auch dem Führer gegenüber auch nur sein Gebiet, nicht aber das des Generalgouvernements repräsentiere. Reichsminister Dr. Lammers scheine die ganze Frage noch nicht als entschieden anzusehen, sonst hätte er ihm, dem Generalgouverneur,mitgeteilt, daß der Führer der Meinung sei, daß auch das Eigentum des Generalgouvernements auf den

29.9.1943

Provinzialverband übergehe. Gleichwohl sei eine Einigung auf diesem Gebiete möglich. Im übrigen müsse er aber feststellen: es gebe bislang im Generalgouvernement nirgendwo ein grundbuchamtlich eingetragenes territoriales Eigentum, auch nicht für die Wehrmacht, weil zunächst die treuhänderische Verwaltung des Gesamtraumes staatlich betrieben werde. Er habe immer den Standpunkt vertreten, daß das Generalgouvernement ohnehin als Kriegsgründung nach dem Kriege in eine endgültige Form zu überführen sein werde und dann auch die gesamte Entlastung der Regierung des Generalgouvernements für die übernommenen Sachwerte zu erfolgen habe. Wer also einmal Eigentümer der im Generalgouvernement vorhandenen Werte sein werde, das entscheide nach dem Kriege die endgültige Form dieses Landes. Bis dahin werde das gesamte öffentliche Eigentum vom Generalgouvernement staatstreuhänderisch für das Deutsche Reich verwaltet. Das gelte übrigens auch für die im Besitz der Partei befindlichen Werte. Es sei keine offene Frage der Methode nach, sondern nur eine offene Frage dem künftigen Eigentum nach. Dem Gauleiter Bracht werde es genügen, wenn er erfahre, daß sein Eigentumsanspruch von der Regierung des Generalgouvernements für später gesichert bleibe.

Gauleiter Bracht weist darauf hin, daß die Reichslandgesellschaft vorübergehend die landwirtschaftlichen Güter der Herrschaft Saybusch bewirtschaftet habe. Sie habe zusammen mit der Haupttreuhandstelle einen Reingewinn von 6 bis 7 Millionen Reichsmark erzielt, und diese Summe wolle er jetzt vom Reich zurückfordern.

29.9.1943

Ministerialrat Plodeck bemerkt, daß keine Werte in Frage kämen, die irgendwie zu Buche schlügen und über die man sich einigen könnte, wenn dem nicht die grundsätzlichen Bedenken entgegenstünden, die der Herr Generalgouverneur geltend gemacht habe. Man habe es in jahrelangen Verhandlungen endlich erreicht, daß auf Grundlage der Vereinbarung über die durchschnittener Betriebe und des sogenannten Hauptabkommens vom Oktober 1942 die Wertverteilung zwischen Reich und Generalgouvernement einheitlich nach großen Grundsätzen geregelt werde. Der vorliegende Fall sei für diese Regelung typisch. Man könne deshalb in dieser Form nicht entgegenkommen, wolle man nicht fortgesetzt Berufungen haben. Bei Kenntnis der Rechtslage würden weder der Führer noch Reichsminister Dr. Lammers das so formulierte Schreiben in der Weise auslegen wie Gauleiter Bracht.

Gauleiter Bracht macht demgegenüber geltend, daß es sich hier um eine ganz grundsätzliche Frage handle, deren Regelung auch nicht irgendwie präjudizierend wirken könne. Das gehe schon daraus hervor, daß in dem Führererlaß die genaue Flächengröße des Besitztums angegeben werde.

Der Herr Generalgouverneur hält eine weitere Vertiefung dieser Frage nicht für notwendig und betont, daß das Eigentum an diesem Besitz dem Provinzialverband nicht bestritten werde, auch wenn der Führererlaß nicht gekommen wäre.

Gegenstand der Besprechung ist dann weiter die Frage, ob und wie die Niederlage der Brauerei Saybusch und die 5 an Deutsche verpachteten Gaststätten in die Regelung einbezogen werden sollen.

29.9.1943

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß ein Schreiben entworfen wird, in dem alle diese Fragen einer Prüfung unterzogen werden.

Gauleiter Bracht weist dann darauf hin, daß lo oder 12 Kisten mit wertvollem Silbertafelgeschirr etwa im November 1939 vom Schloß Saybusch ins Generalgouvernement gebracht worden sei.

Ministerialrat Plodeck bemerkt, daß das Silber seinerzeit vom Erzherzog Karl-Albrecht einer amerikanischen Bank in Warschau übergeben worden sei. Damit sei es also mit Hilfe des bisherigen Eigentümers in das Generalgouvernement verbracht worden und unterliege nach der Vereinbarung über die durchschnittenen Vermögenswerte derselben Behandlung wie andere Werte. Nach vorübergehender Verwaltung durch die Treuhandverwertungsgesellschaft sei dieses Silber dann nach Hanau gebracht worden und werde dort im Schmuckmuseum aufbewahrt.

Gauleiter Bracht gibt der Meinung Ausdruck, daß das Silber nicht in die Kategorie jener Werte gehöre, die der Vereinbarung über die durchschnittenen Vermögenswerte unterlägen.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann darauf die Erklärung ab, daß er dieses Silber auf Grund des Abkommens mit dem Reich an den Gau Oberschlesien abtrete, stellt aber im übrigen fest, daß dieser Silberschatz auf Grund der einwandfreien Rechtslage abgegeben worden sei.

Ministerialrat Plodeck glaubt, daß diese Abtretung nur dann rechtswirksam sein könne, wenn das Reich mit einer solchen Regelung einverstanden sei. Jedenfalls müsse der Gegenwert für dieses Silber im Generalgouvernement bleiben.

29.9.1943

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Ministerialrat Plodeck, zur Regelung dieser Angelegenheit nach Hanau zu fahren.

55 12^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs mit Gauleiter Bracht zum Hause der NSDAP. in Krakau.

Dort wird Gauleiter Bracht vom stellvertretenden Leiter des Arbeitsbereiches Hauptabschnittsleiter Stahl begrüßt.

13^{15} M i t t a g e s s e n im Hause der NSDAP.

IX/9 15^{15} Der Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung und kommissarische Gouverneur des Distrikts Krakau Dr. Losacker teilt dem Herrn Generalgouverneur in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler mit, daß er entschlossen sei, angesichts der Lage des Vaterlandes seinen Dienst bei der Waffen-SS wiederaufzunehmen. Er bittet den Herrn Generalgouverneur, ihn mit Wirkung vom lo. Oktober 1943 für die Dauer seines Waffendienstes und auf Kriegsdauer von seinen Ämtern im Generalgouvernement zu entbinden.

Der Herr Generalgouverneur gibt unter ausdrücklich der Betonung seiner hervorragenden Anerkennung für die vorbildliche Dienstleistung Dr. Losackers im Namen des Führers und Reiches seinem lebhaftesten Bedauern Ausdruck, daß Dr.Losacker sich zu diesem Schritt entschlossen hat; er nimmt jedoch den Entschluß Dr.Losackers mit Verständnis auf und wünscht ihm für seine militärische Laufbahn das beste. Angesichts seiner hervorragenden Anteilnahme am Aufbauwerk dieses Nebenlandes des

29.9.1943

Reiches wird Dr. Losacker vom Herrn Generalgouverneur jede Form von Rückkehr in den Dienst des Generalgouvernements sichergestellt bleiben.

16^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler den früheren Finanzpräsidenten Dr. Spindler.

17^{00} Besprechung mit dem Chefdirigenten der Philharmonie des Generalgouvernements Hindemith.

17^{30} Besprechung mit Pressechef Gassner.

29.9.1943

IV/9 20^{00} K o n z e r t im Türkenzelt.

Das Konzert wird ausgeführt von dem Orchester des Staatstheaters unter Leitung des Kapellmeisters Antolitsch.

Zur Aufführung gelangen:

1. Symphonie G-dur (mit dem Paukenschlag) von Haydn

2. Konzert für Horn und Orchester von Richard Strauß

3. Ouvertüre Leonore III von Ludwig van Beethoven.

21^{00} A b e n d e s s e n , gegeben vom Herrn Generalgouverneur aus Anlaß der Anwesenheit des Gauleiters Bracht.

Im Verlaufe des Essens bringt der Herr Generalgouverneur folgenden Trinkspruch aus:

Lieber Parteigenosse Bracht! Namens des Staates Generalgouvernement und der Partei begrüße ich Sie in der Hauptstadt des Nebenlandes des Großdeutschen Reiches. Wir freuen uns alle besonders über Ihren Besuch, ist er doch ein Beweis für die herzlich-kameradschaftliche reichsförderliche Zusammenarbeit zwischen dem aufstrebenden Bereich Oberschlesien und dem Generalgouvernement. Uns verbindet eine Fülle politischer, wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und historischer Beziehungen, die im einzelnen aufzuzählen unmöglich ist, die aber in ihrer Gesamtheit zu spüren wir jeden Tag Gelegenheit haben.

Ich heiße Sie als meinen lieben alten Parteigenossen herzlich willkommen ebenso wie Ihre Begleiter, Landeshauptmann Kate und Oberbürgermeister Dr. Thiessler Kattowitz. Ich bin überzeugt, daß wir uns alle hier

29.9.1943

im Generalgouvernement über diese Zusammenarbeit freuen. Wir haben nur den einen Wunsch, daß diese Zusammenarbeit zum Segen des großen Werkes des Führers, des Reiches und des Sieges immer herzlicher und inniger werden möge. Meine Herren, ich bitte Sie, auf das Wohl unserer Gäste zu trinken.

Gauleiter Bracht erwidert mit folgenden Worten:

Für meine Begleiter und mich ist es eine große Freude und zugleich eine besondere Ehre, daß wir wieder einmal für einige Stunden Ihre Gäste sein können. Herr Generalgouverneur, Sie haben schon zum Ausdruck gebracht, daß es vielerlei Beziehungen sind, die uns, d.h. das Generalgouvernement und Oberschlesien, die Sie und mich gemeinsam interessieren und bewegen. Ich bin überzeugt, daß sich auch dieser Besuch wieder im Interesse dieser Beziehungen und der Lösung der gemeinsamen Probleme auswirken wird, mit denen wir jeden Tag zutun haben.

Herr Generalgouverneur, ich bin Ihnen für die freundliche Einladung sehr dankbar. Sie dürfen überzeugt sein, daß ich mit meinen Begleitern herzlich gern zu Ihnen gekommen bin. Ich versichere Ihnen und Ihren Herren, daß ich alles tun werde, um die Zusammenarbeit zwischen dem Generalgouvernement und Oberschlesien zu fördern. In diesem Sinne sage ich Ihnen meinen herzlichen Dank für die schönen Stunden, die wir hier erlebt haben und noch erleben werden. Ich weiß auch, daß dieser mein Besuch von Ihnen bald einmal erwidert werden wird. Jedenfalls sind die Herren des Generalgouvernements in Oberschlesien jederzeit herzlich willkommen.

29.9.1943

Meine Herren, ich bitte Sie, mit mir auf das Wohl des Generalgouverneurs und des Generalgouvernements zu trinken.

23^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Donnerstag, den 3o.September 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

18^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

$2o^{00}$ Besuch der Aufführung "Maria Stuart", Schauspiel von Friedrich von Schiller.

Anschließend Teilnahme an der Einladung des Staatssekretärs Dr. Bühler zu Ehren des Gauleiters Bracht.

(Übernachtung auf der Burg)

Freitag, den 1.Oktober 1943 Krakau

10^{30} Besprechung mit Pg.Mehling in Anwesenheit von Hauptabschnittsleiter Stahl.

Der Herr Generalgouverneur gibt Pg.Mehling die Anweisung, gemäss seinem Auftrag alles für eine Distriktstandortführertagung, in der Richtlinien für eine Verlebendigung der Parteiarbeit im Generalgouvernement erteilt werden sollen, vorzubereiten.

11^{00} Pg. Holweger berichtet in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr.Bühler und Hauptabschnittsleiters Stahl von einer Schulungstagung in Berlin und den dort ausgegebenen Richtlinien für eine intensive Schulung aller politischen Leiter und aller Blockleiter. Die Tagung in Berlin habe unter dem Motto einer Intensivierung der Parteiarbeit gestanden.

11^{15} Vorstellung des zweiten Fahrers des Herrn Generalgouverneurs, Obergefreiten Unertl durch den Chef der Kanzlei Dr.Meidinger.

11^{20} Die Architekten Korinthenberg und von Palézieux berichten dem Herrn Generalgouverneur vom Stand des Neubaues auf der Burg.

11^{25} Ministerialrat Dr.Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe einer

1. Verordnung über die Änderungen der Zahlungstermine bei der Grundsteuer und beim Kriegszuschlag zur Grundsteuer,
2. Verordnung über die Gewährung von Entschädigungen für den Verlust von Ansprüchen gegen die ehemaligen polnischen Staatsbahnen,
3. Verordnung über die Bildung eines Kriegsausgleichstockes der deutschen Rechtsanwälte im Generalgouvernement,
4. Verordnung zur Ergänzung der 2.Verordnung über die Individualversicherung im Generalgouvernement

vor.

1.10.1943

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

11^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler.

11^{45} Besprechung mit Präsident Naumann in Anwesenheit von Staatssekretär Dr.Bühler.

Präsident Naumann erklärt, dass ab heute der zweite Teil des neuen Ernährungsprogramms für die fremdvölkische Bevölkerung in Kraft getreten sei. Eingehende Durchführungsvorschriften, die er nach grossen Vorarbeiten erlassen habe, würden für ein reibungsloses Funktionieren die Gewähr geben.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Naumann, stets seine eigene Person dafür einzusetzen, dass nicht ein Abflauen der Aktion in ihrem weiteren Verlauf eintrete.

Präsident Naumann spricht dann von schweren Sorgen, die die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft in Bezug auf die Erfassung in Galizien habe. Der Distrikt Galizien hinke gegenüber den anderen Distrikten sehr nach. Momentan arbeiteten die Polen besser mit als die Ukrainer. Ein Hauptgrund dieses Versagens der ukrainischen Bevölkerung liege seines Erachtens in der Ausbreitung der nationalukrainischen Bewegung.

Die deutsche Verwaltung müsse daher in Galizien einen stärkeren Druck ansetzen, da nur so das auferlegte Kontingent auch wirklich erfasst werden könne. Die Einrichtung der Arbeitslager, in die Bauern, die ihrer Ablieferungspflicht nicht nachkämen, eingesperrt würden, hätte sich in den vergangenen Jahren in den anderen Distrikten gut bewährt:

1.10.1943

zu diesem Mittel müsse man jetzt auch in Galizien greifen.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklärt Präsident Naumann, dass der Abtransport des ans Reich zu liefernden Getreides bisher planmässig verlaufen sei. In der Erstellung von Lagerräumen im Generalgouvernement zeigten sich grosse Schwierigkeiten, da infolge des Auftretens der Kolbak-Bande in Galizien die dortigen Sägewerke für die Erstellung von Holzhallen nicht die nötigen Holzmengen hätten produzieren können. Auch fehlten zur Errichtung der fertigen Baracken die nötigen Arbeiter.

Für die Erfassung von Obst und Gemüse habe er zu den allgemeinen Prämien noch Sonderprämien in Gestalt von Petroleum, Sacharin und Zucker zur Verfügung gestellt. Leider seien zur Überwachung der Erfassung zu wenig deutsche Kräfte verfügbar. Es werde jedoch alles getan, um zu einem einigermassen befriedigenden Ergebnis zu kommen. Hemmend für die Erfassung auf diesem Gebiet wirke sich die Tätigkeit der Wehrmacht aus, die mit allen Mitteln diese Produkte für ihre Zwecke zu erfassen suche.

Grosse Unruhe in den Erfassungsapparat Galiziens brächte die Anwesenheit ungarischer Formationen. Er habe die Kreishauptmänner gebeten, in solchen Fällen mit den Offizieren der Formationen in Verbindung zu treten und darauf hinzuweisen, dass das Generalgouvernement ein geordnetes Wirtschaftsgebiet sei.

1.10.1943

Der Herr Generalgouverneur gibt Staatssekretär Dr.Bühler den Auftrag, dieser Sachlage sein besonderes Augenmerk zuzuwenden.

12^{15} Besprechung mit Direktor Müller vom Statistischen Amt.

Direktor Müller legt dem Herrn Generalgouverneur ein Korrekturexemplar des Amtlichen Gemeinde- und Dorfverzeichnisses des Generalgouvernements vor und gibt an Hand des Exemplars Erläuterungen über Inhalt und Anwendung. Das Werk werde sehr wahrscheinlich zum 4.Jahrestag des Generalgouvernements vorerst in einer Auflage von 10 000 Exemplaren erscheinen. Nachprüfungen von Zahlen, die er in letzter Zeit von einzelnen Kreishauptleuten habe anstellen lassen, hätten die Zuverlässigkeit der bei der letzten Volkszählung ermittelten Zahlen und Angaben bestätigt. In keinem Falle habe man irgend einen grösseren Fehler feststellen können.

Der Bitte Direktor Müllers, zu diesem Werk ein Geleitwort zu schreiben, gibt der Herr Generalgouverneur seine Zusicherung.

12^{35} Präsident Senkowsky holt den Herrn Generalgouverneur zu einer Besichtigung der von der Monopolverwaltung eingerichteten Arkadiaklubräume auf dem Adolf Hitler-Platz ab.

Der Herr Generalgouverneur gibt dabei die Weisung, eine Sitzung für die Besprechung der Situation der Staatlichen Hotel-A.G. des Generalgouvernements vorzubereiten, da ihm in letzter Zeit Klagen über die Zustände in Krynica zu Ohren gekommen seien.

15^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kresdendorf.

Krakau

Sonnabend, den 2.Oktober 1943

15^{40} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

15^{50} Der Herr Generalgouverneur besichtigt in Begleitung des Ersten Staatsanwalts Dr. Meidinger und der Architekten von Palézieux und Korinthenberg den Neubau der Kanzlei des Generalgouverneurs.

16^{30} Besprechung mit Ministerialrat Frhr von Streit.

16^{35} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

16^{40} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Ministerialrat Dr. Weh.

Gegenstand der Besprechung ist der von Ministerialrat Dr. Weh dem Herrn Generalgouverneur vorgelegte Entwurf einer

Verordnung über die Bekämpfung von Angriffen gegen das deutsche Aufbauwerk im Generalgouvernement.

Nach kurzer Erläuterung durch Staatssekretär Dr. Bühler und Ministerialrat Dr. Weh stellt der Herr Generalgouverneur seine Bedenken zurück und unterzeichnet den Verordnungsentwurf.

16^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler und des Ministerialrats Dr. Weh den Präsidenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung und Gouverneur des Distrikts Krakau Dr.Losacker.

Mit herzlichen Worten spricht der Herr Generalgouverneur dem aus seinen Ämtern scheidenden Präsidenten Dr. Losacker seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete vorbildliche Arbeit aus und

2.1o.1943

überreicht ihm im Namen des Führers das Kriegsverdienstkreuz I. Klasse.

Der Herr Generalgouverneur ersucht dann Staatssekretär Dr. Bühler, die Amtseinführung des neuen Gouverneurs Kundt möglichst in Gegenwart des bisherigen Gouverneurs Dr. Losacker zu vollziehen.

Im Anschluß an diese Besprechung verfügt der Herr Generalgouverneur die Aufnahme nachstehender Pressenotiz in die Krakauer Zeitung:

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank empfing in Anwesenheit des Chefs der Regierung des Generalgouvernements Staatssekretärs Dr. Bühler den Präsidenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung und Gouverneur des Distrikts Krakau Dr. Losacker und überreichte ihm aus Anlaß seiner Einberufung zum Wehrdienst in Anerkennung seiner hervorragenden vorbildlichen Dienstleistung im Generalgouvernement im Namen des Führers das Kriegsverdienstkreuz I. Klasse. Generalgouverneur Dr. Frank entband zum Zwecke der Ableistung des Kriegsdienstes den Gouverneur Dr. Losacker mit Wirkung vom lo. Oktober 1943 von seiner Dienstaufgabe als Gouverneur des Distrikts Krakau und kommissarischer Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung.

17^{00} Erste Veranstaltung der Kulturvereinigung des Generalgouvernements im Türkenzelt der Burg.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht ein Vortrag des Generalmusikdirektors Drewes über:

Ostauswirkungen der deutschen Musik.

Ein Trio und ein Oktett des Berliner Philharmonischen Orchesters bringen Werke von Beethoven und Schubert zu Gehör.

2.1o.1943

18[3o] A b e n d e s s e n im Kasino der Burg.

(Übernachtung auf der Burg)

Sonntag, den 3. Oktober 1943

7^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Debica.

Am Eingang des Ortes wird der Herr Generalgouverneur von dem Kreishauptmann und dem Kreislandwirt begrüßt.

Anschließend Fahrt zur Kreistierausstellung.

Nach Ansprachen des Kreishauptmanns, des Kreislandwirts und des Präsidenten der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft Naumann wird die Ausstellung durch den Herrn Generalgouverneur eröffnet, der der polnischen Bevölkerung wie den Vögten und Schulzen für ihre loyale Mitarbeit seinen Dank und seine Anerkennung ausspricht.

Der Herr Generalgouverneur unternimmt dann mit seiner Begleitung einen Rundgang durch die Ausstellung.

Anschließend besichtigt der Herr Generalgouverneur das Gestüt.

14^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Haus Kressendorf.

17^{30} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

Anschließend diktiert der Herr Generalgouverneur seinem Protokollführer ein Vorwort für das vom Statistischen Amt herausgegebene Verzeichnis der Gemeinden und Dörfer des Generalgouvernements, das folgenden Wortlaut hat:

3.1o.1943

Das Statistische Amt des Generalgouvernements hat unter Überwindung aller aus Raum und Zeit gegebenen großen Schwierigkeiten dieses nach den bewährten Methoden zuverlässiger deutscher statistischer Arbeit gestaltete Werk eines Verzeichnisses der Gemeinden und Dörfer des Generalgouvernements zum guten Ende gebracht.

Indem ich alle Behörden des Generalgouvernements anweise, sich künftig im dienstlichen Gebrauch nur noch der Daten dieses Verzeichnisses zu bedienen, gebe ich dem Wunsche Ausdruck, daß dieses Produkt deutscher Beamtenleistung seinen ihm bestimmten Beitrag zur Führung des Ostraumes im Dienste von Führer und Reich erfüllen möge.

Krakau - Burg, den 2.Oktober 1943

Dr. Frank

Generalgouverneur

21^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Kressendorf nach Bahnhof Trzebinia.

21^{26} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach München.

Sonntag, den 3.Oktober 1943.

bis

Freitag, den 15.Oktober 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Krakau

Sonnabend, den 16.10.1943.

8^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.

9^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

11^{15} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Präsident Ohlenbusch weist darauf hin, dass das sich über 16 Tage erstreckende Programm "Kultur und Wehrmacht" in Warschau in der heutigen Zeit nicht durchgeführt werden könne und dass die Hauptabteilung Propaganda weder das Programm noch die dafür nötigen Mittel genehmigt habe. Trotzdem aber wolle Warschau die Veranstaltungen durchführen.

Der Herr Generalgouverneur diktiert daraufhin folgendes Fernschreiben an Gouverneur Dr.Fischer:

> Nach Vortrag des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Präsidenten der Hauptabteilung Propaganda Ohlenbusch wird von mir die Genehmigung zur Durchführung des Gesamtprogramms "Kultur und Wehrmacht" nicht erteilt. Dieses Programm ist völlig unzeitgemäss und stimmungs- und mittelgemäss undurchführbar.
>
> Ich erwarte Sie am Montag mit Ihrem Propagandaleiter in Krakau zur Besprechung der Möglichkeiten, wie in vollständig reduziertem Rahmen das Programm allenfalls eine teilweise Durchführung erfahren kann.

16.10.1943

Der Herr Generalgouverneur überträgt dann Präsident Ohlenbusch die verantwortliche Gestaltung der verschiedenen Veranstaltungen aus Anlass des 4jährigen Bestehens des Generalgouvernements in der Zeit vom 23.-26.Oktober und stellt dafür folgendes Gerippeprrogramm auf:

Sonnabend, den 23.10.1943 vormittags findet die Aushändigung der zum 30. September 1943 verliehenen Kriegsverdienstkreuze I.und II.Klasse sowie der Kriegsverdienstmedaillen im Rahmen einer Feier der Verwaltungsakademie statt. Der Herr Generalgouverneur wird über das Thema " Das Führerprinzip in der Verwaltung" sprechen. Abends ist in der Uranie ein Dienstappell der Gefolgschaft der Regierung des Generalgouvernements mit einer Rede des Herrn Generalgouverneurs.

Sonntag, den 24.10.1943 vormittags empfängt der Herr Generalgouverneur nacheinander eine polnische und eine ukrainische Abordnung, die eine Erntekrone überreichen werden. Bei dieser Gelegenheit werden von ihm auch die Mitglieder des polnischen Hauptausschusses bezw. des Ukrainischen Hilfsausschusses empfangen. Abends findet im Haus Urania ein Festkonzert der Philharmonie statt.

Montag, den 25.10.1943 wird die Schulungsburg der NSDAP im Generalgouvernement mit einer grossen Rede des Herrn Generalgouverneurs " Die unsterblichen Ideen des Nationalsozialismus" eröffnet.

Dienstag, den 26.10.1943 ist im Festsaal des Kanzleigebäudes auf der Burg eine Regierungssitzung mit einem Rechenschaftsbericht des Chefs der Regierung des Generalgouvernements, Staatssekretärs Dr. Bühler und einer Rede des Herrn Generalgouverneurs über „das Generalgouvernement im 5.Jahr seines Bestehens" vorgesehen.
Abends findet im Staatstheater des Generalgouvernements

16.10.1943

eine Festaufführung von Figaros Hochzeit statt.

Präsident Ohlenbusch berichtet dann, dass er den Drahtlosen Dienst des Generalgouvernements erweitern und ausbauen wolle. Bisher sei die Rundfunkarbeit durch den Pressechef nebenbei erledigt worden. Er wolle nun im Rundfunk Bauernstunden, Arbeiterstunden usw. einrichten. In dieses Programm müsste selbstverständlich unter Wahrung der engsten Zusammenarbeit mit der Presse auch die Nachrichtengebung eingeschaltet werden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit diesem Plan vorbehaltlich der Zustimmung des Pressechefs Gassner einverstanden.

11[50] Besprechung mit Präsident Naumann in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple.
Thema der Besprechung ist zunächst der Inhalt eines Briefes, den Staatssekretär Backe an den Herrn Generalgouverneur gerichtet hat.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Naumann, in Zusammenarbeit mit Staatssekretär Dr.Bühler eine eingehende Antwort zu entwerfen.

Präsident Naumann berichtet sodann über gewisse sicherheitsmässige Bedenken, die SS-Oberführer Bierkamp wegen des geplanten Empfanges einer polnischen und ukrainischen Abordnung auf der Burg durch den Herrn Generalgouverneur hegt.

Der Herr Generalgouverneur erklärt dazu, dass ein solcher Empfang für die deutsche Propaganda im Ausland unerlässlich sei und dass er von der Durchführung aus Sicherheitsgründen nicht Abstand nehmen könne. Sache der Sicherheitspolizei sei es, die nö-

tigen Vorkehrungen zu treffen; auch Präsident Naumann bitte er, die zu empfangenden Persönlichkeiten sorgfältig auszuwählen.

Den Wunsch der Polizei, den nichtdeutschen Polizeibeamten und ihren Familienangehörigen die deutschen Lebensmittelrationssätze zu gewähren, bescheidet der Herr Generalgouverneur auf Grund der von Präsident Naumann dagegen vorgebrachten Bedenken abschlägig. Die jetzt gewährten Höchstsätze seien auch ausreichend.

Präsident Naumann berichtet weiter von dem derzeitigen Stand der Ernteerfassung, die mit dem Stichtag des 10.Oktobers 61,8 % beträgt. In der Erfassung stehe der Distrikt Warschau an der Spitze, dann folgten Krakau, Radom, Lublin und Galizien. In Galizien gehe die Erfassung sehr zögernd vonstatten. Er habe daher noch Sonderprämien in Gestalt von Holzschuhen, Wodka und Süsstoff bereitstellen lassen, jedoch müsse in Zukunft etwas stärkerer Druck ausgeübt werden. Gouverneur Wächter benötige dazu aber mehr Polizeikräfte.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Naumann, deswegen in seinem Namen mit General der Polizei Grünwald sich in Verbindung zu setzen.

Präsident Naumann gibt im grossen und ganzen über den Verlauf der Ernteerfassung seiner Zufriedenheit Ausdruck. Mommentan stehe die Kartoffel- und Zuckerrübenerfassung im Vordergrund. Zur Zeit stehe er mit dem OKW in Verhandlungen zwecks Einsatzes von Laführern im Generalgouvernement, die auf Grund der militärischen Ereignisse im Osten dort freigeworden seien.

16.10.1943.

Mit diesen Kräften hoffe er dann auch in Galizien die Erfassung zufriedenstellend vorwärts treiben zu können.

Zum Schluss legt Präsident Naumann dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf eines Erlasses für die Durchführung der Erzeugungsschlacht 1943/44 vor, der nach geringfügigen Abänderungen die Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs findet.

12^{15} Besprechung mit Pressechef Gassner.

Pressechef Gassner äussert dem Herrn Generalgouverneur gegenüber Bedenken über die von Präsident Ohlenbusch vorbereiteten Pläne des Rundfunknachrichtendienstes in die Rundfunksendungen der Hauptabteilung Propaganda.

Der Herr Generalgouverneur ordnet daraufhin eine Besprechung dieser Frage in Anwesenheit des Präsidenten Ohlenbusch und des Pressechefs Gassner an.

12^{20} Besprechung mit Ministerialrat Dr. Weh und Regierungsrat Dr. Jänsch über die Gestaltung der Feier aus Anlass der Aushändigung der vom Führer zum 30. September 1943 verliehenen Kriegsverdienstkreuze I.und II.Klasse.

12^{30} Besprechung mit SS-Brigadeführer und General der Polizei Voss in Anwesenheit dee Staatssekretärs Dr. Boepple und des Präsidenten Naumann. Zugegen ist ferner Herr Schaar von der Abteilung Raumordnung.

Besprechungsthema ist die Überlassung eines weiteren Landstreifens von 3500 ha an den Truppenübungsplatz Debica.

16.10.1943

Der Herr Generalgouverneur hat nichts dagegen einzuwenden, wenn die unbedingt notwendige landwirtschaftliche Nutzung der Fläche sichergestellt ist und die Angelegenheit mit den zuständigen Stellen der Regierung des Generalgouvernements planmässig geregelt wird. Er ersucht dann SS-Brigadeführer Voss um eine Besprechung mit Präsident Naumann, in der über eine stärkere Beteiligung der Waffen-SS bei der Einrichtung von Aufsichtsstützpunkten für die Ernteerfassung beraten werden soll.

14^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung im Haus Kressendorf)

Sonntag, den 17.Oktober 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

/6

Krakau

Montag, den 18.Oktober 1943

10^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{00} Besprechung mit den Staatssekretären Dr.Bühler und Dr. Boepple.

Gegenstand der Besprechung ist zunächst die Frage der Neubesetzung der Gouverneurposten der Distrikte Krakau und Radom wie desjenigen des Leiters der Hauptabteilung Innere Verwaltung.

Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Dr. Bühler an, auf der Ernennung des bisherigen Bevollmächtigten Dr.Heuber zum Gouverneur des Distriktes Radom zu bestehen und in seiner Eigenschaft als Chef der Regierung des Generalgouvernements ein in diesem Sinne gehaltenes Schreiben an Staatssekretär Dr. Stuckart zu richten.

Wie Staatssekretär Dr. Boepple mitteilt, will das Ostministerium auf Anregung des Reichsforschungsrats einige wissenschaftliche Institute von Charkow und Kiev nach dem Generalgouvernement verlegen und dem Institut für Deutsche Ostarbeit angliedern. SS-Oberführer Bierkamp habe aber aus sicherheitspolitischen Gründen Bedenken dagegen erhoben, dass mit diesen Instituten auch ukrainische und russische Mitarbeiter ins Generalgouvernement gerufen würden.

Der Herr Generalgouverneur kann sich diesen Bedenken besonders mit Rücksicht auf die politische Unsicherheit der Ukrainer nicht verschliessen und ist der Meinung, dass die Regierung des Generalgou-

vernements eine Verantwortung in dieser Beziehung ablehnen müsse. Über die Verwendung von Kräften, denen Spezialaufträge erteilt seien, müsse das OKW eine Entscheidung treffen.

Die Frage, in welcher Weise fürderhin die Standgerichtsbarkeit gegen Polen durchgeführt werden soll, wird in einer Besprechung der Sicherheitslage, die am Dienstag, dem 19.Oktober stattfinden wird, zum Gegenstand der Beratung gemacht werden.

Weiter wird das Programm der für die Feier des vierjährigen Bestehens des Generalgouvernements geplanten Veranstaltungen endgültig festgelegt.

Von der Tatsache, dass Beamte und Angestellte der Hauptabteilungen der Regierung in geschlossenen Zügen zu einer Parteiveranstaltung in das Haus Urania geführt worden sind, hat der Herr Generalgouverneur mit Befremden Kenntnis genommen. Er weist Staatssekretär Dr. Bühler an, in Zukunft solche Aufmärsche zu verbieten.

12^{20} Der Herr Generalgouverneur empfängt den bisherigen Generaldirektor der Werke des Generalgouvernements Dr. Decker und spricht ihm aus Anlass seines Ausscheidens aus seiner Tätigkeit seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete Arbeit aus.

12^{30} Präsident Lauxmann, der mit Oberpostinspektor Kraus erschienen ist, überbringt dem Herrn Generalgouverneur eine Einladung zum Kameradschaftsabend der Deutschen Post Osten, der am 21.Oktober im Staatskasino stattfinden soll.

18.10.1943

Der Herr Generalgouverneur nimmt die Einladung an.

12^{40} Besprechung mit Abteilungspräsident Bankdirigent Dr. Paersch.

Präsident Dr. Paersch gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Währungsfrage. Ferner legt er dem Herrn Generalgouverneur verschiedene Tabellen über die Preisgestaltung und die Entwicklung des Bankwesens im Generalgouvernement vor.

Präsident Dr. Paersch überreicht sodann dem Herrn Generalgouverneur eine Denkschrift: "Richtlinien für Sicherungsmassnahmen gegen Raubüberfälle". Diese Denkschrift befasst sich

1. mit der Sicherung der Bankgebäude gegen Raubüberfälle
2. mit der Sicherung von Geldtransporten gegen Raubüberfälle.

Abschliessend ordnet der Herr Generalgou - verneur an, dass die Währungsfrage demnächst in einer besonderen Sitzung besprochen werden soll.

16^{10} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl, Hauptbannführer Förschle und Hauptbannführer Schimmelpfennig.

Hauptabschnittsleiter Stahl stellt dem Herrn Generalgouverneur den Hauptbannführer Schimmelpfennig vor und bittet ihn, anstelle des für Anfang Januar 1944 zum Heeresdienst einberufenen Hauptbannführers Förschle den Hauptbannführer Schimmelpfennig zum Führer der Hitler-

18.10.1943

Jugend des Generalgouvernements zu ernennen.

Der Herr Generalgouverneur gibt sein Einverständnis dazu.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Hauptbannführer Förschle, dass die in 15 Banne eingeteilte Hitler-Jugend des Generalgouvernements zur Zeit etwa 20 000 reichsdeutsche und 28 000 deutschstämmige Jugendliche umfasse.

Unter Hinweis auf einen in der Krakauer-Zeitung erschienenen Aufruf für eine Musterung der Jugendlichen gibt der Herr Generalgouverneur seiner Befürchtung Ausdruck, dass die Jugend mit Rücksicht auf die Anforderungen der Wehrmacht, der Rüstung usw. wie ihrer Schulpflicht einer zu starken Beanspruchung unterzogen werde.

Hauptbannführer Förschle bemerkt, dass dieser Aufruf vom Amt für Jugend ausgehe und mit ihm zunächst einmal der Zweck verfolgt werde, einen Überblick über die Zahl der im Generalgouvernement vorhandenen reichsdeutschen und volksdeutschen Jugendlichen zu gewinnen, da das darüber bisher vorliegende statistische Material ungenügend sei. Dieser Aufruf habe also lediglich den Charakter einer vorbereitenden Massnahme.

Der Herr Generalgouverneur weist Hauptbannführer Förschle an, festzustellen, welche Verpflichtungen zur Zeit überhaupt auf der Jugend lägen, und beraumt für die Zeit nach dem 26.Oktober eine Sitzung an, in der diese Frage im Beisein der Verbindungsoffiziere und anderer interessierter Stellen einer eingehenden Besprechung unterzogen werden soll.

18.10.1943

16[20] Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

Hauptabschnittsleiter Stahl berichtet dem Herrn Generalgouverneur von einer Besichtigungsreise, die er in das Siedlungsgebiet Zamosc gemacht hat. Er habe auf Grund seiner Beobachtungen den Eindruck gewonnen, dass dort vor allem angesichts der vortrefflichen Arbeit des Kreishauptmannes Weihenmeier wirklich gute Leistungen vollbracht worden seien. Die im Kreise Zamosc, der sich ungefähr mit dem Siedlungsgebiet decke, vorhandenen 50 000 Deutschen müssten jetzt parteimässig erfasst werden. Er schlage deshalb vor, den Kreishauptmann Weihenmeier zum Kreisstandortführer zu machen und ihm einen hauptamtlichen Geschäftsführer beizugeben.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit diesem Vorschlage einverstanden.

Weiter teilt Hauptabschnittsleiter Stahl mit, dass er auf einer Tagung in Zakopane die Deutschstämmigkeitsprobleme und Betreuungsmassnahmen besprochen habe. Im Mittelpunkt dieser Tagung habe ein sehr sachkundiger Vortrag des Schriftleiters des "Vorfeld" Pg. Styra gestanden, und zwar über die geschichtliche Entwicklung des polnischen Volkes.

Ein kurzer Bericht des Hauptabschnittsleiters Stahl über die am 15.Oktober im Haus Urania stattgefundene Parteiveranstaltung, in der Oberbereichsleiter Dresler-Andres einen Vortrag über "Arbeitertum und Kultur" gehalten hat, gibt dem Herrn Generalgouverneur Veranlassung, anzuordnen, dass

1. Pg. Dresler-Andres in Zukunft das Manuskript der von ihm zu haltenden Reden dem

18.10.1943

Herrn Generalgouverneur vorlegt,

2. die Beamten- und Angestelltenschaft der Regierung des Generalgouvernements nicht zwangsweise zu solchen Veranstaltungen kommandiert und hingeführt wird.

Der Herr Generalgouverneur gibt Hauptabschnittsleiter Stahl anheim, künftig an die Behördenleiter eine allgemeine Einladung ergehen zu lassen und dabei der Erwartung Ausdruck zu geben, dass die Beamten- und Angestelltenschaft an solchen Veranstaltungen möglichst zahlreich teilnimmt. Mit der Methode, die anlässlich der Veranstaltung von 15.Oktober zur Anwendung gekommen sei, mache sich die Partei nur unpopulär, und deshalb müsse ein solcher Zwang fürderhin unbedingt vermieden werden.

Hauptabschnittsleiter Stahl betont, dass er von einer zwangsweisen Kommandierung von Beamten und Angestellten nichts gewusst habe und sie gegebenenfalls verhindert hätte. In diesem Zusammenhang teilt er weiter mit, dass er von der Parteikanzlei aufgefordert worden sei, eine Aktivierung der Parteimitgliedschaft durchzuführen. In dieser Richtung habe auch bereits eine starke Propaganda eingesetzt.

Auf Anregung des Hauptabschnittsleiters Stahl erklärt sich der Herr Generalgouverneur bereit, in Versammlungen in Lemberg, Lublin, Cholm, Tschenstochau zu sprechen, und weist Hauptabschnittsleiter Stahl an, die notwendigen Vorbereitungen für diese Versammlungen zu treffen, die in der Zeit zwischen dem 28.Oktober und dem 5. November stattfinden sollen.

18.10.1943

Hauptabschnittsleiter Stahl berichtet dann über die Entwicklung der Zeitschriften "Deutsche Wacht" und "Deutsche Gemeinschaft". Die "Deutsche Wacht" habe bereits 10 000 Bezieher, und man hoffe, die Bezieherzahl auf 20 000 erhöhen zu können, umsomehr, da sie auch im Reich gern gelesen werde. Der Zeitschrift " Deutsche Gemeinschaft", die vor allem in den Distrikten Warschau und Radom gelesen werde und etwa 15 000 Bezieher habe, müsse wohl eine andere Gestalt gegeben werden.

Der Herr Generalgouverneur will die Zeitschrift "Deutsche Gemeinschaft" in die "Deutsche Wacht" überführt und statt der "Deutschen Gemeinschaft" Spezialblätter für einzelne Orte geschaffen sehen.

Auf die Frage des Hauptabschnittsleiters Stahl, ob der Herr Generalgouverneur damit einverstanden sei, dass bald nach der Einweihung der Schulungsburg ein Lehrgang für geeignete und befähigte deutsche Siedler aus dem Kreise Zamosc, die künftig als Vögte usw. in Betracht kommen würden, gehalten werden solle, erwidert der Herr Generalgouverneur, dass dieses wichtige Problem einer besonderen Besprechung vorbehalten bleiben müsse. Er beraumt deshalb eine besondere Sitzung für eine allgemeine Beratung der Schulungsfragen an.

Dem Vorschlage des Hauptabschnittsleiters Stahl, Reichsorganisationsleiter Dr.Ley, Stabschef der SA Schepmann, die Gauleiter Bürkel und Wahl wie den Stellvertreter des Reichsministers für die Ostgebiete Gauleiter Meyer zu einem Besuch nach Krakau einzuladen, stimmt der Herr General-

18.10.1943

gouverneur zu und beauftragt Hauptabschnittsleiter Stahl mit den Vorbereitungen für diese Besuche.

Weiter berichtet Hauptabschnittsleiter Stahl, dass Stadthauptmann Pg. Krämer hinsichtlich des Wohnungsproblems in Krakau bisher befriedigende Ergebnisse erzielt habe.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Hauptabschnittsleiter Stahl, dass der Personalreferent im Arbeitsbereich Bereichsleiter Seifert nach wie vor gegen ihn intrigiere.

Der Herr Generalgouverneur übergibt Hauptabschnittsleiter Stahl einen an ihn gerichteten Brief des Bereichsleiters Seifert vom 18.10. zur Kenntnisnahme und erklärt in diesem Zusammenhang, dass von Pg. Seifert ausgesprochene negative Begutachtungen unbedingt vorher dem Hauptabschnittsleiter Stahl vorzulegen seien. Der Herr Generalgouverneur ermächtigt Hauptabschnittsleiter Stahl, dem Bereichsleiter Seifert Mitteilung davon zu machen, dass er, der Generalgouverneur, an diesem Brief vom 8.Oktober Anstoss genommen habe.

Am Schluss der Besprechung spricht der Herr Generalgouverneur Hauptabschnittsleiter Stahl sein volles Vertrauen aus.

16[5o] Besprechung mit dem Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit Oberregierungsrat Dr.Coblitz.

Gegenstand der Besprechung ist zunächst die Frage der Übersiedlung von Forschungsinstituten aus den Ostgebieten ins Generalgouvernement und

18.10.1943

der Überprüfung der ukrainischen und russischen Mitarbeiter. - Der Herr Generalgouverneur will die letztere Frage in der morgigen Sicherheitssitzung einer Besprechung unterziehen.

Oberregierungsrat Dr. Coblitz gibt sodann einen kurzen Überblick über die Arbeit des Instituts für Deutsche Ostarbeit. Er will dem Herrn Generalgouverneur demnächst einen umfangreichen schriftlichen Bericht erstatten. Ferner weist Oberregierungsrat Dr. Coblitz angesichts der gegenwärtigen Entwicklung und der ihm auch von der Wehrmacht gestellten Aufgaben seinen Charakter als geisteswissenschaftliche Anstalt werde zurücktreten lassen müssen.

17 10 Besprechung mit Intendant Stampe und Kapellmeister Antolitsch.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, direkt beim Führer die Ernennung des Intendanten Stampe zum Generalintendanten und des Kapellmeisters Antolitsch zum Staatskapellmeister zu beantragen.

Gegenstand der Besprechung sind dann die Gestaltung der Festvorstellung am 26. Oktober mit der Aufführung der Mozartschen Oper "Die Hochzeit des Figaro", weiter Einladungen des Komponisten Professor Pfitzner und des Generalintendanten Clemens Krauss nach Krakau.

Zu der Besprechung werden später Intendant Haslinde und Chefdirigent Hindemith hinzugezogen und die Vorbereitungen für das Festkonzert am 25. Oktober besprochen.

18.10.1943

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, dass die von Kapellmeister Erb geleiteten Konzerte künftig als "Volkssinfoniekonzerte" zu bezeichnen sind.

Intendant Stampe überreicht dem Herrn Generalgouverneur eine Denkschrift über den " Aufbau der ersten deutschen Bühne in den besetzten Gebieten".

18^{00} Der Herr Generalgouverneur besichtigt in Begleitung des Chefs der Kanzlei Dr.Meidinger und des Referenten v. Palézieux die Schlossräumlichkeiten.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Dienstag, den 19.Oktober 1943

10[30] Sicherheitssitzung im Königssaal
(Teilnehmer s. Anwesenheitsliste)

Der Herr Generalgouverneur erklärt eingangs, daß das, was man im Generalgouvernement Sicherheitslage genannt habe, in den letzten Tagen und Wochen in einer völligen Auflösung begriffen sei. Die Berichte der Polizei klängen sehr ernst, und die Entwicklung auf diesem Gebiet schreite unter dem Eindruck der allgemeinen politischen und militärischen Lage in einer Weise fort, die man nur als Mobilmachung der antideutschen Kräfte dieses Raumes bezeichnen könne. Der Mangel an Polizeikräften im Lande begünstige diese Entwicklung. Eine wirklich durchgreifende Hilfe sei bis jetzt nicht erschienen. Die Zahl der in der ersten Hälfte des Oktober getöteten Deutschen betrage ein Vielfaches der in einem Vierteljahr des Jahres 1942 getöteten Deutschen.

Er sehe sich in diesem Lande vor eine ernste Verantwortung gestellt. Die Entwicklung könne man nicht auf ein Versagen der waffentragenden Einrichtungen des Generalgouvernements abwälzen, und er möchte an dieser Stelle allen Stellen der Polizei und der Wehrmacht für die ständig gewährte hervorragende Hilfe danken, die sie jederzeit der staatlichen Führung dieses Raumes hätten zuteil werden lassen. Man müsse sich darüber klar sein, daß, je schwieriger die Kriegslage und dadurch die Sicherheitslage im Generalgouvernement würden, desto intensiver und energischer der deutsche Gegenstoß sein müsse.

Mit einer am 1o.Oktober in Kraft getretenen Verordnung habe er unter Zurückstellung aller hemmenden formalen Bedenken der Sicherheitspolizei außerordentliche Vollmachten an die Hand gegeben. Dazu aber seien

eine Verstärkung der die Sicherheit allein tragenden bewaffneten Organe des Reiches wie Polizei, Wehrmacht usw., eine möglichste Dislozierung dieser Kräfte in das Land und ein engstes Zusammenwirken aller deutschen Dienststellen, ob militärischer, verwaltungsmäßiger oder polizeilicher Art, unbedingt notwendig, die gesamtdeutsche Führung dieses Raumes sicherzustellen.

Infolge der Entwicklung im Osten sei das Generalgouvernement aus der Brückenstellung des vorigen Jahres wieder zu einer Bastion geworden, denn knapp 3ookm von der Ostgrenze des Generalgouvernements entfernt verlaufe die Front. Darum sei es unerläßlich, daß das Generalgouvernement als Bollwerk des Ostens fest in deutscher Hand bleibe.

SS-Oberführer Bierkamp führt aus, daß man auf Grund der Entwicklung der Sicherheitslage in den letzten Wochen von einer Mobilmachung der Kräfte der Widerstandsbewegung sprechen müsse. Auf dem ganzen Gebiet des Generalgouvernements seien auf Grund der vorliegenden Meldungen die nationalen Kräfte bis zu 97% mobilisiert. Vor einiger Zeit habe der SD in Radom ein umfangreiches Lager mit größeren Mengen Munition gefaßt, in Warschau ein weiteres großes Lager, in dem allein 9o Flammenwerfer versteckt gewesen seien. Die Einflüge der letzten Zeit hätten der Widerstandsbewegung große Mengen an Waffen und Munition zugeführt. Die Sicherheitspolizei habe festgestellt, daß polnische Firmen aus versteckten Waffenlagern große Lieferungen über das ganze Land getätigt hätten.

Ein großer Apparat werde aufgebaut. Viele Verbindungen wiesen nach Ungarn, wo eine polnische Legion von 1o o6o Mann aufgestellt werde. So gingen auch zur

19.1o.43.

Zeit wieder von Warschau größere Trupps ab in Richtung zur ungarischen Grenze. Die Polen hofften nämlich, daß demnächst auf dem Balkan eine Landung der Engländer und Amerikaner erfolge mit dem Ziel eines Durchbruchs nach Ungarn, und daß dann in diesem Moment Ungarn abfallen werde. Die ungarische Grenze gegenüber Deutschland scheine bereits befestigt zu werden. Alle Anzeichen deuteten auf eine von Süden kommende Gefahr hin.

Die Lage sehe er als nicht allzu gefährlich an. Er hoffe, daß die Polen zu früh losschlagen würden und daß dann die deutsche Macht im Lande so groß sei, um den Aufstand im Keime ersticken zu können. Gefährlich aber könne es werden, wenn im Osten die Front wieder in Bewegung geraten sollte und dann die polnische Widerstandsbewegung erst los-schlage.

Die nationale polnische Widerstandsbewegung stütze sich auf England, während die kommunistische ständig Zulauf aus dem Osten durch mit Fallschirmen abgesetzte und bewaffnete Leute und Kräfte, die durch die Front sickerten, erhalte.

Hinzu trete noch die ukrainische Widerstandsbewegung, die sog. Bandera, die immer stärker auftrete und die davon überzeugt sei, daß sie eine nationale Ukraine erkämpfen müsse, wenn die deutsche Macht im Osten zusammenbreche. Bis jetzt unterstütze sie die Aufständischen in Wolhynien und Podolien, habe aber bereits alle Vorkehrungen getroffen, um auch in der Ukraine kämpfen zu können. Auf Grund der Sicherheitspolizei zugegangenen Meldungen hätten ihre Miglieder die Anweisung, ihre Waffen vorerst noch versteckt zu halten.

19.1o.43.

Bei dieser Lage habe er eine nachgebende Politik der deutschen Verwaltung für verfehlt gehalten und dem Herrn Generalgouverneur schärfere Mittel vorgeschlagen. So sei die VO. vom 1o.Oktober entstanden. Einige auf Grund dieser Verordnung sofort in der Öffentlichkeit vollstreckte Todesurteile an der Zugehörigkeit zur Widerstandsbewegung Überführte hätten in der Bevölkerung Eindruck gemacht. Auch die Praxis, für zukünftige Morde an Deutschen bereits überführte Verhaftete in der Öffentlichkeit als dafür zu erschießende Geiseln bekanntzugeben, habe einige Entspannung gebracht. So seien in Warschau die Morde an Deutschen, die bis zum Erlaß der VO. vom 1o.Oktober allnächtlich 7 bis 8 betragen hätten, auf 2 zurückgegangen.

Auf der anderen Seite habe nun die Widerstandsbewegung ihre Verbände nach Warschau hineinverlegt und wolle nun Terror mit Gegenterror beantworten. Gewagt haben sie es aber bisher noch nicht, jedoch habe man Handzettel des Inhalts "Wir setzen Terror gegen Terror, die deutschen Unterdrücker werden weichen müssen" bereits gefunden. Zur Führung dieses Kampfes versuchten sich die nationalen Verbände mit der kommunistischen Bewegung zu vereinen.

Nur ein kleiner Teil der Warschauer Bevölkerung, der sich aus Jugendlichen unter Führung früherer Offiziere und kommunistischer Funktionäre zusammensetze, betätige sich in der Widerstandsbewegung, 9o% oder noch mehr wollten in Ruhe und Frieden leben. Seiner Ansicht nach genügten die augenblicklich im Generalgouvernement vorhandenen deutschen Kräfte, die Widerstandsbewegung niederzuhalten. Dazu käme eine Verstärkung der deutschen Kräfte durch Zurückverlegung deutscher Truppen. Leider kämen auch ungarische Formationen in das Generalgouvernement zurück.

19.1o.43.

Generalmajor Haseloff erklärt, daß es sich dabei um ein ungarisches Korps handle. Auf Ersuchen des Herrn Generalgouverneurs wird er diese Sachlage fest im Auge behalten.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs bezeichnet SS-Oberführer Bierkamp die der Sicherheitspolizei jetzt gegebenen Vollmachten für ausreichend. Nur an Orten, die der Sicherheitspolizei als Sammelpunkt von Mitgliedern der Widerstandsbewegung bekannt seien, müsse sie radikalere Mittel anwenden.

Generalmajor der Polizei Grünwald pflichtet den Ausführungen des SS-Oberführers Bierkamp über die Sicherheitslage bei. Selbst im bisher ruhigsten Distrikt Krakau beginne sich die Lage zu verschlechtern, vor allem in der Gegend von Miechow fänden zahlreiche Überfälle statt. Die bisher noch ziemlich verschonten Transportzüge wären in der letzten Zeit von mit Granatwerfern ausgerüsteten Banditen überfallen worden. Trotzdem glaube er aber, mit den vorhandenen deutschen Kräften Herr der Lage zu bleiben.

Da dauernd Banditengruppen aus dem Lubliner in den Krakauer Bezirk über den San wechselten, habe die Polizei den Verkehr über den Fluß restlos unterbinden müssen, was leider gewisse Schwierigkeiten für die Ernteablieferung mit sich bringe; er hoffe aber, in einigen Tagen die strenge Absperrung wieder aufheben zu können.

Im September habe die Zahl der Raubüberfälle im Tagesdurchschnitt für das ganze Generalgouvernement

19.1o.43.

223 betragen, im ersten Drittel des Monats Oktober bereits 25o. Ihre Zahl habe noch im Januar vorigen Jahres bei 6 täglichen Überfällen gelegen. Seit Erlaß der VO. vom 1o.Oktober lasse sich ein leichter Rückgang feststellen.

Eine große Gefahr stellten auch die Judenlager im Generalgouvernement dar, was ein Ausbruch der Juden aus einem solchen Lager vor kurzem gezeigt habe.

Die Besprechung wendet sich dieser Frage zu und der Herr Generalgouverneur erteilt dem Chef der Rüstungsinspektion, General Schindler, SS-Oberführer Bierkamp und Generalmajor Grünwald den Auftrag, die Listen der jüdischen Lager im Generalgouvernement genau daraufhin durchzusehen, wie viele der Insassen als Arbeitskräfte eingesetzt seien. Die übrigen sollte man aus dem Generalgouvernement abschieben.

Generalmajor Grünwald bezeichnet die Güter der OT, die Niederlassungen und Wachen des Zollgrenzschutzes mit ihren dort gesammelten Waffen als Quellen, aus denen sich die Banditen durch Überfälle mit Waffen versorgten. Allzu große Nachlässigkeit und Sorglosigkeit der OT-Männer und der Angehörigen des Zollgrenzschutzes erleichterten die Durchführung solcher Überfälle. Er wäre dankbar, wenn der Ordnungspolizei und dem SD alle Plätze im Generalgouvernement genau namhaft gemacht würden, an denen sich solche Waffenlager befänden, um für eine entsprechende Bewachung zu sorgen.

Generalleutnant Schindler berichtet, daß die Zahl der Überfälle eine Verschärfung der Sicherheitslage

19.1o.43.

beweise. Ständig würden deutsche Betriebsführer und auch Polen der Rüstungsindustrie erschossen. Zum erstenmal habe auch vor kurzem ein allerdings erfolgloser Überfall auf ein ganzes Werk stattgefunden. Der Prozeß der inneren Unterhöhlung der Betriebe schreitet fort; es gelinge kaum, einen solchen Agitator zu fassen, da gerade diese Leute ihre Tätigkeit hinter einer 1oo%igen Arbeitsleistung versteckten. Die ganze Rüstungsfertigung leide darunter, wenn auch der Hauptteil der Arbeiter guten Willens sei.

SS-Oberführer Bierkamp bemerkt dazu, daß seine V-Männer in die Betriebe gingen und die Arbeiter beobachteten; werde von ihnen ein Aufwiegler entdeckt, erfolge an Ort und Stelle die Aburteilung und ein Vollzug des Urteils mittels Strick.

General Sommé weist darauf hin, daß aus dem Osten Truppenkontingente ins Generalgouvernement zurückverlegt würden. Diese Truppen stellten eine große Verstärkung der deutschen Macht im Lande dar, seien aber für größere und längere Einsätze nicht zu verwenden, da sie die Front nähren müßten. Für eine evtl. kommende Auseinandersetzung im Generalgouvernement könne er daher nur gewisse Formationen für Angriffe aus der Luft und einige, z.B. Unteroffiziersschulen, in einer Stärke von 2 oder 3 Batl. für örtlich und zeitlich beschränkten Einsatz zur Verfügung stellen. Auf Befehl des Reichsmarschalls würden jetzt die Flugplätze in den besetzten Ländern zu sog. Luftwaffenfestungen ausgebaut, und diese stellten dann wichtige deutsche Stützpunkte dar.

19.1o.43.

An die ihm unterstehenden Truppenteile habe er wegen der Sorglosigkeit, mit der die Waffen behandelt würden und auf Grund der sie im Zuge oder in der Straßenbahn leicht gestohlen werden könnten, einen Hinweis hinausgehen lassen. Dabei habe er auch darauf hingewiesen, daß uniformierte Waffenträger, wenn sich ihnen ein Zivilist mit den Händen in den Hosentaschen nähere, sich feuerbereit zu machen hätten. Vielleicht könne man sämtlichen Zivilisten verbieten, auf den Straßen die Hände in den Hosentaschen zu halten. Auch Straßenpatrouillen, die plötzliche Revisionen nach Waffen bei den Straßenpassanten vornehmen, wären ein wirksames Mittel, das Sichbewaffnen der Polen zu beschränken. Leute, die mit Waffen angetroffen würden, müßten sofort unschädlich gemacht werden.

SS-Oberführer Bierkamp berichtet dazu, daß solche Patrouillen mit Autos in Warschau bereit durchgeführt,während sie in Krakau demnächst eingerichtet werden.

General Sommé erklärt weiter, daß der Luftgau momentan kein Mittel zur Verhinderung der feindlichen Einflüge zur Verfügung habe. Verschiedene Versuche seien gemacht worden und würden gemacht, jedoch könne nur eine voll eingerichtete Nachtjagd etwas bezwecken.

Ein evtl. ausbrechender Aufstand könne seiner Ansicht nach wohl in den Städten niedergeschlagen werden, eine erfolgreiche Bekämpfung auf dem flachen Lande halte er nicht für möglich. Nötig dazu wäre das Vorhandensein einer starken aktiven Division, die mit Stoßtrupps arbeiten müsse. Ein solcher Auf-

stand könne den Nachschub an die Front äußerst gefährden.

Warnen wolle er noch vor dem Abhalten von Treibjagden, bei denen es Banditen mit Maschinengewehren ein leichtes sei, eine Schützenkette von daran beteiligten 2o oder 3o prominenten deutschen Persönlichkeiten zu beseitigen.

Generalmajor Haseloff berichtet, daß sich die Verschärfung der Sicherheitslage auch auf dem militärischen Sektor bemerkbar mache. Im letzten Monat habe die Wehrmacht durch die Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 85 Mann Verluste zu verzeichnen gehabt. Auch die Angriffe auf die reinen Militärtransporte hätten erheblich zugenommen. Was die Widerstandsbewegung damit bezwecken wolle, sei noch nicht klar.

17 Batl. der ostvölkischen Legion, die den deutschen Belangen im Generalgouvernement eine große Stütze gewesen seien, würden demnächst nach dem Westen abtransportiert. Dafür sollten 8-9 Landesschützen Batl. ins Generalgouvernement gelegt werden. Weiter erfolge bis Ende des Jahres die 1oo%ige Auffüllung der im Lande liegenden Sicherungsverbände. Darüber hinaus würden Verhandlungen mit dem Ziel geführt, noch 1 oder 2 Divisionen Ausbildungstruppen ins Generalgouvernement zu bekommen. Wenn dies gelänge, müsse die Wehrmacht allerdings auf weitgehendes Entgegenkommen der Zivilverwaltung in der Unterkunftsbeschaffung rechnen. Rekruten könne man ja nicht in Dörfern unterbringen, sie müßten für die Ausbildung zusammengefaßt sein. Vielleicht müsse man dann dafür polnische Schulen und ähnliches oder Liegenschaften, die nicht unbedingt kriegswichtig seien, als Unterbringungsorte bereit stellen.

19.1o.43.

Es handle sich hierbei um 16ooo Mann, von denen eine Division in der Gegend von Warschau, die andere im Raum Lublin-Tschenstochau-Radom stationiert würde.

Zum Schutze des Lebens der Wehrmachtsangehörigen seien diese angewiesen worden, ihre Pistolen in Zukunft in der Hosentasche zu tragen; vielleicht könne man das auch auf dem zivilen Sektor einführen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Generalmajor Haseloff um eine konkrete Mitteilung über diese Raumanforderung, da die Raumfrage der Regierung durch das Hereinverlegen vieler Betriebe und Einrichtungen aus dem Osten in das Generalgouvernement große Schwierigkeiten bereite.

SS-Oberführer Bierkamp weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Sicherheitspolizei auf Grund einer Vereinbarung mit Berlin sämtliche Leute, die aus dem Osten ins Generalgouvernement kämen, in Lagern unterbringe und dann in Lager des Reiches weiterleite. Der Grund dafür sei die Tatsache, daß diese Menschen ukrainische Chauvinisten wären und in Galizien der Bandera-Bewegung sich anschlössen oder bei einem Verbringen in polnisch besiedelte Gebiete von den Polen ermordet würden. Nun aber kämen Dienststellen, hätten Sonderwünsche, wollten diese oder jene für sich im Generalgouvernement zurückhalten; so wolle z.B. das Ostinstitut 25o ukrainische oder russische Professoren aus Forschungsstätten des Ostens hier im Generalgouvernement einsetzen.

19.1o.43.

Der Herr Generalgouverneur weist auf die Kriegswichtigkeit der Tätigkeit des Ostinstituts hin und will diesem Wunsche entsprochen wissen. Die Leute müßten eben einer Sonderbewachung unterstellt werden.

Generalleutnant Schindler hält es ebenfalls für undbedingt notwendig, daß die Arbeit der aus dem Osten kommenden Betriebe im Generalgouvernement wieder aufgenommen werde, denn die Fertigung für die Front dürfe nicht unterbrochen werden.

Der Herr Generalgouverneur macht die Frage "Wie verwertet man das jetzt aus dem Osten hereinströmende Menschenmaterial" zum Gegenstand einer demnächst stattfindenden Sitzung.

Staatssekretär Dr.Bühler sieht in der Errichtung von Stützpunkten die beste Gewähr für die Sicherheit im Lande. Die Wehrmacht solle damit einverstanden sein, daß wegen der gefährdeten Sicherheitslage die Stützpunkte auch nach der Ernteerfassung belassen werden sollten.

Wichtig sei die Prüfung der Frage, wie man die aus dem Osten hereinströmenden Fachkräfte im Generalgouvernement verwenden könne. Die ukrainischen Fachkräfte müßten ja nicht in Galizien angesetzt werden. Auch ihm seien 2oo Fachkräfte der Stadtverwaltung Charkow angeboten worden.

Wegen der Unterbringung neuer Wehrmachtsteile sei er gerne bereit, bei den Kreishauptleuten feststellen zu lassen, wo Unterbringungsmöglichkeiten beständen.

19.1o.43.

Der Herr Generalgouverneur weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß sich auch die Waffen-SS an der Bildung von Stützpunkten beteiligen wolle. - Bankdirigent Paersch sei äußerst dankbar für die Zurverfügungstellung eines Panzerwagens für die Geldtransporte der Emissionsbank.

SS-Oberführer Bierkamp wirft noch die Frage auf, ob man nicht aus den Häusern in der Gegend von Kasernen u. sonst. gefährdeten Objekten, die möglicherweise Gegenstand eines Ansturmes der Widerstandsbewegung werden könnten, die nicht verteidigungsfähigen Deutschen aussiedeln und mit verteidigungsfähigen Kräften besetzen könne.

Der Herr Generalgouverneur faßt zusammen: Die Sicherheitslage wird allgemein als sehr ernst angesehen, doch genügen bei einem Aufstand die vorhandenen Kräfte, der Lage Herr zu werden. Die Sicherheit hängt aufs engste zusammen mit der Zahl der im Lande vorhandenen Sicherheitsorgane. Besonders vordringlich erscheint eine Verstärkung der Sicherheitpolizei; er wird sich deswegen evtl. persönlich an den Reichsführer SS wenden.

Als akute Gefahr für die Sicherheit der Deutschen hat sich das Vorhandensein der Judenlager herausgestellt. Das Stützpunktsystem wird unter Mithilfe der Waffen-SS weiter ausgebaut. Die Verstärkung des Sicherheitsdienstes durch Straßenpatrouillen setzt ein. Waffenträger werden angehalten, ihre Pistolen in der Tasche zu tragen.

Eine weitere Frage ist das Hereinnehmen der unkontrolliert aus dem Osten hereinströmenden Elemente,

13

19.1o.43.

Industrie-, Verwaltungs- und Wehrmachtsgefolge. Dafür muß eine zentrale Stelle eingesetzt werden, durch die vermieden wird, daß ein Schaden des Reiches eintritt. Wichtig ist auch die Frage der Unterbringung der kommenden Wehrmachtsteile. Polnische Schulen können mit Ausnahme der Fachschulen dafür bereitgestellt werden.

In vier Wochen wird eine neuerliche Aussprache über die Lage auf dem Gebiete der Sicherheit stattfinden.

12[3o] Besprechung mit SS-Oberführer Bierkamp, Generalmajor der Polizei Grünwald und Präsident Naumann in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler.

Generalmajor Grünwald fordert für die nichtdeutschen Polizeibeamten und ihre Familienangehörigen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung die gleichen Rationssätze, wie sie die deutsche Polizei erhält. Die nichtdeutschen Polizeibeamten wären in gewissem Sinne aus ihrem Volke ausgestoßen und setzten im Kampf für Deutschland ständig ihr Leben ein. Aus diesem Grunde müsse ihnen auch die ganze Fürsorge der deutschen Verwaltung gehören.

Präsident Naumann bemerkt dazu, dass man dasselbe auch von den vielen anderen Sparten der in deutschen Diensten stehenden Fremdvölkischen behaupten könne; er erinnere z.B. nur an die Agronomen, die unter ständiger Lebensgefahr ihre Arbeit verrichteten. Er sei bereit, den nichtdeutschen Polizeibeamten die

deutschen Rationssätze zu gewähren, während für die Ehefrauen die Zusatzkarte II und für die Kinder die Zusatzkarte III vorschlage.

Der Herr Generalgouverneur weist auf die Folgen hin, die eine Gewährung der deutschen Rationssätze auch an die Familienangehörigen der nichtdeutschen Polizei nach sich ziehen würde. Dadurch würde man einen Präzedenz-Fall schaffen, denn dann würden auch andere deutsche Dienststellen die gleichen Sätze für ihre nichtdeutschen Beamten und Angestellten fordern.

Staatssekretär Dr. Bühler glaubt, dass an die Ernährungswirtschaft des Generalgouvernements in der Zukunft heute noch gar nicht bekannte zusätzliche Anforderungen vor allem von Seiten der Wehrmacht gestellt würden und daher eine sparsame Haushaltung geübt werden müsse.

Die Einigung in dieser Frage erfolgt auf folgender Basis:
Die nichtdeutschen Polizeibeamten des Generalgouvernements erhalten ab sofort die deutschen Rationssätze, ihre Ehefrauen die Zusatzkarte II und ihre Kinder die Zusatzkarte III. Am 1.Januar 1944 findet eine neue Überprüfung der Frage statt; stellt sich die Ernährungslage des Generalgouvernements günstig dar, dann steht nichts im Wege, dem Wunsche der Polizei nachzukommen. Auf keinen Fall dürfen jedoch die bisherigen Rationssätze eine Verminderung erfahren. -

Anschliessend macht Präsident Naumann noch einige Angaben über den Stand der Ernteerfassung:
Von den 1.6 Mill. to. Getreide seien bis jetzt 1.1 Mill. to. erfasst. Die Kartoffelerfassung gehe schleppend; auf den grossen Gütern in Galizien übten die Arbeitskräfte stille Sabotage, auch im alten Generalgouvernement lieferten die Panjes nicht so programmässig wie bei Getreide. Bei Vieh und Milch entsprächen die Ablieferungen auch nicht voll den Erwartun-

15 19.10.43

gen. Die deutschen Aufsichtskräfte seien eben zu gering; jeder Mann der ausfalle, könne nicht ersetzt werden, und darunter leidet die gesamte Erfassung.

12[50] Besprechung mit SS-Oberführer Bierkamp und Generalmajor der Polizei Grünwald.

15[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt Ministerialrat von Streit in einer persönlichen Angelegenheit.

15[10] Empfang Ministerialdirektors Schlotterer vom Reichswirtschafts- und Ostministerium in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Präsidenten Dr. Emmerich.

Ministerialdirektor Schlotterer berichtet dem Herrn Generalgouverneur von Verhandlungen, die er mit der Hauptabteilung Wirtschaft über Fragen gepflogen hat, die sich auf wirtschaftlichem Gebiet aus der Zurücknahme der Ostfront ergeben: Verlagerung von Industriebetrieben aus dem Osten ins Generalgouvernement, vor allem Produzierung von Schanzmaterial für die Ostfront im Generalgouvernement.

15[45] Besprechung mit dem früheren Pächter des Berghauses Zakopane, Herrn Kuhn, in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Oberlandesverwaltungsrats Weyrauch.

Herr Kuhn berichtet dem Herrn Generalgouverneur eingehend von Verfolgungen, denen er sich seit einem halben Jahr ungerechterweise von Seiten der SS, die danach strebe, das Berghaus Zakopane als SS-Ausbildungslager in die Hand zu bekommen, ausgesetzt sehe. Hauptträger dieses Kampfes gegen ihn sei SS-Brigadeführer Dr. Rasch, Chef des SS-Ausbildungslagers in Modorovka, B.Jaslo. Die gegen ihn erhobene Anklage laute auf Besteckdiebstahl, Brandstiftung, Versicherungsbetrug, Schwarzschlachtung und Abgabe eines Schweines an einen polnischen Angestellten.

19.10.43

Nach einem viermonatigen Einsatz in Norwegen sei er jetzt durch die Division in die Heimat abgestellt worden, um sich wegen der Dinge, die er begangen haben solle, zu verantworten. Ob eine Verhandlung stattfinde und ob sie vor dem Militär- oder einem Zivilgericht vor sich gehe, wisse er nicht; darüber habe er noch nichts in Erfahrung bringen können. Er habe der Regierung des Generalgouvernements immer die Treue gehalten, fühle sich unschuldig und bitte daher um den Schutz des Herrn Generalgouverneurs.

Der Herr Generalgouverneur verspricht Herrn Kuhn, in seinem Falle für Gerechtigkeit zu sorgen. Er beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple, mit Herrn Kuhn zu Präsident Wille zu gehen, und ihn zu bitten, sich der Angelegenheit anzunehmen und sie zu klären; er erwarte einen Bericht. Ebenso solle ihm SS-Oberführer Bierkamp darüber Vortrag halten. Herr Kuhn werde nach Klärung der Angelegenheit im Generalgouvernement wieder Verwendung finden, da er, der Generalgouverneur, das grösste Vertrauen zu ihm habe. -

Oberlandesverwaltungsrat Weyrauch erklärt dann auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, dass das Berghaus Zakopane jetzt in der Betreuung der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge stehe und zur Wintersaison als Gefolgschaftsheim der Regierung unter einem Verwalter Koll wieder eröffnet werde. Stadtkommissar Glehnert von Zakopane mache immer wieder Versuche, das Haus der Waffen-SS zur Verfügung zu stellen.

Der Herr Generalgouverneur erteilt Staatssekretär Dr. Boepple den Auftrag, dafür zu sorgen, dass Stadtkommissar Glehnert sich bei ihm melde. Das Haus dürfe auf keinen Fall der Regierung des Generalgouvernements entgleiten. Staatssekretär Dr. Bühler möge in seinem Namen möglichst bald die Übernahme des Hauses in die Obhut der Regierung des Generalgouvernements vornehmen.

17 19.10.43

16[00] Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Pressechef Gassner.

Besprechungsthema bildet das Programm des 4.Jahrestages des Generalgouvernements und seine propagandistische und pressemässige Auswertung.

Zur weiteren Besprechung werden die Hauptschriftleiter Fenske, Zeitz, Stöppler, Sendeleiter Bosch, Referent Noglik, und Verlagsleiter Strotzyk hinzugezogen.

Präsident Ohlenbusch legt seine Pläne für eine Intensivierung der Rundfunkarbeit für die Fremdvölkischen dar. Zu diesem Zweck wolle die Reichsrundfunkgesellschaft unter der Führung der Hauptabteilung Propaganda des Generalgouvernements im Generalgouvernement einen drahtlosen Dienst einrichten, in dessen Rahmen auch der Nachrichtendienst für die Fremdvölkischen einbezogen werden müsse. Dieser Dienst sei bisher vom Pressechef neben seiner Pressearbeit gemacht worden.

Pressechef Gassner weist auf die Bedenken hin, die er bereits Präsident Ohlenbusch gegenüber zum Ausdruck gebracht habe. Der Rundfunknachrichtendienst stelle den einzigen Sektor dar, auf dem das Generalgouvernement auf dem Gebiete des Rundfunks frei arbeiten könne, da die Reichsrundfunkgesellschaft dem Generalgouvernement kein eigenes Programm genehmige. Seiner Ansicht handele es sich bei diesem Plan um die Überleitung einer im Generalgouvernement bereits bestehenden Einrichtung in die Organisation der Reichsrundfunkgesellschaft.

Hauptschriftleiter Zeitz ist der Auffassung, dass die Rundfunkarbeit im Generalgouvernement intensiviert werden müsse. Die jetzt gesprochenen polnischen und ukrainischen Nachrichten lehnten sich 100%-ig an den Dienst der Telepress an. Aus allgemein propagandistischen Erwägungen heraus wolle man sie jetzt so formulieren, dass etwas

Neues daraus entstehe.

Herr Noglik erklärt die Einrichtung eines drahtlosen Dienstes für empfehlenswert, da dadurch die Nachrichtengebung ins Reich beeinflußt werden könne.

Hauptschriftleiter Fenske hat nicht die Überzeugung, dass eine solche neue Organisation sachlich notwendig sei. Es gäbe so viele Gründe, die eine Ummodelung militärischer Nachrichten oder politischer, die aus Berlin kämen, im Rundfunk nicht angängig erscheinen liessen, ja sogar unmöglich machten. In dreijähriger Arbeit habe er den jetzt bestehenden polnischen und ukrainischen Rundfunknachrichtendienst aufgebaut und er kenne daher alle damit zusammenhängenden Schwierigkeiten.

Der Herr Generalgouverneur kann sich nicht entschliessen, in dieser Angelegenheit eine Entscheidung zu treffen, da der Standpunkt der beiden Seiten wichtige Argumente beinhalte. Er ersucht,Präsident Ohlenbusch und Pressechef Gassner, sich nochmals eingehend zu besprechen und auf kameradschaftlicher Basis zu einem Ausgleich zu kommen. Er wolle niemandem, der im Generalgouvernement etwas aufgebaut habe, dies wegnehmen. Vielleicht könne der drahtlose Dienst für seine propagandistischen Sendungen eigene Sendezeiten ins Auge fassen. Eine neue Sitzung solle dann in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler stattfinden.

Die Besprechung wendet sich dann der Situation auf dem Gebiete des Rundfunks zu.
Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Sendeleiter Bosch, dass die Sender Krakau, Warschau und Lemberg von Fall zu Fall zu Eigensendungen des Generalgouvernements zur Verfügung ständen. Für die Sendungen des polnischen, bezw. ukrainischen Nachrichtendienstes seien 4 Sendezeiten pro Tag vereinbart. Der Sender Weichsel werde an 2 dieser Sendungen angehängt, müsse aber im übrigen für Nachrichtensendungen des Reiches in den Ostraum freigehalten werden.

19 19.10.43

Die Übernahme der Sender Krakau, Warschau und Lemberg in die Regie des Generalgouvernements halte er nicht für ratsam, da das kulturelle Hinterland für eigene Sendungen zu klein sein. Momentan sei es so, dass im Einzelfall die Reichssendeleitung die Entscheidung treffe, ob eine Sendung des Generalgouvernements stattfinden dürfe oder nicht.

Der Herr Generalgouverneur äussert sein Mißfallen über diese Bevormundung der Sender des Generalgouvernements durch die Reichssendeleitung. Ihm scheine, dass der verantwortliche Leiter der Sender des Generalgouvernements nur als Vollzugsorgan des Reichssenders Breslau fungiere. Für seine politische Tätigkeit als Generalgouverneur müsse er auch jederzeit über den wichtigen Apparat des Rundfunks dieses Raumes verfügen können. Eine Regelung in dieser Angelegenheit behalte er sich vor. Vorerst wünsche er eine Übertragung von"Figaros Hochzeit" aus dem Staatstheaters des Generalgouvernements, ausserdem aus Anlaß des 4.Jahrestages des Generalgouvernements eine eingehende Berichterstattung über die verschiedenen Veranstaltungen auch für die fremdvölkische Bevölkerung.

17^{30} Besprechung mit Verlagsleiter Strozyk und Hauptschriftleiter Stöppler über verschiedene Verlags- und Presseangelegenheiten.

18^{00} Besprechung mit Regierungsrat Dr. Jänsch.

19^{00} Besuch der Aufführung des "Fidelio" im Staatstheater. Anschliessend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Anwesenheitsliste

für die Sicherheitssitzung
am 19. Oktober 1943
im Königsaal der Burg

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Himmler		
Wolff		
Brandt		
Fegelein		
Brückner		
Bormann		
Ribbentrop		
Lammers	VOLKSW 55	
Thierack	VOLKSW 55	
Dr. Klopfer	MinRat	Amt für Gesetzgebung
Schmidt	Hauptabt.	Hauptabt. für Verwaltung

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Dr. Lehmann	Leiter	Rü. In. d. Rdf. f. Rü
Feller	Oberlt.	Rü. In. der Lf.
Mayrhofer	Oberpost.	Kg. Abt. VIII
Dr. Boehle		
Böhler		

Mittwoch, den 2o.Oktober 1943

10^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

12^{00} Oberst der Ordnungspolizei Prüssner, Landesführer der Technischen Nothilfe, meldet sich bei dem Herrn Generalgouverneur aus Anlaß der Übernahme seiner Dienststellung als Einsatzführer Ost der Technischen Nothilfe.

12^{1o} Besprechung mit Sendeleiter Bosch.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage einer größeren Selbständigkeit der Sender des Generalgouvernements für eigene Übertragungen.

Sendeleiter Bosch weist darauf hin, daß angesichts der Verteilung der Zuständigkeiten zwischen dem Reichssender Breslau und dem Reichsrundfunk eine Änderung der bisherigen Verhältnisse schwer durchzuführen sein werde. Gleichwohl müsse aber beim Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda auf der Forderung nach einer größeren Betätigungsmöglichkeit der Sender des Generalgouvernements beharrt werden, umsomehr, da der Leiter der Hauptabteilung Propaganda, Präsident Ohlenbusch, befugt sei, in Ausnahmefällen gewisse Übertragungen stattfinden zu lassen.

Der Herr Generalgouverneur richtet aus diesem Anlaß folgendes Schreiben an Präsident Ohlenbusch:

Ich möchte Ihnen im Zusammenhang mit der gestern stattgefundenen Besprechung nochmals den Auftrag erteilen, mit allen Mitteln zu erreichen, daß eine für die politische Führung dieses Rau-

20.10.43.

mes unerläßlich notwendige freiere Gestaltung des Programms der Sender Krakau, Warschau und Lemberg unter Führung der Hauptabteilung Propaganda in der Regierung des Generalgouvernements ab sofort möglich wird. Ich beauftrage Sie, sich unverzüglich mit Ministerialdirektor Hinkel in Verbindung zu setzen, um das Geeignete zu erreichen, und mache darauf aufmerksam, daß ich sonst nicht mehr im Stande bin, die politische Führung dieses Raumes zu gewährleisten. Denn ohne die im Einklang mit den Notwendigkeiten dieses Raumes stattfindende Programmgestaltung unserer Sender läßt sich diese Arbeit in Zukunft einfach nicht mehr durchführen. Berichten Sie mir über den Erfolg Ihrer Bemühungen.

12^{20} Oberst der Flieger Sachs meldet sich als Nachfolger des Obersten Heyna anläßlich der Übernahme seiner Dienststellung als Chef des Generalstabes des Luftgaukommandos VIII.

12^{25} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Staatssekretär Dr.Bühler teilt mit, daß SS-Obergruppenführer General der Polizei Kaltenbrunner sich bereit erklärt habe, mit dem Herrn Generalgouverneur zu einer Besprechung zusammenzutreffen.

Der Herr Generalgouverneur beraumt diese Besprechung auf den 30.Oktober an und beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler, die notwendigen Vorbereitungen zu treffen.

20.10.43.

12[30] Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart der Staatssekretäre Dr.Bühler und Dr.Boepple sowie des Präsidenten Gerteis den Ministerialdirektor Schelp und den Ministerialdirigenten Wetzlar vom Reichsverkehrsministerium.

Präsident Gerteis teilt zunächst mit, daß der letzte Erlaß des Reichsverkehrsministeriums über die Regelung des Verhältnisses der Reichsbahnverwaltung zur Ostbahn vor kurzem ergangen sei. Mit der Durchführung dieses Erlasses sei man zur Zeit beschäftigt.

Der Herr Generalgouverneur betont unter Hinweis auf die Besprechungen mit Reichsverkehrsminister Dr.Dorpmüller und Staatssekretär Dr.Ganzenmüller, daß er von der Durchsetzung des totalen Führerwillens im Generalgouvernement nicht abgehen könne. Das Erscheinungsbild der Generaldirektion der Ostbahn müsse auch weiterhin mit der Wirkung bestehen bleiben, daß die Ostbahndirektionen der Generaldirektion unmittelbar unterständen. Die Angehörigen der Ostbahn müßten nach wie vor das Bewußtsein haben, daß sie in einem Betriebe arbeiteten der nicht absolut identisch mit dem der Reichsbahnverwaltung sei. Eigentümer der Ostbahn bleibe das Generalgouvernement. Das habe selbstverständlich nichts damit zu tun, daß die maßgebenden Instanzen des Reichsverkehrsministeriums von Präsident Gerteis über alle betrieblichen und technischen Vorgänge der Ostbahn orientiert würden.

20.10.43.

Gegenstand der Besprechung ist weiter die Bildung einer Hauptabteilung Verkehr in der Regierung des Generalgouvernements.

12[45] Besprechung mit Ministerialdirektor Dr. Schelp und Ministerialdirigent Wetzlar vom Reichsverkehrsministerium. An dieser Besprechung nehmen die Staatssekretäre Dr.Bühler und Dr.Boepple, Präsident Gerteis, Präsident Dr.Senkowsky, Präsident Dr.Emmerich, Ministerialrat Dr. Weh und Direktor Schmid von der Hauptabteilung Innere Verwaltung teil.

Gegenstand der Besprechung sind:

1) Die abschließende Erörterung der kommenden Organisation der Ostbahn im Rahmen des Generalgouvernements und ihrer Beziehungen zur deutschen Reichsbahn bezw. zum Reichsverkehrsministerium
2) die Bildung einer Hauptabteilung Verkehr in der Regierung des Generalgouvernements.

Zu 1) gibt Präsident Gerteis einen kurzen Überblick über die Organisation der Ostbahn, wie sie sich nunmehr auf Grund der seinerzeit mit dem Reichsverkehrsminister getroffenen Abreden gestalten wird.

Der Herr Generalgouverneur bittet in diesem Zusammenhang, erneut davon Kenntnis zu nehmen, daß nach diesem Übereinkommen mit dem Reich der gesamte Ostbahnbetrieb Eigentum des Generalgouvernements sei.

20.10.43.

Gegenstand der Besprechung ist weiter die Bildung einer Hauptabteilung Verkehr in der Regierung des Generalgouvernements.

12[45] Besprechung mit Ministerialdirektor Dr. Schelp und Ministerialdirigent Wetzlar vom Reichsverkehrsministerium. An dieser Besprechung nehmen die Staatssekretäre Dr.Bühler und Dr.Boepple, Präsident Gerteis, Präsident Dr.Senkowsky, Präsident Dr.Emmerich, Ministerialrat Dr. Weh und Direktor Schmid von der Hauptabteilung Innere Verwaltung teil.

Gegenstand der Besprechung sind:

1) Die abschließende Erörterung der kommenden Organisation der Ostbahn im Rahmen des Generalgouvernements und ihrer Beziehungen zur deutschen Reichsbahn bezw. zum Reichsverkehrsministerium
2) die Bildung einer Hauptabteilung Verkehr in der Regierung des Generalgouvernements.

Zu 1) gibt Präsident Gerteis einen kurzen Überblick über die Organisation der Ostbahn, wie sie sich nunmehr auf Grund der seinerzeit mit dem Reichsverkehrsminister getroffenen Abreden gestalten wird.

Der Herr Generalgouverneur bittet in diesem Zusammenhang, erneut davon Kenntnis zu nehmen, daß nach diesem Übereinkommen mit dem Reich der gesamte Ostbahnbetrieb Eigentum des Generalgouvernements sei.

20.10.43.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Gerteis, daß auf Grund eines Abkommens mit dem Reichsfinanzministerium 65% der im Bereich der Ostbahn entstehenden Neubaukosten vom Reich, 35% vom Generalgouvernement getragen würden.

Präsident Dr. Senkowsky bestätigt auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, daß auch die wirtschaftliche Seite bei dem Abkommen berücksichtigt worden sei.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß das Reichsverkehrsministerium bei der Regelung dieser Organisationsfrage ein großes Entgegenkommen gezeigt habe. Im übrigen lege er großes Gewicht darauf, daß die Ostbahn für ihn, den Generalgouverneur, nach wie vor der Repräsentant der Totalität der Eisenbahnbelange des Generalgouvernements bleiben werde und alles über die Generaldirektion zu gehen habe, was die Ostbahn irgendwie berühre.

Zu 2) teilt Ministerialrat Dr. Weh mit, daß der Leiter der Hauptabteilung Eisenbahnen in der Regierung des Generalgouvernements unter dem 28. September 1943 den Entwurf einer VO. über die Errichtung einer Hauptabteilung Verkehr eingereicht habe. Der 8 Paragrafen umfassende Entwurf sei allen Hauptabteilungen zugegangen. Ein Einspruch sei lediglich vom Befehlshaber der Ordnungspolizei eingegangen, und zwar mit der Begründung, daß der Anlaß dieser Umorganisation dazu benutzt

werden sollte, die Zuständigkeiten, die bisher die Abteilung Straßenverkehr gehabt habe, auf den Befehlshaber der Ordnungspolizei zu übertragen. Er, Ministerialrat Dr.Weh, sei aber der Meinung, daß diese organisatorische Änderung nicht dazu dienen dürfe, eine neue materielle Zuständigkeit zu schaffen.

Präsident Gerteis ist ebenfalls der Ansicht, daß dieser Einspruch zurückgewiesen werden müsse.

Bei der Einzelbesprechung des Entwurfs werden von Direktor Schmid gegen die Fassung des § 3 Abs. 1 Bedenken erhoben.

Diesen Bedenken schließt sich der Herr Generalgouverneur an, und auf seine Anregung wird darauf der ganze § 3 gestrichen.

Weiter trifft der Herr Generalgouverneur auf eine Frage des Direktors Schmid die Feststellung, daß der Leiter der Hauptabteilung Verkehr wie jeder andere Hauptabteilungsleiter Mitglied der Regierung des Generalgouvernements ist.

Ministerialrat Dr.Weh weist sodann darauf hin, daß die Hauptabteilung Deutsche Post Osten Schwierigkeiten von dem Vollzug der VO. befürchte, wie sie schon bisher im Verkehr zwischen Reichsverkehrsministerium und Reichspostministerium entstanden seien. Präsident Dr.Laxmann habe aber nicht formell Einspruch erhoben, sondern es nur als zweckmäßig erachtet, vor Verabschiedung der VO. eine Aussprache mit Präsident Gerteis stattfinden zu lassen.

20.10.43.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr.Bühler, aus Anlaß der Unterzeichnung der VO. die Präsidenten Gerteis und Dr.Lauxmann zu empfangen und ihnen im Wege einer schriftlich spezifizierten Anweisung Richtlinien für ihre Zusammenarbeit zu geben.

Staatssekretär Dr.Bühler schlägt vor, daß die geltend gemachten Einsprüche durch gegenseitige schriftliche Mitteilungen, die aufeinander abgestimmt seien, ausgeglichen würden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Ministerialrat Dr.Weh gibt Kenntnis davon, daß der Leiter des Technischen Zentralamtes eine Bestätigung darüber erbitte, daß die Zuständigkeiten der technischen Verwaltung auf dem Gebiete des Straßen- und Verkehrswesens aufrechterhalten blieben.

Der Herr Generalgouverneur gibt der Auffassung Ausdruck, daß sich Präsident Bauder mit der getroffenen Neuregelung werde abfinden müssen. Wenn beispielsweise von seiten des Technischen Zentralamtes für die Wiederherstellung und Säuberung von Straßenschildern nichts getan werde, dann werde eben diese Aufgabe die neue Hauptabteilung Verkehr übernehmen. - Er habe im übrigen keine Bedenken gegen den Erlaß dieser VO. und sei bereit, sie zu unterzeichnen.

Staatssekretär Dr.Bühler bittet, dafür Sorge zu tragen, daß ●● der neuen Hauptabteilung für die Durchführung ihrer Aufgaben Fachkräfte zur Verfügung gestellt würden.

20.10.43.

Ministerialdirigent Wetzlar glaubt, eine Unterstützung seitens des Reichsverkehrsministeriums in dieser Hinsicht zusagen zu können.

Ministerialrat Dr.Weh weist in diesem Zusammenhang auf die Vorschrift des Verordnungsentwurfs hin, nach welcher das bei anderen Hauptabteilungen beschäftigte Personal auf die Hauptabteilung Verkehr übergehe.

Auf eine Frage desHerrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Gerteis, daß die Hauptabteilungen Eisenbahnen und Verkehr vollkommen getrennt voneinander blieben. Es handle sich lediglich um eine in seiner Person bestehende Personalunion.

Ministerialrat Dr.Weh bemerkt dazu, daß haushaltsrechtlich auch eine getrennte Kostenrechnung vorgesehen sei.

Damit ist die Beratung des Verordnungsentwurfs beendet.

Anschließend berichtet dann Präsident Gerteis noch über die im Bereiche der Ostbahn geplanten Neubauten, die mit einem Kostenaufwand von 3,3 Milliarden erstellt werden solle.

Präsident Senkowsky gibt zu bedenken, daß von dieser Summe ein Drittel das Generalgouvernement tragen werde, zwei Drittel aber zusätzlich aufgebracht werden müßten. Das erhöhe den Druck auf die Wirtschaft; denn diese Summe müsse wieder in irgend einer Form gedeckt werden. Er lege deshalb großen Wert darauf, daß von der Generaldirektion der Ostbahn nach Möglichkeit der Anleiheweg beschritten werde.

20.10.43.

Der Herr Generalgouverneur ordnet in diesem Zusammenhang an, daß demnächst eine Sitzung gehalten werden soll, in der die Währungsfrage zum Gegenstand der Beratung gemacht wird.

16[45] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Donnerstag, den 21.10.1943 Krakau

16[30] Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg

19[00] Teilnahme am Liederabend Erna Sack, im Staatstheater

20[00] Teilnahme am Kameradschaftsabend der Deutschen Post Osten im Staatskasino.

Nach Begrüssungsworten des Präsidenten der Hauptabteilung Post, Lauxmann, ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Kameradinnen und Kameraden der Deutschen Post Osten im Generalgouvernement!

Ich habe mit Freuden die Gelegenheit ergriffen, um Ihnen, die Sie in diesem Saal des Staatskasinos als Vertreter aller deutschen Postbeamten und -beamtinnen des Generalgouvernements weilen, für die hervorragende Aufbauarbeit, die Sie in 4 Jahren auf Ihrem Gebiet geleistet haben, den Dank des Reiches zu vermitteln.

So wie alle, die in dieses Land, das heute als Nebenland des Großdeutschen Reiches bezeichnet wird, dereinst gekommen sind, haben auch die deutschen Postbeamten und -beamtinnen ein Chaos der Zerstörung vorgefunden. Was Sie unter den schwierigsten Bedingungen und unter unsagbaren Mühen im Aufbauwerk an Leistungen vollbracht haben, das reiht auch Sie in den Rahmen des grossen Aufbauwerkes ein, das die deutschen Männer und Frauen des Generalgouvernements in allen Teilen der Verwaltung vollbracht haben. Freilich sind Sie, meine Kameraden und Kameradinnen, dabei von dem besonderen Glück gesegnet, dass Sie aus einer alten erfahrungsreichen technischen Schule des Großdeutschen Reiches kommen, und hier noch in einem Zeitraum aufbauen konnten, in dem es möglich war, die Voraussetzungen technischer und materieller Bedürfnisse noch weitgehend zu befriedigen, und in dem die Energien des deutschen Volkes noch ungebrochen und völlig stark auch den Tei-

len noch viele Energien zuleiten konnten, die damals als besetzte Gebiete neu zum Reich gekommen waren.

Heute steht dieses Werk. Das Generalgouvernement, bis vor kurzer Zeit noch ausschliesslich Brücke zum Osten, ist nun wieder in stärkerer Betonung zu dem Bollwerk des Ostens geworden.Infolgedessen tragen in Zukunft auch Sie, Männer und Frauen der Deutschen Post Osten, ein grosses Maß an Verantwortung. Ich möchte Sie bitten - und ich weiss, dass Sie dieser Bitte in vollem Umfang mit dem Einsatz aller Ihrer Kräfte entsprechen werden - so treu, so sachlich und in schöner geschlossener Kameradschaft und auch technischer Vollendung wie bisher Ihre Pflicht als deutsche Postbeamte zu erfüllen.

Mit besonderer Freude möchte ich auch Ihnen, Herr Präsident Lauxmann, der Sie nun seit 4 Jahren den Aufbau der Deutschen Post Osten im Generalgouvernement so segensreich und erfolgreich leiten, meinen Dank aussprechen. Auch ein stilles Gedenken ist am Platze, das uns an die Opfer erinnern soll, die die Deutsche Post Osten im Generalgouvernement in diesen 4 Jahren gebracht hat. Aber auch der grossen Zahl polnischer und ukrainischer Postangestellten der Deutschen Post Osten im Generalgouvernement danke ich, die mit loyalem Einsatzpflichtbewusstsein ihre Kraft in den Dienst dieses Werkes gestellt haben.

Eines der schönsten Symbole des Generalgouvernements sind die postalischen Wertzeichen, unsere Briefmarken. Es ist fürwahr eines der grössten und stärksten Kulturdokumente, dass das deutsche Volk die Kraft aufbringt, inmitten eines um die Kultur Europas mit stärkstem Einsatz zu führenden Krieges ein so schönes ästetisches Werk wie die Briefmarken des Generalgouvernements aufzubauen. Die Wertmarken unseres postalischen Lebens sind ein wahrhafter Ka-

talog von Schönheiten und einprägsamen Bildern. Was wir mit diesen Marken aber auch an Werbekraft für die Aufbauarbeit im Osten besitzen, wird weit über die Postbereiche hinaus von allen Deutschen dieses Raumes und des Reiches, die philatelistisch interessiert sind, restlos anerkannt. Die Deutsche Post Osten im Generalgouvernement hat sich durch ihre Briefmarken in die erste Reihe der kulturschöpferischen Postverwaltungen eingefügt. Ich bin auch davon überzeugt, dass diese Leistung uns geholfen hat, die Freude am Postverkehr und das Interesse an den postalischen Dingen zu stärken. Sie können mir glauben, dass der ästetisch vollendete Stil der Briefmarken des Generalgouvernements Schule machen wird und dass wir im Generalgouvernement, hineingestellt in neues Land, in die neue Methode der Staatsführung und der Verwaltungstechnik, auch in den postalischen Aufbauwerken führend sind.

Reichspostminister Ohnesorge hat jederzeit mit grösstem Verständnis die Belange der Deutschen Post Osten betreut. Es ist mir daher eine angenehme Pflicht, ihm und allen Herren des Reichspostministeriums für die stets aufgeschlossene Betreuung der Interessen der Postbeamten und -beamtinnen des Generalgouvernements meinen und der Regierung des Generalgouvernements Dank abzustatten.

Leider ist dieser Raum zu klein, um alle die einzuladen und hier zu empfangen, die ein Recht darauf haben, heute hier weilen zu dürfen. Sie meine Kameradinnen und Kameraden seien in dieser ernsten Zeit aufgerufen, immer mit Stolz der grossen Tradition des deutschen Postkulturwerkes, das einen so grossen Namen wie den des Reichspostmeisters Stephan an der Spitze trägt, eingedenk zu bleiben. Oft ist die Ansicht ausgesprochen worden, dass die technischen Verwaltungen gegenüber den sogenannten allgemeinen Verwaltungsbereichen eigentlich ausserhalb

zu stehen hätten. Sie sind aber genau so ein Stück der Staatsautorität wie irgend ein anderer Bezirk des allgemeinen Staatsgeschehens; die technischen Verwaltungen sind von dem Gesamtgefüge der Staatsapparatur nicht loszutrennen. Die Autorität des Reiches steckt in ihrem Wirken nicht minder, wie im Wirken irgendeines anderen Ressorts.

Wir, die wir hier sowieso auf die Geschlossenheit aller deutschen Dienstbereiche eifersüchtig zu sehen haben, um die Wucht des deutschen Willens in diesem Raum immerdar energisch durchsetzen zu können, sind glücklich, dass wir die Deutsche Post Osten in dem Gesamtbereich des staatlichen Lebens des Generalgouvernements so fest eingefügt wissen.

Ich möchte damit schliessen, denn an diesem Abend sollen hier nicht nur amtliche Töne erklingen. Es liegt mir am Herzen, ausserhalb dieses amtlichen Ihnen, deutsche Männer und Frauen, die Sie im Gewande und in der Uniform der Deutschen Post Osten tätig sind, einmal von Mensch zu Mensch zu danken dafür, dass Sie den Mut gefunden haben, im Osten das Werk der deutschen Führung mit aufzurichten, dass Sie durch alle Schreckensstürme dieser Zeit den Glauben bewahrt haben, und dass Sie in sich die klare Hoffnung behalten haben, dass über die dräuenden Abgründe dieser Epoche, über Not, Opfer, Tod, über Terror und Zerstörung das neue ewige deutsche Leben wieder erblühen wird. Ich danke Ihnen auch, dass Sie hier nicht nur mit dem Geist Ihrer technischen Erfahrung wirken, sondern Ihre Seele und Ihr Gemüt hier haben verwurzeln lassen und damit mitgeholfen haben, dass wir über das dienstliche Wirken hinaus eine völkische Heimat deutscher Menschlichkeit im Osten zu werden beginnen. Ich danke Ihnen auch für Ihre Bewährung als Kameraden und Kameradinnen und dafür, dass Sie das Leuchten des Glaubens in sich nicht nur durch Worte verkünden. Seien Sie bedankt, gegrüsst und aufgerufen im Namen des Führers, der an seinem

21.10.43

Werk festhält und in dessen Namen auch wir unser Werk halten werden. (Langanhaltender Beifall)

Präsident Lauxmann dankt im Namen aller dem Herrn Generalgouverneur für seine Worte und verspricht weiterhin treue Arbeit bis zum Sieg des Großdeutschen Reiches.

22^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

1068

II/19

Freitag, den 22.10.1943 Kressendorf

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

TW/1
1a

Sonnabend, den 23.Oktober 1943.

9[10] Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10[05] Besprechung mit Pressechef Gassner

10[30] Der Herr Generalgouverneur überreicht im Namen des Führers dem Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs, Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger, das Kriegsverdienstkreuz I.Klasse.

10[35] Der Herr Generalgouverneur überreicht im Namen des Führers dem Staatssekretär Dr.Boepple und dem Hauptabschnittsleiter Stahl das Kriegsverdienstkreuz I.Klasse.

10[40] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Generalsekretär der Internationalen Rechtskammer Dr. Pfeiffer und läßt sich über den Stand der Arbeiten der Internationalen Rechtskammer einen grossen Bericht erstatten.

10[55] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Verwaltungsakademie des Generalgouvernements.

Krakau

Sonnabend, den 23. Oktober 1943

11^CO Eröffnung des Wintersemesters der Verwaltungsakademie in der neuen Universität mit Aushändigung der Kriegsverdienstkreuze I. und II. Klasse durch den Herrn Generalgouverneur.

Staatssekretär Dr. Bühler:

Herr Generalgouverneur! Hohe Gäste! Liebe Mitarbeiter!

Die Verwaltungsakademie des Generalgouvernements tritt in den dritten Winter ihrer Arbeit im Generalgouvernement ein. Der Herr Generalgouverneur hat dieses Instrument am 12. Januar 1942 geschaffen. Wir haben uns bemüht, durch eine Reihe von Vorträgen den Beamten und Angestellten der öffentlichen Verwaltung das Material für ihre berufliche Fortbildung näher zu bringen, sie in ihrer äußeren und inneren Haltung zu erziehen, und durch die Berufung einer Reihe von Fachkräften aus dem Reich haben wir die Gefolgschaft mit der Entwicklung des öffentlichen Lebens im Reich bekannt gemacht.

Die Arbeit der Verwaltungsakademie ist auch im totalen Krieg als wichtig anerkannt worden. Sie wird an Gewicht noch gewinnen, je mehr durch den Einzug von Kräften zur Wehrmacht sich die Reihen der staatlichen Verwaltung lichten. Ich beabsichtige daher, die Schulungsarbeit der einzelnen Fachressorts im Generalgouvernement zu einem System auszubauen, das die Gewähr daür gibt, daß am Ende dieser Arbeit eine beachtliche Hebung des fachlichen Könnens, des Niveaus

23. 10. 1943

und der Weltanschauung der Beamten und Angestellten vorhanden ist.

Ich begrüße zur heutigen Veranstaltung den Herrn Generalgouverneur, begrüße den Herrn Wehrkreisbefehlshaber General Haenicke als ersten Vertreter der Wehrmacht in diesem Raum. Ich begrüße Pg. Stahl als den Vertreter des Herrn Generalgouverneurs in der Führung des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP. und danke den Herren für ihre Treue und Unterstützung, die sie der Arbeit der Verwaltungsakademie bezeigen.

Herr Generalgouverneur, Sie haben es zu unserer großen Freude übernommen, heute den Einführungsvortrag für die Arbeit des Wintersemesters der Verwaltungsakademie zu halten. Ich bitte Sie, zu uns zu sprechen.

Hierauf hält der Herr Generalgouverneur über: „Das Führerprinzip in der Verwaltung" folgenden Vortrag:

Der Tag, an dem unser Generalgouvernement 4 Jahre besteht, gibt Anlaß, jene Grundsätze zu bedenken, nach denen sich Führung und Verwaltung in diesem Raum aufgebaut und bewährt haben. Inmitten des stets neuen Höhepunkten kriegerischen Geschehens an allen Fronten zutreibenden Weltkampfes, der in der Intensität seiner Vernichtungsenergien nicht seinesgleichen in der Weltgeschichte kennt, war es unsere Aufgabe, hier aus einem durch Jahrzehnte lange Mißwirtschaft, wie aber auch durch einen kurzen Kriegszug völlig aktionsunfähig gewordenen Raum möglichst rasch und doch mit klarer Dauerhaftigkeit ein Verwaltungsgebilde zu errichten, das dem deutschen Siegringen in jeder Form zu dienen im Stande ist.

23. 10. 1943

Es gibt heute keinen objektiv einsichtigen Betrachter der Entwicklung dieser Arbeit braver deutscher Männer und Frauen in diesem Raum, der dem positiven Urteil über den Erfolg dieser Bemühung nicht zustimmen würde. Das Generalgouvernement kann auf seine überragende Leistung in jedem Hinblick stolz sein. Es ist insbesondere den deutschen Staatsbeamten und Staatsangestellten dieses Raumes zu danken, daß das Nebenland des Großdeutschen Reiches eine geschichtliche Funktion völlig neuartiger Prägung zu erfüllen vermochte.

Ohne Vorbild mußte diese Arbeit begonnen werden; denn völlig ungeklärt waren die Methoden, nach denen überhaupt an eine Aufgabe herangegangen werden sollte, die noch mitten im Krieg ein im allgemein herkömmlichen Sinne besetztes Gebiet in eine stabile Form endgültiger staats- und völkerrechtlicher Zugehörigkeit zur Eroberungsmacht überführen sollte.

In immer stärkerer Begriffsklarheit erstanden dabei die großen Gesichtspunkte, die fundamental die Grundlage des Wirkens in diesem Raum darstellten. Es sind folgende:

1) Das Generalgouvernement ist staats- und völkerrechtlich als Nebenland des Großdeutschen Reiches Bestandteil des Großdeutschen Machtbereiches in Europa. Es übt seine Funktionen in staatlicher Willensbildung und Willensexekutive aus. Die Souveränität über diesen Raum liegt beim Führer des Großdeutschen Reiches und wird in seinem Namen vom Generalgouverneur ausgeübt, der in sich alle Zuständigkeiten des Führers stellvertretungsweise zusammenfaßt.

2) Die Führung und Verwaltung dieses Nebenlandes ge-

23.10.1943

schieht in Eigenverantwortung derart, daß die Regierungsmethode dieses Raumes ausschließlich von den Entschließungen der hier eingesetzten maßgeblichen Dienststellen abhängt, denen freilich die große Linie des schicksalhaft über dem ganzen deutschen Machtraum liegenden Kriegsbedarfs die entscheidende Richtung gibt.

3) Dieser Raum ist ein seit Jahrhunderten deutsch durchdrungener, mit reichen deutschen kulturellen, wirtschaftlichen und technischen Arbeiten, mit deutschem Fleiß und deutschem Können entwickelter Teil Europas. Die deutsche Führung dieses Raumes ist daher geschichtlich durch die Vorleistung unserer Vorfahren gerechtfertigt. Sie hat heute die Aufgabe, die vielen Millionen Polen und Ukrainer in gerechter kriegsmäßig starker Ordnung, Ruhe und Sicherheit zu halten, um zum Segen dieser Völker selbst ihre Arbeitskraft in den Dienst des Aufbaues Europas zu stellen. Zahlenmäßig überwiegt freilich dieses fremde Volkstum das deutsche weit, und daraus ergibt sich ein entscheidendes Element für die Führungsart dieses Gebietes.

Diese drei Elemente, einen geschichtlich deutsch legitimierten Raum in Eigen-Verantwortung als Nebenland des Großdeutschen Reiches im Kriege aufzubauen und für die Zukunft sicherzustellen, waren das Programm unserer Arbeit.

Ich wollte das vierjährige Bestehen des Generalgouvernements gern mit der Eröffnung des Winterlehrgangs der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements verbinden, um damit zum Ausdruck zu bringen,

23.10.1943

daß ich mich aufs Engste mit allen Regierungs- und Exekutivdiensten des Generalgouvernements persönlich verbunden fühle. Denn den begreiflicherweise angesichts des Menschenbedarfs des Krieges außerordentlich wenig zahlreichen deutschen Staatsdienstträgern ist in diesem Raum ein überreiches Maß von Verantwortung zugeteilt. Von den unsagbaren Schwierigkeiten, mit denen die Verwaltungspionierarbeit dieses Gebietes vom ersten Tage an verbunden war, kann man sich im allgemeinen nur sehr schwer eine Vorstellung machen. Wer heute in diesen Raum einreist und mit zufriedener kurzer Überschau zu dem Urteil eines wohlgefügten Bereiches kommt, vermag sich oft nicht mehr unter der immer schöner werdenden Erscheinungsform unseres Gebietes die Ausgangszerstörung vorzustellen, die wir hier vorgefunden haben. Meinen Dank und meine Anerkennung habe ich den deutschen Staatsdienstträgern aller Bereiche des Generalgouvernements an dieser Stelle auszusprechen und ihnen zu sagen, daß in der Verwaltungsgeschichte des Großdeutschen Reiches die Leistung des deutschen Staatsbeamten- und Staatsangestelltentums des Generalgouvernements ein stolzes Kapitel darzustellen vermag.

Indessen ist auch diese Leistung nur ein Ausdruck der wieder gefestigten Führung der deutschen Geschicke, wie sie seit Adolf Hitler's Machtübernahme gesinnungsmäßig eingetreten ist. Auch dieses Generalgouvernement konnten wir nur aufbauen, weil in die Verwaltung das große zu welthistorischer Bedeutung aufgestiegene Führerprinzip seinen Einzug gehalten hat. Über dieses Führerprinzip ist schon eine solche Fülle von Betrachtungen angestellt worden, daß es sich im Rahmen einer verwaltungsakade-

mischen Sitzung sehr wohl lohnt, über dasselbe einmal einige Ausführungen zu machen.

Verwaltungskunst ist gerade so alt wie die große politische Staatsführungskunst. Wir kennen aus der vieltausendjährigen Geschichte der großen Territorien, der großen Kontinente keinen historisch zu hohem Rang aufgestiegenen Staat, keinen überragenden Staatsmann, der nicht auch im Inneren des großen durch ihn weltpolitischen Zonen entgegeneilenden Staates für führendes Verwaltungsgescheher gesorgt hätte. Das folgt eindeutig aus den Erkenntnissen, die die Geschichte des alten China, des alten Ägypten, des alten Assyrien, der Azteken-Staaten, der Weltreiche Roms und Byzanz' ebenso vermittelt, wie das in den mehr vorüberrauschenden grandiosen Erscheinungen der Reichsgründungen Alexanders oder Napoleons der Fall war.

Daraus ergibt sich von vornherein, daß die im Vergleich zur - sagen wir einmal - politisch führungsmäßigen Arbeit mit der Note der Zweitklassigkeit versehene Verwaltungsarbeit nichts anderes darstellt als die interne Sicherung der externen Wirksamkeit einer Nation.

Alles Schimpfen auf Bürokratie, Verwaltungsformalismus, Berufsbeamtentum, Tintenkuliwesen, Aktenkram usw. kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß aus der Weltgeschichte folgendes Prinzip aufsteigt:

Es kann keine große wahrhaft aufwärtsführende weltgeschichtliche Leistung gesichert bleiben, wenn nicht in Ergänzung der kriegsstarken Wehraktivität einer Nation eine ausgeprägte Staatsdienstkultur ge-

23.10.1943

pflegt wird. Damit das, was die Fronten verbrauchen, immer wieder aufs Neue gesichert wird, bedarf es einer einwandfrei funktionierenden Staatsmaschinerie im Innern des waffenmäßig zu sichernden Machtbereiches eines Volkes. Vorbereitet auf den Krieg ist ein Staat nicht nur durch die einheitliche Verteidigungsentschlossenheit fanatischer Letztgültigkeit einer Nation, nicht nur durch die Waffentüchtigkeit der nationalen Wehrmacht, sondern vor allem auch durch die schlagfertige innere Ordnung und Führung des kämpfenden Volkstums.

Freilich gehen hier die Meinungen oft gegeneinander. Dem, der im schwersten unmittelbar lebensbedrohenden Feuer des Feindes seine Brust schützend vors Vaterland hält, liegt der Gedanke ziemlich fern, die Bedeutung der inneren Ordnung in ihren notwendigerweise etwas traditionell gesicherten Formen immer zu erkennen. Aber das Wohlbehütetsein der inneren Bereiche ist eine der Voraussetzungen für den Sieg.

Ein deutlicher Beweis für die hohe geschichtliche Bedeutung dieser Überlegung ist das unermüdliche Bemühen der Feinde, durch ihre Terrorangriffe auf die Heimat dieses innere Führungsgefüge zu zerschmettern.

So möchte ich denn an die Spitze meiner Betrachtungen über das Führerprinzip in der Verwaltung den Gedanken stellen, daß der Dienst an der inneren Führung der Geschicke unseres Staates ein Ehrendienst von großer geschichtlicher und praktischer Bedeutung ist, zu dem sich auch im Kriege zu bekennen und dessen Bedeutung auch im Kriege nicht zu verkennen eine volksgenossische Pflicht darstellt.

23.10.1943

Es gibt bekanntlich bei allen Institutionen der Verwaltungslehre den Grundsatz, nach welchem Staatsrecht vergeht, Verwaltungsrecht besteht. Er ist der Ausfluß jener Erfahrung, nach welcher die Staatsform an sich revolutionäre Umformungen viel leichter und direkter zugänglich ist als das in sich geschlossene, traditionell eingespielte, formal unterbaute technische Getriebe einer Verwaltungsapparatur.

Das zeigte sich in verschiedenen revolutionären oder quasi-revolutionären Vorgängen wie etwa insbesondere denen im November 1918, als damals füglich das Reich vor dem völligen Zusammenbruch durch das treue Ausharren der Offiziere und Soldaten in ihren Truppenkörpern, die sie geordnet zurückführten, und der Verwaltungsbeamten in ihren Dienststellen gerettet wurde, die Ernährung, Verkehr, allgemeine Versorgung und Sicherheit soweit wie nur irgend möglich aufrechtzuerhalten sich bemühten.

Es steht also schon fest, daß man einen König leichter verjagen kann als einen Regierungsrat. Dieses tröstliche Bewußtsein zeigt, daß doch in der Verwaltung mehr an ethischer Verwurzelung, an Popularität steckt, als die so böswilligen ewigen Angreifer der sog. Bürokratie wahr haben wollen. Das berühmte Wort des Müllers von Sanssouci - Sie wissen so gut wie ich, daß es offenbar nie gesprochen, aber zur unvergänglichen Charakterisierung eines interessanten weltgeschichtlichen Gegensatzes glücklich formuliert wurde, - nach welchem es noch Richter in Berlin gibt, ein Wort, das besagen will, daß auch der König nicht ungestraft die Rechtssphäre seiner Untertanen ver-

23.10.1943

letzt, - dieses Wort ist ein unvergänglicher Ausdruck für die absolut und total in dem deutschen Volke verwurzelten Anschauung, daß eine festgefügte geordnete Verwaltung Rechtssicherheit und damit glückliche Stabilisierung der Lebensverhältnisse eines Volksganzen gewährleistet.

Indessen kann bei Betrachtung der Verwaltungsangelegenheiten - einer Betrachtung, die sich durch Hinweise auf die Jahrhunderte alte wertschaffende, werterhaltende Tätigkeit aller deutschen inneren Verwaltungsorgane beweisen ließe, - über all' dem Schönen doch auch nicht jenes Ungünstigere an Erfahrungen vergessen werden, was nun als Schatten jeder Verwaltungstraditionalität auch immer wieder mit in Erscheinung tritt: das zu steife Festhalten an den Gewohnheiten des Aktendienstes, des paragraphierten Schemas, des Zuständigkeitsdünkels, kurz aller jener beinahe zu einer obskuren Weltanschauung verkümmerten Verwaltungsprinzipien, das in dem wahrhaft diabolischen Wort: "quod nun est in actis, non est in mundo" - was nicht in den Akten ist, ist nicht auf der Welt, - eine düstere Prägung erhalten hat.

Die da und dort vorhandene gewohnheitsmäßige Neigung, allzu sehr die Dinge des Lebens in den Akt einzuspannen, vom Schreibtisch aus das Leben zu betrachten und die Blutströme des Daseins in Tintenströme des Aktentums umzufärben- sie sind jene so oft und auch mit Recht beklagten Schattenseiten des Verwaltungsfanatismus mancher Generationen unseres Volkes.

Hier ist denn nun auch der Einsatz gewesen, der

23.10.1943

mit dem Hereinkommen des Führerprinzips in die Verwaltung den Umschwung der methodischen inneren Sachgestaltungsprinzipien herbeigeführt hat. Dieses Führerprinzip in der Verwaltung ist die Gabe Adolf Hitler's an das innere Reich der Deutschen. Es ist die revolutionäre Zersplitterung des starren, bürokratisch sich ausarten könnenden Formalschemas und die Öffnung der Tore des Lebens von außen nach innen in die Verwaltung hinein.

Nehmen Sie nur einmal an: die deutschen Staatsdienstträger hätten im Generalgouvernement versucht, die ihnen aufgegebene Meisterung der Zustände dieses Raumes im Wege biedermeierlicher Aktenfreude allein bewältigen zu wollen! Hier konnte nur dieses Führerprinzip Adolf Hitler's und seine bewußte Pflege innerhalb der Verwaltung die Möglichkeit schaffen, diesem unerhört Neuen der Verwaltungsmeisterung gewachsen zu sein.

Schon in dem Begriff "Verwalten" liegt das konservativ-traditionell vorsichtige; denn es bedeutet sprachlich die Verantwortung, etwas Übernommenes zu halten und etwa nach der Form eines Vormundes pfleglich zu entwickeln. Dieses Verwalten ist auch heute noch eine der schönsten Seiten des Innendienstes; denn zerstören ist leicht, verwalten ist sehr schwer und muß in jedem Fall gelernt sein. Verwaltung ist sozusagen das edel geläuterte Kernstück des Staatsdienstes, das wir im Laufe der Jahrhunderte deutscher Verwaltungsgeschichte im reinsten Sinne dieses sprachlichen Begriffes als Wertesicherung der Gemeinschaft und ihre pflegliche Entwicklung herauskristallisierten.

23.10.1943

Aber nur verwalten war auf die Dauer zu wenig und brachte die Gefahr einer Reduziertheit der Entschlossenheiten innerhalb des Staatsdienstes gegenüber allen anderen Bereichen im geistigen, politischen und technischen Geschehen einer Zeit mit sich. Weil das Führerprinzip in seinem besten Sinn so lange Jahrhunderte der Verwaltung vorenthalten worden war, und sich nur in der Genialität der Entwicklung des Staates, des Geistes, der Kultur usw. darstellte, geriet die, wenn auch noch so verdienstvolle, aber still sich selbst beschränkende Art des Verwaltungsdienstes innerhalb unserer Gemeinschaft ins Hintertreffen.

Was ist denn das Kennzeichen, was ist die leitende Substanz des Führerprinzips? Es ist nicht die Möglichkeit willkürlichen Handelns, - es ist nicht die Möglichkeit totaler Befehlsgebung, - es ist nicht das autoritär mögliche Zusammenschmettern jeglichen Widerspruches, - nein: Führen heißt die Verantwortung tragen - sonst nichts! Alles andere an Erscheinungsformen des Führertums ergibt sich aus diesem Leitbegriff der Verantwortung. Das Befehlenkönnen, das Autorität Zeigen, das Besiegen der Widersprüche, - dies alles sind nur äußere zusätzliche Modalitäten des Kernstücks des Führertums, das in der Verantwortung liegt.

Somit bedeutet das Führerprinzip in der Verwaltung eine Steigerung der Bedeutung des Verwaltungsdienstes hinein in die Zonen schöpferischer Bereiche. Denn was heißt dieses "die Verantwortung tragen"? Die Verantwortung tragen heißt: entscheiden über Richtung, Methode, zeitliche und sachliche Auf-

gabenteilung, Träger der Aufgabenerfüllung und Leistungserfolg. Diese sechs Inhalte birgt der Begriff der Verantwortung.

Das Führerprinzip in der Verwaltung heißt demnach: verantwortlich verwalten. Damit zeigt sich schon wieder die Notwendigkeit der feineren Unterscheidung gegenüber der Epoche, in der die Kunst so mancher Verantwortungsstellen darin lag, die Verantwortung möglichst anderen Stellen zuzuweisen und von der eigenen Position fernzuhalten, woraus dann diese so sehr bequeme Aktivitätsvortäuschung der Aktenverschickung ebenso erstand wie der erbittert durchgeführten negativen Kompetenzkonflikte in der Form, daß niemand die Verantwortung für einen staatlichen Akt übernehmen will.

Um gleich noch eine Frage vorweg zu entscheiden, so ist zu sagen, daß das Führerprinzip in der Verwaltung, also dieses verantwortliche Verwalten in allen Stufen des Verwaltungsaufbaues mit gleicher innerer Intensivität in Erscheinung tritt. Das Führerprinzip in der Verwaltung schafft den Typ des nationalsozialistischen Staatsdienstträgers. Es ist die Dezentralisierung der Verantwortungszone von oben bis unten hin, die Aufteilung des einheitlichen Führerbereiches in formal von einander abhängige in jeder Stufe aber eigen zu verantwortenden Verwirklichungsbereiche und sichert somit der Verwaltung insgesamt auch das Verbleiben verantwortungsbewußter schöpferischer Persönlichkeiten, wie aber auch die Frischerhaltung des Lebensdurchzuges und seiner streitenden Sorgen im Dienste.

Für das Generalgouvernement können wir wohl

23.10.1943

sagen, daß wir als erste versucht haben, dieses Führerprinzip in der Verwaltung mit aller Intensität in einem fremdvölkischen Raum in die Tat umzusetzen. Hier war ja auch von Anfang an für die Verwaltung die Beherrschung des Lebens und der Wirklichkeit wichtiger als die Erfüllung von Formalvoraussetzungen. Denn das Führerprinzip birgt ja in sich die Erweiterung der Zuständigkeitsschancen, die die formale Vollmacht gibt, durch die Einbeziehung von formal allenfalls nicht mehr gedeckten Staatshandlungen in die die formale Vollmacht weit überschreitende persönliche Eigenverantwortung des jeweiligen Staatsdienstträgers.

Mit dem Führerprinzip in der Verwaltung hängt selbstverständlich der Grundsatz der Einheit der Verwaltung zusammen. Ich möchte sagen, daß das Führerprinzip geradezu die Voraussetzung für die von mir so oft formulierte Notwendigkeit der Einheit der Verwaltung darstellt. Die Einheit der Verwaltung war also im Generalgouvernement ebenso wie das Führerprinzip das Gegebene. Bei der geringen Zahl von Kräften, die wir von Anfang an hatten, war ein möglichst knapper und eindeutig klarer Verwaltungsaufbau ebenso von Nöten wie die möglichst weite Erstreckung des Zuständigkeitsbereiches des maßgeblichen Repräsentanten dieser Einheit. Vom Generalgouverneur und seiner Regierung über den Gouverneur und sein Distriktsamt bis zum Kreis- und Stadthauptmann mit ihren Kreis- und Stadtämtern läuft eine klare ununterbrochene Linie, in der sowohl Führerprinzip wie Einheit der Verwaltung ihre segensreiche Verwirklichung gefunden haben und finden.

23.10.1943

Führen heißt also: die verantwortliche Entscheidung über die grundsätzlichen Elemente des Verwaltens tragen. Als erstes dieser Elemente nannte ich die Entscheidung über die Richtung. Das soll heißen: bei jedem Staatsdienstakt muß die verantwortliche Entscheidung über die Richtung, in die die Verwirklichung dieses Staatsaktes einmündet, getragen werden. Diese Richtung bedeutet zunächst die politische Grundrichtung der Führung unseres Raumes. Alle Staatsdienstätigkeit muß dem großdeutschen, europäischen Kampf gegen die bolschewistisch- plutokratisch-jüdische Zerstörung unserer Kultur dienen. Sie kann nur dann verantwortlich getragen werden. Jeder Verstoß gegen dieses Grundziel, jedes Abweichen von dieser Grundrichtung würde in jedem Fall ein Fehler sein.

Diese Richtung ist uns hier im Generalgouvernement durch die grundsätzliche Aufgabenstellung gegeben, die uns der Führer als oberster Chef des deutschen Geschehens übermittelt hat. Für das Generalgouvernement liegt sie in der möglichst intensiven Sicherung aller menschlichen und materiellen Kräfte dieses Raumes im Dienste des Sieges. Das Generalgouvernement ist der Richtung seines Handelns nach ein starker Hilfsfaktor des deutschen Kriegsgeschehens und wird seinen Ehrgeiz darein legen, es immer noch mehr zu werden. Die Energie, diese Richtung grundsätzlich nach oben, d.h. also nach Leistungssteigerung hin mit aller Kraft allen Schwierigkeiten zum Trotz aufrecht zu erhalten, gibt dem Führerprinzip unseres Verwaltens in diesem Raum den weltgeschichtlichen Hintergrund und die weitreichende Tat-

23.10.1943

kraft. Wir sind nicht zur Erfüllung abstrakter Verwaltungskünste hier eingesetzt, sondern zur Meisterung schwerster Wirklichkeitsaufgaben im täglich mit neuen konkreten Forderungen an uns herantretenden Kriegsgeschehen. Das Generalgouvernement ist kein theoretisches Gebilde, sondern eine praktische, staatstechnische Maschine, die unausgesetzt auf Höchsttourenzahl zu halten unser aller Bemühen sein muß.

Die Führung in der Verwaltung heißt weiterhin die Entscheidung über die Methode des Staatshandelns im einzelnen tragen. Diese Methode hängt unmittelbar von der Richtung ab, in der sich der Staatswille des Nebenlandes entwickelt. Diese Methode heißt nach unseren Erfahrungen: möglichst pflegliche Behandlung des fremden Volkstums unter Ausschaltung jeder willkürlichen Gewalt zum Zwecke der Sicherstellung von Gesundheit, Lebens- und Arbeitsfreude dieser Bevölkerung im Interesse des europäischen Freiheitskampfes. Gerade die fremde Bevölkerung dieses Raumes soll das Empfinden haben, wenn sie sich auch kriegsbedingt vielen Schwierigkeiten gegenüber sieht, - aber welche Schwierigkeiten hätte nicht das deutsche Volk mit all seinen Blut- und Wertopfern für Europas Freiheit auf sich genommen? - sie soll das Empfinden haben, daß sie in zunehmendem Maße einer gerechten Behandlung durch die Führung dieses Gebietes teilhaftig wird.

Ein weiteres Element des Führungsprinzips ist die Verantwortung für die Aufgabenteilung in diesem Raum. Außerhalb des eigentlichen Wehrmachtbereiches, der für sich abgeschlossen seine eigene Hierarchie im Rahmen der gesamten deutschen Wehrmacht hat und der in der Person des Wehrkreisbefehlshabers im Generalgouvernement zusammengefaßt ist, gibt es

23.10.1943

für alle übrigen Bereiche den Generalgouverneur, seine Regierung und seine Dienststellen.

× Wir unterstehen ausschließlich und unmittelbar dem Führer. Die Regierung des Generalgouvernements hat hier die gleichen Funktionen, die im Reich die Reichsregierung hat und die übrigen Reichszentralen haben. Die Gesetzgebung ist uns für diesen Raum anvertraut. Polizei- und Sicherheitskräfte unterstehen dem Generalgouverneur. ×

Demnach ist klar, daß die Führung dieses Raumes in einer Hand liegt und damit die Einheit von Führung und Verwaltung dieses Nebenlandes auf das sicherste gewährleistet ist. Nur mit dieser klaren autonomen Regelung eines eigenen deutschen Sonderregiments ist das möglich gewesen, was wir in vier Jahren geschaffen haben.

Die Aufgabenteilung im Generalgouvernement ist von vorbildlicher Klarheit. Überschneidungen von Zuständigkeiten, wenn sie sich wirklich da und dort noch eingeschlichen haben sollten, werden restlos ausgemerzt werden. Das hängt nur von unserem gemeinsamen guten Willen ab.

Führen heißt ferner: die verantwortliche Entscheidung über die zeitliche Aufeinanderfolge der einzelnen Leistungsvorgänge innerhalb des Staatsdienstes festlegen. Hier hat sich eine wesentliche Verkürzung des sonst oft langsameren Zeitmaßes durchführen lassen. Das Durchlaufen von Akten durch einzelne Dienststellen ist beschleunigt, umständliche statistische oder sonstige sachliche Erhebungen im Einzelakt sind möglichst beseitigt worden, wenn auch selbstverständlich die große statistische Arbeit des Gene-

ralgouvernements im Allgemeinen als eines der sicheren Fundamente unserer Verwaltungsarbeit überhaupt weiter gepflegt wird. Die Rückfragenkrankheit, die Hin- und Herverschickung von Akten, die schwerfällige Apparatur des Begutachtungswesens usw. werden kriegsmäßig eingeschränkt werden müssen. Die Verantwortung für die zeitliche Präzision der Verwaltungsarbeit ist zum mindesten so groß wie die für die sachliche.

Dies gilt aber auch für Aufgabenstellungen an sich: alles, was jetzt an großen, wenn auch noch so schönen und verlockenden Aufgaben nicht mitten im schärfsten Kriegsgeschehen unbedingt vor sich zu gehen hat, muß für bessere Zeiten zurückgestellt werden.

Also die Entscheidung auch des Verwaltungssieges hängt von der zeitlichen knappsten Präzision ab.

Weiter bedeutet das Führerprinzip in der Verwaltung die Entscheidung über die Träger des Staatsdienstes. Sie ist die große menschlich- persönliche Zentralaufgabe der Verwaltungsführung. Es kann kein Zweifel darüber sein, daß der Berufsbeamte und lebensberufliche Staatsangestellte gemeinschaftswichtige Figuren erster Ordnung darstellen. Diese Träger des Staatsdienstes haben im Interesse des Volksganzen unter kriegsmäßig erschwerten Bedingungen eine solche Menge von der Gemeinschaftsordnung dienenden Aufgaben zu erfüllen, daß ihnen die Arbeitskraft und Arbeitsfreude zu erhalten und zu bewahren eine ebenso große Verpflichtung darstellt, wie es darauf ankommt, sie in Dienstaufgeschlossenheit und Tatkraft zu wissen.

Vor allem aber muß mit dem Lächerlichmachen des

23.10.1943

Verwaltungsdienstes, mit dem ewigen Herumnörgeln und erbärmlichen grundlosen Herumkritisieren am angeblich so bürokratischen Verwaltungstreiben Schluß gemacht werden. Soldatentum und Beamtentum sind gegenseitig verpflichtete, gemeinsam siegverantwortliche Kräfte unseres öffentlichen Lebens. Im übrigen sind die wirklichen Soldaten auch tatsächlich ebenso voller Verständnis für die Belange des Staatsdienstes, wie es sich umgekehrt jeder deutsche Soldat zur Ehre anrechnet, seine soldatischen Pflichten, wo es das Vaterland verlangt, genau so zu erfüllen wie alle anderen Volksgenossen auch. Zeichen dieses gegenseitigen Verständnisses ist wohl die hervorragende Zusammenarbeit zwischen den Staatsdienststellen des Generalgouvernements und den Wehrmachtdienststellen in unserem Nebenlande.

Aber über diese Staatsdienstträger hat die verantwortliche Entscheidung das Führerprinzip in der Verwaltung gebracht. Sie sind heute nicht mehr die aktenobskuren, dienstzimmer-begrenzten Paragraphensklaven, wie man sie mit Spott und Satyre zum Schaden der Allgemeinheit so oft karikierte: die Zahl der toten und getöteten Beamten und Angestellten unseres Generalgouvernements, die dem politischen Haßterror unserer Gegner hier im Lande in Erfüllung ihrer Dienstpflicht zum Opfer gefallen sind, zeigt, daß Mannesmut und stolze Frauengröße dazu gehören, sich an den so vielfach exponierten Dienststellen des Generalgouvernements für den Führer und sein Reich verwaltungsmäßig zu betätigen.

Und so krönt sich das Führerprinzip in der Verwaltung in der verantwortlichen Entscheidung über

r

23.10.1943

den Erfolg des Staatshandelns. Nicht nur der Vorgesetzte, der diesem Erfolg durch Anerkennung in jeder Form Ausdruck verleihen wird, sondern auch das innere Bewußtsein ist vor allem maßgeblich dafür. Das Wissen, daß die anvertrauten Belange gedeihen, die vor dem inneren Ich bestehen könnende Selbstkritik, die bejahend dem Werke den Segen gibt, das ist es, was ethisch zu der gemeinsamen zur Kameradschaft aufsteigenden Linie führt, aus der sich die geradezu ständische Ordnung im Staatsdienst ergibt.

So sehen wir denn das Führerprinzip in der Verwaltung in allen seinen weit wirkenden Ausstrahlungen nunmehr in voller Durchsetzung und Aktion. Es dient der Verwaltung, dem Reich, dem Volk, es dient dem Ansehen des Staatsdienstes und dem Werk. Die Größe einer Tat wird bekanntlich oft gemessen, wie weit sie ihre Wurzeln im eigenen Entschluß findet und von dem Befehl unabhängig ist, der zur Tat zwang. Das war ja der Fluch des allzu formalisierten Verwaltungsbereiches von einst, daß er die Sicherheit der Verwaltung aufrichten wollte auf der formal sich abwickelnden Zuständigkeitsaufteilung nach Befehl und Gehorsam.

In einem neuen Raum wie dem Generalgouvernement waren der eigene Entschluß, die eigene Verantwortung, das mutvolle sich Einsetzen als Führer im kleinsten wie im größten Bereich von Anfang an das Charakteristikum der Arbeit.

Somit diente dieses Führerprinzip zur Steigerung des Selbstbewußseins des Verwaltungsbeamten und Staatsangestellten ebenso wie der Kultur staatlicher

Tätigkeit überhaupt. Denn dieses Führerprinzip mit Eigenverantwortung ließ schnell erkennen, daß die gewaltige Maschinerie des Staates nicht in ein systemloses Willkür-Atomisieren staatlichen Wirkens ausarten darf, daß sich der Staat durchaus nicht im Gewaltüben erschöpft oder, allgemeiner gesagt, in der exekutiven Vernichtung des Negativen, Antistaatlichen, sondern daß es gerade die schönste, ja die einzig Zukunft bringende und gewährleistende Tätigkeit im Staatsdienst ist, die Auferweckung der positiven Kräfte aus Zeit und Raum und der Volkskraft höher zu stellen als die negativen. Diese Auferweckung des Positiven, der Guten und Gutwilligen, ihre Indienststellung für das Ganze durch gerechte Behandlung, durch Lebenssicherheit und Unterstützung des persönlichen Daseins seitens des Staates in jedem Hinblick ist auch ein Ausfluß des Führerprinzips.

So trifft sich die notwendige Realpolitik der Verwaltung immer wieder mit der Idealpolitik des Führens.

Nur wenig noch zu den Schattenseiten des Führerprinzips! Daß in der ersten Zeit, da sich das Führerprinzip in der Verwaltung des deutschen Reiches durchzusetzen begann, die Beamten die Köpfe aufrichteten und jeder in der ihm anvertrauten Zone ein Führer für sich wurde, konnte bei den begreiflichen menschlichen Schwächen selbstverständlich nicht ausbleiben. Daß Schattenseiten des Führerprinzips, wie all überall so natürlich auch in der Verwaltung, möglich sind, zeigt gottlob nur eine geringe Zahl von Fällen. Daß man Führertum immer wieder mit Will-

23.10.1943

kürmöglichkeit, mit Machtgier, mit dünkelhafter Selbstbeweihräucherung, mit ehrgeiziger Unkameradschaftlichkeit, mit neiderfülltem Stellenstreben verquicken kann,- in diesen absurden Fehler verfiehlen gottlob nur die allerwenigsten. Das eine ist klar: daß dieses Menschliche Allzumenschliche in einer nervenaufwühlenden Zeit wie der gegenwärtigen, in einem fremden Raum mit vielen neuen Möglichkeiten sich hätte einstellen können, war eine Gefahr. Aber ich muß hier zu unser aller Stolz und Freude bekennen, daß die Haltung, Lebensführung und Dienstleistung der im Generalgouvernement eingesetzten deutschen Beamten und Staatsangestellten, Männer wie Frauen, hervorragend und vorbildlich ist. Trotzdem sei es auch an dieser Stelle gesagt, daß die Kameradschaftlichkeit, das Zusammenarbeiten, das sich nicht Versteifen auf Prinzipienreiterei, das großzügige geradezu humordurchtränkte Prinzip der Bewältigung des Lebens durch Gemeinschaftsarbeit gerade im Führerprinzip verankert ist, über dem, in der Person Adolf Hitler's einmalig verkörpert, das Prinzip des Treue um Treue-Gedankens geschichtsgestaltend leuchtet.

Wenn wir zusammenfassend nun vom Gesichtspunkt des Generalgouvernements aus das Führerprinzip in der Verwaltung beschauen, so müssen wir feststellen, daß es allein den Aufbau in diesem Raum ermöglichte, allerdings nur im engsten Verein mit den unter allen Umständen aufrecht zu erhaltenden besten Traditionen deutscher Verwaltungskunst, der Pflichttreue, Sachlichkeit, Gerechtigkeit, dem Diensteifer, der Disziplin, der Unbestechlichkeit und Kameradschaftlichkeit.

u

23.10.1943

Aus diesem Charaktermaterial baut man den Staatsdienst.

Ich hoffe, daß das nunmehr eröffnete Winterhalbjahr den Arbeiten der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements weitere Erfolge bringen wird, und ersuche von dieser Stelle aus alle Beamten und Staatsangestellten des Generalgouvernements, der Einrichtung der Verwaltungsakademie ihr persönliches Augenmerk und ihr persönliches Interesse zuzuwenden.

Die Regierung des Generalgouvernements sowohl wie alle Dienststellen im Lande haben heute aus meiner Hand im Namen des Führers Auszeichnungen des Kriegsverdienstkreuzes I. und II. Klasse entgegenzunehmen. Ich habe mit Absicht den Rahmen der Verwaltungsakademie gewählt, um diese Auszeichnungen vorzunehmen. Denn ich verbinde mit diesen Auszeichnungen, die die Anerkennung des Führers für die Leistung der heute zu Dekorierenden darstellen, die weite Schau über das ganze Land und alle in ihm tätigen deutschen Männer und Frauen. Wenn heute wiederum eine große Zahl von Staatsdienstträgern des Generalgouvernements ausgezeichnet wird, so wird damit das ganze Generalgouvernement ausgezeichnet. Im blinden, unbeirrbaren Glauben an den Endsieg unserer großdeutschen Waffen nehme ich die Auszeichnung vor, zugleich auch in der Erwartung, daß alle Beamten und Angestellten dem Führer und dem Reich weiterhin in treuester Pflichterfüllung dienen werden.

Die Verwaltungsakademie aber wählte ich als Ort der Veranstaltung, um zu zeigen, welche Bedeutung der Führer und das Reich dem Nachwuchs des Staats-

23.10.1943

dienstes zumessen. Die Jugend sei aufgerufen, sich für alle Bereiche des Staatsdienstes als Lebensberuf zu entscheiden, ist der Staatsdienst doch einer der schönsten Berufe, die die Gemeinschaft zu vergeben hat. Die Opfer der deutschen Staatsbeamten und deutschen Staatsangestellten an der Front wie in der Heimat, die sie an Leben und Gesundheit gebracht haben, verpflichten uns, uns weiter dem großen Dienst des Führers in diesem Raum zu verschreiben.

Mit dem von Staatssekretär Dr. Bühler ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer endet die Arbeitstagung.

12.30 Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

23.1o.43.

13^{1o} Mittagessen

15^{oo} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler, Präsident Ohlenbusch, Pressechef Gassner und Oberlandesverwaltungsrat Weirauch.

Gegenstand der Besprechung ist ein an den Herrn Generalgouverneur gerichtetes Schreiben des Vorsitzenden des Polnischen Hauptausschusses Grafen Ronikier, in dem dieser seinem Bedauern über die neuerdings erfolgten Erschießungen von polnischen Volkszugehörigen Ausdruck gibt und angesichts der schmerzlichen Erregung in der polnischen Bevölkerung eine Teilnahme an dem Erntedankfest davon abhängig macht, daß für die Zukunft gewisse Garantien gegen solche polizeiliche Maßnahmen gegeben würden.

Der Herr Generalgouverneur weist Oberlandesverwaltungsrat Weirauch an, dem Grafen Ronikier zu eröffnen, daß er sich am gleichen Tage bis 18^{oo} zu entscheiden habe, ob er an dem morgigen Erntedankfest mit den Mitgliedern des Polnischen Hauptausschusses teilnehmen wolle. Werde diese Erklärung innerhalb der gesetzten Frist nicht abgegeben, so werde er die ihm geeignet erscheinenden Schritte ergreifen, und sich auch nicht scheuen, den Polnischen Hauptausschuß aufzulösen. Wenn Graf Ronikier eine Empörung über die Erschießung von Polen, die als Angehörige der nationalen, bezw. kommunistischen Widerstandsbewegung der Polizei bekannt seien, an den Tag legen, so möge ihm gesagt werden, daß er, der Generalgouverneur, über die Erschießung von fast 1000 Deutschen noch viel empörter sei. Er sei unter keinen Umständen gewillt, die deutsche Autorität auch nur im geringsten in Zweifel ziehen zu lassen.

23.1o.43.

Anschließend findet eine kurze Besprechung der von SS-Oberführer Bierkamp neuerdings ergriffenen Maßnahmen statt.

Staatssekretär Dr.Bühler hält es für geboten, diejenigen Polen, die erschossen werden sollen, vorher in einem geordneten Standgerichtsverfahren a-bzuurteilen. Auch müsse es fürderhin vermieden werden, diese Polen als Geiseln zu bezeichnen; denn die Erschießung von Geiseln sei immer ein beklagenswerter Vorgang und gebe dem Ausland nur Argumente gegen die deutsche Führung im Generalgouvernement.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Willen Ausdruck, daß nunmehr mit aller der deutschen Führung zu Gebote stehenden Energie den Terrorakten vor allem der kommunistischen Wiederstandsbewegung entgegengetreten werden müsse. Ferner müsse die Bevölkerung unbedingt dahin gebracht werden, daß sie den Banditen und Terroristen keinen Unterschlupf mehr gewähre.

23.10.43.

[17[10]] Presseempfang im Festsaal der Burg.

Der Herr Generalgouverneur empfängt die unter-Führung des Pressechefs Gassner erschienenen Hauptschriftleiter und Schriftleiter der Presse des Generalgouvernements und die Mitarbeiter der Pressestelle der Regierung.

Pressechef Gassner stellt dem Herrn Generalgouverneur die Schriftleiter und die Mitarbeiter der Pressestelle vor. In einer Ansprache dankt er sodann dem Herrn Generalgouverneur für das große Interesse, das er stets den Belangen der Presse entgegengebracht habe, und erstattet einen Bericht über das Pressewesen im Generalgouvernement Er stellt abschließend fest, daß die Pressebehörde der Regierung des Generalgouvernements in engster kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit dem Zeitungsverlag Krakau-Warschau, der Vertriebsgesellschaft Atlas und den deutschen Journalisten zu nutz und frommen des gemeinsamen Werkes unermüdlich tätig gewesen sei. Allen Beteiligten, nicht zuletzt auch den Presseämtern von Heer und Luftwaffe und den deutschen Schriftleitern der polnischen Presse gelte heute der Dank der Pressestelle.

[Der Herr Generalgouverneur ergreift dann das Wort zu folgender Ansprache:]

Ich habe mit großer Freude Ihren Bericht, Parteigenosse Gassner, entgegengenommen. Ich danke Ihnen allen, meine Damen und Herren, daß Sie sich zu mir auf die Burg bemüht haben.

23.1o.43.

Wir leben in einer Zeit, die zu unerhört tiefen und weitreichenden Überlegungen Anlaß gibt. Es ist gerade für uns, da wir doch durch die Ereignisse der letzten Zeit der Front wiederum sehr nahe gerückt sind, unendlich wichtig, daß vor allem die Organe der Publikation, der Presse, in diesem Einklang des Siegwillens und der Tatfreude der deutschen Führung dieses Raumes, der soldatischen Betreuung usw. ein wirklich geschlossenes Ganze darstellen. Ich hätte in diesen 4 Jahren den Aufbau des Generalgouvernements nicht vollziehen können, wenn nicht von Anfang an eine wahrhaft erstaunliche Leistung auf dem Gebiet des Pressewesens stattgehabt hätte. Was jeder einzelne von Ihnen geleistet hat, das mag in den verschiedensten Bereichen, Richtungen, Methoden, Aufgabenstellungen usw. liegen.; für die Gesamtlinie aber ist es maßgebend, daß Sie geholfen haben, einen Begriff zu formen, der staatsrechtlich, völkerrechtlich, verwaltungs- und kriegsrechtlich etwas Einmaliges darstellt. Zu diesem Begriff "Generalgouvernement" möchte ich nun gerade in einem engeren und, wie ich wohl sagen darf, auch geistigen Kreis etwas sagen.

Wir sind hier in eine Aufgabe gestellt worden, die zunächst unter der Firma lief: "Besetzte polnische Gebiete". Erst im Juni 194o wurde daraus das Generalgouvernement. Das ist mehr als nur eine Firmenänderung gewesen; es war nämlich damals der Übergang von den besetzten Gebieten zu einem Dauerstatus, und dieser Dauerstatus des Generalgouvernements war wieder die Grundlage dafür, daß gewisse, vielleicht von vornherein nur vor-

5c

23.1o.43.

übergehend gedachte Einrichtungen mit einem Stabilisierungselement versehen werden konnten.

Und so entstanden dann die Regierung des Generalgouvernements, das Staatssekretariat für das Sicherheitswesen und alle anderen Instanzen. Die Zusammenballung aller Energien in gewissen Führungs- und Verwaltungszentren waren wohl die Folge dieser Umwandlung aus dem kriegsmäßig besetzten Gebiet in ein als künftiger Dauerbestandteil des großdeutschen Reiches gedachtes neues Gebilde.

Damit vollzog sich nicht nur eine staats- und völkerrechtliche Strukturänderung, sondern auch eine Änderung der Einstellung zu diesem Raum. Ich werde ein besetztes Gebiet, das ich im Wege der Gewalt des Krieges erobert habe, völlig anders behandeln als ein Gebiet, von dem ich von vornherein annehme, daß ich dort bleibe.

Diese Umwandlung bezw. Änderung der Struktur dieses Raumes hat sich erst allmählich durchgesetzt Lange Zeit, nachdem diese Umwandlung deutlich spürbar war, gab es immer noch Tendenzen, die aus der Zeit der Besetzung des Gebietes stammten. Ich erinnere nur an den Begriff der Beute. Beute mache ich in einem Gebiet, das ich kriegsmäßig besetzt halte, von dem ich weiß, daß ich es eines Tages wieder verlasse. Wenn ich aber einen Dauerzustand herbeiführen will, dann ist der Begriff der Beute sinnlos geworden. Denn ich muß dann nicht nur dafür sorgen, daß das von mir in einem bestimmten Ablauf kriegerische Handlungen gewonnene Gut weggeschaft wird, sondern ich muß durch Einführung pfleglicher Methoden die menschlichen,

23.1o.43.

rohstofflichen und territorialen Kräfte dieses Raumes als Dauerzustand, als Dauerfundament, in den Dienst der Heimateinrichtungen stellen.

Dieser Umschwung führte nun zu gewissen Meinungsverschiedenheiten. Ich war von Anfang an der Meinung, daß es falsch ist, wenn schon diese Strukturänderung vom besetzten Gebiet zum Generalgouvernement kam, nun die Polen etwa lediglich als Objekt der Gewaltanwendung zu behandeln. Wir müssen uns darüber klar sein, daß heute jeder europäische Mensch, ganz gleich, wo er sich befindet, ein Gut ist, von dem wir Nutzen haben, wenn wir es nur verstehen, dieses Gut in unseren Dienst zu stellen.

Es war daher klar, daß hier Reibungen entstanden; es gab eine ganz scharfe Richtung, deren Vertreter sagten: wir müssen unter allen Umständen die Zeit des Krieges benutzen, um so weit wie möglich die polnische Volkskraft zu zerstören, zu zerfetzen; wir müssen aus diesem Lande brutal alles ohne jene Rücksicht auf die Folgen herausziehen, wir müssen gewaltsam Einsiedeln, wir müssen enteignen und entwurzeln. Und dabei hat man ganz vergessen, daß es Aufgaben gibt, an deren Erfüllung man im Kriege nicht denken darf. Im Kriege kommt es nur darauf an, dafür zu sorgen, daß das Gebiet, das ein Substrat des Sieges und der heimatlichen Energie ist, restlos in seiner Energieentfaltung ausgenutzt werden kann.

Jedes Mittel, das demnach dieses Gebiet in Ruhe und Ordnung hält, das den polnischen Bauern zur Ernte, den polnischen Arbeiter an die Maschine,

23.1o.43.

an die Transporte, an die Eisenbahn bringt, ist wichtiger als die Vorwegnahme einer Schlußfolgerung, die allenfalls einmal erst der kommende Sieg uns ziehen lassen wird. Ob man gegebenenfalls durch weitgehende Zurückdämmung der Siedlung den Polen treffen kann, ist eine Frage der Zeit.

Es ist kein Zweifel, daß diese Überlegungen zu gewissen Spannungen führen mußten und führten. Ich bin auch sehr dagegen, daß man die polnischen Arbeiter im Reich immer noch mit dem Juden in eine Reihe stellt und sie deklassiert behandelt - nicht wegen der Polen! Ich habe jetzt die Änderung in den Ernährungsverhältnissen für die Polen nicht etwa deshalb herbeigeführt, um den Polen, sondern um den Deutschen einen Dienst zu erweisen. Denn wir sind eine handvoll deutscher Menschen in diesem Raum. Und wenn ich in den letzten Tagen zu deutlich sichtbaren, nach außen in Erscheinung tretenden exemplarische Strafen und Erschießungen die Vollmacht gegeben habe, dann nur, um zu zeigen, daß ich auch anders kann. Ich werde binnen kurzer Zeit, wenn ein Erfolg festgestellt wird, diese Maßnahmen wieder einstellen. Aber die Zahl der Ermordeten Deutschen ist in der letzten Zeit so erschreckend angestiegen, daß hier etwas geschehen mußte.

Dabei ist es mir ganz gleichgültig, ob die Stimmung bei den Polen absinkt oder nicht. Ich muß schließlich das Leben der deutschen Menschen in diesem Raum mit allen Mitteln schützen, in einem Augenblick, in dem ich leider noch nicht über die Zahl von Exekutivorganen verfüge, die mir eine restlose Dislozierung ermöglichen würde,

23.1o.43.

dies um so mehr, als ich ja immer wieder der Repräsentant einer völlig anderen Einstellung war, bin und bleiben werde.

Die etwas scharfen Exekutivmaßnahmen, die wir jetzt in Warschau, Krakau und einigen anderen Orten ergreifen, sollen nur zeigen, daß die deutsche Macht in diesem Lande besteht und daß wir nicht einfach ohne jede Reaktion unsere deutschen Männer und Frauen niederschießen lassen. Im Übrigen wird sich ja zeigen, ob die Kurve der Tötungen der Deutschen absinkt - es sollte mich freuen - wenn nicht, dann haben wir Energie genug, es durchzuhalten. Immerhin können daraus Verdüsterungen kommen, die wir eben in Rechnung ziehen müssen. Die Schuld trifft nicht uns, sondern jene Marodeure, die ohne Rücksicht auf die Volkskraft der Polen versuchen, uns in Situationen zu bringen, die uns die Ergreifung solcher Maßnahmen nahelegen.

Aber dieser Vierjahrestag des Generalgouvernements soll uns auch den Anlaß geben, darüber nachzusinnen, wie es nun weiter gehen wird. Ich habe den Eindruck, daß sich die Kriegslage in absehbarer Zeit wieder einmal zu unseren Gunsten wenden wird. Ich bin nicht nur voll des Glaubens, sondern auch des Wissens, daß das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht zu gigantischen Gegenschlägen ausholen werden, die eine ungeheure Wirkung haben. Und wenn das dann geschieht, dann wird selbstverständlich auch die Baisse aufhören, die uns bis jetzt so belastet hat. Das wird kommen. Für uns aber handelt es sich darum, ohne Rücksicht darauf den ~~Plan~~ Klavierkurs einzuhalten.

23.1o.43.

Ich habe in der ersten Rede, die ich im Laufe dieser Tage in der Verwaltungsakademie gehalten habe, in den Vordergrund meiner verwaltungsrechtlich- theoretischen Betrachtungen wie immer die pflegliche Behandlung der in unserem Interesse arbeitenden Fremdvölkischen gestellt. Diesen Weg wird die Regierung auch weiter beschreiten. Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, daß Sie mir bei Erfüllung meiner Aufgabe so schön geholfen haben. Ihre Hilfe hat mit dazu beigetragen, die politische Richtung, die ich vertreten habe, und die sich, wie ich ruhig sagen kann, restlos durchgesetzt hat, einhalten zu können. Diese Richtung ist nun voll und ganz auch das Ergebnis eines schwierigen Versuches. Denn auch die Gegenseite - oder sagen wir: die Seite, die eine andere Richtung vertrat, hatte ihr gutes Recht dazu. Man konnte ja nicht wissen, was nun eigentlich das richtige ist. Dabei war mir doch interessant zu hören, daß nach einer Übersicht der Zentrale der deutschen Sicherheitsorgane trotz aller Ereignisse der letzten Monate, die wir so sehr beklagen, das Generalgouvernement als das weitaus befriedetste aller besetzten Gebiete seit 1939 angesehen wird und daß die Sicherheitslage des Generalgouvernements, selbst verglichen mit den Verhältnissen im Reich, nur um weniges zurückliegt. Diese amtliche Bestätigung, die mir SS-Obergruppenführer von dem Bach-Zelewesky auf Grund des bei der von ihm geleiteten Zentrale der Bandenbekämpfung zusammenfließenden Materials gegeben hat, ist für mich die Gewähr, daß das Gros der Bevölkerung von uns wird in Ruhe gehalten werden können.

23.1o.43.

Ich verlange, daß der Mord an Deutschen aufhört und daß der Mörder keinerlei Unterstützung durch die polnische Bevölkerung mehr erfährt. Es muß erreicht werden, daß wir diese ausschließlich noch von den Kommunisten getätigten Exzesse unterbinde. Die sog. nationale Widerstandsbewegung hat ja die Parole ausgegeben, daß von weiteren Tötungen deutscher Menschen abzusehen ist. Ich werde auch die kommunistische Widerstandsbewegung zwingen, ihren Kampf einzustellen. Ich jedenfalls gebe nicht nach.

Es ist klar, daß diese meine Ausführungen für Sie, meine Damen und Herren, eine interne Information darstellen und nach außen hin das Bild einer absolut klaren Linie gerade in diesen Tagen des Generalgouvernements weiter hervorgekehrt werden muß. Wir können ja auch auf die Leistungen stolz sein, die wir alle miteinander vollführt haben. Es ist ein stolzes Bekenntnis, wenn ich sage, daß es uns doch geglückt ist, hier etwas aufzubauen, was man früher kaum erwartet hätte. Was wir dem deutschen Reich und der deutschen Wehrmacht in jeder Form heute dauernd als wirklich gutes, geordnetes Bollwerk im Osten zur Verfügung stellen, das übersteigt selbst unsere Erwartungen.

Ich dulde selbstverständlich keine Einbrüche in die einheitliche Führung dieses Raumes. Wer etwa glauben sollte, es könnte an dieser einheitlichen Führung irgendwie gerüttelt werden, dem sage ich: ich bin fest entschlossen, von den mir vom Führer gegebenen und wieder neu bestätigten Vollmachten in jeder Weise Gebrauch zu machen.

Deshalb müssen wir uns auch mit der Stimmung der Deutschen im Lande beschäftigen. Ich erwarte

23.1o.43.

mir von Ihnen als der stärksten geistigen Waffe, über die ich verfüge, daß Sie so wie bisher dafür sorgen, daß kein Funke von sog. Defätismus oder von Schwächezeichen hier einbricht. Wer heute aus Angst dieses Land verläßt, der hätte besser nie hierher kommen sollen; er wird aber auch nicht hier-her zurückkehren. Wer aber bleibt, soll wissen, daß wir hier ein kameradschaftliches Ganze darzustellen haben, in welchem irgendwelche Unterschiede der Uniform, der Kleidung, des Ranges, der Stellung usw. keinen Platz haben. Und dieses einheitlich geschlossene Wertmaß: hier sind deutsche, dort nichtdeutsche Menschen - dieses Prinzip muß in ganz starken Schlagzeilen immer wieder mit einem gewaltigen Appell in die Bewußtheit unserer deutschen Menschen hier im Raum eingehämmert werden.

Die Presse hat ihre großen Verdienste um das Generalgouvernement. Was Sie mir an Zahlen geben, das freut mich zu hören. Ich weiß es, ich sehe es selber, ich höre es ununterbrochen, wie unsere Presse gerüstet ist. Ich weiß auch, wie sehr hier die Haltung unserer Presse Anerkennung findet. Ich kann sagen: es ist die Krakauer Zeitung, die ich persönlich gerne lese. Denn sie entspricht schlechthin dem, was ich mir unter einer Tageszeitung vorstelle. Sie ist klar, ruhig, ruhig in ihrem Ton, eindringlich. Mit dem Ablauf ihrer gedanklichen Ruhe hat man den Eindruck, daß sie über der Sache steht und sich nicht von den Dingen treiben läßt. Ich habe auch aus den anderen Veröffentlichungen dieses Raumes den Eindruck, diese Presse nennt die Dinge beim richtigen Namen und hat den Mut, einzusehen, daß der deutsche Charakter

23.1o.43.

es erträgt, auch die ernstesten Dinge dargestellt zu sehen. Dies ist der Ton, den wir brauchen. Wir stehen den Dingen des Lebens so unmittelbar gegenüber, daß ein Scheinbild, daß irgend etwas visuell konstruiert ~~ist~~, für uns nicht taugt.

Ich freue mich auch immer wieder über die Pflege der Pressepublikationen der Polen und Ukrainer. Mit besonderer Anerkennung möchte ich der Arbeit der Schriftleitungen auf diesem Gebiet bedenken. Meine Herren, die Sie sich dieser Aufgabe unterziehen, seien Sie überzeugt, daß das eines der schwierigsten Kapitel der deutschen Pressepolitik ist, die in diesem Kriege gemeistert werden müssen.

Es freut mich ferner, aus dem gemeinsamen Bild, das Sie mir geben, feststellen zu können, daß auch unter Ihnen ein aufgeschlossenes, echt kameradschaftliches Zusammenarbeiten lebendig ist - ein großes und entlastendes Moment! Denn wir können hier keinerlei von Egoismus getragene Konkurrenz brauchen; es genügt, zu wissen, daß wir, in enrster Zeit auf ernstem Posten stehend, ernste Arbeit zu leisten haben.

Was mir die deutsche Presse geholfen hat, das kann ich nicht in einem Satz sagen. Die Versuche, unserer Arbeit sozusagen ins Negative abgleiten zu lassen, uns furchtbar zu kritisieren und unausgesetzt zu verdächtigen, haben leider nicht gefehlt. Sie gehören in das düstere Kapitel einer internen Sabotage, die schrecklich ist. Aber das ist ja überwunden; denn gegenüber den

13c

23.1o.43.

objektiven Tatsachen der Wahrheit kann sich auf die Dauer kein noch so übel verzerrtes Bild überhaupten.

So wünsche ich Ihnen denn auch im 5.Kriegsjahr in Ihrer Arbeit und auf Grund der Richtlinien, die Sie sich selber gegeben haben, weiteren Erfolg. Mögen Sie das Gefühl haben, daß Sie aus eigenem unter Vermeidung alles irgendwie Kleinlichen oder schikanös Regulativen zu arbeiten im Stande sind. Ich bin ein alter Verfechter der persönlichen Freiheit, insbesondere der geistesschöpferischen Freiheit. Ich möchte, daß Sie, die Pressearbeiter und Pressearbeiterinnen, sich im Generalgouvernement wohlfühlen und den Eindruck haben, daß Ihnen eine eigene Verantwortungszone mit eigener Entschließung anvertraut ist, durch die Sie sich selber in Ihrer Position befestigt fühlen wollen. Allerdings steigt mit dieser eigenen Zone auch Ihre Verantwortung. Ich möchte das Bild einer freischöpferischen Kraft in der Presse immer wieder sehen. Ich weiß, daß dabei Ihr Dank der ist, den Sie mir bis jetzt immer wieder abgestattet haben, daß ich nämlich wirklich hervorragende Produkte von Presseveröffentlichungen feststellen kann, über die ich mich freue und über die sich jeder Deutsche freut. Wir wollen immer daran denken, daß wir hier auf einem Neuland stehen und sich in zunehmendem Maße die Blicke auf uns richten werden. Denn die bis vor kurzer Zeit noch so wichtige Funktion des Generalgouvernements als Brücke gegenüber dem Osten ist wieder zur Bastionsposition geworden: wir sind im Begriff, ein Eckpfeiler zu werden, wo wir Brücke waren. Diese Notwendigkeit verstärkt in uns auch das Bedürfnis und die Pflicht, gerade hier ein ehernes Bild von Entschlossenheit und Geschlossenheit zu bilden.

14 c

23.1o.43.

Pressechef Gassner dankt dem Herrn Generalgouverneur für seine Worte und verspricht, daß die Presse im gleichen Geiste weiter arbeiten werde wie bisher.

IX/19

23.10.1943

19[55] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Gebäude der Schulungsburg der NSDAP auf der Langen Wiese.

20[00] Übergabe der Schulungsburg an den Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP durch den Chef der Regierung des Generalgouvernements, Staatssekretär Dr. Bühler.

Staatssekretär Dr. Bühler führt dabei aus, dass zwischen Partei und Staat keine Reibungsflächen entstehen dürften. Im Generalgouvernemen gestalte sich die Zusammenarbeit zwischen Staat und Partei in idealer Weise.

"Die Partei, später gegründet als der Staat, hat in der kurzen Zeit ihres Wirkens im Generalgouvernement auch ihre Leistung mit eherner Feder in die Geschichte des Generalgouvernements eingetragen, sodass, wenn heute vom Staat die Rede ist, gleichzeitig auch von der Partei gesprochen werden muss."

Staatssekretär Dr. Bühler spricht dann dem stellvertretenden Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP, Hauptabschnittsleiter Stahl (ViA.) seinen Dank für den hervorragenden Einsatz aus, durch den es ermöglicht worden sei, die Schulungsburg bereits heute, am Jahrestag des Generalgouvernements, ihrer Bestimmung zu übergeben. Er schliesst dann mit folgenden Worten:

"Möge in diesem Haus stets ein guter Geist walten, mögen in diesem Haus in die Herzen der nationalsozialistischen Führerschaft dieses Raumes Stärke, Kraft und die Impulse gelegt werden, die sie fähig machen, zur Verwirklichung der unsterblichen Ideen der nationasozialistischen Weltanschauung Adolf Hitlers."

2

23.10.43

Nach der Übergabe des Schlüssels an Pg. Stahl dankt dieser mit folgenden Worten:

"Am Vorabend des Geburtstages des Generalgouvernements übernehme ich von Ihnen, Herr Staatssekretär, den Schlüssel der Schulungsburg im Beisein der Führerschaft von Wehrmacht, Staat und Partei. Die Schulungsburg der NSDAP Generalgouvernement wird ihre Arbeit in dem vom Herrn Staatssekretär geäusserten Sinn auffassen und durchführen. Staat und Partei, Partei und Staat stehen in diesem Raum zusammen, um den Auftrag, den Sie, Herr Generalgouverneur, bekommen haben, mit Energie und fanatischem Siegeswillen in gemeinsamer Entschlossenheit zu Ende zu führen. In diesem Sinne grüssen wir den Führer, der auf uns schaut. Adolf Hitler - Sieg Heil!"

Im grossen Vortragssaal der Schulungsburg hält anschliessend der Herr Generalgouverneur nach einem Einführungsvortrag des Pg. Holweger, in dem dieser die Aufgaben der Schulungsburg des Generalgouvernements behandelt, folgende Rede über die unsterblichen Ideen des Nationalsozialismus:

"Ich begrüsse die Errichtung dieser Schulungsburg des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP mit grosser Freude und möchte allen an der Schaffung dieses Bollwerks nationalsozialistischen Ideenlebens Beteiligten aus Staat und Partei meinen herzlichen Dank und meine Anerkennung zum Ausdruck bringen. Ist es doch ein Zeichen gewaltiger Stärke der nationalsozialistischen Kampffront, dass es im fünften Kriegsjahr möglich ist, im Nebenland unseres Großdeutschen Reiches eine Zentrale für nationalsozialistische Schulung der Wirksamkeit zu übergeben.

Mein Wunsch, den ich diesem Haus als Weihespruch an die Stirn schreiben möchte, lautet: Für Gott, Führer, Volk und Reich!

Elementar, wie diese Urbegriffe baut sich ja die Lehre des Nationalsozialismus auf. Auf die Urwurzeln menschlicher Entwicklung zurückgeführt, von allem ideologischen Zwischenwerk befreit, ragen die unterstörbaren Fundamente der Erkenntnisse Adolf Hitler's in diese Zeit.

Ihr, meine Parteigenossen und -genossinnen, die Ihr berufen seid, in dieser Schulungsburg zu lehren oder zu lernen, Ihr, die Ihr hier sprecht, die Seelen aufrüttelt, die Geister klärt: denkt immer daran, dass in Adolf Hitler und seiner Idee schlechterdings die Totalität deutschen Wesens kulminiert und dass es unwürdig wäre, kleine Nebenpunkte da in den Vordergrund zu rücken, wo diese Urfundamente deutschen Lebens unseren Dienst hervorrufen.

Die unsterblichen Ideen des Nationalsozialismus sind heute das grosse machtvolle Bekenntnis der Millionenmassen unseres Volkes geworden. Ihnen zu dienen, ist unsere Aufgabe, sie zu verwirklichen, unsere Hoffnung. Diese Ideen von Volk und Rasse, Boden und Erbe, Wehr und Ehre, Einheit und Stärke, Willensart und Entschlossenheit sind wie der letztgeläuterte Stahl unzerstörbar das Gepräge dieser deutschen Epoche.

Im Dienste dieser unsterblichen Ideen des Nationalsozialismus steht auch diese Schulungsburg. Unsere deutsche Jugend hier im Raum, aber auch unsere deutschen Männer und Frauen aller Dienstbereiche und Lebensarten sollen auf der Schulungsburg immer wieder im Glauben an die Unsterblichkeit unseres Reiches aufgerichtet werden. Hier soll die Glut fanatischer Entschlossenheit im Dienste für Führer und Reich immer wieder neu angeflammt werden, sodass von dieser Schulungsburg aus in die Lande hinein strahlt, wie ein Leuchtturm des Gewissens hochaufgerichtet, die Sinndeutung dieses gewaltigsten Krieges aller Zeiten, die für uns Deutsche lautet: die endliche Schaffung eines freien, grossen, deutschen Reiches der Ewigkeit.

23.1o.43

Man ermesse diese Zielsetzung, um die Adolf Hitler sein ganzes herrliches deutsches Volk geschart hat, an den erbärmlichen, kleinlichen, zänkischen und spiessigen Parteiideologien vergangener Zeiten. Man vergleiche allein diese grandiose Aufgabenformulierung, wie sie Adolf Hitler unserem Volk voranlebt, mit dem parlamentarisch, wichtigtuerischen Tagesdünkelkram vergangener Perioden, man horche einmal hinein in diese Planungen, die einem Volk von unzweifelhaft grandioser Charaktergrösse ein Weltreich schaffen sollen, und ermesse dann an ihnen die ganze abgrundversunkene Verworfenheit käuflicher berufspolitischer Kasten , die einmal unser deutsches Volk durch Verrat, Feigheit und Hinterlist in den Abgrund der Not gestoßen haben.

Wir Nationalsozialisten haben allen Grund, uns über den ungeheuren kaum mehr zu bändigenden Haß unserer Gegner allüberall in der Welt zu freuen. Wir begrüssen diesen Haß. Denn da uns die jüdisch-bolschewistisch-plutokratischen Blutsauger, terroristischen Massenmörder und Menschenglückvernichter hassen und vertilgen wollen, geben sie zu, dass die grösste Tat Adolf Hitlers überhaupt schon die war, gewagt zu haben, ein eigenes Weltreichideal für unser Volk aufzurichten, das sowohl seiner räumlichen Ausdehnung, wie aber vor allem auch seiner sozialistisch-nationalsozialitschen Sinngabe nach in völligem Widerspruch gegen diese Ausbeuterzentrale der Welt sich gestaltet. Dass er es geplant hatte, war den Juden schon zu viel. Wie musste erst ihr Haß anschwellen, als er die Herausforderung dieser Judenclique annahm und sein Volk zu den Waffen rief.

Der Krieg steht in voller Entfaltung. Wir werden ihn gewinnen, da wir unerschütterlich, in uns klar, selbstsicher, unverdrossen und unbeugsam, durch nichts zu erschrecken den Weg über die Schicksalsbrücke in die Ewigkeit des Ruhmes dieser grossen Opferzeit mit

den wehenden Fahnen unserer Bewegung weitermarschieren.

Dies ist nicht nur unser Glaube, es ist mehr: dies ist unser Wissen. Denn die Kraft unseres Volkes ist unüberwindlich, da seine wesentlichsten und hervorragendsten Charaktermerkmale der Treue und Tapferkeit, der bescheidenen Disziplinhaltung und volksgenössischen Ehrenhaftigkeit von Adolf Hitler in weltgeschichtlich einmaliger Form zu letzten äussersten Energieballungen zusammengefasst wurden und sie damit unser Volk zur absolut höchsten Leistung emporgesteigert haben.

Ob wir da oder dort territorial einige Kilometer zurückweichen und neue Frontlinien bilden, ob die oder jene unserer Städte unter den sadistischen Terrorangriffen englischer Bomber zusammensinken - nichts ist verloren, alles ist gewonnen, wenn die Gesinnungsfront der deutschen Nation nicht durchbrochen werden kann, wenn die Willensentschlossenheit unseres Volkes ihre Fronten nicht zurückbeugen lässt, wenn die heroische Tapferkeit unseres Gesamtvolkes nicht in Staub und Asche versinkt.

So sei diese Schulungsburg und das Wirken in ihr ein fanatisches Fanal dafür, dass gerade wir Deutsche hier des Ostens in dieser Vorburg unseres Reiches getreu der Tradition der Ordensritter des Mittelalters und im engsten Einklang mit dem unvergleichlich heroischen Wirken unserer Soldaten in allem und jedem Vorkämpfer des Nationalsozialismus sein wollen.

Die unsterblichen Ideen des Nationalsozialismus: damit meine ich alles das, was einmal, durch Adolf Hitler ausgesprochenund als nationales Lebensprogramm formuliert, niemals mehr in deutschen Landen wird vergessen werden oder untergehen können. Da alles menschlich Bedingte der Verwesung anheimzufallen droht, leuchtet in diesen Ideen ein ewiges Licht, das die gesamte kommende Zukunft unseres Volkes stark durchstrahlen wird, an dem sich, ganz gleich, wann und in wie vielen Jahrhunderten von jetzt an gerechnet, der deutsche Mann, die deutsche Frau und die deutsche Jugend jeweils immer wieder aufrichten werden, - ein Gedanke, der uns erschauern

macht ob der Gewalt seiner die Gegenwart sprengenden Grösse.

Der Schleier des kommenden Geschehens hängt trübe dem Menschen in seine Wege. Jeder geht, dem inneren Zeiger folgend, seinen Gang, mit ihm seine Generation. Schon aber wächst die neue Generation heran, die ihm und seine Zeitgenossen ablöst. Er gibt die Fahne der Nation weiter. Die neue Generation marschiert, um bald darauf von einer dritten abgelöst zu werden.

Schauen wir so einprägsam tief in uns hinein, ahnend das künftige Geschehen unseres Volkes, dann möchten uns die Tränen des Glücks und der freudigen Befriedigung darüber in die Augen kommen, dass aus den gigantischen schrecklichen Opfern dieser Zeit doch das ewige Reich unserer Deutschen ersteht mit den weiten gesegneten Fluren, den lachenden glücklichen Menschen, den betriebs- und geruhsamen Städten völkischer Daseinsfreude. Wir sehen die grossen Strassen durch die weiten Gebiete gebaut, neue Bauernstätten erstehen in grossem Ring um unser Stammgebiet, und leuchtendes junges deutsches Menschentum begrüsst den jeweils neukommenden Frühling in stolzem Hoffen und Wagen. Dann wird die Zeit kommen, in der die alten Kaiser unseres Volkes, Karl der Grosse, Barbarossa, Heinrich, im Geiste über diese Fluren reiten. Dann wird aber vor allem der grösste aller Deutschen, Adolf Hitler, in jedem dieser Menschenherzen flammen. Dann werden die Gräber unserer Gefallenen, die Gräber der vom Terror Getöteten unter der Pracht der Blumengaben bei den gesenkten Fahnen des Großdeutschen Reiches Adolf Hitlers immer wieder liebevoll die Gedanken auf diese Zeit lenken. Dann wird einsam in einem weiten hohen Raum den Mannen Adolf Hitlers ~~immer wieder~~ die Weihestätte bereitet sein. Dann wird das, was ich die unsterblichen Ideen des Nationalsozialismus nenne, in tausenden, ja in unzählbaren

7

23.10.43

Lebensenergien nach innen und nach aussen unser Volk vor dem Einbruch neuer Zersetzungsbazillen behüten.

Ja, werte Anwesende, diese Schulungsburg trägt in sich jenes sakrale Element letzter Lebensbedeutungen und völliger Sinngebung der Weltgeschichte. Denn dieses Grösste und Unsterbliche am Nationalsozialismus Adolf Hitler's ist doch zunächst die Schaffung der totalen Höchstkategorie in einem alles überstrahlenden neuen rassisch fundierten Volksbegriff.

Dieser Volksbegriff Adolf Hitler's und seiner Bewegung bedeutet ein unendlich Vielfaches, daß es nämlich keinen höher zu wertenden Dienst auf dieser Erde geben kann, als im Namen Gottes seinem Volk zu dienen. Das Volk ist der Höchstwert und die einzige wirklich haltbare Zielsetzung!

Gibt es noch ein Volk wie dieses Deutsche? Sind wir nicht gesegnet, dass wir ihm angehören, ihm dienen dürfen? Wo gibt es eine Nation, die solche schöpferischen Ahnen hat wie wir? Wo gibt es ein Volk, das auf allen Gebieten kulmulierter Entwicklungen der Kultur, der Technik, des Staates, in Philosophie, Musik, Literatur, in allgemeinen nützlichen Lebensforderungen so viel an Schönem und Hohem dieser Erde abgerungen hätte wie das unserige? Haben wir es nötig, uns von einem anderen Volk beherrschen zu lassen? Hat irgendein Volk in der Welt das Recht, uns Lehren zu erteilen? Glaubt irgend so ein dahergelaufener Präsident einer Börsenrepublik, einem Reiche Lehren erteilen zu können, dessen Geschichte Tausende von Jahren zählt und dessen Volk Leistungen bis an die Sterne vollbracht hat? Soll irgend so ein krummgewachsener Jude uns etwas vormauscheln dürfe uns, die wir hochaufgerichtet als die geborenen führenden Gestalter höchster Beglückungsformen dem Leben auf dieser Erde überhaupt erst Sinn, Weihe und Schönheit gegeben haben? Soll irgend

so ein georgischer Satrap mit seinem schwarzen Schnautzbart und seinen dressier= ten Sklavenhorden über uns hereinbrechen und mit der rein technischen Wucht seiner nivellierten Massen und maschinellen Tötungs= einrichtungen uns überwalzen können? - Nein, Gott hat dieses deutsche Volk geschaffen, auf dass an ihm und von ihm aus die Wiedererweckung und die Bewahrung höchster wertvollster Lebens= güter sich vollziehe.

Daher ist unser Stolz unbeugsam, und unsere geschichtliche Legitimation als Volk ist schlechterdings einzigartig. Nur jene Gegner, die in früheren Jahrhunderten das germanische Blut in ihre Adern irgendwie ein= fliessen lassen konnten, treten, gestärkt durch diesen Tropfen, uns entgegen. Das ist ja die grosse Tragödie unserer Geschichte. Hätte die Deutsche Katharina II. dieses Grossrussland nicht geschaffen, dann wäre es nie mehr ge= schaffen worden. Wären die Normannen und die übrigen germanischen Stämme nicht allüberall befruchtend in die Welt gefahren, dann könnte uns nicht aus der ganzen Welt der Krieg ge= boten werden. Wir erleben es ja hier im Lande, dass der Widerstand uns gegenüber, wo er sich überhaupt findet, gar nicht so selten auf die Verbindung des slavischen Volkstums mit einem deutschen Vorfahren zurückzuführen ist, durch die eben der Trotz und die Willensstärke allein bedingt werden.

Dieser von Adolf Hitler über alle Zonen hinausgehobene Wertbegriff "Volk" aber über= wand all das andere, was der Volkwerdung

23.1o.43

9

unserer Nation immer wieder hemmend entgegen=
trat. All das Stammesgetue, das monarchisch
Irrlichternde, das Stätchen-bildende, das kon=
fessionell Zerreissende, das klassenmässig
Aufspaltende usw.

Vor allem sichert er die rassische Säu=
berung unserer Volkssubstanz durch die rest=
lose Vernichtung und Ausschaltung unseres Tod=
feindes, des Juden.

Und diesem Volksbegriff gab Adolf Hitler
die grosse, schlechterdings unsterbliche erste
Idee des Nationalsozialismus. Sie wird uns, die
älteste Garnitur ihrer Vorkämpfer überleben.
Alles kann in der Weltentwicklung möglich sein -
niemals aber wird es möglich sein, dass ein Jude
Deutschland frei betritt oder gar in Deutschland
irgend eine Rolle spielt. Niemals wieder wird es
vorkommen, dass dieses deutsche Volk kapituliert
oder sich defätistischen Phraseologen zuneigt,
um, von jüdisch-süsslichem Wortgesäusel ohn=
mächtig gemacht, hinterrücks erdolcht zu werden.
Niemals! Denn dieses Volk ist durch Adolf Hitler
auf sein eigenes Höchstbewusstsein und auf die
restlose Schlussfolgerung der unbeugsamen Logik
der Weltgeschichte ausgerichtet, nach der jeder,
der auf diesem Planeten schwach ist, das Opfer
des Starken wird, - ohne Erbarmen, ohne Mitleid,
ohne Rücksicht, ohne jede Schonung. Dass wir
als Volk, wollten wir heute schwach werden, rest=
los ausgerottet und vertilgt werden, das weiss
das deutsche Volk. Der geifernde Hass der Juden
treibt geradezu Wahnsinnsblüten von Vorstellungs=
orgien und Zerstörungssucht unserem Volk gegen=
über. Wir aber recken den Kopf höher und werden

23.10.43

von Tag zu Tag entschlossener und härter.

Diesen Volksbegriff also wird die Schu=lungsburg in die Lande flammen lassen.

Die zweite grosse nazionalsozialistische Idee, die unsterblich sein wird, ist die Idee nationalsozialistischen Bodendienstes. Der heilige Boden unseres Volkes wird in den Grenzen gezogen, die das deutsche Schwert sich er=kämpft. Dieser Boden ist ein Gemeinschaftsgut. Und so, wie der Volksbegriff des Nationalsozialis=mus eine grosse Revolution einleitet, ist dieses Festankern unseres Volkes im heimischen oder neu eroberten Boden in jedem Hinblick die tra=gende Entwicklungsform.

So schauerlich es klingen mag, eine wahrhaft dämonische Lehre bietet hierbei unsere Zeit: was immer wir an Pracht und Herrlichkeit durch die Jahrhunderte hindurch in unseren Städten aufgebaut haben, es sinkt oft in ebenso vielen Minuten in Schutt und Asche, wie es Jahrhunderte waren, die zur Er=bauung notwendig waren. Dann trägt der hei=mische Boden die Menschen unseres Volkes so, wie sie sind: alles, was sie in den Häusern bargen, ist dahin; sie haben kein Möbelstück -mehr, kein Wäschestück, kein Kleid, kein Buch, kein Wertobjekt, kein Bild. Doch die feste Heimaterde trägt sie. Die Rückbesinnung der Menschen auf die nicht zerstörbaren Werte des Bodens ist ein Charakteristikum der eisernen Lehre dieser Zeit. Dort, wo der Fluss, der Wald, der Baum und die Ähre steht, die, selbst wenn sie verbrannt wird, immer wieder die Kraft der Wurzeln in sich schliesst, steht dann auch der ~~Gegenwarts~~ germanische-Mensch. Und so, wie lange vor

23.1o.43

11

der Errichtung unserer gigantischen Städte das deutsche Volk schon auf der Scholle stand, oft nur ein Blockhaus, nur eine kleine Hütte im Walde sein Eigen nennend, so beginnt das wieder die neue Werdung.

Grauenhaft ist der Verzicht, entsetz= lich grausam dieser Gedanke, wenn man die unmessbaren Tränen von Schmerz und Leid be= denkt, die mit jedem Terrorangriff verbunden sind. Diese Terrorangriffe treffen aber die Städte, nicht den Boden.

So müssen wir denn wieder diesen Boden= begriff aus der Lehre des Führers entnehmen. In ihm liegt die Zukunft, aus ihm strahlt das leuchtende Leben, an ihm wird jeder Terror zu Schanden.

Dass dieser Boden unserer Nation so wie der Begriff unseres Volkes heilig sein muss, dass jedes Quadratkilometer dieses Rau= mes jederzeit auf die Verteidigung durch alle Volksgenossen rechnen kann, dieses Bewusstsein gibt uns das feste Fundament auf unserem Pla= neten. Auf ihm werden die Bauerngeschlechter wachsen und werken: aus ihm werden wir die Schätze für unsere Wirtschaft holen, und in ihm wird dann auch jenes persönliche Wertmoment erstehen, dass der Freie deutsch und der Deut= sche frei ist. Wir müssen dieses germanische Urerbe der persönlichen Freiheitszone in unseren Boden so einrammen, dass angesichts der flammen= den Zusammenballung der Millionen und aber Millionen freiheitsbewusster deutscher Männer und Frauen der Boden selbst in Flammen steht, wenn irgend ein Feind es künftig wagen sollte, gegen diesen Boden anzugehen.

23.1o.43

Wer im Boden wurzelt, kann niemals Sklave sein. Die alten germanischen Rechts= grundsätze von der Freiheit der Landluft in den Zeiten, bevor die fremden Rechte die Scholle der Unterwürfigen schufen, kehren wieder. Daher wird auch in Zukunft niemals wieder von dieser unsterblichen Idee des Nationalsozialismus, von der Höchstrangigkeit des nationalen heiligen Wertes unseres Bodens abgewichen werden.

Ein dritter unsterblicher Ideenwert des Nationalsozialismus vereint Volk und Raum und Boden. Ich möchte ihn den Begriff der volksgenössischen Energien nennen. In ihm lässt sich alles das zusammenfassen, was das typische nationalsozialistisch vorbildliche Kämpfertum das deutsche Volk gelehrt und ihm gebracht hat. Unvergänglich werden diese volksgenössischen Energien sein.

Was bedeuten sie? Sie werden für alle Zukunft das Vorbild Adolf Hitler's und seines Freiheitsweges für Deutschland genau so in den Mittelpunkt der Gläubigkeit des einzelnen rücken, wie in irgend einem christlichen Zeitalter der Leidensgang des Heilands typen= bildend war.

Ich spreche es ganz offen aus: der Lei= densgang der Tausende und aber Tausende deut= scher Soldaten und deutscher Menschen zum Tod in diesem Krieg findet sein Symbol in dem unsagbaren sorgendurchzuckten Leben und Kämpfen Adolf Hitler's. Gibt es ein Vorbild, das in alle Zukunft hinein für unser Volk unsterblicher sein könnte als dieses?

23.1o.43

Als ich 1919 Adolf Hitler kennen lernte, da war er der kaum von seinem Leiden im Lazarett gelöste Soldat des Weltkrieges: blass, krank, elend sah er aus. Und doch strahlte in den wieder zum Licht erweckten Augen das Leuchten des Genius. Als dieser Mann in seiner persönlich unerreichbaren Schlichtheit damals begann, Politiker zu werden, da schlug die Schicksalsuhr unseres Volkes. Er begann sein Werk mit den ganz wenigen, die wir damals 1919 waren. Es war ein Kampf= weg sondergleichen, und doch war es der einzige Weg für Deutschland.

Was Adolf Hitler dann in den 14 Jahren von 1919 bis 1933 bis zur Erringung der Macht in Deutschland für die Wiederaufrichtung deutscher Gemüter, deutscher Geisteshaltung und die Erweckung deutscher Energien geleistet hat, ist ebenso einmalig wie dieses, dass er das völlig entwaffnete, entrechtete, versklavte und der restlosen Verelendung preisgegebene, durch Parteien zerfetzte, konfessionell ver= wirrte deutsche Volk in wenigen Jahren zur stolzen Höhe unvergleichbarer weltgeschicht= licher Leistung emporgeführt hat. Heute weht die Flagge seines Reiches in Strassburg, Paris, Rom, Warschau, Marseille, Bordeaux, in Brüssel, Amsterdam, Belgrad, Athen, in Triest, Genua, Bozen, Prag, Riga, Krakau und am Nordkap. Wer hätte ihm das jemals vorgelebt? - das frage ich Euch. Wer dürfte aufstehen und sagen, er habe auch nur annähernd ein gleiches für irgend ein Volk getan wie dieser Adolf Hitler? Wo gibt es in der Weltgeschichte ein Kapitel, das man aufschlagen könnte, um es mit der gleichen inneren Gepacktheit zu erleben wie dieses Buch

23.1o.43

der Weltgeschichte, das einmal den Namen Adolf Hitler tragen wird?

Das Unsterblichste am Nationalsozialis= mus ist daher diese Gestalt Adolf Hitler's, die, monumental aufgerichtet, bis in das kleinste Gemüt, bis in das schwächste und unterwerfungs= bereiteste Duckmäuser-Seelengehäuse hinein noch den Strahl einer letzten Verantwortungssorge schleudert. Eine Persönlichkeit von einer gigantisch unvergleichbaren Wucht! Wie gross sie ist, seht Ihr an ihren Gegnern. Ganze Welt= reiche mit riesigen Industrien und Flotten und tyrannisierten Kolonien müssen sich aufmachen, um diesen Manne sein Werk streitig zu machen. Überall in der Welt schimpfen und hetzen und toben sie gegen diesen einen Mann. Und doch wagen sie nur sich kriechend ihm zu nahen, schleichen sie durch irgendwelche Bergschründe mühsam heran, damit sie ihm nur ja nicht nahe= kommen. Diese herrlichen sog. Weltimperien vertrauen darauf, dass die bolschewistischen Massenhorden ihn erwürgen könnten, auf dass sie ihre eigenen Blutopfer vermeiden.

So stent dieser Mann, allein gestützt auf sein Volk, seine Idee und seine Waffen, wie ein grosser Block in der Welt, und wir können sagen: aus unserer Mitte, aus unserem Volk wuchs er empor.

Die unsterbliche Idee der volksgenössi= schen Energie, wie sie der Nationalsozialismus gab, wird also vor allem durch die Unsterb= lichkeit der Persönlichkeit Adolf Hitler's getragen. Sie wird aber, ganz gleich, wann einmal in der Zukunft sie sich auswirken wird, immer wieder Anlass dafür sein, dass sich diese

23.10.43

volksgenössischen Energien bilden. Stellt Euch einmal die Wirkung des modernen Tonfilms in vielen Jahrhunderten vor! Wenn dann vielleicht wieder eine Schwächeperiode momentaner Art über unser Volk kommen sollte, dann würde jemand aus dem Archiv einen Tonfilm mit einem grossen Redevorgang Adolf Hitler's holen. In die interessante Zuhörerschaft, die Adolf Hitler ja nur noch dem gigantisch-traditionellen Namen nach kennt, würde die Unmittelbarkeit der Tonwirkung seiner Rede dringen. Dann würde von der Leinwand herab die Stimme dieses Mannes, der eine neue Welt einleitete, ertönen. Glaubt Ihr, dass es dann jemanden geben könnte, der nicht aufs tiefste ergriffen dieser mahnenden Stimme blindlings folgen würde?

Die volksgenössischen Energien unserer Nation werden in der Schule unserer national=sozialistischen Bewegung niemals mehr unter=gehen. Sie sind unsterblich, sie lehren den Wert des Glaubens an die deutsche Kraft. Wir Deutsche sind unbesiegbar, wenn wir einig, geschlossen und entschlossen in opfervollem Zusammenwirken willensklar bleiben. Diesen Glauben gab uns Adolf Hitler, er wird in Deut=schland nie mehr untergehen.

Wir glauben nicht an den Untergang des Abendlandes in dem Sinne eines Endes der Wir=kungskraft Europas über die Welt hin. Russland ist ein Zwitter, es hat von Asien und Europa nur die minderen Werte in sich vereinigt. Die viel berufene Stärke Russlands beruht offen=sichtlich auf der Übernahme fremder Ideen unter rücksichtslosestem Einsatz der Volkskraft.

23.1o.43

Unsterblich wird der Glaube an die schöpferische Genialität unseres Volkes sein. Auch ihn lehrte der Nationalsozialismus Adolf Hitler's. Diese schöpferische Genialität macht es uns zur Pflicht, den Begabungen unseres Volkes überall nachzuspüren und ihnen den sicheren Weg zu ihrer volksnützlichen Entfal=tung zu gewährleisten.

Wir lehnen den toten Begriff der Masse ebenso ab wie den Zivilisationsbegriff der Gesellschaft. Beide gehören zusammen. Es ist kein Wunder, dass sich der Prolet und der Gentle=man der englischen Society mit dem Juden in dieser jetzigen Gesellschaft von Salonbol=schewisten, Judenknechten und Plutokraten zu=sammengefunden haben.

Unsterblich ist die Idee des National=sozialismus, die nur den Wert des Volksgenossen als Persönlichkeit, den Wert des Volkes als höchsten Wert und die Führung dieses Volkes als die Trägerin der geschichtlichen Verant=wortung für das Schicksal ihres Volkstums an=erkennt. Das sind die drei unsterblichen Be=griffe des Nationalsozialismus: im Volksgenos=sen lebt das Blut, im Volk lebt die Stärke und in der Führung das Schicksal unserer Nation. Aus Volksgenossen, Volk und Führung baut sich die Unzerstörbarkeit unseres Reiches auf.

Unsterblich ist auch die Idee des Natio=nalismus, dass die Aufgabe des Menschen auf die=ser Erde eine klare ist. Hier gibt es nicht das Wimmern um Überwindung einer vorgebli=chen Erbsünde, das knechtische sich im Weih=rauchdämmern süsslichen Demutübungen verschrei=ben und blassgesichtig sich lebendig begraben.

23.1o.43

Der Appell des Nationalsozialismus an das Deutsche Volk wird immerdar lauten: bleibet wach, klar und sonnenfroh!

Die Sinndeutung der Weltgeschichte ist die der Kraftbewährung von Volksgenossen, Volk und Führung im Kampf ums Dasein. Gott ist die grosse, leider völlig unausdeutbare Zentral= vorstellung, in der wir alles uns Unerklärbare dieser endlosen Lichtjahrräume des Weltalls, der Planetenvorgänge, der Naturwerdung, der Gesetze des Lebens und seines Vergehens zusammenfassen. Es ist uns offenbar nicht gegeben, diese Welt= rätsel zu lösen. Wenn sie aber einmal gelöst werden, dann nur von einem dazu berufenen Deutschen. Denn keine andere rassische Substanz reichte aus, um diesen Problemen einmal die Lösung zu geben. Nur die Gehirne unserer Denker sind überhaupt im Laufe der Jahrhunderte diesen Problemen nahegekommen.

Wir bitten Gott, unsere Waffen zu segnen, unser Volk zu begnaden und uns weiterhin in der Entwicklung unseres Schicksals gnädig zu sein. Aber wir wissen auch, dass die Kraft dazu in uns liegt, dass der Wille uns aufgegeben ist und dass es keinen anderen Sinn auf dieser Welt gibt als den, sich voll und ganz im Dienste seines Volkes zu bewähren.

Diese unsterbliche Erkenntnis des National= sozialismus von der positiven Sinndeutung der Beziehung zwischen Einzelwesen und Weltraum macht den Inhalt unserer Weltanschauung aus. Der Mensch ist auf der Welt, um seinem Volke zu dienen und damit Gottes Willen von der Ein= satzfreude des einzelnen für seine Volksgenos= sen zu erfüllen.

23.1o.43

18

Dass auf die Zeiten des Kampfes nach unserm Sieg wieder die Zeiten behaglicherer Lebensführung kommen werden, ist klar. Was die Bewegung jetzt unter gesteigertem Energieauf= wand allgemein fordern muss, wird in dieser strikten totalen Fassung einmal auch für die behaglichere Lebensführung genau so gelten. Wenn das deutsche Volk unter dem Einsatz seiner höchsten Werte an Mensch und Gut diesen Krieg überstanden hat, dann wird der Nationalsozialis= mus seinen Friedenssegen als Garant volksge= nössischer Freiheit und volksgenössischen Glückes ebenso bewähren, wie er jetzt der Garant der harten volksgenössischen Gemeinschafts= entschlossenheit ist.

Auch das Eigentum des einzelnen, seine Rechtszone, die ästhetischen und moralischen Gesetzlichkeiten des individuellen und allge= meinen Daseins werden ihr volles Gewicht wieder auswirken können. Jetzt aber, da ringsum die Brandung der Vernichtung an unsere Bastionen heranwogt, ist jeder milde Gedanke ein Feind. Deutschland hat nur uns, die Kinder unseres Volkes. Sollten wir schwach werden, dann ver= geht Deutschland; bleiben wir stark, dann wird Deutschland auch stark bleiben. Das ist die einfache Formulierung der Zeitprobleme.

Die unsterbliche Idee des Nationalsozialis= mus, dass durch einheitliche politische Welt= anschauung, durch Zusammenfassung aller volksge= nössischen Energien unter einem Führerwillen, durch einheitliche Führung von Wehrmacht, Reich und Bewegung, durch totales unermüdliches Aus= richten aller einzelnen Volksgenossen auf das -grosse umfassende Gemeinschaftsziel die welt= geschichtliche Verteidigungskraft aufs höchste

23.1o.43

19

gesteigert werden muss, - diese Idee wird das deutsche Volk in allen kommenden Zeiten, wenn wiederum Gefahr im Verzuge ist, zur gleichen Methode des Bestehens geschichtlicher Kampfperioden führen müssen. Es gibt keine besseren Rezepte als die, die Adolf Hitler uns verschrieben hat.

Demnach wird diese Schulungsburg, ausgerichtet auf diese ewigen Ideale Adolf Hitler's und seiner Bewegung, gegründet mitten im gigantischsten Völkerringen aller Zeiten, eine Heimstätte der Erziehung zu diesen unsterblichen Ideen sein. Unsterblich aber heisst: immer fruchtbar, immer lebendig, immer weckend bleiben. Eine Weisheit, die sich in Bücher verkriecht, eine Lehre, die in Formeln erstarrt, eine Bewegung, die in bürokratische Institutionen entartet, sind nicht unsterblich. Das gibt es nicht, dass die Fehldeutung des Nationalsozialismus mehr Gewicht bekäme als das Positive unserer Lehre.

Die Kritik am Nationalsozialismus kommt aus den Zeiten der Not. Diese Kritik ist uns bekannt. Sie wissen auch, dass Kritik nicht immer schädlich und feindlich ist. Wir scheuen keine Kritik; denn noch ist der nicht erstanden, der es wagen könnte, Adolf Hitler zu kritisieren. Es bewegt sich nämlich niemand mit ihm in der gleichen Ebene. Wir alle sind kleine Träger von Aufgaben, die er uns zugeteilt, deren Erfüllung er uns ermöglicht hat.

Meine Sehnsucht ist im Rahmen dieses ganzen Geschehens, dass im Reiche des Nationalsozialismus einmal das deutsche Glück und ein

23.1o.43

deutsches Recht wiedererstehen mögen. Mögen die Rechtssicherheit und der unabhängige Richter ebenso wie eine grosse blühende volksgenössische Lebensgesetzgebung unsere Gemeinschaftsordnung beglücken. Auch die Gerechtigkeit ist eines der unsterblichen Elemente des Charakters unseres Volkes, der sagt, dass kein Reich ohne Gerechtigkeit bestehen kann.

Diese unsterbliche Gerechtigkeit liess unseren Führer die Waffen in die Hand nehmen, um für das Lebensrecht unseres Volkes den Kampf zu führen. Ihr dient unser Werk in Stadt und Land, in Reich und in den neuen Gebieten, in Wehrmacht, Verwaltung, Wirtschaft usw.

Möge sich die Schulungsburg des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP. in diesem grossen Ringen an einem stolzen Platz erfolgreichen Wirkens zu einer Stätte steten Lebens der unsterblichen Ideen Adolf Hitler's und seiner Bewegung entwickeln!

21[3o] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs auf die Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

II/6

Sonntag, den 24.10.1943. Krakau

11[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt im Beisein des Leiters der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft und weiterer Mitglieder der Regierung des Generalgouvernements im Burghof eine Abordnung polnischer Bauern und Bäuerinnen, die ihm eine Erntekrone und Erntegaben überreichen.

Präsident Naumann weist in einer kurzen Ansprache auf die fleissige Arbeit der polnischen Landwirtschaft und die auf Grund der im Laufe der letzten 4 Jahre getroffenen Massnahmen gesteigerten Erträge hin. Er bittet dann den Herrn Generalgouverneur, am Vortage der Vierjahresfeier des Generalgouvernements die Abordnungen der polnischen Landwirtschaft auf dem Burghof zu empfangen.

Die polnischen Bauern und Bäuerinnen überreichen hierauf eine Erntekrone und Erntegaben.

Der Herr Generalgouverneur dankt mit folgenden Worten:

Liebe polnische Bauern und Bäuerinnen des Generalgouvernements! Ich danke Euch hier auf der Burg und all den braven Landleuten des Generalgouvernements auf das herzlichste für die saubere und fleissige Arbeit, die Ihr auch in diesem Jahre wieder vollführt habt. Mit grossem Fleiss und mit treuer Hingabe habt Ihr die Felder bestellt, das Vieh gezüchtet, die Ernte eingebracht und Euch durch nichts aus der Ruhe Eurer stetigen Arbeit bringen lassen.

Dieser Krieg ist furchtbar! Im fünften Jahre seines Bestehens hat er ganz Europa und darüber hinaus die ganze Welt in Mitleidenschaft gezogen. Wie immer einer zu diesem Krieg stehen mag, eines ist sicher, wenn der Bolschewismus über Europa zusammenschlägt, dann ist jede Kultur in Europa zu

24.10.1943.

Ende. Der Bolschewismus ist die teuflische Erfindung des Juden und Asiaten zur Vernichtung der europäischen Kultur und damit auch Eurer Kultur.

Wir Deutschen sind in dieses Land gekommen, um auch in Eurem Interesse Euren Dienst für diesen europäischen Freiheitskampf gegen den Bolschewismus sicherzustellen. In diesem Kampf Europas habt Ihr grosse Verdienste. Tausende und Abertausende polnischer Arbeiter werken in den Fabriken und Betrieben, betreiben unsere Eisenbahnen und erfüllen treu ihren Dienst in der Verwaltung des Generalgouvernements. Insbesondere Ihr aber, polnische Bauern und Bäuerinnen, seid treu und brav in der Erfüllung Eurer Aufgaben für den Krieg um Europa.

Die Regierung des Generalgouvernements ist Euch dafür dankbar, das ist selbstverständlich. Wir haben es heuer auch möglich gemacht, dass ab 1.9. die Ernährung der gesamten Bevölkerung des Generalgouvernements einigermassen vernünftig geregelt ist. Es besteht gar kein Zweifel, dass die Lebensverhältnisse des polnischen Volkes im Generalgouvernement damit weit bessere geworden sind als in den meisten Ländern Europas. Wir wissen, welchen Schmerz der Krieg bereitet; denkt auch immer daran, welche Opfer das deutsche Volk an Gut und Blut Tag und Nacht zu bringen hat für die europäische Freiheit.

Mein Programm ist - und ich will es auch durchhalten -, der polnischen Bevölkerung des Generalgouvernements eine ruhige stetige kultureigene Entwicklung sicherzustellen. Ich möchte jedem von Euch in die Augen schauen und damit das gesamte polnische Volkstum verpflichten, dass es den Ernst der Stunde erkennt und weiss, dass es Wahnsinn, wie gegen die deutsche Autorität in diesem Raum mit Gewalt vorgehen zu wollen.

3

24.10.1943.

Ich kenne und liebe die polnische Kultur, werde sie schützen wo und wie immer ich kann. Ihr selbst seid Zeugen dafür, dass ich Eure Gottesdienste, Eure Kirchen, Eure Schulen und Euer Leben sichere und weiter sichern werde; helft mit, damit diese Gemeinsamkeit unserer Arbeit weiter bestehen kann.

Ich danke Euch noch einmal, dass Ihr auf die Burg heraufgekommen seid, nehme es als ein Freundschaftszeichen an und verspreche Euch, dass ich mich stets als loyaler Freund der loyalen Mitarbeiter in diesem Krieg bewähren werde. Ich bitte Euch, noch bei mir auf der Burg als meine Gäste zu bleiben; dann wollen wir wieder gemeinsam an die Arbeit gehen. Möge Gottes Segen mit Eurer Arbeit, Euren Kindern, Euren Familien und Euren Äckern sein!-

Anschliessend findet im Kanonensaal der Burg ein Bewirten der Gäste statt, das dem Herrn Generalgouverneur und den anwesenden Regierungsmitgliedern Gelegenheit zu zwangloser Unterhaltung gibt.

12^{00} Empfang des ukrainischen Hauptausschusses und einer Abordnung der ukrainischen Bauernschaft, die Früchte der diesjährigen Ernte überreichen, auf dem Burghof.

Nach kurzen Einführungsworten des Präsidenten Naumann verliest der Leiter des Ukrainischen Hauptausschusses Professor Kubijowitsch folgende Botschaft an den Herrn Generalgouverneur:

Heute erscheinen vor Ihnen die Vertreter des ukrainischen Hauptausschusses samt der Abordnung der ukrainischen Bauernschaft, die Ihnen, dem Hauptwirt des Landes, die Früchte der diesjährigen Ernte darbieten.

Bei dem ukrainischen Volke hat das Erntedankfest seine alte Tradition, die aus besonderen Volks-

bräuchen und Sitten besteht.

Das heutige Erntedankfest fällt auf den 4.Jahrestag des Bestehens des Generalgouvernements wie auch unseres Lebens unter Ihrer geschickten und erfolgvollen Führung. Die ukrainische Bevölkerung des Generalgouvernements und besonders die ukrainische Bauernschaft, die ein empfindliches Gemüt hat, verfolgt aufmerksam die Entwicklung der Ereignisse und versteht, für alles Gute, das seitens der hohen Regierung ihr zuteil wird, dankbar zu sein.

Wir sind uns wohlbewusst der Wichtigkeit der jetzigen entscheidenden Kriegszeit und darum legen wir besonderen Wert auf die erfolgreiche Durchführung der Erzeugungsschlacht. Dank des Segens des Allmächtigen haben wir dieses Jahr eine ganz gute Ernte gehabt und können mit Zufriedenheit über den Stand der Kontingentablieferung berichten. Der ukrainische Bauer erfüllt gerne diese nicht leichte Kriegspflicht, da er gut versteht, warum es sich handelt. Er weiss genau, dass es sein unentbehrlicher Beitrag zum geschichtlichen Kampf gegen den grössten Feind Europas und der ukrainischen Nation insbesondere ist. Dieses tiefe Bewusstsein des ukrainischen Volkes ist auch bei der freiwilligen Meldung zur SS-Schützendivision Galizien deutlich zum Ausdruck gekommen, unbeachtet aller beträchtlichen Schwierigkeiten, die uns öfter begegnen.

Wenn ich heute im Namen der ukrainischen Bauernschaft sprechen darf, so muss ich in erster Linie Ihnen, Herr Generalgouverneur, für Ihre freundliche Einstellung und für das wohlwollende Verständnis der Belange unserer Bevölkerung meinen Dank ausdrücken. Wir schätzen sehr hoch Ihre Bemühungen um die Besserung der Lebensverhältnisse der ukrainischen Bevölkerung, um die Förderung unserer Kultur besonders durch den Aufbau des Schulwesens

wie auch um die Hebung der Landwirtschaft und die Erhöhung der Lebensmittelrationen.

Jedoch ganz besondere Dankbarkeit hat bei der ukrainischen Bauernschaft Ihre wohlwollende Initiative betreffs Regelung der brennenden Reprivatisierungsfrage hervorgerufen. Hier muss ich offen gestehen, dass diese Angelegenheit jedem ukrainischen Landmann sehr auf dem Herzen liegt, da der Besitz des eigenen Bodens eine Frage seines Seins oder Nichtseins bedeutet. Deshalb auch war, ist und wird der ukrainische Landmann immer der grösste Feind des moskowitischen Bolschewismus sein, da derselbe das heilige Bündnis zwischen ihm und seiner Heimatscholle zu vernichten strebt.Uns ist das tiefe Verständnis dieser Angelegenheit seitens des Führers wohl bekannt, und darum hoffen wir, dass die endgültige Regelung der Bodenfrage für die ukrainische Bauernschaft, die viele Beweise ihrer landwirtschaftlichen Tüchtigkeit, Arbeitsamkeit und Kultur gibt, günstig sein wird. Eben diese Hoffnung ist für sie eine Anregung zur weiteren mühsamen Arbeit in der schweren Front der Erzeugungsschlacht, welche erfreulicherweise Jahr für Jahr bessere Ergebnisse aufweist. Ein symbolischer Beweis dafür mögen diese Festgeschenke sein, die der ukrainische Boden, der reichlich mit Schweiss der schwieligen Hände des ukrainischen Landmanns begossen wurde, erzeugte.

Wir bitten Sie, Herr Generalgouverneur, diese in derselben Aufrichtigkeit entgegen nehmen zu wollen, mit welcher sie durch die ukrainische Bauernschaft gepflegt und heute Ihnen, dem höchsten Wirt des Landes, mit besten Wünschen überreicht werden.

Nach Überreichung der Gaben wendet sich der Herr Generalgouverneur an die Anwesenden mit folgenden Worten:

6

24.10.1943.

Meine lieben ukrainischen Bauern und Bäuerinnen, verehrte Mitglieder des ukrainischen Ausschusses! Ich bin aufs tiefste bewegt über Euren Besuch, den Ihr mir hier auf der Burg zu Krakau gemacht habt. Ich danke Euch dafür und ich danke Euch auch insbesondere für die lieben Geschenke, die Ihr mir gebracht habt. Ihnen, Herr Professor Kubijowitsch, danke ich besonders für die schönen Worte, die Sie mir und der Regierung gegenüber gefunden haben.

Wenn ich die Geschichte des ukrainischen Volkes betrachte, bin ich innerlich bewegt: ein grosses Volk mit grosser Kultur aber leider auch grossem Leid! Ich bin ein Freund und Verehrer dieses braven, farbigen, grossen Volkes. Vom ersten Augenblick an war es mein Bemühen, dem ukrainischen Volkstum im Generalgouvernement soweit nur irgend möglichkeit volle Gerechtigkeit, volle Lebenssicherheit und volle Entwicklung seiner Kultur zuteil werden zu lassen. Auch in Zukunft bin ich entschlossen, diesen Weg einer absolut loyalen Unterstützung des ukrainischen Lebens im Generalgouvernement mit allen Mitteln sicherzustellen. Dies ist mir umso leichter, da sich die ukrainische Bevölkerung von Anfang an pflichtbewusst und loyal gegenüber der deutschen Führung dieses Raumes verhalten hat.

Ich möchte insbesondere Euch, ukrainische Bauern und Bäuerinnen danken für den Fleiss, den Eifer und die Arbeitstreue, die Ihr bei der Bearbeitung Eures Bodens gezeigt habt. Über den Kreis, den Ihr hier bildet, grüsse ich in diesem Augenblick die Millionen ukrainischer Männer und Frauen im ganzen Lande. Ich bin der Überzeugung, dass die Zusammenarbeit zwischen den Deutschen und den Ukrainern sich vollauf bewährt hat und ich wünschte, dass diese Zusammenarbeit, wie sie im Generalgouvernement stattfindet, allüberall stattfinden möge.

7

24.10.1943.

Der Krieg verlangt vom deutschen Volk ungeheure Opfer. Ihr wisst ja, dass der ganze schwere Kampf über Tausende von Kilometern vom deutschen Soldaten allein getragen wird. Es gibt keine deutsche Familie mehr, die in diesem Krieg nicht mindestens ein Blutopfer gebracht hätte. Die deutsche Armee schützt auch Euch vor dem bolschewistischen Chaos.

Wir sind fest der Überzeugung, dass wir den Sieg davontragen werden. Ich freue mich ganz besonders darüber, dass die ukrainischen Mitglieder der Galizischen SS-Division sich soldatisch so hervorragend bewähren. Ich weiss, dass auch diese Leistung Eurer jungen Soldaten dazu beitragen wird, das Verhältnis zwischen Deutschen und Ukrainern immer herzlicher und besser zu gestalten.

Sie haben mir heute, Herr Professor Kubijowitsch, den Wunsch auf eine intensive Weiterbehandlung des Reprivatisierungsproblems übermittelt. Ich verspreche Ihnen, dass ich mir schon in der nächsten Zeit über diese Vorgänge Bericht erstatten lassenund alles tun werde, was irgend möglich ist, um Ihnen entgegen zu kommen. Dazu veranlasst mich vor allem die loyale Treue und aufgeschlossene Arbeitsfreude der ukrainischen Bevölkerung dieses Raumes.

Möge Gott der Allmächtige seine schützende Hand über Euch halten, möge er die Waffen unserer Söhne - der deutschen und der Ukrainer - im Kampf gegen den Bolschewismus segnen und möge er Eure Familien, Eure Arbeit und Euer Leben segnen. Das ist mein Wunsch!

Anschliessend findet im Kanonensaal der Burg eine Bewirtung der ukrainischen Gäste statt.

8

24.10.1943.

13[30] Besprechung mit den Staatssekretären Dr.Bühler und Dr. Boepple, den Präsidenten Naumann und Ohlenbusch und Pressechef Gassner.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Zufriedenheit über den Ablauf der Empfänge der polnischen und ukrainischen Abordnungen Ausdruck. Er erklärt sich damit einverstanden, dass die neue strenge Linie der deutschen Politik, die den störenden Kräften gegenüber mit der Verordnung vom 10.Oktober begonnen hat, weiter geführt wird. Für von der polnischen nationalen oder kummunistischen Widerstandsbewegung erschossene Deutschen werden demnach weitere Erschiessungen von im Standgerichtsverfahren der Sicherheitspolizei abgeurteilten Polen durchgeführt. Diese deutsche Absicht sei der polnischen Bevölkerung noch einmal bekannt zu geben.

Weiter erklärt der Herr Generalgouverneur den Polnischen Hilfsausschuss mit seinem Leiter Graf Ronnikier für abgesetzt. Interimistisch habe der Leiter der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge die Geschäfte zu führen.

Die Anerkennung der loyalen Mitarbeit des Gros der polnischen Bevölkerung durch die Regierung solle ruhig in der Krakauer Zeitung veröffentlicht werden. Die deutsche Verwaltung müsse loyalerweise den Leistungen der Fremdvölkischen ihre Anerkennung zollen.

16[00] T e e m p f a n g

19[30] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung im Haus Kressendorf)

Krakau

Montag, den 25.10.1943.

9^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Haus Urania.

11^{00} Dienstappell der Regierung des Generalgouvernements im Haus Urania.

Nach Meldung der Anwesenheit von 1028 Gefolgschaftsmitgliedern der Regierung des Generalgouvernements durch den Leiter des Personalamtes Freiherrn von Medem führt der Chef der Regierung des Generalgouvernements Staatssekretär Dr. Bühler folgendes aus:

"Herr Generalgouverneur! Verehrte Gäste! Arbeitskameradinnen und Arbeitskameraden! Räumliche und zeitliche Knappheiten haben es bisher recht selten ermöglicht, die gesamte Gefolgschaft der Regierung des Generalgouvernements zu einem Gesamtappell zusammenzurufen. Die Arbeit der Betriebsbetreuung und die Pflege der Kameradschaft wurde statt dessen in zahlreichen erfolgreichen Veranstaltungen der Hauptabteilungen der Regierung, der Ämter und Dienststellen durchgeführt. Auch heute ist nur der grössere Teil der Regierungsgefolgschaft hier zusammengefasst; ich hoffe aber sehr, dass es uns in absehbarer Zeit möglich sein wird, die technischen und räumlichen Voraussetzungen zu schaffen, um die gesamte Gefolgschaft einmal geschlossen zu einem Dienstappell zusammenfassen zu können."

Nach einer kurzen Würdigung des vierten Geburtstages des Generalgouvernements und des gegenwärtigen Zeitgeschehens durch Staatssekretär Dr. Bühler ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort:

25.10.1943.

Kameradinnen und Kameraden!

Die Zeit im Krieg zählt doppelt; denn die Leistungsintensität, die vom einzelnen verlangt wird, häuft das Mass der Pflicht und steigert den Verbrauch der Kräfte. Als wir im Oktober 1939 eine der schwersten Aufgaben, die der Führer zu vergeben hatte, gemeinsam zu meistern begannen, war das Bild der Lage Deutschlands, der Lage der Welt, der Kriegsituation und vor allem auch dieses Raumes noch ein völlig anderes als das heutige. Damals konnte man zunächst noch annehmen, dass der Krieg mit seinem Blitztempo weitergehen würde, dass die Welt Vernunft behalten werde und nicht wegen einer Auseinandersetzung zwischen dem deutschen Weltreich und einer sogenannten polnischen Republick, wegen einer unanfechtbar deutschen Stadt - Danzig nämlich -, wegen eines unanfechtbar lebensnotwendigen Gebietes - des Korridors - einen Krieg führen würde und dass sich an diesem Krieg die ganze Welt anschliessen würde. Damals konnten auch wir in diesem Raum damit rechnen, dass unser Bleiben als vorübergehende Kriegsverwaltung bis zur Überführung in eine endgültige Form allenfalls nur kürzere Zeit beanspruchen würde. Von Anfang an war zunächst das Planen für die staatliche Führung und den Aufbau der Ordnung in diesem Raum ein mehr im zeitlichen bedingtes Manövrieren, ein in den Augenblicksproblemen sich Abmühen, ein alle Gesichtspunkte von Dauer Zurückstellen gegenüber den Erfordernissen des kriegsmässig sich verschärfenden Notaugenblicks.

Mittlerweile hat sich dies alles sehr gewandelt. Wir sind nun am Beginn des fünften Jahres der Führung in diesem Raum. Das Deutsche Reich befindet sich in einer kriegerischen Auseinandersetzung mit der tota-

len Welt. Der Krieg hat vielleicht den Höhepunkt seiner Schrecknisse, seiner Opfer und seiner Not noch nicht erreicht; irgendwie absehbar ist keineswegs das Ende. Es ist daher für uns ein Augenblick der Rückschau auf Entwicklungsmommente, die sich zum grossen Teil völlig anders zeigten, als wir vor 4 Jahren annahmen, die aber auch auf der anderen Seite eine Gewähr dafür sind, dass es den deutschen Männern und Frauen in diesem Raum möglich war, mit jeder Art von Wendung der Entwicklung fertig zu werden.

Wenn wir daher heute sozusagen unter uns im Bereich unserer eigenen dienstlichen Atmosphäre uns zusammenfinden, so ist das erste mein Dank und meine wirklich ergriffene Anerkennung für die hervorragende Leistung der deutschen Männer und Frauen in diesem Raum. Was hier eine tapfere Schar, eine geringe Zahl deutscher Männer und Frauen im dienstlich- staatlichen Bereich der allgemeinen Verwaltung geleistet hat, - und ich fasse dabei alles das, was in diesem Raum nicht militärisch oder parteipolitisch eingereiht ist, alle deutschen Staatsdienstträger dieses Raumes, ganz gleich, welche Uniform, welche dienstlichen Belange und welche speziellen Aufgaben sie haben, zusammen,-ist wirklich hervorragend. Denn es war ein Furchtbares, was wir übernahmen. Ohne jeden Ausblick in eine klare, aus den Dingen selbst kommende sozusagen sich aufzwingende Entwicklungslinie mussten wir alles aus uns heraus originär aufbauen. Die Arbeit wurde damals mit Schneid angegangen. Mit einer Handvoll Männer begann jeder im Land und suchte sich zunächst einmal einige Diensträume; er suchte sich eine Bleibe. Dann musste dafür gesorgt werden, dass der Verkehr in Gang kam, dass die Menschenmassen, die

damals wild auf der Strasse herumstrolchten, ohne Heimat, ohne Bleibe, ohne Zweck und ohne Aufgabe notvoll sich durch das Land schleppten, wieder in einen einigermassen geordneten Bereich eingesammelt wurden. Es musste dafür gesorgt werden, dass die Transportverbindungen, der Bahn und der Post, dass Telegraf und Telefon einigermassen funktionierten, dass die Entseuchung, die Entlausung und Entwanzung in diesem Raum durchgeführt wurde, um überhaupt für deutsche Menschen als Dauerbehausung geeignet zu sein. Es musste dann der Aufbau der Verwaltung im einzelnen entworfen, praktisch durchgeführt und alle Institutionen irgendwie mit einer zentralen und mit Untergliederungen versehen werden.

So kam eine Arbeit über uns, die umso schwieriger war - das wissen Sie selbst -, weil die Anforderungen des Krieges in diesem Raum nicht eine Stunde aussetzten. Niemals in diesen 4 Jahren hat das Generalgouvernement auch nur einen Augenblick Ruhe gehabt, niemals hat man gesagt, dieses Gebiet müsste man einen Augenblick verschnaufen lassen, damit es zur Besinnung kommt. Vom ersten Augenblick an waren wir ein ungeheuer auszuholendes Beuteland für alle und jeden; ohne jede Rücksicht auf das Leben in diesem Raum wurde alles, was nicht niet- und nagelfest war, aus dem Lande herauszutransportieren versucht. So kam es, dass damals noch nachträgliche Zerstörungen angerichtet wurden, die über das, was der Krieg eigentlich zerstört hatte, noch hinausgingen. Erst nach einem halben Jahr, mit Beginn des Jahres 1940 begann eine Dämmerung, und sah man ein, dass das ewige Nurherausholen auf die Dauer unmöglich ist nach dem alten Bauernspruch, der da besagt, dass man eine Kuh nicht schlachten darf, die man melken will. Man musste das Land wenigstens am Leben lassen und es gelang dann auch. Dies war der

schwerste Kampf, den ich je in meinem Leben geführt habe: die verantwortlichen Zentralen des Reiches dahin zu bringen, etwas Verständnis für die von der Wehrmacht neu eroberten Gebiete im Interesse des Reiches aufzubringen.

Nichts ist bequemer als die Formel, dass man sagt, was es im Reich nicht gibt, gibt es totsicher in den besetzten Gebieten; aus den besetzten Gebieten kann man alles holen; und wenn man es dann aus den besetzten Gebieten hat, dann sagt man, wenn ihr soviel habt, dann habt ihr auch noch mehr und könnt auch noch mehr liefern. Und dann wurde nicht nur herausgeholt, sondern man schickte auch hinein und sagte, nehmt das, ihr könnt auch das noch hineinnehmen. Es war schliesslich so, dass das Generalgouvernement die einzige Bleibe für alles, was im Reich oder sonstwo nicht untergebracht werden konnte, darstellte und dass man angenommen hat, wenn es irgend etwas auf der Welt nicht gab, es totsicher im Generalgouvernement zu holen ist. Sie wissen selbst, was da manchmal für heitere Szenen sich zu entwickeln begannen.

Es begann aber auch noch etwas anderes: man neidete uns unsere Selbständigkeit; plötzlich entdeckte man, dass wir zu selbständig seien. In manchen Zentralen wurden die Gehirne hellhörig und man sagte: was, da drüben treibt sich eine Horde deutscher Männer herum, die behaupten so etwas von eigenem Betrieb, - das gibt es nicht, alles muss nach einer Pfeife, der der zentralen Bürokratie tanzen. Wir aber tanzen ja gar nicht, wir wollen arbeiten. Diese Auseinandersetzung musste durchgekämpft werden.

In diesen 4 Jahren hat das Generalgouvernement daher sowohl wirtschaftlich wie organisatorisch ein

25.10.1943.

Laboratorium für die Erfahrungen des Reiches auf dem Gebiete der Verwaltung und Führung des Weltreiches abgegeben. Heute ist die Sache klar. Viel Negatives, aber auch viel Positives, - denn ebenso wie wir Unverstand gefunden haben, so haben wir auch Verständnis gefunden - zeigte eich im Laufe der Jahre. Man hat es verstanden, dass es nicht möglich ist, alles nach einem Schema zu verwalten, und endlich auch begriffen, was der Führer damit meinte, als er uns vor 4 Jahren diese Selbständigkeit des Nebenlandes, diese Eigenverantwortung und Eigenverwaltung gegeben hat: Nicht wegen uns, um uns eine Freude zu machen, sondern wegen des Reiches Vorteil; denn wir tragen dafür, dass wir diese gewisse Selbständigkeit und eigene Autorität haben, auch die eigene Verantwortung für diesen Raum. Die Leistungen und Erfolge dieser Verantwortung muss man anerkennen, die Verantwortung wird meistens gerne bei anderen gelassen!

So kommt es, meine Kameradinnen und Kameraden, dass ein merkwürdiger Vorgang sich einbürgern konnte, dass man nämlich im Reich im Laufe der letzten Jahre über das Generalgouvernement Meinungen vertreten hörte, die geradezu das groteskeste darstellen, was es überhaupt gibt: das Generalgouvernement wurde als Stätte eines Freudendaseins geschildert, man glaubte, dass die deutschen Beamten und Angestellten im Generalgouvernement wie auf Rosen gebettet seien, dass hier ein herrliches Leben geführt werden könne und dass Euer Einkommen viel zu hoch sei. In Wirklichkeit war es so, - Ihr wisst es ja selbst - dass, wenn wir die Ostzulage nicht gehalten hätten, es Euch überhaupt nicht möglich gewesen wäre, mit dem, was Euch ausbezahlt wird, die ungeheuer überteuerten Preise zu decken.

Es war daher klar, dass sich aus diesem 4jährigen Betrieb ein Zusammenwachsen aller hier eingesetzten

25.10.1943.

Männer und Frauen zu einer grossen Leistungskameradschaft im Dienste des Führers und Reiches herauskristallisierte. Ich betrachte Euch, die Ihr als Vertreter der Gesamtbelegschaft des Generalgouvernements hier anwesend seid, auch als meine besten Kameraden. Damals habe ich diesen ungeheuer schweren Auftrag des Führers angenommen und hatte dabei niemand als eine Handvoll meiner bewährtesten Mitarbeiter. Mittlerweile sind es Tausende und Abertausende geworden. Ich kann ruhig sagen, mit jedem Einzelnen verbindet mich das beste Band kameradschaftlicher gegenseitiger Verpflichtung. Ich wünsche, dass sich der deutsche Beamte und Angestellte in diesem Raum wohl fühlt; er soll das Empfinden haben, dass im Generalgouvernement der Versuch einer Aufrechterhaltung der Staatsdienstkultur in jedem Bereich gemacht wird. Deswegen habe ich mich unausgesetzt um das Ansehen des Staatsdienstes bemüht, weil es sinnlose Kritik daran in Masse gibt und weil diese Kritik auch künstlich genährt wird, weil man zu behaupten wagt, dass der Staatsdienst mit einer überlebten lächerlichen Bürokratie identisch und eine Angelegenheit für Feiglinge wäre. Ich halte das Banner hoch und sage: wer den Staatsdienst zum mindesten hier im Generalgouvernement ganz gleich an welcher Stelle auf sich genommen hat, der verdient die Marke der Tapferkeit genau so wie irgend ein anderer Kämpfer für Führer und Reich. (Beifall). Ich sage das im Hinblick auf die Opfer, die wir gebracht haben. Sie wissen, mit welchem Hass wir verfolgt werden, dass hier der schleichende Mord durch das Land geht und dass schon Hunderte aus unserer Mitte- Männer und Frauen- heimtückisch gemordet wurden. Viele Hunderte sage ich und das ist angesichts der geringen Zahl der Deutschen in diesem Raum ein hohes Mass.

Alle diese einsam und allein gemordeten Menschen draussen im Lande, heimtückisch ermordet und umgebracht, verlangen von uns, dass wir uns nichts gefallen lassen,

dass man den Staatsdienst der Verwaltung als eine Domäne der Feigheit bezeichnet. Wir stehen absolut ehern, entschlossen und geschlossen auch weiterhin an dieser Stätte des Aufbaues und der Abwehr. Der Führer hat uns diese Linie gegeben und wir haben sie gehalten. Jedem Versuch der Zersetzung dieser einheitlichen Führung und Verwaltung dieses Raumes entgegen haben wir uns immer fester zusammengefügt. Wir dienen dem Reich und wir dienen im gewissen Sinn dem neuen Reich, dem Osten. Wir mussten diese Erfahrungen sammeln und haben sie gesammelt für das Reich. Gerade deshalb aber auch sind wir in unserer Selbständigkeit auch verpflichtet, diese Erfahrungen zu pflegen. Immer wieder war es der Führer, der seine schützende Hand über uns gehalten hat und seine durch keinerlei noch so schmutzige Greuelpropaganda gegen uns zu berührende Linie weiter verfolgt hat. Er hat gewusst, was für Männer er hier hereingeschickt hat und er hat sich in wohlgefügter Kameradschaftlichkeit zu unserer Leistung bekannt.

Meine Kameradinnen und Kameraden! Nach diesen sehr harten, aber notwendigen Worten, denn Sie sollen auch an dem Anteil haben, was an Sorgen aufgetreten sind möchte ich sagen, dass wir wohl das Schwerste an der strukturellen Durchsetzung des Generalgouvernements hinter uns haben. Es hat sich eingebürgert, dass Beamte und Angestellte, die ins Generalgouvernement berufen worden waren, eine entschiedene Schlechterstellung in der Beförderung gegenüber ihren Kameraden und Kameradinnen im Reich erfahren haben; diese Praxis hat sich da und dort in den Zentralen als eine Bequemlichkeitsausweiche herausgestellt. Ich werde da, wo ich kann, dafür sorgen, dass dieser Unfug abgestellt wird, denn der Dienst im Osten ist der vom Führer aufgetragene wichtigste Ehrendienst. Wir können d aher nicht dulden, dass darüber in der Heimat eine andere An-

schauung herrscht als beim Führer.

Wenn wir unsere Rückschau weiter erstrecken, dann möchte ich Sie auch um Bestätigung dafür bitten, dass der Dienst im Generalgouvernement etwas Schönes ist. Wir durften hier aufbauen, denn der Führer gab uns mitten im Krieg der Zerstörung hierzu die Sendung. Mitten im Geschehen des Abbaues durften wir etwas Neues in die Höhe führen. Wir durften dort, wo so viel Negatives geschieht, wie im Krieg, positiv denken und handeln; nicht einmal nur das Bewahren war uns aufgegeben, nein, wir durften etwas grundsätzlich Neues und Grosses erstellen, eine der schönsten Aufgaben, an die Ihr Euch zeit Eures Lebens zu Eurer eigenen Beglückung zurückerinnern werdet. Schaut Euch heute unsere Städte ~~und~~ im Lande an, unsere Strassen, schaut Euch zum grossen Teil schon unsere Kulturstätten an, die Wohnverhältnisse, soweit sie irgendwie geklärt werden konnten, Eure Diensträume. Welch ein Aufbau in diesen 4 Jahren aus dem Nichts! Nur gegen Widerstand, mit einer Energie sondergleichen habt Ihr das gemeistert.

Heute ist das Generalgouvernement das festgefügte energiegeladene Zentrum der Ostbastion des Deutschen Reiches. Wir sind stolz darauf. Heute können wir auf diese 4 Jahre wirklich mit innerer Dankbarkeit dem Führer gegenüber zurückblicken, dass er uns die Möglichkeit gab, unser energisches Wollen und unsere Zielbewusstheit in die Tat umzusetzen. Dies scheint mir das Entscheidende zu sein und dies scheint mir das Beglückende zu sein, demgegenüber alles andere in den Staub sinkt. Wenn wir dabei bedenken, dass es geglückt ist, mit einer Handvoll - ich wiederhole: einer kleinen Zahl - weniger Tausend Deutscher, die in Prozenten garnicht auszurechnen ist, weil sie unter 1% der Gesamtbevölkerung liegt, 16 Millionen eines fremden und, soweit es die Polen anbelangt, auf den Tod deutschfeindlichen Volkes zu füh-

ren und in Ordnung zu halten, dann muss ich sagen, dass wir allen Anlass haben, uns gegenseitig zu beglückwünschen. Das hat uns nämlich in dieser Form noch keiner nachgemacht. Es ist daher klar, dass wir die Richtlinien, die wir uns hier, Sie und ich, gemeinsam erarbeitet haben, auch verteidigen; denn wir wissen, dass diese Richtlinien in ihrer Befolgung dem Führer und dem Reich nützlich sind. Im Krieg kann ich nur den Sieg wollen, sonst nichts: und den Sieg wollen heisst, so handeln, dass der Sieg in jeder Weise, in jeder Energie und in jeder Heranziehung jeder Kraft ermöglicht wird. Unser Ziel in diesem Lande war daher, die Bevölkerung nicht auszurotten, sondern sie zur Arbeit zu bringen. Und die Bevölkerung in ihrer Millionenzahl wurde zur Arbeit gebracht. Sie wissen selbst, wie das geschah und wie es möglich war, trotz aller Gegenwehr der Widerstandsbewegung und aller anderen Organisationen, trotz der gesamten internationalen Propaganda, trotz der abgeworfenen Flugblattpropaganda und trotz einer masslos aktiven Gegenwehr und Gegenpropaganda mit Mord, Terror und Hass, 16 Millionen dieses Volkes unter unserer Verwaltung in den Dienst des Sieges Deutschlands zu bringen (Beifall).

Wir haben aber nicht nur das geschafft, Sie und ich, wir haben auch anderes fertig gebracht. Wir haben zum Beispiel fertig gebracht, dass wir im letzten Jahr 760 000 Tonnen Brotgetreide aus dem Generalgouvernement in das Reich geschickt haben. Das hat uns auch keiner vor oder nachgemacht.(Beifall)
Wir haben es möglich gemacht, dass heute die Industrien des Generalgouvernements das grosse Aufnahmebecken für die Kriegsbedürfnisse des Reiches sein können. Wir haben hier überhaupt keine Industrie übernommen und mittlerweise stillschweigend eine gigantische

11

25.10.1943.

Rüstungsindustrie mit Hunderttausenden von Arbeitern aufgebaut. Das sind alles Dinge, die nicht Theorie sind.

Wenn unsere Ostbahn - nebenbei bemerkt, ist die Ostbahn das Wichtigste im Staatseigentum des Generalgouvernements - mit 150 000 fremdvölkischen Eisenbahnern den Betrieb Tag und Nacht ohne Stocken und ohne Sabotage aufrecht erhält, so ist das auch eine Leistung, auf die wir gemeinsam stolz sein dürfen (Beifall).

Wenn aus den 2600 000 kleinen Landwirtschaften dieses völlig zerstückelten Raumes - die Zahl ist grösser als die der einzelnen Wirtschaften des grossdeutschen Reiches -, aus diesen kleinen Katchen ~~von~~ an unserer Agrarverwaltung das Getreide gramm- oder kilogrammweise abgeliefert wurde in solch einer Menge, dass heute unsere Wehrmacht im Lande und unsere Verwundeten in den Lazaretten aus dem Lande leben können und wir trotzdem wiederum in diesem Jahr 100 000 Tonnen an das Reich abliefern werden, dann ist das auch eine Leistung. Darum Kopf hoch, meine Kameradinnen und Kameraden!

Der Chef der Regierung, Staatssekretär Dr. Bühler, hat mit Recht von der Ruhe gesprochen, die uns erfüllen kann, wenn einmal die objektive Geschichtsschreibung die Leistung der deutschen Männer und Frauen dieses Raumes zusammenfassend darstellen wird. Sie kann sich gegenüber jeder Art Leistung im grossdeutschen Geschehen sehen lassen. (Lebhafter Beifall) Auch Sie können dabei auf Ihr eigenes Werk schauen, denn dies ist schliesslich das Entscheidende. Missverständnis, Verärgerung und Neid dürfen uns nicht irgendwie genieren. Wir alle in unseren dienstlichen Bereichen, in einer klaren Zuständigkeitsaufteilung, die wir im Generalgouvernement vorgenommen haben und die wirklich noch eine klare Regierung an der Spitze haben und noch klare sich nicht überschneidende Zuständigkeiten kennen und die wir eine kameradschaftliche Zusammenarbeit von der Spitze bis nach unten kennen, haben gemeinsam in dieser Verwaltungs- und Führungsform dies alles gemeistert.

12

25.10.1943.

Dieser Dienstappell wurde von mir heute vor allem unter dem Gesichtspunkt anbefohlen, damit ich Ihnen als den wichtigsten Trägern der Verantwortung für diesen Raum meinen Dank unmittelbar abstatten kann. Was wäre alles Planen, alles Führen, alle Klugheit, die man aufwendet, um eine schwierige Aufgabe zu meistern, wenn man nicht die leidenschaftlich von dieser Zeit erfüllten Mitarbeiter hätte. Ihr seid dazu berufen, diese Aufgabe zu erfüllen, und Ihr habt sie erfüllt und werdet sie weiter erfüllen.

Der Krieg geht weiter; der Krieg steht gut. Lasst in dieses Staatsdienstkorps des Generalgouvernements nicht diese lächerlich albernen Mismachereien eindringen. Die Haltung der Deutschen im Lande, vor allem von Euch, Kameraden und Kameradinnen, ist eines der wichtigsten Fundamente der Durchsetzung des deutschen Führungsanspruches in diesem Raum. Ihr müsst ein ehern zusammengeschlossenes, fanatisches, von Führertreue erfülltes, geradezu vorbildlich auch diszipliniertes Korps von Verwaltungsssoldaten des Führers sein,und dieses Korps muss Funken des Glühens für Deutschland und für den deutschen Sieg schlagen. In unseren Reihen kann alles möglich sein, nur das nicht, dass jemand Stimmungsverrat am Führer beginge. Ich nenne Stimmungsverrat als einen neuen Tatbestand: er ist sozusagen der seelische Landesverrat, ein im Bewusstsein oder Unterbewusstsein allmählich Misstimmung Aufsteigen-lassen.

Nicht sage ich, meine Kameraden und Kameradinnen, der Krieg steht gut, um Euch nur eine Formel mit auf den Weg zu geben. Sie können mir glauben, dass ich über manches im Bilde bin. Aus meiner persönlichen Kenntnis der Dinge heraus sage ich: der Krieg steht gut. Die Schläge, die unsere Gegner demnächst zurückgeschlagen bekommen werden, werden Sie an meine Worte,

die ich in diesem Augenblick gebraucht habe, erinnern. (Langanhaltender Beifall) Der Krieg steht gut und wir werden aus diesem Krieg als diejenigen hervorgehen, die das durchgesetzt haben, was für Deutschland notwendig ist: Brot und Raum.

Daher, meine Kameraden und Kameradinnen, müsst gerade Ihr, die Ihr die Dienstuer in dem Ostteil des Weltreiches seit 1939 seid, auch die fanatischsten sein. Im Reich muss es heissen, der ist im Generalgouvernement, mit dem ist nicht gut Kirschen essen, wenn man sich schwächlich zeigt. Wenn Ihr in die Heimat kommt, dann muss aus Eurem Augenleuchten und aus Eurem Herzschlag bei den Anderen das Bewusstsein aufsteigen, dass Ihr diesen Raum meistert, nicht weil Ihr hier dienstlich, sondern auch mit dem Bewusstsein hier seid, mit an zeitlich erster Stelle des erstehenden Weltreiches Adolf Hitlers gestellt zu sein. Das verlange ich, und ich weiss, dass Ihr dem entsprecht und auch künftig entsprechen werdet. Diese unsere gemeinsame Überzeugtheit und Glaubensklarheit ist in diesem fremdvölkischen Raum umso wichtiger. Denken Sie immer daran, was die uns hier umlauernden fremden Volkstümer dächten, wenn wir irgendwie anfingen, duckmäuserisch zu werden. Wir sind in der Lage eines Raubtierbändigers: solange die Bestien ihm gehorchen und nicht zum Bewusstsein ihrer gemeinsamen Stärke gekommen sind, solange kann einer mit 32 Tigern fertig werden. Wir sind im Verhältnis nicht mehr, denkt immer daran.

Wenn Ihr Euch aufs schärfste hütet, in irgend welchen Kontakt persönlicher Art mit der fremdvölkischen Bevölkerung zu kommen, wenn Ihr untereinander sorgt, wenn der Wille klar und der Glaube an Deutschland und an den Führer stark bleibt, dann ist das erfüllt, was ich von Euch erbitten möchte. Denkt auch immer

25.10.1943

an die Leistungen unserer Soldaten an der Front: denkt daran, mit welchem Geist sie in den Lazaretten liegen, wie ihnen die Augen leuchten und wie sie sagen, wir werden es schaffen. Da sollte es jemanden geben, der in der Heimat oder hinter der Front sitzt und weniger Glauben und weniger Stärke hätte! Ich muss aber zugleich sagen, dass ich meine Worte nur als allgemeinen Appell betrachte, denn nach all den Berichten, die mir vorgelegt worden sind, und auch nach meiner unmittelbaren Kenntnis der Dinge, sind es gerade die Staatsbeamten und Angestellten des Generalgouvernements, die in dieser Richtung völlig meinen Erwartungen entsprechen. Ich bin Euch dankbar, dass Ihr diesen Glauben so hochhaltet, und ich möchte ausdrücklich anerkennen, dass die Gesamthaltung der deutschen Beamten und Angestellten im Generalgouvernement über jeden Zweifel erhaben ist. Denkt auch immer daran, dass das selbstverständlich kombiniert sein muss mit dem Grossen, was ich loyale Kameradschaft nenne. Wir können uns hier keine Zerreissung der deutschen Menschen nach Gruppen, Kasten, Klassen, Vorbildung oder Titeln erlauben. Wir sind schon viel zu sehr gewohnt, uniformiert zu denken. Heute ist völlig gleichgültig, wo und wie jemand hier beschäftigt ist; heute sind wir alle miteinander,-ganz gleich welche Uniform, welchen Rang, welchen Titel oder welche Vorbildung wir besitzen, - ~~wir sind~~ Deutsche auf einem gemeinsamen Schicksalsweg (Beifall).

Dies, meine Kameradinnen und Kameraden, soll immer über Eurem dienstlichen Weg leuchten. Es ist gar kein Zweifel, dass dies eine der schönsten Seiten des Nationalsozialismus war, dass er diese gemeinsame Auflockerung gebracht hat. Die frühere Dünkelsucht und kastenmässige Abschliessung innerhalb des Staatsdienstes ist längst beseitigt und wir können ruhig sagen, dass in dieser Beziehung auch das Gene-

25.10.1943

ralgouvernement in einer gewissen Form vorbildlich ist. Bleiben wir dabei! Halten wir das hoch, dass den Wert des deutschen Menschen nur nach Leistung, nach seinem guten Willen und nach seinen absolut klaren Charaktermerkmalen allein gewertet wird und dass alles andere nichts taugt. Ich wünsche, dass sich das soweit wie nur möglich in den Landen herumspricht. Ich möchte vor allem feststellen, dass ich diese Grundsätze für Eure Laufbahn im Generalgouvernement überall zum Durchbruch bringen will. Mit Recht, verlangen Sie von mir, dass ich Ihre dienstlichen Belange genau so vertrete, wie ich von Ihnen verlange, dass Sie Ihre Dienstpflicht erfüllen. Ich betrachte mich seit Jahr und Tag - und ich glaube dabei auf einiges hinweisen zu können; was die Beamtenposition im Generalgouvernement anbelangt • als Euer oberster Sachwalter. Ihr seid mir anvertraut und euer dienstliches und auch persönliches Wohlergehen werden von mir sehr ernst genommen. Ich wünsche, dass es wie bisher weitergeht und alle Beamten und Angestellten in einer Notlage sich direkt an mich wenden können. Meine Adresse ist allgemein bekannt, sie ist die Burg in Krakau (Heiterkeit). Jeder kann an mich schreiben und es ist klar, dass ich mich bemühen werde, zu helfen. Und wenn ich helfen kann, helfe ich unter allen Umständen.

Eines möchte ich noch sagen: Nehmt an den politischen Kundgebungen unserer Bewegung teil. Bekennt Euch allüberall zur Fahne Adolf Hitlers, lasst Euch den Quatsch von einer Schwäche der Bewegung nicht einreden, lasst Euch nicht abbringen von dieser Idee Adolf Hitlers; glaubt nicht daran, dass das irgendwie ein Nutzen wäre. Wir hängen nicht deshalb an der Partei, weil sie uns irgend etwas gibt, sondern weil wir mit ihr verbunden sind. Das deutsche Volk soll an

den Prinzipien der Partei deshalb festhalten, weil die Feinde Deutschlands sich gerade die Partei als Zerstörungsobjekt ausgesucht haben. Das hat seine Gründe und wir wissen, warum sie das tun: wenn die Feinde Deutschlands die Bewegung Adolf Hitlers hassen, dann nicht, weil sie das deutsche Volk lieben. Es soll keiner glauben, dass sie etwas anderes erstreben, als die völlige Vernichtung des deutschen Volkes. Der Krieg, der nicht gekommen ist, weil Adolf Hitler der Führer Deutschlands ist oder weil er die NSDAP gegründet hat, ist kein Werk der NSDAP oder Adolf Hitlers. Adolf Hitler und die NSDAP sind nur die Garanten dafür, dass die deutsche Wehrmacht den notwendigerweise so oder so gekommenen Krieg gewinnen wird(Beifall). Daher geht mein Appell an Sie, meine Kameradinnen und Kameraden dahin, Euch zu dieser Idee des Führers zu bekennen, wo Ihr immer könnt, gerade auch angesichts ~~auch~~ des fremden Volkstums. Es ist klar, dass es wegen der dienstlichen Verpflichtungen nicht immer leicht ist, aber die Bewegung kommt Euch in jeder Weise entgegen. Ich werde die Veranstaltungen der Bewegung immer so legen lassen, dass dem grössten Teil von Euch eine Teilnahme an ihnen möglich ist. Ich weiss, dass auch das in bester Lösung ist, und ich sage dies nicht als Appell, nicht etwa deshalb, weil ich davon überzeugt wäre, es sei notwendig. Ich weiss, wie treu und in welcher Aufgeschlossenheit die Bewegung unsere Belange fördert.

Ihr, meine Kameraden und Kameradinnen, habt auch viele Möglichkeiten im Lande, Euch der deutschen Kultur zu bedienen. Wir können stolz auf das sein, was wir im Lande an Theatern, Konzerten, Kinos und sonstigen gesellschaftlichen Veranstaltungen aufgebaut und durchgehalten haben. Wenn irgend welche Ver-

besserungen und Entwicklungen möglich sind, werde ich auch weiterhin dafür sorgen. Auf Eure berufliche Fortbildung, Euer Fortkommen, Euer Leben werde ich mein Augenmerk richten, wie ich das schon bisher getan habe. Ich weiss nicht, was ich eigentlich noch tun soll, damit Ihr mir endlich glaubt, dass ich es gut mit Euch meine. Die wichtigen Fragen des Lebens müssen von uns aber ständig in erster Linie behandelt werden, das Persönliche darf erst in zweiter, in dritter, in vierter, in fünfter Linie kommen. Wir sind hier nicht im Lande für uns oder auch gerade ~~auch~~ für unsere Gemeinschaft, sondern nur für Führer und Reich.

Wir gedenken der Toten! Unsere vielen Hundert Getöteter aus dem Staatsdienst des Generalgouvernements, Männer und Frauen der Verwaltung, Männer der Polizei und der SS, alle seien mit dem Schwur gegrüsst, dass wir ihr Werk unter Einsatz unseres eigenen Lebens tapfer wie bisher weiter verteidigen.

(Die Kappelle spielt das Lied vom guten Kameraden)

Für uns geht die Arbeit weiter. Im fünften Kriegsjahr, im fünften Jahr auch des Bestehens des Generalgouvernements wollen wir uns weit über das Land hin geloben, den Ernst der Zeit nicht zu verkennen, die Höhe der Aufgabe, die uns gestellt ist, zu ermessen und unser ganzes Leben, Wirken und Trachten, dem Führer und der Grösse unseres Volkes zu weihen.

(Langanhaltender Beifall)

Der Chef der Regierung des Generalgouvernements, Staatssekretär Dr. Bühler, dankt dem Herrn Generalgouverneur für seine Worte und die Anerkennung der Arbeit der Regierungsgefolgschaft. Er gelobt im Namen aller,

so wie bisher treueste Pflichterfüllung bis zum siegreichen Kriegsende und bringt das Sieg-Heil auf den Führer aus.

Die Lieder der Nation beenden den Dienstappell der Regierung.

13[00] M i t t a g e s s e n

15[10] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Leiter des Statistischen Amtes, Direktor Dr. Müller.

Dr. Müller überreicht dem Herrn Generalgouverneur ein erstes Druckexemplar des Amtlichen Verzeichnisses der Gemeinden und Dörfer des Generalgouvernements. Er dankt bei dieser Gelegenheit dem Herrn Generalgouverneur für das grosse Wohlwollen und Verständnis, das er der Arbeit des Statistischen Amtes stets entgegengebracht habe. Die Mitarbeiter des Statistischen Amtes seien voll Freude über die Anerkennung, die ihre Arbeit durch den Herrn Generalgouverneur erfahren habe. Sein Bestreben werde es sein, das Statistische Amt des Generalgouvernements zu einem Musteramt zu machen.

Der Herr Generalgouverneur spricht Direktor Müller und seinen Mitarbeitern Dank und Anerkennung für die vortreffliche Leistung aus und gibt gleichzeitig dem Wunsche Ausdruck, Direktor Müller und seine Mitarbeiter demnächst auf der Burg zu empfangen.

15[30] Verwundetenempfang im Staatskasino aus Anlass des vierten Jahrestages des Generalgouvernements.

19

25.10.1943.

Der Herr Generalgouverneur begrüsst die Anwesenden mit folgenden Worten:

Meine Herren Generäle, liebe Kameraden!

Die Regierung des Generalgouvernements wollte den 4.Jahrestag des Bestehens dieses am 26.Oktober 1939 vom Führer gegründeten Nebenlandes des Grossdeutschen Reiches nicht begehen, ohne Euch, verwundete Kameraden des Heeres, der Luftwaffe, der Waffen-SS und aller kämpfenden Verbände unseres Reiches, ihre innere Verbundenheit zum Ausdruck zu bringen. Viele Tausende von Verwundeten sind in den Lazaretten und in den Anstalten des Generalgouvernements untergebracht. Ihr seid uns die liebsten Gäste. Nächst den aus den zerstörten Gebieten unseres grossen Vaterlandes zu uns gekommenen Kindern und Bombengeschädigten seid Ihr es, denen die Fürsorge Eurer eigenen Verbände, aber auch des Staates Generalgouvernement mit besonderer Herzlichkeit gewidmet ist.

Nicht nur dieser kameradschaftliche Anlass ist es, der uns heute hier im Staatskasino vereint. Die Geschichte unseres grossdeutschen Reiches und die Geschichte des Freiheitskampfes, den Adolf Hitler mit seiner nationalsozialistischen Wehrmacht gegen eine ganze Neidingswelt zu bestehen hat, führt uns den Blick zurück und lässt uns daran erinnern, dass die grosse Wucht der Persönlichkeit Adolf Hitlers als politische Gestalt, die bis an die Sterne reicht, in einem Lazarett begann. Es war im Jahre 1918, da Adolf Hitler in Pasewalk ohnmächtig im Lazarett lag, durch eine Kriegsverletzung seines Augenlichtes beraubt. Da kam die erschütternste Stunde des damals kämpfenden Reiches, als auch in diese Lazarettstube die Nachricht gebracht wurde, dass durch einen Dolch-

stoss sondergleichen die deutsche Verteidigung zusammengebrochen war und durch die sogenannte Revolution vom November 1918 alle Kriegsopfer umsonst gebracht schienen. Damals lag Adolf Hitler krank darnieder und wühlte sich, wie er in seinem Buch "Mein Kampf" schreibt, mit Tränen in den Augen in seinen Kissen. Und damals tat er in diesem Lazarett den Schwur, wenn der Herrgott ihm das Augenlicht jemals wiedergeben würde, dann würde er das als ein schicksalhaft zu deutendes Zeichen für seinen eigenen Lebensweg gleichsam als göttliches Flammenzeichen annehmen. Und es geschah, dass er das Augenlicht wieder bekam und es ertönt lapidar das Wort: "Und ich beschloss Politiker zu werden".

Das ist für uns ein gewaltiges Ereignis und Sie sehen, meine Kameraden, was der Schmerz und das Leid, die die Wunden des Krieges schlagen, vermögen. Sie trafen damals einen Mann, der bestimmt war, im Rahmen eines Lazaretts die grosse Wiederkehr deutscher Freiheit bei sich zu entschliessen. Was liegt nicht alles an dramatischer Wucht in diesem Augenblick. Vom Lazarett in Parsewalk geht der neue Frühling unseres Volkes aus. Es beginnt dieser einzigartige Aufstieg des Reiches und des Volkes, unserer Nation zu Grossdeutschland, zu dem ungeheuren nationalsozialistischen Aufbruch, der uns an die Spitze Europas und in die Entscheidungsposition brachte, gegenüber den Verderbern der europäischen und menschlichen Werte.

So haben wir im Generalgouvernement als dem ersten durch den Heldenmut unserer Soldaten im Jahre 1939 eroberten Gebiet allen Anlass, unseren Verwundeten dankbar für den Geist zu sein,

der sie beseelt. Aus ihm kam einmal Deutschlands Wiedergeburt.

Meine Kameraden! Ich freue mich, dass Sie der Einladung der Regierung Folge leisteten, und ich möchte auch an dieser Stelle, Ihnen, die Sie hier im Raume sind, und darüber hinaus allen Verwundeten im Generalgouvernement wiederum die Erklärung abgeben, dass die Regierung des Generalgouvernements und auch der Arbeitsbereich Generalgouvernement der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei auch in Zukunft alles tun werden, um Euch ein Kleines an dem Dank und der Verpflichtung abzustatten, auf die Ihr mit Fug und Recht auf Grund Eures Einsatzes rechnen könnt. Das nationalsozialistische Reich Adolf Hitlers wird den verwundeten Soldaten nicht vergessen, sondern wird ihm den Ehrenplatz einräumen, der ihm in der künftigen Ordnung des Aufbaues unseres Volksganzen gebührt. Ihr habt Eure höchste Pflicht erfüllt, Ihr werdet daher auch höchste Rechte geniessen.

Seid hier auf das Herzlichste begrüsst. Ich danke allen, die an der heutigen Veranstaltung Verdienste haben, für das Zustandekommen dieses Nachmittags. Ich danke insbesonderen allen, die gekommen sind, um uns hier den Gruss der Wehrmacht zu entbieten. Ein Wort aber von ganz besonderer Herzlichkeit richte ich an die Schwestern, die ich in unseren Reihen sehe. Wenn ich diese tapferen Vorkämpfer echtester volksgenössischer Kameradschaft und dienstlicher Hingabe in unserer Mitte sehe, so erinnere ich mich an die Zeit, da wir selbst einmal während des Weltkrieges in den Lazaretten lagen. Damals waren es die gleichen Gestalten mildester und selbstlosester Fürsorge, die uns den ersten Gruss der Liebe brachten und die Schrecken des Krieges vergessen liessen. Ich danke Euch, Ihr tapferen Schwestern, die Ihr hier

im volksfremden Raum unseren Verwundeten die opferreiche Bürde deutschen Frauentums gewährt. Ich danke Euch und Euren Ärzten, diesen vorbildlichen Rückführern unserer Verwundeten zur Gesundheit, zum Lebensmut und zur Lebenskraft. Ihr alle seid mit meinem Gruss umfasst, möge Euch diese Stunde in herzlicher Erinnerung bleiben.

Wehrkreisbefehlshaber General Haenicke dankt dem Herrn Generalgouverneur in kurzen Worten für die Veranstaltung dieses Nachmittags und darüber hinaus für die ständige Fürsorge, die die Regierung des Generalgouvernements und die Partei im Generalgouvernement den Verwundeten zuteil werden lässt.

18^{00} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

19^{30} Teilnahme am Festkonzert der Philharmonie des Generalgouvernements im Haus Urania.

Anschliessend begibt sich der Herr Generalgouverneur ins Regierungskasino in der Arkadia auf dem Adolf-Hitler-Platz.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
auf der Burg)

IV/1

Dienstag, den 26.Oktober 1943.

10^{30} Regierungssitzung im Rahmen eines Staatsaktes im Neuen Regierungssaal der Kanzlei des Generalgouverneurs.

(Protokoll siehe Beiakten)

13^{40} Mittagessen

17^{20} Tee-Empfang von Pressevertretern aus dem Reich.

Im Verlauf des Tee-Empfanges richtet der Herr Generalgouverneur eine Ansprache an die Pressevertreter, in der er ihnen eine Schilderung der gegenwärtigen Verhältnisse im Generalgouvernement gibt.

19^{00} Festaufführung im Staatstheater.

Zur Aufführung gelangt die Oper"Die Hochzeit des Figaro" von Wolfang Amadeus Mozart.

22^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

Anschließend Zusammensein mit Pressevertretern im Kasino der Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Mittwoch, den 27.10.1943. Krakau

10[25] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Staatsbibliothek zwecks Teilnahme an der Einweihung des Chopin-Museums.

12[30] Richtfest für den Kanzleineubau für alle Bauarbeiter und die auf der Burg beschäftigten Nichtdeutschen.

Nach Begrüssungworten des Baudirektors Hallbauers vom Technischen Zentralamt richtet der Herr Generalgouverneur folgende Worte an die Anwesenden:

Arbeitskameraden und Kameradinnen! Ich danke Euch von ganzem Herzen für Eure brave und treue Arbeit an der alten stolzen Burg zu Krakau. Es hat zwar ein bisschen lange gedauert, bis wir soweit gekommen sind, aber schliesslich sind wir doch zu einem Ende gekommen. Es ist besser, man kommt langsam zum Ziel, als dass man zu schnell läuft und überhaupt nicht zum Ziel kommt.

Jeder von Euch hat an diesem Bau sein Bestes geleistet. Wenn Ihr unten in der Stadt seid, könnt Ihr auf die Burg zeigen und sagen, da habe auch ich mitgearbeitet. Ihr könnt sagen: der Generalgouverneur mag noch so stolz sein, er würde frieren, wenn wir ihm nicht die Burg gebaut hätten(Heiterkeit).

Leider haben wir im Verlaufe dieser langen Bauzeit einige unserer Kameradinnen und Kameraden durch den Tod verloren. Sie sind gestorben und zu ihrer Erinnerung erheben wir uns.

Es ist mein fester Wunsch, dass alle braven Männer und Frauen dieses Landes trotz des schwe-

ren Krieges und trotz der furchtbaren Zeiten ein gesundes Leben zu führen vermögen. Es wäre schön, wenn der Bau der Burg, der von Deutschen und Polen gemeinsam errichtet wurde, ein Symbol dafür wäre, dass diese beiden Kulturvölker in Zukunft in einem vom Bolschewismus befreiten Europa ein glückliches Leben führen wollten.

Ich hoffe und glaube, dass Gott der Allmächtige schon weiss, wie er die Welt eingerichtet hat. Ich habe heute in Krakau das Chopin-Museum eröffnet. Wir haben unter schwersten Umständen die wertvollsten Erinnerungsstücke an diesen grössten polnischen Musiker gerettet und nach Krakau gebracht. Ich wollte dies nur sagen, um Euch zu zeigen, dass ich mich persönlich bemühen will, die Dinge hier im Lande soweit es nur irgend geht in Ordnung zu bringen.

Ich danke Euch dafür, dass Ihr den schönen Bau gemacht habt und noch vollenden werdet. Ihr sollt, wenn Ihr irgend ein Anliegen habt, zu mir kommen können. Möge Gott mit Eurem Leben und Eurer Arbeit sein und Eure Familien schützen. Das ist mein Wunsch. Ich trinke auf Euer Wohl.

Im Namen Aller spricht dem Herrn Generalgouverneur ein Vorarbeiter den Dank für die Feier aus und verbindet damit seinen persönlichen Dank für das, was der Herr Generalgouverneur im Dienst der gemeinsamen Sache an diesem Bau getan hat.

IV/16

27.10.1943

15[00]

Gouverneurssitzung

(Teilnehmerliste siehe Anlage)

Staatssekretär Dr. Bühler teilt zunächst mit, dass er die Gouverneure von dem Inhalt des Fernschreibens betreffend die Abberufung des Staatssekretärs Krüger unterrichtet habe. Reichsführer SS Himmler habe dem Herrn Generalgouverneur in einem Fernschreiben mitgeteilt, dass die Aufstellung neuer Divisionen der Waffen-SS ihn dazu genötigt habe, den bisherigen Staatssekretär für das Sicherheitswesen, General der Polizei Krüger, abzuberufen. Er habe vorgeschlagen, den bisherigen Höheren Polizeiführer des Warthegaues, SS-Obergruppenführer Koppe, zu seinem Nachfolger in der Stellung als Staatssekretär für das Sicherheitswesen zu ernennen. Der Herr Generalgouverneur habe diesem Vorschlage zugestimmt.

Der Reichsführer SS habe seinen Besuch in Krakau für Anfang November in Aussicht gestellt, und bei dieser Gelegenheit solle Staatssekretär Krüger die Dienstgeschäfte an den neuen Staatssekretär Koppe übergeben.

27.1o.43.

Der Herr Generalgouverneur gibt dazu folgende Erklärung ab: ihm sei versichert worden, daß SS-Obergruppenführer Koppe mit genauer Marschroute in völliger Gegensätzlichkeit zu dem bisherigen Zustand versehen und nunmehr ein Weg zu sachlicher Zusammenarbeit gefunden werden solle.

Der Herr Generalgouverneur spricht dann den Gouverneuren seinen Dank und seine Anerkennung für ihr Festhalten an den Grundlinien aus, die für das Generalgouvernement erarbeitet worden seien.

Der bisherige Bevollmächtigte des Generalgouverneurs in Berlin Dr.Heuber wird vom Herrn Generalgouverneur im Einverständnis mit Staatssekretär Dr.Boepple zum Regierungskommissar für das gesamte Kammerwesen ernannt und erklärt sich zur Übernahme dieses Amtes bereit.

Die kommissarische Verwaltung der Stellung des Bevollmächtigten in Berlin wird Landgerichtsrat Taschner übertragen.

Die Gouverneure berichten dann über die Verhältnisse in den Distrikten.

Gouverneur Kundt teilt mit, daß sich die allgemeine Lage im Distrikt Radom nicht geändert habe, die Sicherheitslage allerdings angesichts des massierten Auftretens von Banden etwas schlechter geworden sei. In den letzten Wochen sei auch eine systematische Verfolgung der Volksdeutschen zu beobachten. Es sei gelungen, im Wege einer Großaktion verschiedene Banden zu zerschlagen. Die Schwierigkeiten, die sich für den Distrikt ergäben, seien

27.1o.43.

hauptsächlich auf die Verlegung großer Rüstungsbetriebe aus dem Reich in den Distrikt Radom zurückzuführen, für die wohl Techniker und Meister, aber keine Arbeiter zu erhalten wären. Unter diesen Umständen komme eine Abgabe von Arbeitern an das Reich unter keinen Umständen mehr in Frage. -
Im übrigen zeige sich eine gewisse Versteifung der Lage darin, daß sich die Bauern infolge der ihnen von den Banden bezw. der Widerstandsbewegung angedrohten Verfolgung weigerten, ihre Kontingente abzuliefern. Das Aufbringungssoll werde bei Getreide im allgemeinen erfüllt werden können. Schwieriger sei die Kartoffelerfassung, und zwar vor allem angesichts des Umstandes, daß schlechtes Saatgut ausgegeben worden sei. Bei Kartoffeln könne nach Meinung der landwirtschaftlichen Sachverständigen nur eine Erfassung von 75% garantiert werden.

Was die Sicherheitsfrage angehe, so sei vom BDS zugestanden worden, daß vor der Aburteilung von Übertretungen der Verordnungen, die von Verwaltungsstellen festgestellt würden, den Kreishauptmännern Mitteilung gemacht und ihnen die Möglichkeit gegeben werden, zu den Dingen Stellung zu nehmen. Große Sorge bereite der Distriktsverwaltung die Frage der Sicherheit der zerstreut wohnenden Volksdeutschen, die vielfach eine ausgezeichnete Haltung zeigten.

Die Arbeit in den Fabriken verlaufe im allgemeinen günstig. Die Neuregelung der Ernährung der Arbeiter habe gute Auswirkungen gehabt. Was die eigentliche Arbeitstätigkeit anlange, so habe die Arbeit in den Betrieben keine Verschlechterung erfahren, wenn sich auch eine gewisse politische Stimmungsänderung im Verhalten der Arbeiter bemerkbar

27.1o.43.

bemerkbar mache.

Gouverneur Dr.Wächter führt aus, daß man die Arbeit im Distrikt Galizien nicht nur mit den Verhältnissen in anderen Distrikten in Vergleich setzen könne, sondern sie auch mit den Verhältnissen vergleichen müsse, die z.B. in Wolhynien herrschten. Wenn man bedenke, daß dort eine deutsche Verwaltung überhaupt nicht mehr bestehe und von einer Ernteeinbringung kaum die Rede sei, dann könne man erst ermessen, wie die Verwaltung des Distrikts Galizien arbeite.

Die Sicherheitslage sei bis Juli 1943 durchaus befriedigend gewesen. Erst von diesem Zeitpunkt an sei infolge des Auftretens der Kolpakbanden eine Änderung eingetreten, und die Machtverhältnisse hätten sich verschoben, sodaß in weiten Kreisen der Bevölkerung ein Gefühl der Schutzlosigkeit herrsche. Nach Zerschlagung der Kolpakbanden hätten sich ihre Angehörigen über das ganze Gebiet verstreut. Es bildeten sich wieder größere Gruppen, die auch nur mit einer stärkeren Exekutivmacht zerschlagen werden könnten. Hier müsse sofort etwas geschehen; denn wenn man bis zum Frühjahr warte, werde man eine Division einsetzen müssen.

Mit der Erfassung von 33o ooo Tonnen Getreide stehe der Distrikt Galizien, absolut gesehen, an der Spitze aller Distrikte. Diese Erfassung müsse mit einem Bruchteil des Apparats durchgeführt werden, der anderen Distrikten zur Verfügung stehe. Die gesamte Aufbringungssumme von 585 ooo Tonnen sei zweifellos übersetzt. Zu berücksichtigen sei

27.1o.43.

ferner der Umstand, daß die Liegenschaften vielfach schlechter arbeiteten als die bäuerlichen Wirtschaften.

Die Zahl der Baudienstmänner habe sich von 9ooo wieder auf 12ooo bis 15ooo erhöht. - Auch mit der Aufstellung der SS-Schützendivision habe man gute Erfolge erzielt. Bis jetzt seien 5 Regimenter aufgestellt worden, und die Kommandeure berichteten über den Zustand der Truppe durchaus positiv.

Über die Lage im Distrikt Lublin berichtet Gouverneur Dr.Wendler. Er teilt mit, daß der Nachfolger des früheren SS- und Polizeiführers Globocnik nunmehr seine Arbeit aufgenommen habe. Der neue SS- und Polizeiführer Sporenberg sei ein absolut ruhiger Mann mit großer Osterfahrung.

Bisher seien 83% der Getreideernte erfaßt und bereits in Lägern untergebracht, bei Roggen seien es über 6o%. Auch die Ergebnisse in dem mit Deutschen besiedelten Gebiet seien zufriedenstellend. Die Bestellung der Felder sei angesichts des günstigen Wetters gut von statten gegangen.

Die Sicherheitslage habe sich nicht verschlechtert, wobei allerdings berücksichtigt werden müsse, daß die Verhältnisse im Osten des Distrikts nach wie vor katastrophal seien. Angesichts dieser Zustände liege die Holzabfuhr zur Zeit vollkommen still.

L 6

27.1o.43.

Gouverneur Dr.Fischer kann im allgemeinen von einer zufriedenstellenden Lage im Distrikt Warschau berichten. Auch die Sicherheitsverhältnisse hätten sich nicht verschlechtert, sondern sogar gegenüber der Zeit vor dem Juli etwas gebessert. Für die Neuregelung der Ernährung der Bevölkerung seien entsprechende Maßnahmen getroffen und die notwendigen Mengen sichergestellt. Gleichwohl seien im allgemeinen die Schleichhandelspreise nicht gesunken, abgesehen von den Preisen für Brot, die aber jetzt wieder anstiegen. Die Ernteergebnisse seien sehr befriedigend: 11o% der Kontingente seien erfaßt, 1o2% bereits in Lägern.

General der Flieger Sommé, Oberst Sachs und Oberstleutnant von Mirbach vom Luftgaukommando VIII werden hierauf zu den weiteren Beratungen hinzugezogen.

General der Flieger Sommé gibt einen eingehenden Bericht über die derzeitige Luftlage unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Generalgouvernement.

Anschließend spricht Oberstleutnant von Mirbach über die Organisation des Luftschutzes im Generalgouvernement. Er kündigt an, daß Vorträge über diese Frage demnächst in den Distrikten gehalten werden würden.

c I

27.10.1943

16[45] Besprechung über die Sicherheitslage. Anwesend sind Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Dr. Boepple, die Gouverneure Dr. Fischer, Dr. Wächter, Kundt und Dr. Wendler, SS-Oberführer Bierkamp, Generalmajor der Polizei Grünwald, der Bevollmächtigte Dr.Heuber und Regierungsdirektor Dr. Schmidt.

SS-Oberführer Bierkamp führt folgendes aus: Die Sicherheitslage insbesondere in Warschau bereite grosse Sorgen. In Warschau befinde sich die Zentrale der nationalen Widerstandsbewegung, während in den anderen Distrikten lediglich Untergruppen beständen. Das Hauptaugenmerk des SD sei daher in erster Linie auf Warschau gerichtet. Die nationale Widerstandsbewegung versuche nach allen Seiten anzuknüpfen und sei in der Lage, jederzeit loszuschlagen. Vorerst wolle sie das aber noch nicht. Die Kommunisten verfolgten das Ziel, die Bevölkerung durch Terrormassnahmen aufzuputschen.

Durch die von der deutschen Verwaltung eingeführte Verordnung und die eingeleiteten Sühnemassnahmen sei nun die nationale Widerstandsbewegung in einen schweren Konflikt geraten. Sie habe mit der Emigrantenregierung in London Verhandlungen über ihr weiteres Verhalten eingeleitet, bis jetzt aber noch keine Antwort erhalten. Man scheine die Entscheidung darüber der Widerstandsbewegung im Lande zu überlassen. Sie trete auch an den SD heran; scheinbar wolle sie von Terrormassnahmen gegen Deutsche Abstand genommen sehen. Sie erklärte, dass wir mit unseren Massnahmen nur den Kommunisten in die Hände arbeiteten; die Terrorwelle würde ständig zunehmen und zum Aufstand führen.

Die Kommunisten würden selbstverständlich durch die deutschen Massnahmen von weiteren Terrorakten nicht abgehalten. Ihnen könne man nur

c 2

dadurch begegnen, dass man die Kommunistenführer und aktiven Terrorgruppen fasse und zerschlage. Zu diesem Zweck seien Strassenstreifen eingesetzt worden, von denen die Gefassten sofort standgerichtlich abgeurteilt würden. Bei diesem Verfahren nehme man selbstverständlich eine Menge unschuldiger Leute fest, die aber alle wieder entlassen würden. Eine solche Aktion dürfe auch nicht nur eine Fangaktion für den Arbeitseinsatz werden.

In Warschau habe man bereits eine Menge Individuen gefasst, die mit Waffen aller Art, sogar mit Handgranaten ausgerüstet gewesen seien. Auch viele Kuriere habe man bereits erwischt. Die eingeführten Massnahmen würden noch verbessert werden. Leider mache sich der Mangel an ausreichenden Kräften zur Durchführung solcher Aktionen bemerkbar.

Die Sicherheitspolizei habe viele Leute, die seit dem 10.Oktober auf Grund der Verordnung vom gleichen Tage strafbare Handlungen begangen haben, in Händen. Diese seien zum Tode verurteilt und würden als Sühne für Verbrechen erschossen. Ihre Namen würden der Bevölkerung durch Plakate bekannt gegeben, und ihr mitgeteilt, dass die und die Leute Begnadigung zu erwarten hätten, wenn nicht weitere Morde an Deutschen vorkämen. Für einen ermorderten Deutschen würden 10 dieser Polen hingerichtet. Für Verbrechen, die Polen begangen hätten, würden nur Polen hingerichtet werden und analog sei es bei den Ukrainern. Für Taten der nationalen Widerstandsbewegung würden auch keine Kommunisten erschossen und umgekehrt. Bei unklarem Sachverhalt würden kommunistische Verbrecher erschossen.

Die Verordnung vom 10.Oktober habe bereits eine gewisse Beruhigung erzielt, und die Morde an Deutschen in Warschau hätten nachgelassen.

c 3

25.10.1943.

Nächstes Besprechungsthema ist der Luftschutz im Generalgouvernement.

Generalmajor Grünwald berichtet von Bestrebungen der Wehrmacht, die Führung des Luftschutzes in ihre Hände zu bekommen. Diese Bestrebungen seien besonders stark bei der Luftwaffe spürbar. Irgendwelche Vereinbarungen in dieser Frage zwischen OBdL und Reichsführer SS bestünden aber noch nicht.

Im Generalgouvernement sei für den Luftschutz zu wenig getan. Grössere öffentliche Luftschutzräume seien nicht vorhanden. Die dafür im Haushalt ausgesetzten 1 Million Zloty seien für die Ausgestaltung von Räumen in den Dienststellen verbraucht.

Hauptmann Schubert berichtet, dass er die vordringlichsten Luftschutzmassnahmen untersucht habe, und als dringlichste Forderung den Betrag von 10 Millionen Zloty und 200 Tonnen Eisen ansehen müsse.

Regierungsdirektor Dr. Schmidt weist darauf hin, dass noch 4 Millionen Zloty für Luftschutzzwecke zur Verfügung ständen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, dass Träger des Luftschutzes die Ordnungspolizei sei und ihr die 4 Millionen Zloty sofort übergeben werden sollen. Weitere 6 Millionen Zloty müssten noch ausgeworfen werden. Wegen der Zurverfügungstellung von 200 Tonnen Eisen will er sich auf Anregung des Hauptmann Schubert mit Generalfeldmarschall Milch in Verbindung setzen. Generalmajor Grünwald gibt er den Auftrag, für die Intensivierung der Luftschutzmassnahmen ein Regulativ auszuarbeiten. Dann wird unter Hinzuziehung aller interessierten Stellen wie Wehrmacht und Partei eine eingehende Sitzung über diese Frage unter seinem Vorsitz auf der Burg

27.10.1943.

stattfinden. Eine neugefasste Verordnung wird dann auf Grund dieser Besprechung erlassen werden.

Gouverneur Kundt weist in diesem Zusammenhang auf den LHD hin, der aus zum Teil sehr unverlässlichen Polen zusammengesetzt sei. Die Stadt- und Kreishauptmänner hegten grosse Befürchtungen, dass im Katastrophenfalle diese kommunistisch durchseuchten Trupps das deutsche Leben nicht schaützen würden, sondern gegen die Deutschen vorgingen. Vielleicht könne man die polnischen Angestellten der Behörden für eine Art Luftschutzdienst ausbilden.

Der Herr Generalgouverneur weist SS-Oberführer Bierkamp auf diese Sachlage hin und bittet ihn um sein besonderes Augenmerk.

Polizeihilfsdienst:

Staatssekretär Dr. Bühler erklärt, dass er die Einziehung von deutschen Behördenangehörigen zum Polizeihilfsdienst auf die Höchstfrist von 10 Tagen begrenzt habe. Neuerdings sei nun ein Vorstoss unternommen worden, der bezwecke, eine grössere Anzahl (200) für 4 Wochen zu kasernieren. Er stehe jedoch auf dem Standpunkt, dass der Polizeihilfsdienst nur im Katastrophenfalle einzugreifen habe, nicht aber, um die laufenden Arbeiten der Polizei zu unterstützen. Ausserdem könne die Verwaltung des Generalgouvernements praktisch auf so viele Arbeitskräfte für längere Dauer nicht verzichten.

Der Herr Generalgouverneur schliesst sich der Auffassung Staatssekretär Dr. Bühlers an.

c 5

1168

27.10.1943.

Sonderdienst:

Generalmajor Grünwald weist auf die geringe Zahl der Sonderdienstmänner hin. Er habe daher eine Verfügung, auf Grund der von einer Werbung zum Sonderdienst Abstand genommen werden soll, aufgehoben. Man benötige etwa 300 Mann.

Der Herr Generalgouverneur legt grösstes Gewicht auf die Erhaltung des Sonderdienstes und bittet Generalmajor Grünwald, sich hier als seinen besonderen Beauftragten anzusehen.

Gouverneur Kundt will für den Sonderdienst eine Art UK-Stellung ausgesprochen sehen, da bei einer restlosen Einziehung aller jungen Waffenträger zum Sonderdienst viele volksdeutsche Dörfer schutzlos den Banditen ausgesetzt seien.

Generalmajor Grünwald berichtet, dass der Inspekteur des Sonderdienstes Weisung habe, die Einziehungen im Einvernehmen mit den Gouverneuren durchzuführen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob man die polnische Bevölkerung nicht über die Luftgefahr aufklären solle, antwortet Generalmajor Grünwald, dass es zweckmässiger sei, eine solche Aufklärung stillschweigend durchzuführen.

Gouverneur Fischer berichtet von der Aufstellung eines neuen Alarmplanes in Warschau von Seiten der Wehrmacht und Polizei. Darin sei vorgesehen, dass im Falle der dritten Alarmstufe die Befehlsgewalt auf die Oberfeldkommandantur übergehe.

Der Herr Generalgouverneur erklärt dazu, dass ihm davon nichts bekannt sei. Er bittet Gouverneur Fischer um eine offizielle Meldung.

c 6

27.10.1943.

17[30]

Fortführung der Besprechungen unter Hinzuziehung der Präsidenten Senkowsky, Naumann, Struwe, Eißfeldt und des Oberlandesforstmeisters Mann. SS-Oberführer Bierkamp und Generalmajor der Polizei Grünwald verabschieden sich.

Präsident Eißfeldt macht Ausführungen über die Notwendigkeit sofort zu ergreifender Massnahmen für die Holzbeschaffung. Bis jetzt sei es gelungen, die Holzanforderungen hauptsächlich der Wehrmacht, der Rüstungsindustrie und des Bergbaues in Oberschlesien zu befriedigen. Nun seien aber mit der Zurückverlegung der Ostfront an die Forstverwaltung des Generalgouvernements umfangreiche Neuanforderungen an Holz gestellt worden, zu deren Beschaffung ausserordentliche Massnahmen ergriffen werden müssten.

Präsident Eißfeldt führt dann im einzelnen die Zwecke an, für die die Neuanforderungen der Ostfront benötigt werden (z.B. Ausbau von Auffangstellungen, Frontflugplatzeinsatzhäfen, Aufrechterhaltung des Eisenbahnverkehrs, Bau neuer Strecken, Wassertürme, Betriebsgebäude, Ausbesserung zerstörter Lastwagen, Barackenbau, Finnenhütten, Munitionspackgefässe, Kisten, Flugzeugholz). Weiter zählt er im einzelnen die Bedarfsträger im Generalgouvernement auf.

Anschliessend gibt er die Gründe für die in der letzten Zeit stark angeschwollenen Lieferungsausfälle an und bezeichnet als Hauptgrund die schlechte Sicherheitslage mit all' ihren Folgen.

Die Holzbeschaffung müsse nunmehr auf gleiche Stufe mit der Ernährungssicherung gerückt werden. Um den Bedarf der Front befriedigen zu können, müssten auf dem Gebiete der Holzbeschaffung ausseror-

27.10.1943

dentliche Massnahmen ergriffen werden. Am geeignetsten halte er die Ausdehnung bezw. Umstellung der landwirtschaftlichen Polizeistützpunkte auf forstliche Interessen, denn es müsse eine weitgehende Sicherung der Waldgebiete vor Banditen erreicht werden. Nur so sei die Gewähr dafür gegeben, dass man die in den Wäldern lagernden 30 % des alten Einschlages abfahren und den neuen Einschlag durchführen könne. Seiner Meinung nach werde sich die Wehrmacht an der Bildung von Forststützpunkten beteiligen.

Der Herr Generalgouverneur holt telefonisch die Bereitwilligkeit Generalmajors Grünwald zur Beteiligung der Polizei an solchen Stützpunkten herbei. Er schlägt Präsident Eißfeldt vor, einen Arbeitsplan für die Holzabfuhr und für die Durchführung des Neueinschlages aufzustellen. Er solle für jede Kreishauptmannschaft, in deren Waldgebiet Holz lagere, einen Plan aufstellen, auf Grund dessen dann die Abfuhr in wenigen Tagen vonstätten gehen könne. Weiter solle er mit der Wehrmacht und der Polizei zwecks Zurverfügungstellung von Sicherungskräften für diese Zeit verhandeln. Wenn er diese Kräfte nur für mehrere Wochen, nicht aber für längere Zeit von der Polizei und Wehrmacht anfordere, dann werde er dafür auch Zusagen erhalten können. Er sei gerne bereit, sich bei eventuell auftretenden Schwierigkeiten einzuschalten. Nach Durchführung der dringlichsten Aufgaben könne man die Frage der Einrichtung von dauernden Polizeistützpunkten in den dichtesten Waldgebieten erneut prüfen.

Präsident Struwe berichtet von einer Tagung über die Arbeitseinsatzlage im Reich und erklärt, dass dabei die Leistungen des Generalgouvernements indirekt

27.10.1943.

anerkannt worden seien. Im nächsten Jahr würden im Reich 3 Millionen Arbeitskräfte benötigt. Das Generalgouvernement müsse dazu 100 000 Mann abstellen. Diese Zahl lasse sich ohne grössere Schwierigkeiten aufbringen, denn sie betrage nur 1/30el des Gesamtaufkommens, während bisher immer 10 bis 30% angefordert worden seien. Die Arbeitsverwaltung des Generalgouvernements wende sich jetzt in starkem Masse Fragen der Arbeitsdisziplin zu, da jetzt durch Schaffung einer ausreichenden Ernährung die Voraussetzungen dafür gegeben seien.

Der Herr Generalgouverneur gibt Präsident Struwe seinen Wunsch bekannt, zur Arbeitererfassung Polizeikräfte nicht mehr heranzuziehen.

Präsident Naumann macht Ausführungen über die Getreide- und Kartoffelerfassung. Letztere bereite wegen des schlechten Ausfalls der Ernte grosse Sorgen. Man müsse damit rechnen, dass die Kartoffelernte im Mai oder Juni nächsten Jahres aufgebraucht sein würde. Als Ersatz müsse man dann der Bevölkerung Mehl zur Verfügung stellen, sodass jede Tonne Getreide, die man über das Kontingent erfassen könne, hier eine Entlastung bringen könne.

Sorgen bereite auch die Erfassung von Vieh und Molkereierzeugnissen. Er hoffe aber, in naher Zukunft einige Hundert Kräfte aus der Ukraine zu erhalten; mit diesen Kräften würde man dann die Erfassung steigern können.

Eine Notwendigkeit sei die Bewachung der 600 Brennereien, da man Angriffe der Widerstandsbewegung befürchten müsse, wenn die Brennereien ihren Betrieb aufnehmen würden. Vielleicht sei es möglich, für jede Brennerei während der Kampagne 10 Mann Bewachung zu erhalten.

27.10.1943.

Anschliessend weist der Herr Generalgouverneur die beiden Staatssekretäre und die 4 Gouverneure auf die kommenden Schwierigkeiten hin, die auf Grund des Näherrückens der Ostfront an das Generalgouvernement für die deutsche Zivilverwaltung erwachsen würden. Das verwaltungsmässige Zusammenhalten der Kohärenz des Generalgouvernements werde grossen Schwierigkeiten begegnen. Anzeichen für die Errichtung einer Art Militärverwaltung im Generalgouvernement seien bereits vorhanden.

Demgegenüber werde er seine Politik der verantwortlichen Führung der Zivilverwaltung weiterhin durchhalten, und er bitte die Herren Gouverneure um Ihre Unterstützung. Nur einem vom Führer geäusserten Wunsch in dieser Beziehung werde er Folge leisten: Dann werde aber von ihm die Zivilverwaltung geordnet und geschlossen an einem bestimmten Zeitpunkt an das Militär übergeben. Verhältnisse, wie sie sich heute in der Ukraine zeigten, würden von ihm nicht geduldet.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Anlage

Anwesenheitsliste

für die Gouverneursitzung

am Mittwoch 27. Oktober 1943 15⁰⁰

im Sitzungszimmer des Gen. Gouvernaus im neuen Kanzleigebäude

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Bühler		
Wächter		
Stuckart	Staatssekretär	Reichsministerium des Innern
Bronnen	"	Luftwaffe
Dr. Pfaff	"	Oberkommando der Wehrmacht
Hasenöhrl	Ministerialrat	Reichsministerium der Finanzen
Boepple		
[illegible]	Gen. d. Flieger	L. G. K. VIII.
[illegible]	Oberst d. Flieger	"

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
M. Mirbach	Oberstleutnant	L. G. K. VIII
Mann	Oberlandforstmeister	Hauptabt. Forsten
Hering	Präs.	Hauptabt. Forsten
Zippel	Forstrat.	HA Forsten.
Semrau	"	" Finanzen
Schmid	Baurat	Fin. Verw.
Rauch	Forstmeister	Fin. L.

V/1

Donnerstag, den 28.Oktober 1943.

$1o^{5o}$ Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Kulturreferent Jaenicke.

11^{1o} Konstituierende Sitzung des Beirats der Kulturvereinigung des Generalgouvernements im Arbeitszimmer des Herrn Generalgouverneurs (Neues Kanzleigebäude).

(Protokoll siehe Anlage zu diesem Tagebuchblatt).

13^{1o} Ministerialrat Dr.Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1) einer VO. über die Wiederherstellung des während der Sowjetherrschaft in Galizien entzogenen privaten Eigentums an Hausgrundstücken und gewerblich genutzten Grundstücken
2) einer VO. über die Errichtung einer Hauptabteilung Verkehr
3) einer VO. zur Änderung der VO. über die Durchführung von Dienststrafverfahren gegen die im Generalgouvernement tätigen deutschen Beamten
4) einer dritten VO. zur Änderung und Ergänzung des polnischen Umlegungsrechtes

vor. Die Verordnungsentwürfe werden von dem Herrn Generalgouverneur unterzeichnet.

Im Zusammenhang mit der VO. unter 2) beauftragt der Herr Generalgouverneur Ministerialrat Dr.Weh, den Präsidenten der Generaldirektion der Ostbahn Gerteis um eine Klarlegung der Verhältnisse zu ersuchen, die sich nunmehr für die Ostbahn gegenüber dem Reichsverkehrsministerium ergeben haben, und dem Herrn Generalgouverneur darüber Bericht zu erstatten.

28.1o.43.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Ministerialrat Dr.Weh, daß sich alle Interessierten Stellen nunmehr mit der Verordnung einverstanden erklärt hätten.

Der Herr Generalgouverneur hält die Herausgabe eines abschließenden von ihm bezw. Staatssekretär Dr.Bühler unterzeichneten Erlasses auf Grund der beiderseitigen Vereinbarungen mit Reichsverkehrsminister Dr.Dorpmüller für notwendig, und zwar um so mehr, als ihm eine Schlußformulierung über diese Vereinbarungen noch nicht vorgelegt worden ist.

Der Herr Generalgouverneur verfügt weiter, daß Präsident Gerteis ihm abschließend unter Vorlage der Dokumente darüber Bericht erstattet, wie nun die Lage der Ostbahn im Verkehr mit dem Reich gestaltet sei, vor allem, welche Rechte das Generalgouvernement bezüglich der Generaldirektion der Ostbahn etwa in Gestalt einer Einflußnahme auf Verkehr, Betrieb usw. habe. Für diese Berichterstattung des Präsidenten Gerteis beraumt der Herr Generalgouverneur Termin am 9.November vormittags 1o Uhr an.

Der Herr Generalgouverneur trifft dann folgende Anordnung: Am 9.November vormittag 11 Uhr findet aus Anlaß der Errichtung der Hauptabteilung Verkehr ein feierlicher Akt auf der Burg zu Krakau in Anwesenheit der Staatssekretäre und der Vertreter anderer interessierter Stellen statt.

28.1o.43.

3

13^{20} Mittagessen

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf

21^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Trzebinia.

21^{26} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach München.

Anlage. 1176

N i e d e r s c h r i f t

über die

konstituierende Sitzung des Beirats der Kulturvereinigung des Generalgouvernements.

An der Sitzung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur

Präsident Ohlenbusch

Leiter der Abteilung Kultur der Hauptabteilung Propaganda Jäenicke

Leiter des Hauptarbeitsgebiets Schulung des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP. Holweger

Pressechef Gassner

Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit Dr. Coblitz

Intendant Stampe

Intendant Haslinde

Hauptschriftleiter Stöppler

Musikreferent Bader

Verlagsleiter Strozyk

Stellvertr. Sendeleiter Noglik.

Präsident Eichholz

Die Sitzung wird um 11^{1o} durch den Herrn Generalgouverneur eröffnet.

Zunächst erstattet der Hauptgeschäftsführer der Kulturvereinigung Jaenicke einen Bericht über die bisherige Tätigkeit der Kulturvereinigung und gibt einen Überblick über die für die nächste Zeit geplanten Veranstaltungen.

Nach dem Bericht folgen die

Konstituierung des Beirats und die Bestellung seiner Mitglieder.

Nach § 6 der Satzung der Kulturvereinigung werden die Mitglieder des Beirats auf Vorschlag des Generalsekretärs vom Generalgouverneur bestellt und abberufen.

Auf Vorschlag des Generalsekretärs Präsidenten Ohlenbusch werden zu Mitgliedern des Beirats ernannt: Pressechef Gassner, Oberregierungsrat Dr.Coblitz, Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit, Intendant Stampe, Intendant Haslinde, Verlagsdirektor Strozyk, Hauptschriftleiter Stöppler, Musikreferent Bader, Sendeleiter Noglik, Leiter des Hauptarbeitsgebiets Schulung im Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP. Holweger.

Zum Sekretär des Beirats wird Regierungsrat Gnauck, Referent in der Kanzlei des Generalgouverneurs,ernannt,

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß den Mitgliedern des Beirats Urkunden über ihre Bestellung ausgestellt werden, die von ihm zu unterzeichnen sind.

Weiter wird beschlossen, daß über jede Sitzung des Beirats ein Protokoll zu führen ist.

In seiner Eigenschaft als Schirmherr der Kulturvereinigung beruft der Herr Generalgouverneur die Staatssekretäre Dr.Bühler, Dr. Boepple und Hauptabschnittsleiter Stahl in einen engeren Ausschuß, der dem Zwecke einer erweiterten Schirmherrschaft dienen soll.

Die zu Mitgliedern des Beirats Ernannten erklären darauf auf Befragen des Herrn Generalgouverneurs, daß sie bereit seien, die Mitgliedschaft im Beirat zu übernehmen.

Der Herr Generalgouverneur skizziert dann die Rechte und Pflichten des Beirats. Der Beirat müsse die führende

Institution der Kulturvereinigung sein, die, unter dem Vorsitz des Präsidenten Ohlenbusch tagend, die Richtlinien für die Arbeit der Kulturvereinigung gebe. Die Mitglieder des Beirats müßten die Stellung von Kultursenatoren haben. Neben dem Beirat ständen die Arbeitsausschüsse, die die Planungen der Kulturvereinigung vorbereiten und durchführen sollten.

Der Herr Generalgouverneur stellt dann fest, daß der Beirat der Kulturvereinigung konstituiert ist.

Er übergibt nunmehr die weitere Leitung der Sitzung, die als erste ordentliche Arbeitssitzung stattfindet, dem Generalsekretär der Kulturvereinigung Präsident Ohlenbusch.

Generalsekretär Präsident Ohlenbusch gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Herr Generalgouverneur als Schirmherr der Kulturvereinigung der ersten Sitzung dieses Gremiums beiwohnt.

Hauptgeschäftsführer Jaenicke verweist sodann auf den von ihm erstatteten Rechenschaftsbericht und die von ihm gegebene Übersicht über die von der Kulturvereinigung geplanten Veranstaltungen. Weiter geht er auf die Frage ein, wie und unter welchen Voraussetzungen das Haus Hauptstraße-Ecke Basteistraße als Kulturhaus ausgebaut werden könne. Leider habe sich ergeben, daß die Stadtverwaltung Krakau für den Umbau des Hauses entgegen der ursprünglich gemachten Zusage nur einen begrenzten Betrag zur Verfügung stellen könne und daher Mittel von anderer Seite aufgebracht werden müßten. Ein Bauausschuß sei Anfang September 1943 gegründet worden, der unter Vorsitz des Baudirektors Hallbauer seine Besprechungen bereits aufgenommen und auch schon Bericht über seine Arbeiten erstattet habe. Die Vorarbeiten für die Ausgestaltung des Hauses seien in die Wege geleitet. Für die Inneneinrichtung des Hauses sei dem Archi-

tekten Müller, Warschau ein Auftrag erteilt worden. Nach Eingehen der Unterlagen und ihrer Prüfung durch den Bauausschuß werde sich der Finanzausschuß mit der Frage befassen, der auch schon gebildet worden sei und von Präsident Dr. Senkowsky, in seiner Stellvertretung von Ministerialrat von Streit, geleitet werde. In den Finanzausschuß könnten nach Entscheidung des Beirats weitere Mitglieder berufen werden. In dem Ausschuß für die Morgenfeiern seien vertreten Direktor Dr.Coblitz, Intendant Stampe und die Fachreferenten der Hauptabteilung Propaganda. - Weiter sei ein Zeitschriftenausschuß ins Leben gerufen worden, über dessen Zusammensetzung noch zu bestimmen wäre. Er schlage vor, daß Pressechef Gassner, Verlagsleiter Strozyk und Schriftleiter Gaisenheimer in diesem Ausschuß tätig würden.

Die Mitglieder des Beirats sollten keineswegs von der praktischen Arbeit ausgeschlossen werden. Vorgesehen sei vielmehr, daß sie die Leitung der einzelnen Fachausschüsse übernähmen. Im übrigen solle dem Beirat die Bearbeitung der grundsätzlichen Fragen der Politik und Organisation der Kulturvereinigung vorbehalten bleiben.

Nachdem die Eintragung der Kulturvereinigung ins Vereinsregister erfolgt und sie damit im gesetzlichen Sinne rechtsfähig geworden sei, sei nunmehr eine feste Grundlage für eine geschäftsmäßige Arbeit der Kulturvereinigung gegeben. Ein dringendes Erfordernis sei zunächst die Mitgliederwerbung. Sie müsse in der Hand des Beirats liegen, und er müsse sich darüber klar werden, inwieweit eine Mitgliederwerbung vorgenommen werden soll. Weiter müßten die Fragen der Erhebung von Mitgliedsbeiträgen, der Einladung von Frauen zu Veranstaltungen, der Errichtung von Distriktszweigstellen u.a. besprochen werden.

Abschließend glaube er, feststellen zu können, daß angesichts des zur Verfügung stehenden geringen Personals bisher eine positive Aufbauarbeit geleistet worden sei.

Es wird dann zunächst zu der Frage des
Kulturhauses

Stellung genommen.

Generalsekretär Präsident Ohlenbusch hält es für unbedingt erforderlich, das Haus unter den noch obwaltenden erschwerten Bedingungen fertigzustellen. Er kenne die großen Schwierigkeiten, die sich diesem Vorhaben entgegenstellten, glaube aber, im Bauausschuß Männer gefunden zu haben, die gewillt seien, mit Initiative ein solches Heim zu erstellen. Er könne im übrigen feststellen, daß der Bau zum größten Teil äußerlich schon fertiggestellt sei.

Der Herr Generalgouverneur gibt dem Wunsche Ausdruck, daß der Beirat den Bau sobald wie möglich einer eingehenden Besichtigung unterziehe. Er habe übrigens mit Baudirektor Hallbauer vereinbart, daß alle begonnenen Bauten stillschweigend weitergeführt würden. Das gelte auch für das Kulturhaus.

Hauptgeschäftsführer Jaenicke gibt dann eine Schilderung des Baues und der für bestimmte Zwecke vorgesehenen Räumlichkeiten.

Der Herr Generalgouverneur legt großes Gewicht darauf, daß in diesem Hause auch die Möglichkeit der Unterbringung von Künstlern geschaffen werde. Diese Frage bedürfe noch eingehender Prüfung.

Mitgliederwerbung.

Hauptgeschäftsführer Jaenicke teilt mit, daß die Vereinigung bisher etwa 30 Mitglieder zähle und sich ein großes Interesse für die Aufnahme als Mitglied zeige. Man müsse aber bedenken, daß die Kulturvereinigung kein großer Verein zu sein brauche, um so weniger, als sie ja als Verein

selbst aktiv tätig sein solle. Auch mit Rücksicht darauf, daß die Kulturvereinigung voraussichtlich von finanziellen Sorgen befreit sein werde, könne man ja die Mitgliederzahl von vornherein auf 1oo oder 15o beschränken.

Hauptgeschäftsführer Jaenicke gibt dann den Namen mehrerer Interessenten bekannt, die sich zur Mitgliedschaft in der Kulturvereinigung gemeldet haben.

Generalsekretär Präsident Ohlenbusch stellt fest, daß die Aufnahme der von Hauptgeschäftsführer Jaenicke genannten Personen einstimmig vom Beirat beschlossen worden ist.

In diesem Zusammenhang bezeichnet es der Herr Generalgouverneur als dringend erforderlich, daß sich der Beirat über die Finanzierung der Kulturvereinigung völlig im Klaren sei. Es müsse festgestellt werden, mit welchen Einnahmen überhaupt gerechnet werden könne, welcher Art diese Einnahmen seien, wie groß der Staatszuschuß, wie hoch die Summe derregulären Mitgliederbeiträge sein würde und welche Einnahmen sonst noch zur Verfügung ständen. Ferner müsse Klarheit über den Umfang der Ausgaben bestehen. Es müsse, eine geregelte Finanzverwaltung vorausgesetzt, auch möglich sein, in Einzelfällen, etwa für die Dauer des Wehrdienstes, Mitgliederbeiträge zu erlassen oder zu ermäßigen. Ferner sei die Unterstützung notleidender Künstler in Erwägung zu ziehen. Alle diese Fragen müsse der Finanzausschuß genau prüfen.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann der Meinung Ausdruck, daß von einer Werbung von Mitgliedern der Kulturvereinigung möglichst nicht gesprochen werden sollte.

Im weiteren Verlauf der Beratung wird zu den Fragen der Bemessung der Mitgliedsbeiträge für Frauen, der Zurverfügungstellung von Vorzugskarten für Mitglieder, des Bezuges der Zeitschrift der Vereinigung, der Beteiligung

des Heeres und der Luftwaffe an den Veranstaltungen der Kulturvereinigung Stellung genommen.

Errichtung von Zweigstellen der Kulturvereinigung in den Distrikten.

Zunächst gibt Generalsekretär Präsident Ohlenbusch davon Kenntnis, daß sich Gouverneur Dr.Fischer mit der Überführung des Kulturringes Warschau in die Kulturvereinigung einverstanden erklärt habe.

Dann wird die Frage besprochen, ob Vertreter der Distrikte in den Beirat aufgenommen werden sollen.

Generalsekretär Präsident Ohlenbusch schlägt vor, die Gouverneure in das Gremium der Schirmherrschaft und die Leiter der Propagandaabteilungen der Distrikte in den Beirat aufzunehmen.

Der Beirat beschließt demgemäß:

Der Herr Generalgouverneur gibt dem Wunsche Ausdruck, daß für das Wort "Zweigstelle" ein anderes Wort gebraucht wird.

Nach längerer Aussprache beschließt der Beirat auf Anregung des Herrn Generalgouverneurs, den Zweigstellen bei den Distrikten folgende Bezeichnung zu geben: Kulturvereinigung des Generalgouvernements Bereich Warschau (Krakau, Lemberg, Radom, Lublin).

Angesichts der Tatsache, daß die Satzung von Zweigstellen spricht, wird dieser Beschluß mit der Maßgabe gefaßt, daß die Bezeichnung "Bereich" intern festgelegt wird.

Beitragserhebung.

Auf Vorschlag des Generalsekretärs Ohlenbusch wird beschlossen, daß die Erhebung eines Beitrages auch für das Jahr 1943 erst ab 1.Januar 1944 erfolgen soll. Die Höhe des Beitrages wird entsprechend der Satzungsbestimmung auf 1oo.-Zloty festgesetzt; doch soll auf Vorschlag des Herrn Generalgouverneurs dem Beirat die Ermächtigung gegeben werden, von dieser Bestimmung im Einzelfall abzuweichen.

Als Geschäftsjahr wird das Kalenderjahr bestimmt.

Es wird dann noch zu verschiedenen Fragen Stellung genommen. Als besonders wichtig bezeichnet der Herr Generalgouverneur die Tatsache, daß die Gründung einer Organisation der Kulturschaffenden im Generalgouvernement vorgesehen ist.

Zur Frage der Gründung einer Zeitschrift für die Kulturvereinigung führt Pressechef Gassner aus: Es sei gelungen, für die in Aussicht genommene Zeitschrift "Krakauer Monatshefte" den auch als Autor bekannten ehemaligen Schriftleiter der Frankfurter Zeitung Geisenheimer als Hauptschriftleiter und als zweiten Mitarbeiter Dr.Süßkind zu gewönnen. Das Programm der Zeitschrift sei vom Generalgouverneur persönlich genehmigt worden. Die Zeitschrift solle nicht ausgesprochen nur ein Mitteilungsblatt der Kulturvereinigung sein, sondern alle jene verschütteten kulturellen Kräfte wieder zum Leben erwecken, die angesichts der besonderen Situation der Gegenwart sich nicht auswirken könnten. Es würde sich allerdings empfehlen, vorerst über das Programm der Zeitschrift möglichst wenig oder gar nicht zu sprechen.

Der Herr Generalgouverneur gibt Richtlinien für die Ausgestaltung der Zeitschrift. Er wünscht, daß sie einen Zusammenhang mit dem großen Ideenkreis schaffe. Die Kulturvereinigung dürfe nicht zu einer Art Rudiment früherer Auffassungen herabsinken. Nationalsozialisten seien Kulturmenschen und vor allem im Osten Vorkämpfer einer klaren Ordnung. Jedenfalls müsse es spürbar sein, daß eine klare Linie bestehe. Natürlich müsse die Zeitschrift immer Organ der Kulturvereinigung bleiben, doch müßten andererseits die "Krakauer Monatshefte" als eine der wichtigsten Gemeinschaftsangelegenheiten betrachtet werden.

Da man die Ausgestaltung des Programms für die Zeitschrift dem Hauptschriftleiter Geisenheimer allein nicht überlassen könne, habe sich dieser auf seinen Wunsch damit einverstanden erklärt, daß der Beirat ihm für die drei ersten Nummern ein Programm vorlege. Der Beirat werde sozusagen stillschweigend ohne Zensur Gelegenheit haben, auf den Inhalt der Monatshefte Einfluß zu nehmen.

Der Beirat schließt sich diesen Vorschlägen an und beschließt auf Antrag des Herrn Generalgouverneurs:

1) Ab 1.März 1944 soll unter der Herausgeberschaft der Kulturvereinigung eine Monatszeitschrift mit dem Titel: "Krakauer Monatshefte, Osteuropäischer Verlag," erscheinen.
2) Als Hauptschriftleiter wird Herr Geisenheimer verpflichtet, der sich nach Mitteilung des Verlagsleiters Strozyk bereit erklärt hat, die Hauptschriftleitung zu übernehmen.
3) Die Zeitschrift soll allmonatlich erscheinen, mit 12 Heften im Jahr, in einem Umfang von 64 Seiten und einer Auflage von zunächst 15ooo Stück.

4) Dem Beirat soll die Möglichkeit gegeben werden, auf den Inhalt der Zeitschrift Einfluß zu nehmen. Die Bildung eines Zeitschriftenausschusses ist in Erwägung zu ziehen.

Weiter wird auf Antrag des Herrn Generalgouverneurs festgelegt, daß Generalsekretär Präsident Ohlenbusch die Aufgabe übernimmt, das Gremium des Beirats in regelmäßigen Abständen zu Sitzungen zu berufen,die der Besprechung laufender Angelegenheiten dienen sollen.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob sich Mitglieder des Beirats in den Sitzungen vertreten lassen könnten, wird von Generalsekretär Präsident Ohlenbusch unter Hinweis auf die Satzungsbestimmung verneint.

Die Frage, ob eine Ergänzung des Beirats möglich sei, bejaht Präsident Ohlenbusch.

Weiter stellt der Beirat fest, daß eine Vertretung von Mitgliedern der Fachausschüsse möglich ist.

Der Herr Generalgouverneur regt an, daß der Beirat noch weitere allgemeine Beschlüsse faßt. Aufgabe der Kulturvereinigung müsse u.a. die Regelung der Unterbringung der gastweise im Generalgouvernement sich aufhaltenden Künstler sein. Er bitte deshalb, daß unverzüglich auf Grund der Beschlüsse des Beirats entsprechende Schreiben an die maßgebenden Stellen gerichtet würden. Auch müsse an die Schaffung eines eigenen Künstlerheimes bezw. eines Hauses für prominente Gäste herangegangen werden. Für diesen Zweck könne vielleicht das Haus des Fascic Verwendung finden.

Der Beirat beschließt, dieser Anregung des Herrn Generalgouverneurs zu folgen, und ermächtigt den Generalsekretär Präsident Ohlenbusch, Staatssekretär Dr. Bühler von diesem Beschluß offiziell Kenntnis zu geben.

Einem Wunsch des Herrn Generalgouverneurs entsprechend legt Hauptgeschäftsführer Jaenicke das Programm der für die nächste Zeit geplanten Veranstaltungen der Kulturvereinigung vor und erwähnt dabei besonders die vom 14. bis 21. November vorgesehenen Kulturtage des Generalgouvernements. - Das Programm wird von dem Herrn Generalgouverneur genehmigt.

Auf Antrag des Herrn Generalgouverneurs beschließt der Beirat, daß von jetzt an der Kulturvereinigung die Aufgabe der Festsetzung der Termine künstlerischer und kultureller Veranstaltungen übertragen wird. Hierfür soll möglichenfalls ein Regulativ aufgestellt werden.

Auf Anregung des Generalsekretärs Präsident Ohlenbusch beschließt der Beirat, in der Krakauer Zeitung eine Notiz über die erste Sitzung des Beirats erscheinen zu lassen.

Schluß der Sitzung 13 Uhr 5 Minuten.

Freitag, den 29. Oktober 1943

bis

Sonntag, den 31. Oktober 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs

im Reich.

END OF

VOL. # 29

R. 9

VOL. # 30

R.9

END OF

VOL. # 30

R9

8C

IX/6

1186b

Montag, den 1. November 1943

bis

Freitag, den 5. November 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs

im Reich.

IX/6

Krakau

Sonnabend, den 6.November 1943

11[00] Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11[30] Besprechung mit Pg. Kobusch über das Programm der Morgenfeier der NSDAP aus Anlass des 9.November.

11[50] Pressechef Gassner überreicht dem Herrn Generalgouverneur Presseausschnitte über den vierten Jahrestag des Generalgouvernements. Gleichzeitig legt er das vom Pressechef geschaffene Heftchen "Der Feldpostbrief" vor, das die Regierung des Generalgouvernements allen in der Wehrmacht stehenden Gefolgschaftsmitgliedern übersendet.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Freude über dieses Werk Ausdruck und erklärt sich bereit, für die Weihnachtsnummer einen kleinen Artikel zu schreiben.

12[10] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Ministerialrat Dr.Weh über laufende Regierungsgeschäfte. Dabei bekommt Ministerialrat Dr.Weh vom Herrn Generalgouverneur den Auftrag, mit den interessierten Stellen eine Sitzung zur Besprechung der amtlichen und halbamtlichen Blätter des Generalgouvernements vorzubereiten.

13[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt den zur Zeit bei der Waffen-SS stehenden Leiter der Regierungsgarage Schamper.

13[15] F r ü h s t ü c k

16[30] Tee zu Ehren des Kammersängers Marcel Wittrisch.

IX/21

Krakau, den 1o.11.1943

Sonntag, den 7.November 1943

11^{oo} Morgenfeier der NSDAP im Staatstheater zu Ehren der Gefallenen des 9.November 1923.

Bei dieser Feierstunde hält der Herr Generalgouverneur folgende Rede:

In der Zahl der Gedenktage unserer national=sozialistischen Bewegung ist der Trauertag die ernste Stunde der wehmutvollen Besinnung auf jene Opfer, die dem Marsch zur Feldherrnhalle ihr weit=wirkend tragisches Gepräge gegeben haben. Diese Totenfeier senkt unsere Gedanken in die unermess=lichen Tiefen deutschen Leidens. Und indem wir, die Kameraden des Sturmes von 1923, uns vor den ehernen Sarkophagen der Ewigen Wache im Geiste verneigen, leuchtet in uns die düstere Reihe aller Opfertoten unseres Reiches.

Wie alle die symbolischen Veranstaltungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter=partei Adolf Hitler's ist auch diese Totenfeier kein ausschliessliches Parteiereignis, sondern ein das ganze deutsche Volk erfassender Vorgang. Nichts wäre falscher, als anzunehmen, dass wir Nationalsozialisten diese ersten 16 Gefallenen unserer Bewegung nur deshalb einem Sondergedenk=akt voranstellen, weil sie im Ablauf der damaligen Ereignisse die geschichtlich besonders markanten Vorkämpfer unserer Bewegung wären und wir glauben lassen wollten, dass allein schon der Umstand, dass sie damals im November 1923 vor der Feldherrn=halle in die Ewigkeit hinüber sanken, wichtig

wäre, weil es sich hierbei um Nationalsozia=
listen handelt. Nein, dass diese 16 Gefallenen
des Marsches zur Feldherrnhalle bis in den
Tod getreue Vorkämpfer Adolf Hitler's und
seiner germanischen Weltidee waren, ist für
unsere Bewegung eine Ehre, die den reinen Kämpfer=
schild der Partei hell erstrahlen lässt, die
aber als Tote zu feiern uns vor allem deshalb
angebracht erscheint, weil wir in ihrem Opfer=
tod Anlass finden, aller für Deutschland aus
Idealismus und innigem Zukunftsglauben Gefallenen
gedenken zu können. Denn diese 16 Toten der
Feldherrnhalle waren zugleich die letzten Ge=
fallenen des grossen Krieges von 1914-1918.
Sie waren noch mit unter den ersten zugleich,
die in der Kampfzeit für unsere Bewegung starben.
Und heute wissen wir, dass sie darüber hinaus auch
die ersten Gefallenen des jetzt vor sich gehenden
grossen Weltkrieges waren.

Weit über die politische Kampfzone unserer
Bewegung also hinaus sind es menschliche Richt=
punkte völkischen Opfergeistes schlechthin, die
zeigen, dass nichts Grosses und Gewaltiges einem
Volke möglich ist ohne diese bedingungslose
Bereitschaft, jederzeit das Leben für die Gemein=
schaft hinzugeben.

Wie war denn die Lage unseres deutschen Vater=
landes, als wir damals im November 1923 auf Be=
fehl des Führers den Marsch vom Bürgerbräukeller
zur Feldherrnhalle antraten? Fünf Jahre waren
seit jenem unsagbar verderblichen November 1918
vergangen gewesen, der durch Meuterei, Verrat
und jüdische Zerstörungsgier dem tapfer aus=
harrenden Frontheere des Weltkrieges den Dolch=
stoss in den Rücken versetzte. November 1918 -

3

der unfasslich schmerzliche Gedanke an dieses Datum erfüllte uns damals. Wir sahen sie alle noch, diese von der Gier der Vernichtung deutscher Macht und Herrlichkeit besessenen Zerstörungstypen der Kurt Eisner, Levin, Levinée-Nissen, Toller, Mühsam, der Liebknecht, Rosa Luxenburg, Dieckmann, Hase. Noch tönte uns damals gellend im Ohr das Wort der Juden vom Oktober 1918, nach welchem Deutschland für immer seine Kriegsflagge streichen soll, ohne sie ein letztes Mal siegreich nach Hause gebracht zu haben.

Fünf Jahre waren seit dieser unseligen katastrophalen Kapitulation der Novemberrepublik vergangen, die sich parasitär im Rücken der kämpfenden Front aus Not, Verzweiflung und Hilflosigkeit gebildet hatte, - dieser Novemberrepublik, die sich als Büttelinstrument der interallierten Machthaber bestimmt fühlte, Deutschlands völlige und dauernde Versklavung zu gewährleisten.

Was war in den fünf Jahren von 1918 bis 1923 nicht alles als Folge dieser unseligen Meintat über unser Volk hinweggebraust! Waffenlos waren wir geworden, der demütigendsten Misshandlung in jeder Weise ausgesetzt, um echteste deutsche Kulturbereiche beraubt, unsere Wirtschaft war vollkommen zerstört. Durch die Inflation um seine letzten Ersparnisse gebracht war das deutsche Volk zum hilf- und machtlosen Objekt eines Regimes geworden, das dem Feinde gegenüber den gekrümmten Rücken zeigte, dem Deutschen Volke gegenüber aber den Gummiknüppel eines Polizei-Willkürregiments sondergleichen als einzige Methode hatte.

7.11.1943

4

Aus dem Erkennen dieser unser Volk auf die Dauer der aussichtslosesten Situation entgegen=führenden Zustände heraus flammte nun aber allerorten die alte Kraft unseres Volkes massiert empor. Und Adolf Hitler war berufen, die Energieen des nationalen Widerstandes und Aufstiegs unter seinem leuchtenden Banner zu sammeln, um in letzter Stunde der Nation den Appell zum Aufstand gegen diese volksverräterische Clique zu geben.

Dies war die Lage unseres Volkes im November 1923. Keine Regierung, kein Heer, keine nationale Geschlossenheit, kein irgendwie noch als inter=national wirkbares Reich anzusprechendes staat=liches Ordnungsgefüge; das deutsche Volk zerrissen in Klassen, Stände, Konfessionen, in Staaten und Parteien, in Wirtschaftskonzerne und Börsengruppen! Und über all diesem schwangen der Jude und seine Helfershelfer ihre Sklavenpeitsche und machten sich daran, nachdem man das Reich und das Volk glaubte vernichtet zu haben, nun auch noch die Zukunftsmöglichkeit eines Wiederaufstieges bis in die letzten Keimzellen neu sich sammelnder Hoffnungstendenzen auszutilgen.

Aber aller Orten zeigte sich die doch im Kern völlig unverbrauchte Kraft und Kraftbesinnungs=woge unseres Volkes. Allüberall rührten sich nationale Männer, sie appellierten an das sol=datische und nationale Ehrempfinden. Es bildeten sich Freikorps und Bünde. Eine Fülle von völ=kischen, antisemitischen, nationalistischen Gruppen und Parteien zeigte das Züngeln der Einzelflammen. Freilich, gerade diese Fülle von untereinander kaum verbundenen, wenn auch der Grundrichtung nach durch die gleiche Tendenz unter einen Begriff zu bringenden Organisationen war wiederum eine Gefahr für den nationalen Widerstand. Erst die schon damals deutlich in

Erscheinung getretene, alle anderen Wiederauf=
stiegstendenzen genial hoch überragende Per=
sönlichkeit Adolf Hitler's vermochte aus diesen
einzelnen Flämmchen ein grosses, nationales
revolutionäres Feuer zu entfachen und der
Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter=
partei, die damals im Deutschen Reich kaum be=
kannt war, in München die erste Position im
Rahmen dieser Geschehnisse zu geben.

Einige Tage vor dem November 1923 sammelte
Adolf Hitler unsere Scharen unter der dienstlichen
Bezeichnung des SA-Regiments München. Und jedem
Teilnehmer wird es unvergesslich bleiben, wie
Adolf Hitler an einem der letzten Oktobertage
unsere wenig mehr als tausend Männer zählende
Schar in einem nördlich der Stadt München lie=
genden Gelände sammelte und dort zu uns sprach.
Adolf Hitler gab die Parole aus, dass die alte,
ruhmreiche Tradition unseres deutschen Kampf=
geistes gerade in den Tagen vielleicht wieder
die Auferstehung feiern sollte an denen er vor
fünf Jahren so schmählich verraten worden war.
Wir machten dann im Anschluss an diesen schon
ganz von der Vorahnung kommender Ereignisse
durchzitterten Appell einen Vorbeimarsch vor dem
Führer.

Wenige Tage später trat dann das grosse
Ereignis an uns heran. Der Kreis der Kämpfer
setzte sich aus allen Schichten des deutschen
Volkes, Arbeitern, Beamten, Studenten, Offizieren,
Soldaten usw. zusammen. Es war ein richtiges
kleines Volksheer. Und so zogen wir am Abend
des 8.November an die befohlenen dienstlichen
Bereitschaftsstellungen und von da zum Bürger=
bräukeller. Und dort ereigneten sich dann die
bekannten Vorgänge.

Dass es nicht gelang, die grossgeplanten und weit über den Horizont der damaligen Politik hinausragenden Ideen sofort mit einem grossen Erfolg, nämlich dem der Bildung einer national= sozialistischen Reichsregierung, durchzuhalten, erscheint heute nicht mehr belangreich. Das wichtigste war, dass vor allem mit dem Marsch zur Feldherrnhalle das erste mit dem Blut national= sozialistischer Kämpfer weihevoll gekrönte Er= eignis weithin über München, über Bayern, über ganz Deutschland, ja über die ganze Welt zum ersten Mal den Namen Adolf Hitler's und seiner Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei mit weitester Wirkung trug.

Von diesen Novembertagen 1923 an wussten die Welt ebenso wie unsere innenpolitischen Todfeinde, die Verderber der deutschen Stärke, dass in der nationalsozialistischen Bewegung dem deutschen Volke die Freiheitswaffe zu wachsen begann. Und mancher Jude mochte schon damals mit ängstlichem Schaudern eine dumpfe Ahnung gehabt haben, dass eine Bewegung, die das Leben für nichts, aber die Freiheit und Grösse der Nation für alles achtete, dass eine solche Bewegung, geführt von einem so tapferen und zu allem Deutschland Nützlichen entschlossenen Mann wie Adolf Hitler den Todeskeim der Novemberrepublik in die deutschen Lande säte. Zwar kam Adolf Hitler dann ins Gefängnis, seine Idee trat den siegreichen Marsch in die deutschen Herzen an.

So verdient für wahr das Ereignis des November 1923 schon seine allgemein geschichtlich bedeut= same, hervorragende Note. Es ist tatsächlich der Auftakt zur deutschen Wiedererstehung. Zum ersten Mal seit der feigen Erdolchung unserer Front in den Tagen des November 1918 hatte sich eine auf

7.11.1943

Gedeih und Verderb fanatisch entschlossene Kampfgruppe gefunden, die unter Einsatz ihres Lebens gewillt war, so oder so Deutschland die Freiheit und Grösse wiederzubringen.

Niemals hat Adolf Hitler wegen der Ereignisse vom November 1923 irgend jemanden angeklagt; es ist eines der erschütterndsten Dokumente für die Grösse dieses einzigen Mannes, dass er in seinem Buch "Mein Kampf" mit diesen Vorgängen sein Werk abschliesst, ohne als Richter oder Ankläger die damals noch ausserhalb oder pflichtgemäss gegen uns stehenden zu verdammen. Indes ist es aber auch verständlich, dass er gerade dieses, sein Bekenntnisbuch dem steten Gedenken der Ge= fallenen des Marsches zur Feldherrnhalle widmet.

Diese Toten sind die Brücke zwischen den Zeiten des Weltkrieges von 1914-1918 und des jetzigen Krieges. Denn was man im Kriege verloren, kann man nur durch Kriege wiedergewinnen. Was die Soldaten des Weltkrieges mit ihrem Blutopfer ver= teidigten oder eroberten, konnte nur durch neue Blutopfer wiedererlangt oder gewonnen werden. Diese Brücke der Toten vom November 1923 wird in die Zukunft leuchten, ein stolzes ragendes Werk deutscher Mannestugenden. 1800 000 starben im Weltkrieg für Deutschland: 16 starben an der Feldherrnhalle: nicht die Zahl entscheidet, wichtig ist, dass beide für sich, eine grosse Gruppe opfermutiger, hingabebereiter Männer, eine inner= lich historisch-gesetzlich zusammenhängende Ent= wicklung darstellt. Und wenn wir ihrer gedenken, werden wir nicht von Trauer übermannt, nicht von Schmerz gequält, sondern im Glauben gehärtet und im Siegesbewusstsein gestählt. Wir weinen nicht an ihrer Bahre, wir werden trotziger, indem wir ihnen in feierlicher Ergriffenheit ins bleiche Antlitz schauen.

7.11.1943

8

Der Sinn der Totenfeier der Nationalsozia=
listischen Deutschern Arbeiterpartei weitet
sich von da zum Bekenntnis entschlossenster
Siegeszuversicht auch in diesem Kriege. Damals
der Kampf gegen die Innenfeinde Deutschlands,
heute der Kampf gegen die gleich gearteten
Aussenfeinde! Damals der Jude, der Bolschewik,
der Plutokrat unsere innenpolitischen Gegner,
heute die Sowjetunion, England und das Amerika
Roosevelt's! Es ist dieselbe Art, es sind die
Träger des gleichen antideutschen Zerstörungs=
geistes, der besessenen Wut darüber, dass das
Germanentum unausrottbar ist. Der gleiche Hass
der Verderber aller orten gegen unser heiliges
Deutsches Reich.

Die Toten in der Ewigen Wache am Königlichen
Platz zu München grüssen auch wir Deutsche im
Generalgouvernement. Sie ruhen dort in ihren
ehernen Särgen in Ruhmestempeln unter freiem
Himmel. Sie sind aber nur das Kernstück eines
weiten, weiten Raumes, in dem deutsche Männer
und auch deutsche Frauen den ewigen Schlaf ge=
funden haben, nachdem sie ihr Leben im Kampf
um Deutschland hingegeben haben. Von dieser
Ewigen Wache schauen die Toten zum ewigen
Himmel empor und segnen unseren Kampf. Sie
sind die Fürsprecher in der Ewigkeit. Doch wir,
die wir im Tagesringen mit der Not und der Sorge
dieser Epoche stehen, verweilen bei ihnen und
gedenken der Stunde, da auch wir ruhen werden.
Diese Toten sind die leuchtende Brücke, die
das Deutsche Volk mit der Ewigkeit verbindet.
Sie alle, die durch die Jahrhunderte unseres
völkischen Kampfes um unseren Platz auf dieser
Erde gestorben sind, haben es siegreich über=
standen. Wir werden die Brücke dereinst betreten,

9

uns ihnen zugesellen und derer harren, die Deutschland dann an unserer Stelle weiterführen.

Auch die ruhen in der Ewigen Wache, die in Frankreich, im Süden, im Osten, Westen und Norden in vergessenen einsamen Einzelkampfpunkten, in Sammelstätten des Massengrabes oder in Krieger=friedhöfen schlafen, den Schwur, den sie für Deutschland im Leben erfüllt haben, noch bis in fernste Zeiten weiter haltend. Auch die Toten sammeln sich in der Ewigen Wache, die von den Wogen des Ozeans überspült worden sind oder die ihr Grab in den zerstörten Städten unserer Heimat in Schutt und Asche, in Brand und Terror gefunden haben. Sie haben uns verpflichtet, sie sind uns voranmarschiert, uns haben sie ihre Waffen, ihre Fahnen und Standarten gegeben, haben uns ihren Geist eingeatmet. Sie wären wirklich tot, wenn dieses aktive Gedenken durch die Tat erlöschen wollte. Sie richten uns in den Nöten unserer Zeit auf und verweisen uns lächelnd unsere Zweifel oder Mattigkeiten. Sie deuten nach oben, grüssen von oben uns nach; sie schweben über uns. Sie würden uns zu Recht mit schneidender Härte anklagen, wollten wir uns ihrer nicht in jedem Augenblick unseres Lebens würdig zeigen. Dies ist die geheime Kraft unserer Totenfeier, ihre gewaltig klärende Wirkung, dass jeder einzelne für sich aufgerufen ist, dass er sich vor dem Tod nicht zu verstecken vermag, der sein Leben beenden wird, dem Tod, den er für sich allein irgend wann einmal finden wird und der rückstrahlend das persönliche Ich hochhebt, auf dass wir in Gesinnung und Tat gläubig bleiben und die Toten nicht verraten.

Indem wir diese Toten der Ewigen Wache aufrufen, stehen wir inmitten des Ruhmeskranzes unserer Nation, der durch die Jahrtausende leuchtet. Was

7.11.1943

gab es nicht alles zu spotten uns zu witzeln gegen den Heldenruhm! Was hat man nicht alles als Dekadenztheorie gegen den Nationalsozialis= mus gepredigt! Wie hat man nicht jene Waffentaten des Krieges zu verabscheuen gewagt! Mussten wir es nicht ertragen, dass jüdische Lumpen die Toten des Weltkrieges in ihrer Ehre zu schänden wagten? Mussten wir Nationalsozialisten es nicht mit ansehen, wie man die für unsere Bewegung und damit für Deutschland Gefallenen als Hoch- und Landesverräter deklassieren wollte? Haben wir nicht die Schmähungen zu ertragen gehabt, mit denen man unseren Führer und seine Bewegung als eine Horde von Wahnsinnigen bezeichnete, die der so wohl überlegten politischen Staatsführungskunst unserer Systemrepublikaner in ihrer Weltweisheit nicht zu folgen vermöchten? Hat man nicht auch ver= sucht, auf die Toten unserer Nation immer wieder Schmach zu häufen? Doch wir stehen wie eine ununterbrochene Mauer um ihre Heldengräber und bieten diesen Schmähungen Deutschlands Trotz. Denn die Ehre des einzelnen zeigt sich an seinem Nachruhm, zeigt sich an dem stolzen Bekennen der Nachfahren und an dem aufrüttelnden Energievo= lumen, das er mit seinem Leben und seinem Sterben vorbildlich in die Zukunft leitet. Durch alle Kerker der Judenrepublik des November 1918 wur= den die Vorkämpfer Adolf Hitler's geschleppt. Und viele Hunderte von Kameraden folgten schon in der Kampfzeit bis zur Machtübernahme den 16 an der Feldherrnhalle Gefallenen in die Ewigkeit nach. Diese Toten ehren wir, weil sie Deutschland Ehre gemacht haben. Wir danken ihnen, weil ihnen Deutschland das Leben dankt. Wir heben sie auf den Schild, weil sie das deutsche Volk erhoben haben.

11

7.11.1943

Die Toten des November 1923 - 2o Jahre nach dem Münchner Ereignis - sehen nun von ihrer Ewigen Wache unseren letzten giganti= schen Schicksalskampf. Heute ist alles an innenpolitischen Fragen, was im November 1923 noch in die Ereignisse hineinspielen konnte, dahin. Heute gibt es keine Parteien und Kon= fessionen und keinen Klassenkampf mehr; heute ist die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter= partei unter Adolf Hitler die Gestalterin dieses Reiches und seines Geistes. Es mag uns die schönste Weihe geben, wenn wir glauben dürfen ohne unbescheiden zu sein, dass sich das deutsche Volk in seiner heutigen Haltung an der Front wie in der Heimat dieser Toten würdig erweist.

Eine unbändige Siegesentschlossenheit und Leistungskraft durchstrahlt unsere Nation. Nichts wird diesen Geist brechen. In uns ist der Schwur, Deutschland siegreich diesen Krieg bestehen zu lassen. Unübersehbare Reihen von Gräbern füllen sich mit den Opfern dieses Kampfes; aber ebenso unübersehbare Reihen von Jugend wachsen aus dem unerschöpflichen Lebensquell unseres Volkes nach. Denn Leben und Tod decken sich wie Tag und Nacht, wie Krieg und Frieden, wie Glaube und Sieg.

Da wir durch den Sieg Adolf Hitler's über seine innenpolitischen Feinde wieder die Lebens= freude in unserem Volke spüren konnten, hatte der Schmerz über die Gefallenen des Weltkrieges und die Opfer der nationalsozialistischen Frei= heitsbewegung seine Weihe bekommen. Und so wird auch aus den Opfern dieser Zeit einmal wieder die bejahende Lebensfreude unserer Nation be= glückend erstehen. Wir sind als Deutsche

dieser Zeit eine siegentschlossene Gemeinschaft geworden; Freude und Schmerz tragen wir von jetzt ab zusammen. Es kann keinen mehr geben, der angesichts der Totenopfer des Volkes an der Front und in der Heimat sich abseits stellen könnte, um für sich persönlich einen Sonderdaseinsbegriff zu formen. Der Schmerz der Hinterbliebenen aller Gefallenen ist der gemeinsame Schmerz des Volkes, so wie die Siegesfreude einmal die gemeinsame Freude unserer Volkskameradschaft darstellen wird.

Und so lässt denn auch diese Totenfeier den Glauben an die Stunde der Erlösung höher schlagen. Er erhebt euch, ihr Deutschen Menschen, immer wieder an den Gräbern der Gefallenen. Ihr könnt mit gutem Gewissen vor sie hintreten und auf eure Frage: "Segnet ihr uns noch in unserem Werk? - könnt ihr der Antwort sicher sein, die aus der Ewigkeit herniedertönt und die unser Wirken bejaht.

Denn das Deutsche Volk hat in diesem Kriege keinen seelisch-geistigen Schaden zu befürchten. Der Ruhm unserer Gefallenen wird nicht befleckt werden. Die Fahne der Nation wird nicht niedergeholt werden. Die Standarte unserer Bewegung, die Flagge unserer Wehrmacht, das hohe Symbol unseres Reiches, sie werden nicht in den Staub sinken. Juda wird nicht über uns triumphieren, der Bolschevismus wird uns nicht vernichten, und die Börsendiktatur Londons und Washington's wird uns nicht überwältigen. Die Toten helfen mit, die Heere der Gefallenen sammeln sich und kämpfen im Himmel weiter für Deutschlands Grösse. Deutsche Soldatenwitwe, deutsche Soldatenwaise, ihr seid diesmal nicht die Gequälten, kaum erträglichen

Überflüssigen, sondern ihr steht im Mittel=
punkt der Aufgaben unserer Gemeinschaft in Für=
sorge und treuestem Zusammenstehen aller für
alle.

Als die Bewegung im November 1923 ihre ersten Märtyrer gefunden hatte, war sie geweiht und gefeit. Von da ab war sie eine todernste Angelegenheit geworden. Wer aber den Tod nicht fürchtet, siegt im Leben. Adolf Hitler wollte den Krieg nicht; Er war kein Kriegspolitiker. Seine Sendung ist die, dass dem Deutschen Volke ein Leben in dem unsern Volke notwendigen Daseinsraum auf dieser Erde gesichert wird. Der Krieg wurde Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Reich durch die infame Zerstörungspolitik unserer Todfeinde auf= gezwungen. Es ist eine der grauenhaftesten Ge= schichtsfälschungen, wenn dieser Tatbestand von unseren Feinden immer wieder entstellt wird.

Der Führer kannte als Grenadier und Front= soldat den Krieg mit allen seinen Schrecken. Dieser Krieg ist auch kein Selbstzweck, sondern er bedeutet die letzte Durchsetzung unseres deut= schen Lebensrechtes gegenüber den Rohstoff= mächten der Welt. Niemand, der die Geschichte aufrichtig studiert, wird den wahren Sachverhalt einmal tilgen können. Der Führer hat gerade der früheren Republik Polen gegenüber eine Friedens= geduld zur Schau getragen, die angesichts der brutalen Verständnislosogkeit der damaligen polnischen Machthaber gegenüber berechtigten deutschen Forderungen bewundernswert war. Diese deutschen Forderungen gingen lediglich auf Rück= gabe der Stadt Danzig, auf Gewährung einer freien Durchfahrtstrasse durch den sog. Korridor, der den ostpreussischen Raum vom Reiche trennte. Der Krieg wäre so oder so über Deutschland gekommen,

er war unvermeidlich, wie sich jetzt heraus=
stellt, da die jüdischen Feinde und ihre Knechte
in der Welt entschlossen waren, das im National=
sozialismus wieder aufsteigende Deutsche Volk
um jeden Preis in die ohnmächtige Position des
November 1918 zurückzuschlagen.

Die Toten dieses Krieges klagen daher die=
jenigen an, die für diesen Krieg verantwortlich
sind und die in London, Washington und Moskau
ihren Sitz haben. Aber die Existenz Adolf
Hitler's, seines nationalsozialistischen Reiches,
seiner nationalsozialistischen Bewegung und seiner
nationalsozialistischen Wehrmacht ist die Vor=
aussetzung dafür, dass dieser Krieg für Deutschland
siegreich bestanden wird.

Ihr Toten des Weltkrieges, ihr Toten der national=
sozialistischen Bewegung, ihr Toten dieses Krieges,
ganz gleich, wo ihr ruht: wir grüssen euch und
schwören euch: wir werden euch folgen und lieber
sterben, als Deutschlands Grösse und Zukunft ver=
raten. Wir neigen uns vor euch und bitten euch
um euren treuen Segen. Hebt mit uns euren un=
sterblichen Geist und lasst ihn emporleuchten
zum Allmächtigen!

Zweitausend Jahre germanisch-deutscher Ge=
schichte haben wir bestanden. Kommende Jahrtausende
warten schweigend auf ihre dereinstige Erweckung.
Die kommenden Geschlechter unseres Volkes schauen
uns aus ihren noch nicht zum Licht gedrungenen
Fernen an. Wir aber tragen in dem ruhig gemessenen
Schritt dieser tausendjährigen Bewusstheiten
das verantwortliche Geschick mit derselben Härte
und Todbereitschaft, die unsere Vorfahren bewiesen
haben.

7.11.1943

Im Namen der Toten dieser Jahrtausende, die für Deutschlands Grösse fielen, im Namen der Lebenden, die heute auf der Brücke zwischen den Zeiten den Kampf führen, im Namen der Kommenden, bist Du, Adolf Hitler, unser Führer in die deutsche Ewigkeit!

12^{20} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs auf die Burg.

13^{30} Mittagessen.

17^{00} Tee.

18^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf - (Übernachtung in Haus Kressendorf).

Montag, den 8.November 1943. Krakau

10^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{30} Besprechung mit I.Staatsanwalt Dr.Meidinger und Architekt von Palezieux.

10^{50} ⌜Besprechung mit den Staatssekretäre n Dr.Bühler und Dr. Boepple über laufende Regierungsgeschäfte. Der Herr Generalgouverneur gibt darin davon Kenntnis, dass die Abberufung des bisherigen Staatssekretärs für das Sicherheitswesen Krüger ab 10.November 1943 wirksam sei. Sein Nachfolger müsse von Anfang an auf die im Generalgouvernement praktizierte Einheit der Verwaltung hingewiesen werden, eine Zweiteilung der Staatsgewalt werde er nicht mehr dulden. Er werde in Zukunft den Staatssekretär für das Sicherheitswesen nur in Anwesenheit des Chefs der Regierung des Generalgouvernements empfangen. Die Autorität Staatssekretärs Dr. Bühler als Chef der Regierung müsse klar herausgestellt werden.⌟ Der Staatssekretär für das Sicherheitswesen dürfe nur handeln, wenn der Chef der Regierung vorher Stellung genommen habe. Polizeilicherseits dürfe hier nur geschehen, was vom Generalgouverneur als im Dienst des Reiches notwendig bezeichnet wird.

Weiter will der Herr Generalgouverneur für die kommende Woche eine Sitzung der Staatssekretäre und der Hauptabteilungsleiter anberaumt wissen, bei der er die langsam beginnende Abhängigkeit der Hauptabteilungsleiter von den Reichszentralen scharf kritisieren werde. Im Generalgouvernement könne die Verantwortung nur getragen werden, wenn die Regierung des Generalgouvernements Herr ihrer eigenen Entschlüsse sein könne.

8.11.1943

11[00] Verabschiedung des bisherigen Staatssekretärs für das Sicherheitswesen SS-Obergruppenführer Krüger in Anwesenheit von Staatssekretär Dr.Bühler und Staatssekretär Dr. Boepple. SS-Obergruppenführer Krüger erklärt, dass er sich auf Befehl des Reichsführers SS Himmler am nächsten Tag auf einen Truppenübungsplatz im Generalgouvernement begeben werde, wo er mit den neuen Waffen vertraut gemacht werden soll. Anschliessend werde er das Kommando über eine Felddivision der Waffen-SS erhalten.

Der Herr Generalgouverneur bedauert, dass zu einer feierlichen Verabschiedung keine Zeit mehr zur Verfügung stehe, und wünscht SS-Obergruppenführer Krüger alles Gute für die Zukunft.

Anschliessend diktiert der Herr Generalgouverneur ein Schreiben an SS-Obergruppenführer Krüger, in dem er diesem für seine jahrelange Arbeit am Auf- und Ausbau des Generalgouvernements seine Anerkennung ausspricht. Gleichzeitig erklärt er darin sein Einverständnis, dass die Familie des Obergruppenführers mit Einverständnis des neuen Staatssekretärs für das Sicherheitswesen die Dienstwohnung auf der Burg mitbenützt.

11[30] Besprechung mit SS-Oberführer Bierkamp und Landgerichtsdirektor Wilden in Anwesenheit der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple.

SS-Oberführer Bierkamp kann von einer wesentlichen Besserung der Sicherheitslage seit Erlass der Verordnung vom 10.Oktober 1943 berichten. Seit 8 Tagen sei in den Grosstädten kein Mordanschlag auf Deutsche vorgekommen. In mehreren Polizeiaktionen habe man in Krakau bis jetzt 36 Terroristen gefasst, die 2 kommunistischen Terrorgruppen angehörten und Mordanschläge begangen bezw. geplant hätten. Selbstgefertigte Handgranaten und sonstige Waffen seien in Mengen erbeutet worden. Die gefassten Terroristen würden standrechtlich zum Tode

verurteilt, ihre Namen plakatiert und sie bei eventuellen weiteren Morden an Deutschen erschossen.

Der Herr Generalgouverneur spricht SS-Oberführer Bierkamp für sein tatkräftiges Wirken für die Sicherheit im Raume Dank und Anerkennung aus. Seinen Dank erstreckt er besonders auf die Tatsache, dass SS-Oberführer Bierkamp in grösster Loyalität mit den Regierungsstellen zusammenarbeitet.

Dann berichtet SS-Oberführer Bierkamp von Verhandlungen, die den Zweck haben, den deutschen Katholiken die im deutschen Viertel gelegene Stephanskirche zur Verfügung zu stellen und dafür die Peter- und Paul- Kirche, die jetzige deutsche katholische Kirche, den Polen wieder zu überlassen. Gegen die Belassung der Peter- und Paul- Kirche an die Deutschen bestünden sicherheitsmässige Bedenken, da die Sicherheitspolizei bei eventuell auftretenden grösseren Unruhen den Schutz der in diese Kirche gehenden Deutschen nicht gewährleisten könne. Nun bestehe aber die Wehrmacht auf einer eigenen Garnisionskirche.

Der Herr Generalgouverneur will über diese Frage in nächster Zeit eine gemeinsame Besprechung mit dem Wehrkreisbefehlshaber angesetzt sehen und gibt Landgerichtsdirektor Wilden entsprechenden Auftrag: gleichzeitig erhält dieser den Auftrag, sämtlichen katholischen und evangelischen deutschen Pfarrern seine Einladung zum Essen an zwei getrennten Tagen zu überbringen, damit er sie kennenlernen könne.

11^{45} Besprechung mit SS-Oberführer Bierkamp in Anwesenheit der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple.

12^{10} Der Herr Generalgouverneur empfängt im Beisein der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple Gebietsführer Kaufmann, der in Begleitung des Präsidenten

8.11.1943

Ohlenbusch erscheint.

Eingangs spricht der Herr Generalgouverneur Gebietsführer Kaufmann seine hohe Anerkennung für einen von diesem in der Zeitschrift "Wille und Macht" veröffentlichten Aufsatz aus.

Gebietsführer Kaufmann erklärt dann, dass der Kulturfilm über das Generalgouvernement, den der Herr Generalgouverneur Reichsminister Dr.Goebbels zwecks Vorführung in den deutschen Lichtspieltheatern übersandt habe, nicht ganz den Anforderungen entspreche, die das deutsche Publikum an einen Gegenstand stelle, für den es keine innere Verbindung mitbringe. Ein völlig unvoreingenommener und nicht sachverständiger Zuschauer müsse in einem solchen Film an das Thema erst herangeführt werden.

Einer der besten Kulturfilmhersteller habe sich nun bereit erklärt, während des Winters ein Drehbuch zu schreiben und im Frühjahr und Sommer unter Verwertung des alten Materials einen neuen Film herzustellen. Der Autor müsste allerdings das Generalgouvernement mit dem Auto bereisen können.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden und erklärt, dass Benzin dafür zur Verfügung gestellt werde.

Gebietsführer Kaufmann weist noch darauf hin, dass der in Arbeit befindliche Kulturfilm von Krakau ein ausgezeichneter Film zu werden verspreche. Zum Schluss überreicht er eine Kopie des Kathyn-Films, die der Herr Generalgouverneur Präsident Ohlenbusch zur Aufbewahrung übergibt.

8.11.1943

12[35] Übergabe des Kanzleineubaues durch den Leiter des Technischen Zentralamtes in der Regierung des Generalgouvernements Präsidenten Bauder in Anwesenheit einiger seiner Mitarbeiter und der beiden Staatssekretäre.

Präsident Bauder betont in kurzen Worten die treue Zusammenarbeit, der es von Seiten aller beteiligten Kräfte und Dienststellen zur Fertigstellung des Baues bedurft habe. Diese Zusammenarbeit sei bis zuletzt vorhanden gewesen. Er übergebe die Räume nunmehr an den Herrn Generalgouverneur mit dem Wunsch, dass der Herr Generalgouverneur sein schweres Amt zum Segen des Generalgouvernements und damit des grossdeutschen Reiches als getreuer Gefolgsmann des Führers weiterführen möge.

Der Herr Generalgouverneur richtet an Präsident Bauder und seine Mitarbeiter folgende Worte:

Lieber Präsident Bauder, meine Herren!

Ich kann den Worten meines Dankes kaum genügend Ausdruck verleihen, da ich mir darüber im klaren bin, was Sie, Herr Präsident Bauder, und alle an diesem Bau direkt oder indirekt Beteiligten geleistet haben. Es bedurfte einer stolzen Verantwortungsbewusstheit und einer klaren Erkenntnis der Notwendigkeit, dass die deutsche Führung dieses Raumes gerade in diesem ernsten Augenblick der deutschen Geschichte machtvoll in Erscheinung treten muss, um diesen Bau in seinem ersten Teil trotz der unsagbaren und einmaligen Schwierigkeiten zu einem guten Ende zu führen.

Leider waren Sie, Herr Präsident Bauder, infolge des Trauerfalles,-da Ihr Sohn in die grosse Heldenarmee einrücken musste, und an dem ich und die Regierung des Generalgouvernements herzlichsten

8.11.1943

Anteil nehmen, verhindert, an der feierlichen Regierungssitzung am 26. Oktober aus Anlass des 4jährigen Bestehens des Generalgouvernements in den von Ihnen und Ihren Männern erstellten neuen Regierungssaal teilzunehmen; sie wüssten sonst, welch ungeheuren Eindruck dieser Saal auf alle Anwesenden gemacht hat, und Sie wären stolz und glücklich. Damit hat die Bauverwaltung des Generalgouvernements einen deutlich sichtbaren Beweis für die Stärke der deutschen Kraft in diesem Raum gegeben.

Ich spreche Ihnen, Herr Präsident Bauder, und allen Ihren Mitarbeitern, den Architekten und allen sonstigen Persönlichkeiten Dank und Anerkennung aus und ich möchte Ihnen zugleich auch sagen, dass ich mich persönlich auch in Zukunft mit Ihnen als einem treuen Kameraden verbunden fühlen werde. Ich weiss, welch dornenvolles Amt auch Sie haben und in welchen schwierigen kombinierten Führungsmethoden Sie eingeschaltet sind.

Dem Führer kommt es in diesem Raum nur darauf an, dass wir das Kriegsnotwendige kriegsmethodisch in die Tat umsetzen. Dazu gehört ohne Zweifel dieser Bau, der einer der kriegswichtigsten ist, den das Generalgouvernement erstellt hat. Wenn ich Sie erinnern darf, dass Sie oft selbst sagten, dass dringend Abhilfe geschaffen werden müsse, damit nicht die geheimsten Schreiben von Führer und Reich, die ganze amtliche Korrespondenz, die ich dauernd zu führen habe, drüben im Schloss in kaum irgendwie zu sichernden Räumen und Schränken untergebracht werden muss. Es war auch notwendig, dass die alten Burgräume von dem dauernden Besucherverkehr entlastet wurden. Es mussten Räume für wirklich abgeschlossene vertrauliche Besprechungen und zur gesicherten Unterbringung der wichtigen Archive, die manchmal weltgeschichtliche Bedeutung haben, geschaffen wer-

den. Es waren Räume notwendig, in denen man telefonieren konnte, ohne dass die Burg davon widerhallte. Wenn man all diese Gesichtspunkte, die ich nur ganz oberflächlich nenne und noch beliebig erweitern könnte, betrachtet, so kann kein Zweifel daran sein, dass die Spitze der Führung dieses Landes Räume benötigte, in denen sie baulich sicher und wohlbehütet ihre schwere Aufgabe erfüllen kann.

Herr Präsident Bauder, Sie haben das geschaffen. Ihr Name leuchtet in der Geschichte des Generalgouvernements vom ersten Tag an. Sie haben die schwersten Dinge in jeder Weise gemeistert. Ich habe oft gesagt: Männer wie den Bauder kann ich brauchen. Sie sind der geborene Pionier; ich kann auf Sie als einen trotzigen männlichen Charakter und zugleich auf eine loyale und aufgeschlossene Zusammenarbeit mit mir und den anderen Dienststellen hinweisen. Wenn manchmal da und dort der Eindruck entstand, dass Spannungen vorhanden waren, so entstammten sie mehr charakterlichen Momenten. Bei dieser loyalen Zusammenarbeit wird es möglich sein, weiterhin Ihre grosse und schwere Aufgabe zu unterstützen. Daran soll es bei mir und den Dienststellen nicht fehlen.

Ich glaube, dass dieser Bau nicht nur ein schönes Symbol für die deutsche Kraft sondern auch für die loyale Geschlossenheit aller Dienststellen in diesem Raum darstellt. Der Führer kann stolz sein, dass seine Baumänner im Generalgouvernement so treu, sachlich und gewissenhaft die Ehre des deutschen Baumeisters hochgehalten haben.

Sie, Herr Präsident Bauder, sind mir persönlich einer meiner liebsten Mitarbeiter. Sie haben genau so wie ich einen Dickschädel und den kann ich brauchen; denn ein Dickschädel, hinter dem ein Geist und ein Charakter stecken, ist immer gut.

8.11.1943

Von Ihnen, meine Herren, möchte ich jedem einzelnen danken. Ich kenne die Herren schon lange von diesem Bau und auch von Ihrem sonstigen Wirken her, ich nehme keinen aus. Ich möchte auch all der deutschen Werkmeister gedenken. Mein Zimmer hier ist wirklich das schönste Arbeitszimmer, das es im Generalgouvernement gibt.

Ihnen, Herr Präsident Bauder, meinen Dank, meine Anerkennung und loyale Versicherung für weitere treue Zusammenarbeit. Ich hege die zarte Erwartung, dass der Bau-Teil II vielleicht doch weitergeführt werden kann. Auch das gehört dazu, denn wir können es schon wegen der Polen nicht als Rudiment stehen lassen. Am fertigen Bau erkennen die Polen, dass die deutsche Macht ungeschwächt ist und dass wir in diesem Lande bleiben werden; denn wer sich so einrichtet, ist entschlossen, diesen Platz nicht zu verlassen.

Präsident Bauder dankt dem Herrn Generalgouverneur für seine anerkennenden Worte und verspricht weitere treue Zusammenarbeit.

13^{00} Besprechung mit Pressechef Gassner.

13^{30} Mittagessen.

15^{00} Vorführung des Films "Zirkus Renz" und der neuesten Wochenschau.

22^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Lemberg.

Lemberg

Dienstag, den 9.November 1943

10^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Lemberg.

13^{15} Empfang einer ukrainischen Abordnung.

13^{20} Empfang einer polnischen Abordnung.

14^{40} Mittagessen bei Gouverneur Dr. Wächter.

18^{00} K u n d g e b u n g der Distriktsstandortführung im Schauspielhaus der Stadt Lemberg.+

19^{00} Abendessen im Distriktskasino.

22^{00} Fahrt zum Hause des Gouverneurs Dr. Wächter.

(Übernachtung im Hause des Gouverneurs Dr. Wächter)

+ Siehe Seite 1213

Rede des Herrn Generalgouverneurs auf der Kundgebung im Städtischen Schauspielhaus L e m b e r g , am 9. November 1 9 4 3 .

--

Es ist ein anderes, ob man Totenfeiern begeht im Frieden restloser Geordnetheit oder ob man sie begeht inmitten eines Krieges, der jeden Tag und jede Stunde weitere Opfer aus unserer Mitte reißt. Es ist kein Zweifel, daß es keine tragischere Umrahmung von Totenfeiern geben kann als den Krieg, den wir jetzt erleben, ist er doch dieser schreckliche, grauenhaft sich weitende, alles bis ins letzte hinein an Kraft und Energie beanspruchende Krieg und das Symbol dafür, daß der Kampf der Sinn des Lebens auf dieser Welt und der höchste Sinn des Sterbens ist, daß daher auch die Toten, deren Gedenken wir heute hier in Lemberg begehen, gefallen sind im Krieg, der endlos währt und der die Durchsetzung des Besten in einem Volk gegenüber den Zerstörern aus aller Welt darstellt.

Vor zwanzig Jahren war Deutschland der Willkür seiner Feinde im Innern und Äußeren preisgegeben. Ohnmächtig war es ein Spielball ihrer Launen, ein Land ohne klare Führung, ein Land ohne Währung, ein Land, in dem das Volk selbst völlig der Verzweiflung anheimgefallen war, ein Land, das nicht mehr Heimat sein konnte; denn es hatte keinen Platz mehr für die anständigen Volksgenossen, waren doch alle Plätze von Juden und Feinden Deutschlands besetzt. Die deutsche Mark war auf ein Billionstel ihres Wertes gefallen. Es war eine Zeit, die so recht geschaffen war, klar zu machen, daß ein Frieden der Art, wie wir ihn in Versailles zudiktiert erhielten, schlimmer ist als jeder noch so schwere Opfer fordernde Krieg, eine Zeit also, die

völlig geeignet ist, ein Vorbild für die Betrachtung auch der Gegenwart zu sein.

Die Toten des 9. November sahen es als eine Schwäche an, einen Frieden aufgezwungen erhalten zu haben, der Deutschland vernichtet; sie sahen es als entsetzlich an, keinen Krieg gegen die Zerstörer des Reiches führen zu können. Wir sind damals im November 1923 auf Befehl des Führers als kleiner Trupp, - das Regiment München, das damals kämpfte, zählte wenig mehr als 1 ooo Mann - in die Ereignisse hineingezogen, die heute schon der Geschichte angehören; denn sie liegen weit zurück. Vieles ist seither geschehen; Gewaltiges hat die Welt bewegt und aus den Fugen gehoben; Staaten sind zertrümmert, Welten untergegangen. Es gibt keine Formulierung für die Ereignisse der letzten zwanzig Jahre. Aber eines steht fest: klar wie damals im November 1923 stehen heute genau so Adolf Hitler und seine Bewegung in der geistigen Führung und Willenszentrale unseres Volkes.

Sie haben, meine Parteigenossinnen und Parteigenossen, aber noch eine anderes zu bedenken, daß nämlich ein Krieg wie dieser um jeden Preis wertvoller ist für die Volksgemeinschaft als der Friede, den wir damals hatten.

Auf vorgeschobenem Platz im Generalgouvernement feiern wir heute das von Adolf Hitler allein geschaffene Großdeutsche Reich. Gerade wir sind berufen, das Ausmaß der grandiosen Entwicklung in den zwanzig zurückliegenden Jahren zu ermessen. Selbst die Kühnsten von uns, selbst die fanatischsten Kämpfer hatten am Abend des 9. November nicht ahnen können, daß schon in wenigen Jahren Großdeutschland unter der Führung der an diesem Tag niedergeschlagenen Bewegung in einem Ausmaß erstehen würde, das uns einfach unvorstellbar war.

9.11.1943

Von Lemberg aus versteht man besonders den Sinn des Opfertodes der Männer vom 9. November 1923 in München. Wir sind hier in der östlichsten Stadt des Reiches. Wir haben daher auch von diesem Blickpunkt aus zu ermessen, wie würdig es ist, daß wir dieser Toten gedenken. Es ist nicht Anmaßung der Partei, daß wir 16 Tote, die fielen, besonders auf den Schild heben, nicht unbescheiden, daß wir das deutsche Volk einladen, an dieser Trauerfeier immer wieder teilzunehmen. Die 16 Toten feiern wir, ehren wir, achten wir, um sie trauern wir, weilsie für uns gesehen werden im Mittelpunkt all' der Toten, die für Deutschland im ersten Weltkrieg, in diesem Krieg, im Bom-benterror der über der Heimat lastet und im Kampf für die NSDAP. ihr Leben ließen. Diese Toten der Feldherrnhalle ragen nur symbolgleich aus der Reihe der anderen hervor. Sie sind würdiger des Ruhmes als all' die Millionen anderen. Sie haben keinen Vorrang. Sie tragen genau so den Stempel des heroischen Opfermutes auf ihrer bleichen Stirn wie die Kämpfer im Osten, im Norden, im Süden Europas und die auf den Weltmeeren und in den Luftschlachten Gefallenen.

Diese Totenfeier ist die große, geistige Kameradschaftsfeier unseres Volkes. Sie trägt uns in die Höhe. Sie stellt die Toten neben uns und um uns. Sie sind die Träger Deutschlands, das deshalb unsterblich ist, weil seinBekenntnis durch den Opfertod in die Unsterblichkeit Gottes eingegangen ist.

Diese Toten erheben uns, und sie geben uns durch ihr Unsterblichgewordensein den Mut, an die Zukunft zu glauben. Sie gehört Deutschland, das indiesem Kriege siegen wird; denn der deutsche Soldat wird den

9.11.1943

Bolschewismus erledigen. Es sind dieselben Feinde wie damals 1923, die unsere Kameraden erschossen haben, die Juden, die Bolschewisten und die Plutokraten, damals innerstaatlich parteipolitisch organisiert; heute treten sie uns in Staaten gegenüber mit derWaffe in der Hand.

Das wird uns nicht erschüttern. Wir müssen nur unerschrocken bleiben wie die Männer des November 1923 und ohne Schwäche sein. Prüfen wir uns! Können wir den Toten des 9.Novembet in die Augen sehen, wenn sie uns fragend betrachten? Werdet Ihr schwach, wollt Ihr nachgeben? Wollt Ihr wieder den Juden zum Opfer fallen? Prüfe sich jeder, ob er bestehen kann! Das ist die ernste Mahnung der Toten von 1923. Sie sind nicht schwach gestorben. Als ich damals beim Abmarsch vom Bürgerbräukeller mit dem mir persönlich besonders verbundenen Kameraden von der Pforten sprach, waren seine letzten Worte, die ich hörte, denn eine Stunde später war er tot: "Die Sonne leuchtet über diesem Zug Deutschlands".

Wir stehen in der ernstesten Stunde Deutschlands. jeder spürt, daß es um das Letzte geht. Ich habe mit Absicht Lemberg besucht und bin dankbar, daß mir Distriktsstandortführer Dr. Wächter Gelegenheit gibt, zu Ihnen zu sprechen. Sie sind durch die letzten Ereignisse der zurückliegenden Wochen und Monate frontnahe geworden. Es könnte sein,daß die Ereignisse im Osten uns im zunehmenden Maße mit dem Kriegsgeschehen intensiv verbinden.

Dieser Appell ist das Bekenntnis zum deutschen Glauben, das Bewußtsein, daß die Sonne über dem Marsche Deutschlands leuchtet, das Gefühl, daß ein Gewaltiges in dieser Zeit von uns getragen werden muß, nicht

so sehr wegen uns, - wir sind nur die Gegenwart, die blitzartig vorausleuchtet, - aber vor allem wegen denen, die nach uns kommen wollen, und auch wegen denen, die vor uns gelebt und gekämpft haben. Wir haben Adolf Hitlers Reich für die Zukunft unseres Volkes zu bewahren. Ich weiß, deutsche Männer und Frauen, daß Eure Haltung und Euer Opfermut, Eure Festigkeit und Eure Geschlossenheit, komme, was da kommen mag, unantastbar sind. Ich sage Euch: Deutschland wird weder Lemberg noch den Distrikt Galizien jemals verlassen. Sie müssen spüren, daß Ihnen der Pulsschlag der Weltgeschichte nahe ist. Wenige hundert Kilometer von hier befindet sich die Front; dort tobt der schwerste Kampf, der uns vom Schicksal auferlegt wurde. Diese Front ist die Front Europas, - nicht die vermessene Front eines ruhmgierigen tyrannischen Systems sondern die Front all' dessen, was uns das Leben auf dieser Erde lebenswert macht. Wenn diese deutsche Front nicht standhielte, es gäbe niemanden in Europa mehr, der dem Bolschewismus entgegentreten könnte; zu gewaltig ist dieses Ringen.

Dieser Krieg ist kein politisches Ereignis, das man später literarisch behandeln oder aktenmäßig formulieren kann. Kein normaler Krieg im Sinne der Auseinandersetzung mit Waffen, sondern der letzte Kampf um Licht oder Nacht für die Menschheit. Alles, was an Werten auf dieser Welt geschaffen wurde, alles Glück, das unser Leben bestrahlte, wie Familie, das bescheidene Heim, die ehrliche, freie Arbeit, die Kultur, die Kunst, all' das ist jetzt zum letzten Appell aufgerufen. Glauben Sie mir, es ist für uns im Generalgouvernement wichtig, daß wir uns über diese Situation im klaren sind. Ich bitte Sie, in den kommenden Wochen

und Monaten noch härter an die Arbeit zu gehen. Seien Sie sich dessen bewußt, daß man nur die Völkerwanderung mit dieser raumgreifenden Auseinandersetzung vergleichen kann. Es wird auch keinen normalen Friedensschluß geben, sondern die Waffen werden erst dann schweigen, wenn unser Volksheer den Bolschewismus zu Boden geschlagen hat.

Ich weiß, wie schwer auf jeden Einzelnen, der diese Dinge schaut, der Zusammenhang dieser Zeit wirkt. Es ist kein leichter Vorgang, was wir in den letzten Monaten erleben. Dem deutschen Volke wird nichts geschenkt. Die ungeheure Wucht des aus ganz Asien zusammengetrommelten gleichnivellierten Maschinentaktes einer entseelten Masse ist ungeheuer und der Kampf, den wir zu führen haben, der erschütterndste und schwierigste.

Aber auch er geht zu Ende! Der Bolschewismus hat seine beste Stärke auf eigenem Grund und Boden ausgeben müssen. Was unserer Heimat bestimmt war, was sich bei uns zwischen Mosel und Rhein abspielen sollte, spielt sich auf russischem Boden zwischen Wolga und Dnjepr ab. Ich glaube daher, daß es nur ein einziges Gefühl in diesem Augenblick geben kann, das uns alle beseelt: was auch geschehen mag und kommen wird, wir müssen vor uns selber den feierlichen Schwur ablegen, daß wir in jedem Fall lieber sterben als Deutschland verraten, daß wir lieber den Toten folgen als ein der Schmach leben wollen. Ich erwarte von Ihnen im Distrikt Galizien, daß Sie mit besonderer Intensität den glühenden Kampfeswillen unseres Volkes in alle Schichten ausstrahlen lassen.

Wir haben daneben auch die Pflicht, die loyal denkende einheimische Bevölkerung, die willig arbeitet, ihre Pflicht erfüllt und sich indie deutsche Ordnung

fügt, ebenso loyal zu behandeln, ihre Ernährung und ihr kulturelles Dasein zu sichern. Um so härter gilt es sich gegen Jene zuwenden, die sich einem illoyalen Kurs verschrieben. Alles, was mit Partisanentum, Räuberwesen, Tschekamorden zusammehhängt, wird auch in Zukunft in jeder Weise unnachsichtlich verfolgt.
Wer glaubt, hier das deutsche Leben in Gefahr bringen zu können, soll wissen, daß er sein eigenes nationales Leben hundertfach in Gefahr bringt. Wir sind die wichtigste Brücke von der Heimat zur Front. Unsere Parole heißt: auf diesem Sektor unsere Pflicht voll und ganz erfüllen.

Auch in der kommenden Zeit werden wir hier fest stehen. Eine sachliche Ordnung und eine eben solche Einstellung, verbunden mit einer kameradschaftlichen Haltung, sind das Kennzeichen der Arbeit im Generalgouvernement. Die Vergangenheit hat bewiesen, daß ich mich auf die Deutschen im Generalgouvernement voll und ganz verlassen kann.

Was auf dem Gebiete der Ernährung, des Transportwesens, der Arbeitervermittlung ins Reich, der Versorgung der Wehrmacht und der Verwundetenbetreuung geleistet wurde, was die deutschen Männer und Frauen dieses Raumes immer noch leisten und weiterhin leisten werden, verdient Lob und Anerkennung. Das Generalgouvernement steht in diesem Punkt an der Spitze aller besetzten Gebiete Europas. Wir können daher auch die heutige Todesfeier nicht würdiger begehen, als daß wir im Gedenken an das höchste Opfer, das ein Mensch bringen kann, nämlich sein Leben für die Gemeinschaft hinzugeben, bereit sind, unser Werk bis zum letzten Atemzuge im Dienste Großdeutschlands zu erfüllen.

9.11.1943

Seit wir dieses Gebiet 1941 übernommen haben, konnten Sie selbst sehen, was der Bolschewismus zurückläßt. Ich habe heute mit den Vertretern des fremden Volkstums in diesem Raum gesprochen, mit Polen und Ukrainern, die hier waren, als die Bolschewisten hier saßen. Der Gedanke, daß jemals diese Zustände wieder zurückkehren könnten, erfüllt diese Menschen mit Entsetzen. Das sind Praktiker des Bolschewismus und nicht so schamlose Theoretiker wie Churchill, Roosevelt und die englischen Bischöfe. Die hier in Galizien lebten, können vor Europa ihre Stimme erheben. Und die Vertreter des fremden Volkstums gaben mir die feierliche Erklärung ab, daß sie die Führung Adolf Hitlers in diesem Raum als wahres Glück ansehen gegenüber dem, was sie unter dem Bolschewismus an Entsetzlichem erlebt haben. Dabei hätte ein Vertreter der angloamerikanischen Propagandamaschinerie anwesend sein müssen.

Wer glaubt da noch, daß die Schweden, Schweizer oder die Engländer andere Erfahrungen machen würden? Glauben Sie, daß es ihnen anders ginge als den Polen und Ukrainern Lembergs? Daher können wir sagen: das Regime des Führers ist ein Segen für das fremde Volkstum dieses Raumes. Wir wissen deshalb auch, weshalb wir von ihm Höchstleistungen im Dienste Europas verlangen. Als Vertreter des deutschen Volkes denken wir dabei auch an die Opfer an Gut undBlut, die die Heimat bringt.

Auch den deutschen Menschen dieses Raumes muß ich sagen: wir können Faulenzer und gleichgültige bürgerliche Einzelgänger hier nicht ertragen. Sie sind höflich eingeladen, irgendwoanders hinzugehen. Wer nach Gewinnen strebt, den möchte ich in diesem Lande nicht sehen; ich kann nur echte Nationalsozialisten und anständige deutsche Volksgenossen gebrauchem, die entschlossen sind, Kameradschaft zu pflegen und opferfreudig zu

zu sein. In diesem Kriege hat das Volk eine so herrliche Haltung bekundet, hat es einen so blitzsauberen Ehrenschild, wie das noch in keiner Epoche der Vergangenheit der Fall war. Das deutsche Volk, seine Männer und Frauen, seine todesmutigen Soldaten, seine Arbeiter, Bauern, Beamten in der Heimat können Todesfeiern begehen, ohne sich schämen zu müssen. Wir brauchen unseren Kopf nicht zu senken und unsere Augen nicht niederzuschlagen.

Ihr Kameraden vom Regiment München, die Ihr am 9.November des Jahres 1923 gefallen seid, wenn ich Euch sehe, blicke ich durch Euch hindurch und in Euch hinein, Ihr Parteigenossen und -genossinnen. Ihr seid dieselben, Eure Herzen schlagen genau so, wie die der Toten geschlagen haben, Eure Augen leuchten genau so, Eure geistige Haltung ist die gleiche. Und daher ist diese Todesfeier eine Glaubensfeier, ein heiliger Akt, den wir gemeinsam zu begehen das Recht und die Pflicht haben. Möge sie uns erleuchten und weiterführen!

Der Führer führt uns in die größte Ewigkeit. Was durch Jahrtausende nur besungen und gewünscht wurde, ist nahe: das unvergängliche heilige Reich der deutschen Nation.

--

Lemberg

Mittwoch, den 1o.November 1943

8^{00} Fahrt nach Chorodow.

$1o^{2o}$ Besichtigung einer Zuckerfabrik.

12^{2o} M i t t a g e s s e n

14^{oo} Besichtigung einer Fleischkonservenfabrik.

17^{oo} Ankunft in Lemberg.

18^{3o} Der Herr Generalgouverneur besucht die Aufführung der Oper "Die verkaufte Braut" von Smetana im Lemberger Opernhaus.

22^{oo} Essen bei Stadthauptmann Höller.

Lemberg-Brody

Donnerstag, den 11.November 1943

9^{45} Besichtigung des Schloß Podhorce.

11^{30} Ankunft am Grenzübergang Brody.

12^{00} Begrüßung in Brody.

13^{00} Mittagessen in Brody.

14^{00} Fahrt nach Lemberg.

15^{40} Besuch des Bergsanatoriums.

19^{00} Kinovorführung im Hause des Gouverneurs.

22^{26} Abfahrt nach Krakau.

IV/19

Freitag, der 12.Nov. 1943 Krakau

9^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg

9^{35} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler

10^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler den General der Polizei und Waffen-SS, SS-Obergruppenführer Wünnenberg

10^{15} Fortsetzung der Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

10^{55} Besprechung mit Bankdirigent, Abteilungspräsident Dr. Paersch.

Präsident Dr. Paersch macht dem Herrn Generalgouverneur davon Mitteilung, dass 4 Poln. Angestellte der Filiale der Emissionsbank in Warschau erschossen worden seien, und er im Wege der Gnade den Ehefrauen bezw. Hinterbliebenen zunächst 3 Monate Gehälter habe bezahlen lassen. Seinem Ersuchen, in diesen Fällen die Hinterbliebenen-Fürsorge zu regeln, sei bisher nicht stattgegeben worden. Offenbar sträube man sich im Reich, die Grundsätze des Reichsunfallgesetzes im Generalgouvernement zur Anwendung zu bringen. Er bitte deshalb den Herrn Generalgouverneur um die Genehmigung, den Ehefrauen bezw. Hinterbliebenen der Getöteten eine Entschädigungssumme etwa in der Höhe auszahlen zu dürfen, die den früher in Polen üblichen Sätzen entsprechen würde.

Der Herr Generalgouverneur erteilt Präsident Dr. Paersch die Genehmigung zur Zahlung einer angemessenen Entschädigung.

Präsident Dr. Paersch berichtet dann weiter, dass die Geldanforderungen der Wehrmacht in den letzten Monaten auf 180 Mill. gesunken seien. Ob diese Tendenz weiter anhalten werde, bleibe dahingestellt.-

2

XV/29

12.11.43

Für den Wehrbeitrag sei eine Anleihe in Höhe von 2 Mill. Zloty aufgelegt worden, deren Zeichnung trotz der Ungunst der Zeit glatt vonstatten gegangen sei.

Präsident Dr. Paersch legt dem Herrn Generalgouverneur sodann einige Tabellen, in denen ein Überblick über die Finanz- und Währungslage sowie über die derzeitige Gestaltung der Preise im Generalgouvernement gegeben wird.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Herr Präsident Dr. Paersch, dass die ukr. Währung Karbonawez von der Emissionsbank nicht angenommen werde; Regulierungen könnten nur zu einem kleinen Teil vorgenommen werden. Das von der Emissionsbank eingeschaltete Verfahren sei auch vom Reichswirtschaftsministerium als richtig anerkannt worden. Über diese Frage werde er aber noch mit Reichswirtschaftsminister Funk Besprechungen haben.

20^{30} Besuch des Regierungsheimes am Adolf-Hitler-Platz

(Übernachtung auf der Burg)

IX/19 Sonnabend, den 13.11.43 Zakopane

8^{10} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Zakopane

13^{00} Teilnahme an der Eröffnung des Berghauses Zakopnae als Regierungs-Erholungsheim.

16^{00} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Krakau

18^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Krakau

(Übernachtung auf der Burg)

IX/19

Sonntag, den 14.11.43 Krakau

11[00] Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs an der Eröffnungsfeier der Kulturtage des Generalgouvernements im Türkenzelt.

22[35] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

IX/19

Montag, den 15.11.43 Kressendorf

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf

Dienstag, den 16.November 1943 Krakau

10^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{00} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

11^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt den bei der Wehrmacht stehenden Stellvertretenden Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP S c h a l k in Anwesenheit des Hauptabschnittsleiters Stahl.

12^{10} Besprechung mit Hauptabteilungspräsident Naumann.

Hauptabteilungspräsident Naumann bittet den Herrn Generalgouverneur, dass er die auf Grund der Verordnung über die Erzeugungsschlacht 1943/44 erlassenen Durchführungsbestimmungen im Kreise seiner Mitarbeiter auf der Burg verkünden könne.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden und setzt einen Termin dazu fest.

Dann berichtet Hauptabteilungspräsident Naumann dem Herrn Generalgouverneur von einer in Gegenwart des Landesbauernführers Körner am 5.November getroffenen Vereinbarung zwischen dem Generalgouvernement und dem Reichskommissariat Ukraine über gegenseitige Leistungen auf landwirtschaftlichem Gebiet.

Einer von Hauptabteilungspräsident Naumann geäusserten Bitte, auf einer Tagung der Landwirtschaftsführer des Generalgouvernements am 10.Januar in Krynica zu sprechen, will der Herr Generalgouverneur nachkommen.

16.November 1943

Zum Schluss legt Präsident Naumann dem Herrn Generalgouverneur eine Tabelle über den neuesten Stand der Ernteerfassung zur Kenntnisnahme vor.

12^{40} Besprechung mit Abteilungsleiter Jänicke und Regierungsrat Arnold.

Gegenstand der Besprechung sind laufende Angelegenheiten der Kulturtage des Generalgouvernements bezw. der Kulturvereinigung des Generalgouvernements, insbesondere die Frage der Bildung einer Kulturkammer im Generalgouvernement.

12^{50} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

13^{00} M i t t a g e s s e n.

15^{10} Besprechung mit Intendant Hasslinde, Intendant Stampe, Kapellmeister Antolitsch in Anwesenheit des Abteilungsleiters Jänicke und des Regierungsrats Arnold.

Als Ergebnis der Besprechung ist die Absetzung der Aufführung "Von deutscher Seele", einer Kantate von Pfitzner, infolge des Nichtzurverfügungstehens des dafür vorgesehenen Kattowitzer Landesorchesters.

15^{40} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Warthenberg zur Besichtigung des neu gebauten SS-Erholungsheims in Begleitung Staatssekretärs Dr. Bühler und Präsidenten Bauder.

16^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Warthenberg zum Regierungsheim.

18^{30} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

16.11.1943

19^{00} Besuch der Aufführung "Die Hochzeit des Figaro" im Staatstheater.
Anschliessend Fahrt auf die Burg.

2^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung im Haus Kressendorf)

/21

Kressendorf

Mittwoch, den 17. November 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Donnerstag, den 18.11.1943 Krakau

10^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg

12^{40} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Flugplatz und Abholung des Reichsführers SS und Reichsministers des Innern Heinrich Himmler.

14^{00} M i t t a g e s s e n

15^{00} Besprechungen des Herrn Generalgouverneurs mit Reichsführer SS-Himmler.

Zu den Besprechungen werden hinzugezogen die Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple, die Gouverneure Dr. Fischer, Kundt, Dr. Wächter, Hauptabteilungspräsident Naumann, Generalmajor Grünwald und SS-Oberführer Bierkamp.

16^{55} Der Herr Generalgouverneur begibt sich mit Reichsführer SS Himmler zu einer Sitzung in das Regierungsgebäude.

Hier findet die Amtseinführung des neuen Gouverneurs des Distrikts Krakau Dr. von Burgsdorff und des neuen Leiters der Hauptabteilung Innere Verwaltung Dr. von Craushaar sowie die Verabschiedung SS Obergruppenführers Krüger und Einführung seines Nachfolgers, SS-Obergruppenführer Koppe, statt.

In Anwesenheit führender Mitglieder der Regierung des Generalgouvernements und zahlreicher SS- und Polizeiführer hält der Herr Generalgouverneur folgende Ansprache:

18.11.43

Reichsführer SS, Herr Reichsminister, lieber Parteigenosse Himmler, meine Herren!

Es ist nun über 4 Jahre her, seit der Führer in seinem Sonderzug mir den Auftrag erteilte, aus den eroberten polnischen Gebieten einen deutschen Verwaltungs- und Führungsraum aufzubauen. In die=sen 4 Jahren haben wir bei dieser Aufgabe unsag=bar viel Freude erfahren. Wir durften uns in die=sem Raum als deutsche Männer bewähren und haben damit den uns obliegenden Teil der Pflichten an den Kriegsleistungen des deutschen Volkes im Reiche einer Erfüllung entgegen geführt, für die aus unseren Leistungen evidente Zeugnisse aufsteigen. In diesen 4 Jahren haben wir versucht, mit weni=gen deutschen Männern und unter Mitarbeit deut=scher Frauen ein durch 2ojährige Misswirtschaft ebenso wie durch einen kurzen aber sehr intensiv geführten Krieg zerstörtes Gebiet nutzbringend in den Dienst Deutschlands zu stellen. Während dieser Jahre ist uns ein grosses Erfahrungsgut in der Behandlung von fremdvölkischen Räumen innerhalb des grossdeutschen Weltreiches zweifel=los als wertvollstes Gut erstanden.

Ich glaube, Ihnen Parteigenosse Himmler, sagen zu können, dass sich die deutschen Beamten und Angestellten dieses Raumes der Pflichter=füllung bewusst sind, die sie als treue deutsche Staatsdiener im Dienste des Führers und des Reiches hier zu leisten haben. Das Mass von Schwierig=keiten, das diesen Leistungen erstand, hier auf=zuzählen, wäre völlig unmöglich; es gab eigentlich nur Schwierigkeiten. Diese aber sind von allen Deut=schen, ganz gleich an welcher Stelle, ob im Reich

oder in den besetzten Gebieten gleichmässig zu tragen, sie sind kein Sonderfall des Generalgou= vernements. In dieser Beziehung besteht unser Ehrgeiz nur darin, uns im Rahmen der Gesamtleistung der besetzten Gebiete voll bewährt zu haben.

Dass Sie, lieber Parteigenosse Himmler, heute hier anwesend sind, erfüllt mich als den Chef dieses Nebenlandes mit besonderer Beglückung. Nicht zuletzt waren es die von Ihnen mit dem national= sozialistischen Geist und der besten deutschen mi= litärischen Tradition erfüllten Polizei und Sicher= heitskräfte, die während dieser 4 Jahre durch ihren selbstlosen Einsatz erreicht haben, dass sich in diesem Raum die Autorität des Führers und des Reiches durchgesetzt hat. Über looo Angehörige der deut= schen Ordnungs- und Sicherheitspolizei haben in Erfüllung ihres Dienstes allein im allgemeinen Dienst, also ohne die ausserordentlich grossen Sondereinsätze der Polizei ihr Leben gelassen. Daneben verdienen die fast 5oo Toten der allge= meinen Verwaltung aller Sparten und Bereiche be= sondere Erwähnung.

Wir sind in einer ernsten Zeit auf ernstem Platz zu einer ernsten Aufgabe versammelt. Lieber Parteigenosse Himmler, nehmen Sie von hier den Eindruck mit, dass wir auch weiterhin getreu dem Befehl des Führers treu und gehorsam unsere Pflicht erfüllen.

In diesem Augenblick obliegt mir nun, von einem lieben Kameraden Abschied zu nehmen. Dass Sie, Parteigenosse Krüger, der Sie sich schon im Welt= krieg als Soldat hervorragendst bewährt haben, jetzt, nachdem Sie 4 Jahre lang in hervorragender Weise die Sicherheit dieses Raumes durchgeführt und die Führung der Ordnung und Sicherheitskräfte aufgebaut haben, den Wunsch hegen, sich wiederum

mit der Waffe für den Führer zu bewähren, be=
greife ich, da ich selbst Soldat war. Ungern
lasse ich Sie ziehen. Sie hatten schon von der
ersten Stunde an, von dem Augenblick an, da ich
im Ministeramt in Berlin die ersten Männer ver=
sammelte, Ihr wohlgerüttelt Mass an Verantwor=
tung ~~und~~ zum Segen des Ansehens der deutschen
Führung in diesem Raum durchgeführt. Dafür möchte
ich Ihnen meinen ganz besonderen Dank und meine
ganz besondere Anerkennung hier nochmals aus=
drücken, die auszudrücken ich bereits Gelegenheit
genommen habe. Was die Polizei aller Teile hier
geleistet hat, braucht nicht besonders betont
zu werden; ihre Leistung ist eines der stolzesten
Kapitel der deutschen Polizeigeschichte. Dass Sie
sich, lieber General Krüger, in diesem Sommer
besonders bewährt haben bei der Bekämpfung der
sogenannten Kolbak-Bande, die plötzlich wie ein
Blitz aus heiterem Himmel in die beinahe befrie=
det geglaubten Gefilde des Distrikts Galizien
einbrach, ist ein Ruhmesblatt Ihrer Bewährung.
Dafür möchte ich Ihnen ganz besonders danken und
diesen Dank im Namen aller Deutschen und aller
Verwaltungsangehörigen zum Ausdruck bringen.
Dass Sie uns nun verlassen, erfüllt mich als alten
Nationalsozialisten und Parteigenossen auch aus
dem Grunde mit Wehmut, weil die Zahl der alten,
fast uralten Kämpfer des Führers, die seit der
ersten Stunde des Kampfes dabei waren, immer klei=
ner wird, und weil es für mich einen besonderen
Verlust bedeutet, einen zu dieser Garde gehören=
den Mitarbeiter zu verlieren. Herr General Krüger,
unsere besten Wünsche begleiten Sie in ihre kom=
mende militärische Laufbahn. Betrachten Sie sich
in diesem Generalgouvernement, das Sie selbst

mitgeschaffen haben, als Dauerbürger.

Ich möchte in diesem Augenblick auch eines anderen bewährten Verwaltungsführers des Gene=ralgouvernements gedenken, den auch die Sehn=sucht, sich in diesem Krieg durch die Waffentat zu bewähren, von seinen Dienststellungen als Gou=verneur des Distrikts Krakau und als Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung weggezogen hat, unseres Parteigenossen Dr. Losacker. Er hat sich auch in seinen Stellungen hervorragend be=währt, und ich kann wohl sagen, dass auch der Abschied von ihm mir und allen seinen Mitarbeitern wie allen Mitgestaltern des Verwaltungsgeschehens in diesem Raum schwer gefallen ist. Ich möchte auch von dieser Stelle Parteigenossen Losacker meine wärmste Anerkennung zum Ausdruck bringen und wünschen, dass er in unseren Dienst zurück=kehren kann, wenn er sich in der militärischen Leistung bewährt hat.

Im Einvernehmen mit dem Reichsführer SS werden nunmehr Sie, Parteigenosse Koppe, die Leitung des Sicherheitswesens des Generalgouvernements als Nachfolger des Obergruppenführers Krüger über=nehmen. Massgeblich für die Sicherheitssituation des Generalgouvernements im formalen Sinn ist die Verordnung des Führers über die Errichtung eines Staatssekreteriats für das Sicherheitswesen im Generalgouvernement. Sie ist sozusagen das Regle=ment, nach dem Sie hier Ihren Dienst vollbringen. Ihre Stellung ist eine der wichtigsten, die es im Generalgouvernement gibt. Sie ist das Rückgrat der Staatsautorität, und daher ist es wichtig, dass Sie in dieser Position auch eines der wich=tigsten Verbindungsglieder zwischen dem Reichs=

18.11.43

führer SS und mir sind. Der Führerg hat bei Ihrer Stellung eine wohl ausgeglichene Position geschaffen, die es Ihnen erleichtert, alle Ihre Funktionen zu erfüllen. Ich rechne auf Grund Ihrer Bewährung mit treuer Zusammenarbeit. Wir begrüssen Sie herzlich als neuen Kameraden und Mitarbeiter in der deutschen Führung dieses Raumes.

Herr von Craushaar! Sie sind von mir im Ein= vernehmen mit dem Reichsminister des Innern für die Stellung eines Leiters der Hauptabteilung Innere Verwaltung in der Regierung des Generalgouverne= ments in Aussicht genommen. Ich frage Sie: Werden Sie diese Berufung annehmen? - - Sie sind damit Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung in der Regierung des Generalgouvernements. Sie leiten hier die gesamte Innere Verwaltung und werden als selbstständiger Repräsentant der Verwaltung Ihre Funktionen innerhalb der Regierung ausüben. Wir kennen uns bereits, waren Sie doch bereits in den ersten Kampftagen des Ostfeldzuges eingesetzt. Ich begrüsse Sie in dieser neuen Funktion.

Herr von Burgsdorff! Sie sind von mir im Einvernehmen mit dem Reichsinnenminister für den Posten eines Gouverneurs des Distriktes Krakau vorgesehen. Ich frage Sie: Sind Sie bereit, die Position eines Gouverneurs des Distrikts Krakau zu übernehmen? - Ich führe Sie, der Sie sich schon an hervorragender Stelle des Reiches bewährt haben, hiermit in dieses Amt ein und bitte Sie, in dem allgemeinen Rahmen dieses Nebenlandes an unserer sehr schwierigen und sehr verantwortungs= vollen Aufgabe mitzuwirken.

Die drei Herren sind damit im Einvernehmen mit Ihnen, Parteigenosse Himmler, in die Verwaltung

und in das Geschehen dieses Raumes eingeführt.

Die Stellung des Generalgouvernements im Rahmen des grossdeutschen Reiches hat sich im Verlaufe des Jahres 1940 aus der ursprünglichen Position der sogenannten besetzten polnischen Gebiete zu einem untrennbaren Bestandteil des grossdeutschen Machtbereiches emporentwickelt. Drei Grundsätze sind es, nach denen die Ver= waltung hier geführt wird: die Einheit der Ver= waltung, die Durchsetzung des Führerprinzips in der Verwaltung und der Vorrang der absoluten Sach= lichkeit vor allen anderen Gesichtspunkten. Die Einheit der Verwaltung ist aufgebaut auf folgen= der Basis: Der Generalgouverneur mit der Regierung, der Gouverneur mit dem Distriktsamt und der Kreis= hauptmann mit seinem Amt. Das Führerprinzip in der Verwaltung ist dadurch durchgesetzt, dass an= gesichts auch des Männermangels möglichst ver= sucht wurde, alle Verwaltungszuständigkeiten auch ausserhalb der eigentlichen sogenannten Inneren Verwaltung in die Zentrale dieses Verwaltungsauf= baues einzubauen. Die Sachlichkeit in diesem Raum von eminentester Notwendigkeit. Wenn wir hier nicht in dieser brutalen Sachlichkeit arbeiten würden, die alles Persönliche, alles Prestige= mässige, also, was nicht unbedingt und ausschliess= lich für die unmittelbare Arbeit im Dienste des Führers, des Reiches und des Krieges zweck= dienlich ist, in den Vordergrund rückt, hätten wir niemals das leisten können, was hier geschaf= fen wurde. Es ist ein schweres aber auch ein schönes Arbeiten.

Eine Handvoll Deutscher muss 16 Millionen Fremdvölkischer regieren, nicht nur regieren, sondern bei der Arbeit halten, nicht nur bei der Arbeit halten, sondern bei Stimmung halten und

nicht nur bei Stimmung halten, sondern einfügen in das werdende Europa, das unter der Führung Adolf Hitler's und seines Reiches erstehen wird. Dieser stufenmässige Aufbau der Einreihung der Kraft dieser Völker in unseren Dienst ist ge= glückt. Hunderttausende von Angehörigen, dieser fremden von uns geführten Volkstümer dieses Raumes haben sich in die Arbeitsnotwendigkeiten einge= fügt. Ich nenne nur die 15o ooo Polen im Dienste der Ostbahn, denen knapp 7 ooo Deutsche gegen= über stehen. Das ist nur eine Zahl! Dieses ganze Gebiet könnte man überhaupt nicht bei Leben und Wirken halten, wenn diese fremden Volkstümer nicht autoritär, aber auch gerecht geführt würden. Die Reichsaufgabe steht allen anderem voran.

Reichsführer SS! Was ist aber alles, was wir tun, gegenüber den grossen Belangen und Sorgen des Führers! Man wird demütig und klein, wenn man an das denkt, was im Vergleich zu uns ein Adolf Hitler leistet. Für Sie, Parteigenosse Himmler, bedeutet es auch ein schweres Gefühl, wenn Sie an die Fülle der Aufgaben und Vollmachten denken, die Ihnen der Führer in der schicksalhaftesten Stunde unseres Reiches übertragen hat. Wenn es jemand versteht, was dieses Mass an Verantwortung für Sie persönlich an Leistungsfähigkeit verlangt, auch an Sorgen bringt, dann kann ich es sein, der ich Sie seit Beginn der Bewegung als einen der treuesten Mitgestalter des Führerwerkes kenne. Ich möchte Ihnen im Namen aller Deutschen dieses Raumes ohne Ansehen der Person und ohne Rück= sicht auf die Uniform, die sie tragen, ohne das Amt, das sie bekleiden, unsere heissesten Wünsche mit auf den Weg geben, dass Sie uns gesund und stark bleiben. Von Ihrem Wirken und der Erfüllung

18.11.43

Ihrer Aufgaben hängt nicht zuletzt auch der Sieg ab, den wir für Führer und Reich erhoffen.

- . -

Anschliessend hält Reichsführer SS und Reichsminister des Innern Heinrich Himmler eine Rede, in der er Probleme der SS und Polizei und der Verwaltung im Reich sowie die Verhältnisse und Aufgaben des Generalgouvernements behandelt. +)

18^{50} Rückfahrt auf die Burg.

20^{00} Kameradschaftsabend auf der Burg, zu dem viele Mitglieder der Verwaltung und Polizei eingeladen sind.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

+) s.S. 1241

Geheim

NI-11256-NI-4498

1241

Rede des Reichsführers SS und Reichsministers des Innern
H i m m l e r am 18.11.43 im Regierungsgebäude.

Herr Generalgouverneur, lieber Parteigenosse F r a n K !

Es sind nun etwas mehr als 20 Jahre her, seit wir in München im Jahre 1923 gemeinsam marschiert sind, wir, die wir uns voll Stolz zu den ersten rechnen können, die damals bereits geglaubt haben und aus dem Glauben zur Tat mitgeschritten sind. Ich freue mich ganz besonders, daß ich kurz nach diesem 20 jährigen Jahrestag und nach 4 Jahren Generalgouvernement mit meinen nächsten Mitarbeitern hier zu Gast zu Besuch sein darf. Der äußere Anlaß ist die Verabschiedung eines meiner und auch Ihres allernächsten Mitarbeiters und die Einführung einiger neuer Mitarbeiter. Dieser äußere Anlaß ist uns beiden hochwillkommen, da wir einmal gemeinsam zu unseren gemeinsamen Mitarbeitern in der Verwaltung sowie in der SS und Polizei dieses Raumes sprechen können.

Ich darf den Worten der Verabschiedung, die Sie, lieber Parteigenosse Frank, unseren Kameraden Obergruppenführer Krüger und Dr. Losacker so menschlich herzlich und menschlich gerecht gewidmet haben, auch meinerseits einige Worte hinzufügen.

Mein lieber Parteigenosse Krüger! Wir kennen uns auch schon lange; viele Jahre des Kampfer verbinden uns beide. Vor etwas mehr als 4 Jahren, als das Generalgouvernement geschaffen wurde, und der Führer dieses Generalgouvernement in die Hände des Parteigenossen Frank ebenfalls als eines seiner ältesten Mitkämpfer und Mitarbeiter in den allerschwersten Situationen der Kampfzeit legte, habe ich Dich, lieber Parteigenosse Krüger, in Aussicht genommen, im Generalgouvernement Höherer SS- und Polizeiführer zu werden. Vier Jahre hast Du diese Aufgabe voll Pflichtbewußtsein mit einer unermüdlichen Treue, mit Fleiß und Zähigkeit erfüllt und hast all die Schwie-

697 8/43

rigkeiten, die hier in diesem Raum für jeden vorhanden sind, zu meistern versucht und gemeistert, soweit es die Mittel zuließen.

Ich darf hier einmal etwas ganz klar aussprechen, an den Stellen, an denen eine Schwierigkeit nicht zu meistern war, war der Mangel an Kräften schuld; die Kräfte, die dem Reichsführer SS zur Verfügung stehen, wurden eben viel dringender an anderen noch schwierigeren Stellen gebraucht. Mir hat es oft leid getan, daß ich nicht mehr helfen konnte.

Trotz dieser unzulänglichen Mittel aber ist es in diesen 4 Jahren im großen und ganzen geglückt, der Schwierigkeiten Herr zu werden. Ebenso ist es auch in diesem Sommer geglückt, die Kolbak-Bande, wie wir sie nennen , - praktisch war es eine rote Brigade - in einem zähen Kampf zu zerschlagen und zu vernichten.

Neue Aufgaben sind nun an Dich gestellt: Der Führer hat vor einigen Monaten der SS die Aufstellung neuer Divisionen befohlen; für diese brauche ich Kommandeure, und zwar alte Soldaten, und für eine derselben bist Du vorgesehen.

Dem Parteigenossen Lasacker will ich auch von hier aus als Reichsminister des Innern und als Reichsführer SS einige Worte widmen. In jungen Jahren an eine unsagbar schwere Aufgabe gestellt, hat er sie ausgezeichnet gelöst. Ich habe ihn voll und ganz verstanden, daß er in seinem Alter den Wunsch geäußert hat, Soldat zu werden, um auch diese Schule des Lebens, die Schule als Soldat, als Kämpfer an der Front und als kommender Offizier mitmachen zu können.

Die Stellen, die er in seiner Person verwaltet und ausgefüllt hat, werden nun bei Beginn des fünften Kriegsjahres und angesichts der unerhörten Wichtigkeit dieses Raumes Generalgouvernement mit zwei bewährten Beamten und bewährten Mitarbeitern im Reichsinnenministerium oder der deutschen Verwaltung besetzt. Ich habe dem Herrn Generalgouverneur Sie, Regierungspräsident Creushaar und Sie, Unterstaatssekretär von Burgsdorff vorgeschlagen; der Herr Generalgouverneur hat meine Vorschläge akzeptiert. Sie beide blicken auf eine lange

Erfahrung zurück, sind Verwaltungsbeamte wie wir sie heute und in Zkunft brauchen: Kenner des Rechts, Könner in ihrem Fach und dabei lebendig, wirklichkeitsnah und natürlich. Ich weiß, daß Sie beide, Sie Parteigenosse Creushaar, als Leiter der Abteilung Innere Verwaltung und Sie, Herr von Burgsdorff, der Sie lange Zeit Mitarbeiter unseres unvergesslichen Kameraden und Freundes Heydrich in dem schwierigen fremdvölkischen Raum des Protektorats gewesen sind, Ihre Posten ausgezeichnet ausfüllen werden. Bei Ihnen, lieber Herr von Burgsdorff, darf ich in Anwesenheit aller Ihrer neuen Kameraden eines hervorheben: Ich weiß, Sie werden hier genau so Ihren Mann stehen, wie Sie sich als alter Soldat von einer freiwilligen Meldung nicht haben abhalten lassen und von Heydrich die Erlaubnis erwirkt haben. Im Feld haben Sie sich als Major und Abteilungskommandeur in schwersten Kämpfen das Ritterkreuz erworben.

Ich darf nun als Reichsführer SS und Reichsminister des Innern einige Gedanken zum Ausdruck bringen und einige Richtlinien aufzeigen, die ich mir als Reichsinnenminister für die Verwaltung aufgestellt habe. Als wir Nationalsozialisten vor 10 Jahren an die Macht kamen, fanden wir im ganzen Staat in Verwaltung und bei der Polizei, feste - um nicht zu sagen - festgefahrene Verhältnisse vor. Wir waren mit der Dynamik, die in der Bewegung und in den führenden Köpfen der Bewegung wohnte, vor ungeheur schwierige Aufgaben gestellt: auf der einen Seite die große Erwerbslosigkeit, auf der anderen Seite ein Staat, der gute Beamte hatte, die aber keineswegs die ihnen zu einem großen Teil bis dahin fremden Gedanken des Nationalsozialismus verstanden hatten, zum weiteren ein Reich, das nach unseres Führers und unserer heiligsten Überzeugung in der grüßten Gefahr schwebte, abgerüstet früher oder später der Spielball - gar nicht einmal ein ernst genommener Partner - unserer hochgerüsteten Nachbarn zu werden. Die Situation war schwierig für uns, denn wir mußten alle lernen, mit unserem

647 8/13

Elan an die festgefahrenen und bis dahin für die vergangene Zeit sicherlich wohl passenden Verhältnisse heranzugehen, Es mußte eine glückliche Verbindung geschaffen werden zwischen revolutionärem Schwung und fachlichem Können.

Der Weg ging lange Jahre auf zwei verschiedenen Geleisen: das eine Geleise war die Verwaltung, das andere Geleise war die mir gestellte Aufgabe der Polizei. Ich bin manchmal nicht verstanden worden, als ich die Polizei so etwas abseits entwickelte. Viele Männer in der Verwaltung hatten den Eindruck, um Gottes Willen die Polizei, die Exekutive - wie es hieß - und die Verwaltung wachsen total auseinander. Ich habe die Polizei im Großen im Jahre 1936 übernommen, nachdem ich bereits im Jahre 1934 die Geheime Staatspolizei übertragen erhielt. Ich konnte in diesen ganzen Jahren - jetzt darf ich es Ihnen sagen - vor dem Kriege und in den ersten Kriegsjahren in der Öffentlichkeit nichts davon verlauten lassen, welche Aufträge ich hatte. Ich konnte zum Beispiel nicht sagen, daß ich vor dem Einmarsch in der Ostmark den Auftrag hatte, 20 000 Mann mobile Polizei auf die Beine zu bringen. Der Einmarsch in der Ostmark lief selbst für meine nächsten Mitarbeiter unter der Aufgabe einer großen Polizeiparade in Berlin. Ich konnte den einzelnen Polizeistellen, selbst Polizeipräsidenten , nicht sagen, warum ich im starken Maße die Polizei in eine Truppenform goß. Heute nach Abschluß des vierten Kriegsjahres, dieses neuen großen Weltkrieges und nach dem Einsatz der Polizei in den besetzten, dem Reich eingegliederten oder angegliederten Räumen und in den Kriegsgebieten in Form von Regimentern, Bataillonen, Stoßtrupps, Jagdkommandos usw. weiß jeder, daß die von mir durchgeführte Entwicklung notwendig war. Mit dem Polizeibeamten alten Stils, der den Nachdruck auf das Wort Beamter legte, hätten wir die Aufgaben nicht lösen können.

Es ergab sich von vornherein das Schwere, aber wie ich glaube heute doch gelöste Problem, daß der Mann der SS und Polizei in Ordnungs- und Sicherheitspolizei zum einen Angehöriger einer Polizeiformation ist, zum anderen Beamter ist und

6978/93

zum dritten Soldat ist. Er hat ja auch bei allen drei Gebieten seine Aufgaben. Es ist ganz klar, daß es für viele unserer Männer sehr schwer war, diese neue Form zu finden und sich in diese neue Form einzufügen. Bei neuen Dingen wird man die richtige Form erst finden, wenn Fehler gemacht sind und indem man sehr philosophisch, aber auch sehr nüchtern jeweils einen Fehler, eine Reibung, die da und dort kommt, unterbindet und allen anderen mitteilt, dieser Weg darf nicht gegangen werden. Im Laufe der Jahre mußten die Komponenten, die aus der SS, aus der Beamtenschaft und aus den Polizeisoldaten gegeben sind, allmählich zusammengeschmolzen werden, wobei es bei den Jüngeren leichter war. In der uralten Frage Executive und Verwaltung waren auch in diesem Raum manchmal schwierige Probleme zu überwinden.

Seit kurzer Zeit bin ich nun als Reichsführer SS vom Führer zum Reichsminister des Innern ernannt worden. Ich sehe meine Aufgabe darin, Verwaltung und Polizei auch vom Standpunkt der Verwaltung aus - wie ich es vorher vom Standpunkt der Polizei aus tat - in das Verhältnis zueinander zu bringen, das daraus die größte Schlagkraft und die größte Ausnützung jeder Kraft dieser beiden für den Staat und für das Reich in seinem Entscheidungskampf und für die Zukunft erwächst. Ich bin hier in den Dingen sehr undogmatisch, ich glaube, daß man weder sagen kann - und ich werde dies auch nicht zulassen - die Polizei und die SS allein sind lebensfähig oder allein lebensberechtigt - das ist ein Unsinn, noch kann man aber sagen, die Verwaltung allein ist für sich berechtigt und hätte so wie es früher war, praktisch die Exekutive aufgebaut. Aufbau und Führung der Exekutive ist nicht die Aufgabe des Verwaltungsbeamten, Durchführung von Verwaltungsaufgaben ist im großen und ganzen nicht die Aufgabe der Polizei. Die Verwaltung bedarf der Exekutive und die Exekutive hat sich hier reibungslos und selbstlos in den Dienst dieser Aufgabe zu stellen. Die Polizei ist überall der erste sichtbare Träger der Reichs- und Staatsautorität. Eine Reichs- und Staatsautorität für sich allein gibt es nicht. Ich glaube, daß heute ein Großteil dieser Kinderkrankheiten, die wir bei dieser Neugestaltung in einer Zeit der Aufrüstung, des Einmarsches in die Ostmark, des Einmarsches in das Sudetenland und des zweiten Weltkrieges

6774/43

durchmachten, überwunden ist, und daß uns das Leben von unten angefangen bis nach oben zurechtgeschnitten hat.

Ich darf nun noch kurz zu einigen Grundsätzen kommen, die ich mir als maßgeblich für das Reich gedacht habe. Ich sehe als meine Hauptaufgabe ganz klar vor mir, die Autorität der Reichsgewalt in der Verwaltung und im Innern festzulegen und wo es notwendig ist, wieder herzustellen. Ich sehe ebenso klar aber als Fundament für diese Aufgaben eine nicht zu überbietende Reichsfreudigkeit in den Provinzen und Gauen ins Leben zu rufen und zum Blühen zu bringen. Deswegen lege ich ausschlaggebenden Wert auf die deutsche Selbstverwaltung. Es ist klar, daß diese Äußerungen für das Reich gedacht sind und zur Zeit für diesen Raum noch nicht passen. Ich möchte nicht mißverstanden werden. Je mehr Aufgaben wir hinausverlagern können, umso gewaltiger wird die Kraft, die die Gemeinschaftsarbeit auf diesem Gebiet dann hervorbringt. Wenn wir versuchen würden, im Ministerium in Berlin jede einzelne Kleinigkeit bestimmen zu wollen - in der Zentrale ohne Zweifel nicht durch kleine oder mittlere Beamte -, Dinge, die draußen in der Provinz besser gemacht werden können, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn draußen in den Reichsgauen ein Widerwillen eintritt, wenn erklärt wird, mit denen in Berlin wollen wir nichts zu tun haben, wenn ein Reichsstatthalter seine Stellung unwürdig findet und wenn draußen erklärt wird: wir machen uns selbstständig gegen die Zentrale. Die Aufgabe der Zentrale sehe ich darin, möglichst viel an Anregungen zu geben, möglichst viele der gaugebundenen Entscheidungen nach draußen zu verlagern, schöpferischen zur Führung befähigten Köpfen draussen die Gelegenheit zum Arbeiten zu geben. Die Zentrale hat die Aufgabe, die einzelnen Gaue in Wettbewerben anzueifern, ihnen zu sagen, warum geht es hier, warum hat dieser Gau beseere Straßen, schönere Häuser, warum ist in diesem Gau die Kindersterblichkeit kleiner usw., tausend Einzelfragen, tausend Möglichkeiten , in denen sich draußen <u>große und kleine Persönlichkeiten bewähren und entwickeln können.</u> Hier bin ich auch willens, eine ganze Anzahl kleiner Städte in unseren alten Reichsgebiet, die bisher unmittelbare Städte waren, im Zuge einer am Anfang sich als notwendig erweisenden sehr starken Zentralisierung, wieder mittelbar zu machen. In diesen kleinen Städten besteht die Möglichkeit,

6 F 4/13

jungen Anfängern Gelegenheit zu schöpferischer Tat, zum Werden, zum Arbeiten, zum Schaffen und zum Führen zu geben. Es muß so werden, - und ich habe die feste Überzeugung, daß es wieder so wird - daß die Verwaltung wieder einen guten Nachwuchs bekommt. Der Nachwuchs ist bei uns in den letzten Jahren sowohl an Zahl als auch in vielen Fällen an Qualität sehr stark zurückgegangen. Der Grund dafür ist, daß der Einzelne in vielen Punkten die Überzeugung hatte, sich hier nicht richtig auswirken zu können und deshalb lieber in die Wirtschaft ging. Ich bestreite, daß dafür allein die Geldfrage eine ausschlaggebende Rolle spielt, wenn es auch in Deutschland sicherlich eine Anzahl Materialisten gibt. Es geht einer nicht in die Wirtschaft, weil er dort das dreifache Gehalt wie in der Verwaltung bekommt. Ich kenne viele schöpferische Idealisten, die viellieber in eine schlechter bezahlte Position gingen, wenn sie sich in ihr auswirken können. Sicherlich wird der Staat die Gehälter, die in der Wirtschaft bezahlt werden, nicht bezahlen können und auch nie bezahlen sollen. Ausschlaggebend muß sein, daß der Stand der Beamten und die Aufgabe der Verwaltung wieder als eine von allen Kreisen als höch wichtige, ausschlaggebende und ehrenvolle angesehen wird. Es wird in der Zukunft - nicht von heute auf morgen - aber im Ablauf von Monaten und ein paar Jahren - wieder so werden, daß die Beamtenschaft und hier gerade der Verwaltungsbeamte von einem ausgezeichneten und stolzen Korpsgeist erfüllt ist, der auch fähig ist, wieder junge von ihm erfüllte und von Tätigkeitsdrang beseelte Menschen an sich zu ziehen und als Nachwuchs zu bekommen.

Wie ich bereit bin, aus der Zentrale Aufgaben in die Gaue hinauszuverlagern, ebenso bin ich aber auch unnachgiebig willens, die Aufgaben, die die Reichszentrale selbst haben muß, auch dort zu behalten und keinen Zentimeter davon abzuweichen. Persönliche Besetzungen werden vom Reich gemacht. Sonst würde sich eines Tages der Zustand herausbilden, daß Gaubeamte kommen wie wir früher Länderbeamte hatten, daß in einem Gau lieber ein schlechterer Beamter angestellt würde, weil er eben aus diesem Gau ist, als ein besserer, den das Reich anbieten kann oder daß in irgend einem Gau zwei oder drei helle Köpfe sitzen, die dort nicht in einer höheren Stellung verwendet werden können, weil sie eben nicht

69 T 4/43

vorhanden ist, aber auch an einer solchen höheren Stelle im Reich nicht verwendet werden können, weil der Gau diese Menschen hortet. Das kann sich ein Reich nicht leisten und das wäre der Enderfolg, wenn die Personenpolitik nicht von der Zentrale durchgeführt würde.

Die Linien zwischen Partei und Staat arbeiten sich in der Aufgabenstellung immer klarer heraus und darüber bin ich sehr glücklich. Heute ist zum Beispiel ganz klar ausgesprochen, daß die Aufgaben eines Kreisleiters und eines Landrates zwei verschiedene sind und von zwei verschiedenen Persönlichkeiten wahrgenommen werden müssen. Die Aufgabe des Landrates ist die Verwaltung, die des Kreisleiters die Menschenführung.

Das sind so einzelne Gedanken, die ich mir für das Reich als Richtlinien gemacht habe. Im Reichsinnenministerium selbst haben wir einige Dinge vereinfacht und straffer zusammengefaßt. So wurde das Amt für Kommunalverwaltung mit einem Landshauptmann, der aus der Praxis der Verwaltung kommt, neu besetzt. Die beiden Personalabteilungen habe ich in eine zusammengelegt, erstens aus Menschenersparnis und zweitens um auch hier eine straffere Führung zu ermöglichen. Die Hauptabteilung VI, die nicht mehr notwendig war, wurde aufgelöst. Es ist selbstverständlich, daß wir uns während des Krieges in vielen Dingen nur Notbesetzungen leisten können, da ja gerade auch bei den Beamten der Großteil vor dem Feind steht.

Ich darf nun zu dem hiesigen Raum kommen. Wenn die Schwierigkeiten im alten Reich an vielen Stellen schon besonders große waren, hervorgerufen durch wirtschaftliche Aufrüstung im Vierjahresplan, durch das ungeheure Tempo, das wir vorlegen mußten, durch die Einmärsche, durch die Neueingliederungen großer Landesteile und durch den Krieg, so waren sie im besonderen Maße schwierig im Generalgouvernement. Die Situation ist Ihnen allen am besten bekannt. Es leben hier 16 Millionen Fremdvölkische und rund 200 000 Deutsche, wenn wir die Angehörigen der Polizei und Wehrmacht noch dazu nehmen, vielleicht 300 000. Diese 16 Millionen Fremdvölkische, die früher noch durch eine Unzahl von Juden, die ja jetzt ausgewandert sind oder zum Osten gebracht wurden,

6978/13

vermehrt wurden, setzen sich zum größeren Teil aus Polen und zum kleineren Teil aus Ukrainern zusammen. Im Polen haben wir einen der schwierigsten slawischen Stämme, und zwar der ostslawischen Stämme, die wir kennen, im Gegensatz zu den Südslawen des Balkans, die wir die Kroaten, Bosniaken usw. erheblich leichter in den europäischen Raum ein- bezw. anzugliedern sind. Die Polen ein unglückseliges Volk, das seit 7 Jahrhunderten direkt vor unserer Tür gelagert ist, geopolitisch in einer der unseligsten Stellungen, die auf unseren Lebensadern liegt und die uns seit Jahrhunderten zu Handlungen zwingt, und die uns in jedem Fall wo wir nicht gehandelt haben, das Leben fast abschnürten oder ein paar Mal fast beendeten! Dieses Volk ist ein Prototyp eines slawischen Volkes: fähig, so viel zu organisieren, daß es jeweils gegen eine staatliche Ordnung, gegen seinen Herren und gegendie bestehende Herrschaft Konspirationen, Sabotage und Zerstörungen durchführen konnte, auf die Dauer aber in seiner jahrhundertelange Geschichte niemals fähig war, ein als Staat anzusprechendes Organisationsgebilde aufzubauen.

Dieses Volk hat nun der Generalgouverneur als der <u>Treuhänder des Führers und Ausdruck der Reichsgewalt</u> zu verwalten, in Ordnung zu halten und jetzt im Krieg aus ihm unerhörte Leistungen an Rüstung, Ernährung und Arbeitskraft herauszuholen. Eingangs bei meinen Abschiedsworten für unseren Kameraden Krüger habe ich bereits erwähnt, daß dafür Polizeikräfte zur Verfügung stehen, die nicht so stark sind, wie es die Aufgabe erfordern könnte. Im Rahmen der Neubesetzungen, die der Abschied all der Mitarbeiter und deren Betreuung mit neuen Aufgaben mit sich gebracht hat, sind nun Sie, Kamerad Koppe vom Generalgouverneur und mir gemeinsam als Staatssekretär für das Sicherheitswesen und Höherer SS- und Polizeiführer eingesetzt. Sie haben eine reichhaltige und vielgestaltige Laufbahn hinter sich, sind alter Parteigenosse, alter Führer in der allgemeinen SS. Sie sind entsprechend den Gewohnheiten in der SS in der Kampfzeit und in den ersten Jahren nach der Machtergreifung viel herumgekommen, waren zwei Jahre SS-Führer im Oberabschnitt Elbe, haben hier angeleitet durch unseren unvergesslichen Kameraden Heydrich sich eine reiche sicherheitspolizeiliche Erfahrung erworben und waren zuletzt Höherer

6978/13

SS-und Polizeiführer im Warthegau, in einem Gebiet, dessen polizeiliche und völkische Verhältnisse denen des Generalgouvernements am nächsten sind. Sie sind jedoch leichter, besonders nach der reichen Einwanderung, die wir in den Warthegau hineinleiten konnten. Die Bevölkerungszahl ist mit 4.5 Millionen, davon ursprünglich 300 bis 400 000 Deutsche erheblich geringer. Sie haben sich in diesem Gebiet abermals eine große Erfahrung sammeln können. In der Art, wie man dieses fremde Volk behandelt und in der Kampfesweise, wie dieser hinterhältige Gegner niederzuhalten ist. Ich habe die feste Überzeugung und das feste Vertrauen, daß Sie den schweren Auftrag, den Sie aus den Händen des Generalgouverneurs und meinen Händen übernommen haben, meistern werden. Ich weiß, daß wir uns alle nicht in Ihnen täuschen werden.

An Sie, meine Männer der SS- und Polizei, und an Sie, die Verwaltungsbeamten dieses Gebietes, möchte ich ein paar ganz menschliche Worte richten. Ich sagte schon: in diesem Gebiet haben sich viele Schwierigkeiten, die wir bei der Neuorganisation der neuen Aufgaben im Reich erfahren, in einem ganz besonderen scharfen Maße gezeigt. Schwierigkeiten, die oft in der Frage der Organisationsform und noch öfter in der Unzulänglichkeit der Mittel begründet waren. Wenn Schwierigkeiten unter Deutschen auftauchen, dann werden sie furchtbar grundsätzlich und furchtbar dogmatisch genommen und da gibt es da und dort Funken. Wir Nazis sind an sich Menschen, die einen ausgesprochenen Dickkopf haben - wenn wir ihn nicht hätten, wären wir nie Nazis geworden. Wenn wir nicht einen solchen Dickkopf hätten und in dieser Geradheit und Zähigkeit vom Führer nicht unterrichtet und erzogen worden wären, hätten wir auch den Krieg gegen diese Übermacht nicht viereinhalb Jahre lang siegreich durchgeführt. Diese Zähigkeit und Härte zeigen sich aber auch bei uns, wenn wir da und dort Meinungsverschiedenheiten haben; das hat sich auf allen Ebenen in diesem Raum und im Reich bei der Diskussion über die oder jene Organisationsform auch unter uns gezeigt. Die Dinge haben sich aber gegenseitig abgeschnitten,

0778/43

die Gewöhnung und das tägliche Leben haben uns die Formen gezeigt, wie wir in gemeinsamer Arbeit den besten und grüßten Nutzeffekt für Deutschland herausholen.

Nun stehen wir im fünften Kriegsjahr. Der Krieg zeigt sich in seiner vollen Schwere, in seinen blutigsten Entscheidungskämpfen, Entscheidungsmonaten, vielleicht auch noch Entscheidungsjahren. Wir können uns, wenn wir pflichtgemäß dem Führer und dem Reich gegenüber handeln wollen, nicht ei die geringste Reibung innerhalb unserer deutschen Organisation leisten. Wenn wir sie uns leisten würden, würden wir uns gegen Deutschland vergehen. Ich weiß, daß Sie, meine Herren, in diesem Raum, an jeder Stelle und in jeder Ebene, in der Ebene des Kreishauptmanns und des entsprechenden Polizeiführers, in der Ebene des Distriktschefs und des entsprechenden SS- und Polizeiführers oder in der Ebene der Regierung des Generalgouvernements und des Höheren SS- und Polizeiführers reibungslos zusammenarbeiten und ich möchte einmal dafür das von mir selten gebrauchte Wort "Brüderlich für Deutschland und das Reich" anwenden. Der Ausdruck der Reichsgewalt und Reichsautorität in diesem Raum ist der Generalgouverneur und seine Regierung.

Eines muß für uns alle klar sein: wenn wir über zwei Dinge verschiedner Meinung sind, dann sprechen wir uns untereinander aus; niemals aber darf ein außerhalb unserer Reihen oder gar außerhalb der deutschen Reihen Stehender - ein Fremdvölkischer - auch nur eine Ahnung davon bekommen, daß wir nicht einer Meinung wären. Ich bin fest davon überzeugt, daß unsere Arbeit in diesem Lebenland des großdeutschen Reiches in der Beherrschung von 16 Millionen Fremdvölkischen durch eine hauchdünne Schicht von Deutschen harmonisch ablaufen wird, so harmonisch, wie es der Führer wünscht.

Zum Schluß noch ein Wort über den Krieg. Der Krieg wird immer ein Auf und Ab sein. Es gibt Zeiten, in denen die eine Seite eindeutig die Stärkere ist, und es gibt Zeiten, in denen auch die eindeutig stärkere Seite Krisen durchmacht. Krisen gibt es in jedem Kriege. Es kommt nur darauf an, daß man niemals nachgibt, daß niemals der Glauben verlorengeht. Es kommt darauf an - und das erwarte ich von jedem von Ihnen -

6978/93

ob SS-Führer, Offizier, Beamter, Angestellter oder ein anderer Diener des Reiches - daß er Träger des Glaubens ist, daß er im tiefsten Innern die Überzeugung hat, wir können diesen Krieg garnicht verlieren, sondern wir können ihn nach geschichtlichen Gesetzen nur gewinnen, da wir an Wert die stärkeren und besseren sind, da wir - das wollen wir nicht vergessen - als Germanen in der Geschichte einmalig seit Jahrtausenden den Führer haben, der uns geeint hat im Innern als Großdeutsche, der uns einigen wird als Germanen, unseren Führer Adolf Hitler, der allen anderen - sie mögen Churchill, Roosevelt oder auch Stalin, der ohne Zweifel eine Persönlichkeit ist, heißen - turmhoch überlegen ist. Es ist in diesem Kriege lediglich eine Frage der Nerven, des starken tapferen Herzens, daß wir niemals und in keiner Sekunde schwach werden, niemals den Glauben verlieren werden, daß wir bei jedem Schlag, den wir empfangen, immer wieder stehen und mit größerer Wucht zurückschlagen. Eines Tages wird einer von denen, die gegen uns kämpfen, schwach werden, sie werden sich da uneinigen; plötzlich wird einer zusammenbrechen und der Lohn für unser Ausharren in diesem blutigen Rassenkampf zwischen Germanentum und den Völkern des Ostens ist dann das Reich in einer unvorstellbaren Größe und Herrlichkeit, ein Reich von 120 Millionen Germanen, das Europa führt, in Ordnung hält und die Arbeit lenkt. So wollen wir in die ferne Zukunft denken, weit über die Grenzen dieses Raumes hinaus das Vorfeld bis hinüber zum Ural ordnen, das dann einmal an seinem äußersten Ende die Grenze der deutschen Machtsphäre darstellt. An dieser äußersten Grenzsphäre stehen dann die Luftwarnstationen für die Kriege, die unsere Enkel und Urenkel ausfechten müssen, um diese Auseinandersetzungen mit noch größeren Menschenmassen bestehen zu können.

Wenn Ihnen Ihre Aufgabe zu schwer wird, wenn Sie glauben, manchmal verzagen zu müssen, wenn irgend ein Idiot oder ein schwachgewordenes Nervenbündel davon spricht, "die Russen sind jetzt schon da und dort", dann denken Sie daran, daß das nur Tagesfragen sind, daß wir eines Tages die Russen da oder dort abschlachten und vernichten; ob das näher an unseren Grenzen oder ferner ist, spielt keine Rolle. Eines Tages hört auch diese Masse Viehmenschen auf. Denken Sie daran, daß die Aufgabe, die

6978/43

im Friedenkommt, für die Sie dieses Land schon zu ordnen beginnen, uns mehr Kopfzerbrechen und Arbeit macht, wie ein sturesDurchstehen. Zerbrechen Sie sich darüber den Kopf, wie dieser Raum geordnet wird und wie am Ende unseres Wirkens auf dieser Welt der Raum, in dem wir einst eingezogen sind, ein Gebiet , in dem wir nur Feinde und Gegner haben, einstmals blühender deutscher Bauern- und Siedlungsboden, blühende Pflanzstätte für die germanische Rasse und ihre Kinder werden wird. Denken Sie in die Zukunft, die unser sicher ist, wenn wir heute anständig sind, unsere Pflicht tun, einig sind UND WÜRDIG der Tatsache, daß wir unter Adolf Hitler leben können und miterbeiten dürfen.

6978/13

Freitag, den 19.November 1943 Krakau

8[00] Ministerialrat Dr.Weh legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf der Verordnung über die Schaffung eines Ostpreises deutscher Kultur des Generalgouvernements in Höhe von 150 000.-Zl. vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet den Entwurf.

9[30] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs, des Reichsführers SS Himmler und mehrerer führender Männer der Regierung des Generalgouvernements nach Warthenberg.

Dort übergibt der Herr Generalgouverneur das neu errichtete SS-Erholungsheim an Reichsführer SS Himmler mit folgenden Worten:

Lieber Reichsführer SS Himmler! Ich betrachte diesen Augenblick als einen der würdigsten der Geschichte des Generalgouvernements. Es ist mir eine grossé Freude, da ich Ihnen, der Sie in der Idee der Waffen- SS dem Führer und unserer nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei einen grandiosen Anteil an dem Kriegsgeschehen gegeben haben, indem Sie mit der genialen Krönung der Waffen-SS die Sturmfahnen der alten Partei auch in die Kriegsgeschichte eingefügt haben, in ergriffener Dankbarkeit für diese grosse Tat dieses mit Mitteln der Regierung des Generalgouvernements erstellte Haus persönlich übergeben kann. Verfügen Sie selbst darüber! Mein Gedanke war - wenn es nicht unbescheiden ist, ihn zu äussern -, dass Sie dieses Haus dazu benützen möchten, hier besonders sich ausgezeichnet habendenMitgliedem der Waffen-SS und Polizei nach schwerstem Einsatz Erholung fin-

19.11.1943

den zu lassen. Dieses Haus soll auch ein Ausdruck dafür sein, dass das Generalgouvernement stolz ist, eine Heimstätte auch Ihrer grossen Idee und Werke sein zu dürfen.

Der Herr Generalgouverneur überreicht hierauf dem Reichsführer SS die Schenkungsurkunde.

Reichsführer SS dankt für dieses grosszügige Geschenk der Regierung des Generalgouvernements und erklärt, dass er diesem Haus seine besondere Note geben werde. In dieser wunderbaren Erholungsstätte sollten verdiente und mehrfach verwundete Kommandeure der Waffen -SS in gemeinsamen Urlaubstagen mit ihren Frauen Kraft und Stärke für neuen Fronteinsatz sammeln können. Jede Einladung werde er sich persönlich vorbehalten.

10^{15} Rückfahrt ins Regierungsheim.

10^{30} Eröffnung der Kunstausstellung "Deutsche Künstler sehen das Generalgouvernement" und der Sonderschau "Laien-schaffen der Wehrmacht in der Freizeit" in den Tuchhallen.

Nach Begrüssungs- und Einführungsworten des stellvertretenden Leiters der Hauptabteilung Propaganda Regierungsrats Arnold und nach Ausführungen, die Generalmajor Haseloff für den verhinderten Wehrkreisbefehlshaber General Hänicke zur Vorlesung bringt, ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache :

Ich freue mich unsagbar, dass wir die heutige Ausstellung in so schönem festlichem Rahmen eröffnen können. Als ich vor 2 Jahren zum ersten Mal die Idee hatte, deutsche Künstler zu ersuchen, sich einmal das Generalgouvernement als künstlerischen Vorwurf anzusehen, war ich erstaunt über das

19.11.1943

Interesse, das dafür in weitesten Schichten der deutschen Künstlerschaft herrscht. Und als die ersten Leistungen uns gezeigt wurden, waren wir alle beglückt über zwei Dinge: erstens über die durch nichts zu erschütternde schöpferische Potenz unserer deutschen Künstler und zweitens über das lebensvoll durchpulste Interesse des deutschen geistig-seelisch betonten Menschen an dem neu eroberten Ostraum. Die Bilder strahlten uns, selbst uns, die wir diesen Raum ordnen, ein Bild dieses Raumes ins Herz, das uns diesen Raum selbst erst wieder heimisch machte. So war eigentlich die Gegenleistung der deutschen Künstler eine viel grössere als unsere Einladung.

Ich freue mich ganz besonders und bin darüber sehr glücklich, dass wiederum über 1000 deutsche Künstler dem Appell der Regierung des Generalgouvernements, sich in jeder Form künstlerisch mit dem Generalgouvernement zu beschäftigen, gefolgt sind. Ich freue mich, diese Ausstellung eröffnen zu können, und Sie werden sich alle mit mir freuen, Ihr deutschen Männer und Frauen dieses Gebietes, die Ihr Euch nun im fünften Kriegsjahr bemüht, nicht nur dieses Land politisch dem deutschen Reichsgefüge einzufügen und die aufbauenden Kräfte dieses Raumes in den Dienst des Sieges zu stellen, - nein die Ihr Euch auch alle gemeinsam müht, dieses Land zur deutschen Heimaterde werden zu lassen. Wir schlagen in dieser Scholle bereits seelische Wurzel: die Kinder, die hier geboren werden, die Ehen, die hier geschlossen werden, dieses Heimischwerden in diesem Raum ist wichtiger für die Dauerbeinhaltung dieses Gebietes als jede äussere formale Staatsautorität.

Diese Ausstellung betrachte ich daher als einen ganz wichtigen Markstein der weiteren Intensivierung und Vertiefung des grossen deutschen Mutterreiches mit diesem Neuland, dem Nebenland Generalgouvernement.
Vor allen anderen den Künstlern meinen Dank, den Künstlern, die in der Heimat wirken, den Künstlern, die nach hier eine Reise gemacht haben und vor allem meinen Dank

19.11.1943

.

unseren lieben Kameraden, den Künstlern im Waffenrock. Herr General Haseloff, übermitteln Sie allen Wehrmachtsstellen, insbesondere Wehrkreisbefehlshaber, General Haenicke meinen und aller Deutschen Dank für die grosszügige Förderung dieses Planes. Es ist, wie Sie mit Recht sagen ein stolzes Bekenntnis zur Kraft des deutschen Soldaten, dass er mitten im schwersten Kriegsringen Zeit und Kraft findet, sich mit den grossen idealen Werten der Gemeinschaft positiv und schöpferisch zu bestätigen. Auch allen Dienststellen der Regierung und allen Beteiligten meinen besonderen Dank!

Es dürfte Sie, lieber Parteigenosse Himmler, der Sie zu unserer grossen Freude und Ehre hier anwesend sind, in Ihrer Eigenschaft als Reichskommissar für die Befestigung deutschen Volkstums besonders interessieren, dass wir hier einen eigenartigen Weg beschreiten wollen, um diesem Raum dem ganzen deutschen Volkstum nahe zu bringen: nicht nur durch Aufklärung über die materiellen Werte eines neueroberten Gebietes kann man Interesse wecken - das würde auf die Dauer zu wenig sein und nicht unserem deutschen Charakter entsprechen, der nicht wie die plutokratische Welt nur darauf ausgeht, materiellen Gewinn zu erzielen - sondern auch durch die Gewinnung wichtiger seelischer Substanzen. Wir haben diesen Raum vom Anfang an nicht als Eroberer betrachtet, sondern nur die stolzeste deutsche Tradition fortgesetzt, die es überhaupt gibt. Selbst dieser Platz mit seiner Marienkirche und den Tuchhallen, das ganze Land sind voll von den Zeugen deutscher künstlerischer Kraft, die diesen Raum durch viele Jahrhunderte hindurch belebt hat. Veit Stoss, Hans Dürer, - wie würden sie alle zu nennen sein, die hier durch die Jahrhundert gewirkt, uns vorgearbeitet und auch geistig-seelisch legitimiert haben, diesen Raum in unserer Wacht und Obhut zu halten.

5

19.11.1943

Meine deutschen Menschen in diesem Saal! Vergessen Sie nicht, wie unsagbar wenig, nämlich fast nichts, die sogenannte polnische Regierung in diesem Raum an künstlerischen geistig-seelischen Werten geleistet hat. Das heisst: wir sind die legitimen Erben dieses Raumes; nicht weil wir in diesem Krieg über die Polen den Sieg davon-getragen haben, sind wir hier, sondern weil dieser Sieg unserer heroischen Wehrmacht in der natürlich begründeten Entwicklung der Vorleistung unserer Vorfahren in diesem Raum unmittelbar seinen Ursprung hat. Mit diesem stolzen Herzen sind nicht wir die Fremden, sondern die anderen.

Die deutschen Künstler des Generalgouvernements übermitteln uns hier eine grosse Schau. Ich will mich noch jeden Urteils enthalten, ich habe zu wenig Bilder gesehen und kann daher nichts sagen, ob wir restlos einverstanden sind mit dem, was uns gezeigt wird; ich habe aber doch den Eindruck, dass die Künstler sich angestrengt haben und dass unser Endurteil ein gutes sein wird. Wenn wir so die politische, soziale, wirtschaftliche, technische und auch künstlerische Führung dieses Raumes immer weiter intensivieren, eine Aufgabe, die uns der Führer auf den Weg mitgegeben hat, so wird aus dem Generalgouvernement ein stolzes Nebenland des grossdeutschen Reiches erstehen, und ich darf sagen, dass die deutsche Führung diesee Raumes unsterblich wird.

Der Erfolg dieser Ausstellung hat mich veranlasst, einen nach aussen hin deutlich in Erscheinung tretenden Preis zu stiften, der den deutschen Künstlern zeigen soll, wie sehr wir Deutsche Ihre Arbeit schätzen.

Ich stifte mit Wirkung vom heutigen Tage den Ostpreis deutscher Kultur des Generalgouvernements in Höhe von 150 000.- Zloty. Im einzelnen werden verliehen ein Ostpreis für bildende Kunst, für deutsche Dich-

tung und für deutsche Musik in Höhe von je 50 000.- Zl. Dieser Ostpreis des Generalgouvernements soll auch zeigen, dass die deutsche Kraft unerschütterlich ist.

Ich habe nun noch eine angenehme Amtspflicht zu erfüllen, nämlich die Preisträger des Veit-Stoss-Preises 1943 unserer Veit-Stoss-Akademie der bildenden Künste in Krakau zu verkünden. -

Der Herr Generalgouverneur verkündet dann die einzelnen Preisträger auf dem Gebiete der Malerei, Graphik und Architektur.

Nach der Eröffnungsfeier findet ein erster Rundgang durch die Ausstellung statt. Anschliessend wird die Architekturausstellung im Ostinstitut besichtigt.

11^{45} Der Herr Generalgouverneur begleitet Reichsführer SS Heinrich Himmler zum Flugplatz.

12^{1o} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs auf die Burg.

13^{3o} M i t t a g e s s e n zu Ehren des Gauleiters und Reichsstatthalters Dr. Alfred Meyer.

15^{2o} Besprechungen mit Staatssekretär Stuckart, Staatssekretär Dr. Bühler, SS-Obergruppenführer Koppe, Gouverneur Dr.von Burgsdorff, SS-Oberführer Bierkamp und Hauptabteilungspräsident Dr.von Craushaar.

16^{4o} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Palais Potocki.

Dort findet die Einführung des neuen Gouverneurs von Burgsdorff bei der Gefolgschaft des Amtes des Distrikts statt.

18^{45} Besprechungen mit Gauleiter Reichstatthalter Dr.Alfred Meyer.

(Übernachtung auf der Burg)

Samstag, den 20.November 1943 Krakau

9^{00} Frühstück zu Ehren des Stellvertreters des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete, Reichsstatthalter und Gauleiter Dr. Meyer.

Anschliessend hat der Herr Generalgouverneur Besprechungen mit Reichstatthalter Dr. Meyer, Herrn Stadler vom Ostministerium, SS-Obergruppenführer Koppe und Oberlandesverwaltungsrat Weirauch.

11^{00} Vortrag Gauleiters Dr. Meyer in der Verwaltungsakademie über das Thema " Die deutsche Aufgabe im Osten".

Zu Beginn eröffnet der Herr Generalgouverneur die Veranstaltung mit folgenden Worten:

Herr Reichsstatthalter und Gauleiter, lieber Parteigenosse Meyer, meine Herren Generale, Gouverneure, Präsidenten der Hauptabteilungen, Vertreter der Partei, Beamte, Angestellte, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Generalgouvernement!

Ich freue mich ganz besonders, dass ich heute Sie, lieber Parteigenosse Meyer, nicht nur in Ihrer Eigenschaft als Gauleiter und einer der ältesten Mitkämpfer unseres Führers Adolf Hitler und als Reichsstatthalter bedeutsamer Länder des Grossdeutschen Reiches im Namen der Vertreter des Staates, der Wehrmacht und der Partei dieses Raumes begrüssen darf, sondern Sie insbesondere hier in Krakau begrüssen darf als Vertreter des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete, das der

bewährten Führung unseres Parteigenossen Rosenberg untersteht. Wir freuen uns ganz besonders, dass Sie, der Sie im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete eine umfangreiche Arbeit zu leisten haben, der Einladung der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements gefolgt sind, um zu uns über Ihr Ministerium und die Aufgaben der besetzten Ostgebiete, über Führung, Verwaltung und Wirtschaft dieses Raumes zu sprechen.

Das Generalgouvernement als das im Jahre 1939 von unserer grossartigen nationalsozialistischen Wehrmacht eroberte älteste Gebiet des grossdeutschen Machtbereiches war die erste Bastion, die der Führer im Osten aufgerichtet hat. Als dann im Jahre 1941 infolge der drohender werdenden Haltung der Sowjetunion gegenüber Deutschland der Führer gezwungen wurde, auch der Drohung des Stalinreiches mit den Waffen zu begegnen, war es dann die Aufgabe Ihres Ministeriums, die besetzten Ostgebiete in Ordnung zu bringen. Dies ist Ihnen gelungen. Der Reichtum und die Fülle an Erträgnissen, die dank der Verwaltung und Führung dieses Raumes und dank der Leistung auch der deutschen Landwirtschaft dem deutschen Kriegspotential zugeflossen sind, gehören als hervorragende Leistungen der Geschichte an.

Darüber freuen wir uns im Generalgouvernement ganz besonders, denn diese Leistung brachte das ganze deutsche Volk psychologisch und erkenntnismässig dem Osten nahe. Ich begrüsse Sie als Kamerad im Ostkampf ganz besonders herzlich in diesem Raum; wir freuen uns auf Ihren Vortrag.

Bevor ich Ihnen das Wort erteile, möchte ich

20.11.1943

im Namen des Führers, Ihnen, lieber Parteigenosse Wilhelm Koppe, die Urkunde überreichen, mit der Sie der Führer zum Höheren SS-und Polizeiführer im Generalgouvernement ernannt hat und Ihnen für die Dauer der Bekleidung dieses Amtes "Staatssekretariat für das Sicherheitswesen im Generalgouvernement" die Amtsbezeichnung"Staatssekretär" verliehen hat.
Herr Staatssekretär Koppe, indem ich Ihnen diese Urkunde überreiche, verpflichte ich Sie im Namen des Führers. Wir nehmen Sie alle mit offenen Armen als Kameraden auf.

13^{00} M i t t a g e s s e n.

17^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung im Haus Kressendorf)

Sonntag, den 21.November 1943.

15^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

15^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hause der NSDAP.

15^{35} Beginn der Tagung der Amtswalterschaft und der Propaganda- und Schulungsredner des Arbeitsbereiches im Festsaal des Hauses der NSDAP.

Hauptabschnittsleiter Stahl eröffnet die Tagung mit folgenden Worten:

Reichsleiter! Sie gaben mir vor 2 Monaten den Auftrag, sämtliche Propaganda- und Schulungsredner zu einer Ausrichtungstagung nach Krakau zu berufen. Dadurch, daß Sie dem Chef der Regierung Herrn Staatssekretär Dr.Bühler den Auftrag gaben, uns die Schulungsburg der NSDAP. zu übergeben, war endlich die Möglichkeit gegeben, daß wir hier in Krakau am Sitze der Regierung diese Schulung übernahmen. Im Hause der Partei sind nun in seinem Festsaal die Propaganda- und Schulungsredner des Arbeitsbereiches, die auf einer einheitlichen Linie des Generalgouvernements ausgerichtet worden sind, versammelt. Weiter habe ich die Amtswalterschaft der Partei mit ihren Gliederungen hierher gebeten.

Ich freue mich, in diesem Kreise zum ersten Mal den Staatssekretär für das Sicherheitswesen SS-Obergruppenführer Koppe als alten Parteigenossen begrüßen zu können, ebenso den SA-Gruppenführer Schmierer, der uns ja kein Unbekannter mehr ist, da er schon oft im

21.11.43.

Hause der NSDAP. zu Krakau geweilt hat.

Herr Generalgouverneur, Sie wollen zu der Amtsleiterschaft des Arbeitsbereiches, zu den Propaganda- und Schulungsrednern sprechen. Diese ziehen dann ins Land hinaus, um den Sonderauftrag durchzuführen, den Sie ihnen mit Ihrer heutigen Rede geben wollen. Wir wissen, Herr Generalgouverneur, daß die Vertiefung der nationalsozialistischen Idee eine der wichtigsten Aufgaben der Parteiführer ist, weit über das hinaus, was üblicherweise und überall von den Propaganda- und Schulungsrednern gesagt wird, und was zu sagen die Arbeit des täglichen Kampfes uns zwingt. Im Vordergrunde steht wie immer die Vertiefung der nationalsozialistischen Ideen, die immer unsterblich bleiben werden.

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das Wort zu seinem Vortrag über

Wesen und Technik der politischen Arbeit.

(siehe Beiakten)

Schulungsleiter Holweger dankt dem Herrn Generalgouverneur für seine Ausführungen.

Mit der Führerehrung und den Liedern der Nation findet die Veranstaltung ihren Abschluß.

Anschließend weilt der Herr Generalgouverneur noch einige Stunden im Kreise des Führerkorps des Arbeitsbereichs

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Montag, den 22.November 1943.

12^{30} Besprechung mit Dr.Heuber, Regierungskommissar der Zentralkammer für die gesamte Wirtschaft.

12^{50} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Generalsekretär der Internationalen Rechtskammer Dr.Pfeiffer.

Dr.Pfeiffer teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß am nächsten Tage ein französischer Rechtsvertreter und ein Mitglied der slovakischen Landesgruppe bei dem Herrn Generalgouverneur erscheinen würden. Dr.Pfeiffer bittet den Herrn Generalgouverneur, den Auftrag der Konstituierung der französischen Landesgruppe zu geben.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden, eröffnet aber gleichzeitig dem Generalsekretär Dr.Pfeiffer, daß er beabsichtige, die Präsidentschaft der Internationalen Rechtskammer zum ersten Dezember ds.Jahres niederzulegen.

Dr.Pfeiffer bittet den Herrn Generalgouverneur, ihn für diesen Fall von seiner Stellung als Generalsekretär zu entbinden, da er nicht gewillt sei, unter der Präsidentschaft einer anderen Persönlichkeit Generalsekretär zu bleiben.

Der Herr Generalgouverneur stellt darauf Dr.Pfeiffer anheim, das Amt des Bevollmächtigten des Generalgouverneurs in Berlin zu übernehmen. Er sei bereit, Dr.Pfeiffer mit dem 1.Dezember 1943 kommissarisch mit der Führung der Geschäfte zu betrauen.

IV/1
2

22.11.43.

13[00] Im Königssaal der Burg zu Krakau empfängt der Herr Generalgouverneur den Präsidenten der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft Naumann und die Mitarbeiter der Abteilung II wie einige Mitarbeiter der Abteilung I und VI der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft.

Präsident Naumann überreicht dem Herrn Generalgouverneur den

Plan für die Erzeugungsschlacht 1943/44.

Er gibt dabei sein und seiner Mitarbeiter großen Freude darüber Ausdruck, daß dieser Plan dem Herrn Generalgouverneur auf der Burg zu Krakau überreicht werden kann. Nach einem Rückblick auf die Leistungen der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft auf dem Gebiete der Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung gibt er auch namens seiner Mitarbeiter das Versprechen ab, daß sie wie bisher auch weiter ihre Pflicht im Dienste der landwirtschaftlichen Produktion erfüllen würden.

Der Herr Generalgouverneur richtet dann eine Ansprache an Präsident Naumann und seine Mitarbeiter.

(siehe Anlage zu diesem Tagebuchblatt).

13[20] Mittagessen.

3

22.11.43.

16[30] Tee-Empfang.

Gäste des Herrn Generalgouverneurs sind:
Präsident Ohlenbusch
Pressechef Gassner
Kulturreferent Jaenicke
Hauptschriftleiter Stöppler
Verlagsleiter Strozyk
Buchhändler Fritzsche
Schriftleiterin Gerda Peltz
Kunstschriftleiter Mierau.

19[00] Der Herr Generalgouverneur besucht die Aufführung der musikalischen Komödie "Der Rosenkavalier" von Richard Strauß im Staatstheater. Gastspiel des Opern-Ensembles des Städt. Theaters Kattowitz.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Ansprache des Herrn Generalgouverneurs aus Anlaß eines Empfanges des Präsidenten der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft und der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Abtlg. II dieser Hauptabteilung am 22.November 1943 auf der Burg zu Krakau.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin sehr glücklich darüber, daß wir uns heute auf der Burg zu Krakau zusammengefunden haben. Ich danke Ihnen vor allem für die Überreichung des Planes für die Erzeugungsschlacht 1943/44. Ich möchte diesen Anlaß benutzen, um Ihnen, Herr Präsident, sowie Ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen nicht nur der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft in der Regierung des Generalgouvernements, sondern auch in den Abteilungen in den Distrikten und Kreisen unseres Nebenlandes meinen Dank und meine Anerkennung für die wirklich hervorragende und deshalb auch erfolgreiche Arbeit zum Ausdruck zu bringen, die Sie geleistet haben.

Für mich ist es sehr interessant, aus den Zahlen, die vorgestern der Stellvertr. Reichsminister für die besetzten Ostgebiete Pg. Meyer in der Verwaltungsakademie über die Leistungen der besetzten Ostgebiete bekannt gab, entnehmen zu können, daß diese Leistungen im Vergleich zu denjenigen des Generalgouvernements wahrlich nicht als nennenswert bezeichnet werden können. Wenn man diese Riesengebiete im Osten von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer mit ihren viele, viele Millionen umfassenden Bevölkerungsmassen in Vergleich zum Generalgouvernement mit seinen 15o ooo qkm und knapp 1o Millionen Einwohnern setzt und sich etwa vorstellt, daß jene Ostgebiete mit der gleichen Intensität geführt und verwaltet worden wären, dann würden die von Pg. Meyer benannten Zahlen als Leistung dieser Gebiete an das Reich geradezu kläglich sein. Nach den vorliegenden Ergebnissen haben wir ja, um nur eine Zahl zu nennen, allein 76o ooo to Brotgetreide

an das Reich geliefert und damit ein Vielfaches dessen geleistet, was drüben geleistet wurde. Selbst wenn man alle die unglückseligen Bedingungen, unter denen dort gearbeitet werden muß, in Rechnung zieht: Partisanenbekämpfung, Nähe der Front usw.,-so bleibt dieser Unterschied doch bestehen, und deshalb können Sie, Herr Präsident, und alle Ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wirklich stolz sein.

Sie wissen, daß es ein Kennzeichen der Arbeit im Generalgouvernement ist, daß wir - sagen wir - immer unter einem diminuierenden Charakteristikum in den letzten Jahren behandelt worden sind. Man hat sich angewöhnt, über uns so mit einem großen Schlagwort hinwegzugehen, hat dabei aber vergessen, daß hier deutsche Männer und Frauen sich abgemüht haben, in einem völlig zerstörten Land unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Gesundheit eine deutsche Ordnung aufzubauen. Wenn das irgendwo gilt, dann insbesondere auf Ihrem Gebiet.

Wenn man bedenkt, daß Sie aus über 2,5 Millionen Einzelwirtschaften die Erträgnisse mühsam geradezu zentnerweise herausholen müssen, wenn man bedenkt, daß Sie das in einem Gebiet tun müssen, in welchem es fast keine Verkehrsmittel nennenswerter Art gibt, in dem eine Renitenz und Rückständigkeit der Landbevölkerung spürbar waren, sodaß wir völlig auf uns allein angewiesen blieben, - wenn man weiter bedenkt, daß uns vom Reich keine Hilfe kam, daß wir keinen Augenblick Ruhe hatten, sondern unausgesetzt in gigantischem Maße zur Ernährungsbilanz des Reiches wie der hier stationierten Wehrmacht und auch der fremdvölkischen, im Interesse des Reiches arbeitenden Bevölkerung beitragen mußten, so steigt diese Leistung noch mehr und kann schlechterdings als ganz großartig bezeichnet werden.

Dies ist auch unlängst vom Reichsführer-SS Himmler anerkannt worden. Ich habe Gelegenheit gehabt, mit Pg. Himmler über diese Fragen zu sprechen. Ich glaube, daß dabei auf wirklich markante Weise zum Ausdruck gebracht werden konnte, welche Bedeutung das Generalgouvernement insgesamt

für die Reichs- und Frontlage, welche Bedeutung aber gerade die Ernährungsposition, die Ernährungspotenz dieses Landes für das Reich und den Osten besitzt.

Die großen Blüten-Träume, die man mit der Ukraine verbunden hatte, sind leider vorübergehend etwas zurückgedrängt, sodaß sich jetzt das Generalgouvernement wohl wieder auf neue Forderungen einzurichten hat. Ich kann Ihnen also nicht versprechen, Herr Präsident, daß sich die Forderungen des Reiches und der Wehrmacht irgendwie vermindern werden, muß im Gegenteil erneut diesen Augenblick benutzen, um Sie darauf aufmerksam zu machen: verwalten Sie jedes Korn in diesem Land wie der schäbigste aller schäbigen Juden, den es jemals gegeben hat. Rücken Sie mit keinem Korn heraus, es sei denn, daß Sie von mir ausdrücklich eine Anweisung haben.

Es kommen schwere Monate, in denen es darauf ankommen wird, daß wir unter Umständen der im Osten kämpfenden Truppe ein Letztes an Nachschub gewähren können; aber das geht allem anderen voran. Ich habe die Absicht, über diese mit der allgemeinen Entwicklung zusammenhängende Ernährungsfrage noch mit Ihnen besonders Rücksprache zu halten, mache aber darauf aufmerksam, Herr Präsident, daß wir hier genau so wie bisher zu Radikalmitteln werden greifen müssen.

Im übrigen möchte ich Ihren Eindruck bestätigen, daß die fremdvölkische Bevölkerung dieses Raumes an die Zuverlässigkeit des deutschen Regimes in diesem Raum glaubt. Das ist im besonderen der sehr vernünftigen, ruhigen und für den Osten absolut geeigneten vorbildlichen Haltung Ihrer landwirtschaftlichen Führer zu danken, die ohne an Terror anklingende Maßnahmen durch Überredung, Überlegung und Vorbild die Bevölkerung zur Ruhe gebracht haben. Damit allein ist es geglückt, einen so hervorragenden Erfolg bei der Ablieferung dieser Ernte zu erreichen. Was in manchen Distrikten noch fehlt, werden wir hoffentlich bis zum 2o.Dezember

hereinholen können. Doch ist wohl im wesentlichsten das Kontingent bis zu 9o oder 95% erfüllt, wobei es angesichts des Einbruches der Kolpakbande geradezu wie ein Wunder erscheint, daß wir diesen Erfolg erreichen konnten.

Herr Präsident, Ihnen und Ihren Mitarbeitern gilt also aus allen diesen Empfindungen heraus mein herzlichster Dank. Ich weiß, was Sie persönlich und was alle anderen geleistet haben. Es bedarf nun einer letzten äußersten Kraft, die Sie noch einsetzen müssen, damit wir auch in dem kommenden Jahr der Ernte, dem Wirtschaftsjahr 1943/44 mit gesegnetem Erfolg eine Leistung vollbringen können. Vielleicht ist es dann 1945 wieder so, daß die weiten Gebiete des Ostens uns zur Verfügung stehen. Ich habe jedenfalls Anlaß, anzunehmen, daß es schon in kurzer Zeit wieder gelingen wird, neue Gebiete im Osten zurückzugewinnen, und daß dadurch für das Generalgouvernement eine Entlastung eintreten wird. Traurig ist nur, daß wir alle die Maschinen und Einrichtungen, die drüben in der Ukraine zurückgelassen werden mußten, nicht ins Generalgouvernement hereinbekommen. Aber auf Grund eines Übereinkommens mit dem Landesbauernführer Körner ist dafür gesorgt, daß die notwendigen Maßnahmen für die Zurücknahme landwirtschaftlicher Einrichtungen, Maschinen und landwirtschaftlichen Zubehörs aus der Ukraine ins Generalgouvernement getroffen sind. Ich glaube, daß es zum Nutzen des Reiches beitragen wird, daß nichts verloren geht und keine Maschine im Frühjahr ungenutzt bleibt. -
Ich danke Ihnen!

V/1

Dienstag, den 23.November 1943.

12[45] Der Herr Generalgouverneur empfängt im Beisein des Generalsekretärs der Internationalen Rechtskammer Dr.Pfeiffer,den Rechtsanwalt Konsul Dr. Stefan Ravasz, den Rechtsanwalt Professor Dr.Dairaines - Paris und den Dolmetscher Denkel. Weiter ist Pressechef Gassner anwesend.

In der anschließenden Unterhaltung gibt der Herr Generalgouverneur vor allem dem Rechtsanwalt Professor Dr.Dairaines ein anschauliches Bild über die politischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse des Generalgouvernements. Die Unterhaltung wird in französicher Sprache geführt.

15[00] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

1261

Kressendorf

Mittwoch, den 24. November 1943

bis

Freitag, den 26. November 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in

Haus Kressendorf

IX/6

Krakau

Sonnabend, den 27. November 1943

13^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg

15^{00} Besprechung mit dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen SS-Obergruppenführer Koppe.

16^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

17^{00} T e e

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

IX/6

Krakau

Sonntag, den 28. November 1943

10^{30} Besuch der Veranstaltung "Der junge Goethe" im Ostinstitut

13^{00} Mittagessen

16^{00} T e e

19^{00} Besuch der Aufführung "Die Hochzeit des Figaro" im Staatstheater.

22^{30} Besuch im Regierungsheim am Adolf-Hitler-Platz

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

IX/9

Montag, den 29.11.1943

10^{00} Abgabe des Rechenschaftsberichtes über das abgelaufene Kriegswinterhilfswerk und Eröffnung des Kriegswinterhilfswerkes 1943/44 im Türkenzelt.

In seinem Rechenschaftsbericht nennt Bereichsleiter Ollesch als Ergebnis des vierten Kriegs-WHW im Arbeitsbereich den Betrag von 25 196 993, 32 Zloty: gegenüber dem Ergebnis des Vorjahres, das 15 751 902,97 Zloty erbracht hatte, bedeutet es eine Steigerung von rund 9½ Millionen Zloty oder einen Hundertsatz von 59,9.

Das "Kriegshilfswerk für das Deutsche Rote Kreuz 1943", das wiederum in der Zeit vom 1. April bis 31. August durchgeführt wurde, erbrachte den Betrag von 10 375 899,39 Zloty, gegenüber dem rund 5 200 000 Zloty betragenden Ergebnis des Vorjahres eine Steigerung von 99,7 v.H. also fast 100 Prozent.

Darauf ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

"In diesem Saal, der bisher den bedeutendsten Vorgängen in der Geschichte unseres Generalgouvernements vorbehalten war, habe ich die Eröffnung des Kriegswinterhilfswerks 1943/44 vorzunehmen. Ich danke zunächst Ihnen, Parteigenosse O l l e s c h und allen Ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen dafür, daß Sie wiederum den Ablauf eines Jahres des großen Sieges des deutschen Herzens feststellen kön-

nen. Sie haben unter denkbar schwierigsten Umständen und Verhältnissen, die unvergleichlich schwieriger sind als in irgend einem Teil des Großdeutschen Reiches, eine erstaunliche Leistung vollbracht. Die Summe von allein über 30 Millionen Zloty, die von knapp 100 000 Deutschen im Lande aufgebracht wurde, ist ein ganz außergewöhnliches Zeichen für das hervorragende Funktionieren Ihres Apparates, für die absolut disziplinierte Grundhaltung der Opferwilligkeit und Aufopferungsbereitschaft Ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und damit auch ein Zeichen bester deutscher Qualitätsarbeit in diesem Raume. Als Chef dieses Nebenlandes des Großdeutschen Reiches danke ich Ihnen nicht nur dafür, sondern ich beglückwünsche Sie als organisatorischen Fachmann zu dieser hervorragenden Leistung. Damit ist eine ausgezeichnete Gewähr dafür gegeben, daß unser Arbeitsbereich der NSDAP auch in den kommenden Jahren nicht nur in der NSV, sondern darüber hinaus in allen Gliederungen und Dienststellen der Partei weiterhin eine großartige Entwicklung nehmen wird. Mein Wunsch ist es ja, daß neben dem Staat die Partei ihren stolzen Aufstieg fortsetzt. Die Entwicklung, auf die Sie nun, Parteigenosse Ollesch, in vielen Jahren des Aufbaues zurückschauen, kann uns alle mit großer Genugtuung erfüllen. Mit weniger als nichts haben Sie begonnen. Wenn es nur ein Nichts gewesen wäre, wären wir glücklich gewesen; aber wir mußten mit weniger als nichts beginnen, d.h. wir mußten erst das Zerstörte aufräumen, um auf eine Position zu kommen, von der aus wir überhaupt erst aufbauen konnten.

21.11.43

Diese negative Periode unseres Arbeitens lag auch innerhalb der Bewegung in einem völlig volksfremden Raum. Eine Partei aufzuziehen ist an sich schon ein Kunststück; dies aber zu tun mitten im Kriege, nach einem Kriegsereignis, das über dieses Land zerstörend hinwegbrauste, dazu bedurfte es der leidenschaftlichen Arbeit aller Parteigenossen und Parteigenossinnen. Es ist ja ganz selbstverständlich, daß dieser Aufbau unter völlig kriegsmäßigen Bedingungen vor sich gehen mußte. Es gab ja kaum eine Dienststelle dafür, kaum eine Ordnung, kaum eine Buchführung, es war eigentlich nichts vorhanden, und es wäre ein Wahnsinn gewesen, diese erste Periode des Aus- und Aufbaues unserer Arbeit mit der peniblen Pinzette gleichgestalteter bürokratischer Erfahrungsgrundsätze meistern zu wollen.

Ich weiß, daß hier alles sauber vor sich geht und dafür gerade gebührt Ihnen, Parteigenosse Ollesch, auch unser aller Dank. So schön diese Arbeit ist, so unterliegt sie jedoch unter Umständen gewissen Verlockungen in Zeit und Raum, Daß Ihr die Stärke gehabt habt und haben werdet, jenen Verlockungen nach billigem materiellem Gewinn usw. leidenschaftlich Widerstand zu leisten, daß Ihr als starke deutsche Männer und Frauen treu, sauber und rein Euren Weg geht, das ist das Kennzeichen jener Qualitätsarbeit, von der ich eben sprach.

In diesem Dienst hat nun unsere Bewegung eine herrliche Aufgabe. Was Sie in wenigen Zahlen berichten, was uns in wenigen Worten durch Ihre Berichte

leuchtet, das bedeutet in Wirklichkeit das lebendigste Kennzeichen deutscher seelischer Aufgeschlossenheit für die Nöte der Zeit und der Hingabebereitschaft für die Volksgenossen. Ich bin glücklich darüber, es ist eine schöne festliche Stunde, die uns hier vereint.

So bitte ich Sie denn, Parteigenosse Ollesch, und alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, in das neue Jahr Ihrer Arbeit in dem vollen Bewußtsein einzutreten, daß ich und wir alle Sie persönlich wie auch Ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen fördern werden und Ihr Werk, soweit wir es nur können. Ich mache es allen Staatsdienststellen, allen kommunalen und sonstigen Dienstbereichen, allen wirtschaftlichen Organisationen, allen Wirtschaftsträgern, aber auch allen Deutschen dieses Raumes, ganz gleich, welche Uniform sie tragen, welcher Dienststelle sie angehören, welche Position oder Beschäftigung sie in diesem Raume haben, zur ersten sozialen Pflicht, sich dem Rufe unseres nationalsozialistischen Volkswohlfahrtswerkes nicht zu verschließen, sondern mehr denn je bereit zu sein, alles zu tun, damit der Sieg errungen wird.

Es ist ganz selbstverständlich, daß gerade unsere NSV eine der Hauptspitzen dieses Siegeswillens ist. Nicht nur mit den Waffen der Materie und des Eisens gewinnt man Kriege, sondern auch mit den seelischen Waffen, die in der Heimat aufbereitet werden. Die seelische Waffe ist heute, auf eine Formel gebracht, die totale Kameradschaft. Es wäre Wahnsinn, wenn wir in einem Augenblick, in dem sich die Todfeinde unserer Nation anschicken,

den letzten terroristischen Weg der Zerstörung gegen unser Volk anzutreten, wenn in diesem Augenblick auch nur ein einziger deutscher Mann oder auch nur eine einzige deutsche Frau verlangen wollte, sich selbst aus dieser Gemeinschaft herausheben, für sich einen eigenen Weg gehen, von sich aus eine eigene Auffassung vertreten zu können. Heute sind wir Deutschen auf einem Schiff, das uns in eine große feierlich gewaltige Zukunft über die Stürme des Schicksalkampfes bringen wird. Wir haben einen Kapitän an Bord, den der Herrgott uns geschickt hat, Adolf Hitler. Wir, die Besatzung des Schiffes, haben uns damit und in dieser Position eine höchste Ehrenstellung in der Geschichte erworben, da wir auf diesem Schicksalsschiff an maßgebender Stelle eingesetzt sind. Auf diesemSchiff habt nun auch Ihr für die seelische Sicherung des deutschen Volkes zu sorgen.

Wir sind weit davon entfernt, zu glauben, daß die Parteiarbeit, die politische Mission unserer Bewegung, sich im Wohltun, im Werk der NSV erschöpfen würde. Die Volkswohlfahrt mit ihren gigantischen Aufgaben, wie wir sie aus ihren Zahlen in steter vorbildlicher Aufwärtsentwicklung sehen, ist nur ein Teil der großen Aufgaben unserer Bewegung. Ich kann gewiß sagen, daß neben der NSV und sogar über ihr und vor ihr die große politische Sendung unserer Partei liegt, die unvergänglich ist und die getan werden muß. Man kann nicht sagen: weil die NSV vorhanden ist, können die anderen Dinge der Parteiarbeit zurückgestellt werden, -nein, die NSV ist zwar die seelische Brücke der Bewegung zum deutschen Volk, aber neben ihr gibt es die

29.11.43

Brücke der Disziplin, des Geistes, Weltanschauung, der Führung, der Ausrichtung, der steten Härte der Glaubenssicherung,- und welche Aufgaben es noch sein mögen, die auf uns als Bewegung, auf uns als Vertretung des deutschen Volkes liegen.

Die NSV hat wohl eine gigantische Bedeutung. In ihr erschöpft sich aber nicht die Partei, Sie, Parteigenosse Ollesch, wissen, welche Bedeutung die gesamte Arbeit der Bewegung, der Aufbau, die Organisation der Gliederungen und der angeschlossenen Verbände für ihre eigentliche Arbeit besitzt. Daß Sie als Nationalsozialist in dem schlichten Gewande der Bewegung immer wieder an die großen Werte des Mitleids und der Fürsorge, an die seelisch-charakterliche Haltung unserer Nation appellieren können, bringt uns die Stärke, deren wir bedürfen.

Die Partei hat eine eiserne Faust gegenüber den Feinden Deutschlands, sie hat eine kalte Stirn in den Überlegungen weltgeschichtlicher Art, in denen es nicht um Winseln und Weinen geht, -nein, in der Weltgeschichte geht es darum: wer ist der Härteste, wer ist der Stärkste, wer ist der Letzte mit der Waffe in der Hand auf dem Schlachtfeld. Aber die Partei ist auch dann am Wirken, wenn die großen Werte der Demut vor der göttlichen Allmacht in Erscheinung treten, wo es gilt, den Volksgenossen mit Energie wieder aufzurichten. Wie ist es denn heute, wenn wir in unser zerstörtes Berlin schauen? Welch ein herrliches Bild bietet die Haltung unseres deutschen Volkes. Es ist ergreifend, die Berichte aus Berlin zu lesen, wie die Bevölkerung dort wirklich den Ehrenruf verdient,

29.11.43

Bevölkerung der Hauptstadt des Dritten Reiches zu sein. Man kann sie damit einreihen in die tapfere unvergleichliche Haltung unserer Volksgenossen in allen bombenzerstörten deutschen Städten. Wenn da unsere NSV auftritt und die Partei Hilfe bringt, welche Kraft, welche Qualität eines geschlossenen Willens lebt nicht in unserer einzigartigen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Sie ist die stärkste und zugleich auch die gütigste aller Volksbewegungen; sie ist die härteste und entschlossenste, zugleich aber auch die gerechteste. Sie ist somit die geistig strahlendste, aber auch die seelisch am meisten aufrichtende Kraft, die es jemals in Deutschland gegeben hat.

So freue ich mich denn, das Kriegswinterhilfswerk im Generalgouvernement für eröffnet erklären zu können. Ich wünsche, daß diesem Werke der gleiche Erfolg wie bisher beschieden sein wird. Von den Deutschen dieses Raumes - ich spreche ja in dieser Feierstunde zu allen im Lande - erwarte ich, daß sie sich zusammennehmen, auf daß wir im nächsten Jahre wiederum einen maßgeblich großen Schritt weiterkommen, nicht nur hinsichtlich der absoluten Zahlen, sondern auch hinsichtlich der seelischen Erhebung.

Das deutsche Volk wird in diesem Krieg noch unendliche Opfer zu bringen haben. Aber diese Opfer gelten unserer Freiheit; sie ist der große leuchtende Wert, der uns als größte Sendung gegeben ist. Unserer Freiheit dient auch dieses herrliche Werk der NSV.

29.11.43

Ich freue mich weiter ganz besonders, daß ich nun Ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aufrufen darf, denen der Führer als Zeichen ganz besonderer Anerkennung die Kriegsdienstauszeichnung verliehen hat. Ich möchte diesen Anlaß benutzen, um gerade der Mitarbeit unserer Frauen bei diesem Werke unserer Bewegung zu gedenken. Was ich in diesem Lande ohne die deutsche Frau hätte anfangen sollen, weiß ich nicht. Sie war die wichtigste meiner Mitarbeiter, und ihre Arbeit wird stets in der Partei unvergessen bleiben. Je mehr die Männer an die Front abrücken, je mehr aus allen Dienststellen der soldatische Ruf die Männer herausholt, desto intensiver wird der Anteil der Arbeit der deutchen Frau an den allgemeinsten Belangen unseres Volkes sein. Daher ist auch die deutsche Frau gerade im Generalgouvernement weit über das, was wir ursprünglich als Aufgabe der Frau in diesem Gemeinschaftsleben angesehen haben, heute zur aktivsten Mitgestalterin unseres Gemeinschaftschicksals geworden. Ich freue mich daher, in diesem festlichen Raum zum ersten Male Frauen des Generalgouvernements auf Befehl des Führers auszeichnen zu können.

Der Herr Generalgouverneur händigt dann an die für die Auszeichnung vorgesehenen Männer und Frauen die Kriegsverdienstkreuze II.Klasse und die Kriegsverdienstmedaillen aus.

Anwesenheitsliste

für die Dienstbesprechung

am 29.11.194[illegible]

im Arbeitszimmer des Fr.

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]		
[illegible]		
[illegible]		

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Thomsen Wüst gez. Neumann gez. Rogge		

1272

6
II/19

28.11.1943

11[00] Besprechung über die Papierversorgungslage im Generalgouvernement.

(Besprechungsteilnehmer s. Anwesenheitsliste)

Der Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Papier, Stoffer, führt aus, dass das Generalgouvernement auf dem Papiergebiet ein Einfuhrland mit einer kleinen Eigenerzeugung sei. Diese Eigenerzeugung betrage in den 3 in Betrieb befindlichen Papierfabriken Mirkow - Warschau, in Tschenstochau und Karpathenmühle monatlich 1500 Tonnen. Aus dem Reich würden auf Grund von Abmachungen mit der Reichsstelle für Papier monatlich 3500 Tonnen eingeführt. Der Eigenbedarf würde sich bei sparsamstem Verbrauch auf mindestens 12000 Tonnen im Monat belaufen.

Die monatlich insgesamt also zur Verfügung stehenden 5000 Tonnen würden durch seine Dienststelle an folgende Hauptbedarfsträger verteilt: Wehrmacht, 180 Tonnen, Hauptabteilung Finanzen etwa 40 - 50 Tonnen, Hauptabteilung Propaganda 85 Tonnen, Ernährung und Landwirtschaft 30 - 40 Tonnen, Presse 550 Tonnen, Zeitungsdruck- und 60 Tonnen anderes Papier; weitere Bedarfsträger seien die Bahn und die Post, die Partei und die Polizei, Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht. Das übrige Papier gehe an die Verarbeitung zur Herstellung von Büchern, Tüten und Beuteln, Papiersäcken, Kartonagen, Zigarettenschachteln, Verpackungsmaterial usw. Dazu kämen dann noch Sonderanforderungen von allen möglichen Stellen für alle möglichen Zwecke, die mit bestem Willen nicht mehr erfüllt werden könnten.

Im Reich sei nun ab 1.12.1943 eine Kürzung eingetreten und analog dazu sei auch die Einfuhrmenge des Generalgouvernements aus dem Reich um 20% gekürzt worden.

7
IX/19

29.11.1943

Auf Grund dieser Mangellage auf dem Papiergebiet bestimmt der Herr Generalgouverneur, dass ab 1.1.1944 alle Papieranforderungen über den Staatssekretär der Regierung zu gehen haben, die einzelnen Hauptabteilungen und Bedarfsträger also ihren Papierbedarf dort anzumelden haben. Grössten Wert müsse er auf die Papierbelieferung der Krakauer Zeitung legen, denn sie sei für ein Gebiet von 150 000 Quadratkilometer die einzige deutsche Zeitung. Die Erzeugung von Zeitungsdruckpapier in Tschenstochau dürfe unter keinen Umständen vermindert werden. Die Krakauer Zeitung sei für die geistige Kriegführung von ungeheurer Wichtigkeit.

Verlagsleiter Strozyk führt aus, dass die Krakauer Zeitung monatlich 300 Tonnen für den Zeitungsdruck, 10 Tonnen für die regelmässig erscheinenden deutschen Veröffentlichungen und 260 Tonnen für die polnischen Zeitungen monatlich benötige. Ab 1.12.1943 würden Einsparungen gemacht; das Bild der Zeitung werde durch Wegfall der Wirtschaftsanzeigen und der Bilderseite den Kriegsverhältnissen durch Einsparung einer Seite angepasst. Auch die Sonntagsnummer werde vereinfacht werden. Er hoffe, von den 110 der Zeitung gekürzten Tonnen mindestens 50 Tonnen durch Verhandlungen in Berlin wiederzubekommen, sodass der Papierbedarf der Krakauer Zeitung als gesichert angesehen werden könne.

Herr Stoffer weist dann auf 2 Wege hin, auf Grund derer die vorhandene Papiermenge den Bedürfnissen angepasst werden könne: 1. sparsamster Verbrauch und 2. Steigerung der Produktion im Generalgouvernement.

Einen Einwurf des Präsidenten Ohlenbusch, dass man in Warschau einen Waggon Papier im Schleichhandel kaufen könne, veranlasst den Herrn Generalgouverneur, den Staatssekretär für das Sicherheitswesen Koppe mit der Klärung dieser Angelegenheit zu beauftragen.

Dazu bemerkt Herr Stoffer, dass er auf Grund solcher Gerüchte in Warschau Nachforschungen angestellt habe. Derartige Gerüchte seien aber übertrieben; nach seiner Kenntnis der Dinge könne es sich höchstens um geringe Papiermengen handeln, die Druckereien, denen für Druckaufträge Papier von den Kontingentsträgern zugeteilt werde, auf Grund grösserer Anforderungen erübrigen würden und dann im Schleichhandel absetzten. Druck- und Verarbeitungsgenehmigungen würden von ihm nicht erteilt, die Verwendung des zugewiesenen Papiers werde den einzelnen Bedarfsträgern überlassen.-

Im August habe er ein Rundschreiben herausgegeben und darin Wege aufgezeigt, wie noch viel Papier eingespart werden könne. Der Erfolg sei aber gleich null gewesen; jede Dienststelle glaube, gerade ihre Sache sei äusserst kriegswichtig und das dafür benötigte Papier spiele mengenmässig gar keine Rolle.

Wenn sich jede Stelle nach seinen Anweisungen hinsichtlich des Papierverbrauches genauestens richte, dann könne man Einsparungen erzielen. Er müsse mit den einzelnen Bedarfsträgern feste Kontingente abmachen und darüber hinaus dürften sie mit weiteren Sonderzuteilungen nicht mehr rechnen. Die Verwendung der einzelnen Kontingente sei dann in ihre eigene Verantwortung gestellt.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler im Benehmen mit Herrn Stoffer die Kontingente für die einzelnen Bedarfsträger festzulegen, dabei aber diesen die Möglichkeit zu einer Stellungnahme zu geben.

Die Besprechung wendet sich dann den Kulturtagen der Stadt Warschau zu, deren Programm und Art der Durchführung stark kritisiert werden. Die dazu gedruckten Einladungen und Programme hätten die Tatsache des 5.Kriegsjahres unberücksichtigt gelassen. Die Reichsstelle für Papier habe die für die Warschauer Kulturtage gedruckten Einladungen und Programme zum Anlass genommen, dem Generalgouvernement

50% seiner Einfuhr an holzfreiem Papier aus dem Reich zu streichen; mit Mühe und Not habe die Bewirtschaftungsstelle für Papier im Generalgouvernement diese Maßnahme abbiegen können.

Der Herr Generalgouverneur äussert dabei grosse-s Mißfallen an den Warschauer Kulturtagen in diesem den heutigen Kriegsverhältnissen widersprechenden Rahmen und fordert von Präsident Ohlenbusch die Versetzung des dafür verantwortlichen Propagandaleiters Schmonzius ab 1.12.1943 nach Radom in seinem Namen. Ein evtl. von Gouverneur Fischer eingelegter Einspruch werde keinen Erfolg haben.

Mehrerzeugung: Herr Stoffer betont, dass die Papierfabrik Mirkow in Warschau die Möglichkeit habe, eine eigene Turbine zu betreiben und damit eine Erzeugungssteigerung von 500 - 600 Tonnen Papier im Monat zu erreichen. Die dazu benötigten 3000 Tonnen Kohle seien jetzt bewilligt worden unter dem Vorbehalt, dass Verlademöglichkeiten beständen. Eine Mehrerzeugung von 1000 Tonnen Papier könne erreicht werden, wenn es gelänge, die Erzeugung des Holzschliffpapieres in Tschenstochau zu steigern.

Prof. Buch weist darauf hin, dass die Hasag in Tschenstochau die Erzeugung von Infanterie-Munition um das 10-fache steigern sollten. Die Papierproduktion in Tschenstochau zu erhöhen sei nur möglich, wenn mehr Strom zur Verfügung stände.

Der Herr Generalgouverneur übergibt Staatssekretär Dr. Bühler ein Schreiben des Stadthauptmannes von Tschenstochau, in dem diese Probleme eingehend dargelegt, Wege für eine Leistungssteigerung aufgezeigt sind. Er ersucht den Staatssekretär, die Angelegenheit aufzugreifen und nach Möglichkeit eine Steigerung der Papierproduktion herbeizuführen. Vor allem solle General Schindler auf die Wichtigkeit der Zeitungspapierproduktion hingewiesen werden. Angesichts der Wichtigkeit des Generalgouvernements für die Kriegführung müsse die kriegswichtige Papierproduktion mit allen Mitteln so erhöht werden, dass die dringendsten Anforderungen an Papier befriedigt werden könnten.

20.11.43

Professor Buch weist hier darauf hin, dass der bisherige Privatbetrieb Mirkow in die Werke des Generalgouvernements eingegliedert werden soll. Ein tüchtiger deutscher Papierfachmann werde als Direktor eingesetzt, damit Gewähr dafür gegeben sei, dass aus dieser Fabrik kein Papier in den Schleichhandel fliesse.

Der Herr Generalgouverneur spricht sich dafür aus, dass unter Beibehaltung der bewährten fremdvölkischen Kräfte ein deutscher Bewacher und Motor vorhanden sein müsse.

Anschliessend zeigt er Wege auf, wie Einsparungen vorgenommen werden könnten: Einschränkung der Vielzahl der Broschüren, der Hauptpapierverbraucher, vielleicht durch Einführung einer Broschürengenehmigungspflicht, Beschränkung der Grossformatpapiere, des Papierverschleisses der Behörden durch Vereinfachung des Berichtsweges, Verkleinerung der Plakate, Einstellung verschiedener Mitteilungsblätter usw.

Er beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler, eine Besprechung aller Papierbedarfsträger anzusetzen und über Kürzungen zu beraten. Bestehende Zeitschriften und Formulare sollten mitgebracht werden, um Wege zu ihrer Verkleinerung und Beschränkung zu finden. Schon jetzt sollten die einzelnen Hauptabteilungen in ihrem Dienstbetrieb nach Wegen zur Papierersparnis suchen.

Ab 1.12.43 müsse eine 20%-ige Kürzung Platz greifen; gleichzeitig solle man aber auch Vorkehrungen für sicher zu erwartende weitere Kürzungen treffen, vielleicht gleich jetzt über eine 40%-ige Kürzung beraten, um diese dann im gegebenen Fall ohne Schwierigkeiten in Kraft setzen zu können.

Ein weiteres sei die tatkräftige Förderung der Voraussetzungen für eine Produktionssteigerung der Papierfertigung der Mirkow. Hier müsse Staatssekretär Dr. Bühler vor allem die technischen Dinge, wie das Vorhandensein genügender Kohle, Verlademöglichkeiten usw. vorantreiben.

11

29.11.43

Herr Stoffer erklärt zum Schluß noch, dass man viel mehr Altpapier als bisher sammeln könne, wenn dafür Tauschmittel zur Verfügung stehen würden. Gut liessen sich dafür die sehr begehrten Zigarettenbilder verwenden, die aber leider nicht mehr erzeugt würden.

Auf Wunsch des Herrn Generalgouverneurs soll diese Angelegenheit in der Sitzung bei Staatssekretär Dr. Bühler ebenfalls besprochen werden. --

15[00] Der Chef der Kanzlei, Erster Staatsanwalt Dr. Meidinger, stellt dem Herrn Generalgouverneur den neuen Leiter der Burgverwaltung, Herrn Thomas, vor. Anwesend ist Referent von Palézieux.

15[20] Der Inspekteur des Sonderdienstes Dr. Hammerle überreicht dem Herrn Generalgouverneur eine Broschüre über die Geschichte des Sonderdienstes. Er meldet, dass der Sonderdienst seit 1.November 1943 wieder als reine Verwaltungstruppe gelte.

15[30] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär SS-Obergruppenführer Koppe und Reichsamtsleiter Dr. Heuber.

Gegenstand der Besprechung ist die Berufung Reichsamtsleiters Dr. Heuber zum Regierungskommissar der Zentralkammer für die Gesamtwirtschaft im Generalgouvernement. Als Hauptaufgabe bezeichnet der Herr Generalgouverneur die Ergänzung der staatlichen von oben her kommenden Wirtschaftsführung durch von unten kommende Initiative. Der Regierungskommissar müsse das wichtigste Bindeglied zwischen dem einzelnen Wirtschaftsbetrieb und der Regierung sein.

12

29.11.43

16[00] Amtseinführung des zum Regierungskommissar der Zentralkammer für die Gesamtwirtschaft im Generalgouvernement berufenen bisherigen Bevollmächtigten des Generalgouverneurs in Berlin, Reichsamtsleiter Dr. Heuber, im Türkenzelt.

Anwesend sind Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Dr. Boepple, SS-Obergruppenführer Koppe, Hauptabschnittsleiter Stahl und führende Männer der Zentralkammer mit dem Leiter der Hauptgruppe gewerbliche Wirtschaft Dr. von Braunmühl an der Spitze.

Nach einführenden Worten des Staatssekretärs Dr. Bühler, der auf die Notwendigkeit einer hauptamtlichen Besetzung des bisher von Staatssekretär Dr. Boepple mit-verwalteten Amtes des Regierungskommissars hinweist, gibt der Präsident der Hauptabteilung Wirtschaft, Dr. Emmerich, einen Rückblick über die Entwicklung der Kammerorganisation der Wirtschaft im Generalgouvernement.

Anschliessend liest der Herr Generalgouverneur die Urkunde vor, mit der Reichsamtsleiter Dr. Heuber zum 15. November 1943 zum Regierungskommissar ~~für~~ der Zentralkammer für die Gesamtwirtschaft im Generalgouvernement berufen wird und nimmt die Amtseinführung vor:

„Die Stellung, die Sie, Herr Dr. Heuber, übernehmen, ist eine der verantwortlichsten, die das Generalgouvernements zu vergeben hat. Sie stellt den unmittelbaren Einbau in den wirtschaftlichen Lebensnerv und in die fruchtbarst[e] gestaltenden Beziehungen zwischen Regierung und der Wirklichkeit des Wirtschaftslebens in diesem Raum dar. Eine der grössten und schwierigsten, vielleicht aber auch segensreichsten Aufgaben ist vor allem die Herstellung der offiziellen Beziehungen zu der fremdvölkischen Wirtschaft in ihren Einzelheiten, juristischer und individueller Art.

In diesem Raum Generalgouvernement, Nebenland des Großdeutschen Reiches ist wirtschaftspolitisch alles das richtig, was dem Sieg des Reiches durch Erzielung eines möglichst intensiven, dauernden und höchstgesteigerten wirtschaftlichen Ertrages . . .

dient, wirtschaftpolitisch alles falsch, was diesen Ertrag mindert. Ein drittes gibt es nicht. Wir haben hier nicht grosse Politik zu machen, sondern einfach mit den Dingen des Lebens im Interesse des deutschen Sieges fertig zu werden. Die nüchternste Angewöhnung und die sachlichste Betrachtung sind der einzige Standpunkt, den wir hier einnehmen können. Die Frage, wie unsere nationalpolitische Auseinandersetzung mit dem Polen- und Ukrainertum aussieht, darf Sie, meine Herren, nicht beschäftigen. Für Sie ist nur der bilanzmässig festzustellende Ertrag der wirtschaftlichen Durchdringung dieses Raumes maßgebend; dieser aber ist nur feststellbar an der Leistung, der Erzeugungvon Patronen, am Ernteergebnis usw. ; er wird also gemessen an den allgemeinen Maßzahlen von Raum und Gewicht.

Es ist klar, dass dieser nüchternen Betrachtung der Dinge auch die wirklichkeitsnahe Gestaltung, die Durchdringung der Wirtschaftsräume mit diesem nüchternen Gesichtspunkt zu folgen hat. Der Regierungskommissar ist der Mann, der mir die Stimme der Wirtschaft in ihrer wirklichen Unverblümtheit zum Ausdruck zu bringen hat. Sie, Herr Dr. Heuber, haben uns gegenüber die Sprache der Wirklichkeit zu sprechen, auf der anderen Seite aber auch dieser Wirklichkeit gegenüber die Sprache von uns zu sprechen, die da lautet: entscheidend ist, dass in diesem Land ohne Sabotage, ohne Streik, ohne Störungsfaktoren irgendwelcher Art in immer grösserem Umfange der Ertrag gesteigert und gesichert wird. Es kommt jetzt nicht darauf an, dass wir in Jahrtausenden denken, sondern dass wir in der nüchternen Leistung dieser Zeit denken; Wir können keine politischen Offenbarungen brauchen, sondern nur wirtschaftlich nüchterne Fertigungen.

Sie müssen mir sagen, so oder so ist es nach Ihrer unmittelbaren Kenntnis der Dinge draussen richtig. Sie sind der Mann, der sowohl die deutschen wie die polnischen und ukrainischen Wirtschaftsrepräsentanten uns gegenüber kammernmässig vertritt. Vor allem wird es Ihnen obliegen, die Organisation dieses Kammergebäudes zu vollenden und die

Hauptabteilung Arbeit einzufügen. Es wird Ihnen auch obliegen, in treuester und kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit dem Chef der Regierung, dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen, allen Mitgliedern der Regierung und dem einzelnen Repräsentanten im Lande draussen die notwendige Verbindung zu pflegen, die gerade für Sie und Ihre Arbeit eine unerlässliche Voraussetzung ist. Von Ihnen muss man die ungeschminkteste Wahrheit erwarten. Wer sie nicht vertragen kann, würde als Partner für Ihre Pläne nicht geeignet sein. Es kommt hier nicht auf Phantasiebilder, noch weniger auf Wünsche, Neigungen und Experimente an, sondern einfach auf die Beherrschung der wirtschaftspolitischen Möglichkeiten dieses Raumes. Gerade hierin liegen aber viele Überschneidungen: was ist Rüstungswirtschaft, was ist kriegswichtig, was ist reichswichtig, was ist notwendig, dass das Generalgouvernement geschlossen bleibt, was kann man vorübergehend aufheben, was kann auf die Dauer hier belassen werden, was muss wirtschaftlich neu eingeführt werden, - es ist eine Fülle von Dingen, die zu Ihrer Organsisation gehören.

Ich weiss, welche Bedeutung Ihre Stellung hat; sie wurde bisher ja auch von Unterstaatssekretären und Staatssekretären eingenommen. Ihre Position entspricht daher diesem Rahmen. Ich möchte Sie bitten, Herr Dr. Heuber, der Sie so viele Jahre in einer der wichtigsten Organisationen standen, der Sie auf Grund Ihrer Vorbildung und Ihres Werdeganges in der Wirtschaftsführung als perfekter Mann gelten können, und der Sie dauernd in engem Kontakt mit der Wirtschaft standen, dass Sie diese Aufgabe mit aller Kraft durchführen. Was an uns liegt, Ihnen zu helfen, wird geschehen. Die Aufgabe des Regierungskommissars ist fest umrissen; sie ist nicht die eines beiläufigen Beratungsorgans, sondern die eines Führungsinstrumentes der Regierung des Generalgouvernements.

Ihnen, Herr Staatssekretär Dr. Boepple, möchte ich danken, dass Sie diese Stellung bisher so gewissenhaft innegehabt haben. Ich danke auch Ihnen, Präsident Emmerich, dass

15

<u>29</u>.11.43

Sie Ihre Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit betont haben. Ich habe Herrn Dr. Heuber empfohlen, gerade mit Ihnen und den anderen Hauptabteilungsleitern, die daran besonders interessiert sind, auf das herzlichste zusammen zu arbeiten. Sie, Herr Dr. Heuber, werden diese Dienststelle, die für Sie persönlich und für uns alle von grösster Wichtigkeit ist, ausbauen können. --

17[45] Besprechung der <u>Satzungen</u> der unter Federführung der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht zu gründenden <u>Gesellschaft der Wissenschaften des Generalgouvernements</u>.

Anwesend sind: Staatssekretär Dr. <u>Boepple</u>, Präsident <u>Eichholz</u>, Präsident <u>Ohlenbusch</u>, Direktor Dr. <u>Coblitz</u>, Pressechef <u>Gassner</u>, Hauptschriftleiter <u>Stöppler</u> und Schriftleiter Dr. <u>Krüger</u>.

Der Herr <u>Generalgouverneur genehmigt</u> nach einigen Abänderungen die <u>Satzungen</u> und ist damit einverstanden, dass der Gründungsakt der Gesellschaft am 19.12. auf der Burg stattfindet.

19[00] Fahrt des Herrn <u>Generalgouverneurs</u> nach Kressendorf

21[00] Fahrt des Herrn <u>Generalgouverneurs</u> nach Trzebinia und von da ins Reich.

IX/6

1282

Dienstag, den 3o. November 1943

bis

Donnerstag, den 9. Dezember 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich

Freitag, den 10. Dezember 1943. Krakau

10^{45} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

12^{40} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Dr. Boepple.

Staatssekretär Dr. Bühler erstattet dem Herrn Generalgouverneur Bericht über laufende Regierungsangelegenheiten.

Der Herr Generalgouverneur kommt im weiteren Verlauf der Besprechung auf die Frage der Papierverknappung zu sprechen. Er betont dabei, daß der größte Papierverschleiß offenbar durch die übermäßige Herstellung von Broschüren seitens der Hauptabteilungen Propaganda und Ernährung und Landwirtschaft verursacht werde. Diese Broschüren seien zumeist nur von geringem propagandistischem Wert und würden nur als Makulatur verwendet. Er erblicke in der Verwendung von Wandzeitungen die einzig wirksame Publikation, mit der man die polnischen und ukrainischen Massen erfassen könne. Die Herstellung von Broschüren müsse fortan unter eine besondere Kontrolle genommen werden.

Der Herr Generalgouverneur trifft daraufhin folgende Verfügung:

> Der Staatssekretär als Chef der Regierung des Generalgouvernements hat in Zukunft allein die Druckgenehmigung für Propaganda- und Fachschriften zu erteilen. Broschüren mit Großauflagen für die fremdvölkische Bevölkerung dürfen nicht mehr hergestellt werden.

Der Herr Generalgouverneur nimmt dann allgemein zur Frage der Propaganda Stellung und gibt dabei

10.12.43

der Meinung Ausdruck, daß die Propaganda im Fall Katyn keine durchschlagende Wirkung gezeitigt habe.

Zu der Besprechung wird dann SS-Obergruppenführer General der Polizei Koppe hinzugezogen.

Auf Anregung des Herrn Generalgouverneurs gibt Herr SS-Obergruppenführer Koppe einen kurzen Überblick über den gegenwärtigen Stand des Luftschutzes im Generalgouvernement und über die in dieser Beziehung getroffenen bezw. noch zu treffenden Maßnahmen. Er betont dabei, daß er die Weisung gegeben habe, nicht nur geeignete Luftschutzräume zu bauen, sondern auch den Selbstschutz so gut wie möglich zu organisieren. Weiter sollten in erhöhtem Umfange Splitterschutzgräben mit starker Betondecke angelegt werden.

Der Herr Generalgouverneur ersucht SS-Obergruppenführer Koppe, in der Regierungssitzung, die in der nächsten Woche stattfinden soll, eingehend zu der Frage des Luftschutzes Stellung zu nehmen. Im Anschluß daran müsse ein Regulativ ausgearbeitet werden, in welchem auch vorallem die persönliche Verantwortung der Behördenchefs für die Durchführung geeigneter Maßnahmen festgelegt werde.. Ferner beraumt der Herr Generalgouverneur eine Vorbesprechung der Luftschutzfrage durch die Staatssekretäre an und ersucht Staatssekretär Dr. Bühler, ihm einen entsprechenden Vorschlag zu machen. Großen Wert legt der Herr Generalgouverneur darauf, daß die Luftwaffe auf dem Gebiet des Luftschutzes nicht etwa Sondermaßnahmen treffe, sondern ein Einvernehmen zwischen allen beteiligten Instanzen von Wehrmacht, Staat und Partei hergestellt werde. Seine Aufgabe als

10.12.43

Reichsverteidigungskommissar sei es ja auch, alle Instanzen für die Durchführung der notwendigen Planungen zusammenzufassen.

SS-Obergruppenführer Koppe ist ebenfalls der Ansicht, daß alle Behörden und die Dienststellen der Wehrmacht auf dem Gebiet des Luftschutzes zusam-menarbeiten müssen. Für die einheitliche Durchführung der notwendigen Maßnahmen werde Generalmajor Grünwald die Verantwortung zu tragen haben. Jedenfalls müsse jetzt der Luftschutz mit allen Mitteln gefördert werden.

Staatssekretär Dr. Bühler hält die Errichtung eines Befehlsstabes für unbedingt notwendig.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zur Frage der Heimschulen Stellung genommen.

SS-Obergruppenführer Koppe bemerkt dazu, daß SS-Obergruppenführer Heißmeyer, der Inspekteur der nationalpolitischen Erziehungsanstalten und der deutschen Heimschulen, den Ehrgeiz habe, die gesamten Heimschulen unter seine Führung zu nehmen. Gleichwohl müßten neue Schulen aufgezogen werden. Angesichts des zur Zeit bestehenden Lehrer- und Lehrerinnenmangels würde es sich vielleicht empfehlen, ältere BDM-Mädchen mit Abitur oder Obersekundareife zusammenzufassen und als Hilfslehrerinnen auszubilden.

Der Herr Generalgouverneur glaubt, daß es sich bei den Bestrebungen des SS-Obergruppenführers Heißmeyer mehr um höhere Schulen handele, und erklärt sich im Übrigen bereit, ihn zur Besprechung dieser Frage zu empfangen.

10.12.43

Staatssekretär Dr. Bühler teilt dann dem Herrn Generalgouverneur mit, daß SS-Brigadeführer Fegelein demnächst nach Krakau kommen wolle, um die Organisation "Dienst am Pferde" zu übernehmen. Es handele sich hier um einen Staatsauftrag, der eigentlich von Präsident Naumann erteilt worden sei.

Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Dr. Bühler an, diese Fragen in einer Vorbesprechung zu klären, und hält es für zweckmäßig, daß ihm ein formulierter Vorschlag vorgelegt werde, mit dem die Interessen des Generalgouvernements besonders hinsichtlich des im Generalgouvernent vorhandenen Pferdematerials gewahrt würden. Wichtig sei es auch, einen Vertreter für diese Aufgabe im Generalgouvernement zu haben, mit dem man ohne Einsetzung eines schwerfälligen Apparats über diese Dinge verhandeln könne. SS-Brigadeführer Fegelein müsse natürlich darüber entscheiden, ob er mit der Beibehaltung des bisherigen Vertreters einverstanden sei.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß SS-Brigadeführer Fegelein in einer feierlichen Sitzung in sein neues Amt eingeführt wird. In dieser Sitzung soll dann dem SS-Obergruppenführer Krüger gewissermaßen Entlastung erteilt werden und SS-Brigadeführer Fegelein sein Programm darlegen.

15[00] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

10.12.43

15[05] Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple den Leiter der Hauptabteilung Propaganda, Oberregierungsrat Ohlenbusch, und überreicht ihm die Bestallungsurkunde über seine Ernennung zum Präsidenten der Hauptabteilung Propaganda.

In der darauf folgenden Besprechung wird unter anderem zu der Frage Stellung genommen, in welcher Weise die in Warschau lebenden polnischen Künstler, die zur Zeit ohne Beschäftigungsmöglichkeit sind, wieder einer Berufstätigkeit zugeführt werden können.

Präsident Ohlenbusch ist der Auffassung, daß diese Künstler dem Arbeitsamt überwiesen werden und in Krakau, Radom oder Lemberg Beschäftigung finden könnten. Man ziehe diese Künstler zum Teil schon zu Werkkonzerten in den Betrieben, besonders der Ostbahn, heran. Fraglich sei nur, ob man diese Maßnahmen politisch verantworten könne.

Der Herr Generalgouverneur will solche Bedenken unter allen Umständen zurückgestellt wissen und erklärt sich auch bereit, zum Ausgleich negativer Maßnahmen in Gestalt der Erschießungen von Angehörigen der polnischen Widerstandsbewegung unter Gegenzeichnung des Chefs der Regierung einen Aufruf an die polnische Bevölkerung zu unterzeichnen, in welchem er anerkenne, daß das Gros der Bevölkerung loyal im Interesse der deutschen Verwaltung des Generalgouvernements arbeite. In diesem Aufruf müsse zum Ausdruck kommen, daß die loyale Bevölkerung unter dem Schutz der Regierung des Generalgouvernements stehe, man von ihr aber auch erwarte,

daß sie selber dazu mithelfe, den Meuchelmord an Deutschen unmöglich zu machen. Weiter müsse in dem Aufruf betont werden, daß die deutsche Autorität nicht gewillt sei, in diesem Raume nachzugeben, daß andererseits der deutsche Mensch im Generalgouvernement mit Einsatz aller seiner Kräfte nur das Beste des Landes wolle, daß dieser deutsche Mensch ja auch Ordnung, Sicherheit und Leben in diesem Lande nach einem furchtbaren Chaos wieder hergestellt habe und deshalb unter dem Schutz der Staatsautorität stehe. Im übrigen dürfe bei den infolge der noch immer geübten Terrorakte notwendigen Erschießungen von Mitgliedern der Widerstandsbewegung usw. niemals von Geiseln gesprochen werden, da sie ja bereits urteilsmäßig als Elemente festgestellt worden seien, die zu gewissen Terrorakten beigetragen hätten. Man müsse dahin kommen, daß die Polen selber diese verbrecherischen Elemente zur Strecke brächten.]

15[30] Der Herr Generalgouverneur empfängt Generalmajor Steinbach, den bisherigen Leiter des Munitionsamtes, zur Verabschiedung. Generalmajor Steinbach stellt dem Herrn Generalgouverneur Oberst Schulz vor.

15[45] Besprechung mit Präsident Gerteis in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Gerteis, daß das Verhältnis der Generaldirektion der Ostbahn zum Reichsverkehrsministeriu m befriedigend sei. Angesichts der Tatsache, daß einzelne Dienststellen des Reichsverkehrsministeriums zum Teil 30 km von Berlin entfernt untergebracht worden seien, sei es zur Zeit allerdings

10.12.43

schwierig, Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium zu führen.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann seinem Befremden darüber Ausdruck, daß vom Reichsbahnzentralamt ein polnischer Sprachführer herausgegeben worden sei, doch kann Präsident Gerteis darauf hinweisen, daß ein solcher Sprachführer auch für andere Direktionen wie Ostpreußen, Oppeln usw. herausgegeben werde..

Auf eine weitere Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Herr Präsident Gerteis, daß er mit den Präsidenten der Ostbahn in gutem Einvernehmen stehe. Die Geschäftsbereiche berührten sich nicht allzu stark, weil die Verkehrsregelung im wesentlichen von Berlin ausgehe, während die Verwaltung von ihm, Präsident Gerteis,geleitet werde. Wenn im Bereiche der Ostbahn Transportschwierigkeiten bestünden, dann sei dafür gesorgt, daß die Wünsche der Ostbahn Berücksichtigung fänden.

Der Herr Generalgouverneur legt wie schon in früheren Besprechungen großes Gewicht darauf, daß sich an der Stellung des Präsidenten Gerteis als der Spitze der Ostbahn nichts ändere und er stets im Namen der Ostbahn spreche.

Präsident Gerteis glaubt, in dieser Beziehung keine Bedenken hegen zu brauchen, weist allerdings darauf hin, daß es noch an der Eisenbahnverordnung fehle, die die gesamten Rechtsverhältnisse der Ostbahn regele. Jedoch sei anzunehmen, daß diese Verordnung im Einvernehmen mit anderen in Betracht kommenden Hauptabteilungen dem Staatssekretär Dr. Bühler in baldiger Frist zur Genehmigung vorgelegt werden könne.

10.12.43

Präsident Gerteis teilt dann mit, daß eine große Anzahl der aus dem Osten kommenden, beschädigten Lokomotiven und Güterwagen in den Eisenbahnwerkstätten der Ostbahn repariert würden. Zu diesem Zwecke würden auch in Radom und in Tarnow neue große Werke errichtet.

Der Hinweis des Präsidenten Gerteis darauf, daß sich das Reiseverbot für Nichtdeutsche, besonders für nichtdeutsche Arbeiter, sehr ungünstig auswirke und schon den Ausfall von etwa 10 000 Tagewerken zur Folge gehabt habe, veranlaßt den Herrn Generalgouverneur, für eine Milderung dieses Reiseverbots im Interesse der Arbeit einzutreten. Er ersucht deshalb Präsident Gerteis, diese Frage mit Staatssekretär Dr. Bühler einer Prüfung zu unterziehen.

Präsident Gerteis gibt zu bedenken, daß er bei Aufrechterhaltung des Reiseverbotes genötigt sein werde, den Fahrplan stark einzuschränken, was auch im Interesse der Deutschen unerwünscht sei, weil eine Tariferhöhung unter diesen Umständen nicht zu vermeiden wäre.

Präsident Gerteis geht dann auf die Lohnfrage ein und weist daraufhin, daß im wesentlichen nur eine andere Verteilung der Löhne stattfinden werde.- Die neue Ernährungsgrundlage habe für die Arbeiter in den Rüstungsbetrieben und diejenigen, die wie bei der Ostbahn früher schon mit einigermaßen ausreichenden Zuschüssen bedacht gewesen seien, eigentlich keine Verbesserung gebracht. Der Kreis, der Zuversorgenden sei so groß geworden, daß jetzt für den Unverheirateten weniger Lebensmittel zur Verfügung stän-

den als früher.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Herr Präsident Gerteis, daß sich die Unterführung unter dem Eisenbahndamm im Zuge der Reichsstraße (Straße nach Kressendorf) verhältnismäßig leicht herstellen lasse. Der Bau werde einen Kostenaufwand von etwa 3,5 Millionen Zloty erfordern. Der Einspruch, den Präsident Bauder gegen die Durchführung dieses Projekts erhoben habe, werde sich auf die Dauer nicht aufrecht erhalten lasse, da jetzt ohnehin die Strecke für einen Verkehr von 72 Zügen im Tage ausgebaut werde.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Herrn Präsident Gerteis, dieses Projekt mit Herrn Präsident Bauder zu besprechen, damit eine endgültige Lösung gefunden werden könne.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, warum es im Generalgouvernement keine Waggons mit der Aufschrift Krakau, Lemberg, Warschau usw. gebe, beantwortet Präsident Gerteis mit dem Hinweis darauf, daß die Ostbahn der Güterwagengemeinschaft angeschlossen sei. Das setze voraus, daß die Wagen der verschiedenen Größen und Typen nach ihren Direktionen im Reiche benannt würden. So seien z.B. die 15-Tonnen-Wagen sämtlich mit der Aufschrift "Halle" versehen, die größeren Wagen z.B. mit den Aufschriften "Karlsruhe" oder "München". Das sei so eingeteilt, damit man von vornherein auch an der Bezeichnung erkennen könne, mit welchem Wagen man es zu tun habe. Man stehe in dieser Beziehung vor dem Abschluß von Verhandlungen, die für die Ostbahn recht befriedigend verliefen.

10.12.43

Präsident Gerteis macht dann noch Angaben über den Verkehr mit dem Osten. Er kann dabei feststellen, daß die Anforderungen an die Ostbahn in verkehrstechnischer Hinsicht stark zurückgegangen seien, sodaß von der Ausführung verschiedener Projekte wie z.B. des zweigeleisigen Ausbaues gewisser Strecken vorläufig abgesehen und auch einige Strecken stillgelegt werden könnten.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg) .

X/9

Sonnabend, den 11.Dezember 1943

10^{25} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl

11^{25} Besprechung mit der Leiterin des Hauptarbeitsgebietes Fraueneinsatz Fräulein Aldinger in Anwesenheit des Hauptabschnittleiters Stahl.

11^{30} Besprechung mit Präsident Dr. Senkowky in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Präsident Senkowsky berichtet dem Herrn Generalgouverneur von einer Reise nach Bulgarien, die er zwecks Tabakeinkauf nach dort gemacht hat. Das Generalgouvernement erhalte 3 2/10 Millionen kg Rohtabak aus Bulgarien geliefert, das sind rd. 1/3 der Gesamtverarbeitung oder 1/4 der Eigenerzeugung des Generalgouvernements.

Der Herr Generalgouverneur läßt sich dann eingehend über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Bulgarien Bericht erstatten.

Zur Besprechung der Frage, "Ausstattung der Gefolgschaftswohnungen für Angehörige der Kanzlei des Generalgouverneurs in der Stadt" erscheint der Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs Dr. Meidinger.

Präsident Senkowsky weist dabei auf eine Vorbesprechung mit dem Chef der Kanzlei hin und unterbreitet den Vorschlag, den Gefolgschaftsmitgliedern, die momentan auf der Burg wohnen und in die Stadt umziehen sollen, ihre bisherigen Möbel mitzugeben. Für die Neuausstattung der Burgwohnungen als Gästewohnungen stünden genügend Mittel zur Verfügung.

11.12.43

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden.

12[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt den in Begleitung Landgerichtsdirektors Wilden erschienenen katholischen Pfarrer Burger in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple und des I. Staatsanwalts Dr. Meidinger.

Der Herr Generalgouverneur führt aus, daß er das bisjetzt vernachlässigte Kirchenpolitische Problem einer Lösung zuführen wolle. Er habe nichts gegen eine kirchliche Betreuung der Deutschen im Generalgouvernement einzuwenden; er betrachte gerade die Arbeit der deutschen Geistlichkeit als eine wertvolle Hilfe für die deutschen Aufgaben im Generalgouvernement.

Auf eine Frage erklärt Pfarrer Burger, daß er zur polnischen Geistlichkeit keinerlei Beziehungen unterhalte; auf Grund seiner Erfahrungen habe er das Gefühl, daß der polnische Klerus maßgeblichen Einfluß auf die Arbeit der Widerstandsbewegung ausübe. Für die deutschen Belange sei es nicht vorteilhaft, daß den Deutschen verboten sei, in polnische Kirchen gehen; dadurch könnten sie infolge Mangels an deutschen Geistlichen an den meisten Orten des Generalgouvernements ihre kirchlichen Pflichten nicht erfüllen. Im ganzen Distrikt Krakau sei er der einzige katholische deutsche Geistliche. Viele deutsche Volkszugehörige würden die Kennkarte nicht beantragen, weil sie des Glaubens seien, dann aus der Kirche austreten zu müssen, da ja kein deutscher Geist-

11.12.43

licher zur Verfügung stände. Es sei auch ein unhaltbarer Zustand, wenn irgendwo im Lande ein Deutscher ermordet würde, und ein polnischer Geistlicher müsse die Beerdigung vornehmen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, zum Abhilfe bemüht zu sein, und beauftragt Landgerichtsdirektor Wilden, ihm amtliche Mitteilung über siedlungsdeutsche Orte, in denen eine kirchliche Betreuung notwendig sei, zu machen.

Pfarrer Burger weist daraufhin, daß er jüngere Kameraden habe, die als Geistliche für das Generalgouvernement geeignet seien; sie stünden z.Zt. aber alle bei der Wehrmacht.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Pfarrer Burger um Benennung von etwa 6 Namen, für die er dann eine Uk-Stellung beantragen wolle, um sie für diese Aufgabe im Generalgouvernement freizubekommen.

Landgerichtsdirektor Wilden beauftragt er, über das Kirchenministerium in Berlin den Bischof der Auslandsdeutschen Staatsrat Berling, dem das Generalgouvernement kirchenpolitisch unterstellt ist, offiziell nach Krakau einzuladen, damit mit ihm das Pfarrerproblem geregelt werden könne.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs nach besonderen Wünschen berichtet Pfarrer Burger, daß ihm die Volksdeutsche Mittelstelle zu den Unterlagen für einen Kraftwagen verholfen habe; größere Bewegungsfreiheit sei für ihn vordringlich, damit er bei Ermordungen Deutscher im Lande rechtzeitig an die Orte der Beerdigung gelangen könne. Ihm sei

11.12.43

es aber unmöglich, trotz der Unterlagen ein Auto zu kaufen.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple mit der Abteilung Verkehr zwecks Zurverfügungstellung eines Kraftwagens für Pfarrer Burger zu verhandeln.

Pfarrer Burger ersucht er, in seinen Predigten auf die deutschen Frauen in Bezug ihrer sittlichen Haltung einzuwirken, da ihm das Überhandnehmen der Geburt unehelicher Kinder mit Sorgen erfülle; die Männer entzögen sich meistens ihrer Pflichten und heirateten die Mütter ihrer unehelichen Kinder nicht. Das führe zu einem großen Prestigeverlust gegenüber den Polen.

In der Kirchenfrage entscheidet der Herr Generalgouverneur, daß neben der jetzigen Garnisonskirche auch noch die Stephanskirche im deutschen Viertel für deutsche Zwecke freigemacht werden solle. Eine Orgel will er Pfarrer Burger zum Geschenk machen, wenn es diesem gelänge, eine solche zu erwerben. Chorgewänder und kirchliche Geräte sollten ihm aus den auf der Burg verwahrten Beständen leihweise zur Verfügung gestellt werden, damit die Gottesdienste in den deutschen Kirchen repräsentativer gestaltet werden könnten.

12[30] Besprechung mit Präsident Eichholz und Direktor Dr. Koblitz in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Gegenstand der Besprechung ist das Programm der Gründungsfeier der Gesellschaft der Wissenschaften im Generalgouvernement am 19. Dezember.

11.12.43

12[45] Besprechung mit den Intendanten Haslinde und Stampe und Generalarbeitsführer Hinkel.

Der Herr Generalgouverneur wünscht eine Klärung in folgender Angelegenheit: Die Philharmonie des Generalgouvernements bildet zur Zeit junge Polen zu Musikern aus, die nun zum Baudienst eingezogen werden sollten. Er schlage vor, die Leute zum Baudienst einzuziehen und für die Philharmonie freizustellen; denn Ausnahmen dürften nicht gemacht werden.

Generalarbeitsführer Hinkel erklärt dazu, daß der Baudienst diesen Versuch schon bei anderen Instituten gemacht habe. Die Leute würden zunächst zurückgestellt und ihnen erklärt, daß sie nur bei guten Leistungen damit rechnen könnten, nicht zur schweren Arbeit im Baudienst herangezogen zu werden. Bei Bewährung können sie nach 2 Jahren von der Ableistung der Baudienstpflicht ganz befreit werden.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet diese Regelung als gangbar.

12[50] Besprechung mit den Intendanten Stampe und Haslinde über verschiedene Angelegenheit des Staatstheaters und der Philharmonie.

13[30] Der Herr Generalgouverneur empfängt Präsident Dr. Teitge, DRK -Oberwachtführer Heidemann und DRK-Oberfeldführerin Werthmann.

Der Herr Generalgouverneur läßt sich von Präsident Teitge über die Organisation der Landesstelle des Deutschen Roten Kreuzes im Generalgouvernement eingehend Bericht erstatten. Landesherr für den zivilen

11.12.43

Sektor ist Präsident Teitge; er untersteht nur dem Generalgouverneur und dem Präsidium des DRK unter seinem Präsidenten Grabitz. Etwa 1900 Helfer und Helferinnen sind im Generalgouvernement zusammengefaßt.

Auf Wunsch des Herrn Generalgouverneurs will Herr Präsident Teitge den Präsidenten des DRK zu einem Besuch im Generalgouvernement einladen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs bezeichnet Präsident Teitge die Frage der deutschen Krankenhäuser im Generalgouvernement als zufriedenstellend geregelt. An allen Orten, in denen nicht eigene deutsche Krankenhäuser bestünden, seien für deutsche Patienten eigene Zimmer eingerichtet. Die Seuchen seien wieder etwas im Aufflackern begriffen. Gegen die Tuberkulose würden bei allen Deutschen und in deutschen Diensten stehenden Polen Reihenuntersuchungen durchgeführt, so daß alle Seuchenverdächtige Personen sofort aus ihrer Umgebung herausgenommen werden könnten.

14^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

1300

V/9

Sonntag, den 12. Dezember 1943. Krakau

11[00] Frauenkundgebung im Staatstheater zu Krakau.

Eingeleitet wird die Feierstunde mit der Ouverture zu der Oper Fidelio von Beethoven, gespielt vom Orchester des Staatstheaters unter Leitung des Kapellmeisters Antolitsch.

Nach einem Vorspruch eröffnet die Gebietsbeauftragte für das Generalgouvernement Frl. Aldinger die Kundgebung und begrüßt die Vertreter von Wehrmacht, Partei und Staat. Sie weist darauf hin, daß gleichzeitig mit dieser Versammlung in allen Standorten des Arbeitsbereichs Frauenversammlungen stattfänden, in denen bedeutende Redner des Arbeitsbereiches zu den Frauen der Standorte sprächen.

Generalgouverneur, Reichsleiter Dr. F r a n k ergreift darauf das Wort zu folgender Rede:

Deutsche Frauen des Generalgouvernements! Als wir vor vier Jahren die Arbeit in diesem Raum begannen, war das größte Manneswerk hier geschehen: dieses Land war durch den heldenmütigen Einsatz unserer Wehrmacht in weniger als 4 Wochen erobert worden. Unter den hämmernden Schlägen der starken deutschen Wehr brach die sogenannte polnische Republik wie ein Kartenhaus zusammen, und damit wurde ein Spuk beendet, der wie ein böser Dämon die europäische politische Entwicklung zwanzig Jahre lang belastete. Dieses Ereignis des 18tägigen Krieges in Polen wird von uns schon in weiter Distanz gesehen.

12.12.43

Denn was seither an Kriegsereignissen monumentalster Art geschah, wie sich seitdem die Kriegsschauplätze geweitet haben, wie wir seit 1939 nunmehr eine Front in einem Gebiet halten, das vom Nordkap bis nach Italien, vom Atlantik bis an den Dnjepr und bis kurz vor Leningrad reicht, das die maßgebendste weltweiten Kulturstätten Europas umfaßt, das stellt überhaupt das Kernstück dessen dar, was man höhere Entwicklung des menschlichen Geschlechts nennt.

Was wären sie, die heute so trotzig glauben, den Lebenswillen unseres Volkes brechen zu können - was wären sie, diese anmaßenden Rohstoffmächte der Welt, wenn nicht aus diesem heute von Deutschland beherrschten Raum durch über Zweijahrtausende alle Segnungen einer höheren Lebensführung gegangen wären!

Für uns ist es daher von besonderer Bedeutung, daß wir allen den Versuchen, mit hämmernden Propagandawogen der Gegenseite die Kriegslage uns Deutschen so nahe zu legen, daß man auf den absurden geradezu idiotischen Einfall kommt, daran zu denken, die anderen hätten den Krieg schon gewonnen - daß wir demgegenüber immer wieder betonen: Deutschland, das nationalsozialistische Reich Adolf Hitlers, hat heute das grandiose Kernstück der gesamten Weltgeistigkeit zu verteidigen.

Für uns, die wir gewohnt sind, hier im Osten die Dinge ganz realistisch zu sehen, die wir daher auch gewohnt sind, mit Vorgängen und Ereignissen so umzugehen, wie man das als Praktiker zu tun hat, ist diese Einsicht klar; denn wir vermochten in diesem Raum ja die Distanz unserer Führungsnation gegenüber den hier heimischen Fremdvölkischen auf allen

12.12.43

Gebieten der menschlichen Entwicklungen tagaus tagein festzustellen. Wir konnten es ja ermessen, was es heißt, einer der führenden Nationen der Weltgeschichte, der führenden Nation der jetzigen Welt anzugehören. Mit unsagbarem Stolz muß es jeden deutschen Mann und jede deutsche Frau erfüllen, sich in diesem Raum zu dieser größten Mission unseres Volkes bekennen und das fördernde Element der Entwicklung der europäischen Kultur selbst in diesen düstersten und zurückgebliebensten Räumen vermitteln zu dürfen.

Was uns also in diesem Augenblick zur Kriegslage bewegt, ist der ernsteste Gedanke an das, was wir in diesen vier Jahren erlebt haben. Immerhin vergessen wir dabei nie den Ausgangspunkt. Wenn heute gesagt wird: muß denn dieser Krieg sein? -wenn da und dort die Frage auftaucht: konnte dieser Krieg nicht irgendwie vermieden werden? - meine lieben Volksgenossinnen, Sie sind durch die Schule dieser Zeit gegangen. In vielen von Ihnen sehe ich die Sendboten menschlichen Leides. In Ihren Reihen befinden sich heute viele Witwen, deren Männer an der Front geblieben sind. Es befinden sich hier diejenigen, die aus den zerstörten Städten des Reiches zu uns gekommen sind. Unter ihnen sind auch die Frauen, die hier aus dem Nichts eine Arbeitsstätte, einen Arbeitsbereich sich aufgebaut haben, vor allem auch jene, denen das menschliche Leid dieser Zeit in Lazaretten und Krankenanstalten mit besonderer Wucht in die Seele brennt.

Was aber auch immer, Ihr deutschen Frauen dieses Raumes, sich in Eurem Herzen bewegen möge: der erste Inhalt muß der Glaube an die Notwendigkeit dieser einmaligen schicksalhaften Sendung Adolf Hitlers und

seines Reiches sein. Dieser Krieg war notwendig; er wäre so oder so über uns gekommen. Denn die Haßergebnisse der letzten Konferenzen in Vorderasien zeigen es uns: unter allen Umständen herrschte jene Entschlossenheit, die Wiederaufrichtung des im November 1918 zusammengebrochenen deutschen Volkes mit allen Mitteln zu verhindern.

Daher ist für Sie dieser erste wichtigste Gesichtspunkt immer auch ein Glaubensfundament. Es ist nicht von ungefähr, daß wir in diesen Krieg gekommen sind. Es ist auch nicht von ungefähr, daß, damit dieser Krieg bestanden werden kann, auch eine besonders geschulte und gehärtete Generation von Frauen in unserem Volke erstand. Denn das Einmalige, Außerordentliche dieser harten Zeit kann auch nur von einer einmaligen und außerordentlichen Charakterhöhe unseres Volkes bestanden werden.

Daher ist denn auch der Einblick in die Notwendigkeit dieses Krieges die Charakterprobe, die jeder für sich abzulegen hat; denn mit der Erkenntnis der Notwendigkeit dieses Krieges, seines unausweichbaren Charakters, seines schicksalhaft unberechenbar einmalig hart Herniedersausenden verbündet sich auch die Kraft der Zeit, mit diesem Einmaligen fertig zu werden.

Freilich, so sehr uns dieser Krieg unter allen Umständen gekommen wäre, - es war ein großer gnädiger Zug des Ewigen Gottes, daß er uns in diesem Augenblick einen Adolf Hitler und seine nationalsozialistische Bewegung schenkte. Meine lieben deutschen Frauen, ich sage das hier nicht als Parteigenosse zu Parteigenossinnen. Denn das wissen wir ja, die wir in der Bewegung tätig sind, es wissen die, die mit uns in der Bewegung aufgewachsen sind, die wir

aus der Frauenschaft immer wieder als Mitarbeiterinnen in unseren Parteireihen haben, daß es fanatische Verkünder des Nationalsozialismus sind, das wissen wir, die ältesten Vorkämpfer des Führers, nun seit Jahrzehnten. Wie es der Führer unlängst wieder in seiner Rede betont hat, waren es gerade die deutschen Frauen, die mit einem, man möchte fast sagen, typisch weiblichen Tiefblick in die Zusammenhänge der Zeit erkannten, daß in Adolf Hitler der Mann erstand, mit dem sich das deutsche Schicksal wenden wird. Diese Frauen haben in Versammlungen und Kundgebungen seit 1919 die begeisterte Vorgarde unserer Anhänger gebildet. Sie, die Parteigenossinnen, waren es, die in die Familienbereiche den Nationalsozialismus brachten und die in Treue, in Arbeit am Werk, in Hingabe und Opferbereitschaft durch die Jahrzehnte den schwersten Kampf der Parteigenossenschaft seelisch und geistig unterbaut und mitgetragen haben. Ich spreche es als Deutscher zu den deutschen Frauen dieses Raumes, wenn ich sage, daß dieses einmalige Schicksal Adolf Hitlers und des Nationalsozialismus in diesem geschichtlichen Augenblick der entscheidendsten Auseinandersetzung gekommen zu wissen für uns alle etwas Einmaliges an Erlebnis bedeuten soll.

Meine deutschen Frauen, denken Sie sich einmal nur, dieser Krieg wäre über uns gekommen ohne Adolf Hitler und seine Wehrmacht, ohne den Nationalsozialismus, ohne die Geschlossenheit des deutschen Volkes, - glauben Sie, die bolschewistischen Panzermassen hätten nicht schon am ersten Tage den Marsch über die damals wehrlose deutsche Landschaft angetreten?

Sie müssen sich daher dieses Bild ehern in Ihre Seelen hämmern. Wir stehen auf Leben und Tod unseres

12.12.43

Volkes in einem uns aufgezwungenen Kriege. Wir werden diesen Krieg aber bestehen, weil wir Adolf Hitler, seinen Glauben, seinen Fanatismus, seine Zähigkeit, seine Willenshaltung in allen Seelen des deutschen Volkes lebendig wissen.

(Beifall!)

Das ist es, was sie, meine deutschen Frauen, sich jeden Tag bei allem, was an Sie herankommt, immer wieder vor Augen zu halten haben.

Ich weiß, und Sie wissen es, daß dieser Krieg entsetzliche Opfer gefordert hat und fordert. Die Verluste an Toten und Verwundeten sind dabei in diesem Kriege gottlob in ihren Ausmaßen dank der Strategie Adolf Hitlers so gering, wie das überhaupt nur militärgeschichtlich möglich war. Die Strategie des Führers wird einmal das Anerkenntnis erhalten, daß sie mit dem Menschen, der den Krieg zu tragen und zu ertragen hat, als einem Höchstgut der Gemeinschaft denkbar sparsam umging. Die gesamte Strategie des Führers, die darauf hinausgeht, mit Einsatz aller Kräfte militärischer Art dem vereinten Angriff der anderen um jeden Preis Widerstand zu leisten, um eines Tages in günstigstem Zeitpunkt zur Gegenwehr und zur Vergeltung zu kommen, - diese Strategie wird wahrscheinlich einmal als eine der größten und entschlossensten Taten der Kriegsgeschichte betrachtet werden. Heute bringt das deutsche Volk den Kriegsereignissen an der Front gegenüber den größten Heroismus auf; im blinden Gehorsam glaubt es an die Sendung des Führers als Obersten Befehlshabers der Wehrmacht; still und unverzagt nimmt es das Schwerste auf sich; denn es weiß, es hätte noch unendlich schwerer sein können, wenn die Führung versagt hätte. Diese Zahl der Toten und Verwundeten, also der un-

mittelbaren Frontopfer, läßt das deutsche Volk erkennen: Es ist gut, daß wir Adolf Hitler haben, der mit den deutschen Männern so fürsorglich umgeht. Denn heroisch-sinnlos mit lautem Schneterenteng Attacken reiten zu lassen, Sturmangriffe zu befehlen und unausgesetzt die Menschen Schlachtopfern gleich in die Feuergarben zu jagen, exerziert Herr Stalin, der Zerstörer seines Volkes.

Daher ist die Kraft der deutschen Menschen, Männer und Frauen, diesen Frontereignissen gegenüber auch etwas Einmaliges. Aber die Haltung der deutschen Frau ist schlechterdings ergreifend bis in die Wurzeln des Herzens hinein. Denken wir daran, wie sie unverzagt ihre Arbeit weiterleistet, wie wohl sie weiß, ihr Mann oder ihr Sohn oder ihre Söhne sind gefallen. Wieviele Familien gibt es nicht in Deutschland, bei denen schon 3, 4 oder 5 Söhne gefallen sind. Und trotzdem richtet sich die Mutter auf und sagt: Sie fielen für Deutschland, auf daß Deutschland lebe. Aus diesem Verhalten kommt der Sieg.

Aber nicht nur dieses innere, glaubensmäßige Verbundensein mit den Ereignissen der Front, dieses gläubige Vertrauen an die Kriegsstrategie ist das Kennzeichen dieser Zeit. Wir haben den Heimatkrieg im schrecklichsten Sinne des Wortes erfahren.

Wer es erlebt hat, was ein Bombenangriff auf eine unserer Städte bedeutet, der weiß, was heute der deutschen Frau aufgegeben ist. Bei einem der letzten Angriffe auf Berlin befand sich in einem der Keller einer Siedlung unter denen, die dorthin geflüchtet waren, eine Fülle von Frauen und Männern, Kindern und Greisen. Sie saßen in diesem Keller so wie in Hunderten und Tausenden anderer. Das wilde, ohrenbetäubende Gekrache der einschlagenden Bomben

wogte hier herein. Angesichts des sich ausbreitenden Flammenmeeres brandete der Wind immer mehr zum Sturm an. Durch den Luftdruck wurden die Menschen von einer Kellerwand zur anderen geschleudert. In diesem Keller befand sich auch eine Mutter. Sie hatte ein zweijähriges Kind auf ihrem Schoß sitzen. Sie selber bekam noch Atem, reckte den Kopf in die Höhe, schaute gequält um sich, dann kam ein Schrei aus ihrem Munde: Das Kind auf ihrem Schoß war tot. Man muß sich eine solche Szene immer wieder in die Erinnerung rufen. Denn die Schrecknisse dieses Bombenterrors der Zerstörer Europas zeigen sich nicht an der Front, wo Männer gewaffnet und gerüstet und todentschlossen dem gerüsteten und gewaffneten Todentschlossenen Gegner Mann gegen Mann und Geschütz gegen Geschütz gegenüberstehen. Der Tod an der Front ist ein Bestandteil des Krieges; aber der Krieg hat diesmal seinen Sinn in etwas so Unfaßliches gesteigert, daß er in die Heimat getragen wird, die ja leben soll, weil die Front todbereit ist.

Diese Mutter mit dem Kind, das nun plötzlich tot war, wurde blaß. Sie schüttelte das Kind; sie konnte das Furchtbare nicht fassen. Alle anderen, die sich noch kaum von diesem furchtbaren Gekrache erholt hatten und die immer wieder hin und her sprangen, wurden vom Mitleid ergriffen und stellten sich um die Frau herum. Und plötzlich schrie die Frau laut auf, nahm das tote Kind und suchte den Ausgang. Sie wollte nicht mehr in diesem Keller bleiben; sie konnte es nidt mehr ertragen. Sie war gepeitscht wie von einem entsetzlichen Anprall von Gewalten, gegen die sie nur ein ohnmächtiges kleines Wesen war. Was hatte diese Mutter England getan, was Amerika, was Rußland?
Sie wollte ein kleines Wesen für sich und ihr Volk

bergen. Was hatte sie von dem großmächtigen Geschehen der Politik? Was war ihr der Krieg? Er war ihr das Flammenmeer, durch das das Volk gehen mußte, etwas unbegreiflich Fremdes, Feindliches, aber doch Glaubenerfüllendes. Da saß nun diese Frau, und das Kind war tot. Aber in einem Augenblick, da alles wieder am Boden lag, da der Luftschutzwart verkündete: "Wir sind verschüttet, gehen wir dort durch die Brandmauer, hier wird man sofort zu graben beginnen, damit wir einen Ausweg finden", - da war diese Mutter mit ihrem Kind kurz vor der Verschüttung durch einen Schacht hinausgekommen. Als kurze Zeit darauf die völlig verschüttete Besatzung dieses Kellers das freie Licht sah, nämlich ein völliges Flammenmeer mit einem Sturmgebrause, daß man sich sofort auf die Erde werfen mußte, um nicht in die Flammen hineingezogen zu werden, da sah man dann, wie diese Frau mit dem toten Kind in die Flammen hineinstürmte.

Dieses Bild einer deutschen Frau müssen Sie in sich bergen, um ganz zu ermessen, was heute der deutschen Volksgenossin aufgegeben ist. Dies wurde noch von keiner Frau der deutschen Geschichte verlangt; noch keine Generation der deutschen Mütter hat diese Schrecknisse erlebt.

Aber nun schauen Sie einmal: der Bombenangriff ist vorüber. Mag es nun in Berlin sein oder in irgend einer anderen Stadt - es ist ja überall das gleiche: die Partei rührt sich sofort; die NSV bereitet für die Bombengeschädigten die Räume, die Nahrung, die Kleidung. Es wird Fürsorge über Fürsorge getroffen. Die Menschen kommen mit dem wenigen, was sie noch gerettet haben, heraus. Sie kommen in ihren dürftigen Kriegskleidern, in ihren armseligen Mäntelchen,

für Winter und Kälte nicht eingerichtet, und haben nichts mehr; alles, was sie in Jahrzehnten sich erarbeitet haben, ist dahin. Und da weitet sich nun der Gedanke des Nationalsozialismus. Hier liegt er, hier ist er, hier ist die Volksgemeinschaft. Da öffnet jetzt die Nation ihre Arme weit und sagt: Ihr seid nicht heimatlos, Eure Heimat ist der deutsche Raum; Ihr seid nicht eigentumlos, Euer Eigentum ist das Versprechen der deutschen Nation, Euch zu geben, was Ihr verloren habt. Ihr braucht nicht zu verzweifeln und nicht zweifeln, denn das deutsche Volk nimmt Euch auf; Ihr seid, da Ihr gestern noch die Herren Eures Schicksals zu sein wähntet, wieder die schutzbedürftigen Kinder der Mutter Deutschland geworden. Und diese Mutter Deutschland nimmt sich nun dieser Wesen an und führt sie wieder zum Leben und zum Glauben zurück.

Ja, deutsche Frauen, hier können wir sehen, was es bedeutet, daß das Elend des Krieges in dieser Form in die Heimat getragen wurde. Die Witwen und Waisen kommen also nicht nur von der Front und infolge der Frontereignisse, sie kommen heute auch aus der Heimat. Und so muß auch von dieser Heimatfront als einer Kriegsfront gesprochen werden. Die Tausende und Abertausende der unschuldigsten Opfer dieses Krieges, die unter den Mauerresten unserer Städte liegen, verpflichten uns, den Glauben an den Sieg zum Inhalt unseres Lebens zu machen. Denn was würde uns denn bleiben? Sollte der Sinn derer, die übrig sind, der sein, das, was sie noch haben, zu retten und vor den anderen zu verbergen? Nein, der Nationalsozialismus der Tat, diese große Volksgemeinschaftsidee der Gerechtigkeit und der sozialen Fürsorge, diese Volksgemeinschaftsidee des Einstehens aller für

einen und einer für alle, - sie sind der wahrhafte ganz große seelische Gewinn dieses Krieges. Noch niemals hat das deutsche Volk eine solche sittlich-hohe Haltung bewährt wie in diesem Kriege. Und Ihr, deutsche Frauen, seid die Trägerinnen dieser Sitte.

Und so kommt aus dem Erlebnis dieser Zeit nun das revolutionär neu gestaltete Bild der Frau in der Volksgemeinschaft, wie es der Nationalsozialismus geprägt hat. Daß wir überindividuell denken und handeln, daß wir dem einzelnen die Aufgabe als Höchstaufgabe vom Führer zuerteilt sehen, sich in Wert und Tat für die Gemeinschaft aufzuopfern, das gilt auch für die Frau. Sie trägt den Lebenswillen unseres Volkes in die Ewigkeit. Sie trägt aber über diesen natürlichen Lebenswillen hinaus, der den gesunden Wertrasse-Gesichtspunkten unserer Bewegung entspricht, heute auch die Verantwortung für das Reich mit. Neben dem Leben der Nation gilt es das Leben unseres heiligen Deutschen Reiches. Und beides, Volk und Reich, symbolisiert sich im Kinde, das im Mittelpunkt unseres Geschens steht, in diesem Kinde, dem wir alle gemeinsam eine Zukunft bereiten wollen, das in Freiheit leben soll, das einen anderen Staat vorfinden wird als den zerstörten von 1918, ein anderes Volk als das, das im November 1918 zusammenbrach.

So weiten sich denn die Aufgaben der Frau ungeheuer. Es ist nicht so sehr dieses an die Stelle des Mannes treten, von dem meines Erachtens immer zu viel gesprochen wird; denn es ist nicht das natürliche, das gegebene, es ist nur kriegsbedingt und eilt vorüber. Wohl aber verdient es die Bewunderung aller Verantwortlichen, daß es die deutschen Frauen vermochten, zu Hunderttausenden, ja zu Millionen überall an die

12.12.43

Stelle des Mannes zu treten, wenn der Mann an der Front wichtiger war. In Fabriken, Werkstätten, bei der Eisenbahn und Post, in allen technischen Bereichen hat sich die Frau bewunderungswürdig in kürzester Frist eingearbeitet. Und es sei offen gesagt, daß sie an manchen Stellen sogar oft mehr leistet als der Mann, den sie vertritt. Entscheidend ist aber, daß sich durch den Umbruch unserer Zeit die Eigenberufung der Frau geweitet hat. Früher hatte man sich angewöhnt, sie in die urtümliche Lebenszone der Frau im engen Raum des Hauses einzusperren. Jetzt aber hat sich entgegen den Gepflogenheiten der bürgerlichen Zeit das Eigenberufsziel der Frau geweitet und gehoben, so daß sie aus diesem Krieg als vollwirksame Mitgestalterin unserer völkischen Gemeinschaftsarbeit hervorgehen wird.

Der Nationalsozialismus hat damit auch der deutschen Frau ein Maß von Verantwortung gegeben, das schlechterdings nicht mehr übertroffen werden kann. Meine deutschen Volksgenossinnen, was würde ich z.B. hier im Generalgouvernement angefangen haben, wenn ich die Frau nicht gehabt hätte, die vom ersten Tage an das mühsame Werk des Aufbaues dieses Gebietes mit allen ihren Energien, mit Schläue und Geschick in Angriff genommen hätte, wie ich es selber erst im Laufe dieser Jahre vollkommen erkennen konnte, da ich ja so viele Männer unter mir habe, Tausende und Abertausende, und sie jeden Tag in ihren vielfältigen dienstlichen Erscheinungsformen zu studieren überreichlich Gelegenheit habe. Eine der psychologischen Erfahrungen meiner Arbeit in diesem Raum ist die, daß ich alle die typischen Eigenschaften, die früher so oft scherzhafterweise als nur bei den Frauen besonders markant in Erscheinung treten sollten, genau so bei den Männern gefunden habe, daß ich anderer-

12.12.43

seits alle die sogenannten typisch-männlichen Eigenschaften wie Mut, Härte, Ausdauer, Treue, Dienstcifer in demselben Ausmaß auch bei den Frauen feststellen konnte. Für einen großen Verwaltungsbereich wie den des Generalgouvernements ist es heute eine klare Feststellung, daß die deutsche Frau aus dem Leben unserer Nation und aus allen Bereichen der Gemeinschaft nicht mehr weggedacht werden kann.

So haben Sie sich denn, meine deutschen Frauen, auf allen Gebieten bewährt, und ich weiß, daß Sie sich auch in Zukunft in dieser Form bewähren werden. Meine Absicht, hier das deutsche Leben immer mehr zur Verwurzelung zu bringen, aus diesem Raum immer mehr ein Stück deutscher Heimat zu machen, kann ja gar nicht ohne die Mitarbeit der Frau durchgeführt werden.

Wenn ich auf die vier Jahre der Entwicklung dieses Raumes zurückschaue und der Zeit gedenke, als ich mit einer Handvoll deutscher Männer hierher kam, dann freue ich mich, feststellen zu können, wie sich nunmehr das deutsche Leben hier immer mehr verwurzelt, wie hier unsere deutschen Kinder geboren, wie deutsche Ehen geschlossen werden, wie die deutschen Familien hier ihre Wohnung besitzen, wie unsere Kinder in die Schule gehen und wie sich deutsches Leben in Kultur und Geist, in Erziehung und Gemeinschaft entwickelt, kurz, wie mitten in diesem Kriege allüberall an Stelle der Zerstörung jetzt in diesem Raum ein Lebensbäumchen der deutschen Nation nach dem anderen Wurzeln schlagen kann. Jedes deutsche Kind, das hier geboren wird, ist ein neues Lebensbäumchen auf diesem heiligen Boden und wird hier seine Heimat finden, so daß wir, wenn wir einmal von unserem Platz abberufen sind, sagen können: Dieses.

12.12.43

Saatkorn deutscher Mütterlichkeit in diesem Raume wird nicht mehr vergehen.

So kommen denn aus den Heimatzonen auch immer mehr Stimmen des Interesses für unseren Raum. Was es an Sorgen in diesem Raum gibt, das sind größtenteils die gleichen Sorgen wie in der Heimat. Es fehlt da und dort; dies wird knapp, jenes wird unbequem oder lästig. Aber ich appelliere immer wieder an die Geduld und an den Eifer unserer Frauen und bitte sie, uns immer wieder mit ihrer eigenen Energie zu helfen.

Frl. Aldinger, Sie haben nun auch schon in einigen Jahren hier die Organisation der Frauen unserer Bewegung aufgebaut. Ich möchte diesen Anlaß benutzen, um Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen im Arbeitsbereich Generalgouvernement unserer Bewegung meinen ganz besonderen Dank und meine Anerkennung für diese hervorragende Leistung auszusprechen. Mit vielen neuartigen Einrichtungen ist die Frauenschaft des Generalgouvernements auf den Plan getreten, hat eine enorme Rührigkeit und Energie entfaltet. Und so ist denn auch die Frauenorganisation der Bewegung hier eine der sichersten Einrichtungen, die mir helfen, den deutschen Charakter dieses Raumes zu fördern, die deutsche Sitte, den deutschen Charakter der Familie und die deutschen Lebensgewohnheiten sicherzustellen.

Was Sie nun, deutsche Frauen, zum Kriege beizutragen haben, wissen Sie selber. Heute ist niemand mehr im unklaren darüber, was man von ihm verlangt und fordert: es ist schlechterdings alles, nichtsist ausgenommen, keiner kann sich insular abschließen und sagen: an mir wird alles vorübergehen. Jeder wird in dieser Zeit aufgerufen und nicht nur zur Pflicht ermahnt, sondern auch angehalten.- Diesen Krieg gewinnt man nicht mit Gebeten und Weinen, mit Weichwerden und Demutglauben, ebenso wenig wie mit dem

12.12.43

Appell an die ewige Gerechtigkeit, die uns dann doch irgend wie einmal helfen wird. Diesen Krieg gewinnt man nur, wenn man so in altgewohnter Weise wie der deutsche Meister und Handwerker unausgesetzt an der Maschine selbst tätig ist, die auch nicht mit Sprüchen läuft, sondern nur dann, wenn ihre technische Kompaktheit in Ordnung ist und die Stoffe, die sie zur Bewegung braucht, vorhanden sind. Diese unmittelbare Dienstnotwendigkeit und Aufgeschlossenheit, diese Objektivierung des Krieges ist das, was den Frauen vielleicht am schwersten fällt, sind sie es doch, die das seelische Element unserer Gemeinschaft und Gläubigkeit, zugleich aber auch das erhebende Element unserer Gemeinschaft darstellen. Sie sollen ja dem Mann den Glauben an den Wert des Lebens vermitteln; denn sie sind ja in einer Welt des Hasses und des Kampfes die Repräsentantinnen der Liebe. Gerade für die Frau bringt diese Zeit eine harte Schule, und gar manche würde verzagen, wenn sie nicht von ihrer Kameradin und Volksgenossin im gleichen Schritt und Tritt gehalten würde.

Die Selbsterziehung der deutschen Frau zur Höchstleistung ist daher eine der schönsten Aufgaben unserer Frauenschaft, und noch mehr: der Begriff des Helden geht durch die Zeit. Es ist ein merkwürdiger Begriff, ein germanisch höchster Begriff: aus dem Helden wurde der Edeling, der Adlige. Dieser Held und die Heldin sind das Corps, aus dem sich das ritterliche Geschlecht der Zukunft baut. Heute sind es Millionen Helden und Heldinnen. UndSie, meine deutschen Frauen, haben das Recht, sich diesen Reihen anzuschließen. Je mehr Sie sich in diese unmittelbare Bezogenheit des Kriegsdienstes einfügen, destomehr vereinigen Sie die seelischen Aufgaben,

die geistigen Glaubenskräfte, die Ihnen Ihre Geschichte vorschreibt, mit den Erfordernissen dieser Zeit. Daher ist dieser Aufblick der Frau über diese Zeit und die göttliche Zone der Weltwerdung und des Welten- und Lebenssinnes der Inhalt ihrer geistigen Pflicht. Was würden die Gläubigen in dieser Welt wollen, wenn wir nur die Kämpfer mit dem Schwert, mit der Maschinenpistole, mit der Kanone hätten? Wir brauchen auch die Kämpferinnen, die im Namen Gottes den Mann mit Glauben aufrichten und ihm sagen: werde nicht weich, bleibe hart und stark; Du siehst, auch die Frauen sind es. Diese Gottgläubigkeit unserer Bewegung leuchtet ja gerade über unserer Frauenschaft. Das ist kein leerer Wahn und kein leerer Spruch: wir wissen, daß es diesen Gott gibt, von dem alle weltweite Größe ihren Ausgang nahm, der die tiefsten Geheimnisse dieser Zeit genau so in sich trägt wie schon vor Jahrtausenden und noch in Jahrtausenden für uns, die wir nur die kleine Spanne des Lebens im Gesamtschicksal unseres Volkes ausfüllen.

So, wie die Frauen unserer Vorfahren priesterlichen Rang hatten, muß auch jetzt wieder die deutsche Frau, die Weltweise, die Weltwissende, die Glaubenshüterin sein, die nicht nur das Feuer des heimischen Herdes, sondern auch das Feuer der nationalen Gläubigkeit für die Gemeinschaft bewahrt. Ich erwarte daher diese starke, stolze, sich aufrichtende und andere mitemporhebende Glaubenshaltung von der deutschen Frau dieses Raumes ebenso wie von der deutschen Frau des Reiches.

Ihr deutschen Frauen, Großes ist Euch aufgegeben. Das Schicksal hat Euch in eine schwere Zeit gestellt, es gab Euch aber den Glauben und das innere Beharren.

12.12.43

Groß ist unser Volk, weil es einen großen Führer hat, stark, weil wir die Wehrmacht haben, - unbesiegbar aber, weil wir unsere deutschen Frauen haben.

(Anhaltender, lebhafter Beifall!)

Mit dem von Hauptabschnittsleiter S t a h l ausgebrachten "Sieg-Heil" auf den Führer und den Liedern der Nation findet die Feierstunde ihren Abschluß.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Montag, den 13. Dezember 1943 Krakau

11[00] Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs am Vortrag "Politik und Kriegführung" in der Verwaltungsakademie, gehalten von Ministerialdirektor SS-Brigadeführer Naumann, Leiter des Ministeramtes des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda.

13[00] Mittagessen.

15[00] Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler, Dr. Boepple und SS-Obergruppenführer Koppe.

SS-Obergruppenführer Koppe berichtet von der gegenwärtigen Sicherheitslage und gibt dabei von einem Sprengstoffanschlag gegen einen Militärzug durch Angehörige der polnischen Widerstandsbewegung bei Warschau, bei dem etwa 18 deutsche Soldaten den Tod gefunden haben. Die Spuren der Attentäter wiesen nach Warschau. In Zukunft würde bei solchen Überfällen sofort eine Sperrung sämtlicher Straßen und Züge der Umgebung durchgeführt. Auch 2 Deutsche seien am gleichen Tage in Warschau einem Anschlag zum Opfer gefallen.

Im allgemeinen stehe die PZP Gewehr bei Fuß, und nur Überaktivisten führten diese Überfälle durch. Deutscherseits werde die scharfe Haltung beibehalten und durch Flüster- und Flugblattpropaganda der polnischen Bevölkerung eingeschärft, daß für einen ermordeten Deutschen so und soviele Polen ihr Leben lassen müßten. Bei Beibehaltung dieser strengen Maßnahmen hoffe er in einigen Wochen eine Besserung der Lage zu erzielen.

13.12.43

Staatssekretär Dr. Bühler berichtet dann von einer Vorbesprechung über Luftschutzangelegenheiten; alle Probleme seien dabei aufgerollt worden und die nächsten Wochen würden der Regelung aller Fragen gewidmet sein müssen. Vordringlich sei eine Fühlungnahme mit der Wehrmacht.

SS-Obergruppenführer Koppe weist daraufhin, daß bisjetzt alles an bürokratischen Hemmnissen gescheitert sei. Die Durchführung von Luftschutzmaßnahmen gehe auf dem Dienstwege viel zu langsam. Die Kompetenzen müßten ganz anders gelagert werden, vor allem müßten die Baustoffe an die Polizei abgegeben werden. Diese werde dann einzelne Kontingente an die Distrikte verteilen, und hier müsse der Gouverneur unter Hinzuziehung der Kreis- und Stadthauptleute und der örtlichen Wehrmachtstellen entscheiden können, wie, wo, und was gebaut werde.

Staatssekretär Dr. Bühler hält die Einrichtung eines SS-Luftschutz-Befehlsstabes beim BdO als erste zu treffende Entscheidung; ihm müßten alle am Luftschutz beteiligten Stellen angehören.

SS-Obergruppenführer Koppe berichtet, daß bereits umfangreiche Vorarbeiten im Gange seien. Notwendig sei die Errichtung von Splitterschutzgräben mit Betonkuppeln und von Löschwasserteichen. Luftschutzkeller müßten aus Sicherheitsgründen für Deutsche und Polen getrennt errichtet werden. Die Polizei bilde bereits Sprengkommandos; außerdem müßten ein Instandsetzungs- und ein Entgiftungsdienst aufgestellt werden. Die Verteilung der in Krakau tätigen Baufirmen auf die einzelnen Stadtteile

13.12.43

sei notwendig.

Bei schweren Luftangriffen müßten 60 - 70 % der deutschen Sicherheitskräften samt ihrem Material und Gerät Ausweichunterkünfte außerhalb der Stadt beziehen, um nach dem Angriff im Falle von polnischen Aufstandsversuchen kampffähig in Erscheinung treten zu können.

Der Herr Generalgouverneur ersucht um eine intensive Weiterbehandlung aller dieser Fragen, damit in der kommenden Regierungssitzung ein festes Programm vorgelegt werden könne. Das Wichtigste sei, daß die nötigen Mittel zur Verfügung ständen, der Instanzenweg auf ein Minimum beschränkt werde und alle bauhemmenden Verordnungen für die Errichtung von Luftschutzanlagen aufgehoben würden. Der Luftschutz sei im übrigen eine Aufgabe der Polizei.

15[35] Besprechung mit Präsident Gerteis und Präsident Bauder in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple

Der Herr Generalgouverneur geht zunächst auf die vordringlichen Aufgaben des Luftschutzes ein und ersucht Präsident Bauder nach dessen Erklärung, daß in den besetzten Ostgebieten und dem Generalgouvernement alle Geräte für die bombenzerstörten Gebiete im Reich gesammelt würden, dafür Sorge zu tragen, daß in Anbetracht der Lage auch hier die nötigen Geräte zur Verfügung stehen.

Präsident Gerteis legt dem Herrn Generalgouverneur anschließend den Plan für den Bau einer Eisenbahnunterführung auf der Reichsstraße nach Kressendorf vor.

13.12.43

Bei einer evtl. notwendigen stärkeren Beanspruchung der Strecke durch den Nachschubverkehr sei dieser Bau notwendig; man brauche dafür 200 t Eisen, und 80 000 cbm Erdbewegungen seien notwendig.

Präsident Bauder weist darauf hin, daß der Umbau schienengleicher Bahnwege während des Krieges verboten sei.

Der Herr Generalgouverneur ersucht wegen dieser Tatsache und wegen des großen dafür benötigen Eisenkontingents um Zurückstellung des Planes bis zum Frühjahr.

17[00] T e e .

19[30] Besuch des Philharmonischen Konzertes im Hause Urania.

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

IV/9

Dienstag, den 14. Dezember 1943 Krakau

10[45]

Ministerialrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1) einer Einkommensteuerverordnung für Nichtdeutsche
2) einer Verordnung zur Änderung der dritten Verordnung über die Verwaltung des Post- und Fernmeldewesens im Generalgouvernement
3) einer fünften Verordnung über die Hemmung von Verjährungsfristen des Wechsel- und Scheckrechts
4) einer achten Verordnung über die Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Verordnungsentwürfe.

Gegenstand der anschließenden Besprechung ist die äußere Gestaltung der Schriftenreihe der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß dafür folgende Bezeichnung gewählt wird: Schriftenreihe der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements, herausgegeben von Staatssekretär Dr. Bühler und Ministerialrat Dr. Weh. Ferner soll der Schriftenreihe ein Geleitwort vorangestellt werden, in dem daraufhingewiesen wird, daß die Verwaltungsakademie an dem und dem Tage gegründet worden ist. In diesem Geleitwort soll auch zum Ausdruck kommen, daß die Verwaltungsakademie für das Gebiet des Generalgouvernements eine doppelte Bedeutung habe, da sie einmal dazu beiträgt,

14.12.43

die vielfachen Schwierigkeiten und eigenartigen Verwaltungsverhältnisse des Generalgouvernements dem Leser stets nahe zu bringen und zum andern auch innerhalb des großen Gesamtbereiches der deutschen Staatsverwaltungsarbeit für die Schwierigkeiten in den neueroberten Gebieten Verständnis zu gewinnen. Endlich soll im Inseratenteil der Schriftenreihe auf die bisherigen Veröffentlichungen hingewiesen werden.

Ministerialrat Dr. Weh berichtet dann noch kurz über die weitere Fortführung des von ihm verfaßten Werkes: Das Recht des Generalgouvernements.

11[05] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Schriftleiter Nippel, zur Zeit Leutnant bei der Marine, in Gegenwart des Hauptschriftleiters Stöppler.

In der anschließenden Besprechung berichtet Hauptschriftleiter Stöppler über den gegenwärtigen Stand der Arbeit bei der Krakauer Zeitung. Er kommt dabei auch auf die Frage der Einschränkung des Papierverbrauchs zu sprechen, die sich für die Zeitungen des Generalgouvernements dahin auswirke, daß eine Seite fortfallen müsse, was wieder eine andere Verteilung des Stoffes zur Folge habe. - Die Schriftleitung zähle zur Zeit noch 7 Mitarbeiter, nachdem 12 von den Schriftleitern zur Wehrmacht eingezogen worden seien. Wenn auch in der letzten Zeit niemand mehr eingezogen worden sei, ständen doch wohl neue Einziehungen bevor.

Der Herr Generalgouverneur weist Hauptschriftleiter Stöppler an, den zuständigen Stellen gegebenen-

14.12.43

falls mitzuteilen, daß er, der Generalgouverneur, in seiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar gegen weitere Einziehungen Protest einlegen werde.

Der Herr Generalgouverneur erkundigt sich dann nach dem Befinden des bei einem Überfall schwer-verletzten Verlagsleiters Strozyk und ersucht Hauptschriftleiter Stöppler, ihm einen Brief folgenden Inhalts zu überbringen:

> Sehr geehrter,lieber Herr Strozyk! Ich nehme in der herzlichsten Weise Anteil an dem schweren Unfall, der Sie betroffen hat, und wünsche Ihnen baldigste Wiederherstellung und Genesung. Auch die Täter dieses furchtbaren,verbrecherischen Anschlages werden ihrer gerechten Strafe nicht entgehen. Mit ganz besonderem Nachdruck wird diese Tat verfolgt.

11[20]

Besprechung mit Pressechef Gassner, Hauptschriftleiter Stöppler und Schriftleiter Himmele.

Gegenstand der Besprechung ist die Ausgestaltung der Zeitschrift "Das Generalgouvernement", die von Schriftleiter Himmele nebenamtlich geleitet wird.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß diese Zeitschrift einen überaus starken Inseratenteil aufweise, in welchem vielfach Gegenstände aufgeführt seien, die zur Zeit überhaupt nicht mehr gekauft werden könnten.

Nach Mitteilung des Pressechefs Gassner beruft sich Verlagsleiter Strozyk darauf,

daß nach einer Bestimmung der Reichspressekammer bis zu einem Viertel des Umfanges einer Zeitschrift Inserate in ihr enthalten sein könnten. Außerdem liege dieser Maßnahme eine Anweisung des Werberats für die deutsche Wirtschaft zugrunde.

Der Herr Generalgouverneur gibt der Ansicht Ausdruck, daß man sich an solche vom Reich kommende Anweisungen nicht zu halten brauche.

Weiter nimmt der Herr Generalgouverneur Veranlassug, Wesen und Inhalt der Zeitschrift "Das Generalgouvernement" einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Im Hinblick auf die Tatsache, daß demnächst die "Krakauer Monatshefte" erscheinen würden, verlangt er eine völlige Umformung der Zeitschrift "Das Generalgouvernement" auch mit der Begründung, daß sie im Gegensatz zur Krakauer Zeitung eigentlich etwas seelenlos sei.

Der Herr Generalgouverneur beraumt für die zweite Hälfte des Monats Januar eine Besprechung an, in der diese Frage einer eingehenden Prüfung unterzogen und weiter untersucht werden soll, in welcher Weise die Zeitschriften "Das Generalgouvernement", "Die Burg", die neuerscheinenden "Krakauer Monatshefte" und "Das Vorfeld" entsprechend ihrem Wesen und Zweck ausgestaltet werden könnten und ein Ausgleich zwischen ihnen ermöglicht werde. Diese Besprechung soll von Pressechef Gassner vorbereitet werden.

14.12.43

11[50] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Direktor des Botanischen Gartens und der Botanischen Anstalt Dr. Härter.

Dr. Härter erstattet dem Herrn Generalgouverneur Bericht über den gegenwärtigen Zustand des Botanischen Gartens und die Arbeiten der Botanischen Anstalt. Er teilt weiter mit, daß demnächst ein kleines Heft herauskommen werde, betitelt "Die Weichselflora". - Leider habe der Präsident der Hauptabteilung Erziehung und Unterricht bestimmt, daß nicht unbedingt kriegswichtige wissenschaftliche Arbeiten eingestellt werden sollten. Deshalb seien auch größere Flächen des Botanischen Gartens auf die Landwirtschaft umgestellt und 8 ha mit Gemüse bebaut worden. Bei einer Aussaat von 250 dz hätten sie eine Ernte von 2 000 dz erbracht.

Der Herr Generalgouverneur gibt dem Wunsche Ausdruck, daß die botanische Anstalt mehr als bisher mit ihren Arbeiten an die weitere Öffentlichkeit treten möge, vielleicht auch dergestalt, daß von ihr ein eigenes Blättchen "Mitteilungen der Botanischen Anstalt des Generalgouvernements" herausgegeben werde, und sagt eine Besichtigung des Botanischen Gartens in Krakau zu.

12[20] Besprechung mit Bankdirigent Präsident Dr. Paersch.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Dr. Paersch, daß der unter seiner Leitung stehende Kreditausschuß nur eine gewisse formale Bedeutung habe. - Der Herr Generalgouverneur ersucht gleichwohl Präsident Dr. Paersch, zwischen dem 20. und 30. Januar

14.12.43

die Mitglieder des Kreditausschusses zu einer Sitzug auf der Burg einzuladen, in der ihm dann Vortrag über einige Fragen gehalten werden könne.

Präsident Dr. Paersch nimmt in längeren Ausführungen zu dem Problem der Verlagerung von Rüstungsbetrieben und Industrieunternehmungen ins Generalgouvernement Stellung. Seine Absicht sei ursprünglich gewesen, diese Unternehmungen auf kaufmännischer Grundlage zu finanzieren und zu prüfen, ob das Kreditgewerbe die notwendige Deckung erhalten könne. Ein Unternehmen aber, das auf fremdem Grund und Boden stehe und nur über Hallen verfüge, biete privatwirtschaftlich keine genügende Sicherung. Mittlerweile habe das Oberkommando der Luftwaffe an das Reichswirtschaftsministerium das dringende Ersuchen gerichtet, noch eine Zusatzsicherung für die Finanzierung der Rüstungsbetriebe durchzuführen. Für die Garantierung dieser Sicherheit sei der Kreditausschuß zuständig: die Einzelheiten des Problems würden dort vorgetragen, nachdem geprüft worden sei, ob die produktionsmäßigen Grundlagen der Rüstungsverlagerung - Arbeiterbelegschaft, Baulichkeit usw. - vorhanden seien. Wenn die Unterlagen vorhanden seien, dann werde gesagt: dem Anschein nach könnten Sicherheiten nicht gestellt werden und deshalb wolle man prüfen, ob eine Bürgschaft übernommen werden könne. In vielen Fällen hätten sich Schwierigkeiten nicht ergeben, undder Ausbau bezw. die Errichtung der Werke laufe auch schon seit dem Sommer dieses Jahres.

Präsident Dr. Paersch macht dann dem Herrn

14.12.43

Generalgouverneur Mitteilung von einem auf einem Geldtransport durch Banditen versuchten Überfall, der durch das tapfere Verhalten der begleitenden Polizeimannschaft habe verhindert werden können, und schlägt vor, aus diesem Anlaß der Polizei als Weihnachtsgeschenk eine Summe von 30 000.-- Zl. zu überweisen und diese Summe auf Warschau, Krakau, Lemberg, Lublin und einige kleinere Orte zu verteilen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sein Einverständnis damit.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, warum die Emissionsbank immer noch als "Emissionsbank in Polen"firmiere, erwidert Präsident Dr. Paersch, daß man nach außen hin immer nur als Emissionsbank auftrete. Diese klare Bezeichnung werde auch im Lande verstanden und entspreche der psychologischen Einstellung der Bevölkerung. - Was die Geldanforderungen der Wehrmacht angehe, so betrage im 1. und 2. Vierteljahr 1943 der Anteil der persönlichen Kosten 25%, alles übrige seien Sachkosten. Davon entfielen 47% auf das Gebiet und 27% auf die Front. Der Anteil der Front sei aber mittlerweile wieder stark gestiegen. - Alle Anforderungen müßten beim Wehrkreiskommando angemeldet werden. Im Zusammenhang mit den Wehrmachtsforderungen ergebe sich auch das Problem des Schwarzmarktes. Da die Wehrmacht geldlich ohnehin sehr belastet sei, müsse verlangt werden, daß die Verausgabung der Gelder in richtiger Weise erfolge und auf dem Schwarzmarkt keine Käufe getätigt würden. Dies entspreche auch einer klaren Weisung des OKW und des hiesigen Wehrkreiskommandos.

14.12.43

Leider sei bei der Luftwaffe die Anordnung des Reichsmarschalls über das Verbot der Inanspruchnahme des Schwarzmarktes lange nicht veröffentlicht worden. - An Devisen seien an das Reich insgesamt 128 Millionen abgeliefert worden, darunter vorzugsweise Rubel, weiter ukrainische Währung, französische Franken usw. - Die Verhältnisse hinsichtlich der ukrainischen Währung hätten sich einigermaßen befriedigend gestaltet, nachdem auf seinen Vorschlag eine Sperregelung getroffen worden sei, die auch das Reich gebilligt habe. Gleichwohl habe man der Notenbank der Urkaine großzügig Hilfe geleistet. - Nach der Wiedereinnahme von Shitomir sei es in Lemberg wieder zu ruhigen Verhältnissen gekommen, doch zeige sich immer noch eine gewisse, wenn auch nicht erhebliche Beunruhigung auf dem Gebiete der Einlagen. Der Einlagenrückgang hänge wohl auch mit dem bevorstehenden Weihnachtsfest zusammen.

Präsident Dr. Paersch nimmt dann zum Treuhänderwesen Stellung. Er führt aus, daß die Treuhänderei zunächst eine wirtschaftliche Seite habe. Man habe wie auch in den Ostgebieten zu dem Institut der Treuhänder greifen müssen, leider aber seinerzeit die Gesetzgebung zu mechanisch der Regelung im Reiche angepaßt. Inzwischen sei Ministerialrat Plodeck zu der Einsicht gekommen, daß das Treuhänderwesen etwas aufgelockert werden müsse, und habe verschiedene Objekte abgestoßen. Maßgebend für die Beurteilung dieses Problems sei eine richtige Überwachung der Persönlichkeiten der Treuhänder. Ursprünglich habe Ministerialrat Plodeck in

14.12.43

in dem Treuhänderwesen einen Staat im Staate gesehen. Er, Präsident Dr. Paersch, habe aber darauf hingewiesen, daß die Treuhandunternehmungen genau so wirtschaftlich arbeiten müßten wie andere auch. Gewiß gebe es unter den Treuhändern Elemente, die nicht zuverlässig seien und zu starke Bereicherungstendenzen hätten. Gegen diese sei man aber rücksichtslos vorgegangen. Da man gewisse Objekte ehemaligen Frontkämpfern vorbehalten wolle, müsse bis auf weiteres noch das Treuhandwesen aufrechterhalten bleiben. Immerhin müsse zugegeben werden, daß das Problem der Treuhänder naturgemäß immer schwieriger werde.

Präsident Dr. Paersch geht dann auf die Wirtschaftslage des Reiches ein, die, wenn auch zunächst die Bombenangriffe manche Schäden und eine gewisse Verwirrung im Gefolge gehabt hätten, doch bis zum gewissen Grade wieder einigermaßen zufriedenstellend sei.

In diesem Zusammenhang weist der Herr Generalgouverneur darauf hin, daß Präsident Naumann mit dem Kriegsverwaltungsvizechef Körner einen Vertrag geschlossen habe, auf Grund dessen alle landwirtschaftlichen Institutionen und Maschinen in das Generalgouvernement überführt werden sollen.

12^{40} Der Herr Generalgouverneur empfängt in seinem Arbeitszimmer in der neuen Kanzlei den Inspekteur der nationalpolitischen Erziehungsanstalten und der deutschen Heimschulen SS-Obergruppenführer Heißmeyer, den Beauftragten der Volksdeutschen Mittelstelle für das Generalgouvernement SS-Obersturmbannführer Dr. Waibgen und den SS-Sturmbannführer Dr. Schmidt in Gegenwart des Staatssekretär Dr. Bühler,

14.12.43

des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen SS-Obergruppenführers und Generals der Polizei Koppe, des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Präsidenten der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht Eichholz.

In der anschließenden Besprechung wird zu Fragen der Gemeinschaftserziehung Stellung genommen.

SS-Obergruppenführer Heißmeyer gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über die Entwicklung und den derzeitigen Stand der nationalpolitischen Erziehungsanstalten und der Heimschulen.

Der Herr Generalgouverneur geht dann auf allgemeine Bildungsfragen ein und gibt der Meinung Ausdruck, daß das humanistische Gymnasium nach wie vor als der Idealtyp schulmäßiger Bildung angesehen werden müsse.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird vor allem das Problem geprüft, in welchem Umfange im Generalgouvernement Heimschulen und auch nationalpolitische Erziehungsanstalten errichtet werden könnten.

Präsident Eichholz bemerkt, daß sich die Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht im allgemeinen an die Reichsgrundsätze angelehnt habe.

Der Herr Generalgouverneur betont demgegenüber, daß an sich die Regierung des Generalgouvernements grundsätlich keine Weisungen entgegenzunehmen brauche, weder hinsichtlich der Überwachung der Schulen noch hinsichtlich sonstiger Fragen.

SS-Obergruppenführer Heißmeyer weist in diesem Zusammenahg daruaf hin, daß die nationalpolitischen Erziehungsanstalten wie auch die Heimschulen eine

14.12.43

den anderen Schulformen völlig entgegengesetzte Erziehungsmethode durchführten. Denn in diesen Schulen werde vor allem auch auf die charakterliche Bildung der jungen Menschen größten Wert gelegt. In diesen Schulen gehe es um Führung und Gefolgschaft, nicht so sehr um Lehrende und Lernende. Maßgebend sei der Führer, der eine Gemeinschaft führe.

Präsident Eichholz teilt mit, daß es im Generalgouvernement zur Zeit ungefähr 50 Heimschulen gebe, davon 31 volksdeutsche,und 10 Heimoberschulen. die Zusammensetzung der Schulen sei wesentlich anders als die der Heimschulen des Reiches, weil diese Volksschulen in erster Linie den volksdeutschen und deutschstämmigen Kindern dienten. Reichsdeutsche Kinder, die mit gewissen Kenntnissen in diese Schulen kämen, seien fast überhaupt nicht vorhanden. Dagegen überwiege das Element, das überhaupt noch nicht deutsch spreche und erst im Schülerheim die deutsche Sprache erlernen solle. Wenn gegebenenfalls ein Austausch von Klassen der Heimschulen mit dem Reich stattfinden solle, so könne er sich nur auf die obersten Klassen erstrekken.

Als Ergebnis der Besprechungen trifft der Herr Generalgouverneur folgende Feststellung:

Es ist unverzüglich die Frage zu prüfen, auf welche Weise und in welchem Umfang Klassen von Heimschulen des Generalgouvernements gegen solche von Heimschulen des Reiches ausgetauscht werden können.

14^{00} Mittagessen.

14.12.43

17[00]

Zum Abschluß eines in der Schulungsburg des Arbeitsbereichs für Offiziere der Luftwaffe veranstalteten Lehrganges ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Meine Herrn Generäle und Offiziere! Liebe Parteigenossen! Es ist mir wirklich eine große Freude in meiner Eigenschaft auch als Leiter des Arbeitsbereichs der NSDAP im Generalgouvernement zu Ihnen sprechen zu dürfen. Zunächst möchte ich meiner ganz besonderen Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß Sie von der Einrichtung der Partei, der sogenannten Schulungsburg, Gebrauch gemacht haben. Ich möchte dies als ein besonderes Zeichen der vertrauensvollen kameradschaftlichen Zusam enarbeit von Luftwaffe und Partei im Generalgouvernement freudig begrüßen. Ich darf Sie auch bitten, Herrn General Sommé meine Grüße zu übermitteln und ihm auch meinen Dank dafür zu sagen, daß er diese Veranstaltung freundlicher Weise so gefördert hat.

Wir befinden uns hier an einem Punkt, für den man das Thema und die Bezeichnung "Schulungsburg" gewählt hat, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß ein doppeltes in unserer Bewegung liegt, was der Begriff der Burg in sich trägt. Zunächst ist es das konservative Element, das mit dem Burgcharakter, mit Mauern usw. verbunden ist, nämlich der Versuch, die nun durch zwei Jahrtausende hindurch geretteten letzten Höchstwerte unserer rassischen Wanderung durch die Weltgeschichte vor der Zerstörung durch alle möglichen Feinde zu bewahren, die sich in der Weltgeschichte gegen uns gestellt haben.

Im Begriff der Burg liegt aber auch das Offen-

sive: man kann von der Burg aus nicht nur im Stile mittelalterlicher Raubritter ins Land ziehen, sondern man kann auch mit der Burg im Rücken ausziehen, um eine große Erweiterung der Burgdomäne vorzunehmen.

In diesem ganz klaren und einfachen, man möchte fast sagen, kriegsgeschichtlichen Stil baute sich auch unsere Bewegung ihren eigenen Kampf auf. Von dieser kleinen Stelle im Sterneckerbräu in München, einer Stätte, die uns, die wir dort noch in den Jahren 1919, 1920 und 1921 arbeiten durften, mit großer Wehmut erfüllt, wenn wir an den Kampfweg der Bewegung denken, - von dieser Stätte gleich einer Burg aus zog die Bewegung in die Lande.

Wenn wir uns also dessen bewußt sind, daß von der Bewegung sowohl dieses konservative Element wie auch das offensiv-revolutionäre Element in einem so gigantischen Ausmaße in die Weltgeschichte getragen wurde, wie das nunmehr angesichts der ungeheuren Steigerung dieses Weltkriegsereignisses geschieht, so ist es selbst für uns, die wir mit am Ausgangspunkt dieser Bewegung standen, ein ungeheures einmaliges Erlebnn.

Wenn wir damals auch gedacht haben, daß mit unserer Bewegung die Form zusammenhängen würde, in der vielleicht dem deutschen Volke der revolutionäre Elan für die Bildung eines neuen Staates und einer neuen Staatsführung gegeben werden könnte, die Möglichkeit, das Letzte noch zusammenzutrommeln und nach dem Zusammenbruch im November 1918 Deutschland wieder aufzurichten, so war es doch kaum zu ermessen, daß wenige Jahre nach der Machtübernahme,

eigentlich schon nach 6 Jahren in der Zeit vom 30.Januar 1933 bis zum September 1939 für uns diese ungeheure Ausweitungsoffensive unseres Lebensraumes begann, die das Charakteristikum des jetzigen Geschehens ist.

Wenn wir die Weltgeschichte unter diesem Aspekt ansehen und dabei bedenken, daß es unserm Volke durch einen genialen Führer, lediglich gestützt auf die Substanz unserer eigenen nationalen Kraft, geglückt ist, in so verhältnismäßig kurzer, im Ablauf der Jahrhunderte der Weltgeschichte kaum zählenswerter Reihe von Jahren einen solchen Wiederaufstieg der deutschen Wehrkraft zu entwickeln, dann werden wir immer mehr mit Ergriffenheit feststellen können, daß doch unser Volk unbesiegbar ist.

Wenn der Führer in seiner letzten Rede im November dieses Jahres erklärte, daß der Kampf gegen die Weltfeinde, die heute geschlossen mit ungeheurem materiellem Übergewicht von allen Seiten gegen uns anbranden, nichts anderes ist, als die Fortsetzung des innenpolitischen Ringens unseres Volkes, so klingt das vielleicht vermessen. Viele könnten ja die Frage aufwerfen: ist das eigentlich richtig, kann man diese innenpolitischen Gesichtspunkte sogar auf die Welt übertragen, kann man z.B. die kommunistische Partei im deutschen Reich, die wir als Nationalsozialisten innenpolitisch bekämpfen mußten, mit dem bolschewistischen Reich identifizieren, - kann man die Juden, die wir in Deutschland hatten, schließlich zu einer solchen Weltgröße emporsteigern, daß man sie als Weltfeind bezeichnen dürfte, - kann man die demokratischen Richtungen in Deutschland mit

14.12.43

Amerika und England in eine und dieselbe Anschauungsstellung bringen?

Dazu ist zu sagen: dieser Krieg entscheidet darüber, ob die Potenz, die Adolf Hitler mit seiner Bewegung, gestützt auf die beste, nämlich soldatische Tradition unseres Volkes, unserer Nation auch in der Politik und Wirtschaft gegeben hat, weltgeschichtlich gesehen richtig war, ob es tatsächlich angebracht war, diesen Glauben in die Stärke des deutschen Volkes zu setzen, ob nachträglich eine geschichtliche Legitimation und Bejahung dieses Vorganges eintritt, oder ob es möglich ist, daß die innenpolitischen Zertörer des deutschen Reiches, die wir vernichtet haben, außenpolitisch durch das Kriegsgeschehen nun den Ausgangspunkt der Wiederkehr der deutschen Freiheit letztlich im Wege der Krieges zunichte machen können. Denn selbstverständlich wäre der Sieg mit Waffen in diesem Kriege auch der Sieg eines politischen Systems über ein anderes. Mögen auch innerlich zwischen England, Amerika und Rußland Divergenzen bestehen, darin stimmen sie alle überein, daß das, was uns Deutschen notwendig ist, was uns groß macht, unsere ehrliche soldatische Haltung, unser klares nationales Bewußtsein, unsere saubere Sittlichkeit, unser Eifer, unser Fleiß, unsere Arbeitskraft, unsere völkische Gesundheit, - das alles das restlos ausgerottet und vertilgt werden müsse, mit anderen Worten, daß man in uns nur das Volk der Dichter und Denker sehen will, gut genug, um Ingenieure und Hauslehrer abzugeben, um einige Spezialisten zu liefern usw.. Aber einen eigenen Staats, ein eigenes Reich den Deutschen lassen - niemals!

16

14.12.43

Meine Herrn! Sie selber, die Sie der Luftwaffe als der nationalsozialistischen Schöpfung, innerhalb der Wehrmacht angehören, die Sie die Offiziere des Teiles unserer Wehrmacht sind, der nun typisch mit dem nationalsozialistischen Reich erstand und der die Tradition unserer Kriegsflieger unter Führung und der schöpferischen Gestaltungskraft des Reichsmarschalls Herrmann Göring fortgesetzt hat, - Sie wissen, wie sehr die Betrachtung dieses Krieges nicht nur als militärischen Vorganges sondern auch als weltpolitischen Ereignisses notwendig ist, um überhaupt zu einer Klärung dieser Frage zu kommen.

Wie wichtig diese Momente in einem Augenblick sind, in dem sich das Kriegsereignen doch sehr schwierig gestaltet, in dem es sich zeigt, daß diese totalen Mächte entschlossen sind, unter Einsatz ihrer letzten Rohstoffreserven gegen uns anzutreten, - diese Frage zu untersuchen soll nun auch der Sinn der Veranstaltung sein, die uns heute zusammenführt.

Wie ich zu meiner Freude höre, haben Sie sich nun zwei Tage lang mit diesen Fragen besonders beschäftigt: was heißt Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei? Was heißt Weltanschauung? Ist es überhaupt heute noch am Platze, so sehr den Parteistandpunkt zu vertreten? Könnte man nicht einfach sagen: brauchen wir das eigentlich noch? ist denn nicht heute alles Krieg? - wäre es nicht besser, wir würden alles kriegsmäßig gestalten? Ist es überhaupt notwendig, daß man neben der eigentlichen Wehrmachts- und Kriegstätigkeit

noch eine Art Parteitätigkeit aufrechterhält? Wäre es nicht am besten und zweckmäßigsten, man würde dies alles ausschließlich den Soldaten anvertrauen, die doch wissen müssen, wenn sie die Waffen gebrauchen, wie sie es auch politisch richtig machen?

Es wird Ihnen bekannt sein, meine Herrn, daß der Führer hier seine ganz klaren Vorstellungen hat. Es ist ebenso notwendig, daß der Fachmann des militärischen Geschehens - also bei Ihnen des Fliegens und der Betreuung der Luftwaffenaufgaben - vorhanden ist, wie es auch eine Art besonderer Spezialisten der inneren Front geben muß. Wir müssen doch immer daran denken, daß die Front von der Heimat lebt, daß die Stimmung der Soldaten nicht nur von rein kriegsmäßigen, militärtechnischen Vorgängen bedingt wird, sondern ebenso sehr Ausdruck des geistig-seelischen Stromes ist, der sich dauernd aus der Heimat und aus dem Volk ergießt und den engsten Kontakt mit der Heimat hält.

Sie haben sich während dieser zwei Tage dazu bekannt, daß es neben der eigentlichen militärsachlichen Tätigkeit unbedingt notwendig ist, die geistig seelischen Hintergründe des Kampfes, die weltpolitischen Aspekte immer mehr zu erkennen. Es ist ja nicht meines Amtes, sie zu belehren: Sie sind die Fachleute des Krieges, Sie kommen von den Fronten, Sie waren an den Fronten, Sie tragen die Ehrenzeichen des Krieges, und Sie tragen auch die Wunden des Krieges. Es wäre vermessen von mir, der ich damals schon in den ersten Tagen vom Führer abberufen wurde, um diesen Platz einzunehmen, Ihnen etwas vom Kriege erzählen zu wollen. Aber von der Heimatarbeit, die wir anzubahnen versucht haben,

könnte ich etwas erzählen. Mir ist jedoch berichtet worden, daß auch Sie etwas davon wissen. Lassen Sie mich darum schlechterdings als deutschen Mann sprechen.

Uns ist im November 1939 die Frage gestellt worden, wie wir diesen Raum, den uns der Führer anvertraut hatte und den wir damals vorfanden, in eine Art Ordnung überführen könnten. Die Beantwortung dieser Frage war eigentlich ganz einfach, indem uns nämlich der Führer damals sagte: schauen Sie, daß Sie aus diesem Gebiet irgend etwas machen, was haltbar und geeignet ist; Sie haben plein pouvoir. Wir haben es uns damals sehr lange überlegt. Ein besetztes Gebiet sind wir Juni 1940 nicht mehr. Seit diesem Zeitpunkt ist das Generalgouvernement Bestandteil des großdeutschen Machtbereiches. Ausdruck dessen ist auch die militärische Organisation dieses Bereiches, die im vorigen Sommer als erste in Form eines Wehrkreises die Heimatcharakteristik dieses Raumes besonders auch militärorganisatorisch zum Ausdruck gebracht hat.

Dieses Gebilde Generalgouvernement ist in eine eigene Herrschaftsform gestellt, u.zw. lediglich deshalb, weil das bequemer, einfacher und auch, was die Verantwortungszone angeht, klarer ist, wenn in diesem Raum an Ort und Stelle sich eine eigene autonome Regierung befindet, die nun für sich selber die Befehlsgewalt, aber auch die Verantwortung für den Bereich zu tragen hat.

Ich kann mit Stolz feststellen, daß die deutschen Männer und Frauen, die hier eingesetzt sind, im engsten Verein mit allen Teilen der Wehrmacht und der Ordnungspolizei erreicht haben, daß dieses Gebiet denkbarst alles das leistet, was man nur

irgendwie von ihm verlangen kann. Wenn wir z.B. im letzten Jahre 760 000 to Brotgetreide an das Reich abgeliefert haben, und wenn diese Getreidemenge 60% dessen ausmacht, was das gesamte übrige seit 1941 besetzte Ostgebiet an das Deutsche Reich geliefert hat, so ist das nur einer der Beweise für die Leistungsfähigkeit dieses Raumes und der deutschen Führung.

Mein Ziel ist ganz klar: für mich gelten nicht die Polen, die wir erschossen, sondern lediglich die Polen, die wir zur Arbeit gebracht haben. Die Behandlung der eroberten Gebiete muß, solange der Krieg dauert, ausschließlich dem Prinzip unterstellt sein, das Gebiet an die Leistung heranzubringen. Deshalb muß alles geschehen, damit die Bevölkerung möglichst in Ruhe, Frieden und Ordnung gehalten wird, es darf nichts geschehen, was diese Bevölkerung überflüssiger Weise in Unruhe bringt. Ich erwähne hier nur ein Beispiel: es wäre falsch, wenn wir jetzt während des Krieges in diesem Gebiet große deutsche Einsiedlungen in das fremdvölkische Bauernvolk vornehmen wollten. Diese zumeist mit Zwang versuchten Einsiedlungen führen zunächst dazu, die einheimische Bauernbevölkerung in eine maßlose Unruhe zu versetzen. Das hat wiederum im Hinblick auf die Leistung einen gewaltigen Ausfall im Ernteergebnis und einen Rückgang der Bestellungsarbeiten wie andere Nachteile im Gefolge. Ebenso falsch wäre es, wenn man der Bevölkerung mit Zwang die Kirche oder jede Möglichkeit eines einfachen kulturellen Lebens nehmen würde. Falsch wäre es auch, zu sagen: die Bevölkerung dieses neuen Gebietes soll ruhig verhungern, wenn nur die Heimat etwas zu essen hat. Das ist falsch, solange wir von der Bevölkerung

14.12.43

dieses Raumes eine Arbeitsleistung verlangen.

Sie wissen, daß allein die Ostbahn, die im Eigentum des Staates Generalgouvernement als eigener Betrieb steht, der völlig in den Verwaltungsaufbau des Generalgouvernements eingefügt ist, 160 000 Angestellte und Beamte zählt. Davon sind 145 000 Polen und nur 9 000 Deutsche. Wenn diese Menschen heute in Unruhe geraten, so fährt kein Zug im Generalgouvernement. Denn mit den 9 000 Deutschen würde ich beimBelagerungszustand höchstens einige Züge in Gang bringen. Was das für die Ostfront bedeuten würde, brauche ich nicht zu sagen.

Sie erkennen aus diesem einzigen Beispiel, wie schwierig es ist, das Steuer der politischen Führung dieses Raumes nach den zwei Richtungen klar zu halten: daß hier niemals wieder ein polnisches Leben, uns drosselnd, ersteht, daß aber andererseits, solange der Krieg dauert, Probleme hier nicht gelöst werden können, die wir ruhig auf die Zeit nach dem Siege vertagen können.

Sie können sich vorstellen und wissen es wohl teilweise auch, daß es zur Durchsetzung dieser Richtlinien einer gewissen Erfahrungszeit bedurfte. Es gab viele und meines Erachtens durchaus begründete Gesichtspunkte, die geltend gemacht wurden und mit denen man zum Ausdruck brachte: schön und gut, aber wir müssen die Polen dezimieren, wo wir können; das deutsche Volk wird auch dezimiert, man kann keine Rücksicht nehmen. Das alles könnte man ins Feld führen, und es würde vielleicht auch seine Geltung haben, wenn man keine Arbeitsleistung von einem solchen Gebiet verlangt: dann kann

man ruhig mit den Polen umgehen, wie man will, man kann sie ausrotten. Man kann auch ruhig Einsiedlungen mit Zwang und Gewalt vornehmen, nur darf man dann keine Ernte und kein Korngetreide verlangen. Außerdem ist die Dauer des Krieges bereits so maßgeblich, daß wir von dem Gesichtspunkt, die besetzten Gebiete sollten unter allen Umständen ausgepowert werden, deshalb abkommen müssen, weil wir nicht wissen, ob wir sie nicht im nächsten oder übernächsten oder in drei Jahren noch viel mehr gebrauchen als heute.

Wir müssen also zu einer pfleglichen Behandlung dieser Gebiete und ihrer Bevölkerung notgedrungen kommen. Ich kann zu meiner und zur Freude aller unserer Mitarbeiter feststellen, daß sich dieser Gesichtspunkt restlos durchgesetzt hat und daß alles, was früher immer gegen die angebliche Polenfreundschaft oder Weichheit dieser Art Anschauung gesagt wurde, vor den Tatsachen in Nichts zusammengesunken ist. Eine so schwierige politische Frage kann auch nur im engsten Verein aller Beteiligten Instanzen und in der engsten, klarsten Ordnung der inneren Zustände geklärt werden.

Wir haben in diesem Lande einen Punkt, von dem alles Unheil ausgeht: es ist Warschau. Wenn wir Warschau nicht im Generalgouvernement hätten, dann hätten wir 4/5 der Schwierigkeiten nicht, mit denen wir zu kämpfen haben. Warschau ist und bleibt der Unruheherd, der Punkt, von dem alle Unruhe in dieses Land hineingetragen wird. Warschau ist nun leider auch der Punkt, auf den alle Leite das größte Gewicht legen. Warschau ist näm

14.12.43

lich zur größten Etappenstadt der Weltgeschichte geworden: alles strömt dorthin, alle möglichen Betriebe, Fabriken usw. suchen dort Unterschlupf, weil Warschau auch verkehrsmäßig günstig liegt. Damit ist auch wieder die Möglichkeit gegeben, polni che Arbeitskräfte dorthin zu bringen, und damit steht dann wieder der berühmte Schleichhandel im Zusammenhang, der nicht ausrottbar ist, solange es nicht eine fest und legal gültige Grenzsperre gibt. Solange diese Zustände bestehen, können wir nur sagen: Warschau ist und bleibt für uns im Generalgouvernement die schwerste Belastung. Es vergeht kaum ein Tag, an dem mir nicht gemeldet wird, daß in oder bei Warschau ein Eisenbahntransport überfallen worden oder ein Mord geschehen ist. Das geschieht zwar nicht von dem Gros der Bevölkerung, wohl aber von einer fanatisch entschlossenen Widerstandsbewegung, die mit eiserner Faust zu zerschmettern unser aller Bemühen sein muß.

Frank: Ich habe jetzt folgende Methode eingeschlagen; wenn ein Deutscher ermordet wird, dann lasse ich eine bestimmte Zahl von im legalen gerichtlichen Verfahren als Verbrecher zum Tode verurteilten Individien am Tatorte erschießen. Das hat bereits in den letzten 4 Wochen zu einer wesentlichen Reduzierung der Zahl der Ermordeten geführt. Wir hatten allein im Monat Juni noch eine Zahl von fast 200 Ermordeten; die Zahl ist sofort,nachdem wir diese Maßnahme eingeführt hatten, wesentlich zurückgegangen und beträgt heute viel eicht im Monat 10, 20 oder 30. Diese Methode werden bis auf weiteres beibehalten. Der polnische Klerus und die polnischen Schulorgane sind gerade, weil sie auch aus allge-

mein-politischen Gesichtspunkten geduldet werden müssen, meine Hauptfeinde. Ich weiß, daß die polnischen Pfarrer und Lehrer dieses Land systematisch in Unruhe halten. Es ist gar kein Zweifel, daß damit auch die Einrichtung der Fallschirmabsprünge zusammenhängt und daß hier eine Fülle von Ansatzpunkten gegeben ist, die die deutsche Ruhe und Ordnung in diesem Raum stören. Was aber vom Staat und der Polizei aus auf diesem Gebiete geschehen kann, das wird in zunehmendem Maße auch geschehen. Sie wissen selber, daß sich die Wehrmacht durch Dislozierungen im Gesamtgebiet außerordentlich bewährt. Ich bitte Sie, meine Herrn, soweit Sie im Generalgouvernement tätig sind und tätig bleiben: hafen Sie mit, den gesamten Schutz des deutschen Lebens in diesem Raum ohne Rücksicht auf die Uniform und auf einzelne Teile des deutschen Lebens zu übernehmen. Wir hängen ja alle miteinander zusammen; der Pole macht keinen Unterschied, welche Uniformen wir tragen, und wenn wir einen Unterschied machen wollten, so würden wir uns selber nur schaden.

Das deutsche Leben im Generalgouvernement entwickelt sich, gerade weil wir es etwas anonym gestalten in großartiger Freundschaft. Wir haben 1939 in Krakau 480 Deutsche vorgefunden, die polizeilich gemeldet waren; wir haben heute in Krakau doch immerhin schon 35 000 Deutsche. Wenn Sie das ganze Land berücksichtigen, so erkennen Sie daraus, welche Möglichkeit des Aufstiegs dieser Raum bietet. Wenn wir bedenken, daß uns der Krieg immer wieder die Kräfte abzieht, wenn wir andererseits bedenken, daß der Krieg auch wieder Soldaten ins Land bringt, so besteht für mich doch gar kein Zweifel, daß im

Laufe der Entwicklung - der Krieg mag dauern, so lange er will, - auch ein gewaltiger Aufstieg des deutschen Lebens in diesem Raum stattfinden wird.

Trotzdem bitte ich Sie: täuschen Sie sich nicht darüber, - Sie, die Sie dauernd Umgang nur mit Deutschen haben, dürfen nicht in die Illusion verfallen, hier in einem deutschen Lande zu sein. Denn die Zahl der Deutschen in diesem Raum, wie ich sie jetzt nach den amtlichen Zahlen kenne, erreicht gerade 1% der Gesamtbevölkerung. Wir haben über 16,8 Millionen Einwohner, und wir können höchstens mit 180 000 bis 200 000 Deutschen rechnen. Dabei nehme ich schon Tausende und Abertausende von Volksdeutschen hinzu, denen wir erst die deutsche Sprache beibringen müssen. Die Regierungsstellen dieses Raumes haben sich bei allen ihren Maßnahmen, Verordnungen, Plänen, Erlassen, Organisationen usw. immer danach zu richten, daß sie zu 99% auf die fremdvölkische Bevölkerung sich einzustellen haben. Dies ist ja einer der Hauptirrtümer, den wir immer wieder feststellen müssen. Auch in meinem Bereich ist es so. Wenn die Herren aus dem Reich zu Besuch nach Krakau oder Warschau kommen, dann gehen sie ins deutsche Theater, sie gehen ins deutsche Kino, sie machen eine Parteiversammlung mit usw. und nehmen dann frisch fröhlich den Eindruck mit ins Reich: das Generalgouvernement ist ein vollkommen deutsches Land. Ich kann immer nur sagen: mache man das ja nicht einmal zu einer großen Probe. Das ist eben einer der Punkte, denen wir zum Beispiel zu verdanken hatte, daß uns nach Mei-

nung der Reichsstellen viele Polizeikräfte genommen werden konnten, weil wir ja schon ein wunderbar durchdeutschtes Land wären.

Diese Frage leitet nun sofort über auf die Gesamtsituation des Krieges. Bedenken Sie: ein Gebiet mit einer Handvoll Männer, von denen mir dann durch die Kommission des Generals von Unruh gerade die aktivsten Verwaltungsbeamten zur Wehrmacht abgeholt worden sind, - mit einem ganz dünnen Verwaltungschema, dem in der Wirklichkeit nichts entgegengesetzt werden kann. Nehmen wir zum Beispiel einen Kreis im Distrikt Krakau mit einer Fläche von etwa 1200 qkm, also einer Grundfläche, die noch etwas grösser ist als der Raum von Gross Berlin: dieser Kreis hat an deutschen Beamten und Angestellten einen Kreishauptmann, 3 männliche Hilfsarbeiter und etwa 10 weibliche deutsche Hilfskräfte; er hat vielleicht weiter zur Verfügung 10 volksdeutsche Sonderdienstmänner und 25 Gendarmen. Das sind alles in allem , wenn Sie hoch rechnen, 30 bis 50 deutsche Menschen, die über einen Kreis von 1200 qkm Grösse mit 200 000 Polen die Verwaltungsarbeit zu leisten haben. Wenn Sie dabei die Verkehrsverhältnisse berücksichtigen, wenn Sie bedenken, dass diese 30 bis 50 Männer und Frauen die einzige Instanz in diesem Raum sind, die verwaltungsmässig arbeitet, wenn Sie weiter berücksichtigen, dass in Tausenden von Einzelfuhren die Ernte eingebracht, das Holz abgefahren und andere vielfältige Wirtschaftsleistungen vollführt werden müssen, so können Sie ermessen, wie ungeheuer schwierig es ist, in diesem Lande verwaltungs- und staatsmässig zu arbeiten, wie es ununterbrochen eines Aufrichtens, Aufrüttelns, einer seelischen Kräftigung bedarf, damit ich diese Menschen immer wieder über alle Schwierigkeiten und kritischen Situationen hinweg halte.

14.12.1943

Von der Haltung dieser wenigen Menschen hängt es zum Beispiel ab, ob es mir gelingt, den Anforderungen der Wehrmacht auf totale Ernährung aus diesem Raum überhaupt zu entsprechen. Wenn Sie bedenken, dass die Partisanen und die Angehörigen der Widerstandsbewegung sich ausgerechnet die Teile aussuchen, die für uns die wichtigsten sind, - Herr Regierungsdirektor Albert wird Ihnen wohl erzählt haben, dass sie uns die Molkereier zerstören, dass sie es gerade auf die Erntevorräte abgesehen haben, - dann können Sie daraus ersehen, wie unendlich schwierig es ist, in diesem Gebiet überhaupt die Arbeit positiv durchzuhalten.

Ich weiss, dass die Wehrmachtführung dieses Raumes auch zu erkennen vermag, wie schwer es ist, unter diesen Umständen einigermassen die Ernährung und den Aufbau sicherzustellen. Ich sage Ihnen das nur im Hinblick auf das Verhältnis von Polen und Deutschen, weil selbstverständlich der Krieg und die Kriegführung nicht nur von uns gemacht, sondern leider auch von der Bevölkerung dieses Raumes verfolgt werde. Für mich war die glücklichste Stunde in den letzten Monaten die Wiedereroberung von Shitomir; sie war für mich und die Führung dieses Raumes von so ungeheurer Bedeutung,dass ich es gar nicht zu sagen vermag. Die Wiedereroberung von Shitomir war in einem der psychologisch schwierigsten Momente dieses Raumes - ich möchte fast sagen - die Rettung der Winterstimmung. Denn da zeigte sich, dass der Deutsche nun nicht, wie es etwa der Pole erwartete und zum grossen Teil auch befürchtete, dem Bolschewismus weiter durch Rückzug Raum gibt, sondern mit starker Hand zurückzuschlagen beginnt uns schon erfolgreich zurückgeschlagen hat.

Die einen im Lande sagten sich: Gott sei Dank, jetzt geht's mit dieser deutschen Herrschaft hier zu Ende; jetzt kommen unsere englischen und amerikanischen Freunde und befreien uns. Sie wissen, wir haben hier Pläne aufgefunden, die folgendes kühne Bild entrollen - ich spreche ganz offen, weil wir hier in einem abgeschlossenen Kreis sind - : in Jugoslawien bewegt sich ein General namens Tito, der sich eine komplette Macht aufgebaut und auch eine Regierung gebildet hat. Dieser General Tito richtet sein Augenmerk zunächst nicht auf das Generalgouvernement; denn zwischen ihm und uns liegt Ungarn. Aber die psychologische Situation ist für mich deshalb so ungünstig, weil in Ungarn die polnischen Emigranten ein Leben wie Gott in Frankreich führen: sie werden dort kulturell und erziehungsmässig gefördert und erhalten jede Unterstützung, die nur denkbar ist. Ich weiss, dass eine grosse Anzahl solcher Polen unter getarnten oder anderen Namen offiziell in der ungarischen Wehrmacht Dienst tut. Der Gedanke dieser Leute ist: man will eine Verbindung des Generals Tito über Ungarn und über Vertrauensmänner in Ungarn mit unserem Gebiet herstellen und dann soll eines Tages der Aufstand schlagartig losbrechen. Und darüber sind sich unsere Gegner auch klar, wie wenige wir hier sind, die die Führung dieses Raumes in der Hand haben, wie dünn unsere Verwaltungsschicht und wie belastet auch unsere Wehrmacht ist. Mit diesen wenigen Deutschen im Lande will man dann aufräumen.

Hier ist nun psychologisch sehr interessant festzustellen, - und ich verfolge das seit vielen Monaten aus der Entwicklung der Stimmung des grössten Teiles der polnischen Bevölkerung - , dass sich angesichts der Ereignisse im Osten eine natürliche Heilung, ich möchte fast sagen, eine antirussische, antibolschewistische Haltung erfreulicherweise anzubahnen scheint. Die Leute sagen sich eben: wenn wir schon nicht frei werden, dann ist uns die deutsche Herrschaft immer

noch lieber als die bolschewistische. Und ich entnehme aus den Erklärungen, die Vertreter der polnischen nationalen Widerstandsbewegung unseren Vertrauensmännern abgegeben haben, dass sie Verbindung mit uns suchen. Jetzt werden wir in Grossaufmachung wieder auf den Fall Katyn zurückkommen und werden auch die 600 polnischen Überläufer aus der sowjetrussichen Hilfsdivision für Zwecke der Propaganda in der Bevölkerung einsetzen.

Es ist also klar, dass sich heute angesichts dieser Situation das polnische Stimmungspendel hin und her bewegt: dort unten Tito, hinter dem England und Amerika stehen, drüben im Osten die sowjetrussische Front und hier im Lande die deutsche Führung und die deutsche Wehrmacht - ein Prozent der Gesamtbevölkerung! Dazu kommt die die Polen sehr aufrichtende Beobachtung der Bombenüberfälle auf unsere deutschen Städte. Sie stellen - man möchte fast sagen - mit wahrhafter Freude fest, wie sehr es den Feinden gelingt, diese Terrorangriffe durchzuführen, und sie sagen: das ist das Gottesgericht über Deutschland, wie werden doch wieder frei. Die Autorität dieses alliierten Kampfbereiches ist also in den letzten Monaten ausserordentlich gestiegen.

Wenn man darauf das Fazit zieht und in das für uns recht undurchsichtige Gewebe Südosteuropas blickt, wenn man nach Rumänien, Ungarn usw. schaut, dann darf man wohl mit Recht sagen: im Generalgouvernement muss das politische Steuer in der Richtung gehalten werden, dass um keinen Preis die geringste Schwächung der deutschen Autorität hier eintreten darf. Deshalb habe ich mich auch zu den bekannten ganz scharfen Exekutivmassnahmen entschlossen, und ich darf Sie bitten, dafür auch Verständnis aufzubringen. Wenn wir für einen ermordeten Deutschen 10 oder 20 Polen, die im legalen Verfahren als Widerstandsprofessor festgestellt worden sind, am Tatort erschiessen lassen, so darf

uns das nicht weiter bewegen. Das muss sein; denn wenn wir nicht durchgreifen, dann wird der Mord an unseren Deutschen, ganz gleich, welche Uniform sie tragen, sich sofort im Lande breit machen.

Der Weltanschauungskampf, der über diesen Dingen liegt, ist Ihnen zu sehr bekannt, als dass ich es noch unternehmen möchte, mit Ihnen darüber zu sprechen. Über all das sind Sie so sehr im Bilde, dass es überflüssig ist, in diesem Kreise ausgeprägter nationalsozialistischer Offiziere über Nationalsozialismus zu sprechen. Ich will nur auf eines hinweisen: im Rahmen unserer Gegner herrschen die grössten weltanschaulichen Spannungen, die man sich überhaupt nur denken kann. Sie wissen so gut wie ich, dass gefangene englische Offiziere immer sagen: was wollt Ihr von den Italienern? Unsere Amerikaner sind eben Amerikaner. Und in einem Dokument, das ein deutscher Offizier nach der Vernehmung eines englischen Offiziers aufgenommen hat, heisst es: der englische Offizier gibt den Ausspruch eines amerikanischen Offiziers wider, der gesagt hat: Wozu fahren wir über den Ozean? - Um für Europa zu sterben? - Nein! Und er meinte: schauen Sie, wieviel bequemer haben Sie es mit den Itanienern gehabt. Ich glaube, dass daraus zur Genüge die innere Gespanntheit der Lage unserer Feinde hervorgeht, das was wir den Umbruch der Situation im Geistig-Seelischen nennen. Eines Tages wird man eben auf Seiten der Feinde erkennen, dass ein Volk, das leben und siegen will, nicht gemordet werden kann. Und diese Ansicht wird stärker und deutlicher werden als die Führungskünste unserer Gegner in ihren eigenen Völkern.

In England ist die Kriegmüdigkeit ungeheuer im Wachsen. Die Enttäuschung über das Italien-Abenteuer und über das Verhalten der Amerikaner ist gewaltig. Es sind also alle Anzeichen vorhanden, die uns den Sieg riechen lassen. Er wird dann vor allem der Durch-

setzung der nationalsozialistischen Bewegung zu danken sein.

Ich weiss, welche Kritik unsere Bewegung findet. Ich gehöre viel zu lange dieser Bewegung an und bin ihr persönlich viel zu sehr verschworen als dass ich vor Ihnen in diesem Kreise davon nicht sprechen wollte. Ich weiss aber auch, dass in Ihrem Kreis das grösste Verständnis für unsere Bewegung vorhanden ist. Die Meinung, dass die Bewegung eine Organisation der Gewalt, der Unterdrückung wäre, die sich unter allen Umständen breit macht, die einen antikonfessionellen Kampf entfesselt hat, die scharf antibürgerlich, antitraditionell ist usw. , - alle diese Meinungen sind ja absolut hinfällig. Ich möchte einmal eine Gegenfrage stellen: Stellen Sie sich einmal die gegenwärtige weltgeschichtliche Situation des deutschen Volkes vor, wenn Adolf Hitler und seine Bewegung nicht nach Deutschland gekommen wären, - wie wäre es möglich gewesen, dass dieses deutsche Volk den ohnedies drohenden letzten Vernichtungskrieg bestanden hätte? Überhaupt nicht! Es hätte weder wieder eine deutsche Wehrmacht, noch deutsche Soldaten, deutsche Kraft gegeben, wenn nicht Adolf Hitler mit seiner Bewegung gekommen wäre. Und wenn man da und dort sagt: es ist eine Last, was die Partei alles verlangt, - so muss ich demgegenüber fragen: wer ist es denn, der heute das Volk in den Städten umsorgt und ihm Hilfe bringt, wenn es unter den Bombentrümmern verschüttet liegt? Es ist die Bewegung. Wer trägt den Einheitsgedanken des Sieges, des Opfers, der gemeinsamen Kameradschaft in das Volk? Es ist unsere Bewegung. Nennen Sie das wie Sie wollen. Wenn wir, gerade unsere Bewegung nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei genannt haben, so hängt das mit dem genialen Einfall Adolf Hitlers zusammen. Der Sache nach aber ist einfach die Schicksalsform, die sich unser Volk geben musste, wenn es

diesen Krieg innenpolitisch bestehen will. In jedem Fall könnte nämlich nur eine Spitze über Wehrmacht, über Innenpolitik, über Kriegsgeschehen und Heimatgeschehen stehen.

Lesen Sie einmal nach, was Ludendorff, dieser grösste Stratege des Weltkrieges, in seinem Werk über "Politik und Kriegführung" schreibt. Aus seiner Erkenntnis heraus bezeichnet er als das, was uns 1918 dem Untergang entgegen getrieben hat, den Mangel einer Kombination von politischer Führung und Kriegsführung, den Mangel einer einheitlichen Willensbildung der Nation und vor allem die Unmöglichkeit, das deutsche Volk auf eine nationale Widerstandsformel zu bringen. Was dieser Feldherr damals im deutschen Volke vermisst hat, das gibt heute die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei: sie sichert in ihrem Führer den obersten Gestalter des Kriegsgeschehens, sie sichert in ihrer Organisation die totale einheitliche Haltung der Willensbildung unseres Volkes, sie sichert aber auch in ihrer Willens- und Grundhaltung den stolzesten Charakter der Betrachtung dieses Kriegsgeschehens in weltgeschichtlichem Rahmen.

Wir wissen, warum man die Partei und den Führer in der ganzen Welt mit einem so fanatischen Hass verfolgt: nur deshalb, weil vom Nationalsozialismus aus alles das wieder erstand, was gross und mächtig und stark ist. Der Nationalsozialismus wurde von Frontsoldaten begründet, er kam in seiner Methode der politischen Anschauung aus dem soldatischen Erleben und hat in den Charakterzügen seines inneren Erlebens auch das Soldatische gewährleistet.

Wenn wir alle nun auf dem Sondergebiet des Generalgouvernements zusammengeschweisst zu einer grossen Aufgabe zusammenstehen, dann muss es unser

14.12.1943

Stolz sein, dass wir uns als Nationalsozialisten zur Wehrmacht bekennen und die Wehrmacht zur NSDAP sich bekennt. Unsere einzige Aufgabe in diesem Raum ist es, der Wehrmacht bei der Erkämpfung des Sieges zu helfen.

Ich brauche in dieser Stunde nicht mehr zu sagen, und über alles andere brauchen wir uns nicht mehr auszusprechen. Eins aber klingt in diesem Augenblick in unserer Seele: wenn dieser Krieg verloren würde, dann wäre das deutsche Schicksal für alle Zukunft verloren. Dass es trotzdem möglich ist, auch unter den schwersten Schlägen, die uns die Feinde noch versetzen werden, den Geist der Front und den Geist der Heimat zu halten, das verdanken wir unserem gemeinsamen Vorbild, das verdanken wir Adolf Hitler.

(anhaltender lebhafter Beifall)

Generalmajor R i e s c h dankt dem Herrn Generalgouverneur für die Worte, die er zum Abschluss des Lehrganges an die Offiziere der Luftwaffe gerichtet hat.

18^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

19^{00} Der Herr Generalgouverneur besucht die Aufführung der Märchenoper " Das Christelflein " im Staatstheater.

21^{20} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf

(Übernachtung in Haus Kressendorf).

Mittwoch, den 15.12.1943.

18^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

19^{00} Der Herr Generalgouverneur besucht die Buchhandlung Fritzsche.

19^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Institut für Deutsche Ostarbeit.

Vortrag des Professors Dr. Heissenberg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

IV/Ne Donnerstag, den 16. Dezember 1943

10 40 Regierungssitzung im Königssaal der Burg.
(Protokoll s. Beiakten)

14 00 Mittagessen im neuen Speisesaal.

Im Verlaufe des Essens ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Meine Herren, ich habe heute, wie in jedem Jahr, unseren Dienst beendet. Die meisten von uns werden sich erst im neuen Jahr wieder sehen. Ich habe daher den herzlichen Wunsch, Ihnen meinen aufrichtigen Dank für die treue und aufopferungsvolle Arbeit zu sagen, die Sie im vergangenen Jahre zu Nutz und Frommen des Führers und des Reiches und zur Steigerung der Leistung des Generalgouvernements vollführt haben. Wir sind im Laufe der vergangenen vier Jahre dienstlich und kameradschaftlich zu einer geschlossenen Elite deutscher Verwaltungsführung im Osten zusammengewachsen. Ich bin glücklich, an Ihre Spitze gestellt worden zu sein. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien von ganzem Herzen ein gesegnetes Weihnachtsfest, und meine besten Wünsche begleiten Sie für das neue Jahr. Ich trinke auf Ihr Wohl, meine Herren.

Staatssekretär Dr. B ü h l e r erwidert mit folgenden Worten:

Herr Generalgouverneur! Es ist für mich eine stolze Freude, Ihnen am Ende der Regierungssitzung den Dank Ihrer Gefolgschaft für das einzigartige Vertrauen auszusprechen, das Sie

in den letzten vier Jahren und besonders im vergangenen Jahre unserer Arbeit geschenkt haben. Dieses Vertrauen hat es Jedem von uns ermöglicht, entsprechend seiner Art seine Energien und Kräfte zu entwickeln und sie in den Dienst der Sache des Generalgouvernements, damit zugleich des Reiches zu stellen. Wir sind stolz, in den vergangenen Jahren Ihre Gefolgsmänner gewesen zu sein. Wenn ich durch das Tor des neuen Jahres in das vor uns liegende Jahr 1944 hinüberblicke, so darf ich sagen: Uns alle beseelt der Wunsch, dass auch in diesem neuen Jahre das Schicksal Ihre Arbeit segnen möge, auf dass sie erfolgreich sein möge für Sie und damit für Führer und Reich. Meine Herren ich bitte Sie, Ihr Glas zu erheben und auf das Wohl des Herrn Generalgouverneurs zu trinken

18^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Führerheim der SA in der Welfenstrasse.

18^{10} Führertagung der SA Generalgouvernement.

Nach Eröffnung der Tagung erstattet SA-Oberführer Pelz einen eingehenden Bericht über Aufbau und Entwicklung der SA im Generalgouvernement.

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das Wort zu folgender Ansprache:

16.12.1943

Lieber Parteigenosse Pelz!
Meine Kameraden!

Als ich vor 2 1/2 Jahren den Auftrag zur Aufstellung der SA gab, leitete mich eine Überlegung, die mich heute nachdrücklicher denn je erfüllt. Es war mein Bestreben, dass trotz des ansteigenden Bedarfs des Krieges, der immer mehr Männer aus den Reihen auch der Partei wegholt, dass trotz dieser Entwicklung dafür gesorgt werde, dass eine eiserne Reserve an absolut unerschütterlichen Nationalsozialisten unter allen Umständen auch im Generalgouvernement vorhanden ist. Es ist ganz klar, dass diese eiserne Reserve ausgeprägten nationalsozialistischen Kämpfertums nur die SA sein kann. Die SS, die aufgrund ihrer weltanschaulichen Präzision ja eigentlich besonders dafür in Erscheinung treten könnte, ist angesichts der Entwicklung viel zu sehr mit den Aufgaben gleicher Art im Staate beschäftigt und hat bei der engsten Verbindung mit den polizeilichen Aufgaben und den Aufgaben der Sicherheit im allgemeinen ein so weites Betätigungsfeld im nationalsozialistischen Reiche erhalten, dass sie sich in zunehmendem Masse aus der eigentlichen Parteiarbeit zurückziehen musste. Die SA indessen ist die bis heute unverändert das gleiche Kampfgewand wie früher tragende, die gleiche kämpderische Gesinnung des ältesten Parteikorps repräsentierende, selbstlose und ausschliesslich freiwillige Kampfestruppe des Führers geblieben.

Meine Parteigenossen, in diesem Kreise bedarf es keines Hinweises darauf, dass die Entwicklung der 2 1/2 Jahre diesen Überlegungen völlig Recht gegeben hat. Wenn Sie sich vorstellen, wieviele Männer wir bis jetzt an die Wehrmacht abgegeben haben, um wieviel der Ersatz dünner und schwächlicher wird, den wir noch an Männern für die allgemeinen Belange der Diensterfüllung aus der Heimat bekommen, so werden Sie ermessen, wie wichtig

es ist, dass wir diese tausende von Menschen in einer eiheitlichen Marschrichtung, in einer bedingungslosen Härte zusammengefügt als Kernstück der Bewegung in diesem Raum halten.

Es ist daher für mich eine glückliche und wirklich schöne Stunde, lieber Parteigenosse Pelz, in der ich Ihren Bericht entgegen nehmen kann. Sie haben als erster in wirklich vorbildlicher Arbeit diesen Aufbau mit Ihren Männern durchgeführt. Selbst in meinen kühnsten Erwartungen hätte ich es nicht für möglich gehalten, unter diesen unsagbaren Schwierigkeiten ein so schönes SA-Arbeitsgebiet aufzubauen, wie das nunmehr im Generalgouvernement gelungen ist. Wie immer in der Welt, ist auch hier entscheidend gewesen, dass Sie, Parteigenosse Pelz, mit Ihrer absuluten Klarheit und mit der Fähigkeit gearbeitet haben, die Dinge so zu sehen, wie sie sind. Rücksichtslos immer zur Wahrheit stehend, den Dingen nachstürmend, die Wirklichkeit erkennend und dann Entschlüsse fassend haben Sie hier eine ganz ungewöhnlich schöne Arbeit geleistet. Welche Anerkennung diese Arbeit gefunden hat, das sehen Sie an der Mithilfe der Obersten SA-Führung bei diesem Aufbau. Ich muss daher auch dem Stabschef der SA, der uns hoffentlich bald besuchen wird, meinen Dank dafür sagen, was zur Unterstützung dieses unseres Aufbaues von der Obersten SA-Führung geleistet würde. Ich möchte aber auch Euch, Kameraden, die Ihr um den Tisch versammelt seid, und allen SA-Führern dieses Raumes meinen Dank für diese hervorragende Arbeit aussprechen. Die SA des Generalgouvernements steht nicht nur, sondern sie marschiert.

16.12.1943

Die Nöte türmen sich. Wenn wir heute in die Welt schauen und mit der nüchternsten Erkenntnis der Wirklichkeit die Kriegslage betrachten, so ist wohl das Wort des Führers absolut kennzeichnend, dass wir in dem furchtbarsten und restlos über unser gesamtes Dasein entscheidenden Kampf unserer deutschen Geschichte stehen.

Es geht nunmehr in ein neues Jahr. Dieses neue Jahr wird an Schwierigkeiten ein gehäuftes Mass bringen. Es wird ungeheure Probleme aufwerfen und an Jeden von uns, ganz gleich, wo er im Grossdeutschen Machtbereich steht, die grössten Anforderungen gestellt. Ich sehe für unseren Raum vor allem eine grosse Erschwerung des gesamten Arbeitens durch das Hereinströmen notwendigerweise zurückverlegter Wehrmachtverbände. Ich sehe sie in der völligen Erschöpfung mancher Rohstoffbereiche in diesem Raum, die durch Nachschub aus dem Reich wettgemacht werden muss, und in einer Steigerung der Ansprüche in diesem Raum, die wieder hervorgerufen wird durch die durch die Bombenwürfe bedingte Reduzierung der industriellen Potenz in manchen Zentren Deutschlands. Ich sehe Sie auch etwas in der Erschöpfung der Arbeitskraft in den einzelnen Bereichen und ferner in der Tatsache, dass wieder im kommenden Jahre, eine grosse Anzahl von Männern zur Wehrmacht einrücken wird, die bisher frei waren.

Wenn ich Ihnen somit dieses Bild ganz offen und unverhüllt in seiner Schwere zeige, so brauche ich auf die Einzelheiten der gegnerischen Propaganda, auf die im kommenden Jahre zu erwartenden Bombenangriffe auf unsere Städte usw. nicht besonders hinzuweisen. Aber alle diese Schwierigkeiten sind trotz ihres grossen Ausmasses nichts gegenüber der Grösse des deutschen Mutes und der deutschen Kraft. Wenn das Schicksal auch schwer ist, das wir zu

16.12.1943

bestehen haben, dann i-st der deutsche Mut noch grösser. Die Haltung des deutschen Volkes, wie sie sich in diesen Monaten zeigt, ist die grandioseste Bestätigung der Lehre Adolf Hitlers, die besagt, dass es auf den Kern und nicht auf den Schein ankommt, dass es nicht auf Stand, Rang, Titel, Würden, Abstammung und derartiges ankommt, sondern darauf, ob sich in einer gegebenen Lage ein ganz bestimmter Mann und eine ganz bestimmte Frau so benehmen, dass mit ihrem Verhalten Deutschland gedient ist. Das allein ist massgeblich; ein anderes Ziel, eine andere Leistungserprobung gibt es nicht mehr. Es ist vollkommen abwegig, vom Schutz des Eigentums, vom Schutz des Lebens, von der Sicherung von Werten, ja selbst von Kulturstätten und dergleichen zu reden. Dies alles tritt jetzt hinter der Frage zurück, wie das Leben unseres Volkes als freier Grossmacht sichergestellt werden kann. Man lebt nicht anders, als von den natürlichen Voraussetzungen, dass man im Freien atmen kann, dass man stark und gesund ist, um sich zu verteidigen.

Und dies ist die Linie der SA. Sie ist in ganz ausgeprägtem Masse die Brücke zwischen Volk und Partei. Was durch die nationalsozialistische Volkswohlfahrt in einem, sagen wir einmal, allgemeinen unmilitärischen, ungeördneten freien Rahmen unausgesetzt und humanitärer Erfüllung von Gemeinschaftsaufgaben geschieht, stellt zwar auch eine der Brücken dar, die die Partei mit dem Volk heute fester denn je verbindet; die SA aber ist die volkstümliche Truppe der Bewegung geblieben.

16.12.1943

Die SA hat das eine für sich, dass sie niemals etwas für sich wollte. Die SA hat, seitdem sie völlig wieder gesundet ist, niemals etwas für sich gewollt. In der SA war niemals ein Hinneigen nach staatlichen Würden, Rängen oder Titeln spürbar. Niemals hat die SA einen Anteil an der öffentlichen Gewalt beansprucht. Die SA hat sich klar und sauber auf dem Boden der Partei bewegt, und darin liegt heute ihre wachsende Stärke.

Ich bin stolz darauf, dass sich gerade die SA hier in dieser schönen Weise entwickelt hat, und sie wird sich weiter entwickeln. Das heutige Zusammensein ist ein neuer Markstein in diser Entwicklung. Die SA wird in Zukunft noch mehr, noch intensiver und mit noch mehr Kraft und Freude die ihr gestellten Aufgaben erfüllen.

Die Aufgabe, die der SA in einem völlig fremden Raum gestellt ist, in welchem knapp 1% der Gesamtbevölkerung deutsch ist, ist naturgemäss deshalb besonders schwierig, weil für diesen Raum nichts gilt, was wir aus dem Reich gelernt haben, und weil wir uns völlig umstellen müssen. Es ist ein völlig Anderes, ob man eine Provinz des Grossdeutschen Reiches inmitten des deutschen Volkslebens führt oder ob man in einem völlig fremdvölkischen Raum mit einer Hand voll Deutscher die deutsche Macht zu repräsentieren hat. Es ist ein grosser Unterschied, ob ich als Gauleiter im Rahmen des deutschen Volkes# lebe~~s~~ odef als Generalgouverneur auf einer Burg sitze und die Macht und Pracht des Reiches in einem fremden Volksraum zu vertreten habe. Daher

16.12.1943

Daher ist für uns auch all das, was da und dort immer wieder an Parallen zum Reich erwähnt wird, nicht anwendbar. Anwendbar ist es nur für eine ganz klare Gruppe, nämlich bei der SA; denn die SA hat es nicht mit diesen Schwierigkeiten, mit diesen politischen und sonstigen Hintergründen der Führung eines widerspenstigen fremden Volkstums zu tun, sondern sie hat sich hier ihre festen Wurzeln im Deutschtum erhalten. Diese Wurzeln wird sie weiter pflegen. Ihre Lebensart, ihre Kampfmethode und auch ihre ganze politische Anschauung in diesem Raum ist von der Umgebung völlig unberührt. Das ist ja das Grossartige an der SA diesss Raumes, dass sie allein von sich sagen kann: ob im Reich, oder im Generalgouvernement - die SA ist dasselbe. Schon bei der Regierung kann ich das nicht sagen. Es ist ein Unterschied, ob ich über 14 Mill. Polen oder über 30 Mill. Deutsche regiere. Schon im Hinblick auf die Währung, die Wirtschaft, die allgemeine Politik, ebenso wie hinsichtlich des Auftretens und Repräsentierens kann ich das nicht mehr sagen. Hier ist eben notwendigerweise alles anders als im Reich.Bei der SA dagegen ist es das gleiche. Sie werden jetzt auch ermessen können, welches Gewicht ich gerade deshalb auf die SA lege. In der SA haben wir die Möglichkeit, so zu leben, uns so zu verhalten und uns so zu geben, wie das eigentlich Jeder von uns tun würde, wenn wir in der Heimat wären. Hier brauche ich auf irgendwelche übergeordneten hochpolitischen Gesichtspunkte keine Rücksicht zu nehmen. Hier kann ich wirklich als SA-Kamerad mit meinen SA-Kameraden im Rahmen der SA das Völkische so pflegen, wie ich das im politischen Dasein des Raumes leider nicht kann, wo ich zahllose Rücksichten zu nehmen habe und ununterbrochen

16.12.1943

wie ein Raubtierbändiger im Raubtierkäfig die Peitsche in der Hand halten muss, um die Banditen im Zaum zu halten. Das ist ein Gesichtspunkt, den ein Gauleiter im Reich niemals zu berücksichtigen braucht.

Ich lege also auf die SA das grösste Gewicht. Sie ist die Sturmgarde des kämpfenden Deutschtums in diesem Raum. Das kann garnicht oft genug gesagt werden. Ich werde alle ihre Wünsche, wenn sie irgendwie erfüllbar sind, zu erfüllen versuchen. Die SA muss das Vorbild des blinden Glaubens an den Weltsieg unserer Bewegung sein. Die SA ist nicht nur eine nebenher marschierende, traditionell sich fortentwickelnde Einrichtung von früher wie die anderen Einrichtungen, die wir hier auch haben, sondern sie ist die monumentale Basis, von der aus man erkennen soll, wie ein Parteigenosse unter Parteigenossen zu sein hat. Sie ist die Hohe Schule der Bewegung, die nichts für sich will, sondern alles nur für das Volk und für die Bewegung tut.

Und daher müssen Sie auch vorbildliche Kameraden sein. Diesen ganzen Dünkelkram, der sich immer wieder im politischen Leben einnistet, dieses ganze Intrigieren, auch den Papiermist, der sich da und dort im politischen Leben breit macht, darf es hier nicht geben. Hier geht es nur noch um den Mann, wie in der ersten kleinsten Sturmkolonne der Bewegung. Es muss auch in diesem Land noch eine Heimstätte geben, wo der gleiche Ton wie in der ersten Kampfzeit herrscht, als man auch nicht nach Stellung und Stand fragte, sondern sagte:

16.12.1943

ich pfeife darauf, mir geht's um die Bewegung und um sonst nichts, und wenn ich falle, dann werden meine Kameraden vom SA-Sturm weiter marschieren.

Wir können sagen, dass die SA ihre revolutionäre Mission nicht mit einer Umformung des Staates - denn ihn haben wir ja längst umgeformt -, sondern ~~aber~~ der viel wichtigeren Umformung des deutschen Menschen zu vollziehen hat, die man nicht mit Sprüchen und nicht mit nationalen Phrasen erreicht, sondern mit der Durchsetzung der positiven Erziehungsfaktoren der Gemeinschaft.

Meine Kameraden, Sie haben nun dieses wertvolle Menschenmaterial unserer Volksdeutschen, diese braven Menschen, die uns überall erwarten. Da müssen Sie nun auch den Mut und die Intensität aufbringen, sich als SA-Männer in die oberste Zone des fanatischen und reinen Nationalsozialismus zu bewegen. Es gibt keine andere Uniform der Bewegung, die führenden Rang hätte, als die des SA-Mannes. Wir sind kein Teil der Bewegung, sondern die Bewegung schlechthin. Von uns ging sie aus. In uns marschiert sie. Unsere Fahne ist es. 1923 war es das SA-Regiment München, mit dem wir marschierten. Vielleicht kommt einmal die Stunde, in der ich gerade an die SA den Appell richten werde, die Bewegung von diesem mistigen Intrigantentum reinzuhalten, das sich da und dort einnisten will. Der anständige Mensch muss seinen Schutz in der SA finden, und ich muss mich auf Euch in jeder

16.12.1943

Stunde verlassen können, zu der der Führer uns braucht.

Schwere Dinge kommen über uns. Eine ernste Zeit steht auf. Die Duckmäuser gehen durch das Land. Die Witzbolde schleichen herum; die Giftgeiferer sammeln sich. Die Neidlinge treiben ihr Wesen. Es ist eine böse Zeit; aber es ist auch eine herrliche Zeit, wenn wir nur ihre Herrlichkeit verstehen und sie in uns tragen. Nehmen wir uns immer ein Beispiel an denen, die heute, weil sie die Ärmsten sind, gleichwohl die Reichsten geworden sind, nämlich unsere völlig ausgebombten Partei-und Volksgenossen, denen nichts mehr geblieben ist, als die Hoffnung auf Deutschland.

Die SA ist die grosse Volksbewegung Adolf Hitlers. Von ihr wird die Partei gehalten, und sie hält mit der Partei auch das Beste im Charakterbild des Nationalsozialisten als Typ fest. Wir sind daher schon entschlossen, diesen Weg so hoch, so gross und so feierlich, wie nur möglich, anzusehen. Wir sind stolz darauf, dass uns der Führer diese Aufgabe gestellt hat.

Ich glaube, dass wir somit auch im Sinne unseres neuen Stabschefs Schepmann arbeiten, der gerade den Gedanken immer wieder in den Vordergrund zu stellen hat, dass nicht das Vorreden, sondern nur das Vorbild hilft und entscheidend ist. Daher ist es auch an der Zeit, dass sich die SA auf ihre Stärke besinnt, dass sie nicht nur eine geduldete Nebenrolle spielt, sondern sich darüber klar ist, dass von ihr jetzt das lebendigste Leben der Partei abhängt.

16.12.1943

Parteigenosse Pelz, Sie wissen, dass Sie mit allen Ihren Kameraden mein volles Vertrauen haben. Ich danke Ihnen. Ich weiss, dass ich weitere Worte Ihnen nicht zu sagen brauche. Die SA ist und bleibt die treueste Kampftruppe des Führers und der Bewegung. Sie ist stolz darauf, dass sie sich diesen Titel immer wieder verdienen darf. Was die SA hier an praktischer Volkstumsarbeit bereits geleistet hat, gehört der Geschichte an. Hier ist sie zum ersten Mal in einen neuen Raum mit neuen Methoden und Aufgaben eingesetzt, die aber ≠ gerade deshalb gelöst worden sind, weil die SA hier das Gleiche ist, was sie in der Kampfzeit im Reich war.

20^{00} Abendessen, an dem die Angehörigen des Führungsstabes der SA des Generalgouvernements teilnahmen.

T/We

Freitag, den 17.12.1943

11[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt die Mitglieder des neu gebildeten polnischen Hauptausschusses.

Anwesend sind:

Staatssekretär Dr. B ü h l e r ,

Staatssekretär für das Sicherheitswesen
SS-Obergruppenführer K o p p e ,

Staatssekretär Dr. B o e p p l e ,

Befehlshaber der Sicherheitspolizei
SS-Oberführer B i e r k a m p ,

Pressechef G a s s n e r ,

Oberlandesverwaltungsrat W e i r auc h ,

Bürgermeister T ü r k ,

Hauptschriftleiter F e n s k e ,

Der Präsident des polnischen Hauptausschusses T s z o r n i c k i gibt zunächst namens des polnischen Hauptausschusses folgende Erklärung ab:

W/We

Freitag, den 17.12.1943

11[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt die Mitglieder des neu gebildeten polnischen Hauptausschusses.

Anwesend sind:

Staatssekretär Dr. B ü h l e r ,

Staatssekretär für das Sicherheitswesen
SS-Obergruppenführer K o p p e ,

Staatssekretär Dr. B o e p p l e ,

Befehlshaber der Sicherheitspolizei
SS-Oberführer B i e r k a m p ,

Pressechef G a s s n e r ,

Oberlandesverwaltungsrat W e i r auc h ,

Bürgermeister T ü r k ,

Hauptschriftleiter F e n s k e ,

Der Präsident des polnischen Hauptausschusses T s z o r n i c k i gibt zunächst namens des polnischen Hauptausschusses folgende Erklärung ab:

17.12.1943

Im Augenblick, in dem der Polnische Hauptausschuß auf Ew. Exzellenz Geheiß in neuem Personenbestand vor Ihnen erscheint, um sich vorzustellen, erachte ich es als meine Pflicht, Ew. Exzellenz zu versichern, daß der Polnische Hauptausschuß unter meiner Leitung jene geraden Wege verfolgen wird, die ihm von allem Anfang an durch die grundsätzliche Idee seines Bestehens gewiesen sind, - daß er nämlich alle seine Kräfte und seine gesamte Tätigkeit dem Ziele widmen wird, womöglich jeglicher Not unserer armen, durch die Kriegsgeschehnisse, welche ja in geringerem oder höherem Maße niemanden verschonen, aus ihrem normalen Dasein geworfenen Volksgenossen abzuhelfen. Diesen, oft der elementarsten Existenzmittel entbehrenden und durch mannigfache Nöte bedrängten Menschen wollen wir zu Hilfe eilen. Und der wissenschaftlichen Definition eingedenk, daß Politik die Kunst ist, Ereignisse vorauszusehen und die beabsichtigten Ziele durch zweckmäßige Mittel zu erreichen, werden wir die mit den wesentlichen Grundsätzen unserer Institution einzig verträgliche und daher unserer Tätigkeit zugängliche Politik betreiben, das heißt, die soziale Wohlfahrtspolitik, eine Betätigung also, die nicht nur die Behebung und Linderung bereits erlittenen menschlichen Unglücks verfolgt, sondern auch seinem Entstehen vorzubeugen sucht, damit diese Menschen nicht der aus allgemein sozialen Rücksichten so unerwünschten Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung anheim fallen.

Das ist das Ziel, welches allen unseren Bestrebungen vorschweben wird, und ich meine, daß in ihm tatsächlich der ganze, wesentliche moralische Inhalt

des Polnischen Hauptausschusses begriffen ist. Dieses Ziel werde ich denn auch mit allen uns verfügbaren Mitteln anstreben, ohne daran zu zweifeln, daß ich in jedem schwierigeren Falle auf die wohlwollende Unterstützung der Ew. Exzellenz maßgebenden Führung unterstellten Dienststellen rechnen darf, welche Dienststellen uns die Verwirklichung unseres sozialen Werks ermöglicht und in verständnisvoller Erkenntnis seiner Tragweite ihm, auch in kritischen Momenten des Bestehens unserer Institution, ihre vielgestaltige Hilfe nicht vorenthalten haben.

Unsere Aufgaben sind gewaltig und nehmen alle unsere Kräfte in Anspruch. Die Anregung zum Kraftaufgebot schöpft jeder von uns immerwährend sowohl aus dem Verständnis der Wichtigkeit übernommener Pflichten als auch aus seinem Sinn für soziale Verantwortlichkeit, dem Gefühle völkischer Gemeinsamkeit und den Geboten christlicher Weltanschauung.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich betonen, daß unser Werk nicht nur im Einklang mit den Absichten steht und stehen wird, denen es sein Entstehen zu verdanken hat, sondern auch in seinem Wesen und in seiner ganzen Fülle jene Kultur zum Ausdruck bringt, die unser Volk seit fast tausend Jahren durchdringt: die christliche und abendländische Kultur, welche im Laufe der Jahrhunderte in Gemeinschaft mit anderen Völkern auch unser Leben und Wirken beherrschte. Deshalb ist uns alles das fremd, was mit diesen Prinzipien nicht im Einklang steht, dieselben vernichtet oder sie mißachtet. Wir zweifeln nicht, daß unsere auf solchen Fundamenten gegründete Tatigkeit bei Ew. Exzellenz Verständnis und Beistand finden wird.

17.12.1943

Wir wollen heute, in diesen für unsere Volksgenossen so tragischen Tagen Ew. Exzellenz keine konkreten Wünsche unterbreiten. Wir können jedoch nicht umhin, Folgendes zu betonen. Wir leben im fünften Jahre des Krieges, und infolgedessen nimmt die Verarmung unserer Bevölkerung immer mehr zu. Immer weitere Kreise derselben benötigen Hilfe; es mehren sich ihre Bedürfnisse, es wachsen ihre Leiden. Dies erfordert unsererseits eine Steigerung unserer Anstrengungen sowie auch eine immer intensivere Beistandsleistung seitens der Behörden, welche, wie wir erhoffen, auf Anordnung Ew. Exzellenz unsere Wünsche wohlwollend behandeln werden.

Deshalb bitten wie Sie, Exzellenz, uns wie bisher - was uns zu Dank verpflichtet - auch weiterhin Ihre maßgebende Unterstützung angedeihen lassen zu wollen.

Abschließend kann ich Ew. Exzellenz in meinem und des ganzen Hauptausschusses Namen versichern, daß Ew. Exzellenz auf unsere stete Bereitschaft zur Höchstleistung im Rahmen unserer Aufgaben rechnen können, in der Erfüllung unserer erhabenen Pflicht allen unseren fürsorgebedürftigen Volksgenossen wirksamste Hilfe zu bringen, ihre Leiden zu lindern und, soweit wir es vermögen, jeglicher Not derselben abzuhelfen.

--

17.12.1943

{Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten:

Ich möchte Ihnen, Herr Präsident, und allen Ihren Mitarbeitern dafür danken, dass Sie sich dieser schweren Aufgabe unterziehen wollen, die Agenda des polnischen Hauptausschusses des Generalgouvernements zu übernehmen.

Sie haben ganz richtig die Aufgaben umschrieben, die dieser Hauptausschuss hat, Aufgaben, deren Zweck ich umso weniger verkenne, als die Not des fünften Kriegsjahres nicht nur auf dem polnischen Volke, sondern ebenso sehr auch auf dem deutschen Volke liegt, eine Not, die sehr weitreichend und tiefgreifend ist und für die ich Verständnis habe, die aber in ihren Ausmassen an die Not anderer kriegführender Völker nicht im entferntesten heranreicht.

In einem Augenblick, in dem die blühenden Städte Deutschlands in Wüsteneien verwandelt werden und hunderttausende von Deutschen mit nichts als dem nackten Leben ihre angestammten Wohnstätten verlassen müssen, in diesem Augenblick werden Sie verstehen können, dass die grosse Pflicht, die wir alle haben, in diesem Krieg den Sieg Europas über die Kulturzerstörer zu erfechten, uns als höchste Aufgabe voranleuchten muss.}

[Seit ich hier im Lande bin, habe ich mich bemüht, die Linie der Ordnung und der Gesetzlichkeit so einzuhalten, wie das meiner persönlichen Anschauung, wie das dem wohlverstandenen Interesse der mir obliegenden Aufgaben, wie es aber auch schliesslich und endlich dem Interesse der Bevölkerung dieses Raumes allein entspricht. Die deutsche Führung dieses Raumes ist eine historisch gegebene Tatsache, die keineswegs bedeutet, dass das polnische Volkstum irgendwie ausgerottet,

germanisiert oder seiner kulturellen Eigenwerte irgendwie beraubt werden soll.

Meine Herren, Sie haben die Möglichkeit, im polnischen Volkstum den von Ihnen so betonten christlichen Empfindungen Ihres Volkes zu entsprechen. Ich kann ruhig sagen, dass ich mich in die inneren kirchlichen Belange Ihres Volkstums ebenso wenig eingemischt habe,wie in die allgemein bürgerlich-rechtliche Zone: Ihre Gerichte sprechen in polnischer Sprache und in Anwendung polnischer Gesetze Recht. Sie haben die Möglichkeit, Ihre Kinder in die Schule zu schicken, ~~wo sie zu schicken~~, wo sie zu tüchtigen Facharbeitern und Facharbeiterinnen erzogen werden. Ihre Bauern und Arbeiter können sich ihre Existenz sichern, indem sie treu und brav entsprechend der ihnen aufgegebenen Arbeit ihre Pflicht erfüllen. Ich muss gestehen, dass ich glücklich wäre, könnte ich ein ähnliches Bild von trotz des 5. Kriegsjahres vorhandener Lebens-, Wirkens-und Verdienstmöglichkeit von meinem eigenen Volke geben.

Dazu kommt, dass auf dem deutschen Volke die ungeheure Last des Kampfes gegen den Bolschewismus liegt. Es gibt keine Familie in ganz Deutschland mehr, die nicht mindestens einen Gefallenen in diesem entsetzlichen Kampf zu beklagen hätte. Heute ist das Schwert Europas in die Hände des deutschen Volkes gelegt. Sie werden daher verstehen, dass angesichts dieser gegantischen Opfer unseres Volkes mein nachdrücklicher Appell an die Bevölkerung dieses Raumes gehen muss, mit Tatkraft an diesem gemeinsamen europäischen Rettungswerk mitzuhelfen. Ich muss nach wie vor darauf bestehen, dass sich die polnische Bevölkerung mit aller Energie in den Arbeitsprozess des Krieges ein schaltet, wo es nur immer geht. Ich stehe andererseits

17.12.1943

nicht an, Herr Präsident, Ihnen zu bekennen, dass ich mit der Loyalität zufrieden bin, mit der die polnische Bevölkerung diesem meinem Appell entsprochen hat. Ich habe immer betont, dass diese loyale Art der Dienst-und Pflichterfüllung auch eine loyale Antwort erfahren wird. Ich rufe Sie nun wiederum zum Zeugen dafür auf, dass ich mich bemüht habe, vom 1. September dieses Jahres an die Ernährungsverhältnisse im Generalgouvernement für die weitere Zone der Bevölkerung einigermassen herzustellen, wie es angesichts der auf uns lastenden gemeinsamen Verpflichtungen möglich ist. Jedenfalls ist im allgemeinen das Ernährungsbild erfreulicher geworden. Damit ist schon eine der Grundvoraussetzungen dafür gegeben, dass auch die einheimische Bauernbevölkerung erkennt, dass das, was sie auf dem Boden erntet, der polnischen Bevölkerung entsprechend zum Nutzen kommen soll und dass daraus wiederum der Eifer wächst,die neue Ernte zu gestellen. Meine Herren, das Gros der polnisnhen Bevölkerung ist loyal und erfüllt seine Pflicht. Deshalb kann ich auch Ihnen, Herr Präsident, aus vollem Herzen die Versicherung abgeben, dass ich Ihre und Ihres Ausschusses Bemühungen, der Notlage der Bevölkerung irgendwie mit Eigenem zu entsprechen, persönlich unterstützen werde, wie diese Unterstützung auch alle massgeblichen Dienststellen im Generalgouvernement, deren prominente Vertreter Sie hier in dem Staatssekretariat der Regierung wie dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen sehen, Ihnen geben werden.

Ich muss leider hier der überaus traurigen Tatsache Erwähnung tun, dass an den deutsche Menschen dieses

17.12.1943

Raumes diese zahlreichen Meuchelmorde begangen werden. Was ein meuchelmörderisches, verbrecherisches Widerstandsgesindel an gemeinsten Bluttaten gegenüber deutschen Menschen vollführt hat, die hier im Lande walten und mitgeholfen haben, die Ordnung zu schaffen, die Strassen zu bauen, die Brücken und Häuser wiederherzurichten, die Menschen in Arbeit zu bringen, auch die Wirtschaft in Gang zu bringen und so Verdienst und Brot für Ihre Bevölkerung sicherzustellen, - deutsche Menschen, die nichts anderes taten als ihre Pflicht, - das spottet jeder Beschreibung. Diese heimtückische Art des Mordes, die unserem deutsche Charakter nicht liegt, ist etwas Grauenhaftes. In den Städten werden unsere deutschen Männer und Frauen aus dem Hinterhalt mit Maschinenpistolen erschossen, man lauert ihnen auf, in den Wäldern zieht dieses Gesindel herum.

Meine Bitte an Sie, Herr Präsident, geht also dahin, dass Sie einen innersten Appell an das polnische Volkstum richten, - aufdass jeder dieser Meuchelmörder, der einer solchen Organisation angehört, jeder, der einem Meuchelmörder Hilfe gibt, aus der polnischen Volksgemeinschaft ausgeschlossen sein soll. Das hat ja mit nationalem Heroismus nichts zu tun.

Der Meuchelmord kann niemals eine nationale Waffe sein, wenigstens nicht nach deutscher Anschauung. Aber ich muss Ihnen mit aller Bestimmtheit erklären, dass ich die deutschen Menschen dieses Raumes ebenso mit allen Mitteln sicherstellen werde wie das deutsche Leben, gerade um den loyalen weitüberwiegenden Teil Ihrer Bevölkerung in Schutz nehmen zu können.

Nach den Berichten, die wir erhalten haben, ist es dank der sehr harten und eingreifenden Massnahmen,

17.12.1943

die wir ergreifen mussten, in den letzten Wochen geglückt, die Kurve der Meuchelmorde an Deutschen etwas in Rückgang zu bringen. Ich verfolge diesen Rückgang mit innerer Genugtuung. Wenn sie noch weiter absinkt, dann wird der Zeitpunkt gekommen sein, wo ich auch über diesen Punkt keine Klage mehr zu führen haben werde.

Wir wollen uns jetzt aussprechen. Die Herren Staatssekretäre sind hier anwesend, und ich bitte Sie, uns ruhig und offen zu sagen, was Sie auf dem Herzen haben. Wir sind zu einer grossen europäischen Aufgabe berufen. Glauben Sie daran, dass es mir darum geht, in diesem kriegerischen Geschehen die materielle und menschliche Potenz dieses Raumes zu bewahren. Ich habe daher auch ein Interesse daran, dass Ihre Arbeit Erfolg hat. Ich wünsche, dass Ihre Autorität im Lande etwas gilt, und ich bin mit meinen Herren von der Regierung völlig einer Meinung darüber, dass wir Ihre Arbeit schützen und fördern werden, wo es nur möglich ist.

In der Anschlussbesprechung weist Staatssekretär Dr. B ü h l e r darauf hin, dass die Beschaffung von Geldmitteln für den Ankauf von Waren , die der charitativen Tätigkeit des Hauptausschusses zugute kommen sollen, da und dort auf Schwierigkeiten stosse. Der polnische Hauptausschuss hat deshalb den Wunsch geäussert, eine Sammelfreiheit zu erhalten. Im übrigen sei wohl

17.12.1943

auch an die Sammlung von Naturalien für die notleidenden Polen gedacht.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident T s z o r n i c k i , dass bis vor zwei Jahren die Dotationen, die der polnische Hauptausschuss von der Regierung erhalten habe, zwar etwas gestiegen seien, sich aber seit dieser Zeit ungefähr auf der gleichen Höhe hielten. Zur Zeit würden je Monat 2 600000,--Zl. gezahlt. Angesichts der stark gestiegenen Preise sei aber für diese Summe wenig zu kaufen, und der polnische Hauptausschuss würde es begrüssen, wenn er eine Ermächtigung der Regierung erlange, bei den wohlhabenden Kreisen der polnischen Bevölkerung Altkleidung, Schuhwerk usw. zu sammeln.

Staatssekretär Dr. B ü h l e r weist darauf hin, dass der polnische Hauptausschuss von der Hauptabteilung E. & L. die rationierten Waren zu den gleichen Preisen erhalte, wie vor zwei Jahren. Insofern sei die Kaufkraft des Geldes in diesem Sektor gleich geblieben. Dass sich der Hauptausschuss Ware auf dem Schwarzmarkt verschaffe, müsse unbedingt vermieden werden. Er halte es für möglich, dass Sammlungen von Textilien und Schuhwerk bei der wohlhabenden polnischen Bevölkerung zu einem Erfolg führten.

Ein Mitglied des polnischen Hauptausschusses gibt eine kurze Schilderung der Verhältnisse in Warschau. Dort bestehe für den Hilfsausschuss

17.12.1943

ein spezielles Budget und setze sich aus einer Dotation der Stadt Warschau von 860 000 Zl. monatlich und einer Dotation der Regierung zusammen. Ursprünglich habe man mit den Polizeibehörden einige Schwierigkeiten gehabt, doch geniesse jetzt das Hilfskomitée in Warschau das vollste Vertrauen bei den Polizeibehörden. Es würden auch private Sammlungen veranstaltet. Insgesamt ständen dem Hilfskomitée in Warschau etwa 3.000.000,-- zur Verfügung. Mit dieser Summe betreibe man vor allem die Küchen, in denen täglich 45 000 Menschen ernährt würden, die nicht mehr arbeitsfähig seien. Für die Unterstützung hilfsbedürftiger Personen werde eine Summe von 600.000 Zl. im Monat verausgabt, die in Beträgen von 100.-- bis 200.-- Zl. im Monat gezahlt würden. Weiter würden vom Hilfskomitée geschlossene Anstalten unterhalten, so z.B. 3 Tuberkulose-Anstalten. Ferner betreibe das Hilfskomitée die Bahnhofsfürsorge für Polen, die nach Deutschland zur Arbeit gingen oder auf Urlaub zurückkämen. Aber auch deutsche Soldaten würden auf den Bahnhöfen versorgt.

Der Herr Generalgouverneur ersucht, Staatssekretär Koppe, darauf hinzuwirken, dass diese Frage im Einvernehmen mit der Wehrmacht geregelt werde. Es gehe unter keinen Umständen an, dass deutsche Soldaten in diesen Fürsorgestellen auch noch versorgt würden.

Staatssekretär Koppe hat gegen eine Ausdehnung der Sammeltätigkeit des polnischen Hauptausschusses und

17.12.1943

seiner Untergliederungen an sich nichts einzuwenden, will aber die Regelung dieser Frage von der Sicherheitslage abhängig gemacht wissen. Im übrigen sei die Polizei durchaus nicht gewillt, eine schlechte Behandlung der polnischen Bevölkerung zuzulassen. Sie werde sogar nicht davor zurückschrecken, einen Deutschen, der einen Polen schlecht behandelt, zur Verantwortung zu ziehen und zu bestrafen. Andererseits müsse aber verlangt werden, dass die Mitglieder des Hauptausschusses,wie überhaupt jeder ordentliche Pole dafür sorgte, dass die aktivistischen Elemente der Widerstandsbewegung zur Raison gebracht würden.

Der Herr Generalgouverneur wirft die Frage auf, ob die Kirche hier nicht mithelfen könne, eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen, etwa in der Weise, dass von der Kanzel herab die Meuchelmörder als solche gekennzeichnet würden. Der Bevölkerung müsse von der Kanzel herabgesagt werden, dass jetzt die Gelegenheit für das polnische Volkstum gegeben sei, Frieden und Zusammenarbeit mit der deutschen Führung sicherzustellen

Ein polnischer Geistlicher verspricht, als Mitglied des polnischen Hauptausschusses diese Frage bei den zuständigen kirchlichen Instanzen einer Besprechung zu unterziehen.

Auch Präsident Tszornicki will sein Möglichstes tun, um für eine Befriedung der polnischen Bevölkerung zu sorgen, bittet jedoch, den Einfluss des polnischen Hauptausschusses als einer Organisation der freien Wohlfahrt nicht zu überschätzen.

17.12.1943

seiner Untergliederungen an sich nichts einzuwenden, will aber die Regelung dieser Frage von der Sicherheitslage abhängig gemacht wissen. Im übrigen sei die Polizei durchaus nicht gewillt, eine schlechte Behandlung der polnischen Bevölkerung zuzulassen. Sie werde sogar nicht davor zurückschrecken, einen Deutschen, der einen Polen schlecht behandelt, zur Verantwortung zu ziehen und zu bestrafen. Andererseits müsse aber verlangt werden, dass die Mitglieder des Hauptausschusses,wie überhaupt jeder ordentliche Pole dafür sorgte, dass die aktivistischen Elemente der Widerstandsbewegung zur Raison gebracht würden.

Der Herr Generalgouverneur wirft die Frage auf, ob die Kirche hier nicht mithelfen könne, eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen, etwa in der Weise, dass von der Kanzel herab die Meuchelmörder als solche gekennzeichnet würden. Der Bevölkerung müsse von der Kanzel herabgesagt werden, dass jetzt die Gelegenheit für das polnische Volkstum gegeben sei, Frieden und Zusammenarbeit mit der deutschen Führung sicherzustellen

Ein polnischer Geistlicher verspricht, als Mitglied des polnischen Hauptausschusses diese Frage bei den zuständigen kirchlichen Instanzen einer Besprechung zu unterziehen.

Auch Präsident Tszornicki will sein Möglichstes tun, um für eine Befriedung der polnischen Bevölkerung zu sorgen, bittet jedoch, den Einfluss des polnischen Hauptausschusses als einer Organisation der freien Wohlfahrt nicht zu überschätzen.

17.12.1943

Der Herr Generalgouverneur trifft folgende Verfügung:

> Zur Besprechung der Frage der Sachspendensammlung wird eine Sitzung anberaumt, in der unter Leitung des Oberlandesverwaltungsrats Weirauch und Zuziehung von Vertretern beteiligter Instanzen die einzelnen Normen für diese Sammeltätigkeit festgelegt werden sollen.

Staatssekretär Koppe nimmt dann noch in längeren Ausführungen zu der Frage Stellung, auf welchem Wege und in welchem Umfang eine Befriedung der polnischen Bevölkerung erreicht werden kann. Jeder Pole, der Ruhe, Sicherheit und Ordnung wolle, könne von sich aus in seinem privaten Kreis wirken. Der polnische Hauptausschuss müsse trotz der von Präsident Tszornicki erhobenen Bedenken gleichwohl nach Möglichkeit seinen Einfluss geltend zu machen versuchen und mit aller Entschiedenheit unter Hinweis auf die Folgen von Überfällen und Meuchelmorden das Gros der Bevölkerung zu gewinnen suchen. Der Bevölkerung müsse klargemacht werden, dass, solange sich die Sicherheitslage nicht bessere, der polnischen Bevölkerung auch keine grossen Konzessionen gemacht werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich mit eindringlichen Worten an die Mitglieder des polnischen Hauptausschusses und ersucht sie, den Darlegungen des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen die

17.12.1943

grösste Aufmerksamkeit zu schenken. Die deutsche Führung wolle ja der polnischen Bevölkerung helfen, sie sei ja nicht im Land, um den Polen etwas Böses zu tun. Sie werde aber auf keinen Fall dulden, dass Deutsche weiterhin ermordet würden. Es seien ja auch im Zuge der neuerdings ergriffenen Massnahmen keine Geiseln erschossen worden, sondern nur solche Personen, die absolut einwandfrei im gerichtlichen Verfahren als Mitglied der Widerstandsbewegung festgestellt worden seien. Wenn die Mitglieder des Hauptausschusses irgendwie eine Möglichkeit sähen, der Regierung des Generalgouvernements einen Hinweis zu geben, wie etwa die Verfolgung der Meuchelmörder wirkungsvoller gestaltet werden könne, dann mögen sie dass den massgebenden Stellen bekanntgeben. Angesichts der Tatsache, dass im Zuge der letzthin ergriffenen Exekutivmassnahmen die Kurve der Ermordungen etwas sinke, würde er es begrüssen, wenn er dem polnischen Hauptausschuss in seinen Bestrebungen noch mehr helfen könnte.

Präsident Tszornicki versichert dem Herrn Generalgouverneur, dass sich die Mitglieder des polnischen Hauptausschusses mit aller Energie dieser Aufgabe widmen würden. Je wirkungsvoller sich allerdings der Hauptausschuss betätigen könne, umso grösser werde sein Einfluss sein. Er bittet, die Autorität dem Hauptausschuss nach Möglichkeit zu heben und dafür zu sorgen, dass die Mitglieder dieses Hauptausschusses sich auch des Schutzes der Behörden erfreuen. Es müsse ihnen auch die Möglichkeit gegeben werden, bei notwendig werdenden Reisen die Eisenbahn zu benutzen.

17.12.1943

{ Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei, SS-Oberführer Bierkamp weist in diesem Zusammenhang auf die Tatsache hin, dass die Polizei in den letzten Monaten leider oft genötigt gewesen sei, das eine oder andere Mitglied eines Hilfsausschusses festzunehmen. Selbstverständlich müssten sich die Mitglieder der Hilfsausschüsse einer unbedingten Loyalität gegenüber den deutschen Behörden befleissigen. Der polnische Hauptausschuss müsse es daher als seine Pflicht ansehen, die Angehörigen der Hilfsausschüsse und ihre Familien, die ja auch für den polnischen Hauptausschuss tätig seien, genau zu beobachten.

Präsident Tszornicki gibt die Versicherung ab, dass der polnische Hauptausschuss in seiner Tätigkeit das grösste Gewicht darauf lege, dass sich alle im Dienste der Hilfskomitées stehenden Angestellten und sonstigen Kräfte lediglich und ausschliesslich dieser ihrer Arbeit widmeten. }

Der Herr Generalgouverneur weist mit Nachdruck darauf hin, dass man in einer ernsten Zeit einen ernsten Versuch unternehme, mit der polnischen Bevölkerung eine Verbindung herzustellen. Die deutsche Führung des Generalgouvernements habe nach wie vor das grösste Interesse daran, eine Befriedung der polnischen Bevölkerung herzustellen.

Präsident Tszornicki erklärt, dass er sich seiner Verantwortung als Präsident des polnischen Hauptausschusses vollkommen bewusst sei. Er dankt dem Herrn Generalgouverneur für das Entgegenkommen,

17.12.1943

das der polnische Hauptausschuss hinsichtlich der Aufrechterhaltung seiner Institution stets bei dem Herrn Generalgouverneur gefunden habe.

12^{00} Besprechung mit dem Direktor des Statistischen Amtes Dr. Müller in Gegenwart der Staatssekretäre Dr. Bühler, Dr. Böpple und Koppe, des SS-Oberführers Bierkamp und des Pressechefs Gassner.

Direktor Müller legt dem Herrn Generalgouverneur das Material für eine statistischen Zeitschrift vor, die demnächst erscheinen soll, allerdings nicht als öffentliche Zeitschrift, sondern für den Dienstgebrauch.

Der Herr Generalgouverneur äussert Bedenken gegen eine Veröffentlichung des grössten Teiles des in der Zeitschrift gegebenen Zahlenmaterials. Das Zahlenmaterial müsse auf das unbedingt Notwendige beschränkt werden. Es gehe z.B. unter keinen Umständen an, dass Angaben über die Zahl der im Generalgouvernement vorhandenen Deutschen gemacht würden.

Auch Staatssekretär Dr. Bühler, der den praktischen Wert solcher statistischen Erhebungen an sich anerkennen will, ist der Auffassung, dass im 5. Kriegsjahr von jeglichen Veröffentlichungen solcher Zahlen abgesehen werden müsse.

Der Herr Generalgouverneur gibt nochmals seiner Meinung dahin Ausdruck, dass alles vermieden werden

17.12.1943

müsse, was der gegnerischen Propaganda irgendeinen Auftrieb geben könne. Er weise Direktor Dr. Müller an, die Frage der Ausgestaltung dieser statistischen Zeitschrift mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Dr. Boepple zu besprechen und eine Einigung darüber herbeizuführen, was notwendigerweise im dienstlichen Bereich veröffentlicht werden solle. Unter dieser Voraussetzung könne er sich mit der Herausgabe der statistischen Zeitschrift für den Dienstgebrauch grundsätzlich einverstanden erklären.

12[15] Besprechung mit Pressechef Gassner in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler.

Pressechef Gassner macht dem Herrn Generalgouverneur Mitteilung davon, dass aus den Räumen des Zeitungsverlages Warschau 1500 to Papier gestohlen worden seien. Der Diebstahl müsse bereits vor längerer Zeit geschehen sein. Wie diese grosse Menge von Papier, für deren Transport etwa 85 Güterwagen benötigt würden, habe gestohlen werden können, sei bis zur Zeit noch völlig ungeklärt. Die polnischen Magazineure seien geflüchtet, die deutschen Angestellten, die die Aufsicht darüber gehabt haben, seien verhaftet worden. Das Papier könne unmöglich aufgebraucht sein, sondern müsse sich noch irgendwo befinden. Illegale Druckereien hätten es unmöglich aufkaufen können. Infolge dieses Diebstahls sei der Zeitungsbetrieb in Warschau gefährdet. Die Herstellung der Krakauer Zeitung werde aber durch diesen Diebstahl nicht berührt.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Pressechef Gassner, dass sich der in Warschau schwerverletzte Verlagsleiter Strozyk ausser Lebensgefahr befindet.

17.12.1943

12[50] Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberstudiendirektor Patscheider und überreicht ihm aus Anlass seines 60.Geburtstages sein Bild mit eigenhändiger Widmung.

13[00] Mittagessen.

15[05] Besprechung mit Präsident Dr. Emmerich, Oberbergrat Spannagel und Betriebsführer Murr, ~~sowie~~ ~~mit~~ dem Leiter der Kalkwerke Kressendorf.

Betriebsleiter Murr gibt dem Herrn Generalgouverneur anhand von Skizzen und Karten einen Überblick über den Aufbau und die Ausgestaltung des Kalkwerkes Kressendorf. Er weist darauf hin, dass hinsichtlich der Sprengungen alle Vorsichtsmassnahmen getroffen worden seien.

15[30] Besprechung mit Präsident Ohlensbusch, Pressechef Gassner, Hauptschriftleiter Stöppler, Kulturreferent Jänicke und Betriebsleiter Le Clair.
In dieser Besprechung wird nochmals zu dem Diebstahl von 1500 to Papier beim Zeitungsverlag Warschau Stellung genommen.

Betriebsleiter Le Clair führt die Möglichkeit dieses Diebstahls darauf zurück, dass der technische Betriebsleiter versagt habe. Auch den stellvertretenden Leiter des Verlages treffe eine schwere Schuld. Die Erhebungen über diesen Diebstahl sind bereits im Gang. Neben anderen zahlreichen Personen, sei auch der technische Betriebsleiter verhaftet worden. Infolge des

17.12.1943

Diebstahls habe sich der Verlag veranlasst gesehen, in den Auflagen vorübergehend eine Kürzung von 20% vorzunehmen, bis man von Berlin die Mitteilung erhalten werde, ob man Ersatzkontingente bekomme.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, dass ein solcher Diebstahl überhaupt möglich sei, und erwartet eine genaueste Untersuchung dieses Falles.

17.12.43

16[10] Der Herr Generalgouverneur empfängt im Türkenzelt der Burg zu Krakau Abordnungen der Schwesterschaften vom Deutschen Roten Kreuz und der Braunen Schwesterschaft, die unter Führung des Generalarztes Dr. Passauer und einer Anzahl von Militärärzten der hiesigen Lazarette erschienen sind. Anwesend ist auch Oberbereichsleiter Ollesch.

Nachdem der Herr Generalgouverneur die Ärzte und die Schwestern begrüßt hat, richtet er folgende Ansprache an sie:

Herr Generalarzt! Ich habe mir gestattet, Sie und die Schwestern Ihrer Organisation auf die Burg zu Krakau zu bitten, um Ihnen wenigstens in diesem Zusammenhang meinen Dank für Ihre Tätigkeit zum Ausdruck zu bringen. Da es mir leider nicht möglich ist, alle Verwundeten auf die Burg zu bitten, wollte ich doch bei dieser Gelegenheit Ihnen sagen, wie sehr ich mich Ihnen und Ihrem Wirken verbunden weiß. Was Sie unausgesetzt für die Kriegsopfer leisten, indem Sie Ihre Kraft völlig in den Einsatz des Dienstes für die Verwundeten stellen, das danken Ihnen Führer und Reich.

So habe ich Sie heute zu mir auf die Burg gebeten, diese stolze Burg zu Krakau, die das Symbol der deutschen Führung in diesem Raume ist, auf daß Sie auch sehen, wie schön das alles ist, was unsere Soldaten unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Gesundheit erobert haben. Denen, die da unten in den Betten liegen, verdanken wir es, daß wir hier sind. Und in dem Gedanken an diese Kameraden freue ich mich, daß Sie zu mir kommen, die ihnen ja am nächsten verbunden sind.

Die Leistung unserer Ärzte und Schwestern in

diesem Kriege übersteigt jedes Maß der Vorstellung. Ich kann wohl sagen, daß wir alle wie auch die Partei hier im Generalgouvernement uns bemühen, unseren Verwundeten zu geben, was zu geben nur möglich ist. Im kommenden Jahre werden vielleicht noch sehr schwere Opfer zu fordern sein. Unser fester Glaube ist es aber, daß wir mit dem Führer und dem Reich in der unbesiegbaren Kraft unseres Volkes diesen schwersten Krieg bestehen werden. Ich wünsche Ihnen somit auch ein gutes neues Jahr.

Im Anschluß an den Empfang findet im Bankettsaal der Burg eine Kaffeetafel statt, in deren Verlauf Generalarzt Dr. Passauf das Wort zu einer Ansprache ergreift, in der er ausführt:

Herr Generalgouverneur! Die große Aufgabe, unsere Soldaten fürsorglich zu betreuen, eint uns alle, die wir hier erschienen sind. Wir sehen in den Lazaretten die Not und das Elend, die der Krieg mit sich bringt. Den Verwundeten zu helfen, ist schönster Dienst für Führer und Vaterland. Ich verspreche Ihnen, Herr Generalgouverneur, alle Kraft einzusetzen, damit unsere Soldaten, wenn sie in das Generalgouvernement kommen, das Gefühl haben: hier beginnt die Heimat, hier ist die Heimat, hier wird alles Menschenmögliche getan, aufdaß die Not des Krieges gelindert wird. Dieses Versprechen verbinden wir mit dem Dank dafür, daß Sie, Herr Generalgouverneur, unsere Arbeit stets hervorragendes Interesse gezeigt und daß die Dienststellen der Regierung und der Partei uns stets aufs beste unterstützt haben.

17.12.43

Diese heutige Stunde in den festlichen Räumen der Burg wird uns stets in angenehmster Erinnerung bleiben.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Samstag, den 18. Dezember 1943.

IV/We

12[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt Hauptbannführer Schimmelpfennig, den Nachfolger des zur Wehrmacht einberufenen Hauptbannführers Förschle.

12[25] Besprechung mit Intendant Hasslinde, Chefdirigent Hindemith, Kapellmeister Antolitsch und Kapellmeister Erb.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage, auf welchem Wege Material für Opernaufführungen aus dem Reich beschafft werden kann.
Dazu bemerkt Kapellmeister Antolitsch, dass die Theater im Reich sich zur Zeit vielfach dadurch hülfen, dass sie das Leihmaterial zurückhielten. Schwierigkeiten für das Staatstheater bestünden z.B. hinsichtlich des Materials für die Aufführung der „Fledermaus" ~~noten~~ nicht. Das Staatstheater sei im Besitze dieses Leihmaterials und werde es bis auf weiteres behalten.

Der Herr Generalgouverneur macht den Vorschlag, gegebenenfalls Fotokopien dieses Leihmaterials herstellen zu lassen. Kapellmeister Antolitsch weist darauf hin, dass für gewisses Material die Herstellung von Fotokopien untersagt sei.. Die Lage auf dem Gebiet der Beschaffung von Leihmaterial sei angesichts der Zerstörungen in Leipzig und Berlin, von denen auch die grossen

18.12.1943

Musikverlage betroffen worden seien, äusserst schwierig.

12[30] Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler und Dr. Boepple, sowie des Präsidenten der Hauptabteilung Finanzen, Dr. Senkowski, den Oberregierungsrat Eckhart vom Reichsministerium der Finanzen.
Oberregierungsrat Eckhart berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Schwierigkeiten, die sich für die Zusammenarbeit der einzelnen Ministerien in Berlin aus den neuerdings infolge der Bombenangriffe erfolgten Zerstörungen ergeben. Er teilt auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs weiter mit, dass sich das Steueraufkommen im Reich im letzten Jahr einigermassen gehalten habe. Vor allem sei das Steueraufkommen der Rüstungsindustrie recht beträchtlich gewesen.

12[35] Der Herr Generalgouverneur empfängt im Königssaal der Burg in Gegenwart der Staatssekretäre Bühler und Boepple und des Oberregierungsrates Eckhart, den Präsidenten der Hauptabteilung Finanzen, Dr. Senkowski und die Abteilungsleiter dieser Hauptabteilung.

Präsident Dr. Senkowski dankt in seinem und im Namen seiner leitenden Mitarbeiter dem Herrn Generalgouverneur dafür, dass den leitenden Beamten der Hauptabteilung Finanzen Gelegenheit gegeben werde, anlässlich der Überreichung eines Exemplares des Haushaltes 1943 vor dem Herrn Generalgouverneur zu erscheinen.

18.12.1943

Präsident Dr. Senkowski führt dann weiter aus:

Die Finanzverwaltung des Generalgouvernements sei unter der Leitung seines Vorgängers und unter seiner Leitung stets bestrebt gewesen, die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen. Im grossen und ganzen seien die der Hauptabteilung Finanzen vom Generalgouverneur erteilten Aufträge auch vollkommen erfüllt worden. Seit seinem Bestehen habe das Generalgouvernement einen ausgeglichenen Haushalt, und es sei eigentlich finanziell keinem anderem zur Last gefallen, ein Erfolg, den die Finanzverwaltung nicht nur ihrer eigenen Arbeit, sondern der Zusammenarbeit aller Instanzen, insbesondere der verständnisvollen und tatkräftigen Unterstützung durch den Herrn Generalgouverneur verdanke.

Präsident Dr. Senkowski geht dann im einzelnen auf die Gestaltung des Haushaltes, auf die Finanzgebarung bei der Einkommensteuer und bei den Ausgaben ein. Die Hauptabteilung Finanzen sei, was die Ausgabenseite angehe, immer bestrebt gewesen, allen berechtigten Forderungen gerecht zu werden. Diese finanziellen Leistungen, die zu einem Teil auch den Interessen des Reiches dienten, seien ständig im Steigen begriffen. Im ersten Jahr habe das Generalgouvernementl 181 Millionen für allgemeine Reichsausgaben zur Verfügung gestellt, im laufenden Haushaltsjahr seien es 1865 Millionen, die aus Mitteln des Generalgouvernements mittelbar und unmittelbar dem Reich zur Verfügung gestellt wurden. Darin liege eine für die gesamte Wirtschaft des Generalgouvernements nicht zu unterschätzende Tätigkeit. Um diesen Betrag werde der inflationistische Charakter, den die Reichsausgaben im Generalgouvernement haben müssten, abgebremst. Er sei dem Herrn Generalgouverneur ganz besonders dankbar

dafür,

dass er seinen Vorschlägen in dieser Hinsicht grosses Verständnis entgegengebracht habe. Der Wehrbeitrag von 1300 Millionen stelle eine Leistung dar, die zum überwiegenden Teil aus den laufenden Haushaltseinnahmen gedeckt werde. Was nicht im ordentlichen Haushalt und durch ordentliche Einnahmen, vor allem Steuereinnahmen, hereingebracht werden könne, werde im Anleihewege aufgebracht. Auf die Dauer sei es unmöglich, eine geordnete Haushaltsführung, besonders im Kriege, ohne pflegliche Behandlung des Staatskredits zu gewährleisten. Er bitte, dafür zu sorgen, dass in dieser Hinsicht alles irgendwie nur Mögliche getan werde. Weiter sei es ausserordentlich wichtig, dass auch im Hinblick auf die weitere Währungspolitik eine gewisse Rücksicht auf die künftige Entwicklung der Staatsfinanzen genommen werde. Die Ziffern des Haushaltes des Generalgouvernements entsprächen in den letzten Jahren und auch im laufenden Jahr nach den Erfahrungen, die sich im Rahmen der modernen Wirtschaft ergeben hätten, ungefähr einem Notenumlauf von 2 Milliarden Zl. Wenn es auf die Dauer unmöglich gewesen sei, einen gewissen Einklang zwischen Notenumlauf und Staatshaushaltsummen herbeizuführen, dann sähe er eigentlich keinen Weg für eine weitere gesunde Finanzgebarung. Selbstverständlich werde die Finanzverwaltung bestrebt sein, ihr Möglichstes auf diesem Gebiet zu tun. Das hänge hauptsächlich davon ab, ob es gelinge, gewisse inflationistische Auswirkungen auf der Ausgaben-seite des Haushaltes hintanzuhalten. Leider habe man auf dem Gebiet der Ausgaben in der letzten Zeit nicht vermeidbare Steigerungen der Preise in Kauf nehmen müssen, die bereits bis zum 15. bis 20.fachen der

der Friedenskosten gehen.

18.12.1943

Das gehe über das hinaus, was normalerweise im Kriege an Preissteigerungen zu erwarten sei. Wenn er mit seinen Mitarbeitern auch nicht schwarz in die Zukunft sehen wolle, sei er davon überzeugt, dass nur dann auf die Dauer ein ausgeglichener Haushalt aufgestellt werden könne, wenn mann rechtzeitig nicht nur die Frage des Ausgleiches der Staatsfinanzen allein, sondern alle damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Fragen richtig einschätze.

Präsident Dr. Senkowski überreicht dann dem Herrn Generalgouverneur ein Exemplar des Haushaltes für das Jahr 1943. Er weist darauf hin, dass er diesen Haushaltsplan zum ersten Mal in der Mitte des Haushaltsjahres überreicht habe. Erfreulicherweise sei in dieser Hinsicht eine laufende Verbesserung eingetreten.

Präsident Dr. Senkowski weist in diesem Zusammenhang auf die Verdienste des vor kurzem als Unteroffizier an der Ostfront gefallenen Regierungsamtmannes Süsskind hin.

Der Herr Generalgouverneur ergreift das Wort zu folgender Ansprache:

Herr Präsident, meine Herren !

Ich danke Ihnen sehr für diese schöne Stunde, die uns hier auf der Burg vereint. Diese Stunde ist schön, weil sie mir zum ersten Mal die Gelegenheit gibt, Sie, Herr Präsident, und Ihre wesentlichen Mitarbeiter zu empfangen.

Sie haben mit Recht auf die Wichtigkeit einer sauberen und klaren Finanzgebarung gerade in unserem Nebenlande hingewiesen. Ich glaube, dass es

18.12.1943

in der Geschichte des deutschen Finanzbeamtentums ein stolzes Kapitel darstellt, welches sich einmal Aufbau des Finanzwesens des Generalgouvernements nennen wird. Was alte, solide fachliche Erfahrung aufgrund bester deutscher Beamtentradition in diesem Raum geleistet hat, ist schlechterdings einzigartig. Wir können ruhig sagen, dass uns diese Leistung bis jetzt noch niemand nachgemacht hat. Aus einem völlig zerstörten Gebiet ohne jeden Ansatzpunkt eines Wiederaufbaues ist es in wenigen Jahren geglückt, ein kristallklar anmutendes Bild der Verwaltungsführung und der Ordnung zu schaffen. Sicherlich wäre das überhaupt nicht möglich gewesen, wenn sich nicht wirklich hervorragende, sachlich klare, pflichteifrige Beamte der deutschen Finanz hier betätigt hätten. Ich möchte daher die Gelegenheit wahrnehmen, Ihnen allen meinen Dank und meine Anerkennung für die hervorragende Leistung auszusprechen.

Sie wiesen auf einige im Vordergrund stehende ernste Probleme hin. Zu dem uns in der nächsten Zeit beschäftigenden Problem der Erhöhung des Notenumlaufes ist zu sagen, dass das eines der Kriegsopfer ist, welches wir in diesem Raum zu bringen haben. Angesichts der unausgesetzt steigenden ungeheuren Belastung unserer allgemeinen öffentlichen Einrichtungen, zu denen ja auch unsere Währung gehört, kann eben ein stabiles Gleichgewicht zwischen dem Wert der Währung und ihrer Summenbezeichnung nicht aufrecht erhalten werden. Ich mache diese Beobachtung nicht etwa nur auf dem Bausektor, man könnte sie über das ganze Land erstrecken, man könnte überall die Beobachtung machen, dass die Summenbezeichnung dieser Währung rein fiktiv ist, dass sie in keinen Einklang mit dem echten Wert der Dinge, mit dem substanztragenden Charakter zu bringen ist. Überall kommt es

deutlich zum Ausdruck, dass von den normalen Sätzen des Einkommens weder der Arbeiter noch der Beamte im Lande leben könnte. Hier müssen wir eben mit Verbilligungen helfen, und die diesen Kreisen zu liefernden Lebensmittel müssen einer strengen Rationierungspolitik unterworfen werden. Aber auch ich sehe nicht schwarz in die Zukunft. Wir haben im Verlaufe der vergangenen Jahre Stürme genug erlebt, um uns das anzugewöhnen.Ich möchte jedoch den Anlass Ihres Hierseins benutzen, um Ihnen ganz offen zu sagen: ich glaube, dass das Jahr 1944 uns Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Finanzgebarung bringen wird, denen gegnüber die bisherigen vielleicht klein erscheinen werden. Dadurch, dass das Generalgouvernement mehr und mehr fronteinbezogen wird und an die unmittelbaren Kriegsauswirkungen heranrückt, wird selbstverständlich auch der finanzielle Bedarf der Wehrmacht steigen, und damit wird wiederum unsere Notenpresse in Bewegung zu setzen sein, sofern es nicht gelingt, in letzter Stunde eine andere Regelung durchzusetzen.

Es sind also schwere Probleme, die auf uns lasten. Deshalb habe ich mir auch für den Monat Januar die Anberaumung einer grossen Sitzung vorgenommen,in der die Währungslage besprochen werden soll. In dieser Sitzung werden Sie selbstverständlich als die massgebenden Repräsentanten der Finanzführung ein gewichtiges Wort mitzusprechen haben.

Wenn auch die Schwierigkeiten sehr gross sein werden, so glaube ich doch, dass wir sie meistern werden, weil wir sie meistern müssen und weil ich Sie, meine Herren, habe, von denen ich weiss, dass Sie keine Schwierigkeiten auf dem Gebiete schrecken. Entscheidend

18.12.1943

ist ja doch, dass dieses Nebenland des Grossdeutschen Reiches heute eine der festest gefügten Bastionen des deutschen Machtbereichs darstellt.

Also zahllose Probleme müssen bei uns gelöst werden. Ich kann am Ende dieses Jahres ruhig sagen, dass sich die von mir eingeleitete politische Führungsmethode mit Recht durchgesetzt hat; es gibt wohl heute auch im Reich niemanden mehr, der nicht einsieht, dass nur so, wie wir auf Grund von Erfahrungen und der Behandlung der fremdvölkischen Bevölkerung gemeinsam den Aufbau vollzogen haben, die einzige Möglichkeit gegeben ist, diesen Raum im Interesse des Reiches pfleglich zu verwenden. Ich bin auch gewillt, diesen Weg mit Nachdruck fortzusetzen. Ich weiss, dass gerade Sie das grösste Interesse daran haben, dass in diesem Land nur friedliche, sachliche Arbeit und Opferdienst gerade der fremdvölkischen Bevölkerung für uns eine Lebensnotwendigkeit bedeutet. Die 1,5% Deutscher, die wir im Lande haben, würden wie ein kleiner Nebel verschwinden, wenn wir nicht die klare Führungstendenz hätten, an deren Aufrechterhaltung auch die fremdvölkische Bevölkerung vor allem im Hinblick auf die Gefahr des Bolschewismus ein Interesse hat. Nicht darauf kommt es an, dass die Polen erschossen werden, sondern darauf, dass sie in den Fabriken und Betrieben arbeiten. Da sich dieser Grundsatz durchgesetzt hat, wird auf der anderen Seite eine gewisse Erleichterung und Beruhigung der Atmosphäre eintreten. Mit den Meuchelmördern werden wir fertig werden; denn die deutsche Führung wird ihre Autorität zu wahren wissen.

Das Gros der fremdvölkischen Bevölkerung ist absolut zuverlässig und loyal. Auch ihrer und ihrer Arbeit

18.12.1943

möchte ich in dieser Stunde gedenken. Sie, meine Herren, könnten ja ohne die Fremdvölkischen den Verwaltungsunterbau nicht aufrecht erhalten.

So glaube ich denn, Herr Präsident, dass Sie stolz sein können auf das, was Sie und Ihre Männer geleistet haben. Ich werde nach wie vor darauf sehen, dass ein so abstrakter Staat wie der hiesige, der lediglich auf einer gedanklichen Konstruktion aufgebaut ist und nicht auf einer langjährigen Tradition beruht, dass ein solches abstraktes und demnach rein rationales Staatsgebilde vor allem eine klare und saubere Finanzgebarung in sich trägt. Ohne sie würden wir in den Abgrund sinken. Aber Sie können sich fest darauf verlassen, dass ich das Steuer weiter in der Hand halten werde. Wenn wir die Führung dieses Raumes behalten wollen, dann müssen wir sauber dastehen. Der Staat muss in seiner Korruptionslosigkeit, in der Treue und selbstlosen Hingabe der Beamten und der Menschen, die in diesem Raum leben, leuchten. Nicht zuletzt verdanke ich diese Erkenntnis Ihrem Wirken, meine Herren. Die deutsche Finanz und der deutsche Beamte haben in diesem Raum in geschichtlicher Bezogenheit eine historische Aufgabe zu erfüllen.- Sie haben Tote in ihren Reihen gehabt, auch ihrer gedenken wir.

Ich danke Ihnen, meine Herren, und wünsche Ihnen alles Gute für die weitere Arbeit.

12^{50} Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberbaurat Höfer.

18.12.1943

13^{10} Mittagessen.

15^{20} Der Herr Generalgouverneur nimmt an einer Weihnachtsfeier der männlichen und weiblichen polnischen Gefolgschaft der Burg teil und ergreift das Wort zu folgender Ansprache: Ich wollte Euch meinen Dank und meine Anerkennung aussprechen. Ich freue mich täglich, wenn ich durch die Burg gehe, zu sehen, wie fleissig Ihr alle seid. Ich kann nur wünschen, dass wir auch weiterhin eine grosse Burgfamilie bleiben. Je schwieriger die Zeiten werden, je schwieriger es wird, alles zu beschaffen, was man braucht, desto notwendiger ist es, dass auch Ihr mehr und mehr in der Burg Eure Heimat seht. Ich wünsche Euch und Euern Familien ein frohes Weihnachtsfest, uns allen ein gutes neues Jahr und hoffe, dass es uns endlich den Frieden bringen wird. Wir wollen im nächsten Jahr versuchen, hier auf der Burg für Kleidung, Schuhe und Wäsche Werkstätten einzurichten. Auch Eure Familien sollen etwas davon bekommen. Mit der Ernährung ist es ja wohl etwas besser geworden. Ich schenke Euch zu Weihnachten 1 Fl. Wodka, Zigaretten und noch etwas, das bekommt Ihr dann draussen. So wollen wir dann alle gesund, lustig und froh bleiben. (Zuruf eines polnischen Arbeiters): Der Herr Generalgouverneur soll 300 Jahre alt werden !)-Dann wäre ich bald so alt, wie die Burg! (grosse Heiterkeit).

Nun singt doch mal ein schönes Weihnachtslied. - Die polnische Gefolgschaft singt darauf verschiedene polnische Weihnachtslieder.

18.12.1943

16[00] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Staatsbibliothek. Dort besichtigt der Herr Generalgouverneur eine Sonderschau von Handschriften und Urkunden des mittelalterlichen Krakaus.

19[20] Der Herr Generalgouverneur nimmt an der Weihnachtsfeier der Gefolgschaft der Kanzlei des Generalgouverneurs teil.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Sonntag, den 19. Dezember 1943

IV/We

10^{30} Gründung der Gesellschaft der Wissenschaften des Generalgouvernements.

Der Präsident der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht Dr. Eichholz eröffnet die feierliche Veranstaltung mit folgender Ansprache:

Wo immer deutsche Soldaten in der deutschen Geschichte, wo deutsche Bauernzähigkeit und deutscher Bürgerfleiss Raum gewannen, erblühten auch bald aus den ewigen Kräften unseres Volkstums Kunst und Wissenschaft. So scheint es mir eine unausbleibliche Folge schwerster Aufbauarbeit zu sein, dass nun heute auf Ihren Befehl, Herr Generalgouverneur, die Gesellschaft der Wissenschaften in feierlicher Weise gegründet wird, eine Gesellschaft, die, auf bester Tradition fussend, berufen ist, alle wissenschaftlichen Arbeiten und Bestrebungen in dem von den Soldaten des Führers 1939 eroberten Raum zusammenzufassen, die wissenschaftliche Forschung und Arbeit im Dienste von Volk und Reich zu fördern und damit diesen Raum weiter für das deutsche Volk zu erschliessen. Dass wir die von dem Institut für deutsche Ostarbeit im Jahre 1940 bereits mit grossem Erfolg begonnene und vorwiegend ostbezogene Arbeit nunmehr nach allen Richtungen erweitern dürfen, danken wir Ihnen, Herr Generalgouverneur. Daher ist es für mich eine grosse Freude, Sie hier in dieser Festversammlung begrüssen zu dürfen. Ich begrüsse weiter den Parteigenossen Prof.Dr.Cysarz, München, der es übernommen hat, uns den richtungweisenden Festvortrag zu halten. Endlich bitte ich alle Festgäste, uns ihr Interesse auch weiterhin

19.12.1943

zu bewahren, auf dass die Einrichtung, die am Ende des schicksalsreichen Jahres 1943 ins Leben tritt, ihren hohen und höchsten Aufgaben gerecht werde zu Nutz und Frommen deutscher Grösse.

Nach dem vom Assmann-Quartett vorgetragenen Zweiten Satz des Streichquartetts Op. 18/6 in B-Dur von Beethoven, ergreift Prof. Dr. Cysarz das Wort zu seinem Vortrag:

" Gibt es ein Gesetz der Geschichte ? "

Darauf bringt das Assmann-Quartett den Ersten Satz aus dem Streich-Quartett Op. 76/4 in B-Dur von Haydn zum Vortrag.

Der Herr Generalgouverneur ergreift sodann das Wort zu folgender Ansprache:

Ich freue mich ausserordentlich, dass ich in diesem feierlichen Rahmen Ihnen, Herr Präsident der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht in der Regierung des Generalgouvernements, die Ermächtigung geben kann, die Gesellschaft der Wissenschaften des Generalgouvernements zu errichten. Es ist geradezu symbolisch für diesen Festakt wie auch für die Tatsache der neu errichteten Organisation, dass ein bedeutsamer Vertreter der deutschen Geschichtswissenschaft, wie Sie, Herr Prof. Cysarz, uns heute einen gründlichen Einblick in die Problematik der Gesetzlichkeit der Geschichte gegeben haben. Aus diesem eminent wichtigen Vortrag konnte man erkennen, welches Niveau und welche Zielsetzung sich die Gesellschaft der Wissenschaften des Generalgouvernements vorbestimmt hat.

19.12.1943

Bei der Gründung der Gesellschaft der Wissenschaften kommt es im wesentlichen darauf an, dass es in einer durch die täglichen Sorgen aufgewühlten Zeit gleichwohl möglich ist, im Dienste der über den jeweiligen Zeiterscheinungen ruhenden ewigen Wahrheit auch in diesem Raum, der doch angesichts seiner Lage zur Front den Sorgen des Augenblicks bedrohlich nahe gerückt ist, den schöpferischen Ruhepunkt und die letzten Sinninhalte des menschlichen und völkischen Geschehens sicherzustellen.

Diese Gesellschaft der Wissenschaften im Generalgouvernement hat daher die völlig gleiche Bedeutung, wie sie die Kulturvereinigung des Generalgouvernements für die seelischen Inhalte hat. Wie jene die beglückenden Momente der Wertbezogenheiten zu dem Weihepunkt des Lebens macht, so soll die Gesellschaft der Wissenschaften die Beziehung zu den Wahrheitsbereichen, zu den Sehnsuchtsbereichen aller Geister schaffen.

Die Gesellschaft der Wissenschaften wird keine Wissenschaft ausschliessen. Wie heute ein Vertreter der Geschichtswissenschaft zu uns gesprochen hat, so werden in den kommenden Monaten bei Veranstaltungen der Gesellschaft bedeutsame Vertreter anderer wissenschaftlicher Bereiche zu Worte kommen. Ferner soll die Gesellschaft durch Preisausschreibungen, durch Arbeitsanregung, durch Studien-Stipendien, durch Monographien und Zeitschriftenförderung ein klares Energiezentrum der wissenschaftlichen Bestrebungen dieses Raumes darstellen. Sie soll sich immer zu dem Idealpunkt emporwölben, den wir uns im Generalgouvernement gestellt haben, dass nahc der siegreichen Beendigung dieses Krieges in der alten deutschen Stadt Krakau eine Universität erstehen soll.

19.12.1943

Damit ist der Gesellschaft ein grosses und weites Programm gestellt. Es wäre nunmehr sehr schön und Ihnen, Herr Prof. Cysarz, wie uns, gewiss erwünscht, wenn wir im Anschluss an Ihren Vortrag nun gleich eine erste Sitzung der Gesellschaft abhalten könnten, um nach dem Vorbild unserer wissenschaftlichen Akademie in eine rege Diskussion einzutreten. Selbstverständlich ist es die Aufgabe, ja geradezu die Sehnsucht jeder wissenschaftlichen Themenbehandlung, dass sie ebenso anregt wie aufregt, dass sie ebenso die Bestätigung innerer Bejahung findet, wie aber auch zunächst einmal die skeptische Zurückbezogenheit in eine Art Fremdgewordensein gegenüber dem, was der nachfolgende Redner vorträgt. In diesem regen Gedankenspiel befindet sich jeder, der Ihrem Vortrag heute mit innerer Anteilnahme gefolgt ist.

Für mich persönlich, der ich, wie ich wohl sagen darf, bestimmt bin, an einer geschichtlichen Aufgabe zu meinem bescheidenen Teil mitzuwirken, war es immerhin beachtlich, festzustellen, wie sehr das alte Bemühen einer Gesetzesfindung für die scheinbar jeder Gesetzlichkeit hohnsprechenden Geschichtsvorgänge doch schon zu einem gewissen Erfolg geführt hat. Ich glaube, Herr Präsident Dr. Eichholz, dass sich der heutige Vortrag sehr dafür eignen würde, als Nr. 1 in die Schriftenreihe der Gesellschaft aufgenommen zu werden, und ich hoffe auch, dass uns die Möglichkeit dazu gegeben ist.

Wenn ich von der alten Burg zu Krakau nunmehr über das ganze Land Generalgouvernement in alle dazu berufenen Gehirne und Seelen den Appell erströmen lasse,

19.12.1943

über die Arbeit des Tages, die auf uns lastet, hinaus sich zu dieser Gesellschaft der Wissenschaften zu bekennen, wenn ich die Berufenen auffordere, sich zu sammeln, so geschieht dies im engsten Zusammenhang der Belange dieser Zeit. Der Führer sprach einmal in einer seiner bedeutsamsten Reden von dem Licht, das, unauslöschbar aus den Tiefen der Antike von Athen herüberflammend, durch die Jahrtausende das Menschenwerk durchstrahlt. Dieses Licht in der feierlichen Schale der Wahrheitsucher in unserem Raum erstrahlen zu lassen, ist die stolzeste und höchste Aufgabe, die auch ich, der ich dieses Land organisiert habe, mir gestellt habe. Ich möchte sagen, dass ich mit dem Einfangen dieses Lichtscheines den Aufbau dieses Landes als vollzogen ansehe. Es gibt nun keine Neigung des Menschen, keine Notwendigkeit des Ordnungsgefüges einer Gemeinschaft mehr, die wir im Generalgouvernement nicht seit diesem Augenblick zu Hause wüssten.

Mit dieser Gesellschaft der Wissenschaften krönt sich nun das höchste Bewusstsein dessen, was Europa ist: Dieses Europa, das den Mut und die einmalige göttliche Berufung besässe, über die so naheliegenden nächsten Dinge des Krieges hinaus einer ewigen Idee sich zu , verschreiben, - dieses Europa, das entgegen dem Materialismus kolonialer Strebungen, Massenorganisiertheiten, materialistischer Summierungen eine seelisch-geistige Bezogenheit zum idealen Glaubensinhalt der Dinge durch Jahrtausende mühsam sammelte, formulierte und rettete.

Es ist kein Zufall, dass in diesem Augenblick die Terrorbombengeschwader unserer Feinde gerade das treffen wollen, was Europens Wert in dieser Welt ist.

19.12.1943

Es ist das Verhängnis, dass diese Macht der Antiwerte heraufzusteigen droht: was in unseren Kunststätten, in unseren Kulturgeborgenheiten, in dem, was von Europa über diese Erde leuchtet, soll von jenen Räubern getroffen werden, es soll getroffen werden, was den eigentlichsten Wert Europens ausmacht: Nicht für sich und an sich, sondern über sich hinaus zu denken und zu wirken.

Daher muss die Feierstunde der Errichtung einer Gesellschaft der Wissenschaften auch eine Kampfansage sein gegen alle Bemühungen, dieses Licht Europens, dieses Licht der freien schöpferischen Persönlichkeit, dieses Licht des gläubigen Idealismus und dieses Licht des kulturbezogenen Wertes als letztbezogenen Höchstwertes, demgegenüber jeder materielle Wert ein Unwert ist, zu zerstören. Diese Kampfansage muss auch von der Burg zu Krakau im Dienste des Freiheitskampfes unseres Volkes für Europa ertönen.

So hat denn die Gesellschaft der Wissenschaften in diesem Raum eine der stolzesten Aufgaben, sich nämlich zu bewähren in der Vorrangstellung, die uns Deutschen durch Adolf Hitler nunmehr in diesem Schicksalskampf um die letzten beglückendsten Werte Europas gegeben ist. Nach dem Gesetz der Geschichte gibt es, wie wir heute gehört haben, eine Fülle von ineindander greifenden Elementen. Ich habe als kleiner Arbeiter in diesem Gesamtbereich des politischen und kriegerischen Geschehens das Vertrauen, dass, wer dieses Licht in sich trägt und weiss, dass die jahrtausendalte Verpflichtung Europas eine gottgewollte Sendung und damit schlechthin charakteristische Vorbestimmung ist, unbeirrbar und gerade allen Mächten der Finsternis zum Trotz diese Leuchte der Wahrheit nicht wird untergehen sehen.

19.12.1943

Wir schmeicheln uns mit der Idee, einen national-sozialistischen Staat aufgerichtet zu haben, in dem die gewaltigste letzte Erkenntnis des europäischen Geistes formuliert wurde,- etwa die Gedanklichkeit des Rasseempfindens, etwa die Empfindung, dass der eigentliche Inhalt des Staates nicht so sehr die Autorität wie die Führung, nicht so sehr die Klassenbefriedigung wie die Volksgemeinschaft ist. Wir haben das Empfinden, dass das höchste soziale Ideal in der Erfüllung der Gemeinschaftspflichten und in dem Sichbekennen zu dem allgemein Überindividuellen liegt und darin das eigentliche Prinzip auch des Individuums gegeben ist. Aus diesem Fundament formt sich die Wahrheit, an der alle Versuche klassenmässig bedingter, judäisch oder plutokratisch bedingter Traditionen oder konservativer Dekadenz zerschellen werden.

Ein Volk, das seelisch und geistig, klar und monumental ausgerichtet, lieber das Leben als die Freiheit seiner Entwicklung lassen wird, kann nicht erstickt werden. Wir haben der Welt höchste Namen der geistigen Forschung gegeben, und es ist unverkennbar, dass unser Volk hier einen Höchstrang in der Weltgeschichte einnimmt. Auf sie ausgerichtet, an ihr sich messend, sei auch die Jugend dieses Raumes aufgerufen, nicht einem öden und lächerlichen Dilettantismus zu verfallen, der in dem Wissen eine Gefahr und in der Wissenschaftlichkeit der Theorie eine Öde sähe. Sie soll aufgerüttelt sein, diesen Weg, der in die Tiefe der Verblendung führt, dieses anmassende Sichemporsteigernwollen über das positive Wissen zu verlassen und Achtung zu haben vor den grossen Vorbildern jener selbstlosen Geisteskämpfer, denen unser deutsches Volk seinen Rang in der Geistesgeschichte verdankt. So soll denn die Gesellschaft der Wissenschaften des Generalgouvernements auch eine stolze Bewusstheit in sich tragen: Dieses

B

19.12.1943

Sichbekennen zu dem gedanklichen Gebäude, das unsere grossen deutschen Denker auf allen Gebieten aufgerichtet haben.

Wir bekennen uns zu der Geistesaristokratie, die damit verbunden ist, dass die berufenen Geister eines Volkes auch den Schutz der Gemeinschaft, ja ihre leidenschaftliche Förderung geniessen und dass es das heiligste Bemühen sein muss, die berufene Jugendlichkeit an die Bildungszone heranzubringen. Unsere Gymnasien, unsere Oberschulen, unsere Technischen Hochschulen und Universitäten dürfen nicht als überflüssige oder irgendwie rückständige oder müde Institutionen angesehen werden, die nicht genügend revolutionären Impuls in sich hätten, sondern sie müssen solange für den Höchstwert dieser Institutionen arbeiten, bis sie dem Höchstmass geistiger Leistungsnotwendigkeit entsprechen. Wir dürfen sie also nicht negieren, sondern sie positiv mit neuem Leben erfüllen.

Die grosse Gefahr des Dilettantismus liegt immer darin, dass er letzten Endes wohl mit äusserer Gewalt eine geistige Entwicklung eine Zeit lang unterdrücken kann, dass er dann aber vor der echten Reaktion des Fortschrittes zurückweichen muss. Und davor wollen wir unser Volk bewahren. Jetzt ist die Stunde der Einsicht und der tiefsten Erkenntnis. In einem Kampf, in welchem es um Leben und Tod unseres Volkes geht, muss auch diese geistige Zeugungskraft unserer Nation so lebendig wie nur irgendmöglich gehalten werden.

Die Gesellschaft der Wissenschaften des Generalgouvernements wird es sich daher zur höchsten Ehre anrechnen, eine stolze und starke Vorkämpferin der Bildung unseres Volkes in diesem edelsten Sinne zu sein. Ohne diese mutigen Bekenner zur Wissenschaft, ohne diese tapferen Streiter für die Wahrheit der Dinge können wir kein

19.12.1943

System aufrichten, es sei denn das einer fortgesetzten Verdunkelung der Wirklichkeit. Daher ist es eine nationalsozialistische Staatspflicht, die Wissenschaften stark und gross zu machen.

Herr Präsident, Sie haben mich gebeten, die Schirmherrschaft über die Gesellschaft der Wissenschaften des Generalgouvernements zu übernehmen. Ich bin gern dazu bereit. Ich wünsche Ihnen, Ihren Mitarbeitern und der Gesellschaft der Wissenschaften ein stolzes und starkes Gedeihen. (Lebhafter Beifall)

Mit dem von Präsident Dr. Eichholz ausgebrachten Sieg Heil auf den Führer und den Liedern der Nation findet die Feier ihren Abschluss.

12^{30} Mittagessen.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.)

Montag, den 20.Dezember 1943.

10^{00} **Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.**

10^{40} Besprechung mit Bankdirigent Präsident Dr.Paersch in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler.

11^{05} Arbeitssitzung, Thema: Wehrmachtsfragen.
(Teilnehmerliste s.Anlage)

Nach Eröffnung der Sitzung weist der Herr Generalgouverneur einleitend darauf hin, dass die Entwicklung der Kriegsereignisse das Generalgouvernement in steigendem Masse in Mitleidenschaft ziehe und die Regierung des Generalgouvernements zu ausserordentlichen Massnahmen zwingen werde.

Wehrkreisbefehlshaber General der Infantrie Haenicke nimmt zunächst zur allgemeinen Frontlage Stellung und führt aus, dass die Verlegung von Teilen des rückwärtigen Dienstes der Heeresgruppe auf Befehl des Führers geschehe. Der Führer habe befohlen, dass diese Wehrmachtsteile so weit zurückzuverlegen seien, dass sie durch Veränderungen an der Front niemals in Mitleidenschaft gezogen werden könnten. Ein Grund zur Beunruhigung bestehe nicht.

Generalmajor Haseloff gibt sodann einen kurzen Überblick über die Lage. Die Tatsache der Zurückverlegung der Front am Dnjepr wirke sich zwangsläufig auf das Generalgouvernement dahin aus, dass einzelne Dienststellen der Heeresgruppe und Teile des rückwärtigen Dienstes dort untergebracht werden müssen. Das Wehrkreiskommando habe sich deshalb

veranlasst gesehen, in enger Zusammenarbeit mit der Regierung des Generalgouvernements entsprechende Massnahmen einzuleiten. Es müsse unbedingt verhindert werden, dass, wenn dieser Ansturm grösser werde, die hereinströmenden Truppenteile oder Dienststellen zur Selbsthilfe griffen. Auf Grund eines Führerbefehls sei am 1.Dezember 1943 eine Anweisung der Obersten Heeresleitung an das Wehrkreiskommando ergangen. Innerhalb der Wehrmacht werde auf dem Gebiet des gesamten Nachschubs eine grosse organisatorische Neugliederung vorgenommen werden, die bedinge, dass von der Heeresgruppe anwachsende grosse Teile der Versorgungsbasis in das Generalgouvernement hineinverlegt würden. Zu diesem Zweck seien dem Wehrkreiskommando von den Frontteilen Erkundungsstäbe zugewiesen worden, nachdem die Regierung davon unterrichtet worden sei, und sie hätten ihre Tätigkeit bereits aufgenommen. Diese Stäbe sollten den Unterkunftsbedarf für Truppenteile und Dienststellen sicherstellen, die in nächster Zeit in das Generalgouvernement verlegt würden. Es handelt sich dabei vor allem um Depots und Nachschublager aller Art. Neben dieser Aktion laufe eine vorausschauende Massnahme auf dem Gebiet des Lazarettwesens, da unter Umständen weitere 10 000 Betten im Generalgouvernement zur Verfügung gestellt werden müssten. Das sei aber nur eine Notmassnahme, von der man noch nicht wisse, wann sie wirksam werde. - Darüber hinaus habe das Wehrkreiskommando den Auftrag erhalten, im Generalgouvernement 4 Divisionen neu aufzustellen, die aus den Resten der von der Front kommenden abgekämpften Divisionen gebildet werden sollen. Weiter sei der Befehl an das Wehrkreiskommando ergangen, für aufzufrischende Verbände des Feldheeres aus dem Osten Unterbringungsraum auf etwa 4 bis 5 Wochen zu schaffen.

20.12.1943

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Generalmajor Haseloff, dass im allgemeinen durch das Hineinströmen dieser Truppenteile, in deren Gefolge sich auch sogenannte hilfswillige östliche Einwohner befänden, an dem Wehrmachtsetat nichts geändert werde.

Der Herr Generalgouverneur will Vorsorge dafür getroffen wissen, dass alle auf diesem Gebiete notwendigen Massnahmen im Einvernehmen mit Präsident Naumann durchgeführt würden. Weiter legt er grösstes Gewicht darauf, dass von den hereinströmenden Truppenteilen nicht wieder wie früher grosse Aufkäufe im Schwarzhandel getätigt würden. Er bitte deshalb das Wehrkreiskommando, mit allen ihm zur Verfügung stehenden drakonischen Mitteln gegen diese Aufkäufe einzuschreiten. Der Truppe müsse unter allen Umständen klargemacht werden, dass sie sich im Generalgouvernement nicht in einem besetzten Gebiet, sondern in einem Teil des grossdeutschen Reiches befinde.

Generalmajor Haseloff bemerkt dazu, dass jeder Truppe ein Merkblatt gegeben werde, in welchem darauf hingewiesen werde, dass Aufkäufe auf dem schwarzen Markt strengstes verboten seien.

Der Herr Generalgouverneur hält es für unbedingt geboten, dass das Wehrkreiskommando in dieser Beziehung die notwendigen Massnahmen im engsten Einvernehmen mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft ergreife.

Bankdirigent Präsident Dr. Paersch nimmt sodann zur Frage der Finanzierung der Geldanforderungen der Wehrmacht Stellung. Sie habe, so führt er aus, angesichts ihres Umfanges in den letzten Jahren die Währung des Generalgouvernements in zunehmendem Masse belastet.

Hierüber sei mit den zuständigen Reichsstellen, insbesondere dem Oberkommando der Wehrmacht, ein Schriftwechsel geführt worden. Die Zusammenarbeit der in Frage kommenden Instanzen sei bisher gut gewesen. Naturgemäss habe nun die Ankündigung, dass demnächst 200 000 Mann in das Gebiet des Generalgouvernements kommen sollten, die Auswirkung, dass die Anforderungen entsprechend erhöht würden. Es sei aber vorgesehen, dass mit den zuständigen Stellen über diese Frage nochmals verhandelt werde. Jedenfalls werde es für das Generalgouvernement immer schwieriger, die Belastung der Währung zu tragen, die sich aus dem Umfang der Geldanforderung der Wehrmacht ergäbe.

Generalmajor Haseloff weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Truppe der Wehrsold und die Gehälter ausbezahlt würden, darüber hinaus noch die Kosten für die Ausführung von Wehraufträgen aufzubringen seien.

Der Herr Generalgouverneur will eine Gewähr dafür gegeben sehen, dass die dem Generalgouvernement entstehende Belastung währungsmässig vom Reich vergütet werde.

Präsident Dr. Paersch bemerkt, dass zwar das Reich Deckungsmittel zur Verfügung halte, die Schwierigkeit für das Generalgouvernement aber darin bestehe, dass die an das Generalgouvernement gestellten Anforderungen seine Leistungskraft überstiegen und die Währung dadurch stärker belastet werde. Man rechne mit einer Aufwendung von 60 Zl. je Mann und Monat.

Generalmajor Haseloff hält eine Drosselung auf dem Gebiet der Ausgaben nicht für möglich und ist der Meinung, dass hierüber gegebenenfalls mit den Obersten Reichsbehörden verhandelt werden müsse.

20.12.1943

Präsident Dr. Paersch gibt darauf einen Überblick über den Umfang der Geldanforderungen der Wehrmacht. Nach den Feststellungen für das erste und zweite Vierteljahr 1943 ergebe sich, dass eine Ermässigung des Gesamtbetrages der Geldanforderungen durch Zusammenfassung nicht habe erreicht werden können. Im Monatsdurchschnitt seien angefordert worden:

1940	78,5	Millionen
1941	169	"
1942	190	"
1943		
Januar	254	"
Februar	204	"
März	204	"
April	176	"
Mai	169	"
Juni	267	"
Juli	242	"
August	255	"
September	266	"
Oktober	188	"
November	206	"

Der Gesamtdurchschnitt des Jahres 1943 werde etwa 230 Millionen betragen. - Die persönlichen Ausgaben hätten betragen: im ersten Vierteljahr 1943 25%, im zweiten Vierteljahr 20 %. Alles andere seien Sachausgaben gewesen. Im ersten Vierteljahr seien von den restlichen Sachausgaben 47 % auf gebietseigenen und 27 % auf gebietsfremden Nachschub entfallen, im zweiten Vierteljahr 38,4 % bezw. 40,8 %. Die Leistung des Gebietes für die Ostfront sei damit verstärkt worden. - Die Ergebnisse für das dritte und vierte Vierteljahr lägen noch nicht vor. Es sei vorgesehen gewesen, dem Reichsmarschall eine Antwort zu geben, sobald das Er-

gebnis des dritten Vierteljahres vorliege. Der Befehl des Reichsmarschalls vom 29.Juli 1943 besage, dass für die Inanspruchnahme des Generalgouvernements im Interesse des Nachschubes an die Ostfront die Zustimmung des Generalgouverneurs erforderlich sei.

Ob eine Steigerung der Summen zu erwarten sei, könne man noch nicht genau übersehen, weil nicht bekannt sei, in welchem Umfange sich die damit verbundenen Sachausgaben erhöhen würden. Immerhin sei aber mit einer Erhöhung der Ausgaben um 20 bis 30 % zu rechnen. Die Finanzierung der Wehrmachtsgeldanforderung sei bisher noch möglich gewesen, werde aber immer schwieriger, weil die Wirtschaftskraft des Gebietes begrenzt sei und die Gegenwerte, die die Geldanforderungen der Wehrmacht darstellten, in Form von Wirtschaftsgütern aus dem Gebiet entnommen würden. Damit fehle währungsmässig die Grundlage. Diese Wirtschaftsgüter gingen auch zum Teil an die Ostfront. Eine weitere Auswirkung sei die, dass die Ernährungsforderungen dazu nötigten, die Versorgung der einheimischen Bevölkerung unzureichender zu gestalten. Diese Bevölkerung sei dann wieder auf den freien Markt angewiesen. Die Folge seien Preissteigerungen und ein Rückgang der Kaufkraft der Währung. Im allgemeinen werde also die Währungslage mehr und mehr angespannt. Bisher sei es noch möglich gewesen, was daneben an Rüstungsaufgaben laufe, aus eigener Kraft zu finanzieren. Aber mit der Länge des Krieges werde auch das immer schwieriger, weil die Wirtschaftskraft des Landes unter dem Gesetz des Krieges stehe. Das gelte vor allem auch für die Erzeugung auf dem Gebiet der Landwirtschaft, die angesichts des Mangels an Gespannen, Düngemittelnusw. nur unter grossen Schwierigkeiten auf den nötigen Stand gebracht werden könne. Das Generalgouvernement habe alle diese Gesichtspunkte und Auswirkungen schon frühzeitig den massgeblichen Reichsstellen zur Kenntnis gebracht und darauf hingewiesen,

dass bereits seinerzeit die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Wehrsolderhöhung um 50 % nicht gegeben gewesen seien.

Das nächstliegende sei jetzt, dass die Geldabziehungen seitens der Wehrmacht im Sinne einer straffen Zusammenfassung unter Überprüfung der Anforderungen nach Notwendigkeit und Dringlichkeit durchgeführt würden. Auf Ankäufe am schwarzen Markt seitens der Truppenteile müsse unter allen Umständen verzichtet werden. Auf dem Gebiet der Geldmittelabziehung sei insofern ein Problem aufgetreten, als gewisse Organe von der Ostfront zurückverlegt würden, die hinsichtlich der Geldabziehung dem Wehrkreiskommando nicht unterständen, so das Luftgaukommando 27 und ein Wirtschaftsstab. Das Wehrkreiskommando habe erreichen wollen, dass über die Verwendung der Geldmittel soweit als möglich Aufschluss gegeben werde./ 65 sei das bisher nur bei dem kleinen Wirtschaftsstab zu erreichen gewesen, nicht dagegen bei dem Luftgaukommando 27, das eine Anforderung von 50 Millionen im Verrechnungsverkehr gestellt habe, die demnächst eine Wiederholung erfahren solle. Er habe dringend gebeten, die Finanzierung dieser Stellen hier zu halten aber zu versuchen, dass man an die Ausgaben herankomme. Im übrigen sei vorgesehen gewesen, dass zur Besprechung dieser Frage ein Vertreter des OKW nach Krakau kommen sollte, der aber infolge der Luftangriffe auf Berlin nicht erschienen sei.

Der Herr Generalgouverneur wirft die Frage auf, wie ein Weg gefunden werden könne, auf dem das Generalgouvernement dieser Schwierigkeiten Herr werde, und ob das Reich dem Generalgouvernement praktisch überhaupt helfen könne.

Präsident Dr. Paersch erwidert, dass das Reich dem Generalgouvernement hinsichtlich der Währung nur in beschränktem Masse Hilfe leisten könne, weil die Aus-

nutzung des Gebietes seine Wirtschaftskraft übersteige. Das sei auch ein Ausfluss der Tatsache, dass das Gebiet die wichtigste Etappe für die Ostfront sei. Die zentrale Lage des Gebietes bringe eben diese Schwierigkeiten mit sich. Deshalb sei der Vorschlag gemacht worden, dass zur Entlastung der Wirtschaftskraft des Gebietes in möglichst grossem Umfange Ware für die im Gebiet vorhandene Truppe nachgeschoben werde. Dieser Grundsatz sei auch als richtig anerkannt worden, doch habe sich ergeben, dass seine Durchführung eine gewisse Beschränkung erfahre, weil auch im Reich die Vorräte begrenzt seien und das Reich immer auf die Notwendigkeit der Ausnutzung der Wirtschaftskraft des Gebietes hinweise. In diesem Zusammenhang werde die Frage aufzuwerfen sein, ob nicht die im Jahre 1940 erfolgte Wehrsolderhöhung für das Generalgouvernement sofort rückgängig gemacht werden könne.

Generalmajor Haseloff weist darauf hin, dass diese Wehrsolderhöhung keine Erhöhung im eigentlichen Sinne, sondern nur eine Anpassung an die tatsächliche Kaufkraft des Zloty gewesen sei. Diese Erhöhung sei in allen Gebieten erfolgt, die eine nichtdeutsche Währung hätten. Im übrigen sei der Wehrsold ja auch nur der Betrag, der dem Soldat zur Befriedigung seiner täglichen Lebensbedürfnisse gegeben werde.

Präsident Dr. Paersch gibt zu bedenken, dass die Lösung der Frage entscheidend davon abhänge, in welchem Umfange das Reich die Tragung der Lasten erleichtern könne. Geholfen werde könne seines Erachtens nur durch Lieferung von Ware, insbesondere in Gestalt von Marketenderware und in Form von Nachschub dessen, was bisher aus dem Lande entnommen werde. Auf dem Gebiet der Sachbeschaffung liege ja das Hauptgewicht der Geldanforderungen

der Wehrmacht. Und wenn hier nicht geholfen werde, würden die Preise immer höher steigen und die zur Verfügung stehenden Mengen immer geringer werden.

Der Herr Generalgouverneur ist der Ansicht, dass es sich hier wohl in der Hauptsache um eine Auseinandersetzung zwischen OKW und Reichsministerium Speer handelt. Angesichts des bisher von diesen Stellen eingeschlagenen Verfahrens müsse rechtzeitig auf die Nachteile der Fortsetzung dieser Praxis hingewiesen werden. Auch er erblicke in dem Hereinbringen von Ware in das Generalgouvernement den einzigen Ausweg aus diesen Schwierigkeiten.

Generalmajor Haseloff führt die Tatsache der ansteigenden Tendenz der Ausgaben darauf zurück, dass das Reich bisher die Truppenteile weitgehend aus den Nachschubmagazinen verpflegt habe, die wieder aus dem Generalgouvernement beliefert worden seien. Von diesem Grundsatz sei man aus Transportgründen abgegangen. Was dem Reich im Gebiet des Generalgouvernement zugute kommen solle, brauche nicht erst ins Reich transportiert zu werden. Infolgedessen entnehme die Truppe diese Dinge unmittelbar aus dem Lande, was naturgemäss ein Ansteigen der Zahlungsbilanz mit sich bringe.

Der Herr Generalgouverneur will die Industrie im Reich dafür verantwortlich gemacht wissen, die trotzdem ihre eigenen zusätzlichen Leistungen aufrecht erhalte.

Präsident Dr. Emmerich bemerkt, dass dieses Problem schon seit 1941 bestehe. Die Frage solle demnächst mit Präsident Kehrl geklärt werden.

20.12.1943

n Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, dass die Wehrmachtsanforderungen für den Raum zeitlich mit weiteren Anforderungen von Ost und West zusammenfielen: aus dem Osten werde gleichfalls Rüstungsindustrie ins Generalgouvernement verlagert, zudem seien 150 000 Mann fremder Bevölkerung im Generalgouvernement unterzubringen. Alle Instanzen müssen jetzt zusammenwirken, um diese Forderungen entweder abzuwehren oder, wenn es nicht anders möglich sei, zu erfüllen. Das Problem der Bereitstellung von 10 000 Betten für Lazarette werde allgemein zufriedenstellend gelöst werden können. Im übrigen habe er durch die Behörden der allgemeinen Verwaltung im Lande eine Umfrage über alle noch zur Verfügung stehenden Räume durchführen lassen.

Im weiteren Verlauf der Beratung wird dann auf Anregung des SS-Obergruppenführers Koppe zu der Frage Stellung genommen, ob und in welchem Umfange man für diese Zwecke auf die Klöster im Lande zurückgreifen könne.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, dass eine Liste sämtlicher im Lande vorhandener Klöster aufgestellt und ihm eine Abschrift dieser Liste übergeben wird.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt dazu, dass zur Zeit etwa 20 Klöster freigemacht und für verschiedene Zwecke, zum grossen Teil Zwecke der Wehrmacht, zur Verfügung gestellt würden. Der Raum müsse nur rationell aufgeteilt, und alle Reserven, die noch bei den Dienststellen und bei der Wehrmacht verfügbar seien, müssten eingesetzt werden. Leider habe es sich in der letzten Zeit eingebürgert, eine Reservewirtschaft auf allen möglichen Gebieten zu treiben, der unbedingt entgegen-

gewirkt werden müsse.

Generalmajor Haseloff teilt mit, dass auf Grund einer scharfen Anweisung des Wehrkreisbefehlshabers besondere Massnahmen gegen das Überhandnehmen dieser Reservewirtschaft getroffen werden sollten.

SS-Obergruppenführer Koppe spricht sich für eine Dezentralisierung des Lagerraumes aus und will als Lagerräume auch Kirchen herangezogen wissen.

Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Dr. Bühler an, die Frage des Lagerraumes einer besonderen Besprechung zu unterziehen.

Präsident Naumann bezeichnet es als dringend notwendig, dass der verfügbare Lagerraum vor allem den Zwecken der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft erhalten bleibe. Es müsse unter allen Umständen vermieden werden, dass sich Teile der Wehrmacht dieses Lagerraumes bemächtigten. Dasselbe gälte für die Verarbeitungsbetriebe, Molkereien, Zuckerfabriken, Brauereien usw.

Der Herr Generalgouverneur weist Präsident Naumann an, ein Verzeichnis dieser Lagerräume auch der Wehrmacht zur Verfügung zu stellen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Naumann, dass im Jahre 1941 die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft ein Plakat entworfen habe, das auf Anordnung des Militärbefehlshabers damals überall aufgehängt worden sei. Die Wirkung dieser Massnahme sei durchaus zufriedenstellend gewesen; die Lagerräume seien von der Wehrmacht nicht

in Anspruch genommen worden, und wenn sich ein Truppenteil einen Übergriff erlaubt habe, sei er sofort in seine Schranken zurückgewiesen worden. Eine ähnliche Regelung müsste jetzt wieder Platz greifen.

Der Herr Generalgouverneur wünscht diese Massnahme auch auf die Monopolbetriebe ausgedehnt zu sehen.

Weiter weist Präsident Naumann darauf hin, dass vom Standpunkt der landwirtschaftlichen Verwaltung zwar eine Zentralisation der Läger das Gegebene sei, aber andererseits auch eine Dezentralisation manchen Vorteil bringe. Massgebend dabei sei immer die Frage, ob auch genügend Kräfte für die Bewachung der Läger zur Verfügung ständen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Naumann nochmals, ihm ein Verzeichnis dieser Läger zur Verfügung zu stellen und Präsident Dr. Senkowsky ebenfalls um die Aufstellung eines Verzeichnises für die Monopolbetriebe zu bitten. In dieser Frage müssten auch die SS- und Polizeiführer gehört werden. Eine Dezentralisierung der Läger halte er auch bis zum gewissen Grade für unbedingt erforderlich.

General Haenicke kann sich für den Schutz dieser Läger nicht verbürgen, wenn weitere Mannschaften für andere Zwecke abgezogen würden. Allerdings würden durch die Hineinverlegung rückwärtiger Dienste auch kleine Ortschaften belegt, was eine gewisse Befriedung des Gebietes zur Folge habe. Andererseits müssten aber ganze Bataillone für den Objektschutz zur Verfügung gestellt werden.

SS-Obergruppenführer Koppe gibt der Erwartung Ausdruck, dass die Sicherheitslage im Generalgouvernement sich bessern werde. Angesichts der Tatsache, dass

die Wehrmacht auch fremdvölkische Elemente als Wehrmachtsgefolge ins Generalgouvernement bringe, wäre es zweckmässig, wenn sich die militärischen Dienststellen jeweils mit der Sicherheitspolizei ins Benehmen setzten.

Der Herr Generalgouverneur hält es für geboten, dass dieses Wehrmachtgefolge der Polizei unterstellt wird. Der Umstand, dass 150 000 Fremdvölkische ins Generalgouvernement gebracht würden, stelle eine grosse Belastung und Gefahr für das Generalgouvernement dar, und deshalb habe er auch gegen diesen Plan Protest eingelegt.

Abschliessend stellt der Herr Generalgouverneur das Ergebnis der Beratungen fest und trifft dabei folgende Verfügungen:

1. Präsident Dr. Paersch wird beauftragt, eine Denkschrift über die in der Sitzung behandelten Wehrmachtsfragen im Einvernehmen mit den Intendanten der Wehrmachtsteile auszuarbeiten.
2. Den Ankäufen von Waren auf dem Schwarzmarkt seitens der in das Generalgouvernement verlegten Truppenteile ist mit den schärfsten Mitteln entgegenzuwirken.
3. Für die Regelung der Raumfrage soll ein Regulativ ausgearbeitet werden, dem ein Verzeichnis der Klöster und des Lagerraumes beizufügen ist.

Anwesenheitsliste

für die Sitzung (Thema: Wehrmachtsausgaben)
am 20. Dezember 1943 11⁰⁰ Uhr.
im Königssaal der Burg

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Bormann		
Sauckel		
Milch		
Keitel		
Speer		
Dönitz		
Raeder		
Funk		
Seyß-Inquart		
Lammers		
Dr. Boepple		
Fritzsche		
Hippel		
Hoffmann		

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
Fischer	VO [illegible]	OKW
Bazur	Oberstleutnant	VO d. Luftwaffe
Förster	Oberst u. Ober- [illegible]	[illegible]
[illegible]	Oberstleutnant i. G.	[illegible]
[illegible]	[illegible]	"
[illegible]	[illegible]	[illegible]

20.12.1943

12[35] Der Herr Generalgouverneur empfängt den bisherigen Gouverneur des Distrikts Krakau, Herrn Dr. Losacker und Hauptsturmführer Sinn.

13[00] Mittagessen.

15[30] Weihnachtsfeier mit Bescherung von 39 Kindern, Waisen-und Halbwaisen von Eltern, die bei den Bombenangriffen in Hamburg ums Leben gekommen sind, im Türkenzelt der Burg.

Während der Kaffeetafel richtet der Herr Generalgouverneur folgende Ansprache an die Kinder:

Ich habe Euch im Namen aller Deutschen des Generalgouvernements auf die Burg zu Krakau geladen. Es trifft sich gut, dass der Weihnachtsmann gerade heute Zeit hatte, sich auf die Burg zu begeben und Euch die Gaben auf den Tisch zu legen, die die Deutschen dieses Raumes Euch bescheren. Ich freue mich sehr, dass wir in dieser schönen Stunde zusammen sein können. Ihr sollt daraus ersehen, wie glücklich wir alle sind, dass Ihr so wohlgeborgen im Generalgouvernement seid. Über Euch hinaus, die Ihr nur verhältnismässig wenige seid, grüsse ich die Tausende von Jungen und Mädchen, die alle vom Grossdeutschen Reich im Generalgouvernement versammelt sind. Ich wünsche Euch von ganzem Herzen weiter einen erfreulichen und auch fördernden Aufenthalt in diesem Nebenland des Grossdeutschen Reiches, das unser Führer und seine

20.12.1943

Wehrmacht erkämpft haben. Seid gute Deutsche, bewähret Euch, so wie bisher, und macht Eurem Vaterlande Ehre ! Bleibt in Kraft und Gesundheit die stolzen Zeugen unserer Zukunft. Von Herzen fühle ich mich Euch verbunden. Ich danke Euch. Ich danke auch dem Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP, der Euch durch seine Organisation des Winterhilfswerkes, an deren Spitze der Parteigenosse Ollisch so bewährt arbeitet, diese Gaben vermittelt hat. Ich danke insbesondere auch den Repräsentanten der Hitler-Jugend und des BDM, die hier so hervorragend gearbeitet haben. Ich wünsche Euch allen von ganzem Herzen das beste. Die Deutschen des Generalgouvernements werden auch in Zukunft alles tun, was irgendwie möglich ist, um Euch zu helfen, Euch beizustehen und Euch eine Heimat in diesem Land zu bereiten.

19[25] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Haus Urania; dort findet unter Leitung des Kapellmeisters Erb ein Weihnachtskonzert statt.

Dienstag, den 21.12.1943

11^{00} Präsident Naumann übermittelt dem Herrn Generalgouverneur eine Einladung zur 3. Deutschen Landwirtschaftlichen Führertagung in Zakopane und bittet ihn, am 12 Januar 1944 vor den Teilnehmern dieser Führertagung zu sprechen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich dazu bereit.

11^{05} Bespre-chung mit Kulturreferent Jänicke. Jänicke legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf eines an den Hauptschrift-leiter Geisenheimer gerichteten Schreibens vor, mit dessen Inhalt sich der Herr Generalgouverneur einverstanden erklärt.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt den Kulturreferent Jänicke, dem nicht offiziellen Bericht über die bisherigen Leistungen der Kulturvereinigung und über das Ergebnis der Kulturtagung in der Krakauer Zeitung zu veröffentlichen.-Ein offizieller Jahresbericht wird später erscheinen.

11^{30} Besprechung mit Herrn Hauptabschnittsleiter Stahl.

11^{40} Der Herr Generalgouverneur überreicht in Gegenwart des Hauptabschnittsleiters Stahl und des Pressechefs Gassner dem Gouverneur des Distrikts Krakau Dr. v. Burgsdorff die Urkunde über seine Ernennung zum Distriktstandortführer.

11^{45} Besprechung mit Pressechef Gassner.

12^{10} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart der Staatssekretäre Bühler, Boepple und des Präsidenten Dr. Emmerich den Oberkriegsverwaltungsrat Dr. Bergemann.

Dienstag, den 21.12.1943

In der anschliessenden Besprechung teilt Oberkriegsverwaltungsrat Bergemann mit, dass er beauftragt sei, an einem Sanierungsprogramm für das Generalgouvernement mitzuarbeiten. Der Herr Generalgouverneur gibt in diesem Zusammenhang eine kurze Schilderung der zur Zeit im Generalgouvernement herrschenden Verhältnisse und hält eine Hilfe des Reiches zu Gunsten des Generalgouvernements für unbedingt notwendig. Das Reich habe selber das grösste Interesse an der Aufrechterhaltung einer geordneten Wirtschaft im Generalgouvernement, umsomehr, als jetzt das Gebiet der Front sehr nahe gerückt sei. Er bitte, Oberkriegsverwaltungsrat Dr. Bergemann, alle seine Dienststelle interessierenden Fragen mit Staatssekretär Dr. Bühler und anderen beteiligten Instanzen einer eingehenden Besprechung zu unterziehen.

12^{30} Mittagessen.

13^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Krynica.

1425

Mittwoch, den 22.12.1943.

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs
in Krynica.

Donnerstag, den 23.12.1943.

16[10] Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

19[10] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatskasino, wo eine Weihnachtsfeier der Gefolgschaft der Regierung des Generalgouvernements stattfindet.

Der Herr Staatssekretär Dr. Bühler, eröffnet die Feier mit folgender Ansprache:

Zum fünften Male in dem hochdramatischen Ringen des zweiten Weltkrieges ist die Gefolgschaft der Regierung des Generalgouvernements zu einem nun bereits traditionell gewordenen weihnachtlichen Zusammensein in diesem schönen Saal des Staatskasinos in Krakau versammelt. Als Sie, Herr Generalgouverneur, Weihnachten 1939 Ihre Gefolgschaft zu sich auf die Burg baten, war sie noch eine kleine Schar. Diese Gefolgschaft ist inzwischen gewachsen, mit ihr die Last der Arbeit, die Grösse der Aufgaben und die Schwere der Verantwortung. Wir haben uns längst von der Vorstellung freigemacht, dass wir nur zu einem kurzfristigen, vorübergehenden Kriegseinsatz ins Generalgouvernement vom Reich abkommandiert worden sind; wir tragen die lebendige Erkenntnis und Gewissheit in uns, dass wir, die eingesetzten Deutschen, im Dienste einer gewaltigen volkstumspolitischen Aufgabe, im Dienste einer Deutschtumsmission stehen, die nicht nur im gegenwärtigen kriegerischen Ringen, sondern darüber hinaus in die weite Zukunft hinein für viele Generationen

deutschen Blutes, denen wir eine bessere Zukunft zu erkämpfen uns bemühen, von grosser Bedeutung sein wird.

Sie, Herr Generalgouverneur, haben uns den Idealismus zur Durchführung dieser Aufgaben immer und immer wieder gegeben. Sie haben sich aber darüber hinaus stets um die materiellen Belange Ihrer Gefolgschaft persönlich gekümmert. Die Sozialeinrichtungen, die die öffentliche Verwaltung zur Betreuung dieser Gefolgschaft getroffen hat, und ihr ständiger stetiger weiterer Ausbau sind Ihren Anregungen zu verdanken. Ich erinnere daran, dass Sie vor einem Jahr an dieser Stelle versprochen haben, auf keinen Fall die Kürzung der Beschäftigungsvergütung und die damit notwendigerweise verbundene Herabdrückung des Lebensstandards der Deutschen im Generalgouvernement zu dulden. Sie haben dieses Versprechen im vergangenen Jahre wahrgemacht. Heute denkt niemand mehr daran; jeder ist sich über die Kurzsichtigkeit der damals vom Reich geplanten Massnahmen klar.

So können wir unser künftiges Schicksal ruhig Ihren Händen weiter anvertrauen. Wir tragen in uns den Glauben, dass Sie die Kraft und den Willen haben, das Schicksal der Deutschen im Generalgouvernement stets zum Besseren zu wenden.

Wir geloben Ihnen, Herr Generalgouverneur, auch für das kommende Jahr unbedingte Gefolgschaftstreue und äusserste Pflichterfüllung. Ich darf unser

23.12.1943

aller grossen Freude darüber Ausdruck geben, dass Sie Ihre knapp bemessene Zeit dazu verwenden, um einige Stunden in kameradschaftlicher Geschlossenheit in unserer Mitte zu weilen. Ich darf Sie im Namen Ihrer Gefolgschaft in unserer Mitte herzlichst willkommen heissen. Ich bin überzeugt, dass der heutige Abend für uns alle ein Erlebnis sein und uns eine stetige schöne Erinnerung an unsere Kampfzeit im Generalgouvernement auf den Weg geben wird.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank ergreift dann das Wort zu folgender Ansprache:

Meine Kameraden und Kameradinnen!
Wir haben ein Jahr treuer Gemeinschaftsarbeit im Generalgouvernement nun bis auf wenige Tage beendet. Es obliegt mir nunmehr, Ihnen und über den Kreis der heute hier Anwesenden hinaus allen im Dienst des Generalgouvernements stehenden deutschen Männern und Frauen der Allgemeinen Verwaltung wie der Technischen Verwaltung, der Polizei und Sicherheitsorgane meinen Dank und meine Anerkennung zum Ausdruck zu bringen. Dieses letzte Jahr war besonders schwer, stand es doch allgemein krisgsgeschichtlich unter dem Einfluss und den Auswirkungen ungewöhnlich tragischer Kriegsereignisse. Heute vor einem Jahr stand Deutschland unte r dem Banne der Nachrichten von Stalingrad. Das Jahr 1943 begann mit dem schweren Kampf in Afrika, mit der Räumung von Tunis, es steigerte sich dann zum Überfall der Alliierten auf Sizilien, die Krisis dieses Jahres summierte sich in dem Zusammenbruch Italiens und in dem Sturz Mussolinis, in dem einzigartigen Verrat der Badoglio-Clique und des Hauses Savoyen an uns und Europa. Es begannen dann die schweren Kämpfe an der Ostfront. Dieses kriegerische Geschehen war verbunden mit

23.12.1943

mit den masslosen terroristischen Angriffen der Bombengeschwader unserer Feinde auf blühende deutsche Städte, auf alte deutsche Kulturbereiche, die über Hunderttausende von deutschen Männern und Frauen, von Familien und Sippen Zerstörung, Not- und Elend zu bringen bestimmt waren.

Es ist unsere Art, die wir uns vor allem im Osten des Grossdeutschen Machtbereiches zu eigen gemacht haben, schwere Dinge nicht als solche anzusehen und etwa mit billigen, gleichmütigen Phrasen über kritische Augenblicke unserer Geschichte hinweg zu gleiten. Wir sind gewohnt, die Dinge und Vorgänge im allgemeinen Leben so zu sehen, wie sie sind, und nur, weil wir diesen absolut realen, kaltnüchternen Blick den Ereignissen gegenüber uns zum Grundsatz gemacht haben, konnten wir unsere Aufgabe in diesem Jahr auch meistern.Aber es muss in Anwendung dieser klaren Erkenntnis gesagt werden, dass die Last, die in diesem Jahr auf unseren Führer und Obersten Befehlshaber der Wehrmacht Adolf Hitler vom Schicksal gelegt wurde, zu tragen schier eine übermenschliche Kraft beanspruchte. Daher gilt in diesem Augenblcik auch unser erster Gedanke dem Manne, der dieses Schicksal nun zu meistern hat,dessen Befehlsträger in diesem Raume wir sind und der uns diese Position im grossen Geschehen des heutigen Europa hier im Osten gegeben hat. Was Adolf Hitler in diesem Jahr an Höhepunkten kriegerischster Stunden erlebt haben mag, das kann sich jeder von uns leicht ausmalen. Am Ende des Jahres 1943 weiss der letzte Deutsche, dass es in diesem Kriege um die totale Existenz unseres Volkes geht, dass dieser Krieg also nicht vergleichbar ist mit jenen politisch taktischen Auseinandersetzungen früherer geschichtlicher Epochen, in denen ein bestimmtes politisches Gleichgewicht

friedlicher Art auf ein, zwei oder vielleicht auch vier oder fünf Jahre durch kriegerische Auseinandersetzungen unterbrochen wurde, an deren Ende dann der ursprüngliche Friedenszustand mit normalen Staatsgebilden weitergeführt wurde. Nein, dieser Krieg ist nicht einreihbar in einen normal übersehbaren Ablauf der Geschichte, er steht nicht im Wendepunkt zweier verschiedener Bereiche einer und derselben Epoche, sondern er ist der Weltwendepunkt schlechthin, und an seinem Ende wird nicht ein Frieden im Sinne einer früheren Geschichtsauffassung geschlossen, sondern es geht darum, ob die germanisch-europäische Kulturwelt dem Bolschewismus verfallen sein wird oder ob sie im letzten Augenblick mit letzten Energien vor dem bolschewistischen Zerstörungsdruck gerettet wurde. Wir stehen also auch bei der Betrachtung des Ablaufs des Krieges vor der Notwendigkeit dieser Erkenntnis. Keine Parallelle der Weltgeschichte ist auf diesem Krieg anwendbar, es sei denn, dass man an die kolossalen Auseinandersetzungen denkt, die im Zusammenhang mit der sogenannten Völkerwanderung in Europa einige Jahrhunderte hindurch über unsere Erde gebraust sind.

Wir haben es daher auch in diesem Raume richtig angefangen und uns schon 1939 auf eine lang dauernde und lang durchzuhaltende Stetigkeit der Dinge eingestellt. Wir wollten hier nicht Vorübergehendes schaffen, sondern ein stabiles Regiment eines Staates errichten, der als Nebenland des Grossdeutschen Reiches mit Funktionen eines Staates versehen diese Daueraufgabe in jeder Entwicklungsphase würde durchhalten können. Dass dieser Grundsatz, den wir damals gemeinsam aufgestellt haben, richtig war, zeigte sich nun insbesondere in diesem Jahre. Es kam nicht darauf an, aus einem besetzten Gebiet des früheren Polens unter höchster Anwendung aller Energien möglichst schnell alles Erreichbare an Beute zusammenzuraffen und dann dieses Land, dieses kriegsmässig völlig

ausgebeutete Land, seinem künftigen Schicksal zu überlassen,- nein, es kam darauf an, entsprechend der zu erwartenden langen Dauer des Krieges die Funktionen dieses Raumes und seine Energien in menschlicher und sachlicher Form so intensiv und dauerhaft wie nur möglich in den totalen Dienst des Reiches zu stellen.

Daraus ergab sich dann das gesamte Regierungsprogramm für dieses Gebiet. Es musste gelingen, zunächst einmal eine Landesstruktur aufzubauen, die dauerhaft war. Sie musste auch einfach, überschaubar, modern, klar sein und technisch einwandfrei funktionieren. Dieser Grundsatz musste aus der Totalität aller Zuständigkeiten in diesem Raume ebenso hervorgehen, wie der Grundsatz des Führerprinzips und der Geschlossenheit autoritärer disziplinierter Art diesem Gebilde eingeprägt war. Andererseits musste aber auch die Politik dieses Raumes so geführt werden, dass sich die Millionenmassen der fremdvölkischen Bevölkerung in die Zustände allmählich hineinzuleben vermochten, dass sie in ihrer Lebensart so weit erhalten werden konnten, als dies notwendig war, um das Ziel eines dauernden, möglichst hohen Ertrages sicherzustellen. Im Zusammenhang damit musste es zu grossen Befriedungsmassnahmen kommen, die alle momentan so verlockend erscheinenden Beute-oder Gewaltgesichtspunkte zurückzudrängen vermochten gegenüber dem allgemeinen Dauernutzen, den unser Reich von einem klar geführten, einheitlich und sachlich aufgebauten, eindeutig technisch funktionierenden Nebenland nur irgendwie davontragen konnte. Die Ernten dieses Gebietes, die Teilnahme vor allem der fremdvölkischen Bevölkerung an den Arbeiten aller Bereiche sind ein Zeichen

dafür, dass dies in weitem Umfange geglückt ist.

So kann ich am Ende dieses Jahres zum ersten Male im Verlauf des bisherigen Wirkens in diesem Raume feststellen, dass an dem von mir damals aufgestellten allgemeinen staatsstruktuellen und politischen Gesichtspunkten niemand mehr Anstoss nimmt, dass sie sich restlos durchgesetzt haben, dass damit auch die Autorität unserer Arbeit und unserer gemeinsamen Bestrebungen in diesem Raume sichergestellt ist.

Wir sind stolz darauf, dass dieses Nebenland des Grossdeutschen Reiches, gerade weil es die gehämmerte innere Zuverlässigkeit seiner Prozedur besitzt, eines der zuverlässigsten Instrumente in der gesamteuropäischen Versorgung wurde. Die Zahl der Sabotagefälle, der Unsicherheitsmomente ist gemessen an anderen Teilen Europas geradezu gering. Wo sich irgendwie Widerstand bemerkbar macht, wo sich aus dem Osten Banden in unser Gebiet schlagen, wo der Meuchelmord verzweifelter polnischer Hasardeure das deutsche Leben angreifen zu können glaubt, da waren, sind und werden wir stark genug sein, mit diesen Vorfällen aufzuräumen. Es zeigt sich, dass unser entschlossenes Handeln auch die besonnenen Elemente der Bevölkerung wieder zur Raison gebracht hat, und dass daher die Sicherheitslage im Generalgouvernement, insbesondere in Warschau und in den östlichen Teilen, in diesem Jahr allmählich weider in normaler Weise sich entwickelt.

Ich möchte Ihnen am Schluss dieses Jahres auch sagen, dass Sie selber ja das Gefühl besitzen, an einer wichtigen Stelle zu stehen. Man kann sich heute das Generalgouvernement mit seiner Leistungsfähigkeit am plastischsten daran vorstellen, dass, wenn man im Reich nicht weiss, woher man noch irgendwie Zucker, Kartoffeln, Getreide, Brot, Tabak usw. holen soll, man immer zunächst an das offensichtlich für unerschöpflich gehaltene

23.12.1943

Generalgouvernement denkt. Das gilt ebenso für die Verlegung von Truppenteilen, von neuen Fabriken und ähnlichen Dingen ins Generalgouvernement. So stellt heute im Blickfeld des normalen Geschehens das Generalgouvernement eine Insel wohlbehüteter Ordnung dar.

Aus alldem ergibt sich, d$_a$ss 1% deutscher Bevölkerung über 99% nichtdeutscher Bevölkerung ein Regiment aufgerichtet hat, das all' diese Leistungen gewährleistet, und Ihr, meine Kameraden und Kameradinnen, könnt sagen, dass Ihr an diesem Werk massgeblich beteiligt seid.

Wir haben in diesem Jahr das Glück gehabt, von schwersten Bombenangriffen verschont zu bleiben. Wir können es uns noch erlauben, heute in einem geschlossenen Saale Weihnachten zu feiern. Hunderttausende und Aberhunderttausende deutscher Beamter und Angestellter im Reich haben diese Möglichkeit nicht mehr. Ihre Wohnungen und ihre Diensträume sind zerstört, ihre ganze Lebensführung ist bis in das tiefste erschüttert, und sie erfüllen trotzdem ihre Pflicht weiter. Das deutsche Reich ist unzerstörbar, durch Bombenangriffe aber schon am wenigsten zu vernichten.

Wenn die Entwicklung der Sicherheitslage weiter so fortschreitet, wenn die Sabotageeinwirkungen der Gegner nach wie vor nahezu ausgeschaltet werden können wie bisher, wenn die Arbeitskraft unserer deutschen Angestellten und Beamten wie bisher aufrechterhalten bleibt, dann wird auch im kommenden Jahre die Leistungskurve des Generalgouvernements die E/ntwicklung nach oben beibehalten können, die allerdings auch notwendig sein wird.

Wir kommen selten zusammen, seltener, als ich mir das wünschte. Die Arbeitslast, die auf mir und auf Ihnen

liegt, hat sich ja auch mit der Intensivierung der Arbeit ungeheuer gesteigert. Das Arbeiten in diesem Raume ist für uns nicht leicht. Es wäre müssig, die ungeheuren Schwierigkeiten im einzelnen aufzuzählen, mit denen auch Sie in Ihrem eigenen Bereich unausgesetzt zu tun haben. Wir wissen aber, dass trotzdem eine grosse kameradschaftliche Geschlossenheit die Gefolgschaft unseres Nebenlandes durchzieht. Ich habe an dieser Stelle schon öfter davon gesprochen, wie sehr ich wünsche, dass auch in diesem Punkt das Generalgouvernement ein Vorbild sein soll, dass wir unsere Nerven behalten, dass wir unsere seelische und geistige Klarheit behalten, dass wir daher auch gegenseitig aufgeschlossen bleiben, uns nicht gegenseitig verrammeln und gegenseitig absperren und damit gewissermassen zu Trutzburgen kommen, wo der eine einen Vorteil darin erblicken zu können glaubt, dass er einem anderen einen Nachteil bereitet. Wehe einer Gemeinschaft, in der das Persönliche das Sachliche überwiegt, - wehe einer Gemeinschaft, in der der Egoismus und das Individuelle stärker werden kann als die Einsicht von der notwendigen Zusammenarbeit zum Wohle anderer! Wo die persönliche Intrige stärker wird als das Gemeinschaftsgefühl der Kameradschaft, dort geht ein Trupp schnell vor die Hunde, und wir haben es bitter nötig, dass wir, diese Handvoll deutscher Männer und Frauen, einer für den anderen einsteht und dass wir einen Block von Willen, Energie und Opfermut darstellen. Denn wehe uns, wenn wir schwach würden, wenn wir vor lauter Ehrgeiz und Eigendünkel, Strebersucht, Postenjägerei und Titelkrämerei vergessen würden, dass das alles nichts bedeutet vor der grossen Wucht dieser Zeit, - dass es gänzlich gleichgültig ist, in welchem Rang und in welcher Stellung, in welcher Position der eine oder der

23.12.1943

andere ist, sondern dass es nur darauf ankommt, ob man auf dem Platz, auf den man gerade gestellt ist, seine Pflicht zu erfüllen vermag oder nicht.

Ich freue mich, immer wieder feststellen zu können, dass dieser Geist des Beharrens im grossen und des Nichtabsinkens in die kleinlichen Dunstwogen persönlicher Intrigen in unserer Gemeinschaft geradezu vorbildlich schön ist. Über der Gemeinschaft des Generalgouvernements des Generalgouvernements leuchtet die gemeinsame Sorge um diesen Raum, den uns der Führer anvertraut hat, den wir in seinem ganzen Dreck und Speck übernommen haben, der unter unseren Händen plastisch aufsteigt wie aus der Asche ein Neugewordenes. Das ist unser Kind, unser geistig-schöpferisches Kind. Dieses Generalgouvernement, das wir gemeinsam geschaffen haben, zeigt seinen Rang und seine Stärke. Es wächst in die Geschichte hinein, dieses Generalgouvernement, und seine Bedeutung erkennt man nicht zuletzt an dem Mass von Unverstand und Verleumdung, mit dem es da und dort beurteilt und verurteilt wurde und noch wird. Es ist die schönste Aufgabe, die der Führer einer Generation stellen wird und konnte, dieses neu aufzubauen. Wenn wir heute durch die Strassen unserer Städte gehen,wenn wir unsere neuen Wohnungsbauten, unsere Dienstgebäude erblicken, wenn wir heute einen solchen Abend feiern können, an dem die Künstler unseres Theaters teilnehmen, an dem die Wehrmacht teilnimmt, dann können wir sagen: " Wir danken Dir, Führer, dass Du uns diese herrliche Aufgabe gestellt hast".

Wir kommen wenig zusammen. Es würde mir eine grosse Freude sein, an jedem einzelnen Lebensschicksal von Euch Anteil nehmen zu können. Denn ich habe Euch nicht nur in diese Hand hinein amtlich verpflichtet, ich habe mich auch selber Euch verpflichtet. Ich bin Euer Sachwalter

23.12.1943

und will es sein. Ich freue mich, dass dieser schöne Gemeinschaftsgeist erhalten und bewahrt werden soll.

Ihnen, Herr Staatssekretär Dr. Bühler als Chef der Regierung danke ich für die Worte der Begrüssung. Ich weiss, dass ich in Ihnen einen Chef unserer Regierung besitze, der mit seiner Arbeitskraft, mit seiner Bescheidenheit und der Formvollendung seiner Leistung uns allen ein Vorbild sein kann. Ich danke weiter allen Präsidenten der Hauptabteilungender Regierung, allen Mitarbeitern hier in der Hauptstadt wie in den Distrikten und in den Kreishauptstädten. Tausende und Abertausende sind meinem Ruf in dieses Land gefolgt, sie wachsen immer mehr hinein und lassen dieses Land aus der deutschen Machtdomäne immer mehr zur Heimat deutscher Menschen werden.

Wir werden im kommenden Jahre schweren Problemen gegenüberstehen, die Sorgen lassen nicht nach. Aber ebenso wird auch unsere Energie nicht schwächer werden, mit diesen Sorgen fertig zu werden. Ihr, meine Kameraden und Kameradinnen, könnt Euch darauf verlassen, dass ich alles tun will, um Euer dienstliches Schicksal wie auch Euer persönliches Wohlergehen so kriegsbedingt möglich gut zu gestalten, wie es irgendwie denkbar ist. Ich glaube allerdings, dass die Gefolgschaft des Generalgouvernements, verglichen mit den Gefolgschaften anderer Bereiche des Grossdeutschen Machtbereiches, mit ihrem Schicksal noch immer sehr zufrieden sein kann. Ich weiss, dass auch Ihr Sorgen und Nöte habt. Ich bin genau im Bilde darüber, wie schwer es jeder einzelne von Ihnen oft hat. Hier wird die soziale Betreuung der Regierungsinstanzen dafür sorgen, dass die Zahl der Gegenstände, die für Euch amtlich beschafft und zu amtlich regulären Preisen an die Bevölkerung verteilt werden, immer grösser und damit auch die Lebensmöglichkeit in diesem Lande immer angenehmer wird. Meine Kameraden und Kameradinnen, es freut mich, dass wir heute hier zusammen sind, und dass wir gemeinsam auch die

23.12.1943

nächsten Tage im Generalgouvernement verbringen werden. Nehmt meinen Dank, nehmt mein Gelöbnis mit, dass die Treue, die Ihr mir und unserem gemeinsamen Werke zeigt, auch vom Führer durch mich und durch das deutsche Volk in jeder Weise belohnt werden wird. Eure Leistungen können sich sehen lassen, und das ist alles, was man sagen kann; denn wenn wir unsere Leistungen, so hoch sie auch sein mögen, mit den Leistungen eines kleinen Grenadiers an irgendeiner Front vergleichen, so schrumpft auch diese unsere Leistung in ein Nichts zusammen. Es bedeutet dann garnichts, in einem geheizten und beleuchteten Schreibzimmer zu sitzen, wenn man diesen Dienst vergleicht mit dem Wochen,-Monate-und Jahre lang sich hinerstreckenden und hinziehenden kämpferischen Dasein unserer Soldaten in Not, Dreck, Last und Gefahr. Daran müssen wir auch immer denken, und an dem gemessen, müssen wir auch unsere Leistung immer wieder richtig einschätzen. Was der Soldat an der Front einsetzt, können wir überhaupt hier nicht einsetzen. Aber das, was wir einsetzen können, wollen und werden wir einsetzen. Auf diesem Fundament richtet sich die Ethik des Staatsdienstes des Generalgouvernements auf. Im Kriege dienen wir dem Frieden, arbeiten wir für Volk und Heimat und bleiben treu und verbunden.

Kameraden und Kameradinnen ! Dieses ernste Jahr gab mir ernste Worte, denn der Ernst der Zeit veranlasst mich dazu. Aber Ihr wisst, dass wir hier auch verstehen, der Kultur zu leben. Ihr müsst mir zugeben, dass die kulturellem Einrichtungen, die wir gemeinsam geschaffen haben, jeden Vergleich mit denen des Reiches aushalten. Diese Sendboten unseres kulturellen Lebens sollen nunmehr unseren Abend verschönen. Ich danke Euch, bleibt das, was Ihr bis jetzt waret, und es wird gut sein.

(Anhaltender lebhafter Beifall).

1438

Freitag, den 24. Dezember 1943.

IV/We

11 Uhr Besprechung mit Pressechef Gassner.

11^{30} Besprechung mit Präsident Dr. Senkowskij.

12^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

1439

Samstag, den 25.Dezember 1943.

IV/We

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs
in Kressendorf.

Sonntag, den 26.12.1943

IV/We

13 Uhr Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

14^{10} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Zakopane.

Montag, den 27.12. bis Freitag, den 31.12.1943

IV/We

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Zakopane und Krynica.

END OF

VOL. # 30

R.9

15.10.
75

13.14.
15
5.18

13.11.
15
28

15.11.
15
90
5.6

15.10.
75

13.10.
15
5.10

15.10.
15

13.10.
15
9.0

13.4U.

$\frac{15.10.}{15}$
$\frac{98}{}$

A.S.M.U.
15

15.10.
15
9
5.6

15.12.
15

$\frac{13.10.}{15}$

VOL. # 31

R 9

8C

Inhaltsverzeichnis

zum

T a g e b u c h 1 9 4 3

- - - - -

I. Sachweiser.

II. Personelles Inhaltsverzeichnis.

III. Verzeichnis der Reden, Ansprachen und Trinksprüche des Generalgouverneurs, Reichsministers, Reichsleiters Dr. F r a n k .

- - -

Band I: 1. Januar - 3o. April 1943
Seiten 1 bis 244a

Band II: 1. Mai - 31. Mai 1943
Seiten 244b bis 442

Band III: 1. Juni - 3o. Juni 1943
Seiten 443 bis 646a

Band IV: 1. Juli - 31. August 1943
Seiten 646b bis 912a

Band V: 1. September - 31. Oktober 1943
Seiten 912b bis 1186a

Band VI: 1. November - 31. Dezember 1943
Seiten 1186b bis 1441

- - -

I

S a c h w e i s e r

zum

Tagebuch 1943.

Amt für die Pflege alter Kunst 694 695 697 698

Angeschlossene Verbände s.Arbeitsbereich

Arbeit

Arbeitererfassung

zugunsten des Reichs und der Wirtschaft des Generalgouvernements 81

im Distrikt Galizien 586 602

im Distrikt Warschau 531

Arbeitervermittlung für das Reich 160 321 497 797

Arbeitsämter

Angliederung an die Kreisverwaltung 598

Arbeitseinsatz 321

Arbeitseinsatzlage im Reich 1170

Arbeitordnung 967

Arbeitsversorgung 967

Arbeitsverwaltung

Eingliederung in die allgemeine Verwaltung 591

Behandlung polnischer Arbeiter

im Reich 1099

Festakt aus Anlaß der Vermittlung

des 1.000.000-ten polnischen Arbeiters für das Reich 161

Gestellung von bergbaufähigen Kräften für das Reich 160 598

Struve, Landesarbeitsamtspräsident

Berufung zum Leiter der Hauptabteilung Arbeit 20 30

Arbeitervermittlung s. Arbeit

Arbeitsbereich Generalgouvernement der N.S.D.A.P. 1030

Aktivierung der Parteimitglieder 360

Angeschlossene Verbände 452

Arbeitssitzung mit Rede des Generalgouverneurs

Aufgabenkreis der Partei im Generalgouvernement 722

B.D.M.

Führerinnentagung 474

Dr.Jutta Rüdiger, Reichsreferentin 472

Wimpelweihe 472

Begutachtung von Parteimitgliedern 1032

Beteiligung des Arbeitsbereichs an der Gesetzgebung im Generalgouvernement 843

"Die unsterblichen Ideen des Nationalsozialismis" - Vortrag des Generalgouverneurs 1108

Dienstbesprechung mit politischen Leitern und Standortführern des Distrikts Galizien 613

Distriktstandortführung Radom

Arbeitssitzung der politischen Leiter 355

Distriktstandortführertagung 1008

Distriktstandortführung Lemberg

Groß-Kundgebung 1212 1213

Distriktstandortführung Lublin 172

/Arbeitsbereich/

Empfang von Reichsrednern 781

Finanzverwaltung 441

Frauenkundgebung im Staatstheater 1300

Gliederungen 359 616

Hauptamtlicher stellvertretender Leiter des Arbeitsbereichs 710

Hauptarbeitsgebiet "Arbeits- und Sozialpolitik"

Leistungsbericht 448a

Haus der N.S.D.A.P. in Radom 354

Hitlerjugend 764

Axmann, Reichsjugendführer 859

Beanspruchung der Jugendlichen 1028

Fahnenweihe im Burghof 859

Haus der Jugend

Einweihung 867

H.J.-Heim in Warschau 528

Jugenddienst im Generalgouvernement 24

Lager im Jordanpark zu Krakau 856

Lager in Rabka 834 835

Schimmelpfeng, Hauptbannführer 1027

Schutzverordnung für die deutsche Jugend im Generalgouvernement 860

Kreisstandorte 709

Kulturpreis 863 866

Lehrgang für Offiziere der Luftwaffe 1332

Morgenfeier zu Ehren der Toten des 9. November 1189

/Arbeitsbereich/

N.S.-Kulturwerk	702	
N.S.V.		
Heime in Piaseczno	548	
Kriegswinterhilfswerk 1943/44		
Eröffnung	1264	
Kriegswinterhilfswerk 1942/43		
Rechenschaftsbericht	1264	
Organisation der Bewegung im Generalgouvernement	358	
Organisation "Kraft durch Freude"		
Arbeitsabkommen	469	
Eigentätigkeit im Generalgouvernement	100	297
Parteiangelegenheiten		
Führung der Partei im Generalgouvernement	283	
Parteiarbeit im Generalgouvernement	19	
Anerkennung durch die Parteikanzlei	131	
Parteiaufgaben im Generalgouvernement	614	
Parteieinheit im Generalgouvernement	360	
Parteiführung		
Arbeit im Generalgouvernement	519	
Parteikanzlei	199	712
Parteikundgebungen		
im Schauspielhaus Lemberg	619	
in Lublin	397	
in Radom	363	
in Warschau	61	549
Parteiorganisation im Generalgouvernement	283	708

/Arbeitsbereich/

Parteitag 1943 746 856 858

Aufführung der IX.Symphonie von Beethoven im Burghof 905

Fahnenweihe der H.J. 859

Generalmitgliederversammlung 881

Großkundgebung auf dem Adolf-Hitler-Platz in Krakau 900

Kulturwoche 702

Kunstausstellung

"Westmärkische Künstler im Generalgouvernement" 863

Leistungswettkampf der H.J. 903

Organisationsstab 752

Parteiführertagung 871

Parteitag des Kampfes 753

Programm 702

Telegramm an den Führer 898

Vorbereitungen 469

Parteiveranstaltungen 1029

Personalamt

Angelegenheit Dr. Löffler 703

Personalangelegenheiten 927

Personaleinschränkung 102

Personalunion

in den hohen Ämtern von Staat und Partei 343 710

Schalk, Dienstleiter 709

Schülerheime 361

/Arbeitsbereich/

Schulungsburg
Übergabe an den Arbeitsbereich 1107

Seifert, Bereichsleiter 1032

Tagung der Amtswalterschaft, der
Propaganda- und Schulungsredner 1251

Verbindungsmann für die Gesetzgebungs-
arbeit im Generalgouvernement 843

Verhältnis Partei-Staat 617

"Wesen und Technik der politischen
Arbeit" - Vortrag des General-
gouverneurs 1252

Dr. Wendler, Distriktstandortführer 775

Zeitschriften
"Deutsche Gemeinschaft" 1031
"Deutsche Wacht" 296 1031
"Das Vorfeld" 165 747

Arbeitsmeldepflicht
Heranziehung der Fremdvölkischen 78

Architekturausstellung 1247

Asklepiaspflanze 379 380

Ausschuß für die Versorgung der nicht-
deutschen arbeitenden Bevölkerung
in allen Lebensbereichen 450

Axmann, Reichsjugendführer 859

Baedeker "Generalgouvernement" 77 247 295

Bandenbekämpfung
s.a. Sicherheitslage 422

Bandera, ukrainische Widerstand-
bewegung 1037

Baudienst 991

Baudienst im Distrikt Galizien 1162

Baudienst im Distrikt Lublin 392 395

Baudienst im Distrikt Radom 322

Erfassung von Baudienstpflichtigen
für die Verschickung ins Reich 322

UK-Stellung von Baudienstpflich-
tigen des Musikerberufes 1298

Bauwesen 90 341

Bautätigkeit in Krakau 90

Einrichtung von Technischen Ämtern 746

Herauslösung der Bauverwaltung aus
der Distriktsverwaltung 389

Schwierigkeiten auf dem Bausektor 848

Stellung des Präsidenten Bauder 440

B.D.M.
s. Arbeitsbereich

Beamte

Beamte des ehemaligen polnischen
Staates

Entlassung und Versetzung 281

Beförderung von Beamten seitens
der Berliner Zentralstellen 505

Dienstaufwandentschädigung 22 75

Einziehung von Beamten zur
Wehrmacht 126

/Beamte/

Ostzulage 10 96

Schulung 9 37

Schutz der Beamten vor Überfällen 204 205

Stellenplan 22 202

Beauftragter für den kriegsmässigen
Verwaltungsausbau 85 95 98
120 156 178
189 193 505

Belvedere, Schloß in Warschau

Freilichttheater 296

Schloßverwaltung 50

Trabold, Haushofmeister 51

Umbaukosten 50

Wirtschaftsbetriebe 46

Berghaus in Zakopane

Pächter Kuhn 1049

Regierungserholungsheim 1226

Übernahme in die Obhut der Regierung des Generalgouvernements 1049 1050

Bergarbeiter 598

Bergbaufähige Kräfte, polnische
Gestellung für das Reich 160 841

Betriebe

Übernahme von Betrieben durch Kriegsversehrte 530

Betriebsbereinigung

Stillegung 539 541 542

Betriebsdisziplin 543

Betriebsführer

Auszeichnung durch Überreichung von Diplomen des Leistungswettkampfes 443

Betriebsführertagung 938

Bevollmächtigter des Generalgouverneurs in Berlin 1159 1253

Biala-Podlawska, Kreis

Sicherheitslage 421

Bibliothekwesen

Staatsbibliothek 174 175

Bierkamp, S.S.-Oberführer

Einführung in das Amt des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des S.D. 663

Bilgoraj, Kreis

Sicherheitslage 418

Bischöfe, polnische

Eingabe an Fürsterzbischof Sapieha 471

Bombengeschädigte aus dem Reich 842

Aufnahme im Generalgouvernement 826 921

Botanische Anstalten 174 1325

Botanischer Garten in Krakau 1325

Botanisches Institut 45

Bracht, Gauleiter

Besuch in Krakau 997 ff.

Braune Schwesternschaft 29

Erholungsheim 27

Dr. von Burgsdorff, Gouverneur

Amtseinführung 1232 1247

Ernennung zum Distriktstand-ortführer 1423

Buchhandlung Fritzsche 1353

Chemisches Institut in Lemberg 274

Cholm, Kreis
Sicherheitslage 419

Chopin-Museum 139 1156

Clearingverkehr 56

Dr. von Craushaar, Präsident der
Hauptabteilung Innere Verwaltung 1232

Deputate 543 545 546

Desinfektionsanlagen
s. Gesundheitswesen

Deutsche Buchhandlung iń Warschau 53

Deutsche Post Osten

Briefmarken 222 856
Fälschung von Briefmarken 471 488
Kameradschaftsabend 1026 1063
Leistungsbericht 1942 222
Post- und Fernmeldewesen
Verwaltung 145
postalische Verhältnisse im
Distrikt Lublin 394
Prägebriefmarken 856
Verhältnis zur Hauptabteilung
Verkehr 1059

Deutsche Viertel 993

"Deutsche Wacht"
Zeitschrift des Arbeitsbereichs 296

Deutscher Alpenverein
Zweig Krakau 213

Deutsches Rotes Kreuz 649
Empfang der Schwesternschaft 1385
Landesstelle Generalgouvernement 1298

Devisenbewirtschaftung 1328

"Dienst am Pferd"
Übernahme der Organisation durch
S.S.-Brigadeführer Fegelein 1286

Dienstaufwandentschädigung
s.Beamte

Dilettantismus in der Verwaltung 9

Distriktsverwaltung 288
Distrikt Krakau
Arbeitstagung 285
Distrikt Lublin
Übernahme der Verwaltung durch Gouverneur Dr. Wendler 308
Neueinteilung der Distrikte 158 159 168 169 171 193 503

Drohobycz, Kreishauptmannschaft
Besuch des Generalgouverneurs 571 572
Erdölförderung 571
Raffinerie 572

Dr. Egen, Amtschef
Ernennung zum Vizegouverneur 173

Einheit der Führung und Verwaltung des Generalgouvernements 6 289 389
507 609 610
657 799

Emissionsbank

Aufgaben der Emissionsbank 113

Bilanz 113

Devisenwirtschaft 1328

Filiale Warschau
Ermordung von vier polnischen Angestellten 1224

Geldanforderungen der Wehrmacht 1224

Geschäftsberichte 448

Jahresabschlüsse 448

Notenausgabe zur Finanzierung von Wehrmachtsausgaben 202

Notenbank des Generalgouvernements 205

Sicherung von Geldtransporten 909 1327

Sicherungsmaßnahmen gegen Raubüberfälle 1027

Stockbank für die Zusatzversicherung 648

Währung
ukrainische Währung
Karbonawez 1225

Währungssituation 720

Dr. Engler, Amtschef des Distrikts Lublin
Verabschiedung 774

Erdöl

Bohrfeld bei Boryslaw (Galizien) 573

Karpaten-Öl-A.G. 651 808

Pachtvertrag 790

Raffinerien 327 572

Rohöl 327

Rotary-Bohranlage bei Boryslaw 573

Ernährung

Besserung der Ernährung der fremdvölkischen Bevölkerung 446 510 585 627 652 683 825

Brotrationserhöhung 592

Einführung der Warthegausätze für die Polen 291

Erhöhung der Rationssätze 546 547

Ernährung der Bevölkerung des Distrikts Radom 331

Ernährung der Fremdvölkischen 207 290 352

Ernährungskonferenz der europäischen Länder 681

Ernährungsprogramm für die fremdvölkische Bevölkerung 1009

Ernährungssituation des Generalgouvernements 25 56 264 606

Ernährungssitzung am 4.5.1943 262

Ernährungswirtschaft im Distrikt Warschau 498

Existenzminimum für die polnische Bevölkerung 683

Fleischsituation im Generalgouvernement 593

/Ernährung/

Fleischversorgung in Deutschland 128
Hauptabteilung Ernährung und
Landwirtschaft 723
Lebensmittelversorgung der
polnischen Bevölkerung 929
Leistung des Generalgouvernements 345 681 727
Neuregelung der Ernährung der fremd-
völkischen Bevölkerung 744 917
Rationserhöhung in den besetzten
Gebieten 683
Versorgung der fremdvölkischen
Bevölkerung
Bildung eines Ausschusses 449

Ernährung und Landwirtschaft
Hauptabteilung
Personalmangel 119
Umtauschaktion 26

Ernteablieferung an das Reich
s.Landwirtschaft

Ernteausnahmezustand
s.Landwirtschaft

Erntedankkundgebung in Tomaschow
s.Landwirtschaft

Ernteerfassung
s.Landwirtschaft

Erzeugungsschlacht
s.Landwirtschaft

Fegelein, S.S.-Brigadeführer
Übernahme der Organisation "Dienst am Pferde" 1286

Feldkommandostelle
des Reichsführers S.S. 639

Feyerabend, Professor, Graphiker
Stadtbild von Krakau 296

Filmwesen
Film "Ordnung schafft Brot" 720
Kulturfilm über das Generalgouvernement 103 1207

Finanzen
Empfang des Hauptabteilungspräsidenten und der leitenden Mitarbeiter der Hauptabteilung Finanzen 1389
Erhöhung des Kriegszuschlages für Branntwein 204
Freiherr von Streit, Ministerialrat 22 110

Finanzverwaltung des Generalgouvernements 1390

Finanzwesen
Gemeindeverbandsfinanzen 390

Fleckfieber
s.Gesundheitswesen

Fliegerhorst Warschau 59

Forschungsarbeiten, wehrwissenschaftliche 272

Forschungsgruppe Ost
des O.K.W. 271 274

Forschungsinstitute
Übersiedlung ins Generalgouvernement 1032

Forsten
Aufforstung 812
Forstbeamten- und Angestelltenschaft 818
Forstbeamte, polnische Verhaftung 818
Forsthaushalt 810
Forstschulen 595
Forstschutzkommando 330
Forstwirtschaft 812
im Distrikt Radom 330
im Distrikt Warschau 502

Hauptabteilung Forsten
Ernennung des Oberlandforstmeisters Dr.Eißfeldt zum Präsidenten 104

Personalkartei 158

Holzabfuhr 815 1162 1170

Holzbeschaffung 819 1169

Holzlage im Reich 819

Holzwirtschaft 813
im Distrikt Radom 330
im Distrikt Warschau 502

Jagd 813

Nebennutzung 812 817

Sicherheitslage in den Wäldern 330 815 818

Waldfläche 812

Forster, Gauleiter
Besuch beim Generalgouverneur 647

Förster, Gaupresseamtsleiter
Betätigung im Generalgouvernement 213

di Fossombrone, Graf
Abberufung 704

Dr. Frank, Generalgouverneur
Besprechung mit dem Führer 286
Bevollmächtigter in Berlin 1159 1253
Panzerwagen 248
Reichsverteidigungskommissar 744
Rücktrittsgesuch 283
Zusammenkunft mit
Reichsführer SS Himmler 639 644
Zuständigkeit für die Betreuung
von Kunstschätzen 695

Fraueneinsatz im Generalgouvernement 97

Frauenschaft, s.Arbeitsbereich

Fremdvölkische 207 290 369
376 407
Propaganda für die Fremdvölkischen 141

Führergeburtstag
Feierstunde im Staatstheater 227

"Führerprinzip in der Verwaltung"
Vortrag des Generalgouverneurs
in der Verwaltungsakademie 1071

Gabelmann, Stabsleiter (H.J.)
Trauung im Königssaal der Burg 71

Gäste, ausländische
des Generalgouverneurs 704

Galizien, Distrikt
Arbeitererfassung 602
Bandenbekämpfung 743 809
Baudienst 1162
Bedeutung des Distrikts 605
Besuch des Generalgouverneurs 563
Eisenbahnverkehr 719
Erdölgebiet
Besichtigung durch den General-Gouverneur 572
Erfassung landwirtschaftlicher Produkte 1009
Erzeugungsschlacht 586
Getreideerfassung 1161
Getreidekontingent 592
Großkundgebung in Lemberg
Feier des 9. November 1212 1213
Industrieverlagerung 600
Kolpakbande 809 920 1161
Kontingentsauferlegung 606
Koxagys-Versuchsfelder 780
Landkommissare 588
Lemberger Fachkurse, s. Schulwesen
Oberschule in Lemberg 596
Personalversorgung für die Verwaltung 587

/Galizien/

Proklamation vom 1. August 1941 569 577

Reprivatisierung 1133

Schulwesen 586

Sicherheitslage 586 603 627
1161

SS-Schützendivision Galizien 424 563 567
569 575 578
582 600 603
606 626 842

Tagung der politischen Leiter
und Standortführer am
21. 6. 1943 in Lemberg 613

Ukrainischer Hauptausschuß 574

Verwaltung 586 601

Wehrausschuß 580

Gefängniswesen s. Justiz

Gemeinde- und Dorfverzeichnis,
amtliches 660

Gemeinschaftserziehung 1330

Generalgouvernement

Anlaufzeit 287

Anteil an der deutschen
Kriegswirtschaft 558

Aufbauarbeit 364

Besuch durch ausländische
Gäste 704

Einheit von Führung und
Verwaltung (s.d.)

einheitliche Führung 1102

Einheitlichkeit 312

Einwohnerzahl 166

/Generalgouvernement/

Fünfstadium der Entwicklung 793

Greuelpropaganda gegen das Generalgouvernement 287

Keine Kolonie 607 800

Leistungen 286 345

Neue staatliche Einrichtung 33

Neuer Plan 345

Organisation der Partei 358

Selbständigkeit 288

Sicherheitsfaktor 604

Struktur 288

vierjähriges Bestehen 1019 1051

Vorwurf der komplizierten Verwaltung 288

"Das Generalgouvernement"

Zeitschrift 702 1323

Gerichtsbarkeit

Bewaffnung deutscher Gerichtsbeamter 509

deutsche Gerichtsbarkeit im Distrikt Warschau 502

polnische Gerichtsbarkeit im Distrikt Warschau 668 502

Gesellschaft der Wissenschaften

des Generalgouvernements 1297

Gründungsfeier 1399

Satzung 1281

Gesetzgebung

Beteiligung des Arbeitsbereichs an der Gesetzgebung 843

Erlaß über Einschränkungen im Gesetzgebungsverfahren 86

Gesundheitswesen

Ärzte, fremdvölkische Nachwuchs 672 674

Ärzteeinsatz einheitliche Regelung 649

Ärztetagung in Krakau 649

Berufung des Professors Dr.Teitge zum Präsidenten der Hauptabteilung Gesundheitswesen 20

Besuch des Reichsärzteführers Dr. Conti 34

Behandlung der Fremdvölkischen 29

Desinfektionsanlagen 320

Deutsche Apotheke 393

Deutsche Krankenhäuser im Generalgouvernement 1299

Einführung des Professors Dr.Teitge in das Amt des Präsidenten der Hauptabteilung Gesundheitswesen 39

Empfang von Ärzten durch den Generalgouverneur auf der Burg 669

Errichtung einer Hauptabteilung Gesundheitswesen 20 28 34 38 672

Fleckfieber 671

Gesundheitszustand der polnischen Bevölkerung 513

Gesundheitszustand im Distrikt Warschau 502

Hauptabteilung Gesundheitswesen 34 672

Hebammenkurse 29

Kleinkinder-Sterblichkeit 29

sanitäre Behandlung polnischer
Gefangener in den Gefangenenanstalten 319

Seuchenbekämpfung 669
Zuständigkeit 648

Vortrag Dr. Conti: "Die Gesundheitssicherung des deutschen Volkes im Kriege." 35

Ziviles Krankentransportwesen 649

Zwangsschutzimpfung gegen
Bauchtyphus 24

Gliederungen der Partei
s. Arbeitsbereich

Globocnik, SS- und Polizeiführer 835
Abberufung 640

Gnadenkommission s. Justiz

Gouverneure 54 115 168 169 1025 1158

Großeinsätze s. Sicherheitslage

Grundstücksverwaltung
im Distrikt Warschau 532
in der Stadt Warschau 532

Güterverkehr, grenzüberschreitender 145

Handwerk
Handwerk im Distrikt Warschau 531

Hauptabteilungsleiter
Abhängigkeit von den Reichszentralen 1204

Hauptausschuß, polnischer 766 1366

Hauptausschuß, ukrainischer 809

Haus der Deutschen Kunst in München 760

Haushaltswesen 56
Ausgaben 1390
Haushalt 1943 202 509
Haushalt der Kreishauptmannschaften 508
Haushalt des Generalgouvernements 23 75
Haushaltsberatung 110 202
Haushaltsplan für das
Rechnungsjahr 1942 201
Rechnungjahr 1943/44 909

Hebammenkurse s. Gesundheitswesen

Heimatdienst, ukrainischer
s. Ukrainer

Heimschulen s. Schulwesen

Herrenvolk
mißbräuchliche Anwendung des Begriffs 607

Dr. Heuber, Regierungskommissar für das gesamte Kammerwesen 1159 1278

Himmler, Reichsführer SS., Reichsminister des Innern 1232
Rede im Regierungsgebäude am 18.11.1943 1241

Zusammenkunft mit dem Generalgouverneur
in Ostpreussen 639 644

Hitler-Jugend s. Arbeitsbereich

von Hö-berth, Generalleutnant,
Oberfeldkommandant 77

Hochschulkurse in Lemberg 271

Holzgasgeneratoren 204 208 324

Holzspritfabrikation 204

Holzwirtschaft usw. s. Forsten

Hotelwesen
Hotelbau in Krakau 968
Osthotel 91

Dr. Hummel, Amtschef
Ernennung zum Vizegouverneur 173

Impfung

Zwangsschutzimpfung gegen
Bauchtyphus 24

Industrie

Industrie im Distrikt Warschau 530

Patente der deutschen Industrie
im Generalgouvernement 733

Textilindustrie 328 938

Verlagerung von Industriebetrieben
ins Generalgouvernement 326 518 534
539 546 548
600 745 938

ziviler Sektor
Ernährungssituation 325

Innere Verwaltung , Hauptabteilung 978 1025

Amtseinführung

des Präsidenten Dr. von Craushaar 1232
des Präsidenten Dr. Losacker 5

Institut für Deutsche Ostarbeit 102 193 647

Angliederung von wissenschaftlichen
Instituten des Ostens 1025

Chemisches Institut in Lemberg 272

Forschungsbetrieb 222

Haus in Warschau 45

Kopernikus-Preis 222 272 301

Kopernikus-Feier 222

Kopernikus-Tag 272 301

kriegswichtige Einrichtung 223

Neugestaltung der Arbeit 1033

Steuerungsbeirat 275

/Institut für Deutsche Ostarbeit/

technische Sektion 174

Übersiedlung von Forschungsinstituten ins Reich 1032

Wissenschaftliche Arbeit 222

Internationale Rechtskammer 282 524 1260

Bericht des Generalsekretärs Dr. Pfeiffer über die Arbeiten 53 1069

Landesgruppe Frankreich 1253

Präsidentschaft 1253

Satzung der Landesgruppe Deutschland 53

Tagung in der Slowakei 448 642

Italien 955

Königlich Italienische Akademie der Wissenschaften in Ferrara 178

Italiener

Behandlung im Reich und Generalgouvernement 922

Liederabend italienischer Sänger und Sängerinnen der Mailänder Skala 112

Zigarettenspende für die italienische Wehrmacht 176

Italienisches Restaurant in Krakau 91

Jagd s. Forsten

Jagdhaus Marzule 248

Juden

Juden im Distrikt Radom 338

Juden in Warschau 559

Judeneigentum 56 98 590
657

Judenlager im Generalgouvernement 1040

Niederlegung des Ghettos in Lublin 415

Jugenddienst im Generalgouvernement 24

Jugendliche

Beanspruchung der Jugendlichen 1028

Justiz

Gefangenenanstalten

Fleckfieberbekämpfung 737

Überfall auf das Gefängnis Jaslo 846 847

Gnadenkommission 737

Neuordnung der Rechtspflege 736

Obergerichtspräsidenten

Arbeitsbesprechung 737

Empfang durch den Generalgouverneur 931

Patentamt in Warschau 735

Patent- und Gebrauchsmusterrecht 713 730

Patentrecht

Patente der Deutschen Industrie im Generalgouvernement 733

Vereinheitlichung des europäischen Patentrechts 730

Dr. Kaltenbrunner, SS-Obergruppenführer, General der Polizei 1055

Kalkwerk Kressendorf 1383

Kammerwesen 157

Distriktskammer Radom 341

Dr. Heuber, Regierungskommissar für das gesamte Kammerwesen 1159 1278

Kanzlei des Generalgouverneurs

Abtransport von nicht benötigtem Baumaterial 183

Gefolgschaftswohnungen
Ausstattung 1293

Haushalt 181 182 189

Dr. Keith, Chef der Kanzlei
Einberufung zum Wehrdienst 108
Verabschiedung 109

Dr. Meidinger, Erster Staatsanwalt
Übernahme der Geschäfte des Chefs der Kanzlei 108

Neubau des Verwaltungsgebäudes 179 183 206
441 658 927
1008 1012
Richtfest 1156
Übergabe 1208

Karpaten-Öl-A.G. (s.a.Erdöl) 651 790

Katyn
Entdeckung eines Massengrabes polnischer Offiziere 200 211 215
340

Roman: "Schicksalsweg der 12 000 Polen." 297

Killy-Ausschuß 650 689 738

Kindertransport aus dem Reich
Begrüssung durch den General-
gouverneur 43

Kirchen

deutsche katholische Kirche
Stephanskirche in Krakau 1206 1297

Katholiken, deutsche 1294

Katholische Kirche, deutsche
Pfarrerproblem 1296

Widerstandsbewegung
Einfluß des polnischen Klerus 1294

Kleinkinder-Sterblichkeit
s. Gesundheitswesen

Kohlenwirtschaft
Deputate 543

Kolpakbande
s. Galizien

Konskie, Kreisstadt

Besichtigung der deutschen Schule
durch den Generalgouverneur 379

Besichtigung des Dienstgebäudes
der N.S.D.A.P. durch den Ge-
neralgouverneur 379

Versuchsgut 379

Kopernikus

Feier des 400.Todestages 301

"Das Weltbild des Kopernikus"
Vortrag des Professors Dr.Rabe-
München 301

Kopernikusfeier usw. (s.a.Institut
für Deutsche Ostarbeit)

"Kraft durch Freude" s. Arbeitsbereich

Krakau, Distrikt

Amtseinführung des Gouverneurs Dr. von Burgsdorff 1232 1247

Arbeitstagung der Distriktverwaltung 285

einheitliche Struktur 587

Krakau, Stadt

Deutscher Charakter 207

Kulturleben 652

Regierungshauptstadt 159 172

Verwaltung durch Dr. Krämer 209

Wohnraummangel 652 1032

Krakauer Monatsheft
s. Kulturvereinigung

Krankenhäuser s. Gesundheitswesen

Krankentransportwesen, ziviles 649

Krasnik, Kreis

Sicherheitslage 417

Krasnystaw, Kreis

Sicherheitslage 416

Krauß, Clemens, Professor
Generalintendant 92 294

Kreditausschuß 1325

"Kreisel", Kleinkunstbühne 297

Kreishauptmannschaften 589
Änderung der Gliederung der Behörden 657
Auflösung von Kreishauptmannschaften 173 591
Zusammenlegung 121

Kreishauptmänner
Erweiterung ihrer Machtbefugnisse 99

Kressendorf, Staatsgut
Betrieb 265 ff.
Betriebseinrichtungsplan 267
Bewirtschaftung und Verwaltung 265
Kalkwerk 1383
Kohlengrube 267
Sägewerk 269
Waldbesitz 269

Krieg gegen Sowjetrußland 10

Kriegsgefangenenlager, französiches
Besichtigung durch den Generalgouverneur 308

Kriegslage 347

Kriegsproduktion
Verstärkung der Sicherheit für die Kriegsproduktion 967

Kriegsverdienstkreuz I.Klasse
Verleihung an Staatssekretär
Dr. Boepple, Hauptabschnittsleiter Stahl und Ersten Staatsanwalt Dr. Meidinger 1069

Kriegsversehrte
Übernahme von Betrieben 530
Verwendung im Dienste des Generalgouvernements 119

Kriegswinterhilfswerk s. Arbeitsbereich

Kriegswirtschaft, deutsche
Anteil des Generalgouvernements 558

Kriegswirtschaftsstab 744 806 918
943 961 967

Krüger, SS-Obergruppenführer, Staatssekretär
Abberufung 1158 1204
Verabschiedung 1205 1232

Kultur

Kultur- und Kunstwoche in Krakau 295 702

"Kultur und Wehrmacht"
Veranstaltung in Warschau 1018

Kulturpreis des Generalgouvernements 863 866 1227

Kulturtage des Generalgouvernements 1423

N.S.-Kulturwerk 702

Ostpreis deutscher Kultur 1246

Kulturfilm
über das Generalgouvernement 1207

Kulturkammer 1229

Kulturring der Deutschen in Warschau 500

Kulturvereinigung des
Generalgouvernements 747 1013 1229

Erste Arbeitssitzung 1178

Ausschüsse 1178

Beirat 1177

Beitragserhebung 1182

Finanzierung 1180

Gründung 701 703 756

Konstituierung 1173

"Krakauer Monatshefte"
Zeitschrift 1182 1324

Kulturhaus 907 1178

Leistungsbericht 1423

Mitgliederwerbung 1178a 1179

Zweigstellen in den Distrikten 1181

Kunst

Amt für die Pflege alter Kunst 694 ff.

Haus der Deutschen Kunst in
München 760

Betreuung von Kunstschätzen
des Generalgouvernements
Zuständigkeit des Generalgouverneurs 694

Kunstausstellungen

Beteiligung deutscher Künstler
des Generalgouvernements an einer Kunstausstellung in Saarbrücken 2

"Deutsche Künstler sehen das
Generalgouvernement" 1243

Parteitagsveranstaltung 702

"Westmärkische Künstler im Generalgouvernement" 469 864

Kunstgegenstände des Generalgouvernements
Eigentum 963
Prüfungsbericht des obersten Rechnungshofes 693 695 696
Übergabe an die Verwaltung der Burg 966
Ungenügende Verwahrung 691
Unterbringung 705 706 962

Künstler, polnische 1287

Kurierkompanie des N.S.K.K. 298 488

Landämter 124

Landinspektionen 594

Landkommissar
im Distrikt Galizien 588

Landwirtschaft

Beschlagnahme eines Gutes im
Distrikt Radom durch den höheren SS- und Polizeiführer 701

Brennereien 1171

Empfang von Abteilungsleitern
der Hauptabteilung E. und L. durch den Generalgouverneur 1254 1256

Ernteablieferung an das Reich 42 524

Ernteausnahmezustand 657 684 724
726

Erntedankfest von polnischen
und ukrainischen Bauern im Burghof 1127

Erntedankgroßkundgebung in
Tomaschow 949

Ernteerfassung 332 725 910
916 929 1009
1021 1048 1229

Erntekrone
Überreichung einer Erntekrone in Kressendorf an den Generalgouverneur 915

Erntetag für die Fremdvölkischen 686

Erzeugungsschlacht 81 586 1022
1228 1254

Fleisch- und Fettwirtschaft 724

/Landwirtschaft/

Gesamtforderung des Reiches 724

Gestüt in Debica 1015

Getreideerfassung 1161 1171

Getreidelagerung 929

Getreidewirtschaft 724 1160

Kartoffelerfassung 1160 1171

Kartoffelwirtschaft 724

Kontingentierung 387

Kontingenterfassung 499

Koxagys

Anbaufläche 830

Versuchsfelder 780

Kreistierausstellung in Debica 1015

Lagerräume 1010

Landämter 124

Landwirtschaft im Distrikt

Radom 331

Landwirtschaftliche Ausstellung

in Tarnow 915

Landwirtschaftliche Zentralstelle 685 723

Geschäftsbericht 724 725 727

Leistungspreis für deutsche Dorf-

gemeinschaften 953

Lieferungen an das Reich 698

Liegenschaftsbetriebe

Landarbeiter-Stammpersonal 594

Liegenschaftsgüter

Verwaltung durch die S.S. 193

Liegenschaftsverwaltung 724 725 727

Markensystem 684 916

Marktordnung 333

Molkereierzeugnisse

Erfassung 1171

/Landwirtschaft/

Obst- und Gemüseerfassung 1010

Prämienaktion 726

Prämiensystem 684

Prämienware 333

Produktionsmittel 333 547 594

S.S.- und Polizeistützpunkte 123

Staatsdomänen 686

Tagung von Landwirtschaftsführern 1228

Tierzucht 281

Truppenübungsplätze

Unterstellung unter die Marktordnung 333

Vereinbarung zwischen Generalgouvernement und Reichskommissariat Ukraine betr. gegenseitiger Leistungen 1228

Vieherfassung 1171

Zuckerwirtschaft 724

Landwirtschaftliche Zentralstelle

s. Landwirtschaft

Lazienki, Schloß in Warschau 52

Legion Speer 980

Lehrerinnenanstalt

s. Schulwesen

Leistungsbericht

des Hauptarbeitsgebietes Arbeits- und Sozialpolitik 448a

Leistungskampf der Betriebe 442 443

Leistungspreis für deutsche Dorfgemeinschaften 953

Lemberg

Chemisches Institut 274

Hochschulkurse 271

Lemberger Fachkurse
s. Schulwesen

Liegenschaften s. Landwirtschaft

Litzmannstadt

Fahrt des Generalgouverneurs nach Litzmannstadt 958

Dr. Losacker, Präsident

Entbindung von seinen Ämtern 1002

Ernennung zum kommissarischen Gouverneur 437

Verabschiedung 1012

Lublin, Distrikt

Arbeitstagung der Distriktverwaltung am 28.5.1943 385

Bandenwesen 426

Baudienst 392 395

Bericht über die politische Lage 435 A

Besuch des Generalgouverneurs 381

"Deutschtumsdistrikt" 171

Einsatz von Armeniern und Ukrainern 392

Dr. Engler, Amtschef

Verabschiedung 774

Ernährungspolitik 387

/Lublin, Distrikt/

Dr. Fischer, Gouverneur
mit der Führung der Dienstgeschäfte beauftragt 381

Gefolgschaftsappell 381

Holzabfuhr 1162

Ostbahnverhältnisse 394

Polizeikräfte 429

Polizeilicher Großeinsatz 657

postalische Verhältnisse 394

Qualität des Verwaltungspersonals 389

Regierungsbesuch 385

Sicherheitslage 387 391 410 421 427 1162

Sporrenberg, SS- und Polizeiführer 1162

Tabakbau 774 780

Überfälle und Ermordungen 425

Übernahme der Verwaltung durch Gouverneur Dr. Wendler 308

Ukrainer
Verfolgung durch Polen 809

Verwaltung des Distrikts 388

Dr. Wendler, Gouverneur
Ernennung zum Gouverneur 382

Übernahme der Verwaltung 308

Zusammenarbeit mit SS- und Polizeiführer 386

Lublin-Land, Kreis 413

Lublin, Stadt 399 400 414

Ludwinow
Versuchsgut 380

Luftgau VIII
Besichtigung des Fluggeländes 857
Sachs, Oberst, Chef des Generalstabes 1055

Luftschutz 1163 1166 1284 1318

Luftwaffe
Lehrgang für Offiziere der Luftwaffe 1332

Marzule

Jagdhaus 248

Dr. Melcher, Staatsrat
Reichstreuhänder für den öffentlichen Dienst 178

Meldepflicht für Reichsdeutsche 122

Meliorationswesen 341

Dr. Meyer, Gauleiter, Reichsstatthalter
Vortrag:"Die deutsche Aufgabe im Osten" 1247 1248

Modern bei Preßburg 153

Monopolverwaltung

Arkadia-Klubräume 1011
Holzspritfabrikation 109 204
Kriegszuschlag für Branntwein 204
Spritforderung des Reiches 56 74
Tabakbau im Distrikt Lublin 774 780
Tabakeinkauf 1293
Zigaretten
Spenden von einer Million Zigaretten für die italienische Wehrmacht 176

Musik

Aufführung des IX. Symphonie von Beethoven im Burghof 905

/Musik/

"Ostauswirkungen der deutschen Musik"
Vortrag des General-Musikdirektors Drewes 1013

Pflege der mittelalterlichen Musik in Krakau 652

Musikschule, städtische in Krakau 90

Naleczow

Villa Gioia 435

Notenumlauf

s. Währung

N.S.K.K.

s. Kurierkompanie

Oberfeldkommandantur Warschau 58

Oppenländer, Generalleutnant 835

Orchester der Stadt Warschau 57

Ostbahn 673

- Arbeiterfrage 166
- Bahnpolizeiordnung 668
- Bauvorhaben 930
- Betrieb 258
- Betriebslage 930
- Dr.Dorpmüller, Reichsverkehrsminister 313
- Eigentumsverhältnis 1056 1057
- Eisenbahnverordnung des Generalgouvernements 930 1289
- Ernährung der polnischen Belegschaft 1290
- Finanzierung des Ostbahnprogramms 166
- Finanzlage, Einnahmen 663
- Generaldirektion 249 252 661
  - Stellung des Präsidenten 719
  - Zuständigkeit 718
- Gerteis, Präsident 314 1289
- Güterwagengemeinschaft 1291
- Hauptabteilung Verkehr 1057 ff. 1173
- Kameradschaftsabend 309
- Kohle- und Düngemittel-Programm 166

/Ostbahn/

Lebensader des deutschen Sieges 316

Lohnfrage 1290

Neubaukosten 1058 1061

Neuorganisation 167 661

Oberste Bauleitung 19

Organisation 249 311 661
1057

Auflösung der Direktion Radom 167

Ostbahndirektionen 249 255 257

Ostbahndirektionspräsidenten 259 260 661
1289

Personalernennungen 256

polnische Gefolgschaft 250

Reiseverbot für Nichtdeutsche 1290

Reparaturwerkstätten 1290

Sabotagefälle 166

Selbständigkeit der Ostbahn 249 289

Sprachführer, polnischer 1289

Transportlage 19 166

Transportwesen 250

Unterführung im Zuge der Reichsstrasse 1291 1319

Verhältnis zum Reichsverkehrsministerium 249 ff 1056
1173 1174 1288

Verhältnisse im Distrikt Lublin 394

Verkehr in Galizien 719

Verkehr mit dem Osten 1292

Verkehrslage 19

/Ostbahn/

Verkehrslenkung 254 662

Verkehrssperre 166

Vermögen der Ostbahn 719

Zentrale 256

Ostenergie 541

Ostpreis deutscher Kultur 1246

Ostvölker

Erlaß des Reichsministers Dr. Goebbels betr. die Behandlung der Ostvölker 118 135 160

Ostvölkische Legion 1043

Panzerwagen des Generalgouverneurs 248

Papierbewirtschaftung 1272

Einschränkung des Druckes von Broschüren 1283

Parteikanzlei 131

Parteitag 1943 s. Arbeitsbereich

Patent- und Gebrauchsmusterrecht
s. Justiz

Pavlu, Stadthauptmann
Einziehung zur Wehrmacht 207
Freistellung für den Wehrdienst 91 93

Dr. Patscheider, Oberstudienrat
60. Geburtstag 1383

Personenstandsregister, nichtdeutsches 146

Pfitzner, Hans, Professor
Kantate "Von deutsches Seele" 1229

Philharmonie des Generalgouvernements
Erb, Kapellmeister 1034
Festkonzert 1154a
Konzert unter Leitung von
Professor Clemens Krauß 294

Musikerausbildung
Uk.-Stellung vom Baudienst 1298

Notenmaterial 1389

Volkssymphoniekonzerte 1034

Piaseczno
N.S.V.-Heime 548

Piestany, Slowakei 153

Pleiger, Beauftragter für die besetzten Gebiete 677

Polen

Behandlung der polnischen Bevölkerung 246 352

Bergarbeiter, polnische 841

Besserung der Ernährungsverhältnisse 510 585 917 929

eigensetzliches Dasein des polnischen Staates 557

Ernährungslage 127 352

Gesundheitszustand 513

Handelsschulen 513

Hauptausschuß, polnischer 766 1093 1134 1366

Hilfsausschuß, polnischer in Galizien 583

illegale Propaganda 515

kein eigener polnischer Staat 556

loyale Haltung der polnischen Bevölkerung 555 585

Massengrab polnischer Offiziere bei Katyn 200 211 215

Polenpolitik 211 500 523

polnische Arbeiter im Reiche 139 1099

polnische Künstler Wiederbeschäftigung 1287

/Polen/

polnische Musiker 139

polnische Zeitungen
Preiserhöhung 196

propagandistische Behandlung
der Polen 143

Richtfest der polnischen
Arbeiterschaft auf der Burg 1156

Standgerichtsverfahren vor
Erschiessungen 1026 1094

Überreichung einer Erntekrone
und von Erntegaben im Burghof 1127

Widerstandsbewegung 658 921 1036
1094

Polizei

Aktion gegen die Kolpak-Banda
in Galizien 920

allgemeine Polizeiverwaltung 263

Arbeitssitzung in Warschau
"Polizei- und Sicherheitslage" 55

Bandenbekämpfung 422 657 708
743 774 778
780

Bierkamp, SS-Oberführer,
Einführung in das Amt des
Befehlshabers der Sicher-
heitspolizei und des SD 663

Dislozierung von Polizeikräften 779 848 850
989

Einsatz der Ordnungspolizei
im Distrikt Lublin 428

Globocnik, SS.- und Polizei-
führer im Distrikt Lublin 775 824 835

Großaktionen, polizeiliche 657 708 778
779 848

/Polizei/

Großeinsatz der Polizei im Distrikt Lublin 657

Dr. Großkopff, Kommandeur der Sicherheitspolizei
Verabschiedung 980

Krüger, SS.-Obergruppenführer, Höherer SS.-und Polizeiführer, Staatssekretär für das Sicherheitswesen 1158
Abberufung 1158 1204
Verabschiedung 1205 1232

Neuorganisation der polizeilichen Angelegenheiten 738

Persönlicher Referent des Generalgouverneurs für das Sicherheits- und Polizeiwesen 645

Polizeibeamte, nichtdeutsche
Lebensmittelrationssätze 1021 1047

Polizeidirektionen 262 264a 506

Polizeihilfsdienst 689 722 745
1167

Polizeilicher Betrieb im Generalgouvernement 822

polnische Ordnungspolizei 94 920

Schleichhandelsbekämpfung 969

Dr. Schöngarth, SS.-Brigadeführer
Verabschiedung 634

Sicherheitslage 493

Sonderkommandos für Bandenbekämpfung 422

Sporrenberg, SS.-und Polizeiführer im Distrikt Lublin 1162

SS.- und Polizeiführer im Distrikt Lublin 386

SS.- und Polizeistützpunkte 123 81o 916 982

Statistik der Überfälle und Ermordungen im Distrikt Lublin 425

Übereinkommen betr. Regelung der Polizeiverhältnisse 711

ukrainische Polizei 837

Verhältnis Staat-Polizei 639 917

Verluste an deutschen Polizeikräften 338

Waffenscheine 993

Zusammenarbeit von Staat und Polizei 639

Zusammenarbeit von Verwaltung und Polizei 921

Prämienaktion s. Landwirtschaft

Preisbildung

Fischböck, Reichskommissar, Staatssekretär 93

"Preispolitische Fragen der Gegenwart", Vortrag des Staatssekretärs Dr.Fischböck 104

Verordnung über Preisbildung 281

Presse

Empfang von Hauptschriftleitern und Schriftleitern der Presse des Generalgouvernements 1095

Empfang von Vertretern der Hamburger Presse 747

/Presse/

Gesetzliche Veröffentlichungen
in der Krakauer Zeitung 749

Dr. Hagemann, Hauptschriftleiter
des "Weltpressedienstes"
Interview 219

Krakauer Zeitung 749 1103 1322

Kulturschriftleiter
Empfang durch den General-
gouverneur 959

Papierversorgung 1272

Presse, polnische
Bezugspreis 196
Entwicklung 132 134

Pressebesprechung am 23.2.1943 132

Pressechef der Regierung
Bericht über das Pressewesen 1095

Pressepublikation der Polen
und Ukrainer 1104

reichsdeutsche Presse 1104

ukrainische Presse 132

Verdienst der Presse um das
Generalgouvernement 1103

Verlagsleiter Strozyk
Überfall in Warschau 1323

Zeitschrift "Das Generalgouver-
nement" 1323

Zeitungsverlag Warschau
Papierdiebstahl 1382 1383

Preßburg

Fahrt des Generalgouverneur
nach Preßburg 152

Privatbetriebe im Generalgouvernement 537

Produktionsministerium 918

Propaganda

Arbeit der Abteilung Propaganda im Distrikt Warschau 503

Fall Katyn 1284

Film

Kulturfilm über das Generalgouvernement 1207

Hauptabteilung Propaganda

"Berlinhörigkeit" 490

Betreuung der SS.-Kavallerie-Division 654

Ohlenbusch, Präsident

Überreichung der Bestallungsurkunde 1287

propagandistische Behandlung

der Polen 143

Rundfunk 1020 1022

Intensivierung der Rundfunkarbeit 1051

Sender des Generalgouvernements

Bevormundung durch die Reichssendeleitung 1053

Selbständigkeit der Sender des Generalgouvernements 1054

Rundfunknachrichtendienst

für die Fremdvölkischen 1051

Rabka

Besichtigung von H.J.-Lagern
durch den Generalgouverneur 834 835

Radom, Distrikt

Arbeitssitzung am 26.5.1943 319

Baudienst 322

Bauwesen 341

Besichtigung des Distriktsgebäudes durch den Generalgouverneur 318

Besuch des Generalgouverneurs 318 948

Distriktskammer 341

Distriktstandortführung

Arbeitssitzung der politischen Leiter 355

Distriktsverwaltung 339

Entwicklung des deutschen Lebens 363

Ernährung der Bevölkerung 331

Haus der N.S.D.A.P. 354

Kartoffelerfassung 1160

Kommunalverwaltung 339

Kundgebung der Distriktstandortführung 363

Landwirtschaft im Distrikt Radom 331

Meliorationswesen 341

Personalunion: Gouverneur-Distriktstandortführer 343

Polizeitätigkeit 341

/Radom/

Rüstungskommando 341

Schulwesen 320

Sicherheitslage 334 1159

Umsiedlungsproblem 342

Verhältnis von Distriktsverwaltung zur Regierung 343

Volksdeutschenverfolgung 1159

Raffinerien 327

Raffinerie Drhobycz 572

Raumordnung

Amt für Raumordnung 122 910

Raszyn, Kreis

Sicherheitslage 420

"Das Recht des Generalgouvernements"

Werk des Ministerialrats Dr.Weh 1322

Rechtspflege s. Justiz

Regierung des Generalgouvernements

Dienstappell der Gefolgschaft 1135

Regierungsreisen 604

Regierungssitzungen 227 586 755 1155 1354

Reichsdeutsche

Einschränkung des Aufenthalts und des Zuzugs von Reichsdeutschen 86

Meldepflicht 122

Reichsfinanzministerium

Forderungen an das Generalgouvernement 22

Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums 2 102 122 125 342 639 657

Reichskommissariate des Ostens 7

Reichsverteidigungskommission 744

Reprivatisierung s. Galizien

Rogge, Ministerialrat in der Hauptabteilung Finanzen 204

Ronikier, Graf
Vorsitzender des polnischen Hauptausschusses 1093

Rotes Kreuz
Deutsches Rotes Kreuz 649
Polnisches Rotes Kreuz 649

Dr. Röchling, Reichsbeauftragter für Eisen in den besetzten Gebieten 677

Dr. Rüdiger, Jutta, Reichsreferentin des B.D.M. 472

Rundfunk s. Propaganda

Rüstungsarbeiter, polnische 184
Lebensmittelversorgung 185

Rüstungsbetriebe
Betätigung auf dem Schwarzmarkt 547
Betriebsführertagung 940
Verkauf an Rüstungsfirmen des Reiches 24 56
Verlagerung 1326

Rüstungsindustrie

Bewachung der Betriebe 942

Rüstungsindustrie im Distrikt Warschau 496 534

Sicherung der Betriebe 990

Rüstungsinspektion 341 351 352

Rüstungsproduktion im Generalgouvernement 184 187

Rüstungswirtschaft im Generalgouvernement 81 184

S.A. Generalgouvernement 195 359

Aufbau 130 195

Ausbildung von Volksdeutschen
zu S.A.-Führern 131

einjähriges Bestehen 223

Empfang von S.A.-Führern
durch den Generalgouverneur 223

Fahnenweihe im Burghof 877

Führertagung
Rede des Generalgouverneurs 1355

Führungsstab "Generalgouvernement" 195

Polizeihilfsdienst 722

S.A.-Arbeit im Generalgouver-
nement 877

Überfall auf eine S.A.-Kolonne
in Warschau 721

Überprüfung der Deutschen durch
die S.A. 131

Sauckel, Gauleiter
Bevollmächtigter für den
Arbeitseinsatz 452

Saybusch, Herrschaft
Eigentumsverhältnisse 997

Schach
Schachseminar 102

Schlösser, Generaldirektor
Leiter der Abteilung Wirtschaft
im Distrikt Warschau
Ausscheiden 655

Dr. Schöngarth, S.S.-Brigadeführer
Verabschiedung 635

Schröder, Regierungsrat
50-jähriges Dienstjubiläum 448

Schulungsburg in Krakau
s. Arbeitsbereich

Schulwesen

Berufsbildungsschulen 595
Besoldung der polnischen und ukrainischen Lehrerschaft 597
Erziehungsanstalten, national-politische 1330
Forstschulen 595
Gemeinschaftserziehung 1330
Handelsschulen, polnische 513
Handelsschulen, urkainische 595
Heimschulen 173 1285 1330
Lehrerbildungsanstalten, ukrainische 595
Lehrerinnenanstalt in Gorlice 174
Lemberger Fachkurse 173
Lernmittelfreiheit 514
Oberschule im Distrikt Galizien 596
Referenten für das höhere Schulwesen 596
Schulpolitik 595
Schulräte, Ernennung 320

/Schulwesen/

Schulwesen
im Distrikt Galizien 586
im Distrikt Radom 320
im Distrikt Warschau 502

Schulwesen, polnisches
Überwachung 174

Schutzverordnung für die
deutsche Jugend im Generalgouvernement 860

Schwarzhandel 186 196 547 969 1327

Schwesternschaft, Braune
Empfang durch den Generalgouverneur 1385

Seestrategie
"Tagesfragen der Seestrategie"
Vortrag des Admirals Prentzel 939

Seuchenbekämpfung s. Gesundheitswesen

Sicherheitslage 204 205 263 290 308 350 493 512 627 539 824 920 936 940 947 1101

Bandenbekämpfung 422

Bandenüberfälle 245

Bandenwesen im Distrikt Lublin 426 428

Besserung der Sicherheitslage 1205

Einrichtung von polizeilichen Stützpunkten 916

/Schulwesen/

Schulwesen
im Distrikt Galizien 586
im Distrikt Radom 320
im Distrikt Warschau 502

Schulwesen, polnisches
Überwachung 174

Schutzverordnung für die
deutsche Jugend im Generalgouvernement 860

Schwarzhandel 186 196 547 969 1327

Schwesternschaft, Braune
Empfang durch den Generalgouverneur 1385

Seestrategie
"Tagesfragen der Seestrategie"
Vortrag des Admirals Prentzel 939

Seuchenbekämpfung s. Gesundheitswesen

Sicherheitslage 204 205 263 290 308 350 493 512 627 639 824 920 936 940 947 1101

Bandenbekämpfung 422

Bandenüberfälle 245

Bandenwesen im Distrikt Lublin 426 428

Besserung der Sicherheitslage 1205

Einrichtung von polizeilichen Stützpunkten 916

/Sicherheitslage/

Einsatz der Ordnungspolizei 428

Großeinsätze 412 423 431

Luftwaffenfestungen 1041

Selbstschutz der nichtdeutschen Bevölkerung 419

Sicherheitslage

im Distrikt Galizien 586 603 1161

im Distrikt Lublin 387 391 421 432 1162

in der Stadt Lublin 414

im Distrikt Radom 334 1159

im Distrikt Warschau 1163

im Kreis Bilgoraj 418

im Kreis Cholm 419

im Kreis Krasnik 417

im Kreis Krasnystaw 416

im Kreis Raszyn 421

Sicherheitssitzungen 212 262 410 441 982 1035 1164

Sprengstoffanschlag gegen einen Militärzug 1317

Stützpunkte 1045

Verlegung von Ausbildungstruppen ins Generalgouvernement 1043

Sickersiedlung 391

Siedlung 342

Lehrgang für Siedler 1031

Siedlungsgebiet Zamosz 1029

Sonderdienst 745 1168

Aufmarsch 846

Ausbildungsbataillon
Besichtigung auf dem
Burghof 853

Einrichtung der Verwaltung 846 851

Empfang von Sonderdienst-
führern 850

"Geschichte des Sonderdienstes"
Broschüre des Dr. Hammerle 1277

Verwaltungsanordnung 850

Sowjetrußland
Krieg gegen Sowjetrußland 404

Sozialversicherung
Verordnung 281

Spala
Sitz des Wehrkreisbefehlshabers 740

Sparkassenwesen im Generalgou-
vernement 19

Sport
Empfang von Sportlern durch
den Generalgouverneur 971

Spritforderung s. Monopole

S.S.-Erholungsheim Wartenberg 1229 1242

S.S.-Kavallerie-Division
Betreuung durch die Hauptab-
teilung Propaganda 654

S.S.-Schützen-Division Galizien 211 424 563 567 569 575 578 582 587 600 603 606 626

Staat
als notwendige Einrichtung 32

Staatsbibliothek
Sonderschau von Handschriften und Urkunden des mittelalterlichen Krakau 1398

Staatsdomänen s. Landwirtschaft

Staatskasino 157

Staatssekretariat für das Sicherheitswesen 711

Staatstheater s. Theaterwesen

Stadthauptwache in Krakau 939

Städtisches Theater Kattowitz
Aufführung der Oper "Der Rosenkavalier" von Richard Strauß im Staatstheater 1255

Standgerichtsbarkeit gegen Polen 1026

Statistisches Amt
Amtliches Gemeinde- und Dorfverzeichnis des Generalgouvernements 660 1011 1015 1151

/Statistisches Amt/

Bodennutzungsergebnisse 660

Einwohnerzahl des Generalgouvernements 166

Statistische Zeitschrift 1381

Volkszählung 165 188 659 667 708

Stellenplan s. Beamte

Stephanskirche in Krakau
s. Kirchen

Steuerwesen

Aufhebung des Ost-Freibetrages 749 774

Oststeuerhilfe 749

Steuererhöhungen 215

Stiftungen

Errichtung von Stiftungen im Distrikt Galizien 25

Strafanstalten

Sicherung 509

Strassenverkehr

Betreuung durch die Hauptabteilung Innere Verwaltung 246

Stryj, Kreishauptmannschaft

Besuch des Generalgouverneurs 563

Stützpunkte s. Polizei

Südost-Europa-Institut 76

Tachmina, Oberzollrat
50-jähriges Dienstjubiläum 653

Technische Nothilfe
Einsatzführer Ost 1054

Technisches Zentralamt 20 1060

Textilindustrie 328

Theaterwesen

Organisation "Kraft durch Freude"
Einmitschung in Theaterange-legenheiten 490

Staatstheater des Generalgouver-nements

Antolitsch, Kapellmeister
Errennung zum Staatskapell-meister 1033

Einziehung von Orchestermitglie-dern zur Wehrmacht 221 486

Festaufführung: "Die Hochzeit des Figaro" 1155

Freilichtaufführungen im Brun-nenhof des Instituts für Deutsche Ostarbeit 486

Gastspiele 484

Höherstufung von Künstlern 483

Intendant als Sonderbevoll-mächtigter des Generalgouverneurs 485

Kasino 969

Lazarettbetreuung 484

Oper
Notenmaterial für Opernauf-führungen 1388

Stampe, Intendant
Ernennung zum Generalintendanten 1033
Gehaltsfrage 970
Vertragsabschlüsse 483
Zuwendung für besondere Zwecke 485

Städtisches Theater Kattowitz
Aufführung der Oper "Der Rosenkavalier" im Staatstheater 1255

Theater der Stadt Warschau 500 514

Theaterreferent 490

Tierkörperverwertungsanstalten 389

Tierzucht s. Landwirtschaft

von Tippelskirch, Gesandter 76 111

Tomaschow, Kreisstadt
Besuch des Generalgouverneurs 949
Erntedankgroßkundgebung 949

Totenfeier
zum Gedächtnis der Toten des 9. November 1189 1212 1213

Treuhandwesen 532 1328

Truppenübungsplatz Debica 1022

Truskawiec, Kurort in Galizien 573

von Tschammer und Osten, Oberst,
Verbindungsoffizier
Ernennung zum Feldkommandanten 111

Tyrnawa, Slowakei 153

Überprüfungsaktion
betr. Einziehung zur Wehrmacht 19 197 589

Ukraine, Reichskommissariat 810

Ukrainer 626

Bandera, ukrainische Widerstands-
bewegung 1037

Häftlinge, ukrainische 838

Handelsschule, ukrainische 595

Hauptausschuß, ukrainischer 574 811 836
1129

Lehrerbildungsanstalten 595

Heimatdienst, ukrainischer 612

Hilfskomitee 12 566

Polizei, ukrainische 837

S.S.-Schützen-Division Galizien
s.diese

Überreichung von Erntegaben
beim Erntedankfest im Burghof 1129

Verfolgung von Ukrainern durch
Polen im Distrikt Lublin 809

Volkstum, ukrainisches 12

Umrechnungssatz
s. Währung

Umsiedlung 98 116 129
342 386 391
699 766 778
809 836

Sickersiedlung 391

Umtauschaktion
s. Ernährung und Landwirtschaft

Uniformen
Tragen und Mißbrauch von Uniformen im Generalgouvernement 281

von Unruh, General
Kommission des Generals von Unruh 193 197 589

Ursuleac, Viorica, Kammersängerin 92

Veit Stoß-Preis
Preisträger 1943 1247

Verkehrswesen

Hauptabteilung Verkehr 1057 ff. 1173

Verlagerung von Industriebetrieben
ins Generalgouvernement
s. Industriebetriebe

Verteidigungsausschuß 744 806

Verwaltung

Aussenverwaltung 589

Beauftragter für den
kriegsmässigen Verwaltungsausbau 85 95 98
120 156 178
189 193 588

Dezentralisation 589

Dilettantismus in der
Verwaltung 9

Einheit der Verwaltung 289 389 495
507 525 657
799

Einziehung von Beamten
zur Wehrmacht 126 915 924

Fraueneinsatz 89 97

fremdvölkische Kräfte

Heranziehung zur Verwaltungsarbeit 88 93

/Verwaltung/

Intensivierung der Verwaltungsarbeit 31

Personallage 923

Personalversorgung in Galizien 587

Verinfachung der Verwaltung 81 85 86 120 129 130 158 193 211 245 390 503 588

Verfeinerung der Verwaltung 521

Verwaltung
- im Distrikt Galizien 601
- im Distrikt Lublin 388

Verwaltungsanordnung über die Distrikts-, Kreis- und Ortspolizeibehörden im Generalgouvernement 656

Verwaltungsschule im Generalgouvernement 36

"Vordringliche Verwaltungsprobleme des Reiches"

Vortrag des Staatssekretärs Stuckart 755

Verwaltungsakademie des Generalgouvernements 9 31 33 452

"Die deutsche Aufgabe im Osten"

Vortrag des Gauleiters Dr. Meyer 1248

Eröffnung des Wintersemesters 1942/43 31

"Das Führerprinzip in der Verwaltung".

Vortrag des Generalgouverneurs 1071

/Verwaltungsakademie des Generalgouvernements/

kriegswichtige Arbeit 1070

Schriftenreihe 1321

Verwaltungsarbeit 32

Verwaltungsgliederung des Generalgouvernements 6

Verwaltungsnachwuchs, Schulung 8

Verwundetenbetreuung

Empfang von Verwundeten im Staatskasino 1151

Volksdeutsche

Ausbildung zu S.A.-Führern 131

Begrüssung von volksdeutschen Jungen und Mädchen bei ihrer Rückkehr aus dem Reich 482

Einbürgerung 506

Einziehung zum Wehrdienst 118 121

kulturelle Betreuung 101

Neudorf, volksdeutsche Siedlung im Kreise Drohobycz 571

Unterbringung volksdeutscher Jugendlicher im Reich 925

Verfolgung von Volksdeutschen im Distrikt Radom 1159

Volkstumskampf 370

Volkszählung s. Statistisches Amt

"Das Vorfeld" s. Arbeitsbereich

Warschau, Stadt

Aufenthalt des Generalgouverneurs in Warschau 977

Bedeutung für das Generalgouvernement 170 496 533

Belvedere, Schloß in Warschau 469

Deutsche Buchhandlung 53

Deutsches Haus 60

Grundstücksverwaltung 532

Handwerk 531

Haus der deutschen Kultur 60

Heldenfriedhof 60

Industriestadt Warschau 529

Juden in Warschau 559

kulturelle Betreuung der Deutschen 500

Kulturring der Deutschen 500

Kundgebungen im Hause "Roma" 61 549

Orchester der Stadt Warschau 57

Rüstungsindustrie 496

Sicherheitslage 988

staatliche Gewehrfabrik 536

Stadtverwaltung 60

Theater der Stadt Warschau 514 527

wirtschaftliche, soziale und finanzielle Lage 502

Warschau, Distrikt

Arbeit der Abteilung Propaganda 503

Arbeitseinsatzlager 502

Arbeitskräfte, Erfassung 531

Arbeitstagung der Distriktsverwaltung 492

Ernährungswirtschaft 498 502

Gerichtsbarkeit, deutsche und polnische 502

Gesundheitswesen 502

Grundstücksverwaltung 532

Handwerk 531

Industrie 530

Kontingenterfassung 499

Kontingentverteilung 511

Rüstungsindustrie 534

Schulwesen 502

Sicherheitslage 501 1163

Treuhandverwaltung 532

Verwaltungsarbeit 501

wirtschaftliche Bedeutung 170 532

wirtschaftliche Lage 528

Wartenberg

S.S.-Erholungsheim 1229 1242

Warthegausätze

Einführung für die Polen 291

Währung 23 720 1027

Münzen zu 5 Groschen 281

Nickel- und Kupfermünzen 144

Noten

Deutsche Beschriftung 189

Noten für Wehrmachtsausgaben 202

Notenumlauf 1391 1393

ukrainische Währung

Karbonawez 1225

Umrechnungssatz 144

Währungspolitik 1391

Dr. Weh, Oberlandesgerichtsrat

Beförderung zum Ministerialrat 441

Wehrausschuß im Distrikt Galizien 580

Wehrbeitrag 23 110 202
203 206 1225

Wehrkreisbefehlshaber 740

Befehlsübernahme 907

Besuch des Generalgouverneurs

in Spala 740

Zusammenarbeit mit der Regierung 197

Wehrmacht

Arbeitssitzung "Wehrmachtsfragen" 1408

Einziehung von Gefolgschaftsmitgliedern der Regierung zur Wehrmacht 194 197

/Wehrmacht/

Finanzierung der Truppe 196

Garnisonkirche in Krakau 1206

Geldanforderungen 1224 1327 1412

Oppenländer, Generalleutnant 835

Schleichhandelsbekämpfung 196

Unterbringung neuer Wehrmachtsteile im Generalgouvernement 1045

Versorgung 196

Verwendung von Kriegsversehrten im Dienst des Generalgouvernements 198

Wehrmachtsausgaben 202

Wehrsolderhöhung 1415

wehrwissenschaftliche Forschungsarbeiten 272

Weichselschiffahrt

Kohlenabtransport 325

Weihnachtsfeiern

der Gefolgschaft der Kanzlei des Generalgouverneurs 1398

der Gefolgschaft der Regierung des Generalgouvernements 1426

für Waisen und Halbwaisen von Bombenangriffen ums Leben gekommenen Eltern 1421

der polnischen Belegschaft der Burg 1397

Weißruthenien, Reichskommissariat 810

Dr. Wendler, Gouverneur

Ernennung zum Gouverneur des Distrikts Lublin 437

Werke des Generalgouvernements 56 76

"Wesen und Technik der politischen Arbeit" - Vortrag des Generalgouverneurs 1252

Widerstandsbewegung, polnische

s. Polen

Wimpelweihe des B.D.M. 472

Wirtschaft

Bewirtschaftungsstellen 677 678

Fünfstadium der wirtschaftlichen Entwicklung des Generalgouvernements 795

gewerbliche Wirtschaft 715

im Distrikt Galizien 586

Hauptabteilung Wirtschaft

Lenkung der Produktion 187

Zuständigkeit für Stilllegungen 158

Kohlensituation 324

Metallbewirtschaftung 745

Schwarzmarkt 326

Spinnstoffwirtschaft 715

Textilwirtschaft 793

Unternehmerschaft, polnische 538

Versorgungswirtschaft 81

Wirtschaftsproblem

im Distrikt Radom 324

Wirtschaftsausschuß 715 792

/Wirtschaft/

Wirtschaftsführer
Auszeichnung für Musterbetriebe 443
Wirtschaftsführertagung 790 791
Wirtschaftskameradschaft 804
Wirtschaftslage im Distrikt
Warschau 528 532
Wirtschaftspolitik des
Generalgouvernements 326
Wirtschaftssitzung in Warschau 56
Wirtschaftstagung 449 528
Wirtschaftsverwaltung
Personallage 329
Rechtssicherheit des Eigentums 544
Ziel der Wirtschaft im
Generalgouvernement 802

Wissenschaft

Gesellschaft der Wissenschaften
des Generalgouvernements
Gründung 1297 1399
Satzung 1281

Wohnungswesen

Wohnungsraum in Lublin-Stadt 415
Wohnungsproblem in Krakau 1032

Wolhynien 810

- - - - - - - - -

Yucca-Pflanze 379 380

Zakopane
Berghaus 1049 1226

Zamosz, Kreis
Sicherheitslage 412

Zigaretten s. Monopole

Zollgrenzschutz
Aufhebung 145 147

Zollschutz 540

Zörner, Gouverneur 168 216 381

Zusatzversicherung 648

Zwangsschutzimpfung gegen
Bauchtyphus 24

II

Personelles Inhaltsverzeichnis

- - -

Dr. Abb, Direktor der Staatsbibliothek	175	950	
Dr. Albert, Regierungsdirektor	145	150	830
Aldinger, Melanie, Frauenschaftsleiterin	924	1293	1300
Altrichter, Generalleutnant	970		
Dr. Amann, Regierungsrat, Kreishauptmann	418		
Antclitsch, Kapellmeister	221	1004	1033
	1229	1388	
Arnold, Regierungsrat, Abteilungsleiter	720	1229	1243
Axmann, Reichsjugendführer	859	861	867
	869		
von dem Bach-Zelewski, SS-Obergruppenführer	778	967	
Bader, Walter, Musikreferent	183	470	1176
Dr. Ballat, Staatsanwalt	213		
Bandera, Josef, Bürgermeister der Stadt Stryj	566		
Bauder, Präsident der Hauptabteilung Bauwesen (Technisches Zentralamt)	179	183	440
	518	808	1208
	1211	1319	

Bauer, Amtschef 574 586

Baumann, Hauptschriftleiter (Hamburger Fremdenblatt) 746

Dr. Becker, Dozent 306

Becker, Generalleutnant der Polizei 262 264a 779 808 846

Dr. Becker, Oberregierungsrat 393

Dr. Behr, Oberlandwirtschaftsrat 25

Dr. Bergmann, Oberkriegsverwaltungsrat 1423

Bierkamp, SS-Oberführer, Befehlshaber der Sicherheitspolizei 467 663 666 779 826 920 947 985 ff. 1036 1041 ff. 1164 1205 1206 1232 1247 1380

Dr. Biermann, Dozent 306

von Bernstorff, Oberstleutnant 740

Bisanz, Oberst a.D. 571 574 580 601

Dr. Boepple, Staatssekretär 42 84 98 145 194 262 271 650 689 713 751 791 846 1025 1069

Bosch, Sendeleiter 1051 1054

Börngen, Betriebsleiter des
Staatsgutes Kressendorf 265

Dr. Böttcher, SS- und Polizeiführer 334

Bracht, Gauleiter 997ff. 1002 1004

Dr. Brandl, Oberregierungsrat
Leiter der Abteilung Wirtschaft
im Distrikt Galizien 586

Brandt-Pulawy, Kreishauptmann 410

Dr. von Braunmühl 936

Brodmann, Parteirichter 472 970

Bruckmann, Oberinspektor 183

Buch, Professor 1275

Burger, kath.Pfarrer 1294ff.

Dr. Burghardt, Betriebsführer 450 716

Dr. von Burgsdorff, Gouverneur 1232 1247 1423

Dr. Burmann, stellv.Leiter der
Abteilung Gesundheitswesen 41

Busse, Kreishauptmann 410

Dr. Bühler, Staatssekretär 20 22 29
35 79ff. 85
87 94 106
111 115 116
118 122 125
147 168 170
187 205 209
215 245 253
255 262 264a
308 450 645
858 916 918
958 978 1048
1055 1060 1070
1094 1107 1135
1150 1155 1158
1167 1278 1283

Dr.Bühler, Staatssekretär 1285 1286 1318 1354 1375 1381 1417 1426

Catlos, General, slowakischer Verteidigungsminister 152 153

Cerff, SS-Brigadeführer 871

Dr. Claus, Landwirtschaftsrat 393 417 423

Dr. Coblitz, Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit 31 102 131 222 271 301 959 1032 1176 1281 1297

Dr. Conti, Reichsgesundheitsführer 31 35 38 39

Dr. von Craushaar, Präsident 1232 1247

Dr. Dairaines, Professor 1260

Dr. Decker, Generaldirektor 1026

Denkel, Dolmetscher 1260

von Dewitz, Kreishauptmann 563
Diederich, NSKK-Obersturmbannführer 488
Dohmann, Assessor, 747

Dr. Dorpmüller, Reichsverkehrsminister 249

Dose, Haushofmeister 175

Dr. Dresler,Reichshauptamtsleiter 53 55 112 168 208 246 247

Dresler-Andres, Ministerialrat 924

Drewes, Generalmusikdirektor 1013

Druschel, Major der Flieger 396

Eckhart, Oberregierungsrat im Reichsfinanzministerium 1389

Dr. Egen, Amtschef 173 979

Dr. Eichholz, Präsident 173 175 320 513 595 959 1176 1281 1297 1330 1331 1399

Dr. Eisenlohr, Amtschef 439 448

Eisenlohr, Oberbereichsleiter 192 198 282 648

Dr. Eißfeldt, Oberlandforstmeister 104 330 812 819 1169

Elste, Oberforstmeister 330 816

Dr. Emmerich, Präsident 145 148 324 450 535 539 600 658 677 ff. 680 714 717 744 791 808 918 938 961 1049 1057 1383 1416

Enderlein, Erich, Tenor 905

Endrös, Legationsrat 152

Dr. Engländer, Stadthauptmann 414

Dr. Engler, Amtschef 117 774

Erb, Kapellmeister 248 1388

Ernst, SS-Hauptsturmführer 175

Fenske, Hauptschriftleiter 134 135 139 140 1051 1366

Feyerabend, Professor 296

Dr. Fiedler, Direktor der Oberschule Krakau 470

Dr. Fischböck, Staatssekretär 93 104 106

Dr. Fischer, Gouverneur 54 61 169 170 381 385 492 526 548 549 1163 1168 1232

Fischer, Hauptmädelführerin 472 474

Fischer, Oberst 11 469 751

Fischer, Reichsbahnamtmann 394

Fitting, Kreislandwirt 379

Forster, Gauleiter 647

di Fossombrone, Graf 183 190 208 713 729 850

Dr. Föhl, Betriebsführer 450

Förschle, Hauptbannführer 43 764 834 856 905 924 1027

Dr. Frank, Generalgouverneur, Reichsminister, Reichsleiter 5 12 31 39 61 105 161 216 223 227 260 262 285 302 310 344 355 363 381 398 432 437 440 443 449 453 474 482 520 533 550 569 572 577 581 584 604 614 619 635 642 644 654 663 670 726 752 756 781 792 820 834 851 853 859 863 867 871 877 882 900 903 931 943 951 971 1004 1005 1007 1063

Dr. Frank, Generalgouverneur 1071 1095 1108 1127
1132 1135 1152 1155 1156 1189
1208 1213 1232 1242 1243 1248
1252 1254 1256 1264 1278 1300
1332 1354 1355 1370 1385 1392
1397 1400 1421 1428

Freimuth, Gertrud, Altistin 905

Freter, Oberst 534

Friedrichs, Oberbefehlsleiter 708 711 712

Fritzsche, Buchhändler 1255

Gabelmann, Stabsleiter der
H.J.-Führung 71

Gadischke, S.S.-Sturmbannführer 653

Dr. Gareis, Leiter der Abteilung
Ernährung und Landwirtschaft
im Distrikt Galizien 586

Dr. Gasselich, Leiter der Abteilung
Wissenschaft und Unterricht
im Distrikt Galizien 586

Gassner, Pressechef 31 55 77 132
143 190 247 282
448 470 668 746
778 809 842 858
859 871 880 919
924 959 1003 1022
1051 1069 1093 1095
1106 1134 1176 1182
1187 1281 1323 1382
1383

Dr. Geigenmüller, Wirtschaftsschrift-
leiter des Hamburger
Fremdenblattes 746

Geisenheyner,
Hauptschriftleiter 1423

Dr. Gentz, Kreishauptmann 847

Gerteis, Präsident der
Generaldirektion der
Ostbahn 19 166 249 273
600 661 718 930
1056 1057 1288 ff. 1319

Dr. Glehn, Kreishauptmann 949

Globocnik, Generalleutnant
der Polizei, SS- und
Polizeiführer, Distrikt-
standortführer 381 397 408 411
416 421 775 877

Goede, Leiter des Arbeits-
gebiets Volkswohlfahrt
im Distrikt Radom 355

von der Goltz, Frhr., Ritt-
meister 111 167 308

Dr. Gorgon, Kreishauptmann
des Kreises Kolomea 587

Görgens, Kreishauptmann
des Kreises Drohobycz 571

Dr. Götz, Regierungsrat,
Referent im Statistischen
Amt 659

Dr. Frhr. von Gregory,
Präsident der Zentral-
kammer für die Gesamt-
wirtschaft im Generalgou-
vernement 936

Gramß-Sokolow, Kreishauptmann 501

Große, Generaldirektor 572 808

Dr. Großkopf, SS-Obersturmführer, Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD. 980

Gruschinke, Oberregierungsrat 502

Grünwald, Generalmajor der Ortspolizei 910 920 982 1039 1040 1047 1049 1164 1166 1168 1232

Haenicke, General der Infanterie, Wehrkreisbefehlshaber 740 902 907 939 1154a 1408 1419

Dr. Hagemann, Hauptschriftleiter 219

Halbauer, Baudirektor 179 181 440 1156

Dr. Hammerle, Rechtsrat, Inspekteur des Sonderdienstes 846 850 1277

Harms, Kreishauptmann 419

von Hartlieb, Generalmajor 167 179

Dr. Hartung, Betriebsführer 450

Haseloff, Generalmajor 196 983 987 991 1039 1043 1243 1408 ff.

Haslinde, Intendant der Philharmonie des Generalgouvernements 486 1176 1229 1298 1388

Dr. Haße, Oberregierungsrat 383 388

Dr. Härter, Direktor des Botanischen Gartens 1325

Heidemann, D.R.K.-Oberwachtführer 1298

Heimberg, Leutnant 470

Dr. Heißenberg, Professor 1353

Heißmeyer, SS-Obergruppenführer, Inspekteur der nationalpolitischen Erziehungsanstalten und der Heimschulen 1329

Heitmann, S.A.-Standartenführer 950

Herbst, Forstmeister 393

Dr. Heuber, Bevollmächtigter des Generalgouverneurs, Regierungskommissar der Zentralkammer für die Gesamtwirtschaft 25 145 448 641 743 978 1164 1253 1277 1278

Heyna, Oberst der Flieger 991 992 994

von Heygendorff, Generalmajor 740

Hidemara Konoye, Graf, japanischer Musiker 960 962

Himmele, Schriftleiter 1323

Himmler, Reichsführer SS 639 1232 1240 ff. 1247

Hindemith, Chefdirigent der Philharmonie des Generalgouvernements 1003 1388

Hinkel, Generalarbeitsführer 322 323 612 1298

Dr. von Hinüber, Oberlandesgerichtsrat 502

Hirche, Schriftleiter 653

Hirsch, Amtmann, Vorsteher des Deutschen Alpenvereins, Zweig Krakau 213

Hofer, Oberbaurat 198 271 283 681 923 1396

Holweger, Leiter des Hautarbeitsgebiets Schulung 1008 1108 1176 1252

Hoffmann, Generaldirektor 450

Hoffmann, Generalmajor der Flieger 197

von Höberth, Generalleutnant, Oberfeldkommandant 77

Dr. Höller, Stadthauptmann 1222

Höfle, N.S.K.K.-Obergruppenführer 298

Hösl, Direktor der Staatlichen Musikschule in Warschau 301

Dr. Hummel, Amtschef, Vizegouverneur 54 173 501

Jaenicke, Abteilungsleiter der Hauptabteilung Propaganda 469 701 747 756 1176 1178 ff. 1229 1383 1423

Jaschinowski, Abteilungsleiter in der Abteilung Schulwesen des Distrikts Lublin 393

Dr. Jänsch, Regierungsrat 1022

Jeß, Schulleiter in Konskie 379

Dr. Jüngst, Medizinalrat 502

Kamps, Major 740

Karmasin, Volksgruppenführer 152

Kate, Landeshauptmann 997

Kaufmann, Gebietsführer 1206

Dr. Keith, Kammergerichtsrat,
Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs 45 50 108 109 246 273 919 924 948

Keyserlingk, Gräfin 27

Kiel, Obergerichtspräsident 393

Dr. Kienle, Professor,
Direktor des Astronomisch-Physikalischen Observatoriums Potsdam 306

Dr. Killy, Reichskabinettsrat 738

Kinturp, Polizei-Oberstleutnant 428

Kiep, Polizeihauptmann,
S.S.-Hauptsturmführer 168

Kobold, Oberingenieur 938

Kobusch, Bereichsleiter 775 826 871 1187

Köchlin, Margot, Sopranistin 905

Koppe, S.S.-Obergruppenführer,
Staatssekretär für das Sicherheitswesen
1232 1247 1248 1262
1284 1285 1317 1318
1376 1378 1418

Dr. Kopff, Professor, Direktor
des Kopernikus-Instituts in Berlin Dahlem 306

Korinthenberg, Architekt 470 658 739 1008
1012

Köhnke, Direktor 536

Krafft, Ostbahndirektions-Präsident 259

Krafft, Schriftleiter 658
Kratz, Bürgermeister 997
Krauß, Clemens, Professor,
Generalintendant 92 294

Krauß, Oberpostinspektor 471 1026

Dr. Krämer, Stadthauptmann 209 651 939 968

Dr. Kreker, Abteilungsleiter 502

Krojer, Leutnant 219

Dr. Krug, Leiter der Wirtschaftskammer Warschau 537

Krüger, S.S.-Obergruppenführer,
Staatssekretär 94 98 262 264a
639 656 743 920
1205 1232

Dr. Krüger, Schriftleiter 1281

Kubijowitsch, Professor 12 15 25 574
809 836ff. 1129

Kuhn, Pächter des Berghauses in Zakopane 299 1049

Kujath, Kreishauptmann 586

Kundt, Gouverneur 226 318 319 339 355 361 363 378 948 950 957 978 984 ff. 1159 1167 1168 1232

Küchler, Landforstmeister 502

Laskowsky, Fräulein 71

Dr. Lauxmann, Präsident der Deutschen Post Osten 222 488 856 929 1026 1063 1067

Le Clair, Betriebsleiter 1383

Lehmpfuhl, Arbeitsführer 322

Leist, Stadthauptmann 60 502 527

Lemmer, Stabsamtsleiter 613

Dr. Lengert, Regierungsrat 150

Lenk, Kreishauptmann 417

Liebetrau, Schloßhauptmann 45 492

Lodde, Oberregierungsrat 393

Dr. Losacker, Amtschef, Präsident der Hauptabteilung Innere Verwaltung 5 11 25 36 82 86 ff. 95 97 99 120 121 126 156 170 178 189 193 194 209 211 215 245 262 308 437 439 491 503 587 680 751 766 772 779 833 839 915 ff. 1002 1012 1421

Dr. Löffler, Referent 701

Luberich, Professor 905

Dr. Lüdemann, Abteilungsleiter 136

Dr. Maksymtschuk, Iwan, 566
Leiter des ukr. Hilfskomitees in Stryj

Mann, Oberlandforstmeister 813

Mannherz, Regierungsdirektor 502

Manzano, Regierungsrat 36

Masur, Stabsleiter 355

Matthis, Oberstleutnant 262

von Medem, Frhr., Regierungsrat 93 173 923

Mehling, Bereichsleiter 1008

Dr. Meidinger, Chef der Kanzlei 108 179 181 183
265 1069

Dr. Melcher, Staatsrat 178

Mennerich, Dirigent des Orchesters der Stadt München 21

Menzel, Generalmajor 60

Dr. Meyer, Gauleiter 1247

Mierau, Kunstschriftleiter 1255

Mikorey, Referentin 486

von Mirbach, Oberstleutnant 1163

Mittmann, Schulrat 379

Monses, Oberbereichsleiter 503

Dr. Moritz, Ministerialdirektor 961

Dr. Moser, Oberarzt 470

Moser, Generaloberin 27

Murr, Betriebsführer 1383

Mühle, S.S.-Obersturmbannführer 411 425

Dr. Mühlmann, Staatssekretär 690 694 ff. 705 962 ff

Dr. Müller, Direktor des Statistischen Amtes 165 188 1011 1151 1381

Müller, Hauptschriftleiter des "Vorfeld" 165

Müller, Sonderbeauftragter 262

Müller, S.S.-Gruppenführer 467

Naumann, Präsident 25 117 119 123 ff. 262 470 510 546 592 681 698 708 717 723 780 791 910 929 961 1009 1015 1020 1022 1047 1048 1127 1129 1134 1171 1228 1232 1254 1317 1418 1419 1423

Nehring, Kreishauptmann 613

Nichetti, Graf, Botschaftssekretär 729

Nickl, Polizeimeister 99

Nickel, Verlagsleiter 112

Nippel, Schriftleiter 1322

Nissen, Hermann, Kammersänger 143

Noglik, Abteilungsleiter 1051

Ohlenbusch, Präsident 2 36 100 103 113
141 143 160 200 246 247
269 469 472 488 490 514
653 701 747 756 826 842
863 871 907 970 1018 1051
1093 1134 1176 ff 1281 1287 1383

Olbricht, Hauptschriftleiter 849

Ollesch, Bereichsleiter 27 826 1264

Oppenländer, Generalleutnant 939

Oppitz, Sportbeauftragter 971

Otten, Oberbannführer 613

Öchslein, Regierungsober-
inspektor 188

Paepke, Oberregierungsrat 321

Dr. Paersch, Bankdirigent 19 113 144 145
149 189 205 262 448
720 738 774 858 909
1027 1224 1325 ff. 1408
1410 ff.

von Paleske, Rittmeister 780 830

Dr. Passauer, Generalstabsarzt 1385 1386

Dr. Patscheider
Oberstudienrat 1383

Pavlu, Stadthauptmann 90 207

Peltz, Gerda, Schriftleiterin 1255

Pelz, S.A.-Oberführer 130 195 226 721
746 856 924 1255 1355

von Perbandt, Oberleutnant 740

Dr. Pesenecker, Regierungs- und
Medizinalrat 393

Dr. Pfeiffer, Generalsekretär
der Internationalen Rechts-
kammer 53 282 808 1069
1253 1260

Pfliegener, Bereichsleiter 561

Pikler, Leiter der Bewirt-
schaftungsstelle für Eisen-
und Stahl 717

Plodeck, Ministerialrat 856 997 ff.

von Ponikau, Hauptmann 970

Prentzel, Admiral 939

Prüssner, Landesführer der T.N. 1054

Pyttlik, Referent 653

Dr. Rabe, Direktor der Sternwarte München 301

Radtke, Ministerialrat 145 150 653

Ramm, Regierungsrat 393

Dr. Ravasz, Rechtsanwalt, Consul 642b 1260

von Ray, Baudienstführer 395

Reitz, Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Leder 716

Rhetz, Ministerialrat 321 ff. 598

Richartz, Referent 265

Dr. Richter, Direktor, Rüstungsobmann 938

Riesch, Generalmajor der Flieger 1352

Riesebitter, Amtsleiter 100

Roedenbeck, Oberstleutnant 740

Rogge, Ministerialrat 749 774

Ronikier, Graf, Leiter des Polnisches Hauptausschusses 766 ff.

Dr. Rohsendahl, Regierungsdirektor 262 264a

von Rossum, Generalleutnant, Oberfeldkommandant Warschau 58 60 548

Dr. Rüdiger, Jutta, Reichsreferentin des B.D.M. 472

Rümelin, Gesandter a.d. 76

Sachs, Oberst der Flieger 1055

Sack, Erna, Kammersängerin 1063

Sauckel, Gauleiter, Bevollmächtigter für den Arbeitseinsatz 452

von Sauer-Moralis, Pianistin 995

Schaar, Referent in der Abteilung Raumordnung 1022

Schalk, Dienstleiter 2 21 1228

Schamper, Leiter der Regierungsgarage 1187

Scharrer, Direktor der Mercedes-Werke 248

Dr. Schelp, Ministerialdirektor im Reichsverkehrsministerium 1056 1057

Dr. Schepers, Oberregierungsrat 165 910

Dr. Scheu-Sochaczew, Kreishauptmann 502

Schimmelpfeng, Hauptbannführer 1027 1388

Schindler, Generalleutnant, Rüstungsinspekteur 184 186 187 262 450 938 940 1040 1045

Schlosser, Generaldirektor, Leiter der Abteilung Wirtschaft im Distrikt Warschau 528 655

Schlotterer, Ministerialdirektor (Reichswirtschaftsministerium) 1049

Dr. Schlünder, Hitler-Jugend-Gebietsführer 764

Schmidt, Baron, Sonderwirtschaftsbevollmächtigter der Italienischen Botschaft 729

Schmid, Direktor, Hauptabteilung Innere Verwaltung 841 846 848 850 1057 1164 1166

Schmidt-Krasnystaw, Kreishauptmann 416

Schmidt, Ostbahndirektionspräsident 259

Schmidt, Regierungsrat im Reichspropagandaministerium 950

Dr. Schmidt, SS-Sturmbannführer 1329

Schjöller, S.A.-Standartenführer, Leiter der Abteilung Propaganda im Distrikt Lublin 393

Schön, Leiter des Arbeitsgebiets Arbeits- und Sozialpolitik im Distrikt Radom 355

von Schönfeld, Ministerialdirigent im Reichsinnenministerium 36

Dr. Schöngarth, Generalmajor der Polizei, S.S.-Brigadeführer 467 634 638

Schröder, stellvertretender Kreishauptmann 420

Schröder, Regierungsrat 448

Schubert, Hauptmann 1166

Schulz, Oberst 1288

Schulz, Oberregierungsrat (Monopolverwaltung) 780

Schulze, Fahrdienstleiter 924

Dr. Schumburg, Botschaftsrat 704 713 922

Seidel, Hauptschriftleiter 137

Seifert, Bereichsleiter 924

Dr. Senkowskij, Präsident der Hauptabteilung Finanzen 22 57 74 109
201 469 545 774 909
968 1011 1057 1293 1389
1438

Seume, Frau, Frauenschaftsleiterin im Distrikt Radom 355

Sinn, SS-Hauptsturmführer 1421

Sommé, General der Flieger 902 1041 1042 1163

von Sosten, Oberst der Ordnungspolizei 586

Spannagel, Oberbergrat 1383

Dr. Spindler, Oberfinanzpräsident 1003

Stadler, Referent im Ostministerium 1248

Stahl, Hauptabschnitts-
leiter 283 441 452 472
482 519 650 701
721 746 752 764 778 826
830 842 ff. 856 ff. 863 881 898
900 902 907 924 958 970
997 1027 1029 1069 1108 1228
1251 1316 1423

Stahr, Bodo,
Leiter des Hauptarbeits-
gebiets Arbeits- und So-
zialpolitik 443 448a 450 701

Stampe, Intendant 113 482 1033 1176
1229 1298

Stegemann, Oberregierungsrat 320

Dr. Steichele, Medizinalrat 319

Steinbach, Generalmajor 1288

Dr. Ing. Steinhagen,
Ostbahndirektions-
präsident 259

Steinheil, Schriftleiter
des Baedeker-Verlages 77 247

Stoffer, Leiter der Bewirt-
schaftungsstelle für
Papier 1272

Stöppler, Hauptschrift-
leiter 136 140 856 880
1051 1053 1281 1322
1323 1383

Straßmeyer, Hauptgemein-
schaftsleiter 441

Frhr. von Streit,
Ministerialrat 110 909 1012 1049

Stroop, SS- und Polizei-
führer Warschau 501

Stroß-Quartett 282

Strozyk, Verlagsleiter 299 1051 1053 1176 1273

Struve, Präsident der Hauptabteilung Arbeit 30 79 ff. 160 161 716 791 841 910 1170

Stuckart, Staatssekretär 755 1247

Sündermann, Ministerialdirigent, stellvertr. Reichspressechef 871 880

Tachmina, Oberzollrat 653

Dr. Teige, Professor, Präsident der Hauptabteilung Gesundheitswesen 28 39 41 648 669 676 1298

Dr. Teßnar, Leiter des polnischen Hilfskommitees im Distrikt Galizien 583

Dr. Tießler, Kattowitz, Oberbürgermeister 997

von Tippelskirch, Gesandter 76 111

Dr. Tiso, Staatspräsident 152

Dr. Tobias, Schriftleiter 653

Topff, Landwirtschaftsrat 331 355

Trabold, Haushofmeister 52 492

von Tschammer und Osten, Oberst 111

Tszornicki, Präsident des polnischen Hautausschusses 1366 ff.

Dr. Tuka, slowakischer Ministerpräsident 152 642b

Türk, Bürgermeister 1366

Ullrich, Ministerialrat im Reichsinnenministerium 36

Ursuleac, Viorica, Kammersängerin 92

Vanoni, Architekt 968

Dr. Vehofsich, Leiter des Kulturamtes beim Reichskommissar für die Niederlande 156

Vormelker, Hausinspektor 99

Voß, Major d.Res., Kapitän der Legion Speer 980

Voß, SS-Brigadeführer 1022

Dr. Waibgen, SS-Obersturmbannführer (Volksdeutsche Mittelstelle) 1329

Walkenhorst, Dienstleiter 708

Dr. Walter, Oberregierungsrat 653

Walterspiel, Schwestern, Pianistinnen 273

Watzke, Rudolf, Kammersänger 905

Dr. Wächter, Gouverneur 448 563 586 601 612 613 618 619 1161 1212 1232

Wäser, Kreishauptmann 421

Dr. Weber, Betriebsführer 450

Wegener, Paul, Staatsschauspieler, 870

Dr. Weh, Oberlandesgerichtsrat, Ministerialrat 24 145 281 441 643 644 668 695 713 738 774 790 843 968 1008 1012 1022 1057 1173 1187 1242 1321

Weichselbaum, Frauenschaftsleiterin 613

Weihenmayer, Kreishauptmann 412

Weirauch, Oberlandesverwaltungsrat 766 772 809 1049 1093 1248 1366

Dr. Wellmann, Dozent 306

Dr. Wendler, Gouverneur 209 227 285 308 381 383 388 435 437 439 656 835ff 1162

Wenzel, Oberbaurat im Reichsinnenministerium 36

Werthmann, DRK-Oberfeldführerin 1298

Wetzel, Rechtsanwalt 324

Wetzlar, Ministerialdirigent im Reichsverkehrsministerium 1056

Widera, Hauptschriftleiter 137

Dr. Ing. Wiens, Ostbahndirektionspräsident 259

Wilden, Landgerichtsdirektor 471 1205 1294

Wille, Präsident der Hauptabteilung Justiz 448 509 730 ff. 931

Wilm, Schriftleiter der "Münchener Neuesten Nachrichten" 295

Wimmer, Architekt 248

Wittmann, Architekt 318

Wittrisch, Marcel, Kammersänger 1187

Dr. Woltersdorf, Referent 265

Wrede, Oberpostrat 394

Wurmböck, Direktor bei der Tabakmonopolverwaltung 176

Wünnenberg, General der Polizei 1224

Zeitz, Hauptschriftleiter 1051

Ziegenmeyer, Kreishauptmann 413

Zörner, Gouverneur 216 218

Zwettler, HJ-Bannführer 355

III

V e r z e i c h n i s

der

Reden, Ansprachen und Trinksprüche des Generalgouverneurs, Reichsministers, Reichsleiters Dr.Hans F r a n k , gehalten im Jahren 1 9 4 3 .

18.1.1943 Ansprache bei der Einführung des Dr. Losacker in das Amt des Präsidenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung.

18.1.1943 Ansprache an eine Delegation des ukrainischen Hilfskomitees.

2o.1.1943 Ansprache bei der Eröffnung des Wintersemesters 1942/43 der Verwaltungsakademie.

2o.1.1943 Ansprache bei der Einführung des Professors Dr.Teitge in das Amt des Präsidenten der Hauptabteilung Gesundheitswesen.

2o.1.1943 Begrüssung eines Transports von Kindern aus dem Reich.

24.1.1943 Schlußansprache in der Gouverneursitzung in Warschau.

25.1.1943 Schlußansprache in der Polizei- und Sicherheitssitzung in Warschau.

31.1.1943 Rede in der Kundgebung anlässlich der zehnten Wiederkehr des Tages der Machtergreifung im Hause Roma zu Warschau.

31.1.1943 Ansprache bei der Trauung des Stabsleiters Gabelmann.

4.2.1943 Ansprache zur Eröffnung der zweiten Veranstaltung der Verwaltungsakademie.

13.3.1943 Ansprache an polnische Arbeiter und Arbeiterinnen, die die Fahrt ins Reich antreten.

15.4.1943 Ansprache in der Sicherheitssitzung.

16.4.1943 Ansprache aus Anlaß der Verabschiedung des Gouverneurs Zörner.

19.4.1943 Rede bei einem Empfang von S.A.-Führern des Generalgouvernements.

2o.4.1943 Ansprache in der Regierungssitzung.

4.5.1943 Ansprache an die Präsidenten der Ostbahndirektionen.

12.5.1943 Ansprache an den Gouverneur und die Abteilungsleiter des Distrikts Krakau.

24.5.1943 Rede anlässlich der 400. Wiederkehr des Todestages von Nikolaus Kopernikus.

25.5.1943 Ansprache bei einem Kameradschaftsabend der Ostbahn.

26.5.1943 Ansprache bei einer Sitzung der Distriktverwaltung.Radom.

26.5.1943 Ansprache bei einer Arbeitstagung der politischen Leiter der Distriktstandortführung Radom.

26.5.1943 Rede in einer Kundgebung der Distriktstandortführung Radom.

28.5.1943 Ansprache bei einem Gefolgschaftsappell der Distriktverwaltung Lublin.

28.5.1943 Rede in einer Kundgebung der Distriktstandortführung Lublin.

29.5.1943 Ansprache am Schluß einer Arbeitstagung der Distriktsverwaltung Lublin.

31.5.1943 Ansprache in der Sicherheitssitzung.

1.6.1943 Ansprache bei der Überreichung von Leistungsdiplomen an Betriebsführer des Generalgouvernements.

1.6.1943 Ansprache bei einer Wirtschaftstagung.

1o.6.1943 Rede in einer Arbeitssitzung der politischen Leiter des Arbeitsbereichs.

14.6.1943 Ansprache in einer Führerinnentagung des B.D.M. im Generalgouvernement.

15.6.1943 Ansprache an volksdeutsche Jungen und Mädchen.

18.6.1943 Ansprache in einer Arbeitstagung der Distriktverwaltung Warschau.

19.6.1943 Rede in einer Kundgebung der Distriktstandortführung Warschau.

2o.6.1943 Ansprache an ukrainische Delegationen in Stryj.

2o.6.1943 Ansprache im Rathaussaal zu Drohobycz.

21.6.1943 Ansprache an die Mitglieder des ukrainischen Hauptausschusses in Lemberg.

21.6.1943 Ansprache an die Mitlgieder des ukrainischen Wehrausschusses in Lemberg.

21.6.1943 Ansprache an die Mitglieder des polnischen Hilfskomitees (Galizien) in Lemberg.

21.6.1943 Ansprache in der Regierungssitzung in Lemberg.

21.6.1943 Ansprache in einer Dienstbesprechung der politischen Leiter der Distriktstandortführung Galizien.

21.6.1943 Rede in einer Kundgebung der Distriktstandortführung Galizien.

22.6.1943 Ansprache bei der Verabschiedung des S.S.-Brigadeführers Dr.Schöngarth.

25.6.1943 Ansprache in einer Tagung der Internationalen Rechtskammer in der Slowakei.

9.7.1943 Ansprache bei einem Empfang von Ärzten des Distrikts Krakau.

16.7.1943 Ansprache bei einem Empfang von Abteilungsleitern der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft und der Landwirtschaftlichen Zentralstelle.

22.7.1943 Ansprache bei der Einweisung des Organisationsstabes für die Parteitag-Veranstaltungen.

22.7.1943 Rede in der Regierungssitzung.

23.7.1943 Rede bei der Gründung der Kulturvereinigung.

2.8.1943 Ansprache bei dem Empfang von 30 Reichsrednern.

3.8.1943 Rede in einer Wirtschaftstagung.

1o.8.1943 Ansprache an eine Abordnung von Sonderdienstführern.

1o.8.1943 Ansprache an ein Ausbildungsbataillon des Sonderdienstes.

1o.8.1943 Ansprache aus Anlaß der Verkündung des Jugendschutzgesetzes.

13.8.1943 Ansprache bei der Eröffnung der Ausstellung "Westmärkische Künstler im Generalgouvernement".

13.8.1943 Ansprache bei der Einweihung des Hauses der Jugend in Krakau.

14.8.1943 Ansprache bei der Parteiführertagung im Hause Urania.

14. 8.1943 Ansprache bei der Weihe von S.A.-Fahnen.

14. 8.1943 Rede in der Generalmitgliederversammlung des Arbeitsbereichs.

15. 8.1943 Ansprache in der Großkundgebung des Arbeitsbereichs auf dem Adolf-Hitler-Platz.

15. 8.1943 Ansprache an die Sieger und Siegerinnen des Leistungswettkampfes der H.J.

15. 9.1943 Ansprache an die Obergerichtspräsidenten.

19. 9.1943 Rede bei der Erntedank-Großkundgebung in Tomaschow.

22. 9.1943 Ansprache bei der Tagung des Kriegswirtschaftsstabes und Verteidigungsausschusses.

23. 9.1943 Ansprache beim Empfang von Sportlern und Sportlerinnen.

29. 9.1943 Trinkspruch bei einem Abendessen zu Ehren des Gauleiters Bracht.

21.1o.1943 Ansprache bei einem Kameradschaftsabend der Deutschen Post Osten.

23.1o.1943 Vortrag in der Verwaltungsakademie über das Thema: "Führerprinzip in der Verwaltung".

23.1o.1943 Ansprache bei einem Presseempfang.

23.1o.1943 Rede bei der Übergabe der Schulungsburg an den Arbeitsbereich über "die unsterblichen Ideen des Nationalsozialismus"

24.1o.1943 Ansprache an eine Abordnung polnischer Bauern und Bäuerinnen.

24.1o.1943 Ansprache an die Mitglieder des Ukrainischen Hauptausschusses und eine Abordnung ukrainischer Bauern und Bäuerinnen.

25.1o.1943 Rede bei einem Dienstappell der Gefolgschaft der Regierung des Generalgouvernements.

25.1o.1943 Ansprache bei einem Empfang von Verwundeten im Staatskasino.

26.1o.1943 Ansprache in der Regierungssitzung.

27.1o.1943 Ansprache beim Richtfest für den Kanzleineubau.

7.11.1943 Rede bei der Morgenfeier zu Ehren der Toten des 9. November.

8.11.1943 Ansprache anlässlich der Übergabe des Kanzleineubaues.

9.11.1943 Rede bei der Kundgebung der Distriktstandortführung Galizien in Lemberg - Feier des 9.November.

18.11.1943 Ansprache anlässlich der Amtseinführung des Präsidenten Dr. von Craushaar und des Gouverneurs Dr. von Burgsdorff und der Anwesenheit des Reichsführers S.S. Himmler.

19.11.1943 Ansprache anlässlich der Übergabe des S.S.-Erholungsheimes Wartenberg.

19.11.1943 Ansprache bei der Eröffnung der Kunstausstellung: "Deutsche Künstler sehen das Generalgouvernement".

2o.11.1943 Ansprache in der Verwaltungsakademie anlässlich der Anwesenheit des Gauleiters Dr.Meyer.

21.11.1943 Rede in der Tagung der Amtswalterschaft und der Propaganda- und Schulungsredner über das Thema: "Wesen und Technik der politischen Arbeit."

22.11.1943 Ansprache aus Anlaß eines Empfanges des Präsidenten der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft und der Mitarbeiter der Abteilung II dieser Hauptabteilung.

29.11.1943 Ansprache bei der Eröffnung des Kriegswinterhilfswerks 1943/44.

29.11.1943 Ansprache bei der Amtseinführung des Regierungskommissars Dr.Heuber.

12.12.1943 Rede bei einer Frauenkundgebung im Staatstheater.

14.12.1943 Rede beim Abschluß eines Schulungslehrganges für Offiziere der Luftwaffe.

16.12.1943 Ansprache in der Regierungssitzung.

16.12.1943 Trinkspruch bei einem Essen zu Ehren der Regierungsmitglieder.

16.12.1943 Ansprache bei einer Führertagung der S.A.-Generalgouvernement.

17.12.1943 Ansprache an den neu gebildeten Polnischen Hauptausschuß.

17.12.1943 Ansprache bei einem Empfang von Schwesternschaften des D.R.K. und der N.S.V.

18.12.1943 Ansprache bei einem Empfang des Präsidenten und der leitenden Mitarbeiter der Hauptabteilung Finanzen.

18.12.1943 Ansprache bei einer Weihnachtsfeier der polnischen Belegschaft der Burg.

19.12.1943 Rede bei der Gründung der Gesellschaft der Wissenschaften des Generalgouvernements.

2o.12.1943 Ansprache bei einer Weihnachtsfeier mit Bescherung von Waisen und Halbwaisen bei Luftangriffen getöteter Eltern.

23.12.1943 Rede bei einer Weihnachtsfeier der Gefolgschaft der Regierung des Generalgouvernements.

END OF

VOL. # 31

R 9

END OF

VOL. # 31

R 9

15.12.
15
60
510

13.11.
15
60
5.0

13.10.
15
60
510

13.11.
15
28
5.8

13.14.
15
60
510

13.14.
15
60
810

13.14.
15
00
510

13.14.
15
60
510

$$\frac{13.14.}{15}\quad\frac{60}{840}$$

15.10.
15
00
5,0

15.10.
15
0
5,0

13.14.
75
5,00

13.10.
15
00
510

15.12.
15
00
51,0

13.10.
15
00
5.0

13.12.
75
00
510

VOL. # 32

R9

8C

Inhaltsverzeichnis

20. 4.1943: Regierungssitzung im Königssaal der Burg

S. 1 bis 42

22. 7.1943: Regierungssitzung im Königssaal der Burg

S. 43 bis 78

26.10.1943: Regierungssitzung im Regierungssaal der Burg

S. 79 bis 152

16.12.1943: Regierungssitzung im Königssaal der Burg

S. 153 bis 185

- - -

Regierungssitzung

am 2o. April 1943
(Führergeburtstag)

im Königssaal der Burg zu Krakau.

Teilnehmer:

Der Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Dr. Boepple
Pressechef Gassner
Oberstarbeitsführer Hinkel
Oberstleutnant v.Dazur
Frhr von der Goltz
Frhr von Medem
Amtsleiter Gutbrod
Direktor Dr. Coblitz
Direktor Dr. Müller
Gouverneur Dr. Wendler
O.R.R. Wessel
Hauptbannführer Förschle
Erster Staatsanwalt Dr.Meidinger
O.L.G.R. Dr. Weh
Präsident Ohlenbusch
Präsident Dr. Struve/
Präsident Naumann

Generalleutnant d.Pol. Becker
Präsident Bauder
Gouverneur Kundt
Bankdirigent Dr. Paersch
Präsident Dr. Senkowsky
Präsident Gerteis
Ministerialrat Plodeck
Senatsrat Dr. Blauert
Präsident Dr. Eißfeldt
Präsident Losacker
SS-Brigadeführer Dr. Schöngarth
Baudirektor Schuhmache
Präsident Tetzner
Präsident Lauxmann
Kanzler Kloetzel
Reg.Direktor Eichholz
Präsident Prof.Dr. Teitge
Hauptabschnittsleiter Stahl

Ausgefertigt in 4 Exemplaren:

1. z.d.A. d. Kanzlei des GG.
2. Staatssekretär Dr. Bühler
3. O.L.G.R. Dr. W e h
4. Pressechef Gassner

Anwesenheitsliste

für die Hauptabteilungspräsidenten -

am 2o. April 1943 Sitzung

im Königssaal der Burg zu Krakau

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Bühler		
Dr. Boepple		
Gerren	Vorsteher der Reg.	
Winkel	Leiter der Hauptabteilung	
Dazer	Oberstleutnant	Verb Offiz d. Lw.
Wächter	Rittmeister	Verb. Offz. d. W. Mdr.
Schlemann	Hptabt. d. Personalamts d. Reg	
Fischer	Amtsleiter i. d. Reg.	
Pfeffer	Direktor des Instituts	für Deutsche Ostarbeit
Müller	Direktor d. Bildamts	Mal. deutsch
Wendler	Gauhauptmann	Krakau
	Ob. Reg Rat	Ob. Stabsveterinär

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]	Baugewerkschulrat	Leiter der Landesstelle für Bauwesen
[illegible]	L. d. A.	Kommando der Gendarmerie
[illegible]	OLGR	Amt für Gesetzgebung
[illegible]	[illegible]	Gyl.-Amt. Prag
[illegible]	Präs.	Gyl. Amtsg. Aussig
[illegible]	Präs.	Finanzdirektion Troppau
[illegible]	Generalleutnant i. P.	Hauptstadt. Pol. Dir.
[illegible]	Präsident	Polizeidirektion
[illegible]	Ob.-Reg.-Rat	Landesregierung
[illegible]	Präsident der	Hauptstadt. Linz
[illegible]	Präsident	Gyl. Amt. Schwechat
[illegible]	Präs. R.	Gyl. Amtsg. Hietzing
[illegible]	Amtsrat	Bezirksgericht Innere Stadt

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Zippelius	Präsident	Hauptabteilg. Forsten
Lozauer	Vizepräsident	" Innere Verwaltg.
Reinecke	Bds	Bds
Schumacher	Baudirektor	Baumanordnung
Lehner	Abteilungsleiter	Hessen-Nassauische Landesbauabteilung
Amendarn	Präsident	Hauptabt. Pol.
Klockzel	Kanzleirat	Außerhalb. Amt
Reichelt	Reg. Direktor	HA Kassen- und Rechnungswesen
Teige	Leiter	HA. Gesundheitswesen
Adam	Stellv. Leiter	NSDAP.

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Fischer	Präsident	Hauptstelle. Forsten
Lozahn	Vizepräsident	" Innere Verwalt.
Kümpel	Bd.	Bd.
Eschmann	Baudirektor	Raumordnung
Lehmann	Abteilungsleiter	Hessen-Nassauische Heimst.
Ammann	Präsident	Hauptabt. Pol.
Klockzel	Kanzler	Ausgerüstigkeit Amt
Lichtig	Reg. Direktor	H A Ausgerüstigkeit Unterricht
Teitge	Leiter	H. A. Gesundheitswesen
Hahn	Stellv. Leiter	NSDAP.

Beginn der Sitzung 11^{00} Uhr

Vor der Sitzung überbringt Graf Fossombrone die Glückwünsche der italienischen Regierung zum Geburtstag des Führers mit folgenden Worten: Im Auftrage meiner Regierung habe ich die Ehre, Ihnen Excellenz, die Grüsse der italienischen Regierung und des ganzen italienischen Volkes für den grossen Führer Deutschlands zu übermitteln. Unser Wunsch ist heute Ihr Wunsch, Excellenz, unser Gruß Ihr Gruß. Heil Hitler!

Der Herr Generalgouverneur: Herr Graf! Ich danke Ihnen im Namen der Regierung des Generalgouvernements für die Glückwünsche. Sie können überzeugt sein, dass das neue Jahr ebenfalls im Zeichen der treuen deutsch-italienischen Verbundenheit stehen wird. -

+ + +

Anschliessend eröffnet der Herr Generalgouverneur die Regierungssitzung mit folgenden Worten:

Meine Herren! Ich habe Sie heute auf die Burg gebeten, um aus Anlaß des Geburtstages des Führers in besonders feierlicher Form, allerdings im Rahmen des Krieges, in dem jede Stunde zur Arbeit genutzt werden muss, eine Regierungssitzung abzuhalten.

Ich habe in unser aller Namen dem Führer telegrafisch die Glückwünsche der Deutschen des Generalgouvernements und der Regierung des Generalgouvernements ausgesprochen und erneut das Gelöbnis abgelegt, dass wir hier in seinem Dienste, im Dienste des Freiheitskrieges unseres Volkes und im Dienste des Sieges so wie bisher alles einsetzen an Kraft, Energie, materiellen und menschlichen Reserven dieses Raumes, was nur menschenmöglich ist. Dem zum Gelöbnis bitte ich Sie, sich von den Plätzen zu erheben und am 54.Geburtstag des Führers zu gedenken. Adolf Hitler - Sieg Heil!

Ich danke Ihnen.

Meine Herren! Heute morgen wurde auf den Staatssekretär für das Sicherheitswesen Krüger ein Attentat verübt, das gottlob ohne weitere Schäden abging. Nach den mir bisher zugegangenen Meldungen wurde auf den Wagen ein Sprengkörper geworfen, der zu einer teilweisen Zerstörung desselben geführt hat. Ich habe dem Staatssekretär Krüger in unser aller Namen unsere Freude zu seiner Errettung zum Ausdruck gebracht. Dieses Attentat ist ein erneutes Zeichen, wie ernst die Lage ist. Zum ersten Mal wurde damit ein Angriff auf eine der führenden Persönlichkeiten des Generalgouvernements unternommen. Wir müssen daraus den ernsten Entschluß unserer polnischen Feinde erkennen, sich durch immer steigende Terror-Maßnahmen des Mittels zu bedienen, Unruhe in die Deutschen dieses Raumes zu bringen, unsere Regierungsmaßnahmen zu stören und die Arbeit, die wir im Dienste des Krieges und des Sieges in diesem Raum zu vollführen haben, wenn nicht unmöglich zu machen, so doch zu behindern. Wir haben vor einigen Tagen in diesem Saal eine Sitzung über die Sicherheitslage abgehalten und werden uns heute erneut darüber aussprechen müssen.

Ich wäre Ihnen, General Becker, dankbar, wenn Sie Obergruppenführer Krüger nochmals unsere besten Wünsche übermitteln würden.

Der Herr Generalgouverneur erteilt hierauf dem Chef der Regierung des Generalgouvernements, Staatssekretär Dr. Bühler, das Wort:

Meine Herren! Wir befinden uns in der letzten Hälfte des vierten Kriegsjahres, das mit der Verkündung des totalen Krieges in den Höhepunkt der Anstrengungen des deutschen Volkes um den Endsieg eingetreten ist. Das Generalgouvernement, das von Anfang an seine Existenz-Berechtigung und seine Aufgabe nur in dem Nutzen für das Reich und für die Stärkung des deutschen Kriegspotentials gesehen hat, wird sich diesen äussersten Anstrengungen in jeder Hinsicht anschliessen.

Wir stehen wieder vor der Durchführung einer grossen

Meine Herren! Heute morgen wurde auf den Staatssekretär für das Sicherheitswesen Krüger ein Attentat verübt, das gottlob ohne weitere Schäden abging. Nach den mir bisher zugegangenen Meldungen wurde auf den Wagen ein Sprengkörper geworfen, der zu einer teilweisen Zerstörung desselben geführt hat. Ich habe dem Staatssekretär Krüger in unser aller Namen unsere Freude zu seiner Errettung zum Ausdruck gebracht. Dieses Attentat ist ein erneutes Zeichen, wie ernst die Lage ist. Zum ersten Mal wurde damit ein Angriff auf eine der führenden Persönlichkeiten des Generalgouvernements unternommen. Wir müssen daraus den ernsten Entschluß unserer polnischen Feinde erkennen, sich durch immer steigende Terror-Maßnahmen des Mittels zu bedienen, Unruhe in die Deutschen dieses Raumes zu bringen, unsere Regierungsmaßnahmen zu stören und die Arbeit, die wir im Dienste des Krieges und des Sieges in diesem Raum zu vollführen haben, wenn nicht unmöglich zu machen, so doch zu behindern. Wir haben vor einigen Tagen in diesem Saal eine Sitzung über die Sicherheitslage abgehalten und werden uns heute erneut darüber aussprechen müssen.

Ich wäre Ihnen, General Becker, dankbar, wenn Sie Obergruppenführer Krüger nochmals unsere besten Wünsche übermitteln würden.

Der Herr Generalgouverneur erteilt hierauf dem Chef der Regierung des Generalgouvernements, Staatssekretär Dr. Bühler, das Wort:

Meine Herren! Wir befinden uns in der letzten Hälfte des vierten Kriegsjahres, das mit der Verkündung des totalen Krieges in den Höhepunkt der Anstrengungen des deutschen Volkes um den Endsieg eingetreten ist. Das Generalgouvernement, das von Anfang an seine Existenz-Berechtigung und seine Aufgabe nur in dem Nutzen für das Reich und für die Stärkung des deutschen Kriegspotentials gesehen hat, wird sich diesen äussersten Anstrengungen in jeder Hinsicht anschliessen.

Wir stehen wieder vor der Durchführung einer grossen

Erzeugungsschlacht. Die Maßnahmen sind bereits im Winter angelaufen und Sie können bei einer Fahrt durch die Lande feststellen, in welch erfreulichem Ausmaß der Apell der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft an die polnische landwirtschaftliche Bevölkerung auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Allerdings ist für das Gelingen dieser Erzeugungsschlacht Voraussetzung, dass eine Beruhigung der Sicherheitslage eintritt, dass das Funktionieren des Transportwesens gewährleistet ist, und dass endlich die Störung des Vertrauens der polnischen landwirtschaftlichen Bevölkerung des Generalgouvernements zur deutschen Führung beseitigt wird.

Auf industriellem Sektor gelten unsere wirtschaftlichen Bemühungen der deutschen Rüstungswirtschaft, d.h. was in diesem Raum an Rohstoffen und Material vorhanden ist, was an Arbeitskräften eingesetzt werden kann, und was an Nahrungsmitteln für die Ernährung ~~für die Ernährung~~ der in der Rüstung tätigen Bevölkerung aufgebracht werden kann, wird in den Dienst dieser Rüstung gestellt. Das Endergebnis dieser Produktion kommt unmittelbar dem Reich zugute, und ist als unmittelbarer Beitrag des Generalgouvernements zur Rüstung des Reiches zu betrachten. Die sonstigen wirtschaftlichen Kräfte werden in rationeller planmässiger Weise zusammengefasst, das Unwirtschaftliche und Unkontrollierbare wird ausgeschaltet. Die noch vorhandenen Erzeugungskapazitäten werden in den Dienst der Versorgung der einheimischen Bevölkerung ~~in~~ und der hier tätigen Deutschen gestellt. Auch hier muss ich als Voraussetzung bezeichnen, dass es dem Generalgouvernement durch Verhandlungen mit dem Vierjahresplan in Berlin gelingen muss, für die in unserem Interesse arbeitende Bevölkerung Ernährungssätze zur Verfügung zu bekommen, wie sie bereits im Reich, im Protektorat und in den eingegliederten Ostgebieten selbst für Gefangene gewährt werden. Nur dann ist auf die Dauer mit der Möglichkeit zu rechnen, den Arbeiter an seiner Arbeitsstätte zu halten, ihn nicht zum Schleichhandel zu treiben, und so seine Arbeitskraft hundertprozentig auszunützen.

Die Transportsituation hat sich insofern gebessert, als eine Kohlenzufuhr in einem weit besseren Ausmaß als bisher vor sich gegangen ist und vor sich geht.

In der Arbeiter-Erfassung für das Reich stecken wir in den intensivsten Bemühungen. Der Herr Generalgouverneur hat vor wenigen Wochen den ein Millionsten Arbeiter für das Reich verabschiedet. Zut Zeit sind bereits wieder 110.000 für das Reich geworben. In Galizien macht man den ersten Versuch, durch jahrgangweisen Aufruf der Bevölkerung die nötigen Arbeitskräfte für das Reich zu erhalten. Dieser Versuch verläuft, von einigen selbstverständlichen Anfangsschwierigkeiten abgesehen, gut, sodass wir bei einem weiteren Arbeiterbedarf des Reiches zu einer die Bevölkerung des Generalgouvernements nicht unnötig beunruhigenden Arbeiter-Erfassung kommen werden.

Ich habe hier nur einige der wichtigsten Punkte unserer Arbeit aufgezeichnet. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, dass Sie unentwegt und mit äusserster Anspannung aller Kräfte in Ihrer Arbeit für das Generalgouvernement und für das Reich auch im kommenden Wirtschaftsjahr fortfahren werden.

Hauptabteilungspräsident Naumann geht in seinen Ausführungen von seinem Bericht in der letzten Sitzung über die Ernährungslage aus. Für das fünfte Kriegswirtschaftsjahr müsse durchgesetzt werden, dass aus der Ernete 1943 in erster Linie die notwendigen Nahrungsmittel für das Generalgouvernement bereitgestellt und erst in zweiter Linie Leistungen für das Reich und für andere, ausserhalb des Generalgouvernements stehende Bedarfsträger erbracht werden müssten. Die Hauptabteilung stehe bereits mitten in diesen Verhandlungen; Ziel sei, in dieser Angelegenheit eine schriftliche Vereinbarung mit den maßgebenden Reichsstellen zu erreichen. Dazu bedürfe es der Mithilfe aller Dienststellen des Generalgouvernements; auch aller Dienststellen, die ihren Sitz im Generalgouverrement haben, also ausserhalb der Regierung des Generalgouvernements stehen. Sie müssten bei ihren obersten Reichsbehörden Verständnis dafür erreichen,

dass die Wünsche und bescheidenen Ernährungssätze, die man glaube im 5.Kriegswirtschaftsjahr unter allen Umständen den im deutschen Interesse arbeitenden Fremdvölkischen und ihren Familienangehörigen gewähren zu müssen, auch tatsächlich vom Reich zugestanden werden. Es ist nicht nur im Interesse der deutschen Rüstung sondern auch im Interesse der Ruhe und Ordnung im Lande unbedingt notwendig, dass man den im deutschen Interesse tätigen Arbeitern im 5.Kriegswirtschaftsjahr Sätze zugestehe, die eine vernünftige Versorgung ermöglichten.

Die Hauptabteilung denke an die Einführung der Warthegau-Regelung für die im deutschen Interesse Tätigen und deren Familienangehörige. Er habe schon in der letzten Ernährungssitzung dargelegt, dass die Einführung der Rationssätze der Warthegau-Regelung auf dem Sektor Getreide nach den augenblicklichen Wünschen des Reiches möglich wäre. Bei Zucker, Fleisch und Fett sei das noch nicht der Fall, da die Forderungen des Reiches und die nach Einführung der Neuregelung im Generalgouvernement benötigten Mengen auf diesen Sektoren nicht erbracht werden könnten. Es ist daher eine Forcierung der Verhandlungen mit dem Reich notwendig, damit man für das 5.Kriegswirtschaftsjahr im Generalgouvernement eine Ernährungsbilanz aufstellen könne, deren Durchhaltung im Interesse des Gesamtraumes unbedingt notwendig erscheine.

Der Herr Staatssekretär habe bereits ausgeführt, dass die Erzeugungsschlacht und alle Maßnahmen, die eine Steigerung der Produktion in kriegsbedingtem Umfange ermöglichen, gut angelaufen seien, und dass allüberall ₤ draussen auf dem Lande bis in die letzten Dörfer hinaus die Gedankengänge der Erzeugungsschlacht lebendig seien.

Mit banger Sorge jedoch betrachte die Hauptabteilung die Entwicklung auf dem Gebiete der allgemeinen Sicherheit. Kein Tag vergehe, an dem nicht Männer der Dienststellen der Hauptabteilung draussen überfallen und sogar erschossen würden. Ausserordentlich stark sei der polnische Agronomen-Apparat, der in letzter Zeit grosse Verluste erleiden müsse, gefährdet. Dringend notwendig sei es, die polnischen Agrono-

men versorgungsmässig so zu stellen, dass ihre Hinterbliebenen nach dem Tode ihres Ernährers keine Not leiden müssten. In zunehmendem Maße würden auch Verarbeitungsstätten überfallen, ausgeraubt und zum Teil zerstört oder Viehtransporte zu den Bahnhöfen durch Banditen verhindert. Betriebe landwirtschaftlicher Art hätten ebenfalls stark unter Überfällen, bei denen das Vieh totgeschlagen werde, zu leiden. Alle diese Vorkommnisse stünden der intensiven Fortführung der Erzeugungsschlacht im Wege. Auch auf Vorratslager, die bisher von Überfällen ziemlich verschont geblieben seien, würden Anschläge verübt, bei denen das gelagerte Getreide vernichtet werde, um den Anschluß an die neue Ernte unmöglich zu machen. Die Entwicklung auf dem Sicherheitsgebiet mache der Hauptabteilung grosse Sorgen und die vielen Überfälle seien nicht dazu angetan, die Arbeit, die sie durchführen müsse, zu erleichtern.

Da nach Aufforderung durch den Herrn Generalgouverneur keiner der anwesenden Herren das Wort ergreifen will, stellt der Herr Generalgouverneur die Einmütigkeit der Regierung des Generalgouvernements für die geplanten Maßnahmen auf dem Ernährungssektor amtlich fest.

Hauptabteilungspräsident Struwe äussert sich über die Arbeiter-Erfassung. Seit der Verabschiedung des ein Millionsten Arbeiters in Krakau durch den Herrn Generalgouverneur, habe das Generalgouvernement bereits wieder 110.000 Kräfte für das Reich abgestellt. Zur Zeit laufe die sog. Bergbau-Aktion mit einem Soll von 50.000 Arbeitern, das Ergebnis sei bis jetzt aber noch reichlich unbefriedigend. Das liege daran, dass bei der hier erprobten erstmaligen jahrgangweisen Auskämmung in Galizien zwar 100 Prozent zur Musterung erschienen, jedoch nach der Ausmusterung den Behörden nicht Folge leisteten. Es erschienen dann nur 30 - 50 Prozent, während die grössere Hälfte durch Polizeikräfte herbeigeholt werden müsse. Inwieweit die Polizei hier Erfolg habe, sei noch nicht bekannt.

Im Distrikt Krakau verliefen die Aktionen tadellos; hier seien das Verständnis und die Zusammenarbeit zwischen Arbeitseinsatz und Verwaltung besonders im Kreis Neu-Sandez vorbildlich. Die hier entwickelten Methoden würden im ganzen Generalgouvernement eingeführt, wenn nicht die erstmalig erprobte jahrgangweise Einberufung wünschenswerter sei. Entscheident für den Erfolg sei aber immer wieder die Frage, ob die deutsche Autorität Kraft genug besitze, den Menschen die deutschen Anordnungen als unausweichlich erscheinen zu lassen.

Zufrieden mit der Arbeiter-Erfassung könne man auch im Distrikt Radom sein, der in der Abgabe an der Spitze des Generalgouvernements liege. An 2.Stelle folge dann der Distrikt Krakau. Verhältnismässig gut sei die Aktion auch in Warschau in Anbetracht der grossen politischen Schwierigkeiten zu beurteilen. Im Distrikt Lublin müsse das Ergebnis als gänzlich unbefriedigend bezeichnet werden; als hauptsächlichen Grund dafür sehe er die Aussiedelung in diesem Distrikt an. Dort gebe es ganze Dörfer, in die sich niemand hineinwagen könne.

Als Störungsmoment bei der ganzen Arbeiter-Gestellung müsse die zunehmende Unsicherheit angesprochen werden. Rundschreiben würden verbreitet, in denen systematisch dazu aufgefordert werde, die Arbeitseinsatz-Verwaltung zu zerrütten; die Angriffe aufndas Personal nähmen ständig zu. In Warschau sei vor kurzem der Leiter des Arbeitsamtes Pg. Hoffmann erschossen worden; auch sein Stellvertreter und einen Tag nach der Beerdigung auch der Leiter der Sozialversicherungskasse seien ermordet worden. Zunähmen auch in starkem Umfange die Angriffe auf in der Arbeitsverwaltung tätige nichtdeutsche Personen, auf polnische Werber und Angestellte der Arbeitsämter. Es vergehe keine Woche, in der nicht polnische Werber und Angestellte erschossen würden. Er sei überzeugt, dass nur eine Beruhigung der Sicherheitslage die Arbeiter-Gestellung für das Reich und die Befriedigung des Kräftebedarfs in diesem Raum zur Zufriedenheit von Reich und Generalgouvernement lösen könne.

Ministerialrat Plodeck stellt als Vertreter des Leiters der Hauptabteilung Wirtschaft einige grundsätzliche Probleme auf dem Sektor der allgemeinen Wirtschaftsverwaltung heraus. Er knüpft an Ausführungen von Hauptabteilungsleiter Naumann im Hinblick auf die Sicherung der Ernährungslage an. Präsident Emmerich habe in der Ernährungssitzung ausgeführt, dass auf dem Sektor der allgemeinen Wirtschaft unter Berücksichtigung gewisser wehrwirtschaftlicher Fertigungen eine entsprechende Berücksichtigung der Arbeiter der Rüstungsbetriebe, der Ostbahn und der Deutschen Post Osten einzutreten habe. In logischer Fortführung dieses Gedankens sei die Hauptabteilung dazu übergegangen, für die Arbeiter der gewerblichen Wirtschaft Dringlichkeitsstufen auszuarbeiten. Diese schlössen sich an die bestehenden Reichsrichtlinien an. Man hoffe, in Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft den notwendigsten Bedürfnissen Rechnung tragen zu können.

Als zweites Gebiet nenne er das Auftragswesen. Man sei von dem sog. Kriegsauflage-Programm ausgegangen und lasse eine Herstellungsanweisung in weitestem Umfange ergehen. Im Anschluss an diese Herstellungsweisung werde eine entsprechende Lenkung der Produktion stattfinden. Die Arbeiten dazu seien in vollem Gange.

Im jetzigem Augenblick spiele das interessante Gebiet der Verwendungsverbote eine grosse Rolle. Im Reich gelte auf dem gesamten Gebiet der Wirtschaft das System der Verwendungsverbote und das Generalgouvernement müsse zwecks Durchführung einer befriedigenden und ausreichenden Rationalisierung an eine entsprechende Regelung herangehen. Die Schwierigkeiten seien aber hier im Gegensatz zu den Verhältnissen im Reich wesentlich grösser. Sie lägen vor allem darin, dass der deutschen Verwaltung nicht das notwendige technische Personal und auch das Kontrollpersonal für die Durchführung der Verwendungsverbote zur Verfügung stünden. So habe z.B. die Bewirtschaftungsstelle für Metalle nur ganze 2 Personen zur Verfügung. Das Verwendungsverbot und seine praktische Anwendung sei in diesem Raume sehr stark durch die Tatsache behindert, dass im Gegensatz zu den Verhältnissen im Reich

die Werkstoffindustrie unentwickelt sei. Im Reich könnten anstelle der knapp gewordenen Metalle die vorhandenen Werkstoffe treten. Die Entwicklung auf diesem Sektor sei im Gange und werde weiter eifrig betrieben.

Wie bereits Staatssekretär Dr. Bühler erklärt habe, könne die Kohlenversorgung für das Generalgouvernement als befriedigend angesehen werden. Man könne sogar über das dem Generalgouvernement zustehende Kontingent hinaus Kohle transportieren. Man hoffe auch, dass diese Situation vorerst gehalten werden könne.

Auf dem Gebiete der Betriebsbereinigungen sei die Betriebsstillegungs- und -bereinigungsverordnung in Kraft. Die Arbeiten auf diesem Gebiet lehnten sich in den Einzelheiten streng an die grundsätzlichen Auffassungen an, die vor kurzem im Reich erlassen worden seien, und erstrecken sich auf den Handel, das Handwerk und das Gaststätten-Gewerbe. Auf diesem Sektor sei schon sehr viel geschehen. Beim Handwerk liefen die Arbeiten noch in Gestalt der Bildung von Zusammenschlüssen, ebenso seien die Arbeiten für die Bereinigung des Gaststätten-Wesens noch im Gange. Einen grösseren Bericht habe man vor kurzem an Reichsminister Dr. Lammers gesandt.

Hauptabteilungspräsident Eissfeldt berichtet, dass die Arbeiten in der Forstwirtschaft auf Grund des von Herrn Generalgouverneur als einer aussergewöhnlichen Maßnahme verkündeten Holzbeschaffungsplans vor sich gingen. Die Hauptabteilung habe wegen der Waldarmut der Ukraine einen wesentlichen Teil der Ostwirtschaft zu versorgen. Auch das Bauprogramm der Ostbahn, das oberschlesische Industrierevier (Grubenholz) und die Ernährungswirtschaft (Errichtung von Getreidelagern) und viele andere Bedarfsträger beanspruchten grosse Mengen Holzes.

Den grössten Engpaß stelle die Holzabfuhr dar, die jedoch in letzter Zeit eine wesentliche Besserung erfahren habe. Auf der anderen Seite seien aber wiederum neue Hinderungsmomente hinzugekommen. Auch die allgemeine Sicherheitslage

übe sehr starken Einfluß auf die Arbeiten der Hauptabteilung aus, da die Waldarbeiter und Holzabfuhrleute wegen der allgemeinen Unsicherheit nur sehr schwer in die Wälder zu bringen seien. In zunehmendem Maße würden von den Partisanen Sägewerke angesteckt und Überfälle auf Dienstgebäude und Forsthäuser vorgenommen. Infolge dieser Ereignisse werde die Loyalität der polnischen Forstbeamten stark herabgesetzt. So hätten z.B. im Distrikt Radom in den letzten Monaten über 100 Überfälle stattgefunden, bei denen neun Polen getötet worden seien. Man hoffe jedoch, die Arbeiten dieses Jahres im vorgesehenen Rahmen zu meistern, allerdings unter der Voraussetzung, dass sich die Sicherheits- und Ernährungslage nicht wesentlich verschlechterten.

Vizegouverneur Dr. Loßsacker berichtet, dass bei der Hauptabteilung Innere Verwaltung in den letzten Monaten die Arbeiten zur Vereinfachung der Verwaltung im Vordergrund gestanden und die eigentlichen Aufgaben der Inneren Verwaltung etwas überschattet hätten. Der Zwang zu diesen Vereinfachungsmaßnahmen habe vor allem in den starken Einberufungen zur Wehrmacht gelegen, da die Verwaltung des Generalgouvernements sich mit grosser Schnelligkeit der dadurch veränderten Personal-Situation hätte anpassen müssen. Durch verständnisvolles Verhandeln und Mitgehen sämtlicher Hauptabteilungen und Ämter in der Regierung habe man die Arbeiten reibungslos durchführen können und er müsse allen Kameraden der Regierung für diese Zusammenarbeit seinen Dank aussprechen.

Aus der Verwaltung des Generalgouvernements seien allein in den letzten beiden Monaten Februar und März 1250 Kräfte herausgezogen worden, und diese Personalabziehungen bedeuteten für die Regierung einen Aderlass, wie sie ihn bis jetzt noch nicht zu spüren gehabt hätte. Man habe Organisationsveränderungen im Aufbau der Verwaltung und Einschränkungen auf verschiedenen Aufgabengebieten vornehmen müssen. Diese Arbeiten seien im wesentlichen geglückt und die Verwaltung des Generalgouvernements sei von starker Beunruhigung verschont geblieben. Auf der anderen Seite müsse

er jedoch feststellen, dass nach diesen letzten Einberufungen die Verwaltung des Generalgouvernements personalmässig an einer Grenze angelangt sei, an der weitere Abziehungen zu einem Stillstand der Verwaltungstätigkeit führen müssten. Gerade auch die in den letzten Wochen als brennend empfundene Sicherheitslage gebiete es, das deutsche Element in diesem Raum mit nicht weiteren Schwächungen zu unterwerfen. Beim letzten Besuch der Kommission Jnruh habe man Verhandlungen eingeleitet, die den Schutz derjenigen Kräfte, die für eine Aufrechterhaltung der Verwaltungstätigkeit im Generalgouvernement unbedingt benötigt werden, zum Ziele hätten. Man habe eine Liste derjenigen Kv- und GvF-Kräfte aufgestellt, die den Jahrgängen 1901 und jünger angehören. Vorgesehen sei, dass diese Zahl für die ganze Regierung mit Ausnahme der von Berlin zentralverwalteten Hauptabteilungen Arbeit und Propaganda auf 850 Kräfte beschränkt werden solle. Bei diesen Leuten handele es sich um Spezialkräfte, auf die man unbedingt angewiesen sei. Man habe empfohlen, diese Liste nicht nur auf die Jahrgänge 1901 und folgende zu erstrecken, sondern darüber hinaus bis zum Jahrgang 1894 zurückzugehen. In diesen Arbeiten stecke man zur Zeit. Bei den Maßnahmen der Verwaltungsvereinfachung sei die Hauptabteilung Innere Verwaltung mit gutem Beispiel vorangegangen; sie habe aber auch gerade durch diese Maßnahmen eine Vergrösserung ihres Geschäftskreises erfahren.

In der Kreisstufe seien am 2.Februar auf vielfachen Wunsch der Kreishauptleute die Landesinspekteure eingegliedert worden. Das Kernstück der Verwaltungsvereinfachung sollte die neue Distriktseinteilung darstellen, die jedoch noch Gegenstand von Beratungen Berliner Stellen sei. Bei Genehmigung dieser Maßnahmen liessen sich noch weitere Personalersparungen durchführen.

Eine Einzelaufgabe der Hauptabteilung Innere Verwaltung stelle die Einführung der Wehrpflicht für deutsche Volkszugehörige dar. Ein entsprechender Entwurf, der vorsehe, dass Angehörige mit Kennkarten für Volksdeutsche zur Wehrmacht einberufen werden können, sei an das OKW.abgegangen.

Gleichzeitig mit dieser Aktion habe die Einbürgerungsaktion stark zugenommen. Die Hauptabteilung habe in diesen Tagen ein Einbeürgerungsbüro errichtet, damit die Einbürgerungen der Volksdeutschen schnell vorgenommen werden könnten. Mit der Einbürgerung sei auch die Übernahme der Volksdeutschen in das Beamtenverhältnis des Generalgouvernements akut geworden.

Einen breiten Raum nähmen auch die Aufgaben der Schulung und Ausbildung des Beamtennachwuchses ein. Die Kurse zeitigten recht gute Erfolge. Auch in der Distriktsinstanz habe man solche Kurse eingerichtet. Demnächst werde im Generalgouvernement ein Jugendamt des Generalgouvernements ins Leben gerufen werden, und im Zuge dieser Gründung müssten auch Kreisjugendämter errichtet werden, und die Jugendwohlfahrtsbestimmungen des Reiches Voraussetzung für die praktische Anwendung erhalten. Ein weiteres Problem stelle die Versorgung von Angehörigen nichtdeutscher Volksgruppen, die zur Wehrmacht einberufen seien,dar. Bestimmungen hierzu seien jüngst ergangen. Eine Anordnung der letzten Tage schränke das Übermaß der bei der griechisch-katholischen Religion bestehenden Feiertage ein. Im übrigen sei die Kirchenpolitik der Inneren Verwaltung darauf gerichtet, die kirchlichen Bestrebungen für die deutsche Verwaltung auszunützen. Es sei bisher gelungen, die griechisch-katholische und die orthodoxe Kirche für die deutschen Führungsaufträge einzusetzen, und mehr und mehr gelinge dies auch beim röm. kath. Klerus.

In den letzten Wochen seien an Orten, an denen grössere Truppenübungsplätze der Wehrmacht oder der Waffen-SS lägen, Wehrmachtsgutsbezirke ins Leben gerufen worden, deren Einteilung Aufgabe der Hauptabteilung sei. Ebenfalls in den letzten Tagen habe man Richtlinien für die Bildung und Verwaltung deutscher Siedlergemeinden herausgegeben. Im Distrikt Galizien stände noch immer die Reprivatisierung im Vordergrund.

Der Gräberfund bei Katyn habe auch eine starke Einschaltung der Inneren Verwaltung zur Folge gehabt. Es sei eine polnische Kommission gebildet worden, die an Ort und Stelle

weitere Ausgrabungen betreiben werde.

Auch er müsse über das Ansteigen der Unsicherheit im Generalgouvernement Sorgen äussern. Die Kreishauptleute ständen jedoch bis jetzt auf ihrem Posten. Ein Kreishauptmann mit Familie und ein Landkommissar mit Familie seien den Banditen bisher zum Opfer gefallen. Sehr stark dagegen machten sich die Verluste bei der einheimischen Verwaltung bemerkbar, die Überfälle auf Gemeindeämter und - Kassen häuften sich. Der grösste Teil dieser Überfälle werde wohl von bolschewistischer Seite verübt.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklärt der Leiter der Personalstelle der Regierung, Freiherr von Medem, dass z.Zt. in der gesamten Zivilverwaltung ohne Post und Eisenbahn 5800 Männer beschäftigt seien, gegenüber ungefähr 9000 am 1.Januar 1942.

Präsident Eichholz erklärt, dass das deutsche Schulwesen im Generalgouvernement unter den Einberufungen der letzten Zeit besonders stark gelitten habe; jedoch sei es gelungen, den Stand im allgemeinen aufrecht zu erhalten. Die Schülerheime, die durch die Gouverneure eine starke Förderung erhielten, machten sich bemerkbar; dadurch könnten nämlich viele kleinere Schulen zusammengefasst werden. Die Oberschulen führten im allgemeinen ihren Betrieb normal weiter, und könnten noch besser arbeiten als im Reich. Das berufsbildende Schulwesen werde sehr stark auf die Erfordernisse der Wirtschaft ausgerichtet, während beim landwirtschaftlichen Schulwesen die Erfordernisse der Erzeugungsschlacht im Vordergrunde stünden. Eine Kontrolle des polnischen Schulwesens in den Landgemeinden sei jedoch kaum mehr möglich, da die Kreisschulräte keine Verkehrsmöglichkeiten besäßen, und die Sicherheitslage derart schlecht sei, dass man sich nicht ohne weiteres in die vielen kleinen Dörfer wagen könne. Auch seien zahlreiche Kreisschulräte zur Wehrmacht einberufen. Die Hauptabteilung habe daher den Versuch gemacht, durch Ersatzkräfte auszuhelfen.

Das polnische Geheimschulwesen breite sich ungeheuer aus, besonders in den Großstädten. Dieses.Problem werde demnächst Gegenstand eingehender Besprechungen sein. Ein neues Problem im Bereich des polnischen Schulwesens stelle sich in der Notwendigkeit dar, über das Lehrziel der Volksschulen hinaus eine gehobene Ausbildung zu vermitteln, da man solche Kräfte für den unteren Dienst der deutschen Verwaltung benötige. Für das berufsbildende Schulwesen habe sich das Fehlen von Lehrbüchern und Lehrmitteln als ein Mangel herausgestellt. Sie würden jetzt ausgearbeitet. Das Berufsschulwesen sei ausschliesslich in den Dienst der Rüstungsindustrie gestellt; zu diesem Zwecke habe man die Ausbildungszeit verkürzt, und die Absolventen würden dadurch früher dem Einsatz zugeführt. Ein noch offenes Problem stellten die Lemberger Fachkurse dar, die mit der Zeit Schwierigkeiten hätten, da sie ~~xk~~ bald nicht mehr über den nötigen Zugang verfügen würden; denn die Reserven an ehemaligen polnischen Gymnasiasten gingen zu Ende, sodass nur noch die Absolventen der ukrainischen Gymnasien zur Verfügung ständen.

Es frage sich nun, ob es nicht aus verschiedenen Gründen zweckmässig wäre, eine polnische Mittelschulform auszupacken. Die Schwierigkeiten dieser.Fragen seien jedoch nicht einfach.

Das ukrainische Schulwesen befinde sich im allgemeinen in guter Entwicklung. Die Ukrainer hätten vor allem mit Befriedigung aufgenommen, dass ihnen in ihren Gymnasien noch Parallel-Klassen bewilligt worden seien.

In den wissenschaftlichen Einrichtungen der Hauptabteilung sei selbstverständlich der Betrieb zum grössten Teil eingestellt worden, soweit er nicht unmittelbar den Kriegszwecken diene. Eine Erweiterung habe die Hauptabteilung durch die Angliederung des Instituts für Deutsche Ostarbeit und die Eingliederung des Amtes zur Pflege der alten Kunst erfahren.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklärt Präsident Eichholz, dass im Generalgouvernement ungefähr 200 deutsche Volksschulen, 10 Oberschulen in Betrieb seien;

eine Lehrerbildungsanstalt sei in der Entwicklung begriffen.

Die Lemberger Fachkurse erstreckten sich derzeit auf die Ausbildung von Medizinern, Tierärzten, Pharmazeuten, Landwirten, Forstbeamten und Technikern. Eine eingehende politische Überwachung des Lehrbetriebes sei vielfach unmöglich, da die deutschen Überwachungskräfte zu gering seien.

Der Herr Generalgouverneur wünscht, dass in Anbetracht der Tatsache, dass infolge des Mangels an deutschen Kräften die fremdvölkischen auf allen Gebieten der Verwaltung in immer stärkerem Maße herangezogen werden müssten, die Hauptabteilung eine genaue Überwachung durchführe, und für die Behandlung der vielen akut gewordenen Probleme einheitliche Grundsätze aufstelle.

Hauptbannführer Förschle weist darauf hin, dass das Jugenddienstpflichtgesetz vom 30.Januar 43 die staatliche Voraussetzung für die Jugendarbeit darstelle. Im vorigen Jahr seien 2000 Jungen und Mädel ins Reich geschickt worden, die dort eine wertvolle Entwicklung durchgemacht hätten. Im Dezember habe man damit begonnen, durch Berufsberater alle diese Jungen und Mädel auf ihre Eignungen und Neigungen überprüfen zu lassen, und darauf die einzelnen Berufe festgelegt. Weiter habe mann in Verbindung mit den zuständigen Stellen die Voraussetzunegen für die Besetzung der Lehrstellen geschaffen. Die Jungen könnten sofort nach ihrer Entlassung die Lehrstellen beziehen und auch in Jugendwohnheimen untergebracht werden und damit weiterhin in der Führungsgewalt der Hitlerjugend bleiben. Durch diese Planungen werde allmählich im Rahmen des Handwerks eine deutsche Grundlage geschaffen. Nach der Rückkehr der Jugendlichen aus dem Reich Ende Juli würden sofort weitere 2000 ins Reich geschickt.

Die Jugenddienstpflicht werde auf die 10-jährigen ausgedehnt; sie würden an Orten, an denen sie volkspolitisch gefährdet seien, herausgenommen, und in Schülerheimen untergebracht. Aus den gewonnenen Erfahrungen der Jugenddienst-

pflicht der 10-jährigen werde man dann überlegen, inwieweit man sie auch auf ältere Jahrgänge ausdehnen könne. Diese würden heute in Wehrertüchtigungslagern untergebracht, und da die Wehrdienstpflicht für Volksdeutsche bislang noch nicht verkündet sei, der Waffen-SS zugeführt. Zur Zeit liefen auch Reiterlehrgänge. Der Reichssportwettkampf in den nächsten Tagen werde erneut den Beweis erbringen, dass man im Vergleich zum vergangenen Jahr beachtliche Fortschritte erzielt habe.

Führungs- und ausbildungsmässig müsse man feststellen, dass die Dienstanforderungen im Jahr 1942 im wesentlichen mit Ordnungsübungen oder Liedersingen hätten durchgeführt werden müssen, da nur wenige die deutsche Sprache genügend beherrscht hätten. Heute betrage dieser Prozentsatz nurmehr 35.

Wenn nunmehr die Jugendlichen in Arbeit vermittelt würden, müsse die Einführung des Jugendschutzgesetzes auch im Generalgouvernement erfolgen, besonders im Hinblick darauf, dass der Arbeitsplatz noch sehr oft mit fremdvölkischen Arbeitskräften geteilt werden müsse. Das Gesetz sei fertiggestellt und werde in Kürze vorgelegt. Mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft habe man vereinbart, dass der Landflucht im Generalgouvernement entgegengetreten werde. Die Ausbildung der Jugendlichen könne nur nach Ableistung einer Landdienstzeit erfolgen. Man habe auch 3000 deutsche Jugendliche ermittelt, die bisher noch keine Berufsausbildung genossen hätten. Diese seien in Lagern zusammengefasst worden, und in Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern den einzelnen deutschen Betrieben als Lehrlinge zugeführt worden.

- Die Sicherheitslage behindere die Arbeiten der Hitlerjugend sehr stark, da sich die Eltern heute schon zu einem grossen Teil weigerten, ihre Jungen und Mädel in Uniform oder überhaupt zum Dienst gehen zu lassen. Leider stünden im Generalgouvernement noch nicht genügend Heime zur Verfügung, in denen die Jugendlichen ihrem Dienst nachkommen könnten. Er spreche hier den Wunsch aus, dass von allen

Dienststellen alle vorhandenen Möglichkeiten der Errichtung entsprechender Heime geprüft werden mögen.

Nach Ostern werde mit der Ausbildung von Unterführern begonnen, da infolge des totalen Kriegseinsatzes die Zur-Verfügungstellung von Führern aus dem Reich immer geringer werde. Ausserdem ergäben sich noch eine Reihe von Problemen, die die Hitlerjugend allein nicht lösen könne. Aus diesem Grunde habe er auf Befehl der Parteikanzlei die Arbeitsgemeinschaft für Jugendbetreuung ins Leben treten lassen. Er hoffe, dass von dieser Arbeitsgemeinschaft unter Beteiligung aller Stellen die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen werden können, trotz eingeschränkter Möglichkeiten die deutsche Jugend in diesem Raum zu deutschen Menschen zu erziehen.

Hauptabteilungspräsident Teitge bezeichnet die Ergebnisse auf dem Gebiete des Gesundheitswesens als noch nicht befriedigend. Die deutschen Ärzte und Zahnärzte seien im Generalgouvernement zu wenig und könnten den Gesundheitszustand der Deutschen nicht in ausreichendem Maße überwachen. Zwar habe man gute fremdvölkische Ärzte zur Verfügung; sie arbeiteten aber nicht alle loyal mit. Wenn man als deutscher Arzt auf Grund von Erfahrungen solche Feststellungen machen müsse, bekomme man grösste Bedenken, ausländische Ärzte mitarbeiten zu lassen. Er könne aber mitteilen, dass die zuständige Reichsstelle sich von den hiesigen Verhältnissen genauen Einblick verschafft habe und ihm dabei versprochen worden sei, dass neue deutsche Ärzte in ausgiebiger Zahl in das Generalgouvernement beordert würden.

Besonders tragisch lägen die Dinge bei den deutschen Säuglingen, deren Sterblichkeitsziffer 5 mal so hoch wie im Reich sei. Das sei untragbar, Daran seien aber nicht nur das Fehlen deutscher Ärzte schuld, sondern auch die schlechte Säuglingsernährung. Er habe zur Verbesserung der Qualität der Milch Maßnahmen ergriffen, auf Grund derer in Krakau erstmalig die deutsche Vorzugsmilch geliefert werde, die für die Säuglinge harmlos sei.

Von den Seuchen sei die deutsche Bevölkerung auch weiterhin bedroht. Vertraulich könne er mitteilen, dass man wöchentlich 1100 neue Fleckfiebererkrankungen (davon 100 Todesfälle) verzeichnen müsse. Die Bekämpfungsmaßnahmen würden intensiv durchgeführt werden und bei Auftreten der Seuche alle Quellen sofort verstopft. Weiter sei die deutsche Bevölkerung durch den Bauchtyphus gefährdet, der augenblick stark zunehme. Als Gegenmittel sei vom Herrn Generalgouverneur die Schutzimpfung angeordnet worden, die unbedingt bei jedem Deutschen durchgeführt werden müsse, um seine Gesundheit und Arbeitskraft zu erhalten.

Ein Hauptgrund für die Zurverfügungstellung von neuen Ärzten aus dem Reich sei gewesen, dass man nicht wagen könne, die fremdvölkischen Ärzte für die Betreuung der Jugendlichen in den Lagern einzusetzen. Man habe zwar bis heute noch keine Unterlagen für Sabotage, doch müsse damit gerechnet werden.

Der Hauptabteilung unterstünden 9 grosse Krankenanstalten für Deutsche. An Tuberkulosehäusern sei ein Mangel vorhanden, ebenso wie im Reich. Dort befänden sich 7000 offene Tuberkulosekranke unter ihren Familien, da man sie wegen Überfüllung der Heilstätten nicht unterbringen könne. Für diese sollten hier Heilstätten geschaffen werden.

Die Zahl der deutschen Ärzte betrage 80, von denen jedoch eine grosse Anzahl als Amtsärzte, die die polnischen Ärzte kontrollieren müssten, fungierten. Es fehlten vor allem praktische Ärzte, auch in Krakau.

<u>Direktor Müller</u> vom Statistischen Amt berichtet, dass die vor einigen Wochen im Generalgouvernement stattgefundene Volkszählung eine ständige Wohnbevölkerung von rund 15.3/4 Millionen ergeben habe. Mit Ausnahme von 19 Gemeinden, deren Erhebungsmaterial durch Banditen vernichtet worden sei, habe man das gesamte Material gesichtet. Auf Grund der Nachprüfungen könne er feststellen, dass die Zählungen im allgemeinen sehr gut durchgeführt worden seien. Das Stat. Amt gliedere zur Zeit die Gesamtzahlen bereits nach Volks-

tumsgruppen auf.

An Deutschen seien auf dem Zivilsektor 144 000 und auf dem militärischen Sektor etwas 150 000 ermittelt worden. Hier müssten noch Nachprüfungen darüber stattfinden, in wie weit die militärischen Dienststellen Truppeneinheiten gezählt hätten. Man schätze, dass sich die Zahl der Deutschen um 25 bis 30 Prozent erhöhen werde, sodass man auf eine Gesamtzahl von ungefähr 180 000 Reichs- und Volksdeutschen im Generalgouvernement komme. Das Endergebnis werde er spätestens am 1.August mitteilen können.

Hauptabteilungspräsident Dr. Senkowsky bezeichnet den Haushalt des Generalgouvernements als ausgeglichen. Zum ersten Mal sei es gelungen, den Haushalt vor Abschluß des Rechnungsjahres fertigzustellen. Die Hauptabteilung sei jetzt bereits mit den Vorbereitungen des Haushalts für das Rechnungsjahr 1942/43 so weit, dass die abschliessenden Verhandlungen schon zum grossen Teil erledigt seien, und die Fertigstellung des Haushaltes bis Ende Mai durchgeführt sein werde. Diese Tatsache werde für die gesamte Verwaltung eine wesentliche Erleichterung darstellen.

Für das Haushaltsjahr 1944 werde mit den Vorarbeiten rechtzeitig begonnen werden und er richte an alle Dienststellen die Bitte, die von der Hauptabteilung gestellten Termine einzuhalten. Die Hauptabteilung sei sich darüber klar, dass alle Verwaltungen nur unter grossen Schwierigkeiten die Haushaltsvoranschläge erstellen könnten, da Einberufungen und das Vorhandensein ungeschulter Kräfte naturnotwendig die Ursache dazu seien. Nach Überwindung der Anfangsschwierigkeiten könnte jedoch die Erstellung der Haushaltsanschläge reibungslos, wie vor einem Jahr, vor sich gehen. Wenn die Finanzverwaltung versuche Einsparungen zu machen, so wolle sie damit den Bedürfnissen des totalen Krieges Rechnung tragen und verhindern, dass Summen für Vorhaben eingesetzt würden, die man gar nicht durchführen könne. Die Erfahrungen aus dem Rechnungsjahr 1942 hätten gezeigt, dass die Verwaltungen mit den verminderten Sätzen

ausgekommen wären. Die Voranschläge würden immer zu hoch gehalten.

Dank der Tätigkeit aller sei es möglich gewesen, dem Reich im abgelaufenen Rechnungsjahr an Wehrbeiträgen und Polizeikosten den Betrag von 1½ Milliarden Zloty zur Verfügung zu stellen. Diese Summe habe man aus den laufenden Einnahmen und mit Hilfe einer geringfügigen Inanspruchnahme des Anleihmarktes aufgebracht. Die Finanzverwaltung habe auch in diesem Jahr die Absicht, für Zwecke des Wehrbeitrages an den Anleihmarkt des Generalgouvernements heranzugehen, da es als notwendig anzusehen sei, dass in ähnlicher Weise wie im Reich auch hier ein Teil der Bevölkerung in Form von Anleihen zu den Kosten des Krieges beitrage.

Wenn die Finanzverwaltung trotz der ausgezeichneten Finanzlage in der letzten Zeit einige neue Steuerverordnungen vorgelegt habe und noch vorlegen werde, so handele es sich dabei darum, Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen, die hier genau so gegeben seien wie im Reich und die im Reich ebenfalls ausgeschöpft würden. Die Finanzverwaltung habe vor einigen Monaten 3 Entwürfe von Verordnungen vorgelegt, die im Umlaufverfahren einer ausserordentlichen Interessennahme begegnet seien. Die Stellungnahmen seien teils ablehnend und teils befürwortend gewesen. Von Seiten der Hauptabteilung habe man diese Entwürfe als Diskussionsentwürfe betrachtet und werde sie nach auf Grund der im Umlaufverfahren gegebenen Anregungen umgearbeitet nochmals vorlegen. Fertiggestellt sei in zweifacher Ausfertigung (für Deutsche und für Nichtdeutsche) der Steuersicherungsentwurf. Auch habe man sich entschlossen, die Kollektivhaf-tung der Nichtdeutschen für Steuerrückstände nicht einzuführen.

Die 2.Gruppe neuer Steuerplanungen beruhe auf einer mit dem Reich gleichlaufenden Gesetzgebung. Dort sei z.Zt. als geheimer Reichsentwurf des Vierjahresplans ein neuer Finanzplan vorgelegt. Im Gegensatz zum Reich werde die Finanzverwaltung des Generalgouvernements die neuen Steuern nicht in einem einzigen Entwurf zusammenfassen, sondern pla-

ne 10 Einzelmaßnahmen aus den verschiedensten Steuergebieten.

In der Monopol-Verwaltung habe der kassenmässige Abschluß eine Nettoablieferung von 900 Millionnn Zloty erbracht, das seien rund 100 Millionen Zloty mehr als voranschlagsmässig erwartet. Die Lage entwickle sich weiter günstig und das sei von grosser Bedeutung für das Generalgouvernement. Die Erzeugnisse der Monopol-Verwaltung spielten bei der Ernte~~End~~erfassung eine immer grössere Rolle. Für die diesjährige Ernte würden 30 Millionen Liter Wodka und 2 Milliarden Zigaretten benötigt. Bisher war es der Monopolverwaltung immer gelungen, die, von der Ernährung und Landwirtschaft angeforderten Mengen zur Verfügung zu stellen. Aber auch für die Wehrmacht im Generalgouvernement, für den Bedarf des Generalgouvernements und für die Ostfront müsse die Monopolverwaltung grosse Mengen zur Verfügung stellen. Für die Wehrmacht werde jetzt statt der „Sport"-Zigarette eine neue Marke "Weichsel" geliefert.

Auch beim Salzmonopol entwickle sich die Situation günstig. Dadurch sei es möglich, praktisch die Belieferung der ganzen Ukraine aus den Bergwerken des Generalgouvernements durchzuführen. Zu diesem Zwecke sei die Monopolverwaltung dem Salzmonopol beigetreten. Heute werde die ganze Kapazität der Salzerzeugung des Generalgouvernements ausgenützt.

Die Monopolverwaltung liefere ihre Erzeugnisse auch an verschiedene Zweige der Verwaltung. Die Rüstungsindustrie und auch die Ostbahn erhalte grosse Mengen zur Verfügung gestellt. In weitestem Umfange habe man auch einen Verteilungsapparat geschaffen, der für die nichtdeutsche Bevölkerung, die im deutschen Interesse arbeite~~t~~, Monopolerzeugnisse ausgebe; dieser Apparat bedürfe jedoch noch weiteren Ausbaues.

Die Organisation der Finanzverwaltung im Sinne der Verwaltungsvereinfachung sei weitgehend durchgeführt. Eine weitere Vereinfachung der Hauptabteilung sei infolge ihrer an sich schon einfachen Gliederung nicht mehr möglich ge-

wesen. In der Organisation der Steuerverwaltung werde nach Einführung der neuen Kreiseinteilung der schon lange in Vorbereitung befindliche Plan einer Steuerschaffung für Deutsche und eine straffere Organisation der Finanzinspekteure zur Überwachung der polnischen Steuerbehörden durchgeführt werden.

In der Zollverwaltung hätten gewisse personalle Schwierigkeiten es angezeigt erscheinen lassen, die Zahl der Hauptzollämter von 11 auf 8 zu vermindern. Durch eine Anordnung werde ab 1.Mai ein Hauptzollamt in Lublin, in Warschau und in Tschenstochau aufgehoben.

Die Zahl der nichtdeutschen Arbeitskräfte in der Monopolverwaltung betrage z.Zt. etwas über 20 000. Das Kaliwerk in Kalusch werde seinen Betrieb dieser Tage wieder aufnehmen; Das Kaliwerk in Stepnik werde Ende Mai folgen, sodass die Versorgung der Landwirtschaft mit Kalisalzen eine wesentliche Besserung erfahren könne.

Bankdirigent Dr. Paersch erklärt, dass der Dienstbetrieb der Emissionsbank durch 2 Probleme beeinflußt werde: Sicherheits- und Ernährungslage. Die Überfälle auf Kreditinstitute im Generalgouvernement hätten im Jahre 1942 in jedem Monat langsam zugenommen und dazu genötigt, die Einrichtungen zum Schutze des Kreditgewerbes mit allen Kräften zu verstärken. In erster Linie sei der Ausbau der Selbstschutzmaßnahmen in Frage gekommen, dem aber gewisse Grenzen gesetzt seien. Die Bemühungen, ergänzenden Polizeischutz zu erhalten, hätten bei allem guten Willen der beteiligten Stellen bisher nur teilweise Erfolge gezeitigt. Die Emissionsbank habe während ihrer Dienststunden noch nicht in vollem Umfang Polizeischutz; beim Kreditgewerbe sei das nur sehr bedingt durchführbar, da die nötigen Kräfte nicht zur Verfügung ständen. Man habe hier behelfsmässig einen gewissen Schutz dadurch erreicht, dass die Angestellten des Kreditgewerbes in den Streifendienst einbezogen würden. Über-fälle auf die Emissionsbank hätten noch nicht stattgefunden, jedoch sei ein solcher von einer grösseren Bande auf die Staatsdruckerei in Warschau erfolgt.

Daneben mache sich bei der Emissionsbank die unzureichende Ernährung immer stärker bemerkbar, da als Folge davon die Leistung der Gefolgschaft immer weiter absinke. Man habe sie zwar verschiedentlich in die A- oder B-Verpflegung einbezogen, doch würden doch davon nicht alle Angestellten betroffen.

Präsident Tetzner bezeichnet die Devisenlage des Generalgouvernements als ein zu keinen Besorgnissen Anlaß gebendes Problem. Der Verrechnungsverkehr mit dem Reich gehe reibungslos vonstatten. Er habe sich daher in der letzten Zeit hauptsächlich mit den Aufgaben des Aussenhandels befasst. Durch eine Verordnung sei seit 1.April sichergestellt worden, dass die bisher unkontrollierten Ausfuhren einem Genehmigungszwang unterworfen würden. Dadurch sei man in der Lage, die Ausfuhren im Sinne des großdeutschen Reiches zu lenken. Er habe sich in Krakau zum Zwecke der Förderung des Aussenhandels aus Vertretern der für die Ausfuhr maßgeblichen Dienststellen einen Beirat geschaffen. Die Situation werde aber zunehmend schwieriger, da dem Generalgouvernement vom Reich auch nicht für die wichtigsten Sachen die notwendigen Devisen zur Verfügung gestellt würden. Man weise dort darauf hin, dass sich das Generalgouvernement die nötigen Devisen aus der eigenen Ausfuhr beschaffen müsse; auf der anderen Seite bereite diese Ausfuhr grosse Schwierigkeiten, da das Reich darauf bestehe, daß vom Generalgouvernement nichts ausgeführt werde, was man im Reich benötige. Im Rahmen der bisherigen Abmachung werde alles herausgeholt, was herausgeholt werden könne.

Präsident Gerteis äussert sich über die Betriebslage der Ostbahn. Im Zeitpunkt der letzten grossen Sitzung im Dezember sei die Betriebslage bei allen Eisenbahnen des Ostens die schlechteste der letzten 3 Jahre gewesen. Die Gründe dafür seien darin gelegen, dass das Verkehrswesen an der Front in Unordnung geraten sei und die Rückwirkungen bis tief ins Reich hinein ausstrahlten. Damals hätten sich allein im Generalgouvernement 560 Züge für den Osten fest-

gefahren.

Nach der Schaffung der Voraussetzungen für eine Entlastung habe sich die Betriebslage sehr schnell gebessert und sei seit Januar ausgesprochen gut. Die Ostbahn transportiere alles, was gefahren werden könne, und könnte über das geforderte hinaus Leistungen aufbringen. Das wirke sich vor allem beim Kohlentransport aus; man sei in der Lage, über das dem Generalgouvernement zugebilligte Kontingent hinaus zu transportieren, Sämtliche Verkehrssperren habe man aufheben können.

Nicht ganz so günstig stelle sich die Lage auf dem Gebiete der Wagengestellung dar. Sie reichten für die enormen Anforderungen nicht ganz aus. Während man mit der Gestellung von offenen Wagen zufrieden sein könne, herrsche bei den gedeckten Wagen ein Manko. Jedoch könne mit Sicherheit gesagt werden, dass sich die Wagenlage bessern werde, wenn die Saat- und Speisekartoffel-Transporte vorüber seien.

Die günstige Transportlage habe die Ostbahn wieder Erwarten auch instand gesetzt, da und dort die Fernverbindungen zu vermehren, so nach Lemberg, Warschau und nach Bedarf auch nach dem Reich. Im günstigen Sinne sei die Betriebslage durch den Umstand beeinflusst worden, dass die seit 2 Jahren mit allem Nachdruck betriebenen Neubauten allmählich fertiggestellt würden. Insbesondere auf der Südstrecke und im Raum Lublin habe man grosse Bahnhofsteile und weite Strecken neuer Gleise in Betrieb nehmen können. Das Neubauprogramm für neue Strecken laufe recht befriedigend, wenn auch nicht damit gerechnet werden könne, dass das völlige Bauvolumen von 1.2 Milliarden infolge des Engpaßes Treibstoff und Eisen erfüllt werden könne. Ob die Weichselbahn fertiggestellt werden könne, stehe dahin.

Auf dem Gebiete der Verwaltungsvereinfachung habe man die Direktion Radom am 1.Januar aufgelöst, sodass heute nurmehr die 3 Direktionen in Krakau, Warschau und Lemberg arbeiteten.

Die Bilanz stehe vor dem Abschluß; die Einnahmen seien etwa 300 Millionen höher, als die im Anfang des Jahres geschätzt wurden. Die Bilanzsumme trage mit 2.5 Milliarden einen ausgeglichenen Charakter.

Zu grossen Bedenken gäbe der Grad der Unsicherheit Anlaß. Die Zahl der Sabotage-Akte habe sich in besorgniserregender Weise erhöht. Sie seien jetzt auch von üblerem Charakter, da die Banditen ganze Züge anhielten und überfielen. Sehr aufregend sei der Überfall vor 2 Tagen auf den Lubliner D-Zug gewesen, bei dem sieben Reichsdeutsche ihr Leben hätten lassen müssen und sieben weitere schwer verletzt worden seien. Auch die Transportstrassen seien sehr gefährdet.

Die Ostbahn tue, was in ihren Kräften stehe, sie habe nach und nach eine ganz ansehnliche Polizeimacht aufgebaut; ~~und~~ sie betrage insgesamt 1700 Mann. Daneben könne man über eine gewisse Reserve, die für besondere Einsätze aus Bürobeamten zusammengestellt werde, verfügen. Weiter sei ein Werkschutz von 800 Ukrainern zur Bewachung der Baustellen aufgebaut.

Die Wehrmacht beteilige sich durch Gestellung von Wachen an Brücken und Tunnels . Auch 8 Kompagnien mit 1200 Armeniern und Georgiern habe man für den Streifendienst erhalten können. Inzwischen seien auch sechs behelfsmässige Panzerzüge eingesetzt worden, die fast alle im Raume Radom und Lublin die Überwachung der Strecken durchführten.

Im ersten Vierteljahr hätte der Bahnschutz 354 Tote und 100 Verletzte zu beklagen. Die Zahl der 3500 insgesamt zur Verfügung stehenden Kräfte reichte natürlich für die 7000 km Bahnen nicht aus, um sowohl die Diebstähle zu bekämpfen und Vorbeugungsmaßnahmen gegen Sabotagefälle zu ergreifen.

Die Gefolgschaftszahl an Reichsdeutschen betrage 7500 (dazu 875 Reichsdeutsche Bahnschutzleute), die der nichtdeutschen 150 000 und dazu 60 000 Bauarbeiter.

Präsident Lauxmann beginnt seine Ausführungen mit dem Hinweis, dass das Fernkabelnetz im Generalgouvernement noch weiter ausgebaut werde. Es diene hauptsächlich dem grossen Durchgangsverkehr, doch werde auch der Fernsprechverkehr im Generalgouvernement einen wesentlichen Nutzen davon haben. Wenn der einzelne das nicht so spüre, dann komme das davon her, dass gerade der Fernsprechverkehr in ungeahntem Ausmaß zunehme; so habe sich der Zivil-verkehr im Vergleich zum Vorjahr im Jahre 1942 verdoppelt. Zur Zeit würden neue Kabel von Lemberg nach Bukarest und von Lemberg nach der Slowakei verlegt. Weiter werde das Kabel von Krakau nach Radom verstärkt.

Die Errichtung von Postdienststellen sei im wesentlichen abgeschlossen; ihre Zahl betrage etwas über 2000. Die grossen Verteilungsstellen für die Feldpost habe man so ausgebaut, dass der Verkehr im vergangenen Winter reibungslos gelaufen sei. Zur Zeit würden monatlich 15 Millionen Einzelfeldpostsendungen verteilt.

Die Verluste und Beraubungen der Sendungen habe man etwas eindämmen können, da das Überwachungssystem wesentlich verbessert worden sei; ihre Höhe sei trotzdem noch sehr bedeutend. Auch im Reich hätten die Verluste und Beraubungen im Vergleich zum Jahre 1941 in grösserem Umfange zugenommen.

Auch der Deutschen Post Osten bereite die Entwicklung der Sicherheitslage grosse Sorgen. Die täglichen Überfälle auf Postdienststellen nähmen immer mehr zu. Im ersten Vierteljahr 1943 sei ihre Zahl grösser als im ganzen Jahr 1942. Mit diesen Überfällen wollten sich die Banditen die nötigen Geldmittel verschaffen. Auch Überfälle auf Landkraftposten müsse man verzeichnen. Die Sabotageakte bezweckten die Störung des Verkehrs auf dem Fernmeldegebiet. Die Überfälle würden immer massierter durchgeführt. In den letzten Wochen hätten die Banditen sogar die Fernkabel ausgegraben und durchschnitten. Diese Zerstörungen seien sehr empfindlich, da in einem Kabel mehr als 200 Fernleitungen zusammengefasst seien.

Die jüngsten Einziehungen hätten auch die Postverwaltung empfindlich getroffen, jedoch würde der Gesamtdienst aufrecht erhalten. Man habe sich hauptsächlich dadurch geholfen, dass man den Verwaltungsdienst abgebaut habe. Bei einem Vergleich mit dem Personalstand verschiedener Postbezirke des Reiches müsse man feststellen, dass hier im Gegensatz zum Reich die Hälfte des Verwaltungspersonals die gleiche Arbeit leiste.

Die Deutsche Post Osten beschäftige augenblicklich etwas über 4000 Deutsche, davon über ⅓ Frauen, und dazu noch etwa 26 000 Einheimische.

Präsident Bauder führt aus, dass sich die Bautätigkeit immer mehr auf ganz wichtige Einsatzpunkte erstrecke. Es sei gelungen, die Bauvorhaben der Ernährung und Landwirtschaft, die die Voraussetzung für die Erzeugungsschlacht bilden, durchzuführen. Das Grösste Bauvorhaben sei das der Ostbahn, die laufend bedeutende Kräfte benötige, und eine weitere Abziehung von Facharbeitern auf dem Bausektor nicht mehr möglich mache. Im Laufe des Jahres müsse man mit einer sehr starken Verlagerung der Rüstungsindustrie vom Westen des Reiches in das Gebiet des Generalgouvernements rechnen. Man wolle einen Plan aufstellen, um diese Verlagerung harmonisch und planmässig durchzuführen;ob sich das aus der Not der Zeit machen lasse, könne man noch nicht sagen, insbesondere auch, da die Anforderungen oft sehr plötzlich kämen. Die Voraussetzungen für diese Verlagerung würden hier laufend geschaffen,durch Inbetriebnahme der Baustofferzeugungswerkstätten wie Ziegeleien, Kalkwerke und Sägewerke.

Wenn die Transportlage hinsichtlich der Kohlenbeförderung weiterhin so günstig bleibe, könne man sehr grosse Forderungen des Reiches erfüllen; allerdings müssten dazu die nötigen Arbeitskräfte vorhanden sein. Auf diesem Gebiet seien die Schwierigkeiten jedoch schon sehr groß und würden noch grösser werden. Man könne vom Generalgouvernement nicht verlangen, grosse Rüstungswerke aufzunehmen, und gleichzeitig Leute für den Arbeitseinsatz ins Reich abzustellen.

Für die Energie-Versorgung des Generalgouvernements sei von grosser Wichtigkeit, dass die Talsperre Roznow in diesem Jahr endgültig fertiggestellt werde und auch Przow im Rahmen des möglichen zum Abschluß gebracht werde.

Die Kommission Unruh habe erfreulicherweise dem Wohnungsbauprogramm in Krakau ihre volle Unterstützung zugesagt, das sie sich selbst überzeugt habe, dass man in Krakau ohne Fertigstellung dieses Komplexes niemand mehr aufnehmen könne.

Die Entwicklung auf dem Bausektor betrachte er durchaus optimistisch, wenn nicht weitere grössere Abzüge an Arbeitskräften vorkommen würden. Die Sicherheitslage mache sich auch auf diesem Sektor unangenehm bemerkbar. Verluste an Deutschen seien jedoch noch nicht eingetreten.

Oberstarbeitsführer Hinkel berichtet, dass sich der Baudienst im vorgesehenen Rahmen langsam weiter entwickelt habe. In Anbetracht der gegebenen Verhältnisse habe man jedoch den ursprünglich vorgesehenen Stand nicht erreichen können. Grund dafür seien die verminderte Abstellung an Führern und die Verhältnisse des Arbeitseinsatzes, auf Grund dessen gerade sehr viele Leute aus den dienstpflichtigen Jahrgängen anderweitig abgezogen worden seien. Man habe feststellen müssen, dass von den 60 000 Mann, die nach erfolgter Musterung des Jahrganges 1923 nach Abzug der Leute für die Rüstungsindustrie und sonstigen Kriegseinsatz (für den Baudienst vorgesehen) seit der im November erfolgten Musterung ein sehr erheblicher Teil mittlerweile verschwunden sei und ins Reich abgegeben worden sei.

Heute stehe man vor der Frage, wie man den endgültigen Bedarf für die im Laufe des Sommers im Generalgouvernement durchzuführenden Arbeiten sicherstellen könne. Vom Jahrgang 1923 könne man diesen Bedarf nicht decken. Bis zum Mai sollten 45 000 Mann aufgerufen werden, im Juni für Zwecke der Ostbahn weitere 10 000 und im Juli wolle man die Zahl von 60 000 erreichen. Dafür werde man in erheblichem Maße den Jahrgang 1924, soweit dessen Angehörige noch greifbar seien, heranziehen müssen. Die Zahl von 60 000 müsste unbedingt

erreicht werden, da die Anforderungen der Ostbahn sehr hoch seien.

Bei Betrachtung des gesamten Problemes des Baudienstes könne man zwei von ihm zu bewältigende Aufgaben erkennen: das eine sei die rein technische Seite des Arbeitseinsatzes, die Erziehung des polnischen und ukrainischen Menschen zu einer geordneten Arbeit; das zweite sei eine politische Aufgabe, nämlich die Überwachung der Abteilungen auf irgendwelche politische Betätigung und diesenMenschen durch die Art der Behandlung ein gewisses Zutrauen zur deutschen Führung zu geben. Seiner Meinung nachhätten sich diese beiden Punkte schon recht günstig entwickelt. Die Arbeitseinsatzleistungen stiegen und lägen zweifellos über den Leistungen, die normalerweise in der freien Wirtschaft erzielt würden. Als politische Auswirkung könne man feststellen, dass den Fremdvölkischen der Baudienst eine selbstverständliche Einrichtung geworden sei; sie fügten sich alle den Anordnungen. Im Gegensatz zum Jahre 1940 würden heute rund 90% den Gestellungsbefehlen Folge leisten, während es damals nur 10% gewesen seien. Die Erfahrung zeige, dass diese Einrichtung nicht nur unbedingt notwendig sei, um grössere Arbeitsvorhaben mit einiger Sicherheit durchzuführen, sondern bei der Mentalität der Bevölkerung in diesem Raum auch nach Kriegsende als notwendige Einrichtung zur Erledigung wichtiger Aufgaben unbedingt beibehalten werden müsse.

SS-Brigadeführer Dr. Schöngarth führt aus, dass wohl alle Anwesenden unter dem Eindruck der sich häufenden Mordanschläge auf Deutsche ständen. Wenn man sich nach den Gründen dieser Intensivierung der Tätigkeit der Widerstandsbewegung frage, so müsse man darin den Willen der Feindmächte feststellen, durch diese Intensivierung der Arbeit in diesem Raume zu erreichen, ohne Einsatz eigenen Blutes vielleicht eine zweite Front zu schaffen, indem man die Bereitwilligkeit des polnischen Volkes, die Herrschaft der Deutschen anzuerkennen und ihren Anordnungen Folge zu leisten, langsam untergraben wolle. Diese von abgesetzten Gruppen verübten

Akte sollten durch Legendenbildung langsam die deutsche Arbeit erschweren.

Die Bekämpfung der Fallschirmgruppen sei ausschliesslich Sache der Polizei; sie habe auch zum Teil Erfolge. Aus bei gefassten Fallschirmspringern vorgefundenen Befehlen wisse man, dass sich England, Amerika und Russland von diesen Aktionen ausserordentlich viel versprechen; sie seien auch über die Tätigkeit dieser Gruppen im Generalgouvernement gut unterrichtet.

Eine Verschärfung der Lage werde zwangsläufig eintreten, wenn man nicht erkenne, dass die bisherige Behandlung des polnischen Volkes in vielen Punkten falsch gewesen sei. Man müsse den Mut aufbringen, endlich den deutschen Kurs zu ändern. Dieses polnische Volk stelle für Deutschland ein nicht übersehbares Kriegspotential dar, das zur Gewinnung des Krieges voll eingesetzt werden müsse. Die deutsche Verwaltung müsse alles vermeiden, was bei den Polen einen unnötigen Druck hervorrufe, denn Druck erzeuge gewöhnlich Gegendruck. Man müsse vermeiden, Versprechungen zu machen, die man nicht halten könne. Das polnische Volk habe an sich Verständnis für den deutschen Kampf gegen den Bolschewismus, es sei antibolschewistisch eingestellt. Das erlebe man immer stärker.

Wir Deutsche müssten dem Schicksal dankbar sein, dass es uns durch die Gräber von Katyn noch einmal Gelegenheit gebe, dem polnischen Volk nicht nur propagandistisch, sondem in der Tat Zugeständnisse zu machen, ihm ein gewisses Schicksal aufzuzeigen, um es für die deutschen Zwecke zu gewinnen.

Diese Erkenntnis scheine auch im Reich endlich Platz zu greifen. Seiner Meinung nach sei es dazu höchste Zeit. Wir alle seien uns darüber klar, dass wir mit einer Weiterführung unserer bisherigen Polen-Politik einfach Schiffbruch erleiden werden. Einen solchen Druck,wie ihn das polnische Volk erleide, habe noch nie ein Volk erleiden müssen. Jede Dienststelle müsse bei allen Maßnahmen, die ergriffen werden müssten, darauf achten, ob sie unbedingt

kriegsnotwendig seien und darum durchgeführt werden müssten. Gelinge es nicht, die Bereitwilligkeit des polnischen Volkes, diese Terror-Gruppen zu beseitigen, zu wecken, dann sähe er kein Mittel, mit dem man die Sicherheitslage im Generalgouvernement bessern könne. Der Feind würde in diesem Raume eine grosse Nachschubbasis vernichten, und die Rückswirkungen auf die Front im Osten würden von unübersehbaren Folgen sein.

Er habe bereits in der letzten Sicherheitssitzung darauf hingewiesen, dass auch ein Attentat gegen den Herrn Generalgouverneur geplant sei. Den Plan habe man beim Chef einer Fallschirmtruppe gefunden. Dass diese Meldungen ernst zu nehmen seien, beweise das heutige Attentat auf den Staatssekretär für das Sicherheitswesen SS-Obergruppenführer Krüger. Er bitte daher, dass jeder einzelne - zwar versteckt - Vorsichtsmaßnahmen ergreife, die ein solches Attentat unmöglich machten. Die Fallschirmspringer seien meist polnische Offiziere, die in Russland ihre Ausbildung und vor ihrer Absetzung in diesem Raum die Weisung erhalten hätten, führende Deutsche zu beseitigen.

Man habe alle polizeilichen Mittel, die es überhaupt gebe, eingesetzt, um die Lage zu meistern. Er bitte alle Herren, auf ihrem Gebiete alles zu tun, um die Bereitwilligkeit des polnischen Volkes, für die deutschen Belange zu erhalten, und die Ressonanz, die die verschiedenen Anschläge bei der polnischen Bevölkerung hervorgerufen hätten, zu beseitigen.

<u>Generalleutnant Becker</u> erklärt, dass die Raubüberfälle und sonstigen Übeltaten der Banditen in letzter Zeit sprunghaft in die Höhe gegangen seien und sich die Sicherheitslage ausserordnetlich verschlechtert habe. Auf der anderen Seite müsse jedoch hervorgehoben werden, dass die Erfolge der Ordnungspolizei in der Bekämpfung an gewissen Stellen sehr grosse sind. Es sei gelungen, ganz erhebliche Sektoren der Widerstandsbewegung und damit verbundenen Volksbewegung zu zerschlagen. Man habe eine Menge von Führern festnehmen können und stellenweise das gesamte Führerpersonal ~~dieser~~ gefasst.

Auf eine Verringerung der Bandentätigkeit könne man in naher Zukunft nicht rechnen, im Gegenteil, man müsse darauf gefasst sein, dass die Kämpfe gegen die Banden immer schärfer und härter würden. Man werde eines Tages gezwungen sein, in das Gebiet des Generalgouvernements starke Kräfte zu legen, um dadurch einmal gründlich Ordnung zu schaffen. Wann das geschehen werde, müsse in Berlin entschieden werden.

Der stellvertretende Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der N S D A P, Pg. Adolf Stahl, gibt seiner Freude Ausdruck, dass er als Vertreter der Parteiführung einen Einblick in die Regierungsarbeit habe gewinnen können. Die Parteiarbeit habe sich im grossen und ganzen in den Rahmen der Arbeit der Regierung eingefügt, und leiste ihr tatkräftige Hilfe.

In der letzten Regierungssitzung habe er den Wunsch geäussert, dass die Zusammenarbeit der Partei mit den Regierungs- und staatlichen Stellen möglichst eng werden möge. Heute könne er melden, dass hervorragende Vertreter der Regierungsstellen sich trotz ihrer beruflichen Inanspruchnahme der Parteiarbeit ehrenamtliche zur Verfügung gestellt hätten. Die Arbeit in der Partei werde heute zu 95% ehrenamtlich geleistet; dies wolle man auch in Zukunft beibehalten.

Bei seiner kürzlichen Reise durch Galizien habe er feststellen können, dass auf dem Sektor der Kinderlandverschickung die Zusammenarbeit zwischen Partei, Staat und Wehrmacht gute Früchte getragen habe. Bis jetzt seien im Generalgouvernement bereits 3000 Jungen untergebracht worden.

Die Sicherheitslage mache sich in starkem Maße in der Parteiarbeit bemerkbar. Auf dem flachen Lande liege sie fast völlig brach, in den Städten dagegen, in denen das Deutschtum immerhin geballt wohne, zeige man durch eine besonders starke Aktivität den Fremdvölkischen, dass sich das Deutschtum noch so stark fühle, um in Aufmärschen von geschlossenen Formationen an die Öffentlichkeit zutreten.

Die Partei strebe immer danach, möglichst keine Doppelarbeitnzu leisten, sondern eine unterstützende Arbeit der staatlichen Dienststellen. Er erinnere nur an die Frage der Betriebsbereinigungen, an die intensive Einschaltung der Hitlerjugend in die Erziehung der volksdeutschen Jugendlichen und der Frauenschaft in die Erziehung der reichsdeutschen und volksdeutschen Frauen. Alle Hauptarbeitsgebiete hätten dazu beigetragen, dass das Deutschtum des Generalgouvernements zu einem einheitlichen leistungsfähigen Block zusammengeschlossen sei. Die Stimmung unter den Deutschen sei ausgezeichnet. Er habe am Vorabend in einer Kundgebung in Warschau gesprochen und dabei feststellen können, dass trotz der internen Schwierigkeiten eine Begeisterung geherrscht habe, wie man sie aus Kundgebungen im Reich z.Zt. der grössten Entscheidungen kenne.

Die Partei sei das Stimmungsbarometer des deutschen Volkes. Das Deutschtum habe hier auf dem Lande eine Haltung gezeigt, wie man sie nicht für möglich gehalten hätte. Er denke z.B. an eine Zuckerfabrik im Generalgouvernement, in der 1700 Polen unter 17 Deutschen hervorragendes leisteten.

Sein Wunsch sei, dass die Zusammenarbeit zwischen Partei und Staat im kommenden Jahre noch enger werde, und er bitte den Herrn Generalgouverneur, seine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit ihm noch enger zu gestalten.

<u>Präsident Ohlenbusch</u> führt aus, dass im Mittelpunkt der Hauptabteilung Propaganda auf dem fremdvölkischen Sektor natürlich die Massenmorde von Katyn ständen. Letzten Sonnabend sei von dort die 2.polnische Delegation zurückgekehrt, die aus Vertretern des polnischen Roten Kreuzes und einem Vertreter des Erzbischofs von Krakau zusammengesetzt gewesen sei.Die Zurückgekehrten seien sehr zurückhaltend und lehnten es ab, irgendwie in der Öffentlichkeit herausgestellt zu werden. Er selbst lehne propagandistisch eine Beeinflussung dieser Teilnehmer ab, und er sei sich mit der Hauptabteilung Innere Verwaltung darüber klar, dass man eine polnische Kommission bilden müsse, die dann sachlich diese Dinge berichten

solle.

Er vertrete den Standpunkt, dass der Massenmord von Katyn durchaus Gelegenheit biete, eine Änderung in der Polenpolitik herbeizuführen, ohne das Prestige des Grossdeutschen Reiches zu erschüttern. Bei seiner letzten Berliner Reise habe er jedoch nichts Positivesmit auf den Weg bekommen, Man denke wohl daran, dass bei den im Reich eingesetzten Polen das P verschwinden werde, jedoch habe er den Eindruck, dass es erheblicher Arbeit bedürfe, um die Berliner Stellen davon zu überzeugen, dass die bisher im Generalgouvernement einfach nicht vorhandenen politische Zielsetzung jetzt endlich gegeben werden müsse.

In der Tätigkeit der Widerstandsbewegung, soweit sie auf propagandistischem Gebiet liege, sehe er keine allzu grosse Gefährdung. Man sei in der Lage, den Massenmord von Katyn nach vielen Richtungen hin auszuwerten, und das polnische Volk damit für ein ganzes Jahr zu beschäftigen. Berlin plane die Genehmigung eines Volkstrauertages, die Errichtung von Mahnmalen, und den Angehörigen der verschiedenen polnischen Delegationen die Genehmigung zu erteilen, zur polnischen Bevölkerung zu sprechen. Allerdings stehe auch fest, dass sich die führenden Polen darüber klar seien, dass sie im jetzigen Augenblick mit Forderungen an die deutsche Führung herantreten könnten. Die Entwicklung der Dinge hänge davon ab, inwieweit die zuständigen Reichsstellen bereit seien, den Polen eine klare politische Zielsetzung zu geben.

Gouverneur Kundt nimmt zu einigen Problemen der Verwaltung Stellung. Auf dem Sektor der Wirtschaft werde das Bewirtschaftungssystem immer mehr verfeinert. Da die Belastung der unteren Verwaltungsbehörden durch die vielen Einberufungen in zunehmendem Maße grösser würden, fehlten die geschulten Kräfte, um diese komplizierten Bestimmungen durchführen zu können. In letzter Zeit nähme nun die Tendenz zu, gegen Reichsdeutsche Verfolgungen eintreten zu lassen, wenn sie sich gegen die Bewirtschaftungsbestimmungen vergangen hätten. Die Staatsanwaltschaft stehe auf dem Standpunkt, dass jeder Kreishauptmann für die Einhaltung dieser

vielen Bestimmungen verantwortlich sei. Diesem fehlten aber, wie gesagt, die nötigen Kräfte; der grosse technische Apparat sei zu schwach. Man dürfe nicht vergessen, dass ein Kreishauptmann die gesamten Aufgaben aller einzelnen Hauptabteilungen durchzuführen habe. Er müsse daher im Interesse der noch arbeitenden Beamten und Angestellten bitten, dass nur diejenigen als Gauner bezeichnet und verfolgt würden, von denen einwandfrei feststehe, dass sie ihr Amt zum Zwecke der persönlichen Bereicherung missbraucht hätten. Er habe einen konkreten Fall im Auge, in dem einer seiner besten Kreishauptleute ohne Verschulden bloßgestellt worden sei. Bei der Einführung neuer Bestimmungen solle man auch immer daran denken, dass der Personalstamm in der Distriktsebene so gering sei, dass man Feinheiten der Verwaltung nicht mehr durchführen könne. Weiter müsse man in Betracht ziehen, dass der der untersten Ebene zur Verfügung stehende Verwaltungsapparat, die Gemeindevögte und Schulzen, systematisch unter den Angriffen der organisierten Banden stünde. In seinem Distrikt gebe es keine Gemeinde mehr, die nicht ausgeraubt worden wäre. Die Schulzen und Vögte, die in jeder Hinsicht die eigentliche Spitze der Verwaltung darstellten, seien dauernd in ihrem Leben bedroht. Sie kämen zu den Kreishauptleuten und bäten um deutschen Schutz; dazu seien wir aber nicht in der Lage, und die deutsche Autorität der Verwaltung sei deswegen stark gefährdet. Bei dieser Entwicklung könne die ungestörte Hereinbringung der kommenden Ernte nicht garantiert werden; auch die nötige Erfassung der monatlichen Kontingente an Butter, Eiern usw. sei in Frage gestellt. Die Molkereien würden sowieso schon von den Banditen zertrümmert. Auch die Arbeitererfassung lasse sich nicht durchführen. Hier müsse man für die letzten Wochen einen systematischen Rückgang verzeichnen, und dieser Zustand könne ohne entsprechende Hilfe der Polizei, der jedoch wiederum die Kräfte fehlten, nicht abgeändert werden. Vom Reich müssten unbedingt genügend Sicherheitskräfte ins Generalgouvernement abgestellt werden, wenn man die vom Reich verlangten hohen Forderungen an Arbeitskräften und Nahrungsmitteln erfüllen wolle.

Die Sicherheitslage beurteile er sehr ruhig und nüchtern. Im Distrikt Radom sei die Lage noch nicht so schlimm wie in Warschau; die Banditen hätten bis jetzt noch keinen deutschen Verantwortungsträger erschossen. Er habe jedoch den Eindruck, dass in seinem Distrikt ein gefährliches System Platz greife, das in Form einer organisierten Vorbereitung in der Lysa Gora seinen Anfang nehmen könne. Gefährlich könnten Angriffe aus der Lysa Gora für die dortigen grossen Rüstungsbrtriebe werden. So hätten z.B. Banditen im Verlaufe einer halber Stunde mit einer technischen Fertigkeit militärischer Art 1.Grades mitten aus einer Stadt 19 ihrer Genossen befreit, ohne dass die vorhandenen Polizeikräfte überhaupt nur zum Schuß gekommen seien. Er halte es daher für durchaus möglich, dass eine stärkere Gruppe ebensogut dortige Rüstungswerke innerhalb kurzer Zeit überfallen, und die entsprechenden Zerstörungen vollziehen und die vielen Rüstungsarbeiter in Bewegung setzen könne. Bis zum Erscheinen der nötigen deutschen Ordungskräfte könnten sie dann längst wieder verschwunden sein. Diese einzelnen Gruppen seien nicht von Flugzeugen abgesetzt worden, sondern nur die Rädelsführer. Diesen sei es bereits gelungen, grössere schlagkräftige Einheiten zu organisieren.

Die deutschen Menschen, die draussen auf dem Lande Dienst tuen würden, seien oft ohne Waffen, oder meist ohne Munition zu diesen Waffen. Die Banden hielten in den Wäldern grosse Schiessübungen ab. Sobald sie nicht mehr nur auf Raub ausgingen, sei es höchste Zeit, durch eine Konzentration an Kräften ihre Vernichtung herbeizuführen, bevor sie sich mit ihren guten Waffen in Bewegung setzten. Es sei auch zweckmässig, dass die Haltungsfrage der Deutschen von allen Seiten eine stärkere Aufpulverung erfahre, denn sie nähmen die Dinge noch nicht so ernst, wie sie in Wirklichkeit seien. Wenn sich bewaffnete Soldaten ohne weiteres entwaffnen liessen, werde auf der Gegenseite der Kampfgeist der Nation sich keiner hohen Einschätzung erfreu

en können. Jeder Deutsche, der Waffen besitze, müsse auch schiessen, wenn er angegriffen werde. Im Gegensatz zu den Reichsdeutschen, die sehr ängstlich seien, arbeiteten die volksdeutschen Bauern ruhig und rissen bei Bandenüberfällen nicht aus. Eine solche Haltung müsse Allgemeingut aller Deutschen in diesem Raume werden.

Leider lägen im Generalgouvernement fast keine Truppen, die wenigen Soldaten seien schlecht bewaffnet, die Gendarmerie-Kräfte seien viel zu gering, und besäßen keine Autos und kein Benzin. Für die Polen müssten neue politische Zielsetzungen erstellt werden, ihre Ernährung und ihr Eigentum müsste gesichert werden, und ausserdem müsse die deutsche Führung in die Lage versetzt werden, gegen die Elemente der Unordnung kämpferisch vorgehen zu können.

Gouverneur Wendler berichtet, dass die Sicherheitslage im Distrikt Krakau nur in einigen Teilen in der letzten Zeit angespannt worden sei. Die Bevölkerung draussen arbeite. Die Sicherheitsfrage müsse aber in positivem Sinne gelöst werden, da sonst die für die deutsche Verwaltung tätigen Vögte und Schulzen an unserer Macht zweifeln müssten. Jeder dieser Leute werde gewarnt, in deutschen Diensten tätig zu sein,und dadurch werde die Arbeit allmählich unmöglich. Der kommenden Ernte müsse man viel besorgter entgegensehen als im vergangenen Jahr. Der Distrikt Krakau habe voriges Jahr seine Kontingente hundertprozentig erfüllt; dieses Ergebnis lasse sich aber nur mit Hilfe der polnischen Bevölkerung erreichen. Seit einigen Wochen mache sich ~~auch~~ ein gewisser Widerstand geltend, der vor allem darauf zurückzuführen sei, dass grosse Grenzveränderungsvorschläge debattiert würden. Die Bevölkerung warte mit der Arbeit zu, wenn das Gerücht gehe, dass Kreise oder Gemeinden eine Veränderung erfahren würden.

Der Herr Generalgouverneur beendet die Regierungssitzung mit folgenden Worten:

Meine Herren! Wir haben alle den Eindruck, dass die heutige Sitzung, die wir aus Anlass des Geburtstages des Führers veranstaltet haben, von ausserordentlicher Bedeutung war. Sie gab uns durch die Referate der einzelnen Herren einen weitreichenden Überblick über die gegenwärtige Lage des Generalgouvernements. Ich möchte zusammenfassend sagen, dass uns das heutige Protokoll auf den wesentlichen Sektoren der Ernährung, Sicherheit, Arbeiterbeschaffung, Polenpolitik und aller anderen angeregten Problemen und Fragen noch intensiv beschäftigen wird. Ich stimme in vollem Umfange mit allen Herren überein.

Die heutige Sitzung war wiederum ein Beweis dafür, dass dieser Raum nur im einmaligen Zusammenwirken aller maßgeblichen Polizei- und Verwaltungsstellen beherrscht werden kann. Ein Ausbrechen aus dieser Gemeinschaftslinie ist völlig unmöglich und könnte nur zum Schaden der Gesamtdeutschen Politik erfolgen. Ich werde in der kommenden Zeit mit jedem mir zu Gebote stehenden Nachdruck dafür sorgen, dass diese Einheitlichkeit unter allen Umständen autark erhalten wird. Denn wir sind die Fachleute dieses Raumes, und jeder, der nicht in diesem Raum mitwirkt, mit uns aufgebaut hat, und die Probleme hat wachsen sehen, ist auf diesem Gebiet nicht Fachmann. Es ist daher, gelinde gesagt, eine der schlimmsten Formen nichtfachmännischer Behandlung dieses Raumes, wenn unter der Potenz von Reichszuständigkeiten Meinungen mit autoritärem Rang geäussert und durchgesetzt werden können; dies würde nur zum Schaden dieses Gebietes und damit indirekt zum Schaden des deutschen Reiches sich auswirken.

Eine der wesentlichsten Folgen der heutigen Sitzung - denn wir alle spüren, dass die Dinge reif geworden sind - wird die sein, dass ich mit allem Nachdruck den Erfahrungssummierungen, die wir auch heute wieder formuliert erlebt haben, beim Reich zum Durchbruch verhelfen werde. Gerade

insbesondere auf dem Gebiet der Polenpolitik ist die Feststellung interessant, wie wir uns in dieser Sitzung völlig einig sind, über die Grundsätze der Behandlung des fremdvölkischen Elements in diesem Raum, wegen deren teilweise versuchsweisen Anwendung nicht nur ich persönlich, sondern Sie fast alle, immer wieder vom Reich und den Reichszentralen den Vorwurf einstecken müssen, dass wir zu polenfreundlich wären, zu wenig bedächten, und dass nur die scharfe, harte Faust allein die richtige Methode wäre. Ich glaube, es waren 3½ Jahre eines fast Märtyrerhaften Ringens um die Durchsetzung unserer Anschauung.

Aus dem vollen Vertrauen an Sie, meine Herren, und auf Ihre bisherigen Leistungen in diesem neuen Jahr richte ich die Bitte an Sie, so wie bisher treu, aufopfernd und gewissenhaft in gemeinsamer Ausführung Ihrer Planungen und genauer Durchhaltung Ihrer Beschlüsse dazu beizutragen, dass das Generalgouvernement bleiben wird, was es bis jetzt war, einer der geschlossensten und einer der wertvollsten Erfolge des bisherigen Krieges.

Meine Herren, ich danke Ihnen!

Schluß der Sitzung
14^{30} Uhr.

Regierungssitzung

am Donnerstag, dem 22.Juli 1943,
11 Uhr, im Königssaal der Burg.

Ausgefertigt in 3 Exemplaren:

1. z.d.Akten d.Kanzl. des GG.eurs
2. Staatssekretär Dr. Bühler
3. Ministerialrat Dr. W e h

Anwesenheitsliste

für die Regierungssitzung

am 22.Juli 1943 um 11 Uhr

im Königssaal der Burg

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
v. Boeckle		
Gauner	Präsident der Regierung	
Huber		
Dirnberger		
Lutz	MR.	W. u. U.
Müller	Vorstand d. Stat. A. Abt.	Stat. Amt
A. Adam	Vorstand der Archive der Z.Z.	Vorstand der Archive der Z.Z.
Teitge	Forstdirektor	Forstamt Garmisch
Hain	"	"
Lauxmann	"	Post
Hirsch	"	Finanzamt
Schmidt	"	F. A. L.

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Ziegler	Präsident	H.A. Hessen
[illegible]	Landrat	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
Pfeil.	Ministerialrat	Hauptabteilung Kabrit.
[illegible]	[illegible]	[illegible]
Hohmann	Baudirektor	Hauptamt f. Räum
Rogge	Ministerialrat	Hauptstatt. Finan
[illegible]	Oberregierungsrat	für H.A. Westfalen [illegible]
Präsident	Leiter der	Amts f. Betriebs verwaltung
Professor Dr.	Leiter des	Forstamts
Hamburg	Landrätin	Amt
Finanzen	Polizeipräsident	
[illegible]	Pol. Präs.	

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Herren	Gauwalter und stv. Reichspressechef i. Pressestelle	
F. Ahn	Stellv. Leiter (Vertr.)	NSDAP.

Beginn der Sitzung: 11 Uhr 5 Min.

Nach Eröffnung der Sitzung ergreift zunächst Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank das Wort zu folgenden Ausführungen:

Meine Herren, ich habe das Bedürfnis gehabt, vor der Sommerpause, die doch so oder so auch trotz des Krieges einsetzen wird, nochmals mit Ihnen als den massgeblichen Männern des Nebenlandes Generalgouvernement zusammenzukommen. Ich habe den Termin benutzt, an dem Herrn Staatssekretär Stuckart vom Reichsminister des Innern in Krakau anwesend ist. Er wird uns nach Tisch einen Einblick in die schwere Verwaltungssituation des grossdeutschen Reiches geben.

Diese Situation, die wir hier in ihren Auswirkungen spüren, hängt selbstverständlich aufs engste mit der gegenwärtigen Kriegslage zusammen. Ich kann in dieser heutigen Regierungssitzung nur feststellen, dass die Kriegslage zu keinerlei weiterreichendem Pessimismus Veranlassung gibt. Ich möchte im Gegenteil auf Grund meiner sehr vertrauten Kenntnis der Dinge in diesem Augenblick mitteilen, dass das Losprasseln der Offensive der Sowjetrussen im Osten von uns seit Monaten mit allen Vorbereitungen empfangen und dass es zweifellos dazu führen wird, dass die Sowjetunion im Zusammenhang mit diesem dauernden blutigen und mit Materialverlusten äusserst stark durchsetzten Anrennen eine solche Erschütterung und Erschöpfung erfahren wird, dass die Hoffnung auf den Zusammenbruch der Sowjet-Union aus innerer Not, vor allem aus Nahrungsnot heraus absolut begründet er-

scheint.

Eine irgendwie geartete Gefährdung unserer Lage im Generalgouvernement aus der Entwicklung der Ostfront scheint direkt oder indirekt völlig ausgeschlossen. Die Partisanensituation hat sich im Generalgouvernement trotz aller ihrer bedrohlichen ernsten Ansätze wesentlich gewandelt. Ich muss hier des tapferen Einsatzes unserer Polizei- und Sicherheitsorgane, aber auch der Wehrmacht gedenken, die in stolzem Zusammenwirken mit unseren Verwaltungsorganen , den Kreishäuptmännern und den Verwaltungsbehörden aller Kartegorien des Landes es doch verstanden haben, einigermassen die Sicherheit der Ernteeinbringung im grössten Teil des Generalgouvernements zu gewährleisten. Dass da und dort noch Gefahrenherde bestehen, dass der Banditismus nicht ohne weiteres ausgerottet werden kann, ist nicht ein Zeichen der Schwäche des grossdeutschen Reiches oder der Einsatzmitteln unseres Vaterlandes, er ist vielmehr ein Zeichen für den einen verzweifelten Charakter annehmenden Kampf, den die Führung der Emigranzpolen und der bolschewistisch eingestellten Polen aufnimmt, um uns im letzten Augenblick abzuwürgen.

Wenn im Zusammenhang mit der Befriedungsaktion im Distrikt Lublin in grösserem Umfange wiederum Evakuierungen vorgenommen werden mussten, so möchte ich dabei doch betonen, dass alle diese Massnahmen, gemessen an dem, was nur ein einziger massierter Bombenangriff auf eine deutsche Grosstadt des Rheinlandes an Elend und Evakuierungsmassnahmen herabprasseln lässt, gar nichts bedeutet. Wenn Sie bedenken, dass wir im Reich vor dem Problem stehen, über 3 Millionen Menschen mit ihrem Hab und Gut aus den westlichen Teilen des Reiches zu evakuieren, - eine Aufgabe, die insbesondere für unsere deutsche Reichsbahn kaum lösbare Transportprobleme hervorruft, weil

der Führer wünscht, dass möglichst auch das Privateigentum und die Möbel der zu evakuierenden Personen mit fortgeschafft werden sollen, - so können Sie ermessen, dass eine Zahl von einigen 10 000 oder 20 000 oder 30 000 Polen, die wir im Generalgouvernement irgendwo aus Notgründen evakuieren, damit nicht im Vergleich stehen kann und darf.

Es ist somit sicher, dass das Generalgouvernement in seinem Bestande durch die Kriegslage und die innere Partisanenlage nicht gefährdet werden wird. Dass trotzdem äusserste Vorsicht am Platze ist, dass wir hier absolut noch nicht von einem befriedeten Gebiet sprechen können, ist evident. Aber ich habe es schon einmal zum Ausdruck gebracht; wo ist der deutsche Mensch heute in der Welt überhaupt gesichert? Nirgends! Wir sind alle im Kampf und stehen alle unter dauernder Lebensgefahr. Das gilt auch von den Deutschen des Generalgouvernements, die sich wirklich tapfer und mannhaft verhalten. Ich gedenke in diesem Augenblick auch der vielen Tausende von Beamten, die draussen völlig isoliert ihre Pflicht zu erfüllen haben. Ich muss sagen, dass diese deutschen Menschen genau so ihrer Sicherheit Opfer zu bringen haben, wie das überall in deutschen Landen zu geschehen hat.

Auch die übrige Kriegslage berechtigt zum Optimismus. Dass in Norden der kurze Angriffsversuch zurückgeschlagen wurde, erfüllt uns alle mit Genugtuung. Auch auf Sizilien geht der Angriff der Amerikaner und Engländer so zäh und unter solchen Schwierigkeiten vonstatten, dass die nunmehr im Zusammenhang mit der Zusammenkunft des Führers und des Duce vor wenigen Tagen mit Bestimmtheit zu erwartende Verstärkung des deutschen Truppenelements in Sizilien diese Abwehrfront Europas wesentlich festigen wird.

Dass es aber im übrigen Kriegsgeschehen ganz zweifellos so aussieht, dass das Deutsche Reich und Volk absolut imstande sind, den massierten Angriffen der Weltplutokraten, hinter denen doch nur der Jude steht, entgegen zu treten, ist klar.

Daher können wir auch im Generalgouvernement bei Abschluss des ersten grossen Teiles dieses entscheidungsreichen Jahres 1943 in unserer Arbeit sagen: wir haben festen weltgeschichtlichen Grund unter den Füssen. Die innere Lage des Generalgouvernements habe ich im Hinblick auf den Sicherheitskoeffizienten schon kurz gestreift. Ich möchte aber allgemein sagen, dass auch die staatliche Institution des Generalgouvernements in diesem ersten Teil des Jahres 1943 wesentliche Beruhigung und Stabilisierung erfahren hat. Sie kennen seit Jahren den von mir immer wieder mit Leidenschaft und Nachdruck vertretenen Grundsatz der Einheit der Verwaltung. Als ich diesen Grundsatz aufstellte, war es der Führer, der ihn als erster aufnahm; denn in der grundlegenden Verordnung über die Einrichtung des Generalgouvernements für die besetzten polnischen Gebiete vom 26.Oktober 1939 ist ja bekanntlich dieser Grundsatz der Einheit der Verwaltung festgelegt. Dort heisst es, dass alle Zweige der Verwaltung beim Generalgouverneur zusammengefasst werden.

Dass es geglückt ist, gerade im Zusammenhang mit meiner grundsätzlichen Aussprache mit dem Führer vom 9.Mai ds.Js., die über zweieinhalb Stunden dauerte und unter vier Augen stattfand, wiederum das vollste Einvernehmen des Führers mit meinen Anschauungen herbeizuführen, hat mir beim Führer den Ehrentitel des grossen Realpolitikers des Ostens eingetragen. Dass diese Besprechung als Ausgangspunkt dazu geführt hat, auch alle anderen noch bestehenden Organisationsprobleme zu bereinigen, haben Sie selber verspürt. Insbesondere

war meine Besprechung vom 23.Juni mit dem Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei Himmler in diesem Zusammenhang von grösster Bedeutung. Sie hat ein Problem, das uns Jahre lang beschäftigte und das sowohl für die Männer der Verwaltung wie der Sicherheit immer wieder zu Schwierigkeiten führte, nämlich das Problem des Verhältnisses der Regierung des Generalgouvernements zu den Polizei- und Exekutivorganen.aller Art, in einer beide Teile völlig befriedigenden Weise restlos geklärt und ihren Niederschlag in dem Übereinkommen zwischen dem Staatssekretär der Regierung und dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen, das Sie im Verordnungsblatt des Generalgouvernements vom 15.7. ~~lesen werden~~ gelesen haben, gefunden. Dazu erkläre ich nach diese Problemposition, die uns so oft zu schaffen gemacht hat, für völlig gelöst. Es ist klar, dass die polizeiliche Exekutive auch in diesem Raum der Regierung zur Erfüllung ihrer Aufgaben völlig zur Verfügung steht und dass der Staat Generalgouvernement in der ihm zur Verfügung stehenden Polizei und den Polizeieinrichtungen den integrierenden Bestandteil seiner staatlichen Funktionen zu erblicken hat.

Die übrigen Besprechungen, die die Organisation betreffen, lagen im wesentlichen auf dem Gebiet der Ostbahn. Hier kann ich zu meiner Genugtuung feststellen, dass angesichts der verständnisvollen Angleichung der beiderseitigen Interessen die Institution der Ostbahn im Generalgouvernement restlos erhalten wird, ebenso wie die Generaldirektion der Ostbahn und die Funktionen des Präsidenten Gerteis im wesentlichen erhalten geblieben sind. Dass dabei die allgemeinen, über das Generalgouvernement hinausreichende grosse transkontinentalen Verkehrsbedürfnisse der Deutschen Reichsbahn ihre Befriedigung gefunden haben, ist selbstverständlich. Das Generalgouvernement beansprucht ja

nichts für sich gegen das Reich, sondern es beansprucht für sich die Lebensfunktion in klarer einheitlicher Geführtheit im Dienste des Reiches.

Ein weiteres Problem der Organisation ist das Bauwesen. Hier ist durch den Erlass des Führers dem Reichsminister Speer eine grosse ganz Europa umfassende Funktion zugeteilt worden. Auch das Generalgouvernement ist einbezogen. Es wird sich zeigen, ob sich die zur Zeit angewendete Regelung in der Praxis bewährt. Ich glaube, dass wir in den kommenden Wochen Gelegenheit haben werden, es zu verspüren. Dann wird wohl gegen Ende dieses Jahres eine grundsätzliche Bereinigung der vielleicht noch ausstehenden Restfragen auf diesem Gebiete eintreten.

In allen übrigen Teilen waren keine Probleme vorhanden. Es ist klar, dass aus der Selbstverständlichkeit der einheitlichen Verantwortung, die ich und damit auch Sie, meine Herren, als Mitglieder meiner Regierung für diesen Raum zu tragen haben, die Notwendigkeit der einheitlichen Führung dieses Raumes hervorgeht. Dass in diesem Zusammenhang mein vor wenigen Tagen beim Wehrkreisbefehlshaber in Spala durchgeführter Besuch auch die Verbindung zwischen Wehrmacht und den staatlichen Instanzen des Generalgouvernements auf eine erfreuliche Entwicklungsbasis gerückt hat, diese Mitteilung Ihnen zu machen ist mir besonders angenehm.

Die Strukturform des Generalgouvernements hat viel Missverständnis gefunden und hat uns in den letzten 3 Jahren eine Fülle von Vorwürfen eingebracht, etwa der Gestalt, dass wir hier eine Art abgesonderten Eigenlebens gegen das Reich zu führen gedächten, so eine

Art Königreich Polen aufrichten wollten, dass wir absolut reichsfeindlich wären, dass wir hier gegen die Interessen einer einheitlichen Führung des Reiches verstossen würden usw., - dieses ganze Gezücht von Gerüchtemacherei, von elenden Verleumdungskampagnen gegen uns, gegen unser Werk und gegen die Ziele unseres Wirkens ist jämmerlich zusammengebrochen. Auf die Dauer konnte ja die Wahrheit der Leistung der Männer, die im Dienste des Führers und des Reiches hier im Generalgouvernement ein Wunder vollbracht haben, nicht unterdrückt werden. Und diese Wahrheit heisst einfach und klipp und klar, dass das Generalgouvernement an der Spitze der Leistungen der besetzten Gebiete in jedem Hinblick, relativ und teilweise sogar absolut steht. Eine Ernteablieferung von 730 000 Tonnen Getreide allein aus dem Generalgouvernement, wie sie im Jahre 1942 erfolgte, ist fürwahr eine Wundertat, die uns noch von niemandem nachgemacht wurde. Das gilt ebenso von der Möglichkeit, aus diesem Chaos und dieser Zerstörtheit eine Ordnung aufzubauen und mit wenigen Männern durchzuhalten. Auch das ist uns noch von niemandem nachgemacht worden. Wenn ich im übrigen nur eine Zahl nennen darf: ins Reich wurden aus unserem Gebiet über 1,3 Millionen Arbeiter verschickt, - ein Ergebnis, das ebenfalls einzigartig dasteht. Dass die Transport- und Finanzleistung, die Währungsleistung des Generalgouvernements, alles aus Eigenem aufgebracht, nur von uns gedeckt, eine einzig dastehende Kriegsleistung einer Hand-voll deutscher Männer darstellen, konnte schliesslich auch durch noch so boshafte, neidische, kleinliche und hasserfüllte Kritik auf die Dauer nicht unterdrückt werden. Der Führer selber hat hier eingegriffen und für das Rechte gesorgt. In seinem Namen stehe ich mit neu gestärkten Vollmachten hier in diesem Raum, seines Befehls gewärtig, in seinem Namen amtierend und für ihn und das deutsche Reich diese

schwierigen Probleme meisternd.) Wir können ohne jede Ausnahme mit Fug und Recht auf diese Leistung stolz sein. Ihnen den Dank des Führers, den er mir am 9.Mai dieses Jahres ausgesprochen hat, zu übermitteln, ist für mich in dieser Stunde eine stolze Mission.

Daß es einer Handvoll Männer - unsere Polizei hatte kaum lo ooo Mann - geglückt ist, auf dem Lande die Sicherheit solange durchzuhalten, bis durch übermächtiges Einbrechen von Partisanenbanden aus dem Osten, nicht etwa auf Grund von eigengewachsenen Zuständen des Generalgouvernements diese Sicherheit gefährdet wird, verdient einen besonderen Hinweis.

Besonders schwierig war für uns in diesem Jahre ganz allgemein auch die Umsiedlungsfrage. Ich kann Ihnen die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Umsiedlung im allgemeinen restlos für die Dauer des Krieges eingestellt ist. Was jetzt im Distrikt Lublin und im Distrikt Galizien geschah, wird wohl im weitesten Umfange seine Aufklärung finden. Für den Distrikt Lublin ist jetzt die Polizeifrage gelöst, und es wird Ihnen amtlich mitgeteilt werden, daß SS-Gruppenführer Globocnik aus dem Distrikt Lublin abberufen ist und sein Nachfolger demnächst seinen Dienst antreten wird.

So kann ich denn vor der Sommerpause, die ja keine Arbeitspause ist, sondern für die einzelnen Herren nur ein kurzer Sonnenblick in die freie Luft sein kann, die Erklärung abgeben, daß das Generalgouvernement in sich geschlossen, stark und zukunftssicher den Aufgaben, die uns vom Reich gestellt werden, entsprechen wird.

Unter diesen Aufgaben sind vor allem wieder von besonderer Bedeutung die Sicherstellung des Reiches und die Förderung des Reichsinteresses auf zwei Gebieten, auf dem Gebiet der Ernährung und auf dem

Gebiet der Industrieverlagerung , die jetzt ein im Vordergrund stehendes Problem darstellt. Was die Ernährung angeht, so möchte ich Ihnen endgültig mitteilen, dass zum 1.September ds.Js. eine grundsätzliche Neuordnung oder überhaupt einmal eine Ordnung der Ernährungsverhältnisse der Gesamtbevölkerung des Generalgouvernements eintreten wird. Es werden dann die sogenannten Warthegausätze im wesentlichen eingeführt, modifiziert nach unserem Bedürfnis, die fast die gesamte Bevölkerung erfassen werden und die - dessen bin ich sicher - mit blitzartigem Beginn am 1.September 6 Uhr morgens zu einer gewaltigen Bereinigung dieses Gebietes führen werden. Alle Sektoren, die an diesem Lande interessiert sind, werden davon Gewinn haben, ob es sich nun um die Sicherheit, die Wirtschaft, die Rüstung oder den Transport usw handelt.

Die zweite Aufgabe, die der Ernährung gestellt ist, ist die Ablieferung an das Reich und die Wehrmacht. Hier wird nach dem Übereinkommen mit dem Reich alles, was wir nicht für die eigene Ernährung in diesem bescheidenen Rahmen aufwenden, an das Reich abgeführt oder der Wehrmacht zur Verfügung gestellt. Ich glaube, dass wir im wesentlichen, wenn auch nicht wieder auf die Hungerexportzahl von 730 000 Tonnen, so doch auf 500 000 Tonnen kommen werden, die wir dem Reich zur Verfügung zu stellen gedenken. Das ist an sich schon eine Leistung. Ich möchte auch hier meiner Meinung dahin Ausdruck geben, dass die Ernährungsführung dieses Raumes mit ihrer Leistung, vorausgesetzt, dass sie nicht durch Unruhen in manchen Teilen des Landes allzusehr im Ernteergebnis gestört wird, doch die Gewähr für die Durchhaltung dieses Ernährungsprogramms wird übernehmen können.

Was die Industrieverlagerung angeht, so befinden wir uns auf vollen Touren, die jetzt gerade angelaufen sind. Wie Sie wissen, - ich selbst lege das grösste Gewicht darauf -, haben wir für das Reich diese Not zu beseitigen, und wir übernehmen nun in den kommenden Monaten grosse, mit international bedeutsamen Namen versehene Industriekomplexe ins Generalgouvernement. Inwieweit die technischen, örtlichen, transportmässigen, arbeits-, ernährungs- und rohstoffversorgungsmässigen Probleme hiermit zusammenhängen, brauche ich in diesem Gremium nicht zu sagen, auch nicht, dass alles geschehen wird, um den Wünschen des Reichsministers Speer, der ja die Generalvollmacht des Führers hat, zu entsprechen. Dass eine loyale Zusammenarbeit mit dem Reichsministerium Speer angebahnt wird, sagt mir der Besuch, den ein Vertreter des Ministeriums Speer Herr Niemayer bei uns gemacht hat, wobei er im Namen des Ministers Speer erklärte, dass auch in dieser Frage völliges Einvernehmen und dauernder Kontakt mit dem Generalgouvernement stehen wird. Beachtlich aber ist bei dieser Frage die uns dadurch aufgezwungene fast völlige Umstellung der Struktur des Generalgouvernements. Während wir bislang immer noch als ein Land figurierten, das für die Versorgung des Reiches mit Arbeitern und als Agrar-und Nahrungsland Europas in Betracht kam, werden wir binnen kurzem eines der wichtigsten Industriegebiete Europas werden. Ich erinnere an Namen wie Krupp, Heinkel, Henschel, deren Betriebe ins Generalgouvernement kommen werden. Mit den bereits vorhandenen und ausgebauten Industrien wird diese Strukturänderung des Generalgouvernements einen gewaltigen Umfang annehmen. Was mit dieser Industrieverlagerung ins Generalgouvernement noch alles an Einzelfragen zusammenhängt, das können Sie sich selber als praktische Menschen vorstellen: Eine Fabrik

die irgendwo in die Gegend von Warschau zieht, braucht Gas, Strom, Kohle, Wasser, Nahrung und Wohnung für die Arbeiter; das alles muss aufgebracht, gebaut, geschaffen werden. Es wird aber ebenso wie der Ausbau der Ostbahn doch unmittelbar der Potenz unseres Raumes in jeder Form entsprechen. Ich bin glücklich über diese Entwicklung und dankbar dafür, dass wir unserem Vaterlande, das in seinen westlichen Teilen der schwersten Prüfung unterworfen ist, diese Ausweichstellung geben können. Ich darf die Herren bitten, an diesem Problem aufs engste mitzuarbeiten.

Auf dem Gebiet der Finanzen stehen wir in einer Entwicklung, die teilweise einen leisen inflationistischen Anklang zeigt, aber noch im allgemeinen akzeptiert werden kann. Das Reich hat an mich keine Forderung von 1,3 Millionen Wehrbeitrag gestellt. Das ist genau die Summe dessen, was die Wehrmacht hier im Lande an Sold und Löhnen braucht. Wir können also sagen, dass die bei uns vorhandene Wehrmacht nicht nur nahrungsmässig, sondern auch zahlungsmässig unterhalten wird. Damit entlasten wir das Reich und übernehmen Kriegskosten im wesentlichen Umfange. Wenn nicht noch wesentliche Änderungen kommen, dann werden wir, glaube ich, der Forderung des Reiches angesichts unserer Finanzlage entsprechen können. Was das für den Reichssäckel bedeutet, mögen Sie daraus erkennen, dass wir etwa 480 000 als Militärpersonen zu bezeichnende Menschen im Generalgouvernement haben, die wir auf unsere eigene Rechnung führen und für die wir die gesamten Gehälter für die Offiziere und den Sold für die Truppe aus unseren Kassen zahlen. Ich muss das als einen ganz grossen Beitrag des Generalgouvernements zu den Kriegsbedürfnissen des Reiches bezeichnen.

Im übrigen möchte ich mir weitere Ausführungen ersparen. Die Probleme, die uns Tag um Tag auf den

Tisch hageln, die auch bei mir zusammenprasseln, liegen alle auf der gleichen Linie. Keiner von uns hat eine Stunde der Ruhe. Jeder Tag bringt neue Sorgen und Probleme. Aber das ist nicht nur bei uns so, das ist auch im Reich und in der ganzen Welt so: solange der Krieg dauert, wird es für uns keine Ruhe und keine Befriedung geben.

Umso wichtiger ist es, daß wir nunmehr im Sinne der einheitlichen Führung des Generalgouvernements in kameradschaftlicher Zusammenarbeit dem Gedanken einer restlosen gegenseitigen Hilfeleistung in jeder Form auch dienstlich entsprechen. Es ist nichts schädlicher für das Großdeutsche Reich, als das, was wir teilweise doch noch in Berlin verspüren, dieses Gegeneinanderarbeiten der Ressorts, dieses in Berlin deutlich spürbare Sichnichtausgleichen-Können. Umso grösser ist die Stellung, die wir im Generalgouvernement haben, wo wir nicht eine Pseudoregierung, sondern eine echte Regierung sind, wo wir nicht ein Pseudoland, sondern ein echtes Land haben, und wo wir alle sagen können: das ist nicht nur so eine Ehrentitulatur, Mitglied der Regierung zu sein, sondern es ist die Bezeichnung einer echten, von Verantwortung getragenen, klaren amtlichen Funktion im Dienste des Führers und des Reiches.

So wünsche ich Ihnen denn für Ihren Urlaub und für Ihre Sommererholung alles Beste. Nach den Sommerferien wollen wir uns wieder frisch an die Arbeit begeben. Die Arbeit geht hier selbstverständlich ungehindert weiter in jeder Form. Ich würde mich sehr freuen, wenn die Herren Regierungsmitglieder möglichst vollzählig an dem großen <u>Parteitag des Kampfes</u> teilnehmen könnten, den ich für die Tage des 13.bis 15.August ds. Jrs. in Krakau angesetzt habe. Im Rahmen dieses Parteitages wird ein großes kämpferisches und weltanschaulich hervorragendes Treffen der Deutschen des Generalgouvernements bzw. ihrer Vertreter stattfinden. Es bedarf keines Hinweises darauf, daß dieser

Parteitag gerade im jetzigen weltgeschichtlichen Zeitpunkt von größter Bedeutung ist. Ich würde daher dankbar sein, wenn Sie,zum mindesten Ihre Vertreter, möglichst vollzählig an den Veranstaltungen teilnähmen.

Nach seinen Ausführungen ruft der Herr Generalgouverneur die verschiedenen Regierungsmitglieder auf:

Direktor Dr. Müller weist darauf hin, daß das Material der jüngst stattgefundenen Bevölkerungsbestandsaufnahme aufgearbeitet ist. Gegenwärtig finde die Nachprüfung und Auswertung der Ergebnisse statt. Diese Arbeit werde zum 1.Oktober abgeschlossen sein und er hoffe, zum vierjährigen Bestehen des Generalgouvernements die Ergebnisse der Zählung in Tabellenform und das erste amtliche Gemeindeverzeichnis des Generalgouvernements überreichen zu können.

Professor Dr. Teitge erklärt, daß für die Arbeit der Hauptabteilung Gesundheitswesen einige neue Verordnungen notwendig seien; einige bereits bestehende Gesetze müßten revidiert werden. Die Entwürfe werde er demnächst zur Unterschrift vorlegen.

EinerVereinbarung mit der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge zufolge sei der Hauptabteilung auch die Seuchen- und Tuberkulosebekämpfung übertragen worden.

Präsident Ohlenbusch berichtet über die kulturellen Aufgaben. Er hoffe, aus den zerstörten Westgebieten des Reiches einige Schauspiel- und vielleicht auch Opernensemble nach dem Generalgouvernement fest verpflichten zu können; er plane solche für Lemberg und für Radom, um von hier aus auch die beiden Distrikte in ausreichendem Maße bespielen lassen zu können. Die Verhandlungen dafür seien mit Berlin bereits aufgenommen.

Eine weitere Aufgabe sei die am nächsten Tage auf der Burg stattfindende Gründung der Kulturvereinigung des Generalgouvernements, in der alle kulturell schaffenden und interessierten Männer und Frauen zusammengefaßt würden, um auch auf diese Weise die kulturellen Möglichkeiten tief in die Städte und Dörfer des Generalgouvernements zu tragen.

Im Vordergrund stehe ferner die Förderung der Volksdeutschen und Deutschblütigen. Dichtern und Schriftstellern werde Gelegenheit gegeben, die Nöte dieser Menschen kennen zu lernen; ihre aus diesen Erlebnissen heraus geschriebenen Bücher würden dann diesem Personenkreis zur Verfügung gestellt werden.

Die fremdvölkische Propaganda sei natürlich sehr schwierig zu handhaben und die Sicherheitslage stelle die Arbeit dauernd vor neue Probleme. Er werde auf Grund einer Absprache mit dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement versuchen, der illegalen Propaganda zu begegnen.

Präsident Dr. Lauxmann macht Ausführungen über die Arbeit der Deutschen Post Osten. Die Posteinrichtungen seien im letzten Vierteljahr dank der Besserung der Bahnverhältnisse in einem guten Entwicklungsgang befindlich. Eine Hauptaufgabe werde sein, den Schleichhandel auf der Post zu bekämpfen. Die Eindämmung der Schleichhandelspakete habe auf Grund verschiedener strenger Maßnahmen gute Fortschritte gemacht. Der Paketverkehr vom Land in die Städte sei um 4o, teilweise sogar um 7o % zurückgegangen. Aus Kontrollgründen habe man die kleinen Postanstalten an die Kreispostämter angeschlossen, in denen die nötigen Kräfte zur Überprüfung der Sendungen vorhanden seien; verdächtige Pakete würden von dort der Polizei zur Untersuchung zugeleitet.

Die Überfälle auf die Postanstalten auf dem flachen Land hätten schlagartig abgenommen. Im Distrikt Lublin z.B. seien in diesem Monat nur vier Überfälle gegenüber einigen Hundert im letzten Monat vorgekommen. Die Banditen versuchten jetzt, die Bahnposten und auch Kraftposten zu überfallen und leider hätten in ganz kurzer Zeit 13 solche Überfälle stattgefunden. Er sei daher gezwungen, mehrere Beamte aus der reinen Postarbeit in den Postschutz einzugliedern, was eine Einschränkung der Postarbeit zur Folge habe.

Der Ausbau der Fernkabel gehe weiter. Die Wartezeit im Fernsprechverkehr sei durch eine Einteilung der Teilnehmer in 3 Gruppen, die intern gehandhabt werde, herabgedrückt worden. Unter die erste Gruppe fielen Dienst- und Staatsstellen, in die zweite die Deutschen und hier insbesondere wieder die deutsche Industrie und in die dritte Gruppe alle übrigen Teilnehmer. Bei einem dringenden Staatsgespräch betrage die Wartezeit jetzt höchstens eine halbe Stunde.

Er hoffe, zum Parteitag die neuen Prägemarken herauszubringen.

Präsident Gerteis bezeichnet die Betriebslage der Ostbahn als durchaus flüssig; allerdings würden von der Ostbahn nur mittlere Leistungen verlangt. Störungen kämen nur durch Sabotageakte. So seien z.B. im Lemberger Bezirk auf den wichtigsten Strekken von den Partisanen Brücken gesprengt worden. Diese könnten aber durch Umleitungen wettgemacht werden.

Entsprechend der Betriebslage sei auch seit vielen Monaten die Verkehrsbedienung einwandfrei. Die Kohle werde loo %ig gefahren und auch für den kommenden Herbstverkehr könne er eine gute Prognose stellen. Die Verhandlungen über die Abfuhr der

Ernte kämen demnächst zum Abschluß. Offen bleibe die Frage, welcher Wehrmachtsbedarf noch eintrete, und offen die Frage, ob nicht auf dem Gebiete der Wagengestellung Schwierigkeiten entständen.

Das nichtdeutsche Personal arbeite nach wie vor einwandfrei. Besonders große Hoffnungen setze die Ostbahn auf die Besserung der Ernährungslage der Fremdvölkischen.

Die Großbauten liefen im allgemeinen planmäßig weiter; Schwierigkeiten tauchten nur insofern auf, als für den Baudienst deutsche Aufsichtskräfte fehlten und oft Baudienstlager von Banditen abgebrannt würden.

Der Jahresabschluß schließe mit 1,236 Milliarden ab; alle notwendigen Rückstellungen habe man machen können und zum erstenmal habe man auch eine Ausweichrücklage zur Überbrückung schwieriger Zeiten schaffen können. Erstmalig könne man auch im Jahre 1943 die Verkehrssteuer an das Generalgouvernement in Höhe von etwa 6o Millionen Zloty leisten. 625 Mill. Zloty der Einnahmen stammten allerdings aus dem Wehrmachtsverkehr und dem Transport von dienstlichen Baugütern.

Offen sei noch die Frage der Beteiligung der Ostbahn an den Kosten des großen Bauprogramms. Darüber sollten demnächst Verhandlungen stattfinden. Bisher sei eine Beteiligung der Ostbahn in Höhe von 25 % vorgesehen.

Die Neuorganisation der Ostbahn sei zum Abschluß gelangt, eine Abgrenzung der Zuständigkeiten sowohl der Generaldirektion als auch der Hauptabteilung und den Bezirksdirektionen sei durchgeführt. Die Generaldirektion habe alle Geschäftssachen zu bearbeiten, die aus der Regierungsinstanz und den Zentralstellen des Generalgouvernements entstehen.

Ferner sei sichergestellt, daß die volle finanzielle Selbständigkeit der Ostbahn als Vermögen des Generalgouvernements aufrecht erhalten bleibe. Die Generaldirektion habe auch die Verkehrslenkung im Generalgouvernement durchzuführen, die großen Planungen, (Industrieverlagerung), und alle Rechts- und Hoheitsentscheidungen im Generalgouvernement zu bearbeiten. Die nötigen Verordnungen über diese Abmachungen werde er dem Herrn Generalgouverneur vorlegen.

Präsident Naumann geht in seinen Ausführungen davon aus, daß die Arbeiten seiner Hauptabteilung von zwei großen Aufgaben beherrscht werden. Die erste sei die Erfassung und die Neuregelung der Verteilung der Ernte 1943 an die Bevölkerung des Generalgouvernements, und die zweite, darüber hinaus die Leistungen für das Reich zu erbringen.

Die Erfassung sei im großen und ganzen gut vorbereitet. Die Grundlage bilde der Erlaß über den Ernteausnahmezustand und die Durchführung der Prämienaktion in einer erstmaligen originellen Form. Der Erntestand sei so, daß die hochgesteckten Ziele - die Kontingente seien gegenüber dem vergangenen Jahr um 25 bis 28 % erhöht worden - durchaus erreicht werden könnten. Ein noch nicht übersehbarer Faktor sei, wie sich im Laufe der gesamten Erfassung bis zum 2o. September die Sicherheitslage weiterentwickele. Ihm lägen zur Zeit sehr ernste Meldungen aus dem Süden des Distrikts Lublin vor. Man könne die Folgen der dort durchgeführten Polizeiaktion und der damit in Verbindung stehenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Ernteerfassung noch nicht übersehen. Auch das Hervorbrechen von Banden nach Galizien bedeute große Gefahren für die dortige Erfassungsaktion; denn durch solche Vorfälle

leide in den betreffenden Gebieten die staatliche Autorität in starkem Maße.

Ab 1. September werde die Abgabe neuer Rationssätze eingeführt. Er müsse hierbei ausdrücklich feststellen, daß es sich hier nicht um eine Rationssatzerhöhung, sondern lediglich um eine Neuregelung handle, die die erstmalige Erfüllung der Lebensvoraussetzungen bedeute. Zu diesem Zweck werde die gesamte verbrauchende Bevölkerung, die nicht Selbstversorger sei, in vier Gruppen geteilt:

1. Gruppe - alle nicht im deutschen Interesse arbeitenden Personen und deren Familienangehörige - erhalte Rationen auf folgender Grundlage:
   9 kg Brot, 3oo gr Nährmittel, 4oo gr Fleisch 3oo gr Zucker und pro Jahr loo kg Kartoffeln.

2. Gruppe - die Familienangehörigen der im deutschen Interesse arbeitenden Personen und der Teil, der im deutschen Interesse unmittelbar arbeitet - erhält:
   9 kg Brot, 3oo gr Nährmittel, 25o gr Fett, 8oo gr Fleisch, 3oo gr Zucker und pro Jahr 15o kg Kartoffeln.

3. Gruppe: aus der Menge der im deutschen Interesse unmittelbar Arbeitenden wird eine Gruppe 2 und Gruppe 1 gebildet; in erstere fallen diejenigen, die nach Warthegausätzen in die dortige Gruppe der Lang- und Nachtarbeiter fallen. Sie bekommen; zusätzlich zu den vorhin genannten Sätzen:
   2,7 kg Brot, 3oo gr Nährmittel, 35o gr Fett 4oo gr Fleisch, loo gr Zucker und nochmals 15o kg Kartoffeln pro Jahr

4. Gruppe: alle Inhaber der Zusatzkarten I bekommen:

15 kg Brot, 900 gr Nährmittel, 950 gr Fett, 1600 gr Fleisch, 600 gr Zucker und 600 kg Kartoffeln pro Jahr.

Nach Einführung dieser Neuregelung werde man im Generalgouvernement weitgehend die gleichen Sätze haben wie im Warthegau.

Nach ihrer Einführung sei es ein dringendes Gebot der Stunde, mit allen Schleichhandelssachen, die von vielen Betrieben aus Not gemacht würden, aufzuräumen; alle Waren, die von diesen Betrieben bisher auf diese Weise illegal weggeben worden seien, müßten dann den Bewirtschaftungsstellen zugeführt werden, damit wiederum für die Ernteerfassung im nächsten Jahr Prämienwaren zur Verfügung stünden.

Neben dieser großen Aufgabe sei die Hauptabteilung vor allem auch damit beschäftigt, die Vorbereitungen für die Erstellung der Ernte 1944 zu treffen. Hier sei die erste Arbeit, der Landwirtschaft eine gewisse Menge Betriebsmittel zur Verfügung zu stellen, denn ohne diese könnten von den Bauern keine großen Leistungen erwartet werden.

Trotz der Neuregelung der Rationssätze im Generalgouvernement würden auch entscheidende Beiträge zur Ernährungssicherung des Reiches zur Verfügung stehen. So werde z.B. jede Tonne Getreide, die im Generalgouvernement über 1 Million Tonnen hinaus erfaßt werde, an das Reich abgeliefert. Wenn man die umgelegten 1,6 Mill. to restlos erfassen könne, könne man die Forderungen des Reiches in Höhe von 550 000 to ganz erfüllen. Auch auf anderen Gebieten könne das Generalgouvernement große Leistungen für die Ernährung der Wehrmacht und des Reiches trotz dieser Neuregelung gestellen.

Wenn in großem Umfange Industriebetriebe des Reiches ins Generalgouvernement verlagert würden, dann müsse vom Generalgouvernement selbstverständlich darauf bestanden werden, daß die neuen dadurch entstehenden zusätzlichen Leistungen als echte Reichsleistungen des Generalgouvernements vom Reich anerkannt würden.

In den letzten Monaten habe die Befriedigung der volksdeutschen Siedler mit Produktionsmitteln aller Art im Vordergrund gestanden. Trotzdem die Hauptabteilung vorher zu diesen Umsiedlungen im einzelnen nicht gehört worden sei, habe sie im Kreise Zamosc wesentlich dazu beigetragen, den Siedlern die Einrichtung ihrer Wirtschaften zu ermöglichen. Sie habe unter Opferung anderer wichtigster Aufgaben dort überall eingegriffen und im grossen Umfange Saatgut, Produktionsmittel und lebendes Inventar zur Verfügung gestellt. Dieselbe Arbeit leiste sie zur Zeit bei der Ansiedlung von 1 4oo volksdeutschen Familien in Galizien.

Präsident Dr. Eißfeldt berichtet, daß der im vom Herrn Generalgouverneur verkündeten Holzbeschaffungsplan 1943 vorgesehene Einschlag zu 91 % erfüllt sei; dieses Ergebnis müsse als recht günstig angesehen werden, da ja der Einschlag von der Holzabfuhr abhänge. Diese sie bis zum Mai ds. Jrs. besser gewesen als im Vorjahr, habe aber seitdem in erster Linie auf Grund der schlechten Sicherheitslage, ernste Rückschläge erfahren. Im Augenblick seien erst 62 % der im Holzbeschaffungsplan vorgesehenen Menge abgefahren. Man hoffe nun, nach der Ernte diese 38 % in beschleunigtem Tempo abzufahren; das hänge aber von der jeweiligen Sicherheitslage in starkem Maße ab. Die Banditen und Partisanen

hielten sich naturgemäß meist in den Wäldern auf und es sei sehr schwierig, die fremdvölkischen Beamten und Arbeiter in die Wälder zur Arbeit zu bringen. Die Haupttaufgabe der wenigen Deutschen bestehe im Augenblick darin, dauernd im Lande herumzureisen und den polnischen und ukrainischen Forstbeamten und Arbeitern den Rücken zu stärken. Die Zahl der Überfälle mit etwa 450 sei im letzten Monat nicht zurückgegangen, aber auch nicht größer geworden. Die Zahl der abgebrannten Sägewerke betrage in den letzten beiden Monaten 26 Betriebe.

Für einen Holzbeschaffungsplan 1944 seien die Vorbereitungen im Gange und er werde den entsprechenden Erlaß dem Herrn Generalgouverneur demnächst vorlegen.

Auf dem Gebiete der Gesetzgebung beabsichtige er im Einvernehmen mit dem Amt für Gesetzgebung eine wesentliche Vereinfachung dadurch herbeizuführen, daß er die vielen einzelnen Verordnungen meist kriegswirtschaftlicher Natur der letzten vier Jahre in ein einziges Rahmengesetz mit vier Durchführungsbestimmungen verarbeiten lassen wolle.

Bankdirigent Paersch bezeichnet im Hinblick darauf, daß die Emissionsbank vorzugsweise nur mit Geld zu tun habe, die Ernährungsfrage als im Vordergrund des Interesses stehend. Er sei sehr dankbar dafür, daß ab 1.September die Möglichkeit bestehe, die Ernährung der Belegschaft einigermaßen sicherzustellen.

Daneben sei die Sicherheit ein vordringliches Problem. Die Emissionsbank habe die Selbstschutzmaßnahmen soweit als möglich ausgebaut. Irgendwelche Steigerungsmöglichkeiten auf diesem Gebiet bestünden nicht mehr. Auf der anderen Seite reichten sie aber zum Schutz nicht aus, weil die Banden

in größerer Stärke aufträten, schwer bewaffnet seien undäußerdem die Belegschaft der Emissionsbank nur aus Einheimischen bestehe.

Die Polizei habe alles getan, um nach ihren Kräften Polizeischutz zu stellen. Trotzdem müsse er pflichtgemäß erklären, daß er den gegenwärtigen Polizeischutz der Emissionsanstalten nicht für ausreichend erachte. Bisher sei bei der Emissionsbank zwar erst ein Überfall zu verzeichnen, aber immer wieder machten sich Anzeichen bemerkbar, diesem weitere folgen zu lassen. Das Interesse der Banden richte sich darauf, in den Besitz von Geld zu kommen, das sich außerhalb der Emissionsbank befinde; dadurch gerieten die Geldtransporte in große Gefahr. Diese Gefahr nehme zu, weil auf den Strecken die Sicherheit etwas zurückgehe und die Transporte zu den kleineren Anstalten auf den Bahnhöfen häufig umgeladen werden müßten. Er müsse daher den Befehlshaber der Sicherheitspolizei gerade auf den Polizeischutz für Geldtransporte besonders hinweisen.

Eine weitere Gefahr im Geldverkehr bestehe bei der Bewegung von in der Emissionsbank abzuholenden Geldsummen zu den betreffenden Geschäftsräumen. Hier werde z.B. in Warschau planmäßig versucht, auf diesem Wege Beraubungen durchzuführen. Dienstlich werde dem dadurch entgegengewirkt, daß die Abhebung in den Räumen der Emissionsbank unsichtbar gestaltet werde. Leider lasse sich aber das Stoffliche des Geldtransportes und damit Umfang und Gewicht nicht aus der Welt schaffen, so daß eine intensive Beobachtung der Eingänge der Emissionsbankanstalten den Banditen Schlüsse ziehen lasse. Die Beraubungen gingen äußerst schnell vonstatten. Bisher sei es noch gelungen, auch diese Überfälle zu beschränken, da sich die zuständigen

Polizeistellen bereit erklärt hätten, die Eingänge besonders während der Geschäftsstunden sowie auch die nähere Umgebung der Bankanstalten in den Patrouillendienst aufzunehmen.

Beim allgemeinen Kreditgewerbe draußen seien die Überfälle und Beraubungen nicht zurückgegangen. Bemerkenswert sei hier die Tatsache, daß sich diese Überfälle jetzt auch in dem bisher davon verschont gebliebenen Distrikt Galizien ereigneten. Die Versicherungsgesellschaften, die bisher - wenn auch widerwillig, den Ersatzansprüchen des Kreditgewerbes im Entschädigungswege nachgekommen seien, würden sich neuerdings weigern; vielleicht werde dieses Risiko von der Regierung übernommen werden müssen.

Präsident Bauder beginnt mit dem Hinweis, daß man den Straßenbau im bisherigen Umfange werde aufrecht erhalten können. Er hoffe auch, den Ausbau der Durchgangsstraßen in Galizien noch fertigstellen zu können, trotzdem ein großer Teil der Geräte zerstört und Brücken gesprengt seien.

Auf dem Gebiete des Hochbaues müsse nach Lage der Dinge die Aufgabe der Bauverwaltung sich auf die Erhaltung des Bestehenden und die Fertigstellung der begonnenen Maßnahmen beschränken. Eine Ausnahme bildeten die Wiederherstellung abgebrannter Ortschaften und die Schaffung von Lagern und Produktionsmöglichkeiten der Landwirtschaft. Gerade letzteres sei wichtig und er hoffe, der Landwirtschaft die notwendigen Lagermöglichkeiten zu schaffen. Einen großen Engpaß bilde die Eisenbeschaffung. Vielleicht bestehe die Möglichkeit, im Zusammenhang mit der Industrieverlagerung vom Reich ein größeres Kontingent zu erhalten.

Auf dem Gebiete des Wasserbaues stünden die Meliorationen im Vordergrund. Er wolle hier eindeutig feststellen, daß das Meliorationsprogramm in diesem Jahre in demselben Umfange durchgeführt werde wie im letzten Jahr; es liege aber in der Natur der Sache, daß in den verschiedenen Distrikten die Arbeiten verschieden umfangreich seien.

Bei einer Rundreise in Galizien habe er feststellen müssen, daß dort noch sehr viel aufzubauen sei und er habe alles, was an Material, Menschen und finanziellen Mitteln hätte freigemacht werden können, nach Galizien verlagert. Leider seien dort in den letzten Wochen größtere Störungen der Arbeiten vorgekommen.

In der Energiewirtschaft hoffe man in diesem Jahr noch viele Arbeiten fertigstellen zu können. Im Laufe des Herbstes könne die Überlandleitung nach Warschau in Betrieb genommen werden, ebenso auch die Erdgasleitung von Galizien in das Industriedreieck. Alle Materialien dazu seien vorhanden.

Die größte Aufgabe seit den letzten Wochen erwachse mit der geplanten Industrieverlagerung. Alle Auf diesem Gebiete werde es notwendig sein,daß man ohne Rücksicht auf Zuständigkeiten alles tue und er werde loo %ig mitziehen. Hier müsse man in größter Einmütigkeit zusammenstehen. Die Erfahrung habe gezeigt, daß man im Westen zerstörte Gebiete dort nicht wieder aufbauen könne, da sie immer wieder zerstört würden. Als sicherster Ort für den Aufbau von Betrieben müsse das Dreieck Prag-Lemberg-Warschau bezeichnet werden.

Man sei sich aber darüber klar, daß die Kapazität des Generalgouvernements Beschränkungen unterworfen sei. und arbeite auf diesem Gebiet auch nicht planlos, erkläre einfach, alles komme ins Generalgouvernement. Unmöglich sei auch, nach hier neue Industrien zu verlagern und gleichzeitig Arbeitskräfte aus diesem Raum in das Reich zu schicken. Es sei viel zweckmäßiger, die Arbeiter an Ort und Stelle zu belassen, wo man

nicht für Unterbringungsmöglichkeiten sorgen müsse. Diesen Gesichtspunkt habe er Reichsminister Speer vorgetragen und dieser werde mit Gauleiter Sauckel eine Vereinbarung treffen müssen.

Die Baukapazität des Generalgouvernements werde für die Pläne der Industrieverlagerung vollauf eingespannt werden müssen, denn die Meinung, daß im Generalgouvernement noch eine große Anzahl von Räumen zur Verfügung stünde, treffe nicht zu. Man müsse also neue Räume erstellen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt in diesem Zusammenhang, daß er wegen der Arbeiterfrage zwei Schreiben an Reichsminister Speer und Gauleiter Sauckel richten werde.

Ministerialrat Rhetz weist darauf hin, daß die Hauptabteilung Arbeit deswegen im engsten Kontakt mit Präsident Bauder stehe. Den Bedarf des Generalgouvernements an Arbeitskräften habe man einigermaßen decken können.

Auf dem Gebiete der Personenschadenbetreuung werde die Zuständigkeit zur Regelung dieser Personenschäden für alle im Generalgouvernement zu Schaden kommenden Reichsdeutschen auf das Generalgouvernement übertragen. Die Militärversorgungsämter seien ermächtigt worden, in allen Personenschadensfällen sofort helfend einzugreifen. In letzter Zeit spiele auch die Versorgung der Hinterbliebenen der Opfer von Katyn eine Rolle, da die meisten der Angehörigen im Generalgouvernement wohnten.

Ministerialrat Wille spricht sich ebenfalls wie Prof. Teitge für eine gewisse Milderung der Strafdrohungen im Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten aus. - Die Bewaffnung des deutschen Personals in den abgelegenen Strafanstalten mit schweren Waffen macht infolge der tatkräftigen Unterstützung durch Oberst Fischer gute Fortschritte. Man hofft,

daß diese abgelegenen Strafanstalten mit Maschinengewehren, Pistolen und Handgranaten ausgerüstet werden können.

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD Bierkamp äußert sich über die Sicherheitslage folgendermaßen:

Jemehr der Krieg der Entscheidung zudränge, desto mehr werde auch der Feind versuchen, durch Partisanen unsere Versorgung und Verkehrswege zu stören; darunter leide man auch im Generalgouvernement. Seiner Meinung nach werde die Verschärfung dieses Kampfes in der nächsten Zeit immer mehr zu Tage traten. Diese Entwicklung gehe aber nicht im Generalgouvernement allein vor sich, sondern im ganzen Osten und überall in den besetzten Gebieten.

Diese Partisanen würden wie im Lemberger Bezirk auch aus dem Osten ins Generalgouvernement hereinbrechen. Sie seien mit Kanonen, Flakgeschützen, Maschinengewehren usw. ausgerüstet und würden durch die Luft ständig neuen Nachschub erhalten. Die Polizei und die Wehrmacht im Generalgouvernement sei nicht so stark, daß, sobald eine bewaffnete Bande hereinkomme, diese sofort überwältigt werden könnte.

Die Aufgabe der Sicherheitspolizei sei darin zu sehen, in erster Linie einmal die vom Feinde aufgestellten Organisationen zu erfassen und ihre Vertrauensmänner in diese Organisationen hineinzuschicken, damit man stets über ihre Planungen im Bild sei. Vor allem müsse ein eventuell geplanter direkter Aufstandsversuch rechtzeitig erkannt werden. Bisher sei dies stets gelungen. Als größter Schlag in der letzten Zeit sei die Verhaftung des Generals Kowecki, eines Mitglieds der polnischen Emigrantenregierung und Führers der Widerstandsbewegung zu werten. Damit sei einer der wichtigsten Einbrüche in die Widerstandsbewegung erfolgt. Des weiteren sei die Sicherheitspolizei stets im Bilde über alle Planungen, die der Feind

hier im Lande mache. Diese gingen dahin, je weiter die Engländer und Amerikaner mit ihren Invasionsplänen vorwärts schritten, desto mehr Aufstände hier zu versuchen. Im Augenblick bestehe dazu noch keine Gefahr, jedoch müsse die weitere Entwicklung ständig sorgfältig im Auge behalten werden.

Es komme daher darauf an, daß jeder einzelne Betrieb im Lande sich überlege, wie er sich sichern könne; denn eine Sicherung allein durch die Polizei sei unmöglich, sie habe nicht die Männer dafür. Jeder deutsche Mann, der hier im Lande sich befinde, müsse sich darüber klar sein, daß er nicht in der Heimat lebe, sondern ein Soldat an der großen Front sei. Die meisten Dienststellen dächten nicht an die eigene Sicherung, er habe das selber festgestellt. Er sei in Zivilkleidung mit etwas keckem Auftreten in jede Dienststelle ohne Ausweis gelangt. Hierin liege eine große Gefahr, da der Gegner überall Zutritt erhalten könne, wenn er es nur einigermaßen forsch anstelle. Die Gebäude der Dienststellen müßten durch Wachen aus dem eigenen Personal gesichert werden.

Der weitere Kampf der Sicherheitspolizei gelte der Erforschung der Banden, die die militärische Organisation der Widerstandsbewegung darstellten. Ihre Zahl sei noch sehr klein, es lägen ~~verhältnismäßig~~ Meldungen darüber vor, daß die Banden über ein paar Hundert Mann verfügen. Sie setzten sich zusammen aus Dorfbewohnern, die am Tage arbeiteten und nachts Überfälle verübten, und die nun einen politischen Anstrich bekommen hätten, und aus wirklichen politischen Banden, die in die Wälder gegangen seien. Es gelinge immer wieder, diese Banden aufzuspüren und zu liquidieren. Gefahr würde nur dann bestehen, wenn alle diese Banden gemeinsam zu einem Aufstand antreten würden und

die Unterstützung vieler anderer Polen erhielten. Vorbereitungen dazu würden getroffen; nach vorliegenden Meldungen würden insbesondere in den deutschen Vierteln der Städte Waffenlager angelegt, mit dem Ziel, den Deutschen in den Rücken zu fallen. Er bitte daher in Überlegungen darüber einzutreten, ob man in den Städten nicht geschlossene deutsche Siedlungen anlegen könne, da damit der Schutz wesentlich besser gewährleistet sei. Sollte eines Tages einmal tatsächlich ein Aufstandsversuch unternommen werden, dann sehe er für viele Deutsche schwarz. Denn die Deutschen wohnten in den Städten derart zerstreut, daß er sich zutraue, mit einer kleinen Schar, die meisten der Deutschen hier umzulegen. Vom Standpunkt der Sicherheitspolizei müsse er daher die Forderung stellen, die Deutschen möglichst auf geschlossenen Siedlungsflächen unterzubringen. Damit würden auch die täglichen Verlustmeldungen geringer werden.

Der Herr Generalgouverneur weist hier auf die großen Schwierigkeiten hin, die der Verwirklichung einer solchen Forderung im Wege stünden. Er ersucht SS-Oberführer Bierkamp, die Angelegenheit mit Gouverneur Dr. Losacker zu besprechen und ihm einen diesbezüglichen Erlaß vorzubereiten.

Generalleutnant Becker sieht sich außerstande, einen sorgfältig durchgearbeiten Bericht zu geben, da er seit 6 Wochen bei der eingesetzten Truppe geweilt habe und eben erst zurückgekehrt sei. Er macht einige Ausführungen über praktische Erfahrungen:

In den Monaten März, April und Mai ds.Jrs. habe sich die Bandentätigkeit derart gesteigert, daß ein Vorgehen mit verstärkten Kräften als notwendig erschienen sei. Reichsführer SS Himmler habe es fertiggebracht, eine ganze Reihe von Regimentern schlagartig

ins Generalgouvernement zu verlegen; ebenso habe ~~er~~ auch der Wehrkreisbefehlshaber mehrere Regimenter zur Verfügung gestellt. Das Hauptzentrum der Banden im Distrikt Lublin sei der Bilgorajer Wald gewesen. Das Vorgehen von Regimentern, die nur teilweise motorisiert sind, habe sich sehr schwierig gestaltet. Durch die Notwendigkeit, beim Aufmarsch der Truppenteile die nichtmotorisierten Regimenter ziemlich nahe an den Distrikt heranzuschieben, sei die Aufmerksamkeit des Feindes erregt worden. Deswegen habe man befürchten müssen, daß sich der Gegner zum Widerstand nicht stellen werde. Diese Befürchtung habe sich auch bewahrheitet. Durch seinen großen Überwachungsapparat habe er von der geplanten Aktion Wind bekommen, die Banden hätten sich mehr oder weniger ihrer Waffen entledigt, ihre Uniformen ausgezogen und wären als ehrsame Bürger und Bauern aufgetreten. Es sei daher nichts anderes übrig geblieben, als Evakuierungen vorzunehmen. Und gerade diese wollte man im jetzigen Augenblick wegen der bevorstehenden Ernte und der mit einer solchen Aktion verbundenen weitgehenden Unruhe vermeiden.

In den Gebieten, die man als Heimat der Banden erkannt habe, also im Bilgorajer Wald, hart nördlich und südlich davon, hätten Evakuierungen stattfinden müssen. Damit sei seiner Ansicht nach der Boden für einen vollen Erfolg geschaffen worden.

In diesem Zusammenhang stellte der Herr Generalgouverneur fest, daß die Evakuierungsmaßnahmen im vollen Einvernehmen zwischen Reichsführer SS Himmler und ihm erfolgt seien.

Generalleutnant Becker fährt fort, daß man nur durch die absolute Freimachung des Bilgorajer Waldes hätte Ruhe bringen können, da damit die Versorgung der Banden unmöglich geworden sei. Das sei im vollen Umfang geglückt, wenn auch nochmals nachgestoßen und das eine oder andere Dorf überholt werden müsse. Der Bilgorajer Wald sei seiner Gefährlichkeit entkleidet worden. Die eingesetzten Truppen hätten ungeheure Strapazen aushalten müssen.

Auf dem Gebiete der Zusammenarbeit mit den Verwaltungsdienststellen habe der Staatssekretär für das Sicherheitswesen ausdrücklich angeordnet, daß mit diesen Stellen aufs engste zusammengearbeitet werden müsse. Es sei aber schwer, ein Unternehmen in großem Rahmen durchzuführen und die Geheimhaltung soweit wie möglich zu sichern, wenn man vorher Verwaltungsmäßig die Benachrichtigung durchführe. Man habe daher bei aller enger Zusammenarbeit vor allem mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft und der Vorbereitung aller der Stäbe, die hätten zusammengestellt werden müssen, versucht, die Benachrichtigung der Verwaltungsdienststellen so spät erfolgen zu lassen, daß nicht das ganze Unternehmen in Gefahr gebracht worden sei. Trotzdem habe die Polizei erlebt, daß sie bei der Aktion in leere Dörfer gestoßen sei.

Im allgemeinen könne er sagen, daß die Durchführung dieses großen Unternehmens eigentlich das einzige große beabsichtigte Unternehmen gewesen sei. Man wollte später die gesamten Kräfte auf diese Gebiete verteilen und durch verstärkten Polizeischutz die absolute Sicherheit wieder herstellen und damit dafür sorgen, daß ein anständiger Erfassungsboden für die Ernte möglich sei. Leider sei man durch den Bandenüberfall im Lemberger Bezirk durch Abziehung von Kräften nach dort in der Arbeit gestört worden. Die dortigen Banden hoffe man noch vor Erreichung der ungarischen Grenze zu fassen und zu vernichten. Nach

Durchführung dieser Aktion würden die Kräfte auf das Land verteilt und man hoffe, daß damit die Sicherheit der Ernteeinbringung gewährleistet sei.

Die Überfälle auf der Eisenbahn hätten sich seiner Ansicht nach vermindert. Auf Grund einer Vereinbarung mit der Wehrmacht würden in den Zügen zum Zwecke der Zugsicherung aus den in ihnen reisenden Polizei- und Wehrmachtsangehörigen Sicherungskommandos gebildet. Vor allem sei dafür gesorgt, daß die Männer ihre Gewehre nicht in die Gepäcknetze legten und daß eine dauernde Wache im Zuge auf Posten stehe.

Bezüglich der von Präsident Naumann angeführten Schwierigkeiten bei der Einbringung der Ernte im Distrikt Lublin hoffe er, daß diese beseitigt würden, vor allem,wenn es gelinge, weitere Einbrüche aus dem Osten zu verhindern.

Daß bei der Emissionsbank und ihren Geldtransporten größere Überfälle nicht stattgefunden haben, sei als ein großer Erfolg zu werten. Die Polizei könne eben nicht alles sichern, sondern müsse absolute Schwerpunkttaktik treiben.

Auf dem Gebiete der Industrieverlagerung werde es nötig sein, daß dabei auch die Luftschutzdienststellen gehört würden, damit bei Errichtung von Betrieben auch die nötigen Luftschutzmaßnahmen getroffen würden.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Bauder, zum 7.August eine Besprechung über die Industrieverlagerung vorzubereiten und dazu alle interessierten Dienststellen einzuladen.

Hauptabschnittsleiter Stahl bezeichnet die Partei und ihre Arbeit als ein Hilfsmittel in der Durchsetzung des Führerauftrages an den Herrn Generalgouverneur in diesem Raum. Infolgedessen müsse die hiesige Parteiarbeit von der Parteiarbeit im Reich abweichen.

Die Partei habe sich im letzten Jahr die Ausrichtung der Betriebs- und Wirtschaftsführer und der Obmänner angelegen sein lassen. Im engsten Zusammenarbeiten mit der Regierung habe man hier sehr gute Erfolge erzielt. Im Vordergrund habe auch der neue Gedanke der gebietlichen Aufteilung gestanden, der infolge der Massierung der Deutschen in den einzelnen Städten notwendig geworden sei.

Den Abschluß der Jahresarbeit bilde der Tag der NSDAP im Generalgouvernement, der unter dem Motto des Kampfes stehe. Zur Teilnahme würden alle Mitglieder der Regierung persönlich eingeladen werden.

Zur Bewaffnung der Parteifunktionäre habe die Parteikanzlei tausend Gewehre und Maschinenpistolen zur Verfügung gestellt.

Staatssekretär Dr. Boepple stellt das gute Voranschreiten der Arbeit in allen Ressorts fest. Die Hauptfunktion des Chefs der Regierung, die ja immer auf den Ausgleich der einzelnen Ressorts ausgerichtet sein müsse, würde nicht zu sehr in Anspruch genommen. In steigendem Maße finde ein Zusammenarbeiten der einzelnen Hauptabteilungen statt; nur wenige Reibungsflächen seien vorhanden. Diese Konsolidierung im Generalgouvernement mache sich nach außen bemerkbar, vor allem dem Reich gegenüber. Dort sehe man ein, wie hier im Generalgouvernement gearbeitet werde. Besuche aus dem Reich sagten uns, wie seit einem Jahr das Generalgouvernement anders eingeschätzt werde.

Er könne im Namen der Regierung feststellen, daß das Verhältnis der Reichsstellen zum Generalgouvernement besser geworden sei. Alle Regierungsmitglieder seien sich darüber klar, daß sie diese Entwicklung dem unentwegten Beharren des Herrn Generalgouverneurs auf einer klaren Linie zu verdanken hätten. Für sie sei eine starke Führung die Grundvoraussetzung einer gedeihlichen Arbeit. Die Regierung habe allen Grund,

dem Herrn Generalgouverneur für seine klare Haltung dankbar zu sein, und sie verspreche unbedingte Gefolgschaftstreue im Dienste des Generalgouverneurs und damit im Dienste des Führers und des Reiches.

Hierauf schließt der Herr Generalgouverneur die Regierungssitzung.

Schluß der Sitzung 13 Uhr.

(Regierungssitzung)

im neuen Regierungssaal der Burg
(am 26. Oktober 1943)

--

Beginn der Sitzung: 10^{30}

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Regierungssitzung aus Anlass des vierten Jahrestages des Generalgouvernements mit folgenden Begrüssungsworten:

Meine Herren! Heute vor 4 Jahren trat die Verordnung des Führers über die Errichtung eines Amtes "Der Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete" in Kraft. Für mich ist es ein stolzer Augenblick, da ich Sie, meine Herren Vertreter der Wehrmacht und der Partei, meine Herren Mitglieder der Regierung des Generalgouvernements, die Herren der Presse und die übrigen Anwesenden willkommen heissen kann.

Dieses Willkommenheissen spreche ich aus in einem Saal, der künftig Regierungssaal des Generalgouvernements sein wird und heute eingeweiht wird. Dieser Saal ist ein Symbol unserer Arbeit. Tief unter ihm befinden sich jene Burgfundamente, die vor vielen Hunderten von Jahren durch deutsche Meister in die Erde eingelassen worden sind. Das später auf diesen Fundamenten errichtete, mittlerweile völlig verwahrloste Bauwerk wurde abgetragen, und unmittelbar auf diesem urdeutschen Fundament errichtete die Verwaltung des Generalgouvernements diesen neuen Zweckbau. Dieser Saal ist also ein Symbol: auf den alten Fundamenten dieses Raumes, die deutsch sind, errichten wir nun wiederum eine neue deutsche Ordnung.

Ich freue mich ganz besonders, dass Sie, meine Herren Vertreter der Wehrmacht, in unserer Mitte weilen; denn wir, die Männer der Führung und Verwaltung des Generalgouvernements denken in diesem Augenblick daran, dass wir nicht an diesem Platze ständen und uns zu dieser Feierstunde auf der alten stolzen Burg zu Krakau nicht versammeln könnten, wenn nicht zur Erkämpfung dieses Raumes bestes deutsches Solda-

tenblut geopfert worden wäre. Auf den Opfern des kurzen aber unvergänglich ruhmreichen Krieges gegen Polen baut sich unser Werk auf. Vor diesen Opfern nicht erröten zu brauchen, vor dem Opfer dieser Soldaten bestehen zu können, muss ständig unsere Leitlinie sein.

Sie, Herr Staatssekretär, haben uns zur Entgegennahme einer Erklärung der Regierung des Generalgouvernements eingeladen. Ich bitte Sie, diese Erklärung abzugeben.

(Der Chef der Regierung des Generalgouvernements Staatssekretär Dr. Bühler verliest dann einen großen Rechenschaftsbericht über die Arbeit und die Leistungen des Generalgouvernements im Dienste des Krieges und des Reiches.)

(Siehe Anlage)

Nach dem Regierungsbericht des Chefs der Regierung des Generalgouvernements Staatssekretärs Dr. Bühler hält der Herr Generalgouverneur folgende Schlussansprache:

Dem Stil des Krieges und der Ostarbeit entsprechend vollzieht sich heute diese Feierstunde. Nicht um mit rhetorischem Pathos grosse Überschau über die Programmatik dieser Zeit zu halten und ihre Probleme darzulegen, haben wir uns hier zusammengefunden, sondern um uns als sachlich arbeitende deutsche Männer der Führung der Verwaltung des Generalgouvernements vor uns selbst einmal klar zu werden, was wir - ausgedrückt in nüchternen Zahlen und in gedanklichen Gewichten - geleistet haben.

Ich kann Ihnen, Herr Staatssekretär Dr. Bühler, als dem Chef der Regierung mit Ihnen dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen, allen anderen führenden Dienststellen des Generalgouvernements, ihren Chefs und allen Mitarbeitern nur wiederum meinen Dank zum Ausdruck bringen. Für mich bedeutet es die schönste Ehre meines Lebens, dass ich im Krieg an die Spitze dieses Korps von Ehrenmännern gestellt bin.

Das Generalgouvernement hat sich sowohl als Begriff als auch als Wirklichkeit durchgesetzt. Wenn man die ganze unzweifelbare Sprache der Tatsachen ermisst, kann man behaupten, dass im Gesamtrahmen des Möglichen in diesem Raum beinahe das Unmögliche geleistet worden ist. Ich möchte hier ganz besonders auch aller der Stellen gedenken, die uns diese Arbeit ermöglicht haben, vor allem der Wehrmacht im Lande, die uns mit weit über das eng Militärische hinausgehender politischer Einsicht wirklich einzigartig geholfen hat. Ich brauche nicht zu erwähnen, wie wichtig für den Staat die Arbeit der Partei im Lande ist, und wie wichtig es ist, dass wir die Deutschen im Generalgouvernement in einheitlicher Führung ausgerichtet wissen, dass sie - auch wenn sie keinen staatlichen, militärischen oder parteiamtlichen Rang besitzen -

als brave gewerbliche Wirtschaftsleute, als Werkmeister oder als Betriebführer dem Deutschen Reich jederzeit helfen.

Mich selbst verbindet in diesem Augenblick eine ganz besondere und persönliche Beziehung mit meinem Führer. Er hat mir damals in einer schicksalhaft unvergessenen Stunde - es war am 15.September 1939 in seinem Sonderzug - den Auftrag gegeben, hier etwas aufzubauen. Ich möchte auch mit aller Klarheit und Wahrheit betonen, dass das Entscheidende an diesem Aufbauwerk die stets förderliche und unvergleichlich verständnisvolle Art war, mit der der Führer mein Wirken in diesem Raum während der vergangenen Jahre aufgenommen hat.

Es wirkt, gemessen an dem schönen und unwiderleglichen Leistungsbericht, den soeben der Chef der Regierung erstattet hat, geradezu lächerlich, wenn man sich all der negativen Argumente erinnert, die man da und dort nicht müde war, gegen das Generalgouvernement in persönlicher und sachlicher Beziehung auszudrücken. Es ist selbstverständlich, dass ein völlig neuartigesGebilde wie das Generalgouvernement nicht von vorneherein auf volles Verständnis stösst und dass sich in die Beurteilung solch eines einzigartigen Phänomens auch manchmal unsachliche Gesichtspunkte einzumengen vermögen. Das hängt vielleicht mit den Nervenerschöpfungstendenzen der jetzigen Zeit zusammen. Feststeht aber, dass, wie der Führer selber um keinen Preis der Welt von seiner klaren Linie abbringbar ist, auch sein Vertreter in diesem Raum die gleichen Kräfte aufzuwenden hat, um jedem Negativen gegenüber den Sonnenglanz der positiven Leistung dieses Raumes aufleuchten zu lassen.

Die Politik, die ich in diesem Raum von Anfang an durchzuhalten entschlossen war, wird vom Führer gedeckt; nur ihm sind wir verantwortlich. Nie-

mand anderer ist berechtigt, uns im geringsten Vorschriften zu machen.) Nur unter dieser Bedingung allein ist es auch möglich, die Verantwortung zu tragen. Was im Rahmen der unmittelbar historischen Bedingtheit der mir gegebenen Vollmachten und des auf Grund dieser Vollmachten Geschehenen wirklich verantwortet wird, das wird auch vom Generalgouverneur und seiner Regierung verantwortlich gezeichnet; was ansonsten in diesem Raum allenfalls geschehen sein mag, muss irgendwann einmal im einzelnen auf die Verantwortungszone untersucht werden. Ich glaube, dass wir in das fünfte Jahr des Bestehens des Generalgouvernements mit dem Vollgefühl der restlosen Durchsetzung jener politischen Führungsmethode und jener verwaltungsrechtlichen Grundsätze eintreten können, die mir der Führer für diese Arbeit mit auf den Weg gegeben hat.

Vier Jahre sind eine kläglich kurze Zeit im Jahrtausendablauf der Weltgeschichte und trotzdem haben diese 4 Jahre die Weltgeschichte gemacht. Niemand wird den Führer und sein Reich von diesem grossen Planen jemals wieder abbringen. Ich hatte in diesen Tagen schon wiederholt Gelegenheit - und ich erlaubte mir, auch Ihre Geduld für Ausführungen in anderem Zusammenhang und aus anderem Anlass in Anspruch zu nehmen - auf meine Überzeugung hinzuweisen, dass wir uns, gerade weil diese unmittelbare und durch nichts unterbrochene Beziehung zwischen dem Führer und dem Generalgouverneur besteht, als führernächstes Gebiet besonders verantwortlich zu fühlen haben. Ob dabei im einzelnen nun alles immer restlos richtig war, was wir da und dort geplant oder durchgeführt haben, schieben wir noch nicht einmal auf den so allgemeinen und gern von den Philosophen behandelten missgeschicklichen Zustand unserer menschlichen geistigen Armut zurück. Wir sagen sehr einfach: da uns nie-

mand das Generalgouvernement vorgelebt oder vorgemacht hat, waren wir auf unsere eigene arme gedankliche und energetische Originalität angewieser. Freilich, das Generalgouvernement hat uns auch keiner mehr nachgemacht. Wie man in der Geschichte nur zu warten braucht, bis sich die Wahrheit der Dinge durch den Dunst der Meinungen endlich Bahn gebrochen hat, so wird es auch nicht zu verhindern sein, dass die Wirklichkeit der Leistung der deutschen Männer und Frauen in diesem Raum allüberall auch einer Kritik Bahn zu brechen vermag.

Wir sind ein führerverbundenes Spezialgebiet und tragen das Kennzeichen der Kombinatorik von Reich und Osten in uns. Mit Recht hat der Chef der Regierung darauf hingewiesen, dass alle unsere Kraft vom Reich kommt. Wir sind des Reiches, - des Reiches, das nun wieder den grossen Zug nach dem Osten aufgenommen hat. Wir wissen, dass die Fahnen, die von unserer siegreichen Wehrmacht auf dieser Burg zum ersten Mal im September 1939 in den Ostwind gehisst wurden, niemals mehr heruntergeholt werden, und dass wir die erste Form dessen sind, was einmal in die Geschichte als Grossdeutsches Reich oder als Weltreich eingehen wird, dass wir zum ersten Mal jene so schwierige Erziehung an uns und teilweise auch an anderen vorzunehmen hatten; ein Weltreich ist anders zu führen und zu verwalten als ein national geschlossener Heimat- oder Einheitsstaat.

Zwei Dinge gehören dazu: Elastizität im Verhalten gegen das fremde Volkstum und Geduld, damit man nichts zu überstürzen trachtet, was langer Reife bedarf. Diese Elastizität und diese Geduld sind justament die grössten Eigenschaften und daher auch die seltensten, die es im allgemeinen öffentlichen Bereich gibt.
Meine Aufgabe, die verschiedenen Meinungsströme, die

um die Methode der Behandlung über uns immer wieder hinwegbrausten, in ein klares Bett zu bringen, ist gegelückt. Ich habe das Vertrauen, dass wir über diese Meinungs- und Auffassungsdivergenzen hinaus sind und dass es von dieser Linie von Elastizität und Geduld in der Verwirklichung der diesem Raum , dieser Zeit und diesem Wirken eingegebenen Notwendigkeiten schon vor allem im Hinblick auf die Gesamtsituation des Reiches, des Krieges und unseres Ostens keinerlei Abirrungen mehr geben wird.

In dem Bewusstsein, dass der Führer mit uns ist und dass der Führer unsere Arbeit deckt, gehen wir weiter an diese Arbeit. Doppelkurse gibt es nicht; hier gibt es nur den einen Kurs, den ich im Namen des Führers bestimme. Die Regierung des Generalgouvernements hat selbstverständlich in den kommenden Jahren weiterhin alles zu unternehmen, um die Leistungskraft dieses Raumes so intensiv wie nur möglich in den Dienst von Führer und Reich und kämpfender Wehrmacht zu stellen. Deutschland muss leben! Deutschland wird uns alle überleben! Deutschland ist der grosse Glaube und der Inhalt unseres Wirkens.

Wenn man in die Geschichte zurückschauend etwa an diese Burg denkt und sich dabei vorstellt, wer in diesen weiten Hallen schon alles gegen Deutschland gewirkt hat, dann kann man wiederum nur die Grösse Adolf Hitlers bewundern, dass er uns in diesen Raum hereingebracht hat. Wie gross ist unser Leben geworden, da er uns diese Aufgabe gab! Es ist selbstverständlich, dass wir die Ruhe zu behalten haben, wenn da und dort Schwierigkeiten kommen.

Meine Herren, die kommenden Monate werden sehr schwer für Sie. Probleme werden über uns hinweghageln, mit deren Existenz wir nicht mehr gerechnet haben.

Es werden unzählige Fragen kommen, die alle Kräfte von Wehrmacht und Zivil in Anspruch nehmen werden. Ernährungs-, Unterbringungs- und Transportfragen vor allem werden uns in den nächsten Monaten unendliche Brände auf die Nägel bringen. Ich weiss jedoch, dass wir auch das bewältigen werden aus der Klarheit heraus, dass es hier einen festgefügten, eindeutig geführten und klar regierten Staat einerseits und vertrauenvollste Zusammenarbeit mit den hier eingesetzten Repräsentanten der Wehrmacht andererseits gibt.

Diese Arbeit wird dann auch den Polen wieder die Ruhe bringen. Irgendwie eine Wiederaufrichtung des polnischen Staates auch nur in Erwägung zu ziehen, ist für die Polen Wahnsinn. Von dieser historischen Stätte aus möchte ich erklären, dass für den Führer und das deutsche Volk sämtliche historischen Probleme, die mit dem Polentum zusammenhängen, gelöst sind, und dass es uns gar nicht interessiert, wenn irgendwo in der weiten Welt über vergangene Dinge phantasievoll debattiert wird. Die Polen haben nur die eine Chance, ihre Kraft unter deutscher Führung zu ihrem eigenen Wohl und ihrer wohlbehüteten Lebens- und Kulturart in den Dienst Europas zu stellen. Einen anderen Weg gibt es für sie nicht. Wenn trotzdem wahnsinnige Narren glauben, in diesem Lande anonym durch Terrorakte gegen Deutsche wüten zu können, dann sollen sie von dieser Stelle aus zur Kenntnis nehmen, dass ich entschlossen bin - und mit mir alle deutschen Führer dieses Raumes -, alles einzusetzen, um das deutsche Leben in diesem Raum so sicher wie nur möglich zu gestalten, und dass ich entschlossen bin, den Sicherheitsorganen jede Vollmacht zu geben, die geeignet ist, diese Sicherheit zu gewährleisten. Das deutsche Leben ist uns anvertraut und

c7

wir haben daher die höchste Pflicht darin zu sehen, dieses Leben zu schützen. Es liegt bei den Polen selbst, solche anonyme und gemeine Mörder, die das vergebliche Beginnen, ihre Untaten möglichst umdeuten zu lassen, bald einsehen werden, nicht in Schutz zu nehmen. Ich verlange von der sogenannten polnischen Intelligenz, dass sie mithilft, diesen Terrorwahnsinn auf ein Minimum zum Verglimmen zu bringen. Sonst besteht die Gefahr, dass das polnische Leben in diesem Raum sich eher reduziert als das deutsche.

Die Geschichte Polens ist jetzt ein Bestandteil der Geschichte Grossdeutschlands geworden. Damit kehrt der Bogen zurück, der einmal im 9., 10., und 11. Jahrhundert damit begann, dass der polnische Staat, die Weichsel und Oberschlesien unter deutscher Oberhoheit waren. So ist es recht, so ist es vernünftig und so ist es auch klar. Das deutsche Schwert hat diesen Raum erkämpft, die deutsche Führung wird diesen Raum für Deutschland sicherstellen.

Meine Herren! Ich danke für die heutige Sitzung und ich freue mich der Eindrücke, die mir die Regierung übermittelt hat. Ich bin in voller kameradschaftlicher Verbundenheit mit Ihnen und ich weiss mich mit Ihnen eins in unseren Aufgabenstellungen. Ich schaue auch von hier in das weite Land und weiss, dass allüberall, wo deutsche Männer und Frauen wirken, die gleiche stolze, hehre und hohe Gesinnung herrscht. Der Glaube allein ist stark; der Glaube, den wir hier haben, ist umso stärker, weil er im neuen Raum wirkt. Er wird immer noch stärker, je mehr wir uns der Grösse dieses Raumes bewusst werden.

Meine Herren! Ich schliesse die Feierstunde und bitte Sie mit mir einzustimmen in den Ruf: Unser Führer, der oberste Gestalter des deutschen Schicksals: Sieg Heil!

Schluss der Sitzung : 13^{40}

4 Jahre Generalgouvernement

Einleitung: Historischer Rückblick.

I. Aufbau der deutschen Verwaltung

1. Grundlagen
2. Personeller und territorialer Aufbau
3. Besonderheiten der Generalgouvernements-Verwaltung
   a) Gesetzgebungsverfahren
   b) Einheit der Verwaltung
   c) Gestaltung der Rechtspflege.

II. Leistungen der deutschen Verwaltung im Interesse des Reiches

1. Stärkung des Deutschtums in diesem Raume
   a) Stützung des Deutschtums (Erfassung der Volksdeutschen, Deutsche Jugend)
   b) Deutsches Schulwesen
   c) Deutsches Kulturleben
   d) Fürsorge
   e) Steuervergünstigungen
2. Gerechte Herrschaft über die einheimische Bevölkerung
   a) Keine Assimilierungspolitik
   b) Heranziehung der Nichtdeutschen in der Verwaltung
   c) Wahrung der überkommenen Eigenart auf kulturellem Gebiet
   d) Gesundheitliche Betreuung
   e) Soziale Betreuung
   f) Fürsorge
3. Konkrete Leistungen für das Reich
   a) Leistungen der Ernährungs- und Landwirtschaft
   b) Leistungen der Forst- und Holzwirtschaft
   c) Leistungen der Rüstungsindustrie
   d) Arbeitergestellung
   e) Baudienstleinsatz

f) Verkehrsleistungen
g) Feldpost
h) Leistungen der Monopole
i) Truppenbetreuung
k) Kinderlandverschickung.

III. Die Entwicklung des Wirtschaftslebens in den vergangenen 4 Jahren

1. Ernährungs- und Landwirtschaft
2. Forst- und Holzwirtschaft; Jagd
3. Gewerbliche Wirtschaft
   a) Bergbau
   b) Industrie
   c) Handwerk
   d) Handel
   e) Treuhandverwaltung
   f) Kammern für die Gesamtwirtschaft
4. Arbeitseinsatz
5. Verkehr
   a) Ostbahn
   b) Deutsche Post Osten
   c) Straßenverkehr
   d) Hauptabteilung Verkehr
6. Technische Verwaltung
   a) Straßenbau
   b) Wasserbau
   c) Energiewirtschaft
7. Kreditwesen

IV. Die Finanzlage des Generalgouvernements, ein Spiegelbild der wirtschaftlichen Entwicklung

1. Die Entwicklung der Einnahmen
2. Die Haushaltsführung
3. Die Arbeit der einzelnen Zweige der Finanzverwaltung

V. Die Arbeit des Staatssekretariats für das Sicherheitswesen

Schluß: Dank an alle Beteiligten, insbesondere an den Herrn Generalgouverneur.

4 Jahre Generalgouvernement

Einleitung: Historischer Rückblick.

Das Generalgouvernement blickt am heutigen Tage auf sein 4-jähriges Bestehen zurück. Am 26. Oktober 1939 trat der Erlaß des Führers über die Verwaltung der besetzten polnischen Gebiete vom 12. Oktober 1939 in Kraft, dem das Generalgouvernement sein Entstehen verdankt. Als an den Herrn Generalgouverneur damals der Auftrag des Führers erging, die von den deutschen Truppen besetzten Gebiete der ehemaligen polnischen Republik in die Verwaltung des Reiches zuübernehmen, da stand von vornherein eines fest:

Es galt, den von der deutschen Wehrmacht in der bewundernswerten militärischen Leistung des Feldzugs der 18 Tage unter schweren Blutopfern eroberten Raum in Besitz zu nehmen, ihn von den Kriegsschäden zu heilen und baldmöglichst einer Neuordnung zuzuführen, deren Früchte dem Reiche zugute kommen konnten.

Das Erbe, das hier angetreten ward, war schwer genug. Die polnische Republik, eine künstliche Schöpfung des Versailler Diktats, hatte es nicht verstanden, die Kräfte des Landes sinnvoll zu entfalten. Der jähe Zusammenbruch von 1939, der der Herausforderung der deutschen Waffen folgte, hinterließ ein völlig desorganisiertes Staatswesen. Der Weg von diesem Chaos zu dem heutigen Entwicklungsstand ist ein Weg angestrengtester Arbeit, opfermutigen Einsatzes und unbeirrbaren Glaubens.

Herr Generalgouverneur ! Sie haben mir den Auftrag erteilt, in einem Regierungsbericht Rechenschaft über die Leistung der deutschen Verwaltung in den nunmehr verstrichenen 4 Jahren zu geben. Das Material, das mir zu diesem Zweck von den Leitern der Hauptabteilungen und Ämter der Regierung des Generalgouvernements sowie von den Gouverneuren der Distrikte zur Verfügung gestellt worden ist, ist so umfassend und so reichhaltig,

daß

daß es für immer zu einem der schönsten Dokumente der Verwaltungsgeschichte dieses Raumes gehören wird. Es ist mir nicht möglich, es auch nur annähernd vollständig hier zur Darstellung zu bringen. Ich konnte es nur in großen Zügen auswerten und muß mich darauf beschränken, die wichtigsten Daten und Zahlen herauszugreifen.

Ich gedenke meinen Bericht in der Weise zu erstatten, daß ich zunächst in einem allgemeinen Teil den Aufbau der deutschen Verwaltung behandeln werde.

Anschließend werde ich einen Überblick über die Leistungen geben, die die deutsche Verwaltung im Interesse des Reiches erbracht hat;
ich will sodann die Entwicklung des Wirtschaftslebens in den vergangenen 4 Jahren aufzeigen,
weiter die Finanzlage des Generalgouvernements darstellen und
abschließend noch über die Arbeit des Staatssekretariats für das Sicherheitswesen sprechen.

I. Aufbau der deutschen Verwaltung.

Der polnische Staat war, wie bereits erwähnt, Ende September 1939 wie ein Kartenhaus zusammengebrochen. Das Personal war grösstenteils geflüchtet, das Material der Behörden war in Eile und Hast in den weiteren Osten verbracht worden, in Gebiete, die bald darauf sowjetischer Herrschaft anheimfielen; die psychologischen Beziehungen zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk waren durch die polnischen Greuel an den Volksdeutschen derart belastet worden, daß, selbst wenn der polnische Staatsapparat intakt in unsere Hände gekommen wäre, nicht daran gedacht werden konnte, den Polen eine autonome Stellung oder auch nur führende Positionen in einem eigenen Staatswesen zu überlassen.

Die erste Aufgabe, vor die sich der Herr Generalgouverneur bei Antritt seines Amtes gestellt sah, war daher die, eine deutsche Verwaltung aufzubauen.

1. Die Grundlagen für diesen Verwaltungsaufbau liegen in dem Führererlaß vom 12. Oktober 1939 beschlossen. Er bestimmt zunächst die "Übernahme der Verwaltung durch das Deutsche Reich" (§ 4). Eine eigene Verwaltungshoheit des besetzten Gebietes ist damit verneint. Alle Verwaltungstätigkeit, die in diesem Raume ausgeübt wird, - Verwaltungstätigkeit dabei in dem weitesten Sinne jeglicher Betätigung staatlichen Führungswillens verstanden, Gesetzgebung und Rechtspflege also eingeschlossen - kann sich nur vom Deutschen Reiche und seiner Hoheitsgewalt herleiten. Als Repräsentant dieser Reichshoheit ist der Generalgouverneur eingesetzt (§ 1); er untersteht dem Führer unmittelbar (§ 3 Abs.1) und vereinigt alle Verwaltungszweige in seiner Person (§ 3 Abs. 2). Über das am 26. Oktober 1939 in diesem Raume vorgefundene Recht ist bestimmt, daß es in Kraft bleibt, soweit es nicht der Übernahme der Verwaltung durch das Deutsche Reich widerspricht (§4). Zur Schaffung neuen Rechts ist der Generalgouverneur mit selbständiger Verordnungsgewalt ausgestattet (§ 5 Abs.1). Die Kosten der Verwaltung schließlich fallen dem Generalgouvernement zur Last (§ 7 Abs. 1).

Dieses staatsrechtliche Grundgerüst ist in den vergangenen 4 Jahren mit Leben erfüllt worden. In fortschreitender Entfaltung der Intensität deutschen Wirkens in diesem Raume hat auch das Generalgouvernement selbst sich innerlich gewandelt.

Wie es staatsrechtlich über das Zwischenstadium des besetzten Gebietes schließlich zu einem eigenartigen Gebilde fortgeschritten ist, das als "Nebenland des Reiches" wohl am treffendsten charakterisiert wird, so ist es auch politisch nicht in seiner Anfangsfunktion, den am weitesten nach Osten vorgeschobenen Bestandteil des Großdeutschen Machtbereichs darzustellen, verharrt. Im Verlauf der dem 22. Juni 1941 folgenden Ereignisse ist es zu der wichtigen Brücke zwischen dem Großdeutschen Reich und dem weiten russi-

schen

schen Raume geworden. Diese Wandlungen haben auch die Verwaltungsführung vor immer neue Aufgaben gestellt. Es genügt, daran zu erinnern, welche gewaltigen Leistungen dem Generalgouvernement als dem Aufmarsch- und Durchgangsland im Entscheidungskampf gegen den Bolschewismus erwachsen sind. Daß es in der Lage war, diesen Anforderungen bereits nach 1 1/2-jährigem Bestehen gerecht zu werden, beweist, daß der Verwaltungsaufbau damals schon seine Bewährungsprobe bestanden hat. Und wenn sich heute die deutsche Front im Osten neuerdings den Grenzen des Generalgouvernements nähert, so hat das Generalgouvernement wieder wie vor 2 Jahren beim Aufmarsch der deutschen Truppen gegen den Osten, das unüberwindbare östlichste Ordnungsgebilde des Reiches zu sein.

2. Personeller und territorialer Aufbau.

a) Die deutsche Verwaltung kam mit einem solch geringen Aufgebot an Kräften in dieses Land, daß von vornherein nur mit völlig neuen Methoden an die Bewältigung des Führerauftrages herangegangen werden konnte. Es mußte gelingen, die wenigen deutschen Führungskräfte so einzusetzen, daß sie am richtigen Platz ihre Fähigkeiten voll entfalten konnten. Die wenigen Deutschen durften sich nicht in Zuständigkeits- und Ressortstreitigkeiten hemmen und zersplittern, sie durften nicht in kleinen und engen Anschauungen gebunden sein und durften sich nicht scheuen, große Verantwortung zu übernehmen. Sie mußten im Stande sein, der Bevölkerung dieses Raumes durch Charakterfestigkeit und Tüchtigkeit so zu imponieren, daß diese den deutschen Führungsanspruch als selbstverständlich empfand.

Nach dem Stande von 1. September 1943 wurde die Gesamtverwaltung des Generalgouvernements von nur 22 740 männlichen und 7 184 weiblichen Kräften versehen. Von dieser Gesamtzahl entfallen allein 15 890 Männer und 2 980 Frauen auf die beiden großen Betriebsverwaltungen Eisenbahn und Post.

Nur

Nur 2/5 dieser Kräfte stehen im Beamtenverhältnis, 11 785 Männer und 377 Frauen. 9 865 männliche und 375 weibliche Beamte gehören allein den Betriebsverwaltungen Eisenbahn und Post an.

In enger Zusammenarbeit mit dem Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP sowie den Dienststellen des Höheren SS- und Polizeiführers war daher auf gewissenhafte Auslese charakterlich gefestigter und fachlich qualifizierter Kräfte Bedacht zu nehmen. Für laufende Schulung und Ausbildung der im öffentlichen Dienst Tätigen sorgt die im Januar 1942 durch den Herrn Generalgouverneur errichtete Verwaltungs-Akademie des Generalgouvernements sowie das Hauptreferat Schulung und Ausbildung in der Regierung.

Das Rückgrat der personellen Verwaltung dieses Raumes ist der Beamtenstellenplan für das Generalgouvernement zu bilden bestimmt, der im Rechnungsjahr 1942 nach eingehenden Verhandlungen mit den zuständigen obersten Reichsbehörden in Kraft gesetzt werden konnte. Dieser Beamtenstellenplan sieht, wenn ich die Verwaltungszweige der Eisenbahn, der Post und der Technischen Verwaltung ausser Betracht lasse, 3 902 Beamtenplanstellen vor, von denen 1 285 auf Planstellen für Beamte des Höheren Dienstes, 1 894 auf Planstellen für Beamte des gehobenen Dienstes, 1 512 auf Planstellen für Beamte des mittleren Dienstes und 212 auf Planstellen des einfachen Dienstes entfallen. Bis zum 30. September 1943 sind 730 Beamte in die Verwaltung des Generalgouvernements endgültig übernommen worden; 455 dieser Beamten konnten im Zusammenhang mit der Übernahme befördert werden.

Die im Angestelltenverhältnis beschäftigten Verwaltungskräfte sind durch die Einführung der zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung für die Gefolgschaftsmitglieder der Verwaltung und der Betriebe des Generalgouvernements durch Erlaß vom 25. Juli 1943 den im Deutschen Reich bei öffentlichen Verwaltungen

und

und Betrieben beschäftigten Gefolgschaftsmitgliedern gleichgestellt worden. Das Generalgouvernement hat allein einen Betrag von 20 Millionen Zloty aufgewendet, um diesePflichtversicherung rückwirkend vom Tage des Dienstantritts der Gefolgschaftsmitglieder an beginnen zu lassen.

Maßnahmen der sozialen Betreuung sollten die Lebensführung aller im öffentlichen Dienst Beschäftigten erleichtern und deutschen Grundsätzen entsprechend gestalten. Was beispielsweise für die Gefolgschaftsmitglieder der Regierung das Amt für Betriebsverwaltung durch Hilfeleistung bei der Einrichtung von Privatwohnungen, durch die Schaffung von Wohnheimen, durch Verpflegungseinrichtungen nach Art des Staatskasinos, durch die Inbetriebnahme von Schneider- und Schusterwerkstätten, das Personalamt durch die Einrichtung einer Zivilintendantur möglich machte, ist in ähnlicher Weise auch in den übrigen Dienststellen der öffentlichen Verwaltung in Angriff genommen oder verwirklicht worden.

Für die Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes waren diese Bemühungen um Verbesserung der äusseren Lebensbedingungen stets neuer Ansporn für immer bessere Leistungen. Sie haben sich vorbildlich bewährt und von wenigen Ausnahmen abgesehen den großen in sie gesetzten Erwartungen entsprochen.

Erst vor wenigen Tagen konnten im Namen des Führers

35 Kriegsverdienstkreuze I. Klasse
800 Kriegsverdienstkreuze II. Klasse
200 Kriegsverdienstmedaillen und
25 Kriegsverdienstkreuze II. Klasse mit Schwertern

an Angehörige der Verwaltung des Generalgouvernements verliehen werden, eine sinnfällige Anerkennung der hier erbrachten Leistungen !

b). Dem geringen personellen Bestand der deutschen Verwaltung mußte der territoriale Aufbau der Verwaltung angepaßt

angepaßt werden. Die hierzu bereits in der Ersten Aufbauverordnung vom 26. Oktober 1939 getroffene Regelung der Distrikts- und Kreiseinteilung hat sich bis auf den heutigen Tag in ihren Grundzügen bewährt. In dem am 1. August 1941 angegliederten Distrikt Galizien konnte allerdings die bis dahin übliche Durchschnittsgröße der Kreise nicht beibehalten werden. Die dortige Verwaltung ist ausgesprochen großräumig gestaltet; die Kreishauptmannschaften haben durchschnittlich eine Ausdehnung von 4 000 bis 5 000 qkm und zählen 400 000 bis 500 000 Einwohner. Hand in Hand mit der Schaffung solch großer Kreisgebiete mußte allerdings ein Ausbau der Einrichtung der Landkommissariate gehen. In der Vorläufigen Dienstordnung für die Landkommissare kommt diese Steigerung des Aufgabenbereichs der Landkommissare zum Ausdruck. Sie wird durch die Forderung, daß der Landkommissar "Auge und Ohr sowie verlängerter Arm des Kreishauptmanns" sein soll, deutlich gekennzeichnet. Der Landkommissar ist dort der regionale Vertreter des Kreishauptmanns, ausgestattet mit allen für die Erfüllung seiner Aufgabe erforderlichen Vollmachten. Männer aus den verschiedensten Berufs- und Lebensschichten haben sich auf diesen Posten bestens bewährt.

Besonders anschaulich wird die territoriale Gliederung des Generalgouvernements im Lichte des von dem Statistischen Amt in der Regierung des Generalgouvernements bearbeiteten " Amtlichen Gemeindeverzeichnisses des Generalgouvernements" erscheinen, das in den Erstlingsstücken bereits fertig gedruckt vorliegt. Dieses Gemeindeverzeichnis weist in einer Zusammenfassung zunächst Flächen, Einwohner und Bevölkerungsdichte der Kreis (Stadt) hauptmannschaften, Distrikte und des Generalgouvernements nach und bringt dann in einem systematischen Teil innerhalb der Distrikte und Kreise, alphabetisch geordnet, die Gemeinden und die zu ihnen gehörenden Dörfer mit den Einwohnerzahlen und schließlich ein alphabetisches Gesamtverzeichnis mit der Verweisung auf den systematischen Teil.

Für

Für die territoriale Aufgliederung des Staatsaufbaues bezüglich sämtlicher Verwaltungssparten hat das Hauptamt für Raumordnung wertvolle Planungsgrundlagen geliefert.

3. Elemente der Staatsführung.

Der Bericht über den Aufbau der deutschen Verwaltung bedarf noch der Ergänzung durch ein kurzes Eingehen auf die Kriterien einiger besonderer Zweige der Staatstätigkeit, die den Willen des Herrn Generalgouverneurs erkennen lassen, sich an der technischen Vervollkommnung der staatlichen Arbeit und an der Sicherstellung ihrer größtmöglichen Aus- und Tiefenwirkung schöpferisch zu beteiligen. Ich denke dabei an die Ausgestaltung der Gesetzgebung, an die Verwirklichung des Grundsatzes der Einheit der Verwaltung sowie an die Prinzipien der Gestaltung der Rechtspflege im Generalgouvernement.

a) Gesetzgebung.

Die Gesetzgebungshoheit im Generalgouvernement ist auf den Ermächtigungen aufgebaut, die § 5 Abs. 1 des Führererlasses vom 12. Oktober 1939 erteilt. Von diesen Ermächtigungen hat im wesentlichen nur der Herr Generalgouverneur Gebrauch gemacht. Was im Verordnungsblatt für das Generalgouvernement an Verordnungen und sonstigen Vorschriften niedergelegt ist - die Zahl reicht an das zweite Tausend heran - ist nahezu ausschließlich als das Verordnungswerk des Generalgouverneurs anzusprechen.
Dieses Verordnungswerk sachlich zu behandeln, verbietet die knappe zur Verfügung stehende Zeit. Ich muß mich darauf beschränken, einiges zur formellen Seite der Rechtsetzung zu sagen.

Der Herr Generalgouverneur hat auf die Rechtsetzung von Anfang an sein besonderes Augenmerk gerichtet

richtet und am 1. Januar 1940 ein eigenes Amt in der Regierung, das "Amt für Gesetzgebung", errichtet. Dieses Amt hat darüber gewacht, daß der Rechtsetzung das nötige Verantwortungsgefühl und die gebührende Sorgfalt zugewendet wird. Ein klar geregeltes Gesetzgebungsverfahren bietet Gewähr dahin, daß keine Verordnung, keine Durchführungsvorschrift und keine Anordnung ergeht, ohne daß sie nach der sachlichen und formellen Seite hin gründlich geprüft worden wäre. Alle beteiligten Ressorts erhalten Gelegenheit, zu den Entwürfen Stellung zu nehmen, sowie Änderungs- oder Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Erst nach gründlicher Erörterung des Für und Wider kommen die Vorlagen zur Vollziehung. Daß nur kriegswichtige Vorlagen behandelt wurden, hat der Erlaß des Generalgouverneurs über Einschränkungen im Gesetzgebungsverfahren sichergestellt.

Das Amt für Gesetzgebung hat die einheitliche inhaltliche Ausrichtung und die einheitliche formelle Gestaltung aller Vorlagen gewährleistet, es hat auf übersichtlichen Aufbau der Vorschriften, auf gleichbleibende und klare Begriffe und vor allem auch auf eine würdige und gute sprachliche Fassung hingewirkt. Es hat die Übertragung des für die Auslegung maßgebenden deutschen Gesetzeswortlautes in die polnische und ukrainische Sprache und schließlich die Drucklegung und Auslieferung des Verordnungsblattes für das Generalgouvernement besorgt.

Was in oberster Instanz bei dem Zustandekommen von Verordnungen beachtet wird, ist entsprechend von den Gouverneuren der Distrikte oder von den Kreis- und Stadthauptleuten zu berücksichtigen, wenn sie kraft besonderer Ermächtigung des Generalgouverneurs Recht setzen. Ihre Anordnungen durchlaufen das Amt für Gesetzgebung, das den Einklang von Ermächtigung und Anordnungsinhalt überprüft. Erst auf Grund des Druck-

freigabe-

freigabevermerkes des Amtes für Gesetzgebung kann die Veröffentlichung im Amtlichen Anzeiger für das Generalgouvernement stattfinden. In dieser Weise ist auch die Rechtsetzung der nachgeordneten Stellen in den großen Rahmen des Gesamtverordnungswerkes eingefügt worden.

b) Verwaltung.

Die Verwaltung im Generalgouvernement - Verwaltung hier in einem engeren Sinne verstanden - ist durch den Grundsatz der Einheit der Verwaltung gekennzeichnet. Dieser Grundsatz, der in der Verordnung des Generalgouverneurs über die Einheit der Verwaltung vom 1. Dezember 1940 seinen Ausdruck gefunden hat, will die geschlossene Zusammenarbeit aller Verwaltungsorgane unter der einheitlichen Führung des Generalgouverneurs gewährleisten. Jeder Mitarbeiter, sei er nun in der Regierung, in der Distriktbehörde oder in einer Kreis- und Stadthauptmannschaft, soll in jeder Lage und bei jeder Maßnahme nicht so sehr auf das Teilinteresse und den Teilgesichtspunkt, den er aus Gründen der Arbeitsteilung gerade zu vertreten hat, sehen, sondern immer das Interesse des Ganzen vor Augen haben. Die Sachwalter aller fachlichen Teilgebiete müssen sich innerhalb der Regierung, innerhalb der Distriktsbehörden sowie innerhalb der Kreis- und Stadthauptmannschaften untereinander ständig so ergänzen, daß sie aus Kenntnis aller Zusammenhänge schon von sich aus immer zu dem richtigen Gesamtergebnis bei der Bearbeitung ihrer Teilgebiete kommen können. Dies führend zu vermitteln und wo nötig durch Entscheidungen sicherzustellen, ist tägliche Aufgabe des Regierungschefs für die Gesamtverwaltung, des Gouverneurs des Distrikts und seines Amtschefs für Distriktsverwaltung und des Kreis- und Stadthauptmannes für die Kreis- und Stadthauptmannschaft. Das damit geschaffene Verwaltungssystem, das keineswegs mit Eintönigkeit des Verwaltungs-

schaffens

schaffens verwechselt werden darf, verwirklicht das Führungsprinzip nationalsozialistischer Prägung in bester Form und schafft klare eindeutige Verantwortlichkeit in dem dreistufigen deutschen Behördenaufbau. Die hieraus sich ergebende einheitliche und straffe Befehlsgewalt, die jedem Verwaltungszweig zugute kommt, hat es ermöglicht, die vielen und schwierigen Aufgaben, die bald in diesem, bald in jedem Bereich entstanden - ich erinnere nur an Aufgaben wie die Ernteerfassung oder die Arbeitergestellung - rasch und erfolgreich zu erfüllen.

c) Die Rechtspflege im Generalgouvernement ist durch Aufteilung der Rechtspflegetätigkeit auf eine deutsche und eine nichtdeutsche Gerichtsbarkeit gekennzeichnet. Der Deutsche, sei er Reichsdeutscher oder deutscher Volkszugehöriger, soll nur von einem deutschen Richter Recht nehmen. Dieser Gedanke ließ aber den schon vor Schaffung des Generalgouvernements unter der Wehrmachtsverwaltung begonnenen Wiederaufbau der nichtdeutschen Gerichtsbarkeit unberührt. Von Anfang an war es das Bestreben der Justizverwaltung, einerseits die Gerichtsbarkeit für die deutsche Bevölkerung im Generalgouvernement nach den altbewährten Grundsätzen des deutschen Rechtslebens aufzubauen, andererseits aber zur größtmöglichen Entlastung der deutschen Gerichtsbarkeit eine fremdvölkische Rechtsfindung stattfinden zu lassen, wobei der deutschen Justiz lediglich die Rolle eines Aufsichts- und Kontrollorgans zukommt. Die Verordnungen über die Sondergerichte, über die deutsche Gerichtsbarkeit, über die polnische Gerichtsbarkeit und über die nichtdeutsche Gerichtsbarkeit im Distrikt Galizien bilden noch heute die Grundlage der Rechtspflege im Generalgouvernement. Lediglich kriegsbedingte Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Personalwirtschaft brachten gewisse Vereinfachungsmaßnahmen in Gestalt der Verordnung zur Vereinfachung

einfachung der Strafgerichtsbarkeit im Generalgouvernement vom 24. Oktober 1942 und der erst kürzlich erlassenen Verordnung zur kriegsmäßigen Vereinfachung der Rechtspflege im Generalgouvernement vom 5. Juli 1943 mit sich.

Im Bereich der deutschen Strafgerichtsbarkeit stehen die Sondergerichte im Vordergrund. Ihnen obliegt die Aburteilung der schweren Kriminalität sowohl bei Deutschen wie bei Nichtdeutschen, während die Aburteilung der sonstigen Straftaten bei Deutschen und bei Angehörigen der mit dem Reich verbündeten oder befreundeten Staaten zur Aufgabe der Deutschen Gerichte gehört. Um sicherzustellen, daß die zur deutschen Gerichtsbarkeit gehörenden Strafsachen ihr auch zugeführt werden, ist bestimmt, daß ein nichtdeutsches Gericht in Strafsachen nur entscheiden kann, wenn die Sache von der deutschen Staatsanwaltschaft an die nichtdeutsche Behörde abgegeben worden ist. Es bedarf keiner besonderen Hervorhebung, daß alle Strafsachen gegen Reichs- oder Volksdeutsche sowie gegen Deutschstämmige in der deutschen Gerichtsbarkeit behandelt werden. Ihr verbleiben aber auch die Strafsachen gegen Nichtdeutsche, die sich ihrer Natur nach, insbesondere wegen der Art und Schwere der Verfehlung zur Aburteilung in der nichtdeutschen Gerichtsbarkeit nicht eignen. Die anderen Strafsachen werden an die nichtdeutschen Behörden abgegeben.

Im Strafbefehlsverfahren ist im Generalgouvernement im Interesse der kriegsbedingten Kräfteersparnis das Experiment gewagt worden, den Strafbefehl nicht mehr vom Richter, sondern vom Leiter der deutschen Staatsanwaltschaft ausgehen zu lassen. Dieses Experiment hat sich nach den bisherigen Beobachtungen als durchaus gelungen erwiesen. Gegen den Strafbefehl kann Einspruch erhoben werden, über den das Gericht entscheidet.

Die

Die deutschen Strafgerichte wenden außer dem deutschen Verfahrensrecht auch das deutsche Strafrecht an und sind dann in die Lage versetzt, sich weitgehend der deutschen Kriegsgesetze zu bedienen und durch ihre Anwendung den polnischen Wegelagerern und Gewaltverbrechern entgegenzutreten. Durch nachdrückliche Bestrafung der Verstöße gegen die Bewirtschaftungsvorschriften, insbesondere des Schleichhandels und der Schwarzschlachtungen, hat die Strafrechtspflege an der Sicherung der Ernährung mitgewirkt. Gegen Diebstahl von Transporten der Ostbahn und der Deutschen Post Osten, namentlich gegen Feldpostmarder, sind die Sondergerichte mit rücksichtsloser Schärfe eingeschritten.

Die bürgerliche Rechtspflege war von dem Bestreben beherrscht, auf allen Zweigen dieses Gebietes die Betreuung der deutschen Staatsangehörigen, der deutschen Volkszugehörigen und - soweit es sich um Personen- und Familienrechtsfragen handelt - auch der Deutschstämmigen durch deutsche Rechtswahrer zu sichern. Die bürgerliche Rechtspflege ist beherrscht von dem Grundsatz, daß eine bürgerliche Rechtssache schon dann in die deutsche Gerichtsbarkeit gehört, wenn auch nur ein an den Verfahren Beteiligter Deutscher ist. In Zweifelsfällen entscheiden darüber die deutschen Gerichte in einer für die nichtdeutschen Gerichte bindenden Weise.

Aus der Tätigkeit der Justizverwaltung sei schließlich noch ein Sondersachgebiet hervorgehoben: die Behandlung feindlichen Vermögens. Ziel der Feindvermögensgesetzgebung ist, das im Generalgouvernement befindliche Vermögen der feindlichen Staaten, ihrer Staatsangehörigen und der ihrer Gewalt unterworfenen Personen zu erfassen, es sicherzustellen und zu erhalten, um es der deutschen Wirtschaft zu bewahren. Daß das rechtliche Schicksal des Feindvermögens möglichst

lichst wenig geändert werden soll, entspricht der Rücksichtnahme auf die künftige Friedensregelung. Die Erfassung und Verwaltung des feindlichen Vermögens obliegt dem Kommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens im Generalgouvernement.

I. Ich komme nunmehr zum Zweiten Teile meines Berichts, in dem ich die Leistungen der Verwaltung des Generalgouvernements für das Reich und im Interesse des Reiches behandeln werde.

II. 1. Stärkung des Deutschtums.

a) Die schönste und dankbarste Zielsetzung der deutschen Führung im Raum des Generalgouvernements war von Anfang die Stärkung des Deutschtums dieses Raumes. Hier marschiert die Regierung des Generalgouvernements im Gleichschritt mit dem Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP und dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums. Alle Menschen des Generalgouvernements, die sich nach Abstammung, Haltung und Bekenntnis als Deutsche erwiesen haben, ihre Zahl beträgt etwa 100 000, sind mit der Kennkarte für deutsche Volkszugehörige versehen worden. Nunmehr werden sie, nach nochmaliger Überprüfung, im Namen und im Auftrag des Reiches von der Hauptabteilung Innere Verwaltung eingebürgert. Sie alle sollen zurückgeführt werden in die große deutsche Blutsgemeinschaft, in die ewigen Offenbarungen germanischer Kultur.

Naturgemäß mußte diese Deutschtumsarbeit einsetzen bei der Jugend dieses Raumes. Zur Förderung der

der deutschen Jugend durch körperliche Ertüchtigung, durch gesundheitliche, kulturelle, soziale und berufliche Betreuung, sowie durch Schaffung von Heimen ist das Amt für Jugend im Staatssekretariat der Regierung gebildet worden. Bereits im Rechnungsjahr 1942/43 wurden für die Förderung der deutschen Jugend über 3 Mill. Zloty ausgegeben. Im Rechnungsjahr 1943/44 sind allein für die Einrichtung von Unterkünften für Jugenddienstpflichtige 4,4 Mill. Zloty und für die Einrichtung von überbetrieblichen Jugendwohnheimen 4,75 Mill. vorgesehen. Die Jugendschutzverordnung vom 13. August 1943 gibt der berufstätigen deutschen Jugend des Generalgouvernements denselben Rechtschutz wie ihn die Jugendlichen im Reich besitzen. Aus den HJ-Ausbildungslagern haben sich eine große Anzahl von Angehörigen der Hitlerjugend freiwillig zum Wehrdienst gemeldet.

Einen wesentlichen Beitrag zur Festigung des Deutschtums im Generalgouvernement stellt die Verschickung volksdeutscher Kinder aus dem Generalgouvernement ins Reich dar, die in engster Zusammenarbeit von der Hitlerjugend und dem Amt für Jugend in der Regierung des Generalgouvernements durchgeführt wird. Die Verschickung volksdeutscher Kinder ins Reich, und zwar der 8. Volksschulklasse, war in den Verschickungsperioden 1942/43 volkspolitisch und erzieherisch für die verschickten Jugendlichen ein großer Erfolg. 1942 wurden rund 1 800 Kinder, 1943 wurden 425 Kinder aus dem Generalgouvernement ins Reich verschickt. Wenn die für die Verschickung 1943/44 vorgesehenen Reichsgaue die volksdeutschen Jungen und Mädel, die sich bereits im Auffanglager in Krakau befanden, nicht aufnehmen konnten, so lag dies an den Terrorangriffen, denen das Reichsgebiet selbst ausgesetzt war.

b) Auf dem Gebiete des Schulwesens wurde das Ziel, die deutschen Kinder dieses Raumes in nationalsozialisti-

schem

schem Geiste zu erziehen, im Gebrauch der deutschen Muttersprache zu schulen und mit den für das Leben grundlegenden Kenntnissen und Fertigkeiten auszustatten, mit großem Nachdruck verfolgt.

Trotz der großen kriegsbedingten Schwierigkeiten bestehen heute bereits 322 deutsche Volksschulen. 21 947 deutsche Schüler werden dort von 745 deutschen Lehrkräften unterrichtet. Durch die Errichtung deutscher Schülerheime wurden die deutschen Kinder dieses Raumes nicht nur der Gefahr einer neuerlichen Polonisierung entrissen, sondern auch mit deutscher Lebensart vertraut gemacht.

Zur Beseitigung des großen Lehrermangels wurden Schulhelferlehrgänge und 2 Lehrerbildungsanstalten eingerichtet. Im Sinne der Anordnung des Führers über die Einführung der Hauptschule wurde auch im Generalgouvernement mit dem Aufbau dieser Schulform begonnen, soweit es die Verhältnisse gestatteten. Derzeit sind 4 Hauptschulen mit 10 Klassen und 380 Schülern vorhanden.

Hand in Hand mit dem Ausbau des deutschen Volksschulwesens ging der Ausbau des deutschen höheren Schulwesens vor sich. So konnten bisher 10 höhere Schulen entwickelt werden, von denen bereits 6 Vollanstalten sind. Mit jeder höheren Schule erhält ein Ort Wirkungskräfte der Deutschtumsarbeit, die im volks- und kulturpolitischen Aufbau wichtig sind und der Hitlerjugend entsprechenden Nachwuchs geben.

Neben der allgemeinen Ausbildung des deutschen Nachwuchses ist auch für eine zweckmäßige und gediegene berufliche Ausbildung durch zahlreiche neugegründete berufsbildende Schulen gesorgt. Berufsschulen, Handwerkerschulen, Handelsschulen, aber auch Haushaltungsschulen, Kinderpflegerinnenschulen usw. sind als willkommner Ausgleich bei dem Mangel gediegener Ausbildungsmöglichkeiten bei deutschen Meistern oder in deutschen Betrieben allgemein begrüßt worden. Auch dem Ausbau eines deutschen landwirtschaftlichen Schul-

wesens

wesens wurde die entsprechende Aufmerksamkeit gewidmet. Landwirtschaftliche Fachschulen bestehen in den Distrikten Radom und Lublin.

Darüber hinaus ist aber alles getan worden, auch den erwachsenen deutschen Menschen dieses Raumes in die große deutsche Kulturgemeinschaft hineinzuführen.

Allgemeiner Grundsatz der deutschen Kulturarbeit ist die Repräsentation der deutschen Kulturhöhe gegenüber dem Fremdvolk, wobei die Aufklärungsarbeit immer wieder herausstellen kann, daß die Kulturgrundlage des Generalgouvernements seit dem Mittelalter so deutsch ist wie die großen Bauten, die es zu seinen schönsten geschichtlichen Zeugnissen zählt.

Erst vor einigen Wochen ist die Kulturvereinigung des Generalgouvernements e.V., Krakau, gegründet worden, die das deutsche Kulturschaffen in diesem Raume besonders zu aktivieren verspricht.

Was allein das Staatstheater des Generalgouvernements an deutscher Kulturarbeit geleistet hat, kann gar nicht hoch genug bewertet werden. Dazu kommt die Pflege deutscher Musik, der sich besonders die Philharmonie des Generalgouvernements mit größtem Erfolg gewidmet hat.

Der Förderung deutscher Kunst und Wissenschaft wurde größte Beachtung geschenkt, was durch die Errichtung der Kopernikus- und Veit Stoß-Preise durch den Herrn Generalgouverneur erhellt. Im übrigen hat sich die wissenschaftliche Forschung als kriegswichtige Forschung bewährt. Auch das durch den Herrn Generalgouverneur am 20.April 1940 gegründete Institut für Deutsche Ostarbeit ist durch die Angliederung einer chemischen, physikalischen, berg- und hüttenkundlichen Abteilung in den Dienst der Kriegsaufgaben gestellt worden.

Die deutsche Archivverwaltung hat im Interesse der wissenschaftlichen Forschung den Akten- und Urkundenschatz, der sich in den zahlreichen Archiven des Staates, der Städte, der großen Adelsfamilien, der Domkapitel usw.

usw. befand, neu geordnet und der Benutzung übergeben. Wertvolle private Sammlungen, wie das berühmte Zentralarchiv des Fürsten Radziwill, die Archive der Familien Potocki, Zamoyski u.a. hat sie sichergestellt und der Verwaltung des Generalgouvernements, des Reiches und der Reichskommissariate Ostland und Ukraine zur Benutzung im deutschen Interesse übergeben.

Die deutsche Presse des Generalgouvernements hat in Verein mit zahlreichen reichsdeutschen Pressevertretern in reichem Maße dazu beigetragen, Verständnis zu wecken für die kulturellen Notwendigkeiten, die sich aus der Verpflichtung ergeben, ein uraltes deutsches Erbe, dessen Wurzeln fest in der Vergangenheit des Weichselraumes verankert sind, zu neuem blühenden Leben zu erwecken.

Die deutsche Presse des Generalgouvernements, repräsentiert durch die weit über die Grenzen unserer fünf Distrikte hinaus geschätzte und gern gelesene "Krakauer Zeitung", hat über den Kreis der aktuellen Aufgaben der Tagespresse hinaus entscheidend dazu beigetragen, die Arbeit der Regierung ebenso zu stützen, wie das Bewußtsein eines ständigen innigen Verbundenseins mit der deutschen Volksgemeinschaft auch bei den weit verstreut und einsam lebenden Deutschen im Generalgouvernement nicht abreißen zu lassen. Im Reiche selbst hat die deutsche Presse unzählige Herzen aufgeschlossen für das weite wartende Land im Osten.
In wirksamer Ergänzung dieser Arbeit konnten zahlreiche Pressevertreter aus dem Reich als unvoreingenommene und objektive Zeugen des Aufbauwerkes den Gauen des Reiches ein klares, sachliches Bild von jenen Fundamenten vermitteln, die heute im Generalgouvernement gelegt werden.

x) Neben die Pflege des Geistes des deutschen Menschen trat die leibliche Fürsorge.

In der

In der Sozialversicherung werden die Reichsdeutschen nach Heimatrecht, die Volksdeutschen in ähnlich bevorzugter Weise betreut. Sie erhalten höhere Barleistungen, gehören der für das Generalgouvernement errichteten Deutschen Krankenkasse an und werden bei der Einweisung in Heilstätten bevorzugt.

Kriegs- und Volkstumsschäden werden entsprechend den im Reich geltenden Vorschriften ersetzt.

Weitere fürsorgerische Maßnahmen für Deutsche, insbesondere für Volksdeutsche, wurden in Zusammenarbeit mit der NSDAP von der Hauptabteilung Innere Verwaltung eingeleitet und ständig ausgebaut. Im vergangenen Jahre konnten die Unterstützungssätze wesentlich erhöht werden.

) Besonderes Augenmerk wurde der <u>steuerlichen Behandlung der Deutschen</u> im Generalgouvernement zugewandt. Deutschen Unternehmern wurden für eine Reihe von Jahren eine weitgehende Bewertungsfreiheit für Anlagegüter und die Bildung von steuerfreien Aufbaurücklagen für bestellte, aber noch nicht gelieferte Anlagegüter zugestanden.

Die Einführung der Kinderbeihilfen und Haushaltszuschüße bezweckt eine wirtschaftliche Stärkung, insbesondere der kinderreichen Volksdeutschen. Allein im Distrikt Radom, dem auf dem Gebiete der Volkstumspolitik ganz besondere Aufgaben gestellt sind, da er zahlenmäßig das stärkste bodenständige Deutschtum aufweist, werden an Kinderbeihilfen und Haushaltszuschüssen für volksdeutsche Familien monatlich 267 000 Zloty ausbezahlt.

Von weittragender Bedeutung ist die Reform der Einkommen- und Lohnsteuer für Deutsche durch die Einkommensteuer-Verordnung vom 29. Juni 1943. Sie berücksichtigt in ihrem Tarif weitgehend die Grundsätze deutscher Bevölkerungs- und Sozialpolitik und wird darüber

<u>hinaus</u>

hinaus den besonders schwierigen Verhältnissen des Osteinsatzes gerecht. Sie wird zu einer wesentlichen wirtschaftlichen Stärkung des Deutschtums im Generalgouvernement beitragen.

Durch die Einrichtung von besonderen Steuerämtern oder Steuerstellen für Deutsche ist die Steuerverwaltung dem Ziel, deutsche Steuerpflichtige nur von deutschen Beamten oder Angestellten steuerlich betreuen zu lassen, erheblich näher gekommen.

II. 2. Gerechte Herrschaft über die einheimische Bevölkerung.

a) Die deutsche Verwaltung im Generalgouvernement hat sich, so sehr sie die Verwurzelung deutscher Elemente in ihrem Raum gefördert hat, doch in keinem Augenblick zu einer kurzsichtigen Politik des Hasses und der Ausrottung der fremden Bevölkerung hinreißen lassen. Hierzu konnte weder das Ziel, ein geeinigtes Europa durch die Ausschaltung der plutokratisch,-jüdischen-bolschewistischen Weltmächte zu erkämpfen eine Veranlassung geben, noch auch die Erwartungen, die von den deutschen Verwaltungsstellen an eine loyale und freiwillige Mitarbeit der fremden Bevölkerung (für eine erzwungene Arbeit fehlt bisher eine ausreichende Exekutive) geknüpft wurden. Was allein zur Beseitigung der Schäden des bolschewistischen Regimes, das der Distrikt Galizien über sich hatte ergehen lassen müssen, geschehen ist, läßt die Einstellung der deutschen Verwaltung hinreichend erkennen. Durch die Reprivatisierungsverordnungen wird systematisch Schritt für Schritt das Unrecht wieder gutgemacht, das in jener Schreckenszeit über die Bevölkerung hereingebrochen war.
So hat heute der Herr Generalgouverneur als dritte Reprivatisierungsverordnung die Verordnung über die Wiederherstellung des während der Sowjetherrschaft in Galizien entzogenen Privateigentums an Hausgrundstücken und gewerblich genutzten Grundstücken vollzogen.

Sicherlich

Sicherlich waren oft auch harte Maßnahmen nötig. Die waren aber kriegsbedingter Natur. Umsomehr war die deutsche Verwaltung darauf bedacht, brutale Willkürakte zu vermeiden. Die Herrschaft über die einheimische Bevölkerung war streng, aber gerecht. Ausschlaggebend war stets die Erwägung, ob eine bestimmte Maßnahme dem Großdeutschen Reich nützt oder schadet. Diese Richtschnur hat auch schwierige Entscheidungen weitgehend erleichtert. Im Gegensatz zu der Assimilierungspolitik der Regierung der ehemaligen polnischen Republik werden heute im Generalgouvernement auch keine Versuche unternommen, den hier lebenden Volksgruppen ein ihnen fremdes Volkstum aufzudrängen. Es wird im Gegenteil eine klare Scheidung der einzelnen Volksgruppen voneinander vorgenommen, so daß sich jeder zu dem Volkstum bekennen kann, dem er durch die Bande des Blutes verbunden ist.

b) Darüber hinaus findet eine weitgehende Heranziehung der nichtdeutschen Bevölkerung zur Mitarbeit an der Verwaltung, namentlich in den unteren Behörden statt. Herausgehobene Posten bekleiden Nichtdeutsche in den Stellen der Dorfschulzen, der Vögte, der Bürgermeister sowie in verschiedenen technischen Berufen, wie Ärzte, Tierärzte, Agronomen usw. 7200 nichtdeutsche Bedienstete sind insgesamt in der Steuerverwaltung tätig. Die Deutsche Post Osten beschäftigt 26 000 nichtdeutsche Kräfte, im Bereich der technischen Verwaltung werden 6 440, von der Ostbahn schließlich über 145 330 Nichtdeutsche beschäftigt, die die ihnen übertragenen Pflichten loyal und zufriedenstellend erfüllen.

In diesem Zusammenhang interessiert auch die schon erwähnte nichtdeutsche Gerichtsbarkeit, die dem Grundsatz Rechnung trägt, an der Rechtsfindung für die einheimische Bevölkerung dieses Raumes weitgehend Richter ihres Volkstums zu beteiligen.

c)

c) Auch auf kulturellem Gebiet wird die überkommene Eigenart der Völker dieses Raumes gepflegt.

Um nur einige Beispiele herauszugreifen:

Eine von der Hauptabteilung Propaganda geförderte polnische Wanderbühne trug mit größtem Erfolg - sie zählte weit über 100 000 Besucher - das Fleckfieberproblem an die polnische Bevölkerung heran. Dieser Erfolg ermutigte zur Inangriffnahme von distriktseigenen f-remdvölkischen Wanderbühnen, die künftig innerhalb der einzelnen Distrikte des Generalgouvernements für die Polen und Ukrainer tätig sein sollen.

Bis 1943 wurde für 438 polnische Bücher und Kalender mit einer Auflage von 4,8 Millionen sowie für 338 ukrainische Bücher aller Art mit einer Auflagenhöhe von 2,5, Millionen die Genehmigung erteilt.

Die fremdsprachige Presse des Generalgouvernements ließ weite Kreise des einheimischen Volkstums an dem Tagesgeschehen teilnehmen. Dies konnte freilich nur in einem Sinne verwirklicht werden, der unseren eigenen politischen Zielsetzungen und Wünschen entspricht. Daß die fremdsprachige Presse dem Wirkungsbereich der Gerüchte der Feindpropaganda zu entziehen war, soweit dies unter Berücksichtigung der allgemeinen politischen Lage überhaupt menschenmöglich ist, versteht sich von selbst. Die in stiller und selbstloser Tätigkeit von Deutschen gelenkten fremdsprachigen Zeitungen des Generalgouvernements haben dabei keine Möglichkeit versäumt, unter der einheimischen Bevölkerung des Generalgouvernements das Vertrauen zur der deutschen Führung und zu dem von ihr für nötig befundenen Maßnahmen und Anordnungen zu werben. Nur so kann die einheimische Bevölkerung dieses Raumes Verständnis für die allgemeineuropäische Solidarität der Arbeit und die Notwendigkeit der Abwehr aller zerstörenden negativen Einflüße europafeindlicher politischer Systeme gewinnen.

Im nichtdeutschen Schulwesen wurde vor allem der Volksschule als der elementaren Vorstufe des Berufsschulwesens alle Beachtung geschenkt. In kürzester Zeit sind für 1,5 Mill. polnischer Kinder rund 9 000 polnische Volksschulen aufnahmefähig hergerichtet und rund 23 000 polnische Lehrer eingesetzt worden. Trotz mannigfacher Schwierigkeiten sind diese Schulen nicht nur äußerlich erhalten geblieben, sondern aus kriegsbedingten Anfängen heraus weiter entwickelt worden, so daß sie heute den natürlichen Bildungsaufgaben einer polnischen Volksschule voll und ganz entsprechend. Die polnische Volksschule wird, wie es ihrer Umgebung entspricht, als Bauernschule oder als Schule der Großstadt den in ihr Erzogenen ein ausreichendes elementares Wissen und praktisches Können mitgeben.

Das ukrainische Volksschulwesen, von dem bei der Gründung des Generalgouvernements nur schwache Spuren zu erkennen waren, ist der Stärke des ukrainischen Bevölkerungsanteiles entsprechend neu aufgebaut worden. Zur Zeit gibt es für rund 600 000 ukrainische Volksschüler 4 500 Volksschulen, in denen mehr als 1 000 Lehrkräfte in ihrer Muttersprache unterrichten.

Eine besondere Bedeutung kommt dem nichtdeutschen berufsbildenden Schulwesen zu, soweit es der Charakter dieser Schulen erlaubt, sind sie in die kriegs- und lebensnotwendige Produktion einbezogen worden, ebenso wie das landwirtschaftliche Schulwesen, das einen besonderen Ausbau erfahren hat. Fast in jedem Kreis besteht eine niedere Landwirtschaftsschule für Jungen, viele Kreise besitzen auch eine solche für Mädchen.

Praktischen und von der Notwendigkeit des Krieges diktierten Erwägungen entsprang auch der Versuch, höherwertige Fachkurse zur Ausbildung eines nichtdeutschen Nachwuchses einzurichten. So wurden medizinische, naturwissenschaftliche, tierärztliche, forstliche, landwirtschaftliche und technische Fachkurse geschaffen.

Eine stattliche Anzahl von Ärzten, Tierärzten, landwirtschaftlichen Betriebsführern usw. konnte bereits von der Verwaltung des Generalgouvernements nutzbringend eingesetzt werden.

d) Hinsichtlich der gesundheitlichen Betreuung der einheimischen Bevölkerung steht die Seuchenbekämpfung an erster Stelle. Zur Fleckfieberbekämpfung sind seit dem Beginn der deutschen Verwaltung weit über 100 Seuchenkrankenhäuser neu errichtet worden. Zahlreiche feste Entlausungsanstalten wurden neu erbaut, über tausend transportable Entwesungskammern wurden zusätzlich aus dem Altreich in das Generalgouvernement eingeführt. So stehen z.B. im Distrikt Warschau gegenwärtig 254 Entlausungsanstalten mit einer Tageskapazität von 27 800 Personen zu Verfügung. Vor der Errichtung des Generalgouvernements waren lediglich 15 Anstalten mit einer Tageskapazität von 1 790 Personen vorhanden. In allen Kreise sind Entwesungstrupps an der Arbeit, die verlauste Personen, Wohnungen, Einrichtungsgegenstände, Kleider, Wäsche usw. zu entwesen und die notwendigen Desinfektionen bei Infektionskrankheiten vorzunehmen. Die Fleckfieberimpfstoffproduktion wird laufend gesteigert. Neuerdings wird Fleckfieberimpfstoff außer in dem Warschauer staatlichen Institut auch in dem Fleckfieberinstitut der Behringwerke in Lemberg, das im Monat Dezember 1942 durch den Herrn Generalgouverneur eröffnet wurde, in großem Ausmaß hergestellt. Durch diese planmäßige Bekämpfung des Fleckfiebers ist es geglückt, diese gefährlichste Seuche niederzuhalten. Während 1942 noch ca. 90 000 Einwohner an Fleckfieber erkrankten, waren es in den ersten 34 Wochen des Jahres 1943 nur noch 21 000.

Eine kaum weniger gefährliche Seuche, die imGeneralgouvernement ebenfalls im Verhältnis zum Reich sehr verbreitet ist, ist der Bauchtyphus. Durch Verordnung des Herrn Generalgouverneurs ist die zwangsweise Schutz-

Impfung aller Bewohner des Generalgouvernements eingeführt worden. Die Erfahrungen des Heeres im Weltkrieg lassen mit größter Sicherheit erwarten, daß durch diese allgemeine Impfung der Typhus weitgehend eingedämmt wird.

Zu den gefährlichen Seuchen ist weiterhin die stark verbreitete ägyptische Augenkrankheit, das Trachom, zu nennen. Schwere Fälle von Trachom-Erkrankungen werden in besonderen Trachomkrankenhäusern auf Staatskosten behandelt und geheilt. Auch diese Seuche wird in absehbarer Zeit endgültig beseitigt sein.

Wegen der teilweise unmöglichen hygienischen Zustände im Generalgouvernement mußte es sich die Hauptabteilung Gesundheitswesen angelegen sein lassen, an allen Orten ein gutes, hygienisch einwandfreies Trinkwasser zu schaffen. Die hierzu notwendigen Arbeiten werden in dem Institut für Orts- und Siedlungshygiene geleistet.

Die Arbeit der deutschen Verwaltung auf dem Gebiete des Krankenhauswesens wird am besten durch folgende zahlenmäßige Gegenüberstellung der in den Jahren 1940, 1942 und 1943 im Generalgouvernement vorhandenen Krankenhäuser beleuchtet. Es waren im Generalgouvernement vorhanden:

1940 ohne Galizien	128	Krankenhäuser mit	17.000 Betten
1942 " "	156	" " "	24.537 Betten

durch die Eingliederung Galiziens kamen
92 Krankenhäuser mit 10 700 Betten hinzu.

1943 bestehen insgesamt
276 Krankenhäuser mit rd. 40 000 Betten für Nichtdeutsche und
4 Krankenhäuser mit 1 000 Betten für Deutsche.

a)

e) Die besondere Aufmerksamkeit der deutschen Verwaltung galt dem Nichtdeutschen, der als Angestellter oder Arbeiter im deutschen Interesse arbeitet. Den Arbeitsfrieden stellt das Arbeitsrecht des Generalgouvernements unter Ablösung von den vorgefundenen individualistischen Grundlagen her. Die über 100 inzwischen ergangenen Tarifordnungen bilden ein in sich geschlossenes tragfähiges Arbeitsrecht. Mit diesem Tarifwerk sind zum ersten Mal im Weichselraum einheitliche aufeinander abgestimmte Arbeitsbedingungen geschaffen worden. Die tariflichen Bestimmungen sind so gestaltet, daß die Beschäftigten in der Lage sind, durch vermehrte Leistung den Lohn mit Hilfe von Akkorden und Prämien auf eine den Lebenshaltungskosten gerecht werdende Höhe zu bringen.

Ein besonderer Vertrauensbeweis der deutschen Führung ist die von der Ostbahn herausgebrachte Dienstordnung für die planmäßigen Eisenbahner der Ostbahn. Das Dienstverhältnis der planmäßigen Eisenbahner, für die auf wichtigem Posten eingesetzten Bediensteten vorgesehen, stellt in vielerlei Hinsicht eine Wiederherstellung des Dienstverhältnisses der etatsmäßigen Bediensteten der ehemaligen polnischen Staatsbahnen dar und soll nach und nach in ein beamtenmäßiges Verhältnis ausgebaut werden. Bereits jetzt sind wichtige Vorteile damit verbunden: Kündigungsschutz, feste monatliche Gehaltszahlung im voraus, Weiterzahlung des Gehaltes bei Krankheit, erhöhter Urlaub, Sicherung von Versorgungsbezügen bei Zuruhesetzung. Bisher sind etwa 8 000 Ernennungen ausgesprochen worden.

Den Opfern der Arbeit hilft die polnische Sozialversicherung. Sie wurde in allen Zweigen der Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Angestelltenversicherung fortgeführt. Durch Barzuwendungen und einen neu organisierten ärztlichen Dienst mit nahezu 2 000 Ärzten hat die Sozialversicherung weiter Kreise der polnischen

Bevölkerung

Bevölkerung vor bitterer Not bewahrt. Besondere Fürsorge aus den Mitteln der Sozialversicherung erhalten die Familienangehörigen der im Reich tätigen Arbeiter sowie die Arbeiter selbst, wenn sie infolge Krankheit oder Unfall ins Generalgouvernement zurückkehren.

Neben der Sozialversicherung, die die Opfer der Arbeit betreut, ist eine umfangreiche Militärversorgung zur Betreuung der Opfer des Krieges aufgebaut worden. Mit einem Jahresaufwand von über 70 Mill. Zloty werden über 70 000 nichtdeutsche Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene versorgt.

f) Die Behörden des Generalgouvernements, insbesondere die Personalverwaltungen der Regierung, der Ostbahn und der Deutschen Post Osten haben alle Anstrengungen gemacht, um den nichtdeutschen Dienstangehörigen ihren und ihrer Familienmitglieder Unterhalt zu ermöglichen, zumal die Gehälter sich aus kriegsbedingten Gründen auf einer an sich niedrigen Höhe halten müssen. Durch Einrichtung von Gemeinschaftsküchen, Konsumverein, wie z.B. im Distrikt Warschau, Schaffung einer regelmäßigen Mittagsverpflegung in fast allen Dienststellen, wurden die Lebensbedingungen der nichtdeutschen Dienstangehörigen entscheidend verbessert.

g) Nach mühevoller Aufbauarbeit im landwirtschaftlichen Bereich ist es der deutschen Verwaltung neuerdings gelungen, die Lebensmittelversorgung der einheimischen Bevölkerung so zu gestalten, daß der arbeitende Fremdvölkische nicht mehr genötigt ist, in zeitraubenden Bemühungen seine und seiner Familie Versorgung auf dem freien Markt zu befriedigen. Es wird aber auch weiterhin das Bemühen der Regierung sein, den fremden Arbeiter durch geregelte Zuteilung seiner Versorgungsgüter und sonstige Einrichtungen zu befähigen, seine Arbeitskraft voll und ungeschmälert dem deutschen Aufbauwerk zur Verfügung zu stellen. Sind diese äußeren Vorausset-

Voraussetzungen geschaffen, so wird es umso leichter sein, denjenigen auszumerzen, der seine Arbeitskraft böswillig nicht zur Verfügung stellt oder gar gegen die deutschen Interessen sich betätigt.

Nach 4 Jahren Verwaltung des Generalgouvernements besteht jedenfalls durchaus Veranlassung, den nichtdeutschen Dienstangehörigen dieser Verwaltung Anerkennung für ihre Dienste auszusprechen.

II. 3. Die konkreten Leistungen des Generalgouvernements für das Reich.

Was das Generalgouvernement an konkreten Leistungen für das Reich, vor allem für die Wehrmacht des Reiches, erbracht hat, ist gewaltig und konnte unter den Voraussetzungen, die hier vorgefunden wurden, nicht im entferntesten erwartet werden.

a) An der Spitze stehen hier die Leistungen der Ernährungs- und Landwirtschaft. Während noch im Jahre 1939/40 das Reich dem Generalgouvernement für die Versorgung insbesondere der Großstadt Warschau leihweise 130 000 t Getreide zur Verfügung stellen mußte, wurden bereits im Jahre
1940/41 an das Reich geliefert:

121 000 t Kartoffeln
4 500 t Zucker
7 510 t Vieh
und 800 t Fette.

1941/42 wurden an das Reich geliefert:
53 000 t Getreide
134 000 t Kartoffeln
4 465 t Zucker
21 408 t Vieh
und 900 t Fette.

1942/43

Voraussetzungen geschaffen, so wird es umso leichter sein, denjenigen auszumerzen, der seine Arbeitskraft böswillig nicht zur Verfügung stellt oder gar gegen die deutschen Interessen sich betätigt.

Nach 4 Jahren Verwaltung des Generalgouvernements besteht jedenfalls durchaus Veranlassung, den nichtdeutschen Dienstangehörigen dieser Verwaltung Anerkennung für ihre Dienste auszusprechen.

II. 3. Die konkreten Leistungen des Generalgouvernements für das Reich.

Was das Generalgouvernement an konkreten Leistungen für das Reich, vor allem für die Wehrmacht des Reiches, erbracht hat, ist gewaltig und konnte unter den Voraussetzungen, die hier vorgefunden wurden, nicht im entferntesten erwartet werden.

a) An der Spitze stehen hier die Leistungen der Ernährungs- und Landwirtschaft. Während noch im Jahre 1939/40 das Reich dem Generalgouvernement für die Versorgung insbesondere der Großstadt Warschau leihweise 130 000 t Getreide zur Verfügung stellen mußte, wurden bereits im Jahre
1940/41 an das Reich geliefert:

121 000 t Kartoffeln
4 500 t Zucker
7 510 t Vieh
und 800 t Fette.

1941/42 wurden an das Reich geliefert:

53 000 t Getreide
134 000 t Kartoffeln
4 465 t Zucker
21 498 t Vieh
und 900 t Fette.

1942/43

1942/43 sind die entsprechenden Zahlen:

630 000 t Getreide
520 000 t Kartoffeln
28 666 t Zucker
55 000 t Vieh
und 7 500 t Fette.

Für 1943/44 sind folgende Reichslieferungen geplant:

450 000 t Getreide
525 000 t Kartoffeln
20 000 t Zucker
40 000 t Vieh
und 7 700 t Fette.

Was namentlich diese letzteren Zahlen im Hinblick darauf, daß das Generalgouvernement nun selbst eine allgemeine Lebensmittelversorgung der einheimischen Bevölkerung durchführen muß, beinhalten, läßt sich gar nicht hoch genug veranschlagen.)

b) Die Forst- und Holzwirtschaft hat in den vergangenen 4 Jahren für die Ausfuhr nach dem Reich, für die Bauprogramme der Ostbahn, für das oberschlesische Grubenrevier sowie für die Versorgung der kämpfenden Truppen rund 25 v.H. des Nutzholzaufkommens, nämlich 4,6 Millionen Festmeter, aufgebracht.)

c) Daneben hat sich das Generalgouvernement nach Kräften in den Dienst der Kriegsrüstung des Reiches gestellt. Wenn auch aus erklärlichen Rücksichten hierzu kein umfassendes Zahlenmaterial gegeben werden soll, so zeigt doch allein das Beispiel des Distrikts Warschau, welche Anstrengungen auf diesem Gebiet des Ausbaues der Kriegsproduktion gemacht worden sind:

Es gab im Distrikt Warschau Mitte 1943 bereits 31 große W-Betriebe und weitere 43 vom Rüstungskommando beaufsichtigte Betriebe. Die Belegschaft der Rüstungsfabriken ist von 1 600 Mann 1939 auf 65 000 Mann 1943 gestiegen. Der Auftragsbestand, der Ende 1939 nur 19,8 Millionen Zloty betrug, machte Mitte 1943 bereits 480 Millionen Zloty aus.)

d)

d) Trotz dieses ständig wachsenden eigenen Wirtschaftsvolumens hat das Generalgouvernement noch gewaltige Mengen von Arbeitskräften in das Reich abgestellt.

Im Jahre 1939 wurden 40 000,
im Jahre 1940 302 000,
im Jahre 1942 399 000 Arbeitskräfte

nach Deutschland abgegeben. Insgesamt wurden vom September 1939 bis Ende August 1943 1 124 000 Arbeitskräfte nach dem Reich vermittelt. Das sind Zahlen, die für sich sprechen !)

e) In diesem Zusammenhang muß auch der Arbeit gedacht werden, die von dem unter der Leitung deutsche Arbeitsdienstführer stehenden Baudienst durchgeführt wurde. Der Ausbau des Ostbahnnetzes als Haupttransport- und Nachschubstrecke der Wehrmacht sowie der Ausbau der Nachschubstraßen stand neben unmittelbarem Wehrmachtseinsatz und dem Einsatz in der Rüstungsindustrie. Die auf den Baustellen gezeigten Leistungen haben sich ständig gesteigert und übertreffen heute in vielen Fällen die Arbeitsleistungen in der freien Wirtschaft.

Versuchsweise im Jahre 1940 im Distrikt Krakau mit 5 000 Mann begonnen, steigerte sich der Einsatz des Baudienstes durch Einbeziehung weiterer Distrikte bis zu einer Gesamteinsatzstärke von 50 000 Mann im Jahre 1943. Insgesamt wurden bisher 19 Mill. Tagewerke abgeleistet.

f) Im Generalgouvernement, dem Durchgangsgebiet zur größten Front aller Zeiten, mußte das Verkehrs- und Nachschubwesen tadellos funktionieren. Die Ostbahn hat die ihr damit gestellte Aufgabe gelöst. Einige Zahlen mögen das Ausmaß der Warenaustausch- und Nachschubbewegungen verdeutlichen:

Im deutsch-sowjetischen Warenaustausch von 1939 bis 1941 wurden insgesamt befördert:

aus

aus der UdSSR. 637 Züge mit Getreide,
679 Züge mit Öl,
1 051 Züge mit sonstigen Gütern;
nach der UdSSR. 3 056 Züge mit Kohle,
70 Züge mit sonstigen Gütern.

Anschließend an den Polenfeldzug liefen die Heimkehrer- und Umsiedlertransporte, die bei ihrem großen Umfang und im strengen Winter größte Anforderungen an das Betriebspersonal stellten.
Es wurden umgesiedelt
im Jahre 1939
Wolhynien- und Galiziendeutsche:
124 000 Personen mit 24 000 Pferden
und 13 000 Wagen,
Polen und Juden:
90 000 Personen;
im Jahre 1940 insgesamt:
268 900 Personen (Nordbuchenländer,
Volksdeutsche aus dem Gebiet San-Weichsel,
Polen und Juden).

Das Jahr 1942 brachte die Reko-rdzahl im Sonderverkehr mit insgesamt 1 641 Sonderzügen mit 2 460 000 russischen und polnischen Arbeitern.

g) Neben den eigentlichen Nachschub wird auch noch die gesamte Feldpost für den mittleren und südlichen Frontabschnitt durch das Generalgouvernement geschleust und alle von der Front zurückkommende Post in den Großbriefverteilstellen Krakau und Warschau auf die einzelnen Postorte in Deutschland umgearbeitet. Auf dem Fernmeldegebiet liegen die Verhältnisse ähnlich. Die Ddutsche Post Osten hat ihre Aufgabe, Nachrichtenbrücke zwischen Ostfront und Heimat zu sein, getreu erfüllt und ihren Anteil zu dem stolzen Beitrag des Generalgouvernements, die Voraussetzungen für eine siegreiche Beendigung des Krieges mitzuschaffen, geleistet.

h)

h) Ich komme zu den gewaltigen Lieferungen der Generaldirektion der Monopole an die Wehrmacht. Es gingen an die Front

jährlich rund 3,6 Milliarden Zigaretten der besten Preisklassen mit einem Wert von jährlich rund 400 Millionen Zloty,

außerdem

jährlich über 700 Mill. Konsumzigaretten im Werte von rund 22 Mill. Zloty hauptsächlich an die im Reich befindlichen Kriegsgefangenen.

Dazu kamen

monatlich 400 000 Liter Trinkbranntwein.

i) Neben dieser materiellen Versorgung der kämpfenden Front ist die Truppenbetreuung stets besonders gepflegt worden.

Das Generalgouvernement kann von sich behaupten, die ersten Truppenbetreuungsmaßnahmen in diesem Kriege durchgeführt zu haben. Die Einrichtung von Schallplatten- und Radioübertragungsanlagen in Truppenunterkünften und Lazaretten, die Betreuung der Einheiten mit Film, Theater, und Musik, die Errichtung zahlreicher Büchereien verdienen besondere Hervorhebung. Seit dem Beginn des Ostfeldzuges hat die Truppenbetreuung größten Umfang angenommen.

k) In ganz besonderem Maße nahm sich das Generalgouvernement der deutschen Jugend im Reich, insbesondere der Jugend in den vom feindlichen Bombenterror schwer heimgesuchten Gebieten an, indem es in seinen herrlichsten und gesündesten Gegenden, wie der Tatra, den Beskiden und den Karpaten, Kinderlandverschickungslager schuf. Eingerichtet im Dezember 1942, übernahm die Kinderlandverschickung im Generalgouvernement schon im Januar 1943 den ersten Transport aus dem Reich. Seither wurden bis zum 1. Oktober dieses Jahres in 14 Transporten über 6 000 Kinder in 12 Standorten mit jeweils mehreren Lagern aufgenommen; 1 800 Kinder wurden bereits wieder zurückgeleitet.

Für

Für die gesundheitliche Betreuung der Kinder wird zum Teil durch eigene Ärztinnen in 2 Hilfskrankenhäusern, 3 Kranken- und 3 Isolierstationen sowie in 4 Genesungslagern mit insgesamt 395 Betten gesorgt. Die Errichtung weiterer Standorte ist geplant. In Ausführung befindet sich bereits eine im Kurbad Rabka angelegte Kinderstadt zur Unterbringung von 5 000 weiteren reichsdeutschen Kindern.

Ich darf nun zu dem Dritten Teil meines Berichts Uebergehen und

I. Die Entwicklung des Wirtschaftslebens in den vergangenen 4 Jahren

behandeln.

1. Ernährung und Landwirtschaft

Eine Rückschau auf die vierjährige Aufbauarbeit auf dem Gebiete der Ernährungs- und Landwirtschaft zeigt ein in jeder Beziehung erfreuliches Bild. Mit Hilfe einer straffen Führungsorganisation und einer vielgestaltigen neuen Agrarrechtsordnung mit mancherlei originellen Rechtsschöpfung ist hier eine Aufbauarbeit geleistet worden, wie sie kaum für einen anderen Zeitabschnitt der Geschichte dieses Raumes nachweisbar sein wird.

Es ist bekannt, daß sich das Generalgouvernement größtenteils aus solchen Gebieten des ehemaligen polnischen Staates zusammensetzt, die landwirtschaftlich minderwertig und Zuschußgebiete waren. In diese Gebiete waren zur Zeit des Bestehens des polnischen Staates jeweils rund 3/4 Millionen t Getreide als Zuschuß hereingeschleust worden, weil die Eigenerzeugung zur vollen Versorgung der großen Verbrauchszentren

Warschau

Warschau, Lemberg, Krakau nicht ausreichte. Dieser katastrophale Zustand der polnischen Landwirtschaft war nur zum kleinen Teil durch unmittelbare Auswirkungen des Krieges verursacht. Entscheidend war vielmehr die völlig verfehlte Agrarpolitik der polnischen Staatsführung gewesen, die die beabsichtigte wirtschaftliche und militärische Aufrüstung auf Kosten der Landwirtschaft durchführen zu können glaubte und sie durch die Bindung an die Weltmarktpreise dem internationalen Börsenspiel auslieferte. Die durch den Zusammenbruch der Preise bedingte gänzliche Unrentabilität zwang die Landwirtschaft zu extensiver Bodennutzung und zum Leben von der Substanz. Verfallene Wirtschaftsgebäude, hungerndes Vieh, veraltete und ungepflegte Geräte und Maschinen und schlecht bestellte Felder waren das äußere Bild dieser Politik.

Die Landwirtschaftsführer des Generalgouvernements standen daher im Herbst ve 1939 vor einer kaum lösbaren Aufgabe. Die Jahreszeit forderte die sofortige Inangriffnahme der Herbstbestellung und der sonstigen Vorarbeiten für die nächste Ernte. Im wesentlichen auf sich selbst angewiesen, gingen diese Männer an den Aufbau, und im Herbst 1939 wie im Frühjahr 1940 gelang es fast ausnahmslos, den Boden zu bestellen.

Die harten Winter von 1940/41 und 1941/42 überstand das Generalgouvernement dank planmäßiger Arbeit ohne schwere Ausfälle, obwohl dem durch die Russenherrschaft devastierten Distrikt Galizien weitgehende Hilfe durch Abgaben von Menschen und Betriebsmitteln aller Art geleistet werden mußte.

Für das Wirtschaftsjahr 1942/43 konnte erstmalig eine Erzeugungsschlacht proklamiert werden, die - unter den Schutz einer besonderen Verordnung des Herrn Generalgouverneurs gestellt - die Landwirtschaft als den grundlegenden und entscheidenden Wirtschaftszweig dieses Raumes in Erscheinung treten ließ.

Eine Übersicht über die wichtigsten Erfassungszahlen seit dem Jahre 1939 macht dies deutlich. Während noch 1939 - wie bereits erwähnt - das Reich 130 000 t Getreide leihweise dem Generalgouvernement überlassen mußte, um die Versorgung während des Winters 1939/40 sicherzustellen, wurden
(1940/41 bereits

454 914 t Getreide
552 117 t Kartoffeln
43 325 t Vieh
8 573 t Fette

erfaßt.
1941/42 konnten diese Zahlen gesteigert werden auf

700 940 t Getreide
785 506 t Kartoffeln
70 003 t Vieh
16 875 t Fette.

1942/43 wurden erfaßt:

1 230 385 t Getreide
1 590 000 t Kartoffeln
110 000 t Vieh
20 868 t Fette.

Aus der Ernte 1943/44 werden erwartet:

1 600 000 t Getreide
2 150 000 t Kartoffeln
109 000 t Vieh
31 400 t Fette.)

An diesen außerordentlichen Erfolgen haben auch die <u>fremdvölkischen Helfer</u> der deutschen Führung, insbesondere die Agronomen beachtlichen Anteil, den wir gerne anerkennen.

Gerade die breite Masse der Bauern, bis hinunter zum Klein- und Kleinstbetrieb, ist den Weisungen der deutschen landwirtschaftlichen Führung im allgemeinen willig gefolgt. Dabei hat sich die Einrichtung sog. <u>Beispielswirtschaften</u>, von denen allein der Distrikt

<u>Lublin</u>

Lublin 3432 bisher geschaffen hat, besonders erfolgreich ausgewirkt. Der Bauer dieses Raumes fühlt offenbar, daß erstmalig in seiner wechselvollen harten Geschichte eine Regierung sich seiner annimmt, sich um sein Schicksal kümmert, ihm beratend und helfend zur Seite steht, wie er durch bessere Arbeit und durch bessere Leistung zu besseren Lebensbedingungen kommen könne.

2. <u>Forst- und Holzwirtschaft; Jagd</u>

Auf dem Gebiete der Forst- und Holzwirtschaft wurden ähnlich ungünstige Verhältnisse vorgefunden wie im Bereich der Ernährungs- und Landwirtschaft.

a) Die anhaltend schlechte Finanzlage des Staates in Verbindung mit jüdischer Wirtschafts- und Ausbeutungspolitik, ferner eine unzulängliche Gesetzgebung und Forstverwaltung haben immer neue Waldflächen der Rodung ausgeliefert. In den zwei Jahrzehnten des Bestandes des polnischen Staates wurden etwa 1 Million ha Waldfläche geschlagen und an ihre Stelle traten ertragsarme Bodenflächen und Ödländereien mit den bekannten Folgen von Verkarstung und Überschwemmungen. Die gesamte Waldfläche des Generalgouvernementsbeträgt heute noch rund 3 Millionen ha, so daß von der Gesamtfläche des Generalgouvernements mit über 14 Millionen ha auf den Waldanteil noch nicht 20 v.H. treffen. In den 4 verflossenen Jahren ergab die Holznutzung einen Gesamtbetrag von rund 18 Millionen Festmeter Nutzholz und rund 7 Millionen Festmeter Brennholz, zusammen also rund 26 Millionen Festmeter Nutzholz.

Dieser Holzeinschlag entsprichteiner Kahlfläche von rund 87.000 ha. Demgemäß mußte alle Aufmerksamkeit einer sachgemäßen <u>Aufforstung</u> zugewandt werden. In den letzten 4 Jahren wurden nahezu eine halbe Milliarde Forstpflanzen verschiedenster Holzarten ausgesetzt.

Der Stand der gegenwärtig in der Forstwirtschaft Beschäftigten beläuft sich auf rund 130 000 Peronen.

<u>Das</u>

Das Waldbahnnetz wurde mit 130 km neuer Strecken nicht unerheblich ausgebaut.

Den forstlichen Nebennutzungen wurde große Sorgfalt zugewendet. Hier handelt es sich vor allem um die Gewinnung von Rohharz und die Erzeugung von Kolophonium, Terpentin und Holzkohle; die Stockholzdestillation liefert in zunehmendem Maße Terpentinöl, Teer und Teeröl. Eine spürbare Entlastung der Ernährungswirtschaft brachte die Steigerung der Waldbeeren- und Pilzernte, die im Jahre 1942 beinahe das Vierfache gegenüber derjenigen im Jahre 1941 betrug. Besondere Wichtigkeit kommt der Torferzeugung zu; die Torfausbeute konnte von 100 000 Tonnen im Jahre 1941 auf 300 000 Tonnen im Jahre 1942 erhöht werden; im Jahre 1943 war bereits am 1. August ein Stand von 300 000 Tonnen erreicht.

b) Auf dem Gebiete der Holzwirtschaft wurden durch die Ausmerzung jüdischen Einflusses, die Verlagerung der Produktion auf zuverlässige deutsche Einsatzfirmen und durch zahlreiche Betriebsverbesserungen wesentliche Fortschritte erzielt. Die Stillegung von nahezu 500 unrentablen oder nicht kriegswichtigen Betrieben steigerte die Leistungskapazität der noch arbeitenden Werke erheblich.

Mit der Verknappung des flüssigen Treibstoffes erwuchs der Holzwirtschaft eine neue Aufgabe durch die Errichtung von Holztankstellen zur Versorgung von rund 2 000 auf Holzgas umgebauten zivilen Motorfahrzeugen mit Tankholz.

c) Auf dem Gebiete des Jagdwesens wurde infolge der Kriegswirren und des strengen Winters 1939/40 im Distrikt Galizien infolge der Russenherrschaft ein stark dezimierter Wildbestand vorgefunden. Aber die gleich in Angriff genommene Festlegung des Jagdrechts im Verein mit der Schaffung einer deutschen Jagdverwaltung hat diese Entwicklung aufgehalten und den Wiederaufbau eines neuen Wildbestandes ermöglicht.

Das Generalgouvernement ist z.Zt. in 1 400 Jagdbezirke eingeteilt, deren jeder einem deutschen Jäger übertragen ist. Die volkswirtschaftlichen Bedeutung der Jagd ist nicht zu unterschätzen; so wurden z.B. allein im Jagdjahr 1942 rund 330 000 kg Wildbret abgeliefert und dem Pelzmarkt z.B. 2 500 Fuchsbälge zugeführt. Die Erfassung der anfallenden Wilddecken und Edelpelze macht wachsende Fortschritte; so sind im laufenden Jagdjahr bereits 1 500 Rehdecken in den Handel gekommen.

In diesem Zusammenhang sei auch des Einsatzes des Forstschutzkorps gedacht, dem die Sicherung der forstlichen Dienststellen und holzwirtschaftlichen Betriebe sowie die Bekämpfung des Forst- und Jagdfrevels obliegt. Das Forstschutzkorps widmet sich auch der fachlichen Schulung nichtdeutscher Forstbeamten und Waldarbeiter; bisher haben 37 000 Personen ihre arbeitstechnische Ausbildung durch das Forstschutzkorps erhalten. Bei Ausübung ihres schweren Dienstes sind bisher 18 Forstschützen gefallen oder verstorben.

3. Gewerbliche Wirtschaft.

Die Aufstiegsgrundlagen der gewerblichen Wirtschaft waren in diesem Raume besonders ungünstig, da die polnischen Wirtschaftsformen und Wirtschaftsmittel, verglichen mit den Verhältnissen im Reich, ausserordentlich rückständig waren.

a) So galt es z.B. im Bergbau, zunächst die technischen Voraussetzungen für die Wiedereröffnung der Grubenförderung zu schaffen. Dies ist in verhältnismäßig kurzer Zeit in einer Weise gelungen, daß der Bergbau des Generalgouvernements trotz seines verhältnismäßig bescheidenen Gesamtvolumens als ein gewichtiger Faktor bei der allgemeinen Kriegsproduktion mitspricht.

Das Amt für Bodenforschung hat sich um die Erforschung und Erschließung der Bodenschätze sowie um die geologische

geologische Landesaufnahme in besonderer Weise verdient gemacht.

b) Die Industrie stand seit Kriegsbeginn, vor allem aber seit Ende 1942 unter dem Zeichen verschärfter Anspannung. Die Rüstungswirtschaft wurde laufend erweitert, die Reichsaufträge stiegen, die Industrieverlagerung begann sich auszuwirken.

Der Mangel an Arbeitskräften, Rohstoffen und Maschinen machte eine durchgreifende Durchkämmung sämtlicher gewerblicher Betriebe erforderlich. Allein im Distrikt Radom hat die Betriebsbereinigung die vor dem Kriege bestehenden 1 500 Industriebetriebe mit rund 40 000 Beschäftigten auf rund 500 brauchbare und entsprechend verbesserte Betriebe reduziert, denen nunmehr 50 000 Arbeiter zugewiesen werden konnten. Diese Bereinigungsmaßnahmen gilt es auch bei den verbleibenden Betrieben fortzusetzen, da Produktionsprogramm und Herstellungswege vielfach unzweckmäßig ausgebildet sind. Durch Schulungskurse, durch Einführung eines einheitlichen neuzeitlichen Rechnungswesens sowie durch Einführung von Reichsnormen wird soweit als möglich eine Angleichung an die industriellen Verhältnisse im Reich erstrebt.

Neben dieser Aufbauarbeit nimmt die laufende Überwachung der Produktion einen wichtigen Platz ein; hierzu rechnet z.B. die Ausstattung der Arbeiterschaft mit allem Lebensnotwendigen, die Versorgung der Betriebe mit Roh- und Brennstoffen, die Sicherung der erforderlichen Arbeitskräfte und die Sicherung eines reibungslosen Absatzes.

c) Auch im Bereich des Handwerks sah sich die deutsche Wirtschaftsverwaltung vor neue Aufgaben gestellt. Die handwerkliche Struktur im Generalgouvernement ist eine völlig andere als im Reich. Das Kleingewerbe konzentriert sich in den Städten und erfüllte dort Aufgaben,

die

die in Deutschland zum Teil längst an die Industrie übergegangen sind. Hier galt es, zur Einsparung von Arbeitskraft und Material durchgreifend zu konzentrieren. Demzufolge wurde eine Organisation geschaffen, die durch Bildung von Produktionsringen das Handwerk in die Lage setzt, Großaufträge, die von einzelnen Handwerkern nicht übernommen werden können, auszuführen.

Die Förderung des Handwerkernachwuchses durch Abkürzung der Ausbildungszeit unter Mitarbeit der Innungen, durch Umschulungskurse und Handwerkerschulen ist durch die deutsche Verwaltung stark vorwärtsgetrieben worden.

d) Auf dem Gebiet des Handels fehlte es früher an einem leistungsfähigen und vertrauenswürdigen Großverteilerapparat. Unter Heranziehung deutscher Überseefirmen wurden für je eine oder zwei Kreishauptmannschaften Kreisgroßhandlungen eingerichtet, die sich nicht nur bei der normalen Verteilung, sondern auch in Sonderfällen, wie der Prämienwarenverteilung im Rahmen der Ernteerfassungsaktion, gut bewährt haben. Der Typus des polnischen Einzelhandelsgeschäftes war der Einmann- und Einraum-Betrieb, in dem es alles zu kaufen gab, dessen Umsatz jedoch nach deutschen Begriffen seinem Inhaber keine Existenzgrundlage bot. Im Verfolg der allgemeinen Entjudung der Wirtschaft wurde ein großer Teil dieser Geschäfte stillgelegt . Darüber hinaus wurde aber wird versucht, durch ein systematisches Bereinigungsverfahren den Einzelhandel in gesunde und fortschrittliche Bahnen zu lenken. Die Betriebsbereinigungsaktion außerhalb der Großstädte ist nunmehr im wesentlichen abgeschlossen.

e) Einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Ankurbelung der Wirtschaft leisteten die unter Treuhandverwaltung stehenden Betriebe. Aus diesen ca. 3 000 Betrieben konnten der Kriegsproduktion in beträchtlichen

Umfang

Umfang Betriebseinrichtungen und Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Bei der Verwertung treuhänderisch verwalteter Unternehmen wurde eine größere Zahl in die Hand von Kriegsteilnehmern übergeführt; ferner wurde durch Bereitstellung solcher Unternehmen die Seßhaftmachung von Umsiedlern gefördert. Die unter Treuhandverwaltung stehende Erdölproduktion hat ihre Leistungen den kriegswirtschaftlichen Erfordernissen des Reiches angepaßt. Die Grundstücksverwaltung innerhalb der Treuhandverwaltung, umfaßt heute rund 110 000 Grundstücke mit einem Jahresmietsoll von 200 Millionen Zloty.

f) Als glückliche Ergänzung der staatlichen Wirtschaftsführung hat sich die Bildung von Kammern für die Gesamtwirtschaft im Generalgouvernement erwiesen, die der Herr Generalgouverneur durch Verordnung vom 3. März 1941 zur Neuordnung und Zusammenfassung der Selbstverwaltung im Bereiche der Gewerblichen Wirtschaft, der Ernährungs- und Landwirtschaft, der Forst- und Holzwirtschaft und der Arbeit verfügt hat. Unter Leitung des Regierungskommissars der Zentralkammer, den die Regierungskommissare der Distriktskammern zur Seite stehen, hat sich diese Organisation bestens entwickelt und bereits wichtige Funktionen im Rahmen der Gesamtwirtschaft des Generalgouvernements übernommen.

4. Arbeitseinsatz

Ein bestimmender Faktor der totalen Kriegsführung ist die Ordnung des Arbeitseinsatzes, Gerade in diesem Bereich zeigt sich die deutsche Aufbauleistung besonders eindrucksvoll. Während noch im September 1939 erste Aufgabe der Arbeitseinsatzverwaltung die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit war, konnte zu Beginn des Jahres 1940 mit der Großerfassung der arbeitslosen oder unterbeschäftigten Bevölkerung zunächst im Rahmen der Landarbeiteraktion für das Reich begonnen werden. Daneben aber galt es, den ständig wachsenden Vorhaben innerhalb des Generalgouvernements, zunächst der Holzindustrie, Erdölindustrie und des Verkehrswesens, ausreichende

chende Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Der beginnende Abwehrkampf gegen den Bolschewismus brachte den Arbeitsämtern erneute Kräfteanforderungen seitens der Wehrmachtdienststellen und insbesondere seitens der Ostbahn. Die sich anbahnende Auftrags- und Rüstungsverlagerung in das Generalgouvernement ließ vor allem den Bedarf an Metall- und Baufachkräften anschwellen. Durch Umschulung und systematische Betriebsauskämmung konnte der Bedarf, wenn auch nicht in völlig ausreichendem Maße, gedeckt werden. Die Bedeutung des Arbeitseinsatzes innerhalb des Generalgouvernements wird durch die Tatsache veranschaulicht, daß 1942 annähernd 1 Million Stellenvermittlungen von den Arbeitsämtern bearbeitet wurden. Die nächsten Aufgabe der Arbeitseinsatzverwaltung wird eine noch rationellere Bewirtschaftung der vorhandenen Arbeitskräfte sein, um weitere Kraftreserven, insbesondere Facharbeitskräfte, für das Reich und das Generalgouvernement freizustellen.

5. Verkehr

Eine besonders eindrucksvolle Darstellung des wirtschaftlichen Aufstieges im Generalgouvernement geben die Leistungen der großen Verkehrsträger.

a) Die Ostbahn betreibt und verwaltet zur Zeit rund 2 000 km zweigleisige, 4 500 km eingleisige und über 600 km Schmalspurbahnen. Die am Ende des Polenfeldzuges vorgefundenen Gleis- und Bahnhofsanlagen entsprachen in ihrem Umfang und Zustand den neuen Anforderungen in keiner Weise. Die durch den Feldzug hervorgerufenen Zerstörungen waren bis Ende 1939 durch behelfsmäßige Instandsetzungen im wesentlichen beseitigt. Bis zum Ende des Jahres 1940 konnten sodann sämtliche Strecken auf allen Gleisen wieder befahren werden. Die Zuspitzung der Lage gegenüber der Sowjetunion zwang im Herbst 1940 zu einem weiteren Ausbau des bisher nur auf wirtschaftliche Bedürfnisse eingerichteten Streckennetzes. Es

ist

ist besonders bemerkenswert, daß dieses umfangreiche Bauprogramm in dem strengen Winter 1940/41 durchgeführt werden konnte. Bis Ende 1942 waren auch sämtliche Strecken in Galizien, die durch die Sowjets sowie durch zwei Hochwasserkatastrophen im August 1941 gründlich zerstört waren, wieder befahrbar. Nachdem das Generalgouvernement zur Brücke zwischen dem Reich und den neugewonnen Ostgebieten geworden war, galt es, das Netz der Ostbahn auf eine noch gewaltigere Leistungssteigerung auszubauen. 14 Millionen cbm Erdmassen wurden bisher bewegt, 900 km Gleise gelegt, 440 neue Brücken und Brückenverstärkungen mit 18 500 m Länge ausgeführt.

Im öffentlichen Güterverkehr wurden
1940 15,3 Millionen Tonnen,
1942 18,2 Millionen Tonnen
verfrachtet; im Personenverkehr wurden
1940 47,9 Millionen,
1942 127,5 Millionen
Reisende befördert. - Hier sei auch der zur Sicherung des Eisenbahngutes der Bahnanlagen und des Nachschubs dienenden Bahnschutzpolizei gedacht, die seit Bestehen der Ostbahn im unaufhörlichen Kampf mit Eisenbahnräubern und Bandengruppen steht und bisher einen Verlust von 30 Gefallenen und 41 Verwundeten zu beklagen hat.

b) Für die Deutsche Post Osten lagen die Verhältnisse 1939 ähnlich wie für die Ostbahn. Obgleich nach Beendigung der Kampfhandlungen das frühere polnische Nachrichtenwesen völlig desorganisiert darniederlag, ist es gelungen, im Laufe der vergangenen 4 Jahre die vergleichbaren Leistungen der ehemaligen polnischen Postverwaltung bei weitem zu übertreffen. So ist z.B. von 1940 bis 1942 der Briefverkehr von rund 360 Millionen auf rund 480 Millionen, der Paketverkehr von 3,10 Millionen auf ca. 5,30 Millionen und der Geldverkehr im Postscheckdienst von rund 3,5 Milliarden Zloty auf etwa 13,5 Milliarden gestiegen. Das Fernleitungsnetz hat

sich

sich von rund 95 000 km vor dem Kriege bis Ende Dezember 1942 auf etwa 350 000 km erweitert. Zur polnischen Zeit wurden in einem Jahr 6,3 Millionen Ferngespräche, im Jahre 1942 etwa 13 Millionen Ferngespräche vermittelt. Die Zahl der Telegramme hat sich von über einer Million vor dem Kriege auf über 4 Millionen im Jahre 1942 erhöht. -

Sowohl durch ihre Gebührenpolitik als auch durch ihre Bemühungen um die Verbesserung der organisatorischen und technischen Verhältnisse hat die Deutsche Post Osten bewiesen, daß für sie nicht der wirtschaftliche Erfolg, sondern die Schaffung eines leistungsfähigen Nachrichtenwesens im Dienst-e der Wehrmacht, der Verwaltung und der Bevölkerung im Vordergrund steht.

c) Auch der Strassenverkehr wurde in den Dienst der Kriegswirtschaft gestellt. Der ohnehin nur unzulängliche, durch Verschleppung nach dem weiteren Osten noch mehr verringerte Kraftfahrzeugbestand aus der Zeit vor dem Polenfeldzug wurde erfaßt, nach übergeordneten staatlicher Gesichtspunkten eingesetzt und durch Einfuhr aus dem Reich vermehrt. Unter Ausnutzung des Wald-, Torf- und Erdgasvorkommens wurde die Umstellung der Fahrzeuge auf Ausweichkraftstoffe durchgeführt; größere Verkehrsträger wie die Strassenverkehrs G.m.b.H. und die Karpathen-Transport A.G. wurden geschaffen. Trotz der Laderaumknappheit konnten auch in Zeiten größter Verkehrsbeanspruchungen die Transportbedürfnisse befriedigt werden. In neueingerichteten Fahrschulen wird für den Fahrernachwuchs, besonders auch für die Ausbildung von Fahrern auf Generatorfahrzeugen gesorgt. Da der im Generalgouvernement erworbene Führerschein auch im Reich gilt, bedeutet die Pflege des Fahrernachwuchses gleichzeitig einen Beitrag zum Arbeitseinsatz des Reiches.

d)

d) Um das ganze Verkehrssystem des Generalgouvernements auf Schiene, Wasser und Straße zu einem schlagkräftigen Instrument des Kriegseinsatzes umzugestalten, plant der Herr Generalgouverneur bereits in den nächsten Wochen die Errichtung einer Hauptabteilung Verkehr anstelle der bisherigen Hauptabteilung Eisenbahnen. Diese unter der Führung des bisherigen Hauptabteilungspräsidenten Eisenbahnen stehende neue Hauptabteilung wird nach übergeordneten Gesichtspunkten und unter Ausschaltung jeglicher Überschneidungen und Reibungen zwischen den einzelnen Verkehrsträgern in rationeller Weise Eisenbahn, Binnenschifffahrt und Kraftwagen zum Einsatz bringen.

6. Technische Verwaltung.

Das Generalgouvernement ist dank seiner geographischen Lage die Brücke zwischen den mitteleurop-äischen Produktions- und Verkehrszentrum und den Rohstoffgebieten des Ostens und erhält damit verkehrspolitisch eine Aufgabe von besonderer Bedeutung.

a) Dieser Orientierung entsprach das Straßenverkehrsnetz des früheren polnischen Staates in keiner Weise. Vielmehr ist seinerzeit alles geschehen, um Polen durch eine einseitige Verkehrsausrichtung auf Warschau und die Ostsee von Deutschland und Russland abzuschliessen. Im Oktober 1939 übernahm die Straßenbauverwaltung nach Festlegung eines den neuen Bedürfnissen angepaßten Straßennetz rund 3 800 km Generalgouvernementsstraßen, 3 700 km Distriktsstraßen und 6 900 km Kreisstraßen. In Durchführung des neuen Straßenbauprogrammes wurden zunächst die west-östlichen Straßenzügen mit neuzeitlichen Straßendecken versehen und verbreitert, sowie entsprechende Brücken hergestellt. Diese Aufgabe war in August 1940 gelöst. Daneben entstanden eine Anzahl von Tal- und Fluß-Übergängen, darunter 4 große Weichselbrücken.

Im Juli 1940 wurde als weiteres Straßenbauprogramm,

das

das sogenannte "Otto-Programm", in Angriff genommen, das zunächst den Ausbau von rund 990 km Straßen und später von weiteren rund 800 km vorsah. Mit der Eingliederung Galiziens fielen der Straßenbauverwaltung neue große Aufgaben zu. Besonders vordringlich war die Wiederherstellung aller Flußübergänge vom Alt-Generalgouvernement nach Galizien. Außerdem wurden im Herbst 1941 die Ausbauarbeiten an der Durchgangsstraße Lemberg-Tarnopol bis zur Grenze des Generalgouvernements, sowie eine Durchgangsstraße Lemberg-Brody in Richtung Kiew begonnen und z.T. schon vollendet. Neben diesen übergeordneten Bauvorhaben wurden noch eine erhebliche Anzahl kleinerer Ausbaumaßnahmen durchgeführt.

b) Auch auf dem Gebiet des <u>Wasserbaues</u> waren vordringliche Aufgaben zu lösen und zwar

1. die Herstellung eines für das gesamte Wachstum geeigneten Grundwasserstandes,
2. die Ausgestaltung der Weichsel und ihrer Nebenflüsse als Schifffahrtswege,
3. die Ausnutzung der Wasserkräfte des Weichselgebietes zur Steigerung der Energieerzeugung.

Es wurden rund 240 000 ha entwässert, 5 600 ha drainiert, 9 200 ha umgebrochen, 220 km Deiche wurden neu geschüttet, 1 100 km Flußläufe reguliert und profilmäßig ausgebaut, 3 600 km Gräben neu geschaffen.

Nach der Räumung der Flußläufe von Brückentrümmern u.ä. wurden unverzüglich die Vorarbeiten für den Weichselausbau und die geplante Schifffahrtsverbindung nach Oberschlesien aufgenommen. Daneben wurden die vorhandenen Werften soweit instand gesetzt, daß die durch den Krieg schwer mitgenommene Weichselflotte wieder hergerichtet und neuer Schiffsraum gebaut werden konnte.

c) Von größter Wichtigkeit ist die <u>Energieversorgung</u> des Landes und der in das Generalgouvernement verlagerten Rüstungsbetriebe des Reiches. Hierbei galt es

<u>insbe-</u>

insbesondere wegen des Fehlens genügender Steinkohlenvorkommen, ausreichender moderner Wärmekraftwerke und wegen des in den Anfängen stehengebliebenen Ausbaues der Wasserkräfte besondere Schwierigkeiten zu überwinden.

Die Arbeiten an der 1939 zu 50% fertiggestellten Talsperre Roznow wurden unter deutscher Leitung so gefördert, daß im September 1941 der Stausee gefüllt und daß im Dezember 1941 bereits der erste Strom abgegeben werden konnte. Seitdem sind rund 60 Millionen kWh erzeugt worden. Die aufgewandten Mittel betragen bisher 55 Millionen Zloty. Im Herbst 1942 wurde der Weiterbau der zu polnischen Zeiten begonnenen Ausgleichssperre Czchow eingeleitet. Diese Sperre wird voraussichtlich im Laufe des Jahres 1944 in Betrieb genommen werden.

Durch planvolle Ordnung und restlose Ausschöpfung der vorhandenen brauchbaren Versorgungsmöglichkeiten ist es gelungen, die Energieversorgung den vordringlichsten Erfordernissen anzupaßen. Die Durchführung dieses energiewirtschaftlichen Programmes liegt in den Händen der von der Regierung gegründeten Ost-Energie-A.G. Auf dem Energiesektor konnte bis jetzt eine jährliche Erhöhung der Gesamterzeugung elektrischer Arbeit von 550 mio kWh und auf dem Gassektor eine zusätzliche Transportmöglichkeit durch Benutzung der neuen Rohrleitungen von durchschnittlich 400 Mio m³ erzielt werden.

7. Kreditwesen

Der Aufbau des Kreditwesens darf für die Dauer des Krieges als abgeschlossen gelten. Die Tätigkeit der Bankaufsichtsstelle für das Generalgouvernement begann mit der Erfassung des vorhandenen Kreditapparates, der auch schon vor dem Krieg verhältnismäßig unentwickelt war und durch den Krieg und die Aufteilung Polens völlig zurückgeworfen wurde. Die erste Maßnahme war die Wiederingangsetzung des Kreditgewerbes, vor allem

durch

durch Herstellung einer Vertrauensatmosphäre und durch Ordnungsmaßnahmen im Kreditgewerbe, wie die Beseitigung jüdischen Einflußes und unzuverlässiger Leitungen, durch Säuberung des Kreditgewerbes von nicht mehr lebensfähigen oder volkswirtschaftlich unerwünschten Kreditinstituten und schließlich durch Einführung eines Zahlungsaufschubs für Verpflichtungen aus der Vorkriegszeit. Um die allgemeinen Voraussetzungen für den Wiederaufbau des Kreditwesens zu schaffen, mußte sodann Klarheit über die infolge der Kriegsverhältnisse eingetretenen Veränderungen geschaffen werden. Durch ein Abkommen mit dem Reich erhielt das Generalgouvernement einen Ausgleich, der überwiegend zur Wiedergutmachung der durch den Krieg hervorgerufenen Wirtschaftsschäden verwendet wird. Darüber hinaus nimmt die Bankaufsichtsstelle wesentlichen Anteil, von der Seite des Kreditwesens her bei der allgemeinen Wirtschaftslenkung mitzuwirken. - Der Zufluß an <u>Einlagen bei den Kreditinstituten</u> von 66,9 Millionen im Herbst 1939 hat sich auf 1 Milliarde 697 Millionen im Juni 1943 erhöht. Am 31. August dieses Jahres erreichte die Summe der Einlagen erstmalig den Stand der Einlagen sämtlicher Kreditinstitute des alten Polen. Der Stand der Kredite betrug im Neugeschäft 1940 rund 118 Millionen, im Sommer 1943 bereits rund 1 Milliarde. Der größte Teil der Kredite entfällt auf den Handel, den Staat, öffentliche Körperschaften, die Industrie und die Landwirtschaft.

Ich komme nun zum Vierten Teile meines Berichts, der sich mit der

IV. <u>Finanzlage des Generalgouvernements</u>

befaßt.

Die Aufwärtsentwicklung, die das Wirtschaftsleben im Generalgouvernement in den vergangenen vier Jahren

zu verzeichnen hatte, findet ihren besonderen Niederschlag in der Entwicklung der Finanzlage des Generalgouvernements.

1. Die Befürchtungen, die man anfänglich angesichts der Zerstörungen, die der Krieg über das wirtschaftliche und soziale Leben des Landes gebracht hatte, für das Steueraufkommen hegte, erfüllten sich glücklicherweise nicht. Nach erfolgreicher Wiederbelebung von Industrie und Handel besserten sich schon im ersten Jahr die Steuereinnahmen und erreichte das Nettoaufkommen an Besitz- und Verkehrssteuern im Rechnungsjahr 1940/41 die Höhe von 253,5 Millionen Zloty. Zum Vergleich sei angeführt, daß in dem gleichen Gebiet vor dem Krieg unter völlig normalen Wirtschaftsbedingungen ungefähr 350 Millionen Zloty aufgebracht wurden. Im Rechnungsjahr 1941/42 stieg das Nettoaufkommen auf 649 Millionen Zloty. In diesem Betrag ist das Aufkommen des Distrikts Galizien mit 42,6 Millionen Zloty enthalten. Im Rechnungsjahr 1942/43 stieg das Aufkommen weiter und erreichte 1,1 Milliarden Zloty. Von diesem Betrag entfallen auf den Distrikt Galizien 103,5 Millionen Zloty. Für das laufende Rechnungsjahr wird eine weitere Steigerung, vor allem im Distrikt Galizien, erwartet.

Die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern stiegen von rund 120 Millionen Zloty im Jahre 1940 auf rund 185 Millionen Zloty im Jahre 1941 und auf rund 206 Millionen im Jahre 1942.

Die Einnahmen aus den Monopolen erhöhten sich von rund 439 Millionen Zloty im Jahre 1940 auf rund 646 Millionen Zloty im Jahre 1941 und auf rund 922 Millionen Zloty im Jahre 1942.

An Verwaltungseinnahmen wurden 1940 8,6 Millionen Zloty erzielt, 1941 rund 13 Millionen Zloty und 1942 rund 43 Millionen Zloty.

Die Gesamteinnahmen des Generalgouvernements aus den erwähnten Einnahmequellen beliefen sich somit 1940 auf

auf rund 871 Millionen Zloty, 1941 auf rund 1,4 Milliarden Zloty und 1942 auf rund 2,2 Milliarden Zloty. Die Aufwärtsbewegung der Staatseinnahmen hält auch im Jahre 1943 an.

2. Diese Einnahmen sind in den ordentlichen Haushalten der Jahre 1940 bis 1943 erfaßt, die in Einnahme und Ausgabe folgende Abschlußziffern zeigen:

1940	rund 1 Milliarde Zloty
1941	rund 1,7 Milliarden Zloty
1942	rund 2,7 Milliarden Zloty
und 1943	rund 3,6 Milliarden Zloty.

Daneben wurden für die Bewirtschaftung außerordentlicher Einnahmen und Ausgaben außerordentliche Haushalte aufgestellt, die in Einnahme und Ausgabe folgende Abschlußziffern aufweisen:

1940	rund 278 Millionen Zloty
1941	rund 714 Millionen Zloty
1942	rund 477 Millionen Zloty
und 1943	rund 628 Millionen Zloty.

Auf der Grundlage der günstigen Steigerung der Einnahmen war eine entsprechende Haushaltsführung möglich, die zwar den Geboten der Sparsamkeit folgte, aber die Entwicklung der Verwaltung und Wirtschaft ermöglichte und förderte.

Die Lösung zahlreicher Probleme in Verwaltung und Wirtschaft war in hohem Maße davon abhängig, daß auf dem Ernährungssektor stabile Verhältnisse hergestellt und gesichert werden konnten. In rechtzeitiger Erkenntnis dieser Tatsache hat es die Hauptabteilung Finanzen von vornherein als ihre vornehmste Aufgabe angesehen, bei der Haushaltsgestaltung in allererster Linie Mittel für die Förderung der Ernährungs- und Landwirtschaft bereitzustellen, da sonst starke Preiserhöhungen nicht hätten vermieden werden können. Auf Grund einer straffen Haushaltsführung gelang es, die ständig steigenden Anforderungen der Ernährungs- und Landwirtschaft in den einzelnen

zelnen Haushaltsjahren zu befriedigen. Einige Zahlen mögen diese Beiträge der Hauptabteilung Finanzen zur Sicherung der Ernährung veranschaulichen:

Für Förderung der Ernährungs- und Landwirtschaft im allgemeinen wurden bereitgestellt:

Im Haushaltsjahr	1940	rund	50 Millionen Zloty
" "	1941	"	75 Millionen Zloty
" "	1942	"	104 Millionen Zloty
und " "	1943	"	139 Millionen Zloty.

Für die von der Liegenschaftshauptverwaltung verwalteten landwirtschaftlichen Betriebe, die für die Ernährungssicherung von ganz besonderer Bedeutung sind, die aber aus eigenen Kräften besonders im Hinblick auf notwendige Investitionen und die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht rentabel arbeiten können, wurden bereitgestellt:

In den Haushaltsjahren	1940 u.1941	jährlich rund 13 Millionen Zloty
Im Haushaltsjahr	1942	rund 81 Millionen Zloty
Im Haushaltsjahr	1943	rund 188 Millionen Zloty.

Im Rahmen der Maßnahmen, die zur Förderung der Ernährungs- und Landwirtschaft zu finanzieren waren, sind insbesondere hervorzuheben die Düngemittelverbilligung, die Übernahme von Getreidelagerungsverlusten und die Finanzierung von Speicherbauten. Für diese Zwecke wurden z.B. im Haushalt 1943 folgende erhebliche Beträge bereitgestellt:

Zur Düngemittelverbilligung	rund 30 Millionen Zloty
zum Ausgleich von Verlusten bei der Lagerung von Getreide und anderen pflanzlichen Erzeugnissen	rund 44 Millionen Zloty
und für Speicherbauten	rund 94 Millionen Zloty.

Erwähnt seien in diesem Zusammenhange auch die bedeutenden Lieferungen der Monopolverwaltung an Prämienware an die Landwirtschaft; so wurden z.B. 1941/42 270 Millionen Zigaretten und 4 Millionen Liter Trinkbranntwein,

branntwein, 1942/43 1,5 Milliarden Zigaretten und 12 Millionen Liter Trinkbranntwein geliefert; für 1943/44 ist die Bereitstellung von 2 Milliarden Zigaretten und 30 Millionen Litern Trinkbranntwein vorgesehen.

Neben diesen Leistungen für die Ernährungssicherung ist es auch noch möglich gewesen, seit 1941 in immer steigendem Ausmaße dem Reich einen Wehrbeitrag zur Verfügung zu stellen. Dieser teils in den ordentlichen, teils in den außerordentlichen Haushalten veranschlagte Wehrbeitrag betrug für 1941 500 Millionen Zloty und für 1942 700 Millionen Zloty; für 1943 sind 1,3 Milliarden Zloty vorgesehen.

Eine weitere bedeutsame Leistung des Staatshaushaltes des Generalgouvernements ist der Ersatz der gesamten Polizeikosten an das Reich, eine namhafte Stelle nehmen im Staatshaushalt auch die Leistungen ein, die für die soziale Betreuung, Fürsorge, Besoldung und Vergütung der im öffentlichen Dienst eingesetzten Gefolgschaftsmitglieder, der deutschen sowohl wie der nichtdeutschen erbracht worden sind. Hierher gehören die Ausgaben für die Einrichtung von Kasinos, Sportplätzen, Büchereien, Erholungsheimen der Deutschen und für die Einrichtung von Gemeinschaftsküchen, Konsumvereinen und Verteilungsstellen für die Nichtdeutschen; weiters die Gewährung von Beschäftigungsvergütungen, Reisebeihilfen und die Beihilfen und Unterstützungen in den Fällen unverschuldeter Notlage.

Besondere Maßnahmen der Finanzverwaltung galten auch der Gesundung der Gemeindefinanzen.

Nachdem den Gemeinden und Gemeindeverbänden zunächst jedenfalls in allen Fällen der Erfüllung staatlicher Aufgaben oder in Fällen besonderer Not von Seiten der Regierung Betriebsmittel zur Verfügung gestellt worden waren, wurde bald darauf hingewirkt, daß sie rechtzeitig einen ordentlichen Haushaltsvoranschlag aufstellten und innehielten. Die Entwicklung der Verhältnisse zwang dazu, ihnen auch besondere und ausreichende Einnahmequellen

nahmequellen zu erschliessen. Die den Gemeinden nach dem bisherigen polnischen Recht zufließenden Einnahmen durch Anteile am Aufkommen der Einkommensteuer, Lohnsteuer usw. reichten nicht zur Befriedigung des dringendsten Finanzbedarfs aus. Es wurde daher durch die Einführung einer Registriergebühr und einer Einwohnerabgabe und vor allem durch die Einführung der Gewerbesteuer eine Gesundung der Gemeindefinanzen herbeigeführt.

3. Nach diesem Überblick über die Entwicklung der Einnahmen und einige der bedeutsamsten Leistungen des Staatshaushaltes soll nun noch in kurzen Zügen der Arbeit gedacht werden, durch die diese Entwicklung und diese Leistungen ermöglicht worden sind.

a) Schon im September und Oktober 1939 waren 126 nichtdeutsche Steuerämter von Beamten der Reichsfinanzverwaltung wieder in Gang gesetzt worden, nachdem sich die polnischen Beamten allmählich wieder eingefunden hatte.

Im Sommer 1941 kamen noch weitere 56 Steuerämter in Galizien dazu. Diese Steuerämter sind nur mit nichtdeutschen Kräften besetzt. Durchschnittlich 5 bis 10 Steuerämter, in Warschau sogar mehr, unterstehen der Aufsicht eines deutschen Finanzinspekteurs, dem 2 bis 4 deutsche Beamte zur Unterstützung beigegeben sind. Die ursprüngliche Zahl von 39 Finanzinspekteuren konnte im Laufe der Jahre durch Zusammenlegung auf 24 herabgesetzt werden.

Die früheren polnischen Steuergesetze blieben grundsätzlich in Kraft. Wenn dieselben auch nicht den bevölkerungspolitischen Gedanken und den Grundsätzen einer nationalsozialistischen Steuerpolitik entsprachen, bestand für die deutsche Verwaltung zunächst keine Veranlassung, hier allgemein reformatorisch einzugreifen. Das vorhandene Steuersystem mußte aber weitgehend verbessert und ausgebaut werden, soweit es die wirtschafts-

politischen

politischen und bevölkerungspolitischen Belange der Deutschen, eine straffe Erfassung und Überwachung der Steuerpflichtigen, insbesondere des Schiebertums, und eine Steigerung des Steueraufkommens notwendig erscheinen ließen.

b) Auf Grund wirtschaftlicher Erwägungen wurde das Generalgouvernement nicht mit der hochentwickelten Volkswirtschaft des Deutschen Reiches zu einem Wirtschaftsgebiet vereinigt, sondern zu einem selbständigen Wirtschafts- und Zollgebiet erklärt. Die Tätigkeit der Zolldienststellen der Regierung des Generalgouvernements beschränkt sich jedoch im wesentlichen auf die Überwachung des Zollverkehrs im Innern des Generalgouvernements, wozu vor allem die Ausübung der Steuer- und Monopolaufsicht in einer großen Anzahl von Erzeugungsstätten und die Überwachung des ausgedehnten Tabakanbaues gehört. Die Aufgaben auf dem Gebiet der Verbrauchssteuern und der Monopole haben in der letzten Zeit wesentlich an Bedeutung zugenommen, weil die Erzeugung in Betrieben, die der amtlichen Aufsicht unterliegen, beträchtlich gesteigert werden konnte und auch in Zukunft noch weiter erhöht werden wird. Durch den dadurch erhöhten Umsatz an verbrauchsteuerpflichtigen Waren wird der Einnahmeausfall, der durch die Zollbefreiung der Wareneinfuhr aus dem deutschen Zollgebiet und aus den besetzten Gebieten hervorgerufen ist, nahezu ausgeglichen. Die Belange der Zollverwaltung des Generalgouvernements an den Grenzen des Generalgouvernements werden aus Zweckmäßigkeitsgründen und wegen Personalmangel von den Organen der Reichsfinanzverwaltung wahrgenommen. Der Zollgrenzschutz im Generalgouvernement dient der Regierung des Generalgouvernements als Auftragsverwaltung und sichert in hartem und verantwortungsvollem Dienst auf vorgeschobenen und oft einsamsten Posten rund 2 000 km Grenze gegen die Slowakei, gegen Ungarn, Rumänien und gegen das Reichskommissariat Ukraine.

c) Eine besondere Bedeutung im Rahmen der staatlichen Einnahmebewirtschaftung und der planmäßigen Erzeugung und Absatzlenkung für eine Reihe kriegswichtiger Artikel kommt im Generalgouvernement der staatlichen Monopolverwaltung zu, die im Rahmen der Hauptabteilung Finanzen von der Generaldirektion der Monopole ausgeübt wird. Der deutschen Verwaltung war nach dem Zusammenbruch des polnischen Staates die Aufgabe gestellt worden, den Betrieb der Staatsmonopole aus Versorgungs- und staatsfinanziellen Gründen möglichst rasch und vollständig wieder aufzubauen. Diese Aufgabe konnte ungeachtet der durch die Kriegsereignisse hervorgerufenen besonderen Schwierigkeiten, wie die Stillegung ehemaliger polnischer Monopolbetriebe und die völlige Zerstörung von Werken und ungeachtet der vorhandenen geringen Anzahl deutscher Arbeitskräfte erfüllt werden. Darüber hinaus wurde durch die Schaffung neuer Betriebe und die Verbesserung übernommener Produktionsstätten eine stetige Steigerung der Produktionsergebnisse und damit auch der Einnahmen erzielt, wobei die im wesentlichen zufriedenstellende Mitarbeit der insgesamt 17 303 nichtdeutschen Arbeitskräfte nicht unerwähnt bleiben soll. Der Entwicklung der Monopoleinnahmen entspricht auch die produktionsmäßige Gestaltung der Monopolbetriebe, die sich durch eine gewaltige Steigerung von Jahr zu Jahr auszeichnet.

aa) Das Tabakmonopol konnte nach gründlicher Überholung des vorgefundenen, meist veralteten Maschinenbestandes und nach Ausbau einer Reihe von Werken auf moderner Grundlage den stetig steigenden Anforderungen im Rahmen der kriegsbedingten Möglichkeiten voll gerecht werden. Die Kriegsverhältnisse zwangen, den gesteigerten Rohstoffbedarf naturgemäß in erster Linie durch eine Vergrößerung der Tabakanbauflächen im Generalgouvernement zu decken.
So ist es gelungen, die Tabakanbauflächen von 4 700 Hektar im Jahre 1940 auf 15 300 Hektar im Jahre 1943, somit um 225 %, zu steigern. Der Erfolg dieser Maßnahmen ist eine Steigerung des Gesamtertrages

ertrages von 6 736 to im Jahre 1940 auf voraussic lich 12 800 to Rohtabak im laufenden Jahr.

bb) Auch das Branntweinmonopol kann auf eine Steigerung von 5 Millionen Liter 100 %igen Spiritus im Brennjahr 1939/40 auf 25,3 Millionen Liter im Jahre 1942/43 hinweisen; diese letzten Zahlen beziehen sich auf das Gebiet des Generalgouvernements ohne den Distrikt Galizien. Im Distrikt Galizien wurden 1941/42 etwas über 700 000 Liter, 1942/43 dagegen schon 2,2 Millionen Liter erzeugt. Diese Erfolge konnten erzielt werden, obwohl auch auf dem Gebiete des Branntweinmonopols eine ganze Reihe der Erzeugungsbetriebe zunächst in zerstörtem oder nicht betriebsfähigen Zustand vorgefunden wurde und demgemäß zu Beginn eine umfangreiche Wiederaufbauarbeit erforderlich war. So konnten von Jahr zu Jahr steigende Mengen von Industriesprit besonders für Rüstungszwecke im Generalgouvernement und im Reich geliefert werden.

cc) Die Betriebe des Salzmonopols zeigen ebenfalls eine aufsteigende Entwicklung. Es konnte der Absatz im Generalgouvernement von 119 235 to im Jahre 1940 auf 199 422 to, im Jahre 1942 und außerhalb des Generalgouvernements von 16 630 to im Jahre 1940 auf 120 437 to im Jahre 1942 gesteigert werden. Salz wird derzeit in das Reich, in die Ukraine, in die Slowakei und in das Protektorat ausgeführt. Durch die Erhöhung der Salzgewinnung im Generalgouvernement wurde die Salzindustrie des Reiches ganz wesentlich entlastet und wertvoller Frachtraum eingespart. Das Salzmonopol verwaltet auch die Kaligruben in Galizien.

Neben den bisher erwähnten drei Voll- d.h. Erzeugungs- und Verkaufsmonopolen bestehen noch das Süßstoff-, Zündholz-, Glücksspiel- und Mineralölmonopol als Umsatzmonopole.

dd)

dd) Durch das Süßstoffmonopol wurde die Versorgung der nichtdeutschen Bevölkerung mit künstlichen Süßstoffen den Kriegsverhältnissen entsprechend in geordnete Bahnen gelenkt, der im Hinblick auf die kriegsmäßige Verknappung in der Zuckerwirtschaft Bedeutung zukommt.

ee) Beim Zündholzmonopol obliegt die Erzeugung und der Vertrieb der Zündhölzer unter Überwachung durch die Generaldirektion der Monopole einem ausländischen Unternehmen, das im Generalgouvernement zwei Fabriken besitzt.

ff) Das Glücksspielmonopol wurde zur Erfassung und Lenkung des ausgeprägten Spielbedürfnisses der polnischen Bevölkerung geschaffen.

gg) Das Mineralölmonopol brachte eine straffe Zentralisierung des gesamten Mineralölvertriebs im Generalgouvernement, der auf die besonderen Belange der Wehrwirtschaft und der Wehrmacht abgestellt ist und von der Monopolvertriebs-A.G. für Mineralöl wahrgenommen wird.

d) Schließlich verwaltet die Finanzverwaltung auch noch die Staatsbäder und einen bedeutsamen Liegenschaftsbesitz des Generalgouvernements. Die Staatsbäder Busko und Krynica unterstehen ihr bereits seit dem Winter 1939/40. Es ist, wenn auch unter großen Mühen, sehr schnell gelungen, beide Bäder voll in Betrieb zu setzen. Seit dem Herbst 1942 ist auch das Bad Morszyn in staatliche Verwaltung genommen worden, die Übernahme von Bad Rabka schwebt.

Ich darf diesen Teil abschließen und zu den letzten Abschnitt meines Berichtes übergehen:

• Die Arbeit des Staatssekretariats für das Sicherheitswesen.

Alle diese Aufbauerfolge hätten nicht erzielt werden können, wenn nicht Sicherheit und Ordnung in diesem

Raume aufrecht erhalten worden wären. Es ist das große Verdienst des Staatssekretariats für das Sicherheitswesen, diese schwere Aufgabe gemeistert zu haben. Angefangen von der Säuberung des Landes von abgesprengten polnischen Heereseinheiten und Verbrecherbanden oder der Entwaffnung der Zivilbevölkerung im Jahre 1939 bis zum heutigen Tage sah sich die Verwaltung des Sicherheitswesens stets vor neue Aufgaben gestellt. Zahlreiche Verstecke von Waffen und Munition konnten erst nach mühsamer Kleinarbeit in engsten Zusammenwirken von Ordnungspolizei und Sicherheitspolizei durch Verhör zahlreicher Zivilpersonen ausgekundschaftet, erfaßt und sichergestellt werden. Wie sehr die Arbeit der Polizei durch Mangel an Polizeikräften, durch Mangel an Kraftfahrzeugen, durch den anfänglich noch unvollständigen Ausbau des polizeilichen Nachrichtennetzes, durch die Unwegsamkeit des Geländes abseits der Hauptstraßen und durch den störend sich einschaltenden polnischen Nachrichten- und Widerstandsdienstes erschwert wurde, ist kaum zu ermessen. Dazu kam, daß die Polizei sich für die verschiedenartigsten Aufgaben der Verwaltung als Exekutive zur Verfügung stellen mußte. Sie wurde ebenso benötigt zur Befriedung des Landes, wie zum Kampf gegen Schleichhandel und Preiswucher, zur Ernteerfassung und Arbeitergestellung, zur Bewältigung des Judenproblems, wie zur Durchführung des Gewerbeaußendienstes.

In richtiger Erkenntnis der Lage wurde der Plan, die ehemalige polnischen Polizei wieder arbeitsfähig zu machen und unter Führung, Dienstaufsicht und Überwachung der deutschen Polizei in das gesamte Polizeiwesen des Generalgouvernements einzubauen, in die Tat umgesetzt. Organisatorisch in eine Gemeindepolizei umgewandelt, wurden ihr zahlreiche ordnungs- und sicherheitspolizeiliche Aufgaben gegenüber der polnischen Bevölkerung übertragen. Es kann heute anerkannt werden, daß die einheimische Polizei nach der Reinigung von unzuverlässigen Elementen gerade auch auf dem Gebiet

der

der Verbrecher- und Bandenbekämpfung erfolgreich eingesetzt werden konte und - wie sie durch den bisher entrichteten Blutzoll bewiesen hat - zusammen mit der deutschen Polizei pflichtschuldigst ihren Dienst tut.

Bei der andauernden Verminderung der ursprünglich hier stationierten Polizeikräfte, die im Zusammenhang mit den zunehmenden Anforderungen der Ostfront verfügt werden mußte, mußte daran gedacht werden, zur Unterstützung der Polizeikräfte auch den letzten waffenfähigen Deutschen zur Verstärkung der Sicherheit in diesem Lande heranzuziehen. Dem dient die durch den Reichsführer-SS im Einvernehmen mit dem Generalgouverneur eingeführte Polizeidienstpflicht aller im Generalgouvernement befindlichen deutschen Zivilpersonen, Männer und Frauen. Sie sind durch Offiziere und Unterführer der deutschen Ordnungspolizei ausgebildet und verschiedentlich schon mit beachtlichem Erfolg eingesetzt worden. Daß es für die Verwaltung jeweils nicht leicht war, bei ihrer eigenen schwachen personellen Besetzung auch noch Kräfte zum Polizeidienst abzustellen, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden. Es ist aber stets das Menschenmögliche getan worden, die Polizei insoweit nach besten Kräften in ihrer schwierigen Aufgabe zu unterstützen.

Der durch Verordnung des Herrn Generalgouverneurs vom 6. Mai 1940 errichtete Sonderdienst, der grundsätzlich nur für Aufgaben verwaltungstechnischer Natur bestimmt und den Kreis- und Stadthauptleuten für diese Zwecke zur Verfügung gestellt ist, konnte ebenfalls im Notfalle zur Erfüllung polizeilicher Aufgaben mit herangezogen werden. Die sorgfältige Ausbildung unter oberster Leitung des Befehlshabers der Ordnungspolizei hat den Sonderdienst zu einem überaus brauchbaren Instrument der Verwaltungsexekutive werden lassen, das heute aus dem Verwaltungsaufbau des Generalgouvernements nicht mehr wegzudenken ist.

Organisa-

Organisatorisch hat sich vor allen der Ausbau eines engmaschigen und verstärkten Netzes von polizeilichen Stützpunkten in allen Teilen des Landes bewährt. Die seit Ausgang des Jahres 1942 an allen Fronten in Erscheinung tretende Anspannung der Kriegslage glaubten Widerstandsbewegung und Banden in verstärkten Maße für ihre Zwecke ausnützen zu können. Sabotageversuche an der deutschen Aufbauarbeit, Anschläge auf deutsche Amtsträger, Behörden und Dienststellen, auf Einrichtungen des Verkehrswesens und Gewaltmaßnahmen gegen Deutsche und loyal eingestellte Nichtdeutsche nahmen bedenklich zu. Durch russische Agenten und Fallschirmspringer sowie durch Abwurf von Waffen, Munition und sonstigem Gerät erhielten diese Widerstandskräfte personelle und materielle Verstärkung, um noch aktiver werden zu können. Durch Verkündung des Ernteausnahmezustandes und erst jüngst durch Verkündung der Verordnung zur Bekämpfung ~~ee~~ von Angriffen gegen das deutsche Aufbauwerk im Generalgouvernement ist diesem Widerstand der schärfste Kampf angesagt und die volle Strenge des Gesetzes angedroht worden. Dem aufopferungsvollen, selbstlosen und jederzeit zur Hingabe bereiten Einsatz von Offizieren und Männern der Polizei ist es zu danken, wenn bis jetzt der deutschen Aufbauarbeit im Generalgouvernement Schutz und Rückhalt geboten werden konnte. Nahezu 1 000 Gefallene und über 1 000 verwundete Offiziere, Unterführer und Männer allein der deutschen und fremdvölkischen Ordnungspolizei im Generalgouvernement sind Zeugen dafür, daß die Männer der Polizei ihre Pflicht tun und auch künftig auf ihrem Posten stehen werden.

Herr Generalgouverneur ! Ich habe Ihnen mit meinen Ausführungen einen Überblick und die Rechenschaft über die vergangenen 4 Jahre Arbeit des Generalgouvernements zu geben versucht. Der Versuch ist gekennzeichnet einesteils in der Beschränktheit der hierfür zur Verfügung stehenden Zeit, andererseits durch die menschliche Unzulänglichkeit, diesen Gesamtstoff wirksam zur Darstellung zu bringen. Allein dieses Aufbauwerk ist ein historisches Faktum, das für sich selbst spricht und für alle Zeiten von der deutschen Gestaltungskraft und der deutschen Leistung in diesem Weichselraum zeugen wird. Es wäre undankbar zu behaupten, daß dieses geschichtliche Werk und diese geschichtliche Leistung ausschließlich von der deutschen Verwaltung des Generalgouvernements erstellt worden wäre. Ohne die unbedingte Bereitschaft, mit den staatlichen Dienststellen zusammenzuarbeiten,und ohne die Möglichkeit, Energien der Wehrmacht, der Partei, in vielen Ausstrahlungen auch der Reichszentralen, in das gleiche Strombett einfließen zu lassen wie die staatliche Arbeit, hätte vieles nicht erstellt werden können, wäre vieles Stückwerk geblieben. Es liegt mir daher am Herzen, allen diesen Dienststellen sowie deren Leitern und militärischen Befehlshabern öffentlich aufrichtigst zu danken für das rückhaltlose Vertrauen, das sie in der gegenseitigen Zusammenarbeit den staatlichen Stellen immer und immer wieder erwiesen haben. Ich danke aber auch allen meinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, gleichgültig an welcher Stelle sie am Gelingen des großen Werkes ihren Beitrag erbracht haben. Ich danke den Landkommissaren, den Kreis- und Stadthauptleuten, den Gouverneuren, den Hauptabteilungen und Ämtern der Regierung als den Trägern besonders massierter Verantwortungen. Ich danke auch Ihrem Mitarbeiterstab, Herr Generalgouverneur, auf der Burg in Krakau,

der so wesentlich an der Erleichterung meiner Aufgaben mitgearbeitet hat. Ebenso gebührt Dank dem Bevollmächtigten des Generalgouverneurs, der die Verbindung der Behördenstellen des Generalgouvernements zu den obersten Reichsinstanzen vorbildlich gepflegt und ausgebaut hat. Mein Dank gilt vor allem Ihnen, Herr Generalgouverneur, der Sie uns allen in so großzügiger und menschlich vertrauenschenkender Weise unsere Arbeit ermöglicht haben; von Ihnen nahmen wir immer und in jeder Situation die starken Impulse für unser Schaffen. Es ist mein Wunsch am 5. Jahrestag der Errichtung des Generalgouvernements, daß das Werk, das Ihren Namen trägt, hineinleuchten möge in die große Zukunft unseres deutschen Volkes und daß Ihnen die Vorsehung noch viele Jahre ungebrochener Arbeitskraft und Energieentfaltung schenken möge für Ihren schweren und verantwortungsvollen Dienst für Führer und Reich.

R e g i e r u n g s s i t z u n g
im Königssaal der Burg zu Krakau
am 16. Dezember 1943

-.-

Ausgefertigt in 3 Exemplaren:

1.) zu den Akten der Kanzlei des Generalgouverneurs
2.) zu Hd. Staatssekretärs Dr. Bühler
3.) zu Hd. Ministerialrats Dr. Weh.

Anwesenheitsliste

für die Regierungssitzung

am 16. Dezember 1943

im Königssaal der Burg

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Lammers	Reichsminister	Reichskanzlei
Dr. Stuckart	Staatssekretär	Reichsministerium des Innern
Dr. Klemm	Präsident	Reichsarbeitsministerium
Schmid	Direktor	Hauptamt für Volksgesundheit
Dr. Conti	Reichsleiter	Reichsgesundheitsführer
Dr. Klopfer	Staatssekretär	Parteikanzlei
Dr. Meyer	Oberbürgermeister	Hauptstadt Berlin
Dr. Leibbrandt	Ministerialdirektor	Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete
Dr. Backe	Staatssekretär	Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft
Dr. Stothfang	Ministerialdirektor	Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft
Dr. Kaufmann	Reichsleiter	Gauleiter und Reichsstatthalter in Hamburg
Dr. Todt	Reichsminister	Reichsminister für Bewaffnung und Munition
Dr. Ley	Reichsleiter	Deutsche Arbeitsfront
Dr. Goebbels	Reichsminister	Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda
Dr. Lammers	Reichsminister	Reichskanzlei
Dr. Meyer	Oberbürgermeister	Hauptstadt Berlin

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]	Luftschutzleiter V.S. d. A.P.	V.S. d. A.P. Reichsstandarte
[illegible]	Stellv. Leit. (v.H.)	NSDAP.
[illegible]	Prosecket der Regierung Leiter des Amtes	für Jugend
[illegible]	Min Rat G.B.A., Chef	Amt für Gesetzgebung Völkische Kriegsführung
[illegible]	[illegible]	Justizverwaltung
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]	Präsident	Facistat. Justiz
[illegible]	Min. R.	H. d. Verk.
[illegible]	Präsident	Gen. Abt. Personalwesen
[illegible]	"	" Wirtschafts-Abteilung
[illegible]	Abteilungsleiter	Abt. Leiter Personalwesen
[illegible]	Präsident	H. d. Wirtschaft
[illegible]	Reg. R.	Stv. d. Personalamts im Reichsfin.
[illegible]	Ob.-Regierungsrat	

IV/9

Beginn der Sitzung 10 Uhr 40 Minuten.

Nach Eröffnung der Sitzung führt der Herr Generalgouverneur einleitend aus:

Meine Herren! Ich habe Sie am Schlusse dieses Jahres zusammen gerufen, um mit Ihnen noch einmal die wichtigsten Probleme einer Erörterung zu unterziehen. Ich brauche die Bedeutung des vergangenen Jahres für den Aufbau des Generalgouvernements und der in ihm geleisteten Arbeit nicht besonders hervorzuheben. Im Vergleich zu den vergangenen Jahren des Aufbaues wird uns das 1943, wenn wir am Ende des Jahres 1944 stehen werden, als ein Jahr friedlicher Arbeit vorkommen. Es ist aber gar kein Zweifel: die Schwierigkeiten und die ausserordentlichen Belastungen dieses Raumes werden sich im Laufe der Zeit immer mehr steigern, und im Zusammenhang mit der allgemeinen Kriegsentwicklung werden sich die Sorgen häufen. Umso notwendiger ist es, dass wir uns am Ende dieses Jahres dessen bewusst sind, dass wir unerschütterlich die von uns bisher eingehaltene Linie der Arbeit beibehalten. Ich kann es Ihnen nicht oft und eindringlich genug sagen, dass Voraussetzung auch für die weitere Arbeit die absolute Einheitlichkeit der Führung dieses Gebietes, die totale Geschlossenheit aller deutschen Arbeit in diesem Raum und die restlose Zielsicherheit dieses Raumes sind. Wir haben uns mit diesen Grundsätzen auch im vergangenen Jahr das Wunderwerk vollbracht, aus einem völlig zerstörten Gebiet nunmehr das letzte noch völlig in deutscher Hand befindliche, ausserhalb des deutschen Reiches liegende Ostbollwerk aufzubauen. Es ist unser Stolz, diese Leistung vollbracht zu haben. Indem ich Ihnen allen meinen Dank und meine Anerkennung für die Leistungen des vergangenen Jahres ausspreche, möchte ich zugleich der Erwartung Ausdruck geben, dass wir auch im nächsten

Jahre

nach den altbewährten Grundsätzen unsere Arbeit fortsetzen werden.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt einen kurzen Überblick über die Arbeit der Regierung im vergangenen Jahr. Er führt aus: nachdem am 26.Okt. die Regierung des Generalgouvernements auf eine vierjährige Bestehenszeit zurückblicken konnte, möchte ich diesen Zeitpunkt als den bezeichnen, in welchem die restlose Konsolidierung des Aufbaues unserer staatlichen Einrichtungen und eine Anerkennung und Durchsetzung dieser Arbeit festgestellt werden kann. Die Entwicklung unserer Arbeit hat sich in ruhigen Bahnen vollzogen.

Auf dem Gebiet der Ernährung und Landwirtschaft hat die Entwicklung einen guten Start gehabt, und es besteht die Aussicht, dass wir die landwirtschaftliche Produktion dieses Gebietes trotz der Schwierigkeiten, die sich auch im letzten Jahr wieder gezeigt haben, weiter steigern können.

Auf dem Gebiet des Arbeitseinsatzes ist die Arbeitsvermittlung für die Betriebe und Arbeitsstätten des Generalgouvernements in den Vordergrund getreten und hat beachtliche Ergebnisse gebracht. Zur Zeit läuft noch eine Vermittlung von Arbeitskräften ins Reich, allerdings nicht mehr im Umfange wie früher, gleichwohl an.

Auf dem Gebiet der Wirtschaft ist ein Fortschreiten der Arbeit im Rüstungssektor zu verzeichnen. Die Rüstung ist infolge von Auftragsverlagerung und auch von Hineinverlegung von Kapazitäten aus Ost-und West weiter ausgebaut worden. Angesichts der von dem Herrn Generalgouverneur verfügten Ernährungsaufbesserung ist nunmehr die Möglichkeit gegeben, die Fremdbevölkerung in erhöhtem Maße dem Arbeitseinsatz zuzuführen. Dass daneben neue Schwierigkeiten aufgetaucht und neue Aufgaben entstanden sind, entspricht dem Fortgang des Krieges.

Ich denke hier insbesondere an die Belastungen, die inzwischen das Generalgouvernement angesichts der Ereignisse an der Ostfront in den letzten Monaten erfahren hat und die sich dahin auswirkten, dass sowohl die Wehrmacht wie die Zivilverwaltung dieses Gebietes bei uns Raum, Unterbringungsmöglichkeiten, Gelände usw. beanspruchen, um die dort im Zuge der Kriegsereignisse freigewordenen Einrichtungen und Bevölkerungskreise möglichst nah an dieses Gebiet in die Nachbarschaft des Generalgouvernements zu führen. Ich bin mit dem Befehlhaber der Sicherheitspolizei darin einig, dass wir diese Dinge, so weit sie getan werden müssen, mit aller Kraft unterstützen. So habe ich im Wehrmachtssektor bei den Behörden der allgemeinen Verwaltung eine Aktion gestartet, die zum Ziele hat, möglichst alle freien Räume für Wehrmachtszwecke nutzbar zu machen. Andererseits bin ich mit dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei einig, dass jede Hereinverlegung von Institutionen, mit der man keinen dauernden Zweck verfolgen kann, sondern die lediglich interimistisch untergebracht werden sollen, eine Belastung für die Sicherheit darstellt und von uns möglichst abzulehnen ist. In diesem Sinne habe ich auch dem Wehrmachtsstab Süd mitgeteilt, dass die von ihm geforderte Hereinnahme von 150 000 Angehörigen der Weissrussischen Bevölkerung von uns abgelehnt werden müsse.

Eine weitere Aufgabe, die besonders in den letzten Monaten dringend geworden ist, ist der Luftschutz.

Abschliessend kann ich sagen, dass die Arbeit, was sowohl die Erfüllung der Aufgaben des Gebietes wie auch die Führungsinstanz in Regierung, Distrikten und Kreishauptmannschaften angeht, eine weitgehende und zufriedenstellende Konsolidierung zeigt.

Präsident Dr. Emmerich führt aus, dass man die wirtschaftliche Entwicklung des Generalgouvernements in den zurückliegenden vier Jahren am besten dadurch kennzeichnen könne, dass ein ständiger Wettbewerb der einzelnen Dringlichkeitsstufen um die Wirtschaftskraft dieses Raumes stattgefunden habe. Mit dem Herbst 1942 habe sich unter den Auflagen die Auflage der Rüstung in den Fordergrund gestellt, nachdem in den voran-gegangenen Perioden die Frontdienste den grössten Raum eingenommen hätten. Der Vorrang der Rüstung habe zur Folge gehabt, dass das Generalgouvernement seine Organisation weitgehend dem kriegswirtschaftlichen Modus des Reiches habe anpassen müssen. Die Organisation Speer sei auch im Generalgouvernement tätig geworden. In dieser Periode habe der Herr Generalgouverneur im Frühjahr dieses Jahres eine wichtige Entscheidung gefällt, nämlich die Ernährungssicherung. Das Rüstungschaffen in diesem Raum hänge davon ab, dass sich die Arbeit unter geordneten Bedingungen vollziehe.

Nachdem ~~nun~~ die Notstände der Vergangenheit auf dem Ernährungsgebiet beseitigt seien, müssten nun auch alle Improvisationen der Vergangenheit ihr Ende finden, und es müsse zwischen der Wirtschaft und der Wirtschaftsführung wieder ein klares Verhältnis entstehen. Eine Reise, die er in den letzten Tagen gemeinsam mit dem Leiter der Hauptabteilung Arbeit in die Distrikte Warschau, Radom und Lublin unternommen habe, habe dem Zweck gegolten, den Betriebsführern des Generalgouvernements klar zu machen, dass es mit dem bisherigen Verfahren nicht mehr weiter gehe, sondern dass man sich im neuen Jahre auf klare Verhältnisse umstellen müsse. Den Unternehmern sei klarzumachen, dass sie jetzt, nachdem die Ernährung nicht nur der Arbeiter sondern auch ihrer Angehörigen gesichert sei, nurmehr die offiziellen Löhne auszahlen dürften, dass also die Gewährung versteckter Prämien aufhören müsse.

Nunmehr müssten die psychologischen Voraussetzungen für einen neuen Anfang in der gewerblichen Wirtschaft des Generalgouvernements geschaffen werden. Er verspreche sich von der direkten Fühlungnahme unter der Voraussetzung, dass die Ernährungssicherung aufrecht erhalten werden könne, ein glattes und reibungsloses Arbeiten und eine Rückkehr zu normalen Verhältnissen. Neben der Ernährungssicherung gebe es ein Programm der Versorgung der Bevölkerung mit gewerblichen Erzeugnissen; dieses Programm sei in Verbindung mit Präsident Kehrl aufgestellt worden.

Der wirtschaftliche Kreislauf im Generalgouvernement bestehe darin, dass dem Bauern über die Ernteerfassungsaktion Produktionsmittel zugeführt würden. Dadurch werde bewirkt, dass ein möglichst grosser Teil der Erzeugung in den amtlichen Sektor gelange. Der ideale Zustand wäre, dass sämtliche Menschen des Generalgouvernements die Warthegausätze erhielten. Das lasse sich aber im Moment nicht durchführen. Präsident Kehrl habe ganz richtig von der Notwendigkeit gesprochen dem Generalgouvernement eisen-und textilmässig so weit zu helfen, dass über die Ernteerfassungsaktion zusätzliche Nahrungsmittel aufkämen und diese in die gewerbliche Produktion des Generalgouvernement eingepumpt werden könnten. So lasse sich eine Steigerung der Produktion erreichen, und nur dadurch könnten die Zuschüsse des Reiches entbehrt werden. Präsident Kehrl werde Anfang Januar nach Krakau kommen, um hier das Wirtschaftsprogramm für 1944 zu vereinbaren.

Präsident Naumann berichtet von einer wesentlichen Besserung auf dem Gebiete der Ernährung und Landwirtschaft im Vergleich zum Vorjahr. Im vergangenen Jahr hätten die Reichsleistungen im Vordergrund gestanden, während in diesem Jahr zuerst

die Ernährungssicherung dieses Raumes durchgeführt werde. Auf Befehl des Herrn Generalgouverneurs sei nun ab 1.September eine Neuregelung der Rationssätze der fremdvölkischen Bevölkerung des Generalgouvernements in Kraft getreten.

Auf dem Gebiete der Getreidewirtschaft wolle man im 5. Kriegswirtschaftsjahr 1,6 Mill. to erfassen. Bis zum 10.Dezember seien davon 1,4 Mill. to in der Hand der deutschen Verwaltung gewesen; die Erfassung der restlichen 200 000 to werde schwer sein. Auf dem Kartoffelsektor sähen die Verhältnisse ernster aus, da grosse Teile des Reiches und das ganze Generalgouvernement eine Missernte zu verzeichnen gehabt hätten. Von den 2,1 Mill.to Kartoffeln, die im Generalgouvernement erfasst werden sollten, seien bisher 1,6 Mill. to erfasst. In der Kartoffelversorgung insbesondere der nichtdeutschen Normalverbraucher beständen darum gewisse Schwierigkeiten. Man habe die Rangordnung der Versorgung folgendermassen aufgestellt: Versorgung der Inhaber von Zusatzkarten, Erfüllung der Reichsleistungen und an letzter Stelle Versorgung der Normalverbraucher. Infolge der ausserordentlich angespannten Kartoffellage in Oberschlesien kämen laufende Hilferufe um Kartoffellieferungen. Er könnten sich diesen Hilferufen nicht verschliessen, obwohl die vereinbarten Reichsleistungen bisher voll und ganz erfüllt worden seien. Von der geplanten Zuckerproduktion in Höhe von 140 000 to gingen 20 000 to ins Reich. Er glaube, dass man auf diesem Gebiet das gesteckte Ziel erreichen könne. Beim Schlachtvieh bereite die Erfassung ausserordentliche Schwierigkeiten. In den ersten Monatne des 5. Kriegswirtschaftsjahres sei sein gesamter Stab damit beschäftigt gewesen, Getreide und Kartoffeln zu erfassen; infolge Mangels

an Kräften habe die übrige Erfassung zurücktreten müssen. In den kommenden Wochen werde nun der gesamte Apparat zur Vieherfassung eingesetzt. Von der Gesamtleistung an das Reich in Höhe von 40 000 to blieben 20 000 to im Lande zur Versorgung der Wehrmacht im Lande, der SS und der Polizei und für den Nachschub an die Front. 10 000 to, d.h. 90 000 Rinder habe man ins Reich bereits ausgeführt. Die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch sei im grossen und ganzen gelungen, wenn sich auch die nichtdeutsche Normalverbraucherschaft ab und zu Abstriche von den Rationssätzen gefallen lassen müsse. Sehr ernst sei die Situation auf dem Gebiet der Milch-und Fetterzeugung, da die Widerstandsbewegung sehr viele Molkereien zerstöre. Von der beabsichtigten Produktion von 40 000 to im Jahre 1943 habe man nur 18 - 20 000 to erzeugen können. Gegenüber dem Jahre 1942 (7-8 000 to) bedeute das trotzdem eine wesentliche Steigerung. Die nichtzufriedenstellende Erfassung auf dem Gebiete der Ölfrüchte habe auch den erhofften Ausgleich nicht bringen können. Zu Beginn des neuen Jahres würden daher alle Anstrengungen der Erfassung von Ölfrüchten gelten müssen, damit man die Rationssätze durchhalten könne.

Die Reichsleistungen würden erfüllt werden. Man werde auch die neuen Rationssätze bis zur kommenden Ernte durchhalten können, wenn nicht neue Belastungen infolge der Entwicklung der Kriegslage eintreten würden. Voraussetzung sei allerdings die Aufrechterhaltung des Stützpunktsystems. Leider würden in den letzten Wochen verschiedene Stützpunkte, die die Wehrmacht gebildet habe, aufgelöst. Nach Abzug der Stützpunktbesatzung machten sich sofort wieder die alten Zustände breit. Die Hauptabteilung sei

bereits wieder mit den Vorarbeiten für die Ernte 1944 beschäftigt. Die Situation auf dem Eisensektor sei äusserst angespannt. Infolge der geringen Zuteilung könnten z.B. keine Marmeladeneimer mehr hergestellt werden. Im letzten Quartal habe die Hauptabteilung ein Eisenkontingent von 5 600 to bekommen, das bedeutet eine Kürzung um 300%. Um allen Anforderungen gerecht zu werden, würden 29 000 to Eisen benötigt.

Der Herr Generalgouverneur erklärt dazu, dass auf diesem Gebiet unbedingt eine Lösung gefunden werden müsse. Wenn eine Ernährungssteigerung verlangt werde, müssten dazu auch die unbedingt notwendigen Produktionsmittel zur Verfügung stehen.

Präsident Eissfeldt führt aus, dass die Holzabfuhr zu den Sägewerken im Vordergrund gestanden habe. Infolge der Verschlechterung der Sicherheitslage seien 30% des alten Einschlages liegen geblieben. Vor 6 Wochen habe nun der Herr Generalgouverneur einen Holzmobilmachungsplan erlassen. Der Erfolg sei aber infolge des Mangels an Kräften nicht so ausgefallen, wie man es erwartet habe. Von der Restmenge habe man bis jetzt 12% abfahren können. Auch die Abfuhrkapazität gehe infolge der Pferdeeinziheungen, des Verschleisses an Wagen und Geschirren ständig zurück. Er überlege, ob man nicht von der Pferdeabfuhr auf eine motorisierte Abfuhr ausweichen könne; aber auch hier werde die Kapazität immer kleiner, da die Lastwagen kaputt gingen und neue kaum zu beschaffen seien. Etwas steigern lasse sich die Abfuhrkapazität noch bei den Waldbahnen, indem man noch einige Stichbahnen legen werde.

Der mit dem 1. Oktober begonnene neue Einschlag sei mit Ausnahme in den ausgesprochen bandenverseuchten Gebieten verhältnismässig gut angelaufen, jedoch bereite hier wieder die Abfuhrfrage grosse Sorgen. Dem suche man dadurch zu begegnen, dass die Hieborte zur Verkürzung der Abfuhrstrecken möglichst nahe an die Sägewerke herangelegt würden. Diese Vorhaben fänden allerdings Grenzen in der Kapazität der einzelnen Sägewerke. Mit Beginn des neuen Jahres müsse unbedingt versucht werden, die Abfuhrkapazität zu steigern, da sonst grösste Schwierigkeiten in der Holzversorgung eintreten würden. Eine weitere wichtige Voraussetzung für die Durchführung des Holzbeschaffungsplanes sei allerdings auch eine Verstärkung der Exekutivkräfte.

Präsident Bauder führt aus, dass die Hauptaufgabe seiner Hauptabteilung darin bestanden habe, den bisherigen Zustand zu erhalten. Grössere Objekte mit Ausnahme solcher des Rüstungssektors habe man nicht mehr durchführen können. Mit vieler Mühe sei es gelungen, das Strassennetz im bisherigen Zustand zu erhalten. Dabei könne er aber hinzufügen, dass auf diesem Gebiet im Generalgouvernement noch mehr getan werden könne als im Reich. Auf dem Gebiete der Wasserwirtschaft habe man ebenfalls das Notwendige durchführen können. Die Leistungen des Einzelnen hätten sich zweifellos infolge der Verbesserung der Ernährung gesteigert; auch die Ernährungsprämien hätten sich günstig ausgewirkt. Infolge der Rüstungsverlagerung seien an das Generalgouvernement ganz grosse Aufgaben herangetreten. Die Decke sei aber zu kurz, und deshalb müsse jeweils nur das Vordringlichste durchgeführt werden. Momentan sei man damit beschäftigt, die Werke, die in den letzten Jahren durch Verwendung der zur Verfügung stehenden schlechten Kohle heruntergewirtschaftet worden seien, Zug um Zug wieder hoch zu bringen. Zur Erneuerung einer Anzahl von Kesseln habe man in Berlin ein zusätzliches

Kontingent von 2700 to Eisen angefordert. Man habe auch eine Verdreifachung der Einfuhr der besseren oberschlesischen Kohle erreichen können, eine weitere Steigerung stehe in Aussicht. Zum Bau der dringendsten Leitungen stehe eine Menge Aluminium zur Verfügung. Auf dem Hochbausektor sei es gelungen, viele begonnene Arbeiten fertigzustellen, nur ein geringer Rückstand bleibe noch übrig. Bei der Errichtung des Kinderlandverschickungslagers in Rabka müssten grosse Schwierigkeiten auf dem Holzsektor überwunden werden; er glaube aber, dass im nächsten Jahr die Fertigstellung erreicht werden könne. Die Verkehrslage sei in diesem Jahr viel günstiger gewesen.

Im nächsten Jahr müsse es das Ziel sein, mit Ausnahme der Durchführung neuer Planungen auf dem Rüstungssektor das Bestehende zu erhalten, in der Land- und Wasserwirtschaft die Dinge voranzutreiben, in der Energiewirtschaft die alten Schäden zu beseitigen und im Hochbau die begonnenen Werke fertigzustellen.

Präsident Struve erklärt, dass die Kräftegestellung für das Reich endlich in vernünftigeBahnen gelenkt worden sei. Das Generalgouvernement müsse dem Reich im kommenden Jahr 100 000 Mann zur Verfügung stellen; dieses Kontingent könne man leicht erfüllen. In Gegenden, in denen Bahnbauten beabsichtigt seien, habe man Schongebiete eingerichtet.

Die Arbeitsdisziplin und Arbeitsmoral im Generalgouvernement habe einen bedenklichen Tiefstand erreicht; die Ursachen dazu lägen nicht so sehr in der allgemeinen politischen Lage, sondern in der ungeregelten Ernährung. Die neue Ernährungsregelung werde nun dazu benützt, um auf diesem Gebiet eine Besserung zu erzielen. Dazu seien von ihm verschiedene Massnahmen getroffen worden, die in Richtlinien zusammengefasst und den Betriebsführern als für sieverpflichtend übergeben worden seien.

Er hege die feste Überzeugung, dass die Staatsautorität in diesem Raum einen gewaltigen Auftrieb erfahre, wenn alle Dienststellen und Betriebsführer nach den in diesen Richtlinien niedergelegten Grundgedanken handeln würden. Die Betriebe seien auch heute noch mit Kräften stark übersetzt: brauche man z.B. 100 Arbeiter, fordere man 150 an; diese Tatsache übe einen schlechten Einfluss auf die Arbeitsmoral aus. Auch das eingerissene Lohn-und Prämienwesen wirke sich schädlich aus und habe gegenseitige Abwerbungen zur Folge.

Regierungskommissar Dr. Heuber berichtet vom Stand der Eingliederung der Hauptgruppe Arbeit in die Zentralkammer für die Gesamtwirtschaft des Generalgouvernements. Da ein bereits ausgearbeiteter Entwurf nicht die Zustimmung der interessierten Hauptabteilungen gefunden habe, habe er mit Präsident Struve einen neuen Entwurf ausgearbeitet, der sich augenblicklich im Umlaufverfahren befinde.

Präsident Gerteis weist zunächst darauf hin, dass die Verkehrslage im Grossdeutschen Raum für den öffentlichen Verkehr im vergangenen Herbst äusserst schwierig gewesen sei. Infolge der frühen Ernte sei die Wagenanforderung zusammen mit dem Neubauprogramm sehr hoch gewesen. Noch im September vergangenen Jahres sei der tägliche Bedarf an gedeckten Wagen 1,6 Mill. gewesen. In diesem Jahre seien 2,3 Mill. gefordert worden, gestellt werden hätten nur 1,5 Mill. können. Dass diese hunderttausend Wagen ausgefallen seien, sei auf die lange Umlaufzeit der Wagen zurückzuführen. Noch im August habe man Umlaufzeiten von 5,5 und 5,2 Tagen gehabt, aber im Oktober sei die Umlaufzeit auf 6 Tage gestiegen. Im Jahre 1943 seien 15 000 Wagen am Tage weniger gestellt worden. Dies sei auch eine Auswirkung der Bombenangriffe, die grosse Anlagen erfasst hätten. Ferner sei das auch eine Auswirkung der zahllosen Alarme über ganz Deutschland, bei denen zwar weiter gearbeitet werde, aber doch ein Stillstand eintrete. Weiter habe auf den Wagenumlauf der Rückstau an Frachten und die Erhöhung des Schadwagenstandes ungünstig eingewirkt. Infolge des Arbeitermangels gebe es zahllose Lagerrückstände. Schliesslich seien besondere Disponierungen notwendig gewesen, um das erforderliche Material mit grossen Leerläufen an die Schwerpunkte des Einsatzes zu bringen.

Für die Ostbahn habe diese missliche Lage nicht die gleichen Auswirkungen wie im Reich gehabt, weil die Ostbahn hinsichtlich der Wagengestellung bevorzugt worden sei. Im Generalgouvernement könnten ja die landwirtschaftlichen Güter nicht gespeichert werden. Im grossen und ganzen sei die Ernte gut abgefahren. Auch die Kohlensituation sei in diesem Jahr so günstig wie noch nie in den früheren Jahren. Der Transport nicht vordringlicher Güter habe allerdings sehr gedrosselt werden müssen. Hier habe sich insbesondere der Ausfall der Wagen für die Düngemitteltransporte sehr unangenehm bemerkbar gemacht. Man hof-

fe

jedoch, im Dezember und Januar das Versäumte noch nachholen zu können.

Die Betriebslage sei infolge jahrelanger Anstrengungen auf dem Gebiete des Ausbaues des Netzes recht befriedigend gewesen. Jetzt sei es leider umgekehrt, und die Kapazität der Ostbahn könne zur Zeit nur zu 2/3 bis 3/4 ausgenutzt werden. Die Anforderungen des Ostens seien auf dem Wehrmachtssektor, dem Wirtschaftssektor und dem Eisenbahnsektor ausserordentlich gering geworden.

Die Bauten hätten auch im Jahre 1943 einigermassen befriedigend fortschreiten können, wenn auch das Ziel aus Mangel an Arbeitskräften und Kontingenten nicht habe erreicht werden können. Für 1944 würden voraussichtlich Teile der grossen Bauten für spätere Zeit zurückgestellt werden müssen, so z.B. die Neubaulinie von Radom bis Lublin und die sogenannte Weichselbahn bis nach Rozwadow, während andere Bauten weiterliefen und eine gewisse Vermehrung dadurch erführen, dass Teile der Nordsüdlinie von Malkinia zweigleisig ausgebaut würden. Daneben liefen noch der Bau der dritten und vierten Gleise bei Przemysl und der Ausbau im Lemberger Bezirk.Nach den bisherigen Dispositionen scheine es auf dem Arbeitsgebiet mit Hilfe der Tätigkeit des Baudienstes zu gelingen, soviele Arbeitskräfte für 1944 zu erhalten, dass das für 1944 vorgesehene Bauprogramm durchgeführt werden kann, vorausgesetzt, dass das notwendige Eisen und der erforderliche Treibstoff vorhanden seien.

Was die Ernährungslage angehe,so sei die Umstellung auf den neuen Plan nicht leicht gewesen. Die Versorgung von 150 000 Mann mache es notwendig, dass dafür alle Kreishauptleute, Arbeitsämter und andere Dienststellen in Bewegung gesetzt würden. Erst seit Dezember dieses Jahres habe überall das neue System Eingang gefunden, während vorher als Übergangsregelung teilweise andere Massnahmen hätten getroffen werden müssen. Die Auswirkung selbst sei propagandistisch nicht so auszuwerten, wie Präsident Struve es habe erwarten lassen. Für A-Betriebe sei die Gesamtbilanz nicht so günstig, wie für

andere Betriebe, die in die Regelung nicht einbezogen würden. Die Zuteilung von Lebensmitteln, wenn man Küchenverpflegung miteinbeziehe, sei für die 50% unverheirateter Leute erheblich geringer als früher. Es fange erst bei kinderreichen Familien mit einem Plus an Fleisch, Fett und Brot an. Die Sätze würden dort tatsächlich erreicht, die Lebensmittelmengen auch heute ungefähr überall geliefert. Im allgemeinen sei aber die Auswirkung die, dass von den Leuten darauf hingewiesen werde, sie bekämen weniger als bisher. Propagandistisch sei also mit dieser Neuregelung nicht viel zu erreichen.

Die Arbeitsleistung habe sich im vergangenen Jahr auf Grund des Prämiensystems erheblich gehoben. Er könne erfreulicherweise hinsichtlich der Ausbesserung der Fahrzeuge, für die 30 000 Arbeiter beschäftigt würden, berichten, dass man in zwei grossen Ausbesserungswerken im Distrikt Krakau die Reichsleistungen noch übertroffen habe, nämlich in Neu-Sandez und Tarnow. Am schlechtesten stehe es in Warschau, wo man mit den Leistungen noch um 30 Köpfe für eine Leistungseinheit höher stehe als im Reich, während man in Lemberg mit 44 auf die Reichsleistung komme. Von Januar bis November habe sich die Leistung pro Mann um 31% gehoben.

Nicht so erfreulich sei die Preisgestaltung. Die Verhandlungen in den letzten Tagen hätten ergeben, dass die Preisgestaltung bei der Industrie z.B. auf dem Gebiet der Fahrzeugreparatur derartig sei, dass er, Präsident Gerteis, den Abschluss eines Vertrages vorläufig ausgesetzt habe. Angesichts der Tatsache, dass Zuschläge errechnet würden, die nicht mehr verantwortet werden können, seien die Kosten der Reparatur eines bestimmten Fahrzeuges, in Lohnstunden umgerechnet, doppelt so hoch, wie diejenigen eines Neubaues des gleichen Fahrzeuges. Über diese Frage werde zur Zeit noch mit dem Amt für Preisbildung verhandelt. Die Bilanz des vergangenen Jahres werde voraussichtlich befriedigend sein. In letzter Zeit kämen aller-

dings noch neue Momente hinzu, die für das Jahr 1944 zu grosser Vorsicht mahnten. Hier spiele vor allem der Rückgang des Verkehrs eine ausschlaggebende Rolle. Wenn die neue Tarifordnung für öffentliche Betriebe in der vorgesehenen Form auf dem Verordnungswege eingeführt werde, dann werde für die nichtdeutschen Arbeiter eine Mehrausgabe von 70 Mill.Zl. entstehen. Aus dem Reiseverbot für Nichtdeutsche,wenn es in der bisherigen Weise gehandhabt werde, müsse man wohl mit einem Ausfall von 150 bis 200 Millionen rechnen. Da diese Ausfälle nicht zu tragen seien, müsste gegebenenfalls der Personenverkehr rücksichtslos gedrosselt werden, womit auch die deutsche Verwaltung getroffen würde, oder man müsste eine 30%-ige Tariferhöhung für alle Personenzüge eintreten lassen, was dann wieder Unruhe in die Preisbildung hineinbrächte. Staatssekretär Koppe habe vorgesehen, die Bestimmungen etwas zu lockern, damit dann, wenn keine polizeilichen Bedenken gegen die Person des Reisenden beständen, das Reisen eher gestattet werden könne. Im übrigen werde abgewartet werden müssen, wie sich die Verhältnisse in den nächsten Wochen entwickelten.

Präsident Dr. Lauxmann kann zunächst berichten, dass die Überfälle und Sabotageakte auf die über das ganze Land verbreiteten Postanstalten im letzten Monat ganz erstaunlich nachgelassen hätten. Während es im Monatsdurchschnitt bisher 312 Fälle gewesen seien, habe die Zahl der Überfälle im November nur noch 169 betragen. Die Zahl der Zerstörungen von einzelnen Fernmeldeapparaten sei ebenfalls gesunken, und zwar von 693 im Oktober auf 439 im November.

Die Bahnposten mit ihrem schlechten Personal, hauptsächlich im Reich, hätten wenig befriedigend gearbeitet, so dass die Briefzustellungen grosse Verzögerungen erlitten. Man habe die Verarbeitung der Postsendungen mit dem nötigen Fachpersonal auf Warschau und Krakau abgestellt.Das Reich habe sich entschlossen, das gleiche Verfahren für sein Gebiet anzuwenden, habe es in 24 Gebiete eingeteilt und seit dem 15. Nov. das

sogenannte Krakauer Verfahren eingeführt, allerdings mit dem Erfolg, dass eine grosse Unruhe entstanden sei, weil sich die Reichsstellen noch nicht auf das neue Verfahren hätten einstellen können.

Eine weitere Massnahme der Reichspost sei anlässlich der Terrorangriffe getroffen worden. Danach könne jeder aus einer von einem Terrorangriff betroffenen Stadt unentgeltlich Lebensnachrichten an Verwandte und Bekannte im übrigen Reichsgebiet schicken. Umgekehrt könne jeder nach einer Stadt eine unentgeltliche Anfrage über den Verbleib seiner Angehörigen richten.

Die Zurücknahme der Front habe in den Postverkehr des Generalgouvernements eine grosse Unruhe gebracht: die gesamte Post sei wieder zurückgeschickt worden und habe neu bearbeitet werden müssen.

Auf dem Fernmeldegebiet sei es so weit, dass man mit dem neuen Siemensamt im März fertig werde. Dadurch werde endlich der Fernsprechverkehr im Generalgouvernement in eine ordnungsmässige Form gebracht. Zur Zeit sei eine gewisse Beruhigung schon dadurch eingetreten, dass man mit den Arbeiten bereits begonnen habe. Nach Durchführung einer Reihe von Bauten werde man 24 neue Fernsprechwege ins Reich erhalten.

Eine neue Massnahme, die die deutsche Post Osten auch zuerst getroffen habe, sei die der Einteilung der Fernsprechteilnehmer in vier Gruppen. Man unterscheide hier die dringenden Staatsgespräche der Regierung, der Gouverneure, der Kreishauptmänner und der ihnen gleichgestellten Dienststellen, als zweites die dringenden Staatsgespräche, die nur eine Wartezeit von wenigen Minuten erfordern, ferner Gespräche der kriegswichtigen Industrie mit einer Wartezeit von durchschnittlich 20 Minuten, ferner die Gespräche der übrigen Deutschen, die eine Wartezeit von 20 Minuten bei Blitzgesprächen und von 60 Minuten bei dringenden Gesprächen erfordern. Erst nach ihnen kämen die polnischen Blitzgespräche.

Präsident Dr.Senkowsky bezeichnet die Finanzlage des Generalgouvernements als ausgeglichen. Auch für die zukünftige Entwicklung bestehe keine besondere Gefahr. Allerdings würde eine derartige Steigerung in der Gesamtsumme der Einnahmen-und Ausgaben, wie sie im letzten Jahre Platz gegriffen habe, in Zukunft nicht mehr möglich sein. Es habe sich gezeigt, dass die für das vergangene Jahr eingesetzte Einnahmeziffer habe gerade noch erreicht werden können und dass verschiedene Hoffnungen, die insbesondere auch von den zuständigen Referenten im Reichsfinanzministerium gehegt worden seien, nicht zugetroffen seien.

Grosse Schwierigkeiten bereite die Beitreibung der Steuerrückstände, und der laufenden Steuern auf dem flachen Lande und in der Stadt. Bei einer Anzahl von Finanzinspektoren betrage dieser Ausfall etwa 12%. Die Ursachen für diese Ausfälle seien verschiedener Art: Einmal werde von Seiten der Widerstandsbewegung ein starker Druck auf die nichtdeutschen Beitreibungsorgane ausgeübt. Waffen könne man ihnen nicht in die Hand geben, da sie dann wegen dieser Waffen angegriffen würden. Des weiteren könnten Beitreibungsgelder des flachen Landes nicht auf den Postanstalten eingezahlt werden, so dass die Eintreibungsorgane ständig grössere Geldsummen mit sich führen müssten und aus diesem Grunde häufigen Angriffen ausgesetzt seien. Er schätze den Ausfall bei den direkten Steuern auf etwa 10%. Die Rückstände seien bis auf 400 Mill. Zl. angelaufen, und es sei fraglich, ob diese Summe noch eingebracht werden könne. Eine dringende Voraussetzung für die Einhaltung des Haushaltes jetzt und auch in den kommenden Jahren sei die Stabilität auf dem Lohn und Preisgebiet. Neue Pläne des Präsidenten der Hauptabteilung Arbeit kosteten dem Staat 120 Millionen Zl.

Ursprünglich habe die Hauptabteilung Arbeit erklärt, dass die Gesamtlohnsumme nicht steigen solle, sondern lediglich Akkordlöhne und Lohnabstufungen eintreten sollten, um dadurch eine Leistungssteigerung zu bewirken. Nun werde plötzlich davon gesprochen, dass eine Lohnerhöhung von 30% notwendig sei. Diesem Plan der Hauptabteilung Arbeit könne er nicht folgen.Eine Entscheidung über diesen Plan sei noch nicht ergangen und es werde darüber bei Staatssekretär Dr. Bühler noch eine eingehenden Besprechung stattfinden.

Vorige Woche habe er sämtliche Werksleiter der Monopole zu einer Besprechung zusammen gerufen und dabei festgestellt, dass über die Verteilung von Schnaps und Zigaretten an die Arbeiter der Monopolverwaltung die unglaublichsten Märchen umgingen. In Wirklichkeit erhalte seit dem 1. Oktober jeder Angehörige der Monopolverwaltung nur 1 Ltr. Schnaps und 200 Zigaretten monatlich.

In der Erzeugung der Monopole sei dank der guten Zusammenarbeit insbesondere mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft ein Rückgang bis jetzt nicht eingetreten, sondern sogar im Zusammenhang mit den Plänen der E & L eine Produktionssteigerung auf dem Gebiet des Branntweines vorgesehen. In Zukunft würden statt 10 Mill. Ltr. in der jetzigen Ernteperiode 30 Mill. Ltr. erzeugt. Die Monopolverwaltung könne ihren Versorgungspflichten nachkommen und auch die Ablieferungen an die Finanzen erfüllen.

Die Vorarbeiten für den Haushalt 1944 seien zur Zeit im Gange, und es werde möglich sein, den Haushalt voraussichtlich noch um einige Monate früher als den Haushalt 1943 fertigzustellen. Das sei nicht nur der vorbildlichen Arbeit seiner zuständigen Abteilungen, sondern insbesondere auch der aller beteiligten Hauptabteilungsleiter und Distrikte zu danken. Trotzdem bitte er aber dringend

um Einhaltung der gestellten Termine.

Bankdirigent Paersch führt aus, dass bei der Emissionsbank als einem Institut, dessen Belegschaft ausschliesslich mit Geld zu tun habe, das Problem der Ernährung im Vordergrund gestanden habe. Die Neuregelung auf diesem Gebiet vom 1. Sept. habe gewisse Auswirkungen gezeigt, wie sie auch schon Präsident Gerteis vorgetragen habe; für Ledige sei die Regelung nicht recht befriedigend, trotzdem lasse sich aber insgesamt ein gewisser Fortschritt feststellen.

Neben dem Ernährungsproblem stehe das Problem der Sicherheit im Vordergrund. Die Emissionsbank habe in diesem Jahre zwei Überfälle zu verzeichnen; einige grössere Überfälle auf Geldtransporte hätten erfolgreich verhindert werden können. Trotzdem bilde der Schutz der Geldtransporte gegenwärtig eine der Hauptsorgen.Mit der Polizei bestehe eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Die Anlage der Transporte müsse aber weitgehend auf den Kräftemangel der Polizei Rücksicht nehmen; daher sei es notwendig, die aus Risikogründen angestiegene Transportzahl mit kleineren Beträgen zu vermindern. Für die ausgesprochen grossen Geldtransporte stehe der Polizei im engen Zusammenarbeiten mit der Wehrmacht ein Panzerzug der Wehrmacht zur Verfügung. Die Tatsache, dass zwei Panzerwagen den An--und Abtransport des Geldes zum Panzerzug begleiten, habe sich sehr bewährt. Die Wehrmacht verbindet damit gleichzeitig die Ausbildung der Besatzung des Panzerzuges. Bei den übrigen Transporten sei die Polizei bemüht, soweit als möglich die Sicherheit zu verstärken; er wäre aber jedoch dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen besonders dankbar, wenn hier noch Verstärkungen an Polizeikräften

gestellt werden könnten. Der verhinderte grosse Überfall in Warschau zeige, dass der Beraubungswille auf diesem Gebiet im Wachsen sei.

Der Schutz der Niederlassungen und der dort befindlichen Bestände sei nach wie vor unzureichend. Schuld daran sei der Kräftemangel; trotzdem müsse er aber auch hier um eine Verstärkung des Schutzes bitten. Der Selbstschutz sei soweit als möglich angespannt. Bei der Regierung habe er um die Zurverfügungstellung weiterer Maschinenpistolen gebeten. Die Geldanstalten seien zu kleinen Festungen ausgebaut worden. Dem Selbstschutz sei aber angesichts des bescheidenen Anteils der Reichsdeutschen Belegschaft natürliche Grenzen gesetzt.

Präsident Ohlenbusch weist darauf hin, dass die Stimmung und die Haltung der polnischen Bevölkerung zweifellos durch die militärischen Misserfolge an allen Fronten und durch die feindlichen Terrorangriffe auf das Reichsgebiet stark beeinflusst worden seien. Im Generalgouvernement habe die Ausrufung des Standrechtes weiteren starken Eindruck gemacht. Der Durchschnittspole sei müde und ersehne die Wiederkehr normaler Verhältnisse. Die Terroristen unter ihnen glaubten, dass die deutsche Macht in Europa entweder schon erschüttert sei oder dass dem nachgeholfen werden müsse. Die alliierte Rundfunkpropaganda versuche den Eindruck zu erwecken, dass es in den besetzten Ländern drunter und drüber gehe.

Die angekündigte Lebensmittelerhöhung vom 1.Sept. habe in der polnischen Bevölkerung des Generalgouvernements nicht den Eindruck hinterlassen, den er vom propagandistischen Standpunkt erwartet habe. Durch diese Erhöhung seien die Arbeiter, die bis dahin eine Werkverpflegung bekommen hätten, benachteiligt worden. Massgebliche Teile der polnischen Bevölkerung verhielten sich weiterhin ablehnend. Neben diesen Lebensmittelsorgen türmten sich auf die Bevölkerung des flachen Landes mit grosser Wucht die Sorgen um den Besitz und die Sicherheit

1973

der Person;denn die notwendigen deutschen Massnahmen, wie z.B.Zwangsbeitreibung von Vieh, Ablieferung von Getreide wirkten auf die Stimmung der Bevölkerung sehr nachteilig. Die feindlichen Agenten hätten daher ein leichtes Spiel, die Polen gegen die deutsche Herrschaft aufzurütteln. Wenn sich auch ein grosser Teil der Bevölkerung daran nicht beteiligte, so könne diese stetig steigende Entwicklung doch nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Langsam ringe sich die Überzeugung durch, dass der Bolschewismus für die Polen keine grössere Gefahr als die deutsche Herrschaft darstelle.

Die Massnahmen der Polizei auf dem Gebiete des Standrechts und der Exekution hätten sich vorteilhaft ausgewirkt; der deutschen Herrschaft bleibe vorerst auch kein anderer Weg übrig als diese harten Massnahmen. Zu überlegen wäre, ob man nicht aus Zweckmässigkeitsgründen die Exekutionen möglichst dort vornehmen lasse, wo das Attentat auf einen Deutschen erfolgt sei. Vielleicht müsse man auch überlegen, ob man nicht dafür besondere Exekutionsstätten schaffen wolle, denn es sei festgestellt worden, dass die polnische Bevölkerung zu den jedermann zugänglichen Exekutionsorten ströme, um die blutgetränkte Erde in Gefässe zu füllen und diese in die Kirche zu bringen. Vielleicht könne man die Sühne der Attentate an Deutschen auch durch Erhängen der Täter durchführen.

Auf dem kulturellen Sektor sei es der Hauptabteilung gelungen, den Rahmen des Vorjahres zu halten, allerdings würden die Schwierigkeiten immer grösser. Das Niveau der KDF-Veranstaltungen sei nicht mehr so hoch wie am Anfang, da die jetzt eingesetzten Ensemble nicht mehr die nötige Qualität aufwiesen.

Präsident Ohlenbusch bittet dann Obergruppenführer Koppe um eine noch engere Zusammenarbeit zwischen Propaganda und Sicherheitswesen.

Präsident Eichholz führt aus, dass der Ausbau des deutschen Schulwesens auch im vergangenen Jahr im Rahmen der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten vorwärts getrieben worden sei. Die Errichtung von Schülerheimen sei zu einem gewissen Abschluss gekommen, da vorläufig nicht mehr gebaut werden könne. Der Lehrermangel sei auch im letzten Jahr immer grösser geworden. Mit hier in letzter Zeit eingesetzten russlanddeutschen Lehrern habe man leider nicht die besten Erfahrungen machen können. Auf der anderen Seite bestünden im Generalgouvernement für den Unterricht noch Möglichkeiten, die im Reich nicht mehr vorhanden seien; hier gebe es wenig Zerstörung, keine geköpfte Oberschule; die Schüler der oberen Klassen würden nicht zum Dienst als Luftwaffenhelfer herangezogen. In zunehmendem Maße jedoch müssten Schulgebäude für Zwecke der Wehrmacht zur Verfügung gestellt werden. Er hoffe, aus den zerstörten Schulen des Reiches freigewordene Lehrkräfte ins Generalgouvernement zu bekommen.

Im nichtdeutschen Schulwesen sei die Einführung von Lehrplänen in den polnischen Volksschulen und die Schaffung von polnischen Lehrbüchern zum Zwecke einer besseren Überwachung eine wichtige Hauptaufgabe der Hauptabteilung im vergangenen Jahr gewesen. An den Lehrplänen für die ukrainischen Schulen werde noch gearbeitet. Durch Erlass des Staatssekretärs seien die Fachkurse in Lemberg auf eine feste Grundlage gestellt worden. Ein schwieriges Problem bilde hier aber für die Zukunft die Gestellung des nötigen Nachwuchses aus den polnischen Kreisen.

IV/7

Diese Frage werde in den kommenden Monaten zur Lösung drängen.

Auf dem Gebiete der Wissenschaft weise er nur auf die durch eine Anregung des Herrn Generalgouverneurs gegründete Gesellschaft der Wissenschaften im Generalgouvernement hin, in der das wissenschaftliche Leben im Generalgouvernement zusammen gefasst sei.

Präsident Wille erklärt, dass sich in der Justiz im abgelaufenen Jahr die Ende 1942 ergriffenen Vereinfachungsmassnahmen ausgewirkt hätten. Mit einem möglichst geringen Aufwand an Arbeitskräften würden die Aufgaben der Justizverwaltung jetzt bewältigt. In diesem Jahr sei man noch dazu übergegangen, auf handelsrechtlichem Gebiet Vereinfachungen zu schaffen, wie z.B. eine Einschränkung der Bekanntmachungen im Amtlichen Anzeiger. Grosse Sorgen habe die Sicherheit der Strafanstalten bereitet. Im abgelaufenen Jahr hätten auf Anstalten einige Überfälle von aussen stattgefunden, grösserer Schaden sei jedoch dabei nicht angerichtet worden. In den letzten Monaten seien solche Überfälle allerdings nicht mehr zu verzeichnen. Die Justizverwaltung habe versucht, die Bewaffung der Aufsichtskräfte der Anstalten zu vervollständigen. Dies sei auch zum Teil gelungen. Ausserdem habe man auf Wunsch des Reichsführers SS Himmler eine grössere Anzahl von Gefangenen ins Reich transportiert. Dagegen hätten allerdings in letzter Zeit verschiedene Dienststellen Einspruch erhoben, da die Strafanstalten des Generalgouvernements für kriegswichtige Aufgaben nicht mehr genügend Gefangene zur Verfügung stellen könnten. Der Einsatz der Gefangenen erfolge zum grössten Teil innerhalb der Anstalt, jedoch auch ausserhalb wie z.B. in Steinbrüchen.

I7/8

Die Gesamtzahl der Gefangenen betrage zur Zeit ungefähr 15 000, nachdem man mehrere Tausend in das Reich abtransportiert habe. Für den Arbeitseinsatz seien am besten langfristige Gefangene zu gebrauchen.

In allerletzter Zeit habe die polnische Widerstandsbewegung polnische Strafanstaltsaufseher ausserhalb der Anstalt erschossen.

SS-Obergruppenführer Koppe führt aus, dass sich die Polizei aller Sparten im Generalgouvernement darüber vollkommen im klaren sei, dass die erste Voraussetzung für den weiteren Aufbau dieses Raumes, Sicherheit, Ruhe und Ordnung sei. Reichsführer SS Himmler habe ihm bei seiner Berufung nach Krakau den Befehl gegeben, alles zu unternehmen, um die polnischen Aktivisten im Generalgouvernement zu dezimieren. Er habe sich nun die endgültige Wiederherstellung der Sicherheit im Generalgouvernement zum Ziele gesetzt.

Allgemein bekannt sei, dass die polnischen Widerstandsorganisationen seit einem Jahr eine ausserordentlich unangenehme Aktivität entfaltet-eh, die gerade in den letzten Monaten viel deutsches Blut gekostet habe. Zur Ehre seines Vorgängers, der sich redlich bemüht habe, mit den Dingen fertig zu werden, müsse er erklären, dass die Gründe hierfür nicht allein etwa in einem Versagen der Polizei zu suchen seien. Schuld daran seien nicht zuletzt die Ernährungslage und die Lage an der Ostfront.

Beim fremdvölkischen Gegner müsse man zwischen Widerstandsorganisationen und Banden unterscheiden. Die Widerstandsorganisation setze sich aus Polen und Ukrainern zusammen, habe eine

nationale und kommunistische Richtung, und dazu kämen noch verschiedene Offiziere und andere Widerstandsorganisationen. Die Zahl der Banden sei verhältnismässig gross. Zwischen den Widerstandsorganisationen und den Banden bestehe unbedingt ein ursächlicher Zusammenhang. Die Banden erhielten Zuzug durch Fallschirmabspringer, die aus der Sowjetunion oder aus England kämen und bestens geschult seien. Bezüglich der Stimmung bei den Nationalen könne man feststellen, dass in den letzten Monaten eine gewisse Niedergeschlagenheit vorherrsche. Sie hätten Angst vor dem Kommunismus und wüssten nicht recht, was sie unternehmen sollten.

Die Attentate seien in der letzten Zeit zahlenmässig zurückgegangen, wenn sich auch in den letzten 14 Tagen einige sehr unangenehme Fälle ereignet hätten. So seien in Warschau Polizisten bei einer Fahrt durch die Stadt mit Handgranaten angegriffen worden; dabei habe es einige Tote gegeben. Ein Fronturlauberzug sei in der Nähe Warschaus auf Minen gelaufen, wobei die Lokomotive entgleist sei und der Zug dann aus 8 m Entfernung mit Maschinengewehren beschossen worden sei. Es habe 15 Tote und 30 mehr oder minder Verletzte gegeben. Vor wenigen Tagen seien ein Oberregierungsrat und ein Regierungsinspektor erschossen worden. Die Polizei habe bei diesen Fällen tatkräftig zugepackt. Sie lehne es allerdings ab, irgendwie Leute aus dem Volk festzunehmen, die mit den Vorgängen selbst nichts zu tun hätten. Für das Eisenbahnattentat habe man 150 und für die beiden deutschen Beamten 50 polnische Terroristen entweder am Tatort oder in allernächster Nähe hingerichtet. Der Öffentlichkeit habe man durch entsprechende Plakatierung Kenntnis davon gegeben.
Er habe den Eindruck, dass diese Massnahmen nicht ohne Auswirkungen blieben; besonders die nationalen Widerstandskreise seien sehr schockiert. Man müsse bedenken, dass bei einer Erschiessung von 200 Menschen mindestens 3000 Personen (engste Angehörige) betroffen

würden. Diese Hinterbliebenen machten nun die Attentäter für den Tod ihrer Angehörigen verantwortlich. Er glaube bestimmt, dass die Beibehaltung dieser scharfen Massnahmen am Ende positive Auswirkungen zeigen werde. Auch die Engländer und Franzosen hätten während der Besatzungszeit im Rheinland exekutiert, und diese Exekutionen hätten damals auf die Deutschen auch ihre Wirkung ausgeübt. Wenn diese scharfen Massnahmen weiterhin in Kraft blieben, müsse auf der Gegenseite früher oder später eine Erlahmung eintreten.

Die Zahl der Aktivisten in diesem Raum sei noch gering, viel grösser jedoch sei die Zahl der Polen, die zum Aktivismus neigten, sich aber im Augenblick noch in der Bereitschaft befänden. Sie warteten auf die "Nacht der langen Messe". Diese Zahl sei recht gross, man könnte sie nicht schätzen, er rechne aber bestimmt auf viele Hunderttausende, wenn nicht gar eine Million und mehr. Vollkommen falsch wäre es, vor diesen die Augen zu schliessen.

Die Taktik der Gegner insbesondere der Banden sei etwa folgende: die Banden träten einmal in grösserer und dann wieder in kleinerer Anzahl auf. Die Ursache hierzu sei das Vorhandensein einer Stammbande in einer bestimmten Gegend, die aus den in der Nähe ihres Stammsitzes liegenden 20 oder 30 Ortschaften je nach Bedarf Leute einberufe. Die Taktik des Gegners ziele darauf ab, im Ernstfalle aus diesen Stammbanden Bataillone, Regimenter und grössere Einheiten aufstellen zu können. Sie besässen einen exakten Mobilmachungsplan. Heute bestünde schon eine illegale Armee, mit der man rechnen müsse.

Die Zahl der Handfeuer-und Maschinenwaffen sei sehr gross. Er habe bereits vor 1 1/2 Jahren im Warthegau beobachten können, wie an der nördlichen Grenze des Warthegaues der Gegner Nacht für Nacht ins Generalgouvernement eingeflogen sei. Diese Flugzeuge hätten laufend Lastenfallschirme mit den verschiedensten Waffen wie Maschinengewehre, Maschinenpistolen, ungeheure Mengen von Munition, Sprengstoff,

Kurzwellensendern, Pioniersprenggerät, Tretminen usw. abgeworfen. Diese nächtlichen Einflüge seien die Basis für die weitere Entwicklung ihrer Waffenbestände gewesen. Der Gegner besitze sogar Artillerie und Granatwerfer.

Die Polizei habe umfassende Massnahmen eingeleitet, um durch eine entsprechende Beobachtung in den Besitz dieser Waffen zu kommen. In Krakau habe man in den letzten Wochen bereits viel Material sicherstellen können. Ein weiteres Mittel in der Hand des Gegners stellten Gift und Bazillen dar. Hier brauche man zwar keine allzu grossen Sorgen zu haben, jedoch sei grösste Vorsicht am Platze. Man müsse dafür sorgen, dass die Giftschränke der Apotheken besonders gut abgeschlossen würden. Die Institute, in denen Bazillen gezüchtet würden, müssten überholt werden.

Die Nachrichtengeräte seien die moralische Korsettstange der Widerstandsbewegung, da ihre Angehörigen durch sie in ständiger Verbindung mit Moskau und London stehen könnten.

Die Widerstandsorganisationen und die Banden zielten darauf ab, das frühere Polen wieder zu errichten. Sie gingen dabei von der Voraussetzung aus, dass eines Tages die deutsche Front im Osten zusammenbrechen müsse, und dass sie dann möglichst bald durch Unterstützung von Fallschirmspringern Polen wieder restaurieren und sofort eine polnische Verwaltung errichten müssten. Sie wollten die Russen auf ihrem Weg nach dem Westen vor die Tatsache stellen, dass bereits wieder ein Polen existiere. Diese Überlegungen der Widerstandsbewegung stellten natürlich eine absolute Utopie dar.

Die eigenen Polizeikräfte im Raum seien zahlenmässig ausserordentlich schwach. Trotz seiner Bemühungen habe er aus Berlin nur 50 Männer erhalten können.

In Warschau hätte bisher die geradezu lächerliche Zahl von 240 Beamten den Einzeldienst versehen. Auf Grund seiner Bemühungen habe man nun diese Zahl um 70 Mann verstärken können. Natürlich gebe es auch noch die Truppenpolizei; diese sei aber im Bandenkampf derart angespannt, dass man unmöglich auch nur eine Kompanie herausziehen könne.

Die geringen deutschen Kräfte müssten durch einen entsprechenden Einsatz und durch geschickte Führung ausgeglichen werden. Er habe den schärfsten Einsatz aller polizeilichen Kräfte angeordnet. Die Männer seines Stabes würden ebenfalls zweimal in der Woche eingesetzt. Für die ganze Polizei gebe es kein Wochenende mehr, bis eine Besserung der Sicherheitslage erreicht sei. Als verlängerter Arm der Polizei gelte zunächst die allgemeine SS; ihre Ausbildung und Schulung werde in Zukunft noch intensiver durchgeführt, denn gerade durch Schulung lasse sich viel erreichen. Er habe seinen Männern erklärt, dass sich jeder SS und Polizeiangehörige zu jeder Tages-und Nachtzeit im Dienst befinde; sie müssten überall die Augen offen halten. Eine Streife, die blind durch die Strassen gehe, sei wertlos. Leider sei das Menschenmaterial nicht mehr gut. Nur durch ständiges Wirken habe die Polizei Erfolge. Wenn man die Bevölkerung durch ständige Polizeiaktionen, Streifen und Patrouillen auf eine intensive Tätigkeit der Polizei hinweise, habe sie Angst, Waffen zu tragen oder irgendwelche Aktionen zu planen.

Die dünne Decke deutscher Menschen im Generalgouvernement müsse noch mer geschult und zur Mitarbeit herangezogen werden. Auch die deutschen Frauen müssten mitarbeiten. Der deutsche Mensch hier passe zu wenig auf. Jeder Deutsche, der hier lebe, müsse sich als verlängerter Arm eines Nachrichtendienstes fühlen; er müsse alle Wahrnehmungen sofort der Polizei melden. Weiter sei im General-

gouvernement ein gewisser Selbstschutz notwendig. Er habe seine Einheiten angewiesen, die deutsche Stärke immer wieder durch Marschieren zu betonen.

Unbedingt notwendig sei die Schaffung eines dichtmaschigen V-Mann-Netzes. Jeder deutsche Mensch sei dazu brauchbar; aber auch mit dem Polentum müsse man das versuchen. Je mehr V-Männer vorhanden seien und je besser deren Qualität sei, desto leichter tue sich die Polizei in ihrer Arbeit. Es dürfe nichts mehr geschehen, was die Polizei nicht kontrollieren könne. Je mehr Nachrichten der Polizei durch solche Kanäle zugeführt würden, desto mehr sei sie in der Lage, Aktionen durchzuführen. Der Schwerpunkt liege beim Angriff; in Zukunft würden Strassenkontrollen, Zugkontrollen, Hausdurchsuchungen, Razzien in Wohnungen und Gasthäusern durchgeführt werden. Man müsse auch dazu kommen, eine Stadt wie Warschau im Bedarfsfalle vollkommen abriegeln zu können.
Die Unternehmungen gegen die Banden würden in Zukunft generalstabsmässig vorbereitet werden. Heer und Luftwaffe hätten bereitwillig Kräfte zugesagt. Wo sich Banden zeigten, müsse von der Polizei sofort eingeschritten werden. Notwendig sei auch, dass inerhalb der Polizei exakte Alarmpläne ausgearbeitet würden. Wenn die Tätigkeit der Banden grösseren Umfang annehme, müsse auf jeden Deutschen gerechnet werden; er könne dann nicht seine Familie vorschützen, sondern müssemit der Waffe in der Hand antreten. Seinen Männern habe er die Aufgabe erteilt, vorbereitende Angriffs-und Einsatzpläne für jede Stadt und auch für das flache Land auszuarbeiten. Bei Luftangriffen werde der grösste Teil der Polizei und der Feuerlöschpolizei aus der Stadt herausgebracht, um dann nach dem Angriff mit ~~ihrer~~ vollen Einsatzstärke eingreifen zu können. Er habe auch angeordnet, dass seine Führer und Unterführer

im Sprengdienst ausgebildet werden. Einige hundert kilo Sprengstoff seien bereits zu geballten Ladungen verarbeitet. Zur Beobachtung der Fallschirmspringer und der Lastenfallschirme müssten Meldeköpfe geschaffen werden.

Um einem Verlust von Waffen an Banden vorzubeugen, bitte er, für grössere Aufmerksamkeit sorgen zu wollen. Jede Abteilung und jeder Einzelne müsse in Zukunft grösste Vorsicht in der Aufbewahrung der Waffen üben. Er werde in Zukunft jeden Angehörigen der Polizei, der Waffen besitze und sie im Kampfe mit den Banden nicht bestens verteidige, bestrafen lassen.-Das Gleiche gelte auch für die Lagerung der Munition.

Der Herr Generalgouverneur spricht SS-Oberführer Koppe Dank und Anerkennung für seine tatkräftige Arbeit aus und gibt seiner Befriedigung Ausdruck, dass an der Spitze des Polizeiwesens im Generalgouvernement ein Fachmann von grosser Qualität stehe. Er verspricht SS-Obergruppenführer Koppe die tatkräftige Mitarbeit aller Dienststellen des Generalgouvernements und gibt ihm die besten Wünsche für ein gutes Gelingen seiner Arbeit mit auf den Weg.

Zum Schluss der Sitzung lenkt Gouverneur Kundt das Augenmerk auf aufgetretene Misshelligkeiten bei dem durch Erlass des Herrn Generalgouverneurs angeordneten Quartierfeststellungen der Wehrmacht.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, dass deswegen in den nächsten Tagen eine grosse Besprechung mit der Wehrmacht stattfinden werde. Gleichzeitig teilt er mit, dass die Probleme des Luftschutzes einer besonderen Besprechung vorbehalten bleiben.

Schluss der Sitzung: 14^{00}

END OF
VOL. # 32
R.9